

HAMBURG IN ZAHLEN

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Jahrgang 1974

INHALTSVERZEICHNIS

a) Nach der Heftfolge

	Seite		Seite
Januar-Heft		Juli-Heft	
Kurzinformationen	1	Kurzinformationen	193
Verwaltungs- und Gebietsreform im südlichen Hamburger Umland	3	Repräsentative Wahlstatistik zur Bürgerschaftswahl 1974 in Hamburg	195
Niveau und Entwicklung des Krankenstandes bei der Hamburger Verwaltung 1968 bis 1973	6	Grundeigentumswechsel und Baulandpreise in Hamburg 1961 bis 1973	205
Monatszahlen	16	Computerkarte	220
Ausgewählte Zahlen in Hamburg und 10 anderen Großstädten	24	Monatszahlen	221
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	25	Ausgewählte Zahlen in Hamburg und 10 anderen Großstädten	229
Februar-Heft		Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	230
Kurzinformationen	29	August-Heft	
Erteilung und Entziehung von Führerscheinen in Hamburg 1960 bis 1972	31	Kurzinformationen	233
Hochschulprüfungen in Hamburg 1968 bis 1972	36	Ausländische Schüler in den Hamburger Schulen 1968 bis 1973	235
Monatszahlen	43	Bei Straßenverkehrsunfällen verunglückte Kinder in Hamburg	242
Ausgewählte Zahlen in Hamburg und 10 anderen Großstädten	51	Die Entwicklung des Einzelhandels in Hamburg 1970 bis 1973	250
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	52	Monatszahlen	257
März-Heft		Ausgewählte Zahlen in Hamburg und 10 anderen Großstädten	265
Kurzinformationen	53	Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	266
Die bauliche Nutzung in den Hamburger Ortsteilen	55	September-Heft	
Hamburgs Wirtschaftskraft im Großstädtevergleich	64	Kurzinformationen	269
Monatszahlen	72	Veränderungen des Hamburger Bevölkerungsbestandes seit 1970 unter besonderer Berücksichtigung der Ausländer	271
Ausgewählte Zahlen in Hamburg und 10 anderen Großstädten	80	Häufigkeit von Namen und Geburtsdaten in Hamburg	278
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	81	Die Vornamen der Hamburger	284
April-Heft		Monatszahlen	289
Kurzinformationen	85	Ausgewählte Zahlen in Hamburg und 10 anderen Großstädten	297
Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in Hamburg bis zum Jahr 1985	87	Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	298
Der Hamburger Hafen als Energieumschlagsplatz	98	Oktober-Heft	
Die Strom- und Gasversorgung durch die öffentlichen Versorgungsunternehmen in Hamburg von 1962 bis 1973	101	Kurzinformationen	301
Der Energieverbrauch der Verarbeitenden Industrie in Hamburg 1962 bis 1973	105	Die Bedeutung von Fruchtbarkeit und Mobilität für die Bestandserhaltung der Bevölkerung Hamburgs	303
Die Beheizung der Wohnungen in Hamburg	108	Monatszahlen	315
Computerkarte	110	Ausgewählte Zahlen in Hamburg und 10 anderen Großstädten	323
Monatszahlen	111	Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	324
Ausgewählte Zahlen in Hamburg und 10 anderen Großstädten	119	November-Heft	
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	120	Kurzinformationen	325
Mai-Heft		Die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl der Bezirksabgeordneten am 3. März 1974	327
Kurzinformationen	121	Der Außenhandel in der hamburgischen Statistik	332
Die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 3. März 1974	123	Computerkarte	342
Fernschreibanschlüsse als Zentralitätsindikator?	133	Monatszahlen	343
Preisindizes für Bauwerke in Hamburg 1962 bis 1973	143	Ausgewählte Zahlen in Hamburg und 10 anderen Großstädten	351
Monatszahlen	151	Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	352
Ausgewählte Zahlen in Hamburg und 10 anderen Großstädten	159	Dezember-Heft	
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	160	Hamburg im Jahre 1974	353
Juni-Heft		Monatszahlen	376
Kurzinformationen	161	Ausgewählte Zahlen in Hamburg und 10 anderen Großstädten	384
Zur Frage des Schuldverhaltens einzelner Verkehrsteilnehmergruppen bei Straßenverkehrsunfällen in Hamburg 1969 bis 1972	163	Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	385
Die Entwicklung des Gastgewerbes in Hamburg 1970 bis 1973	175		
Monatszahlen	180		
Ausgewählte Zahlen in Hamburg und 10 anderen Großstädten	188		
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	189		

b) Alphabetisches Sachregister

(Die vollständigen Titel sind aus dem Verzeichnis nach der Heftfolge zu ersehen)

Zeichenerklärung: x = Regionalstatistische Ergebnisse Hamburgs
xx = Regionalstatistische Ergebnisse für das Umland Hamburg bis 40 km

- x Ausländer; September S. 271
- Ausländische Schüler; August S. 235
- Außenhandel in der Statistik; November S. 332

- x Baulandpreise; Juli S. 205
- x Bauliche Nutzung; März S. 55
- Baupreise; Mai S. 143
- Beheizung; April S. 108
- Bevölkerungsentwicklung bis 1985; April S. 87
- x Bevölkerungsentwicklung und Ausländer; September S. 271
- Bevölkerungsentwicklung und Fruchtbarkeit; Oktober S. 303
- Bruttoinlandsprodukt im Großstädtevergleich; März S. 64
- x Bürgerschaftswahl 1974; Mai S. 123, Juli S. 195, November S. 327

- Demographische Entwicklung; Oktober S. 303

- Einzelhandelsentwicklung; August S. 250
- Energieumschlag; April S. 98
- Energieverbrauch; April S. 105
- Entzug von Führerscheinen; Februar S. 31
- Ermittlung von Führerscheinen; Februar S. 31
- Examen an der Universität; Februar S. 36

- x Fernschreibanschlüsse; März S. 133
- x Flächennutzung; März S. 55
- x Fruchtbarkeit und Bevölkerungsentwicklung; Oktober S. 303
- Führerscheine; Februar S. 31

- Gastgewerbsentwicklung; Juni S. 175
- Gasversorgung; April S. 101
- xx Gebietsreform im Umland; Januar S. 3
- Geburtsdaten; September S. 278
- x Grundeigentumswechsel; Juli S. 205
- x Grundstückserhebung; März S. 55

- Hafen, Energieumschlag; April S. 98
- Hamburg 1974; Dezember S. 353
- Hamburgs Bevölkerung bis 1985; April S. 87
- Hamburgs Bevölkerung und Ausländer; September S. 271
- Hamburgs Bevölkerung, Fruchtbarkeit und Mobilität; Oktober S. 303

- x Hamburgs Fernschreibanschlüsse; Mai S. 133
- Hamburgs Wirtschaftskraft; März S. 64
- Heizarten; April S. 108
- Hochschulprüfungen; Februar S. 36

- Jahresübersicht 1974; Dezember S. 353

- Kinder als Verkehrsoffer; August S. 242
- Krankenstand, Verwaltung; Januar S. 6
- Kreiszahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; März S. 64

- Mobilität und Bevölkerung; Oktober S. 303

- Namen; September S. 278

- Preisindizes für Bauwerke; Mai S. 143

- x Repräsentative Wahlstatistik, Bezirksabgeordnete; November S. 327
- Repräsentative Wahlstatistik, Bürgerschaft; Juli S. 195

- Schüler aus dem Ausland; August S. 235
- Schuldverhalten im Straßenverkehr; Juni S. 163
- x Städtebauliche Bestandsaufnahme; März S. 55
- Straßenverkehrsunfälle; Juni S. 163
- Stromversorgung; April S. 101
- Studienabschlüsse; Februar S. 36
- xx Südliches Umland; Januar S. 3

- x Telexanschlüsse; Mai S. 133

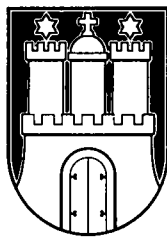
- Unfälle im Straßenverkehr; Juni S. 163
- Universitätsprüfungen; Februar S. 36

- Verarbeitende Industrie, Energieverbrauch; April S. 105
- Verunglückte Kinder; August S. 242
- Verwaltung, Krankenstand; Januar S. 6
- xx Verwaltungsreform im Umland; Januar S. 3
- Vornamen; September S. 284

- x Wahlen; Mai S. 123, Juli S. 195, November S. 327
- Wirtschaftskraft; März S. 64

Hamburg in Zahlen

1974



1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Inhalt

<i>Kurzinformationen</i>	Seite	1
Verwaltungs- und Gebietsreform im südlichen Hamburger Umland		3
Niveau und Entwicklung des Krankenstandes bei der Hamburger Verwaltung 1968 bis 1973		6
<i>Monatszahlen</i>		16
<i>Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen in Hamburg und 10 anderen Großstädten des Bundesgebietes</i>		24
<i>Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet</i>		25

**Monatsschrift des Statistischen Landesamtes
der Freien und Hansestadt Hamburg**

Zeichenerklärung

- = Zahlenwert genau Null (nichts).
- . = Zahlenwert ist unbekannt, kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden oder Fragestellung ist nicht zutreffend.
- ... = Zahlenangaben fallen später an.
- 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die in der betreffenden Tabelle gewählte kleinste Stelleneinheit.
- r = berichtigte Zahl.
- p = vorläufige Zahl.
- s = geschätzte Zahl.
- * = Die hiermit versehenen Positionen im ständigen Zahlenspiegel werden von allen Statistischen Landesämtern veröffentlicht.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet!

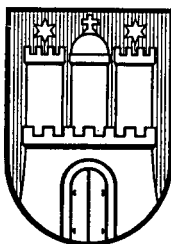
Verlag und Vertrieb:

Statistisches Landesamt, Hamburg 11, Steckelhörn 12

Druck: Hermann Kampen, Hamburg 1

20. AUG. 1979
G P 1574/136

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1974

Januar-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Statistisches Landesamt
Hamburg
+ BIBLIOTHEK +

8/13	Hllm	1974
122116a		

3. Ex

Kurzinformationen

Ausländeranteil an den Geborenen erreichte 14 %

Von den 15 200 im Jahre 1972 bei den hamburgischen Standesämtern registrierten Lebendgeborenen hatten 2 160 nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Damit war jedes siebente im Berichtsjahr geborene Kind Ausländer, während von allen Hamburger Einwohnern nur jeder 19. eine ausländische Staatsangehörigkeit besaß. 1971 belief sich der Ausländeranteil an den Geburten noch auf gut ein Zehntel.

Zu rund drei Vierteln hatten die 1972 geborenen Kinder Eltern aus den Hauptanwerbeländern für ausländische Arbeitnehmer. Mehr als ein Drittel entfielen allein auf Türken, 15 % auf Jugoslawen, 11 % auf Griechen, 6 % auf Portugiesen und je 5 % auf Italiener und Spanier.

Bei den ehelichen Kindern besaßen zumeist beide Elternteile die gleiche Staatsangehörigkeit. Von den als Italiener registrierten Neugeborenen hatten aber fast die Hälfte deutsche Mütter. Die Töchter und Söhne dieser Mütter gelten dennoch als Italiener, da sich die Staatsangehörigkeit bei ehelichen Kindern in der Regel nach der des Vaters bestimmt.

Preisanstieg für Bauleistungen verlangsamt

Der Hamburger Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden betrug 1973 im Jahresdurchschnitt 199 Punkte (1962 = 100) und lag damit um 8,8 % über dem Vorjahresstand. 1972 hatte die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr noch 9,7 % ausgemacht.

Ähnlich verlief die Preisentwicklung bei den Bauleistungen für Nichtwohngebäude. Der Index für Bürogebäude, der sich von 1971 bis 1972 um 8,4 % erhöht hatte, stieg im vergangenen Jahr um 7,8 %. Bei den Gewerblichen Betriebsgebäuden belief sich die jahresdurchschnittliche Steigerung 1973 auf 6,4 %; dies war etwa die gleiche Rate wie im Jahr zuvor.

Erhebliche Zunahme der Ausfuhr Hamburgs

In den Monaten Januar bis Oktober 1973 wurden für rd. 4,04 Mrd DM in Hamburg erzeugte Waren exportiert; dies

entspricht einer Zunahme von nahezu einem Viertel gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Ausfuhren von Waren der gewerblichen Wirtschaft betrugen annähernd 3,52 Mrd DM (+ 20 %). Das wichtigste Exportgut mit einem Ausfuhrwert von 814 Mio DM stellten Maschinen dar. Bedeutend waren auch die Ausfuhren von Wasserfahrzeugen, Kupfer, elektrotechnischen Erzeugnissen sowie Kraft- und Luftfahrzeugen. Auf rund 520 Mio DM beliefen sich im Berichtszeitraum die Exporte der Ernährungswirtschaft.

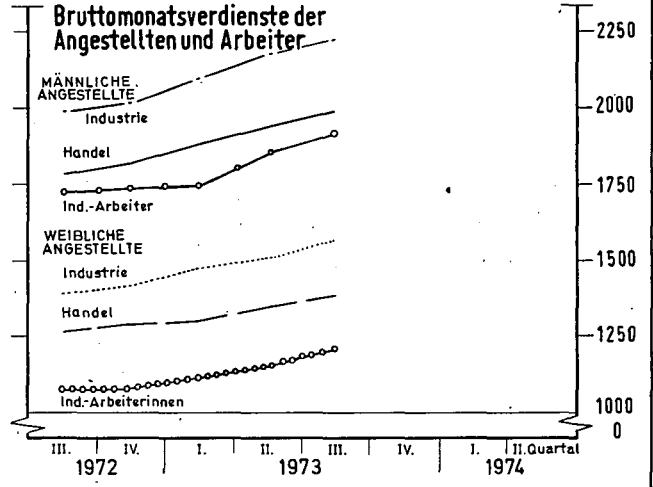
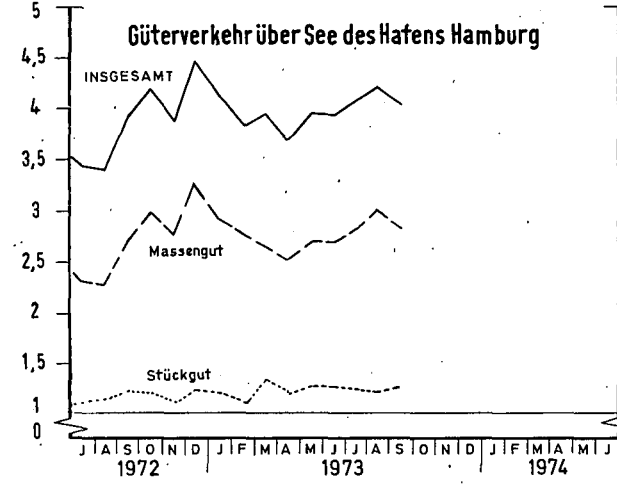
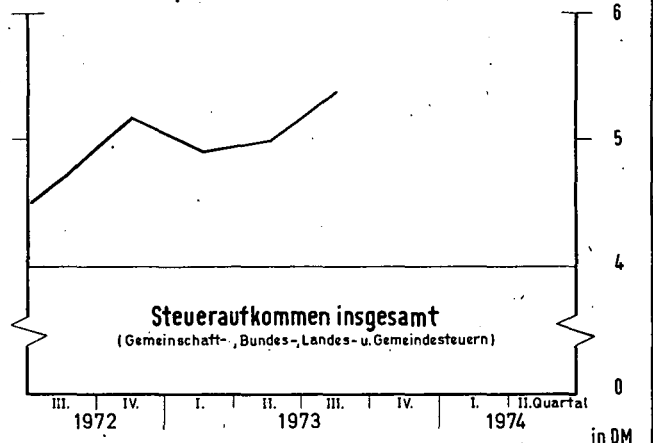
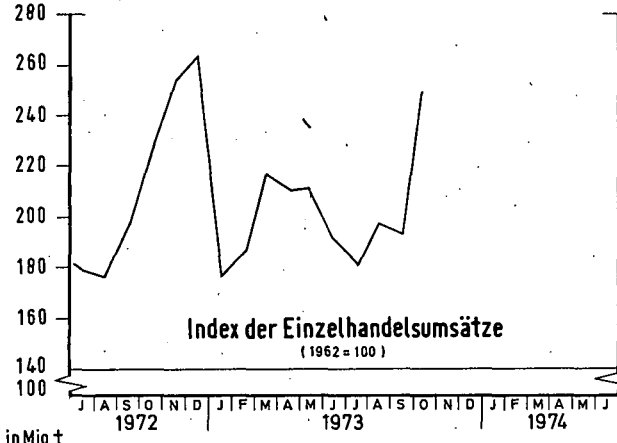
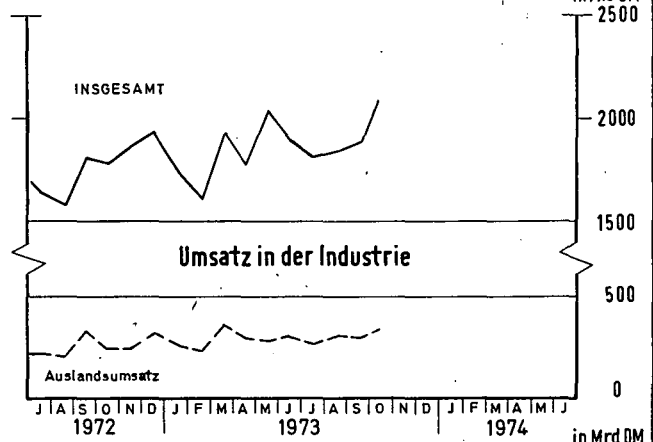
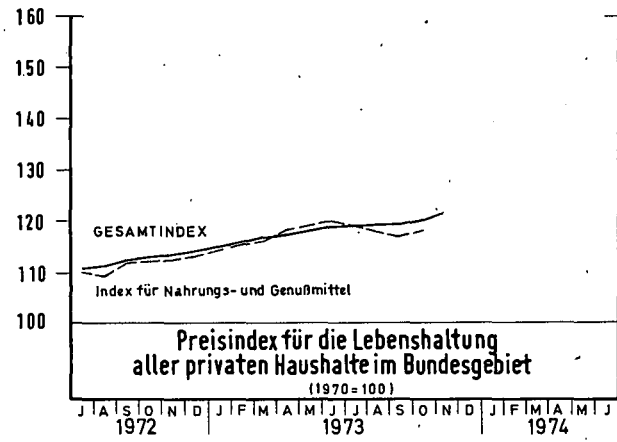
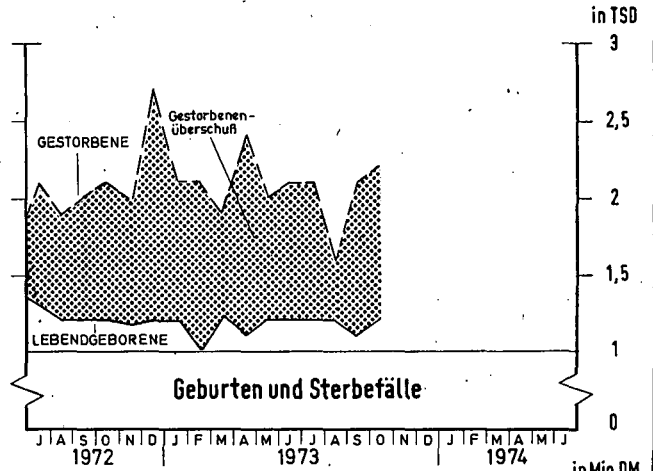
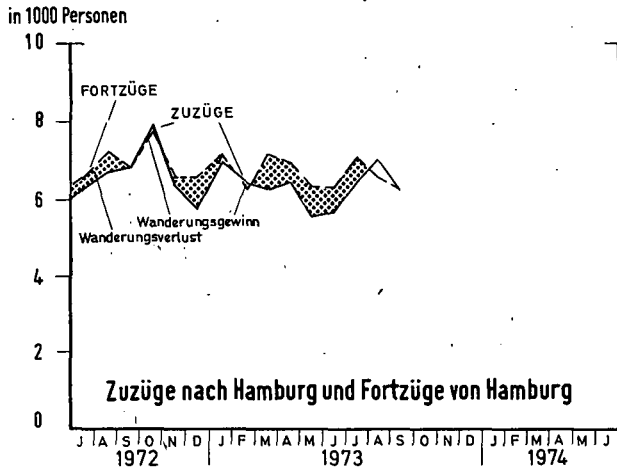
Die Gliederung der Exporte nach Erdteilen und Ländern zeigt, daß rund drei Viertel der Ausfuhren für Europa bestimmt waren. Unter den europäischen Abnehmerländern nahmen Frankreich, Großbritannien, die Niederlande und Italien die vorderen Plätze ein. Nach Amerika und Asien gingen 9 % bzw. 8 % der hamburgischen Exporte.

Bestand an Pferden und Rindern vergrößert

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Ende 1973 durchgeführten Viehzählung hat sich der Rückgang der Viehhaltung in Hamburg weiter fortgesetzt; lediglich Pferde (einschließlich Ponys) und Rinder sind von der Verminderung ausgenommen. Im Vergleich zu den Ergebnissen der vorangegangenen Viehzählung des Jahres 1971 hat sich die Zahl der Pferde um 15 % auf 3 070 erhöht. Ganz überwiegend handelt es sich dabei um Renn- und Reitpferde. Auch 650 Ponys sind in der genannten Zahl enthalten.

Der Rinderbestand ist um gut 5 % auf rd. 16 000 Stück, darunter 4 100 Milchkühe, aufgestockt worden; die Milchkuhhaltung hat sich damit allerdings um knapp 6 % verringert. Ebenso ist im Zählungszeitraum 1972/73 ein Rückgang des Bestandes an Schweinen um knapp ein Fünftel, an Schafen um nahezu ein Viertel und an Ziegen um mehr als ein Drittel eingetreten; über 12 700 Schweine, rd. 1 300 Schafe und gut 50 Ziegen wurden in Hamburg gezählt. Des weiteren hat die Aufgabe vieler Kleinviehhaltungen zu einer erheblichen Verringerung des Geflügels gegenüber 1971 geführt.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Verwaltungs- und Gebietsreform im südlichen Hamburger Umland

Die Jahre 1972/73 waren für die Regionalstatistik insbesondere durch Auswirkungen der Gebietsreform im südlichen Hamburg-Umland geprägt. Die Neuordnung zusammenhängender Räume auf Gemeindeebene begann in Niedersachsen Ende 1970. Im Einzugsbereich der Hansestadt wurde sie für die Landkreise Stade und Harburg mit Wirkung vom 1. Juli 1972, für den Landkreis Lüneburg mit Wirkung vom 1. März 1974 abgeschlossen. Insbesondere die Schaffung von Einheitsgemeinden in den stärker verdichteten Räumen hat Auswirkungen auf die zukünftige regionalstatistische Information.

Die Ausweitung und Festigung der sozio-ökonomischen Verflechtungen im System der Zentralen Orte und zentralörtlichen Bereiche erforderte die Anpassung und damit den Ausbau der Verwaltungskörperschaften zu größeren, leistungsfähigeren Einheiten. So wurden die 234 im Umkreis von 40 km um das Hamburger Rathaus liegenden niedersächsischen Gemeinden¹⁾ um fast zwei Drittel auf 88 Gemeinden reduziert²⁾. Die Durchschnittsfläche je Gemeinde vergrößerte sich damit von 10,7 qkm auf 28,5 qkm, die durchschnittliche Bevölkerungszahl von 1 514 auf 4 322 Einwohner. Nur 12 der jetzt bestehenden und aus 93 ehemaligen Orten gebildeten Gemeinden sind Einheitsgemeinden. 76 haben von der Möglichkeit Gebrauch machen können, eine gewisse Selbständigkeit innerhalb von 14 Samtgemeinden zu behalten; sie sind damit im Gegensatz zu den Ortsteilen der Einheitsgemeinden auch weiterhin statistische Aufbereitungseinheiten.

¹⁾ 193 bisher im 40-km-Kreis befindliche Gemeinden abzüglich Gemeinde Wohnste, Landkreis Bremervörde, zuzüglich kreisfreie Stadt Lüneburg und 41 durch Bildung von Einheits- und Samtgemeinden zum Umland neu hinzuzurechnende Orte. Gegenüber dem bisherigen Konzept werden damit im südlichen Umland von Hamburg fast 100 000 Personen (11,5%) mehr erfaßt.

²⁾ Gemeindezusammenschlüsse im schleswig-holsteinischen Umland von Hamburg:

Friedrichsgabe Garstedt	} Kreis Pinneberg	} zu Norderstedt, Stadt Kreis Segeberg	am 1. 1. 1970
Glashütte Harksheide			
Götzberg Henstedt Ulzburg	} Kreis Segeberg	zu Henstedt- Ulzburg.	am 1. 1. 1970
Tangstedt Wilstedt Wulksfelde			
Schlamersdorf Sühlen	} Kreis Stormarn	zu Travenberg	am 1. 4. 1970
Bad Oldesloe, Stadt Rethwischfeld			
Barsbüttel Stemwarde Stellau Willinghusen	} Kreis Stormarn	zu Barsbüttel	am 1. 1. 1974
Oststeinbek Havighorst b. Reinbek			
Reinbek, Stadt Schönningstedt Stemwarde, Siedlung	} Kreis Stormarn	zu Reinbek, Stadt	am 1. 1. 1974
Kronshorst Langeloh Papendorf			

Erwartungsgemäß sind die Gemeinden mit geringer Einwohnerzahl am stärksten reduziert worden. Wohnen 1970 noch in fast drei Viertel aller Gemeinden weniger als 1 000 Menschen, wird diese Bevölkerungszahl nach dem Gebietsstand vom März 1974 nur noch von gut einem Drittel der Gemeinden unterschritten. Alle neuen Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von unter 5 000 Personen und zwei sogar in der Größenklasse 5 000 bis unter 10 000 Personen gehören jedoch Samtgemeinden an und geben damit unter anderem die Hoheit über die Flächennutzungsplanung sowie über die Investitions- und Finanzplanung ab.

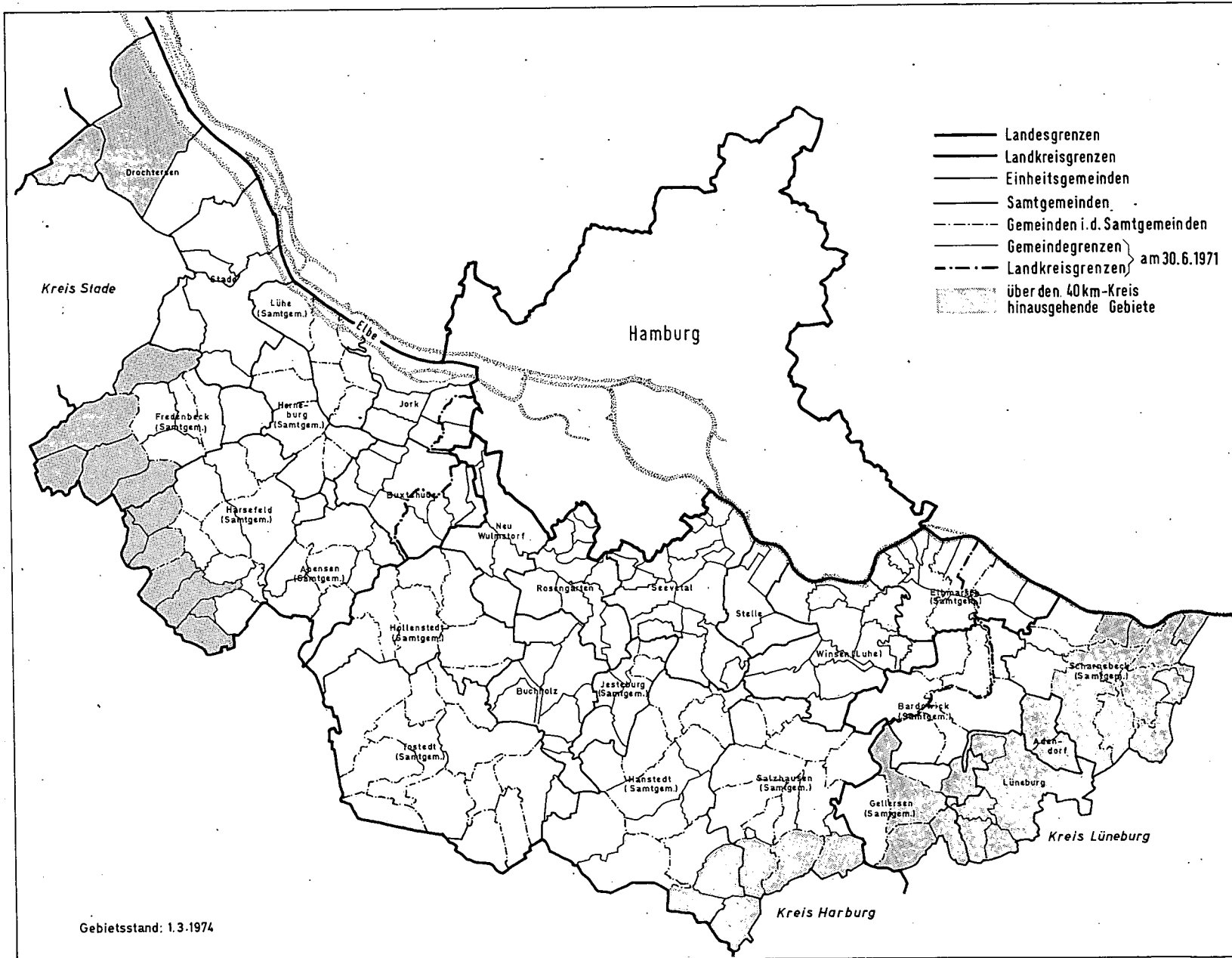
Einheitsgemeinden – alle mit 5 000 und mehr Einwohnern – sind, wie das Schaubild zeigt, vor allem am Stadtrand Hamburgs neu entstanden bzw. räumlich stark ausgeweitet worden wie die Zentralen Orte Stade, Buxtehude und Lüneburg. Diese Gemeinden verzeichnen auch den größten Flächen- und Bevölkerungszuwachs. Buxtehude z. B. umfaßt gegenüber dem Zeitpunkt vor der Gebietsreform die vierfache, Stade weit mehr als die doppelte Fläche. Mit gegenwärtig 12 700 ha ist Drochtersen die größte Gemeinde im gesamten Hamburger Umland geblieben – mehr als doppelt so groß wie Norderstedt als größte kommunale Einheit im nördlichen Umland und viermal so groß wie Wilhelmsburg als größter Hamburger Stadtteil. Die Fläche entspricht in etwa derjenigen der beiden Hamburger Bezirke Altona und Eimsbüttel zusammen. Flächenmäßig größer als der gesamte fast 10 000 ha große Bezirk Hamburg-Mitte sind heute weiterhin z. B. die Stadt Stade, die Stadt Winsen oder auch die Gemeinde Seevetal.

Durch die Raumbezogenheit statistischer Angaben ergeben sich mit der Neugliederung der kleinsten Verwaltungseinheiten in den Flächenländern, d. h. mit der räumlichen Vergrößerung der Gemeinden und der damit zunächst verbundenen Basisänderung statistischer Angaben insbesondere im Nahbereich der Großstadt, erhebliche Probleme. Einmal wird ein zeitlicher Vergleich von zukünftigen Daten mit den kleinräumlichen z. B. aus der umfangreichen, für die Raumforschung und Raumplanung so sehr wichtigen Gemeindestatistik der Großzählungen von 1961 sowie von 1968/1970/1971 erheblich erschwert.

Zum anderen ist die Aussagekraft zukünftiger Daten stark reduziert. Ohne Änderung der räumlichen Struktur hat sich z. B. die direkt flächenbezogene Maßzahl „Bevölkerungsdichte“ der kommunalen Gebietseinheit mit dem Namen Stade vom 30. 6. 1972 zum 1. 7. 1972 von 775 E/km² auf 370 E/km² verringert. Für das Gebiet mit dem Namen Buxtehude nahm sie um 69% von 1 262 E/km² auf 398 E/km² und für das mit dem Namen Winsen/Luhe sogar um 82% von 1 063 E/km² auf 196 E/km² ab.

Es ändern sich aber auch andere, nur indirekt flächenbezogene Maßzahlen wie z. B. die Beschäftig-

Gemeindegrenzen im niedersächsischen Umland von Hamburg



Gebietsstand: 1.3.1974

**Anzahl der Gemeinden, Fläche und Wohnbevölkerung im niedersächsischen Umland von Hamburg
nach Größenklassen am 27. 5. 1970 und 31. 12. 1972¹⁾**

Gemeinde- größenklassen nach der Einwohnerzahl	Gemeinden					Fläche					Wohnbevölkerung				
	27. 5. 1970		31. 12. 1972		Veränderung absolut	27. 5. 1970		31. 12. 1972		Veränderung absolut	27. 5. 1970		31. 12. 1972		Veränderung absolut
	Anzahl	%	Anzahl	%		ha	%	ha	%		Anzahl	%	Anzahl	%	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
bis unter 250	30	12,8	—	—	— 30	13 595	5,4	—	—	— 13 595	5 287	1,5	—	—	— 5 287
250 bis unter 500	64	27,4	4 ²⁾	4,5	— 60	55 941	22,3	5 276	2,1	— 50 665	24 143	6,8	1 921	0,5	— 22 222
500 bis unter 750	43	18,4	11 ²⁾	12,5	— 32	40 849	16,3	17 344	6,9	— 23 505	26 818	7,6	6 825	1,8	— 19 993
750 bis unter 1 000	31	13,2	21 ²⁾	23,9	— 10	35 515	14,2	32 068	12,8	— 3 447	27 130	7,6	18 054	4,8	— 9 076
1 000 bis unter 2 000	43	18,4	25 ²⁾	28,4	— 18	53 562	21,4	50 006	19,9	— 3 556	56 951	16,1	34 323	9,0	— 22 628
2 000 bis unter 5 000	13	5,6	13 ²⁾	14,8	0	23 590	9,4	45 821	18,3	+ 22 231	44 323	12,5	41 552	10,9	— 2 771
5 000 bis unter 10 000	5	2,1	6 ²⁾	6,8	+ 1	14 460	5,7	28 319	11,3	+ 13 853	29 419	8,3	47 831	12,6	+ 18 412
10 000 und mehr	5	2,1	8	9,1	+ 3	13 224	5,3	71 902	28,7	+ 58 678	140 256	39,6	229 796	60,4	+ 89 540
Insgesamt	234	100	88	100	— 146	250 736	100	250 736	100	0	354 327	100	380 302	100	+ 25 975

1) Gebietsstand 1. 3. 1974. — 2) Gemeinden in Samtgemeinden. — 3) davon 2 Gemeinden in Samtgemeinden.

tendichte (Tätige Personen / 1 000 Einwohner). So nahm die der Stadt Stade durch die Gebietsänderungen von 466 auf 417 Beschäftigte je 1 000 Einwohner ab, die der Stadt Buxtehude von 341 auf 300 Beschäftigte je 1 000 Einwohner und die der Stadt Winsen/Luhe sogar von 424 auf 302 Beschäftigte je 1 000 Einwohner, ohne daß sich die tatsächliche Anzahl der Beschäftigten geändert hätte.

Diese Wertunterschiede können z. B. bei Abgrenzungen von regionalen (Planungs-)Einheiten bei nicht sachkundiger und sachgerechter Interpretation der Daten durchaus eine große Rolle spielen, obwohl sie keine realen Strukturunterschiede kennzeichnen.

Deswegen entbindet die Neugliederung die Statistik auch nicht von der Aufgabe, weiterhin möglichst kleinräumliches Material zur Verfügung zu stellen. Die Ortsteile der neu gebildeten Großgemeinden sind trotz ihrer sozio-ökonomischen Verflechtung zum Teil so unterschiedlich strukturiert bzw. liegen so weit voneinander entfernt, daß für (landes-)planerische Aufgaben Daten auch für sie zur Verfügung gestellt werden müssen. Der Verdichtungsraum und die Stadtregion Hamburg sowie die Aufbau- und Entwicklungsachsen im Umland sind aus statistischen Gründen bisher gemeindeweise abgegrenzt worden. Die umfangreichen Zusammenschlüsse dieser kleinen Einheiten verhindern jedoch in Zukunft eine entsprechende sinnvolle Bestimmung dieser verdichteten Gebiete. Auch die Grenzen vieler Planungsräume in den Flächenländern können sich also — es sei denn unter Verzicht auf die Möglichkeit der umfassenden Datendarbietung aus der amtlichen Statistik — weniger als je zuvor an Gemeinde- (=Verwaltungs-)grenzen orientieren. Nur der Ausbau der regionalstatistischen Information auch im Hamburger Umland durch Schaffung vor allem kleinräumlicherer Aufbereitungseinheiten kann dieser Notwendigkeit wieder Rechnung tragen.

Als einfachster Weg zur Erhaltung der Vergleichbarkeit mit früheren Jahren sowie gleichzeitig zu kleinräumlichen regionalen Einheiten im Hamburger Umland — zugleich aber auch als Mindestforderung aller an der Regionalplanung interessierten Stellen — bietet sich die statistische Aufrechterhaltung der Ortsteilsgrenzen in den Einheitsgemeinden an. Diese Forderung wurde bereits 1970 in der Entschließung der Ministerkonferenz für Raumordnung zur Verbesserung der regionalstatistischen Information gestellt und — neben vielen anderen — vom Arbeitskreis „Regionalstatistik“ beim Statistischen Beirat 1973 nachdrücklich wiederholt. Darüber hinaus muß es in den nächsten Jahren vordringliche Aufgabe der Regionalstatistik bleiben, auch statistisch erfaßbare optimale regionale Einheiten als Bausteine z. B. für Planungsräume zu schaffen.

Jens Gerhardt

Literaturhinweise:

Meibeyer, W.: Entwicklung und Stand der Verwaltungs- und Gebietsreform in Niedersachsen. In: Beiträge zur deutschen Landeskunde, Bd. 47, 1973, S. 50–60.

Steckhan, D.: Gemeindereform und Statistik... In: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 21, 1972, S. 213 bis 219.

Steckhan, D.: Vorschläge für die Gliederung von Großgemeinden in statistische Bezirke, dargestellt an niedersächsischen Beispielen. In: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 22, 1973, S. 115–129.

Niveau und Entwicklung des Krankenstandes bei der Hamburger Verwaltung von 1968 bis 1973

In der staatlichen Verwaltung ist es nicht anders als in der Privatwirtschaft: Eine der meist gefragten personalstatistischen Zahlen ist der Krankenstand. Das verwundert nicht, denn das Arbeitsdefizit aus Krankheitsgründen hat in jedem Fall eine empfindliche Störung der betrieblichen Balance im Gefolge, die sich auch kostenmäßig niederschlägt, wozu neben der Gehalts- und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in nicht geringerem Ausmaß die Kosten einer gegebenenfalls erforderlichen, größeren Arbeitsreserve und deren Ausbildung beitragen. Ganz besonders über ein „normales“ Niveau hinausgehende Krankenstände müssen deshalb statistisch nachgeprüft sowie ihre Ursachen analysiert werden, um notwendigenfalls geeignete Maßnahmen herbeizuführen, die einer solchen Entwicklung Einhalt gebieten könnten.

Nachdem seit der Einführung einer monatlichen Stichtagserhebung über den Krankenstand bei der Hamburger Verwaltung inzwischen volle fünf Jahre verstrichen sind, ist es an der Zeit, eine erste statistische Interimsbilanz zu ziehen, die Erkenntnisse typischer Art und mittelfristige Entwicklungstendenzen des Arbeitsausfalls infolge Krankheit offenzulegen versucht.

Im Mittel des gesamten Beobachtungszeitraums, von April 1968 bis März 1973, belief sich der Krankenstand auf 6,8 % der Belegschaft. Prinzipiell nicht neu, ist die Feststellung, daß bei den Beamten immer wieder der niedrigste, bei den Arbeitern dagegen der höchste Krankenstand anfällt, während die Angestellten eine mittlere Position einnehmen. Die auffällige Konstanz im Auftreten derartiger Unterschiede sollte kein Anlaß für eine fatalistische Einstellung sein; vielmehr müßte durch geeignete Maßnahmen danach getrachtet werden, die zweifellos überhöhten gruppenspezifischen Krankenstände auf das relativ niedrige Niveau der Beamten herabzusetzen. Wegen der zum Teil doch sehr verschiedenen Tätigkeiten wird sich das freilich nie hundertprozentig realisieren lassen.

Abweichungen gibt es auch, wenn man nach dem Geschlecht differenziert: Die Morbidität der weiblichen Bediensteten liegt im Durchschnitt um mehr als ein Viertel über der der männlichen Bediensteten. Hier macht sich die Mehrfachbelastung der meisten Frauen durch Beruf, Haushalt und Mutterschaft bemerkbar. Ferner spielt dabei die andersgeartete Konstitution bei Mann und Frau eine Rolle.

Die Grundtendenz beim Gesamtkrankenstand erweist sich in der zurückliegenden Fünfjahresphase als leicht zunehmend, was auch für die Teilmassen „männliche Bedienstete“, „Beamte“, „Arbeiter“ zutrifft; die Gruppe der weiblichen Bediensteten sowie die der Angestellten haben hingegen mittelfristig einen schwach fallenden Trend zu verzeichnen.

Auf die Höhe des Krankenstands wirken sich saisonale Einflüsse stark aus: In den Wintermonaten Februar und März treten die meisten Krankenausfälle auf, die wenigsten dagegen in den Sommermonaten Juli, August und auch noch September.

In der Berichtsperiode wurde ferner eine abnehmende Variabilität der Krankenstandsergebnisse in der Aufschlüsselung nach Behörden/Ämtern registriert. Diese Nivellierung ist offensichtlich zu einem guten Teil die Frucht der durch das Senatsamt für den Verwaltungsdienst ausgeübten Kontrollfunktion: Behörden und Ämter, die durch besonders hohe, überdurchschnittliche Krankenstände auffallen, werden nach den Gründen dafür gefragt und gehalten, diese wo immer möglich in den Griff zu bekommen.

Will man beurteilen, ob sich das Krankenstandsgeschehen bei der Hamburger Verwaltung auf „normalem“ oder auf „anormal“ hohem bzw. niedrigem Niveau abspielt, dann ist ein Vergleich mit externen Bereichen unumgänglich. Welche methodologischen Schwierigkeiten sich dabei ergeben, ist den Detailausführungen zum Punkt 4 zu entnehmen. Als Befund eines solchen Niveauvergleichs hat sich herauskristallisiert, daß der Behördenkrankenstand keineswegs als aus dem Rahmen fallend, ja eher sogar um einiges günstiger einzustufen ist als der in der Unternehmenswirtschaft sowie der bei den Pflichtmitgliedern der Krankenkassen.

1. Zur Einführung

Schon Ende der fünfziger Jahre ist eine laufende Krankenausfallstatistik als Informations- und Kontrollinstrument für die Hamburger Verwaltung geschaffen worden. Sie lieferte Ergebnisse, deren Auswertung im Laufe der Zeit durch die zusätzliche Erfassung einer Reihe von Strukturmerkmalen erheblich gewachsen ist; in gewissen Grenzen ließ sich damit Ursachenforschung betreiben. Was diese Statistik wegen ihrer methodischen Anlage jedoch nicht schaffte, das war die Unterrichtung der Verantwortlichen in kurzen Abständen und auf aktuelle Weise. Da das Bedürfnis nach häufigen Sofortdaten immer dringender angemeldet wurde, entschloß man sich Anfang 1968 zu einer Reform der Krankenausfallstatistik mit dem Ziel, einen kurzfristigen Indikator einzuführen. Um eine Schnellberichterstattung zu erreichen, wurde vom Prinzip der sich über Zeiträume erstreckenden jährlichen Erhebung (Erfassung von Zeitraumbestandsmassen) abgegangen und statt dessen reine Inventuren an je einem monatlichen Stichtag eingeführt. Außerdem wurde zu diesem Zweck eine einschneidende Merkmalsverkürzung vorgenommen, was zwar einen Informationsverlust bedeutete, der aber angesichts der Erfahrungstatsache, daß Strukturwandlungen, Verschiebungen in der Proportion der Komponenten nur allmählich erfolgen, akzeptabel erschien, zumal die differenzierteren Aufschluß vermittelnde Strukturstatistik nicht ein für allemal entfallen, sondern lediglich nach mehrjährigen Pausen wiederholt werden sollte. Die Voraussetzungen hierfür wurden jedenfalls beibehalten. Start für die neue Krankenstandstatistik war am 3. April 1968. Seither sind in ununterbrochener Reihenfolge monatliche Ergebnisse produziert und verwaltungsintern bekanntgegeben worden. Damit steht jetzt eine genügend lange Zeitpunktreihe zur Verfügung, um mittelfristigen Entwicklungstendenzen des Arbeitsausfalls infolge Krankheit nachzugehen und Erkenntnisse typischer Art zu gewinnen. Primärer Zweck dieser Veröffentlichung ist es, die Resultate der statistischen Auswertung allen interessierten Stellen in der hamburgischen Verwaltung zugänglich zu machen. Darüber hinaus möchte sie anderen Verwaltungen sowie Unternehmen und Verbänden der Wirtschaft, die ebenfalls den Krankenstand registrieren, Vergleichsmöglichkeiten bieten.

2. Einige methodische Anmerkungen zur Krankenstandstatistik

Die Krankenstandstatistik wird als monatliche Stichtagerhebung durchgeführt. Sie ist jedesmal wieder eine Art von Momentaufnahme. Der Krankenstand berücksichtigt somit nur die Arbeitsunfähigkeitsfälle, die zum Erhebungszeitpunkt des Stichtages bestehen. Krankheitsfälle, die diesen Zeitpunkt nicht berühren, kommen also nicht zur Geltung. Zu dieser Einschränkung ist zu erwähnen, daß die Abstimmung der Krankenstandsermittlungen auf monatlich einen Stichtag zweifellos ungenauer und mehr zufallgebunden ist als eine Darstellung, welche auch die während des Monats eintretende Entwicklung miteinschließt. Eine weitgehende Vergleichbarkeit der Stichtage von Jahr zu Jahr wird jedoch durch ihre

festen Fixierung erreicht: Für die Krankenstandstatistik wurde der erste Mittwoch eines jeden Monats zum Stichtag bestimmt. Ist der erste Mittwoch eines Monats dienstfrei, tritt an seine Stelle der nächste Arbeitstag. Ursprünglich hatte man vor, jeweils den ersten Arbeitstag eines Monats als Stichtag zugrunde zu legen, ist aber davon abgekommen, weil dann immer wieder ein anderer Wochentag zum Stichtag geworden wäre; denn der erste Werktag kann in einem Monat der Montag, im nächsten der Donnerstag, im übernächsten der Freitag usw. sein. Da die Höhe des Krankenstands von den Terminen unterschiedlich beeinflußt wird, hätte das negative Konsequenzen für den kurz- und langfristigen statistischen Vergleich gehabt. Bei der Wahl des Mittwochs zum Stichtag war ausschlaggebend, daß es sich um einen „neutralen“ Wochentag ohne verzerrende Wirkung durch Wochenanfang oder -ende handelt.

Die Abgrenzung des in die Krankenstandstatistik einbezogenen Personenkreises sieht so aus, daß alle arbeitsunfähig erkrankten Bediensteten – auch aushilfsweise, teilbeschäftigte oder Nachwuchskräfte – der hamburgischen Behörden und Ämter gezählt werden. Wegen Sonderregelungen gilt das nicht für die Lehrer im öffentlichen Schuldienst sowie die Wissenschaftler der Universität. Unberücksichtigt bleibt ferner das Personal der im Anhang zum Stellenplan verzeichneten Eigenbetriebe, Unternehmen und Einrichtungen.

Die Definition des Attributs „arbeitsunfähig erkrankt“ umfaßt nicht nur das Kranksein im medizinischen Sinne, sondern auch alle sonstigen auf gesundheitlichen Ursachen beruhenden Abwesenheiten, wie dies bei Kuren, Heilverschiebungen, Sanatoriumsaufenthalten, Mutterschutzfristen, Quarantänen der Fall ist. Selbstverständlich gehören Unfälle dazu, sofern sie eine Fehlzeit von mindestens 1 Tag begründen.

Unter „Krankenstand“ versteht man das in einem Prozentsatz dargestellte Verhältnis der arbeitsunfähig Kranken zur Gesamtzahl der Verwaltungsangehörigen am Stichtag. Da nicht mehr als zweimal pro Jahr eine Personalzählung stattfindet, nämlich zum 1. April und 2. Oktober, muß die Bezugsgröße während der Intervallmonate grundsätzlich konstant gehalten werden. Das vermag zu Ungenauigkeiten führen, speziell bei den nach Behörden/Ämtern ausgegliederten monatlichen Teilergebnissen. Notgedrungen kann zwischenzeitlich bloß auf – allerdings auch nur ausnahmsweise vorkommende – gewichtige Bestandsveränderungen Bedacht genommen werden, so daß wenigstens keine gröberen Verzerrungen entstehen. Bei den Ergebnissen in aggregierter Form schlagen die unberücksichtigten Interimsschwankungen des Personalbestandes nicht durch.

Die Krankenstandstatistik begnügt sich, zwei wichtige Eigenschaften des kranken Bediensteten in Erfahrung zu bringen: das Geschlecht und das Dienstverhältnis. Die Zugehörigkeit zur einzelnen Behörde oder zum einzelnen Amt ergibt sich aus der zentralen Meldeweise. Somit ist neben vielen anderen denkbaren Merkmalen auch die diagnostizierte Art der Erkrankung nicht Gegenstand der Erhebung.

Die Gewinnung der statistischen Zahlen ist in der Weise organisiert, daß von den Personalabteilungen der Behörden und Ämter jeweils für den Stichtag die Zahl der erkrankten Verwaltungsangehörigen, unterteilt nach der Art des Dienstverhältnisses und dem Geschlecht, anhand der Krankenstands-Mitteilungen A über die noch nicht abgeschlossenen Krankheitsfälle festzustellen und in einen vorgeschriebenen Meldebogen einzutragen ist¹⁾. Das Original dieser Zusammenstellung muß dem Behördenleiter präsentiert werden. Eine Durchschrift ist sodann innerhalb einer Woche nach dem Erhebungsstichtag dem Statistischen Landesamt zwecks Anfertigung einer Gesamtübersicht zu übersenden. Letztere gelangt bereits etwa 14 Tage nach dem Stichtag zur Verteilung. Nach Ablauf des Berichtsjahres wird eine vom Statistischen Landesamt regelmäßig angestellte, kurzgefaßte, retrospektive Analyse mit Vergleichen aus dem Unternehmungssektor für den Dienstgebrauch intern herausgegeben.

3. Der Krankenstand im Spiegel der Statistik

Eine erste Einschätzung der allgemeinen Situation läßt sich anhand des durchschnittlichen Krankenstandniveaus vornehmen.

Durchschnittlich fallen 6,8 % der Mitarbeiter aus

Im Mittel der fünf Berichtsjahre, von April 1968 bis März 1973, belief sich der Krankenstand auf 6,8 %, d. h. von jeweils 100 Bediensteten blieben fast 7 regelmäßig ihrer Arbeit aus Krankheitsgründen fern. Bei durchschnittlich 78 169 Beschäftigten in der Hamburger Verwaltung (ohne Lehrer im öffentlichen Schuldienst sowie wissenschaftliches Personal der Universität) kommt das einer arbeitstäglichen Abwesenheit von 5 315 Mitarbeitern gleich. Es ist unschwer einzusehen, daß eine Morbidität solcher Größenordnung nicht mehr als Bagatelle abgetan werden kann. Wollte man diesen Ausfall voll substituieren, dann müßten grob gerechnet monatlich etwa 10 Mio DM oder jährlich etwa 120 Mio DM aufgewendet werden. Bei Einbeziehung der Lehrer und Wissenschaftler würden sich – bei nicht abweichendem durchschnittlichen Krankenstand – diese Beträge schätzungsweise noch einmal um $\frac{1}{5}$ erhöhen. In Tagewerken ausgedrückt gehen pro Jahr 1,3 Millionen verlustig. Voraussetzung für all diese Kalküle ist allerdings die Unterstellung, daß der durchschnittliche Krankenstand an 5 x 12 Stichtagen als repräsentativ für die gesamte Zeiteinheit angesehen wird.

Niedrigster Krankenstand bei den Beamten, höchster bei den Arbeitern

Der durchschnittliche Krankenstand wird unterschritten bzw. übertroffen, wenn man ihn in der Unterteilung nach dem Dienstverhältnis und Geschlecht analysiert. Die Feststellung, daß die Beamten mit 5,2 % den niedrigsten und die Arbeiter mit 9,1 % den höchsten Krankenstand zu verzeichnen hatten, während

Tabelle 1

Der Krankenstand bei der Hamburger Verwaltung nach Dienstverhältnis und Geschlecht im Durchschnitt der Berichtsjahre 1968/69 bis 1972/73

Geschlecht	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Insgesamt
	1	2	3	4
männlich	5,1	5,9	8,7	6,1
weiblich	5,5	7,2	9,5	7,8
Zusammen	5,2	6,6	9,1	6,8

die Angestellten mit 6,6 % eine Mittellage einnehmen, ist nicht prinzipiell neu; eine solch deutliche Abstufung konnte bislang immer wieder, und zwar ausnahmslos, beobachtet werden. Es besteht demnach ganz offenbar eine statistische Beziehung zwischen Dienstverhältnis und Erkrankungsbereitschaft. Nur durch weiterreichende Untersuchungen auch in Verbindung mit sozialpsychologischen Erkenntnissen ließe sich ermitteln, ob es sich dabei um eine Beziehung von Ursache und Wirkung handelt. Dessenungeachtet sollte die Konstanz im Auftreten derartiger Unterschiede nicht als schicksalhaft und damit unabänderbar ausgelegt werden. Vielmehr müßte durch geeignete Maßnahmen versucht werden, die zweifellos überhöhten gruppenspezifischen Krankenstände auf das relativ niedrige Niveau der Beamten herabzusetzen.

Morbidität ist bei den Frauen größer als bei den Männern

Der Krankenstand der weiblichen Bediensteten lag im Mittel der Berichtsjahre 1968/69 bis 1972/73 mit 7,8 % um mehr als ein Viertel über dem der männlichen Bediensteten mit 6,1 %. Auch die doppelte Aufschlüsselung nach dem Dienstverhältnis und Geschlecht zeigt bei ihren Merkmalsausprägungen durchweg dieselbe Charakteristik, freilich in unterschiedlicher Intensität: Mehr Beamtinnen waren prozentual krank als Beamte, mehr weibliche als männliche Angestellte und mehr Arbeiterinnen als Arbeiter; die stärkste Abweichung wurde unter den Angestellten registriert. Der Tatbestand, daß der Krankenstand des weiblichen Personals auch schon früher nicht unbeträchtlich über dem des männlichen Personals rangierte, beweist, daß zwischen Geschlecht und Erkrankungsbereitschaft ebenfalls eine Beziehung besteht. Welcher Art diese auf statistischer Ebene gefundene Beziehung ist, muß wiederum dahingestellt bleiben, weil die von der Statistik erfaßten Merkmale für die Aufhellung des Hintergrunds nicht ausreichen. Aber auch ohne der Sache mehr auf den Grund zu gehen, liegt doch der Schluß nahe, daß die Mehrfachbelastung der meisten Frauen durch Beruf, Haushalt und Mutterschaft die Morbidität im ungünstigen Sinne beeinflusst. Ferner spielt dabei die andersgeartete Konstitution bei Mann und Frau sicherlich eine wichtige Rolle.

Nach der Darstellung des allgemeinen, mittleren Niveaus, in dem die wesentliche Quantität des Krankenstands zum Ausdruck kam, soll nun ein dynamischer Vergleich die zeitlichen Unterschiede zwischen den Krankenständen der einzelnen Berichtsperioden widerspiegeln.

¹⁾ Vgl. Mitteilungen für die Verwaltung der Hansestadt Hamburg Nr. 7 vom 22. April 1968, S. 82.

Tabelle 2

**Der Krankenstand bei der Hamburger Verwaltung nach Dienstverhältnis und Geschlecht
sowie seine jährliche Veränderung in den einzelnen Berichtsjahren von 1968/69 bis 1972/73**

Dienstverhältnis Geschlecht	1968/69		1969/70		1970/71		1971/72		1972/73	
	Krankenstand		Veränderung in %		Krankenstand		Veränderung in %		Krankenstand	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Beamte	5,0	5,4	+ 8,0	4,9	- 9,3	5,3	+ 8,2	5,3	—	
Angestellte	6,9	7,1	+ 2,9	6,2	-12,7	6,5	+ 4,8	6,4	- 1,5	
Arbeiter	8,8	9,9	+12,5	8,4	-15,2	9,4	+11,9	9,0	- 4,3	
Insgesamt	6,8	7,2	+ 5,9	6,3	-12,5	6,8	+ 7,9	6,7	- 1,5	
davon männlich	6,1	6,4	+ 4,9	5,7	-10,9	6,2	+ 8,8	6,2	—	
weiblich	7,9	8,5	+ 7,6	7,2	-15,3	7,8	+ 8,3	7,4	- 5,1	

Maximaler Krankenstand in 1969/70, minimaler in 1970/71

Die Morbidität entwickelte sich folgendermaßen: Im Ausgangsjahr bestand Höhengleichheit (6,8) mit dem Gesamtdurchschnitt, sie stieg dann 1969/70 um 5,9 % auf 7,2 an, fiel 1970/71 um 12,5 % auf 6,3 zurück, erreichte 1971/72 wieder den Durchschnitt und nahm 1972/73 von neuem, jedoch nur geringfügig ab. Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, hatte der Krankenstand der Teilmassen grundsätzlich überall denselben Verlauf, wenn auch der Schwankungsbereich differierte. Weiter läßt sich konstatieren, daß der Krankenstandzyklus für 1969/70 seine maximalen und 1970/71 seine minimalen Werte ausweist. Das hohe Niveau 1969/70 ist durch die seinerzeitige europäische Grippeperiode bewirkt worden, die Hamburg besonders stark heimgesucht hatte.

Durch Zusammenfassung der aus den jährlich ermittelten Krankenständen gegenüber ihrem Durchschnitt (6,8) resultierenden negativen und positiven Abweichungen in einer Größe wird die Streuung charakterisiert. Diese mittlere lineare Abweichung beträgt beim Gesamt Krankenstand 0,20 Prozentpunkte; sie ist mit 0,18 Prozentpunkten bei den Beamten am wenigsten und mit 0,44 bei den Arbeitern am deutlichsten ausgeprägt.

Mittelfristig gesehen schwach steigender Trend

Die Grundrichtung einer Entwicklung läßt sich am besten durch den Trend widerspiegeln. Aus den monatlichen Krankenständen von April 1968 bis März 1973 der öffentlichen Bediensteten insgesamt sowie aus den Krankenständen der männlichen bzw. der weiblichen Bediensteten und der Beamten, Angestellten und Arbeiter wurde die Grundtendenz der Entwicklung mit Hilfe einer einfachen rechnerischen Methode isoliert und graphisch dargestellt. Diese bestand darin, die jeweilige Zeitpunktreihe in zwei Hälften zu unterteilen und aus jeder Hälfte das arithmetische Mittel zu bilden. Durch die Punkte, die die beiden arithmetischen Mittel darstellen, ist dann eine Gerade als Trend gelegt worden. Der erste allgemeine Eindruck, den man vom Schaubild 1 vermittelt bekommt, ist der, daß aus der Gesamtentwicklung wie auch den Partialentwicklungen nur schwach steigende oder fallende Trends resultieren und daß der effektive Verlauf stark um die „gesetzmäßige“ Entwicklung schwankt. Im einzelnen ist ein leicht zunehmender Trend beim Gesamt Krankenstand zu erkennen, was auch für die Teilmassen „männ-

liche Bedienstete“, „Beamte“, „Arbeiter“ zutrifft. Die Gruppe der weiblichen Bediensteten und die der Angestellten haben hingegen mittelfristig einen schwach fallenden Trend zu verzeichnen.

Die hier transparent gemachten Evolutionstendenzen des Krankenstandes bei der Hamburger Verwaltung gelten für den Untersuchungszeitraum. Es muß sich erst noch erweisen, ob die Entwicklungen auch auf längere Sicht anhalten. Man sollte deshalb die bisherigen Trendrichtungen nicht ohne weiteres unverändert in die Zukunft transponieren. Würde man beispielsweise eine umfassende Schutzimpfung gegen die diversen Grippeviren durchführen, so wäre eine sprunghafte Änderung des Gesamttrends denkbar.

Krankenstand jahreszeitlich beeinflusst — starke Saisonschwankungen

Bei der Planung des Krankenstandes und seiner Senkung kann nicht einfach für alle Monate ein gleich großer Krankenstand angenommen werden, da der Krankenstand neben anderen Faktoren auch jahreszeitlich bedingt ist. Wie sehr letzteres der Fall ist, demonstriert die chronologische Abfolge der monatlichen Krankenstände mit ihrem mehr oder minder rhythmischen, den Jahreszeiten angepaßten Auf und Ab. Es handelt sich dabei um die sogenannten Saisonschwankungen, die teils durch natürliche Faktoren (Klima, Witterung), teils durch soziale, von Menschen begründete Tatbestände (Urlaub) verursacht sind.

Tabelle 3

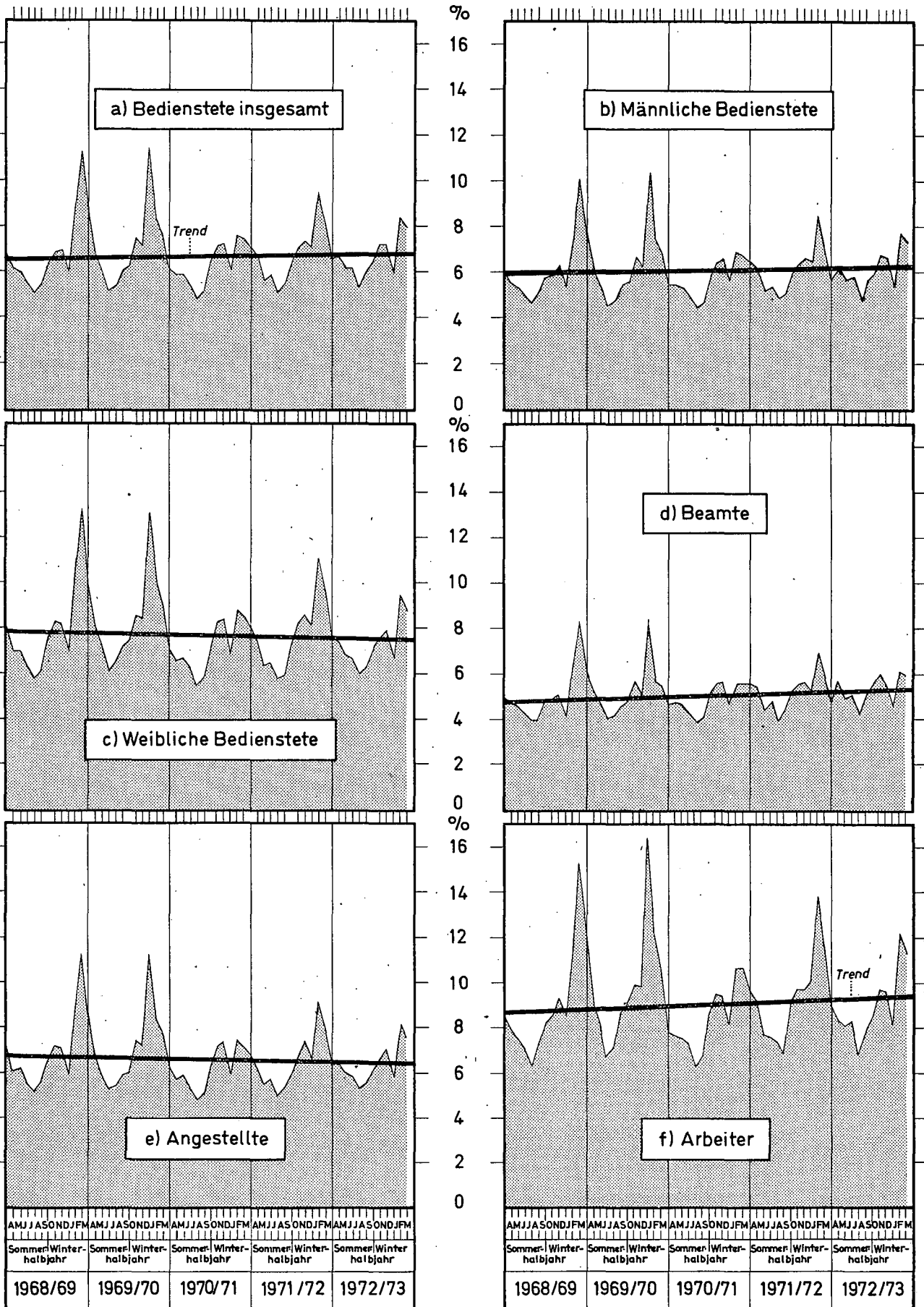
**Monatliche Krankenstandsergebnisse
bei der Hamburger Verwaltung
von April 1968 bis März 1973**

Monate	1968/69	1969/70	1970/71	1971/72	1972/73
	1	2	3	4	5
April	6,8	8,6	6,1	7,1	6,6
Mai	6,2	6,8	5,9	6,7	6,7
Juni	6,0	6,0	5,9	5,7	6,2
Juli	5,5	5,2	5,4	5,9	6,2
August	5,1	5,4	4,9	5,2	5,4
September	5,5	6,1	5,2	5,5	6,0
Oktober	6,4	6,3	6,4	6,5	6,5
November	6,9	7,5	7,2	7,1	7,2
Dezember	7,0	7,2	7,3	7,4	7,2
Januar	6,1	11,4	6,2	7,1	6,0
Februar	8,7	8,4	7,6	9,5	8,4
März	11,3	7,7	7,5	8,1	8,0

Jeweils der niedrigste und höchste Krankenstand ist umrandet.

Schaubild 1

Die Entwicklung des Krankenstands in der hamburgischen Verwaltung von April 1968 bis März 1973



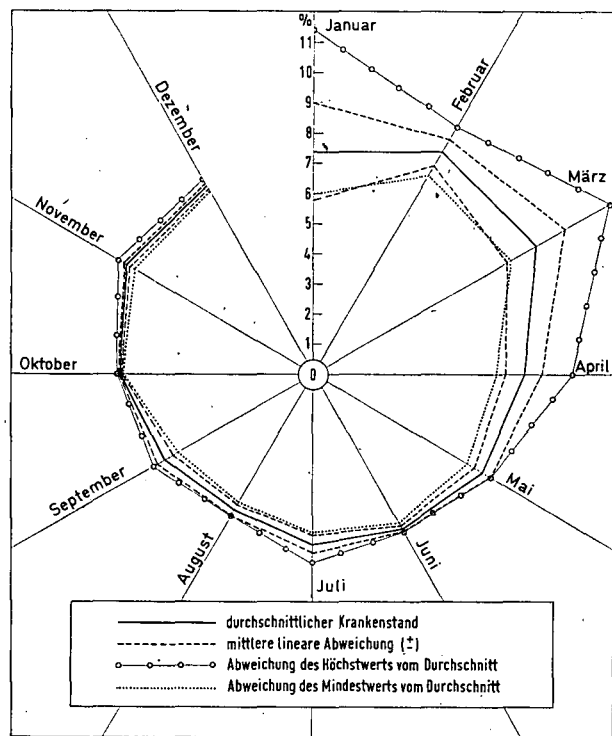
In Tabelle 3 sind alle Krankenstandsergebnisse monatsweise festgehalten; die jeweils niedrigste und höchste Zahl ist zwecks besseren Auffindens umrandet. Es erstaunt dann doch, wenn man sieht, wie es Jahre gibt, in denen der maximale Krankenstand mehr als doppelt so hoch ausfiel wie der minimale. Da in den Ursprungswerten des Dienstaussfalls infolge Krankheit neben den Saisonbewegungen noch andere Bewegungskomponenten (Trend, Zufall) enthalten sind und die Saisonausschläge nicht von Jahr zu Jahr die gleichen Amplituden aufweisen, d. h. innerhalb gewisser Grenzen mit variabler Intensität auftreten, ist es nicht möglich, anhand des Verlaufs der Originalwerte das typische Ausmaß der jahreszeitlichen Bewegungen des Krankenstands unmißverständlich wahrzunehmen. Dazu bedarf es bestimmter Durchschnittsberechnungen, die hin zur „Saisonnormalen“ führen.

Hohe Krankenstände im Winter (Februar, März) – niedrige im Sommer (Juli, August, September)

Aus dem Polardiagramm (Schaubild 2), einer spinnennetzartigen Darstellungsform, die sich zur Veranschaulichung von Erscheinungen mit periodischen Schwankungen eignet, ist zunächst der durchschnittliche Verlauf der monatlichen Krankenstandszahlen zu ersehen. Danach erkennt man unschwer, daß in den Wintermonaten Februar und März im Mittel der letzten fünf Berichtsjahre die meisten Krankenauffälle auftraten, die wenigsten dagegen in den Sommermonaten Juli, August und auch noch September.

Schaubild 2

Polardiagramm des durchschnittlichen monatlichen Krankenstands in der hamburgischen Verwaltung und seiner Streuung 1968/69 bis 1972/73



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

②

Während die niedrigsten Krankenstände hauptsächlich auf die Urlaubszeit zurückzuführen waren, waren die höchsten von den vermehrt aufgetretenen Erkältungskrankheiten und grippalen Infekten beeinflusst. In das Schaubild 2 sind außer den Durchschnitten der monatlichen Krankenstände deren mittlere lineare Abweichungen sowie die Abweichungen des Höchstwerts und des Mindestwerts vom Durchschnitt einbezogen. Die mittlere lineare Abweichung ist das arithmetische Mittel aus sämtlichen absoluten Einzelabweichungen vom Durchschnitt für jeden Monat in den Jahren 1968/69 bis 1972/73. Sie ist für die Betrachtung relevant, weil sie unter weitgehender Eliminierung der zufälligen Veränderungen das Ausmaß der monatlichen Schwankungen manifestiert. Sie hat die gleiche Dimension wie die Ursprungswerte und wird in zwei symmetrischen Kurvenzügen dargestellt, einmal als Abstand nach oben (+), zum anderen als Abstand nach unten (-) vom durchschnittlichen Krankenstand. Im Januar und März bietet sich die mittlere Abweichung erheblich größer dar als in allen anderen Monaten, was besagt, daß der Krankenstand in diesen beiden Monaten, bezogen auf den gesamten Zeitabschnitt 1968/69 bis 1972/73, am stärksten streute. Diese Variabilität wurde durch nicht alle Jahre wiederkehrende unterschiedlich heftige Grippeepidemien verursacht. In den fünf Oktober-Monaten hingegen ergab sich ein konträres Resultat: Der Dienstaussfall blieb praktisch immer niveaugleich. Weiter läßt sich feststellen, daß die Abweichung des Höchstwerts des Krankenstandes sowie des Mindestwerts vom durchschnittlichen Krankenstand in Monaten mit hohem Dienstaussfall größer war als in Monaten mit geringerem Dienstaussfall, ein Tatbestand, der sich vornehmlich in der ersten Kalenderjahreshälfte bemerkbar macht. Die Maximalwerte wichen in der Mehrzahl der Monate stärker vom arithmetischen Mittel ab als die Minimalwerte, mit anderen Worten, die extremen Streuungen des Krankenstands in den vergangenen fünf Jahren waren noch kräftiger, wenn sie zu einer Erhöhung, und schwächer, wenn sie zu einer Verminderung tendierten.

Für die Präsentation des Idealtypus der Saisonbewegungen, der Saisonnormale, des nunmehr nach Dienstverhältnis und Geschlecht differenzierten Krankenstandes (Schaubild 3a und 3b), wurde ein nach der Periodogramm-Methode von Kemmerer berechneter Saison-Index verwendet, bei dem der saisonmäßige Ausschlag jedes originären Monatswerts zunächst durch eine Indexzahl im Verhältnis zum dazugehörigen Jahresdurchschnitt ausgedrückt und aus den so ermittelten Zahlen dann das arithmetische Mittel gebildet wurde. Es ging also um die Aufgabe der Ausgleichung, wobei die normalen Saisonschwankungen die wesentlichen, die jährlichen Abweichungen die zufälligen Motionen wiedergeben. An den Saisonindexzahlen läßt sich künftig messen, ob die Saisonausschläge der monatlichen Krankenstände im Rahmen der durchschnittlichen Schwingung liegen oder davon abweichen und ggf. in welcher Weise und in welchem Ausmaß. Aus dem Periodogramm wäre beispielsweise zu schließen, daß alljährlich der Krankenstand der männlichen Bediensteten bei der Hamburger Verwaltung im August lediglich 78% des Jahresmittels ausmacht, während

Tabelle 4

Periodogramm der monatlichen Krankenstände bei der Hamburger Verwaltung für den Berichtszeitraum 1968/69 bis 1972/73

Geschlecht Dienstverhältnis	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Männliche Bedienstete	103	96	88	84	78	85	96	105	106	109	125	125
Weibliche Bedienstete	105	94	88	83	76	81	95	106	108	107	128	127
Beamte	101	100	91	88	79	86	99	107	105	106	119	122
Angestellte	106	94	89	84	78	83	93	106	109	107	126	125
Arbeiter	103	93	86	82	75	82	96	104	105	112	132	131

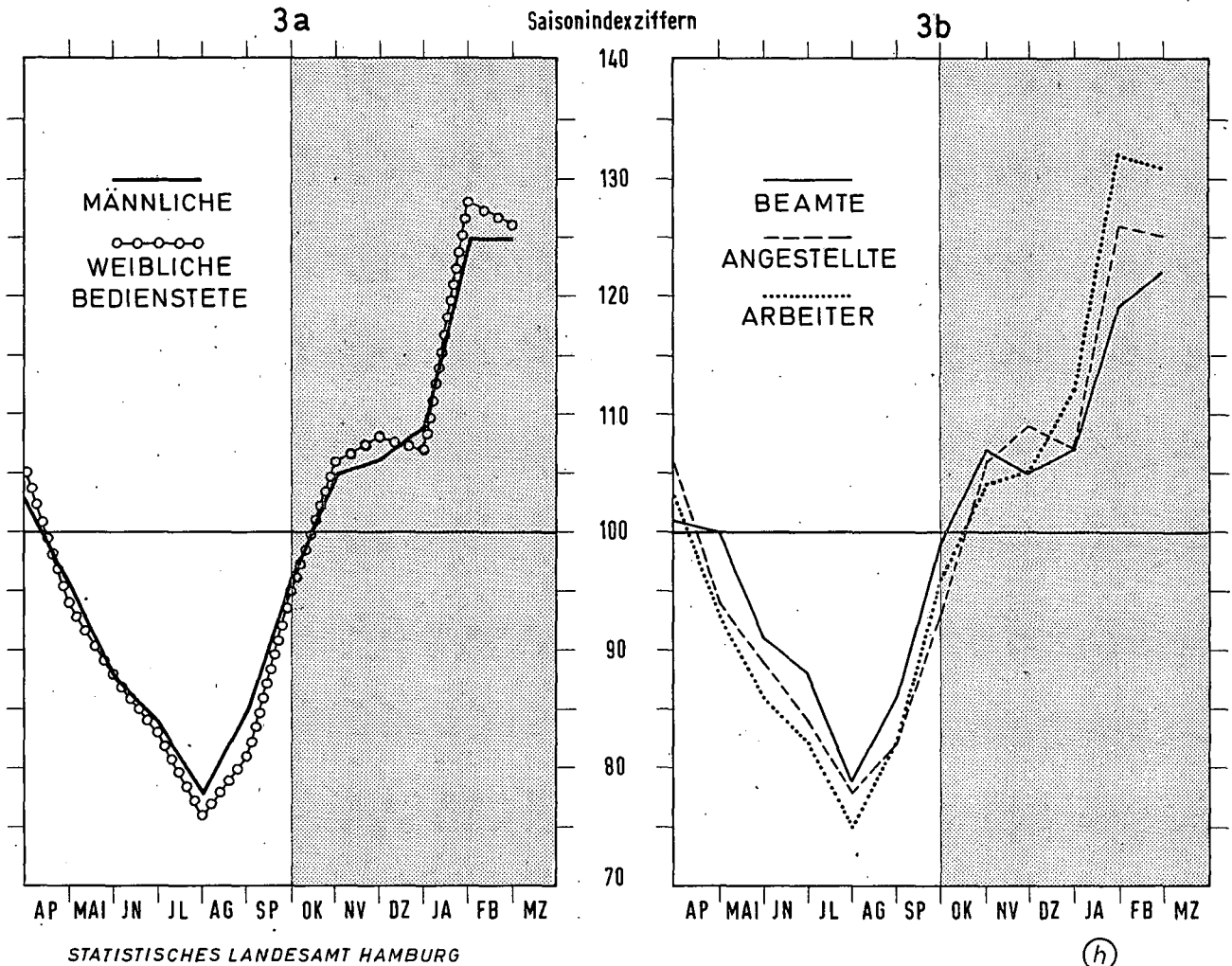
er im Februar und März diesen Jahresdurchschnitt um 25% übersteigt. Selbstverständlich gelten diese Saisonindices nicht für eine unbegrenzte Zukunft; sie können im Laufe längerer Zeit auch Änderungen unterliegen. In größeren Abständen ist deshalb eine Neuberechnung ratsam.

Durch Verbildlichung der Saisonindexziffern bekommt man einen guten optischen Eindruck von der Charakteristik der jahreszeitlichen Schwankungen. Was schon das Polardiagramm für den Gesamtkrankenstand offenbarte, das wiederholt sich nun ausnahmslos bei der empirischen Beschreibung separater konstanter Saisonfiguren für die Krankenstände des männlichen und weiblichen Personals sowie der

Beamten, Angestellten und Arbeiter: die markante Disproportion zwischen Sommer- und Winterhalbjahr. In der warmen Jahreszeit verlaufen die Zyklen im unterdurchschnittlichen Bereich, d. h. die Krankenstände gehen im Frühjahr und Sommer zurück; in der kalten Jahresperiode verlaufen die Zyklen dagegen im überdurchschnittlichen Bereich, was ein regelmäßiges Ansteigen der Krankenstände im Herbst und Winter widerspiegelt. Typisch ist ferner die vorübergehende Zäsur im Anstieg um die Dezemberzeit herum, die mit dem dann vielfach in Anspruch genommenen Resturlaub zusammenhängen dürfte. Nimmt man die Saisonprofile einzeln unter die Lupe, so zeigen sich geringfügige quantitative Unterschiede. Sommerminimum und Wintermaximum

Schaubild 3

Konstante Saisonfiguren (Saisonnormale) des Krankenstands in der hamburgischen Verwaltung 1968/69 bis 1972/73



(h)

des Krankenstandes der Frauen gehen über die entsprechenden Werte bei den Männern hinaus. Unter dem Aspekt des Dienstverhältnisses hat die Saisonbewegung des Krankenstandes der Arbeiter die größte Amplitude, die der Beamten die kleinste.

Kontinuierlich abnehmende Variabilität der Krankenstandsergebnisse nach Behörden/Ämtern

Es ist nicht beabsichtigt, im Rahmen dieses Aufsatzes die Morbidität des Personals der einzelnen Behörden und Ämter zu analysieren und untereinander zu vergleichen. Auf eine Beschreibung solcher Detailkenntnisse wird wegen ihres vorwiegend internen Charakters verzichtet. Nicht unerwähnt bleiben soll jedoch das Faktum, daß der Umfang des Dienstausfalls in den Behörden aus verschiedensten Gründen mehr oder weniger um den durchschnittlichen Gesamt Krankenstand streut. Der Differenzbetrag zwischen gemitteltem niedrigstem (3,9) und höchstem Jahreswert (8,2), bezogen auf die fünfjährige Referenzperiode 4,3 Prozentpunkte betragend, kann als eindeutig sprechendes Indiz dafür genommen werden. Ein exakter Eindruck von der Variabilität der Krankenstände läßt sich durch den Variationskoeffizienten, einem relativen Streuungsmaß, das nicht nur die zwei Extremwerte, sondern sämtliche Reihenglieder berücksichtigt, vermitteln. Die Berechnung des gewichteten Variationskoeffizienten²⁾ ergab für 1972/73 6,5 %, d. h. die Streuung der Krankenstände in den Behörden und Ämtern betrug 6,5 % ihres gewogenen arithmetischen Mittels, wobei letzteres also hinreichend aussagekräftig ist, da laut einer Faustregel erst bei Variationskoeffizienten von mehr als 50 % eine starke Inhomogenität der statistischen Masse zu unterstellen ist, die die Verwendung des Mittelwerts nicht mehr rechtfertigt.

Interessanterweise hat sich die Variabilität der behördenspezifischen Krankenstandszahlen seit 1968/69 nivellierend entwickelt: Machte sie damals noch 14,2 % des Durchschnitts für die Verwaltung als Ganzes aus, so verkleinerte sie sich 1969/70 auf 13,5 %, 1970/71 auf 13,3 %, 1971/72 auf 10,3 % und endlich 1972/73 auf 6,5 %. Offensichtlich ist das zu einem guten Teil die Frucht der durch das Senatsamt für den Verwaltungsdienst ausgeübten Kontrollfunktion: Behörden und Ämter, die durch besonders hohe, überdurchschnittliche Krankenstände auffallen, werden nach den Gründen dafür gefragt und gehalten, diese wo immer möglich in den Griff zu bekommen.

4. Wie ist der Krankenstand bei der Hamburger Verwaltung im Verhältnis zu dem in anderen Bereichen einzuschätzen?

Will man beurteilen, ob sich das Krankenstandgeschehen bei der Hamburger Verwaltung auf „normalem“ oder auf „anomal“ hohem bzw. niedrigem Niveau abspielt, dann ist ein Vergleich mit anderen Bereichen unumgänglich. Um diesem Erfordernis zu entsprechen, hat das Statistische Landesamt bereits vor

einigen Jahren Kontakt mit einer Reihe bedeutender Unternehmen aufgenommen, welche den Arbeitsausfall infolge Krankheit ebenfalls statistisch erfassen. Dabei konnte der gegenseitige Austausch von Ergebnissen vereinbart werden. In puncto Unternehmensart handelt es sich um zwei Verkehrsunternehmen, zwei Versorgungsunternehmen, ein Industrieunternehmen und ein Dienstleistungsunternehmen. Zusammen repräsentieren diese Unternehmen rd. 81 000 Beschäftigte in Hamburg und seiner weiteren Umgebung, eine Gesamtheit, die anzahlmäßig mit der Krankenstandstatistik der Verwaltung zugrunde gelegten korrespondiert. Hinsichtlich der methodologischen Konzeption besteht allerdings keine Kongruenz; z. B. werden Erkrankungszahlen nicht immer auf den Stichtag, sondern auch auf den Zeitraum abgestellt, Fehlzeiten wegen Mutterschutzgesetzes sowie Kuren nicht überall einbezogen, Nachwuchskräfte nicht erfaßt, neben der Morbidität der in Hamburg Beschäftigten auch die der in auswärtigen Betriebsstätten oder Dienststellen Beschäftigten registriert. Die nachfolgende Gegenüberstellung von Ergebnissen kann demnach nur unter Vorbehalt erfolgen. Aus Gründen statistischer Geheimhaltung gelangen ausschließlich aggregierte Resultate zur Darstellung. Da der Kreis berichtender Unternehmen 1968/69 noch nicht komplett war, muß sich der Vergleich mit einer vierjährigen Zeitetappe begnügen.

Krankenstand in der Hamburger Verwaltung eher günstiger als in der Unternehmenswirtschaft

Die Abweichungen gegenüber dem Krankenstand der Hamburger Verwaltung in Tabelle 5, ausgedrückt in Prozentpunkten, sind in allen Rubriken positiv. Mit der nötigen Vorsicht vermag man daraus zumindest den Schluß abzuleiten, daß der Behördenkrankenstand keineswegs als aus dem Rahmen fallend, ja eher sogar um einiges günstiger einzustufen ist als derjenige, der bei diesem Ausschnitt aus der Unternehmenswirtschaft gemessen wurde.

Niveauevergleich mit Statistik der Sozialen Krankenversicherung erst nach deren Ergänzung um Kurzerkrankungen annähernd möglich

Konsumentenkreise konfrontieren die amtliche Statistik auch immer wieder mit der Frage, warum denn ein Vergleich des Krankenstandes bei der Verwaltung mit dem in der Statistik der Sozialen Krankenversicherung nachgewiesenen unterbleibe. Auf einen kurzen Nenner gebracht lautet die Antwort, daß der stark kontrastierende Vollständigkeitsgrad bei der Erfassung der Erkrankungsfälle zu keinem sinnvollen Vergleich führen würde. Im Zusammenhang damit erscheint es zweckmäßig, an dieser Stelle einmal die methodische Prozedur zur Statistik der Sozialen Krankenversicherung festzuhalten. Aus den „Arbeits- und sozialstatistischen Mitteilungen“ des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung³⁾ ist folgendes zu entnehmen: „Das Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfalle und über Änderungen des Rechts der gesetzlichen Kranken-

²⁾ $V_{\mu} = \frac{\sqrt{\frac{\sum (x_i - \mu)^2 \cdot f_i}{\sum f_i}}}{\mu} \cdot 100$

³⁾ Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen, 23. Jg., September 1972, Heft 9, S. 288.

Tabelle 5

**Zusammengefaßte Krankenausfallquoten ausgewählter Wirtschaftsunternehmen
in Hamburg (einschl. weiterer Umgebung) 1969/70 bis 1972/73**

Berichtsjahre	April	Mai	Juni	Juli	August	Sep- tember	Ok- tober	No- vember	De- zember	Januar	Fe- bruar	März	Jahres- durch- schnitt	Ab- weichung gegenüber Kranken- stand der Hamburger Verwaltung in Prozent- punkten
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1969/70	8,3	7,0	6,4	6,0	6,6	6,8	7,5	8,0	10,0	12,1	9,3	7,9	8,0	+0,8
1970/71	7,2	6,5	6,5	6,1	6,0	6,6	7,4	7,7	7,2	7,9	8,2	8,1	7,1	+0,8
1971/72	7,4	7,0	6,5	6,3	6,0	6,5	7,6	8,0	8,1	9,3	9,8	7,9	7,5	+0,7
1972/73	7,2	7,1	7,0	6,7	6,4	7,0	8,1	8,4	8,0	9,5	9,5	8,5	7,8	+1,1
Durchschnitt der Berichtsjahre	7,5	6,9	6,6	6,3	6,3	6,7	7,7	8,0	8,3	9,7	9,2	8,1	7,6	+0,8
Abweichung gegenüber Kranken- stand der Hambur- ger Verwaltung in Prozentpunkten	+0,4	+0,4	+0,6	+0,6	+1,1	+1,0	+1,3	+0,7	+1,0	+2,0	+0,7	+0,3	+0,8	

versicherung (Lohnfortzahlungsgesetz) vom 27. Juli 1969 (BGBl. I, S. 946) bedeutete für die Ermittlung des Krankenstandes eine gravierende Zäsur. Vor dem Inkrafttreten des Lohnfortzahlungsgesetzes am 1. Januar 1970 konnten die Krankenkassen die Arbeitsunfähigkeit eines Mitglieds in der Regel dann in die Statistik einbeziehen, wenn der Versicherte Krankengeld beanspruchte oder eine Krankenhausaufnahme erforderlich wurde. Die Ermittlung des Krankenstandes orientierte sich daher in der amtlichen Statistik an jener Pflichtmitgliedergruppe, die einen sofortigen Anspruch auf Barleistungen besaß. Bei diesen Pflichtmitgliedern handelte es sich hauptsächlich um Arbeiter. Die Beschränkung auf diesen Versichertenkreis — im Jahre 1969 hatten z. B. 69% der Versicherungsberechtigten (ohne Rentner) bei Eintreten der Arbeitsunfähigkeit einen sofortigen Anspruch auf Barleistungen — ergab sich aus der Tatsache, daß eine ähnliche exakte Feststellung des Krankenstandes für die Pflichtmitglieder ohne sofortigen Anspruch auf Barleistungen (in der Hauptsache Angestellte) und die freiwilligen Mitglieder nicht möglich war, es sei denn lediglich für die verhältnismäßig geringe Zahl der Krankenhaüsfälle dieser Mitglieder.

Die durch das Lohnfortzahlungsgesetz bewirkten Rechtsänderungen führten zu einer Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten durch die Fortzahlung des Lohns für einen Zeitraum von mindestens sechs Wochen und zur Entwicklung des Vertrauensärztlichen Dienstes von einer Kontrollinstitution zu einem Instrument sozialmedizinischer Betreuung. Die statistische Erfassungsmethodik mußte die neue Rechtslage beachten, wenn Krankenstandsziffern noch Aussagekraft besitzen sollten. Eine Beibehaltung der bisherigen Verfahrensweise hätte im Ergebnis dazu geführt, daß auch für die Arbeiter nur die ambulanten Arbeitsunfähigkeitsfälle von der 7. Woche an in die Krankenstandsberechnung eingegangen wären. Auf diese Weise ermittelte Häufigkeitszahlen wären deshalb bedeutungslos gewesen, weil nur 10% bis 20% aller Arbeitsunfähigkeitsfälle länger als 6 Wochen dauern. Hinzu kommt, daß die Krankenkassen von 1970 an versicherungsrechtlich

nur noch Pflichtversicherte mit einem Lohnfortzahlungsanspruch von 6 Wochen und länger einerseits und mit einem Anspruch von unter 6 Wochen (bzw. ohne Anspruch) andererseits unterscheiden.

Die Krankenkassen erfassen daher seit dem Inkrafttreten des Lohnfortzahlungsgesetzes den monatlichen Krankenstand für die Gesamtheit der Pflichtmitglieder. Am Berechnungsmodus — Zahl der arbeitsunfähig kranken Versicherten (ohne die Mitglieder, die sich in einem Heilverfahren befinden, für das ein anderer Sozialleistungsträger, beispielsweise die Unfallversicherung, die vollen Kosten trägt) in vom Hundert der Gesamtzahl der entsprechenden Mitgliedergruppe — und der Feststellung zum Ersten jedes Monats hat sich nichts geändert. Der Jahresdurchschnitt wird aus den Krankenständen der Monate Januar bis Dezember errechnet.

Die Informationsquelle für eine bestehende Arbeitsunfähigkeit bildet für die pflichtversicherten Arbeiter in erster Linie die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung des behandelnden Arztes. Nach § 3 Abs. 1 Lohnfortzahlungsgesetz ist der Arzt verpflichtet, dem Träger der gesetzlichen Krankenversicherung unverzüglich eine Bescheinigung über die Arbeitsunfähigkeit mit Angaben über den Befund und die voraussichtliche Dauer zuzuleiten; nach Ablauf der vermuteten Erkrankungsdauer stellt der Arzt bei Weiterbestehen der Arbeitsunfähigkeit eine Fortsetzungsbescheinigung aus. Die Krankenkassen erfahren somit nicht immer — im Gegensatz zu der Regelung bis Ende 1969 — das tatsächliche Ende der Arbeitsunfähigkeit bei ambulanter ärztlicher Behandlung, weil der Kranke die Arbeit auch zu einem anderen als vom Arzt angenommenen Termin wieder aufnehmen kann.

Zur Ermittlung der arbeitsunfähig erkrankten Angestellten haben — aufgrund der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung — die Verbände der Ärzte und Krankenkassen Vereinbarungen getroffen, denen zufolge der seit 1970 benutzte Vordruck für eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung von Arbeitern auch für Angestellte verwendet und ein Exemplar in

Tabelle 6.

**Zusammengefaßter Krankenstand der Pflichtmitglieder¹⁾ der Ortskrankenkasse, Innungskrankenkasse
und Betriebskrankenkassen ohne und mit Berücksichtigung des geschätzten Kurzerkrankungsanteils
1970/71 bis 1972/73**

Morbidity	1970/71			1971/72			1972/73			Durchschnitt der 3 Berichtsjahre		
	männ- lich	weib- lich	zusammen	männ- lich	weib- lich	zusammen	männ- lich	weib- lich	zusammen	männ- lich	weib- lich	zusammen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1. Originäre Ergebnisse												
Krankenstand	5,6	6,0	5,7	5,6	5,7	5,6	6,3	6,3	6,3	5,8	6,0	5,9
Abweichung gegenüber Krankenstand der Hamburger Verwaltung in Prozentpunkten	-0,1	-1,2	-0,6	-0,6	-2,1	-1,2	+0,1	-1,1	-0,4	-0,2	-1,5	-0,7
2. Hochgerechnete Ergebnisse												
Krankenstand	7,3	7,9	7,5	7,3	7,5	7,3	8,3	8,3	8,3	7,6	7,9	7,7
Abweichung gegenüber Krankenstand der Hamburger Verwaltung in Prozentpunkten	+1,6	+0,7	+1,2	+1,1	-0,3	+0,5	+2,1	+0,9	+1,6	+1,6	+0,4	+1,1

¹⁾ ohne Rentner sowie Wehr- und Ersatzdienstleistende.

gleicher Weise wie für die Arbeiter an die Krankenkassen weitergeleitet wird.“

Der Hauptunterschied zur Krankenstandstatistik der Hamburger Verwaltung liegt also bei der Informationsquelle. Wie schon geschildert, registriert ja die Verwaltung über die intern ausgestellten Krankenstands-Mitteilungen in umfassender Weise jeden Krankheitsfall, auch die Kurzerkrankungen (1 bis 3 Tage), für die kein ärztliches Attest vorgelegt zu werden braucht. Bei der Statistik der Sozialen Krankenversicherung bilden dagegen die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen der behandelnden Ärzte die Grundlage. Daraus resultiert eine gewisse, statistisch nicht exakt abgrenzbare Untererfassung der Arbeitsunfähigkeitsfälle, die auch nicht kompensiert wird durch den Tatbestand, daß der behandelnde Arzt nur noch das voraussichtliche Ende der Arbeitsunfähigkeit angibt. Nimmt nämlich der Arbeitnehmer seine Tätigkeit bereits eher wieder auf und ereignet sich dieser Vorgang an dem für die Zählung des Krankenstands maßgebenden Stichtag, so hat das eine Übererfassung von arbeitsunfähig kranken Versicherten zur Folge. Von Gewicht dürfte das jedoch kaum sein, zumal andererseits eventuell verspätet bei den Krankenkassen eingehende Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen (nach dem 8. eines Monats) wiederum eine Vergrößerung des Erfassungsdefizits bewirken können und der Untererfassungseffekt noch verstärkt wird durch die fehlende Möglichkeit, Pflichtmitglieder, für die eine andere Stelle ein Heilverfahren ohne Kostenbeteiligung der Krankenkasse durchführt, als abwesend vom Arbeitsplatz zu registrieren. Per saldo läßt sich jedenfalls sagen, daß die Höhe der in der Statistik der Sozialen Krankenversicherung errechneten Krankenstandsziffern unter dem tatsächlichen Krankenstand liegt. Einen approximativen Anhalt über die Größe der Erfassungslücke vermögen die früher einmal von der Statistik der Krankheitsfälle der hamburgischen Verwaltung ermittelten Kurzerkrankungsquoten zu liefern. Im Sommerhalbjahr 1966 hatten danach von 100 Krankheitsfällen eine Erkrankungsdauer von 1 bis 3 Tagen 29,6%, im Winterhalbjahr 1966/67 32,6%, im gewogenen Durchschnitt der Referenzperiode 1966/67 31,2%. Die ent-

sprechenden empirischen Quoten für das ganze Berichtsjahr 1966/67 lauteten bei den Männern 31,2%, den Frauen 31,3%. Aktuellere Angaben existieren leider nicht. Da als sehr wahrscheinlich anzunehmen ist, daß auch außerhalb der hamburgischen Verwaltung kurzfristige Erkrankungen in einem analogen Umfang auftreten, erscheint es methodisch wohl einigermaßen vertretbar, wenn man die originären Ergebnisse aus der Statistik der Sozialen Krankenversicherung mit diesen Quoten behelfsweise hochrechnet und damit in etwa kompatibel macht. Im Zuge der Verwirklichung dieses Verfahrens (Tabelle 6) wurde nicht die Gesamtheit der dem Statistischen Landesamt meldenden Krankenkassen herangezogen, sondern nur diejenigen, deren Geschäftsbereich sich im großen und ganzen mit dem hamburgischen Staatsgebiet deckt. Die innerhalb der einzelnen Kassenkategorien divergierende Krankheitshäufigkeit ist mittels gewogener Durchschnittsbildung eliminiert worden.

Stellt man nunmehr den Vergleich zwischen dem Krankenstand der Verwaltung und dem der Pflichtmitglieder ausgewählter Krankenkassen an, darf man dessen provisorischen Charakter, der sich aus dem oben Gesagten ergibt, nicht vergessen.

Zuerst ein Blick auf die ursprünglichen Ergebnisse: Die Zahlen zeigen einen Krankenstand an, der unter dem der Hamburger Behörden lag. Geradezu umgekehrt sieht hingegen das Bild aus, wenn man die um die Kurzerkrankungen aufgestockten und damit wirklichkeitsgetreueren Ergebnisse betrachtet: Die Abweichungen beweisen es, unter den Pflichtmitgliedern der Krankenkassen machte sich eine signifikant größere Morbidität bemerkbar als unter den Staatsbediensteten. Dieser positive Befund kann zur weiteren Absicherung der Einschätzung des Krankenstands bei der Hamburger Verwaltung als gegenüber der Privatwirtschaft nicht aus dem Rahmen fallend, ja eher sogar um einiges günstiger verlaufend dienen.

Francisco Villalaz

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1973	Oktober 1973	November 1973	November 1972
		1965	1972				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ¹⁾	759,7	763,0	761,8	777,4	760,1	759,0
Lufttemperatur	°C	8,6	9,1	14,9	8,7	4,5	5,9
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	78	78	83	84	86
Windstärke	Meßzahl ²⁾	3	3	3	3	4	3,8
Bewölkung	" ³⁾	7	6	5	6	5	7
Summenwerte ⁴⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	654	57	68	110	74
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 524	143	97	70	37
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	99	4	11	7	16
Tage mit Niederschlägen	"	256	201	18	17	23	23
Bevölkerung							
1. Bevölkerungszustand (Monatsende) ⁵⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	244,8	245,0	244,7
" Altona	"	264,3	256,4	252,0	254,8
" Eimsbüttel	"	264,6	253,9	250,6	253,8
" Hamburg-Nord	"	401,3	344,5	333,7	341,2
" Wandsbek	"	357,5	375,0	379,0	376,3
" Bergedorf	"	82,6	94,6	93,2	94,5
" Harburg	"	199,0	204,7	201,1	203,8
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 773,9	1 754,6	1 768,6
dav. männlich	"	861,9	820,7	813,6	818,7
weiblich	"	995,0	953,2	941,0	949,9
dar. Ausländer ⁶⁾	"	59,8	114,7	124,8	124,7	128,4	116,0
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁷⁾	Anzahl	1 510	1 019	819 r	848 r	860 p	747 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	6,9	5,7 r	5,1 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 269	1 124 r	1 170 r	1 070 p	1 138 r
dar. unehelich	"	143	113	109 r	124 r	110 p	94 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	8,6	7,8 r	7,8 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,4	8,9	9,6 r	10,8 r	10,2 p	8,3 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	39	25	30 r	34 r	20 p	18 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 149	2 129 r	2 224 r	2 355 p	2 152 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	13,6	14,5	14,8 r	14,8 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	17,2	19,2	26,7 r	29,1 r	18,7 p	15,3 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	123	- 880	- 1 005 r	- 1 054 r	- 1 285 p	- 1 014 r
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	0,8	- 6,0	7,0 r	7,0 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	6 466	6 233	6 415
über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	6 870	6 212	6 593
Fortgezogene Personen	"	- 379	- 404	+ 21	- 178
über die Landesgrenze Hamburgs	"	- 37	- 144	+ 217	- 36
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	- 342	- 260	- 196	- 142
dav. männlich	"
weiblich	"
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 428	13 110	14 698
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus	"	1 542	1 695	1 568	1 675
Schleswig-Holstein	"	835	1 092	1 004	1 061
dar. angrenzende Kreise ⁸⁾	"	1 091	1 041	902	1 006
Niedersachsen	"	272	351	345	336
dar. angrenzende Kreise ⁸⁾	"	2 006	1 629	1 406	1 460
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 535	2 101	2 357	2 274
Ausland und Sonstige ⁹⁾	"	2 351	2 581	2 259	2 591
b) Fortgezogene nach	"	1 620	1 960	1 701	2 022
Schleswig-Holstein	"	1 268	1 564	1 515	1 589
dar. angrenzende Kreise ⁸⁾	"	525	830	872	873
Niedersachsen	"	2 167	1 744	1 545	1 691
dar. angrenzende Kreise ⁸⁾	"	787	981	893	722
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"
Ausland und Sonstige ⁹⁾	"

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. - ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970 - ⁷⁾ Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. - ⁸⁾ nach dem Ereignisort. - ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Gebirgsentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. - ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹²⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1973	Oktober 1973	November 1973	November 1972
		1965	1972				
Gesundheitswesen							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Öffentliche Krankenhäuser	Anzahl	11 749	11 294	11 108	11 019	11 019	11 255
Bettenbestand ¹⁾ ²⁾		273 169	260 924	246 316	274 028	268 428	267 035
Pflegetage	‰	81,8	79,8	79,0	85,8	85,9	84,2
Bettenausnutzung ³⁾							
b) Gemeinnützige Krankenhäuser	Anzahl	4 573	4 740	4 847	4 847	4 847	4 698
Bettenbestand ¹⁾ ²⁾		123 729	127 459	125 335	134 967	132 349	129 122
Pflegetage	‰	89,1	87,5	86,1	89,8	90,7	90,7
Bettenausnutzung ³⁾							
c) Private Krankenhäuser	Anzahl	745	798	797	797	809	787
Bettenbestand ¹⁾ ²⁾		19 012	20 890	19 764	21 965	21 818	22 443
Pflegetage	‰	81,8	85,0	84,2	89,6	90,6	92,0
Bettenausnutzung ³⁾							
2. Hamburgische Krankenhäuser außerhalb Hamburgs							
a) Öffentliche Krankenhäuser	Anzahl	885	820	820	820	820	820
Bettenbestand ¹⁾ ²⁾		21 274	19 998	21 527	22 246	21 357	19 880
Pflegetage	‰	81,7	79,9	87,5	87,5	86,8	80,8
Bettenausnutzung ³⁾							
b) Tbc-Heilstätten	Anzahl	1 084	781	761	761	761	761
Bettenbestand ¹⁾ ²⁾		25 626	17 462	15 582	17 048	16 844	17 014
Pflegetage	‰	85,0	81,8	75,9	81,4	81,0	80,9
Bettenausnutzung ³⁾							
3. Krankenhäuser für Geisteskranke							
a) Öffentliche Krankenhäuser in Hamburg	Anzahl	1 743	1 741	1 739	1 739	1 739	1 739
Bettenbestand ¹⁾		48 245	43 686	43 601	44 982	43 184	43 601
Pflegetage	‰	91,4	86,2	88,7	88,8	88,1	89,3
Bettenausnutzung ³⁾							
b) Gemeinnützige Krankenhäuser in Hamburg	Anzahl	1 275	1 291	1 287	1 287	1 287	1 289
Bettenbestand ¹⁾		38 084	38 605	37 886	39 457	38 269	38 060
Pflegetage	‰	88,2	97,8	98,1	98,9	99,1	98,4
Bettenausnutzung ³⁾							
c) Krankenhäuser außerhalb Hamburgs	Anzahl	1 476	1 420	1 312	1 312	1 312	1 412
Bettenbestand ¹⁾		43 630	41 731	40 736	42 001	40 494	43 093
Pflegetage	‰	97,1	95,0	98,2	98,4	98,7	99,2
Bettenausnutzung ³⁾							
Kulturpflege							
1. Rundfunk und Fernsehen ⁴⁾							
Tonrundfunkteilnehmer ¹⁾	1 000	687,8	688,8	693,1	693,2	693,9	689,7
Fernsehrundfunkteilnehmer ¹⁾	"	455,8	625,0	630,6	630,7	631,5	627,3
2. Öffentliche Bücherhallen einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 688	482 919	525 292	610 860	599 336	547 318
Ausgeliehene Noten	"	3 241	6 242	5 211	8 099	8 697	7 327
3. Wissenschaftliche Büchereien ⁴⁾							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	28 113	38 398	37 821	43 048	46 586	40 989
Benutzer der Lesesäle	"	10 485	13 998	12 482	15 842	16 619	16 211
4. Besucher der Museen und Schausammlungen							
Anzahl		43 961	60 227	63 948	72 408	61 431	55 996
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ⁴⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	687,0	681,8	681,0	683,1	686,1
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	404,7	398,9	397,6	399,2	403,8
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	48,3	46,1	46,0	45,8	47,8
Rentner	"	175,5	234,0	236,8	237,4	238,2	234,5
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	24,5	25,6	28,6	31,6	26,2
dav. männlich	"	17,9	16,8	17,5	19,3	21,4	17,9
weiblich	"	8,8	7,7	8,1	9,2	10,2	8,3

¹⁾ am Monatsende. — ²⁾ ohne Säuglingsbetten. — ³⁾ ohne gesperrte Betten. — ⁴⁾ ab Januar 1971 nur noch gebührenpflichtige Teilnehmer. — ⁵⁾ Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). — ⁶⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1973	Oktober 1973	November 1973	November 1972
		1965	1972				
Erwerbstätigkeit							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	4 532	4 590	5 596	6 644	4 969
dav. männlich	"	2 318	2 528	2 323	2 793	3 510	2 719
weiblich	"	1 092	2 004	2 267	2 803	3 134	2 250
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	60	34	80	242	27
Metallerzeuger und -bearbeiter	"	51	45	39	53	57	28
Schlosser, Mechaniker u. zugeordnete Berufe	"	95	116	107	124	154	105
Elektriker	"	24	28	18	26	24	35
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	"	55	54	63	56	89	56
Tischler, Modellbauer	"	24	18	14	20	37	50
Drucker	"	44	48	48	70	67	44
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarbeiter	"	7	22	20	20	21	37
Ernährungsberufe	"	75	92	82	113	123	103
Warenprüfer, Versandfertigmacher	"	132	143	159	181	220	152
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	"	81	114	118	154	184	121
Warenkaufleute	"	368	421	502	609	601	453
Verkehrsberufe	"	313	252	162	206	278	308
Organisations-, Verwaltungs- u. Büroberufe	"	849	982	1 151	1 489	1 576	1 297
Künstler und zugeordnete Berufe	"	177	254	298	274	296	293
2. Offene Stellen und Vermittlungen							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	18 716	21 083	19 151	15 718	16 585
dav. männlich	"	13 014	9 643	12 272	11 112	8 736	8 849
weiblich	"	12 813	9 073	8 811	8 039	6 982	7 736
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage ¹⁾							
dav. männlich	"	5 841	5 854	5 665	5 920	5 746	5 329
weiblich	"	4 134	4 025	3 959	4 238	4 085	3 733
dav. männlich	"	1 707	1 629	1 706	1 682	1 661	1 596
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen							
dav. männlich	"	10 527	5 435	4 916	4 927	6 273	4 075
weiblich	"	9 955	4 568	3 960	4 172	5 426	3 387
dav. männlich	"	572	867	956	755	847	688
Arbeitsuchende am Monatsende ²⁾							
dav. männlich	"	8 299	11 472	11 321	12 486	13 548	12 156
weiblich	"	5 512	5 810	5 639	6 029	6 927	6 067
dav. männlich	"	2 787	5 662	5 682	6 457	6 621	6 089
3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer							
männlich	"	18 703	45 787
weiblich	"	5 157	18 618
Landwirtschaft und Fischerei							
1. Milcherzeugung							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 437	1 053	1 180	1 294	1 134
dar. an Molkereien geliefert	%	88,0	94,0	88,7	85,3	87,8	93,0
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	10,6	7,7	8,3	9,4	8,6
2. Trinkmilchabsatz durch Molkereien							
Vollmilch	t	10 011	10 501	10 462	10 836
dav. lose	"	3 628	1 925	1 430	1 773
in Flaschen	"	..	142
in verlorenen Packungen	"	6 482	8 434	7 382	8 400
mit abweich. Fettgehalt	"	..	148	534	176
dar.: „Fettarme Trinkmilch“ (Frischmilch = 1,5 %)	"	151
Ultra-hocherhitzte Milch	"	..	391	1 116	487
Entrahmte Milch und Buttermilch	"	382	516	541	366
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	9,4	13,4	9,4	7,2
Kälber	"	2,6	1,3	0,9	0,9	0,9	0,7
Schweine	"	47,0	35,1	26,5	32,6	27,0	32,4
Schafe	"	2,7	0,8	0,7	0,9	0,5	0,7
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,4	8,1	10,8 r	9,1	6,2
Kälber	"	2,5	1,2	0,9	0,8 r	0,9	0,7
Schweine ³⁾	"	49,8	38,1	26,9	32,9 r	27,6	34,2
Schlachtungsmengen aus gewerblichen Schlachtungen ⁴⁾							
dar. Rinder (ohne Kälber)	t	6 229	5 355	5 033	6 267 r	5 431	5 241
Kälber	"	1 595	1 701	2 217	2 876 r	2 429	1 652
Schweine	"	187	114	77	72 r	72	60
Schweine	"	4 318	3 511	2 710	3 285 r	2 905	3 499

¹⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — ²⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ³⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ⁴⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1973	Oktober 1973	November 1973	November 1972
		1965	1972				
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie ¹⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 413	1 362	1 355	...	1 403
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	198	193	193	193	196
dar. Arbeiter ²⁾	"	152	123	118	118	118	122
Geleistete Arbeiterstunden ³⁾	"	24 859	18 971	17 624	19 833	...	19 710
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	184	190	206	...	215
Gehälter (Bruttosumme)	"	75	153	164	164	...	191
Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁴⁾	14	4	3	3	...	4
Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 711	2 157	2 646	...	2 852
Erdgasverbrauch (Ho = 4 300 kcal/cbm) ⁴⁾	1 000 cbm		48 231	41 955	71 659	...	52 635
Heizölverbrauch	1 000 t	69	81	48	61	...	66
Stromverbrauch	Mio kWh	112	172	180	207	...	189
Stromerzeugung (gesamte Industrielle Erzeugung)	"	16	13	12	14	...	15
Umsatz ⁴⁾	Mio DM	1 304	1 713	1 898	2 092	...	1 788
dar. Auslandsumsatz ⁴⁾	"	155	247	298	329	...	239
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	123,9	129,3	129,8 r	138,5 p	134,9
Verarbeitende Industrie	"	109,0	121,9	128,2	127,6	137,3 p	131,0
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	135,6	148,7	148,3	157,1 p	149,4
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	126,7	129,3	126,5	147,8 p	135,4
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	107,0	115,4	108,7	105,7 p	114,3
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	106,2	106,7	110,2	115,0 p	110,5
Bauindustrie	"	103,7	131,9	140,6	135,3 r	126,3 p	143,3
Umsatz ⁴⁾ nach Industriegruppen insgesamt							
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	1 304	1 713	1 898	2 092	...	1 788
Chemische Industrie	"	215	280	325	403	...	309
Elektroindustrie	"	101	155	178	184	...	148
Maschinenbau	"	143	223	268	284	...	237
	"	83	136	157	160	...	138
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	13	14	13	13
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	608	548	675	692	778
Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	56	44	54	64	64
Vj.-Durchschnitt ⁵⁾							
		1965	1972	3. Vj. 1972	4. Vj. 1972	1. Vj. 1973	1. Vj. 1972
3. Handwerk (Meßziffern) ⁶⁾							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	82,5	82,6	82,0	...	82,6
Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	185,7	181,0	232,3	...	154,6
dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	183,9	180,4	239,0	...	144,9
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
Monatsdurchschnitt							
		1965	1972	September 1973	Oktober 1973	November 1973	November 1972
1. Bauhauptgewerbe ⁷⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	44 189	43 394	42 955	...	44 667
dar. Inhaber	"	1 365	1 256	1 207	1 201	...	1 271
Angestellte	"	4 684	5 898	6 238	6 181	...	6 000
Arbeiter ⁸⁾	"	43 102	37 035	35 949	35 573	...	37 396
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	6 109	5 869	6 471	...	6 399
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	2 030	1 665	2 007	...	2 001
gewerbl. und industr. Bauten	"	1 673	2 064	2 046	2 205	...	2 315
öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	2 015	2 158	2 259	...	2 083
Löhne (Bruttosumme) ¹¹⁾	Mio DM	46,3	78,9	83,8	92,1	...	86,0
Gehälter (Bruttosumme) ¹¹⁾	"	5,9	14,3	15,0	14,6	...	18,6
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	220,3	245,1	233,6	...	262,2
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	73,1	58,3	70,4	...	76,7
gewerbl. und industr. Bau	"	31,0	73,8	89,9	84,6	...	99,2
öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	73,4	96,9	78,6	...	86,3
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	175	157	135	142	169
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"		94	77	71	63	103
Umbauter Raum	1 000 cbm	440	440	391	291	406	355
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	84,5	80,0	57,3	82,5	60,1
Wohnfläche	1 000 qm	95	93	83	58	87	78
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	65	61	64	60	54
Umbauter Raum	1 000 cbm	359	604	320	676	402	413
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	105,6	27,7	90,7	42,4	50,8
Nutzfläche	1 000 qm	73	107	48	86	73	87
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 253	1 078	749	1 223	1 032

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie - ²⁾ einschließlich gewerblicher Lehrlinge. - ³⁾ einschließlich Lehrlingsstunden - ⁴⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts. = 3 t Rohbraunkohle. - ⁵⁾ bis Dezember 1969 Effektivmengen, d h ohne Umrechnung, ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm. - ⁶⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer, mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. - ⁷⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. - ⁸⁾ ohne handwerkliche Nebenbetriebe - ⁹⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. - ¹⁰⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. - ¹¹⁾ ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1973	Oktober 1973	November 1973	November 1972
		1965	1972				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	158	179	198	180	160
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	423	410	517	473	382
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	80,0	85,2	91,5	96,3	75,3
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	62	66	80	86	51
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	638	341	790	515	263
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	100,1	39,1	103,6	54,0	29,7
Wohnungen	Anzahl	1 140	1 237	1 101	1 397	1 370	1 130
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	176	178	176	168	222
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	92	89	81	64	107
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	425	430	446	555	604
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	67,7	84,9	89,3	106,6	99,0
Wohnfläche	1 000 qm	98	89	88	98	124	127
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	88	66	56	68	81	60
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	435	247	461	628	232
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	53,3	37,0	75,5	46,6	21,5
Nutzfläche	1 000 qm	69	80	62	95	102	52
Wohnungen	Anzahl	1 438	1 238	1 391	1 385	1 766	1 744
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	968	655	654	504	1 216	756
5. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	15 651	17 700	17 700	17 300	19 800
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	2 922	5 200	4 500	4 400	4 200
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	187	188	188	188	186
Wohnungen	"	636	724	730	731	732	718
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 705	2 725	2 730	2 735	2 682
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1962 = 100	119	202	193	250	...	255
dar. Warenhäuser	"	130	292	261	324	...	365
Facheinzelhandel	"	120	165	151	178	...	184
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1970 = 100
dav. Unternehmen des Außenhandels	"
Unternehmen des Binnengroßhandels	"
3. Handel mit Berlin (West) *)							
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 890
Lieferungen Hamburgs	"	140 188
4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)							
Mio DM		212	329	411	488	...	295
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	33	70	109	...	31
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	298	341	379	...	264
dav. Rohstoffe							
Halbwaren	"	2	2	3	3	...	3
Fertigwaren	"	50	58	65	111	...	48
dav. Vorerzeugnisse							
Enderzeugnisse	"	143	238	273	265	...	213
...	"	9	21	34	38	...	20
...	"	134	215	240	227	...	193
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	"	152	237	275	359	...	192
dar. EWG-Länder	"	65	98	154	218	...	111
EFTA-Länder	"	87	99	57	74	...	45

*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — *) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — *) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — *) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — *) Ab Januar 1972 können Angaben für den Handel mit Berlin (West) nicht mehr geliefert werden. — *) Quelle: Statistisches Bundesamt. — *) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1973	Oktober 1973	November 1973	November 1972
		1965	1972				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
* Gastgewerbe	1962 = 100	111
dav. Beherbergungsgewerbe	.	125
Gaststättengewerbe	.	108
6. Fremdenverkehr¹⁾							
* Fremdenmeldungen	1 000	120	116	141	126	...	107
dar. von Auslandsgästen	.	42	40	50	41	...	34
* Fremdenübernachtungen	.	232	223	271	257	...	210
dar. von Auslandsgästen	.	90	75	93	83	...	67
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 558	1 564	1 592	r	1 500
Angekommene Schiffe	.	1 739	1 611	1 596	1 712	r	1 550
Abgegangene Schiffe
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 855	4 089	4 505	p	4 747
dav. Empfang	.	2 229	2 966	3 038	3 253	p	3 433
dav. Massengut	.	1 634	2 342	2 389	2 614	p	2 785
dar. Mineralöle	.	968	1 392	1 192	1 446	p	1 458
Kohle	.	192	166
Getreide	.	180	259
Sack- und Stückgut	.	595	624	649	639	p	648
Versand	.	713	889	1 051	1 252	p	1 314
dav. Massengut	.	292	398	442	641	p	632
Sack- und Stückgut	.	421	491	609	611	p	682
2. Binnenschifffahrt							
* Gütereingang	1 000 t	340	381	380	386	.	390
* Güterversand	.	309	424	262	346	s	380
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr²⁾)							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	3 025	2 473	2 234	p	2 130
Gestartete Flugzeuge	.	2 047	3 027	2 464	2 234	p	2 129
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	142,9	147,0	137,8	p	111,4
Abgereiste Fluggäste	.	71,0	142,9	143,9	128,8	p	110,8
Angekommene Fracht	t	578	1 278	998	1 071	p	1 137
Abgegangene Fracht	.	587	1 059	805	950	p	949
Angekommene Post	.	185	346	328	358	p	366
Abgegangene Post	.	229	369	360	428	p	418
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr³⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 467	10 230	12 260	.	11 742
Hoch- u. Untergrundbahn	.	13 705	15 714	13 888	16 719	.	16 273
Straßenbahn	.	9 436	3 948	2 815	3 571	.	4 420
Kraftomnibusse der HHA	.	9 695	13 963	14 400	16 862	.	14 976
Kraftomnibusse der VHH	.	1 873	2 568	2 456	2 946	.	2 686
Private Kraftomnibusse	.	301	278	370	332	.	212
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ⁴⁾ (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	480,7	495,1	493,6	.	480,3
dar. Personenkraftwagen ⁵⁾ 7)	.	310,8	432,6	443,8	442,7	.	432,4
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 944	4 288	5 033	.	5 399
dar. Personenkraftwagen ⁵⁾	.	4 632	5 409	3 729	4 546	.	4 853
Lastkraftwagen	.	362	414	494	390	.	472
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	Anzahl	859	1 064	1 069	1 044	.	1 106
Getötete Personen	.	26	29	21	19	.	31
Verletzte Personen	.	1 106	1 428	1 431	1 358	.	1 487

¹⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — ²⁾ ohne Transp. — ³⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde — ⁴⁾ Stand Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats, ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁵⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ Bereinigtes Ergebnis ab August 1972.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1973	Oktober 1973	November 1973	November 1972
		1965	1972				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
• Kredite an Nichtbanken	Mio DM		31 994,3	39 303,2	38 766,7	39 030,3	33 438,7
• dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"		10 084,9	10 548,9	10 217,3	10 336,8	10 537,1
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		9 935,1	10 469,8	10 143,2	10 236,7	10 373,3
• Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ²⁾	"		4 905,0	5 915,1	5 930,8	5 920,9	5 224,9
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		4 510,4	5 454,6	5 453,2	5 446,4	4 775,4
• Langfristige Kredite ³⁾ (von 4 Jahren und darüber)	"		17 004,4	22 839,2	22 618,6	22 772,6	17 676,7
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		15 130,5	20 808,8	20 595,5	20 727,5	15 763,0
• dar. Durchlaufende Kredite	"		666,4	938,3	705,1	675,8	677,4
• Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"		21 033,4	27 908,8	28 522,6	28 698,0	22 160,8
• dav. Sicht- und Termingelder	"		11 939,4	18 531,4	19 129,2	19 215,9	12 868,7
• dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"		10 492,8	13 600,1	14 138,1	14 109,3	11 394,7
• Spareinlagen	"	4 069,9	9 094,0	9 377,4	9 393,4	9 482,1	9 292,1
• dar. bei Sparkassen	"	2 792,9	5 970,0	6 187,3	6 185,6	6 190,2	6 069,3
• Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	244,3	538,9	428,5	528,5	560,3	488,9
• Lastschriften auf Sparkonten	"	203,9	492,3	477,9	517,0	474,9	467,6
• Zinsgutschriften	"	12,9	36,5	2,9	4,5	3,3	2,1
2. Konkurse und Vergleichsverfahren	Anzahl	17	19	13	28	24	16
3. Wechselproteste	Anzahl	1 044	688	592	722	641	688
Betrag	1 000 DM	1 314	2 159	2 475	3 608	3 417	2 150
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ⁴⁾	Anzahl	20 563	24 087	24 102	30 184	27 871	26 454
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 058	3 191	3 306	3 792	3 394	3 468
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	1 198	1 435	1 451	1 785	1 348	1 364
	"	353	464	478	503	533	465
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg ⁵⁾	Anzahl	162	154	158	158	159	153
Aktiengesellschaften	Mio DM	3 975	5 552	5 943	5 949	5 967	5 763
Grundkapital	Anzahl	3 877	5 651	6 174	6 219	6 256	5 761
Gesellschaften m.b.H. Stammkapital	Mio DM	2 962	5 092	5 517	5 555	5 579	5 081
Steuern							
1.* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM		695 916	1 009 438	685 906	705 526	618 649
• dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	403 928	666 373	355 530	367 867	289 383
• dav. Lohnsteuer	"	89 007	253 391	275 874	293 268	316 273	253 068
• Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	86 357	230 050	39 543	24 158	12 806
• Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	21 053	1 661	20 060	3 626	6 522
• Körperschaftsteuer	"	36 706	43 128	158 789	2 658	23 810	16 987
• Steuern vom Umsatz	"		291 987	343 065	330 376	337 658	329 266
• dav. Umsatzsteuer	"	82 827	174 696	192 490	202 904	199 658	185 559
• Einfuhrumsatzsteuer	"		117 291	150 576	127 472	138 000	143 707
2.* Bundessteuern	1 000 DM	523 065	720 653	889 591	871 751	963 108	777 122
• dar. Zölle	"	45 076	57 880	54 437	56 779	61 780	65 652
• Verbrauchsteuern	"	358 150	639 003	802 732	794 472	881 676	688 152
• dar. Mineralölsteuer	"	261 342	538 007	683 292	687 397	740 751	570 073
3.* Landessteuern	1 000 DM	35 517	42 442	21 150	28 563	73 255	69 086
• dar. Vermögensteuer	"	11 355	16 502	1 084	2 967	43 691	45 223
• Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	12 130	8 972	12 419	12 778	10 592
• Biersteuer	"	2 430	3 327	3 619	3 241	3 120	3 395
4.* Gemeindesteuern	1 000 DM	46 355	80 717	— 4 777	58 575	234 498	193 444
• dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	58 771	— 8 489	18 989	204 026	166 197
• Grundsteuer A	"	73	91	13	11	262	391
• Grundsteuer B	"	5 134	9 106	2 495	1 226	26 574	25 752
5.* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	601 215	1 100 877	1 412 088	1 242 512	1 383 335	1 151 409
6.* Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1 000 DM	157 752	242 489	326 413	193 268	162 893	243 741
• dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ⁶⁾	"	122 235	153 387	297 772	154 468	41 255	124 571
• Anteil an den Steuern vom Umsatz	"		35 415	7 491	10 236	9 856	15 900
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"		11 245	—	—	38 527	34 184
Außerdem:	"						
• Einnahmen aus Gemeindesteuern ⁷⁾	"	46 355	58 227	— 4 777	58 575	157 443	125 076
• Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer ⁸⁾	"		40 966	70 829	46 594	14 319	37 222
Einnahmen des Landes insgesamt	"		341 681	392 465	298 437	334 655	406 040

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ³⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — ⁴⁾ ohne RM-Gesellschaften. — ⁵⁾ nach Zerlegung. — ⁶⁾ Nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. — ⁷⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1973	August 1973	November 1973	November 1972
		1965	1972				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	182,9	200,0	202,0	203,6	187,3
Einfamiliengebäude	"	113,3	183,2	200,8	203,3	204,9	187,7
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	182,7	199,2	200,8	202,3	186,9
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	182,3	198,6	200,5	202,1	186,4
Bürogebäude	"	112,2	180,1	195,8	196,3	197,6	184,0
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	180,7	193,2	194,9	195,0	183,8
				Januar 1973	April 1973	Juli 1973	Juli 1972
Löhne und Gehälter¹⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste							
• männliche Arbeiter	DM	232	394	412	427	441	397
• weibliche Arbeiter	"	140	245	257	265	278	247
Bruttostundenverdienste							
• männliche Arbeiter	"	5,10	8,90	9,41	9,63	10,02	9,01
• weibliche Arbeiter	"	3,32	5,97	6,20	6,39	6,73	6,04
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
• männliche Arbeiter	Std.	45,5	44,2	43,8	44,4	44,0	44,1
• weibliche Arbeiter	"	42,2	41,0	41,5	41,5	41,2	40,9
Geleistete Wochenarbeitszeit							
• männliche Arbeiter	"	41,4	39,0				35,8
• weibliche Arbeiter	"	37,2	36,0				32,0
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	DM	1 098	1 905	2 077	2 109	2 171	1 919
• weiblich	"	747	1 381	1 488	1 515	1 570	1 394
Technische Angestellte							
• männlich	"	1 182	2 033	2 158	2 232	2 306	2 054
• weiblich	"	748	1 374	1 456	1 490	1 542	1 389
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	"	1 043	1 775	1 883	1 951	1 993	1 787
• weiblich	"	668	1 254	1 288	1 339	1 376	1 264
In Industrie und Handel²⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	"	1 058	1 808	1 932	1 989	2 036	1 820
• weiblich	"	688	1 298	1 329	1 375	1 416	1 297
Technische Angestellte							
• männlich	"	1 176	2 024	2 106	2 175	2 252	2 044
• weiblich	"	838	1 504	1 614	1 683	1 699	1 515
				September 1973	Oktober 1973	November 1973	November 1972
Öffentliche Ordnung und Sicherheit							
1. Feuerlösch- und Rettungsdienst							
Feueralarme	Anzahl	288	491	445	430	...	417
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	107	108	109	...	108
bekämpfte Brände	"	221	384	337	321	...	309
dav. Großbrände	"	9	16	15	13	...	9
Mittelbrände	"	28	46	21	20	...	27
Kleinbrände	"	98	178	166	136	...	138
Entstehungsbrände	"	80	135	133	142	...	122
Schornsteinbrände	"	6	9	2	10	...	13
Hilfeleistungen aller Art	"		951	796	818	...	1 748 r
Rettungswageneinsätze ³⁾	"		12 039	12 164	12 817	...	12 614
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 158	1 741	1 947	1 770	...	1 737
Betriebsunfälle	"	544	436	455	498	...	447
Krankenbeförderungen	"		2 882	2 617	3 015	...	2 816
Gesamtzahl der Alarmierungen	"		13 481	13 405	14 065	...	14 779 r
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"		150	80	89	...	478
2. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 102	11 440	9 368	12 980	11 544	12 353
dar. Mord und Totschlag einschl. Versuche	"	4	7	5	7	10	9
Sittlichkeitsdelikte	"	214	208	178	243	199	217
Körperverletzung ⁴⁾	"	91	143	115	168	127	167
Raub, räuberische Erpressung	"	41	114	86	111	103	98
Diebstahl ohne erschwerende Umstände	"	3 413	3 774	2 829	4 071	3 791	4 105
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 628	3 222	4 282	3 653	3 943
Diebstähle zusammen	"	5 235	7 402	6 051	8 353	7 444	8 048
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-							
diebstahl	"	180	273	208	299	43	220
Unterschlagung	"	203	143	134	169	153	159
Begünstigung und Hehlerel	"	85	73	59	55	87	59
Betrug und Untreue	"	722	1 260	904	1 467	1 167	1 237
Brandstiftung	"	33	38	23	29	41	35
Außerdem:							
Verkehrsvergehen ⁵⁾	"	778	1 471	1 505	1 499	1 546	1 517
Verkehrsordnungswidrigkeiten ⁶⁾ 7)	"	8 929	26 571	8 713	11 315	10 220	29 743
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	423	454	638	699	548	419
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ⁸⁾	"	31 317	30 393	23 054	30 834	30 193	32 415

¹⁾ Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ²⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsge-
werbe. — ³⁾ ohne §§ 223 und 230. — ⁴⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — ⁵⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — ⁶⁾ vor dem 1. 1. 1969 gebüh-
renpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschl. Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die bisher unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ gefüh-
rt wurden. — ⁷⁾ ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — ⁸⁾ einschl. Einsätze der freien Hilfsorganisationen, die im
Auftrag der Feuerwehr gefahren wurden.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1973

Großstädte		Bevölkerung					Erwerbstätigkeit			Industrie ¹⁾				
		Wohnbevölkerung ¹⁾	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zugezogene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose ¹⁾	Offene Stellen ¹⁾	Beschäftigte	Beschäftigte je 1000 Einwohner	Umsatz ²⁾	Umsatz je 1000 Einwohner
		1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	MioDM	1 000 DM
Berlin	2. Vj.	2 053	4 474	9 037	- 4 563	20 985	20 268	- 3 846	8 091	20 438	237 631	116	5 587	2 721
	1. Vj.	2 057 ⁴⁾	4 340	10 596	- 6 256	19 793	19 573 ⁴⁾	- 6 036	11 543	16 909	237 436	115	5 491	2 669
Hamburg	2. Vj.	1 757	3 435	6 491	- 3 056	17 303	19 321	- 5 074	4 437	22 210	193 684	110	5 698	3 243
	1. Vj.	1 762	3 389	6 115	- 2 726	19 457	20 527	- 3 796	5 767	17 594	196 271	111	5 272	2 992
München	2. Vj.	1 335	2 469 ^p	3 139	- 670	24 430	29 475	- 5 715	3 634	22 064	192 300	144 ^p	4 952	3 709 ^p
	1. Vj.	1 341	2 517	3 424	- 907	26 624	24 017	+ 1 700	4 206 ⁷⁾	18 543 ⁷⁾	192 468	144	4 962	3 700
Köln	2. Vj.	834	2 046	2 327	- 281	12 240	14 490	- 2 531	3 241	9 896	133 770	160	3 329	3 991
	1. Vj.	836	1 956	2 731	- 775	12 569	13 979	- 2 185	3 867	8 765	135 110	162	3 180	3 804
Essen	2. Vj.	681	1 485	2 219	- 734	5 316	7 031	- 2 449	4 053	5 757	61 713	91	1 122	1 648
	1. Vj.	683	1 436	2 482	- 1 046	5 458	5 855	- 1 443	4 307	6 076	61 399	90	1 066	1 561
Düsseldorf	2. Vj.	641	1 267	1 918	- 651	8 976	9 990	- 1 665	2 205	8 482	114 489 ^p	179 ^p	2 489 ^p	3 883 ^p
	1. Vj.	642	1 247	2 208	- 961	9 728	10 364	- 1 597	2 316	7 532	114 962	179	2 670	4 159
Frankfurt/M.	2. Vj.	675	1 427	1 923	- 496	13 836	15 660	- 2 320	2 477	19 992	125 995	187	2 862	4 240
	1. Vj.	677	1 306	2 075	- 769	14 587	15 350	- 1 532	3 015	18 417	128 342	190 ^r	2 826	4 174 ^r
Dortmund	2. Vj.	638	1 505	2 058	- 553	4 630	5 205	- 1 128	3 549	6 792	77 020	121	1 389	2 177
	1. Vj.	639	1 362	2 235	- 873	4 985	5 651	- 1 539	4 213	6 068	76 753	120	1 243	1 945
Stuttgart	2. Vj.	627	1 416	1 515	- 99	14 936	15 204	- 367	732	16 183	147 536	235	4 429	7 064
	1. Vj.	628	1 353	1 661	- 308	15 128	13 974	+ 846	828	14 457	148 761	237	4 299	6 846
Bremen	2. Vj.	587	1 339	1 900	- 561	6 626	7 674	- 1 609	2 865	7 844	85 611	146	2 647	4 509
	1. Vj.	589	1 317	1 984	- 667	6 855	7 447	- 1 259	3 431	7 345	85 159	145	2 494	4 234
Hannover	2. Vj.	513	1 137	1 660	- 523	8 646	9 915	- 1 792	3 385	11 518	106 955	208	2 463	4 801
	1. Vj.	518 ^r	1 051	1 848	- 797	10 537 ^r	10 336 ^r	- 596 ^r	3 636	10 649	107 975	208 ^r	2 419 ^r	4 670 ^r

Großstädte		Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ⁴⁾			Straßenverkehrsunfälle		Steuern	
		Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ²⁾	Umsatz je 1000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ³⁾	Lohn- und Einkommensteuer
		1 000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1000 cbm	1000	Anzahl	1000	Anzahl	Anzahl	1000 DM	1000 DM
Berlin	2. Vj.	15 769	439	214	583	4 179	443	4 327	339	301	147	827	3 793	4 829	142 288	38 713
	1. Vj.	13 771	459	223	484	4 299	210	1 037	223	202	98	539	3 231	4 094	144 964	50 324
Hamburg	2. Vj.	18 571	665	378	591	3 177	289	2 156	1 321	405	231	760	3 237	4 350	154 030	130 727
	1. Vj.	17 368	490	278	369	2 757	279	1 499	1 031	276	157	542	2 819	3 778	242 769	135 206
München	2. Vj.	21 790	628	470 ^p	339	3 096	370	4 262	1 179	533	399	1 118 ^p	2 095	2 991	129 783	93 157
	1. Vj.	13 895	547	408 ^r	371	4 491	369	4 144	636	435	325	923	1 761	2 485	130 589	90 228
Köln	2. Vj.	8 453	259	311	196	2 007	93	935	148	190	228	348	1 344	1 885	84 728	54 686
	1. Vj.	7 449	230	275	127	1 495	71	948	150	165	197	357	1 244	1 675	67 732	62 987
Essen	2. Vj.	.	.	.	136	650	114	1 000	149	37	54	76	841	1 127	54 219	32 674
	1. Vj.	.	.	.	126	1 242	96	685	158	41	60	91	794	1 004	74 316	8 425
Düsseldorf	2. Vj.	8 231 ^p	297 ^p	463 ^p	92	970	99	792	237	159	248	324	944	1 257	70 575	49 956
	1. Vj.	7 319	345	537	175	1 815 ^r	55 ^r	402 ^r	192 ^r	160	249	315	886	1 128	129 164 ^r	11 359
Frankfurt/M.	2. Vj.	12 076	410	607	126	877	23	191	66	327	484	615	1 337	1 792	173 785	54 787
	1. Vj.	9 543	324	479	176 ^r	1 186	35	391	63	293	433	555	1 091	1 418	185 487	13 465
Dortmund	2. Vj.	6 002	179	281	204	1 192	121	938	552	40	63	81	926	1 262	37 096	23 779
	1. Vj.	5 418	165	258	222	905	105	613	156	38	59	76	785	1 049	42 085	6 998
Stuttgart	2. Vj.	12 618	351	560	158	1 530	142	661	440	129	206	302	870 ^p	1 267 ^p	63 084	54 296
	1. Vj.	8 765	362	576	173	1 128	107	851	140	115	183	269	811	1 182	111 779	8 909
Bremen	2. Vj.	.	.	.	207	1 298	165	807	279	88	150	168	1 016	1 255	57 839	34 775
	1. Vj.	.	.	.	246	998	112	331	84	68	115	140	919	1 390	56 202	31 340
Hannover	2. Vj.	6 434	220	429	75	709	56	823	252	104	203	192	929	1 200	56 218	34 562
	1. Vj.	5 193	177	342 ^r	129	1 290	61	398	92	106 ^r	205 ^r	196 ^r	780	1 008	66 377	6 562

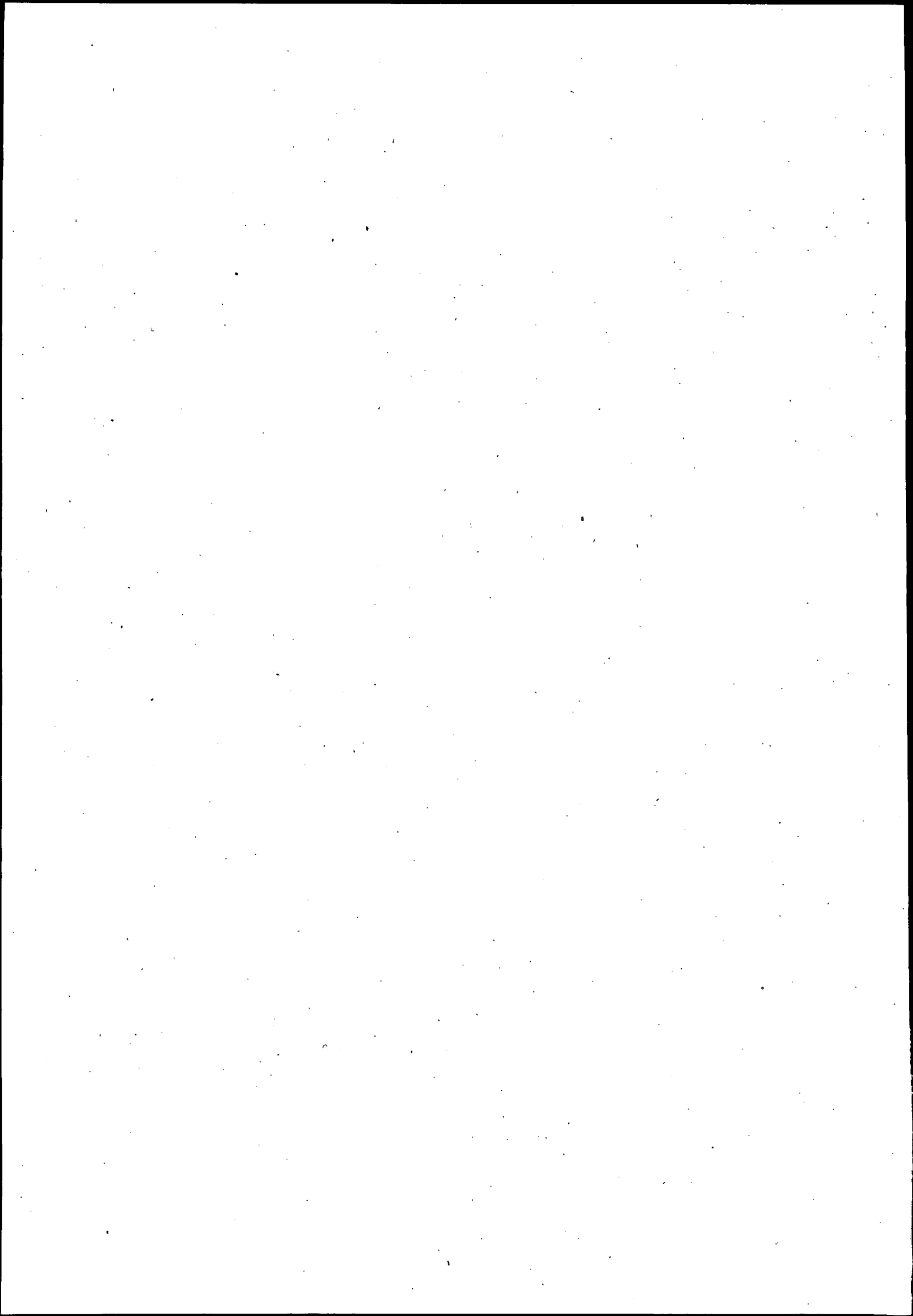
¹⁾ jeweils Quartalsende. — ²⁾ Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. — ³⁾ ohne Mehrwertsteuer. — ⁴⁾ ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. — ⁵⁾ einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. — ⁶⁾ In den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. — ⁷⁾ einschließlich Landkreis München

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

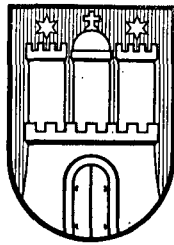
Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1973	September 1973	Oktober 1973	Oktober 1972
		1965	1972				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	61 668,9
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	6,7	6,1
Lebendgeborene	Einw. und 1 Jahr	17,7	11,3	10,4
Gestorbene		11,5	11,8	11,8
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 340	8 417	8 351
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	934	903	988
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	49 668	53 548	54 804
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	9 950	10 946	10 922
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energielew.)	1962=100	118,2	166,4	157,1	185,5	...	174,8
Verarbeitende Industrie	"	119,1	169,0	159,8	190,1	...	177,2
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	191,3	204,6	220,4	...	200,2
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	161,9	139,5	185,5	...	167,2
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	163,1	142,2	175,8	...	173,2
Nahrungs- und Genußmittelind.	"	115,2	147,5	143,1	155,3	...	160,1
Bauindustrie	"	118,9	152,2	150,0	172,2	...	175,0
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 642,6	1 533,0	1 532	1 560
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	252,3	210,8	242,3
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698	6 170,1	6 222	6 886
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	64 053	62 152	50 651	48 546	70 899
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	55 053	40 010	49 994	58 312	52 581
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	202	199	201 ¹⁾	250	228
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	...	111,6
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ²⁾	1 000 t	8 835	10 918	12 095	11 953
dav. Empfang	"	6 950	8 787	9 270	9 755
Versand	"	1 885	2 131	2 825	2 198
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	197 718	132 401	153 132	174 676	205 210
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ³⁾	"	26 364	31 550	20 152 r	31 375 p	...	33 713
Getötete Personen	"	1 313	1 566	1 384 r	1 391 p	...	1 675
Verletzte Personen	"	36 124	44 020	41 400 r	43 010 p	...	46 193
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	4 148	5 021	5 167	5 408	4 495
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 928	573	5 519	826	715
Körperschaftsteuer	"	681	708	326 ¹⁾	2 349	219	240
Steuern vom Umsatz ¹⁰⁾	"	2 018	3 915	3 810	3 782	3 905	3 978
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾	1962=100	104,0	116,1	124,9	125,2	126,0	117,5
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	"	106,9	106,6	124,4	124,0	127,4	108,7
Index der Verkaufspreise für Auswahrgüter	"	104,8	124,5	134,3	134,9	135,8	125,6
Preisindex für Wohngebäude ²⁾	"	114,6	174,3	189,9
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁾	1970=100	109,0	137,9	148,6	148,7	119,8	112,7
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	130,2	140,7	139,8	118,2	112,2
Wohnungsmieten	"	118,5	187,9	199,8	200,5	121,1	114,3
LOHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	7,89	7,97	8,02	8,37	7,61
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,7	43,6	43,8	43,9	43,2	42,6

Quelle: Statistisches Bundesamt

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - ²⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. - ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. - ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. - ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. - ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. - ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. - ⁸⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). - ⁹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. - ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschließlich Investitionsteuer.



HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1974

Februar-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Stärkster Steuerzuwachs seit über 20 Jahren

In Hamburg flossen 1973 über 21,8 Milliarden Deutsche Mark an Gemeinschaft-, Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern in die öffentlichen Kassen. Gegenüber 1972 bedeutet dies eine Steigerung von 18%. Vergleichbar hohe Zuwachsraten wurden in den letzten 20 Jahren nicht registriert. Die Hansestadt selbst profitierte jedoch nur zu einem kleineren Teil von diesem Steueraufkommen.

Rund vier Fünftel des Aufkommens standen dem Bund und anderen Ländern oder Gemeinden aufgrund der Regelungen zur Ertragshoheit (Steuerverteilung) und im Rahmen der Finanzausgleiche zu. Nach der Steuerverteilung verblieb von den in Hamburg gezahlten Steuern ein Betrag von 4,3 Mrd DM – das ist etwa jede fünfte Mark – für den Haushalt der Hansestadt. Damit wurden die für 1973 geschätzten Steuererträge um rund 150 Mio DM übertroffen. Am Zustandekommen der haushaltswirksamen Mehreinnahmen gegenüber 1972 in Höhe von 593 Mio DM (+ 16%) waren fast alle Steuerarten beteiligt, in erster Linie die Lohnsteuer mit 179 Mio DM Mehreinnahmen und die Gewerbesteuer (einschließlich Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage) mit einem Plus von 143 Mio DM. Der Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer, der im Stadtstaat Hamburg in den Landeshaushalt eingeht, erbrachte ein Mehr von 82 Mio DM.

Unverändert hohe Wohnungsbauleistung

Nach ersten vorläufigen Auszählungen der Bautätigkeitsstatistik sind 1973 in Hamburg rund 14 900 Wohnungen bezugsfertig geworden. Dies entspricht fast genau dem Wohnungsbauergebnis des vorangegangenen Jahres. Knapp jede zweite Wohnung wurde mit öffentlichen Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert.

Die Zahl der im Berichtsjahr erteilten Baugenehmigungen lag mit etwa 14 400 Wohnungen geringfügig unter dem Fertigstellungsergebnis, so daß sich auch der Überhang an genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen Ende 1973 gegenüber dem Vorjahresende nur unwesentlich verringert hat. Die Hamburger Wohnungsbauwirtschaft ist mit einem Bauüberhang von gut 18 000 Wohnungen in das neue Jahr gegangen. Bei drei Vierteln dieser Wohnungen war mit den Bauarbeiten bereits begonnen worden.

Insgesamt hat sich der Wohnungsbestand in Hamburg unter Berücksichtigung von etwa 1400 Wohnungsabbrüchen im Verlauf des Jahres 1973 auf rund 738 000 Einheiten erhöht.

Beträchtlicher Rückgang der Straßenverkehrsunfälle

1973 ereigneten sich in Hamburg über 11 800 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden, bei denen rund 16 000 Verkehrsteilnehmer verunglückten. Die Zahl der Personenschadensunfälle verminderte sich damit gegenüber dem Jahr zuvor um gut 7%. Insbesondere die schwereren Unfälle wiesen eine sinkende Tendenz auf. Während im Vergleich zu 1972 insgesamt 9% weniger Personen verunglückten, ist die Zahl der getöteten Unfallopfer um 18% (auf 284) und die Zahl der bei Unfällen schwerverletzten Personen um 11% zurückgegangen.

Eine der Hauptursachen für diese Entwicklung dürften die fast während des gesamten Jahres herrschenden günstigen Witterungsverhältnisse gewesen sein. Zudem haben die im November und Dezember angeordneten Sonntagsfahrverbote die rückläufige Entwicklung der Unfallzahlen nicht unwesentlich begünstigt. Hinzu kommt, daß das ständige verkehrserzieherische Einwirken von Presse, Rundfunk und Fernsehen, auch im Zusammenhang mit der Diskussion um das 0,8-Promille-Gesetz, zu einem verantwortungsvolleren Verhalten im Straßenverkehr beigetragen haben mag.

Die erfreuliche Jahresbilanz wird noch unterstrichen durch einen – wenn auch nicht ganz so starken – Rückgang bei den Sachschadensunfällen (ohne Bagatellunfälle). Nachdem in den vergangenen Jahren erhebliche Steigerungsraten zu verzeichnen waren, sank die Zahl hier gegenüber 1972 erstmals um knapp 6% auf 24 200.

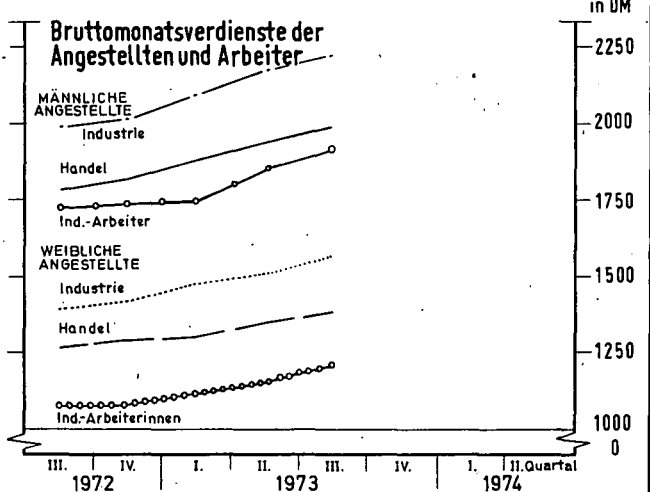
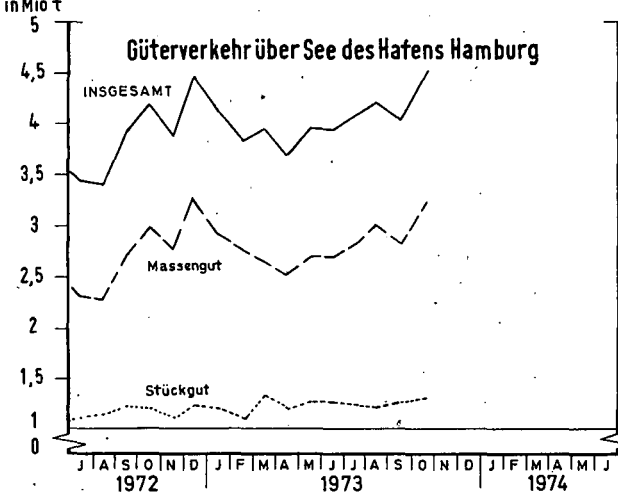
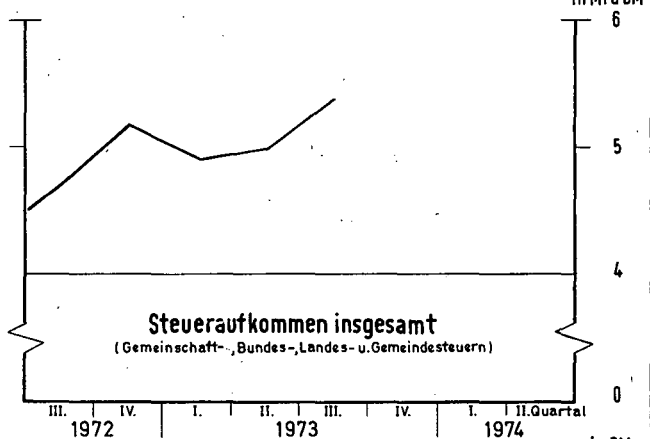
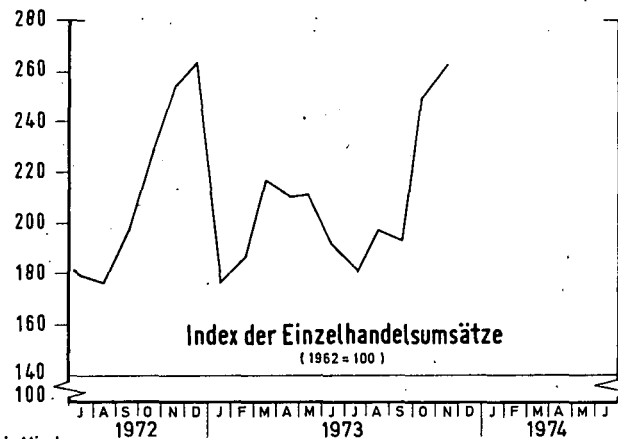
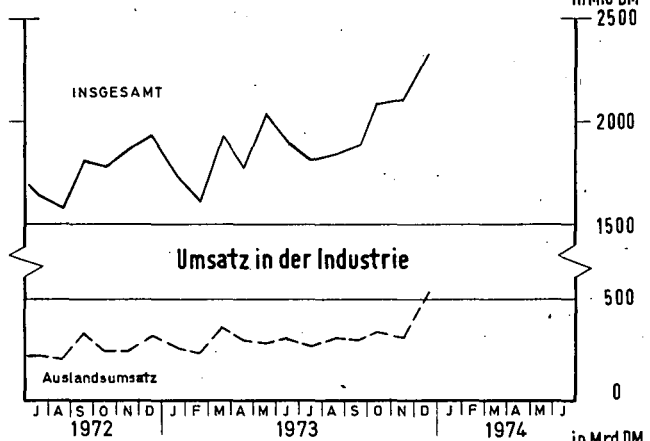
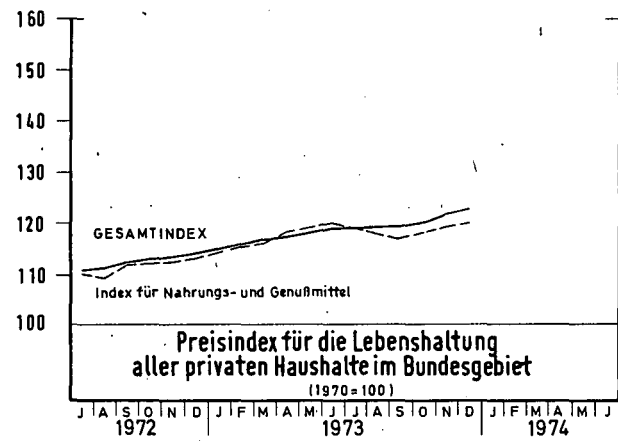
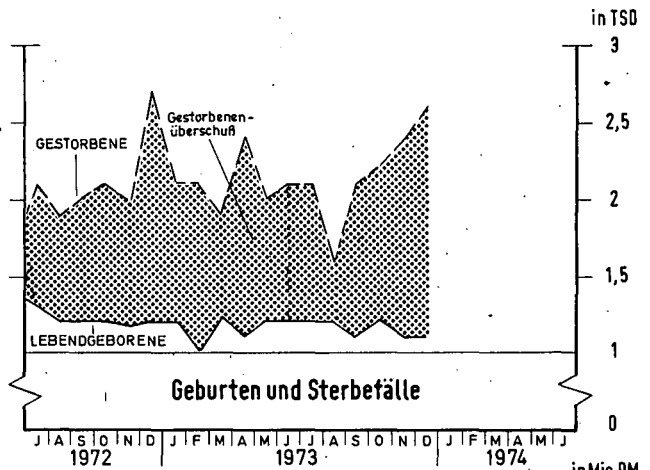
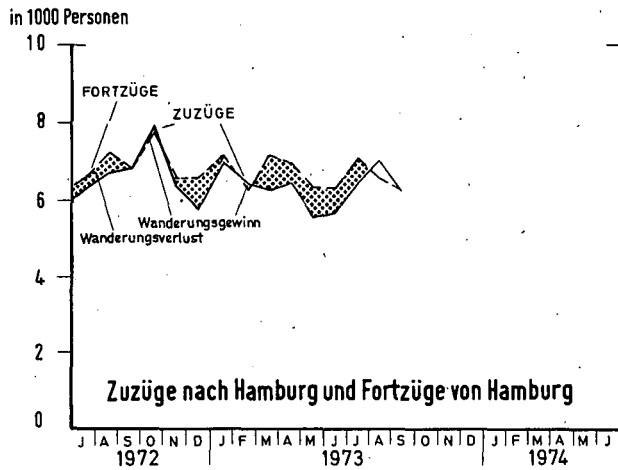
Hafenschiffahrt transportierte 5,6 Mio t Güter

Das Transportvolumen der Hamburger Hafenschiffahrt belief sich 1973 auf 5,6 Mio t. Damit wurde gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs von mehr als 7% erreicht, der vermutlich zu einem erheblichen Teil auf einen Anstieg im seewärtigen Güterverkehr zurückzuführen war.

Eine überproportionale Steigerung war vor allem im Massengutbereich zu beobachten; hier erzielten Erze mit + 25% sowie Getreide, Futtermittel und Ölsaaten mit + 7% die höchsten Zuwachsraten. Das Stück- und Sackgut konnte nach der Einbuße von 10% im Jahre 1972 seine Position ebenfalls wieder verbessern, wenn auch die Steigerung mit gut 4% nicht so stark war wie beim Massengut.

Die hervorragende Bedeutung der Schutenflotte als Transportmittel für die im Hamburger Hafen ansässige Industrie wird dadurch belegt, daß fast 3,7 Mio t Güter zwischen Seeschiffen oder Umschlagsbetrieben und industriellen Unternehmen befördert wurden.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Erteilung und Entziehung von Führerscheinen in Hamburg 1960 bis 1972

Durch den Erwerb einer amtlichen Fahrerlaubnis erhält ein immer größerer Bevölkerungskreis die Möglichkeit, aktiv am Straßenverkehr teilzunehmen. Für den, der nach bestandener Fahrprüfung den Führerschein ausgehändigt erhält, ist dies in der Regel mit einem erheblichen Gewinn an individueller Freiheit, an Unabhängigkeit in der Überwindung räumlicher Entfernungen und nicht zuletzt an Bequemlichkeit verbunden. Andererseits sind Verkehrsdelikte, häufig in Zusammenhang mit schweren Unfallfolgen, negative Begleiterscheinungen zunehmender Motorisierung, die in vielen Fällen auch wieder den Entzug der Fahrerlaubnis zur Folge haben.

Bedauerlicherweise gibt es weder in der amtlichen Statistik noch an anderer Stelle einen aktuellen Überblick über die Gesamtzahl aller Führerscheininhaber. Das hat seinen Grund darin, daß sich derartige Zahlen nur im Anschluß an die ohnehin mit Fragen aller Art belasteten Volkszählungen erheben lassen. Obwohl die Ermittlung der Fahrberechtigten für allgemeine verkehrspolitische Überlegungen ebenso nützlich wäre, um beispielsweise Bezugsgrößen für die Straßenverkehrsunfallstatistik zu gewinnen, mußte die Erhebung derartiger Ergebnisse bisher meistens zurückgestellt werden¹⁾. Mit diesem Beitrag soll nun zumindest ein Überblick über die Entwicklung der jährlichen Führerscheinerteilungen und -entziehungen in Hamburg seit 1960 gegeben werden. Mit Hilfe des hier vorgelegten Zahlenmaterials kann jedoch weder auf die Gesamtzahl der Fahrberechtigten geschlossen werden, noch ist es möglich, anhand dieser Teilgrößen die wenigen vorliegenden Zählungsergebnisse fortzuschreiben. Voraussetzung dafür wäre zusätzlich die Ermittlung der Führerscheinabgänge durch Todesfälle sowie der Veränderungen, die sich daraus ergeben, daß sich auch unter den nach Hamburg zugezogenen bzw. den aus Hamburg fortgezogenen Personen Führerscheininhaber befanden.

Zahl der Ersterteilungen stark rückläufig

Betrachtet man das in Tabelle 1 vorliegende Zahlenmaterial, so sind von 1960 bis 1972 insgesamt über 634 000 Fahrerlaubnisse erteilt worden; dies entspricht einem jährlichen Durchschnitt von knapp 49 000. Augenfällig ist dabei das Jahr 1961, das mit knapp 72 000 Führerscheinerteilungen den absoluten Höhepunkt der Entwicklung darstellte²⁾. Seither ist jedoch bei den jährlichen Führerscheinerteilungen eine abnehmende Tendenz erkennbar. Der Grund hierfür liegt sicherlich darin, daß mittlerweile ein gewisser „Sättigungsgrad“ erreicht ist. Weite Teile der erwachsenen Bevölkerung verfügen nunmehr über eine Fahrerlaubnis, so daß sich der Kreis der Führerscheinbewerber vornehmlich aus „nachwachsenden“ Jugendlichen rekrutiert. Wie wir später noch sehen

werden, gilt dies vor allem für die männliche Bevölkerung.

Im einzelnen geht aus Tabelle 1 hervor, daß sich die Gesamtzahl der Führerscheinerteilungen aus Ersterteilungen, aus Führerscheinerverweiterungen, aus Wiedererteilungen, aus Umschreibungen sowie aus den Erteilungen an Inhaber einer ausländischen Fahrerlaubnis zusammensetzt. Hierbei nahmen in allen Jahren die Ersterteilungen von Fahrerlaubnissen erwartungsgemäß eine dominierende Stellung ein. Es wird aber auch sehr deutlich, daß es vor allem die Zahl der Ersterteilungen ist, die gegenüber den Anfangsjahren des Berichtszeitraums sich stark verringerte, und zwar weitaus stärker als die Gesamtentwicklung. Während nämlich die insgesamt erteilten Fahrerlaubnisse 1972 um etwa 16 % niedriger lagen als 1960, ging im gleichen Zeitraum die Zahl der Ersterteilungen etwa doppelt so stark (- 30 %) zurück. Auch wenn man ihren Anteil an allen ausgestellten Führerscheinen betrachtet, ergibt sich ein Rückgang von 78 % auf 65 %. Dabei wird man berücksichtigen müssen, daß das Ausgangsjahr 1960 noch verhältnismäßig geringe Zahlen ausweist. Auch wenn man die ungewöhnlich hohen Ergebnisse des Jahres 1961 unberücksichtigt ließe, so würde ein Vergleich mit einem der folgenden Jahre (bis 1965) die eben aufgezeigten Tendenzen noch schärfer herausarbeiten.

¹⁾ Für Hamburg belief sich die Zahl der Führerscheininhaber – einmalig erhoben als Zusatzprogramm im Rahmen der Volkszählung 1961 – auf 382 540 (vgl. Hamburg in Zahlen, März-Heft 1966, S. 70 ff). Auch für das Bundesgebiet insgesamt sind die Führerscheininhaber nur einmal ermittelt worden, und zwar als Zusatzhebung zur 1 %-Mikrozensusbefragung 1965. Damals ergab sich hochgerechnet eine Zahl von 14,8 Mio Führerscheininhabern (vgl. Verkehr, Reihe 5 Straßenverkehr, Führerscheininhaber Mai 1965, W. Kohlhammer Verlag).

²⁾ Wie wir später noch sehen werden, ist dies wesentlich dadurch begründet, daß in diesem Jahr gehäuft Prüfungen in der neu eingeführten Führerscheinklasse fünf (Mopeds) abgelegt wurden.

Tabelle 1

Ertellungen von Fahrerlaubnissen nach Arten in Hamburg 1960 bis 1972

Jahre	Erteilte Fahrerlaubnisse insgesamt	davon									
		Ersterteilungen		Erweiterungen auf eine andere Klasse		Ertellungen an Inhaber einer ausländischen Fahrerlaubnis		Wiedererteilungen		Umschreibungen	
	Anzahl	% von Sp. 1	Anzahl	% von Sp. 1	Anzahl	% von Sp. 1	Anzahl	% von Sp. 1	Anzahl	Sp. 1 % von	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1960..	48 687	37 805	77,6	6 439	13,2	606	1,2	2 468	5,2	1 369	2,8
1961..	71 591	59 544	83,2	6 164	8,6	768	1,1	3 440	4,8	1 675	2,3
1962..	57 637	45 623	79,1	5 620	9,8	1 023	1,8	3 329	5,8	2 042	3,5
1963..	53 106	40 842	76,9	5 007	9,4	1 253	2,4	3 573	6,7	2 431	4,6
1964..	53 498	40 438	75,6	4 973	9,3	1 147	2,1	4 061	7,6	2 879	5,4
1965..	53 317	39 863	74,8	4 729	8,9	1 031	1,9	4 431	8,3	3 263	6,1
1966..	47 095	34 711	73,7	4 089	8,7	1 084	2,3	4 371	9,3	2 840	6,0
1967..	41 398	29 984	72,4	3 571	8,6	946	2,3	4 708	11,4	2 189	5,3
1968..	40 911	28 161	68,8	3 956	9,7	1 288	3,1	5 269	12,9	2 237	5,5
1969..	41 078	28 834	70,2	3 491	8,5	2 084	5,1	4 644	11,3	2 025	4,9
1970..	42 067	28 261	67,2	3 285	7,8	2 043	4,9	6 611	15,7	1 867	4,4
1971..	43 024	28 989	67,4	3 206	7,4	2 776	6,5	6 176	14,3	1 877	4,4
1972..	40 666	26 538	65,3	3 343	8,2	2 799	6,9	6 166	15,2	1 820	4,4

Völlig unterschiedliche Entwicklungszüge weisen dagegen die übrigen in Tabelle 1 ausgewiesenen Teilmassen auf. Hinter den Erweiterungen von Führerscheinen auf eine andere Klasse verbergen sich in erster Linie die Umsteiger von einem Moped- oder Motorradführerschein auf einen solchen für Pkws. Der absoluten Zahl nach ist die Gruppe der Erweiterungen gegenüber dem allerdings extrem hohen Ausgangsjahr 1960 fast auf die Hälfte zurückgegangen. Legt man nur die letzten fünf bis sechs Jahre zugrunde, so hat sich die Zahl der jährlichen Erweiterungen bei etwas mehr als 3 000 stabilisiert, was einem durchschnittlichen Anteil von rund 8 % an der Gesamtzahl aller Fahrerlaubniserteilungen entspricht.

Die Führerscheinerteilungen an Inhaber ausländischer Fahrerlaubnisse sind im Berichtszeitraum besonders stark gestiegen, und zwar von der relativ unbedeutenden Zahl von 600 (1960) auf 2 800 (1972), also um fast das Vierfache. In diesen Zahlen spiegelt sich die Tatsache wider, daß Hamburg einen hohen Anteil an Gastarbeitern und an ausländischen Studenten beherbergt, die bereits über einen Führerschein aus ihrem Heimatland verfügen.

Auch die Wiedererteilungen haben gegenüber 1960 einen ungewöhnlich starken Zugang zu verzeichnen. Der Anstieg von 2 500 auf 6 200 bei gleichzeitigem Rückgang der Gesamterteilungen entspricht einer Steigerung ihres Anteils von 5 % auf immerhin 15 % im Jahre 1972. Da Wiedererteilungen grundsätzlich nur nach einem vorangegangenen Entzug der Fahrerlaubnis ausgesprochen werden, bildet ihre Zahl ein — allerdings zeitlich verschobenes — Spiegelbild der ebenfalls stark gestiegenen Entziehungen von Fahrerlaubnissen, auf die wir im Schlußkapitel dieses Aufsatzes noch einzugehen haben. Allerdings sei angemerkt, daß sich wegen der unterschiedlichen Dauer der Entziehungen und wegen der Tatsache, daß der Ort der Entziehung und der Ort der Wiedererteilung nicht identisch zu sein brauchen, eine auch nur annähernd genaue Übereinstimmung zwischen beiden Größen nicht herstellen läßt.

Die letzte zu behandelnde Teilgruppe bilden die Umschreibungen³⁾. Bei ihnen zeigte sich bis 1965 noch ein positiver Trend, von da ab waren die Erteilungszahlen jedoch wieder rückläufig. In den letzten Jahren pendelte sich die Zahl der Umschreibungen mit Anteilen von 4 % bis 5 % auf ein verhältnismäßig konstantes Niveau ein.

Steigender Anteil weiblicher Führerscheinkandidaten

Wenn wir uns in den folgenden Abschnitten einigen interessanten Teilaspekten, wie z. B. dem Frauenanteil an den Führerscheinprüfungen, der Quote der durchgefallenen Kandidaten oder der Entwicklung in den einzelnen Führerscheinklassen zuwenden, so ist es aus methodischen Gründen besser, nicht von der Gesamtzahl aller Erteilungen, sondern nur von den Ersterteilungen auszugehen. Nur diese Gruppe ermöglicht als Bezugsgrundlage für die anstehenden Probleme aussagefähige Ergebnisse.

Betrachtet man zunächst einmal die Zahl der in den einzelnen Jahren abgelegten Führerscheinprüfungen (Tabelle 2) und die Aufgliederung der Kandidaten nach dem Geschlecht, so zeigen sich beachtliche Veränderungen. Während 1960 noch 73 % und 1961 sogar 78 % aller Führerscheinanwärter Männer waren, sank ihr Anteil in den folgenden Jahren nahezu kontinuierlich auf 52 % bis 53 % in den letzten drei Jahren ab. Umgekehrt ist die Quote der weiblichen Führerscheinbewerber ständig gestiegen. Hier dokumentiert sich die steigende Bedeutung der Teilnahme von Frauen am Straßenverkehr.

Da auch hinsichtlich der bestandenen Prüfungen die gleichen Tendenzen sichtbar werden, läßt sich aus dem Zahlenmaterial noch ein weiterer Schluß ziehen: Der Rückgang der Führerscheinerteilungen beruht ausschließlich darauf, daß die Zahl der männlichen Führerscheinbewerber überaus

³⁾ Hierbei handelt es sich um Führerscheine, die bei der Bundeswehr, dem Bundesgrenzschutz, der Polizei u. a. erworben und ohne zusätzliche Prüfung auf eine allgemeine Fahrerlaubnis der gleichen Klasse umgeschrieben wurden.

Tabelle 2

Prüfungen zur Erlangung der Fahrerlaubnis¹⁾ in Hamburg 1960 bis 1972

Jahre	Prüfungen				darunter bestanden (= Ersterteilungen)					
	Insgesamt	davon			Insgesamt	davon				
		männlich	% v. Sp. 1	weiblich		männlich	% v. Sp. 2	weiblich	% v. Sp. 4	
	Anzahl	Anzahl	% v. Sp. 1	Anzahl	Anzahl	% v. Sp. 1	Anzahl	% v. Sp. 2	Anzahl	% v. Sp. 4
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1960	51 300	37 524	73,1	13 776	37 805	73,7	27 558	73,4	10 247	74,4
1961	79 189	61 470	77,6	17 719	59 544	75,2	46 238	75,2	13 306	75,1
1962	64 683	45 810	70,8	18 873	45 623	70,5	32 092	70,0	13 531	71,7
1963	58 437	40 032	68,5	18 405	40 842	69,9	27 731	69,3	13 111	71,2
1964	58 666	37 495	63,9	21 171	40 438	68,9	25 460	67,9	14 978	70,7
1965	58 209	35 993	61,8	22 216	39 664	68,1	23 900	66,4	15 764	71,0
1966	51 532	30 268	58,7	21 264	34 619	67,2	19 904	65,7	14 715	69,2
1967	46 672	25 667	55,0	21 005	29 984	64,2	15 828	61,7	14 156	67,4
1968	41 992	23 861	56,8	18 131	28 185	67,1	15 657	65,6	12 528	69,1
1969	43 736	23 261	53,2	20 475	28 824	65,9	15 330	65,9	13 494	65,9
1970	42 166	21 968	52,1	20 198	28 226	66,9	14 454	65,8	13 772	68,2
1971	39 105	20 563	52,6	18 542	28 401	72,6	14 648	71,2	13 753	74,2
1972	36 784	19 462	52,9	17 322	26 507	72,1	14 000	71,9	12 507	72,2

¹⁾ Nur für Ersterteilungen.

stark gesunken ist. Dies bestätigt die eingangs geäußerte Vermutung, daß man sich zumindest hinsichtlich der männlichen Bevölkerung in der Nähe eines Sättigungsgrades befindet. Ist er einmal erreicht, werden Ersterteilungen fast ausschließlich auf Jugendliche und Heranwachsende entfallen. Dabei spielt neben der gesetzlichen Altersgrenze⁴⁾ auch das Erreichen einer gewissen finanziellen Unabhängigkeit eine Rolle, die es diesem Personenkreis erlaubt, entweder ein eigenes Auto zu erwerben oder aber häufiger ein Kraftfahrzeug zu mieten.

Die Zahl der weiblichen Führerscheinerwerber ist zwar gegenüber 1960 leicht gestiegen, insgesamt aber in allen Jahren verhältnismäßig konstant geblieben. Zwar besteht bei den Frauen sicherlich noch ein erheblich größeres Reservoir an potentiellen Führerscheinkandidaten, es ist jedoch nicht anzunehmen, daß diese Reserve plötzlich aktiviert werden kann. Es wird also nicht damit zu rechnen sein, daß in Zukunft die Zahl der Ersterteilungen merklich ansteigen kann. Allerdings ist abzusehen, daß auch in der Gesamtheit der Ersterteilungen die Zahl der Frauen die der Männer bald übersteigen wird, so wie es bei den Ersterteilungen innerhalb der Führerscheinklasse drei seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre bereits der Fall ist (vgl. Tabelle 3).

Höhere Erfolgsquote der Frauen

Im aktuellen Tagesgespräch gewinnen immer wieder die Fragen an Bedeutung, wieviel Führerscheinkandidaten eine Prüfung mit Erfolg ablegten und wie sich diese Erfolgsquote auf die männlichen und weiblichen Kandidaten im Zeitablauf verteilt. Wie ebenfalls aus Tabelle 2 hervorgeht, ging der Anteil der bestandenen Prüfungen in der ersten Hälfte des Berichtszeitraums stark zurück, und zwar von 74 bzw. 75 % (1960/61) bis auf 64 % im Jahre 1967. In den folgenden Jahren ist dann jedoch wieder eine Zunahme auf rund 72 % zu beobachten gewesen. Bei

⁴⁾ Eine Aufgliederung der Führerscheinerteilungen nach Altersklassen liegt jedoch leider nicht vor.

der Interpretation dieser Zahlen sind der Statistik jedoch enge Grenzen gesetzt. Wertet man eine abnehmende Erfolgsquote nämlich als Indiz für die gestiegenen Anforderungen an die Prüflinge, so wäre dies angesichts der erschreckenden Unfallbilanz im Stra-

ßenverkehr sicherlich nur zu begrüßen.

Umgekehrt vermag man die Zahlen aber auch so zu interpretieren, daß eine Verbesserung der Fahrausbildung, möglicherweise in Verbindung mit einer höheren Zahl von Fahrstunden je Prüfling, zu den vor allem in den letzten Jahren zunehmenden Prüfungserfolgen beigetragen hat. Man wird in dieser Frage sicherlich kein eindeutiges Urteil fällen können, und es bleibt daher abzuwarten, welche Tendenzen sich in den nächsten Jahren weiter durchsetzen werden.

Eine zusätzliche Differenzierung der Führerscheinerwerber nach Männern und Frauen zeigt, daß Frauen in aller Regel bei der Ablegung von Fahrprüfungen erfolgreicher waren als die Männer (vgl. Tabelle 2, Spalte 8 und 10). Wenn auch in den meisten Fällen die Frauen nur um 2 bis 3 Prozentpunkte erfolgreicher abschnitten, so widersprechen diese Ergebnisse doch der häufig geäußerten Behauptung, Frauen fehle weitgehend das nötige Einfühlungsvermögen und technische Verständnis für die Erfordernisse des modernen Straßenverkehrs. Allerdings wird man auch bei der Interpretation dieser Zahlen vorsichtig sein müssen, da es keinerlei Unterlagen darüber gibt, ob Frauen nicht möglicherweise erst nach einer durchschnittlich längeren Ausbildungszeit in die Prüfung gehen. Im übrigen sagt die Erfolgsquote bei der Prüfung nichts aus über die spätere Bewährung in der täglichen Fahrpraxis.

Pkw-Führerscheine am stärksten gefragt

Gliedert man die Gesamtzahl der Ersterteilungen nach den vorhandenen fünf Führerscheinklassen (Tabelle 3), so ergibt sich, daß die mit Abstand meisten Prüfungen in allen Jahren des Berichtszeitraums in der Führerscheinklasse drei abgelegt wur-

Tabelle 3

Ersterteilungen von Fahrerlaubnissen nach Klassen in Hamburg 1960 bis 1972

Jahre	Ersterteilungen insgesamt	davon												
		Klasse 1		Klasse 2		Klasse 3					Klasse 4		Klasse 5	
		Anzahl	% v. Sp. 1	Anzahl	% v. Sp. 1	zusammen		davon		Anzahl	% v. Sp. 1	Anzahl	% v. Sp. 1	
						Anzahl	% v. Sp. 1	männlich	weiblich					
								Anzahl	% v. Sp. 6	Anzahl				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1960..	37 805	6 910	18,3	657	1,7	30 182	79,8	20 211	67,0	9 971	56	0,2	—	—
1961..	59 544	5 866	9,9	324	0,5	33 877	56,9	21 485	63,4	12 392	501	0,8	18 976	31,9
1962..	45 623	5 121	11,2	433	0,9	35 797	78,5	22 582	63,1	13 215	1 527	3,3	2 745	6,0
1963..	40 842	3 415	8,4	334	0,8	32 944	80,7	20 086	61,0	12 858	2 133	5,2	2 016	4,9
1964..	40 438	2 267	5,6	236	0,6	34 062	84,2	19 261	56,5	14 801	2 819	7,0	1 054	2,6
1965..	39 863	1 574	3,9	220	0,5	34 408	86,3	18 740	54,5	15 668	2 867	7,2	794	2,0
1966..	34 711	933	2,7	134	0,4	30 958	89,2	16 276	52,6	14 682	2 384	6,9	302	0,9
1967..	29 984	669	2,2	86	0,3	27 088	90,3	12 947	47,8	14 141	2 022	6,7	119	0,4
1968..	28 161	737	2,6	73	0,3	25 256	89,7	12 780	50,6	12 476	2 062	7,3	33	0,1
1969..	28 834	565	2,0	92	0,3	25 510	88,5	12 086	47,4	13 424	2 625	9,1	42	0,1
1970..	28 261	528	1,9	184	0,6	25 748	91,1	12 010	46,6	13 738	1 766	6,2	35	0,1
1971..	28 989	733	2,5	164	0,6	25 075	86,5	11 357	45,3	13 718	2 429	8,4	588	2,0
1972..	26 538	1 020	3,9	169	0,6	22 924	86,4	10 488	45,8	12 436	2 394	9,0	31	0,1

den. Diese Fahrerlaubnisklasse, die im wesentlichen zum Führen von Pkws und Kombis aller Art berechtigt, stellt sich damit als dominierende Komponente der Gesamtentwicklung heraus. Mit Ausnahme des Jahres 1961, in dem vorwiegend zugunsten der Fahrerlaubnisklasse fünf (32 %) „nur“ 57 % aller Ersterteilungen auf Klasse drei entfielen, betrug ihr Anteil in allen anderen Jahren zwischen 79 % und 91 %.

Dabei wurden mit einem Durchschnitt von jährlich 33 000 Ersterteilungen bis 1966 überdurchschnittlich hohe Zahlen registriert. Die Entwicklung dieser Jahre läßt sich wohl vor allem auf den starken und anhaltenden Anstieg der Verbrauchereinkommen zurückführen, wodurch es immer neuen Bevölkerungsschichten – insbesondere der Arbeitnehmerschaft – ermöglicht wurde, den Wunsch nach einem Auto zu realisieren und hierfür einen Führerschein zu erwerben. Ein zusätzliches Stimulans ist auch darin zu sehen, daß ein Führerschein vielfach vom Arbeitgeber vorausgesetzt oder für wünschenswert gehalten wird.

In den auf die Rezession von 1967 folgenden Jahren ist die Zahl der Ersterteilungen von Pkw-Führerscheinen zurückgegangen und hat in den letzten Jahren eine Größenordnung zwischen 23 000 und 25 000 Führerscheinen erreicht. Trotz des in jüngster Zeit verlangsamtsten Wachstums beim Kfz-Bestand kann wohl auch in künftigen Jahren mit Ersterteilungen etwa dieser Größenordnung gerechnet werden⁵⁾, hat doch heute der Pkw-Führerschein fast den Charakter eines selbstverständlichen Befähigungsnachweises gewonnen.

Die Führerscheinerteilungen der Fahrerlaubnisklasse zwei, die fast ausnahmslos von Berufsfahrern erworben werden und zum Führen schwerer Lastkraftwagen berechtigen, spielen in Hamburg so gut wie keine Rolle. Mit Ausnahme des Anfangsjahres 1960 lag ihr Anteil in allen nachfolgenden Jahren jeweils unter 1 %.

Die starken Veränderungen, die sich seit 1960 in der strukturellen Zusammensetzung des Straßenverkehrs abgespielt haben, lassen sich besonders deutlich anhand der Zahlen über die Führerscheinerteilungen der Klasse eins ablesen. Eine Fahrerlaubnis dieser Klasse ist erforderlich, um Motorräder oder Motorroller von mehr als 50 ccm fahren zu dürfen. Bei ständig steigendem Lebensstandard sind die Motorräder in immer stärkerem Ausmaß von der überlegenen Konkurrenz des Pkw verdrängt worden. Während 1960 noch knapp 7 000 Führerscheine der Klasse eins ausgehändigt wurden, sank ihre Zahl bis auf wenig mehr als 500 im Jahre 1970. Ihr Anteil an den gesamten Ersterteilungen ging in dieser Zeitspanne von 18 % auf knapp 2 % zurück.

Es sah so aus, als ob die große Zeit der Motorräder, die überwiegend von jüngeren Leuten gefahren werden, endgültig vorbei sei, obwohl sie wegen ihrer Wendigkeit und wegen ihres geringen Platzbedarfs besonders im Stadtverkehr gegenüber dem Pkw auch Vorteile bieten. In den letzten beiden Jahren dagegen ist die Zahl der Ersterteilungen von Führerscheinen der Klasse eins wieder leicht angestiegen. Immerhin wurden 1972 rund 1 000 Motorrad-Führerscheine ausgegeben, die damit auf einen Anteil von knapp 4 % kamen. Der Wiederanstieg in den letzten Jahren ist sicherlich darauf zurückzuführen, daß das Motorrad – wenn auch in begrenztem Rahmen – für Sport- und Hobby-Zwecke wiederentdeckt worden ist. Gut behauptet hat sich dagegen die Führerscheinklasse vier (Kleinkrafträder bis zu 50 ccm). Sieht man einmal von den ersten Jahren ab, in denen so gut wie keine Ersterteilungen in dieser Führerscheinklasse vorgenommen wurden, so ist für die letzten 10 Jahre festzuhalten, daß im Schnitt jährlich etwas mehr als 2 000 Führerscheine ausgegeben wurden. Damit konnte die Klasse vier bei sinkender Zahl der Ersterteilungen insgesamt ihren Anteil auf zuletzt 9 % im Jahre 1972 steigern.

Völlig anders ist dagegen die Entwicklung der Führerscheinerteilungen in der Klasse fünf (Mopeds) verlaufen. Diese Führerscheinklasse wurde im August

⁵⁾ Vorausgesetzt, daß nicht durch anhaltende und sich verschärfende Auswirkungen der Energiekrise hier eine überraschende Änderung herbeigeführt wird.

Tabelle 4

Entziehungen von Fahrerlaubnissen in Hamburg 1960 bis 1972

Jahre	Insgesamt	davon				darunter Entziehungen wegen Trunkenheit			
		männlich		weiblich		zusammen		darunter in Verbindung mit Verkehrsunfallflucht	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	% v. Sp. 1	Anzahl	% v. Sp. 6
		1	2	3	4	5	6	7	8
1960.....	3 820	3 084	80,7	.	.
1961.....	4 033	3 106	77,0	.	.
1962.....	3 715	2 805	75,5	.	.
1963.....	4 044	3 165	78,3	.	.
1964.....	4 890	3 804	77,8	.	.
1965.....	3 886	3 783	97,3	103	2,7	3 225	83,0	227	7,0
1966.....	4 586	4 468	97,4	118	2,6	4 022	87,7	213	5,3
1967.....	4 981	4 847	97,3	134	2,7	4 453	89,4	176	4,0
1968.....	5 176	5 014	96,9	162	3,1	4 695	90,7	224	4,8
1969.....	4 949	4 793	96,8	156	3,2	4 554	92,0	134	2,9
1970.....	5 240	5 073	96,8	167	3,2	4 955	94,6	201	4,1
1971.....	5 084	4 889	96,2	195	3,8	4 809	94,6	190	4,0
1972.....	5 207	4 992	95,9	215	4,1	4 923	94,5	197	4,0

1960 eingeführt, abgenommene Prüfungen wurden jedoch erst für das Jahr 1961 registriert, in dem allein 19 000 Fahrerlaubnisse erteilt wurden. Das hat zu den in doppelter Weise irregulären Ergebnissen des Jahres 1961 beigetragen. Zunächst einmal hat sich dieser „Boom“ in einer außergewöhnlich hohen Zahl von Ersterteilungen und damit auch von Führerscheinerteilungen insgesamt niedergeschlagen.

Mindestens ebenso abnorm ist auch die Verteilung auf die einzelnen Führerscheinklassen. So konnten die Mopeds im Jahre 1961 zu Lasten der übrigen Führerscheinklassen nicht weniger als 32 % aller Ersterteilungen auf sich ziehen. Bereits im folgenden Jahr (1962) ging die Zahl der Fahrerlaubnisse in Klasse fünf auf relativ bescheidene 2 700 sprunghaft zurück und sank seither bis zur völligen Bedeutungslosigkeit kontinuierlich ab. 1972 wurden noch ganze 31 Fahrerlaubnisse in dieser Klasse erteilt (0,1 %). Lediglich das Jahr 1971 stellte mit knapp 600 Ersterteilungen eine Sonderentwicklung dar, wobei z. Z. nichts darauf hindeutet, daß sich hinsichtlich der Beliebtheit von Mopeds ein Tendenzumschwung andeutet. Die relative Bedeutungslosigkeit der Führerscheinklasse fünf erklärt sich zu einem erheblichen Teil auch daraus, daß viele Führerscheinerwerber, die an sich nur ein Moped fahren wollen, mehr und mehr die nächst höhere Führerscheinklasse vier anstreben, da diese bei etwa gleichen Prüfungsanforderungen mit einem erweiterten Geltungsbereich ausgestattet ist.

Alkohol wichtigster Entziehungsgrund

Die von Gerichten und Verwaltungsbehörden verhängten Entziehungen von Fahrerlaubnissen werden nach allgemeiner Rechtsauffassung als ein wirksames Sühne- und Abschreckungsmittel im Verkehrsstrafrecht empfunden. Wie aus Tabelle 4 hervorgeht, ist im Zeitraum von 1960 bis 1972 jährlich zwischen 3 700 und 5 200 Führerscheininhabern die Erlaubnis zum Fahren eines Kraftfahrzeuges entzogen worden. Obgleich die Zahl der Führerscheinentziehungen in den einzelnen Jahren zum Teil erheblich schwankte, ist von 1960 bis 1972 eine tendenzielle Zunahme unverkennbar. Ohne diesen Anstieg von rund einem Drittel bagatellisieren zu wollen, hängt dies in erster Linie sicherlich damit zusammen, daß im Berichtszeitraum auch die Zahl der aktiven Verkehrsteilnehmer beträchtlich zugenommen hat⁶⁾.

Gliedert man die Führerscheinentziehungen nach dem Geschlecht – wie Tabelle 4 zeigt, ist dies jedoch erst seit 1965 möglich –, so ergibt sich, daß fast ausschließlich Männer von den Entziehungen betroffen sind. Auch wenn man berücksichtigt, daß der Anteil der männlichen Kraftfahrern entzogenen Fahrerlaubnisse seit 1965 von 97 % auf knapp 96 % gesunken und der Anteil der Frauen umgekehrt gestiegen ist, so wird man doch feststellen müssen, daß männliche Führerscheinebesitzer wesentlich stärker bei den Entziehungen vertreten sind, als es ihrer Verkehrsbeteiligung entspricht. Zwar spielt dabei auch eine Rolle, daß Männer im allgemeinen wesentlich höhere Jahresfahrleistungen erbringen und daß das Risiko des Führerscheinentzuges – ähnlich wie das Unfallrisiko – in engem Zusammenhang mit der Intensität der Nutzung der Fahrerlaubnis steht. Entscheidend für die weitaus überproportionale Entzugsquote der Männer dürfte doch sein, daß heutzutage die Führerscheinentziehungen fast ausschließlich auf Alkohol am Steuer zurückgehen und dies ein Delikt ist, für das offenbar Männer wesentlich anfälliger sind als Frauen.

Betrachtet man die Zahl der Entziehungen wegen Trunkenheit, so fällt auf, daß ihre Zahl weitaus stärker gestiegen ist als die Gesamtzahl aller Entziehungen. Während 1972 insgesamt rund 36 % mehr Führerscheine entzogen wurden als 1960, lag die Zuwachsrate bei den Entziehungen wegen Alkohols am Steuer mit ziemlich genau 60 % wesentlich höher. Im Zuge dieser Entwicklung hat sich der Anteil der Entziehungen wegen Trunkenheit im Straßenverkehr ständig erhöht. Während 1960 „nur“ 81 % aller Entziehungen auf Alkohol zurückzuführen waren und dieser Anteil bis 1962 auf 76 % zurückging, stieg von da an die Quote der Entziehungen wegen Trunkenheit kontinuierlich an und erreichte in den letzten drei Jahren mit jeweils knapp 95 % neue Höchstwerte. Das ist um so bedauerlicher, als gerade solchen Entziehungen häufig folgenschwer verlaufende Unfälle vorangegangen sind. Die Zahl der Fälle, bei denen alkoholisierte Fahrer zusätzlich Unfallflucht begingen, lag in den Jahren seit 1965 mit relativ geringen Schwankungen bei etwa 200 im Jahr.

Johannes Marx / Hans-Eckhard Stegen

⁶⁾ Ohne daß eine Fortschätzung der im Zuge der Volkszählung 1961 erhobenen Führerscheinebevölkerung im einzelnen möglich wäre, läßt sich doch abschätzen, daß sich die Zahl der Fahrberechtigten in Hamburg zwischen 1960 und 1972 in etwa verdoppelt hat.

Hochschulprüfungen in Hamburg 1968 bis 1972

Die Statistik der Hochschulprüfungen macht für die Examenskandidaten der Universität Hamburg – und zwar sowohl für die deutschen als auch für die ausländischen Prüfungsteilnehmer – zwei positive Entwicklungen deutlich: Erstens zeigt sich, daß der Anteil der Kandidaten, die ihre Abschlußprüfungen nicht bestehen, in den fünf Jahren von 1968 bis 1972 durchweg zurückgegangen ist. Des weiteren belegen die Ergebnisse der Prüfungsstatistik, daß die erfolgreichen Examensteilnehmer des Jahres 1972 ihr Fachstudium in der Regel rascher hinter sich brachten als die Absolventen des Jahres 1968; allerdings dürfen aus dieser für den Kreis der erfolgreichen Prüfungsteilnehmer beobachteten Verkürzung des Fachstudiums keine Aussagen über die Aufenthaltsdauer der Studenten insgesamt an der Universität abgeleitet werden.

1. Prüfungserfolg

1.1 In fünf Jahren nur drei Mediziner beim Staatsexamen gescheitert

Eine der Fragen, die die derzeitige Statistik der Hochschulprüfungen zu beantworten vermag, ist die nach den Anteilen der erfolgreichen und nicht erfolgreichen Examensversuche in den einzelnen Studiengängen. Das kirchliche Prüfungsamt sowie die staatlichen und akademischen Prüfungsämter in Hamburg haben dem Statistischen Landesamt von 1968 bis 1972 jährlich rd. 3000 Meldebogen für Teilnehmer an abgeschlossenen Hochschulprüfungen zur Auszählung übermittelt. Von diesen Meldungen entfielen jeweils knapp zwei Drittel auf Staatsexamen, etwa ein Drittel auf Diplomprüfungen und kaum 1 % auf Magisterprüfungen.

Im Prüfungsjahr 1968 trugen über 12 % der Statistikbelege für deutsche Prüfungsteilnehmer den Vermerk „nicht bestanden“, 1972 brauchten die Prüfungsämter dies nur noch auf gut 8 % der Bogen zu vermerken. Ein Rückgang der Versagerquote ist in doppelter Hinsicht erfreulich; denn einmal bedeutet „durchzufallen“ für den betroffenen Studenten einen schweren Schicksalsschlag, zum anderen wird nach einem nicht bestandenen Examen, das zumeist in einem neuen Anlauf doch noch zu schaffen versucht wird, ein Studienplatz weiter belegt, der bei erfolgreichem Abschneiden des Kandidaten sehr wahrscheinlich frei geworden wäre.

Im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtstudentenschaft sind die Ausländer unter den gemeldeten Prüfungsteilnehmern unterrepräsentiert. Die Zahl der Statistikbogen für Abschlußexamen von Ausländern erreicht pro Jahr nicht einmal 100. In der Quote der bestandenen Prüfungen ist aber im ganzen gesehen auch für die ausländischen Examenskandidaten eine leichte Verbesserung zu verzeichnen.

Für eine Einzelbetrachtung wurden im folgenden die sechs am häufigsten vertretenen Studiengänge ausgewählt. Die Ersten Staatsprüfungen für das Volks- und Realschullehramt, für das Lehramt an Gymnasien und für Rechtswissenschaft, die Staatsexamen in Medizin sowie die Diplomprüfungen in Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre umfassen der Anzahl nach rund drei Viertel aller Abschlußprüfungen.

Eine Veröffentlichung der Ergebnisse für die weniger häufig belegten Studienfächer mußte aus Platzgründen unterbleiben, doch kann das Statistische Landesamt diese Angaben interessierten Lesern auf Anforderung zur Verfügung stellen.

Die auffallendste Veränderung in den Erfolgsquoten hat sich in den wirtschaftswissenschaftlichen Fächern vollzogen: Konnten 1968 nur an gut zwei Drittel der deutschen Kandidaten Zeugnis und Diplom über ein bestandenes Examen ausgehändigt werden, so absolvierten 1972 schon nahezu 89 % der Teilnehmer an den Diplomprüfungen für Volkswirte und fast 84 % der Teilnehmer an den Diplomprüfungen für Kaufleute ihre Examen erfolgreich (vergl. Tabelle 1). Aller Wahrscheinlichkeit nach haben zu dieser Verbesserung in erster Linie die Einführung einer Vorprüfung und einer gleitenden Diplomprüfung sowie eine Straffung der Ausbildungsgänge in den neu gestalteten Studienplänen beigetragen.

Daß Vor- oder Zwischenprüfungen auch den Effekt haben, die für ein bestimmtes Studium weniger geeigneten Studenten relativ frühzeitig auf die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit aufmerksam zu machen, dürfte einer der Gründe für die außerordentlich geringe Versagerquote unter den Medizinstudenten sein, die seit jeher vor dem Abschlußexamen das Vorphysikum und das Physikum bewältigen mußten. In den fünf Jahren des Berichtszeitraums sind von den insgesamt über 1800 geprüften Kandidaten dieses Fachs nur drei durchgefallen; die ausländischen Prüfungsteilnehmer haben alle bestanden.

Ebenfalls eine hohe Erfolgsquote konnten regelmäßig die Examinanden in der Ersten Staatsprüfung für das Volks- und Realschullehramt erzielen, die im übrigen von allen Prüfungsteilnehmern allein rund ein Viertel ausmachen. Bis 1972 hatte sich der Anteil der erfolgreichen Examensteilnehmer auf über 93 % erhöht.

Mit knapp 90 % bestandener Kandidaten haben die angehenden Gymnasiallehrer 1972 in der Ersten Staatsprüfung fast ebenso günstig abgeschnitten wie die Volks- und Realschullehrer; gegenüber 1968 ist der Anteil der Durchgefallenen bei der ersten Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen um fast 5 % zurückgegangen.

Tabelle 1

Von Hamburger Prüfungsämtern gemeldete Teilnehmer an Staats-, Diplom- und Magisterprüfungen nach ausgewählten Studienfächern/Lehrämtern und Prüfungserfolg 1968 bis 1972

Studienfach / Lehramt	Prüfungsjahr	Prüfungsteilnehmer insgesamt	davon				
			Deutsche			Ausländer	
			insgesamt	darunter bestanden		insgesamt	darunter bestanden
				absolut	in % von Sp. 2		
1	2	3	4	5	6		
Studienfächer/Lehrämter insgesamt	1968	3 090	2 997	2 627	87,7	93	80
	1969 ¹⁾	2 955	2 866	2 560	89,3	89	79
	1970	3 082	2 978	2 722	91,4	104	98
	1971	2 871	2 778	2 519	90,7	93	81
	1972 ²⁾	3 183	3 093	2 834	91,6	90	82
darunter Rechtswissenschaft	1968	335	335	297	88,7	—	—
	1969	315	313	276	88,2	2	2
	1970	290	290	264	91,0	—	—
	1971	295	294	250	85,0	1	1
	1972	405	404	328	81,2	1	1
Volkswirtschaftslehre	1968	238	223	148	66,4	15	6
	1969	207	195	133	68,2	12	5
	1970	209	199	161	80,9	10	7
	1971	203	190	146	76,8	13	11
	1972	162	149	132	88,6	13	12
Betriebswirtschaftslehre	1968	362	353	245	69,4	9	6
	1969	346	339	263	77,6	7	5
	1970	449	438	361	82,4	11	9
	1971	488	468	381	81,4	20	12
	1972	402	391	327	83,6	11	4
Allgemeine Medizin	1968	381	344	342	99,4	37	37
	1969	365	324	324	100	41	41
	1970	365	329	328	99,7	36	36
	1971	332	308	308	100	24	24
	1972	367	336	336	100	31	31
Lehramt an Volks- u. Realschulen	1968	717	716	658	91,9	1	—
	1969	723	719	661	91,9	4	4
	1970	781	779	714	91,7	2	2
	1971	681	676	635	93,9	5	4
	1972	753	744	694	93,3	9	9
Lehramt an Gymnasien	1968	420	420	356	84,8	—	—
	1969	408	407	357	87,7	1	1
	1970	302	301	271	90,0	1	1
	1971	237	237	209	88,2	—	—
	1972	300	299	267	89,3	1	1

¹⁾ ohne Teilnehmer an Magisterprüfungen. — ²⁾ Darunter 20 Prüfungsteilnehmer aus dem SS 1971, für die Meldebogen verspätet eingegangen sind.

Das einzige der in die Betrachtung einbezogenen Einzelfächer mit gesteigener Versagerquote ist die Rechtswissenschaft. Nach einem Höchststand im Prüfungsjahr 1970, in dem 91 % aller Kandidaten das Referendarexamen bestanden haben, ist der Anteil der erfolgreichen Prüfungsteilnehmer in den Jahren bis 1972 auf 81 % gesunken. Anhand des hier vorliegenden Materials kann nicht beurteilt werden, ob diese Entwicklung durch den vermehrten Zustrom nicht ausreichend qualifizierter Bewerber zu dem — durch das Fehlen einer besonderen Zwischenprüfung noch als bequem angesehenen — Jurastudium hervorgerufen wurde. Die Zunahme der gemeldeten Examinanden von 290 auf 405 innerhalb der letzten drei Jahre des Berichtszeitraums weckt jedoch Vermutungen in dieser Richtung.

1.2 Bei den Prüfungen für das Lehramt an Volks- und Realschulen sind sieben von zehn Kandidaten Frauen

Der Anteil der Frauen unter den Prüfungsteilnehmern ist geringfügig höher als der Anteil der weiblichen Studentinnen an allen Studenten (vgl. Tabelle 2 und Anhang). In den Jahren von 1968 bis 1972 waren

jeweils rund ein Drittel aller Prüfungskandidaten Frauen. Allerdings schwankt dieser Anteil von Fach zu Fach erheblich, etwa von 5 % bei den Betriebswirten bis zu 70 % bei den Volks- und Realschullehrern. Annähernd ebenso groß wie der Prozentsatz der Kandidatinnen an allen Prüfungsteilnehmern ist ihr Anteil an den bestandenen Examinanden in den einzelnen Fächern. Es kann somit nicht behauptet werden, Frauen würden in den Prüfungen erfolgreicher abschneiden. Daß sich in der Summe der Prüfungen für die Frauen dennoch eine bessere Erfolgsquote als für den Gesamtdurchschnitt der Prüfungsteilnehmer errechnet, findet seine Erklärung darin, daß die Frauen zu rund drei Vierteln Prüfungen in Ausbildungsgängen mit sehr geringen Durchfallquoten (Medizin, Lehramter) ablegen. Allein rund die Hälfte der weiblichen Prü-

Tabelle 2

Von Hamburger Prüfungsämtern gemeldete weibliche Teilnehmer an Staats-, Diplom- und Magisterprüfungen nach ausgewählten Studienfächern/Lehrämtern und Prüfungserfolg 1968 bis 1972

Studienfach / Lehramt	Prüfungsjahr	Weibliche Prüfungsteilnehmer insgesamt	darunter bestanden		Anteil weiblicher Prüfungsteilnehmer	
			absolut	in % von Sp. 1	an allen Prüfungsteilnehmern	an den Prüfungsteilnehmern mit bestandenen Examen
1	2	3	4	5		

Deutsche

Studienfächer/Lehrämter insgesamt	1968	968	896	92,6	32,3	34,1
	1969 ¹⁾	973	901	92,6	33,9	35,2
	1970	954	889	93,2	32,0	32,7
	1971	857	808	94,3	30,8	32,1
	1972	1 046	984	94,1	33,8	34,7
darunter Rechtswissenschaft	1968	40	35	87,5	11,9	11,8
	1969	39	36	92,3	12,5	13,0
	1970	25	23	92,0	8,6	8,7
	1971	37	31	83,8	12,6	12,4
	1972	50	38	76,0	12,4	11,6
Volkswirtschaftslehre	1968	28	18	64,3	12,6	12,2
	1969	18	12	66,7	9,2	9,0
	1970	29	23	79,3	14,6	14,3
	1971	15	13	86,7	7,9	8,9
	1972	15	14	93,3	10,1	10,6
Betriebswirtschaftslehre	1968	11	9	81,8	3,1	3,7
	1969	14	11	78,6	4,1	4,2
	1970	15	12	80,0	3,4	3,3
	1971	26	21	80,8	5,6	5,5
	1972	20	16	80,0	5,1	4,9
Allgemeine Medizin	1968	112	111	99,1	32,6	32,5
	1969	111	111	100,0	34,3	34,3
	1970	94	94	100,0	28,6	28,7
	1971	71	71	100,0	23,1	23,1
	1972	94	94	100,0	28,0	28,0
Lehramt an Volks- und Realschulen	1968	511	475	93,0	71,4	72,2
	1969	520	482	92,7	72,3	72,9
	1970	571	525	91,9	73,3	73,5
	1971	493	467	94,7	72,9	73,5
	1972	522	492	94,3	70,2	70,9
Lehramt an Gymnasien	1968	144	129	89,6	34,3	36,2
	1969	158	137	86,7	38,8	38,4
	1970	94	87	92,6	31,2	32,1
	1971	80	71	88,8	33,8	34,0
	1972	123	109	88,6	41,1	40,8

Ausländer

Studienfächer/Lehrämter insgesamt	1968	5	4	(80,0)	5,4	5,0
	1969 ¹⁾	17	16	(94,1)	19,1	20,3
	1970	18	18	(100)	17,3	18,4
	1971	10	10	(100)	10,8	12,3
	1972	23	23	(100)	25,6	28,0

¹⁾ ohne Teilnehmer an Magisterprüfungen.

Tabelle 3

Von Hamburger Prüfungsämtern gemeldete Prüfungsteilnehmer mit erfolgreich abgelegten Staats-, Diplom- und Magisterprüfungen nach Dauer des Studiums und ausgewählten Studienfächern/Lehrämtern 1968 bis 1972

Studienfach/Lehramt	Gruppe der Prüfungsteilnehmer	Prüfungsjahr	Prüfungsteilnehmer insgesamt	davon haben die Prüfung abgelegt nach ... Fachsemestern											Durchschnittliche Dauer des			
															Fachstudiums		Hochschulstudiums insgesamt	
				6	7	8	9	10	11	12	13	14	15 und mehr	in Semestern	Streuung	in Semestern	Streuung	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15				
Deutsche																		
Studienfächer/Lehrämter insgesamt	männliche und weibliche Prüfungsteilnehmer zusammen ...	1968	2 627	394	308	223	323	308	404	347	165	79	76	9,6	25,9			
		1969 ¹⁾	2 560 ¹⁾	428	280	299	291	294	341	293	157	108	69	9,5	26,8			
		1970	2 722	472	335	371	390	283	361	254	132	72	52	9,2	26,1	10,2	27,3	
		1971	2 519	427	308	387	334	295	288	240	132	58	50	9,2	26,0	10,2	27,3	
		1972 ²⁾	2 834 ²⁾	485	368	391	356	367	365	276	123	63	50	9,2	25,8	10,1	26,7	
	darunter weiblich ...	1968	896	241	223	67	52	42	92	112	43	11	13	8,6	29,7			
		1969 ¹⁾	901 ¹⁾	286	190	85	49	48	89	79	41	24	10	8,4	30,2			
		1970	889	308	205	72	63	53	76	66	26	14	6	8,1	28,9	9,0	30,4	
		1971	808	304	167	68	55	54	71	47	23	14	5	8,0	29,0	9,1	30,9	
		1972	984	310	221	87	81	81	92	59	33	12	8	8,2	28,1	9,2	29,9	
darunter Studienfächer ohne Lehrämter an Volks- und Realschulen, Sonderschulen, Gymnasien und berufsbildenden Schulen (außer Handelsschulen) ...	männliche und weibliche Prüfungsteilnehmer zusammen ...	1968	1 475	13	15	156	275	249	309	256	106	54	42	10,6	17,2			
		1969 ¹⁾	1 427 ¹⁾	14	24	172	260	245	270	202	117	79	44	10,6	18,4			
		1970	1 582	3	73	254	333	227	303	195	100	56	38	10,2	18,8	11,1	20,8	
		1971	1 529	3	75	278	279	236	242	213	113	49	41	10,2	19,3	11,1	21,5	
		1972	1 689	5	127	258	290	277	305	241	100	46	40	10,2	19,2	10,9	21,9	
	darunter weiblich ...	1968	253	5	5	18	35	27	58	76	20	4	5	10,8	16,4			
		1969 ¹⁾	254 ¹⁾	7	9	26	32	21	62	48	31	14	4	10,7	18,9			
		1970	238	—	18	18	44	33	51	40	20	9	5	10,5	18,3	11,2	18,8	
		1971	231	2	12	23	35	34	52	39	20	10	4	10,5	18,2	11,5	18,4	
		1972	327	2	54	22	51	40	69	48	26	9	6	10,1	20,7	10,9	23,0	
Rechtswissenschaft	männliche und weibliche Prüfungsteilnehmer zusammen ...	1968	297	—	3	72	124	57	19	13	4	2	3	9,3	14,2			
		1969	276	—	6	72	105	57	11	11	7	3	4	9,3	15,7			
		1970	264	—	5	70	118	34	15	10	6	2	4	9,3	15,5	10,4	18,8	
		1971	254	—	11	73	98	42	13	7	4	2	—	9,1	13,7	10,2	18,3	
		1972	328	—	4	76	113	73	33	16	6	5	2	9,5	14,8	10,4	20,0	
	darunter weiblich ...	1968	35	—	2	5	18	7	3	—	—	—	—	9,1	10,4			
		1969	36	—	3	10	16	4	1	1	—	—	—	8,9	13,8			
		1970	23	—	—	5	11	5	1	—	—	—	—	9,2	10,6	10,8	16,5	
		1971	31	—	2	5	17	4	3	—	—	—	—	9,0	10,7	10,3	16,2	
		1972	38	—	—	4	23	5	3	—	1	2	—	9,6	14,7	10,6	18,8	
Volkswirtschaftslehre	männliche und weibliche Prüfungsteilnehmer zusammen ...	1968	148	—	—	38	40	42	21	3	3	—	1	9,5	13,4			
		1969	133	—	—	34	27	41	19	4	3	5	—	9,7	15,3			
		1970	161	—	9	37	58	25	22	6	2	1	1	9,3	15,1	10,1	19,0	
		1971	146	—	2	57	34	34	8	6	4	—	1	9,2	15,0	9,8	20,4	
		1972	132	—	5	31	36	35	11	9	2	2	1	9,5	15,7	10,1	18,3	
	darunter weiblich ...	1968	18	—	—	7	6	3	1	—	1	—	—	9,1	14,1			
		1969	12	—	—	4	3	1	2	1	1	—	—	9,7	17,1			
		1970	23	—	2	4	12	3	2	—	—	—	—	9,0	11,2	9,5	14,8	
		1971	13	—	—	6	2	2	1	2	—	—	—	9,3	16,0	9,8	19,5	
		1972	14	—	2	3	3	4	1	1	—	—	—	9,1	15,4	9,4	16,9	
Betriebswirtschaftslehre	männliche und weibliche Prüfungsteilnehmer zusammen ...	1968	245	—	4	21	77	75	39	18	5	3	3	9,9	14,0			
		1969	263	—	6	29	89	69	42	18	6	4	—	9,8	13,8			
		1970	361	—	27	119	94	67	22	16	9	4	3	9,2	16,9	10,2	21,4	
		1971	381	—	41	106	96	73	34	13	9	2	7	9,2	17,8	9,9	21,6	
		1972	327	—	26	92	70	79	25	17	7	5	6	9,4	18,0	9,8	22,5	
	darunter weiblich ...	1968	9	—	—	1	5	—	2	—	1	—	—	9,8	15,1			
		1969	11	—	—	2	3	2	2	2	—	—	—	9,9	13,9			
		1970	12	—	1	6	1	2	—	—	—	1	1	9,4	25,8	10,3	23,3	
		1971	21	—	2	6	4	5	2	1	—	—	1	9,4	19,3	10,3	22,3	
		1972	16	—	2	4	5	3	1	—	1	—	—	9,1	16,3	9,8	24,0	
Allgemeine Medizin	männliche und weibliche Prüfungsteilnehmer zusammen ...	1968	342	—	—	—	—	—	128	147	39	17	11	11,9	8,3			
		1969	324	—	—	—	—	—	125	107	53	28	13	12,1	9,2			
		1970	328	—	—	—	—	—	153	102	41	20	12	11,9	9,0	12,5	11,8	
		1971	308	—	—	—	—	—	110	108	60	21	9	12,1	8,6	12,7	11,0	
		1972	336	—	—	—	—	—	143	125	45	17	6	11,9	8,0	12,5	11,0	
	darunter weiblich ...	1968	111	—	—	—	—	—	31	59	15	3	3	12,0	7,3			
		1969	111	—	—	—	—	—	41	36	20	12	2	12,1	9,0			
		1970	94	—	—	—	—	—	41	28	17	7	1	11,9	8,4	12,4	9,5	
		1971	71	—	—	—	—	—	28	23	14	4	2	12,0	8,6	12,6	10,2	
		1972	94	—	—	—	—	—	41	34	13	6	—	11,8	7,6	12,6	11,5	
Lehramt an Volks- und Realschulen	männliche und weibliche Prüfungsteilnehmer zusammen ...	1968	658	300	276	54	17	2	2	5	—	—	2	6,8	15,1			
		1969	661	352	235	55	10	2	2	5	—	—	—	6,6	13,6			
		1970	714	396	242	60	8	3	2	3	—	—	—	6,6	12,8	7,8	29,9	
		1971	635	358	204	48	15	6	2	1	—	—	—	6,6	14,1	7,8	30,3	
		1972	694	374	228	63	15	7	2	3	1	—	1	6,7	15,0	7,8	29,2	
	darunter weiblich ...	1968	475	209	213	40	10	1	1	1	—	—	—	6,7	11,8			
		1969	482	253	177	39	8	1	1	3	—	—	—	6,6	13,0			
		1970	525	281	186	45	7	3	1	2	—	—	—	6,6	12,7	7,5	24,5	
		1971	467	272	151	31	7	3	2	1	—	—	—	6,6	12,7	7,5	27,7	
		1972	492	265	164	46	13	2	1	1	—	—	—	6,6	12,8	7,5	24,8	

Von Hamburger Prüfungsämtern gemeldete Prüfungsteilnehmer mit erfolgreich abgelegten Staats-, Diplom- und Magisterprüfungen nach Dauer des Studiums und ausgewählten Studienfächern/Lehrämtern 1968 bis 1972

Studienfach/Lehramt	Gruppe der Prüfungsteilnehmer	Prüfungsjahr	Prüfungsteilnehmer insgesamt	davon haben die Prüfung abgelegt nach ... Fachsemestern											Durchschnittliche Dauer des			
															Fachstudiums		Hochschulstudiums insgesamt	
				6	7	8	9	10	11	12	13	14	15 und mehr	in Semestern	Streuung	in Semestern	Streuung	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15				
Lehramt an Gymnasien ..	männliche	1968	356	—	—	6	23	49	86	81	57	24	30	11,8	14,2	.	.	
	und weibliche	1969	357	—	—	27	20	50	73	89	41	31	26	11,6	16,0	.	.	
	Prüfungsteilnehmer	1970	271	—	—	8	38	52	55	32	16	15	15	11,3	15,4	12,7	16,0	
	zusammen ...	1971	209	—	—	18	33	52	44	26	19	9	8	10,8	16,3	11,7	16,9	
		1972	267	—	—	26	37	67	58	32	22	16	9	10,8	16,5	11,8	18,5	
	darunter weiblich ...	1968	129	—	—	5	7	13	32	34	23	7	8	11,7	13,8	.	.	
		1969	137	—	—	13	9	27	29	30	11	11	7	11,2	16,3	.	.	
		1970	87	—	—	2	9	16	24	24	6	5	1	11,2	12,7	12,5	13,5	
		1971	71	—	—	8	13	17	18	7	3	4	1	10,5	15,7	11,5	16,2	
		1972	109	—	—	11	15	39	22	10	7	3	2	10,4	14,8	11,4	18,4	
Ausländer																		
Studienfächer/Lehrämter insgesamt	männliche	1968	81	
	und weibliche	1969 ¹⁾	79	
	Prüfungsteilnehmer	1970	98	2	—	7	4	14	17	14	18	5	17	11,9	18,7	12,7	19,7	
	zusammen ...	1971	81	3	—	9	4	15	11	13	10	4	12	11,4	21,0	12,6	20,8	
	1972	82	3	3	5	6	17	10	13	12	5	8	11,2	20,8	12,6	20,7		

¹⁾ ohne Teilnehmer an Magisterprüfungen. — ²⁾ Darunter 20 Prüfungsteilnehmer aus dem SS 1971, für die Meldebogen verspätet eingegangen sind.

fungskandidaten unterzieht sich der Staatsprüfung für das Volks- und Realschullehramt; dieser Anteil scheint hingegen zugunsten einer stärkeren Bevorzugung des höheren Lehramts rückläufig zu sein.

Die wenigen Ausländerinnen, über die Bogen für die Prüfungsstatistik eingegangen sind, konnten ihre Examen durchweg erfolgreich abschließen. In den letzten drei Jahren des Berichtszeitraums ist keine ausländische Kandidatin in der Prüfung gescheitert.

2. Studiendauer

2.1 Fachstudienzeit für das höhere Lehramt bei den erfolgreichen Prüfungskandidaten um 1 Semester verringert

Von 1968 bis 1972 haben sich die Studienzeiten für die Gesamtheit der erfolgreichen deutschen Prüfungsteilnehmer im Durchschnitt von 9,6 auf 9,2 Fachsemester verkürzt. Die weiblichen Kandidaten benötigten statt 8,6 nur noch 8,2 Fachsemester bis zur Abschlußprüfung. Daß Frauen im Durchschnitt um ein Semester rascher ans Ziel gelangen als ihre männlichen Kommilitonen, liegt an der häufigen Wahl des Volks- und Realschullehramtes durch die weiblichen Prüfungsteilnehmer; für dieses Studium brauchen nur sechs Fachsemester absolviert zu werden. Schließt man die Lehrämter aus der Berechnung aus, so ergeben sich kaum noch Unterschiede in der durchschnittlichen Studiendauer von männlichen und weiblichen Prüfungskandidaten.

Am ausgeprägtesten treten die Verringerungen der Fachstudienzeiten bei den Prüfungen für das Lehramt an Gymnasien zutage, bei denen eine Verkürzung innerhalb von fünf Jahren um ein volles Semester, bei den Frauen um 1,3 Semester, festgestellt wer-

den kann. Auch hier hat sich die Straffung des Studienganges sehr deutlich ausgewirkt. Noch immer allerdings ist es nur ein kleiner Teil der Examenkandidaten, der die Erste Staatsprüfung bereits nach der vorgeschriebenen Mindestzahl von acht Fachsemestern besteht.

Bei den Betriebswirten hat sich der Anteil der Kandidaten, die nach der zulässigen Mindestzeit von sieben bzw. acht Fachsemestern ihre Prüfung ablegen, auf über ein Drittel erhöht, so daß sich auch die durchschnittliche Dauer des Studiums um ein halbes Semester auf 9,4 Fachsemester verringert hat. Bei den Volkswirten zeichnen sich keine größeren Veränderungen der Studiendauer ab.

In den Fächern, in denen bereits früher ein relativ fest vorgegebener Ausbildungsweg vorzufinden war, haben sich die Studienzeiten kaum verkürzt oder verlängert. Für das Medizinstudium blieb es bei rund sechs Jahren — einem Semester über der festgelegten Mindestzeit in den Berichtsjahren. Hinsichtlich der Absolvierung des Volks- und Realschullehrerstudiums ist eine Beschleunigung des mit durchschnittlich nicht ganz sieben Fachsemestern ohnehin schon recht kurzen Studiums nur noch in geringem Ausmaß eingetreten.

Die einzige Ausnahme mit einer Verlängerung der durchschnittlichen Studienzeiten bildet unter den hier dargestellten Fächern die Rechtswissenschaft, bei der somit eine Verschlechterung des Prüfungserfolges und eine Verlängerung der Studiendauer zusammen treffen. In der Mindestzeit von sieben Semestern legten nur äußerst wenige Juristen das Referendarexamen ab. Die durchschnittliche Studiendauer erreichte 9,5 Fachsemester. Mit dieser Ausdehnung ist das rechtswissenschaftliche Studium länger geworden als das der Betriebswirtschaftslehre und ebenso lang wie das der Volkswirtschaftslehre.

Für Ausländer ermittelt die Statistik der Hochschulprüfungen Ergebnisse über die Studiendauer erst seit 1970. Die ausländischen Prüfungsteilnehmer benötigen bis zum Bestehen des Abschlußexamens zwei Fachsemester mehr als deutsche Kandidaten. Eine Beschleunigung des Studiums um 0,7 Semester in drei Jahren war aber auch bei den Ausländern zu beobachten.

Über die Häufigkeit von Studienfachwechseln bietet die Prüfungsstatistik keine Angaben. Auch die seit 1970 mit erhobene Anzahl der studierten Hochschulsemester bringt nicht unbedingt verlässliche Anhaltspunkte für den Umfang von Umschreibungen auf an-

Tabelle 4

Anteil der Prüfungsteilnehmer mit einer Studiendauer von mehr als 10 Semestern an allen Prüfungsteilnehmern mit erfolgreich abgelegten Staats-, Diplom- und Magisterprüfungen nach ausgewählten Studienfächern/Lehrämtern 1968 bis 1972

— in % —

Studienfach/Lehramt	Prüfungsjahr	Anteil der Prüfungsteilnehmer mit mehr als			
		10		12	
		Fachsemestern		Hochschulsemestern	
		1	2	3	4
Deutsche					
Studienfächer/Lehrämter insgesamt	1968	40,8	12,2		
	1969 ¹⁾	37,8	13,0		
	1970	32,0	9,4	43,5	21,2
	1971	30,5	9,5	43,2	22,1
	1972 ²⁾	30,9	8,3	42,2	18,8
darunter Studienfächer ohne Lehramter an	1968	52,0	13,7		
	1969	49,9	16,8		
	1970	43,7	12,3	54,9	25,2
	1971	43,0	13,3	55,1	28,0
	1972	43,3	11,0	53,5	22,8
Völker- und Realschulen, Sonderschulen, Gymnasien und berufsbildenden Schulen (außer Handelsschulen)	1968	13,8	3,0		
	1969	13,0	5,1		
	1970	14,0	4,5	33,0	14,8
	1971	10,4	2,4	31,2	10,4
	1972	18,9	4,0	37,2	13,4
Rechtswissenschaft	1968	13,8	3,0		
	1969	13,0	5,1		
	1970	14,0	4,5	33,0	14,8
	1971	10,4	2,4	31,2	10,4
	1972	18,9	4,0	37,2	13,4
Volkswirtschaftslehre	1968	18,9	2,7		
	1969	23,3	6,0		
	1970	19,9	2,5	33,5	9,3
	1971	13,0	3,4	26,0	13,0
	1972	18,9	3,8	33,3	10,6
Betriebswirtschaftslehre	1968	27,8	4,5		
	1969	26,6	3,8		
	1970	15,0	4,4	31,3	13,9
	1971	17,1	4,7	29,1	12,1
	1972	18,3	5,5	26,6	11,0
Allgemeine Medizin	1968	100	19,6	100	
	1969	100	28,4	100	
	1970	100	22,3	100	41,2
	1971	100	29,2	100	49,7
	1972	100	20,2	100	39,6
Lehramt an Volks- und Realschulen	1968	12,5	1,4		
	1969	11,2	1,1		
	1970	10,6	0,7	36,6	10,9
	1971	11,5	0,6	35,3	10,9
	1972	13,3	1,0	37,8	10,2
Lehramt an Gymnasien	1968	78,1	31,2		
	1969	72,8	27,5		
	1970	63,8	23,2	83,4	47,6
	1971	50,7	17,2	71,3	34,4
	1972	51,3	17,6	67,0	31,8
Ausländer					
Studienfächer/Lehrämter insgesamt	1968				
	1969				
	1970	72,4	40,8	81,6	59,2
	1971	61,7	32,1	72,8	54,3
	1972	58,5	30,5	75,6	50,0

¹⁾ ohne Teilnehmer an Magisterprüfungen. — ²⁾ Darunter 20 Prüfungsteilnehmer aus dem SS 1971, für die Meldebogen verspätet eingegangen sind.

dere Fächer, sie veranschaulicht aber besser als die Zahl der Fachsemester die tatsächliche Verweildauer der bis zur Abschlußprüfung gelangenden Studenten im Hochschulbereich. Grob gesprochen ist die Anzahl der studierten Hochschulsemester in der Regel um 1 höher als die Zahl der anerkannten Fachsemester. Mit 1,4 Semestern ist der Unterschied bei den Ausländern deutlich höher; offensichtlich werden den ausländischen Examinanden abgeleistete Studienzeiten nicht in dem Umfang für die angestrebte Abschlußprüfung angerechnet wie deutschen Kandidaten.

Neben der durchschnittlichen Studiendauer nach Hochschul- und Fachsemestern ist in Tabelle 3 ein Streuungsmaß für die Verteilung der Einzelwerte um den angegebenen Durchschnitt aufgeführt. Dieses Streuungsmaß kann Werte zwischen 0 und 100 annehmen. Je höher die Streuung, desto weiter bzw. häufiger liegen die tatsächlichen Einzelergebnisse von dem errechneten Durchschnitt entfernt. Die Mehrzahl der sich hier ergebenden Streuungswerte ist recht klein, niedriger als 20, häufig niedriger als 10; so daß die ermittelten durchschnittlichen Studienzeiten als typisch für die Masse der Prüfungskandidaten angesehen werden können. Am größten ist die Streuung erwartungsgemäß bei der Gesamtheit der Fächer, doch ist der dort errechnete Wert von 26 ebenfalls noch ein Zeichen für eine nicht allzu weite Streuung der Einzelwerte um den Durchschnitt.

2.2 Über 90 % der erfolgreichen Examensteilnehmer absolvieren ihr Fachstudium in höchstens sechs Jahren

Wie entwickelten sich die Anteile der Studenten, die nach mehr als fünf oder mehr als sechs Jahren ihre Abschlußprüfungen ablegten? Nach der Dauer des Fachstudiums gerechnet, benötigen nur noch 31 % der Prüfungsteilnehmer mehr als zehn und 8 % mehr als zwölf Semester bis zum Bestehen der Prüfung; oder anders ausgedrückt: Über 70 % der Prüfungsteilnehmer bestehen ihr Abschlußexamen nach einem Studium von höchstens fünf Jahren, über 90 % nach höchstens sechs Jahren.

Untersucht man nicht die Semester des Fachstudiums, sondern die Gesamtzahl der Hochschulsemester, so verschieben sich diese Anteile recht erheblich. Denn nach Hochschulsemestern studierte 1972 fast jeder fünfte Kandidat insgesamt länger als zwölf Semester.

Tabelle 4 veranschaulicht, wie sich die Quoten der Prüfungsteilnehmer mit mehr als zehn Semestern von 1968 bis 1972 verbessert haben. Die unter 2.1 gekennzeichneten Verkürzungen oder Verlängerungen der durchschnittlichen Studienzeiten finden in den hier zusammengestellten Werten ihre Entsprechung. Stark zurückgegangen sind die Anteile der Examinierten mit hohen Semesterzahlen unter den angehenden Studienräten und den Betriebswirten. Bei den Juristen nehmen demgegenüber die Quoten der im 11. und höheren Semester zur Prüfung gekommenen Kandidaten zu. Bei den Volkswirten sowie den Volks- und Realschullehrern ergaben sich keine nennenswerten Veränderungen. Mediziner konnten ohnehin erst nach 11 Semestern ihr Staatsexamen ablegen; der Anteil der Prüfungsteilnehmer, die zwei oder mehr Fach-

semester über diese Mindestdauer hinaus studierten, schwankte in der Berichtszeit zwischen knapp 20 % und knapp 30 %. Die für die Ausländer errechneten Anteile unterstreichen, daß diese in den letzten Jahren zügiger zum Abschluß gelangen. 1970 hatten zum Beispiel noch 41 % der ausländischen Prüfungskandidaten 13 und mehr Fachsemester absolviert, 1972 lediglich noch 30 %. Dabei muß allerdings gesehen werden, daß sich die absoluten Zahlen der erfolgreichen ausländischen Prüfungskandidaten im Berichtszeitraum zumeist nur auf rund 80 Personen beliefen.

3. Doktorprüfungen

Im Rahmen der Statistik der Hochschulprüfungen werden außer den oben behandelten Abschlußexamen auch die abgelegten Doktorate erfaßt. Die Zahl der von den Fachbereichen, früher von den Fakultäten, der Hamburger Universität gemeldeten Doktorprüfungen hat sich mit rund 550 pro Jahr von 1968 bis 1972 – ebenso wie die Gesamtzahl der Staats-, Diplom- und Magisterprüfungen – wenig verändert.

Weit mehr als die Hälfte aller Doktorate entfällt auf medizinische und zahnmedizinische Promotionen (vgl. Tabelle 5). In der allgemeinen Medizin promovieren im Durchschnitt über drei Viertel der Kandidaten, die das Staatsexamen bestehen. Bei den philosophischen Doktoraten überwiegen die Prüfungen, die ohne ein vorangegangenes Abschlußexamen abgelegt werden. Ein rückläufiger Trend zeichnet sich hinsichtlich der Zahl der naturwissenschaftlichen Promotionen ab. Im übrigen sind nicht bestandene Dok-

torprüfungen während des Berichtszeitraums so gut wie nicht registriert worden.

4. Bemerkungen zur Methode und zum Aussagewert der Prüfungsstatistik

Die derzeitige Statistik der Hochschulprüfungen in Hamburg beruht auf einer Auszählung der einzelnen Erhebungsbogen, die die Studenten bei ihrer Meldung zum Examen ausfüllen und die nach Abschluß der Prüfung von den Prüfungsämtern dem Statistischen Landesamt zugesandt werden. Die Erhebung ist in der gegenwärtigen Form freiwillig. Zwar sieht das 1971 in Kraft getretene Hochschulstatistikgesetz auch eine Befragung der Prüfungskandidaten vor, aber ein bundes einheitliches Erhebungskonzept – und nur ein solches wird durch das Hochschulstatistikgesetz gestützt – konnte bisher noch nicht in die Tat umgesetzt werden. Daß für den einen oder anderen Prüfungskandidaten kein Statistikbogen angelegt wird, kann selbstverständlich nicht völlig ausgeschlossen werden. Dennoch sind größere Erfassungslücken, die die Aussagekraft der geschilderten Ergebnisse anzuzweifeln berechtigten, zumindest für die dargestellten Studienfächer nicht zu befürchten. Dies ist vor allem der Mitwirkungsbereitschaft der Prüfungsämter zu danken.

Der Berichtszeitraum 1968 bis 1972 war in bezug auf die Anzahl der gemeldeten Prüfungen nicht durch eine ins Auge fallende Zunahme gekennzeichnet, während nach der allgemeinen Vorstellung die Gesamtzahl der Studenten sich regelmäßig erheblich vergrößert hat. Aus der Anhangtabelle ist dagegen erkennbar, daß in der Zeit von 1964 bis 1968, die hauptsächlich für die Prüfungen in den Jahren 1968 bis 1972 zur Betrachtung herangezogen werden muß, die Studentenzahlen jährlich lediglich um 2 % bis 3 % angestiegen sind, so daß eine größere Steigerung der Prüfungshäufigkeiten des Berichtszeitraums ebenfalls nicht erwartet werden kann.

Leider lassen sich auch mit dem Material der individualisierten Prüfungsstatistik Angaben nur über den Teil der Studenten bereitstellen, der sein Studium bis zum Abschlußexamen durchlaufen hat. Über diejenigen, die vor einer Abschlußprüfung das Studienfach wechseln, die ihr Studium an anderen Hochschulen fortsetzen oder die ohne Examen aus dem Hochschulbereich ausscheiden, können fundierte Aussagen erst in einer sicherlich nicht sehr nahen Zukunft gemacht werden, wenn nämlich die angestrebte Studentenverlaufsstatistik Ergebnisse zu liefern vermag. Auch die oben beschriebenen Entwicklungen der Studienzeiten beziehen sich ausschließlich auf Studenten, die ihr Studium mit bestandener Prüfung zu Ende geführt haben. Über die Verweildauer aller Studenten können aus diesem Datenmaterial keine Schlüsse abgeleitet werden.

Abschließend muß der Korrektheit halber noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß in den genannten Zahlen die bei den Ersten Staatsprüfungen für das Lehramt an Gymnasien angenommenen Prüfungen in Musikerziehung und Kunsterziehung nicht enthalten sind; von der Berücksichtigung der künstlerischen Fächer ist bei der Auswertung abgesehen worden, weil die Frage nach den absolvierten Seme-

Tabelle 5

Von der Universität Hamburg gemeldete erfolgreich abgelegte Doktorprüfungen 1968 bis 1972

Art der Angaben	Prüfungsjahr				
	1968	1969	1970	1971	1972
	1	2	3	4	5
Deutsche					
Erfolgreich abgelegte Doktorprüfungen insgesamt	550	553 ¹⁾	559 ²⁾	566	525
davon Doktorprüfungen, für die eine Abschlußprüfung vorausgesetzt ist					
Dr. theol.	—	—	—	4	9
Dr. jur.	84	110 ²⁾	46 ²⁾	71	63
Dr. rer. pol.	26	74	20	20	34
Dr. med.	261	175	265	259	255
Dr. med. dent.	43	29	67	56	47
Dr. phil.	4	—	20	12	6
Dr. rer. nat.	83	91	57	73	42
Doktorprüfungen, für die keine Abschlußprüfung vorausgesetzt ist					
Dr. theol.	2	—	5	—	1
Dr. phil.	47	—	78	71	68
Von allen bestandenen Doktorprüfungen wurden abgelegt von Frauen	109	90	130	102	109
Ausländer					
Erfolgreich abgelegte Doktorprüfungen insgesamt	30	22	40	36	31

¹⁾ darunter 7 Dr. theol., 67 Dr. phil. — ²⁾ Die Promotionen zum Dr. jur. im WS 1969/70 sind im Prüfungsjahr 1969 gezählt. — ³⁾ darunter 1 Prüfung ohne nähere Angabe.

stern für die in diesen Fächern geprüften Examensteilnehmer größtenteils nicht beantwortet wurde.

Als Prüfungsjahr ist jeweils das Sommersemester und das vorangegangene Wintersemester zusammengefaßt.

Der letzte Beitrag in dieser Zeitschrift zu dem Themenkomplex Hochschulprüfungen ist unter dem Titel „Die akademischen Abschlußprüfungen an der Universität Hamburg 1960 bis 1967“ im November-Heft des Jahres 1968 erschienen.

Dieter Buch

Anhang

**Studenten¹⁾ an der Universität Hamburg nach ausgewählten Studienfächern/Lehrämtern
In den Wintersemestern 1962/63 bis 1971/72**

Studienfach / Lehramt	Gruppe der Studenten	Wintersemester									
		1962/63	1963/64	1964/65	1965/66	1966/67	1967/68	1968/69	1969/70	1970/71	1971/72
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
		Deutsche									
Studienfächer/Lehrämter insgesamt	Studenten insgesamt	13 281	14 372	15 103	15 346	15 661	16 010	16 578	17 794	20 137	23 068
	darunter weiblich in %	31,1	30,4	30,2	29,1	29,4	29,4	28,3	27,8	29,9	32,1
darunter											
Rechtswissenschaft	Studenten insgesamt	1 386	1 461	1 523	1 566	1 704	1 788	1 959	2 205	2 410	2 636
	darunter weiblich in %	11,6	10,5	10,4	11,6	11,8	12,8	11,9	12,3	13,4	15,6
Volkswirtschaftslehre ..	Studenten insgesamt	832	976	1 004	1 057	1 013	1 021	949	914	914	857
	darunter weiblich in %	15,4	15,6	14,2	14,6	13,5	12,2	10,5	10,1	11,9	12,8
Betriebswirtschaftslehre	Studenten insgesamt	1 598	1 740	1 777	1 867	1 971	2 022	2 025	2 135	2 221	2 313
	darunter weiblich in %	7,7	6,6	5,5	5,5	5,9	5,7	6,1	5,8	5,9	6,8
Allgemeine Medizin ...	Studenten insgesamt	1 325	1 466	1 588	1 633	1 648	1 664	1 686	1 711	1 747	1 787
	darunter weiblich in %	35,5	34,4	32,5	31,3	29,2	28,0	25,3	24,2	22,8	23,4
Lehramt an Volks- und Realschulen	Studenten insgesamt	1 709	1 894	2 104	2 179	2 411	2 433	2 445	2 617	3 153	3 846
	darunter weiblich in %	78,1	78,5	77,7	73,8	72,8	72,5	71,9	70,2	68,9	69,0
Lehramt an Gymnasien .	Studenten insgesamt	1 880	1 917	2 158	2 709	3 264
	darunter weiblich in %	38,0	36,3	35,2	39,7	40,7
		Ausländer									
Studienfächer/Lehrämter insgesamt	Studenten insgesamt	975	1 031	1 096	1 056	1 031	977	946	993	1 172	1 509
	darunter weiblich in %	14,7	14,2	12,9	14,4	16,6	20,0	21,5	23,9	26,5	28,0

¹⁾ ohne Beurlaubte und Gasthörer.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1973	November 1973	Dezember 1973	Dezember 1972
		1985	1972				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	763,0	777,4	760,1	757,8	767,6
Lufttemperatur	°C	8,6	9,1	8,7	4,5	2,0	3,5
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	78	83	84	88	82
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	4	4	3
Bewölkung	" ⁴⁾	7	6	6	5	6	5
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	654	68	110	100	12
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 524	97	70	47	51
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	99	11	7	13	13
Tage mit Niederschlägen	"	256	201	17	23	25	12
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	244,8	245,1
" Altona	"	264,3	256,4	254,5
" Eimsbüttel	"	264,6	253,9	252,7
" Hamburg-Nord	"	401,3	344,5	340,0
" Wandsbek	"	357,5	375,0	376,1
" Bergedorf	"	82,6	94,6	94,3
" Harburg	"	199,0	204,7	203,5
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 773,9	817,6
dav. männlich	"	861,9	820,7	948,6
weiblich	"	995,0	953,2	1 766,2
dar. Ausländer ⁷⁾	"	59,8	114,7	125,7	125,3	129,1	116,1
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁸⁾	Anzahl	1 510	1 019	848	860 p	995 p	1 168 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	6,9	7,8 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 269	1 170	1 070 p	1 120 p	1 123 r
dar. unehelich	"	143	113	124	110, p	120 p	115 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	8,6	7,5 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,4	8,9	10,8	10,2 p	10,6 p	10,3 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	8,9	10,8	10,2 p	10,6 p	10,3 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 149	2 224	2 355 p	2 635 p	2 096 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	25	34	20 p	35 p	17 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	13,6	14,5	14,7 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	17,2	19,2	29,4 r	18,7 p	31,3 p	15,1 r
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁹⁾	"	123	- 880	1 054	- 1 285 p	- 1 515 p	- 973 r
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	+ 8,8	- 6,0	- 6,5 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	6 466	5 773
über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	6 870	6 624
Fortgezogene Personen	"	379	404	851
über die Landesgrenze Hamburgs	"	37	144	329
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	342	260	522
dav. männlich	"
weiblich	"
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 428	14 025
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus	"	1 542	1 695	1 602
Schleswig-Holstein	"	835	1 092	1 075
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 091	1 041	918
Niedersachsen	"	272	351	353
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 629	1 187
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	1 535	2 101	2 066
b) Fortgezogene nach	"	2 351	2 581	2 566
Schleswig-Holstein	"	1 620	1 960	1 996
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 268	1 564	1 665
Niedersachsen	"	525	830	981
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 744	1 490
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	767	981	903

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. - ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970 - ⁷⁾ Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. - ⁸⁾ nach dem Ereignisort. - ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. - ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹²⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1973	November 1973	Dezember 1973	Dezember 1972
		1965	1972				
Gesundheitswesen							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Öffentliche Krankenhäuser							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	11 749	11 294	11 019	11 019	11 019	11 235
Pflegetage		273 169	260 924	274 028	268 428	232 546	236 315
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	79,8	85,8	85,9	71,8	72,0
b) Gemeinnützige Krankenhäuser							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	4 573	4 740	4 847	4 847	4 847	4 698
Pflegetage		123 729	127 459	134 967	132 349	115 674	115 869
Bettenausnutzung ³⁾	%	89,1	87,5	89,8	90,7	77,2	79,0
c) Private Krankenhäuser							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	745	798	797	809	809	797
Pflegetage		19 012	20 890	21 965	21 818	16 571	14 655
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,8	85,0	89,6	90,6	66,6	59,1
2. Hamburgische Krankenhäuser außerhalb Hamburgs							
a) Öffentliche Krankenhäuser							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	885	820	820	820	820	820
Pflegetage		21 274	19 998	22 246	21 357	17 981	17 336
Bettenausnutzung ³⁾	%	81,7	79,9	87,5	86,8	70,7	69,3
b) Tbc-Heilstätten							
Bettenbestand ^{1) 2)}	Anzahl	1 084	761	761	761	761	761
Pflegetage		25 626	17 482	17 048	16 844	14 489	15 810
Bettenausnutzung ³⁾	%	85,0	81,8	81,4	81,0	64,9	72,8
3. Krankenhäuser für Gelstesranke							
a) Öffentliche Krankenhäuser in Hamburg							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 743	1 741	1 739	1 739	1 739	1 739
Pflegetage		48 245	43 688	44 982	43 194	42 543	44 213
Bettenausnutzung ³⁾	%	91,4	86,2	88,8	88,1	83,9	87,2
b) Gemeinnützige Krankenhäuser in Hamburg							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 275	1 291	1 287	1 287	1 337	1 289
Pflegetage		38 084	38 605	39 457	38 269	39 720	39 151
Bettenausnutzung ³⁾	%	98,2	97,8	98,9	99,1	97,7	98,0
c) Krankenhäuser außerhalb Hamburgs							
Bettenbestand ¹⁾	Anzahl	1 476	1 420	1 312	1 312	1 312	1 412
Pflegetage		43 630	41 731	42 001	40 494	41 064	43 059
Bettenausnutzung ³⁾	%	97,1	95,0	98,4	98,7	97,4	97,3
Kulturpflege							
1. Rundfunk und Fernsehen ⁴⁾							
Tonrundfunkteilnehmer ¹⁾	1 000	667,8	688,8	693,2	693,9	692,9	689,8
Fernsehrundfunkteilnehmer ¹⁾	-	455,8	625,0	630,7	631,5	631,1	627,8
2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	482 919	610 860	599 336	491 306	469 708
Ausgeliehene Noten	-	3 241	6 242	8 099	8 697	5 946	6 487
3. Wissenschaftliche Büchereien ⁵⁾							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	28 113	38 398	43 048	46 586	32 595	32 498
Benutzer der Lesesäle	-	10 485	13 998	15 842	16 619	11 240	11 827
4. Besucher der Museen und Schausammlungen							
	Anzahl	43 961	60 227	72 408	61 431	84 716	68 262
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ⁶⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	687,0	681,0	683,1	681,9	685,6
dav. Pflichtmitglieder	-	431,4	404,7	397,6	399,2	398,0	403,9
Freiwillige Mitglieder	-	70,9	48,3	46,0	45,8	45,6	47,6
Rentner	-	175,5	234,0	237,4	238,2	238,3	234,1
Krankenstand der Pflichtmitglieder	-	26,7	24,5	28,6	31,6	28,9	25,9
dav. männlich	-	17,9	16,8	19,3	21,4	19,8	17,9
weiblich	-	8,8	7,7	9,2	10,2	9,1	8,0

¹⁾ am Monatsende. - ²⁾ ohne Säuglingsbetten. - ³⁾ ohne gesperrte Betten. - ⁴⁾ ab Januar 1971 nur noch gebührenpflichtige Teilnehmer. - ⁵⁾ Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). - ⁶⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1973	November 1973	Dezember 1973	Dezember 1972
		1965	1972				
Erwerbstätigkeit							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	4 532	5 596	6 644	9 097	5 210
dav. männlich	"	2 318	2 528	2 793	3 510	5 507	2 873
weiblich	"	1 092	2 004	2 803	3 134	3 590	2 337
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	60	80	242	842	43
Metallerzeuger und -bearbeiter	"	51	45	53	57	121	27
Schlosser, Mechaniker u. zugeordnete Berufe	"	95	116	124	154	329	119
Elektriker	"	24	28	26	24	65	34
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	"	55	54	56	89	120	67
Tischler, Modellbauer	"	24	18	20	37	61	22
Drucker	"	44	48	70	67	116	50
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarbeiter	"	7	22	20	21	28	23
Ernährungsberufe	"	75	92	113	123	170	63
Warenprüfer, Versandfertigmacher	"	132	143	181	220	304	184
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	"	81	114	154	184	174	122
Warenkaufleute	"	368	421	609	601	722	532
Verkehrsberufe	"	313	252	206	278	321	228
Organisations-, Verwaltungs- u. Büroberufe	"	849	982	1 489	1 576	1 787	1 213
Künstler und zugeordnete Berufe	"	177	254	274	296	337	309
2. Offene Stellen und Vermittlungen							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	18 716	19 151	15 718	11 920	15 962
dav. männlich	"	13 014	9 643	11 112	8 736	6 015	8 429
weiblich	"	12 813	9 073	8 039	6 982	5 905	7 533
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage ¹⁾	"	5 841	5 654	5 920	5 746	4 084	4 237
dav. männlich	"	4 134	4 025	4 238	4 085	2 932	3 136
weiblich	"	1 707	1 629	1 682	1 661	1 152	1 101
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	10 527	5 435	4 927	6 273	7 617	4 745
dav. männlich	"	9 855	4 568	4 172	5 426	6 797	4 115
weiblich	"	572	867	755	847	820	630
Arbeitsuchende am Monatsende ²⁾	"	8 299	11 472	12 486	13 548	16 202	12 715
dav. männlich	"	5 512	5 810	6 029	6 927	8 841	6 517
weiblich	"	2 787	5 662	6 457	6 621	7 361	6 198
3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer							
männlich	"	16 703	45 787
weiblich	"	5 157	18 618
Landwirtschaft und Fischerei							
1. Milcherzeugung							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 437	1 180	1 194 r	1 305	1 291
dar. an Molkereien geliefert	%	86,0	94,0	85,3	86,8 r	89,5	93,0
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	10,6	8,3	8,7 r	9,2	9,5
2. Trinkmilchabsatz durch Molkereien							
Vollmilch	t	10 011	10 501	10 641	10 524	9 958	10 365
dav. lose	"	3 626	1 925	1 440	1 358	1 140	1 588
in Flaschen	"	142	142	—	—	—	—
in verlorenen Packungen mit abweich. Fettgehalt	"	6 482	8 434	7 619	7 494	6 934	8 156
dar.: „Fettarme Trinkmilch“ (Frischmilch = 1,5 %)	"	148	148	533	657	701	170
Ultra-hocherhitzte Milch	"	391	391	154	158	137	—
Entrahmte Milch und Buttermilch	"	382	516	1 049	1 015	1 183	451
3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	13,4	9,4	6,6	5,8
Kälber	"	2,6	1,3	0,9	0,9	1,1	1,1
Schweine	"	47,0	35,1	32,6	27,0	28,2	31,4
Schafe	"	2,7	0,8	0,9	0,5	0,3	0,6
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,4	10,8	9,1	6,0	5,0
Kälber	"	2,5	1,2	0,8	0,9	1,1	1,0
Schweine ³⁾	"	49,6	36,1	32,9	27,6	29,3	32,6
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ⁴⁾	t	6 229	5 355	6 267	5 431	4 599	4 640
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	1 701	2 876	2 429	1 600	1 366
Kälber	"	187	114	72	72	83	87
Schweine	"	4 318	3 511	3 285	2 905	2 892	3 161

¹⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — ²⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ³⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ⁴⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1973	November 1973	Dezember 1973	Dezember 1972
		1965	1972				
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie ¹⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 413	1 355	1 349	1 349	1 401
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	198	193	193	192	195
• dar. Arbeiter ²⁾	-	152	123	118	118	117	120
• Geleistete Arbeiterstunden ³⁾	1 000	24 859	18 971	19 833	19 525	16 557	17 897
• Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	184	206	240	203	190
• Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	75	153	164	217	187	173
• Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁴⁾	14	4	3	3	5	4
• Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 711	2 646	3 218	3 308	2 958
• Erdgasverbrauch (Ho = 4 300 kcal/cbm) ⁴⁾	1 000 cbm	-	48 231	71 659	74 243	82 488	60 696
• Heizölverbrauch	1 000 t	69	81	61	64	68	71
• Stromverbrauch	Mio kWh	112	172	207	199	190	182
• Stromerzeugung (gesamte Industrielle Erzeugung)	Mio kWh	16	13	14	14	13	15
• Umsatz ⁵⁾	Mio DM	1 304	1 713	2 092	2 115	2 328	1 932
• dar. Auslandsumsatz ⁶⁾	-	155	247	329	314	529	321
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	123,9	129,8	137,7 r	129,1 p	137,2
• Verarbeitende Industrie	-	109,0	121,9	127,6	136,5 r	131,7 p	135,0
• Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	-	108,9	135,6	148,3	154,7 r	130,1 p	148,3
• Investitionsgüterindustrie	-	110,0	128,7	126,5	147,8 r	161,6 p	160,1
• Verbrauchsgüterindustrie	-	111,3	107,0	108,7	105,7 r	114,2 p	121,2
• Nahrungs- und Genussmittelindustrie	-	107,3	106,2	110,2	115,0 r	102,0 p	100,6
• Bauindustrie	-	103,7	131,9	135,3	124,8 r	86,8 p	132,2
Umsatz ⁷⁾ nach Industriegruppen insgesamt							
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	1 304	1 713	2 092	2 115	2 328	1 932
• Chemische Industrie	-	215	280	403	411	363	305
• Elektroindustrie	-	101	155	184	162	147	139
• Maschinenbau	-	143	223	284	282	247	278
• Maschinenaufbau	-	83	136	160	159	210	197
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	14	13	13	13
• Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	608	675	692	743	743
• Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	58	54	64	76	72
Vj.-Durchschnitt ⁸⁾				3. Vj. 1972	4. Vj. 1972	1. Vj. 1973	1. Vj. 1972
3. Handwerk (Meßziffern) ⁹⁾							
• Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	82,5	82,6	82,0	...	82,6
• Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	185,7	181,0	232,3	...	154,6
• dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	183,9	180,4	239,0	...	144,9
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe ¹⁰⁾							
Monatsdurchschnitt							
		1965	1972	Oktober 1973	November 1973	Dezember 1973	Dezember 1972
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	44 189	42 955	41 670	...	45 249
• dar. Inhaber	-	1 365	1 256	1 201	1 246	...	1 261
• Angestellte	-	4 684	5 898	6 181	6 232	...	6 159
• Arbeiter ¹¹⁾	-	43 102	37 035	35 573	34 192	...	37 829
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	6 109	6 471	5 432	...	5 322
• dav. für Wohnungsbauten	-	2 216	2 030	2 007	1 608	...	1 640
• gewerbl. und Industr. Bauten	-	1 673	2 064	2 205	1 927	...	1 965
• öffentliche und Verkehrsbauten	-	2 939	2 015	2 259	1 897	...	1 717
• Löhne (Bruttosumme) ¹²⁾	Mio DM	46,3	78,9	92,1	80,5	...	78,4
• Gehälter (Bruttosumme) ¹³⁾	-	5,9	14,3	14,6	19,6	...	18,4
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	-	126,2	220,3	233,6	260,6	...	440,9
• dav. im Wohnungsbau	-	42,2	73,1	70,4	76,1	...	130,7
• gewerbl. und Industr. Bau	-	31,0	73,8	84,6	79,4	...	171,4
• öffentlichen und Verkehrsbau	-	53,0	73,4	78,6	105,1	...	138,8
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	175	135	142	89	237
• dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	-	-	94	71	63	24	113
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	440	291	406	622	656
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	84,5	57,3	82,5	135,5	119,4
• Wohnfläche	1 000 qm	95	93	58	87	126	140
Nichtwohnbauten							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	65	64	60	56	73
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	604	676	402	287	457
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	105,6	90,7	42,4	47,6	104,8
• Nutzfläche	1 000 qm	73	107	86	73	53	79
• Wohnungen	-	-	-	-	-	-	-
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 253	749	1 223	1 807	1 799

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie - ²⁾ einschließlich gewerblicher Lehrlinge. - ³⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. - ⁴⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. - ⁵⁾ bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm. - ⁶⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. - ⁷⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. - ⁸⁾ ohne handwerkliche Nebenbetriebe - ⁹⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. - ¹⁰⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. - ¹¹⁾ ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1973	November 1973	Dezember 1973	Dezember 1972
		1965	1972				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	158	198	180	153	227
Umbauter Raum	1 000 cbm	388	423	517	473	588	672
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	80,0	91,5	96,3	118,5	127,0
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	62	80	86	93	117
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	636	790	515	559	702
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	100,1	103,6	54,0	85,8	132,4
Wohnungen	Anzahl	1 140	1 237	1 397	1 370	1 647	2 042
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)							
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	176	176	168	755	789
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser		197	92	81	64	392	369
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	425	446	555	1 947	2 140
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	67,7	89,3	106,6	355,1	346,3
Wohnfläche	1 000 qm	96	89	98	124	412	456
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	88	66	68	81	335	295
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	435	461	628	3 699	2 129
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	53,3	75,5	46,6	440,4	271,9
Nutzfläche	1 000 qm	69	80	95	102	552	370
Wohnungen	Anzahl	1 438	1 238	1 385	1 766	5 405	6 465
Wohnungen insges. ¹⁾ (alle Baumaßnahmen)		988	655	504	1 216	2 404	3 437
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert							
5. Bauüberhang							
(am Ende des Berichtszeitraumes ²⁾)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 686	15 651	17 700	17 300	13 500	15 300
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen		7 136	2 922	4 500	4 400	4 500	4 000
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ³⁾							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	187	188	188	188	187
Wohnungen		636	724	731	732	738	724
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)		2 322	2 705	2 730	2 735	2 755	2 705
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1962 = 100	119	202	250	262	265	264
dar. Warenhäuser		130	292	324	372	467	453
Facheinzelhandel		120	165	178	191	223	227
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels ⁴⁾							
Groß- und Außenhandel	1970 = 100
dav. Unternehmen des Außenhandels	
Unternehmen des Binnengroßhandels	
3. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg ⁵⁾							
	Mio DM	212	329	488	445	.	405
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft		17	33	109	77	.	38
Gewerblichen Wirtschaft		195	296	379	368	.	367
dav. Rohstoffe		2	2	3	3	.	2
Halbwaren		60	68	111	109	.	100
Fertigwaren		143	236	265	256	.	265
dav. Vorerzeugnisse		9	21	38	42	.	24
Enderzeugnisse		134	215	227	214	.	241
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-							
ländern							
Europa		152	237	359	316	.	305
dar. EWG-Länder		65	88	218	183	.	193
EFTA-Länder		87	99	74	70	.	66

¹⁾ ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. - ²⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. - ³⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. - ⁴⁾ Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. - ⁵⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. - ⁶⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1973	November 1973	Dezember 1973	Dezember 1972
		1965	1972				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
4. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
• Gastgewerbe	1962 = 100	111
dav. Beherbergungsgewerbe	.	125
dav. Gaststättengewerbe	.	108
5. Fremdenverkehr ¹⁾							
• Fremdenmeldungen	1 000	120	118	126	102 970	...	84 463
dar. von Auslandsgästen	.	42	40	41	29 809	...	25 964
• Fremdenübernachtungen	.	232	223	257	202 809	...	162 495
dar. von Auslandsgästen	.	90	75	83	59 032	...	51 126
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 558	1 592	1 497	r	1 480
Angekommene Schiffe	.	1 739	1 611	1 712	1 532	r	1 520
Abgegangene Schiffe
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 855	4 505	p	p	4 449
dav. Empfang	.	2 229	2 966	3 253	p	p	3 369
dav. Massengut	.	1 634	2 342	2 614	p	p	2 786
dar. Mineralöle	.	988	1 392	1 446	p	p	1 603
Sack- und Stückgut	.	595	624	639	p	p	583
Versand	.	713	889	1 252	p	p	1 130
dav. Massengut	.	292	398	641	p	p	507
Sack- und Stückgut	.	421	491	611	p	p	623
2. Binnenschifffahrt							
• Gütereingang	1 000 t	340	381	386	414	r	291
• Güterversand	.	309	424	346	434	r	401
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) ²⁾							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	3 025	2 235	2 130	p	1 980
Gestartete Flugzeuge	.	2 047	3 027	2 233	2 129	p	1 980
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	142,9	136,7	111,4	p	96,3
Abgereiste Fluggäste	.	71,0	142,9	128,8	110,8	p	107,6
Angekommene Fracht	t	578	1 278	1 087	1 137	p	1 052
Abgegangene Fracht	.	587	1 059	959	949	p	949
Angekommene Post	.	185	346	357	366	p	379
Abgegangene Post	.	229	369	426	418	p	405
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ³⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 467	12 260	11 830	.	11 823
Hoch- u. Untergrundbahn	.	13 705	15 714	16 719	16 444	.	16 319
Straßenbahn	.	9 436	3 946	3 571	3 474	.	4 335
Kraftomnibusse der HHA	.	9 695	13 963	16 862	17 129	.	14 884
Kraftomnibusse der VHH	.	1 873	2 568	2 946	2 927	.	2 624
Private Kraftomnibusse	.	301	278	332	241	.	202
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ⁴⁾ ⁵⁾ (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	480,7	493,6	491,7	.	480,7
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾ ⁶⁾ ⁷⁾	.	310,8	432,6	442,7	441,1	.	432,6
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 944	5 033	4 004	.	4 190
dar. Personenkraftwagen ⁴⁾	.	4 632	5 409	4 546	3 637	.	3 697
Lastkraftwagen	.	362	414	390	284	.	396
6. Straßenverkehrsunfälle							
• Unfälle mit Personenschaden ⁴⁾	Anzahl	859	1 064	1 044	1 106	.	736
• Getötete Personen	.	26	29	19	31	.	26
• Verletzte Personen	.	1 108	1 428	1 358	1 518	.	943

¹⁾ ohne Helme, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — ²⁾ ohne Transit. — ³⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ⁴⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁵⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ Bereinigtes Ergebnis ab August 1972.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1973	November 1973	Dezember 1973	Dezember 1972
		1965	1972				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
Kredite an Nichtbanken	Mio DM		31 994,3	38 766,7	39 030,3	39 734,4	34 824,1
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"		10 084,9	10 217,3	10 336,8	10 684,9	11 214,9
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		9 935,1	10 143,2	10 236,7	10 564,3	11 043,7
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ²⁾	"		4 905,0	5 930,8	5 920,9	5 971,5	5 513,6
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		4 510,4	5 453,2	5 446,4	5 496,4	5 067,9
Langfristige Kredite ²⁾ (von 4 Jahren und darüber)	"		17 004,4	22 618,6	22 772,6	23 078,0	18 095,6
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		15 130,5	20 595,5	20 727,5	21 000,1	16 195,1
dar. Durchlaufende Kredite	"		666,4	705,1	675,8	746,3	675,5
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"		21 033,4	28 522,6	28 698,0	29 308,8	23 258,7
dav. Sicht- und Termingelder	"		11 939,4	19 129,2	19 215,9	19 260,9	13 575,1
dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"		10 492,8	14 138,1	14 109,3	14 066,2	12 064,2
Spareinlagen	"	4 069,9	9 094,0	9 393,4	9 482,1	10 047,9	9 683,6
dar. bei Sparkassen	"	2 792,9	5 970,0	6 185,6	6 190,2	6 564,8	6 345,0
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	244,3	538,9	528,5	560,3	586,3	545,7
Lastschriften auf Sparkonten	"	203,9	492,3	517,0	474,9	548,7	570,3
Zinsgutschriften	"	12,9	38,5	4,5	3,3	528,9	415,6
2. Konkurse und Vergleichsverfahren	Anzahl	17	19	28	24	18	13
3. Wechselproteste	Anzahl	1 044	686	722	641	511	699
Betrag	1 000 DM	1 314	2 159	3 608	3 417	3 860	2 978
4. Mehn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ³⁾	Anzahl	20 563	24 087	30 184	27 871	27 276	26 226
Anträge auf Erlass eines Zahlungsbefehls Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 058	3 191	3 792	3 394	2 685	2 964
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	1 196	1 435	1 785	1 348	1 294	1 120
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	353	484	503	533	381	405
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg ⁴⁾	Anzahl	162	154	158	159	159	155
Aktiengesellschaften	Mio DM	3 975	5 552	5 949	5 967	6 198	5 789
Grundkapital	Anzahl	3 877	5 651	6 219	6 256	6 314	5 866
Gesellschaften m.b.H. Stammkapital	Mio DM	2 962	5 092	5 555	5 579	5 623	5 079
Steuern							
1.* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM		695 916	685 906	705 526	1 343 965	1 102 140
dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	403 928	355 530	367 867	951 157	739 388
dav. Lohnsteuer	"	89 007	253 391	293 268	316 273	476 688	385 560
Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	86 357	39 543	24 158	252 769	230 313
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	21 053	20 060	3 626	2 348	7 918
Körperschaftsteuer	"	36 706	43 128	2 658	23 810	219 352	115 598
Steuern vom Umsatz	"		291 987	330 376	337 658	392 809	362 751
dav. Umsatzsteuer	"	82 627	174 696	202 904	199 658	268 242	230 526
Einfuhrumsatzsteuer	"		117 291	127 472	138 000	124 567	132 225
2.* Bundessteuern	1 000 DM	523 065	720 653	871 751	963 108	1 517 629	962 123
dar. Zölle	"	45 076	57 880	56 779	61 780	55 958	63 103
Verbrauchssteuern	"	358 150	639 003	794 472	881 676	1 422 012	863 576
dar. Mineralölsteuer	"	261 342	538 007	687 397	740 751	1 236 146	706 419
3.* Landessteuern	1 000 DM	35 517	42 442	28 563	73 255	28 307	33 204
dar. Vermögensteuer	"	11 355	16 502	2 987	43 691	4 660	5 121
Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	12 130	12 419	12 778	13 128	16 383
Biersteuer	"	2 430	3 327	2 941	3 120	3 013	3 651
4.* Gemeindesteuern	1 000 DM	46 355	80 717	58 575	234 498	22 276	18 123
dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 784	58 771	18 989	204 026	26 153	16 306
Grundsteuer A	"	73	91	11	262	48	53
Grundsteuer B	"	5 134	9 106	1 226	26 574	4 761	919
5.* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	601 215	1 100 877	1 242 512	1 383 335	2 238 479	1 558 678
6.* Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1 000 DM	157 752	242 489	193 268	162 893	572 313	477 073
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ⁵⁾	"	122 235	153 387	154 468	41 255	415 126	325 327
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"		35 415	10 236	9 856	90 352	84 359
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"		11 245	—	38 527	38 527	34 184
Außerdem:	"						
Einnahmen aus Gemeindesteuern ⁷⁾	"	46 355	58 227	58 575	157 443	— 54 779	— 50 244
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer ⁸⁾	"		40 966	46 594	14 319	102 124	86 222
Einnahmen des Landes insgesamt	"		341 681	298 437	334 655	619 658	513 051

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ³⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — ⁴⁾ ohne RM-Gesellschaften. — ⁵⁾ nach Zerlegung. — ⁶⁾ Nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. — ⁷⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1973	August 1973	November 1973	November 1972
		1965	1972				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	182,9	200,0	202,0	203,6	187,3
Einfamiliengebäude	"	113,3	183,2	200,8	203,3	204,9	187,7
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	182,7	199,2	200,8	202,3	186,9
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	182,3	198,6	200,5	202,1	186,4
Bürogebäude	"	112,2	180,1	195,8	196,3	197,6	184,0
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	180,7	193,2	194,9	195,0	183,8
Löhne und Gehälter¹⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste							
männliche Arbeiter	DM	232	394	412	427	441	397
weibliche Arbeiter	"	140	245	257	265	278	247
Bruttostundenverdienste							
männliche Arbeiter	"	5,10	8,90	9,41	9,63	10,02	9,01
weibliche Arbeiter	"	3,32	5,97	6,20	6,39	6,73	6,04
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	Std.	45,5	44,2	43,8	44,4	44,0	44,1
weibliche Arbeiter	"	42,2	41,0	41,5	41,5	41,2	40,9
Geleistete Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	"	41,4	39,0				35,8
weibliche Arbeiter	"	37,2	36,0				32,0
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	DM	1 098	1 905	2 077	2 109	2 171	1 919
weiblich	"	747	1 381	1 488	1 515	1 570	1 394
Technische Angestellte							
männlich	"	1 182	2 033	2 158	2 232	2 306	2 054
weiblich	"	748	1 374	1 456	1 490	1 542	1 389
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 043	1 775	1 883	1 951	1 993	1 787
weiblich	"	668	1 254	1 288	1 339	1 376	1 264
In Industrie und Handel *) zusammen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 058	1 808	1 932	1 989	2 036	1 820
weiblich	"	688	1 288	1 329	1 375	1 416	1 297
Technische Angestellte							
männlich	"	1 178	2 024	2 106	2 175	2 252	2 044
weiblich	"	838	1 504	1 614	1 683	1 699	1 515
Öffentliche Ordnung und Sicherheit							
1. Feuerlösch- und Rettungsdienst							
Feueralarme	Anzahl	288	491	430	412	...	719
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	107	109	106	...	135
bekämpfte Brände	"	221	384	321	306	...	584
dav. Großbrände	"	9	16	13	9	...	16
Mittelbrände	"	28	48	20
Kleinbrände	"	98	178	136	38	...	53
Entstehungsbrände	"	80	135	142	125	...	281
Schornsteinbrände	"	6	9	10	12	...	15
Hilfeleistungen aller Art	"	951	818	818	1 095	...	842
Rettungswageneinsätze *)	"	12 039	12 817	12 817	13 148	...	12 720
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 156	1 741	1 770	1 928	...	1 836
Betriebsunfälle	"	544	436	498	481	...	450
Krankenbeförderungen	"	2 882	3 015	3 015	2 945	...	2 711
Gesamtzahl der Alarmierungen	"	13 481	14 065	14 065	14 655	...	14 281
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"	150	89	89	99	...	136
2. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 102	11 440	12 980	11 544	9 899	11 037
dar. Mord und Totschlag einschl. Versuche	"	4	7	7	10	7	7
Sittlichkeitsdelikte	"	214	208	243	199	151	196
Körperverletzung *)	"	91	143	168	127	155	148
Raub, räuberische Erpressung	"	41	114	111	103	121	126
Diebstahl ohne erschwerende Umstände	"	3 413	3 774	4 071	3 791	3 162	3 544
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 628	4 282	3 653	2 985	3 530
Diebstähle zusammen	"	5 235	7 402	8 353	7 444	6 147	7 074
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-							
diebstahl	"	180	273	299	43	189	275
Unterschlagung	"	203	143	169	153	123	142
Begünstigung und Hehlerei	"	85	73	55	87	247	89
Betrug und Untreue	"	722	1 260	1 467	1 167	1 045	1 231
Brandstiftung	"	33	38	29	41	40	41
Außerdem:							
Verkehrsvergehen *)	"	778	1 471	1 499	1 546	1 407	1 359
Verkehrsordnungswidrigkeiten *) *)	"	8 929	26 571	11 315	10 220	7 278	28 444
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	423	454	699	548	649	481
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld *)	"	31 317	30 393	30 834	30 193	24 602	31 222

¹⁾ Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — *) Handel, Kreditinstitute und Versicherungsge-
werbe. — *) ohne §§ 223 und 230. — *) vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — *) vor dem 1. 1. 1969 Überbreitungsanzeigen. — *) vor dem 1. 1. 1969 gebüh-
rendpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschl. Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die bisher unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt
wurden. — *) ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — *) einschl. Einsätze der freien Hilfsorganisationen, die im
Auftrag der Feuerwehr gefahren wurden.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1973

Großstädte	Bevölkerung						Erwerbstätigkeit			Industrie ¹⁾				
	Wohnbevölkerung ¹⁾	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zuzugene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose ¹⁾	Offene Stellen ¹⁾	Beschäftigte	Beschäftigte je 1000 Einwohner	Umsatz ²⁾	Umsatz je 1000 Einwohner	
	1000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1000 DM	
Berlin	2. Vj.	2 053	4 474	9 037	- 4 563	20 985	20 268	- 3 846	8 091	20 438	237 631	116	5 587	2 721
	1. Vj.	2 057 ¹⁾	4 340	10 596	- 6 256	19 793	19 573 ¹⁾	- 6 036	11 543	16 909	237 436	115	5 491	2 669
Hamburg	2. Vj.	1 757	3 435	6 491	- 3 056	17 303	19 321	- 5 074	4 437	22 210	193 684	110	5 698	3 243
	1. Vj.	1 762	3 389	6 115	- 2 726	19 457	20 527	- 3 796	5 767	17 594	196 271	111	5 272	2 992
München	2. Vj.	1 335	2 469 p	3 139	- 670	24 430	29 475	- 5 715	3 634	22 064	192 300	144 p	4 952	3 709 p
	1. Vj.	1 341	2 517	3 424	- 907	26 624	24 017	+ 1 700	4 206 ¹⁾	18 543 ¹⁾	192 468	144	4 962	3 700
Köln	2. Vj.	834	2 046	2 327	- 281	12 240	14 490	- 2 531	3 241	9 896	133 770	160	3 329	3 991
	1. Vj.	836	1 956	2 731	- 775	12 569	13 979	- 2 185	3 867	8 765	135 110	162	3 180	3 804
Essen	2. Vj.	681	1 485	2 219	- 734	5 316	7 031	- 2 449	4 053	5 757	61 713	91	1 122	1 648
	1. Vj.	683	1 436	2 482	- 1 046	5 458	5 855	- 1 443	4 307	6 076	61 399	90	1 066	1 561
Düsseldorf	2. Vj.	641	1 267	1 918	- 651	8 976	9 990	- 1 665	2 205	8 482	114 489 p	179 p	2 489p	3 883 p
	1. Vj.	642	1 247	2 208	- 961	9 728	10 364	- 1 597	2 316	7 532	114 962	179	2 670	4 159
Frankfurt/M.	2. Vj.	675	1 427	1 923	- 496	13 836	15 660	- 2 320	2 477	19 992	125 995	187	2 862	4 240
	1. Vj.	677	1 306	2 075	- 769	14 587	15 350	- 1 532	3 015	18 417	128 342	190	2 826r	4 174
Dortmund	2. Vj.	638	1 505	2 058	- 553	4 630	5 205	- 1 128	3 549	6 792	77 020	121	1 389	2 177
	1. Vj.	639	1 362	2 235	- 873	4 985	5 651	- 1 539	4 213	6 068	76 753	120	1 243	1 945
Stuttgart	2. Vj.	627	1 416	1 515	- 99	14 936	15 204	- 367	732	16 183	147 536	235	4 429	7 064
	1. Vj.	628	1 353	1 661	- 308	15 128	13 974	+ 846	828	14 457	148 761	237	4 299	6 846
Bremen	2. Vj.	587	1 339	1 900	- 561	6 626	7 674	- 1 609	2 865	7 844	85 611	146	2 647	4 509
	1. Vj.	589	1 317	1 984	- 667	6 855	7 447	- 1 259	3 431	7 345	85 159	145	2 494	4 234
Hannover	2. Vj.	513	1 137	1 660	- 523	8 646	9 915	- 1 792	3 385	11 518	106 955	208	2 463	4 801
	1. Vj.	518	1 051	1 848	- 797	10 537	10 336 r	- 596	3 636	10 649	107 975	208	2 419	4 670

Großstädte	Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ⁴⁾			Straßenverkehrsunfälle		Steuern		
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ²⁾	Umsatz je 1000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ³⁾	Lohn- und Einkommensteuer	
	1000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1000 cbm	1000	Anzahl	1000	Anzahl	Anzahl	1000 DM	1000 DM	
Berlin	2. Vj.	15 769	439	214	583	4 179	443	4 327	339	301	147	827	3 793	4 829	142 288	38 713
	1. Vj.	13 771	459	223	484	4 299	210	1 037	223	202	98	539	3 231	4 094	144 964	50 324
Hamburg	2. Vj.	18 571	665	378	591	3 177	289	2 156	1 321	405	231	760	3 237	4 350	154 030	130 727
	1. Vj.	17 368	490	276	369	2 757	279	1 499	1 031	276	157	542	2 819	3 778	242 769	135 206
München	2. Vj.	21 790	628	470 p	339	3 096	370	4 262	1 179	533	399	1 118 p	2 095	2 991	129 783	93 157
	1. Vj.	13 895	547	408	371	4 491	369	4 144	636	435	325	923	1 761	2 485	130 589	90 228
Köln	2. Vj.	8 453	259	311	196	2 007	93	935	148	190	228	348	1 344	1 885	84 728	54 686
	1. Vj.	7 449	230	275	127	1 495	71	948	150	165	197	357	1 244	1 675	67 732	62 987
Essen	2. Vj.	.	.	.	136	650	114	1 000	149	37	54	76	841	1 127	54 219	32 674
	1. Vj.	.	.	.	126	1 242	96	685	158	41	60	91	794	1 004	74 316	8 425
Düsseldorf	2. Vj.	8 231 p	297 p	463 p	92	970	99	792	237	159	248	324	944	1 257	70 575	49 956
	1. Vj.	7 319	345	537	175	1 815	55	402	192	160	249	315	886	1 128	129 164	11 359
Frankfurt/M.	2. Vj.	12 076	410	607	126	877	23	191	66	327	484	615	1 337	1 792	173 785	54 787
	1. Vj.	9 543	324	479	176	1 186	35	391	63	293	433	555	1 091	1 418	185 487	13 465
Dortmund	2. Vj.	6 002	179	281	204	1 192	121	938	552	40	63	81	926	1 262	37 096	23 779
	1. Vj.	5 418	165	258	222	905	105	613	156	38	59	76	785	1 049	42 085	6 998
Stuttgart	2. Vj.	12 618	351	560	158	1 530	142	661	440	129	206	302	870 p	1 267 p	63 084	54 296
	1. Vj.	8 765	362	576	173	1 128	107	851	140	115	183	269	811	1 182	111 779	8 909
Bremen	2. Vj.	.	.	.	207	1 298	165	807	279	88	150	168	1 016	1 255	57 839	34 775
	1. Vj.	.	.	.	246	998	112	331	84	68	115	140	919	1 390	56 202	31 340
Hannover	2. Vj.	6 434	220	429	75	709	56	823	252	104	203	192	929	1 200	56 218	34 562
	1. Vj.	5 193	177	342	129	1 290	61	398	92	106	205	196	780	1 008	66 377	6 562

¹⁾ Jeweils Quartalsende. — ²⁾ Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. — ³⁾ ohne Mehrwertsteuer. — ⁴⁾ ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. — ⁵⁾ einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. — ⁶⁾ In den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. — ⁷⁾ einschließlich Landkreis München

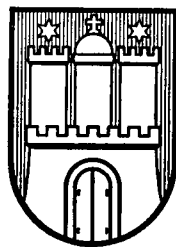
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1973	Oktober 1973	November 1973	November 1972
		1965	1972				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	61 668,9	62 088
Eheschließungen	auf 1 000	8,9	6,7	5,1
Lebendgeborene	Elnw. und	17,7	11,3	10,5
Gestorbene	1 Jahr	11,5	11,8	11,7
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 340	8 357
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	934	980
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	49 668	54 281
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	9 950	11 027
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsfähig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	166,4	185,5	184,9	195,5	185,7
Verarbeitende Industrie	"	119,1	169,0	190,1	188,5	199,3	188,5
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	191,3	220,4	221,3	226,7	207,1
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	181,9	185,5	180,5	196,2	182,6
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	163,1	175,8	169,7	179,3	183,8
Nahrungs- und Genußmittelind.	"	115,2	147,5	155,3	164,5	175,2	169,7
Bauindustrie	"	118,9	152,2	172,2	163,7	160,9	168,3
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 642,8	1 533,0	43 394	42 955	41 670	44 667
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	"	233,3	252,3	5,9	6,5	5,4	6,4
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.						
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698	6 170,1	245,1	233,6	260,6	262,2
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	64 053	50 651	48 546	43 045	64 133
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	55 053	49 994	58 312	69 130	51 784
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	202	201	250	...	228
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	...	111,6	101	101	...	100
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	10 918	12 226	.	.	11 021
dav. Emplang	"	6 950	8 787	9 660	.	.	8 828
Versand	"	1 885	2 131	2 566	.	.	2 193
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	197 718	153 132	174 676	134 793	171 112
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	26 364	31 550	31 375 p	31 904 p	28 187 p	32 148
Getötete Personen	"	1 313	1 566	1 391 p	1 439 p	1 323 p	1 697
Verletzte Personen	"	36 124	44 020	43 010 p	43 358 p	37 783 p	43 505
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	4 148	5 167	5 408	5 798 p	4 399
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 928	5 519	826	505 p	441
Körperschaftsteuer	"	681	708	2 349	219	258 p	128
Steuern vom Umsatz ¹⁰⁾	"	2 018	3 915	3 782	3 905	4 364 p	4 317
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ⁷⁾	1962=100	104,0	116,1	125,2	126,0	127,3	117,8
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	"	106,3	108,6	124,0	127,4	136,7	110,1
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	"	104,8	124,5	134,9	135,8	138,0	125,9
Preisindex für Wohngebäude ⁸⁾	"	114,6	174,3	.	.	189,8	177,1
Preisindex für die Lebenshaltung ⁹⁾	1970=100	109,0	137,9	148,7	119,8	121,1	113,2
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	130,2	139,8	118,2	119,5	112,7
Wohnungsmieten	"	118,5	187,9	200,5	121,1	121,8	114,9
LOHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	7,89	8,02	8,37	8,61	7,77
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	43,6	43,9	43,2	43,7	43,8

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industriberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — ⁹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschließlich Investitionsteuer.

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1974

März-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Rückläufige Entwicklung des Fremdenverkehrs durch IGA 73 aufgefangen

Die seit 1971 rückläufige Entwicklung des Fremdenverkehrs in Hamburgs Beherbergungsbetrieben hat sich – insgesamt gesehen – im Jahre 1973 nicht fortgesetzt. Mit 1,4 Mio Gästen und 2,7 Mio Übernachtungen wurden die entsprechenden Zahlen von 1972 um jeweils 1% überschritten. Allerdings verlief die Entwicklung im Sommerhalbjahr und in den übrigen Monaten des Jahres 1973 unterschiedlich. So wurden für die Hauptsaison von April bis September 6% mehr Gäste und 5% mehr Übernachtungen gemeldet als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Daß die Internationale Gartenbauausstellung (IGA) hier Impulse gegeben hat, lassen die Zuwachsraten für den Inländer-Reiseverkehr vermuten, der 7% mehr Gäste und Übernachtungen erbrachte; bei den Ausländern waren dagegen nur 4% mehr Gäste und 2% mehr Übernachtungen zu verzeichnen. Der Fremdenverkehr für die übrigen Monate (I. und IV. Quartal) des Jahres 1973 blieb mit 5% weniger Gästen und 4% weniger Übernachtungen deutlich unter den Vorjahreswerten.

33 900 Studenten an den Hamburger Hochschulen

An den sieben Hamburger Hochschulen waren im Wintersemester 1973/74 nach vorläufigen Auszählungen insgesamt 33 900 Studenten immatrikuliert (ohne Beurlaubte). Annähernd 2 000 oder knapp 6% hatten ausländische Staatsangehörigkeiten. Fast 10% aller Studenten waren Studienanfänger im ersten Hochschulsemester. Im Vergleich zum Wintersemester 1972/73 hat sich die Zahl der Studenten in Hamburg um rund 2% erhöht.

Höchster Schuldenstand seit der Währungsreform

Mit 5,1 Milliarden DM erreichte die öffentliche Gesamtverschuldung der Freien und Hansestadt Hamburg Ende 1973 ihren absolut höchsten Stand seit der Währungsreform. Knapp drei Viertel der Verbindlichkeiten stammen aus Schuld aufnehmen am Kreditmarkt, z. B. bei Banken und Sparkassen. Der übrige Teil umfaßt die Schulden beim Bund

(einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen) sowie die durch die Währungsumstellung von 1948 entstandenen Schulden aus Ausgleichsforderungen.

Die durchschnittliche Gesamtschuldenbelastung pro Kopf der Bevölkerung betrug Ende 1973 rund 2 940 DM, fast 300 DM mehr als ein Jahr zuvor.

Durchschnittliche Bruttogehälter über 2000 DM

In Hamburgs Industrie und Handel stiegen die monatlichen Bruttogehälter der männlichen Angestellten 1973 im Durchschnitt aller Leistungsgruppen auf 2 079 DM und lagen damit um 10,8% höher als im vorangegangenen Jahr. Die Bruttogehälter der weiblichen Angestellten erhöhten sich um 12,2% auf durchschnittlich 1 418 DM.

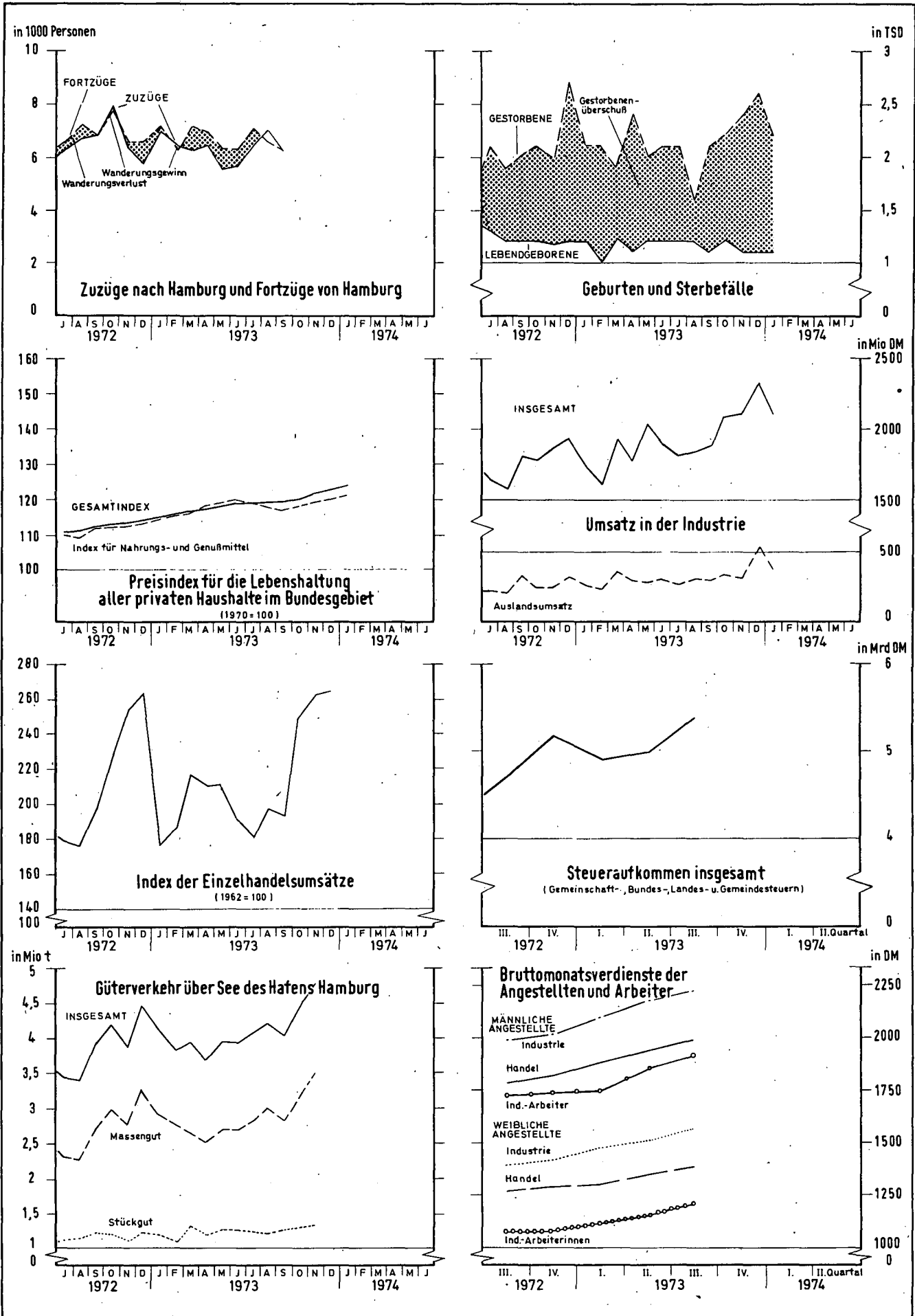
Für die Industriearbeiter errechnete sich 1973 eine durchschnittliche Steigerung der Bruttostundenlöhne um 10,8% auf 9,89 DM. Der Stundenlohn der Industriearbeiterinnen erreichte 6,59 DM (10,6% mehr als 1972). Bei durchschnittlich 44 bezahlten Wochenarbeitsstunden ergab sich für männliche Arbeiter ein Bruttowochenverdienst von 436 DM, die Arbeiterinnen kamen bei einer Wochenarbeitszeit von 41,4 Stunden auf durchschnittlich 273 DM.

Erhebliche Zunahme des Dänemark-Transits

1973 belief sich die Durchfuhr Dänemarks über den Hamburger Hafen auf 625 000 t. Der Seeuumschlag betrug dabei 275 000 t; 350 000 t Durchfuhr Güter wurden zwischen Hamburg und Dänemark auf dem Landwege befördert. Insgesamt stieg der Hafenumschlag für dänische Rechnung gegenüber dem Vorjahr um rund ein Fünftel.

Etwa 60% des Dänemark-Transits entfielen auf dänische Importe, großenteils Ölkuchen, Obst und Südfrüchte sowie Holz, Getreide, Eisenbleche, Steinzeug- und Porzellanerzeugnisse. Gut 40% der Durchfuhr waren dänische Exportgüter, in erster Linie Fleisch, Milcherzeugnisse, Malz, Bier, Chemikalien und Maschinen.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Die bauliche Nutzung in den Hamburger Ortsteilen

– Ergebnisse der Grundstückserhebung –

Mit der Aufbereitung der Grundstückserhebung 1968 sind die Planungsinstanzen in Hamburg¹⁾ erstmalig in die Lage versetzt worden, Daten zur Flächennutzung der bebauten Gebiete aus der amtlichen Statistik entnehmen zu können. Damit sind sie nicht mehr darauf angewiesen, diejenigen Aufgaben der Stadtentwicklungsplanung mit Hilfe von sozio-ökonomischen Dichtewerten näherungsweise zu lösen, für die umfangreiche Flächennutzungsangaben unerlässlich sind, wie z. B. der Flächennutzungsplan nach dem Bundesbaugesetz²⁾. Im Gegensatz zu den bisher üblichen Gebäude- und Wohnungszählungen erfaßt die Grundstückserhebung 1968 sämtliche Wohngebäude und Nichtwohngebäude, so daß im Rahmen dieses Zählwerkes Nutzungsangaben für alle bebauten Flächen vorliegen. Dadurch wird die Voraussetzung für eine sich über das ganze Stadtgebiet erstreckende „Städtebauliche Bestandsaufnahme“ erfüllt.

Aus diesem Grund stellt auch die „Städtebauliche Bestandsaufnahme“ wegen der außerordentlichen Bedeutung der in diesem Zusammenhang zu gewinnenden Erkenntnisse für die Stadtplanung ein wesentliches Kernstück der bundesweiten Zählung 1975 dar. Im Vergleich zur Grundstückserhebung 1968 können nach dem Konzept der Zählung 1975 die benötigten Daten in einer tieferen sachlichen Gliederung ausgewiesen werden, da es die integrative Aufbereitung der einzelnen Zählungsteile ermöglicht.³⁾

¹⁾ Ursprünglich bestand die Absicht, mit der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 bundesweit eine Grundstückserhebung zu verbinden. Die Finanzlage des Jahres 1967 machte diesen Plan zunichte, woraufhin einige Städte und Länder auf „freiwilliger Basis“ die Grundstückserhebung durchführten. –
²⁾ BGBl, 1960, Teil I, S. 341. – ³⁾ Vgl. „Das Konzept der Zählung 1975“, in: Hamburg in Zahlen, Heft 10/1973, S. 352.

I N H A L T

1. Maß der baulichen Nutzung
 - 1.1. Verteilungsmuster von Grundflächen- und Geschoßflächenzahl
 - 1.2. Typisierung der Ortsteile nach dem Maß der baulichen Nutzung
 - 1.2.1. Verfahren zur Typisierung
 - 1.2.2. Ortsteilsgruppen mit unterschiedlicher Bebauungsdichte
2. Art der baulichen Nutzung
 - 2.1. Ortsteile mit überwiegend gewerblicher Nutzung
 - 2.2. Ortsteile mit überwiegender Wohnnutzung
3. Gewichtung von Art und Maß der baulichen Nutzung
 - 3.1. City- und Cityrandgebiet
 - 3.2. Citynahe Gewerbegebiete sowie Industrie- und Gewerbegebiete
 - 3.3. Landwirtschaftliche Gebiete
 - 3.4. Citynahe Wohngebiete und allgemeine Wohngebiete

Im Zusammenhang mit Fragen der Stadtplanung ist neben den Informationen zur sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung auch die Kenntnis spezieller Flächenangaben von entscheidender Bedeutung. Hierzu sind die beiden Begriffe Grundflächenzahl (GRZ) und Geschoßflächenzahl (GFZ) zu rechnen, die der Erfassung der städtebaulichen Verhältnisse eines Gebietes dienen. So wird z. B. diskutiert, welche GRZ- und GFZ-Werte für das Großbauvorhaben Billwerder-Allermöhe angestrebt werden sollten, um einerseits die zu beobachtende Abwanderung der Bevölkerung von Hamburg ins Umland auffangen zu können und andererseits zu gewährleisten, daß sich das Projekt harmonisch in die städtebaulichen und landschaftlichen Gegebenheiten einfügt. Grundflächenzahl und Geschoßflächenzahl geben das Maß der baulichen Nutzung an, welches zusammen mit der Art der baulichen Nutzung zu sehen ist, durch die einzelne Formen der Wohnnutzung und der gewerblichen Nutzung unterschieden werden. Dadurch ist es möglich, die städtebaulichen Verhältnisse eines Gebietes zu beschreiben und seine bauliche Entwicklung zu charakterisieren.

Sowohl der Art als auch dem Maß der baulichen Nutzung ist im Rahmen der Stadtplanung deshalb eine besondere Rolle beizumessen, weil sie nach dem Bundesbaugesetz⁴⁾ und der Baunutzungsverordnung⁵⁾ in den zur rechtsverbindlichen Festlegung der städtebaulichen Ordnung dienenden Bauleitplänen anzugeben sind. Durch die Baunutzungsverordnung werden insgesamt 10 Baugebiete unterschieden, die jedoch mit den Ortsteilen als regionale Bezugseinheit nicht zu bestimmen sind. Hierzu wären kleinräumige Betrachtungen (z. B. auf der Ebene von Baublöcken) notwendig, die wegen des damit verbundenen Arbeitsaufwandes einer späteren Darstellung vorbehalten bleiben.

Das Ziel dieses Beitrags besteht in der Untersuchung der Frage, welcher Zusammenhang zwischen Art und Maß der baulichen Nutzung in den Hamburger Ortsteilen festzustellen ist. Als Grundlage für die Ermittlung der hierfür notwendigen Angaben dient das Datenmaterial der mit der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 durchgeführten Grundstückserhebung⁶⁾.

1. Maß der baulichen Nutzung

Zur Erfassung der städtebaulichen Verhältnisse eines Gebietes werden für planerische Zwecke folgende speziellen Flächenangaben benötigt:

- bebaute Fläche, d. h. Gesamtläche abzüglich der nicht für eine Bebauung vorgesehenen Flächen, wie z. B. landwirtschaftliche Nutzflächen, Flächen für Straßen, Wasserflächen
- überbaute Fläche, d. h. Summe der Grundfläche der Gebäude
- Geschoßfläche, d. h. Summe der Flächen in allen Geschossen sämtlicher Gebäude.

⁴⁾ a. a. O.

⁵⁾ „Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO –)“ (BGBl. 1968, Teil I, S. 1238).

⁶⁾ Zum Konzept der Grundstückserhebung siehe unter „Methoden und Begriffe der Grundstückserhebung 1968“, in: Hamburg in Zahlen, Heft 6/1969, S. 135.

Da von der Größe eines Gebietes die zahlenmäßigen Werte dieser drei Flächenangaben entscheidend abhängen, sind solche Maßzahlen erforderlich, mit deren Hilfe auch verschieden große Gebiete untereinander verglichen werden können. Dieses ist dann der Fall, wenn die Maßzahlen Quotienten darstellen, bei denen die bebaute Fläche im Nenner steht. In der städtebaulichen Praxis werden die aus den aufgeführten Flächenangaben zu bildenden Quotienten mit Grundflächenzahl und Geschoßflächenzahl bezeichnet, die entsprechend definiert sind als:

$$GRZ = \frac{\text{überbaute Fläche}}{\text{bebaute Fläche}}$$

$$GFZ = \frac{\text{Geschoßfläche}}{\text{bebaute Fläche}}$$

Gilt z. B. für ein Gebiet $GRZ = 0,5$, so gibt diese Grundflächenzahl an, daß die Hälfte der bebauten Fläche durch die vorhandenen Gebäude eingenommen wird, während die andere Hälfte die Freifläche (wie Gärten und unbebaute Grundstücke) darstellt. Ist darüber hinaus für dieses Gebiet eine Geschoßflächenzahl von 1,0 festzustellen, so läßt sich aus dem Verhältnis von $GFZ : GRZ$ eine durchschnittliche Höhe der Gebäude von 2 Geschossen ablesen⁷⁾. Damit ist aus der Grundflächenzahl der Bebauungsgrad und aus der Geschoßflächenzahl der Nutzungsgrad eines Gebietes zu entnehmen.

1.1. Verteilungsmuster von Grundflächen- und Geschoßflächenzahl

Um die GRZ und die GFZ bestimmen zu können, sind der Grundstückserhebung pro Ortsteil folgende Angaben entnommen

- bebaute Fläche als Summe der planimetrierten Baublockfläche
- überbaute Fläche als Summe der Grundfläche der Gebäude
- Geschoßfläche als Summe der Produkte aus Gebäudegrundfläche mal Geschoßzahl

und beide Maßzahlen berechnet worden. Welche GRZ- und GFZ-Werte in den einzelnen Ortsteilen vorkommen, ist dem im Schaubild dargestellten Verteilungsmuster zu entnehmen.

Dem Schaubild ist abzulesen, daß zu einem GRZ-Wert eines Ortsteils nicht beliebige GFZ-Werte auftreten, sondern die Angaben zum Maß der baulichen Nutzung ungefähr auf einer Geraden liegen. Dabei ist durch-

⁷⁾ Das Verhältnis von $GFZ : GRZ$ gibt die durchschnittliche Höhe der Gebäude an, denn:

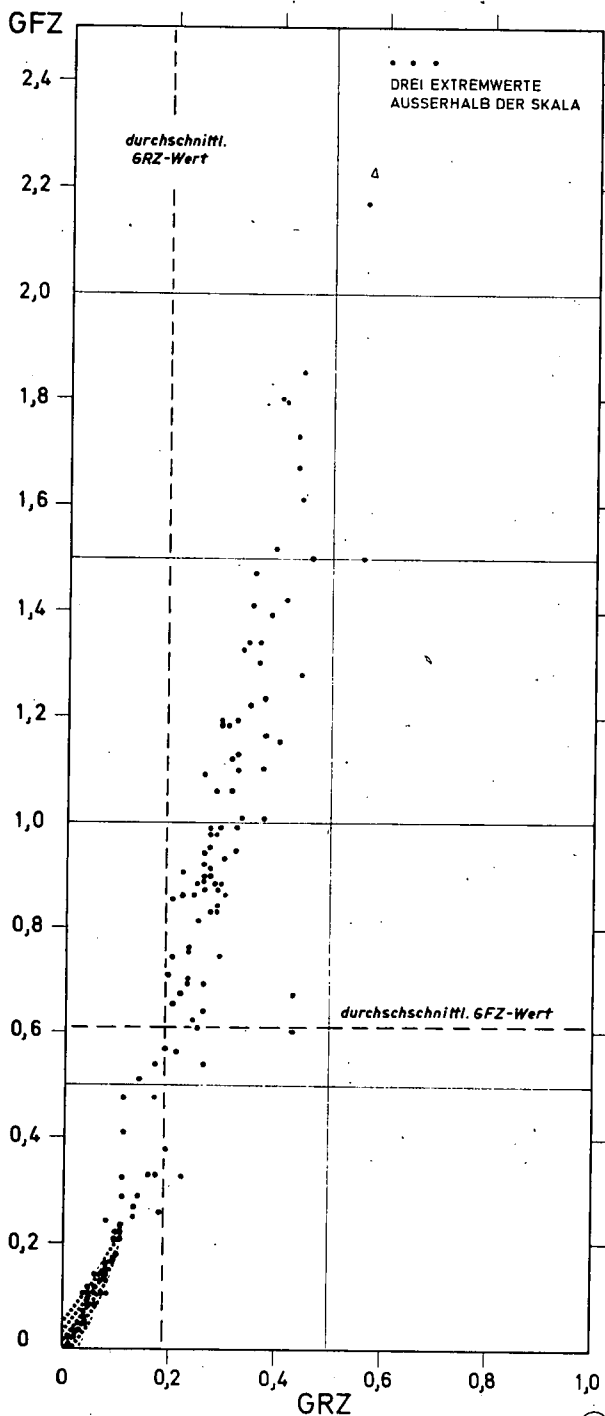
$$\frac{GFZ}{GRZ} = \frac{\text{Geschoßfläche}}{\text{bebaute Fläche}} \cdot \frac{\text{überbaute Fläche}}{\text{bebaute Fläche}}$$

$$= \frac{\text{Geschoßfläche} \cdot \text{überbaute Fläche}}{\text{bebaute Fläche} \cdot \text{überbaute Fläche}}$$

$$= \frac{\text{Geschoßfläche}}{\text{überbaute Fläche}}$$

= durchschnittliche Geschoßhöhe der Gebäude, wenn von Sonderfällen, wie z. B. Bauten mit Staffelgeschoß, abgesehen wird.

Verteilungsmuster von GRZ und GFZ in den Hamburger Ortsteilen



Statistisches Landesamt Hamburg

schnittlich ein größerer GFZ-Wert als der dazugehörige GRZ-Wert festzustellen.

Das größte Maß der baulichen Nutzung weist der in der Innenstadt gelegene Ortsteil 101 (nördliche Hamburg-Altstadt) mit einer Grundflächenzahl von 0,770 und einer Geschoßflächenzahl von 4,484 auf. Damit ergibt sich für ihn das Verhältnis überbaute Fläche: Freifläche = 77% : 23% bei einer durchschnittlichen Höhe der Gebäude von 5,8 Geschossen.

1.2. Typisierung der Ortsteile nach dem Maß der baulichen Nutzung

Zur Typisierung der Ortsteile nach ihrem Maß der baulichen Nutzung sind Schwellenwerte für die GRZ- und GFZ-Angaben zu bestimmen, so daß die Ortsteile einzelnen Gruppen zugeordnet werden können, durch die die unterschiedliche Bebauung zum Ausdruck kommt. Als geeignete Größen zur Bildung von Schwellenwerten bieten sich der Mittelwert und die Standardabweichung an, da die Standardabweichung mißt, wie stark die einzelnen GRZ- und GFZ-Werte um den jeweiligen Mittelwert streuen.

1.2.1. Verfahren zur Typisierung

Aufgrund der Bebauung in den 179 Hamburger Ortsteilen ergeben sich für Mittelwert und Standardabweichung folgende Größen:

Art der Angaben	Grundflächenzahl	Geschoßflächenzahl
Mittelwert	0,187	0,614
Standardabweichung	0,151	0,646

Die Schwellenwerte zur Gruppenbildung werden bei einer Schrittweite in Höhe der Standardabweichung so gewählt, daß ihnen zu entnehmen ist, ob ein Ortsteil hinsichtlich des GRZ-Wertes und des GFZ-Wertes über oder unter dem Durchschnitt liegt. Für die Grundflächenzahl sind danach 4 Schwellenwerte zu berücksichtigen, während für die Geschoßflächenzahl nur 3 bestimmbar sind, da in diesem Fall die Standardabweichung größer als der Mittelwert ist. Insgesamt sind deshalb folgende Gruppen theoretisch möglich, die die unterschiedliche Bebauung in den Ortsteilen zum Ausdruck bringen:

GRZ-Wert	GFZ-Wert		
	unter 0,614	0,614 bis unter 1,260	1,260 und mehr
unter 0,036	1	2	3
0,036 bis unter 0,187	4	5	6
0,187 bis unter 0,338	7	8	9
0,338 und mehr	10	11	12

In diesem Schema geben die fortlaufenden Nummern die einzelnen Gruppen an, die sich durch die im Kopf und am linken Rand angegebenen Werte voneinander abgrenzen. Gilt z. B. in einem Ortsteil GRZ = 0,170 und GFZ = 1,000, so ist er hinsichtlich der Höhe der Grundflächenzahl einer der in der zweiten Zeile des Schemas stehenden Gruppen zuzuordnen (Gruppe 4, 5 und 6). Aufgrund des Wertes für die Geschoßflächenzahl muß dieser Ortsteil einer der in der zweiten Spalte des Schemas angegebenen Gruppen zugerechnet werden (Gruppe 2, 5, 8, 11), so daß bei der gleichzeitigen Berücksichtigung von GRZ und GFZ der Ortsteil nur der Gruppe 5 angehören kann.

Zur Darstellung der Bedeutung der vier Ortsteilstypen wird in Tabelle 2 angegeben, wieviel Prozent von der in Hamburg vorhandenen Geschoßfläche in einer bestimmten Gebäudeart auf die einzelnen Ortsteilstypen entfällt. Abweichend von der für die Typisierung vorgenommenen Einteilung der Nichtwohngebäude in sechs Gebäudearten sind die Anteile für alle acht in Tabelle 2 ausgewiesen.

Tabelle 2

Geschoßflächenkonzentration auf die Ortsteilstypen mit unterschiedlicher Art der baulichen Nutzung

Gebäudeart	Von der in Hamburg vorhandenen Geschoßfläche in ... Gebäudeart ... entfällt auf Ortsteilstyp ...			
	G 1 ¹⁾	G 2 ²⁾	G 3 ³⁾	W ⁴⁾
	in %			
	1	2	3	4
Büro- und Verwaltungsgebäude	45,6	11,4	0,1	42,9
Geschäftshäuser	38,9	11,3	0,1	49,7
Hotels, Gasthöfe, Pensionen	46,5	7,4	0,2	45,9
Schul-, Hochschul-, Institutsgebäude, Museen, Kirchen und dergleichen	9,5	9,5	0,1	80,9
Fabrik-, Werkstatt- und Lagergebäude	4,4	48,8	0,5	46,3
sonstige gewerbliche Betriebsgebäude	12,4	28,6	0,9	58,1
landwirtschaftliche Betriebsgebäude	0,0	5,0	31,7	63,3
Anstaltsgebäude	5,9	4,1	1,4	88,6
Wohngebäude	2,9	4,6	0,4	92,1

¹⁾ G 1 = Ortsteile mit überwiegend gewerblicher Nutzung in Büro- und Verwaltungsgebäuden sowie Geschäftshäusern

²⁾ G 2 = Ortsteile mit überwiegend gewerblicher Nutzung in Fabrik-, Werkstatt- und Lagergebäuden sowie sonstigen gewerblichen Betriebsgebäuden

³⁾ G 3 = Ortsteile mit überwiegend gewerblicher Nutzung in landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden

⁴⁾ W = Ortsteile mit überwiegender Wohnnutzung

Die regionale Verteilung dieser Ortsteilsgruppen ist in Karte 2 dargestellt.

2.1. Ortsteile mit überwiegend gewerblicher Nutzung

Der Ortsteilstyp G 1 umfaßt von den insgesamt 179 Hamburger Ortsteilen nur 12, die mit Ausnahme des Ortsteils 203 (südwestliches Altona – Altstadt) ein geschlossenes Gebiet in der Innenstadt bilden (vgl. Karte 2). Den Prozentwerten der Tabelle 2 kann daher entnommen werden, daß es sich hierbei um das Einkaufs-, Verwaltungs- und Vergnügungszentrum von Hamburg handelt.

Die entsprechenden Anteile für den Ortsteilstyp G 2 rechtfertigen die Bezeichnung der in ihm zusammengefaßten Ortsteile als Industrie- und Gewerbegebiete Hamburgs. Sie umfassen im wesentlichen geschlossen die Gebiete südlich der Innenstadt sowie den Hafen. In den von diesem Gebiet getrennt liegenden Ortsteilen kommt die ehemalige selbständige Gewerbe- und Industrieansiedlungspolitik der bis 1936 zu Preußen gehörenden Städte Altona und Wandsbek zum Ausdruck. Dabei ist die räumliche Trennung der beiden Altonaer Gewerbegebiete (der Ortsteil 201 ist wegen der Elbe mit einzubeziehen) durch ihre unterschiedliche Funktion bestimmt. Während im Ortsteil 201 (südöstliches Altona – Altstadt) die durch das Steilufer der Elbe nur im begrenzten Umfang vorhandene Fläche für

den Ausbau des Fischereihafens benötigt wurde, ist der Ortsteil 214 (östliches Bahrenfeld) als Industriegebiet mit Gleisanschluß zu bezeichnen. In diesem Zusammenhang bildet der im ehemaligen Hamburger Staatsgebiet nördlich der Innenstadt liegende Ortsteil 108 (nördliches St. Pauli) ebenfalls eine Ausnahme. In ihm liegt der Schlachthof, durch den die überwiegend gewerbliche Nutzung der Geschoßflächen bedingt ist. Die Lage des um die Jahrhundertwende in diesem Ortsteil erbauten Schlachthofs wird dadurch erklärt, daß „sich im Süden auf dem Heiligengeistfeld die große Markthalle für Rinder und Hammel, und jenseits der Lagerstraße im Norden, neben dem Bahnhof Sternschanze, die Markthallen für Schweine und Kälber anschließen.“⁸⁾

Die Prozentwerte des Ortsteilstyps G 3 repräsentieren die landwirtschaftlichen Gebiete innerhalb Hamburgs, die im Südosten der Stadt in den Vier- und Marschlanden liegen (vgl. Karte 2).

2.2. Ortsteile mit überwiegender Wohnnutzung

Nach Tabelle 2 betragen die Geschoßflächenanteile des Ortsteilstyp W mindestens 43%. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in der Mehrzahl der Hamburger Ortsteile die Wohnnutzung vorherrscht (sie umfassen von den insgesamt 179 Ortsteilen allein 134), wodurch die hohen Prozentwerte hervorgerufen werden. Für die Interpretation dieser Anteilswerte spielt die Tatsache eine Rolle, daß von der gesamten Geschoßfläche in Hamburg 63,8% auf die in Wohngebäuden entfällt. Deshalb sind die zu diesem Ortsteilstyp gehörenden Ortsteile als Wohngebiete zu bezeichnen, obgleich nach Tabelle 2, Spalte 4, der Geschoßflächenanteil für Anstaltsgebäude mit 88,6% und der für Schul-, Hochschul-, Institutsgebäude, Museen, Kirchen und dergleichen mit 80,9% nicht wesentlich unter dem für Wohngebäude (92,1%) liegt.

Entsprechend dem hohen Prozentsatz für die Geschoßfläche in Wohngebäuden leben nach der Volkszählung 1970 in den durch den Ortsteilstyp W repräsentierten Gebieten insgesamt 89,7% der Hamburger Bevölkerung.

3. Gewichtung von Art und Maß der baulichen Nutzung

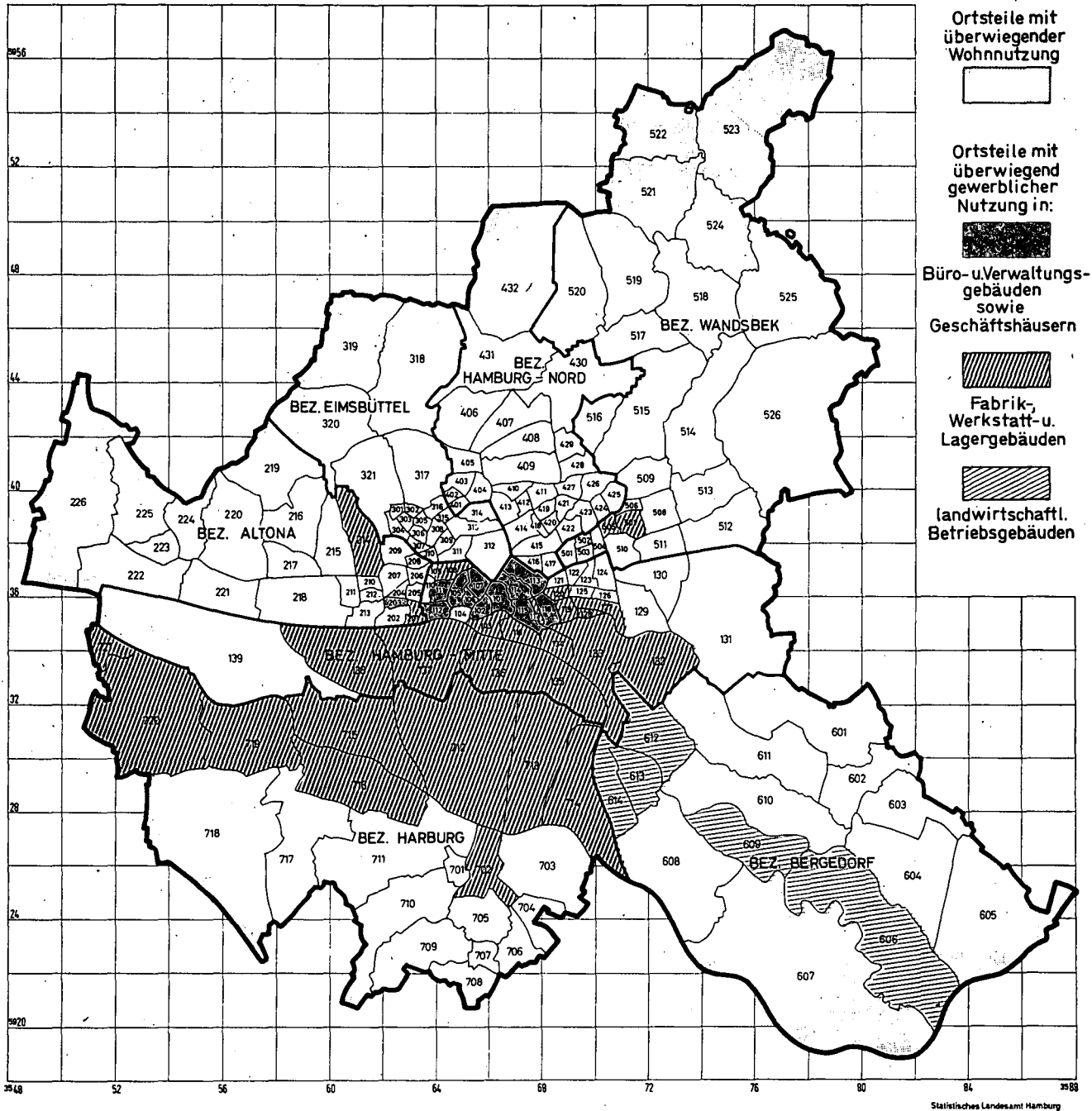
Die nach der Art der baulichen Nutzung festgestellten vier Ortsteilstypen werden mit dem Maß der baulichen Nutzung dadurch gewichtet, daß ermittelt wird, welche zu einem Typ gehörenden Ortsteile eine überdurchschnittliche und welche eine unterdurchschnittliche Bebauungsdichte aufweisen. Für die so entstehenden acht Ortsteilsgruppen ist die prozentuale Aufteilung der Geschoßflächen nach den verschiedenen Gebäudearten bestimmt und in Tabelle 3 (Seite 63) dargestellt:

3.1. City und Cityrandgebiet

Die in Spalte 1 der Tabelle 3 zusammengefaßten Ortsteile werden aufgrund der prozentualen Auftei-

⁸⁾ Hamburg und seine Bauten, Architekten- und Ingenieur-Verein zu Hamburg (Hrg.), Hamburg 1890, S. 252.

Ortsteile nach der Art der baulichen Nutzung



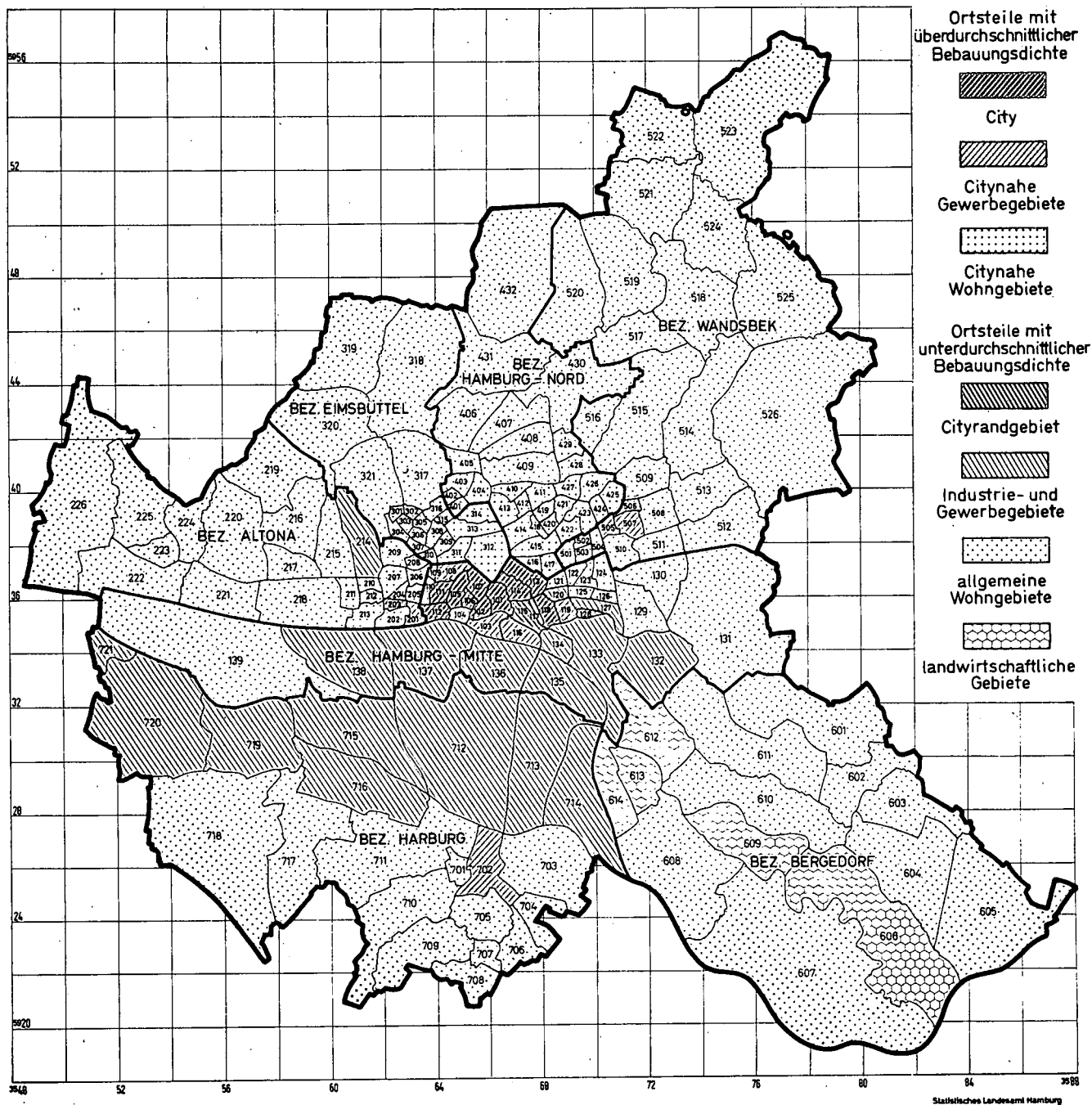
lung der Geschoßflächen nach den Gebäudearten und der vorhandenen hohen Bebauungsdichte als City bezeichnet. Sie umfassen 10 Ortsteile der Innenstadt und zusätzlich den Ortsteil 203 (südwestliches Altona – Altstadt) (vgl. Karte 3).

Als Cityrandgebiet hat sich der durch Spalte 5 gekennzeichnete Ortsteil 115 (östliches Klosterter) wegen seiner unterdurchschnittlichen Bebauungsdichte ergeben. Im Gegensatz zur City sind in ihm höhere prozentuale Werte für die Geschoßflächen in Büro- und Verwaltungsgebäuden, in Geschäftshäusern und in Fabrik-, Werkstatt- und Lagergebäuden zu Lasten der Geschoßfläche in Wohngebäuden festzustellen. Der Ortsteil 115 bildet in gewisser Hinsicht eine Ausnahme, da als Folge der Flächenbombardierung eine völlig andere Nutzung vor und nach dem II. Weltkrieg zu

beobachtet ist. Während in ihm Mitte Juli 1943 mit 10 643 Einwohnern noch eine Wohnnutzung vorherrschte (es bestand zwischen der Innenstadt und Klosterter eine Hochbahnverbindung), betrug die Bevölkerungszahl am 10. Oktober 1943 nur noch 2328, die bis zur Volkszählung 1970 auf 1494 Personen abgenommen hat. Nach dem Krieg sind die freigewordenen Flächen überwiegend einer gewerblichen Nutzung zugeführt worden, wobei in den an die Innenstadt grenzenden Gebieten des Ortsteils 115 vorwiegend Büro- und Verwaltungsgebäude entstanden. Im hafennahen Gebiet dieses Ortsteils ist die Hamburger Großmarkthalle gebaut worden, die im Vergleich zu den Büro- und Geschäftshäusern eine geringe Geschoßfläche aufweist aus Gründen einer reibungslosen Belieferung eine erhebliche Grundstücksfläche benötigt. Da rund 48% der bebauten Fläche des Ortsteils

Statistisches Landesamt Hamburg

Ortsteile nach Art und Maß der baulichen Nutzung



115 durch den Großmarkt beansprucht wird, erklärt sich seine insgesamt niedrige Bebauungsdichte.

3.2. Citynahe Gewerbegebiete sowie Industrie- und Gewerbegebiete

Die Ortsteile mit überwiegend gewerblicher Nutzung in Fabrik-, Werkstatt- und Lagergebäuden sowie in sonstigen gewerblichen Betriebsgebäuden werden als citynahe Gewerbegebiete gekennzeichnet, wenn sie eine überdurchschnittliche Bebauungsdichte aufweisen, und als Industrie- und Gewerbegebiete, wenn eine unterdurchschnittliche Bebauungsdichte festzustellen ist. Von den citynahen Gewerbegebieten grenzen nicht unmittelbar an die City die Ortsteile 505 und 507 (westliches Wandsbek) sowie 702 (östliches Harburg) (vgl.

Karte 3). Sie werden trotzdem als citynahe Gewerbegebiete bezeichnet, da zum einen entweder ihr Geschosflächenanteil bei Büro- und Verwaltungsgebäuden sowie bei Geschäftshäusern oder bei Wohngebäuden für die Einstufung als Industrie- und Gewerbegebiet zu hoch ist. Zum anderen nehmen die Ortsteile 505 und 702 der bis 1936 selbständigen preußischen Städte Wandsbek und Harburg gewisse „Cityfunktionen“ wahr. So beträgt der Geschosflächenanteil in Geschäftshäusern der citynahen Gewerbegebiete 2,4%, wenn die drei erwähnten Ortsteile nicht berücksichtigt werden. Dagegen gilt für diesen Anteil

– 17,3% im Ortsteil 505

– 7,0% im Ortsteil 702.

Tabelle 3

Art der baulichen Nutzung in den Ortsteilsgruppen

Gebäudeart	Geschoßflächenanteil der Gebäudearten in Ortsteilsgruppen mit								Hamburg insgesamt
	überdurchschnittlicher				unterdurchschnittlicher				
	Bebauungsdichte nach dem Typ der Nutzungsart								
	G 1 ¹⁾	G 2 ²⁾	G 3 ³⁾	W ⁴⁾	G 1 ¹⁾	G 2 ²⁾	G 3 ³⁾	W ⁴⁾	
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	
Büro- und Verwaltungsgebäude	50,2	8,4	—	7,1	55,3	10,9	1,1	4,6	10,2
Geschäftshäuser	10,7	5,0	—	2,2	12,0	1,0	0,6	1,2	2,5
Hotels, Gasthöfe, Pensionen ..	3,0	0,5	—	0,5	0,0	0,3	0,3	0,2	0,5
Schul-, Hochschul-, Institutsgebäude, Museen, Kirchen ..	3,9	2,3	—	4,0	1,6	3,3	0,7	3,5	3,6
Fabrik-, Werkstatt-, Lagergebäude	5,3	39,0	—	5,6	12,0	54,0	8,5	8,0	11,8
sonstige gewerbliche Betriebsgebäude	4,7	10,5	—	2,8	3,6	7,7	4,4	2,5	3,5
landwirtschaftliche Betriebsgebäude	0,0	0,0	—	0,0	0,0	0,7	45,6	1,4	1,1
Anstaltsgebäude	1,9	0,6	—	2,2	0,8	1,3	5,8	4,1	3,0
Wohngebäude	20,3	33,7	—	75,6	14,7	20,8	33,0	74,5	63,8
Zusammen	100,0	100,0	—	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ G 1 = Ortsteile mit überwiegend gewerblicher Nutzung in Büro- und Verwaltungsgebäuden sowie Geschäftshäusern

²⁾ G 2 = Ortsteile mit überwiegend gewerblicher Nutzung in Fabrik-, Werkstatt- und Lagergebäuden sowie sonstigen gewerblichen Betriebsgebäuden

³⁾ G 3 = Ortsteile mit überwiegend gewerblicher Nutzung in landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden

⁴⁾ W = Ortsteile mit überwiegender Wohnnutzung

Die prozentuale Aufteilung der Geschoßflächen nach den Gebäudearten ist für die citynahen Gewerbegebiete in Spalte 2 der Tabelle 3 und für die Industrie- und Gewerbegebiete der Spalte 6 zu entnehmen. Dabei ist festzustellen, daß in den citynahen Gewerbegebieten der Geschoßflächenanteil in Fabrik-, Werkstatt- und Lagergebäuden zugunsten des in Wohngebäuden niedriger als in den Industrie- und Gewerbegebieten ausfällt.

3.3. Landwirtschaftliche Gebiete

Wie nicht anders zu erwarten, gehören zum Ortsteiltyp G 3 keine Ortsteile mit überdurchschnittlicher Bebauungsdichte (vgl. Tabelle 3, Spalte 3). Die durch Spalte 7 der Tabelle 3 repräsentierten Ortsteile werden aufgrund der ausgewiesenen Prozentangaben als Landwirtschaftliche Gebiete bezeichnet.

Die Zugehörigkeit von landwirtschaftlichen Gebieten im Südosten der Stadt ist durch die historische Situation des 14. und 15. Jahrhunderts zu erklären. Zur Sicherung der Schifffahrt auf der Elbe erwarb Hamburg Moorburg (Ortsteil 716) und Ochsenwerder (Ortsteil 608), wodurch es die Süderelbe unter seine Kontrolle bekam. Gleichzeitig eroberten Hamburg und Lübeck gemeinsam Bergedorf (Ortsteil 602 und 603) und die Vierlande (Ortsteile 604 bis 607) als wichtiges Bindeglied für den Handelsweg zwischen beiden Hansestädten.

3.4. Citynahe Wohngebiete und allgemeine Wohngebiete

Aufgrund der räumlichen Lage zur City und der Geschoßflächenanteile werden die Ortsteile mit überdurchschnittlicher Bebauungsdichte als citynahe Wohngebiete (vgl. Tabelle 3, Spalte 4) und die mit unterdurchschnittlicher Bebauungsdichte als allgemeine Wohngebiete (vgl. Tabelle 3, Spalte 8) bezeichnet. In den citynahen Wohngebieten ist ein um 3,5% höherer Geschoßflächenanteil in Büro- und Verwaltungsgebäuden sowie in Geschäftshäusern als in den allgemeinen Wohngebieten festzustellen, was auf eine stärkere tertiäre Unterwanderung dieser Ortsteile hinweist. Nach der Volkszählung 1970 leben in den citynahen Wohngebieten 28,8% der Bevölkerung Hamburgs und 60,9% in den allgemeinen Wohngebieten, bedingt durch die großen Neubauprojekte, wie z. B. Lohbrügge-Nord, Hohenhorst und Osdorfer Born. In diesem Zusammenhang ist darauf zu achten, daß das Großbauvorhaben Billwerder – Allermöhe mit rund 70 000 Einwohnern nicht zu Lasten der citynahen Wohngebiete verwirklicht wird. Denn in diesen Gebieten ist die Urbanität noch erhalten, d. h. eine gesunde Mischung verschiedener Nutzungen mit einer Vielfalt von Gebäudearten unterschiedlichen Alters ist in einer heterogenen Zusammensetzung so zu einem geschlossenen Stadtbild zusammengewachsen, daß die Urbanität auch physiognomisch sichtbar wird.

Hans-Ewald Schnurr

Hamburgs Wirtschaftskraft im Großstädtevergleich

– Neue Kreiszahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen –

Hamburg lag mit seinem Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung 1970 an fünfter Stelle der Großstädte der BRD. Das geht aus der soeben erschienenen Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter mit Kreiszahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für 1970 und 1961 hervor. Aus der folgenden Kurzanalyse wird deutlich, daß die Großstädte nicht als homogene regionale Raumeinheiten angesprochen werden können und daß es einen undifferenzierten Gegensatz „Reiche Zentren – Armes Land“ ebensowenig gibt wie automatische Angleichungstendenzen. Es wird ferner ersichtlich, welchen Anteil Mengen- und Produktivitätseffekt am zusätzlichen Bruttoinlandsprodukt haben, welcher enger Zusammenhang zwischen der Wirtschaftsbevölkerung und der Höhe des Bruttoinlandsproduktes besteht und wie schwierig es ist, eindeutige Entwicklungsursachen auf dem Gebiet der Wirtschaftsstruktur festzustellen.

Nachdem die letzten Kreiszahlen für das Sozialprodukt für 1966 vorlagen, sind jetzt von dem Arbeitskreis für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Statistischen Landesämter Werte für 1970 ermittelt und zusammen mit Vergleichsdaten für 1961 und 1968 in einer Gemeinschaftsveröffentlichung herausgegeben worden¹⁾. Die folgende erste Analyse dieser Daten, vor allem auch als Hinweis auf das neue Zahlenmaterial gedacht, konzentriert sich auf einen Vergleich ausgewählter Großstädte. Methodisch ist anzumerken, daß ein Vergleich mit den in den früheren Gemeinschaftsveröffentlichungen gebrachten Kreiszahlen für 1957, 1961, 1964 und 1966 aufgrund der inzwischen vorgenommenen Revision²⁾ nicht möglich ist; wichtig scheint jedoch die Vergleichbarkeit der revidierten Werte für die beiden „Großzählungsjahre“ 1961 und 1970 in dem jetzt vorliegenden Heft. Zu berücksichtigen ist, daß die Vergleiche im Rahmen der administrativen Städteinheiten durchgeführt werden, d. h. daß Verflechtungen unbeachtet bleiben und damit die eigentliche notwendige Betrachtung ökonomisch sinnvoller Räume mit dieser Kurzanalyse nicht geleistet wird. Die besondere Situation Hamburgs als Stadtstaat und das Gewicht, das den Großstädten in ihrer jeweiligen Region zukommt, läßt jedoch auch eine solche Untersuchung gerechtfertigt erscheinen.

„The Upper Ten“

Ein Blick auf die zehn Großstädte mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung (im folgenden: BIP/WIB) zeigt Hamburg 1970 an fünfter Stelle nach Frankfurt, Leverkusen, Ludwigshafen und Düsseldorf (von strukturell etwa vergleichbaren Großstädten praktisch nach Frankfurt nahezu gleichauf mit Düsseldorf); 1961 lag Hamburg an dritter Stelle nach Leverkusen und Stuttgart. Neu in der Liste

der „Upper Ten“ sind Ludwigshafen und Mainz; nicht mehr in dieser Gruppe liegen Salzgitter und Heilbronn. Sonstige größere Verschiebungen haben sich ergeben bei Frankfurt, das vom vierten auf den ersten Platz gerückt ist, und bei Stuttgart, das 1961 an zweiter Stelle stand und 1970 die achte Stelle einnimmt (vgl. Anhang – Tabelle 1).

Während Hamburgs relative Stellung zum Bundesdurchschnitt 1970 gegenüber 1961 nahezu unverändert blieb (1970 = 1,45, 1961 = 1,48), verringerte sich der relative Abstand zwischen der Großstadt mit dem jeweils höchsten BIP/WIB zum jeweiligen Bundesdurchschnitt beträchtlich von 1,72 auf 1,55. Das bedeutet, daß der relative Unterschied zwischen der Großstadt mit dem jeweils höchsten BIP/WIB und Hamburg ebenfalls erheblich von 1,16 auf 1,06 zurückging. Aus den Zahlen geht allerdings nicht hervor, ob sich das Zusammenrücken von höchstem und Durchschnittswert mehr durch eine stärkere Entwicklung der übrigen Kreise und damit des Durchschnitts oder mehr durch eine Verlangsamung des Wachstums der Spitze ergeben hat.

Gleichfalls im wesentlichen im Kreis der „Upper Ten“ liegt der höchste absolute Zuwachs des BIP/WIB zwischen 1961 und 1970: Hier kommt Hamburg an sechster Stelle nach den beiden „Newcomern“ Mainz und Ludwigshafen, dem neuen Spitzenreiter Frankfurt sowie nach Düsseldorf und Karlsruhe. Bei dem relativen Zuwachs des BIP/WIB liegt Hamburg mit 7,2 % p. a. knapp unter dem Durchschnitt aller 58 Großstädte (7,5 %) und unter dem allgemeinen Bundesdurchschnitt (7,4 %). Hier sind die Spitzenreiter Mainz mit 10,4 % p. a., Karlsruhe mit 9,6 %, Ludwigshafen mit 9,5 %, Oberhausen mit 8,9 % und Frankfurt mit 8,6 %.

Bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang, daß bei 24 Großstädten das BIP/WIB 1970 nicht nur unter dem Durchschnitt aller Großstädte, sondern auch unter dem allgemeinen Bundesdurchschnitt liegt. Von den 36 Großstädten mit einer Wirtschaftsbevölkerung

¹⁾ Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Landkreise (in der Bundesrepublik Deutschland) 1961/1968/1970, Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter, Heft 4, 1973.

²⁾ Die revidierten Ergebnisse des Hamburger Bruttoinlandsproduktes 1960 bis 1971, in: Hamburg in Zahlen, Heft 7/1972, S. 215 ff.

rung (Wohnbevölkerung plus/minus doppelter Pendlersaldo) von mehr als 200 000 Personen waren das BIP/WIB 1970 und dessen absoluter Zuwachs 1961 bis 1970 niedriger als im Bundesdurchschnitt bei immerhin 10 Städten, und zwar bei Kiel, Kassel, Lübeck, Aachen, Münster, Braunschweig, Freiburg i. Br., Hagen, Darmstadt und Saarbrücken. Alles dies dürfte deutlich illustrieren, daß es weder einen undifferenzierten Gegensatz „Reiche Zentren – Armes Land“ gibt noch unanfechtbar sichere Plätze in der Spitzengruppe. Und es gibt im Zuge dynamischer und differenzierter Entwicklungen auch keine automatischen Angleichungstendenzen: Der Abstand zwischen den beiden Großstädten mit dem jeweils höchsten und niedrigsten BIP/WIB ist 1970 gegenüber 1961 sowohl absolut als auch relativ größer geworden:

BIP/WIB-Extremwerte der Großstädte	1970	1961
	DM	
Höchstwert	17 590	10 250
Niedrigstwert	6 000	4 360
Bundesdurchschnitt allgemein	11 360	5 970

Die Rangfolgen würden sich allerdings verschieben, wenn man statt des BIP zu jeweiligen Preisen das BIP zu konstanten Preisen nähme³⁾ oder wenn man statt des BIP zu Marktpreisen mit seiner regional stark unterschiedlichen Beeinflussung durch indirekte Steuern das für Regionalvergleiche sinnvollere BIP zu Faktorkosten zugrunde legte.

Entwicklungsfaktor „Zusätzliche Wirtschaftsbevölkerung“

Versucht man den Entwicklungsursachen nachzugehen, so ergibt sich zunächst die Frage, welcher Anteil des zusätzlichen Bruttoinlandsproduktes (nicht des BIP/WIB) auf die zusätzliche Wirtschaftsbevölkerung zurückzuführen ist bzw. welcher Anteil auf die zusätzliche Leistung der Wirtschaftsbevölkerung des Ausgangsjahres (vgl. Anhang). Da hier mit Prozentanteilen gerechnet wird, wird man letzteres als Produktivitätszuwachs interpretieren können, obwohl die gesamte Analyse nicht mit Real-, sondern Nominalwerten durchgeführt wird. Für eine engere Auswahl von Großstädten errechnet, zeigen sich die im Anhang – Tabelle 3 – gebrachten Ergebnisse.

Hierbei ist der z. T. nicht unerhebliche Unschärfebereich der Spalte 4 – Produktivitätseffekt der zusätzlichen Wirtschaftsbevölkerung – zu beachten, der dadurch entsteht, daß dieser Anteil am Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes nicht eindeutig der Anzahl der zusätzlichen Wirtschaftsbevölkerung oder der zusätzlichen Produktivität, gemessen an der Differenz des BIP/WIB, zugerechnet werden kann (vgl. Schaubild im Anhang). Unter Berücksichtigung dessen entfallen z. B. bei München mindestens 16 % des zusätzlichen Bruttoinlandsproduktes 1961 bis 1970 auf den rechnerischen Mengeneffekt bzw. maximal 30 % auf den

³⁾ „Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes zu Marktpreisen und seiner Komponenten in den norddeutschen Ländern 1961 bis 1970“, in: Hamburg in Zahlen, Heft 4/1973, S. 115 ff.

Gesamteffekt der zusätzlichen Wirtschaftsbevölkerung, mindestens 70 % und höchstens 84 % auf den rechnerischen Produktivitätseffekt. „Rechnerisch“ deswegen, weil letzten Endes nicht gesagt werden kann, ob der tatsächlich erreichte Produktivitätszuwachs auch bei konstanter Wirtschaftsbevölkerung hätte erzielt werden können bzw. ob eine mit völlig unverändertem BIP/WIB verbundene Zunahme der Wirtschaftsbevölkerung sinnvollerweise angenommen werden kann. Außerdem ist zu beachten, daß hier Veränderungen der Wirtschaftsbevölkerung, nicht der Wohnbevölkerung, in Rechnung gestellt, d. h. also die Veränderungen der Pendlersalden mit berücksichtigt worden sind. Unter diesen Bedingungen stellt sich der Entwicklungsfaktor „zusätzliche Wirtschaftsbevölkerung“ (und sein Gegenstück, der Produktivitätseffekt) für ausgewählte Großstädte z. B. wie in Tabelle 1 dar.

Der Zusammenhang zwischen wachsender Wirtschaftsbevölkerung und Wachstum des Bruttoinlandsproduktes kommt auch darin zum Ausdruck, daß von 19 Großstädten, die eine Zunahme der Wirtschaftsbevölkerung gleich oder über dem Bundesdurchschnitt aufweisen, 14 eine Zunahme des Bruttoinlandsproduktes gleich oder über dem Bundesdurchschnitt bzw. daß von 22 Großstädten mit einer Zunahme des Bruttoinlandsproduktes gleich oder über dem Durchschnitt ebenfalls 14 eine Zunahme der Wirtschaftsbevölkerung gleich oder über dem Durchschnitt haben (vgl. Schaubilder 1 und 2).

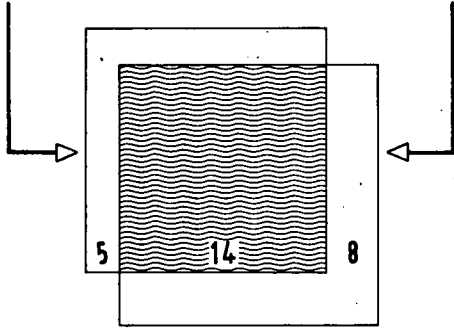
In beiden Fällen bestehen allerdings bei einem Drittel dieser Großstädte diese engen Beziehungen zwischen dem Wachstum an Wirtschaftsbevölkerung und Bruttoinlandsprodukt nicht: Bei Leverkusen, Heilbronn, Münster, Würzburg und Salzgitter entsprach der starken Bevölkerungszunahme kein überdurchschnittliches Wachstum des Bruttoinlandsproduktes; bei Ludwigs-hafen, Bremerhaven, Bielefeld, Düsseldorf, Wiesbaden, Nürnberg, Hannover und Remscheid lag einem überdurchschnittlichen Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes keine entsprechend starke Bevölkerungszunahme zugrunde. In ersterem Falle ist demnach eine besonders niedrige, im letzteren eine besonders hohe Produktivität zu vermuten: Und in der Tat, bei der ersten Gruppe liegt der Produktivitätseffekt zwischen

Tabelle 1
Anteile des Mengen- und Produktivitätseffektes
am zusätzlichen Bruttoinlandsprodukt 1961 bis 1970
bei ausgewählten Großstädten

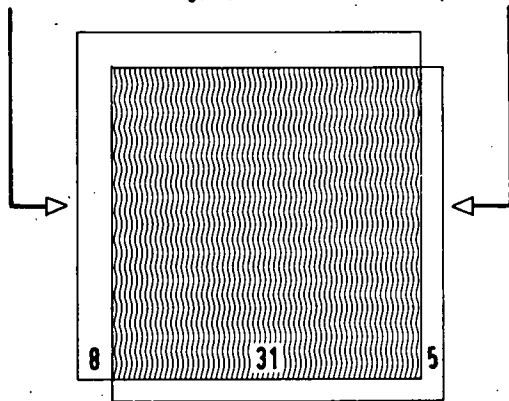
	Mengen- bzw. maximaler Gesamteffekt der zusätzlichen Wirtschaftsbevölkerung	Produktivitätseffekt der Wirtschaftsbevölkerung 1961 bzw. maximaler Produktivitätseffekt
	1	2
München	16 – 30	70 – 84
Mainz	11 – 28	72 – 89
Bonn	10 – 21	79 – 90
BUNDESGBIET	8 – 15	85 – 92
Bremen	6 – 10	90 – 94
Stuttgart	6 – 10	90 – 94
Hannover	5 – 10	90 – 95
Düsseldorf	4 – 7	93 – 96
Wiesbaden	2 – 5	95 – 98
HAMBURG	1 – 2	98 – 99
Saarbrücken	1 – 2	98 – 99
Kiel	1 – 2	98 – 99
Berlin	-8 – -4	104 – 108

Schaubild 1

Anzahl der Großstädte mit überdurchschnittlichem Wachstum der Wirtschaftsbevölkerung (19) - des Bruttoinlandsproduktes (22)



Anzahl der Großstädte mit unterdurchschnittlichem Wachstum der Wirtschaftsbevölkerung (39) - des Bruttoinlandsproduktes (36)



Statistisches Landesamt Hamburg

(h)

66 bis 71 % (Salzgitter) und 80 bis 89 % (Würzburg), bei der zweiten Gruppe dagegen zwischen 88 bis 94 % (Remscheid) und 107 bis 114 % (Bielefeld). Ergänzt man diese Betrachtung um eine analoge Analyse der unterdurchschnittlich gewachsenen Großstädte, so wird der Zusammenhang zwischen dem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes und dem der Wirtschaftsbevölkerung noch deutlicher. In 31 von 39 Fällen entspricht einem unterdurchschnittlichen Wachstum der Wirtschaftsbevölkerung auch eine unterdurchschnittliche Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes bzw. von 36 Fällen unterdurchschnittlichen Wachstums des Bruttoinlandsproduktes sind 31 Fälle auch mit einer unterdurchschnittlichen Entwicklung der Wirtschaftsbevölkerung verbunden. Insgesamt ergibt sich damit eine Lage, bei der die Entwicklung in 45 von 58 Großstädten den vermuteten Zusammenhang widerspiegelt. Der entsprechende Korrelationskoeffizient für alle 58 Großstädte lautet: 0,520. Ein erheblich engerer Zusammenhang besteht zwischen der Wohnbevölkerung 1970 und dem Bruttoinlandsprodukt 1970, nämlich 0,955, und erwartungsgemäß noch höher zwischen der Wirtschaftsbevölkerung 1970 und dem Bruttoinlandsprodukt 1970; hier beträgt der Korrelationskoeffizient für alle 58 Großstädte sogar 0,985. Diese Korrelation darf nicht mit Kausalität verwechselt werden: Eine große Zahl von Einwohnern kann Ursache z. B. von Betriebsansiedlungen oder verstärkter Produktivität durch Arbeitsteilung und damit von steigen-

dem Bruttoinlandsprodukt sein; ebenso kann die hohe Wirtschaftskraft eines Raumes aber auch Wanderungsbewegungen dorthin induzieren und umgekehrt.

Entwicklungsfaktor „Strukturwandel“

Die enge Korrelation zwischen Wirtschaftsbevölkerung und Bruttoinlandsprodukt führt zu der Frage, welche Bedeutung der Struktur des Bruttoinlandsproduktes für seine Höhe zukommt. In der Tat liegt der Korrelationskoeffizient zwischen der Höhe des Bruttoinlandsproduktes und z. B. dem Anteil des Verarbeitenden Gewerbes (inkl. Energiewirtschaft und Bergbau) daran für alle 58 Großstädte nicht nur sehr niedrig, er ist sogar negativ, nämlich - 0,058. Auch zwischen der Höhe des Bruttoinlandsproduktes und dem Anteil der Übrigen Dienstleistungen beträgt der Korrelationsfaktor nur 0,052. Darüber hinaus macht die Verschiedenartigkeit der Strukturen innerhalb der nur scheinbar homogenen Gruppe der Großstädte (vgl. Anhang - Tabelle 2) jeden Versuch fast, aussichtslos, über Strukturanalysen in so grober Differenzierung Wachstumsursachen ermitteln zu wollen:

Anteile ausgewählter Bereiche am BIP 1970 in % für die 58 Großstädte der BRD

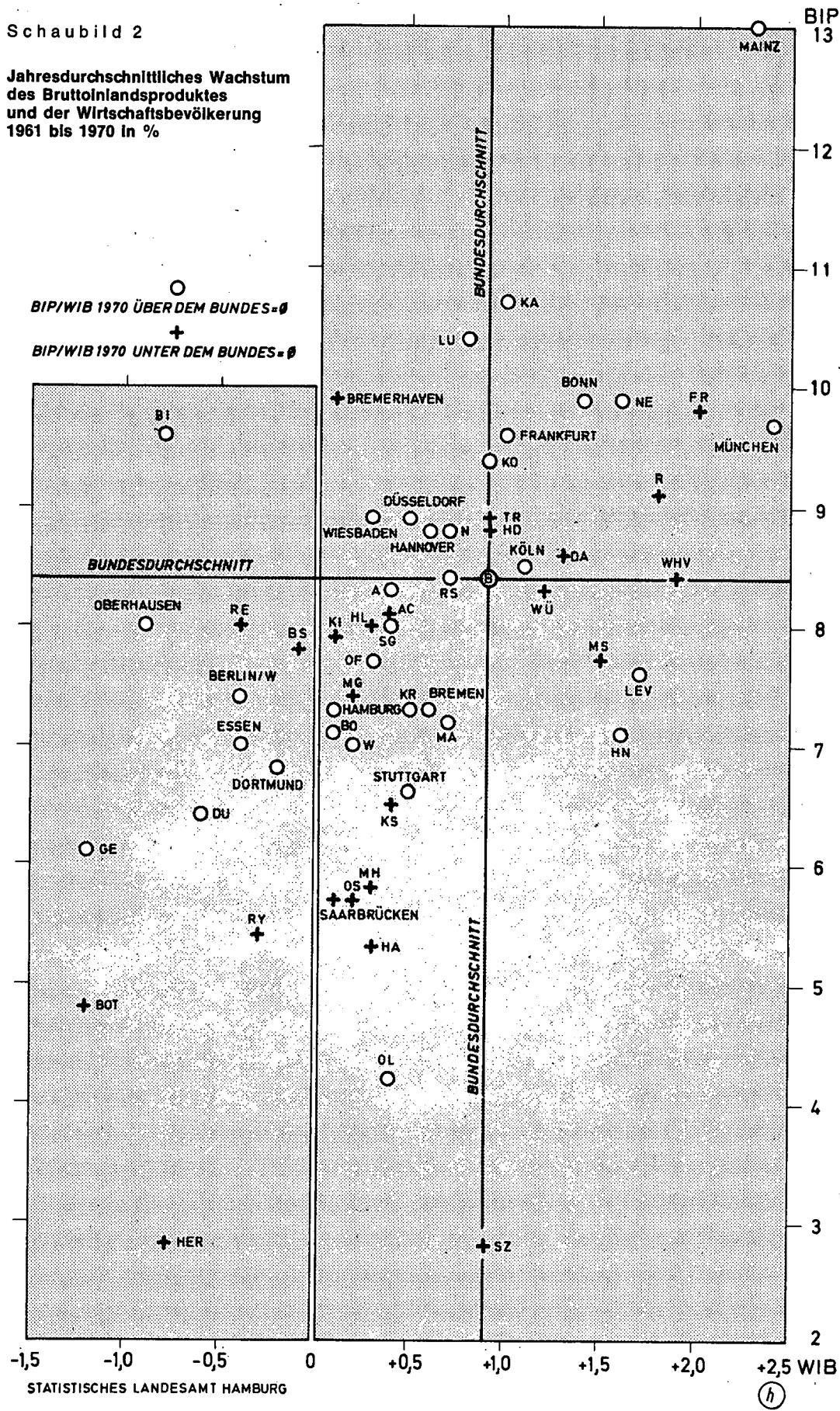
	Höchstwert	Niedrigstwert	Durchschnittswert aller Großstädte	Durchschnittswert der BRD
Energiewirtschaft, Bergbau, Verarb. Gewerbe	82,0	15,3	43,1	46,0
Baugewerbe	11,6	4,9	7,6	8,1
Handel	23,4	3,7	15,4	12,5
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	20,5	1,0	7,5	5,5
Übrige Dienstleistungen	48,3	7,4	25,9	21,2

Stellt man einmal die Anteile der wichtigsten Bereiche für ausgewählte Großstädte zusammen, die zwischen 1961 und 1970 nach Bruttoinlandsprodukt und Wirtschaftsbevölkerung entweder über- oder unterdurchschnittlich gewachsen waren (vgl. Tabelle 2), so zeigt sich allerdings, daß bei den wachstumsstarken Großstädten der überdurchschnittlich gewachsene Bereich „Übrige Dienstleistungen“ überdurchschnittlich stark und darüber hinaus stärker als die wachstumsschwächeren tertiären Bereiche „Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ vertreten ist; der unterdurchschnittlich gewachsene Bereich „Energie, Bergbau, Verarb. Gewerbe“ dagegen erscheint relativ schwach. Umgekehrt ist die Situation bei den Großstädten mit unterdurchschnittlicher Entwicklung.

Die Niveaufrage wirkt sich zum Teil insofern situationsverschärfend aus, als 7 der 21 Großstädte mit unterdurchschnittlicher Entwicklung (hier nur Großstädte mit einer Wirtschaftsbevölkerung von über 200 000 Personen) auch mit ihrem BIP/WIB 1970 unter dem allgemeinen Bundesdurchschnitt liegen, und zwar sind dies Hagen, Braunschweig, Aachen, Lübeck, Kassel, Kiel und Saarbrücken. Allerdings sind das gerade

Schaubild 2

Jahresdurchschnittliches Wachstum
des Bruttoinlandsproduktes
und der Wirtschaftsbevölkerung
1961 bis 1970 in %



Großstädte, bei denen im allgemeinen der Anteil des „Verarbeitenden Gewerbes etc.“ relativ niedrig, der der „Übrigen Dienstleistungen“ relativ hoch liegt. Hier

Tabelle 2

Anteile der Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt 1970 bei ausgewählten Großstädten mit über durchschnittlichem Wachstum von Bruttoinlandsprodukt und Wirtschaftsbevölkerung zwischen 1961 und 1970, geordnet nach dem Anteil von „Energiewirtschaft, Bergbau, Verarbeitendem Gewerbe“

	Energiewirtschaft, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Übrige Dienstleistungen	Handel, Verkehr, Nachrichten
	1	2	3	4
Bonn	23,0	6,7	48,3	17,5
Freiburg	28,6	8,7	36,1	22,7
Frankfurt	31,2	7,3	32,2	27,1
Köln	34,5	8,0	30,6	23,9
Darmstadt	37,2	6,4	30,8	22,2
München	37,6	9,5	30,0	19,8
Mainz	44,2	6,1	30,6	16,3
Karlsruhe	50,1	6,1	24,0	16,8

Desgleichen bei Großstädten mit unter durchschnittlichem Wachstum

Saarbrücken	23,0	7,4	34,4	32,7
Kiel	25,0	8,0	38,5	22,7
Kassel	32,4	7,9	29,6	26,5
Lübeck	35,9	8,2	25,0	25,3
HAMBURG	36,2	6,3	24,5	28,9
Aachen	36,9	6,8	30,6	21,9
Braunschweig	40,0	11,6	26,3	18,8
Bremen	41,3	7,1	20,0	28,5
Dortmund	44,2	8,3	18,5	25,3
Essen	44,5	8,4	22,8	20,8
Hagen	44,6	7,4	18,6	25,5
Stuttgart	45,0	7,8	25,4	18,9
Berlin	46,6	7,4	25,6	15,9
Augsburg	49,4	7,5	19,9	20,3
Bochum	49,9	6,2	17,0	23,6
Mannheim	51,8	6,8	17,6	20,9
Wuppertal	53,4	6,1	18,9	18,4
Oberhausen	55,4	6,9	13,3	21,0
Duisburg	58,0	6,7	12,1	21,0
Krefeld	59,4	6,3	14,9	16,0
Gelsenkirchen	66,3	4,9	14,8	10,8

müssen also andere Faktoren eine Rolle spielen. Als nicht näher untersuchte Möglichkeit sei auf Regionalprobleme i. w. S. hingewiesen.

Alles in allem bedarf diese Analyse noch der Vertiefung vor allem hinsichtlich der regionalen Verflechtung der Großstädte mit ihrem Umland. Die angedeutete

Vielfalt der Gesichtspunkte zeigt, daß es für eine optimale Auswertung des neu vorliegenden Datenmaterials wesentlich auf die jeweilige Problemstellung und die Präzision der Fragen ankommt.

Jürgen Weißker

Anhang

Definiert man

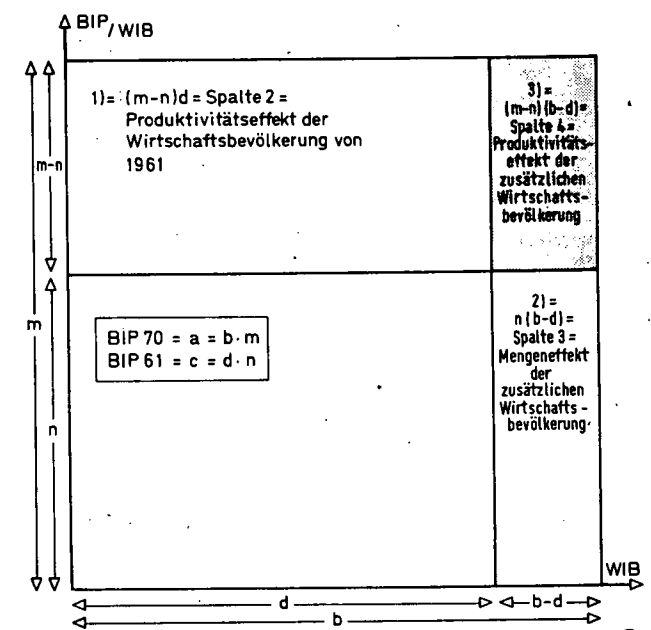
$$\begin{aligned} \text{BIP}_{70} &= a & \text{BIP}_{61} &= c & \text{BIP}_{70}/\text{WIB}_{70} &= m \\ \text{WIB}_{70} &= b & \text{WIB}_{61} &= d & \text{BIP}_{61}/\text{WIB}_{61} &= n, \end{aligned}$$

so läßt sich die Differenz zwischen dem BIP_{70} und dem BIP_{61} einer Region ($a-c$) zerlegen in

1. einen Produktivitätseffekt der WIB_{61} : $(m-n)d$,
2. einen Mengeneffekt der zusätzlichen WIB : $n(b-d)$ und
3. einen Produktivitätseffekt der zusätzlichen WIB : $(m-n)(b-d)$

$a-c = (m-n)d + n(b-d) + (m-n)(b-d)$ (vgl. untenstehendes Schaubild).

Anhang-Schaubild



Statistisches Landesamt Hamburg

(h)

Anhangtabelle 1

**Das Bruttoinlandsprodukt ausgewählter Großstädte der BRD
je Kopf der Wohn- und Wirtschaftsbevölkerung 1970 und die Veränderung des Bruttoinlandsprodukts
je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung zwischen 1961 und 1970
(jeweilige Preise)**

Gebiet	Bruttoinlandsprodukt je Kopf der			Veränderung des Bruttoinlandsprodukts je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung zwischen 1961 und 1970	
	Wirtschafts- bevölkerung	Wohn- bevölkerung	Wirtschafts- bevölkerung	absolut	Durchschnittliche jährliche Veränderung 1961/1970
	1961	1970			
	DM				%
	1	2	3	4	5
Frankfurt am Main	8 400	26 720	17 590	9 190	8,6
Ludwigshafen	7 440	23 990	16 900	9 460	9,5
Düsseldorf	8 080	21 340	16 670	8 590	8,4
HAMBURG	8 820	18 670	16 520	7 700	7,2
Mainz	6 580	20 260	16 070	9 490	10,4
München	8 060	18 250	15 420	7 360	7,5
Stuttgart	8 890	20 820	15 170	6 280	6,1
Duisburg	7 910	16 540	14 690	6 780	7,1
Köln	7 690	17 310	14 510	6 820	7,3
Karlsruhe	6 310	19 600	14 410	8 100	9,6
Hannover	6 930	20 570	14 060	7 130	8,2
Wiesbaden	6 450	15 550	13 560	7 110	8,6
GROSSTÄDTE ¹⁾	7 010	15 910	13 420	6 410	7,5
Nürnberg	6 670	17 730	13 410	6 740	8,1
Mannheim	7 580	18 080	13 310	5 730	6,5
Bremen	7 270	15 200	13 050	5 780	6,7
Essen	6 810	13 440	12 930	6 120	7,4
Augsburg	6 470	17 780	12 750	6 280	7,8
Dortmund	6 890	13 290	12 590	5 700	6,9
Oberhausen	5 800	11 740	12 540	6 740	8,9
Bonn	6 060	15 160	12 470	6 410	8,3
Krefeld	6 840	14 990	12 400	5 560	6,8
Gelsenkirchen	6 420	12 000	12 140	5 720	7,3
Berlin (West)	6 120	12 070	12 070	5 950	7,8
Bochum	6 470	13 320	11 970	5 500	7,1
Bielefeld	6 050	15 850	11 940	5 890	7,8
Wuppertal	6 520	12 690	11 900	5 380	6,9
BUNDESGBIET	5 970	11 330	11 360	5 390	7,4
Saarbrücken	7 040	20 560	11 330	4 290	5,4
Darmstadt	6 030	17 140	11 240	5 210	7,2
Hagen	7 150	11 800	11 150	4 000	5,1
Freiburg i. Br.	5 540	14 310	10 770	5 230	7,7
Braunschweig	5 350	14 040	10 630	5 280	7,9
Münster	6 160	13 460	10 490	4 330	6,1
Aachen	5 390	13 810	10 490	5 100	7,7
Lübeck	5 350	11 370	10 480	5 130	7,8
Kassel	6 170	14 220	10 440	4 270	6,0
Kiel	4 750	11 050	9 360	4 610	7,8

¹⁾ Alle Großstädte der Bundesrepublik (mit einer Einwohnerzahl über 100 000 [Wohnbevölkerung]).

Anhangtabelle 2

**Anteile ausgewählter Bereiche am Bruttoinlandsprodukt (an der Summe der Bereiche)
ausgewählter Großstädte der BRD 1961 und 1970**
(jeweilige Preise)

Gebiet	Energiewirtschaft, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe		Baugewerbe		Handel		Verkehr und Nachrichten- übermittlung		Übrige Dienstleistungen	
	1961	1970	1961	1970	1961	1970	1961	1970	1961	1970
	1	2	3	4	5	6	7	10	8	9
	%									
Frankfurt am Main .	36,4	31,2	6,1	7,3	20,0	17,4	8,9	9,7	25,7	32,2
Ludwigshafen	70,6	74,2	5,1	5,4	7,6	5,6	4,2	3,1	10,4	9,9
Düsseldorf	35,4	32,9	7,6	8,2	22,2	19,5	6,1	6,0	25,5	30,6
HAMBURG	42,1	36,2	6,0	6,3	16,8	16,5	12,3	12,4	19,4	24,5
Mainz	41,7	44,2	5,7	6,1	16,0	11,3	7,2	5,0	26,1	30,6
München	38,1	37,6	8,7	9,5	15,8	13,6	7,3	6,2	26,9	30,0
Stuttgart	46,8	45,0	6,9	7,8	16,3	13,5	5,1	5,4	21,8	25,4
Duisburg	58,9	58,0	6,5	6,7	14,3	14,2	8,0	6,8	10,0	12,1
Köln	36,2	34,5	8,3	8,0	18,1	14,8	7,5	9,1	26,9	30,6
Karlsruhe	39,4	50,1	8,3	6,1	14,2	9,9	9,0	6,9	25,3	24,0
Hannover	39,0	45,9	8,2	7,3	19,2	14,2	7,1	6,3	23,2	23,7
Wiesbaden	36,7	41,3	7,2	5,3	16,4	14,8	3,8	3,4	31,2	31,2
Nürnberg	47,4	42,8	7,2	8,3	17,3	19,8	8,6	7,5	16,4	18,7
Mannheim	52,9	51,8	6,0	6,8	15,6	12,9	8,3	8,0	14,3	17,6
Bremen	39,4	41,3	6,3	7,1	17,6	15,6	16,5	12,9	17,2	20,0
Essen	45,2	44,5	8,1	8,4	18,8	15,8	6,1	5,0	18,4	22,8
Augsburg	51,4	49,4	7,7	7,5	14,6	13,8	7,0	6,5	16,6	19,9
Dortmund	55,4	44,2	7,4	8,3	13,8	19,4	6,4	5,9	13,8	18,5
Oberhausen	60,2	55,4	9,0	6,9	9,9	15,1	4,8	5,9	12,3	13,3
Bonn	25,3	23,0	6,1	6,7	14,0	13,0	5,2	4,5	42,0	48,3
Krefeld	58,3	59,4	13,2	6,3	13,2	11,7	5,7	4,3	12,6	14,9
Gelsenkirchen	66,4	66,3	5,7	4,9	9,9	8,4	2,3	2,4	12,6	14,8
Berlin (West)	48,5	46,6	5,6	7,4	13,0	11,7	4,6	4,2	24,2	25,6
Bochum	53,7	49,9	5,4	6,2	18,6	19,6	5,6	4,0	13,5	17,0
Bielefeld	48,8	44,5	5,5	6,2	18,9	16,5	5,4	6,0	18,8	24,2
Wuppertal	52,8	53,4	5,7	6,1	16,7	13,2	6,8	5,2	14,4	18,9
Saarbrücken	34,1	23,0	8,6	7,4	20,3	21,0	11,1	11,7	22,9	34,4
Darmstadt	38,7	37,2	6,1	6,4	15,1	11,0	10,8	11,2	25,7	30,8
Hagen	53,8	44,6	7,5	7,4	15,9	15,1	7,7	10,4	11,8	18,6
Freiburg i. Br.	29,0	28,6	9,7	8,7	19,2	16,2	6,4	6,5	31,9	36,1
Braunschweig	32,8	40,0	10,7	11,6	21,8	12,0	6,8	6,8	24,2	26,3
Münster	15,3	15,3	9,4	7,6	18,9	17,7	9,6	9,3	42,7	45,2
Aachen	39,8	36,9	6,6	6,8	16,0	14,1	7,1	7,8	26,6	30,6
Lübeck	40,6	35,9	7,7	8,2	16,9	17,8	8,5	7,5	21,5	25,0
Kassel	37,9	32,4	7,8	7,9	18,1	18,2	9,2	8,3	23,6	29,6
Kiel	24,2	25,0	9,5	8,0	21,1	15,9	7,7	6,8	31,9	38,5
GROSSTÄDTE ¹⁾	44,5	43,1	7,0	7,6	16,4	15,4	7,6	7,5	21,1	25,9
BUNDESGBIET	47,2	46,0	7,4	8,1	13,2	12,5	6,0	5,5	18,1	21,2

¹⁾ Alle Großstädte der Bundesrepublik (mit einer Einwohnerzahl über 100 000 [Wohnbevölkerung]).

Anhangtabelle 3

Anteile des Produktivitätseffektes und des Mengeneffektes in % des zusätzlichen Bruttoinlandsproduktes ausgewählter Großstädte

Großstadt	Zusätzliches Bruttoinlandsprodukt a-c	Produktivitätseffekt der Wirtschaftsbevölkerung von 1961 (m-n) d	Mengeneffekt der zusätzlichen Wirtschaftsbevölkerung n (b-d)	Produktivitätseffekt der zusätzlichen Wirtschaftsbevölkerung (m-n) (b-d)	Maximaler Produktivitätseffekt (m-n) b (Spalten 2 + 4)	Maximaler Gesamteffekt der zusätzlichen Wirtschaftsbevölkerung m (b-d) (Spalten 3 + 4)
	1	2	3	4	5	6
Salzgitter	100	65,6	29,3	5,1	70,7	34,4
Heilbronn	100	70,4	18,5	11,1	81,5	29,6
Leverkusen	100	70,5	17,7	11,8	82,3	29,4
München	100	69,8	15,8	14,4	84,2	30,2
Münster	100	74,3	15,1	10,6	84,9	25,7
Darmstadt	100	79,0	13,1	11,4	90,4	24,5
Mainz	100	72,3	11,4	16,4	88,7	27,8
Würzburg	100	79,7	11,1	9,3	89,0	20,4
Bonn	100	78,9	10,2	10,8	89,7	21,1
Köln	100	81,4	9,9	8,8	90,1	18,7
BUNDES GEBIET	100	85,2	7,7	7,0	92,2	14,7
Frankfurt	100	85,3	7,0	7,7	93,0	14,8
Remscheid	100	87,6	6,4	6,0	93,6	12,4
Nürnberg	100	88,3	5,8	5,9	94,2	11,8
Bremen	100	89,8	5,7	4,6	94,3	10,3
Stuttgart	100	90,2	5,7	4,0	94,2	9,8
Ludwigshafen	100	88,9	4,9	6,3	95,1	11,2
Hannover	100	90,5	4,7	4,9	95,3	9,6
Düsseldorf	100	92,5	3,6	3,8	96,4	7,4
Lübeck	100	95,3	2,3	2,3	97,6	4,6
Wiesbaden	100	95,4	2,2	2,4	97,8	4,5
HAMBURG	100	97,8	1,2	1,0	98,9	2,2
Saarbrücken	100	98,4	1,0	0,6	99,0	1,6
Kiel	100	98,0	0,9	0,9	98,9	1,9
Bremerhaven	100	98,9	0,5	0,6	99,5	1,1
Bochum	100	99,2	0,4	0,3	99,6	0,7
Braunschweig	100	102,6	- 1,4	- 1,4	101,2	- 2,7
Dortmund	100	103,2	- 1,7	- 1,5	101,8	- 3,2
Essen	100	106,7	- 3,6	- 3,2	103,5	- 6,8
Berlin (West)	100	107,5	- 3,8	- 3,7	103,8	- 7,5
Bielefeld	100	114,3	- 7,0	- 7,1	107,2	- 14,4

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1973	Dezember 1973	Januar 1974	Januar 1973
		1965	1973				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾)							
Luftdruck	mm ²⁾)	759,7	762,3	760,1	757,8	762,3	767,2
Lufttemperatur	°C	8,6	9,5	4,5	2,0	4,4	2,1
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	79	84	88	88	92
Windstärke	Meßzahl ³⁾)	3	3	4	4	4	3
Bewölkung	" ⁴⁾)	7	5	5	6	7	7
Summenwerte ⁵⁾)							
Niederschlagshöhe	mm	981	701	110	100	67	24
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 660	70	47	18	24
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	79	7	13	24	21
Tage mit Niederschlägen	"	256	240	23	25	19	21
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾)							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	245,5
" Altona	"	264,3	254,2
" Eimsbüttel	"	264,6	252,4
" Hamburg-Nord	"	401,3	339,3
" Wandsbek	"	357,5	376,3
" Bergedorf	"	82,6	94,2
" Harburg	"	199,0	203,1
* Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 765,0
dav. männlich	"	861,9	817,1
weiblich	"	995,0	947,9
dar. Ausländer ⁷⁾)	"	59,8	...	125,3	129,1	...	116,2
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
* Eheschließungen ⁸⁾)	Anzahl	1 510	930 p	857 r	995 p	485 p	534
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	3,6
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 139 p	1 055 r	1 120 p	1 115 p	1 142
dar. unehelich	"	143	105 p	108 r	125 p	95 p	102
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	7,6
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	14,4	7,6
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	9,3 p	10,7 r	11,2 p	8,5 p	9,1
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 156 p	2 315 r	2 795 p	1 850 p	2 073
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	27 p	19 r	35 p	25 p	23
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	13,6	13,8
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	13,6	13,8
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁹⁾)	"	17,2	23,5 p	16,6 r	31,3 p	22,4 p	19,6
* Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	+ 123	- 1 017 p	- 1 260 r	- 1 675 p	- 735 p	- 931
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 0,8	- 6,2
3. Wanderungen							
* Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	...	7 053	6 233	8 344	7 972
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	6 553	...	6 636	6 212	7 267	7 806
* Fortgezogene Personen	"	379	...	417	21	1 077	166
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	37	...	383	217	927	238
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	- 342	...	+ 34	- 196	+ 150	- 72
dav. männlich	"
weiblich	"
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	...	14 097	13 110	16 529	16 950
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	"	1 542	...	1 648	1 568	2 029	1 991
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾)	"	835	...	1 096	1 004	1 291	1 192
Niedersachsen	"	1 091	...	1 063	902	1 337	1 288
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾)	"	272	...	431	345	445	423
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	...	1 593	1 406	2 084	1 988
Ausland und Sonstige ¹²⁾)	"	1 535	...	2 749	2 357	2 694	2 705
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	"	2 351	...	2 563	2 259	2 582	2 988
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾)	"	1 620	...	1 909	1 701	2 002	2 311
Niedersachsen	"	1 268	...	1 699	1 515	1 890	1 807
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾)	"	525	...	971	872	1 033	972
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	...	1 470	1 545	1 922	2 214
Ausland und Sonstige ¹²⁾)	"	767	...	904	893	873	797

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. - ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. - ⁷⁾ Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. - ⁸⁾ nach dem Ereignisort. - ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. - ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹²⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1973	Dezember 1973	Januar 1974	Januar 1973
		1965	1973				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	17 067	16 740	16 675	16 675	16 714	16 727
Patienten ³⁾	"	13 593	13 110	13 892	9 011	14 582	14 833
Pflegetage	"	415 910	406 670	422 595	364 791	421 178	428 014
Bettenausnutzung	%	83,9	83,3	87,6	73,2	83,9	85,4
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 017	3 030	3 026	3 076	3 076	3 026
Patienten ³⁾	"	3 134	2 893	2 888	2 890	2 911	2 916
Pflegetage	"	86 329	82 499	81 463	82 263	84 044	84 919
Bettenausnutzung	%		92,8	92,9	90,0	91,2	93,7
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	522 383	842 743	519 733	369 237	549 085	549 085
dar. in Hallenschwimmbädern	"	286 227	467 560	482 229	336 135	508 923	508 923
in Freibädern	"	158 845	339 706	—	—	—	—
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	347 847	527 563	599 336	491 306	623 528	561 588
Ausgeliehene Noten	"	4 079	7 021	8 697	5 946	8 411	7 721
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	23 403	37 938	43 655	30 080	45 833	44 081
Besucher der Lesesäle	"	7 069	9 448	11 239	7 753	11 507	11 321
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung —							
Besucher der Bibliothek und der Archive	"	2 131	3 446	3 816	2 249	3 925	3 505
Commerzbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	2 709	2 555	2 931	2 515	1 609	2 360
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 286	1 500	1 564	1 238	770	1 577
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	43 961	68 258	61 431	84 716	78 493	71 228
dav. Hamburger Kunsthalle	"	8 351	12 302	19 037	17 907	16 610	10 785
Altonaer Museum	"	5 531	12 530	10 408	10 260	13 720	24 339
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"	4 455	6 177	6 601	6 103	7 527	7 216
Helms-Museum	"	5 799	13 421	6 412	6 680	6 669	5 349
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg	"		12 094	5 142	4 493	4 996	3 627
Museum für Hamburgische Geschichte	"	9 247	11 447	9 032	7 317	12 692	13 782
Museum für Kunst und Gewerbe	"	7 983	6 383	4 369	23 427	4 633	5 500
Planetarium	"	2 595	5 998	5 572	13 002	14 737	4 257
Bischofsturm	"					1 905	
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ¹⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	...	683,1	681,9
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	...	399,2	398,0
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	...	45,8	45,6
Rentner	"	175,5	...	238,2	238,3
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	...	31,6	28,9
dav. männlich	"	17,9	...	21,4	19,8
weiblich	"	8,8	...	10,2	9,1
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	3 410	5 542	6 644	9 097	11 909	6 285
dav. männlich	"	2 318	2 959	3 510	5 507	7 140	3 415
weiblich	"	1 092	2 583	3 134	3 590	4 769	2 870
dar. nach ausgewählten Berufsbereichen							
Fertigungsberufe	"	1 155	...	1 582	3 246	4 248	1 430
Technische Berufe	"	108	...	417	406	643	316
Dienstleistungsberufe	"	2 965	...	4 277	5 060	6 527	4 164
2. Offene Stellen	"	25 827	18 838	15 718	11 920	13 439	16 928
3. Arbeitssuchende ⁴⁾	"	8 299	12 519	13 561	16 202	19 387	13 666
4. Vermittlungen ⁵⁾	"	16 368	11 269	12 019	11 701	13 292	12 652
dar. Kurzfristige Vermittlung bis zu 7 Tagen	"	10 527	5 765	5 426	7 617	8 565	6 929
5. Kurzarbeiter	"	3	284	486	2 606	3 677	25

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr und des Strafvollzugsamts. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungs-
krankenkasse. — ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁵⁾ durch das Arbeits-
amt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1973	Dezember 1973	Januar 1974	Januar 1973
		1965	1973				
Landwirtschaft und Fischerei							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
* Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 444	.	.	1 409	1 413
* dav. an Molkereien geliefert	%	86,0	92,2	.	.	92,5	91,4
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	10,4	.	.	11,1	10,0
2. Milcherstellung der Molkereien							
Vollmilch,	t	10 011
pasteurisiert, lose	"	3 528	1 549	.	.	1 366	1 724
pasteurisiert, abgepackt	"	.	7 595	.	.	7 394	8 389
ultra-hocherhitzt	"	6 482	1 046	.	.	828	945
Teilentrahmte Milch,	"
pasteurisiert, abgepackt	"	.	136	.	.	156	3
ultra-hocherhitzt	"	.	316	.	.	964	198
Entrahmte Milch	"	42	.
Buttermilcherzeugnisse	"	382	620	.	.	330	375
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"	147	.
3. Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	9,4	6,6	8,5	7,1
Kälber	"	2,6	1,1	0,9	1,1	1,0	1,1
Schweine	"	47,0	29,7	27,0	28,2	29,8	35,2
Schafe	"	2,7	0,7	0,5	0,3	0,5	0,8
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,2	9,1	6,0	7,5	5,5
* Kälber	"	2,5	1,0	0,9	1,1	1,0	1,0
* Schweine ¹⁾	"	49,6	30,3	27,6	29,3	30,2	36,1
* Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ²⁾	t	6 229	4 744	5 431	4 599	5 102	5 386
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	1 678	2 429	1 600	2 054	1 523
Kälber	"	187	80	72	83	71	82
Schweine	"	4 318	2 960	2 905	2 892	2 956	3 744
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie ³⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 367	1 349	1 349	1 346	1 384
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	194	193	192	190	195
dar. Arbeiter ⁴⁾	"	152	119	118	117	116	119
* Geleistete Arbeiterstunden ⁵⁾	"	24 859	18 319	19 525	16 557	18 415	19 002
* Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	199	240	203	193	184
* Gehälter (Bruttosumme)	"	75	170	217	187	171	155
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁶⁾	14	4	3	5	5	4
* Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 661	3 218	3 308	1 652	3 251
* Erdgasverbrauch (Ho = 4 300 kcal/cbm) ⁷⁾	1 000 cbm	.	63 213	74 243	82 488	40 876	68 047
* Heizölverbrauch	1 000 t	69	58	64	68	68	74
* Stromverbrauch	Mio kWh	112	187	199	190	210	194
* Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	16	13	14	13	14	15
* Umsatz ⁸⁾	Mio DM	1 304	1 917	2 115	2 328	2 104	1 730
dar. Auslandsumsatz ⁹⁾	"	155	315	314	529	372	255
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	126,9	137,7	129,1	117,9	119,2
Verarbeitende Industrie	"	109,0	125,6	136,5	128,8	114,4	116,0
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	141,8	154,7	130,1	130,3	134,0
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	131,7	147,8	161,6	114,6	116,8
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	109,9	105,7	114,2	98,8	99,4
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	105,8	115,0	102,0	100,4	99,4
Bauindustrie	"	103,7	128,4	124,8	88,9	114,5	119,6
Umsatz ⁸⁾ nach Industriegruppen insgesamt							
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	1 304	1 917	2 115	2 328	2 104	1 730
dar. Chemische Industrie	"	215	333	411	363	429	303
Elektroindustrie	"	101	168	162	147	207	182
Maschinenbau	"	143	239	282	247	238	227
Maschinenbau	"	83	150	159	210	134	105
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	13	13	13	13
* Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	596	692	743	729	709
* Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	58	64	76	70	76
Vj.-Durchschnitt ¹⁰⁾				3. Vj. 1972	4. Vj. 1972	1. Vj. 1973	1. Vj. 1972
		1965	1972				
3. Handwerk (Meßziffern) ¹¹⁾							
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	82,5	82,6	82,0	.	82,6
* Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	185,7	181,0	232,3	.	154,6
dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	183,9	180,4	239,0	.	144,9

¹⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ²⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. — ³⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ⁴⁾ einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — ⁵⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ⁶⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁷⁾ bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm, ab Januar 1974 Ho = 8 400 kcal/cbm. ⁸⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁹⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ¹⁰⁾ ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1973	Dezember 1973	Januar 1974	Januar 1973
		1965	1973				
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	43 660	41 670	40 031	...	44 360
dar. Inhaber	"	1 365	1 238	1 246	1 201	...	1 261
Angestellte	"	4 684	6 218	6 232	6 172	...	6 220
Arbeiter ²⁾	"	43 102	36 204	34 192	32 658	...	36 879
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 711	5 432	3 482	...	5 685
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 738	1 608	975	...	1 748
gewerbl. und industr. Bauten	"	1 673	2 034	1 927	1 260	...	2 090
öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	1 939	1 897	1 247	...	1 847
Löhne (Bruttosumme) ³⁾	Mio DM	46,3	80,6	80,5	57,5	...	74,9
Gehälter (Bruttosumme) ³⁾	"	5,9	15,6	19,6	18,7	...	14,1
Umsätze (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	229,6	260,6	298,5	...	152,8
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	66,4	76,1	75,1	...	36,1
gewerbl. und industr. Bau	"	31,0	81,8	79,4	136,2	...	75,8
öffentlichen und Verkehrsbaus	"	53,0	81,4	105,1	87,2	...	40,9
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	164	142	89	133	158
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	...	89	63	24	21	72
Umbauter Raum	1 000 cbm	440	416	406	622	497	476
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	85,8	82,5	135,5	91,5	87,8
Wohnfläche	1 000 qm	95	87	87	126	107	103
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	65	60	56	54	57
Umbauter Raum	1 000 cbm	359	493	402	287	508	316
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	71,5	42,4	47,6	99,9	43,2
Nutzfläche	1 000 qm	73	69	73	53	87	69
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 199	1 223	1 807	1 366	1 499
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	155	180	153	142	143
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	378	473	568	663	396
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	75,6	96,3	118,5	126,4	73,6
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	63	86	93	32	48
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	481	515	559	270	416
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	73,6	54,0	85,8	68,1	67,5
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 066	1 370	1 647	1 884	1 312
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	171	168	755	67	109
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	88	64	392	21	79
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	189	555	1 947	228	169
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	80,7	106,6	355,1	42,0	31,5
Wohnfläche	1 000 qm	96	91	124	412	52	36
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	69	81	335	31	46
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	638	628	3 699	188	777
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	77,9	46,6	440,4	43,5	117,7
Nutzfläche	1 000 qm	69	101	102	552	45	94
Wohnungen							
Wohnungen insges. ⁴⁾ (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 244	1 766	5 405	685	471
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	968	565	1 216	2 404	342	158
5. Bauüberhang							
(am Ende des Berichtszeitraumes) ⁵⁾							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	13 500	17 300	13 500	15 400	16 500
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	4 500	4 400	4 500	3 000	3 100
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ⁶⁾							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	188	188	188	188	187
Wohnungen	"	636	738	732	738	738	725
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 755	2 735	2 755	2 758	2 706

¹⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ²⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — ³⁾ ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ⁴⁾ ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — ⁵⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ⁶⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1973	Dezember 1973	Januar 1974	Januar 1973
		1965	1973				
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
* Einzelhandel	1962 = 100	119	211	262	265		177
dar. Warenhäuser	"	130	307	372	467	...	283
Facheinzelhandel	"	120	170	191	223	...	156
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels ¹⁾							
Groß- und Außenhandel	1970 = 100	97
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	93
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	101
3.* Die Ausfuhr des Landes Hamburg ^{2) 3)}							
Mio DM	Mio DM	212	420	445	555		317
dav. Waren der	"						
Ernährungswirtschaft	"	17	55	77	70		39
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	365	368	485		278
dav. Rohstoffe	"	2	3	3	3		2
Halbwaren	"	50	83	109	80		60
Fertigwaren	"	143	279	256	402		216
dav. Vorerzeugnisse	"	9	29	42	36		23
Enderzeugnisse	"	134	250	214	366		193
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern	"						
Europa	"	152	311	316	427		220
dar. EG-Länder	"	92	199	183	311		139
EFTA-Länder	"	40	57	70	68		50
4. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	111					
dav. Beherbergungsgewerbe	"	125					
Gaststättengewerbe	"	108					
5. Fremdenverkehr ⁴⁾							
Fremdenmeldungen	1 000	120	117	102 970	70		88
dar. von Auslandsgästen	"	42	40	29 809	19		26
Fremdenübernachtungen	"	232	225	202 809	140		172
dar. von Auslandsgästen	"	90	74	59 032	38		49
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See							
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 638	1 528 p	1 497	1 540 p	1 475 p	1 424
Abgegangene Schiffe	"	1 739	1 588 p	1 532	1 565 p	1 504 p	1 574
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	4 153 p	4 747 p	4 449 p	4 471 p	4 121
dav. Empfang	"	2 229	3 093 p	3 433 p	3 369 p	3 177 p	3 133
dav. Massengut	"	1 634	2 447 p	2 785 p	2 786 p	2 544 p	2 471
dar. Mineralöle	"	968	1 410 p	1 458 p	1 603 p	1 560 p	1 456
Sack- und Stückgut	"	595	646 p	648 p	583 p	633 p	662
Versand	"	713	1 060 p	1 314 p	1 130 p	1 294 p	988
dav. Massengut	"	292	470 p	632 p	507 p	573 p	467
Sack- und Stückgut	"	421	590 p	682 p	623 p	721 p	521
2. Binnenschifffahrt							
Güterempfang	1 000 t	340	382	414 r	290		187
Güterversand	"	309	400	434 r	401		304
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) ⁵⁾							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	4 088	5 105 p			4 903 p	4 895
Fluggäste	"	141,5	258,9 p			223,6 p	212,9
Fracht	1 000 t	1 164,4	1 999,6 p			2 072,1 p	1 925,8
Luftpost	"	413,7	722,7 p			700,3 p	696,1
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ⁶⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Schnell- und Vorortbahnen	1 000	23 537	27 546				29 076
Straßenbahn	"	9 436	3 587				4 496
Kraftomnibusse	"	12 289	18 621				18 554
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ^{7) 10)} (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	488,7	491,7	488,7	487,7	481,0
dar. Personenkraftwagen ^{7) 8) 10)}	"	310,8	438,5	441,1	438,5	437,5	432,8
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 419	4 004			5 839
dar. Personenkraftwagen ⁸⁾	"	4 632	4 907	3 637			5 279
Lastkraftwagen	"	362	379	284			448
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁹⁾	Anzahl	859	986	1 106	736	770	953
Getötete Personen	"	26	24	31	26	37	25
Verletzte Personen	"	1 106	1 308	1 518	943	967	1 280

¹⁾ Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — ²⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ³⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — ⁴⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — ⁵⁾ ohne Transit. — ⁶⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ⁷⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁸⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁹⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ¹⁰⁾ Bereinigtes Ergebnis ab August 1972.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1973	Dezember 1973	Januar 1974	Januar 1973
		1965	1973				
Geld und Kredit							
Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mio DM		38 431,4	39 030,3	39 734,4	39 691,1	34 873,9
Kredite an Nichtbanken							
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)			10 470,1	10 336,8	10 674,9 r	10 508,7	10 840,0
dar. an Unternehmen und Privatpersonen			10 357,1	10 236,7	10 554,3 r	10 356,7	10 686,6
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ²⁾			5 851,0	5 920,9	5 971,5	5 999,9	5 522,3
dar. an Unternehmen und Privatpersonen			5 393,1	5 446,4	5 496,4	5 485,0	5 068,0
Langfristige Kredite ²⁾ (von 4 Jahren und darüber)			22 110,3	22 772,6	23 088,0 r	23 182,5	18 511,6
dar. an Unternehmen und Privatpersonen			20 084,9	20 727,5	21 010,1 r	21 014,3	16 556,1
dar. Durchlaufende Kredite			809,6	675,8	746,3	694,7	821,1
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken			27 194,1	28 698,0	29 308,8	29 385,5	22 930,2
dav. Sicht- und Termingelder			17 617,9	19 215,9	19 260,9	19 345,5	13 251,4
dar. von Unternehmen und Privatpersonen			12 981,1	14 109,3	14 066,2	14 045,7	11 674,8
Spareinlagen		4 069,9	9 576,2	9 482,1	10 047,9	10 040,0	9 678,8
dar. bei Sparkassen		2 792,9	6 283,6	6 190,2	6 564,8	6 552,2	6 349,5
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)		244,3	531,5	560,3	586,3	724,4	724,0
Lastschriften auf Sparkonten		203,9	542,7	474,9	548,7	744,5	696,9
Zinsgutschriften		12,9	46,6	3,3	528,9	12,2	4,0
Konkurse und Vergleichsverfahren	Anzahl	17	18	24	18	23	14
Wechselproteste	Anzahl	1 044	635	641	511	594	701
Betrag	1000 DM	1 314	2 988	3 417	3 860	3 113	3 185
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ³⁾							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	24 650	27 871	27 276	22 372	21 602
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung		3 058	3 449	3 394	2 685	3 595	3 547
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung		1 196	1 533	1 348	1 294	1 495	1 488
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen		353	492	533	381	530	454
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg ⁴⁾							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	157	159	159	160	155
Grundkapital	Mio DM	3 975	5 913	5 967	6 198	6 306	5 793
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	6 086	6 256	6 314	6 336	5 880
Stammkapital	Mio DM	2 962	5 351	5 579	5 623	5 590	5 092
Steuern							
1.* Gemeinschaftssteuern							
dav. Steuern vom Einkommen	1 000 DM		814 395	705 526	1 343 965	893 497	829 470
dav. Lohnsteuer		200 385	478 819	367 867	951 157	504 854	465 275
Veranlagte Einkommensteuer		89 007	300 925	316 273	476 688	335 259	311 933
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag		64 393	100 573	24 158	252 769	44 882	60 159
Körperschaftsteuer		10 279	24 266	3 628	2 348	116 950	86 657
Steuern vom Umsatz		36 706	53 055	23 810	219 352	7 764	6 526
dav. Umsatzsteuer			335 576	337 658	392 809	388 643	364 195
Einfuhrumsatzsteuer		82 827	206 263	199 658	268 242	230 286	240 164
			129 313	138 000	124 567	158 357	124 031
2.* Bundessteuern							
dav. Zölle	1 000 DM	523 065	865 424	963 108	1 517 629	323 455	601 271
Verbrauchssteuern		45 076	56 426	61 780	55 958	57 396	60 373
dar. Mineralölsteuer		358 150	782 783	881 676	1 422 012	239 485	517 586
		261 342	665 657	740 751	1 236 146	175 872	461 458
3.* Landessteuern							
dav. Vermögensteuer	1 000 DM	35 517	42 954	73 255	28 307	30 380	36 704
Kraftfahrzeugsteuer		11 355	16 971	43 691	4 660	4 375	6 887
Biersteuer		7 992	12 314	12 778	13 128	14 330	15 737
		2 430	3 136	3 120	3 013	2 755	3 163
4.* Gemeindesteuern							
dav. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	46 355	94 475	234 498	22 276		
Grundsteuer A		34 764	70 343	204 026	28 153	9 353	16 035
Grundsteuer B		73	90	262	48		
		5 134	9 402	26 574	4 761		
5.* Einnahmen des Bundes							
	1 000 DM	601 215	1 308 304	1 383 335	2 238 479	796 968	1 044 588

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ³⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — ⁴⁾ ohne RM-Gesellschaften.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1973	Dezember 1973	Januar 1974	Januar 1973
		1965	1973				
Noch: Steuern							
6.* Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1 000 DM	157 752	269 532	162 893	572 313		
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ¹⁾ 2)	"	122 235	176 408	41 255	415 126		
dar. Anteil an den Steuern vom Umsatz	"		37 385	9 856	90 352		
dar. Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"		12 785	38 527	38 527		
Außerdem:							
dar. Einnahmen aus Gemeindesteuern ³⁾	"	46 355	68 905	157 443	54 779		
dar. Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer ¹⁾	"		47 805	14 319	102 124		
Einnahmen des Landes insgesamt	"		386 242	334 655	619 658		
			Vj.-Durchschnitt 1973	2. Vj. 1973	3. Vj. 1973	4. Vj. 1973	4. Vj. 1972
Öffentliche Finanzen	Mio DM		1 762,5	1 650,4	1 779,7	1 999,7	1 971,7
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben			1 762,5	1 650,4	1 779,7	1 999,7	1 971,7
dar. Personalausgaben	"		795,7	750,1	737,7	882,4	729,9
Bauinvestitionen	"		185,1	136,1	203,9	278,5	222,8
dar. für Schulen	"		54,8	43,8	65,1	76,8	51,6
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"		23,1	13,1	26,1	39,2	22,9
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"		8,5	6,6	10,0	12,9	7,1
Straßen	"		20,2	13,5	24,1	34,9	32,7
Wasserstraßen und Häfen	"		21,1	17,0	23,7	28,1	29,0
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"		155,0	204,4	116,5	130,8	120,8
Zuführung zu Rücklagen	"		8,6	0,0	20,0	14,2	14,9
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen			1 802,7	1 664,2	1 815,3	2 001,5	1 661,0
dar. Steuern	"		1 158,7	1 035,5	1 275,1	1 210,2	1 135,6
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"		57,7	63,7	56,7	64,9	51,3
Gebühren, Beiträge usw.	"		192,2	178,8	199,1	188,2	144,0
Entnahme aus Rücklagen	"		12,5	0,6	29,7	1,9	36,5
Schuldenaufnahme	"		207,8	226,4	58,5	325,2	73,8
3. Schuldenstand am Ende des Quartals			4 933,7 p	4 819,8	4 837,1	5 144,3	4 680,1 p
dar. am Kreditmarkt	"		3 578,3 p	3 469,6	3 491,5	3 773,7	3 316,1 p
bei Gebietskörperschaften	"		694,2 p	687,0	683,9	711,7	688,1 p
			Monatsdurchschnitt	Mai 1973	August 1973	November 1973	November 1972
Preisindizes für Baugewerbe		1965	1972				
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	182,9	200,0	202,0	203,6	187,3
dar. Einfamiliengebäude	"	113,3	183,2	200,8	203,3	204,9	187,7
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	182,7	199,2	200,8	202,3	186,9
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	182,3	198,6	200,5	202,1	186,4
Bürogebäude	"	112,2	180,1	185,8	196,3	197,6	184,0
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	180,7	193,2	194,9	195,0	183,8
				Januar 1973	April 1973	Juli 1973	Juli 1972
Löhne und Gehälter ⁴⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM	232	394	412	427	441	397
dar. männliche Arbeiter	"	140	245	257	265	278	247
Bruttostundenverdienste	"	5,10	8,90	9,41	9,63	10,02	9,01
dar. männliche Arbeiter	"	3,32	5,97	6,20	6,39	6,73	6,04
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,5	44,2	43,8	44,4	44,0	44,1
dar. männliche Arbeiter	"	42,2	41,0	41,5	41,5	41,2	40,9
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte	DM	1 098	1 905	2 077	2 109	2 171	1 919
dar. männlich	"	747	1 381	1 488	1 515	1 570	1 394
weiblich	"	1 182	2 033	2 158	2 232	2 306	2 054
Technische Angestellte	"	748	1 374	1 458	1 490	1 542	1 389
dar. männlich	"						
weiblich	"						
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 043	1 775	1 883	1 951	1 993	1 787
dar. männlich	"	668	1 254	1 288	1 339	1 376	1 264
weiblich	"						
In Industrie und Handel ⁵⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 058	1 808	1 932	1 989	2 036	1 820
dar. männlich	"	688	1 286	1 329	1 375	1 416	1 297
weiblich	"						
Technische Angestellte	"	1 176	2 024	2 108	2 175	2 252	2 044
dar. männlich	"	838	1 504	1 614	1 683	1 699	1 515
weiblich	"						

¹⁾ nach Zerlegung. — ²⁾ nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. — ³⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ⁴⁾ Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ⁵⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1973	Dezember 1973	Januar 1974	Januar 1973
		1965	1973				
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 114	11 168	11 544	9 899	11 760	11 488
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	4	7	10	7	2	14
Körperverletzung	"		420	379	374	460	492
Raub, räuberische Erpressung	"	41	110	103	121	97	134
Diebstahl	"	5 235	7 132	7 444	6 147	7 511	7 298
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 506	3 653	2 985	3 790	3 583
Betrug und Untreue	"	722	1 200	1 167	1 045	1 042	940
Außerdem:							
Verkehrsvergehen ¹⁾	"	862	1 447	1 546	1 407	1 580	1 421
Verkehrsordnungswidrigkeiten ²⁾	"	8 929	9 671	10 220	7 278	10 328	13 747
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	423	532	548	649	516	478
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ³⁾	"	31 317	29 591	30 193	24 602	29 789	27 690
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	4 960	...	14 655	14 557
dav. Feueralarme	"	288	...	412	520
dar. bekämpfte Großbrände	"	9	...	9	10
falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	...	106	112
Rettungswageneinsätze	"		...	13 148	13 303
dar. für Krankentransporte	"	4 494	...	2 945	3 328
Straßen- und Verkehrsunfälle	"		...	1 928	1 542
Hilfeleistungen aller Art	"		...	1 095	734
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"		...	99	114

¹⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — ²⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen und ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — ³⁾ vor dem 1. 1. 1969 gebührenpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschließlich Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die zuvor unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt wurden.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1973

Großstädte	Bevölkerung							Erwerbstätigkeit		Industrie ¹⁾				
	Wohnbevölkerung ¹⁾	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zugezogene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose ¹⁾	Offene Stellen ¹⁾	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz ²⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	
	1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM	
Berlin	3. Vj.	2 050 ⁴⁾	4 588	9 085	- 4 497	24 839	23 052 ⁴⁾	- 2 710	6 976	21 258	236 781	116	5 632	2 747
	2. Vj.	2 053 ⁴⁾	4 474	9 037	- 4 563	20 985	20 268 ⁴⁾	- 3 846	8 091	20 438	237 631	116	5 587	2 721
Hamburg	3. Vj.	1 755	3 499	5 937	- 2 438	19 703	20 002	- 2 737	4 590	21 083	193 203	110	5 562	3 169
	2. Vj.	1 757	3 435	6 491	- 3 056	17 303	19 321	- 5 074	4 437	22 210	193 684	110	5 698	3 243
München	3. Vj.	1 338 p	2 557	3 037	- 480	28 535	26 078	+ 1 977	4 887 ⁷⁾	21 966 ⁷⁾	194 740	146 p	5 139	3 841 p
	2. Vj.	1 336 r	2 467 r	3 137 r	- 670	24 430	28 614 r	- 4 854 r	3 634 ⁷⁾	22 064 ⁷⁾	192 300	144 r	4 952	3 707 r
Köln	3. Vj.	833	2 009	2 303	- 294	15 570	16 049	- 773	3 582	8 820	133 043	160	3 044	3 654
	2. Vj.	834	2 046	2 327	- 281	12 240	14 490	- 2 531	3 241	9 896	133 770	160	3 329	3 991
Essen	3. Vj.	679	1 370	2 094	- 724	6 026	6 997	- 1 695	4 289	7 025	61 785	91	1 264	1 862
	2. Vj.	681	1 485	2 219	- 734	5 316	7 031	- 2 449	4 053	5 757	61 713	91	1 122	1 648
Düsseldorf	3. Vj.	638	1 309	1 904	- 595	9 829	11 438	- 2 204	2 138	7 708	113 341 p	178 p	2 505 p	3 926 p
	2. Vj.	641	1 267	1 918	- 651	8 976	9 990	- 1 665	2 205	8 482	114 489 p	179 p	2 489 p	3 883 p
Frankfurt/M.	3. Vj.	673	1 386	1 896	- 510	16 198	17 009	- 1 321	2 874	19 794	126 734	188	2 896	4 303
	2. Vj.	675	1 427	1 923	- 496	13 836	15 660	- 2 320	2 477	19 992	125 995	187	2 862	4 240
Dortmund	3. Vj.	637	1 427	1 964	- 537	5 232	5 583	- 888	3 364	6 678	77 471	122	1 433	2 250
	2. Vj.	638	1 505	2 058	- 553	4 630	5 205	- 1 128	3 549	6 792	77 020	121	1 389	2 177
Stuttgart	3. Vj.	626	1 380	1 490	- 110	17 499	18 624	- 1 235	947	14 566	148 327	237	4 471	7 142
	2. Vj.	627	1 416	1 515	- 99	14 936	15 204	- 367	732	16 183	147 536	235	4 429	7 064
Bremen	3. Vj.	587	1 362	1 761	- 399	8 187	8 163	- 375	2 998	7 731	84 356	144	2 543	4 332
	2. Vj.	587	1 339	1 900	- 561	6 626	7 674	- 1 609	2 865	7 844	85 611	146	2 647	4 509
Hannover	3. Vj.	511	1 029	1 556	- 527	9 111	9 954	- 1 370	3 413	9 465	106 241	208	2 204	4 313
	2. Vj.	513	1 137	1 660	- 523	8 646	9 915	- 1 792	3 385	11 518	106 955	208	2 463	4 801

Großstädte	Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ⁴⁾			Straßenverkehrsunfälle		Steuern		
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ²⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ³⁾	Lohn- und Einkommensteuer	
	1 000	Mio DM	1 000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1 000 cbm	1 000	Anzahl	1 000	Anzahl	Anzahl	1 000 DM	1 000 DM	
Berlin	3. Vj.	15 865	467	228	718	5 141	595	5 346	789	274	134	763	3 447	4 411	107 599	59 788
	2. Vj.	15 769	439	214	583	4 179	443	4 327	339	301	147	827	3 793	4 829	142 288	38 713
Hamburg	3. Vj.	17 032	820	467	638	4 676	389	2 716	520	429	244	797	2 885	3 991	174 003	144 686
	2. Vj.	18 571	665	378	591	3 177	289	2 156	1 321	405	231	760	3 237	4 350	154 030	130 727
München	3. Vj.	22 878	703	525 p	384	2 967	615	3 588	837	604	451 p	1 184	2 246	3 134	155 349	115 964
	2. Vj.	21 790	628	470 r	339	3 096	370	4 262	1 179	533	399 r	1 118	2 095	2 991	129 783	93 157
Köln	3. Vj.	8 223	304	365	182	1 974	126	1 284	172	204	245	360	1 260	1 656	96 557	48 581
	2. Vj.	8 453	259	311	196	2 007	93	935	148	190	228	348	1 344	1 885	84 728	54 686
Essen	3. Vj.	.	.	.	177	1 445	131	731	349	31	46	70	817	1 090	58 392	32 914
	2. Vj.	.	.	.	136	650	114	1 000	149	37	54	76	841	1 127	54 219	32 674
Düsseldorf	3. Vj.	8 242	312	489	66	732	142	967	387	150	235	305	862	1 075	108 166	44 379
	2. Vj.	8 231	297	463	92	970	99	792	237	159	248	324	944	1 257	70 575	49 956
Frankfurt/M.	3. Vj.	11 893	427	634	193	1 087	20	322	365	332	493	621	1 153	1 494	183 831	48 764
	2. Vj.	12 076	410	607	126	877	23	191	66	327	484	615	1 337	1 792	173 785	54 787
Dortmund	3. Vj.	5 870	262	411	179	896	270	1 191	178	35	55	70	847	1 127	40 507	27 341
	2. Vj.	6 002	179	281	204	1 192	121	938	552	40	63	81	926	1 262	37 096	23 779
Stuttgart	3. Vj.	12 588	413	660	120	913	192	1 388	197	118	188	275	849	1 224	67 127	50 611
	2. Vj.	12 618	351	560	158	1 530	142	661	440	129	206	302	870	1 267	63 084	54 296
Bremen	3. Vj.	.	.	.	218	1 120	289	1 228	583	88	150	162	998	1 212	85 790	37 056
	2. Vj.	.	.	.	207	1 298	165	807	279	88	150	168	1 016	1 255	57 839	34 775
Hannover	3. Vj.	6 232	241	472	79	1 135	143	724	138	91	178	165	822	1 021	74 543	31 792
	2. Vj.	6 434	220	429	75	709	56	823	252	104	203	192	929	1 200	56 218	34 562

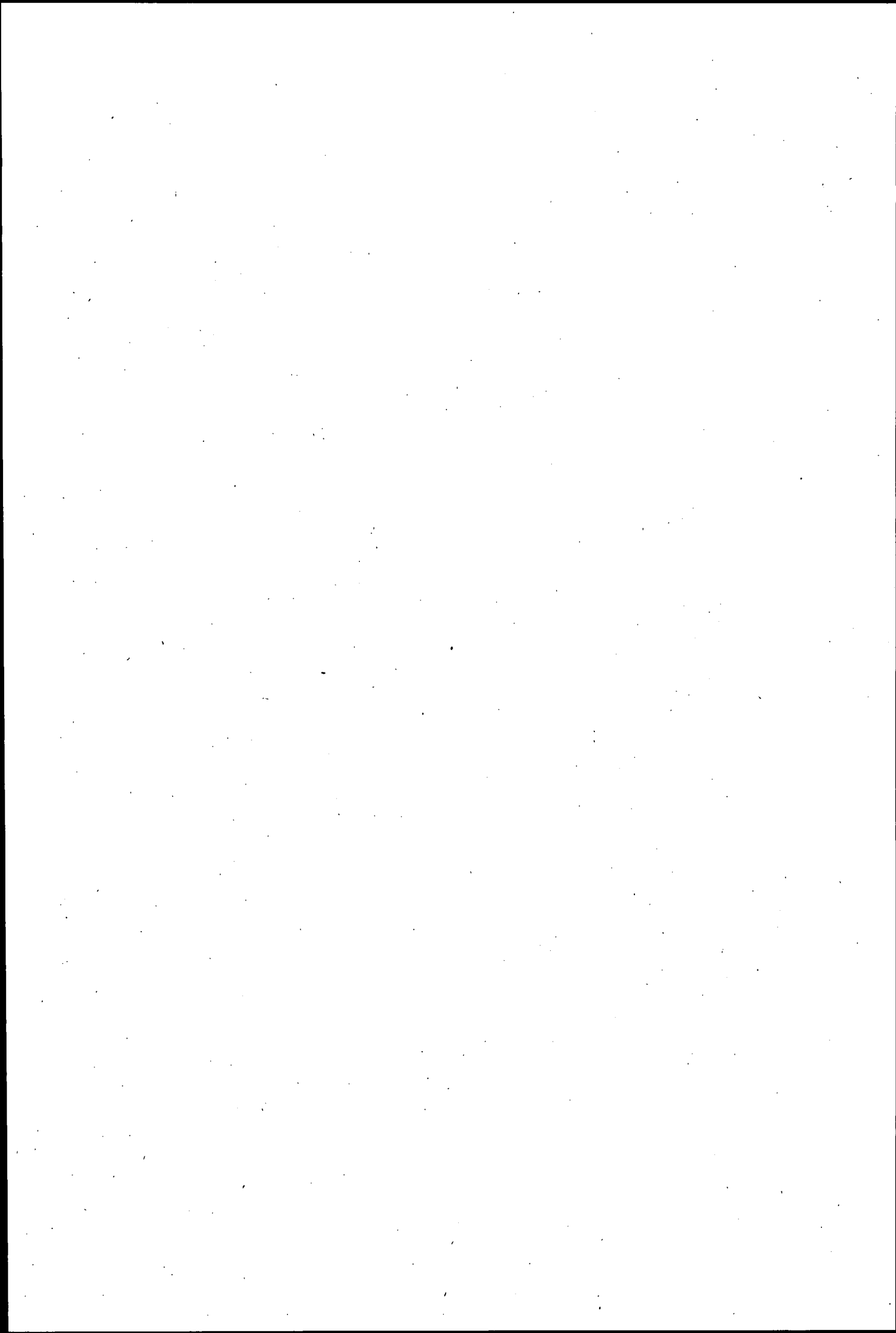
¹⁾ jeweils Quartalsende. — ²⁾ Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. — ³⁾ ohne Mehrwertsteuer. — ⁴⁾ ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. — ⁵⁾ einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. — ⁶⁾ In den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. — ⁷⁾ einschließlich Landkreis München.

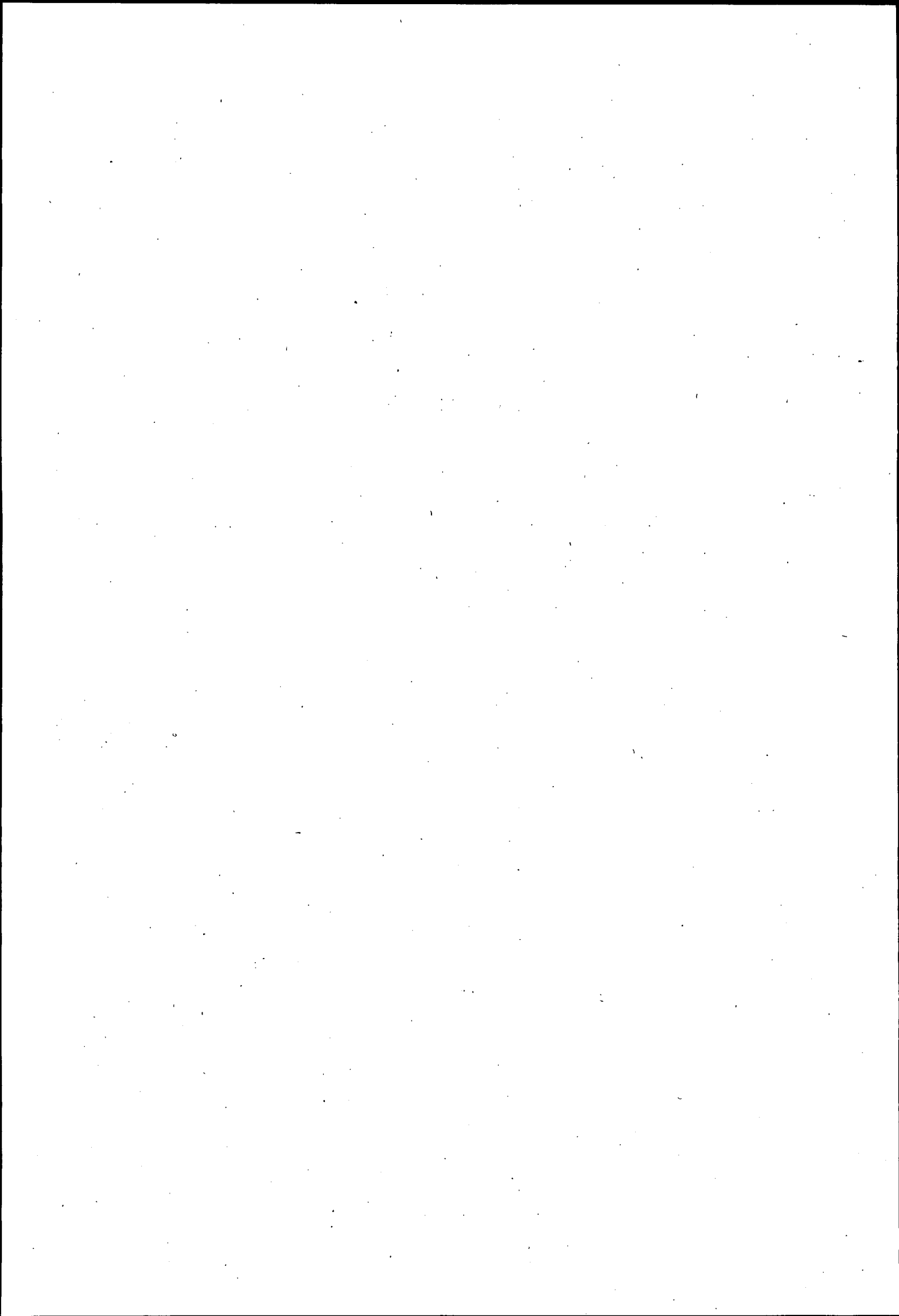
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

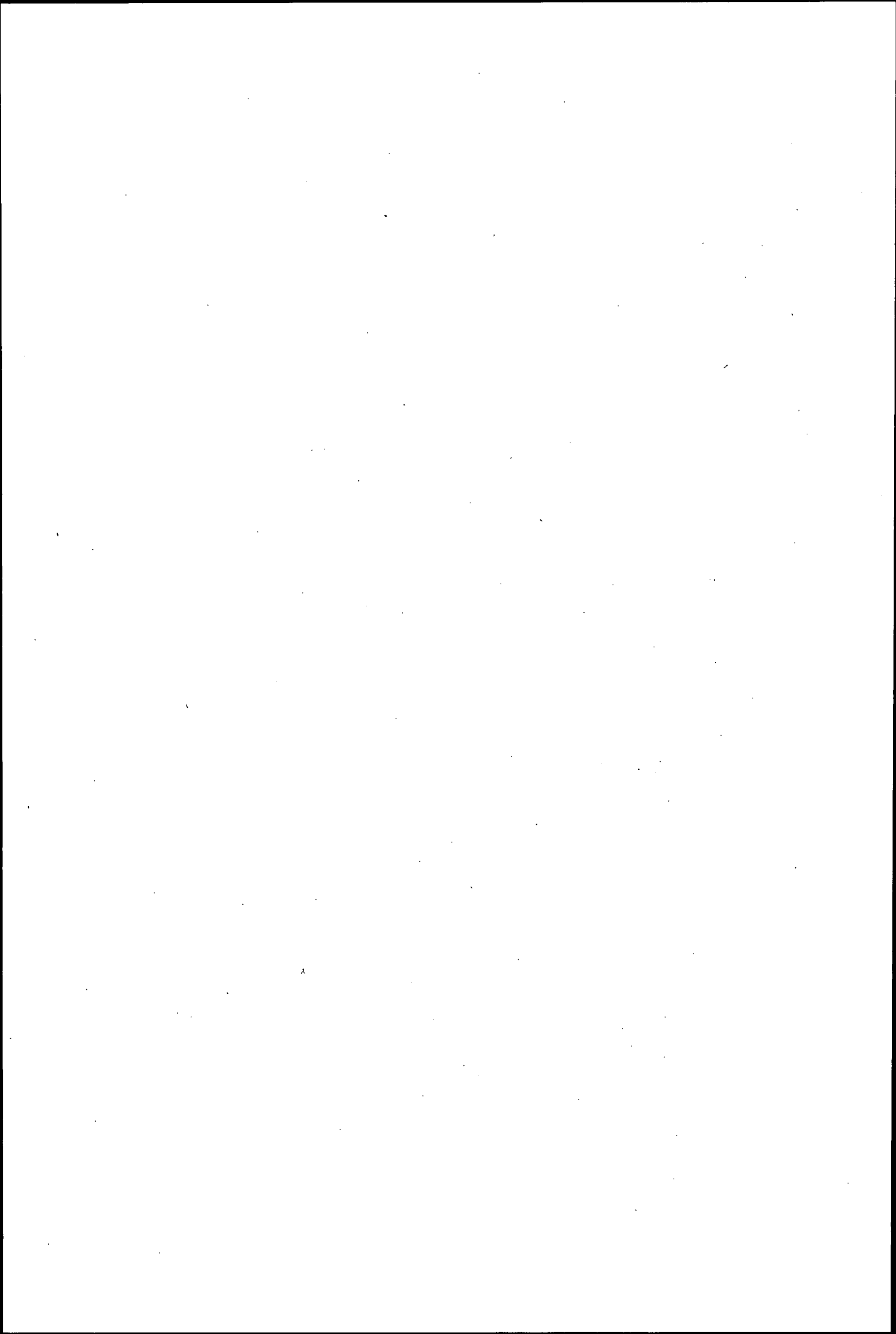
Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1973	November 1973	Dezember 1973	Dezember 1972
		1965	1973				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	61 809,4
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	6,9
Lebendgeborene	Einw. und 1 Jahr	17,7	10,6
Gestorbene		11,5	13,0
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 406	8 321	8 304
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	976	839	885
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	60 293	57 366	52 942
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	13 456	13 641	11 401
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)	1962 = 100	118,2	178,2	184,9	195,5	185,1	178,6
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	"	119,1	181,8	188,5	199,3	188,6	180,5
Verarbeitende Industrie	"	124,8	211,8	221,3	226,7	199,9	193,8
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	117,8	175,5	180,5	196,2	199,2	183,0
Investitionsgüterindustrie	"	115,6	167,6	169,7	179,3	171,2	175,6
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,2	152,8	164,5	175,2	156,6	149,3
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	"	118,9	148,1	163,7	160,9	116,1	142,8
Bauindustrie	"						
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 642,6	...	42 955	41 670	...	1 513
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Mio Std.	233,3	...	6,5	5,4	...	177,3
Geleistete Arbeitsstunden	Mio DM	3 698	...	233,6	260,6	...	10 022,3
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Anzahl	51 898	54 841 p	48 546	43 045	32 302	57 987 r
Baugenehmigungen für Wohnungen	"	49 326	...	58 312	69 130	...	280 115 r
Baufertigstellungen für Wohnungen	"						
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962 = 100	124	219	250	247	290	282
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	101	101
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	...	13 340	11 179
dav. Empfang	"	6 950	...	10 259	8 939
Versand	"	1 885	...	3 081	2 240
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	188 344	174 676	134 793	80 003	138 719
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	26 364	29 443 p	31 942	28 187 p	21 994 p	30 891 p
Getötete Personen	"	1 313	1 358 p	1 476	1 323 p	1 000 p	1 737 p
Verletzte Personen	"	36 124	40 642 p	43 401	37 783 p	29 596 p	42 353 p
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	5 105	5 408	5 798 p	7 916	6 291
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	2 204	826	505 p	5 865	5 649
Körperschaftsteuer	"	681	907	219	258 p	2 577	2 349
Steuern vom Umsatz ¹⁰⁾	"	2 018	4 152	3 905	4 364 p	4 604	4 328
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾	1962 = 100	104,0	123,8	126,0	127,3	128,3	118,2
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	"	106,3	124,8	127,4	136,7	143,6	112,7
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	"	104,8	133,9	135,8	138,0	140,3	126,3
Preisindex für Wohngebäude ²⁾	"	114,6	187,1	189,8	189,8	189,8	177,1
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁾	1970 = 100	109,0	118,2	119,8	121,1	121,9	113,7
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	117,7	118,2	119,5	120,1	113,4
Wohnungsmieten	"	118,5	119,4	121,1	121,8	122,2	115,1
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	...	8,02	8,37	8,61	7,77
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	...	43,9	43,2	43,7	43,8

Quelle: Statistisches Bundesamt.

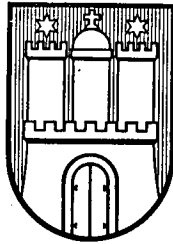
¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — ⁹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschließlich Investitionsteuer.







HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1974

April-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Einwohnerzahl weiterhin rückläufig

Der seit 1965 anhaltende Rückgang der hamburgischen Bevölkerung setzte sich auch 1973 fort. Nach den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung hatte Hamburg Ende vergangenen Jahres 1 751 600 Einwohner, rund 14 600 oder 0,8% weniger als Ende 1972.

Obwohl die Zahl der Gestorbenen 1973 mit 25 900 kaum über der des Vorjahres lag, hat sich der Gestorbenenüberschuß um 15% erhöht. Da nur noch 13 700 Kinder geboren wurden – ein Jahr zuvor waren es mehr als 15 200 –, übertraf die Zahl der Gestorbenen die der Lebendgeborenen um 12 200. Während im Berichtsjahr fast 14% weniger Kinder deutscher Eltern in Hamburg das Licht der Welt erblickten, nahmen die Ausländergeburten gegenüber 1972 um annähernd ein Zehntel zu. 1973 hatte jedes sechste von den hamburgischen Standesämtern registrierte neugeborene Kind eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Auch bei der Entwicklung der Zu- und Fortzüge von und nach Hamburg spielten die Ausländer wiederum eine große Rolle. Über 28 200 der im abgelaufenen Jahr zugezogenen und mehr als 14 200 der fortgezogenen Einwohner waren Ausländer. Insgesamt haben über 76 000 Personen Hamburg als neuen Wohnort gewählt, rund 78 400 Einwohner sind aus der Stadt fortgezogen. Damit belief sich das Wanderungsdefizit auf weniger als 2 400 Einwohner.

Mehr Aus- als Einzahlungen bei den Sparkonten

Bei den in Hamburg tätigen Kreditinstituten wurden 1973 erstmalig seit der Währungsreform mehr Spargelder abgehoben als eingezahlt. Die Lastschriften auf den Sparkonten überstiegen die Gutschriften in den Jahressummen um rund 135 Mio DM. Allerdings wurden den Sparern über eine halbe Milliarde DM an Zinsen gutgeschrieben, so daß sich Ende 1973 nach Gegenrechnung des Auszahlungsüberschusses ein Bestand an Spareinlagen von etwas über 10 Mrd DM ergab, knapp 4% mehr als am 31. Dezember 1972. Die entsprechenden Zuwachsraten der beiden vorhergehenden Jahre lagen jeweils über 10%.

Rund ein Siebentel des Gesamteinlagenbestandes war von den Sparern prämienebegünstigt angelegt. Im Vergleich zum Vorjahr haben die prämienebegünstigten Spareinlagen um mehr als 30% zugenommen. Diese Steigerung kann als An-

zeichen für ein zunehmend renditebewußteres Verhalten der Sparer gedeutet werden.

Der durchschnittliche Gesamtsparanlagenbestand je Kopf der Hamburger Bevölkerung stieg von 5483 DM Ende 1972 auf 5738 DM per 31. Dezember 1973.

Einfuhr von Ernährungsgütern stark gestiegen

Im Jahr 1973 belief sich die Einfuhr von Waren der Ernährungswirtschaft über den Hamburger Hafen auf 5,9 Mrd DM. Dies entspricht einer Zunahme von knapp einem Fünftel gegenüber dem Vorjahr.

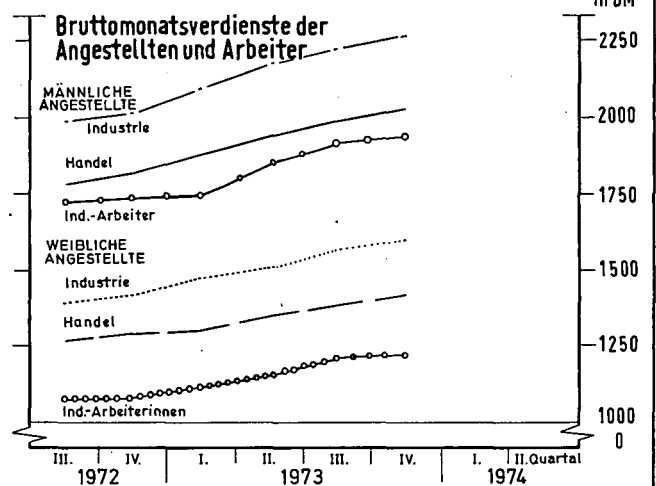
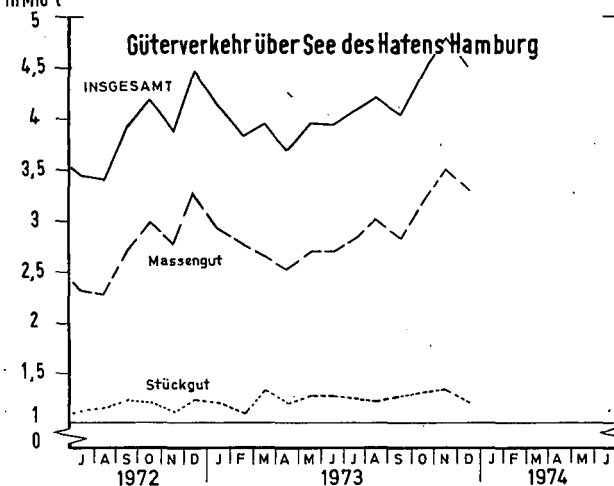
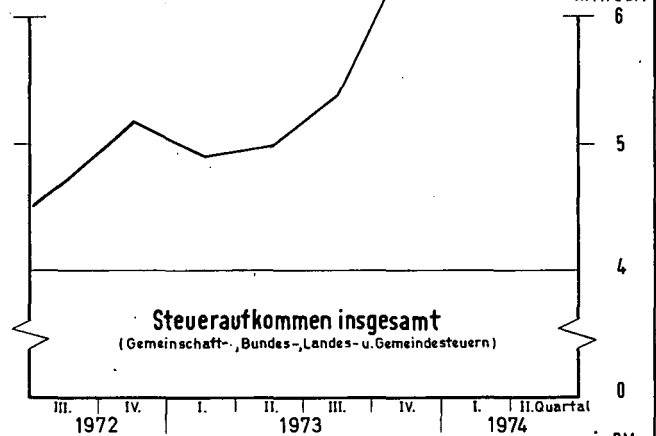
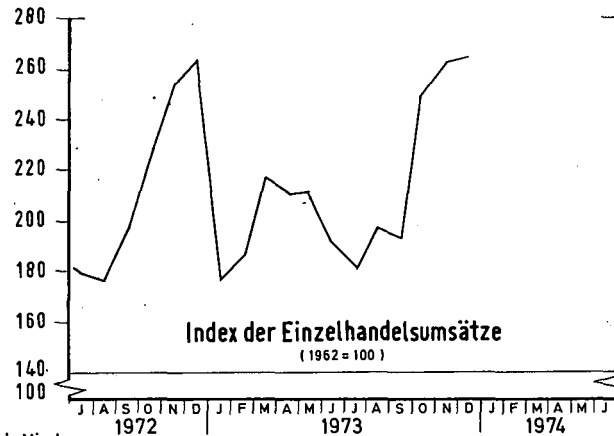
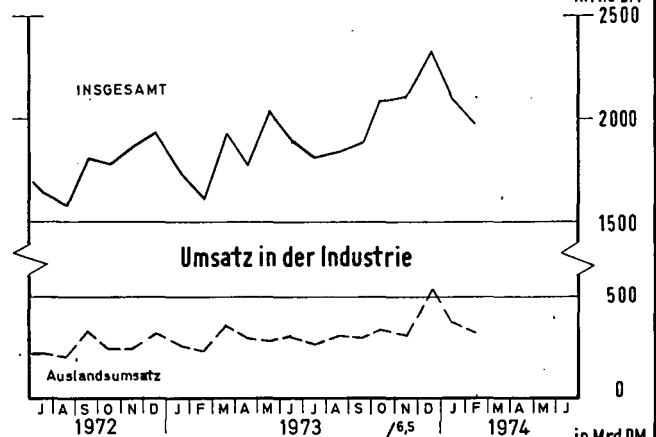
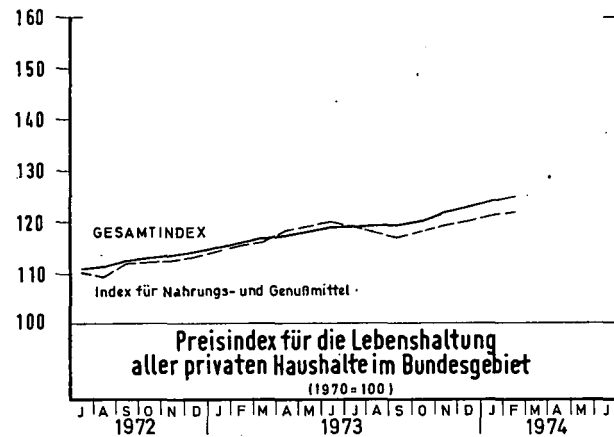
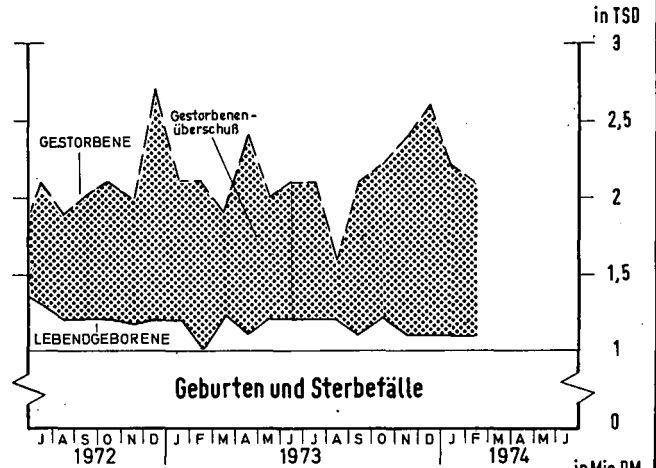
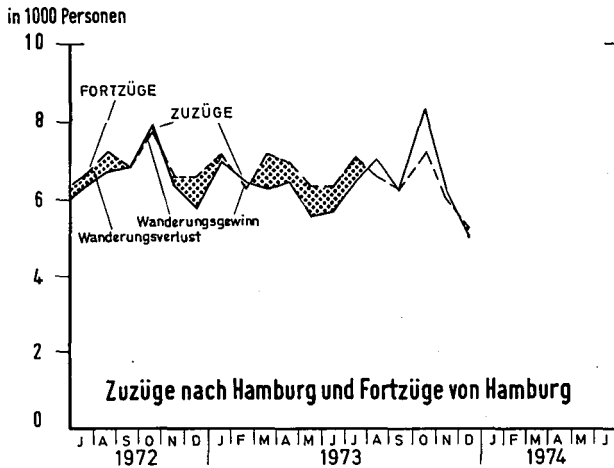
Die für Hamburg interessanteste Gütergruppe bildeten dabei Obst und Südfrüchte, einschließlich Konserven, mit einem Importwert von rund 1,2 Mrd DM (+ 13%). Die weitaus stärksten Zuwachsraten wurden jedoch bei Ölkuchen (95%), bei Ölfrüchten (42%) sowie bei Getreide mit 27% erzielt – und das gegenüber vergleichsweise sehr hohen Vorjahreswerten. Auch die Zufuhren von Fleisch und Fleischwaren, Rohkakao, Honig, Dörren und Gewürzen wiesen Steigerungen auf, während die Einfuhren von Kaffee und Rohtabak leicht rückläufig waren.

Geringerer Güterversand in der Binnenschifffahrt

1973 beförderte die Binnenschifffahrt im Verkehr mit Hamburg rund 9,4 Mio t Güter; gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang um 3%. Ausschlaggebend dafür war ausschließlich der Oberelbe-Verkehr, der am Jahresanfang durch starke Vereisung und im zweiten Halbjahr durch niedrige Wasserstände erheblich behindert wurde. Die stärksten Umschlagsverluste waren im Verkehr mit der CSSR und mit Berlin (West) zu verzeichnen. Im Niederelbe-Verkehr konnten die Transportleistungen dagegen mit 18% eine beträchtliche Zuwachsrate erzielen.

Von dem Rückgang war, im ganzen gesehen, allein der Güterversand betroffen, der um 6% auf 4,8 Mio t abnahm; vor allem Getreide, Düngemittel, Rohes Erdöl sowie NE-Metalle wurden in geringerem Umfang verladen. Auf der Empfangsseite trat hingegen eine leichte Steigerung um 0,3% auf knapp 4,6 Mio t ein; hier wurde eine Abnahme bei den Gütergruppen Steine und Erden sowie Steinkohlen durch erhöhte Zufuhren von Mineralölzeugnissen und Düngemitteln mehr als ausgeglichen.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in Hamburg bis zum Jahr 1985

— Ergebnisse der 4. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung —

INHALT

	Seite
1. Vorbemerkungen	87
2. Vorausschätzungsmodell und Grundannahmen	87
3. Ansätze der Vorausschätzung	88
4. Zur Wahrscheinlichkeit der Ansätze	89
5. Ergebnisse der natürlichen Bevölkerungsentwicklung	90
6. Ergebnisse der Bevölkerungsentwicklung einschließlich Wanderungen	91
7. Wandlungen im Altersaufbau der Bevölkerung	94
8. Veränderung des Erwerbspotentials	95
9. Entwicklung der Zahl der Privathaushalte	96

1. Vorbemerkungen

Die Ergebnisse der 3. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung für Hamburg sind im Juli 1971 veröffentlicht worden¹⁾. Die Vorhersage steigender Gestorbenenüberschüsse hat sich bisher bestätigt. Da jedoch die Annahmen über die Fruchtbarkeitsentwicklung noch unter dem Eindruck sehr hoher Geborenenzahlen aus den Jahren 1960 bis 1968 standen, wurde der sich abzeichnende Geburtenrückgang als temporäre Erscheinung interpretiert und entsprechend die Fruchtbarkeit für den Prognosezeitraum relativ hoch angesetzt. Dennoch hat sich bereits die Tendenz zu einem kontinuierlichen Absinken der Hamburger Bevölkerung angedeutet. Die Berechnungen ergaben, daß die Einwohnerzahl von 1,82 Mio am 1. 1. 1970 auf 1,74 Mio im Jahr 1985 sinken würde.

Inzwischen ist dieser Bevölkerungsstand bereits am Ende des Jahres 1973 mit etwa 1,75 Mio fast erreicht worden. Hauptursache dieses starken Einwohnerschwundes ist der unerwartet hohe Geburtenrückgang. Er beruht, wie nun deutlich geworden ist, auf einer grundlegenden Änderung im generativen Verhalten der Bevölkerung, so daß längerfristig mit einer sehr niedrigen Fruchtbarkeit zu rechnen ist. Dieser Erkenntnis ist in der hier vorgelegten Vorausschätzung durch eine um etwa 33% bzw. 40% niedrigere allgemeine Fruchtbarkeit im Vorausschätzungszeitraum Rechnung getragen worden.

Auch die Annahmen über das zukünftige Wanderungsgeschehen bedurften aufgrund der tatsächlichen Entwicklung einer Korrektur. Die Erholung der Wanderungsbilanz seit 1967 mit einem Wanderungsgewinn von 2 400 Personen im Jahr 1970 war nur eine vorübergehende Erscheinung. Statt der erwarteten Nettozuzüge von 8 000 Personen in den ersten vier Prognosejahren der 3. Vorausschätzung haben sich Wanderungsverluste in Höhe von rund 9 000 Personen eingestellt. Dagegen wurde die Entwicklung der Gestorbenenanzahl von 1970 bis 1973 mit einem Fehler von nur 1 % sehr genau vorausgesagt.

Die notwendig gewordenen Korrekturen der Wanderungs- und Fruchtbarkeitsannahmen schlagen sich in der 4. Vorausschätzung, deren Ansätze ebenfalls auf Bundesebene koordiniert worden sind, in einer erheblich niedrigeren Bevölkerungszahl für das Jahr 1985 nieder, als nach der 3. Vorausschätzung erwartet wurde. Nach Abwägung der jetzt erkennbaren Tendenzen ist es nicht unwahrscheinlich, daß Hamburg 1985 weniger als 1,65 Mio Einwohner beherbergen wird²⁾.

2. Vorausschätzungsmodell und Grundannahmen

Die Berechnungen nehmen von einer nach Alter und Geschlecht gegliederten Basisbevölkerung, als An-

¹⁾ In diesem Beitrag werden nur die Eckzahlen der vorausgerechneten Bevölkerungsentwicklung dargestellt. Auf Wunsch können vom Statistischen Landesamt Kopien von Archivtabellen mit folgenden Angaben zur Verfügung gestellt werden: Bevölkerung nach Geschlecht und Alter für die Vorausschätzungsjahre 1974 bis 1985. Das Alter ist nach 5-Jahresgruppen sowie für die ersten 21 Lebensjahre nach Einzeljahren gegliedert.

¹⁾ Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung in Hamburg bis 1985 (Ergebnisse der 3. koordinierten Vorausschätzung). In: Hamburg in Zahlen. 1971, S. 205 ff.

fangsbestand des ersten Vorausschätzungsjahres, ihren Ausgang. Dieser Bestand wird im Laufe des Jahres durch Abgang der Gestorbenen³⁾, durch Zugang von Lebendgeborenen³⁾ und durch Wanderungen verändert. Darüber hinaus verschiebt sich die Alterspyramide jährlich durch das Älterwerden der Bevölkerung um ein Jahr nach oben.

Natürliche Bevölkerungsentwicklung

Als Grundmodell dient, unter Ausschluß von Wandervorgängen, eine nach diesen Prinzipien vorgenommene geburtsjahrgangweise Fortschreibung der Basisbevölkerung: die sogenannte natürliche Bevölkerungsentwicklung. Diese hypothetische Entwicklung des Bevölkerungsbestandes eines Gebietes ohne Wanderungen über die Landesgrenze läßt erkennen, ob das Verhältnis von Fruchtbarkeit zu Sterblichkeit langfristig ein Wachsen durch Geborenenüberschüsse oder eine Abnahme der Einwohnerzahl infolge von Gestorbenenüberschüssen verursachen würde.

Bevölkerungsentwicklung bei Berücksichtigung von Wanderungen

In einer Erweiterung dieses Grundmodells werden die Auswirkungen von Wanderungen berücksichtigt. Dabei ist zu unterscheiden zwischen der direkten Veränderung von Einwohnerzahl und Altersgliederung durch die Wanderung und deren indirekter Auswirkung auf die Zahl der Geborenen und Gestorbenen.

Determinanten der Bevölkerungsentwicklung in Hamburg seit 1960

Nach dem Schema dieser modellhaften Komponenten ist in Hamburg seit Anfang der 60er Jahre folgendes Grundmuster der Bevölkerungsbewegung vorherrschend gewesen:

- Die Fruchtbarkeit ist nicht hoch genug, um langfristig bei natürlicher Entwicklung die Auswirkungen der Sterblichkeit auszugleichen (dies ist selbst 1964 - mit einer über doppelt so hohen Geborenenzahl wie 1973 - der Fall).
- Die Wanderung bewirkt eine Verjüngung der Hamburger Bevölkerung. In den Altersjahren von 15 bis etwa 40 sind Wanderungsgewinne zu verzeichnen. Bei den Älteren und, etwas abgeschwächt, bei den Kindern überwiegen die Fortzüge.
- Durch die Abwanderung von Einwohnern in einem Alter mit erhöhter Sterblichkeit sinken die Sterbefälle gegenüber der natürlichen Entwicklung.
- Infolge der Wanderungsgewinne von Frauen im fruchtbarsten Alter steigt die Geborenenzahl.

Sofern die Spanne zwischen Fruchtbarkeit und Sterblichkeit nicht allzu groß ist, können sich die Gestorbenenüberschüsse der natürlichen Entwicklung durch diese Wanderungseinflüsse in Geborenenüberschüsse verwandeln (dies trifft in Hamburg bis zum Jahr 1967

³⁾ Die Gestorbenen eines Jahres werden durch Multiplikation der nach Alter und Geschlecht gegliederten Bevölkerungsbestände mit entsprechend gegliederten Sterbeziffern berechnet. Ebenso wird die Lebendgeborenenzahl durch Anwendung von altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern auf die Zahl der Frauen in den einzelnen Altersjahren bestimmt.

zu). Eine Verbesserung der Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung ist sogar bei einem negativen Gesamtwanderungssaldo zu erwarten, sofern in den mittleren Altersjahren noch Wanderungsgewinne auftreten. Der negative Gesamtsaldo kommt dann durch ein zahlenmäßiges Übergewicht der Abwanderung von älteren Personen und von Kindern über die Wanderungsgewinne in den mittleren Altersjahren zu stande.

Tabelle 1

Bevölkerungsentwicklung in Hamburg von 1960 bis 1973

Jahr	Bevölkerung am 31. 12.	Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	Lebendgeborene	Gestorbene	Geborenenüberschuß (+) Gestorbenenüberschuß (-)
	1	2	3	4	5
1960..	1 836 958	+12 512	24 276	23 388	+ 888
1961..	1 840 515	+ 9 675	25 453	23 363	+ 2 090
1962..	1 847 495	+ 5 155	25 942	24 132	+ 1 810
1963..	1 854 637	+ 4 410	27 537	24 814	+ 2 723
1964..	1 857 431	- 1 105	27 738	23 859	+ 3 879
1965..	1 854 361	- 4 545	26 814	25 343	+ 1 471
1966..	1 847 267	- 8 334	27 423	26 114	+ 1 309
1967..	1 832 560	-15 237	26 167	25 645	+ 522
1968..	1 822 837	- 7 403	24 265	26 593	- 2 328
1969..	1 817 122 ¹⁾	+ 410	21 039	27 213	- 6 174
1970..	1 793 640	+ 2 419	18 390	26 561	- 8 171
1971..	1 781 621	- 3 756	17 637	25 900	- 8 263
1972..	1 766 214	- 4 844	15 223	25 786	-10 563
1973..	1 751 621	- 2 386	13 666	25 873	-12 207
Insge- samt		-13 029	321 570	354 584	-33 014
jähr- licher Durch- schn..		- 931	22 969	25 327	- 2 358

¹⁾ Ab 1969 einschließlich Neuwerk.

Annahme der Gültigkeit dieser Determinanten bis 1985

Es wird unterstellt, daß dieses Grundmuster auch noch in der Vorausschätzungsperiode seine Gültigkeit behält. Insbesondere in dem Ansatz zur Verteilung der autonom bestimmten Gesamtwanderungssalden auf die einzelnen Altersjahre kommt dies zum Ausdruck. Innerhalb des oben skizzierten Rahmens wurde bei der Fruchtbarkeit eine erhebliche Niveausenkung angenommen. Für die Sterblichkeit werden keine wesentlichen Änderungen erwartet. Die Wanderung wies von 1960 bis 1971 im Durchschnitt einen jährlichen Verlust von 500 Personen auf. Für den Vorausschätzungszeitraum wurde im Mittel ein Wanderungsgewinn pro Jahr von ungefähr Null bzw. 3 500 Personen angesetzt.

Sollte sich die Grundannahme über die Altersgliederung der Wanderungssalden nicht bestätigen, würde dies ceteris paribus eine geringere Bevölkerungszahl zur Folge haben, als hier vorausgeschätzt wurde.

3. Ansätze der Vorausschätzung

Basisbevölkerung

Basisbevölkerung ist die auf den 1. 1. 1972 nach Geschlecht und Alter fortgeschriebene Wohnbevölkerung der Volkszählung 1970.

Sterblichkeit

Die Sterbeziffern sind auf der Grundlage der Sterblichkeit in den Jahren 1970 und 1971 neu berechnet und für alle Jahre als konstant angenommen worden.

Fruchtbarkeit

Die Fruchtbarkeitsziffern wurden in zwei Varianten F1 und F2 angewandt;

Variante F1: Als obere Annahme wird die Fruchtbarkeit aus dem Jahr 1972 unverändert beibehalten.

Variante F2: Bei der unteren Alternative sinkt die Fruchtbarkeit bis 1975 noch um etwa 12% ab und bleibt dann auf diesem Niveau bis 1985 konstant.

Wanderungen

Für die jährlichen Wanderungssalden⁴⁾ wurden drei Varianten mit unterschiedlichem Wanderungsgewinn von 1972 bis 1985 festgelegt;

Variante W1:

Wanderungsgewinn ca. 100 Tsd. Personen

Variante W2:

Wanderungsgewinn ca. 50 Tsd. Personen

Variante W3:

Wanderungsgewinn etwa 0.

⁴⁾ Die Verteilung der jährlichen Wanderungssalden auf Männer und Frauen nach Altersjahren wurde unter Berücksichtigung der Gliederung von Zuzügen und Fortzügen aus den Jahren 1970 und 1971 berechnet. Dabei ist Konstanz des Wanderungsvolumens für alle Vorausschätzungsjahre angenommen worden. Die Zu- und Fortzüge insgesamt wurden durch Veränderungsfaktoren jeweils so gewichtet, daß ihre Differenz die gleiche Größe hatte wie der Wanderungssaldo. Dann stellte die Differenz aus den so gewichteten Zuzügen und Fortzügen, z. B. von 10jährigen, den gesuchten Wanderungssaldo für dieses Alter dar.

Für die Annahme W1 wurde, ausgehend von einem für 1972 angenommenen Wanderungsverlust von nur 2 300 Personen, eine jährliche Verbesserung der Wanderungsbilanz um 1 600 angesetzt. Diese Annahme ist zu einem sehr frühen Zeitpunkt formuliert worden und muß heute als überholt gelten. Da sie jedoch Grundlage der im Jahr 1973 an das Statistische Bundesamt gelieferten Bevölkerungsvorausschätzung gewesen ist⁵⁾, wird sie hier kurz dargestellt. Die Ergebnisse aufgrund der Annahme W1 sind von gewissem theoretischem Interesse, da sie zeigen, wie hoch die Wanderungsgewinne sein müßten, damit die gegenwärtige Bevölkerungszahl in etwa gehalten wird.

Die beiden anderen Varianten berücksichtigen bereits den in den Jahren 1972 und 1973 beobachteten Verlust. Es wurde eine allmähliche Verbesserung der Wanderungsbilanz bis zu einem Wanderungsgewinn in Höhe von rund 12 000 Personen bei W2 bzw. von rund 5 000 Personen bei W3 im Jahr 1985 angenommen (vgl. Schaubild 1 und Tabelle 2).

4. Zur Wahrscheinlichkeit der Ansätze

Sterblichkeit

Die Sterblichkeitsannahmen stellen das sicherste Datum der Vorausschätzung dar. Allenfalls in der Altersverteilung der Sterbeziffern sind im Vorausschätzungszeitraum noch geringfügige Änderungen zu erwarten, die jedoch nicht ins Gewicht fallen werden.

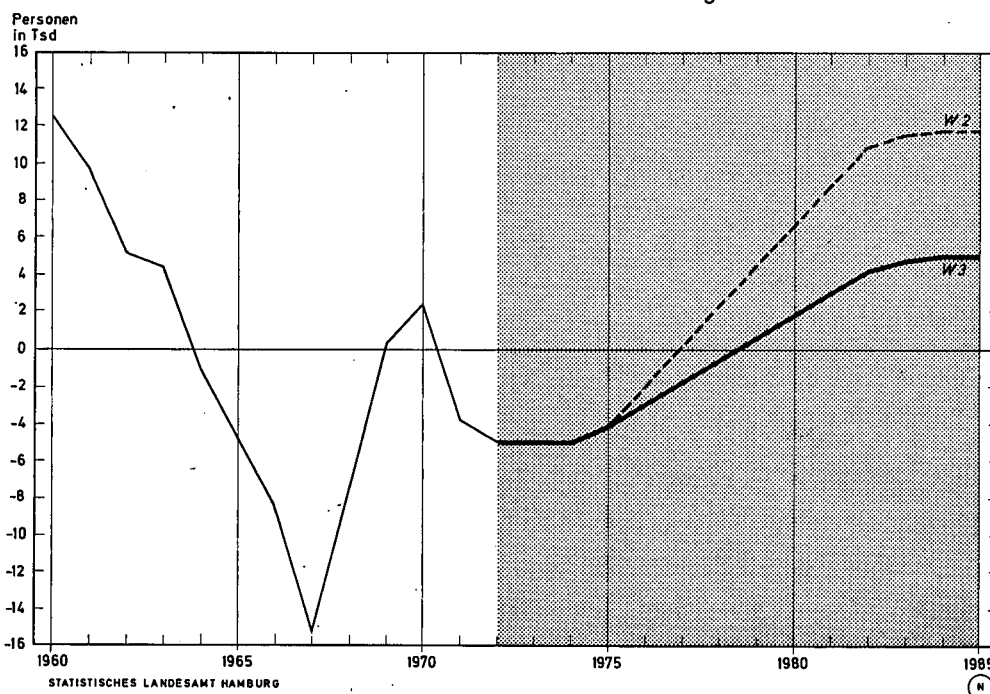
Fruchtbarkeit

Die untere Fruchtbarkeitsvariante F2 muß zum gegenwärtigen Zeitpunkt als wahrscheinlicher gelten, da

⁵⁾ Veröffentlicht in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie A, Reihe 1, Sonderbeitrag: Vorausschätzung der Bevölkerung für die Jahre 1972-2000. Wiesbaden 1974. S. 81 f.

Schaubild 1

Entwicklung der jährlichen Wanderungssalden in Hamburg 1960 bis 1985 — ab 1972 4. koordinierte Vorausschätzung —



sich der seit 1966 stark fallende Trend der Geburtenzahl im Jahr 1973 ungebrochen fortgesetzt hat – mit einem Tiefstand von knapp 13 700 Lebendgeborenen. Die nach der Annahme F2 für 1973 vorausgeschätzte Zahl von 14 400 Geborenen lag danach noch um etwa 700 (5 %) zu hoch.

In den nächsten fünf Jahren wird die Fruchtbarkeit mit großer Wahrscheinlichkeit nicht über dem Niveau von Variante F2 liegen. Wenn man der Frage nachgeht, wie weit die Fruchtbarkeit nach Ablauf dieser Zeit bis zum Ende des Prognosezeitraums steigen müßte, damit insgesamt die nach Variante F1 erwartete Geborenanzahl erreicht wird, kommt man zu einem Anstieg von etwa 40% bis 1985 (gemessen an F2). Das würde einer Zahl von 20 000 Lebendgeborenen im letzten Vorausschätzungsjahr entsprechen. Zur Zeit berechtigt nichts zu einer so optimistischen Annahme. Damit wird deutlich, daß die Bevölkerungsentwicklung nach der Variante F1 eine Obergrenze darstellt, deren Realisierung nicht sehr wahrscheinlich ist.

Bei alternativer Anwendung der beiden Fruchtbarkeitsannahmen im Vorausschätzungsmodell differiert die Bevölkerung 1985 um etwa 20 000 Personen (rund 1,3% der Wohnbevölkerung). So gesehen ist auch die Vorausschätzung der Fruchtbarkeitseinflüsse auf die Bevölkerungszahl in 14 Jahren noch ein recht sicheres Datum.

Wanderungen

Dagegen ist die Beurteilung des zukünftigen Wanderungsgeschehens mit sehr viel größeren Risiken behaftet. Die zur Formulierung der Ansätze W2 und W3 angestellten modellhaften Überlegungen über die Entwicklung der einzelnen Wanderungsströme haben erkennen lassen, daß selbst bei einer sehr optimistischen Beurteilung der Mobilität von deutschen Personen eine beträchtliche Erhöhung des Ausländeranteils an der Wohnbevölkerung in Kauf genommen werden müßte (im Jahr 1985 bei W2 über 17%, bei W3 über 15% – gegenwärtiger Anteil ca. 6,6%). Dies wäre nur dann nicht zwingend, wenn man in der Vor-

Tabelle 2

Entwicklung der jährlichen Wanderungssalden in Hamburg 1972 bis 1985 – 4. koordinierte Vorausschätzung –

Jahr	Wanderungsannahmen		
	W 1	W 2	W 3
	1	2	3
1972	– 2 300	– 4 800	–4 800
1973	– 700	– 4 800	–4 800
1974	+ 1 000	– 4 800	–4 800
1975	+ 2 600	– 4 000	–4 000
1976	+ 4 300	– 1 500	–3 100
1977	+ 6 000	+ 200	–1 500
1978	+ 7 600	+ 2 600	– 700
1979	+ 9 300	+ 4 300	+1 000
1980	+ 10 100	+ 6 800	+1 800
1981	+ 11 800	+ 8 400	+3 500
1982	+ 13 400	+10 900	+4 300
1983	+ 15 100	+11 800	+5 100
1984	+ 16 700	+11 800	+5 100
1985	+ 18 400	+11 800	+5 100
Insgesamt	+113 300	+48 700	+2 300
jährlicher Durchschn.	+ 8 100	+ 3 500	+ 200

ausschätzungsperiode größere Wanderungsverluste hinnimmt, d. h., wenn die mit großer Sicherheit erwarteten Wanderungsverluste bei Deutschen durch einen Zustrom von Ausländern nicht voll kompensiert werden. Dieser Alternative wird in der hier vorgelegten Modellstudie nicht nachgegangen.

Da selbst die Variante W3 bereits eine Verdoppelung des gegenwärtigen Ausländerbestandes impliziert, kommt der Variante W2 bei der zunehmend schwieriger werdenden Eingliederung der Ausländer nur eine geringe Wahrscheinlichkeit zu.

Vorausschätzungsvarianten

Aus Kombination der einzelnen Varianten ergeben sich unter Berücksichtigung der natürlichen Entwicklung rein modellhaft acht verschiedene Verlaufsreihen für den Bevölkerungsbestand:

F1/W1; F1/W2; F1/W3
F2/W1; F2/W2; F2/W3

Bevölkerungsentwicklung einschließlich Wanderungen

F1/–
F2/–

natürliche Bevölkerungsentwicklung.

Übersicht

Zusammenstellung der Alternativrechnungen zur 4. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung in Hamburg – Bevölkerungsstand am 31. 12. 1985 –

Fruchtbarkeit	Wanderung			
	Variante (Wanderungsgewinn 1972 bis 1985)			ohne
	W 1 (113 300)	W 2 (48 700)	W 3 (2 300)	
F 1 (1972, konstant)	F 1/W 1 1 746 800	F 1/W 2 1 677 900	F 1/W 3 1 629 300	F 1/– 1 594 000
F 2 (bis 1975 rückläufig)	F 2/W 1 1 724 500	F 2/W 2 1 656 400	F 2/W 3 1 608 200	F 2/– 1 575 000

In obenstehender Übersicht sind die entsprechenden acht (hypothetischen) Bevölkerungszahlen für das Ende der Vorausschätzungsperiode zusammengestellt worden. Die Spannweite der Zahlen reicht bei Berücksichtigung von Wanderungen von 1,746 Mio bis 1,608 Mio. Nach den oben gemachten Ausführungen hat von diesen Zahlen die Kombination F2/W3 mit 1,608 Mio Einwohnern am Ende des Jahres 1985 gegenwärtig die größte Wahrscheinlichkeit.

5. Ergebnisse der natürlichen Bevölkerungsentwicklung

Ohne Wanderungen ergäbe sich ein Gestorbenenüberschuß von etwa 200 000 Personen in 14 Jahren

Unter Ausschluß von Wanderungen über die Landesgrenze würde die Bevölkerung Hamburgs nach den gesetzten Annahmen von 1,782 Mio am Anfang des Jahres 1972 auf 1,594 Mio (F1/–) bzw. auf 1,575 Mio Einwohner (F2/–) am Ende des Jahres 1985 absinken. Die Differenz ergibt sich durch Gestorbenenüberschüsse im Laufe des Prognosezeitraums in Höhe von

Tabelle 3

**Entwicklung des Bevölkerungsstandes in Hamburg von 1972 bis 1985
in Abhängigkeit von alternativen Vorausschätzungsannahmen
— 4. koordinierte Vorausschätzung —**

Jahr (31. 12.)	F 1				F 2			
	Wanderung							
	W 1	W 2	W 3	ohne	W 1	W 2	W 3	ohne
	1	2	3	4	5	6	7	8
(1. 1. 1972) ..	1 781 600	1 781 600	1 781 600	1 781 600	1 781 600	1 781 600	1 781 600	1 781 600
1972	1 768 200	1 765 700	1 765 700	1 770 300	1 768 200	1 765 700	1 765 700	1 770 300
1973	1 756 400	1 749 600	1 749 600	1 758 500	1 755 800	1 749 100	1 749 100	1 757 900
1974	1 746 000	1 733 400	1 733 400	1 746 200	1 744 300	1 731 600	1 731 600	1 744 500
1975	1 737 300	1 717 800	1 717 800	1 733 500	1 733 700	1 714 300	1 714 300	1 730 100
1976	1 730 100	1 704 600	1 702 900	1 720 300	1 724 900	1 699 400	1 697 700	1 715 300
1977	1 724 700	1 693 100	1 689 700	1 706 800	1 717 700	1 686 200	1 682 800	1 700 200
1978	1 721 100	1 684 100	1 677 300	1 693 000	1 712 300	1 675 500	1 668 800	1 684 800
1979	1 719 400	1 677 000	1 666 800	1 678 900	1 708 700	1 666 600	1 656 500	1 669 200
1980	1 718 700	1 672 600	1 657 300	1 664 700	1 706 300	1 660 500	1 645 300	1 653 400
1981	1 720 100	1 670 300	1 649 700	1 650 400	1 705 800	1 656 400	1 635 900	1 637 600
1982	1 723 500	1 670 800	1 643 400	1 636 100	1 707 300	1 655 100	1 627 800	1 621 700
1983	1 729 100	1 672 700	1 638 200	1 621 900	1 710 900	1 655 100	1 620 900	1 606 000
1984	1 736 800	1 675 000	1 633 500	1 607 800	1 716 600	1 655 500	1 614 300	1 590 400
1985	1 746 800	1 677 900	1 629 300	1 594 000	1 724 500	1 656 400	1 608 200	1 575 000

188 000 bzw. 207 000 Personen. Im Durchschnitt beträgt der jährliche Gestorbenenüberschuß 13 400 bzw. 14 800 Einwohner.

Altersaufbau um 1980 am ungünstigsten

Da bei der Variante F1/— Fruchtbarkeit und Sterblichkeit als konstant angenommen werden, sind hier Veränderungen der Gestorbenenüberschüsse ausschließlich auf Änderungen des Altersaufbaus der Bevölkerung im Laufe der Zeit zurückzuführen.

Die Lebendgeborenenzahl sinkt von 15 200 in 1972 bis auf 13 300 im Jahr 1979 fast linear ab. Sie stagniert dann bis 1983, weil die schwach besetzten Jahrgänge der nach 1945 geborenen Frauen nun im Alter der höchsten Fruchtbarkeit stehen. Danach nimmt die Zahl der Geburten leicht zu, da die an Zahl stärkeren Geburtsjahrgänge der 60er Jahre jetzt das Fortpflanzungsalter erreichen.

Bei der Gestorbenenanzahl ist ein leichter Anstieg von 26 500 auf 27 500 bis zum Jahr 1981 ebenfalls durch den Altersaufbau bedingt. Die vor dem Ersten Weltkrieg Geborenen kommen jetzt in ein Alter mit erhöhter Sterblichkeit.

Aufgrund dieser Entwicklung der Geborenen- und Gestorbenenanzahlen steigt der Gestorbenenüberschuß von 11 300 im Jahr 1972 auf 14 300 im Jahr 1981 an. Er sinkt anschließend wieder auf 13 900 im Jahr 1985 (vergl. Tabelle 4 und Schaubild 2).

Ähnlich verläuft die Entwicklung bei der Fruchtbarkeitsvariante F2. Die Zahl der Gestorbenen ist praktisch identisch (die niedrigere Geborenenzahl bewirkt eine geringfügige Abnahme der Säuglings- und Kleinkindersterbefälle). Die Zahl der Geburten ist 1972 gleich hoch wie bei F1. Sie sinkt dann drei Jahre lang und ist ab 1975 um jährlich etwa 1 600 Geborene niedriger als bei F1. Der Unterschied zwischen den beiden Fruchtbarkeitsannahmen beläuft sich im ge-

samten Vorausschätzungszeitraum auf knapp 20 000 Lebendgeburten.

Ohne Wanderungen ergäbe sich eine stagnierende Zahl von Personen im erwerbsfähigen Alter und eine geringe Abnahme bei den Älteren

Obwohl die gesamte Bevölkerungszahl von 1972 bis 1985 bei natürlicher Entwicklung um 10,5% bzw. 11,6% sinken würde, bliebe die Gesamtzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit einem Rückgang von nur 3,5% relativ unverändert. Auch die Altersgliederung dieser Personengruppe würde keine großen strukturellen Veränderungen aufweisen (vgl. Schaubild 3). Die Altersgruppen von 25 bis unter 35 Jahren und von 55 bis unter 65 Jahren wären 1985 schwächer besetzt, alle übrigen 5-Jahresgruppen der erwerbsfähigen Bevölkerung hätten eine höhere Besetzung. Die Zahl der über 65jährigen würde gegenüber 1972 um 8,8% abnehmen.

Rückgang der Kinderzahl um 40 %

Einschneidende Veränderungen im Altersaufbau ergäben sich bei natürlicher Entwicklung für die unter 15jährigen. Die Zahl der Kinder wäre am Ende des Vorausschätzungszeitraumes um 37% bzw. 43% niedriger als 1972. Diese Prozentzahlen zeigen, in welchem Umfang die Basis der Bevölkerungspyramide infolge einer niedrigen Fruchtbarkeit wegschmilzt. Deutlich ist dies auch in Schaubild 3 zu erkennen.

6. Ergebnisse der Bevölkerungsentwicklung einschließlich Wanderungen

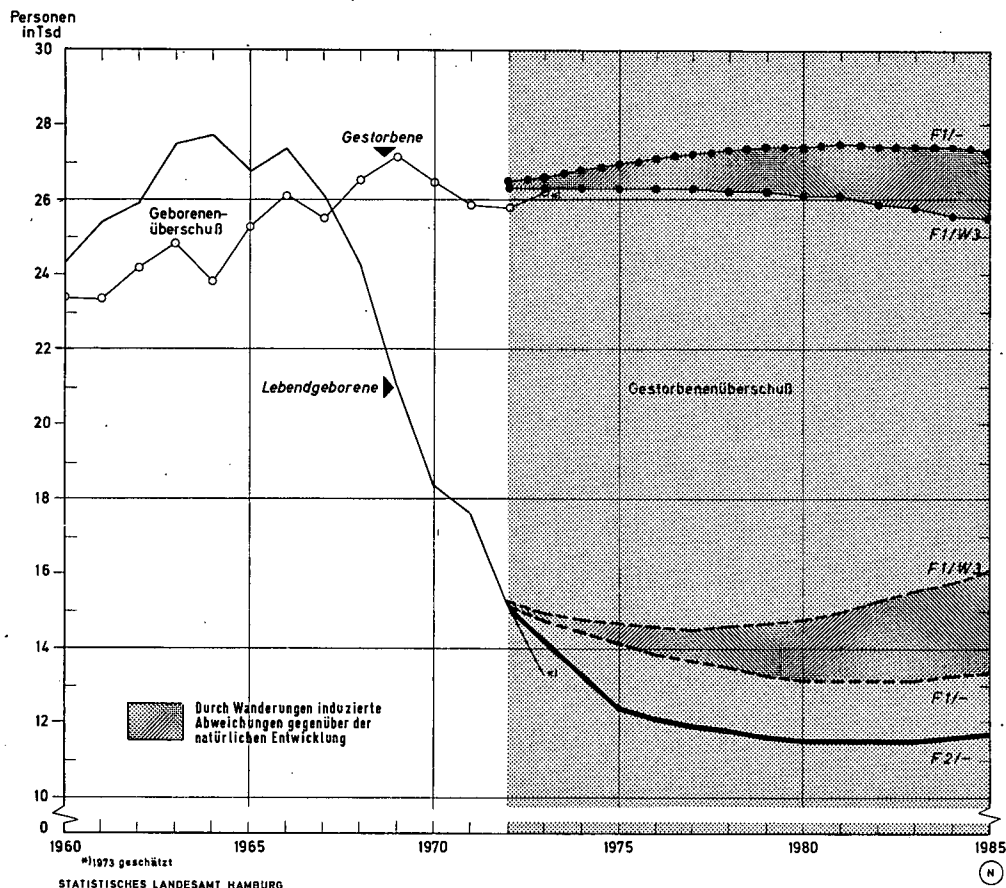
Tatsächliche Bevölkerungszahl bis 1980 niedriger als nach der Entwicklung ohne Wanderungen

Für eine Bevölkerungsvorausschätzung auf der Basis vom 1. 1. 1972 unter Berücksichtigung von Wanderun-

Schaubild 2

Lebendgeborene und Gestorbene in Hamburg 1960 bis 1985

— ab 1972 4. koordinierte Vorausschätzung —



gen über die Landesgrenze sind als erstes die in den vergangenen zwei Jahren tatsächlich eingetretenen Wanderungsverluste zu beachten. Da nicht erwartet werden kann, daß sich schlagartig Wanderungsgewinne einstellen, liegt die Einwohnerzahl zu Anfang der Vorausschätzungsperiode mit Sicherheit unter dem Niveau der natürlichen Entwicklung. Erst gegen Ende

des Prognosezeitraums würde sich durch die dann angesetzten Wanderungsgewinne eine höhere Bevölkerungszahl ergeben (Schaubild 4).

Tabelle 4

Lebendgeborene, Gestorbene und Gestorbenenüberschuß in Hamburg von 1972 bis 1985 bei natürlicher Bevölkerungsentwicklung — 4. koordinierte Vorausschätzung —

Jahr	F 1/-			F 2/-		
	Lebendgeborene	Gestorbene	Gestorbenenüberschuß	Lebendgeborene	Gestorbene	Gestorbenenüberschuß
	1	2	3	4	5	6
1972	15 200	26 500	- 11 300	15 200	26 500	- 11 300
1973	14 800	26 600	- 11 800	14 300	26 600	- 12 400
1974	14 500	26 800	- 12 300	13 400	26 800	- 13 400
1975	14 200	26 900	- 12 700	12 500	26 900	- 14 400
1976	13 900	27 100	- 13 200	12 200	27 000	- 14 800
1977	13 700	27 200	- 13 500	12 000	27 200	- 15 100
1978	13 500	27 300	- 13 800	11 900	27 300	- 15 400
1979	13 300	27 400	- 14 100	11 700	27 300	- 15 600
1980	13 200	27 400	- 14 200	11 600	27 400	- 15 800
1981	13 200	27 500	- 14 300	11 600	27 400	- 15 800
1982	13 200	27 400	- 14 300	11 600	27 400	- 15 800
1983	13 200	27 400	- 14 200	11 600	27 400	- 15 700
1984	13 300	27 400	- 14 100	11 700	27 300	- 15 600
1985	13 400	27 300	- 13 900	11 800	27 200	- 15 400
Insgesamt jährlicher Durchschnitt	192 600	380 200	-187 700	173 100	379 700	-206 500
	13 800	27 200	- 13 400	12 400	27 200	- 14 800

Bei Wanderungsgewinn von 50 Tsd Personen 1,66 bis 1,68 Mio Einwohner

Bei einem Wanderungsgewinn von knapp 50 Tsd Personen in den Jahren 1972 bis 1985 (Variante W2) liegt die Bevölkerungszahl Hamburgs 1985 bei 1,678 Mio (F1/W2) bzw. 1,656 Mio Einwohnern (F2/W2). Der Anstieg um 84 Tsd Personen gegenüber der natürlichen Entwicklung beruht auf dem Wanderungsgewinn von knapp 50 Tsd und auf einer Verringerung der Gestorbenenüberschüsse um ca. 35 Tsd Personen infolge von Wanderungseinflüssen.

Bei Wanderungsgewinn von Null 1,61 bis 1,63 Mio Einwohner

Obwohl der Wanderungsgewinn bei der Annahme W3 praktisch Null ist, bewirken die Wanderungsvorgänge eine Umschichtung des Bevölkerungsaufbaus in Richtung auf eine Verjüngung, woraus noch eine beachtliche Verringerung der Sterbefälle bzw. Erhöhung der Geburtenzahl folgt. Die Bevölkerungszahl im Jahr 1985 liegt dadurch mit 1,629 Mio (F1/W3) bzw. 1,608 Mio Einwohnern um gut 30 Tsd Personen über der Entwicklung ohne Wanderungen.

1985 werden nach Variante F1/W3 16 100 Kinder geboren; 2 700 mehr als nach der natürlichen Entwick-

Schaubild 4

Entwicklung des Bevölkerungsstandes in Hamburg von 1960 bis 1985 (Stand jeweils 31. 12.)

— ab 1. 1. 1972 4. koordinierte Vorausschätzung —

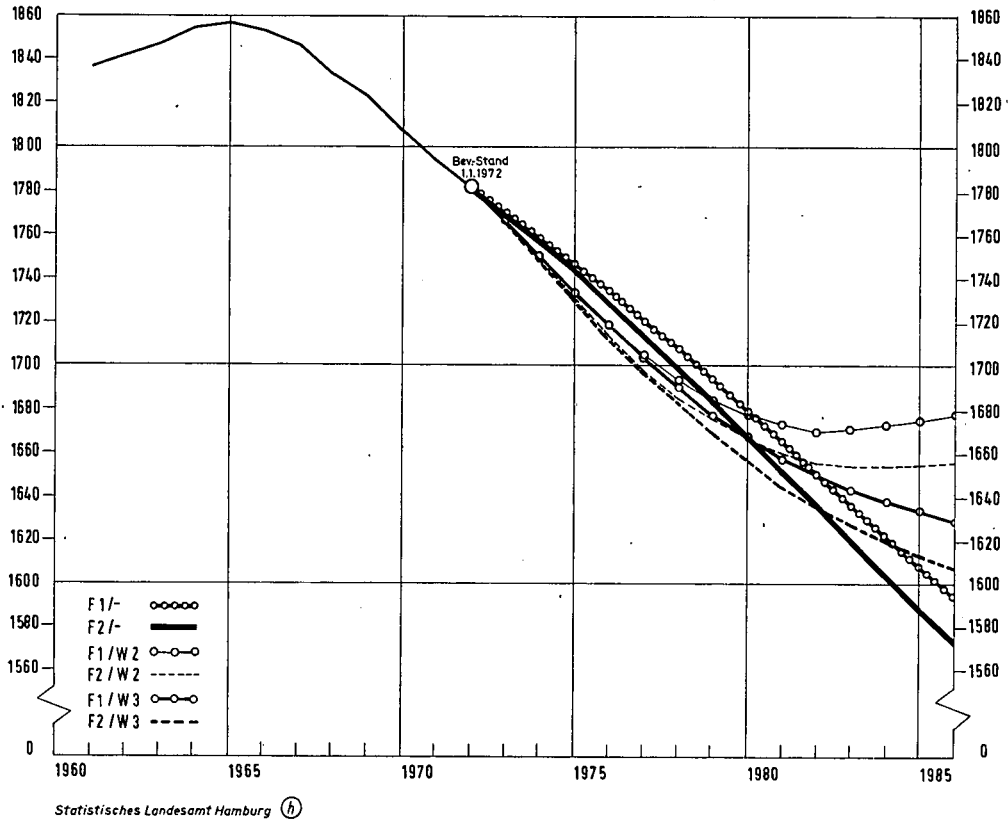


Schaubild 3

Altersaufbau der Hamburger Bevölkerung zur Volkszählung 1970 und 1985 bei natürlicher Entwicklung

— 4. koordinierte Vorausschätzung —

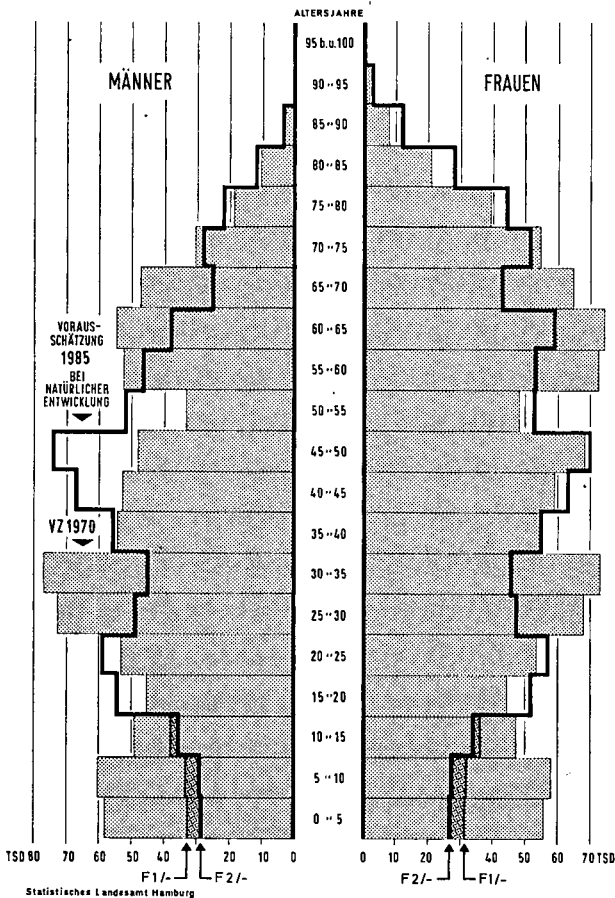
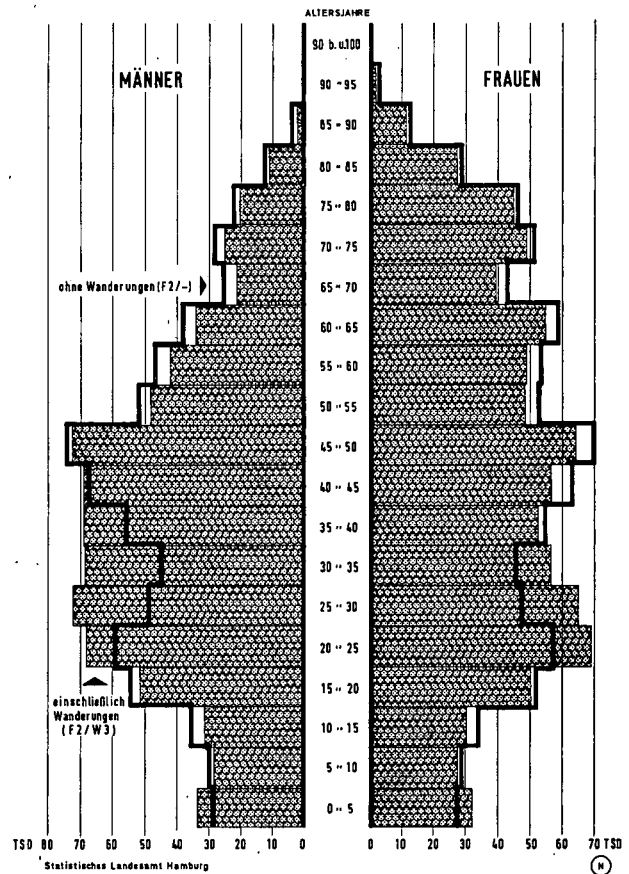


Schaubild 5

Altersaufbau der Hamburger Bevölkerung 1985 aufgrund natürlicher Entwicklung (F2/-) und der Entwicklung unter Einschluß von Wanderungen (F2/W3)

— 4. koordinierte Vorausschätzung —



lung. Die Variante F2/W3 würde mit 14 200 Geburten um 2 400 über der Geborenenzahl von F2/- liegen. Die Sterbefälle reduzieren sich bei Wanderungsannahme W3 gegenüber der Entwicklung ohne Wanderungen im Jahr 1985 um 1 800. Der Gestorbenenüberschuß geht dadurch von 13 900 auf 9 400 Personen bei F1/W3 bzw. von 15 400 auf 11 200 Personen bei F2/W3 zurück (vergl. T a b e l l e 5 und S c h a u b i l d 2).

Tabelle 5

Lebendgeborene, Gestorbene und Gestorbenenüberschuß in Hamburg von 1972 bis 1985 bei einem gesamten Wanderungsgewinn von Null ab 1972 (W 3)

— 4. koordinierte Vorausschätzung —

Jahr	F 1/W 3			F 2/W 3		
	Lebendgeborene	Gestorbene	Gestorbenenüberschuß	Lebendgeborene	Gestorbene	Gestorbenenüberschuß
	1	2	3	4	5	6
1972	15 300	26 300	- 11 000	15 300	26 300	- 11 000
1973	15 000	26 300	- 11 300	14 400	26 300	- 11 900
1974	14 800	26 300	- 11 500	13 600	26 300	- 12 700
1975	14 700	26 300	- 11 600	12 900	26 200	- 13 300
1976	14 600	26 300	- 11 700	12 800	26 200	- 13 400
1977	14 500	26 300	- 11 800	12 800	26 200	- 13 400
1978	14 600	26 200	- 11 600	12 800	26 200	- 13 400
1979	14 700	26 200	- 11 500	12 900	26 200	- 13 300
1980	14 800	26 100	- 11 300	13 000	26 100	- 13 100
1981	15 000	26 100	- 11 100	13 200	26 000	- 12 800
1982	15 300	25 900	- 10 600	13 400	25 900	- 12 500
1983	15 600	25 800	- 10 200	13 700	25 800	- 12 100
1984	15 800	25 600	- 9 800	13 900	25 600	- 11 700
1985	16 100	25 500	- 9 400	14 200	25 400	- 11 200
Insgesamt	210 800	365 200	-154 400	188 900	364 700	-175 800
jährlicher Durchschnitt	15 100	26 100	- 11 000	13 500	26 100	- 12 600

7. Wandlungen im Altersaufbau der Bevölkerung

Verjüngung der Bevölkerung durch Wanderungseinflüsse

Die oben beschriebenen Veränderungen des Altersaufbaus bei natürlicher Entwicklung werden durch Wanderungsvorgänge modifiziert. Dies soll für die Variante F2/W3 erläutert werden. In S c h a u b i l d 5 werden die Alterspyramiden von F2/W3 und F2/- dargestellt. Die Differenzen beruhen auf Wanderungseinflüssen. Deutlich ist zu erkennen, daß die Bestände bei den Männern etwa vom 45. und bei den Frauen ungefähr vom 35. Lebensjahr an durch Wanderungsverluste abnehmen. Auffällig ist die Bevölkerungszunahme zwischen dem 25. und 45. Lebensjahr bei Männern und zwischen dem 25. und 35. Lebensjahr bei Frauen. Bei Kindern halten sich Wanderungsverlust und die durch Wanderung verursachte Geburtenzunahme etwa die Waage.

1980 rund 40 % weniger Kinder unter 6 Jahren als 1972

Die Betrachtung von Veränderungen in der Besetzung einzelner Altersgruppen im Laufe der Vorausschätzungsperiode zeigt, daß nur die Zahl der Kinder durch die Fruchtbarkeit beeinflusst wird. In der Gruppe der noch nicht schulpflichtigen Kinder unter 6 Jahren muß bei Variante F1/W3 bis 1978 eine rapide Abnahme um 34 % gegenüber der Besetzung am 1. 1. 1972 erwartet werden. Bei Variante F2/W3 ist im Jahr 1980 mit einem Rückgang von 42 % der Tiefpunkt erreicht. Bis 1985 wird sich ein leichter Anstieg durchsetzen.

1985 über 40 % weniger schulpflichtige Kinder als 1972

Der stärkste prozentuale Rückgang ist in der Gruppe der schulpflichtigen Kinder im Alter von 6 bis unter 15 Jahren zu verzeichnen. Nach einem geringfügigen Anstieg bis zum Jahr 1973 fällt ihre Zahl um 41 % bzw. 46 % bis zum Jahr 1985 ab.

Bestand an Personen im erwerbsfähigen Alter unverändert

Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter bleibt fast unverändert. Sie sinkt anfangs um 4 % (1977) und liegt 1985 um 2 % über dem Stand von 1972. Die Struktur dieser Personengruppe verändert sich durch die Wanderung in Richtung auf eine Verjüngung, abzulesen an der Entwicklung der 15- bis unter 45- bzw. 45- bis unter 65jährigen (vergl. S c h a u b i l d 6).

Bis 1985 Rückgang der über 65jährigen um 16 %

Die Gruppe der über 65 Jahre alten Personen nimmt noch geringfügig bis 1975 zu und verliert dann langsam an Gewicht. Die Besetzung macht 1985 nur noch 84 % des Bestandes von Anfang 1972 aus.

Die absoluten Besetzungszahlen der Altersgruppen mit ihrer Gliederung in Männer und Frauen sind für ausgewählte Jahre aus der T a b e l l e 6 ersichtlich.

Schaubild 6

Entwicklung ausgewählter Altersgruppen in Hamburg von 1972 bis 1985 bei einem Wanderungsgewinn von Null (W 3)
— 4. koordinierte Vorausschätzung —

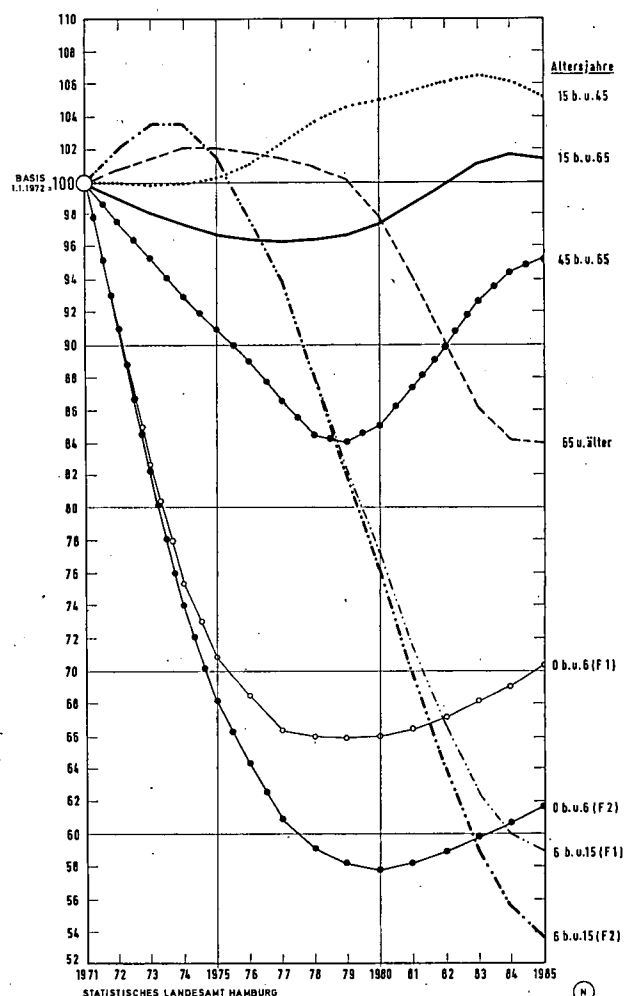


Tabelle 6

Bevölkerungsstand nach Altersgruppen und nach dem Geschlecht in Hamburg für die Jahre 1972, 1975, 1980 und 1985 bei einem gesamten Wanderungsgewinn von Null ab 1972 (W 3)

— 4. koordinierte Vorausschätzung —

Jahr Altersgruppe	F 1/W 3						F 2/W 3					
	Insgesamt		davon				Insgesamt		davon			
			männlich		weiblich				männlich		weiblich	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
1. 1. 1972 (Basis)												
0 bis unter 6	125 700	7,1	64 600	7,8	61 100	6,4	125 700	7,1	64 600	7,8	61 100	6,4
6 bis unter 15	199 200	11,2	101 600	12,3	97 600	10,2	199 200	11,2	101 600	12,3	97 600	10,2
15 bis unter 45	711 700	39,9	361 800	43,9	350 000	36,5	711 700	39,9	361 800	43,9	350 000	36,5
45 bis unter 65	435 800	24,5	181 500	22,0	254 300	26,6	435 800	24,5	181 500	22,0	254 300	26,6
65 und älter	309 200	17,4	114 600	13,9	194 500	20,3	309 200	17,4	114 600	13,9	194 500	20,3
Insgesamt	1 781 600	100	824 100	100	957 500	100	1 781 600	100	824 100	100	957 500	100
31. 12. 1975												
0 bis unter 6	89 100	5,2	45 800	5,7	43 400	4,7	85 700	5,0	44 000	5,5	41 700	4,5
6 bis unter 15	202 400	11,8	103 300	12,9	99 100	10,8	202 400	11,8	103 300	13,0	99 100	10,8
15 bis unter 45	713 500	41,5	368 800	46,1	344 800	37,5	713 500	41,6	368 800	46,2	344 800	37,6
45 bis unter 65	396 900	23,1	168 100	21,0	228 900	24,9	396 900	23,2	168 100	21,1	228 900	25,0
65 und älter	315 800	18,4	113 300	14,2	202 500	22,0	315 800	18,4	113 300	14,2	202 500	22,1
Insgesamt	1 717 800	100	799 200	100	918 500	100	1 714 300	100	797 400	100	916 800	100
31. 12. 1980												
0 bis unter 6	83 000	5,0	42 600	5,5	40 300	4,6	72 700	4,4	37 300	4,8	35 300	4,1
6 bis unter 15	154 000	9,3	78 700	10,1	75 300	8,6	152 200	9,3	77 800	10,0	74 400	8,6
15 bis unter 45	746 500	45,0	392 400	50,2	354 100	40,5	746 500	45,4	392 400	50,6	354 100	40,7
45 bis unter 65	371 000	22,4	164 600	21,0	206 400	23,6	371 000	22,6	164 600	21,2	206 400	23,7
65 und älter	302 800	18,3	103 700	13,3	199 100	22,7	302 800	18,4	103 700	13,4	199 100	22,9
Insgesamt	1 657 300	100	782 100	100	875 200	100	1 645 300	100	775 900	100	869 400	100
31. 12. 1985												
0 bis unter 6	88 400	5,4	45 400	5,8	43 000	5,1	77 600	4,8	39 900	5,1	37 700	4,5
6 bis unter 15	117 300	7,2	59 900	7,6	57 400	6,8	107 000	6,7	54 600	7,1	52 400	6,3
15 bis unter 45	749 200	46,0	399 400	50,8	349 800	41,5	749 200	46,6	399 400	51,6	349 800	42,0
45 bis unter 65	414 700	25,5	197 600	25,2	217 100	25,7	414 700	25,8	197 600	25,5	217 100	26,0
65 und älter	259 700	15,9	83 200	10,6	176 500	20,9	259 700	16,1	83 200	10,7	176 500	21,2
Insgesamt	1 629 300	100	785 500	100	843 800	100	1 608 200	100	774 700	100	833 500	100

8. Veränderung des Erwerbstätigenpotentials

Änderungen des Erwerbstätigenpotentials hängen auf der einen Seite von Wandlungen im Altersaufbau der Bevölkerung und auf der anderen Seite von Veränderungen der altersspezifischen Erwerbstätigenquoten ab.⁴⁾

Aus Tabelle 7 kann die Veränderung der Erwerbstätigenzahl nach ausgewählten Altersgruppen von 1970 bis 1985 abgelesen werden, soweit sie durch Wandlungen des Altersaufbaus verursacht wird. Die Berechnung für 1985 basiert auf der Bevölkerung nach der wahrscheinlichsten Wanderungsannahme W3 und auf den Erwerbstätigenquoten aus der Volkszählung von 1970.

Die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt würde um 3,2 % oder 27 Tsd Personen ansteigen, die der Frauen würde um 16 Tsd sinken, und die Erwerbstätigenzahl bei den Männern wäre um 43 Tsd höher als zur Volkszählung 1970. Auffällig ist die durch Veränderungen des Altersaufbaus bedingte Verjüngung des Erwerbstätigenpotentials. In der Gruppe der 15- bis unter 25jährigen ist eine Zunahme um 22 % zu bemerken, bei den über 60jährigen ein starker Rückgang.

Es bleibt noch zu prüfen, wie sich diese hypothetischen Erwerbstätigenzahlen — hypothetisch, weil mit Quoten von 1970 berechnet — durch Variation der

⁴⁾ Dabei wird, ausgehend von der Volkszählung 1970, ein gleichbleibender Anteil von Arbeitslosen an der Zahl der Erwerbspersonen unterstellt (Volkszählung 1970: 4 800 Arbeitslose, d. s. 0,58 % der Erwerbspersonen).

Verhaltensweisen bis 1985 ändern könnten. Folgende Umstände werden einen gewissen Wandel in der Erwerbstätigkeit herbeiführen:

- Verzögerung des Eintritts in das Berufsleben durch eine Verlängerung der Ausbildungszeit bei den Jugendlichen.
- Durch Einführung der flexiblen Altersgrenze werden Berufstätige vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden.
- Der Trend einer zunehmenden Berufstätigkeit bei den über 35 Jahre alten Frauen wird sich infolge der sinkenden Kinderzahl fortsetzen.
- Die zunehmende Zahl kinderloser Ehen könnte auch bei jüngeren Frauen die Erwerbstätigkeit ansteigen lassen.
- Ein wachsender Ausländeranteil wird eine Erhöhung der Quoten für die Gesamtbevölkerung bewirken, solange die Erwerbstätigenquoten der ausländischen Bevölkerung über denen der Deutschen liegen.

Insgesamt ist durch Quotenänderung ceteris paribus eine geringfügige Abnahme der Erwerbstätigkeit wahrscheinlich, so daß die mit Hilfe der Quoten von 1970 berechnete Erwerbstätigenzahl von 855 Tsd als Obergrenze gelten darf. Bei Zutreffen aller bei der Bevölkerungsvorausschätzung gemachten Annahmen wird sich die Zahl vermutlich gegenüber 1970 kaum ändern. Die durch den Altersaufbau von 1985 verursachte Verschiebung der Erwerbstätigenzahl zugun-

Tabelle 7

**Erwerbstätige nach Altersgruppen und Geschlecht in Hamburg 1970 (Volkszählung) und 1985
bei einem Wanderungsgewinn von Null ab 1972 (W 3)**
— auf Grundlage der 4. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung —

Altersgruppen	Erwerbstätige								
	insgesamt			davon					
	Volkszählung 1970	1985 ¹⁾ (F 1 / W 3)		Volkszählung 1970	1985 ¹⁾ (F 1 / W 3)		Volkszählung 1970	1985 ¹⁾ (F 1 / W 3)	
		absolut	% Ver- änderung v. Sp. 1		absolut	% Ver- änderung v. Sp. 4		absolut	% Ver- änderung v. Sp. 7
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
15 bis unter 25	137 018	167 300	+22,1	72 480	88 400	+21,9	64 538	78 900	+22,3
25 bis unter 45	385 901	394 600	+ 2,3	244 732	266 500	+ 8,9	141 169	128 100	- 9,2
45 bis unter 60	221 269	237 900	+ 7,5	126 253	154 500	+22,4	95 016	83 400	-12,2
60 bis unter 65	56 537	36 700	-35,1	41 811	25 800	-38,3	14 726	10 900	-26,3
65 und älter	26 982	18 100	-32,9	18 656	11 700	-37,3	8 326	6 400	-23,1
Erwerbstätige insgesamt	827 707	854 600	+ 3,2	503 932	546 900	+ 8,5	323 775	307 700	- 5,0

¹⁾ Unter Anlegung der Erwerbstätigenquoten von 1970.

sten der Männer könnte durch Verhaltensänderungen wieder ausgeglichen werden, da die Erwerbstätigkeit der Männer wahrscheinlich sinkt und die der Frauen u. U. sogar steigen wird.

9. Entwicklung der Zahl der Privathaushalte

Zur Methodik

Im Anschluß an die Bevölkerungsvorausschätzung wurde die mögliche Entwicklung der Zahl der Privathaushalte in Hamburg geprüft. Die Berechnungen sind in Anlehnung an Arbeiten des Statistischen Bundesamtes⁷⁾ durchgeführt worden. Um die Unsicherheiten der Schätzung einzuschränken, empfahl es sich, die Haushalte nur in die zwei Gruppen Einpersonenhaushalte und Mehrpersonenhaushalte zu gliedern. Entsprechend ist die Struktur der Haushalte durch die drei Größen „Anteil der Einpersonenhaushalte an der Gesamtzahl der Privathaushalte“, „durchschnittliche Haushaltsgröße“ und „Durchschnittsgröße der Mehrpersonenhaushalte“ dargestellt worden.

Untersucht wurde, wie Zahl und Struktur der Privathaushalte einerseits durch den Altersaufbau der Bevölkerung beeinflusst werden und andererseits von den bis 1985 zu erwartenden Änderungen der individuellen Verhaltensweisen bezüglich der Haushaltsbildung abhängen. Die Verhaltensweisen sind durch alters- und geschlechtsspezifische Haushaltsvorstandsquoten gemessen worden. Diese Quoten stellen getrennt nach dem Geschlecht den Anteil von Haushaltsvorständen in einer Altersgruppe dar. Sie können zusätzlich nach der Größe der Haushalte differenziert werden. So waren z. B. am Volkszählungstichtag 1970 in Hamburg 13,5 % aller Frauen im Alter von 20 bis unter 30 Jahren Haushaltsvorstände von Einpersonenhaushalten und weitere 4,4 % Vorstände von Mehrpersonenhaushalten. Die verbleibenden 82,1 % der Frauen in diesem Alter standen nach der Definition der Volkszählung keinem eigenen Haushalt

⁷⁾ Vorausschätzung der Zahl der Privathaushalte bis 1985. In: Wirtschaft und Statistik. 1973, S. 345 ff.

vor. Der Einfluß des Altersaufbaus läßt sich durch Anwendung der Haushaltsvorstandsquoten aus der Volkszählung 1970 auf die für 1985 vorausgeschätzte Bevölkerung ohne Schwierigkeiten ermitteln.

Die Vorausschätzung der bis 1985 zu erwartenden Änderungen der Haushaltsvorstandsquoten wirft dagegen einige Probleme auf. Da für Hamburg Quoten in der benötigten Gliederung nur für den Stichtag der letzten Volkszählung zur Verfügung stehen, gab es keine Möglichkeit, die Berechnungen auf eine Trendentwicklung zu stützen. Anders dagegen beim Bund, hier liegen Daten aus der Volkszählung 1961 und aus Mikrozensussergebnissen seit 1964 vor. Die Vorausschätzung des Statistischen Bundesamtes aufgrund dieser Zahlen kann als einigermaßen gesichert gelten. Für Hamburg wurde nun als Ersatzlösung unterstellt, daß die Änderung der Quoten in Hamburg und im Bund von 1970 bis 1985 proportional verlaufen wird⁸⁾. Die mit Hilfe dieser geschätzten Quoten für Hamburg im Jahr 1985 ermittelten Haushaltszahlen sind sicherlich mit einem größeren Fehler behaftet. Da aber angenommen werden kann, daß die vom Statistischen Bundesamt für den Bund angesetzten Zuwachsraten bei den Quoten der Einpersonenhaushalte für Hamburg eher zu hoch sein werden, weil hier der Prozeß zur Bildung von Einpersonenhaushalten schon weit fortgeschritten ist, läßt sich die so berechnete Zahl als Obergrenze interpretieren.

Sicher ist nur, daß die Neigung, in Einpersonenhaushalten zu leben, noch zunehmen wird. Die unter Verwendung der Quoten von 1970 ermittelte Haushaltszahl stellt somit eine Untergrenze dar, wodurch sich

⁸⁾ Für die Plausibilität dieser Annahme lassen sich folgende Tatbestände anführen:

1. Das Verhältnis der Zahl der Privathaushalte in Hamburg und im Bund ist für unangepaßte Zahlen aus dem Mikrozensus seit 1964 praktisch konstant. Dies gilt gleichermaßen für die Einperson- und für die Mehrpersonenhaushalte.
2. Die Verteilung der Haushaltsvorstandsquoten nach dem Alter aus der Volkszählung 1970 verläuft für jede Haushaltsgröße im Bund und in Hamburg weitestgehend parallel.
3. Ein Vergleich der Änderungen von 1961 bis 1970 der hier betrachteten Haushaltsstrukturzahlen für Hamburg, den Bund und für ausgewählte westdeutsche Großstädte zeigt, daß jeder Stadt ein ganz spezifisches Niveau in bezug auf diese Strukturzahlen eigen ist und daß Änderungen weitgehend parallel zum Bund verlaufen.

Tabelle 8

**Zahl der Privathaushalte in Hamburg 1970 (Volkszählung) und 1985
bei einem Wanderungsgewinn von Null ab 1972 (W 3)
— auf Grundlage der 4. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung —**

Den Haushaltszahlen liegt zugrunde:		Wohnbevölkerung	Privat-haushalte	davon		Haushaltsstruktur			
Bevölkerung der ...	Haushaltsvorstandsquoten der ...			Ein-pers-sonen-haushalte	Mehr-pers-sonen-haushalte	Anteil der Ein-pers-sonen-haushalte in %	durch-schnittl. Haus-halts-größe ¹⁾	durch-schnittl. Größe der Mehr-pers-sonen-haushalte ¹⁾	
		1	2	3	4	5	6	7	
Volkszählung 1970		1	1 793 800	795 900	284 600	511 300	35,8	2,25	2,95
Bevölkerungsvoraus-schätzung Variante F 1/W 3 1985	Volkszählung 1970	2	1 629 300	780 500	267 000	513 500	34,2	2,09	2,65
	Vorausschätzung 1985 ...	3		813 300	314 500	498 800	38,7	2,00	2,64
Bevölkerungsvoraus-schätzung Variante F 2/W 3 1985	Volkszählung 1970	4	1 608 200	wie Zeile 2			34,2	2,06	2,61
	Vorausschätzung 1985 ...	5		wie Zeile 3			38,7	1,98	2,59

¹⁾ bezogen auf die Wohnbevölkerung.

die tatsächliche Zahl im Jahr 1985 in Hamburg mit hoher Wahrscheinlichkeit eingrenzen läßt.

In Tabelle 8 ist die Zahl der Privathaushalte aus der Volkszählung 1970 den alternativen Vorausberechnungen für 1985 gegenübergestellt worden. Die Bevölkerungsvariante F1/W3 wurde einmal mit den Haushaltsvorstandsquoten von 1970 und zum anderen mit den für 1985 vorausgerechneten Quoten kombiniert. Die Fruchtbarkeitsvariante hat auf die Zahl der Haushalte nach dem angewandten Modell keinen Einfluß, da sich Unterschiede in der Bevölkerungszahl bis 1985 nur bei noch nicht haushaltsfähigen, d. h. unter 15 Jahre alten Personen ergeben. Die Durchschnittsgröße der Mehrpersonenhaushalte reagiert dagegen deutlich auf die geringere Kinderzahl in den Familien bei Variante F2 (vergl. Zeile 3 mit 5 in Tabelle 8).

Zahl der Privathaushalte bis 1985 kaum verändert

Die Zahl der Privathaushalte wird sich nach Tabelle 8 im Jahr 1985 in den Grenzen zwischen 780 Tsd bis 813 Tsd bewegen. 1970 lag die Haushaltszahl mit 796 Tsd genau zwischen diesen beiden Werten. Demnach sind erstaunlicherweise nur unwesentliche Veränderungen in der Gesamtzahl bis 1985 zu erwarten, obwohl die Bevölkerungszahl um rund 10 % sinkt. Innerhalb dieser Grenzen ist eine geringe Zunahme gegenüber 1970 am wahrscheinlichsten, da mit Änderungen der Haushaltsvorstandsquoten von 1970 in Richtung der vorausgeschätzten Quoten gerechnet werden muß.

1985 mehr Einpersonenhaushalte und weniger Mehrpersonenhaushalte als 1970

Auch bei den Einperson- und bei den Mehrpersonenhaushalten liegen die Zahlen von 1970 innerhalb der für 1985 geschätzten Bandbreite, und zwar bei

den Einpersonenhaushalten mit 285 Tsd mehr an der Untergrenze für 1985 und bei den Mehrpersonenhaushalten mit 511 Tsd mehr an der Obergrenze. Daraus kann man schließen, daß die Einpersonenhaushalte wahrscheinlich auf Kosten der Zahl von Mehrpersonenhaushalten zunehmen werden.

Die Stabilität der Haushaltszahlen ist dadurch zu erklären, daß sich bis 1985 zwei gegenläufige Tendenzen in ihrer Wirkung zum Teil aufheben werden:

- Die Veränderung des Altersaufbaus für sich genommen, würde bis 1985 bei einer um 2 Tsd höheren Zahl an Mehrpersonenhaushalten einen Rückgang der Einpersonenhaushalte um 18 Tsd (– 6,3 %) auf 267 Tsd bewirken. Ursache dafür ist hauptsächlich eine rückläufige Besetzung der Altersjahrgänge über 50 (hier sind die Haushaltsvorstandsquoten für Einpersonenhaushalte besonders hoch).
- Die volle Auswirkung der vorausgeschätzten Quotenänderung würde sich in einer Zunahme der Einpersonenhaushalte um 48 Tsd (+ 18 %) und in einer Abnahme der Mehrpersonenhaushalte um 15 Tsd (– 2,9 %) niederschlagen.

1985 kleinere Mehrpersonenhaushalte und etwas höherer Anteil von Einpersonenhaushalten

Die Durchschnittsgröße der Mehrpersonenhaushalte wird sich von 2,95 im Jahr 1970 auf etwa 2,6 Personen verringern. Hauptursache dafür ist die geringere Kinderzahl in den Haushalten. Zusammen mit einem wahrscheinlich leicht steigenden Anteil von Einpersonenhaushalten auf etwa 38 % würde sich dies in einer Senkung der durchschnittlichen Haushaltsgröße von 2,25 auf etwa 2 auswirken.

Joachim Müller

Der Hamburger Hafen als Energieumschlagsplatz

Bei der Sicherung der Energieversorgung besitzt das Erdöl in fast allen Lebensbereichen einen hohen Stellenwert. Die in den letzten Monaten spektakuläre Verteuerung und Verknappung dieses Energieproduktes lenkte die Aufmerksamkeit weiter Kreise der Bevölkerung wieder auf ein Problem, das sich dem Interesse der Öffentlichkeit schon weitgehend entzogen hatte und nur noch in Fachkreisen oft Gegenstand kontroverser Diskussionen geblieben war.

Im Zuge des wachsenden und zugleich differenzierten Energiebedarfs nehmen in der Energieversorgung Mittel- und Nordeuropas die großen kontinentalen Nordseehäfen eine Schlüsselstellung ein. Die in räumlicher Hinsicht verhältnismäßig enge Hafenkette, die in der Schifffahrt als „Antwerpen-Hamburg-Range“ bezeichnet wird, enthält so bedeutende Seehäfen wie Antwerpen, Rotterdam, Amsterdam, Emden, Wilhelmshaven, die Bremischen Häfen und Hamburg. Eine ähnliche Massierung wichtiger Häfen, die zum großen Teil miteinander im scharfen Wettbewerb stehen, findet man allenfalls noch an der Ostküste der USA zwischen New York und Norfolk. In diesem Beitrag wird – gemessen am Mineralöl- und Kohle-/Koksumschlag – skizzenhaft die Stellung des Hamburger Hafens als Energieumschlagsplatz innerhalb dieser Hafenkette dargestellt. Sodann wird untersucht, wie sich die Entwicklung des Mineralöls und der Kohle im Hafenumschlag zahlenmäßig vollzogen hat.

Bedeutung des Mineralölumschlags in den meisten Nordseehäfen

Der Umschlag von Erdöl und Mineralölprodukten (hauptsächlich Benzin, Dieselöl, Heizöl) nimmt im Energieumschlag der meisten Häfen eine dominierende Stellung ein (vgl. Tabelle 1). 1972 sind in den sieben Nordseehäfen¹⁾ insgesamt 251 Mio t Mineralöl umgeschlagen worden. In Relation dazu ist der Umschlag von 15 Mio t Kohle relativ gering. Während Kohleeinfuhren nur in Emden, Amsterdam und einigen

¹⁾ Die Untersuchung beschränkt sich auf die vom Umschlag her bedeutenden Nordseehäfen. Eine Vielzahl kleinerer Häfen blieb unberücksichtigt.

kleinen Nordseehäfen nennenswerte Bedeutung besaßen, konnten sie in Hamburg und in allen anderen großen Häfen nur Anteile von 2% bis 5% auf sich ziehen.

Diese Zahlen zeigen deutlich, daß die Bedeutung eines Hafens als Energieumschlagsplatz bei zunehmender Substitution von Kohle durch flüssige Brennstoffe überwiegend vom Mineralölumschlag bestimmt wird. Dem Mineralöl kommt wegen seiner vielseitigen Verwendbarkeit bis heute noch eine Sonderstellung in der Energiewirtschaft zu. Mit der technischen Entwicklung der Verbrennungsaggregate für flüssige Brennstoffe und durch die ansteigende Motorisierung im Verkehrssektor konnte sich sein Marktanteil in den letzten 20 Jahren ständig erweitern. Darüber hinaus ist das Mineralöl als Rohstoffbasis für zahlreiche Industriezweige nahezu unersetzlich geworden, eine Tendenz, die sich mit fortschreitender Mechanisierung und wachsendem Lebensstandard noch zu verstärken scheint. Dagegen ist beim Kohleverbrauch in den vergangenen Jahren eine gewisse Stagnation, im Bereich der industriellen Verwendung sogar ein Rückgang zu verzeichnen. Der Grund hierfür ist zu suchen in der Substitutionskonkurrenz durch das preislich günstigere Mineralöl. Es gibt aber eine Reihe von Gründen, die dafür sprechen, daß die uneingeschränkte Vorherrschaft des Rohöls als Energieträger zu schwinden beginnt, was sicherlich auch den Mineralölumschlag der Nordseehäfen in Zukunft beeinflussen wird. Dabei ist vor allem an die relativ stark gestiegenen Preise und langfristig wohl auch an die begrenzten Vorräte an Rohöl zu denken. Hinzukommt, daß sich die hochentwickelten Industriestaaten zur Vermeidung der einseitigen Abhängigkeit von den Förderländern verstärkt auch um andere Energieträger, insbesondere um Atomenergie und Erdgas, bemühen.

Hamburg drittgrößter Mineralölumschlagsplatz

Innerhalb der nordkontinentalen Hafenkette nimmt Rotterdam eine Sonderstellung ein. Zwar läßt sich das Übergewicht dieses bedeutendsten Rheinmün-

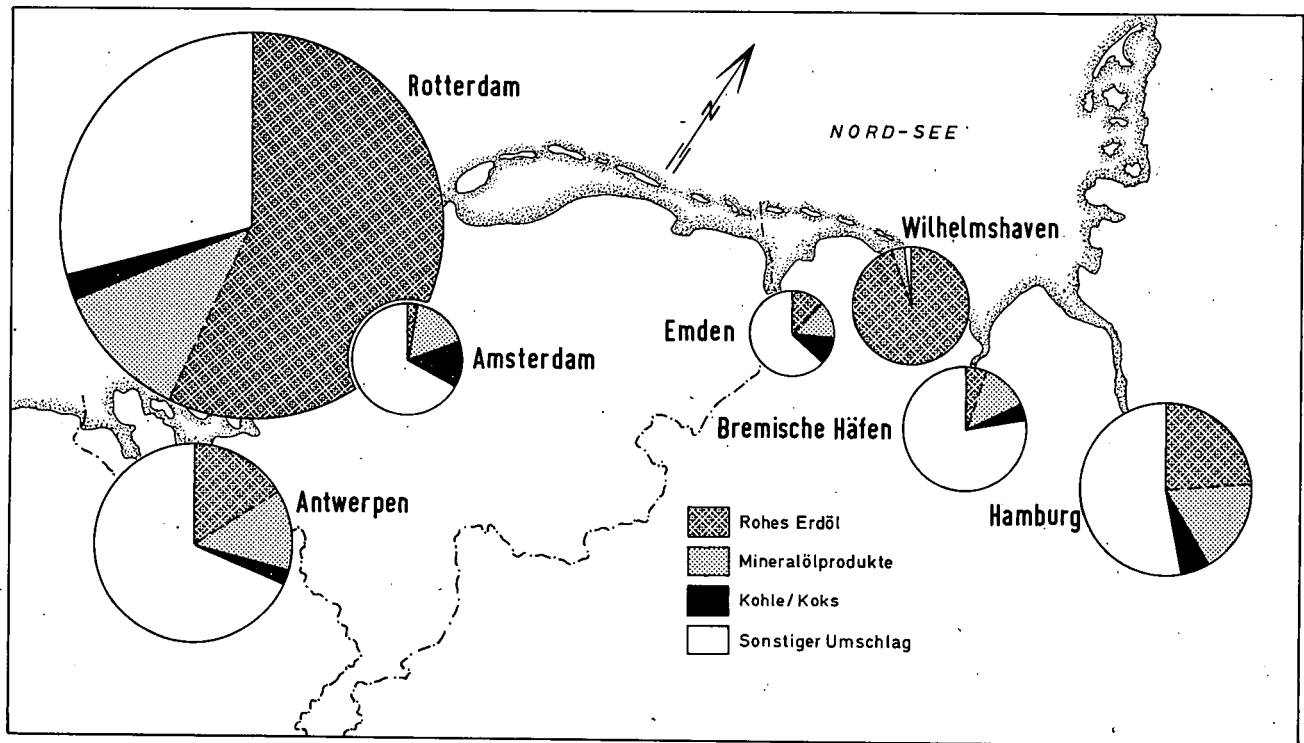
Tabelle 1

Energieumschlag in ausgewählten Seehäfen¹⁾ 1972

Häfen	Gesamtumschlag in 1000 t	darunter Energieumschlag insgesamt		davon					
		1000 t	% von Spalte 1	Rohes Erdöl		Mineralölprodukte		Kohle / Koks	
				1000 t	% von Spalte 1	1000 t	% von Spalte 1	1000 t	% von Spalte 1
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Hamburg	46 254	21 713	46,9	11 117	24,0	8 033	17,4	2 563	5,5
Bremische Häfen	24 147	5 445	22,6	1 294	5,4	3 098	12,8	1 053	4,4
Wilhelmshaven	23 196	22 738	98,0	21 946	94,6	784	3,4	8	0,0
Emden	12 433	4 565	36,7	1 519	12,2	1 780	14,3	1 266	10,2
Amsterdam	20 153	6 626	32,9	480	2,4	3 442	17,1	2 704	13,4
Rotterdam	259 091	184 339	71,1	148 223	57,2	30 366	11,7	5 750	2,2
Antwerpen	64 804	20 342	31,4	10 512	16,2	8 392	13,0	1 438	2,2

¹⁾ Alle Häfen ohne Bunkermaterial.

Energieumschlag in ausgewählten Seehäfen 1972



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

N

dingshafens bei fast allen Güterarten nachweisen, besonders deutlich ist jedoch der Abstand zu allen anderen Häfen im Mineralölumschlag. Er belief sich 1972 bei einem Gesamtumschlag des Hafens von 259 Mio t auf nicht weniger als 179 Mio t (69 %). Der Anteil an rohem Erdöl betrug hierbei 148 Mio t, von denen – legt man nur den Empfang zugrunde – rund 73 % aus Ländern am Persischen Golf, 14 % aus Westafrika und 13 % aus Nordafrika kamen. Aber auch durch seine umfangreichen Transitleistungen in die EG-Staaten, vor allem in die Bundesrepublik, dokumentiert sich dieser Hafen als wichtigster Ölumschlagplatz Europas²⁾ und wird daher mit Recht oft als Zentrum und Drehscheibe des europäischen Ölhandels bezeichnet.

Dagegen konnten die rangmäßig nachfolgenden Häfen Wilhelmshaven, Hamburg und Antwerpen zusammen „nur“ ein Ergebnis von knapp 61 Mio t erzielen und kamen damit auf ein Drittel der Umschlagsleistung Rotterdams. Im Hamburger Hafen, der sich mit mehr als 46 Mio t Gesamtumschlag als größter bundesdeutscher Universalhafen darstellt, entfielen 11,1 Mio t (24 %) auf Erdölanlandungen und 8 Mio t (17 %) auf Mineralölprodukte. Damit wird Hamburg innerhalb der Bundesrepublik nur von Wilhelmshaven, dessen Umschlag sich fast ausschließlich auf Mineralöl konzentriert (98 %), übertroffen. Während Antwerpen mit 19 Mio t knapp hinter Hamburg rangiert, wurden in den Bremischen Häfen sowie in Emden und Amsterdam nur jeweils 3 bis 4 Mio t Mineralöle umgeschlagen.

²⁾ 1972 gelangte ein Viertel des von den EG-Ländern benötigten Mineralöls via Rotterdam an seine Bestimmungsorte; die Liefermengen in die Bundesrepublik beliefen sich sogar auf 35 % bzw. gut 19 Mio t.

Hamburger Rohölanlandungen überwiegend aus nicht-arabischen Ländern

Die gemeinsame Aktion der arabischen Länder hat – namentlich in den letzten zwei Monaten des Jahres 1973 – zur Besorgnis im Hinblick auf eine ausreichende Deckung des Mineralölbedarfs geführt. In diesem Zusammenhang gewinnt angesichts der seit rund zehn Jahren auf niedriger Höhe stagnierenden Eigenförderung dieses Energieprodukts in den europäischen Ländern die Frage an Bedeutung, wie sich die im Hamburger Hafen angelandeten Erdölmengen auf die einzelnen Herkunftsländer verteilen.

Dabei steht man bei Verwendung von Zahlen aus der Seeverkehrsstatistik vor der Schwierigkeit, daß nur der jeweils letzte Transportweg statistisch nachgewiesen wird. So weist die Seeverkehrsstatistik fast 50 % der gesamten Hamburger Erdölanlandungen als von Rotterdam kommend aus, weil ein erheblicher Teil des für Hamburg bestimmten Rohöls erst nach Umladungen (Leichterungen) nach hier gelangt. Es ist daher zweckmäßiger, für den Nachweis der Ursprungsländer die Außenhandelsstatistik heranzuziehen.

1972 stammten 47 % des über den Hamburger Hafen importierten Rohöls aus den arabischen Ländern (5,2 Mio t). Hierbei liegt in der Rangskala der Lieferländer Libyen mit 18 % an erster Stelle, dahinter Saudi-Arabien (14 %) und Irak (11 %). Mit weitem Abstand folgten Kuwait (3 %) und Algerien (0,4 %). Mehr als die Hälfte (53 %) des Hamburger Ölimports entfiel jedoch auf außerarabische Ölproduzenten. Hierbei hat der Iran mit 3,6 Mio t (33 %) die Spitzenposition vor Nigeria (10 %) und Venezuela (9 %) inne.

Tabelle 2

Energieumschlag im Hafen Hamburg 1950, 1955, 1960, 1965 und 1970 bis 1973

Jahre	Gesamtumschlag in 1000 t	darunter Energieumschlag insgesamt		davon					
		1000 t	% v. Sp. 1	Rohes Erdöl		Mineralölprodukte		Kohle / Koks	
				1000 t	% v. Sp. 1	1000 t	% v. Sp. 1	1000 t	% v. Sp. 1
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
1950	11 029	3 675	33,3	1 393	12,6	662	6,0	1 620	14,7
1955	23 970	10 189	42,5	4 268	17,8	2 075	8,7	3 846	16,0
1960	30 755	13 494	43,9	7 415	24,1	2 772	9,0	3 307	10,8
1965	35 267	15 653	44,4	9 027	25,6	4 062	11,5	2 564	7,3
1970	46 959	23 106	49,2	12 166	25,9	7 606	16,2	3 334	7,1
1971	45 303	22 433	49,5	11 137	24,5	8 779	19,4	2 517	5,6
1972	46 254	21 713	46,9	11 117	24,0	8 033	17,4	2 563	5,5
1973	49 849	21 966	44,1	11 888	23,8	7 726	15,5	2 352	4,7

Während bei der Lieferung von Mineralölprodukten die arabischen Länder zumeist aus Mangel an Raffineriekapazitäten eine recht unbedeutende Stellung einnahmen (0,5%), entfiel auf die nicht-arabischen Förderländer mit 2 Mio t ein Anteil von 35%. Hier liegt die Sowjetunion mit 1,5 Mio t (26%) an erster Stelle der Lieferländer. Bei den nicht-ölfördernden Staaten, die mit 3,7 Mio t einen Anteil von 65% erreichten, führten die Niederlande mit 1,3 Mio t (22%) und Italien mit 0,9 Mio t (15%); der Rest verteilt sich auf eine Vielzahl meist europäischer Länder. Im Fall geringerer Öllieferungen durch die arabischen Länder wird man jedoch berücksichtigen müssen, daß die Mineralölprodukte aus Europa ebenfalls weitgehend aus arabischem Rohöl hergestellt sind.

Überproportionale Zuwachsraten im Mineralölumschlag

Die Tabelle 2 zeigt die Entwicklung des Energieumschlags im Hamburger Hafen seit 1950, wobei bis 1970 Fünfjahres-Abschnitte zugrundegelegt sind. Von 1950 bis 1970 hat sich der Umschlag von Mineralöl und Kohle – einschließlich Koks – von 3,7 Mio t auf 23,1 Mio t erhöht (+ 524%) und erreichte damit einen Anteil von nicht weniger als 49% am Gesamtumschlag des Hafens. Seit 1970 jedoch stagniert der Energieumschlag, so daß mittlerweile sein Anteil auf 44% zurückgegangen ist.

Betrachtet man die Umschlagsentwicklung der Energieträger getrennt, so hat sich das Umschlagsvolumen der Kohle zugunsten des Mineralöls im Zeitablauf stark verändert. Bis 1955 hatte sich der Kohleumschlag infolge der Einfuhren aus den USA noch auf 3,8 Mio t mehr als verdoppelt, und 1957 erreichte er mit knapp 6 Mio t seinen Höhepunkt. Ab 1960 wurden dagegen nur noch relativ konstante Ergebnisse zwischen 2,3 und 3,3 Mio t registriert.³⁾

Beim Erdöl⁴⁾ konnten seit Mitte der fünfziger Jahre, als sich die Kapazitätserweiterungen der Hamburger

³⁾ Ein beträchtlicher Teil der Kohle wird von Versorgungs- und Verarbeitungsbetrieben im Hafengebiet aufgenommen, weitere Mengen gehen im Transit in die DDR, CSSR und nach Österreich.

⁴⁾ Es handelt sich in den einzelnen Jahren ausschließlich um Empfangsmengen.

Raffinerien auszuwirken begannen, erhebliche Steigerungsraten verzeichnet werden. Während 1950 nur 1,4 Mio t registriert wurden und die Umschlagsleistung somit noch nicht einmal an die der Kohle herankam, hat sich 1960 dieses Resultat mit 7,4 Mio t verfünffacht (+ 428%). 1970 betrug das Ergebnis bereits 12,2 Mio t. In jüngster Zeit ist bei den Erdölaufuhren jedoch ein gewisser Sättigungsgrad zu beobachten.

Eine ähnliche Entwicklung ist im Umschlag von Mineralölprodukten festzustellen. Von 1950 bis 1960 wurde eine Umschlagssteigerung auf 2,8 Mio t (+ 324%) verzeichnet. In den folgenden 10 Jahren konnte eine weitere Zunahme auf 7,6 Mio t (+ 171%) erzielt werden, wodurch der Anteil der Mineralölprodukte am Gesamtumschlag eine Höhe von über 16% erreichte. Während 1971 dieses Umschlagsvolumen gegenüber dem Vorjahr noch einmal um gut 1 Mio t gesteigert wurde, ist in den letzten zwei Jahren eine leicht rückläufige Tendenz zu erkennen. Allerdings wird man dabei berücksichtigen müssen, daß zumindest der Rückgang des letzten Jahres zu einem erheblichen Teil auf Erweiterungen der Hamburger Raffineriekapazitäten zurückzuführen ist, was sich im übrigen auch an der gestiegenen Rohöleinfuhr ablesen läßt.

Der mit steigendem Lebensstandard wachsende westeuropäische Energiebedarf wird mit seiner strukturellen Veränderung vor allem den Mineralölempfang in den Nordseehäfen in naher Zukunft noch weiter ansteigen lassen. Der Zuwachs wird sich jedoch in jenen Häfen niederschlagen, die über ein weit verzweigtes Pipeline-Netz als Transportmittel ins Hinterland verfügen (Rotterdam, Wilhelmshaven), wodurch tendenziell die Raffineriestandorte mehr und mehr in die industriellen Verbrauchszentren (z. B. Ruhrgebiet) rücken. Es kann deshalb vermutet werden, daß die Bedeutung Hamburgs als Ölhafen innerhalb der Hafenreihe zurückgehen wird. Mit absoluten Verkehrsverlusten ist das jedoch nicht zwangsläufig verbunden, weil der Bedarf der hamburgischen Region und der von hier aus im Produktenversand versorgten Gebiete ebenfalls ständig steigt.

Johannes Marx

Die Strom- und Gasversorgung durch die öffentlichen Versorgungsunternehmen in Hamburg von 1962 bis 1973

Die Freie und Hansestadt Hamburg – größte Industriestadt und Zentrum des drittgrößten Ballungsraumes in der Bundesrepublik – verfügt, abgesehen von den relativ unbedeutenden Erdöl- und Methangasvorkommen in Neuengamme, über keinerlei Primärenergiequellen. Kohle, Rohöl und Erdgas zur Verwendung als Rohstoff bzw. Endenergie müssen importiert oder aus anderen Bundesländern bezogen werden. Die Energieerzeugung der Stadt konzentriert sich überwiegend auf die Produktion im sogenannten Transformationsbereich der Elektrizitäts- und Gasversorgungswirtschaft sowie der Mineralölverarbeitung.

Auf dem Gebiet der Strom und Gasversorgung ist seit einigen Jahren neben der Eigenerzeugung auch die überregionale Verteilungsfunktion der öffentlichen Versorgungsunternehmen immer stärker in den Vordergrund gerückt. Die Gründe hierfür sind u. a. der allgemein sprunghaft gestiegene Endenergieverbrauch und vor allem der Umstrukturierungsprozeß im Bereich der Primärenergieverwendung in den Strom- und Gaserzeugungsanlagen. Der Rückgang der Stadtgaserzeugung auf der Basis von Kokerei- und Raffineriegas zugunsten verstärkter Erdgasnutzung sowie die fortschreitende Substitution fossiler Brennstoffe durch Kernenergie zur Stromproduktion haben zu einer intensiveren Zusammenarbeit der Versorgungsunternehmen im norddeutschen Raum und damit zu einer noch engeren Verflechtung der Versorgungsnetze Hamburgs mit dem Umland geführt. Die energiewirtschaftliche Entwicklung in Hamburg erfolgt also im Bereich der Produktion wie auch der Verteilung der Endenergie nicht isoliert, sondern in engem Zusammenhang mit den Nachbarländern im norddeutschen Versorgungsraum.

Stromaufkommen in 11 Jahren verdoppelt

Kernstück der Stromversorgung für Hamburg und große Teile der Randkreise in Schleswig-Holstein sind die Hamburgischen Electricitätswerke AG (HEW). In den fünf unternehmenseigenen Kondensationskraftwerken wurden im vergangenen Jahr fast 6,9 Mrd kWh Strom erzeugt. Zusammen mit den über 2,6 Mrd aus Fremdbezug¹⁾ ergibt sich für 1973 ein Stromaufkommen von mehr als 9,5 Mrd kWh. Mit dieser Energiemenge wäre es z. B. möglich, den augenblicklichen Bedarf der Hansestadt für die elektrische Straßenbeleuchtung und die Signalanlagen für einen Zeitraum von 190 Jahren zu decken.

Das Bruttostromaufkommen hat sich gegenüber 1962 verdoppelt. Dabei war der jährliche Anstieg jedoch ungleichmäßig. Die im Zeitablauf schwankenden Zuwachsraten lassen deutlich die Abhängigkeit der Energieerzeugung von der Wirtschaftsentwicklung und den jeweiligen Witterungsverhältnissen erkennen. So haben z. B. die Hochkonjunktur und die besonders kalten Wintermonate im Jahr 1969 zu einer außer-

gewöhnlich hohen Zunahme der Energieerzeugung geführt. Das Gesamtaufkommen lag damals um 11% über dem Vorjahresniveau. Dagegen ist das Rezessionsjahr 1967 durch eine Veränderungsrate von nur etwa + 1% gekennzeichnet. Inwieweit das für 1973 geschätzte Wachstum von knapp 3% bereits Folgen des abgeschwächten Konjunkturverlaufs und evtl. auch der Energieeinsparungsmaßnahmen am Ende des Jahres anzeigt, kann z. Z. noch nicht beurteilt werden. Ohne Zweifel haben sich im letzten Jahr auch wieder die milden Wintermonate mit der geringeren Nachfrage nach Heizstrom dämpfend auf die Energieerzeugung ausgewirkt.

Kernbrennstoffbasis in drei Jahren bereits auf über 14% ausgedehnt

Der laufende Mehrbedarf an elektrischer Energie wird vermutlich bei anhaltendem Wirtschaftswachstum und steigendem Lebensstandard der Bevölkerung im norddeutschen Raum in den nächsten Jahren noch schneller zunehmen als bisher. Die zur Deckung des Bedarfs erforderliche Kapazitätsanpassung, die wachsende Verknappung und Verteuerung der fossilen Rohstoffbasis und nicht zuletzt das Gebot umweltfreundlicher Produktion haben bereits heute zur Folge, daß die Energieerzeugung in HEW-eigenen, mit herkömmlichen Brennstoffen betriebenen Kraftwerken abnimmt²⁾. Dieser Rückgang und der jeweilige zusätzliche Bedarf werden ausgeglichen durch erhöhte Bezüge aus dem Verbundnetz und – seit 1971, dem Jahr der Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Stade – durch eine beträchtliche Steigerung der Stromlieferungen aus gemeinsam mit anderen Versorgungsunternehmen betriebenen Kernkraftanlagen außerhalb der Hamburger Landesgrenze.

Der hiermit eingeleitete Prozeß der schrittweisen Substitution von Kohle und Heizöl durch Kernbrennstoffe im Bereich des Primärenergieverbrauchs kommt indirekt einer Verlagerung des Produktionsstandortes von Hamburg in die Randkreise gleich und läßt sich statistisch an der Entwicklung der Daten über die Eigenerzeugung und den Fremdbezug verfolgen: Während die Fremdbezugsmengen 1962 kaum mehr als 0,4% des Gesamtstromaufkommens ausmachten, haben die Lieferungen aus dem Verbundnetz sowie aus dem Beteiligungskraftwerk Stade 1973 bereits einen Anteil von 27% erreicht. Gemessen an der Eigenerzeugung der HEW betrug dieser Anteil im letzten Jahr sogar 38%. Diese Tendenz wird sich vor allem nach Inbetriebnahme des in Brunsbüttel gebauten Kernkraftwerkes erheblich verstärken.

Die Kohle – und hier vor allem Importkohle aus Übersee, England und Polen – ist dennoch z. Z. mit einer Größenordnung von ungefähr 70% des gesamten Primärenergieverbrauchs³⁾ der Hauptenergieträger

¹⁾ Einschließlich der Einspeisung aus der Stromproduktion in Anlagen der Industrie und aus der Beteiligungsgesellschaft Kernkraftwerk Stade GmbH.

²⁾ Diese Tendenz gilt jedoch nicht für die Heizkraftwerke zur Erzeugung von Fernwärme.

³⁾ Einschließlich des Verbrauchs in Heizkraftwerken.

Tabelle 1

Strom- und Gasaufkommen der öffentlichen Versorgungsunternehmen in Hamburg 1962 bis 1973

Jahr	Stromaufkommen				Gasaufkommen ¹⁾			
	insgesamt in Mio kwh	Veränderung 1962 = 100	darunter: Fremdbezug ¹⁾		insgesamt in Mio m ³	Veränderung 1962 = 100	darunter: Stadtgas/Reichgas	
			in Mio kwh	in % von Sp. 1			in Mio m ³	in % von Sp. 5
1	2	3	4	5	6	7	8	
1962	4 670	100,0	19	0,4	651	100,0	651	100,0
1963	5 028	107,0	29	0,6	679	104,3	679	100,0
1964	5 170	110,0	45	0,9	680	104,4	680	100,0
1965	5 494	116,9	82	1,5	720	110,6	713	99,0
1966	5 875	125,0	144	2,4	759	116,5	727	95,8
1967	5 945	126,5	181	3,0	855	131,4	723	84,5
1968	6 413	136,5	267	4,2	1 023	157,2	738	72,1
1969	7 110	151,3	210	3,0	1 236	189,9	790	63,9
1970	7 714	164,1	332	4,3	1 469	225,6	827	56,3
1971	8 192	174,3	1 133	13,8	1 689	259,4	780	46,2
1972	9 249	196,8	2 152	23,3	2 124	326,2	715	33,7
1973	9 519	202,5	2 630	27,6	2 492	382,8	711	28,5

¹⁾ einschließlich der Netzeinspeisung aus Produktionsanlagen der Industrie und der Bezüge aus der Beteiligungsgesellschaft Kernkraftwerk Stade. -
²⁾ Ho = 4 300 kcal/m³.

für die Stromerzeugung. An zweiter Stelle steht weiterhin das Heizöl mit etwa 15%, jedoch dicht gefolgt von der Kernenergie mit bereits mehr als 14%. Raffinerie- und Stadtgas, aber auch Erdgas spielen für die Stromerzeugung dagegen kaum eine Rolle.

Stromverbrauch der privaten Haushalte relativ am stärksten gestiegen

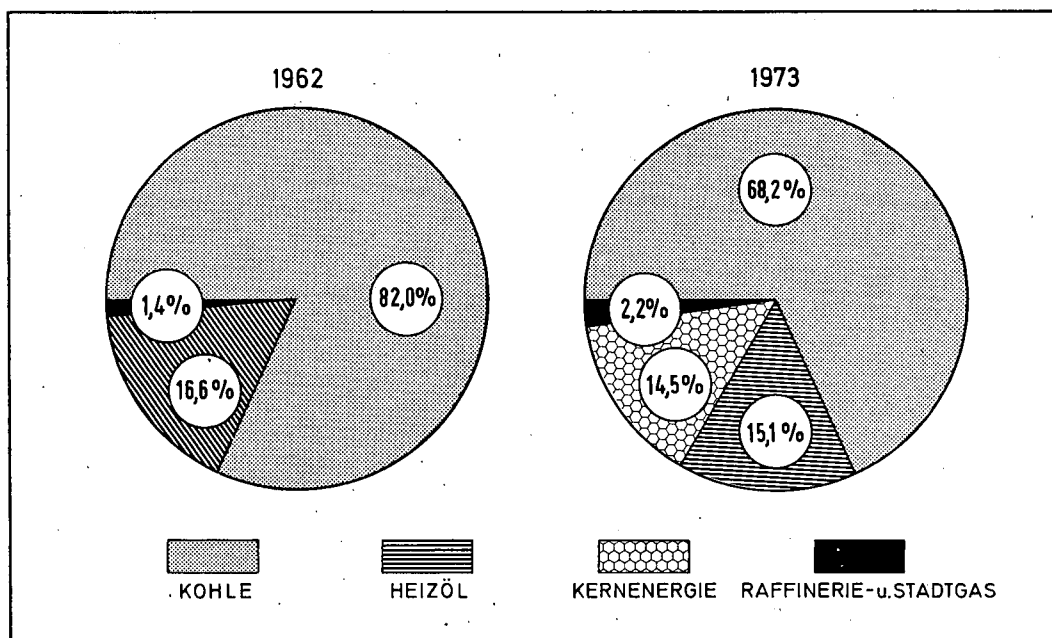
In den letzten 11 Jahren erhöhte sich der Gesamtstromabsatz der HEW um rund 122% auf 8,5 Mrd kwh. Hauptabnehmer ist die gewerbliche Wirtschaft in Hamburg, also Betriebe der Industrie, der Landwirtschaft und des privaten Dienstleistungsgewerbes. Die Stromabgabe an diesen Sektor dehnte sich im betrachteten Zeitraum mit fast dem gleichen Prozentsatz auf

3,5 Mrd kwh aus. Dabei fiel die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate seit 1969 höher aus als in den vorangegangenen Jahren. Dies beruht vor allem in jüngster Zeit auf der beachtlichen Ausweitung des Energiebedarfs der Industrie, bedingt durch die Neuan siedlung bedeutender Großabnehmer des metallverarbeitenden Gewerbes im Süden der Stadt und Kapazitätsausdehnungen im Bereich der Mineralölindustrie und der NE-Metallbearbeitung.

Noch ausgeprägter ist die Erhöhung der Stromlieferungen an private Haushalte in der Hansestadt. Ihr Stromverbrauch lag 1973 sogar um 143% über dem Vergleichswert von 1962 und hat damit das relative Wachstum des Gesamtaufkommens bei den HEW langfristig am stärksten beeinflusst. Die überdurch-

Schaubild 1

Die Entwicklung des Brennstoffverbrauchs der Hamburgischen Electricitätswerke AG in %



QUELLE: HEW, GESCHÄFTSBERICHT 1962. - ANGABEN FÜR 1973 EIGENE SCHÄTZUNG.

schnittliche Zunahme erklärt sich insbesondere durch die hohe Nachfrage nach e-Heizungen im Zuge der Altbaumodernisierung. Nach Angaben der HEW konnten allein im Jahr 1972 rund 11 000 Heizungsanlagen neu installiert werden, so daß heute bereits mehr als 8% aller Hamburger Haushalte mit elektrischer Raumheizung (Nachtstromspeicher) ausgerüstet sind. Der gesamte Stromverbrauch pro Kopf der Bevölkerung betrug 1962 rund 541 kwh und liegt heute bei einem Wert von etwa 1 380 kwh.

Auch die Stromabgabe an Wiederverkäufer außerhalb Hamburgs, die vor allem der Versorgung von Gemeinden in den Schleswig-Holsteiner Randkreisen dient, hat in ähnlichem Umfang zugenommen. Mit knapp 1,6 Mrd kwh stellen die auswärtigen Bezieher weiterhin den drittgrößten Abnehmerkreis dar. Dieses Ergebnis ist in erster Linie durch die Haushalte und nichtindustrielle Abnehmergruppen beeinflusst. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß in den für diesen Bereich in Tabelle 2 ausgewiesenen Werten Auslieferungslieferungen der HEW an das Verbundnetz zum Ausgleich von Lastspitzen enthalten sind. Hierauf lassen sich u. a. die jährlich stark schwankenden und im allgemeinen über dem jeweiligen Hamburger Verbraucherniveau liegenden Veränderungsdaten zurückführen.

Die geringste Steigerungsrate aller Bedarfsgruppen verzeichnet der Sektor der öffentlichen Einrichtungen. Er ist mit einem Verbrauchsanteil von 12% zugleich

auch die kleinste der vier Gruppen. Die Energiemengen, die hier insbesondere für den Betrieb der öffentlichen Nahverkehrsmittel, den Stromverbrauch in den Verwaltungsgebäuden und für die Straßenbeleuchtung benötigt werden, stiegen 1973 auf einen Wert von ungefähr 1 Mrd kwh, also seit 1962 um mehr als 90%.

Bemerkenswert für die Gesamtentwicklung ist, daß die Verbrauchsanteile der Abnehmergruppen sich langfristig nur sehr unwesentlich verschoben haben. Seit 1962 ist der Anteil der Hamburger Privatwirtschaft an der nutzbaren Stromabgabe der HEW mit etwa 40% nahezu konstant geblieben. Auch das Gewicht der Gruppe der privaten Haushalte hat sich nur geringfügig, nämlich um + 2,5%, verändert. Fast um den gleichen Betrag fiel die Quote des öffentlichen Sektors, dessen Gesamtstromverbrauch dennoch 1973 erstmals die Milliardengrenze erreicht hat.

76 % des Gasaufkommens entfallen auf Erdgas¹⁾

Fast noch intensiver als bei der elektrischen Energie sind die Bindungen Hamburgs mit dem Umland im Bereich der öffentlichen Gasversorgung. Der Versorgungsraum der Hamburger Gaswerke GmbH (HGW) erstreckt sich auf das gesamte Hamburger Stadtgebiet und auf zusammen 81 Städte und Gemeinden unmittelbar entlang der Landesgrenzen und

¹⁾ ohne Spaltgasanteile.

Tabelle 2

Die Strom- und Gasdarbietung der Hamburger Versorgungsunternehmen in den Jahren 1962 bis 1973 nach Verbrauchergruppen

Jahre	Absatz insgesamt		davon Abgabe an							
	absolut	Veränderungen 1962 = 100	Landwirtschaft, Industrie, Handel, übriges Gewerbe		private Haushalte		öffentliche Nahverkehrsbetriebe u. sonstige öffentliche Einrichtungen		Wiederverkäufer bzw. Abnehmer außerhalb Hamburgs	
			absolut	Veränderungen 1962 = 100	absolut	Veränderungen 1962 = 100	absolut	Veränderungen 1962 = 100	absolut	Veränderungen 1962 = 100
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Strom in Mio kWh										
1962	3 833	100,0	1 589	100,0	997	100,0	527	100,0	720	100,0
1963	4 122	107,5	1 613	101,5	1 096	109,9	559	106,1	854	118,6
1964	4 315	112,6	1 716	108,0	1 150	115,4	570	108,2	878	122,0
1965	4 616	120,4	1 852	116,6	1 212	121,6	604	114,5	947	131,6
1966	5 038	131,4	2 020	127,2	1 258	126,2	642	121,7	1 118	155,3
1967	5 146	134,3	2 109	132,7	1 328	133,2	662	125,5	1 048	145,6
1968	5 601	146,1	2 327	146,5	1 495	149,9	695	131,9	1 084	150,6
1969	6 199	161,7	2 530	159,3	1 717	172,2	760	144,1	1 191	165,5
1970	6 759	176,3	2 713	170,8	1 940	194,6	829	157,2	1 277	177,4
1971	7 247	189,1	2 891	182,0	2 081	208,7	876	166,2	1 399	194,3
1972	8 247	215,2	3 204	201,7	2 321	232,7	934	177,1	1 789	248,5
1973 ¹⁾	8 521	222,2	3 495	220,0	2 425	243,2	1 010	191,5	1 588	220,5
Gas in Mio cbm (Ho = 4 300 kcal/m³)										
1962	417	100,0	150	100,0	161	100,0	39	100,0	67	100,0
1963	438	104,9	150	100,1	169	104,6	47	120,2	72	107,6
1964	445	106,8	148	98,4	175	108,7	52	132,3	71	106,0
1965	479	114,8	151	100,5	191	118,2	61	156,3	76	114,3
1966	501	120,1	152	101,2	198	122,6	73	184,7	79	118,6
1967	615	147,5	253	168,6	199	123,4	82	210,0	81	121,8
1968	771	184,9	366	244,0	220	136,6	96	244,4	89	133,4
1969	954	228,8	467	311,6	271	168,4	112	284,5	104	155,7
1970	1 152	276,2	572	381,6	318	197,2	134	341,8	128	191,6
1971	1 401	335,8	738	492,5	365	226,2	141	358,4	157	235,6
1972	1 822	436,9	1 000	666,9	455	282,3	161	410,1	206	309,5
1973 ¹⁾	2 190	525,2	1 230	820,6	500	310,2	190	484,3	270	404,8

¹⁾ vorläufige bzw. geschätzte Zahlen.

im Verlauf der sog. Entwicklungsachsen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Die stetige Erhöhung der Wirtschaftskraft und damit auch des Lebensstandards der Bevölkerung dieser Region hat den allgemeinen Endenergiebedarf – wie schon aus dem Beispiel der Elektrizitätswirtschaft hervorgeht – in den letzten Jahren sprunghaft ansteigen lassen. Entsprechend steil verlief deshalb auch die Entwicklung der Gasnachfrage für Produktions- und Heizzwecke. Vor allem seit der Einführung des Erdgases in den norddeutschen Wirtschaftsraum im Jahr 1965 ist ein exponentielles Wachstum zu verzeichnen, zumal seither für den Primär- und Endenergieverbrauch ein dem Strom mindestens gleichwertiger Energieträger angeboten wird.

Das gesamte Gasaufkommen der HGW⁵⁾ einschließlich der Erdgasbezüge erreichte Ende 1973 rd. 2,5 Mrd m³ ⁶⁾ und war damit beinahe viermal so hoch wie 1962. Im Verlauf dieser 11 Jahre hat sich die Struktur der Gasproduktion entscheidend gewandelt. Durch das zügige Vorausschreiten der Erdgasverwendung ist die Bedeutung der herkömmlichen Primärenergieträger zur Stadtgaserzeugung der HGW erheblich gesunken. Zwar sind die Kohledurchsatzmengen wie auch der Raffineriegasverbrauch bis 1973 im langfristigen Durchschnitt noch leicht gestiegen, der Anteil am Gesamtaufkommen beträgt heute jedoch nur noch knapp 29 %⁷⁾. Mithin ist der Mehrbedarf von rund 1,8 Mrd m³ Gas seit 1965 fast vollständig durch die Umstellung auf Erdgas gedeckt worden. Dabei hatte die direkte Lieferung von Erdgas an den Endverbraucher absoluten Vorrang, so daß von 1970 an auch rückläufige Veränderungsdaten in der Stadtgasproduktion zu verzeichnen sind.

Die Gasabgabe überschritt die 2-Milliardengrenze

Aufgrund der beachtlichen Nachfrageerhöhung erreichte die Gasabgabe im Jahr 1973 erstmals einen Wert von fast 2,2 Mrd m³, umgerechnet auf den Brennwert $H_o = 4\,300 \text{ kcal/m}^3$ ⁸⁾. Die Steigerungsrate beträgt gegenüber 1962 gut 425 %, liegt also um noch etwa 140 Prozentpunkte über dem Wachstum des Gesamtgasaufkommens. Diese erstaunliche Veränderung beruht in erster Linie auf der Erdgasumstellung und zeigt eindeutig die Vorteile der direkt und ohne nennenswerte Umwandlungsverluste zur Anwendung kommenden Erdgasenergie. Allein in den letzten vier Jahren konnte die Gasdarbietung der HGW auf diese Weise um mehr als das Doppelte ausgedehnt werden, obwohl – ähnlich wie in der Elektrizitätsversorgung – witterungsbedingte und konjunkturabhängige Einflüsse zeitweilig bremsend gewirkt haben.

Die stürmische Absatzentwicklung erforderte besonders seit 1965 einen schnellen Um- und Ausbau des Gastransportnetzes für das Kern- und Fernversor-

⁵⁾ Zusammen mit den Lieferungen aus der Erdgasspalanlage der Holsteiner Gas GmbH in Boostedt – einer Tochtergesellschaft der HGW –, die nach Einbeziehung der Stadt Neumünster in die direkte Erdgasversorgung jedoch im Frühjahr 1973 stillgelegt worden ist.

⁶⁾ Umgerechnet auf einen oberen Heizwert $H_o = 4\,300 \text{ kcal/m}^3$.

⁷⁾ Seit der Einstellung der Kohlegaslieferungen durch die Norddeutschen Kohlen- und Cokeswerke AG im Jahr 1971 sinkt allerdings auch der Anteil der Kohleverwendung zur Stadtgaserzeugung deutlich.

⁸⁾ Bezogen auf den Heizwert der Steinkohle ergibt sich ein Wert von über 1,3 Mio Tonnen (t SKE). Zum Transport dieser Kohlenmenge würden z. B. etwa 54 000 Güterwagen, d. h. ein Kohlenzug von mehr als 534 km Länge benötigt.

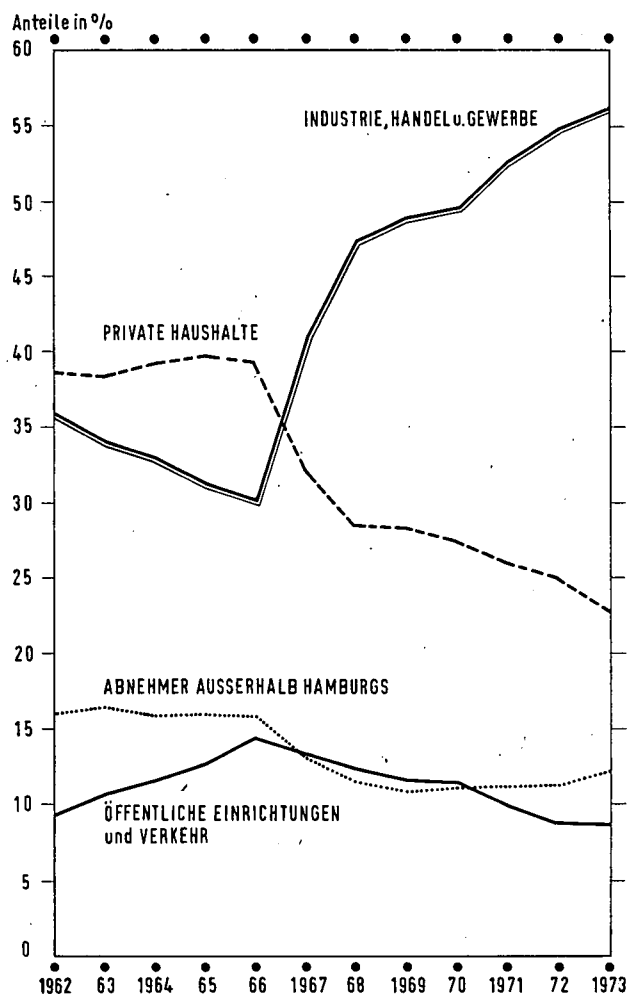
gungsgebiet der HGW. Mit der Fertigstellung der Erdgasringleitung waren Ende 1973 bereits mehr als 145 000 Haushalte und 18 000 Industrie- und Gewerbebetriebe direkt oder indirekt, d. h. über Heizwerke, an die Erdgasversorgung angeschlossen. Das Rohrleitungsnetz erhöhte sich nach Auskunft der HGW auf über 5 500 km, darunter allein zwei Drittel für die Erdgasbelieferung.

Gasabsatz an Industrie- und Gewerbebetriebe um das Siebenfache gestiegen

Teilt man die abgesetzten Gasmengen der HGW auf die gleichen Verbrauchergruppen auf wie im Falle der öffentlichen Stromversorgung, so ergibt sich folgendes Bild: Die privaten Gewerbebetriebe in Hamburg sind mit einem Anteil von 56 % auch hier die wichtigsten Konsumenten, gefolgt von den Haushalten mit knapp 23 %. Die Restmenge verteilt sich auf die Verbraucher im Fernversorgungsbereich außerhalb der Stadt und auf Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung. Die Rangfolge der Bedarfsgruppen hat sich seit 1962 allerdings grundlegend geändert: Damals lag die gewerbliche Wirtschaft mit 36 % hinter den Privathaushalten (39 %) noch an zweiter Stelle. Der gesamte Gasenergiebedarf ist also im kommerziellen Bereich ungleich schneller gestiegen als in den übrigen Sektoren.

Schaubild 2

Die Entwicklung der Verbrauchsanteile am Gasabsatz der HGW nach Verbrauchsgruppen in %



Statistisches Landesamt Hamburg

(h)

Industrie und Gewerbe in Hamburg benötigten 1973 etwa 1,2 Mrd m³ Gas aus dem öffentlichen Versorgungsnetz und damit weit über 700% mehr als 1962. Der Grund für diesen extremen Anstieg ist vor allem der anhaltende Trend zur Rationalisierung der Arbeitsabläufe in allen Sektoren der Wirtschaft. Die Schwerpunkte der Umstellung auf die Verwendung von Gas als Energieträger lagen bei der metallverarbeitenden und chemischen Industrie, im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe sowie bei Betrieben des Gartenbaus und der Gastronomie. Aber auch Kapazitätserweiterungen und Neuansiedlungen von Produktionsstätten der sog. Hafenindustrie im Zuge des allgemeinen Wirtschaftsaufschwungs der letzten Jahre spielten eine nicht unerhebliche Rolle. Entscheidend jedoch waren letztlich die günstigen Eigenschaften des Erdgases im Vergleich zu herkömmlichen Energieträgern (niedrige Investitionskosten, Fortfall der Lagerhaltung, hoher Wirkungsgrad und – in jüngster Zeit besonders bedeutsam – umweltfreundliche Verbrennungseigenschaften).

Im Gegensatz zur gewerblichen Wirtschaft sind bei den Haushaltungen seit Jahren rückläufige Abnehmerzahlen zu verzeichnen, was vermutlich vor allem auf den Abbruch von bisher mit Gas belieferten Altbau-

wohnungen zurückzuführen ist. Dennoch erhöhte sich der private Gasverbrauch in Hamburg um gut 200% auf etwa 500 Mio m³ im Jahr 1973. Maßgebend für diesen Aufschwung war der Aus- und Neubau von Wohnsiedlungen – überwiegend in den Hamburger Außenbezirken – und deren Gas-Vollversorgung zu Heiz- und Kochzwecken und zur Warmwasserbereitung. Andererseits hat sich auch die Altbaumodernisierung mit der Tendenz zu komfortabler und sauberer Raumheizung im innerstädtischen Bereich günstig auf diese Entwicklung ausgewirkt.

Den niedrigsten Gasbedarf hat nach wie vor der Sektor der öffentlichen Einrichtungen. Aber auch die Verwaltung erhöhte ihren Verbrauch in den letzten 11 Jahren um nahezu 400%, also doppelt so schnell wie die privaten Haushalte. Diese Ausdehnung war bestimmt durch verstärkte Umrüstung der Heizungsanlagen für öffentliche Bauten wie Schulen, Krankenhäuser und Verwaltungsgebäude von insbesondere festen Brennstoffen auf Erdgas. Die gasbetriebene Straßenbeleuchtung nimmt dagegen seit einigen Jahren ab und benötigt heute nur noch etwa 20 Mio m³ pro Jahr.

Jörn-Ulrich Hausherr

Der Energieverbrauch der Verarbeitenden Industrie in Hamburg 1962 bis 1973

Die vorausgegangene Betrachtung der öffentlichen Strom- und Gasversorgung in Hamburg hat gezeigt, daß die gewerbliche Wirtschaft die mit Abstand größte Abnehmergruppe der dargebotenen Energieträger ist und daß sie ihren Energiebedarf in den letzten 11 Jahren erheblich ausgedehnt hat. Da die Gesamtnachfrage dieser Gruppe nach Brenn- und Hilfsstoffen hauptsächlich von den Betrieben der Verarbeitenden Industrie bestimmt wird – ihr Anteil am Strom- bzw. Gasverbrauch in der Privatwirtschaft beträgt z. B. jeweils gut 64% –, soll dieser Sektor im folgenden besonders behandelt werden. Dabei interessiert vor allem die Entwicklung der Struktur des Energieeinsatzes und die Frage nach den Hauptkonsumenten.

Für die Analyse stehen Zahlen über den Roh- und Brennstoffverbrauch der Produktionsbetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten aus der monatlichen Industrieberichterstattung zur Verfügung, d. h. von nur etwa der Hälfte aller Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in Hamburg. Diese Angaben dürften jedoch ausreichen, um die Zusammensetzung und Entwicklung des Endenergieverbrauchs stellvertretend für die gesamte Industrie der Stadt zu beschreiben. Erfahrungsgemäß verändern sich die Relationen auch unter Hinzuziehung der Kleinbetriebe nur unwesentlich.

Energieverbrauch erheblich schneller gewachsen als im Bundesdurchschnitt

Der Energieverbrauch in Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes in Hamburg (ohne Energie- und Bau-

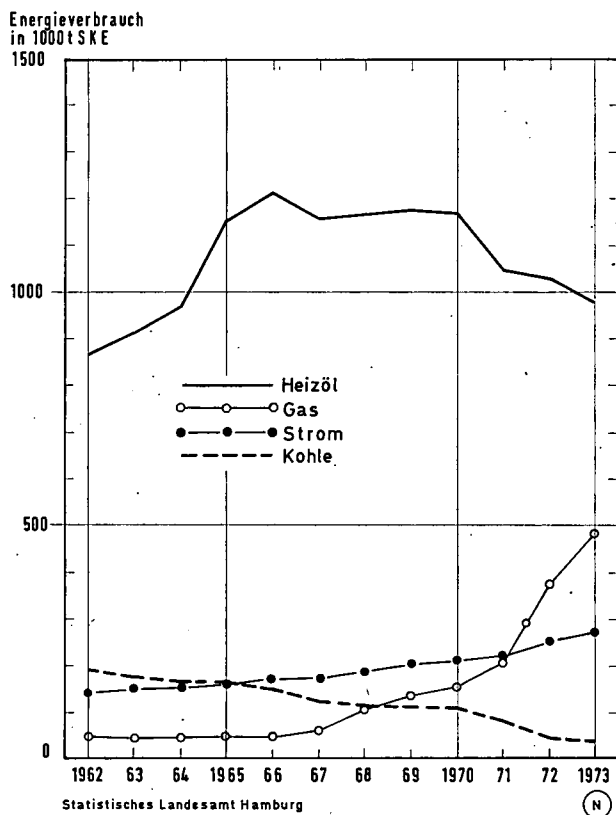
wirtschaft) betrug 1973 umgerechnet auf den Brennwert der Steinkohle etwa 1,8 Mio t SKE (Steinkohleneinheiten) und damit nicht ganz 1,3% der in der Bundesrepublik in diesem Wirtschaftssektor benötigten Energiemengen. Gegenüber 1962 stieg der industrielle Energieeinsatz in Hamburg um fast 42%, während im Bundesdurchschnitt nur ein Mehrbedarf von knapp 26% entstanden ist. Die jährlich stark schwankenden, für alle Energieträger aber zumindest bis 1971 parallel verlaufenen Veränderungsrate lassen eindeutig die Abhängigkeit des Energieeinsatzes vom Konjunkturverlauf erkennen. Besonders auffällig sind die negativen Raten in den Jahren rückläufiger Produktionstätigkeit wie 1967 und 1971. In beiden Fällen lag auch die Nettoleistung der Industrie unter dem sonst üblichen Niveau.

Wie eng der direkte Zusammenhang zwischen Produktionsausstoß und Energieeinsatz ist, kann statistisch nicht nachgewiesen werden. Man muß vielmehr davon ausgehen, daß die Entwicklung der Energienachfrage in den vergangenen Jahren auch von Veränderungen in der Produktionsstruktur beeinflusst war. Vor allem in jüngster Zeit haben die Betriebe mit traditionell hohem Energieverbrauch in Hamburg an Bedeutung gewonnen, so daß heute relativ mehr Güter hergestellt werden, die aus energieintensiven Fertigungsprozessen wie z. B. aus der Mineralöl- und NE-Metallindustrie oder der Stahlerzeugung stammen.

Da das Produktionsvolumen – gemessen am Index der industriellen Nettoproduktion – seit 1962 nur um

Schaubild 1

**Der Energieverbrauch der Industrie
in Hamburg 1962 bis 1973 nach Energierarten**
— Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten —



25%, also wesentlich langsamer als der Energieverbrauch gestiegen ist, läßt sich immerhin der Schluß ziehen, daß Hamburgs Industrie heute auch im Durchschnitt wesentlich energieintensiver arbeitet als noch vor 11 Jahren. Folglich dürfte sich auch die Nachfrageelastizität der Energie in Abhängigkeit vom Output und damit die Konjunktorempfindlichkeit beträchtlich erhöht haben. Heute sind in Hamburg für eine Produkteinheit rund 13% mehr Energieaufwand erforderlich als 1962.

Dominierender Einfluß des technischen Fortschritts

Vermutlich noch stärker als die Folgen des Strukturwandels waren die Auswirkungen von Rationalisie-

ierungsmaßnahmen. Hierunter ist in diesem Zusammenhang sowohl der Austausch menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen als auch die Substitution von herkömmlichen Energieträgern (Kohle, Stadtgas) durch solche mit höherem Nutzungsgrad (Heizöl, Strom und Erdgas) zu verstehen. So ist der Energieeinsatz je Beschäftigten und Jahr seit 1962 von 5,4 t auf 9,2 t SKE, d. h. um fast 70 %, gewachsen, obgleich die Zahl der Arbeitskräfte im selben Zeitraum nur um etwa 16% zurückging. Dieser außerordentliche Bedeutungsgewinn des „Produktionsfaktors“ Energie wird noch deutlicher, wenn man den Verbrauch auf die geleisteten Arbeiterstunden bezieht: Trotz der um 34% niedrigeren Stundenzahl hat sich der Energieeinsatz je Arbeiterstunde um mehr als das Doppelte, nämlich auf 8 kg SKE erhöht.

Extrem hohe Wachstumsraten beim Gasverbrauch

Im Zeitablauf haben offenbar die Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen auch entscheidenden Einfluß auf die Struktur des Energieverbrauchs ausgeübt. Interessant ist, daß sich dieser Wandel völlig anders vollzogen hat als im Bundesgebiet. Die folgende Übersicht macht deutlich, daß sich die Anteile der Energieträger am Gesamtverbrauch vor allem zuungunsten der Kohle in Richtung auf erhöhte Gasverwendung verlagert haben:

Anteile der Energieträger am gesamten Energieverbrauch in %

	in Hamburg		im Bundesgebiet ¹⁾	
	1962	1973	1962	1973 ²⁾
Kohle	15,5	2,5	64,1	32,7
Heizöl	68,9	54,8	16,7	33,3
Gas	4,0	27,2	9,8	20,6
Strom	11,7	15,5	9,4	13,5

¹⁾ einschließlich West-Berlin. — ²⁾ vorläufige Zahlen.

Der mit Abstand wichtigste Energieträger in Hamburg ist seit Jahren das Heizöl. Nach anfänglichem Zuwachs hat der Ölverbrauch jedoch mit fortschreitender Erdgasbelieferung der Betriebe abgenommen, so daß der Anteil des Heizöls am Energieverbrauch inzwischen von rund 69% auf knapp 55% gefallen ist. Diese Tendenz wird sich wahrscheinlich angesichts

Der Energieverbrauch der Industrie ¹⁾ in Hamburg 1962 bis 1973

— Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten —

Jahr	Kohle		Heizöl		Strom		Gas		Energie insgesamt	
	in 1000 t SKE ²⁾	Veränderungen 1962 = 100	in 1000 t	Veränderungen 1962 = 100	in Mio kWh	Veränderungen 1962 = 100	in Mio m ³	Veränderungen 1962 = 100	in 1000 t SKE ²⁾	Veränderungen 1962 = 100
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1962	195,2	100,0	620,1	100,0	1 196,1	100,0	81,2	100,0	1 260,3	100,0
1963	180,9	92,7	652,6	105,2	1 217,7	101,8	77,7	95,8	1 292,0	102,5
1964	168,9	86,6	692,3	111,6	1 284,1	107,4	80,5	99,2	1 345,4	106,8
1965	168,9	86,6	626,2	133,2	1 340,6	112,1	83,1	102,4	1 541,4	122,3
1966	149,8	76,7	865,9	139,6	1 409,7	117,9	83,1	102,4	1 586,5	125,9
1967	126,5	64,8	829,5	133,8	1 423,1	119,0	99,3	122,3	1 523,8	120,9
1968	120,7	61,8	836,3	134,9	1 557,8	130,2	172,9	213,0	1 589,3	126,1
1969	117,5	60,2	842,7	135,9	1 656,3	138,5	225,7	278,1	1 639,6	130,1
1970	116,3	59,6	835,4	134,7	1 723,5	144,1	249,2	307,1	1 650,9	131,0
1971	85,2	43,6	746,6	120,4	1 783,9	149,1	338,4	416,9	1 557,6	123,6
1972	50,3	25,8	736,1	118,7	2 060,2	172,2	611,3	753,2	1 709,5	135,6
1973	44,7	22,9	698,3	112,6	2 245,5	187,7	790,5	974,0	1 784,0	141,6

¹⁾ ohne Energie- und Bauwirtschaft. — ²⁾ SKE = Steinkohleeinheiten mit einem unteren Heizwert von 7.000 kcal/kg.

der labilen Versorgungslage und der Preiserhöhungen auf den Rohölmärkten noch verstärken. Demgegenüber ist die Heizölverwendung im Bundesgebiet langfristig auf einen Anteil von über 33% gestiegen und dort an die erste Stelle aller Energiearten gerückt. Der Grund für diesen Umschwung ist im Vergleich zu Hamburg u. a. darin zu sehen, daß die Erdgasumstellung im Bundesgebiet weitaus langsamer erfolgt ist als z. B. im norddeutschen Raum. Substitut für die Kohle war deshalb zunächst nicht das Erdgas, sondern Heizöl.

In dem Maße, wie der Brennstoff Kohle durch die übrigen Energieträger ersetzt wurde, hat sich ihr Anteil von Jahr zu Jahr weiter verringert. In Hamburg wurden 1973 im Verarbeitenden Gewerbe nur noch etwa 45 000 t Kohle für Produktionszwecke eingesetzt, d. h. nur knapp ein Viertel der 1962 verwendeten Menge. Der Verbrauchsanteil der Kohle ist deshalb auf den letzten Platz zurückgefallen, während im Bundesdurchschnitt z. Z. noch ein Gleichstand mit dem Heizöl zu verzeichnen ist. Der höchste Zuwachs der letzten 11 Jahre liegt beim Gasverbrauch. Von diesem Energieträger benötigte die Hamburger Industrie 1973 etwa 790 Mio m³, das ist beinahe das 900-fache des Volumens von 1962. Der Gasanteil am Energieverbrauch stieg somit von 4% auf 27%. Die Verwendung von Stadtgas spielt praktisch keine Rolle mehr, da die Erdgasumstellung der Betriebe fast abgeschlossen ist.

Schließlich muß noch erwähnt werden, daß der Stromverbrauch bis 1973 um ungefähr 88% auf eine Höhe von 2,2 Mrd kwh gesteigert wurde. Damit hat sich der Anteil der elektrischen Energie im Vergleich zu den übrigen Energiearten langfristig nur geringfügig verändert.

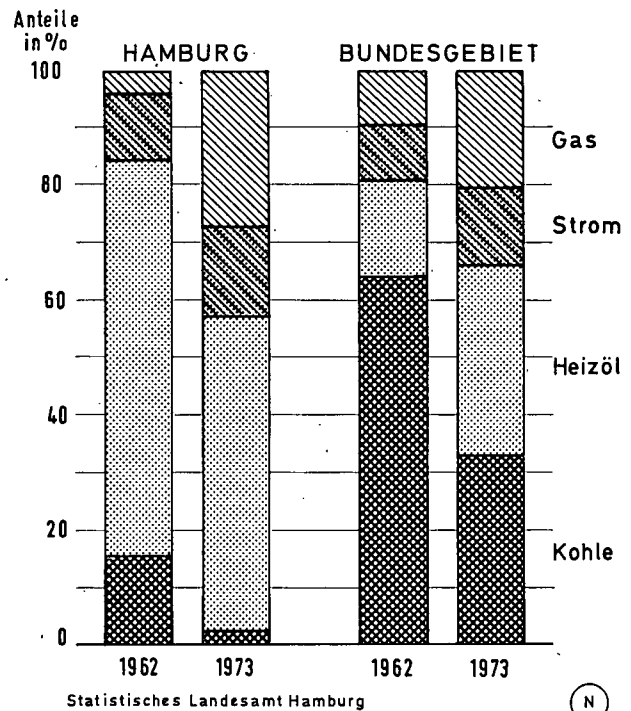
Höchster Energiebedarf in der Mineralölverarbeitung

Das größte Gewicht unter den vier Hauptgruppen der Verarbeitenden Industrie haben in Hamburg die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie und die Betriebe der Investitionsgüterbranche. In den etwa 800 Produktionsstätten dieser beiden Sektoren werden von zusammen drei Vierteln aller Industriebeschäftigten fast 70% des Gesamtumsatzes erwirtschaftet. Erst mit einigem Abstand folgen das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und die Verbrauchsgüterhersteller.

Die Entwicklung der beiden ersten Hauptgruppen war in den letzten Jahren neben allgemein steigenden Produktions- und Umsatzzahlen vor allem durch Kapazitätserweiterungen und zahlreiche Betriebsneugründungen gekennzeichnet. Einen entsprechenden Verlauf zeigen auch die Energieverbrauchskurven beider Sektoren. So stieg der Gesamtverbrauch der Grundstoffindustrie seit 1962 um 61% auf 1,3 Mrd t SKE. Auch im Investitionsgütersektor wurde ein Zuwachs von knapp 32% erzielt, allerdings auf erheblich niedrigerem Niveau (199 Mio t SKE). Dagegen sank der Energieverbrauch in der Verbrauchsgüterindustrie und im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe um 5% bzw. 14%, was in erster Linie auf ein verhältnismäßig

Schaubild 2

Anteile der Energieträger am Energieverbrauch der Industrie in Hamburg und im Bundesgebiet 1962 und 1973



geringes Produktionsniveau, aber auch auf eine ganze Reihe von Betriebsstilllegungen zurückgeht.

Der Schwerpunkt des Energiebedarfs – und dies gilt für alle Energieträger gleichermaßen – liegt erwartungsgemäß in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie. Sie beanspruchte 1973 allein 75% der insgesamt in der Industrieproduktion eingesetzten Energiemengen. Etwa die Hälfte davon entfiel auf die Betriebe der Mineralölverarbeitung, den umsatzstärksten aber gleichzeitig auch energieintensivsten Industriezweig in Hamburg. Hauptenergieträger in diesem Sektor ist das Heizöl, das in den vier hiesigen Raffinerien während der Rohölraffinade anfällt und dort als Brennstoff für die Destillation selbst wieder zur Anwendung gelangt. Die Mineralölindustrie kommt auf diese Weise auf eine Quote von fast 60% am Gesamtölverbrauch der Industrie. Aber auch die Nutzung der elektrischen Energie spielt eine wesentliche Rolle. Der Stromverbrauch der Raffinerien lag mit 480 Mio kwh im Jahr 1973 weit vor dem aller anderen Industriezweige.

Den zweitgrößten Energieverbraucher innerhalb der Grundstoffindustrie bilden die Eisenschaffende- und die NE-Metallindustrie mit einem gemeinsamen Verbrauchsanteil von 36%. Die Eisenschaffende Industrie ist bei weitem der größte Gasabnehmer, denn in der 1971 in Hamburg aufgenommenen Stahlproduktion wird für den Veredelungsprozeß neben Strom ausschließlich Erdgas verwendet. Auch in der NE-Metallindustrie ist die Erdgasumstellung weiter fortgeschritten und hat dort bereits zu stagnierendem Heizölverbrauch geführt. Nach wie vor wird hier aber auch Strom zum Betrieb der Schmelzöfen und der Maschinen zur Halbzeugfertigung (Rohre, Drähte, Profile usw.) ein-

gesetzt. Erheblich geringere Bedeutung im Verhältnis zu den bisher aufgeführten Industriezweigen ist dem Energieverbrauch in den anderen Hauptgruppen beizumessen. In der Investitionsgüterindustrie, die nur mit 11% am Gesamtenergieverbrauch beteiligt ist, sind nur der Schiffbau und der Maschinenbau als

Strom- bzw. Gasverbraucher hervorzuheben. Unter den Nahrungs- und Genußmittelherstellern können allenfalls Hamburgs Brauereien und die Ölmühlen als stärkste Stromabnehmer ihres Zweiges aufgeführt werden.

Jörn-Ulrich Hausherr

Die Beheizung der Wohnungen in Hamburg

Einen Gesamtüberblick über die Art der Beheizung, d. h. die Ausstattung der Wohnungen mit Ofen-, Etagen-, Zentral- oder Fernheizung, können nur Wohnungszählungen geben. Die letzte Zählung, aus der solche Angaben vorliegen, fand am 25. 10. 1968 statt. Nicht alle davorliegenden Zählungen, die Wohnungsdaten erbrachten, haben auch das Merkmal der Beheizungsart enthalten; lediglich in der Wohnungszählung vom 13. 9. 1950 sind derartige Angaben zu finden, während die Wohnungszählung 1956 und die Gebäudezählung 1961 entsprechende Daten nicht erfaßt haben.

Auskünfte über die Ausstattung der neu errichteten Wohnungen nach Art der Heizung gibt die laufende Bautätigkeitsstatistik. In den 1%-Wohnungstichproben – die letzte fand im April 1972 statt – sind ebenfalls Angaben über die Beheizung der Wohnungen enthalten, aus denen sich allerdings wegen der verhältnismäßig geringen Repräsentation weniger absolute Zahlen als vielmehr gewisse Relationen erkennen lassen. Genauere Daten über die verwendeten Heizstoffe gehen nur aus der letzten Wohnungstichprobe hervor.

Die Art der Beheizung

Trend von der Ofen- zur Sammelheizung

Von den rund 336 000 Normalwohnungen, die bei der Wohnungszählung 1950 ermittelt wurden, hatten knapp 80% Ofenheizung und etwas mehr als 20% Sammelheizung; unter diesem Begriff sind Etagen-, Zentral- und Fernheizung zusammengefaßt. Zur Zeit der Wohnungszählung 1968 hatten bei einem Wohnungsbestand von etwa 667 000 Wohnungen je die Hälfte dieser Wohnungen Ofen- bzw. Sammelheizung. Wenn auch in diesen 18 Jahren eine Zunahme der ofenbeheizten Wohnungen von 70 000 zu verzeichnen war, so stieg dagegen die Zahl der Wohnungen mit Sammelheizung im gleichen Zeitraum um 260 000 an.

Der gleiche Trend von der Ofen- zur Sammelheizung und die trotzdem noch große Bedeutung der traditionellen Ofenheizung wird deutlich, wenn man die Anteile der Wohnungen nach Beheizungsarten nach dem

Baualter der Gebäude darstellt (Ergebnisse der Wohnungszählung 1968):

Baualter der Gebäude	Von den Wohnungen wurden in % beheizt durch	
	Ofenheizung / Sammelheizung	
bis 1900 errichtet	80,3	19,7
1901 bis 1918 errichtet	71,4	28,6
1919 bis 1948 errichtet	52,1	47,9
1949 und später errichtet	38,4	61,6
Wohnungen insgesamt	49,7	50,3

Es sei in diesem Zusammenhang noch bemerkt, daß nach den Ergebnissen der Wohnungszählung 1968 die Mietwohnungen in allen Baualtersgruppen einen höheren Anteil an Ofenheizungen hatten als die vom Eigentümer bewohnten Wohnungen; ebenfalls waren bei den öffentlich geförderten Wohnungen sowohl bei den Mietwohnungen als auch bei den vom Eigentümer bewohnten Wohnungen die Anteile der Wohnungen mit Ofenheizungen etwas größer als bei allen Wohnungen der Baualtersgruppe „1949 und später“ zusammen.

Auch aus der Bautätigkeitsstatistik kann man in den letzten 20 Jahren deutlich die hier dargestellte Tendenz von der Ofen- zur Sammelheizung verfolgen. Der Anteil der neu erstellten Wohnungen mit Sammelheizung stieg von fast 20% aller Wohnungen im Jahre 1953 ständig an und erreichte im Jahre 1958 einen Wert von gut 50%. Zwei Jahre später hatten schon drei Viertel aller neu erstellten Wohnungen eine Sammelheizung, und seit 1964 lag dieser Anteil immer über 95%; in einigen Jahren – z. B. 1967, 1968 und 1972 – wurden fast nur Wohnungen mit dieser Beheizungsart gebaut. Da in den letzten Jahren kaum noch Wohnungen mit Ofenheizung neu erstellt worden sind und außerdem auch vom vorhandenen Wohnungsbestand laufend Wohnungen von Ofen- auf Sammelheizung umgestellt werden – worüber allerdings statistische Angaben nicht vorliegen –, ist auch die Aussage der 1%-Wohnungstichprobe 1972 plausibel: Nach dieser Erhebung betrug der Anteil der Wohnungen mit Sammelheizung am gesamten Wohnungsbestand rund 60%.

Die höchsten Zuwachsraten verzeichnete die Fernheizung

Zu der Beheizungsart „Sammelheizung“, die – wie im vorigen Abschnitt aufgezeigt wurde – gegenüber der Ofenheizung einen zunehmenden Anteil im Wohnungsbestand aufzuweisen hat, gehören die Etagen-, Zentral- und Fernheizungen.

Während sich der Wohnungsbestand von 1950 auf 1968 etwa verdoppelt hat, verzeichneten die Wohnungen mit Etagen- und Zentralheizung etwa einen Zuwachs von 235%, und die Zahl der Wohnungen mit Fernheizung stieg um das 95fache; die absoluten Zahlen lauteten: 1950 gab es 912 Wohnungen mit Fernheizung, 1968 waren es 86 739 Wohnungen und damit knapp 13% des gesamten Wohnungsbestandes. Nach den Ergebnissen der 1%-Wohnungsstichprobe 1972 ist dieser Anteil inzwischen auf etwa 16% angewachsen.

Aus den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 geht hervor, daß nicht nur Wohnungen, die nach 1949 errichtet wurden, mit Fernheizungen ausgestattet sind – hier betrug der Anteil 1968 fast 20% –, sondern daß auch ältere Wohnungen wohl hauptsächlich im Zuge einer Modernisierung an die Fernheizung angeschlossen wurden: 1968 sind insgesamt 9 644 bis 1 949 errichtete Wohnungen mit dieser Beheizungsart gezählt worden.

Wie die Bautätigkeitsstatistik ausweist, schwankte der Anteil der Wohnungen mit Fernheizung an allen fertiggestellten Wohnungen in den letzten Jahren ganz erheblich zwischen 22% (1971) und 43% (1968). Die Ursache hierfür dürfte darin liegen, daß nicht bei allen Bauvorhaben ein Anschluß an das Fernwärmenetz der Hamburgischen Electricitäts-Werke AG möglich oder ein eigenes Fernheizwerk sinnvoll ist, so daß nach der Lage oder nach der Größe bei bestimmten Bauvorhaben eine Fernwärmeversorgung von vornherein ausscheidet. Daß die Größe des Bauvorhabens einen Einfluß auf die Frage hat, ob Fernheizung als Beheizungsart gewählt wird, geht aus folgender Tatsache hervor: Bei den im allgemeinen größeren Wohnkomplexen, die von Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen errichtet werden, war der Anteil der fernbeheizten Wohnungen in den letzten Jahren überproportional hoch; er lag z. B. 1968 bei etwa 62% und 1972 bei rund 59%. Auch nach der Größe der Wohngebäude lag der Anteil der Wohnungen mit Fernheizung bei den Gebäuden mit 5 und mehr Wohnungen deutlich über dem Durchschnitt.

Die Art der Heizstoffe

Über die Art der zur Beheizung der Wohnungen verwendeten Heizstoffe gibt die Gebäude- und Wohnungszählung 1968 nur sehr begrenzte Auskünfte, da

lediglich bei Ofenheizung gefragt wurde, ob diese mit Öl, Gas oder Strom einerseits oder Kohle, Holz, Torf usw. andererseits betrieben wird. Von den damals rund 333 000 ofenbeheizten Wohnungen entfielen rund 24% auf die erstgenannten und die anderen 76% auf die zweitgenannte Gruppe. Bei den übrigen Heizungsarten – Etagen-, Zentral- und Fernheizung – wurde der verwendete Heizstoff nicht erfaßt.

Eine tiefergehende Befragung – auch nach den Heizstoffen – erfolgte im Rahmen der 1%-Wohnungsstichprobe 1972; allerdings wurde auch in dieser Erhebung bei den Fernheizungen nicht festgestellt, mit welchem Heizstoff diese betrieben wurden, da hierüber der Bewohner ferngeheizter Wohnungen im allgemeinen keine Auskunft zu geben vermag. Bei den Einzel- und Mehrraumöfen, den Etagen- und Zentralheizungen wurden 4 Gruppen von Heizstoffen erfaßt und mit folgenden gerundeten Anteilswerten in einer Vorwegaufbereitung ermittelt:

Heizstoff	%-Anteil an allen Wohnungen
Kohle, Koks, Briketts usw.	29
Öl	34
Gas	10
Strom	11

(Die restlichen 16% sind fernbeheizte Wohnungen).

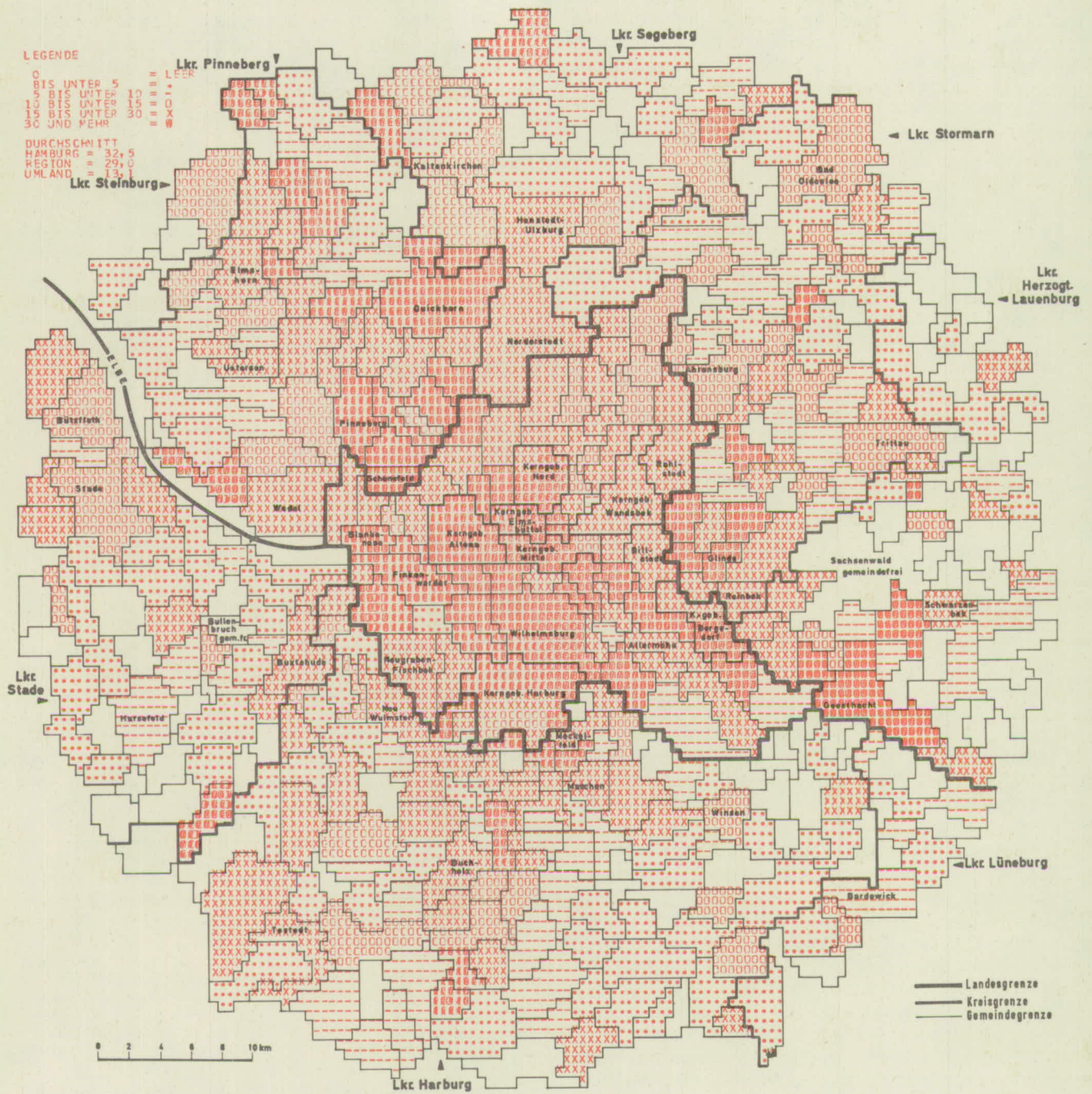
Unter der Annahme, daß sich seit der Befragung in der 1%-Wohnungsstichprobe 1972 weiterhin eine Tendenz zur Fernheizung sowie auch zu ölbeheizten Einzel- und Mehrraumöfen, Etagen- und Zentralheizungen zu Lasten des Anteiles von Kohle, Koks und Briketts usw. bestanden hat, ergibt sich für die fast 740 000 Wohnungen in Hamburg für Ende 1973 folgendes Bild (gerundete Zahlen):

Art der Beheizung Art der Heizstoffe	Zahl der Wohnungen
Einzel- und Mehrraumöfen, Etagen- und Zentralheizung beheizt mit	
Kohle, Koks, Briketts usw.	200 000
Öl	260 000
Gas	80 000
Strom	80 000
Fernheizung	120 000

Bei einer durchschnittlichen Wohnungsbelegung von 2,3 Personen sind somit von den erheblichen Preissteigerungen bei Heizöl rund 600 000 Hamburger betroffen; diese Zahl stellt allerdings nur eine Untergrenze dar, da auch ein Teil der Fernheizwerke auf Heizöl eingestellt sein dürfte, doch läßt sich die Zahl der hierdurch beheizten Wohnungen aus den vorhandenen Unterlagen nicht ermitteln.

Detlef Schmidt

COMPLTEKARTE REGIONALDATEI
 ANTEIL DER AUSLAENDER JE 1000 EINWOHNER IN DER REGION HAMBURG/UMLAND AM 27.5.1970



Hamburger Stadtteile und Gemeinden des 40-km-Umlandes mit den höchsten absoluten Ausländerzahlen am 27. 5. 70

Stadtteile	Ausländer	Gemeinden	Ausländer	Gemeinden	Ausländer
Wilhelmsburg	3484	Pinneberg, Stadt	1621	Barmstedt, Stadt	405
Eimsbüttel	2923	Norderstedt, Stadt	1509	Halstenbek	389
St. Pauli	2698	Geesthacht, Stadt	1035	Rellingen	368
Winterhude	2093	Wedel (Holst.), Stadt	866	Stade, Stadt	360
Altona-Altstadt	1943	Elmshorn, Stadt	685	Reinbek, Stadt	349
Ottensen	1776	Quickborn	640	Ahrensburg, Stadt	275
Harburg	1737	Glinde	555	Schwarzenbek, Stadt	264
Rotherbaum	1621	Schenefeld	471	Bad Oldesloe, Stadt	236
Rahlstedt	1620	Uetersen, Stadt	447	Buchholz i. d. N., Stadt	221
St. Georg	1494	Buxtehude, Stadt	431	Henstedt-Ulzburg	219

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1973	Januar 1974	Februar 1974	Februar 1973					
		1965	1973									
Meteorologische Beobachtungen												
Mittelwerte ¹⁾												
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	762,3	757,8	762,3	758,4	757,7					
Lufttemperatur	°C	8,6	9,5	2,0	4,4	4,7	3,1					
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	79	88	88	80	88					
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	4	4	3	4					
Bewölkung	" ⁴⁾	7	5	6	7	6	7					
Summenwerte ⁵⁾												
Niederschlagshöhe	mm	981	701	100	67	31	40					
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 660	47	18	76	46					
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	79	13	24	11	11					
Tage mit Niederschlägen	"	256	240	25	19	13	26					
Bevölkerung												
Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾												
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	...	244,9	245,6					
" Altona	"	264,3	...	251,7	253,9					
" Eimsbüttel	"	264,6	...	250,7	252,4					
" Hamburg-Nord	"	401,3	...	331,6	338,5					
" Wandsbek	"	357,5	...	379,4	376,6					
" Bergedorf	"	82,6	...	93,0	94,1					
" Harburg	"	199,0	...	200,3	203,0					
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	...	1 751,6	1 764,1					
dav. männlich	"	861,9	...	813,0	816,9					
weiblich	"	995,0	...	938,6	947,2					
dar. Ausländer ⁷⁾	"	59,8	...	129,2	129,6	130,3	119,7					
Natürliche Bevölkerungsbewegung												
Eheschließungen ⁸⁾	Anzahl	1 510	930 p	995 r	482 r	585 p	710					
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	5,2					
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 139 p	1 118 r	1 123 r	1 060 p	1 034					
dar. unehelich	"	143	105 p	125 r	104 r	110 p	87					
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	7,6					
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	14,4	7,6					
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	9,3 p	11,1 r	9,4 r	10,4 p	8,7					
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 156 p	2 791 r	2 132 r	2 120 p	2 065					
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	27 p	38 r	24 r	20 p	27					
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	13,6	15,3					
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	13,6	15,3					
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁹⁾	"	17,2	23,5 p	34,3 r	21,4 r	18,9 p	24,0					
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	+ 123	- 1 017 p	- 1 673 r	- 1 009 r	- 1 060 p	- 1 031					
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 0,8	- 7,6					
<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: center;">September 1973</td> <td style="width: 15%; text-align: center;">Oktober 1973</td> <td style="width: 15%; text-align: center;">November 1973</td> <td style="width: 25%; text-align: center;">November 1972</td> </tr> </table>									September 1973	Oktober 1973	November 1973	November 1972
	September 1973	Oktober 1973	November 1973	November 1972								
Wanderungen												
Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	...	6 233	8 344	6 263	6 415					
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	6 553	...	6 212	7 267	6 082	6 592					
Fortgezogene Personen	"	- 379	...	+ 21	+ 1 077	+ 181	- 177					
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	- 37	...	+ 197	+ 927	+ 366	- 35					
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	- 342	...	- 196	+ 150	- 185	- 142					
dav. männlich	"	-	...	-	-	-	-					
weiblich	"	-	...	-	-	-	-					
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	...	13 110	16 529	16 018	14 698					
Nach Gebieten												
a) Zugezogene aus												
Schleswig-Holstein	"	1 542	...	1 568	2 029	1 732	1 675					
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	835	...	1 004	1 291	1 173	1 061					
Niedersachsen	"	1 091	...	902	1 337	1 016	1 006					
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	272	...	345	445	365	336					
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	...	1 406	2 084	1 443	1 460					
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	1 535	...	2 357	2 894	2 072	2 274					
b) Fortgezogene nach												
Schleswig-Holstein	"	2 351	...	2 259	2 582	2 226	2 591					
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 620	...	1 701	2 002	1 777	2 022					
Niedersachsen	"	1 268	...	1 515	1 890	1 621	1 589					
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	525	...	872	1 033	936	873					
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	...	1 545	1 922	1 477	1 691					
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	767	...	893	873	758	721					

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 3 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. - ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. - ⁷⁾ Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. - ⁸⁾ nach dem Ereignisort. - ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. - ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹²⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1973	Januar 1974	Februar 1974	Februar 1973
		1965	1973				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	17 067	16 740	16 675	16 714	16 714	16 703
Patienten ²⁾	"	13 593	13 110	9 011	14 582	14 574	14 539
Pflegetage	"	415 910	406 670	364 791	421 178	399 724	404 847
Bettenausnutzung	%	83,9	83,3	73,2	83,9	87,8	90,4
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 017	3 030	3 076	3 076	3 076	3 026
Patienten ²⁾	"	3 134	2 893	2 890	2 911	2 957	2 902
Pflegetage	"	86 329	82 499	82 263	84 044	77 204	75 468
Bettenausnutzung	%		92,8	90,0	91,2	92,8	92,2
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	522 383	842 743	369 237	589 000	551 410	584 858
dar. in Hallenschwimmbädern	"	286 227	467 560	336 135	552 077	516 207	545 508
in Freibädern	"	158 845	339 706	—	—	—	—
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	347 847	527 563	491 306	623 528	563 385	516 381
Ausgeliehene Noten	"	4 079	7 021	5 946	8 411	7 741	5 889
2. Wissenschaftliche Bücherelen							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	23 403	37 938	30 080	45 833	38 846	37 960
Besucher der Lesesäle	"	7 069	9 448	7 753	11 507	10 772	9 723
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung —							
Besucher der Bibliothek und der Archive	"	2 131	3 446	2 249	3 925	3 718	3 786
Commerzbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	2 709	2 555	2 515	1 609	2 624	2 465
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 286	1 500	1 238	770	1 471	1 512
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	43 961	68 258	84 716	78 493	60 191	69 928
dav. Hamburger Kunsthalle	"	8 351	12 302	17 907	16 610	9 099	13 603
Altonaer Museum	"	5 531	12 530	10 280	13 720	11 716	18 289
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"	4 455	6 177	6 103	7 527	6 748	7 565
Helms-Museum	"	5 799	13 421	6 680	6 669	10 154	6 240
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg	"		12 094	4 493	4 996	8 306	4 418
Museum für Hamburgische Geschichte	"	9 247	11 447	7 317	12 692	10 093	12 817
Museum für Kunst und Gewerbe	"	7 983	6 383	23 427	4 633	5 651	6 302
Planetarium	"	2 595	5 998	13 002	14 737	5 555	5 112
Bischofshof	"				1 905	1 175	
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ³⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	...	681,9	683,1
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	...	398,0	401,7
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	...	45,6	46,9
Rentner	"	175,5	...	238,3	234,5
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	...	28,9	35,6
dav. männlich	"	17,9	...	19,8	24,3
weiblich	"	8,8	...	9,1	11,3
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
* Arbeitslose insgesamt	Anzahl	3 410	5 542	9 097	11 909	12 347	6 120
dav. männlich	"	2 318	2 959	5 507	7 140	7 220	3 213
weiblich	"	1 092	2 583	3 590	4 769	5 127	2 907
dar. nach ausgewählten Berufsbereichen							
Fertigungsberufe	"	1 155	.	3 246	4 248	4 285	1 314
Technische Berufe	"	108	.	406	643	644	344
Dienstleistungsberufe	"	2 965	.	5 060	6 527	6 602	3 981
2. Offene Stellen	"	25 827	18 838	11 920	13 439	13 890	17 464
3. Arbeitssuchende ⁴⁾	"	8 299	12 519	16 202	19 387	20 299	13 892
4. Vermittlungen ⁵⁾	"	16 368	11 269	11 701	13 292	10 721	10 134
dar. Kurzfristige Vermittlung bis zu 7 Tagen	"	10 527	5 765	7 617	8 565	5 482	4 436
5. Kurzarbeiter	"	3	284	2 606	3 677	2 149	30

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr und des Strafvollzugsamts. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungs- krankenkasse. — ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁵⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1973	Januar 1974	Februar 1974	Februar 1973
		1965	1973				
Landwirtschaft und Fischerei							
Milcherzeugung der landw. Betriebe							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 444	1 305	1 409	1 748	1 352
dav. an Molkereien geliefert	%	86,0	92,2	89,5	92,5	91,3	90,1
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	10,4	9,2	11,1	11,8	10,6
Milchherstellung der Molkereien							
Vollmilch,	t	10 011					
pasteurisiert, lose	"	3 528	1 549	1 140	1 366	1 215	1 587
pasteurisiert, abgepackt	"		7 595	6 934	7 394	6 741	7 631
ultra-hocherhitzt	"	6 482	1 046	1 183	828	1 094	857
Teilenträhmte Milch,	"						
pasteurisiert, abgepackt	"	—	136	137	156	143	55
ultra-hocherhitzt	"	—	316	564	964	817	169
Enträhmte Milch	"						
Buttermilcherzeugnisse	"	382	620	337	330	307	365
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"	—			147	142	
Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	6,6	8,5	7,1	5,4
Kälber	"	2,6	1,1	1,1	1,0	1,1	1,1
Schweine	"	47,0	29,7	28,2	29,8	26,9	30,2
Schafe	"	2,7	0,7	0,3	0,5	0,7	0,6
Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,2	6,0	7,5	6,5	4,7
Kälber	"	2,5	1,0	1,1	1,0	1,1	1,0
Schweine *)	"	49,6	30,3	29,3	30,2	27,3	31,0
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen *)	t	6 229	4 744	4 599	5 098	4 453	4 409
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	1 678	1 600	2 054	1 779	1 297
Kälber	"	187	80	83	71	97	81
Schweine	"	4 318	2 960	2 892	2 956	2 555	3 003
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
Industrie *)							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 367	1 349	1 346	1 350	1 387
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	194	192	190	192	196
dar. Arbeiter *)	"	152	119	117	116	117	121
Geleistete Arbeiterstunden *)	"	24 859	18 319	16 557	18 415	17 743	18 574
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	199	203	193	181	177
Gehälter (Bruttosumme)	"	75	170	187	171	170	157
Kohleverbrauch	1 000 t SKE *)	14	4	5	5	4	4
Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 661	3 308	1 652	1 499	2 881
Erdgasverbrauch (Ho = 8 400 kcal/cbm) *)	1 000 cbm		63 213	82 488	40 876	35 389	68 567
Heizölverbrauch	1 000 t	69	58	68	66	61	69
Stromverbrauch	Mio kWh	112	187	190	210	194	186
Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	16	13	13	14	14	14
Umsatz *)	Mio DM	1 304	1 917	2 328	2 104	1 979	1 618
dar. Auslandsumsatz *)	"	155	315	529	372	334	231
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	126,9	129,1	117,8	129,5 p	129,7
Verarbeitende Industrie	"	109,0	125,6	128,8	114,4	127,5 p	127,2
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	141,8	130,1	130,3	143,8 p	146,0
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	131,7	161,6	114,6	137,5 p	132,9
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	109,9	114,2	98,8	107,8 p	117,0
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	105,8	102,0	100,4	105,7 p	102,7
Bauindustrie	"	103,7	128,4	88,9	112,8	123,3 p	127,8
Umsatz *) nach Industriegruppen insgesamt							
dar. Mineralölverarbeitung	"	215	333	363	429	402	294
Chemische Industrie	"	101	168	147	207	181	166
Elektroindustrie	"	143	239	247	238	258	203
Maschinenbau	"	83	150	210*	134	149	123
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	13	13	12	13
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	596	743	729	636	650
Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	58	76	70	66	65
Vj.-Durchschnitt *)				3. Vj. 1972	4. Vj. 1972	1. Vj. 1973	1. Vj. 1972
3. Handwerk (Meßziffern **)							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	82,5	82,6	82,0	...	82,6
Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	185,7	181,0	232,3	...	154,6
dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	183,9	180,4	239,0	...	144,9

*) gewerbliche und Hausschlachtungen. — *) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. — *) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — *) einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — *) einschließlich Lehrlingsstunden. — *) eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — *) bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm, ab Januar 1974 Ho = 8 400 kcal/cbm. — *) einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — *) bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — **) ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1973	Januar 1974	Februar 1974	Februar 1973
		1965	1973				
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe ¹⁾							
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	43 660	40 031	39 251	38 013	43 929
dar. Inhaber	"	1 365	1 238	1 201	1 215	1 195	1 217
Angestellte	"	4 684	6 218	6 172	6 114	6 095	6 149
Arbeiter ²⁾	"	43 102	36 204	32 658	31 922	30 723	36 563
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 711	3 482	5 106	4 858	5 468
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 738	975	1 528	1 496	1 640
gewerbl. und industr. Bauten	"	1 673	2 034	1 260	1 758	1 701	2 133
öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	1 939	1 247	1 820	1 661	1 695
* Löhne (Bruttosumme ³⁾)	Mio DM	46,3	80,6	57,5	70,6	66,2	69,2
* Gehälter (Bruttosumme ³⁾)	"	5,9	15,6	18,7	14,7	14,3	14,1
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	229,6	298,5	126,2	151,8	145,6
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	66,4	75,1	34,7	50,9	49,9
gewerbl. und Industr. Bau	"	31,0	81,8	136,2	54,2	58,5	53,6
öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	81,4	87,2	37,3	42,4	42,1
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
* Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	164	89	133	53	99
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	"	89	24	21	26	60
* Umbauter Raum	1 000 cbm	440	416	622	497	318	183
* Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	85,8	135,5	91,5	34,2	37,2
* Wohnfläche	1 000 qm	95	87	126	107	32	36
Nichtwohnbauten							
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	65	56	54	47	48
* Umbauter Raum	1 000 cbm	359	493	287	508	213	486
* Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	71,5	47,6	99,9	76,3	96,6
* Nutzfläche	1 000 qm	73	89	53	87	48	91
Wohnungen							
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 199	1 807	1 366	474	509
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	155	153	142	45	71
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	378	588	663	252	158
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	75,6	118,5	126,4	18,3	27,7
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	63	93	32	32	39
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	481	559	270	216	420
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	73,6	85,8	68,1	26,4	74,6
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 066	1 647	1 884	233	400
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	171	755	67	36	72
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	88	392	21	18	47
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	189	1 947	228	74	117
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	80,7	355,1	42,0	16,6	24,7
Wohnfläche	1 000 qm	96	91	412	52	17	27
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	69	335	31	23	28
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	638	3 699	188	170	104
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	77,9	440,4	43,5	24,2	11,7
Nutzfläche	1 000 qm	69	101	552	45	30	21
Wohnungen							
Wohnungen insges. ⁴⁾ (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 244	5 405	685	197	343
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	968	565	2 404	342	107	217
5. Bauüberhang							
(am Ende des Berichtszeitraumes ⁵⁾)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	13 500	13 500	15 400	15 400	16 500
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	4 500	4 500	3 000	3 200	3 200
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ⁶⁾							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	188	188	188	188	187
Wohnungen	"	636	738	738	738	738	725
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 755	2 755	2 758	2 759	2 707

¹⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ²⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — ³⁾ ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ⁴⁾ ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — ⁵⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ⁶⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1973	Januar 1974	Februar 1974	Februar 1973
		1965	1973				
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1962 = 100	119	211	265	187
dar. Warenhäuser	"	130	307	467	149
Facheinzelhandel	"	120	170	223	255
Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1970 = 100	137
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	143
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	129
* Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) 2)							
	Mio DM	212	420	555	512	...	369
dav. Waren der Ernährungswirtschaft	"	17	55	70	78	...	39
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	365	485	434	...	330
dav. Rohstoffe	"	2	3	3	3	...	2
Halbwaren	"	50	83	80	138	...	87
Fertigwaren	"	143	279	402	293	...	241
dav. Vorerzeugnisse	"	9	29	36	53	...	23
Enderzeugnisse	"	134	250	366	240	...	218
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	"	152	311	427	361	...	265
dar. EG-Länder	"	92	199	311	230	...	175
EFTA-Länder	"	40	57	68	65	...	49
Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	111	...	110	123	...	106
dav. Beherbergungsgewerbe	"	125	...	118	116	...	105
Gaststättengewerbe	"	108	...	133	125	...	106
Fremdenverkehr *)							
Fremdenmeldungen	1 000	120	117	70	85
dar. von Auslandsgästen	"	42	40	19	24
Fremdenübernachtungen	"	232	225	140	170
dar. von Auslandsgästen	"	90	74	38	48
Verkehr							
Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See							
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 638	1 528 p	1 540 p	1 412 p	1 466 s	1 390
Abgegangene Schiffe	"	1 739	1 588 p	1 565 p	1 508 p	1 458 s	1 416
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	4 153 p	4 449 p	4 471 p	4 182 p	3 877
dav. Empfang	"	2 229	3 093 p	3 369 p	3 177 p	2 873 p	2 912
dav. Massengut	"	1 634	2 447 p	2 786 p	2 544 p	2 291 p	2 296
dar. Mineralöle	"	968	1 410 p	1 603 p	1 560 p	1 034 p	1 507
Sack- und Stückgut	"	595	646 p	583 p	633 p	582 p	616
Versand	"	713	1 060 p	1 130 p	1 294 p	1 309 p	965
dav. Massengut	"	292	470 p	507 p	573 p	596 p	486
Sack- und Stückgut	"	421	590 p	623 p	721 p	713 p	479
Binnenschifffahrt							
Güterempfang	1 000 t	340	382	290	...	390 s	284
Güterversand	"	309	400	401	...	550 s	387
Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) *)							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	4 088	5 105 p	3 963	4 903 p	4 488 p	4 712
Fluggäste	"	141,5	258,9 p	203 286	223 648	213 628 p	217 832
Fracht	1 000 t	1 164,4	1 999,6 p	2 003,0	2 072,1 p	2 128,7 p	2 198,0
Luftpost	"	413,7	722,7 p	788,1	700,3 p	657,1 p	738,4
Personenbeförderung im Stadtverkehr *) (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen	1 000	23 537	27 546	28 873	28 956	...	26 132
Schnell- und Vorortbahnen	"	9 436	3 587	3 347	3 422	...	4 014
Straßenbahn	"	12 289	18 621	20 804	20 443	...	16 612
Kraftomnibusse	"						
Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung *) 10) (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	488,7	488,7	487,7	488,4	482,7
dar. Personenkraftwagen *) 11)	"	310,8	438,5	438,5	437,5	438,1	434,3
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 419	2 461	3 446	...	6 137
dar. Personenkraftwagen *)	"	4 632	4 907	2 156	3 050	...	5 661
Lastkraftwagen	"	362	379	219	281	...	379
5. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden *)	Anzahl	859	986	736	770	746	924
Getötete Personen	"	26	24	26	37	25	26
Verletzte Personen	"	1 106	1 308	943	967	999	1 224

*) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — *) Quelle: Statistisches Bundesamt. — *) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — *) ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — *) ohne Transit. — *) Ab Januar 1958 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienvorkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — *) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — *) einschließlich Kombinationskraftwagen. — *) teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — 10) Bereinigtes Ergebnis ab August 1972.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1973	Januar 1974	Februar 1974	Februar 1973
		1965	1973				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mio DM		38 431,4	39 734,4	39 691,1	39 867,0	38 250,9
• Kredite an Nichtbanken							
• dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"		10 470,1	10 674,9	10 508,7	10 621,6	10 973,3
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		10 357,1	10 554,3	10 356,7	10 489,6	10 829,1
• Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ²⁾	"		5 851,0	5 971,5	5 999,9	5 983,0	5 619,4
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		5 393,1	5 496,4	5 485,0	5 482,2	5 188,9
• Langfristige Kredite ³⁾ (von 4 Jahren und darüber)	"		22 110,3	23 088,0	23 182,5	23 262,4	21 658,2
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		20 084,9	21 010,1	21 014,3	21 111,0	19 670,0
• dar. Durchlaufende Kredite	"		809,6	746,3	694,7	689,2	799,9
• Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"		27 194,1	29 308,8	29 385,5	29 385,3	26 265,8
• dav. Sicht- und Termingelder	"		17 617,9	19 260,9	19 345,5	19 378,5	16 609,4
• dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"		12 981,1	14 066,2	14 045,7	14 193,9	11 988,2
• Spareinlagen	"	4 069,9	9 576,2	10 047,9	10 040,0	10 006,8	9 656,4
• dar. bei Sparkassen	"	2 792,9	6 283,6	6 564,8	6 552,2	6 557,2	6 339,0
• Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	244,3	531,5	586,3	724,4	526,5	502,5
• Lastschriften auf Sparkonten	"	203,9	542,7	548,7	744,5	561,7	525,4
• Zinsgutschriften	"	12,9	46,6	528,9	12,2	2,0	0,5
2. Konkurse und Vergleichsverfahren	Anzahl	17	18	18	23	21	11
3. Wechselproteste	Anzahl	1 044	635	511	594	577	533
Betrag	1 000 DM	1 314	2 988	3 860	3 113	2 657	2 101
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ³⁾							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	24 650	27 276	22 372	22 720	21 009
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 058	3 449	2 685	3 595	3 690	3 588
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 196	1 533	1 294	1 495	1 598	1 629
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	353	492	381	530	514	487
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg ⁴⁾							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	157	159	160	160	155
Grundkapital	Mio DM	3 975	5 913	6 198	6 306	6 310	5 812
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	6 086	6 314	6 336	6 359	5 896
Stammkapital	Mio DM	2 962	5 351	5 623	5 590	5 593	5 164
Steuern							
1.* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM		814 395	1 343 965	893 497	735 821	664 078
* dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	478 819	951 157	504 854	340 494	317 563
* dav. Lohnsteuer	"	89 007	300 925	476 688	335 259	281 401	256 016
* Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	100 573	252 769	44 882	24 553	26 068
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	24 266	2 348	116 950	32 960	46 888
* Körperschaftsteuer	"	36 706	53 055	219 352	7 764	1 580	11 409
* Steuern vom Umsatz	"		335 576	392 809	388 643	395 327	346 515
* dav. Umsatzsteuer	"	82 827	206 263	268 242	230 286	208 375	213 031
* Einfuhrumsatzsteuer	"		129 313	124 567	158 357	186 952	133 484
2.* Bundessteuern	1 000 DM	523 065	865 424	1 517 629	323 455	797 821	704 213
* dar. Zölle	"	45 076	56 426	55 958	57 396	57 775	58 032
* Verbrauchsteuern	"	358 150	782 783	1 422 012	239 485	712 206	612 917
* dar. Mineralölsteuer	"	261 342	665 657	1 236 146	175 872	590 690	497 163
3.* Landessteuern	1 000 DM	35 517	42 954	28 307	30 380	79 744	75 952
* dar. Vermögensteuer	"	11 355	16 971	4 660	4 375	47 285	41 690
* Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	12 314	13 128	14 330	10 858	10 400
* Biersteuer	"	2 430	3 136	3 013	2 755	2 460	2 288
4.* Gemeindesteuern	1 000 DM	46 355	94 475	22 276			
* dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 784	70 343	26 153	9 353	163 647	160 200
* Grundsteuer A	"	73	90	48			
* Grundsteuer B	"	5 134	9 402	4 761			
5.* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	601 215	1 308 304	2 238 479	796 968	1 208 797	1 070 049

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postcheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. - ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. - ³⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. - ⁴⁾ ohne RM-Gesellschaften.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1973	Januar 1974	Februar 1974	Februar 1973
		1965	1973				
Steuern							
Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1 000 DM	157 752	269 532	572 313	.	.	.
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{1) 2)}	"	122 235	176 408	415 126	.	.	.
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	.	37 385	90 352	.	.	.
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	.	12 785	38 527	—	8 933	1 566
Außerdem:							
Einnahmen aus Gemeindesteuern ³⁾	"	46 355	68 905	— 54 779	.	.	.
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer ¹⁾	"	.	47 805	102 124	.	.	.
Einnahmen des Landes insgesamt	"	.	386 242	619 658	.	.	.
		Vj.-Durchschnitt 1973		2. Vj. 1973	3. Vj. 1973	4. Vj. 1973	4. Vj. 1972
Öffentliche Finanzen							
Kassenmäßige Gesamtausgaben	Mio DM	.	1 762,5	1 650,4	1 779,7	1 999,7	1 971,7
dar. Personalausgaben	"	.	795,7	750,1	737,7	882,4	729,9
Bauinvestitionen	"	.	185,1	136,1	203,9	278,5	222,8
dar. für Schulen	"	.	54,8	43,8	65,1	76,8	51,6
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	.	23,1	13,1	26,1	39,2	22,9
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	.	8,5	6,6	10,0	12,9	7,1
Straßen	"	.	20,2	13,5	24,1	34,9	32,7
Wasserstraßen und Häfen	"	.	21,1	17,0	23,7	28,1	29,0
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	.	155,0	204,4	116,5	130,8	120,8
Zuführung zu Rücklagen	"	.	8,6	0,0	20,0	14,2	14,9
Kassenmäßige Gesamteinnahmen	"	.	1 802,7	1 664,2	1 815,3	2 001,5	1 661,0
dar. Steuern	"	.	1 158,7	1 035,5	1 275,1	1 210,2	1 135,6
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	.	57,7	63,7	56,7	64,9	51,3
Gebühren, Beiträge usw.	"	.	192,2	178,8	199,1	188,2	144,0
Entnahme aus Rücklagen	"	.	12,5	0,6	29,7	1,9	36,5
Schuldenaufnahme	"	.	207,8	226,4	58,5	325,2	73,8
Schuldenstand am Ende des Quartals	"	.	4 933,7 p	4 819,8	4 837,1	5 144,3	4 680,1 p
dar. am Kreditmarkt	"	.	3 578,3 p	3 469,6	3 491,5	3 773,7	3 316,1 p
bei Gebietskörperschaften	"	.	694,2 p	687,0	683,9	711,7	688,1 p
		Monatsdurchschnitt		August 1973	November 1973	Februar 1974	Februar 1973
Preisindizes für Baugewerbe							
Verkaufleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	199,0	202,0	203,6	207,9	190,2
dav. Einfamiliengebäude	"	113,3	200,0	203,3	204,9	209,8	190,9
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	198,0	200,8	202,3	206,0	189,6
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	197,6	200,5	202,1	206,2	189,2
Bürogebäude	"	112,2	194,2	196,3	197,6	201,3	186,9
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	192,2	194,9	195,0	197,4	185,8
				April 1973	Juli 1973	Oktober 1973	Oktober 1972
Löhne und Gehälter ⁴⁾							
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM	232	394	427	441	448	405
männliche Arbeiter	"	140	245	265	278	280	251
weibliche Arbeiter	"						
Bruttostundenverdienste	"	5,10	8,90	9,63	10,02	10,15	9,12
männliche Arbeiter	"	3,32	5,97	6,39	6,73	6,77	6,06
weibliche Arbeiter	"						
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,5	44,2	44,4	44,0	44,1	44,5
männliche Arbeiter	"	42,2	41,0	41,5	41,2	41,3	41,4
weibliche Arbeiter	"						
Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte	DM	1 098	1 905	2 109	2 171	2 209	2 010
männlich	"	747	1 381	1 515	1 570	1 611	1 434
weiblich	"						
Technische Angestellte	"	1 182	2 033	2 232	2 306	2 328	2 091
männlich	"	748	1 374	1 490	1 542	1 570	1 411
weiblich	"						
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 043	1 775	1 951	1 993	2 036	1 814
männlich	"	668	1 254	1 339	1 376	1 411	1 238
weiblich	"						
In Industrie und Handel ⁵⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 058	1 808	1 989	2 036	2 078	1 864
männlich	"	688	1 286	1 375	1 416	1 451	1 280
weiblich	"						
Technische Angestellte	"	1 176	2 024	2 175	2 252	2 276	2 044
männlich	"	838	1 504	1 683	1 699	1 746	1 538
weiblich	"						

¹⁾ nach Zerlegung. — ²⁾ nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. — ³⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ⁴⁾ Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ⁵⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1973	Januar 1974	Februar 1974	Februar 1973
		1965	1973				
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 114	11 168	9 899	11 760	11 152	10 438
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	4	7	7	2	6	9
Körperverletzung	"		420	374	460	451	376
Raub, räuberische Erpressung	"	41	110	121	97	106	110
Diebstahl	"	5 235	7 132	6 147	7 511	6 918	6 593
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 506	2 985	3 790	3 364	3 066
Betrug und Untreue	"	722	1 200	1 045	1 042	997	1 137
Außerdem:							
Verkehrsvergehen ¹⁾	"	862	1 447	1 407	1 580	1 571	1 443
Verkehrsordnungswidrigkeiten ²⁾	"	8 929	9 671	7 278	10 328	12 900	11 418
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	423	532	649	516	395	443
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ³⁾	"	31 317	29 591	24 602	29 789	30 522	35 486
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	4 960	13 970	15 477	12 668
dav. Feueralarme	"	288	475	503	359
dar. bekämpfte Großbrände	"	9	14	9	7
falsche Alarmlaufmeldungen	"	67	107	129	93
Rettungswageneinsätze	"		12 616	13 786	11 619
dar. für Krankenbeförderungen	"	4 494	2 835	2 854	2 701
Straßen- und Verkehrsunfälle	"		1 801	1 788	1 494
Hilfeleistungen aller Art	"		879	1 188	690
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"		110	95	70

¹⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — ²⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen und ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — ³⁾ vor dem 1. 1. 1969 gebührenpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschließlich Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die zuvor unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt wurden.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1973

Großstädte	Bevölkerung							Erwerbstätigkeit		Industrie ²⁾				
	Wohnbevölkerung ¹⁾	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zuzugene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose ¹⁾	Offene Stellen ¹⁾	Beschäftigte	Beschäftigte je 1000 Einwohner	Umsatz ³⁾	Umsatz je 1000 Einwohner	
	1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM	
Berlin	3. Vj.	2 050 ⁴⁾	4 588	9 085	- 4 497	24 839	23 052 ⁴⁾	- 2 710	6 976	21 258	236 781	116	5 632	2 747
	2. Vj.	2 053 ⁴⁾	4 474	9 037	- 4 563	20 985	20 268 ⁴⁾	- 3 846	8 091	20 438	237 631	116	5 587	2 721
Hamburg	3. Vj.	1 755	3 499	5 937	- 2 438	19 703	20 002	- 2 737	4 590	21 083	193 203	110	5 562	3 169
	2. Vj.	1 757	3 435	6 491	- 3 056	17 303	19 321	- 5 074	4 437	22 210	193 684	110	5 698	3 243
München	3. Vj.	1 338 p	2 557	3 037	- 480	28 535	26 078	+ 1 977	4 887 ¹⁾	21 966 ¹⁾	194 740	146 p	5 139	3 841 p
	2. Vj.	1 336 r	2 467 r	3 137 r	- 670	24 430	28 614 r	- 4 854 r	3 634 ¹⁾	22 064 ¹⁾	192 300	144 r	4 952	3 707 r
Bonn	3. Vj.	833	2 009	2 303	- 294	15 570	16 049	- 773	3 582	8 820	133 043	160	3 044	3 654
	2. Vj.	834	2 046	2 327	- 281	12 240	14 490	- 2 531	3 241	9 898	133 770	160	3 329	3 991
Essen	3. Vj.	679	1 370	2 094	- 724	6 026	6 997	- 1 695	4 289	7 025	61 785	91	1 264	1 862
	2. Vj.	681	1 485	2 219	- 734	5 316	7 031	- 2 449	4 053	5 757	61 713	91	1 122	1 648
Küsseldorf	3. Vj.	638	1 309	1 904	- 595	9 829	11 438	- 2 204	2 138	7 708	113 341 p	178 p	2 505 p	3 926 p
	2. Vj.	641	1 267	1 918	- 651	8 976	9 990	- 1 665	2 205	8 482	114 489 p	179 p	2 489 p	3 883 p
Frankfurt/M.	3. Vj.	673	1 386	1 896	- 510	16 198	17 009	- 1 321	2 874	19 794	126 734	188	2 896	4 303
	2. Vj.	675	1 427	1 923	- 496	13 836	15 660	- 2 320	2 477	19 992	125 995	187	2 862	4 240
Dortmund	3. Vj.	637	1 427	1 964	- 537	5 232	5 583	- 888	3 364	6 678	77 471	122	1 433	2 250
	2. Vj.	638	1 505	2 058	- 553	4 630	5 205	- 1 128	3 549	6 792	77 020	121	1 389	2 177
Stuttgart	3. Vj.	626	1 380	1 490	- 110	17 499	18 624	- 1 235	947	14 566	148 327	237	4 471	7 142
	2. Vj.	627	1 416	1 515	- 99	14 936	15 204	- 367	732	16 183	147 536	235	4 429	7 064
Darmen	3. Vj.	587	1 362	1 761	- 399	8 187	8 163	- 375	2 998	7 731	84 356	144	2 543	4 332
	2. Vj.	587	1 339	1 900	- 561	6 626	7 674	- 1 609	2 865	7 844	85 611	146	2 647	4 509
Hannover	3. Vj.	511	1 029	1 556	- 527	9 111	9 954	- 1 370	3 413	9 465	106 241	208	2 204	4 313
	2. Vj.	513	1 137	1 660	- 523	8 646	9 915	- 1 792	3 385	11 518	106 955	208	2 463	4 801

Großstädte	Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ⁴⁾			Straßenverkehrsunfälle		Steuern		
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ³⁾	Umsatz je 1000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ⁵⁾	Lohn- und Einkommensteuer	
	1 000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1000 cbm	1000	Anzahl	1000	Anzahl	Anzahl	1000 DM	1000 DM	
Berlin	3. Vj.	15 865	467	228	718	5 141	595	5 346	789	274	134	763	3 447	4 411	107 599	59 788
	2. Vj.	15 769	439	214	583	4 179	443	4 327	339	301	147	827	3 793	4 829	142 288	38 713
Hamburg	3. Vj.	17 032	820	467	638	4 676	389	2 716	520	429	244	797	2 885	3 991	174 003	144 686
	2. Vj.	18 571	665	378	591	3 177	289	2 156	1 321	405	231	760	3 237	4 350	154 030	130 727
München	3. Vj.	22 878	703	525 p	384	2 967	615	3 588	837	604	451 p	1 184	2 246	3 134	155 349	115 964
	2. Vj.	21 790	628	470 r	339	3 096	370	4 262	1 179	533	399 r	1 118	2 095	2 991	129 783	93 157
Bonn	3. Vj.	8 223	304	365	182	1 974	126	1 284	172	204	245	360	1 260	1 656	96 557	48 581
	2. Vj.	8 453	259	311	196	2 007	93	935	148	190	228	348	1 344	1 885	84 728	54 686
Essen	3. Vj.	.	.	.	177	1 445	131	731	349	31	46	70	817	1 090	58 392	32 914
	2. Vj.	.	.	.	138	650	114	1 000	149	37	54	76	841	1 127	54 219	32 674
Küsseldorf	3. Vj.	8 242	312	489	66	732	142	967	387	150	235	305	862	1 075	108 166	44 379
	2. Vj.	8 231	297	463	92	970	99	792	237	159	248	324	944	1 257	70 575	49 956
Frankfurt/M.	3. Vj.	11 893	427	634	193	1 087	20	322	365	332	493	621	1 153	1 494	183 831	48 764
	2. Vj.	12 076	410	607	128	877	23	191	66	327	484	615	1 337	1 792	173 785	54 787
Dortmund	3. Vj.	5 870	262	411	179	896	270	1 191	178	35	55	70	847	1 127	40 507	27 341
	2. Vj.	6 002	179	281	204	1 192	121	938	552	40	63	81	926	1 262	37 096	23 779
Stuttgart	3. Vj.	12 588	413	660	120	913	192	1 388	197	118	188	275	849	1 224	67 127	50 611
	2. Vj.	12 618	351	560	158	1 530	142	661	440	129	206	302	870	1 267	63 084	54 296
Darmen	3. Vj.	.	.	.	218	1 120	289	1 228	583	88	150	162	998	1 212	85 790	37 056
	2. Vj.	.	.	.	207	1 298	165	807	279	88	150	168	1 016	1 255	57 839	34 775
Hannover	3. Vj.	6 232	241	472	79	1 135	143	724	138	91	178	165	822	1 021	74 543	31 792
	2. Vj.	6 434	220	429	75	709	56	823	252	104	203	192	929	1 200	56 218	34 562

jeweils Quartalsende. — ¹⁾ Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. — ²⁾ ohne Mehrwertsteuer. — ³⁾ ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. — ⁴⁾ einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. — ⁵⁾ In den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. — ⁶⁾ einschließlich Landkreise München.

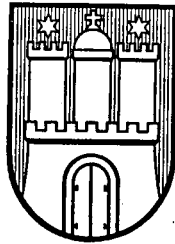
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIE

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1973	Dezember 1973	Januar 1974	Januar 1973
		1965	1973				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	3,4
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	10,7
Gestorbene	1 Jahr	11,5	13,9
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	...	8 406	8 321	...	8 303
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	...	976	839	...	946
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	...	60 293	57 366	...	51 179
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	...	13 456	13 641	...	10 553
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)	1962 = 100	118,2	178,2	195,5	185,1	165,2	162,3
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	"	119,1	181,8	199,3	188,6	166,0	163,7
Verarbeitende Industrie	"	124,8	211,8	226,7	199,9	198,0	189,6
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	117,8	175,5	196,2	199,2	163,6	157,1
Investitionsgüterindustrie	"	115,6	167,6	179,3	171,2	138,4	156,5
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,2	152,8	175,2	156,6	140,7	134,3
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	"	118,9	148,1	160,9	116,1	...	107,2
Bauindustrie	"
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 642,6	...	41 670	1 446
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Mio Std.	233,3	...	5,4	157,6
Geleistete Arbeitsstunden	"
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698	...	260,6	5 274,8
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	54 841 p	43 045	32 302	...	48 553
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	...	69 130	17 394
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	124	219	108
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	11 688
dav. Empfang	"	6 950	9 263
Versand	"	1 885	2 425
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	188 344	134 793	80 003	117 525	184 989
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	26 364	29 443 p	28 295	21 994 p	21 198	25 443
Getötete Personen	"	1 313	1 358 p	1 339	1 000 p	957	1 322
Verletzte Personen	"	36 124	40 642 p	37 954	29 596 p	27 828	35 038
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	5 105	5 798 p	7 916	6 458	5 757
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	2 204	505 p	5 865	1 155	1 094
Körperschaftsteuer	"	681	907	258 p	2 577	396	339
Steuern vom Umsatz ¹⁰⁾	"	2 018	4 152	4 364 p	4 604	4 917	4 853
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾	1962 = 100	104,0	123,8	127,3	128,3	131,8	119,5
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	"	106,3	124,8	136,7	143,6	155,0	116,7
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	"	104,8	133,9	138,0	140,3	146,3	128,9
Preisindex für Wohngebäude ²⁾	"	114,6	187,1	189,8	189,8
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁾	1970 = 100	109,0	118,2	121,1	121,9	122,9	114,8
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	117,7	119,5	120,1	121,5	114,7
Wohnungsmieten	"	118,5	119,4	121,8	122,2	123,5	116,4
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	...	8,02	8,37	8,61	7,77
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	...	43,9	43,2	43,7	43,8

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Personenschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — ⁹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschließlich Investitionsteuer.

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1974

Mai-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Eheschließungen stark zurückgegangen

1973 gaben sich vor den Hamburger Standesämtern 11 162 Brautpaare das Jawort; damit hat sich die Anzahl der Eheschließungen gegenüber dem Vorjahr um fast 9% verringert. Als Maß der „Ehefreudigkeit“ kann die Zahl der Trauungen je 1000 Einwohner angesehen werden. Diese Ziffer, die zu Beginn der 60er Jahre über 10 lag und seither ständig gesunken ist, belief sich im letzten Jahr nur noch auf 6,3.

Betrachtet man das Durchschnittsalter der Heiratskandidaten, so ist gegenüber dem Vorjahr eine leichte Erhöhung festzustellen. Die männlichen Ehepartner waren 31,6 Jahre alt und damit ein Vierteljahr älter als im Vorjahr, bei den Frauen erhöhte sich das Durchschnittsalter geringfügig auf 28,3 Jahre. Das relativ hohe Heiratsalter wurde durch das höhere Lebensalter derjenigen beeinflusst, die zum zweitenmal den Ehehaken ansteuerten. Der Anteil der Wiederverheirateten ist auf rund 29% der Eheschließenden angestiegen.

Mehr Schüler in weiterführenden Schulen

In den Hamburger allgemeinbildenden Schulen (ohne Sonderschulen und Einrichtungen des zweiten Bildungsweges) werden im Schuljahr 1973/74 insgesamt 238 000 Schüler unterrichtet, etwa 3% mehr als im vorangegangenen Schuljahr. Während sich die Zahl der Volksschüler um gut 1% auf 147 600 verringert hat, besuchen mit 26 400 rund 15% mehr Jungen und Mädchen als im Jahr zuvor die Hamburger Realschulen. Die Gymnasien und Gesamtschulen hatten zusammen 64 000 Schüler (+ 10% im Vergleich zum letzten Schuljahr).

Die noch immer wachsende Inanspruchnahme weiterführender Schulen zeigt auch die Schülerverteilung nach Schulgattungen in der Klassenstufe 7, der ersten Gymnasialklasse nach der Beobachtungsstufe und der Eingangsklasse der Realschulen. Waren vor einem Jahr noch 33% aller Jungen und Mädchen in dieser Klassenstufe Volksschüler, so sind es jetzt lediglich 28%. Der Anteil der Realschüler an allen Schülern der 7. Klassen ist von 31% auf 33% gestiegen, und der Anteil der Schüler dieses Schuljahrgangs, die Gymnasien und Gesamtschulen besuchen, erhöhte sich von knapp 36% auf 40%.

Reale Einzelhandelsumsätze stagnierten

Im Einzelhandel erreichten die nominellen Umsätze 1973 eine Höhe von 11,2 Mrd DM; das sind zwar fast 670 Mio

DM oder 6% mehr als im Vorjahr, nach Abzug inzwischen eingetretener Preissteigerungen zeigt sich jedoch, daß sich die realen Umsätze — insgesamt gesehen — nicht erhöht haben.

Die höchste Zuwachsrate lag 1973 beim Handel mit Kohle und Mineralölerzeugnissen; hier stiegen die Umsätze nicht zuletzt unter dem Einfluß der Energiekrise um 29%. Es folgten der Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln, mit Elektro- und optischen Erzeugnissen sowie mit Papierwaren und Druckerzeugnissen (jeweils + 10%). Abgesehen vom Handel mit Waren verschiedener Art (einschließlich Warenhaus- und Versandhandel), der mit einem Umsatzplus von 7% real noch in etwa das Umsatzergebnis des Vorjahres erreichte, ergaben sich für die meisten übrigen Bereiche des Einzelhandels zum Teil erheblich unter dem Durchschnitt liegende Zuwachsraten zwischen 1% und 4%. Besonders ungünstig war die Entwicklung im Einzelhandel mit Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen, dessen Umsätze um 4% unter dem Vorjahresergebnis blieben.

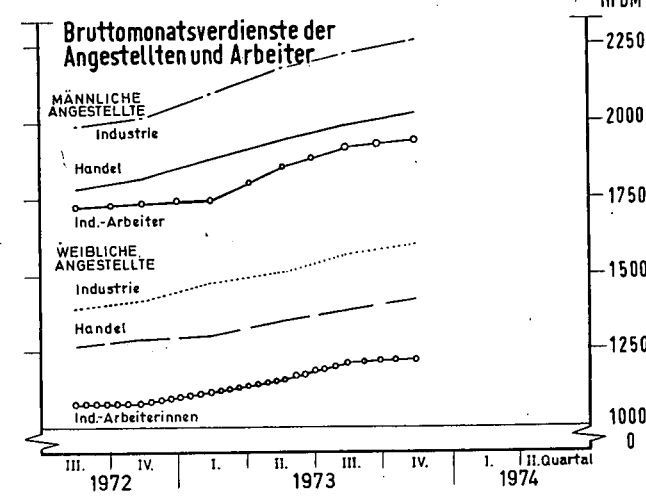
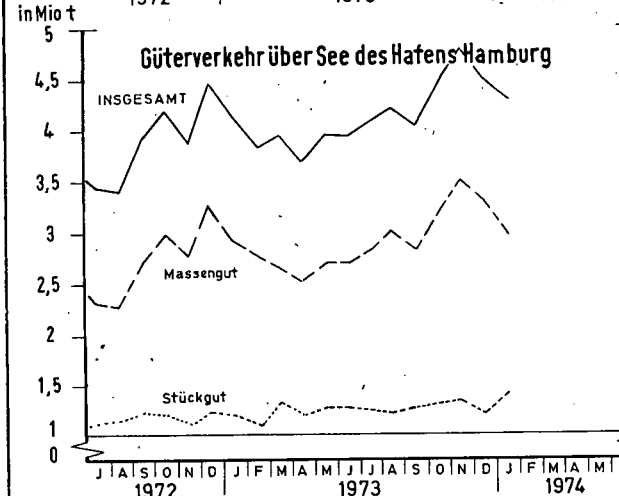
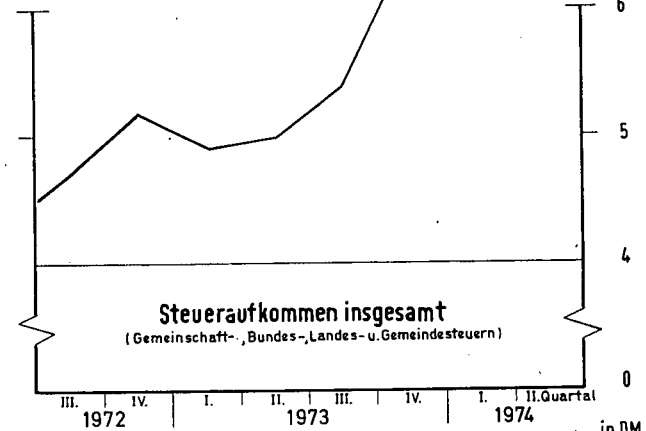
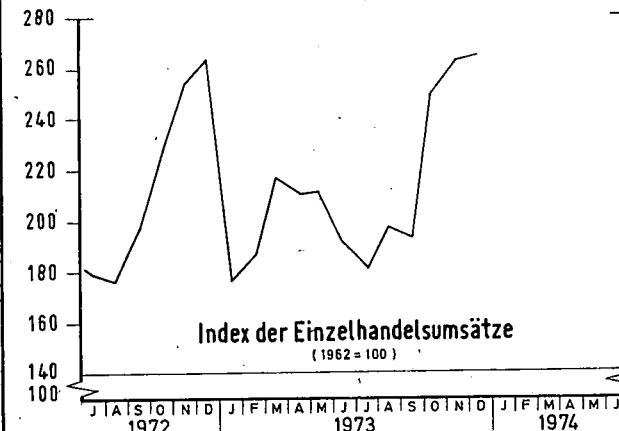
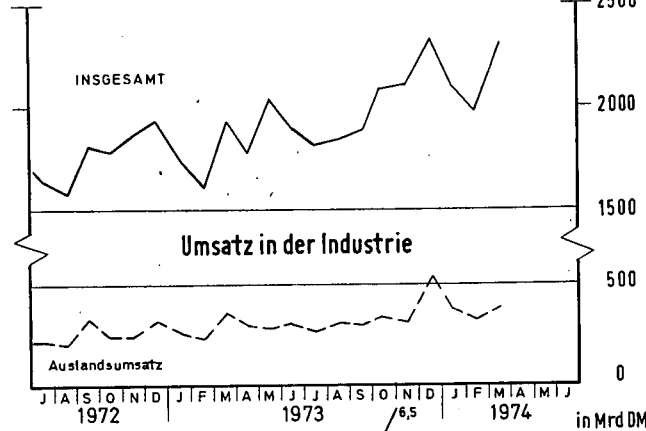
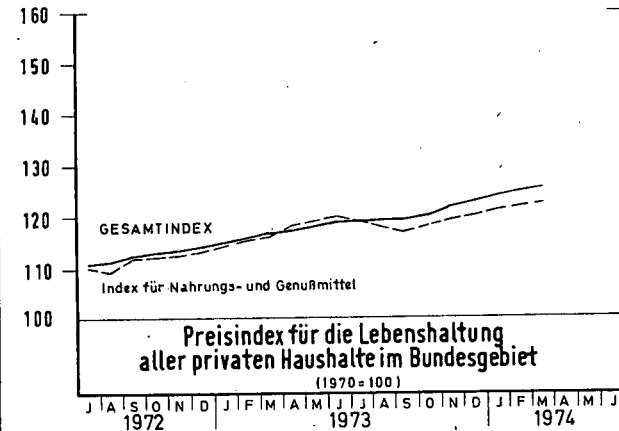
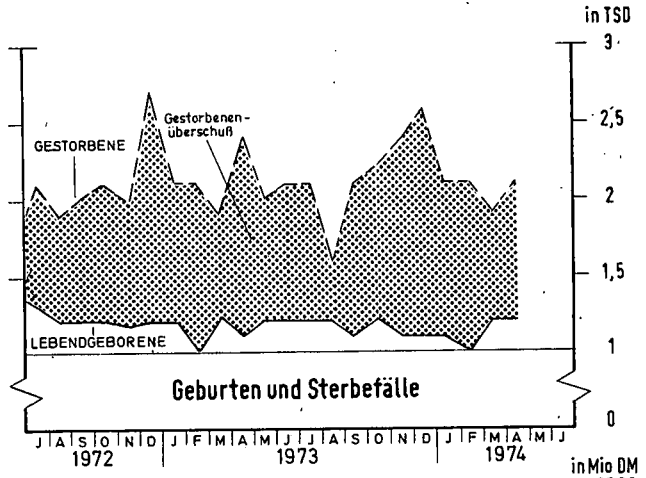
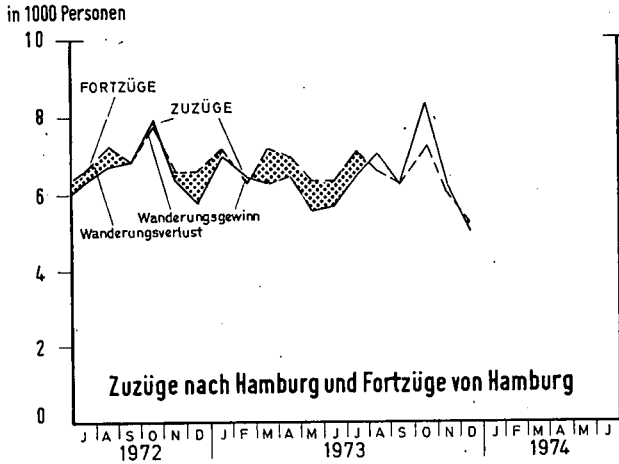
Erhebliche Steigerung des Güterempfangs von der nordamerikanischen Ostküste

Der Hamburger Hafen verzeichnete 1973 im seewärtigen Güterempfang von der nordamerikanischen Ostküste eine Zunahme um 20% und erreichte insgesamt 3,4 Mio t. Diese Steigerung beruhte bei einem gegenüber dem Vorjahr nahezu stagnierenden Stückgutverkehr (+ 0,5%) ausschließlich auf dem Empfang von Massengütern, der das Vorjahresergebnis um 24% übertrat.

Zu diesem Anstieg trug in erster Linie der Umschlag an Getreide mit 1,1 Mio t bei, der sich im Vergleich zu 1972 annähernd verdoppelte. Die gelöschten Mengen an Mais haben sich dabei auf über 600 000 t sogar mehr als verdreifacht. Höhere Getreideimporte der DDR über Hamburg haben dieses Ergebnis nicht unwesentlich beeinflusst. Auch der Umschlag von Ölsaaten und Ölfrüchten konnte erheblich gesteigert werden; er erzielte eine Zuwachsrate von 60% und betrug ebenfalls mehr als 600 000 t.

Ein Rückgang hingegen war beim Empfang von Steinkohlen festzustellen: Nur noch knapp 1,1 Mio t wurden gelösch (1972: 1,4 Mio t). Damit hat sich die bereits seit Jahren zu beobachtende rückläufige Tendenz weiterhin fortgesetzt.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 3. März 1974

Die am 3. März 1974 in Hamburg stattgefundene Bürgerschaftswahl war die erste Landtagswahl seit der letzten Bundestagswahl im November 1972. Ihr wurde deshalb von vornherein ein starkes überregionales Interesse entgegengebracht. Obgleich bei früheren Bürgerschaftswahlen zumeist die besonderen Verhältnisse und Probleme in der Landespolitik den Wahlausgang bestimmt haben, wurden vor der diesjährigen Wahl zum hamburgischen Landesparlament Stimmen laut, die Entscheidung der Hamburger Wähler als Test für bundesweit vorherrschende Verhaltensweisen und Gesamttendenzen anzusehen. Wie sich diese Auffassung bestätigt hat, wurde bereits an den ersten Hochrechnungen am Wahlabend deutlich. Bei einer außerordentlich hohen Wahlbeteiligung von 80,4 % erhielt die SPD einen Anteil von knapp 45 % der gültigen Stimmen und verlor damit die absolute Mehrheit, über die sie seit 1957 verfügte. Die CDU ging als eindeutiger Sieger hervor und übersprang zum erstenmal seit Kriegsende die 40%-Marke. Auch die F.D.P. mit knapp 11 % konnte ihren Anteil gegenüber der letzten Bürgerschaftswahl erheblich verbessern.

Von den 120 Sitzen in der Bürgerschaft büßte die SPD gegenüber 1970 14 Mandate ein, während die CDU zehn und die F.D.P. vier Sitze hinzugewann.

1. Bürgerschaftswahl

Rekordanzahl von zehn Parteien

Wie bei früheren Wahlen zur hamburgischen Bürgerschaft bildete auch diesmal Hamburg wieder einen Wahlkreis. Die Anzahl der Wahlbezirke erreichte mit 1530 das Maximum von allen Wahlen der Nachkriegszeit in Hamburg und lag um 300 höher als bei der Bürgerschaftswahl 1970. Die auf einen Wahlbezirk durchschnittlich entfallende Anzahl der Wahlberechtigten konnte von 1124 (1970) auf 858 vermindert werden und hatte neben der Aufteilung zu groß gewordener Wahlbezirke in Neubaugebieten vor allem zum Ziel, den Wahlvorständen die Abwicklung der Wahlhandlung und die Auszählung des vorläufigen Ergebnisses am Wahlabend zu erleichtern.

In seiner Sitzung am 1. Februar 1974 ließ der Landeswahlausschuß unter Vorsitz des Landeswahlleiters, Staatsrat Dahrendorf, die Wahlvorschläge für zehn Parteien zu. Mit dieser Anzahl wurde eine weitere Höchstmarke gesetzt; lediglich bei der Bürgerschaftswahl am 13.10.1946, der ersten nach dem Kriege, und bei der Wahl am 10.11.1957 hatten sich acht Parteien zur Wahl gestellt, sonst waren es sogar nur immer fünf bis sieben.

Im einzelnen handelte es sich bei der letzten Bürgerschaftswahl um folgende Wahlvorschläge:

- (1) Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
- (2) Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)
- (3) Freie Demokratische Partei (F.D.P.)
- (4) Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

- (5) Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
- (6) Europäische Föderalistische Partei (EFP)
- (7) Freisoziale Union – Demokratische Mitte – (FSU)
- (8) Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD)
- (9) Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML)
- (10) Deutsche Partei (DP)

Insgesamt wurden 301 Bewerber zugelassen, 22 mehr als 1970:

Tabelle 1
Zugelassene Bewerber
bei den Bürgerschaftswahlen 1974 und 1970

Parteien	1974			1970		
	Bewerber insgesamt	darunter Frauen		Bewerber insgesamt	darunter Frauen	
		absolut	%		absolut	%
	1	2	3	4	5	6
SPD ...	105	12	11,4	99	12	12,1
CDU ...	84	11	13,1	80	6	7,5
F.D.P. ...	30	4	13,3	30	3	10,0
NPD ...	15	3	20,0	25	3	12,0
DKP ...	18	4	22,2	18	2	11,1
EFP ¹⁾ ...	12	2	16,7	14	—	—
FSU ...	9	1	11,1	13	2	15,4
AUD ...	12	3	25,0	—	—	—
KPD/ML ...	7	1	14,3	—	—	—
D.P. ...	9	—	—	—	—	—
Insgesamt	301	41	13,6	279	28	10,0

¹⁾ 1970 = EP

Der Anteil der Frauen nahm von 28 auf 41 zu (+ 3,6 %) und erfuhr vor allem bei der CDU eine beträchtliche Steigerung. Das Durchschnittsalter aller Kandidaten betrug 1974 42,5 Jahre gegenüber 44,2 bei der Bürgerschaftswahl 1970. Bei einer Aufgliederung nach drei Altersgruppen entfiel 1970 auf die 45-jährigen und älteren Bewerber der höchste Anteil (45,5 %). Dagegen verlagerte er sich 1974 auf die Gruppe der 30- bis unter 45jährigen und belief sich auf 47,5 %. Der Anteil der unter 30jährigen blieb mit 13 % konstant.

Ähnliche Verhältnisse finden sich auch unter den gewählten Bewerbern. Während bei der Bürgerschaftswahl 1970 der Schwerpunkt mit 63 Abgeordneten (52,5 %) unter den 45jährigen und älteren anzutreffen war, liegt er jetzt in der mittleren Gruppe der 30- bis unter 45jährigen, die mit einer Anzahl von 61 etwas mehr als die Hälfte der Sitze in der Bürgerschaft einnehmen. Durch eine Verminderung des Durchschnittsalters aller Mitglieder der Bürgerschaft von 46 auf 42 Jahre hat das hamburgische Landesparlament eine weitere Verjüngung erfahren. Der Anteil der weiblichen Abgeordneten hat sich von 12 auf 14 erhöht und beträgt jetzt 11,7 %.

Zahl der Wahlberechtigten um 68 000 niedriger als 1970

Bei den Bürgerschaftswahlen 1961, 1966 und 1970 schwankte die Zahl der Wahlberechtigten jeweils um die 1,38 Mill.-Marke. Diesmal waren es nur knapp 1 314 000, deren regionale Aufteilung wiederum erhebliche Unterschiede und Veränderungen zu erkennen gibt.

Tabelle 2

Zahl der Wahlberechtigten 1974 und 1970 nach Bezirken

Bezirke	Zahl der Wahlberechtigten		Veränderung	
	1974	1970	absolut	%
	1	2	3	4
Hamburg-Mitte .	181 400	196 400	-15 000	-7,6
Altona	188 600	199 100	-10 500	-5,3
Eimsbüttel	187 200	197 900	-10 700	-5,4
Hamburg-Nord	261 100	289 400	-28 300	-9,8
Wandsbek	283 500	277 900	+ 5 600	+2,0
Bergedorf	68 600	69 500	- 900	-1,3
Harburg	143 500	152 100	- 8 600	-5,7
Insgesamt	1 313 900	1 382 300	-68 400	-4,9

Die Anzahl der Wahlberechtigten in Wandsbek betrug 1974 mit 283 500 mehr als das Vierfache von derjenigen im Bezirk Bergedorf (68 600), der unter allen sechs Bezirken mit Verlusten die niedrigste Abnahme aufzuweisen hat. Nur Wandsbek zeichnet sich durch einen Gewinn aus und konnte dadurch größtmäßig Hamburg-Nord auf den zweiten Platz verdrängen. Die Ursachen dieser Veränderungen liegen in der Entwicklung der Wohnbevölkerung begründet. Während des Zeitraums vom 1. 1. 1970 bis 31. 12. 1973 konnte der Zugang von rund 65 000 Geborenen den Verlust von rund 125 000 Personen durch Tod und Wanderung über die Landesgrenze Hamburgs nicht ausgleichen. Bei einem Rückgang der gesamten Einwohnerzahl Hamburgs also um rund 60 000 Personen innerhalb dieser vier Jahre hatte zwar Wandsbek auch

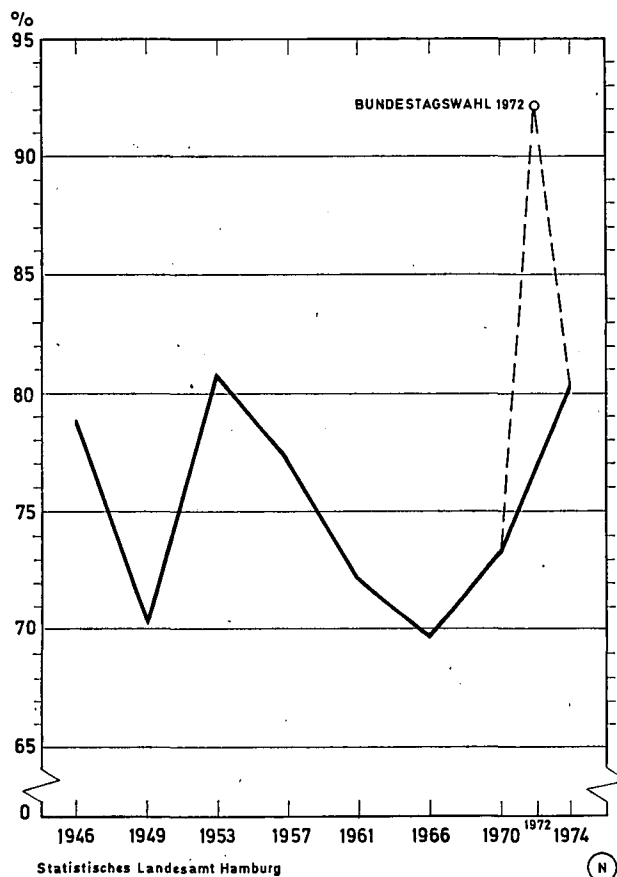
wieder einen Zuwachs von rund 7000, dagegen verlief die Entwicklung in allen anderen Bezirken negativ. Hamburg-Nord führt auch hier mit rund - 27 000 die Spitze an, gefolgt von Hamburg-Mitte (- 14 000) und Altona (- 11 000).

Trotz einer niedrigeren Wahlberechtigtenzahl mehr Wähler als 1970

Ein wesentliches Charakteristikum dieser Wahl war die ungewöhnlich hohe Wahlbeteiligung. Das folgende Schaubild 1 soll dies im Zeitvergleich nochmals herausstellen.

Schaubild 1

Die Wahlbeteiligung bei den Bürgerschaftswahlen 1946 bis 1974 im Vergleich mit der Bundestagswahl 1972



Abgesehen von der bisher unerreichten Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1972 mit 92,2 %, stellt sich eine erhebliche Zunahme der Wahlbeteiligung von 73,4 % im Jahre 1970 auf 80,4 % bei der Bürgerschaftswahl 1974 dar. Ein ähnlicher Verlauf wird zwischen den Bürgerschaftswahlen 1949 und 1953 sichtbar. Damals betrug das Plus mehr als zehn Prozentpunkte. In diesem Zusammenhang ist augenfällig, daß auch 1953 die SPD nur 58 Bürgerschaftsmandate errang, dagegen der Hamburg-Block (CDU, FDP, DP) 62 Sitze gewann. Eine Korrelationsrechnung mit den beiden Werten „Wahlbeteiligung“ und „Bürgerschaftsmandate der SPD“ ergibt einen Korrelationskoeffizienten von - 0,8, d. h., es besteht ein Zusammenhang zwischen beiden Größen in der Weise, daß bei einer höheren Wahlbeteiligung die Anzahl der Sitze für die SPD niedriger ausfällt und umgekehrt

bei einer geringeren Wahlbeteiligung die SPD mit einer höheren Mandatszahl rechnen kann.

Die Wahlbeteiligung in den sieben Bezirken schwankte 1974 zwischen 76,4 % (Hamburg-Mitte) und 84,3 % (Bergedorf). Bei einem Anstieg der Wahlbeteiligung um 7,0 % für Hamburg insgesamt gegenüber 1970 haben die Bezirke folgende Zunahmen in Prozentzahlen zu verzeichnen:

Hamburg-Mitte	6,9
Altona	6,9
Eimsbüttel	7,3
Hamburg-Nord	6,6
Wandsbek	7,3
Bergedorf	6,8
Harburg	6,8

Die bei der Bürgerschaftswahl 1974 um sieben Prozentpunkte höhere Wahlbeteiligung als 1970 hat zu einer um 42 000 höheren Anzahl von Wählern geführt. Unter Zugrundelegung der niedrigeren Wahlbeteiligung von 1970 (73,4 %) würde bei einer Anzahl von rund 1 314 000 Wahlberechtigten für 1974 die Zahl der Wähler nur 964 000 betragen haben, also rund 50 000 weniger als 1970.

95 000 CDU-Wähler mehr als bei der Bürgerschaftswahl 1970

Der Anteil der ungültigen Stimmen von Hamburg insgesamt war mit 1,1 % genauso hoch wie 1970 und bewegte sich in den Bezirken zwischen 0,9 % (Wandsbek) und 1,3 % (Hamburg-Mitte und Bergedorf).

Die Gesamtzahl der gültigen Stimmen belief sich 1974 auf rund 1 045 000 und unterschied sich gegenüber

Tabelle 3

Stimmenanteile der Parteien
bei der Bürgerschaftswahl 1974 und 1970
im Vergleich mit der Bundestagswahl 1972

Parteien	Bürgerschaftswahl		Ver- änderung 1974/1970	Bundes- tags- wahl 1972 ¹⁾
	1974	1970		
	1	2	3	4
Grundzahlen				
SPD	469 656	554 455	-84 799	673 517
CDU	423 912	329 337	+94 575	411 974
F.D.P.	113 930	70 875	+43 055	138 607
NPD	7 992	27 312	-19 320	4 633
DKP	23 185	17 228	+ 5 957	6 944
EFP ¹⁾	866	2 743	- 1 877	910
FSU	810	1 154	- 344	480
AUD	521	—	—	—
KPD/ML	3 001	—	(+ 4 399)	—
D.P.	877	—	—	—
Insgesamt	1 044 750	1 003 104	+41 646	1 237 065
Verhältniszahlen				
SPD	44,9	55,3	-10,4	54,4
CDU	40,6	32,8	+ 7,8	33,3
F.D.P.	10,9	7,1	+ 3,8	11,2
NPD	0,8	2,7	- 1,9	0,4
DKP	2,2	1,7	+ 0,5	0,6
EFP ¹⁾	0,1	0,3	- 0,2	0,1
FSU	0,1	0,1	—	0,0
AUD	0,0	—	—	—
KPD/ML	0,3	—	(+ 0,4)	—
D.P.	0,1	—	—	—
Insgesamt	100	100	± 0	100

¹⁾ 1970 = EP - ²⁾ Zweitstimmen

1970 mit +42 000 um denselben Betrag wie bei der Zahl der Wähler von 1 056 000 (1974) gegenüber 1 014 000 (1970).

Die Aufteilung der gültigen Stimmen auf die Parteien geht aus Tabelle 3 hervor.

Einer Zunahme um rund 95 000 Stimmen bei der CDU und um rund 43 000 bei der F.D.P. steht vor allem der Verlust von rund 85 000 Wählern bei der SPD gegenüber (Tabellenspalte 3). Die NPD büßte im Verhältnis zu 1970 rund 19 000 Stimmen ein, die DKP gewann rund 6000 Wähler hinzu. ;

Im Vergleich zur Bundestagswahl 1972 verlor die SPD sogar rund 204 000 Stimmen (= 30 %). Das bedeutet, daß fast jeder dritte Wähler, der 1972 für die SPD gestimmt hatte, sich bei der Bürgerschaftswahl 1974 anders entschieden hat. Dagegen konnte die CDU ihren Anteil weiter verbessern (+12 000), die F.D.P. jedoch den 1972 erreichten Stand von rund 139 000 Stimmen nicht erreichen. Bei ihr haben 1974 rund 25 000 Wähler (= 18 %) anders votiert als bei der Bundestagswahl 1972. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß damals auf Grund der außerordentlich hohen Wahlbeteiligung die Zahl der Wähler rund 1 243 000 betragen hatte, also um rund 187 000 höher gelegen hatte als jetzt bei der Bürgerschaftswahl 1974.

Eine nach den 180 Ortsteilen mit acht Merkmalen, und zwar mit

- (1) Differenz des Stimmenanteils der SPD 1974/1970
- (2) Differenz des Stimmenanteils der CDU 1974/1970
- (3) Differenz des Stimmenanteils der F.D.P. 1974/1970
- (4) Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen
- (5) Anteil der Beamten und Angestellten
- (6) Anteil der Arbeiter
- (7) Anteil der Personen mit Volksschulabschluß
- (8) Anteil der Personen mit einem anderen (höheren) Schulabschluß,

durchgeführte multiple Korrelationsrechnung, wobei die Werte für (4) bis (8) Ergebnisse der Volkszählung 1970 darstellen, bestätigte zwar einen Zusammenhang zwischen den Differenzen des Stimmenanteils der SPD und denen des Stimmenanteils der CDU im negativen Sinne ($r = -0,63$) - d. h., den Minus-Differenzen der SPD stehen entsprechend hohe Plus-Differenzen der CDU gegenüber -, die Ergebnisse dieser Korrelationsrechnung lassen jedoch keine signifikanten Abhängigkeiten zwischen dem Wahlverhalten und der Stellung im Beruf sowie dem Schulabschluß erkennen. Als ein weiterer erwähnenswerter Korrelationskoeffizient wäre vielleicht der von +0,49 noch anzusehen, der sich aus den Differenzen des F.D.P.-Anteils (3) und dem Volksschulabschluß (7) ergeben hat.

Bei Betrachtung der Wahlergebnisse nach Stadtteilen fallen insbesondere folgende Extremwerte auf:

Stadtteil	Differenz des Stimmenanteils 1974/1970 in Prozentpunkten		
	SPD	CDU	F.D.P.
Steinwerder	-14,2	+17,4	-1,4
Altenwerder	-15,7	+14,0	+3,8
Klostertor	-14,2	+11,6	+2,1
Hohenfelde	-13,3	+8,4	+5,8
Niendorf	-13,2	+9,7	+4,6
Duvenstedt	-13,2	+12,3	+2,5
Billwerder	-13,2	+5,9	+5,3
Lemsahl-Mellingstedt	-12,1	+13,1	+1,0
Rönneburg	-12,8	+9,0	+4,6
Schnelsen	-12,7	+9,4	+4,8
Steilshoop	-12,7	+5,5	+7,3
Gut Moor	-11,6	+12,7	+4,9
Rotherbaum	-12,6	+9,5	+2,0
Sasel	-12,6	+10,4	+3,8
Bergstedt	-12,4	+9,4	+4,0
Curslack	-12,4	+9,7	+5,0
Groß Borstel	-12,1	+8,5	+5,3
Tonndorf	-12,1	+8,9	+4,3
Allermöhe	-12,1	+7,3	+5,5
Moorburg	-10,8	+12,1	+4,0
Iserbrook	-11,9	+8,3	+4,9
Lokstedt	-11,9	+9,8	+3,0
Farmsen-Berne	-11,9	+7,6	+5,5
Waltershof	-9,7	+4,4	+7,8

Unter den 24 aufgeführten Stadtteilen sind für alle drei in der Bürgerschaft vertretenen Parteien die höchsten zutage getretenen Differenzen der Stimmenanteile zwischen den Bürgerschaftswahlen 1970 und 1974 zu verzeichnen, wobei den ersten Platz die Plus-Differenz der CDU von 17,4 des Stadtteils Steinwerder einnimmt und die F.D.P. im benachbarten Waltershof ihre höchste positive Differenz von 7,8 aufzuweisen hat.

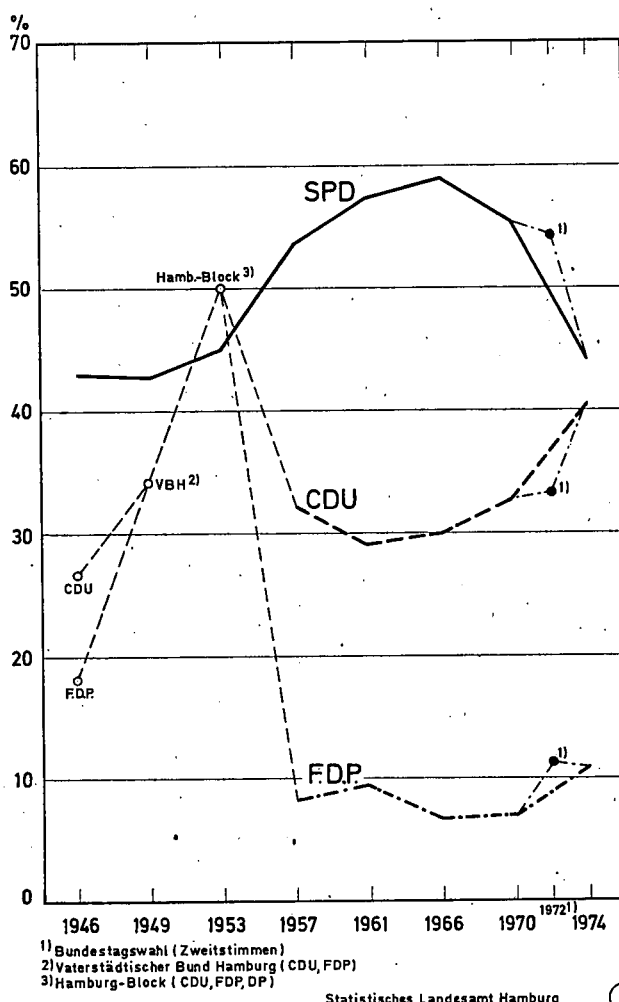
Werden die Stadtteile nach der Höhe der prozentualen Stimmenanteile bei der letzten Wahl geordnet, so lassen sich erhebliche Unterschiede feststellen. Der höchste Stimmenanteil der SPD entfällt auf den Kleinen Grasbrook (68,4%), der niedrigste (18,5%) tritt in Othmarschen auf. Die CDU hat ihren höchsten Anteil in Reitbrook (68,1%), ihren niedrigsten (21,3%) im Kleinen Grasbrook, also dort, wo die SPD am stärksten vertreten ist. Bei der F.D.P. schließlich führt Volksdorf die Spitze mit einem Anteil von 15,6% an, während Reitbrook, wo die CDU die dominierende Rolle spielt, mit 3,9% das Schlußlicht bildet.

Noch größere Spannweiten finden sich in den Wahlbezirken:

Partei	Wahlbezirke mit dem höchsten		niedrigsten		Spannweite in Prozentpunkten
	Nr. des Wahlbezirks	Anteil in %	Nr. des Wahlbezirks	Anteil in %	
SPD	514 A4	80,6	218 06	11,1	69,5
CDU	218 06	79,0	712 A5	14,6	64,4
F.D.P.	222 06	19,5	712 A5	1,8	17,7

Schaubild 2

Die Stimmenanteile der drei im Landesparlament vertretenen Parteien bei den Bürgerschaftswahlen 1946 bis 1974 im Vergleich mit der Bundestagswahl 1972



Abschließend soll nochmals der Trend der Wählergunst bei den Bürgerschaftswahlen seit dem Kriegsende verdeutlicht werden. Wie dem Schaubild 2 zu entnehmen ist, hatte die SPD bis zur Wahl 1966 eine ständig ansteigende Tendenz, die mit der Erfolgsspitze von 59% ihren Abschluß fand. Die CDU zeichnet sich seit 1961 durch eine Aufwärtsentwicklung aus und erreichte in den letzten 13 Jahren eine Zunahme von 11,5 Prozentpunkten. Für die F.D.P., 1966 mit 6,8% den Tiefpunkt einnehmend, scheint sich der Stimmenanteil bei 11% einzupendeln.

51% der Briefwähler entschieden sich für die CDU

Wie bereits bei der Bundestagswahl 1972 wurde zusammen mit der Wahlbenachrichtigung ein Vordruck auf Ausstellung eines Wahlscheins versandt. Damit sollte insbesondere älteren Mitbürgern und anderen Personen (z. B. Insassen von Krankenhäusern oder Angehörigen des Bereitschaftsdienstes der Versorgungsbetriebe, Polizei usw.) der Erwerb eines Wahlscheins erleichtert werden.

Es haben 1974 mehr als 69 000 Personen von der Briefwahl Gebrauch gemacht, 3750 mehr als bei der

Bürgerschaftswahl 1970, jedoch 19 644 weniger als bei der Bundestagswahl 1972 (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4

Die Anzahl der Briefwähler bei den Bürgerschaftswahlen 1974 und 1970 im Vergleich mit der Bundestagswahl 1972 nach Bezirken

Bezirke	Bürgerschaftswahl		Veränderung 1974/1970 in %	Bundestagswahl 1972
	1974	1970		
	1	2	3	4
Hamburg-Mitte	7 055	6 622	+ 6,5	10 343
Altona	11 238	10 821	+ 3,9	14 094
Eimsbüttel	10 154	9 306	+ 9,1	13 238
Hamburg-Nord	15 612	15 094	+ 3,4	20 163
Wandsbek	15 562	14 795	+ 5,2	18 836
Bergedorf	3 537	3 189	+10,9	4 243
Harburg	5 972	5 553	+ 7,5	7 857
Insgesamt	69 130	65 380	+ 5,7	88 774

Obwohl im Gegensatz zu 1970 diesmal der Wahltermin nicht in die Osterferien fiel, hat sich die Zahl der Briefwähler um 5,7% erhöht, was sicherlich auf das erleichterte Beantragungsverfahren zur Erlangung eines Wahlscheines zurückzuführen ist. Bemerkenswert sind die Wachstumsraten von 10,9% in Bergedorf und von 9,1% in Eimsbüttel. Trotz des Anstiegs um 5,7% im Durchschnitt Hamburgs hat sich der Anteil der Briefwähler an den Wählern insgesamt nur unwesentlich erhöht. Während er 1970 bei 6,4% lag, beträgt er jetzt 6,5%. Dies erklärt sich aus der fast gleichen Zunahme der Gesamtzahl der Wähler (+ 4,1%) wie für die Urnenwähler (+ 4,0%) bei der Bürgerschaftswahl 1974 gegenüber 1970, wobei nach wie vor nicht unerhebliche regionale Unterschiede bestehen, wie man aus Tabelle 5 ersehen kann.

Tabelle 5

Anteile der Brief- und Urnenwähler bei den Bürgerschaftswahlen 1974 und 1970 nach Bezirken

Bezirke	1974			1970		
	Wähler insgesamt	Anteil in %		Wähler insgesamt	Anteil in %	
		Briefwähler	Urnenwähler		Briefwähler	Urnenwähler
1	2	3	4	5	6	
Hamburg-Mitte	138 650	5,1	94,9	136 536	4,9	95,1
Altona	150 571	7,5	92,5	145 085	7,5	92,5
Eimsbüttel	147 790	6,9	93,1	141 957	6,6	93,4
Hamburg-Nord	212 172	7,4	92,6	216 177	7,0	93,0
Wandsbek	232 915	6,7	93,3	207 816	7,1	92,9
Bergedorf	57 761	6,1	93,9	53 866	5,9	94,1
Harburg	116 499	5,1	94,9	113 185	4,9	95,1
Insgesamt	1 056 358	6,5	93,5	1 014 622	6,4	93,6

Hamburg-Nord hatte nach Altona, das nach wie vor mit 7,5% die Spitze anführt, mit 7,4% den zweithöchsten Anteil an Briefwählern und konnte ihn sogar noch um 0,4% gegenüber 1970 am meisten steigern. Um dieselbe Differenz fiel Wandsbek auf 6,7% zurück.

Die Briefwähler verdienen insofern eine eingehende Behandlung, als ihre Wahlentscheidungen erheblich von denen der Urnenwähler abweichen. Um diese Unterschiede hervortreten zu lassen, sind die Stimmenergebnisse beider Wählerkategorien in Tabelle 6 gegenübergestellt.

Tabelle 6

Die Briefwähler im Vergleich zu den Urnenwählern bei den Bürgerschaftswahlen 1974 und 1970 nach den prozentualen Stimmenanteilen der Parteien

Parteien	Briefwähler		Urnenwähler	
	1974	1970	1974	1970
	1	2	3	4
SPD	33,7	40,8	45,8	56,3
CDU	51,1	43,9	39,8	32,1
F.D.P.	11,9	11,3	10,8	6,8
NPD	0,6	2,5	0,8	2,7
DKP	2,1	1,1	2,2	1,7
Sonstige	0,6	0,4	0,6	0,4
Insgesamt	100	100	100	100

Das hervorstechendste Ergebnis stellen die 51,1% der Briefwähler dar, die 1974 für die CDU gestimmt haben. Ihr Vorsprung beträgt jetzt gegenüber der SPD 17,4 Prozentpunkte. Bei der Bürgerschaftswahl 1970 hatte dieser Abstand nur 3,1 Punkte betragen. Dabei hat sich der Stimmenanteil der Briefwähler 1974 gegenüber 1970 für die SPD nur um 7,1, von 40,8 auf 33,7 Prozentpunkte, verschlechtert; die vergleichbare Differenz bei den Urnenwählern beträgt 10,5 Punkte. Dagegen hat die CDU nicht diesen Unterschied aufzuweisen. Einer Zunahme des Anteils um 7,7 Prozentpunkte bei den Urnenwählern steht auch nur eine Veränderung von + 7,2 Punkten bei den Briefwählern gegenüber. Wiederum anders liegen die Verhältnisse bei der F.D.P. Hier verbesserte sich der Anteil bei den Urnenwählern von 6,8 auf 10,8%, also um vier Punkte, bei den Briefwählern erhöhte er sich jedoch nur um 0,6 Prozentpunkte. Dadurch fand bei der F.D.P. zwischen beiden Wählergruppen eine Annäherung statt, wie sie für die anderen zwei großen Parteien nach wie vor nicht festzustellen ist.

Bei der SPD machte der Abstand zwischen den Urnen- und Briefwählern 1970 15,5 Prozentpunkte aus und verringerte sich bei der Bürgerschaftswahl 1974 auf 12,1 Punkte. Für die CDU, deren Anteile im Gegensatz zur SPD bei den Briefwählern höher sind als bei den Urnenwählern, traten 1970 mit 11,8 und 1974 mit 11,3 Prozentpunkten nahezu die gleichen Unterschiede zwischen beiden Kategorien auf. Eine gewisse Erklärung dieser strukturellen Abweichungen leitet sich aus den Ergebnissen der Tabelle 5 ab, nach denen Altona (mit den Elbvororten) und Hamburg-Nord (mit Winterhude, Uhlenhorst usw.) die höchsten Anteile an Briefwählern, Hamburg-Mitte und Harburg dagegen die niedrigsten Anteile zu verzeichnen haben. Die Bezirke Hamburg-Mitte und Harburg heben sich auch dadurch ab, daß sie nach den Ergebnissen der Volkszählung 1970 über die niedrigsten Anteile der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen von rund 8% verfügen und damit beträchtlich unter dem Gesamtdurchschnitt Hamburgs von 11% liegen.

Tabelle 7

Die Sitzverteilung in den Bezirksversammlungen 1974 und 1970
(% bezogen auf die Gesamtzahl der Sitze der Bezirksversammlung bzw. Bürgerschaft)

Bezirke	SPD				CDU				F.D.P.			
	1974		1970		1974		1970		1974		1970	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Hamburg-Mitte	22	55	26	65	14	35	12	30	4	10	2	5
Altona	17	42,5	22	55	18	45	15	37,5	5	12,5	3	7,5
Eimsbüttel	18	45	23	57,5	17	42,5	14	35	5	12,5	3	7,5
Hamburg-Nord ...	18	45	23	57,5	17	42,5	14	35	5	12,5	3	7,5
Wandsbek	17	42,5	27	54	18	45	19	38	5	12,5	4	8
Bergedorf	18	45	23	57,5	18	45	15	37,5	4	10	2	5
Harburg	21	52,5	31	62	15	37,5	16	32	4	10	3	6
Insgesamt	131	46,8	175	58,3	117	41,8	105	35	32	11,4	20	6,7
Dagegen Bürgerschaft	56	46,7	70	58,3	51	42,5	41	34,2	13	10,8	9	7,5

2. Wahl der Bezirksabgeordneten zu den Bezirksversammlungen

Ergebnisse der Wahl

Wie für die Bürgerschaft werden die Bezirksabgeordneten zu den Bezirksversammlungen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mit gebundenen Listen gewählt, wobei jeder Bezirk einen Bezirkswahlkreis bildet. Es gelten die gleichen Wahlbezirke und Wählerverzeichnisse wie für die Bürgerschaftswahl. Die Sitze werden auf die Bezirkswahlvorschläge im Verhältnis der für sie abgegebenen gültigen Stimmen im Höchstzahlverfahren d'Hondt verteilt. Dabei werden nur Bezirkswahlvorschläge berücksichtigt, die mindestens fünf vom Hundert der insgesamt im Bezirk abgegebenen gültigen Stimmen erhalten haben.

Für die sieben Bezirksversammlungen waren in jedem Bezirk 40 Bezirksabgeordnete zu wählen, also auch in Wandsbek und Harburg, für die die bisherige Anzahl von 50 durch das Bezirksverwaltungsgesetz vom 16. 9. 1969 (HGVB. I S. 179) ebenfalls auf 40 festgelegt worden war.

Es wurden insgesamt acht Parteien zugelassen, zwei weniger als bei der Bürgerschaftswahl. Außer der KPD/ML und der D.P., die sich nur an der Bürgerschaftswahl beteiligt hatten, konnte für die DKP in Eimsbüttel kein Bezirkswahlvorschlag zugelassen werden; des weiteren verzichteten die NPD und AUD in Bergedorf auf eine Kandidatur für die Bezirksversammlungswahl.

In Altona und Wandsbek wurde die CDU die stärkste Fraktion in der Bezirksversammlung

Setzt man aus Gründen der Vergleichbarkeit die Gesamtzahl der Sitze von jeder Bezirksversammlung = 100, so verlor die SPD in allen sieben Bezirken zehn und mehr Prozentpunkte der Sitze, die sie 1970 errungen hatte, annähernd gleichviel wie bei der Bürgerschaftswahl, bei der sie einen Verlust von 11,6 Punkten hinnehmen mußte (vgl. Tabelle 7). Die CDU dagegen gewann 5 bis 7,5 Prozentpunkte hinzu und überflügelte mit jeweils 18 Sitzen in Altona und Wandsbek die SPD, die es dort nur auf 17 Sitze brachte. In Bergedorf entfallen sowohl auf die SPD als auch auf die CDU 18 Sitze. Fast annähernd gleich

hohe prozentuale Zuwachsraten sind bei der F.D.P. zu verzeichnen, in Hamburg-Mitte und Bergedorf konnte sie ihre Anzahl der Sitze verdoppeln.

Wie sich ferner der Tabelle 7 entnehmen läßt, bildet die SPD in Hamburg-Mitte mit einem Anteil von 55 % der Sitze die stärkste Fraktion unter den sieben Bezirken, gefolgt von Harburg mit 52,5 %. Abgesehen von der Pattsituation in Bergedorf, stehen zwei Bezirken jeweils mit 45 % für die SPD und 42,5 % für die CDU (Eimsbüttel und Hamburg-Nord) ebenfalls zwei Bezirke in umgekehrter Reihenfolge von 45 % für die CDU und 42,5 % für die SPD gegenüber (Altona und Wandsbek). Die F.D.P. hat Anteile von 12,5 % in vier Bezirken und von 10 % in drei Bezirken vorzuweisen. Bei einem Vergleich der Anteile für alle sieben Bezirksversammlungen insgesamt mit denen der Bürgerschaft fallen nur geringfügige Unterschiede auf. Bei der SPD tritt 1974 nur eine Differenz von 0,1 auf. Bei der CDU und F.D.P. beträgt die Abweichung auch nur - 0,7 bzw. + 0,6 Prozentpunkte gegenüber den Anteilen der Bürgerschaft.

In Bergedorf war auch 1974 die Wahlbeteiligung am höchsten

Bei einer Wahlbeteiligung von 80,4 % für Hamburg insgesamt läßt sich wieder wie 1970 eine erhebliche Schwankung zwischen den Bezirken feststellen:

Tabelle 8

Die Wahlbeteiligung in den Bezirken 1974 und 1970 — in % —

Bezirke	1974	1970	Zunahme 1974/1970
	1	2	
Hamburg-Mitte	76,4	69,5	6,9
Altona	79,8	72,9	6,9
Eimsbüttel	79,0	71,7	7,3
Hamburg-Nord	81,3	74,7	6,6
Wandsbek	82,1	74,8	7,3
Bergedorf	84,3	77,5	6,8
Harburg	81,2	74,4	6,8

Für Hamburg-Mitte, 1974 mit einer Wahlbeteiligung von 76,4 % den untersten Platz einnehmend, stellt

sich immerhin eine Differenz von - 7,9 Prozentpunkten gegenüber Bergedorf dar, das weiterhin mit 84,3 % die Reihe anführt und dessen Zuwachsrate noch etwas höher liegt als in Hamburg-Nord, wo die Zunahme nur 6,6 Prozentpunkte ausmacht. Ähnliche Verhältnisse lagen bei der Bundestagswahl 1972 vor. Auch hier war Bergedorf mit 93,7 % Spitzenreiter, und auch Hamburg-Mitte bildete mit 89,5 % das Schlußlicht. Allerdings betrug 1972 die Differenz zwischen beiden Bezirken nur 4,2 Prozentpunkte.

Nur bei der Bezirksversammlungswahl in Hamburg-Mitte konnte die SPD einen Stimmenanteil von über 50 % halten

Ähnlich wie bei der Bürgerschaftswahl, bei der die SPD einen Verlust von 10,4 Prozentpunkten hinnehmen mußte, büßte sie bei der Bezirksversammlungswahl in allen sieben Bezirken Stimmenanteile in Höhe von 8,8 Prozentpunkten (Bergedorf und Harburg) bis zu 11,1 Punkten (Wandsbek) ein.

Tabelle 9
Stimmenanteile der Parteien bei den Bezirksversammlungen 1974 und 1970 nach Bezirken

Bezirke	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf den Bezirkswahlvorschlag					
	SPD	CDU	F.D.P.	NPD	DKP	sonstige Parteien
	1	2	3	4	5	6
Bezirksversammlungswahl 1974						
Hamburg-Mitte ...	51,2	34,2	10,5	0,9	2,9	0,3
Altona ...	41,9	42,4	12,0	0,9	2,5	0,3
Eimsbüttel ..	43,0	42,3	13,3	1,0	—	0,4
Hamburg-Nord ...	43,6	40,6	12,1	0,8	2,6	0,3
Wandsbek	40,3	43,4	13,1	0,8	2,1	0,3
Bergedorf ...	44,2	42,4	11,0	—	2,2	0,2
Harburg.	49,9	36,3	10,6	0,8	2,2	0,2
Bezirksversammlungswahl 1970						
Hamburg-Mitte ...	61,6	27,6	5,4	2,8	2,2	0,4
Altona ...	52,5	34,5	7,8	2,9	1,8	0,5
Eimsbüttel ..	52,6	34,1	8,0	2,9	1,8	0,6
Hamburg-Nord ...	54,2	33,4	7,3	2,9	1,8	0,4
Wandsbek	51,4	35,4	8,3	2,8	1,6	0,5
Bergedorf ...	53,0	34,3	5,4	2,3	1,3	3,7
Harburg.	58,7	30,5	5,7	2,6	2,1	0,4
Veränderung 1974 gegenüber 1970 in Prozentpunkten						
Hamburg-Mitte ...	-10,4	+6,6	+5,1	-1,9	+0,7	-0,1
Altona ...	-10,6	+7,9	+4,2	-2,0	+0,7	-0,2
Eimsbüttel ..	- 9,6	+8,2	+5,3	-1,9	(-1,8)	-0,2
Hamburg-Nord ...	-10,6	+7,2	+4,8	-2,1	+0,8	-0,1
Wandsbek	-11,1	+8,0	+4,8	-2,0	+0,5	-0,2
Bergedorf ...	- 8,8	+8,1	+5,6	(-2,3)	+0,9	-3,5
Harburg.	- 8,8	+5,8	+4,9	-1,8	+0,1	-0,2

Wie weiter aus der Tabelle 9 hervorgeht, konnte die SPD die absolute Mehrheit sich nur in Hamburg-Mitte sichern; in Harburg blieb sie mit 49,9 % ganz knapp darunter. In Wandsbek fiel sie auf 40,3 % zurück und erreichte damit überhaupt den niedrigsten Stand in diesem Bezirk seit 1949. Von allen Bezirksversammlungswahlen erzielte sie hier 1966 mit 55,7 % den höchsten Anteil (s. Tabelle 10).

Die CDU konnte in allen Bezirken erhebliche Stimmengewinne für sich verbuchen und verdrängte die SPD in Altona und Wandsbek auf den zweiten Platz. In Wandsbek beträgt der Abstand zur SPD mehr als drei Punkte. In Eimsbüttel war der Stimmenzuwachs gegenüber 1970 mit 8,2 Prozentpunkten am höchsten, dadurch kam sie hier - abgesehen von Altona und Wandsbek - am nächsten an die SPD heran. In Hamburg-Mitte und Harburg blieb der Abstand zur SPD auch 1974 am stärksten, also dort, wo sie mit 6,6 bzw. 5,8 Prozentpunkten die niedrigsten Zunahmen gegenüber 1970 aufzuweisen hat.

Für die F.D.P. sind besonders die Stimmengewinne in Bergedorf, Hamburg-Mitte und Harburg bedeutungsvoll. In diesen drei Bezirken hatte sie 1970 nur Stimmenanteile von 5,4 % bis 5,7 %. Damals betrug die Spannweite zwischen dem niedrigsten und höchsten Stimmenanteil, zwischen Hamburg-Mitte bzw. Bergedorf und Wandsbek, 2,9 Prozentpunkte und war damit verhältnismäßig hoch. Bei der Bezirksversammlungswahl 1974 blieb kein Bezirk unter 10,5 %, die relative Spannweite verringerte sich um die Hälfte. Eimsbüttel führt jetzt mit 13,3 % die Spitze an und verwies Wandsbek, das 1970 den ersten Rang einnahm, an die zweite Stelle.

Von den übrigen Parteien fällt der relativ hohe und gleichmäßige Stimmenrückgang bei der NPD auf. Der Anteil der DKP schwankt 1974 zwischen 2,1 % und 2,9 %, wobei Hamburg-Mitte weiterhin den ersten Platz einnimmt.

Nachwirkungen des Stimmensplittings von der letzten Bundestagswahl

Das bei der Bundestagswahl 1972 von verschiedenen Wählerinitiativen propagierte Stimmensplitting scheint sich bei der Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 3. März 1974 in gewissem Umfange fortgesetzt zu haben.

Bekanntlich hatte Hamburg bei der letzten Bundestagswahl unter allen Bundesländern die höchsten Unterschiede zwischen der Erst- und Zweitstimme sowohl bei der SPD als auch der F.D.P. vorzuweisen (vgl. entsprechende Ausführungen in „Hamburg in Zahlen“, Jahrgang 1973, Februar-Heft, Seite 44).

Während bei den Wahlen 1966 und 1970 die höchsten Abweichungen zwischen den Stimmen für die Bürgerschaftswahl und denen für die Bezirksversammlungswahl in allen Bezirken außer Bergedorf bei der F.D.P. nur 0,2 Prozentpunkte ausmachten, lagen die Differenzen 1974 bei 1 Prozentpunkt und in zwei Bezirken sogar noch darüber. Der Unterschied von 1,8 Punkten in Eimsbüttel findet seine Erklärung zunächst einmal durch folgende Gegenüberstellung:

	SPD	CDU	F.D.P.	NPD	DKP	EFP	FSU	AUD	KPD/ ML	D.P.
Bürgerschaftswahl	42,2	42,3	11,5	0,8	2,6	0,1	0,1	0,0	0,3	0,1
Bezirksvers.-Wahl	43,0	42,3	13,3	1,0	—	0,2	0,1	0,1	—	—
Differenz gegenüber Bürgerschaftswahl	+ 0,8	—	+ 1,8	+ 0,2	- 2,6	+ 0,1	—	+ 0,1	- 0,3	- 0,1

Dadurch, daß in Eimsbüttel die DKP nur für die Bürgerschaftswahl kandidiert hatte, fielen die Stimmen für die Bezirksversammlungswahl überwiegend anderen Parteien zu. In allen anderen sechs Bezirken lassen sich für die DKP nämlich nur Differenzen in Höhe von 0,2 bis 0,4 Prozentpunkten zwischen beiden Arten von Stimmen feststellen.

Des weiteren spielen noch die verschiedenen Anteile der ungültigen Stimmen bei der Bürgerschaftswahl und der Bezirksversammlungswahl eine Rolle, die im Zusammenhang damit gesehen werden müssen, daß bei beiden Wahlen eine unterschiedliche Anzahl von Parteien kandidiert hat. So geht aus Tabelle 11 hervor, daß in den fünf Bezirken mit Ausnahme von Eimsbüttel, wo außer der KPD/ML und der D.P., die nur an der Bürgerschaftswahl teilgenommen haben, nicht die DKP für die Bezirksversammlung kandidiert hat, und mit Ausnahme von Bergedorf, wo außer den

beiden erwähnten Parteien sich nicht die NPD und AUD an der Bezirksversammlungswahl beteiligt haben, die Abweichungen zwischen der Differenz gegenüber der Bürgerschaftswahl (Tabellenspalte 3) und der Summe der Stimmenanteile der Parteien, die nur an der Bürgerschaftswahl teilgenommen haben (Tabellenspalte 4), nur 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte betragen. D. h., ein nicht unbeträchtlicher Anteil ungültiger Stimmen der Bezirksversammlungswahl kann damit erklärt werden, daß ein Großteil der Wähler, die bei der Bürgerschaftswahl für Parteien gestimmt haben, für die auf der rechten Hälfte des Stimmzettelvordrucks keine Wahlvorschläge für die Bezirksversammlungswahl anzukreuzen gingen, nur eine gültige Stimme für die Bürgerschaftswahl abgegeben hat.

Über diese Vergleiche hinaus läßt die Tabelle 10 erkennen, wie sich die Stimmenanteile der drei in der Bürgerschaft vertretenen Parteien zwischen 1966 und

Tabelle 10

**Stimmenanteile der drei im Landesparlament vertretenen Parteien
bel den Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahlen 1966 bis 1974 nach Bezirken**

Bezirke	1974			1970			1966		
	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf								
	SPD	CDU	F.D.P.	SPD	CDU	F.D.P.	SPD	CDU	F.D.P.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Bürgerschaftswahl									
Hamburg-Mitte	52,2	34,3	9,5	62,2	27,4	5,3	65,9	24,7	5,3
Altona	42,8	42,5	11,0	53,1	34,3	7,7	56,5	32,1	7,0
Eimsbüttel	42,2	42,3	11,5	53,3	33,8	7,9	56,7	31,6	7,4
Hamburg-Nord	44,5	40,7	11,1	54,8	33,2	7,2	57,4	30,9	7,4
Wandsbek	41,3	43,6	12,0	52,0	35,1	8,3	56,6	31,4	7,6
Bergedorf	45,0	42,2	10,0	54,8	35,3	5,9	56,4	33,5	6,6
Harburg	50,9	36,3	9,6	59,5	30,2	5,5	64,5	26,5	5,4
Insgesamt	44,9	40,6	10,9	55,3	32,8	7,1	59,0	30,0	6,8
Bezirksversammlungswahl									
Hamburg-Mitte	51,2	34,2	10,5	61,6	27,6	5,4	65,3	25,0	5,5
Altona	41,9	42,4	12,0	52,5	34,5	7,8	55,7	32,6	7,2
Eimsbüttel	43,0	42,3	13,3	52,6	34,1	8,0	55,9	32,1	7,6
Hamburg-Nord	43,6	40,6	12,1	54,2	33,4	7,3	56,7	31,3	7,6
Wandsbek	40,3	43,4	13,1	51,4	35,4	8,3	55,7	31,9	7,7
Bergedorf	44,2	42,4	11,0	53,0	34,3	5,4	55,6	33,9	7,0
Harburg	49,9	36,3	10,6	58,7	30,5	5,7	63,9	26,9	5,5
Insgesamt	44,3	40,5	12,0	54,6	33,0	7,2	58,2	30,4	7,0
Abweichungen zwischen Bürgerschaftswahl und Bezirksversammlungswahl — in Prozentpunkten —									
Hamburg-Mitte	+1,0	+0,1	-1,0	+0,6	-0,2	-0,1	+0,6	-0,3	-0,2
Altona	+0,9	+0,1	-1,0	+0,6	-0,2	-0,1	+0,8	-0,5	-0,2
Eimsbüttel	-0,8	—	-1,8	+0,7	-0,3	-0,1	+0,8	-0,5	-0,2
Hamburg-Nord	+0,9	+0,1	-1,0	+0,6	-0,2	-0,1	+0,7	-0,4	-0,2
Wandsbek	+1,0	+0,2	-1,1	+0,6	-0,3	—	+0,9	-0,5	-0,1
Bergedorf	+0,8	-0,2	-1,0	+1,8	+1,0	+0,5	+0,8	-0,4	-0,4
Harburg	+1,0	—	-1,0	+0,8	-0,3	-0,2	+0,6	-0,4	-0,1
Insgesamt	+0,6	+0,1	-1,1	+0,7	-0,2	-0,1	+0,8	-0,4	-0,2

Tabelle 11

Anteile der ungültigen Stimmen bei der Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungswahlen am 3. März 1974 nach Bezirken
In Verbindung mit den Stimmenanteilen der Parteien, die nur für die Bürgerschaft kandidiert haben

Bezirk	Anteile der ungültigen Stimmen in %		Differenz gegenüber Bürger-schafts-wahl	Summe der Stimmen-anteile der Parteien, die nur an der Bürger-schafts-wahl teil-genommen haben (in %)
	Bürger-schafts-wahl	Bezirks-versamm-lungs-wahl		
	1	2	3	4
Hamburg-Mitte .	1,3	1,9	+0,6	0,4
Altona	1,0	1,5	+0,5	0,4
Eimsbüttel	1,1	2,4	+1,3	3,0
Hamburg-Nord .	1,2	1,7	+0,5	0,4
Wandsbek	0,9	1,4	+0,5	0,3
Bergedorf	1,3	1,7	+0,4	0,9
Harburg	1,2	1,6	+0,4	0,3
Insgesamt	1,1	1,7	+0,6	0,4

1974 entwickelt haben. Die größten Veränderungen weist Wandsbek auf. Hier verlor die SPD während dieses Zeitraums 15,3 Prozentpunkte (Bürgerschaftswahl) bzw. 15,4 Prozentpunkte (Bezirksversammlungswahl), die CDU dagegen gewann 12,2 bzw. 11,5 Prozentpunkte hinzu. Bergedorf dagegen zeichnet sich für die beiden Parteien durch die geringsten Abweichungen aus. Die SPD hat in diesem Bezirk nur einen Verlust von 11,4 Prozentpunkten zu beklagen; die CDU konnte ihren Anteil bei der Bürgerschaftswahl um 8,7 Prozentpunkte (8,5 bei der Bezirksversammlungswahl) verbessern. Auch in Wandsbek erhöhte sich der Anteil der F.D.P. am meisten, und zwar bei der Bezirksversammlungswahl von 7,7 % im Jahre 1966 auf 13,1 % im Jahre 1974.

Weitere Einzelheiten und gewisse Aufschlüsse über mögliche Einflußgrößen bei der Bürgerschaftswahl 1974 werden die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik liefern, die zum erstenmal für hamburgische Wahlen Stimmenaushaltungen nach dem Geschlecht und nach fünf Altersgruppen mit einschließt. Darüber wird in einem der nächsten Monatshefte berichtet werden.

3. Änderungen des Wahlrechts

Für die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft und die Wahl der Bezirksabgeordneten zu den Bezirksversammlungen galten die beiden entsprechenden Gesetze in der Fassung vom 23. 3. 1971 sowie die Wahlordnung vom 5. 9. 1961 mit den Änderungen vom 30. 10. 1961, 20. 7. 1965, 22. 2. 1966, 6. 11. 1973 und 8. 1. 1974. Außerdem wurde das Gesetz über die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft durch ein weiteres Gesetz vom 2. 7. 1973 geändert.

Im einzelnen sind während der letzten Wahlperiode der hamburgischen Bürgerschaft folgende Wahlrechtsänderungen in Kraft getreten:

1. In den Artikeln 6 und 7 des Gesetzes zur Anpassung des hamburgischen Landesrechts an das Erste Gesetz zur Reform des Strafrechts vom

1. Dezember 1969 (HGVBl. I S. 234) wurden die Vorschriften der Wahlgesetze über den Ausschluß vom Wahlrecht und von der Wählbarkeit mit Wirkung vom 1. April 1970 der Neufassung des Strafgesetzbuches angepaßt.

Ebenfalls mit Wirkung vom 1. April 1970 wurden in den Artikeln 1 und 2 des Gesetzes zur Änderung und Bereinigung von Straf- und Bußgeldvorschriften der Freien und Hansestadt Hamburg vom 2. März 1970 (HGVBl. I S. 90) die Bußgeldvorschriften der Wahlgesetze dem neuen Ordnungswidrigkeitenrecht angeglichen.

2. Das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft und des Gesetzes über die Wahl der Bezirksabgeordneten zu den Bezirksversammlungen vom 14. September 1970 (HGVBl. I S. 245) enthält vor allem die Wahlrechtsänderung über die Herabsetzung des Wahlalters für das passive Wahlrecht (Wählbarkeit) von 23 auf 21 Jahre (§ 10). Diese Regelung war notwendig, weil seit August 1970 für Bundestagswahlen als Wahlaltersgrenze für das passive Wahlrecht der Eintritt der Volljährigkeit gilt.

Ein neuer Abschnitt sieht die statistische Bearbeitung des Ergebnisses der Bürgerschaftswahl (§ 44) und der Bezirksversammlungswahl (§ 46) vor. Bisher war es wegen des Fehlens einer entsprechenden Vorschrift nicht möglich, die Ergebnisse der Hamburger Wahlen wie die der Bundestagswahlen statistisch zu untersuchen.

Aus technischen Gründen war die Übertragung der Entscheidung über Widersprüche gegen die Wählerverzeichnisse vom Landeswahlleiter auf die Bezirkswahlleiter erforderlich (§ 20).

3. Das Bezirksverwaltungsgesetz vom 16. September 1969 (HGVBl. I S. 179) setzt in § 8 die Zahl der für jede Bezirksversammlung ab 1974 zu wählenden Bezirksabgeordneten einheitlich auf 40 fest und bringt die bisherige Ausnahmeregelung mit einer Anzahl von 50 für Wandsbek und Harburg in Fortfall.

4. Durch das Zweite Gesetz zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg vom 18. Februar 1971 (HGVBl. I S. 21) wird durch den eingefügten Artikel 38a bestimmt, daß Senatoren kein Bürgerschaftsmandat ausüben dürfen und dieses Mandat während der Amtszeit als Senator ruht.

Das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft vom 18. Februar 1971 (HGVBl. I S. 22) regelt in dem eingefügten § 38a, wer das Mandat während dieser Zeit ausübt.

5. In dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft vom 2. Juli 1973 (HGVBl. I S. 245) wurde in § 24 Absatz 2 festgelegt, daß die Zwei-Jahres-Frist für die Wahlperiode der Vertreterversammlung nicht vom Tage ihrer Wahl, sondern von dem Tage ihres ersten Zusammentritts zu berechnen ist.

6. Durch die Verordnung zur Änderung der Wahlordnung für die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft und für die Wahl der Bezirksabgeordneten zu den Bezirksversammlungen vom 6. November 1973 (HGVBl. I S. 455) wurden folgende Änderungen getroffen:

- (1) In Anlehnung an die bei der Bundestagswahl getroffene Regelung wird in § 8 bestimmt, daß der Wahlbenachrichtigungskarte ein Vordruck für einen Antrag auf Ausstellung eines Wahlscheines beizufügen ist.
- (2) Die Zuständigkeit des Statistischen Landesamtes – Landeswahlamt – für die Ausstellung von Wahlscheinen, die aufgrund einer Widerspruchsentscheidung des Landeswahlleiters zu erteilen waren, wurde durch eine Änderung des § 14 aufgehoben, da die Widerspruchsentscheidung durch Gesetzesänderung dem Bezirkswahlleiter übertragen ist (s. letzten Absatz der o. a. Ziff. 2).

Durch diese Änderung wurde die Vorschrift des § 16 Abs. 6, nach der das Landeswahlamt die Durchschriften der von ihm ausgestellten Wahlscheine den Bezirkswahlleitern zu übersenden hatte, entbehrlich und gestrichen. Ebenfalls gestrichen wurde der bisherige Absatz 7, der bestimmte, daß für verlorene Wahlscheine kein Ersatz geleistet werden konnte. In dem neu gefaßten Absatz 6 wurde, wenn ein Wahlberechtigter glaubhaft versichert, daß er einen zugesandten Wahlschein nicht erhalten oder daß er einen erhaltenen Wahlschein

verloren hat, der Bezirkswahlleiter befugt, die Ausstellung eines Ersatzwahlscheines anzuordnen.

7. In Ergänzung zur neuen Rechtsvorschrift über die statistische Bearbeitung der Wahlergebnisse (s. zweiten Absatz der o. a. Ziff. 2) ist in die Verordnung zur Änderung der Wahlordnung für die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft und für die Wahl der Bezirksabgeordneten zu den Bezirksversammlungen vom 8. Januar 1974 (HGVBl. I S. 2) in § 30 ein neuer Absatz 3 eingefügt worden, der die Kennzeichnung der Stimmzettel für die Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht in den für die repräsentative Wahlstatistik ausgewählten Wahlbezirken regelt. Der bisherige Absatz 3 des § 30 wurde Absatz 4.
8. In dem Gesetz über die Dauer der Wahlperiode der am 3. März 1974 zu wählenden Bürgerschaft und der Bezirksabgeordneten vom 21. Januar 1974 (HGVBl. I S. 5) wurde festgelegt, daß die am 3. März 1974 zu wählende Bürgerschaft auf 4 Jahre und 2 Monate gewählt wird. Danach wird die Wahlperiode der erstmals am 17. April 1974 zusammengetretenen Bürgerschaft am 17. Juni 1978 enden. Die Wahl der neuen Bürgerschaft kann dann an einem geeigneten Sonntag noch vor Beginn der großen Reisezeit, vor allem aber zu einem Zeitpunkt stattfinden, der nicht mehr von den Frühjahrsferien der allgemeinbildenden Schulen, den Konfirmationsfeiern und den Osterfeiertagen beeinflusst wird.

Günter Müller

Fernschreibanschlüsse als Zentralitätsindikator?

Dieser Beitrag geht von der Frage aus, ob sich mit Hilfe der Fernschreibanschlüsse Anhaltspunkte zur Charakterisierung der Zentralität einer Stadt oder eines Gebietsteils gewinnen lassen. Im Jahre 1970 gab es in Hamburg knapp 5500 Telexanschlüsse, von denen mehr als die Hälfte bei Firmen des Handels und des Verkehrswesens installiert waren. Wesentlich geringer war dagegen der Anteil des Produzierenden Gewerbes (21 %) und der Privaten Dienstleistungen (19 %).

Im Vergleich der Großstädte mit mehr als einer halben Million Einwohner liegt Hamburg mit Abstand an der Spitze, gefolgt von Frankfurt (4100) und München (4000). Die Darstellung anhand der absoluten Zahl der Fernschreiber läßt die überregionale Gesamtbedeutung dieser Städte erkennen. Berechnet man jedoch, um die erheblichen Größenunterschiede zu eliminieren, Telexbesatzziffern, so ergibt sich ein anderes Bild. Auf der Basis der Fernschreiber je 1000 Arbeitsstätten wird die Führungsposition von den Städten Frankfurt (115), Düsseldorf und Stuttgart (je 103) eingenommen. Hamburg (69) liegt dabei zwar innerhalb eines dicht geschlossenen Mittelfeldes, aber doch mit erheblichem Abstand zur Spitze gemeinsam mit Köln an siebter Stelle. Um den Einfluß der sehr unterschiedlichen Betriebsgrößenstruktur zu mildern, kann man die Zahl der Telexanschlüsse auf je 10 000 Beschäftigte beziehen. Auch hier findet man Düsseldorf (78) und Frankfurt (76) auf den vorderen Plätzen; es ergeben sich aber insgesamt wesentlich realistischere Abstufungen. Bei Verwendung dieses Maßstabes nimmt Hamburg (58) hinter Stuttgart (61) die vierte Stelle ein.

Die Verteilung der Fernschreibanschlüsse innerhalb Hamburgs zeigt, daß die fernorientierten Aktivitäten weit überwiegend im Bezirk Hamburg-Mitte, der neben der Innenstadt auch den Hafen umfaßt, angesiedelt sind (62 %). Nur elf Stadtteile weisen mehr als hundert Telexanschlüsse auf, wobei die Spitzenwerte eindeutig in der City liegen (Altstadt: 1559, Neustadt: 564). Von diesem inneren Kern aus nimmt die Zahl der Fernschreiber in Richtung auf die Außenbezirke ständig ab. Auch bei Berechnung von Telexbesatzziffern werden im wesentlichen die gleichen Grundstrukturen sichtbar. Insgesamt lassen sich mit Hilfe der Zahl der Fernschreiber interessante Einblicke in die Struktur einer Stadt gewinnen. Man wird jedoch noch eingehendere Untersuchungen anstellen müssen, um die Ergebnisse für die praktische Arbeit der Stadtforschung voll nutzbar zu machen.

1. Vorbemerkungen

Anfang der dreißiger Jahre entwickelte W. Christaller eine Methode, mit Hilfe der Zahl der Telefonanschlüsse auf 100 Einwohner den Zentralitätsgrad eines Ortes zu bestimmen und so eine Hierarchie der Zentralität aufzubauen¹⁾. Diese Methode beruhte auf der Überlegung, daß alle Einrichtungen, die den Austausch von zentralen Gütern und Diensten zur Aufgabe haben, das Telefon als Kommunikationsmittel benötigen. Unter den damaligen Verhältnissen konnte man auch die ausschließlich privat genutzten Telefonanschlüsse als relativ unwichtige Verzerrung vernachlässigen. Dies um so leichter, als ein gewisser Ausgleich dadurch zustande kommt, daß Geschäftsanschlüsse intensiver genutzt werden. Heute ist als Folge des seit langem zu beobachtenden ständigen Anstiegs im Lebensstandard weitester Kreise der Bevölkerung auch das Telefon – ähnlich wie das Auto – zu einem nahezu selbstverständlichen Gebrauchsgut

geworden. Im Zuge dieser Entwicklung ist die Zahl der Telefonanschlüsse so stark gestiegen – und zwar überall im Land –, daß eine starke Nivellierung der vormals erheblichen regionalen Unterschiede eingesetzt hat. Solange es nicht möglich ist, die Anschlüsse von Privatpersonen von den wirtschaftlich genutzten Fernsprechern zu trennen und gleichzeitig die unterschiedliche Nutzungsintensität angemessen zu berücksichtigen, dürfte die Anwendung der Christallerschen Methode heute nicht mehr sonderlich aufschlußreich sein und teilweise wohl auch zu recht fragwürdigen Ergebnissen führen.

Zum Begriff „Telexbesatz“

Nun hat vor allem in der Nachkriegsentwicklung ein anderes Kommunikationsmittel seinen Siegeszug angetreten – der Fernschreiber, der heute aus dem Geschäftsleben bedeutender Firmen mit einem überregionalen Wirkungsgrad nicht mehr wegzudenken ist. Dabei taucht die Frage auf, ob und inwieweit sich

¹⁾ Vgl. „Die zentralen Orte in Süddeutschland“ von Walter Christaller, Jena, 1933.

mit Hilfe der Zahl der Fernschreibanschlüsse Kennziffern gewinnen lassen, die in der Lage sind, die „Zentralität“ einer Stadt zu charakterisieren. Allerdings müßte der an sich umfassendere Begriff der Zentralität hier eingeschränkt werden auf fernorientierte überregionale Ausstrahlungen eines Platzes.

Wenn man die Zahl der Fernschreibanschlüsse auf Personen oder Institutionen bezieht, also den „Telexbesatz“ berechnet, taucht als ein erstes Problem die Wahl der Bezugsgrundlage auf. Zur Einwohnerzahl bestehen so gut wie keine Beziehungen, da der Fernschreiber heute noch ausschließlich dem Geschäftsleben vorbehalten ist und auch keine Tendenzen sichtbar werden, die hier in absehbarer Zeit eine Änderung bewirken können. Es bietet sich daher an, als Bezugsgrundlagen die Institution des Wirtschaftslebens zu wählen, also die Zahl der Arbeitsstätten oder die der Unternehmen. Dabei ist der Zahl der Arbeitsstätten als der örtlich abgrenzbaren Einheit der Vorzug zu geben, da beispielsweise bei Mehrbetriebsunternehmen alle wichtigeren in verschiedenen Orten angesiedelten Unternehmensteile (= Arbeitsstätten) jeweils über einen Fernschreibanschluß verfügen. Das ist ebenso erforderlich zur Kommunikation innerhalb des Unternehmens, wie auch zur selbständigen Wahrnehmung des Teils der Außenbeziehungen, die nicht über eine zentrale Abwicklungsstelle laufen. Hätte man das Unternehmen als Bezugsgrundlage herangezogen, wäre eine regional einwandfreie Zuordnung der Telexanschlüsse nicht mehr möglich.

Aber auch die Zahl der Arbeitsstätten als Bezugsgrundlage für den Telexbesatz ist mit erheblichen Mängeln behaftet. Es gibt eine Vielzahl – vor allem kleinere Arbeitsstätten – die in erster Linie den laufenden Bedarf der Bevölkerung decken. Hier ist an den größten Teil des Einzelhandels ebenso zu denken wie an das Handwerk. Beide Bereiche verfügen so gut wie nie über Fernschreibanschlüsse, weil einfach kein Bedarf daran besteht. Daraus ergibt sich das Problem, daß je nach der Größe der Stadt und der Struktur der in ihr ansässigen Wirtschaft, aber auch nach der zufälligen Grenzziehung²⁾ der Anteil der genannten Kleinbetriebe an der Gesamtzahl unterschiedlich hoch ist. Das aber kann eine Besatzziffer, die sich z. B. als Zahl der Fernschreibanschlüsse je 1000 Arbeitsstätten darstellt, in erheblichem Ausmaß beeinflussen. Offenbar sind es vor allem die Großbetriebe des verarbeitenden Gewerbes, des Banken- und Versicherungsgewerbes und der Verwaltung, die sich durch eine überregionale Wirkungsweise auszeichnen. Im Groß- und Außenhandel, im Verkehr (mit Ausnahme von Nahverkehr und Taxengewerbe) und bei den Dienstleistungsberufen spielt dagegen die Betriebsgröße eine weitaus geringere Rolle.

Nun lassen sich in einfache Kennziffern derartige Differenzierungen nicht einbauen. Es wäre daher zu überlegen, ob nicht auch als Bezugsgrundlage die Zahl der Beschäftigten herangezogen werden könnte.

²⁾ So weisen Wohnbezirke fast ausschließlich Arbeitsstätten zur Befriedigung des laufenden Bedarfs der Bevölkerung auf. Hier sind so gut wie keine Telexanschlüsse zu finden. Im Zuge der Auswucherungen der Großstädte liegen nun solche – der Stadt zuzurechnende – Wohngebiete teils innerhalb, teils außerhalb der Stadtgrenzen, je nachdem wie die oft historisch bedingten Grenzziehungen verlaufen.

Dieser Maßstab hätte den Vorteil, daß damit das Gewicht der vielen Klein- und Mittelbetriebe wesentlich herabgemindert wird. Das wäre um so wichtiger, wenn sich tatsächlich herausstellen sollte, daß es beispielsweise zwischen Großstädten etwa gleicher Größe, die miteinander verglichen werden sollen, erhebliche Unterschiede in der Größenstruktur der Arbeitsstätten gibt. Allerdings macht sich bei Verwendung des Maßstabes „Beschäftigte“ umgekehrt ein anderer Nachteil bemerkbar, und zwar schlagen hier die Großbetriebe dank ihrer hohen Beschäftigungszahlen durch. Da aber im Regelfall unabhängig von der Größe der Arbeitsstätte nur jeweils ein Fernschreibanschluß benötigt wird, hat das zur Folge, daß in Städten mit überdurchschnittlich vielen Großbetrieben die entsprechende Kennziffer unverhältnismäßig niedrig ausfällt. Nach ersten Überlegungen sind die negativen Aspekte dieses Maßstabs jedoch nicht so stark ins Auge fallend wie die des Maßstabs Arbeitsstätten.

Der nun folgende Beitrag will untersuchen, ob mit Hilfe der Zahl der Telexanschlüsse die unterschiedlich starke überregionale Bedeutung von Städten quantifiziert werden kann. Gleichzeitig soll aber auch einmal geprüft werden, ob man nicht auch die innerstädtischen Zentralitätsstrukturen damit offenlegen kann. Es sei jedoch einschränkend darauf hingewiesen, daß an dieser Stelle nicht mehr als ein erster Schritt in diese Richtung gegangen werden kann. Die Verwendung von Kennziffern auf der Basis der Telexanschlüsse stellt Neuland dar, wobei sich vermutlich erst im Laufe der Zeit herausstellen wird, in welchem Ausmaß die hier verwendeten Kennziffern z. B. für die praktische Arbeit der Stadtforschung brauchbar sind.

Zur Methodik der Untersuchung

Zur Technik der Untersuchung sei angemerkt, daß hier einmal die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1970 (hinsichtlich der Zahl der Arbeitsstätten und der Zahl der Beschäftigten) genutzt wurden. Die Zahl der Fernschreibanschlüsse wurde aus dem von der Bundespost herausgegebenen Verzeichnis mit Stand von 1970 herausgezogen³⁾. Dabei mußten folgende Unschärfen in Kauf genommen werden:

– Für den Vergleich der Großstädte untereinander umfassen die Angaben die Zahl der Fernschreibanschlüsse für das jeweilige Ortsnetz. Sie gehen also geringfügig über das eigentliche Stadtgebiet hinaus. Für Hamburg sind davon lediglich 170 Anschlüsse in Außenbezirken betroffen (3%). Es besteht aber die Möglichkeit, daß in anderen Städten unterschiedlich große Anteile auf „stadtfremde“ Telexanschlüsse entfallen.

– Besondere Schwierigkeiten bestanden bei der groben branchenmäßigen Zuordnung der Anschlüsse. Hier konnte eine wirtschaftssystematische Schwerpunktbestimmung lediglich nach den Firmenangaben im Telexverzeichnis in Verbindung mit speziellen Branchenadreßbüchern und -verzeichnissen vorgenommen werden, eine Methode, die einige Abwei-

³⁾ Amtliches Verzeichnis der Telexteilnehmer in der BRD, Ausgabe 1970, herausgegeben von der Bundespost.

chungen gegenüber der Realität erwarten läßt. Wir glauben aber doch, daß die aufgezeigten Strukturen in ihren Grundzügen davon nicht betroffen werden.

2. Gesamtüberblick

Für das Jahr 1970 wurden für den Bereich des Ortsnetzes Hamburg 5 633 Telexanschlüsse registriert. Davon entfielen 170 auf die außerhalb der Stadtgrenzen gelegenen Gemeinden in Schleswig-Holstein und Niedersachsen, so daß insgesamt 5 463 Fernschreiber für Hamburg übrig blieben. In dieser Zahl waren

- 4 961 Firmen mit einem Anschluß,
- 152 Firmen mit zwei Anschlüssen,
- 30 Firmen mit drei Anschlüssen und
- 18 Firmen mit vier und mehr Anschlüssen

enthalten. Außerdem waren im Fernschreibverzeichnis 406 Firmen aufgeführt, die über den Anschluß einer anderen Firma zu erreichen sind. Dieser Teil der Betriebe ist jedoch in der hier vorgelegten Ausarbeitung nicht berücksichtigt. Würde man sie den oben genannten Zahlen zuschlagen, so wären knapp 6 000 Arbeitsstätten (7 %) in Hamburg per Telex ansprechbar. In Wirklichkeit wird diese Zahl jedoch vermutlich etwas höher liegen, da die Mitbenutzung von Telexanschlüssen (z. B. bei Behörden, aber auch bei kooperierenden Firmen) stärker sein dürfte, als die Hinweise im Telexverzeichnis vermuten lassen.

Eine grobe wirtschaftssystematische Zuordnung ergibt, daß mehr als 2 900 Telexanschlüsse den Bereichen Handel und Verkehr zuzuordnen waren. Damit wurden mehr als die Hälfte aller Fernschreiber (53 %) in diesen in Hamburg traditionell wichtigen Branchen benötigt. Dies entspricht im Prinzip den Erwartungen. Sowohl der Handel – vor allem der Außenhandel – als auch der Verkehr (hier vor allem Reedereien, Spediteure und andere Verkehrshilfs- und -nebenbetriebe) sind in der Hansestadt nicht nur quantitativ von erheblicher Bedeutung; die diesen Betrieben zuzuordnenden Funktionen sind im Regelfall auch von überregionaler, häufig weltweiter Wirkungsweise. Es ist daher kein Wunder, daß die Firmen dieser Bereiche mit den modernsten Kommunikationsmitteln ausgestattet sind.

Überraschend ist dagegen, daß in der Skala der Branchen mit den häufigsten Telexanschlüssen das Private Dienstleistungsgewerbe⁴⁾ auf dem zweiten Platz liegt. Etwa 1 120 Fernschreiber sind bei Dienstleistungsfirmen installiert, die damit mehr als ein Fünftel der Gesamtzahl auf sich vereinigen.

Erst danach folgt das Produzierende Gewerbe⁵⁾ mit 1 020 Anschlüssen (knapp 19 %). Die relativ geringe Zahl von Telexanschlüssen in der Produktion verwundert zwar auf den ersten Blick, wird aber verständ-

⁴⁾ Hierzu rechnen neben dem Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe u. a. die Bereiche Wissenschaft, Bildung, Erziehung, Sport, Kunst, Theater, Film, Rundfunk, Fernsehen, das Verlags- und Pressewesen, die Grundstücksmakler, Ärzte, Rechtsanwälte, Architektur- und Ingenieurbüros, die Berufe der Wirtschaftswerbung und Finanz- und Steuerberatung (Abt. 7).

⁵⁾ Von der Systematik der Wirtschaftszweige her gesehen, sind hierin die Arbeitsstätten der Landwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei, der Energiewirtschaft und Wasserversorgung, des Verarbeitenden Gewerbes und der Bauwirtschaft (Abt. 0–3) enthalten.

licher, wenn man sich überlegt, daß in diesem Bereich viele handwerklich orientierte Klein- und Mittelbetriebe vorhanden sind, die in erster Linie Zulieferfunktionen für die in Hamburg ansässige Großindustrie wahrnehmen oder der Versorgung der Bevölkerung am Platz dienen. Gerade in den industriell ausgerichteten Branchen steht die überregionale Bezugs- oder Absatzwirkung häufig auch in engem Zusammenhang mit der Betriebsgröße, so daß – von Spezialfirmen einmal abgesehen – in erster Linie nur Großbetriebe über Fernschreiber verfügen. Ein weiterer Grund für die relativ geringe Anzahl von Fernschreibern bei Industrie und Bau wird sicherlich auch darin zu suchen sein, daß der starke und außerordentlich leistungsfähige Groß- und Außenhandel vermutlich in stärkerem Ausmaß in die Rohstoffbeschaffung und den Produktvertrieb der Hamburger Industrie eingeschaltet ist, als das in anderen Gegenden ohne einen so traditionell starken Außenhandel der Fall ist.

Die restlichen Fernschreibanschlüsse wurden 1970 von den etwas mehr als 300 Bank- und Versicherungsbetrieben (knapp 6 %) und von etwa 100 Organisationen ohne Erwerbscharakter, sowie von Behörden (2 %) benutzt. Auch hier wird man unterstellen können, daß es sich in diesen Bereichen wohl ebenfalls weit überwiegend um Großbetriebe handelt.

3. Großstadtvergleich

Da es keineswegs Ziel dieser kleinen Übersicht sein kann, in größerem Umfang in die Untersuchung von Zentralitätsunterschieden deutscher Städte einzusteigen, soll sich der folgende Großstadtvergleich auf die elf größten Städte der Bundesrepublik mit jeweils mehr als 500 000 Einwohnern beschränken. Dabei sollen erste Erfahrungen mit den einleitend skizzierten Kennziffern gewonnen werden. In Tabelle 1 sind die infrage kommenden Großstädte zunächst nach der Zahl ihrer Fernschreibanschlüsse geordnet. Daneben wurden als Bezugsgrundlagen auch die Zahl der Arbeitsstätten und die der Beschäftigten sowie die beiden Häufigkeitsziffern „Telexanschlüsse je 1000 Arbeitsstätten“ und „je 10 000 Beschäftigten“ aufgeführt. Neben den absoluten Werten sind jeweils auch Rangziffern für die einzelnen Städte angegeben, die den Überblick erleichtern. Es ergeben sich ganz beträchtliche Einstufungsunterschiede je nach betrachteter Merkmalsreihe.

Hamburg verfügt über die meisten Fernschreiber

Geht man von der absoluten Zahl der Telexanschlüsse aus, so liegt das Hamburger Ortsnetz mit rund 5 600 Einheiten weit vorn. Erst mit erheblichem Abstand folgen auf den nächsten Plätzen Frankfurt (4 100) und München (4 000). Auch zu den für Düsseldorf ausgewiesenen 3 400 Anschlüssen ergibt sich bereits wieder ein deutlicher Sprung. Etwas überraschend liegt die größte Stadt des Bundesgebietes – West-Berlin – gleichauf mit Stuttgart erst auf dem fünften Platz, was sicherlich eng mit der politisch bedingten Insellage zusammenhängt. Abgeschnitten von seinem unmittelbaren Hinterland ist die Zahl der Fir-

Tabelle 1

Fernschreibanschlüsse, Arbeitsstätten und Beschäftigte in Großstädten über 500 000 Einwohnern 1970

Großstädte	Fernschreibanschlüsse ¹⁾		Arbeitsstätten ²⁾		Beschäftigte ²⁾		Auf 1000 Arbeitsstätten		Auf 10 000 Beschäftigte	
	Anzahl	Rangziffer	Anzahl	Rangziffer	1000	Rangziffer	entfielen . . . Fernschreibanschlüsse			
							Anzahl	Rangziffer	Anzahl	Rangziffer
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Hamburg	5 633	1	82 125	2	970,7	1	69	7,5	58	4
Frankfurt	4 093	2	35 595	4	538,5	4	115	1	76	2
München	4 037	3	49 858	3	730,0	3	81	4	55	5
Düsseldorf	3 360	4	32 734	6	432,3	7	103	2,5	78	1
Berlin	2 743	5,5	82 769	1	952,9	2	33	11	29	10,5
Stuttgart	2 743	5,5	26 522	7	446,8	6	103	2,5	61	3
Köln	2 466	7	35 514	5	483,2	5	69	7,5	51	7
Hannover	1 800	8	22 815	8	380,9	8	79	5	47	8
Bremen	1 671	9	22 068	9	315,6	9	76	6	53	6
Essen	1 112	10	22 050	10	298,5	10	50	9	37	9
Dortmund	801	11	18 780	11	276,0	11	43	10	29	10,5

¹⁾ Quelle: Amtliches Verzeichnis der Telexteilnehmer, Ausgabe 1970. — ²⁾ Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung, Stichtag 27. 5. 1970.

men mit überregionaler Reichweite offenbar verhältnismäßig gering. Die Schlußlichter in der Rangfolge dieses Merkmals bilden die beiden Großstädte des Ruhrgebietes Essen (1 100) und Dortmund (800). Die absolute Zahl der Telexanschlüsse gibt einen guten Einblick in die überregionale Gesamtbedeutung der aufgeführten Großstädte.

Naturgemäß ist jedoch die Reihenfolge stark von der Größe dieser Städte und ihrer Bedeutung als Arbeitsplatz beeinflusst. Das wird auch zahlenmäßig sichtbar, wenn man die Abstufungen in der Zahl der Arbeitsstätten und der Beschäftigten vergleichend betrachtet. Hier zeigen sich zumindest in den Rangziffern nur relativ geringe Abweichungen gegenüber der bereits aufgezeigten Abfolge in der absoluten Zahl der Fernschreibanschlüsse. Die hauptsächlichsten Unterschiede gehen darauf zurück, daß West-Berlin der Zahl der Arbeitsstätten nach an erster und nach den Beschäftigten hinter Hamburg an zweiter Stelle liegt, also mehrere Plätze weiter vorn zu finden ist, als das bei der Zahl der Fernschreiber der Fall war. Völlige Übereinstimmung zeigt sich dagegen am Schluß der Tabelle auf den Plätzen 8 bis 11. Bei genauer Betrachtung werden jedoch noch zwei weitere Abweichungen sichtbar: Einmal liegen Frankfurt und Düsseldorf sowohl bei der Zahl der Arbeitsstätten als auch der der Beschäftigten um mehrere Plätze weiter hinten. Umgekehrt verhält es sich mit Köln, das an sich von der absoluten Zahl der Arbeitsstätten her gesehen mit Frankfurt vergleichbar wäre.

Einen weiteren wichtigen Unterschied vermögen die Rangziffern jedoch nicht auszudrücken. Es zeigt sich, daß in Hamburg und Berlin, also in den der Einwohnerzahl nach größten Städten der Bundesrepublik, unverhältnismäßig viele Kleinbetriebe vorhanden sein müssen. Jedenfalls ist der Abstand der genannten Städte zu den nachfolgenden bei Zugrundelegung der Zahl der Arbeitsstätten eklatant größer als auf der Bezugsgrundlage der Beschäftigten. Das läßt sich auch durch die Berechnung der durchschnittlichen Betriebsgröße verdeutlichen. Während für Stuttgart und Hannover 17 Beschäftigte je Arbeitsstätte ermittelt werden, in Frankfurt und Dortmund 15 und Bremen, Köln und Essen immerhin noch 14, lag die glei-

che Kennzifferung für Hamburg und West-Berlin nur bei knapp 12 tätigen Personen. Dies alles deutet darauf hin, daß sich bei relativer Betrachtungsweise erhebliche Verschiebungen aufgrund der unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur der Städte ergeben werden.

Frankfurt, Düsseldorf und Stuttgart bei relativer Betrachtungsweise vorn

Berechnet man zur Beseitigung der Größenunterschiede zwischen den Städten zunächst die Zahl der Fernschreiber je 1000 Arbeitsstätten, so bestätigt sich die Vermutung, daß die bisherige Rangfolge wesentlich verändert würde. Wie nicht anders zu erwarten, rutscht Berlin (33) mit beträchtlichem Abstand auf den letzten Platz ab, noch hinter die bisherigen Schlußlichter Essen und Dortmund, die mit Kennziffern von 50 bzw. 44 auch hier ganz hinten stehen. Zwar liegt das Mittelfeld — gebildet aus den Städten München (81), Hannover (79), Bremen (76), Köln und Hamburg (je 69) — relativ dicht beieinander, es muß aber doch verwundern, daß Hamburg zusammen mit Köln lediglich auf dem siebten Platz zu finden ist; und das obwohl vom Verkehrs- und Handelsplatz Hamburg ebenso starke überregionale Impulse ausgehen wie von den hier vorhandenen industriellen Ballungen. Auch München hätte man wohl weiter vorn erwartet. An der Spitze liegen Frankfurt (115) sowie Stuttgart und Düsseldorf (103), wobei weniger die Spitzenposition dieser Städte überrascht als vielmehr der deutliche Abstand zu den nachfolgenden Orten.

Hier scheint sich der Eindruck zu bestätigen, daß die berechnete Kennziffer als Maßstab für die relative Bedeutung überregionaler Aktivitäten und damit für die Ausübung zentraler Funktionen im Raum nur bedingt geeignet ist. Wie schon weiter oben vermutet, beeinflusst die unterschiedliche Betriebsgrößenstruktur der Städte diese Kennziffer offenbar sehr stark, denn anders ist kaum zu erklären, daß die Kennziffer für Frankfurt am Main z. B. genau zwei Drittel höher liegt als für Hamburg.

Wesentlich realistischere Abstufungen ergeben sich bei Berechnung der Zahl der Telexanschlüsse.

se je 10 000 Beschäftigte. Diese Kennziffer hat den Vorteil, die allzu starke Wirkung unterschiedlicher Betriebsgrößen zu mindern. Zwar liegen auch hier Düsseldorf (78) und Frankfurt (76) fast gleichauf an der Spitze. Dieser Tatbestand konnte allerdings auch erwartet werden, wenn man sich die Bedeutung der genannten Städte als Handels-, Bank- und Verwaltungsmetropolen vor Augen führt, wobei im Falle von Frankfurt auch noch bedeutende industrielle Schwerpunkte hinzukommen. Ähnlich wie bei der Beziehung auf die Zahl der Arbeitsstätten liegt Stuttgart (61) auch hier in der Spitzengruppe, aber diesmal ist der Unterschied zu den nachfolgenden Städten wie Hamburg (58), München (55) und Bremen (53) nur relativ gering. In der unteren Hälfte der Tabelle ergeben sich nur geringfügige Verschiebungen. Lediglich Hannover verliert einige Plätze, was aber bei relativ eng beieinander liegenden Kennziffern zum Teil auch zufallsbedingt ist.

Ohne dies durch eine tiefgehende Analyse der Wirtschaftsstruktur der hier behandelten Großstädte untermauern zu können, scheint die sich hier ergebende Rangziffernfolge eine größere Beziehung zur Realität zu besitzen als die vorangegangene, nicht zuletzt auch deshalb, weil die unzweifelhaft bestehenden Unterschiede nunmehr auf vernünftige Dimensionen zusammengeschrumpft sind. Nach den ersten hier angestellten Überlegungen scheint daher einiges für die Verwendung der Beschäftigten als Bezugsgrundlage zu sprechen, obwohl rein von der Logik her die Beziehung zur Arbeitsstätte enger ist. Es müßte jedoch noch geprüft werden, ob die hier beobachteten Verzerrungen bei Benutzung des Maßstabes Arbeitsstätten nur bei Großstädten zutage treten oder ob dies durchgehend bei allen Städten in ähnlich starkem Ausmaß erkennbar wird. Bis zur Klärung dieser Frage scheint es zweckmäßig, zumindest bei einem Städtevergleich stets beide Kennziffern zu errechnen und alternativ zu betrachten.

4. Innerstädtische Verteilung der Telex-Anschlüsse

Ein weiteres Ziel dieser Untersuchung besteht darin zu prüfen, inwieweit sich mit Hilfe der Verteilung der Fernschreibanschlüsse feststellen läßt, wo innerhalb der Stadt die über die Grenzen hinaus wirkenden Aktivitäten konzentriert angesiedelt sind. Zur Vermeidung von Mißverständnissen soll in diesem Zusammenhang nicht von Zentren und Zentralitätsmessungen gesprochen werden, da diese Termini in der Diskussion weitgehend festgelegt sind auf überwiegend innerstädtische Einkaufs-, Geschäfts- und Dienstleistungsschwerpunkte⁴⁾. Das für innerstädtische Aktivitäten adäquate Kommunikationsmittel ist aber nach wie vor das Telefon, während wir hinsichtlich der Fernschreibanschlüsse die überregionalen und häufig internationalen Verflechtungen im Auge haben.

Das für diesen Problembereich errechnete Zahlenmaterial ist ausführlich in der beigefügten Anhangtabelle dargelegt. Hier sind für die 104 Stadtteile Hamburgs

⁴⁾ Für Hamburg wird das System der zentralen Standorte (City, Bezirks-, Bezirksentlastungs-, Stadtteilzentren) zuletzt im Ordnungsplan „Zentrale Standorte“ der Baubehörde behandelt.

die Zahl der Telexanschlüsse, als Bezugsgrundlage wiederum Arbeitsstätten und Beschäftigte sowie die sich daraus ergebenden Kennziffern aufgeführt. Auf zwei Tatbestände muß in diesem Zusammenhang jedoch noch gesondert hingewiesen werden:

– Zunächst hat sich herausgestellt, daß wegen der überwiegend kleinen Zahlen bei den einzelnen Stadtteilen die auf der Basis „Beschäftigte“ errechneten Kennziffern weitaus anfälliger sind für Zufallseinflüsse als Besatzziffern, die mit Hilfe der Bezugsgrundlage „Arbeitsstätten“ errechnet wurden. Anders ausgedrückt: Bei Verwendung der Beschäftigten als Berechnungsgrundlage ist der Telexbesatz in allen Stadtteilen mit wenigen, aber großen Firmen außerordentlich gering, während auf der anderen Seite einige wenige Fernschreiber in reinen Wohngebieten ohne viel Beschäftigte zu extrem hohen Werten führen. Vergleichsweise wesentlich niedriger sind die Abstufungen vor allem im Hafen und den reinen Industriegebieten. Das andere Extrem bilden die Stadtteile Spadenland und Lemsahl-Mellingstedt, aber auch Wellingsbüttel, Bergstedt, Sasel, Hummelsbüttel sowie Groß-Flottbek und Langenbek. In diesen als reine Wohngebiete anzusprechenden Stadtteilen werden ungewöhnlich hohe Besatzziffern registriert, wobei die absolute Zahl der Fernschreiber in allen Fällen unter 20, meist sogar unter 10 liegt.

Hier ist die Situation also anders als beim Großstadtvergleich, bei dem diese Zufälligkeiten bei genügend großen Zahlen nicht so stark in Erscheinung treten. Da es ohnehin nicht möglich ist, an dieser Stelle alle Aspekte zu behandeln, soll im folgenden nur die absolute Verteilung der Telexanschlüsse und die auf die Zahl der Arbeitsstätten bezogene Kennziffer behandelt werden. Das fällt um so leichter, als innerhalb der ausreichend besetzten Stadtteile sich ohnehin keine allzu gravierenden Unterschiede zeigen⁷⁾. Zur Erleichterung für den Leser sind aber in der Anhangtabelle für alle betrachteten Merkmale auch Rangziffern für die einzelnen Stadtteile angegeben worden, so daß sich stärkere Abweichungen ohne Schwierigkeiten ablesen lassen.

– Angemerkt sei noch, daß sich bei einer Berechnung des Zahlenmaterials nur für die eigentlichen Dienstleistungsbereiche (Handel, Verkehr, Banken, Versicherungen und sonstige private Dienstleistungen) gegenüber den Gesamtzahlen kaum Änderungen ergaben. Auf eine gesonderte Behandlung kann daher verzichtet werden.

Höchstwerte für alle Wirtschaftsbereiche im Bezirk Hamburg-Mitte

Einen ersten Überblick über die absolute Verteilung der Fernschreiber vermittelt zunächst T a b e l l e 2, in der zwar nur von der groben und im Prinzip recht unzureichenden regionalen Einteilung nach Bezirken ausgegangen wird, bei der es aber andererseits gerade noch möglich ist, eine zusätzliche wirtschaftssystematische Aufteilung durchzuführen. Dabei zeigt

⁷⁾ Der im Prinzip enge Zusammenhang beider Kennziffern läßt sich auch durch Berechnung eines Korrelationskoeffizienten nachweisen. Die Rangkorrelation nach Spearman ergibt nämlich den hohen Wert von +0,81.

Tabelle 2

Fernschreibanschlüsse in Hamburg 1970 nach Bezirken und Wirtschaftsbereichen

Bezirke	davon in Arbeitsstätten im Bereich											
	Insgesamt		Produzierendes Gewerbe		Handel und Verkehr		Banken und Versicherungen		Sonstige private Dienstleistungen		Behörden und Organisationen ohne Erwerbscharakter	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Hamburg-Mitte ..	3 364	61,6	392	38,6	1 903	65,2	271	87,7	743	66,1	55	56,7
Altona	404	7,4	124	12,2	201	6,9	6	1,9	67	6,0	6	6,2
Eimsbüttel	488	8,9	113	11,1	238	8,2	18	5,9	94	8,4	25	25,8
Hamburg-Nord ..	584	10,7	152	14,9	307	10,5	6	1,9	111	9,9	8	8,3
Wandsbek	372	6,8	125	12,3	182	6,2	2	0,7	62	5,5	1	1,0
Bergedorf	52	1,0	23	2,3	22	0,8	—	—	6	0,5	1	1,0
Harburg	199	3,6	87	8,6	64	2,2	6	1,9	41	3,7	1	1,0
Hamburg insgesamt	5 463	100	1 016	100	2 917	100	309	100	1 124	100	97	100

Quelle: Amtliches Verzeichnis der Telexteilnehmer, Ausgabe 1970.

sich das eindeutige Übergewicht des Bezirks Hamburg-Mitte, der neben der City und ihren angrenzenden Gebieten auch die größten Teile des Hafens und das industrielle Gebiet um Veddel, Rothenburgsort und Billbrook umfaßt. Knapp 3 400 Telexanschlüsse oder fast 62 % wurden für die hier ansässigen Firmen nachgewiesen. Erst mit riesigem Abstand folgen die Bezirke Hamburg-Nord (11 %), Eimsbüttel (9 %), Altona und Wandsbek (je 7 %). Es zeigt sich, daß die überregionalen Funktionen in extrem starkem Ausmaß auf den Bezirk Hamburg-Mitte konzentriert sind, während die anderen Bezirke, die doch auch über eigenständige Zentren verfügen, eine relativ untergeordnete Rolle spielen. In den Bezirken Harburg (4 %) und Bergedorf (1 %) wird eine insgesamt nur unbedeutende Zahl von Fernschreibern nachgewiesen, obwohl in diesen Gebieten auch eine Reihe zum Teil großer Industriebetriebe ansässig ist. Es erweist sich aber auch, daß in fast allen Bezirken die bei Betrieben des Handels und des Verkehrs installierten Fernschreiber überwiegen. Eine Ausnahme bilden hier lediglich die beiden Bezirke Harburg und Bergedorf. Bei Harburg ist das sicherlich auf den starken industriellen Einschlag zurückzuführen. Im Fall von Bergedorf rührt das eher daher, daß hier wegen der Randlage in der – von Hamburg gesehen – wirtschaftlich weniger interessanten Ostrichtung nur verhältnismäßig wenig große Handels- und Verkehrsfirmer ansässig sind. In allen anderen Bezirken liegt die Zahl der Fernschreiber für den Bereich Handel und Verkehr etwa bei 50 %, im Bezirk Mitte sogar noch beträchtlich darüber (57 %).

Geht man ergänzend von den einzelnen Wirtschaftsbereichen aus, so ist die Dominanz des Bezirks Hamburg-Mitte bei den für das produzierende Gewerbe gemeldeten Fernschreibern am geringsten, auch wenn selbst hier knapp 39 % aller Telexanschlüsse dieses Wirtschaftsbereichs registriert wurden. Der Rest ist einigermaßen gleichmäßig über die anderen Bezirke verteilt. Bei den Fernschreibern der Handels- und Verkehrsbetriebe ist der Bezirk Mitte mit fast zwei Dritteln noch weitaus stärker vertreten. Das gleiche Bild ergibt sich für die Privaten Dienstleistungsbetriebe. Auch hier ist die Verteilung auf die übrigen

Bezirke überaus ähnlich. Nähere Einzelheiten mögen der Tabelle entnommen werden.

Ganz einseitig sieht es im Banken- und Versicherungsgewerbe aus, bei dem Fernschreiber fast nur im Bezirk Mitte zu finden sind (88 %). Man wird auch ohne feinere regionale Gliederung davon ausgehen dürfen, daß dabei fast ausnahmslos die eigentliche City betroffen ist. Nahezu bedeutungslos sind die wenigen für Organisationen ohne Erwerbscharakter und Behörden registrierten Fernschreiber. Auch hier ist mehr als die Hälfte (57 %) im Bezirk Mitte zu finden, überraschenderweise jedoch auch 26 % im Bezirk Eimsbüttel. Anhand einer Sonderzählung zeigte sich dabei das Kuriosum, daß die hier ausgewiesenen Fernschreiber für „Behörden“ ganz überwiegend auf die entlang des Ufers der Außenalster in bevorzugter Wohnlage angesiedelten ausländischen Konsulate (Stadtteile Rotherbaum und Harvestehude) zurückzuführen sind. Bei der geringen Zahl von Telexanschlüssen in diesem Wirtschaftsbereich schlägt dieses Phänomen selbst noch in den Summen für den gesamten Bezirk durch.

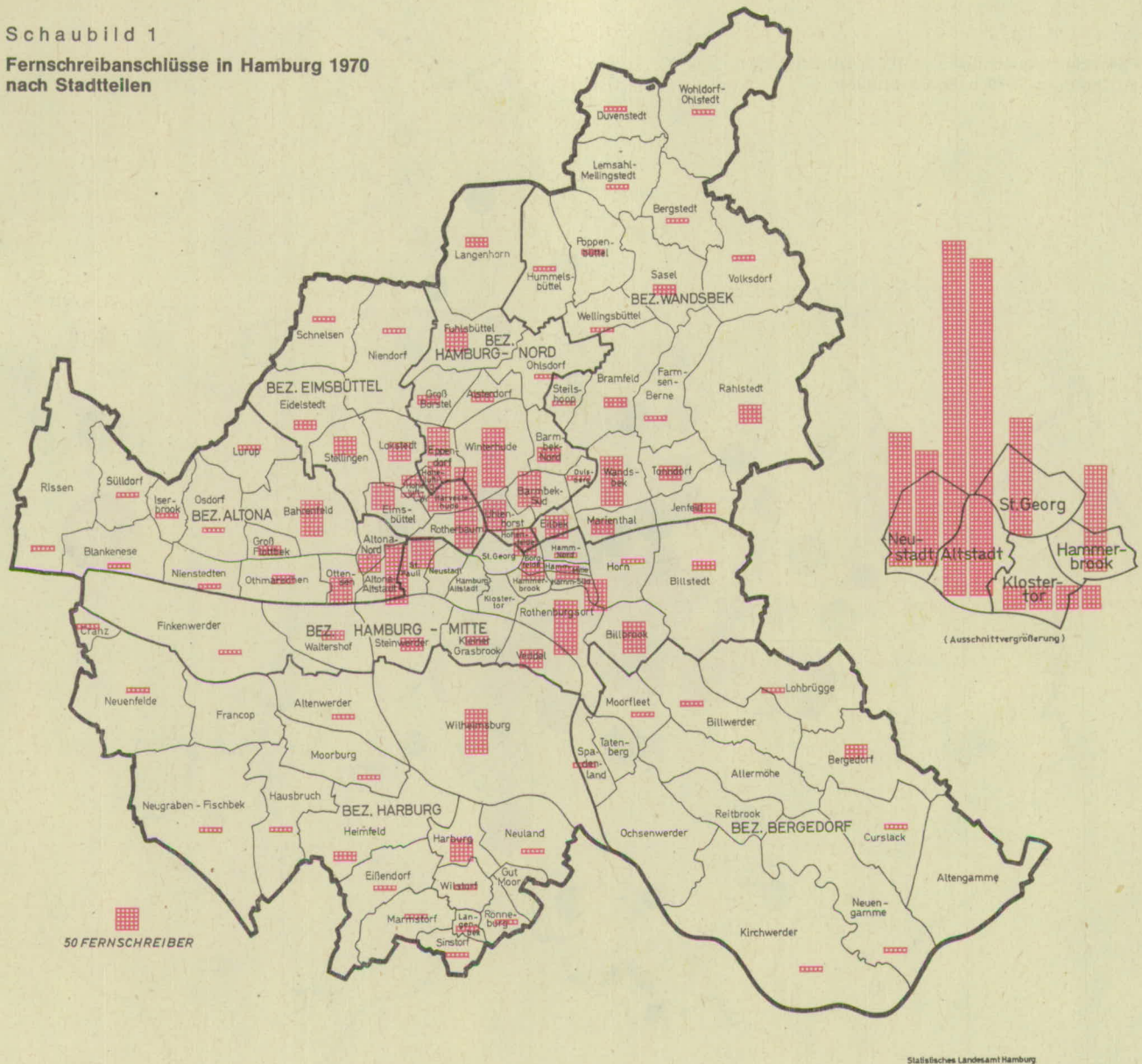
Nur elf Stadtteile mit mehr als 100 Fernschreibern

Eine Vertiefung des bisherigen groben Überblicks bringt die regionale Verteilung der Fernschreibanschlüsse nach den insgesamt 104 Stadtteilen. Allerdings muß bei der jetzt vorgenommenen weiten Aufgliederung auf jede zusätzliche wirtschaftssystematische Gliederung verzichtet werden.

Aus der Anhangtabelle geht hervor, daß insgesamt nur in elf Stadtteilen mehr als 100 Fernschreiber gemeldet waren. Dabei wurden die absoluten Spitzenwerte mit fast 1 600 Telexanschlüssen im Stadtteil Altstadt und mit 564 für die Neustadt nachgewiesen. Aber auch die angrenzenden Gebiete weisen noch recht hohe Werte auf, so St. Georg mit 261, Klostertor mit 194 und Rotherbaum mit 179. Insgesamt liegen nicht weniger als sechs der elf Stadtteile im Bezirk Mitte.

Schaubild 1

Fernschreibanschlüsse in Hamburg 1970 nach Stadtteilen



Auf der anderen Seite der Skala gibt es aber auch nur acht Stadtteile, die überhaupt keine Firma mit Telexanschluß aufweisen. Allerdings wurden in 36 Stadtteilen weniger als zehn Fernschreiber registriert. Das läßt bereits jetzt vermuten, daß bei einer so großen Zahl schwach besetzter Gebiete bei der Berechnung von Kennziffern mit erheblichen Zufallseinflüssen gerechnet werden muß.

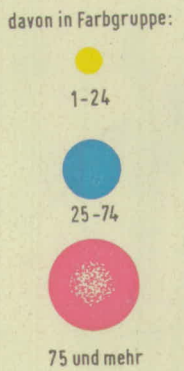
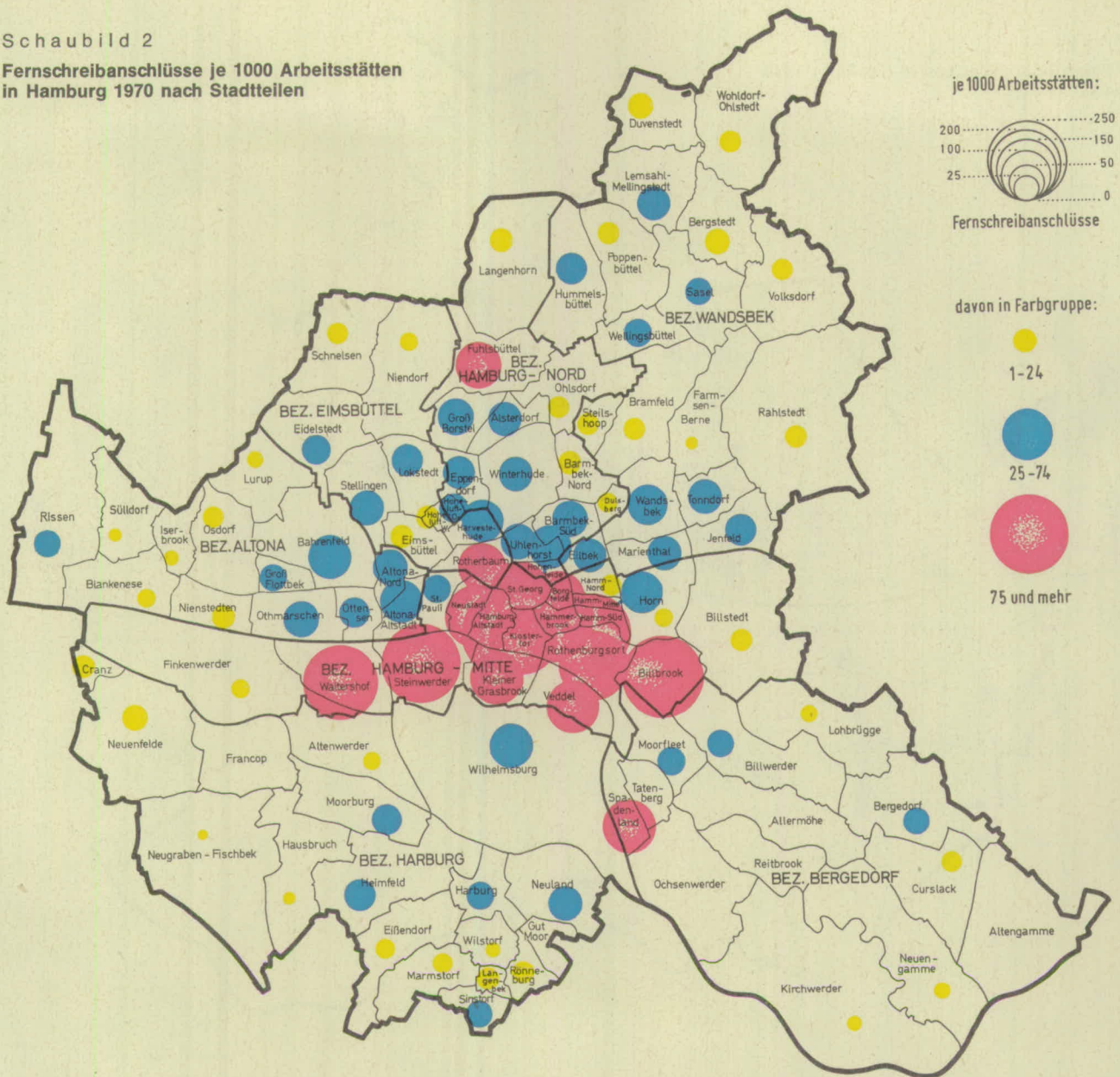
Während die genauen Zahlenangaben der Anhangtabelle zu entnehmen sind, zeigt Schaubild 1 sehr anschaulich die außerordentlich hohe Konzentration von Telexanschlüssen in der City – die sich zeichnerisch nur durch eine Ausschnittsvergrößerung darstellen läßt – sowie in einigen angrenzenden city-ähnlichen Gebieten. Aber auch auf den wirtschaftlich etwas anders strukturierten Stadtteil Hammerbrook muß in diesem Zusammenhang hingewiesen werden, da er mit 237 Fernschreibern ganz vorn liegt. Hammerbrook übt zwar keinerlei City-Funktion aus, es bildet aber gewissermaßen ein regionales Bindeglied zu den Stadtteilen des Hafens und der

angrenzenden Industriegebiete, so daß sich hier eine vergleichsweise hohe Zahl von Außenhandels- und Verkehrsbetrieben angesiedelt hat.

Von diesem inneren Kern aus nimmt die absolute Zahl der Fernschreibanschlüsse in Richtung auf die Außenbezirke hin ständig ab. Zwar kann man nicht erwarten, daß dies in völliger Regelmäßigkeit vor sich geht, doch sind die Grundtendenzen unverkennbar. Unregelmäßigkeiten ergeben sich vor allem in den Stadtteilen des Hafengebietes (Finkenwerder, Waltershof, Steinwerder, Kleiner Grasbrook, Veddel), in denen die geringe Zahl der Telexanschlüsse darauf zurückzuführen ist, daß hier nur jeweils relativ wenige Großbetriebe ansässig sind. Außerdem zeigen sich schwach ausgeprägte lokale Sonderzentren in Harburg, Bergedorf sowie entlang der Achse Wandsbek-Rahlstedt. Im Vergleich zu den umgebenden Stadtteilen ist auch die Zahl der Fernschreibanschlüsse im Stadtteil Fuhlsbüttel besonders hoch. Allerdings ist dies fast ausschließlich auf den Einfluß des Flughafens mit seiner Vielzahl von Reisebüros, Speditions- und Luftfrachtbetrieben zurückzuführen.

Schaubild 2

Fernschreibanschlüsse je 1000 Arbeitsstätten
in Hamburg 1970 nach Stadtteilen



Statistisches Landesamt Hamburg

Bei Berechnung des Telexbesatzes je 1000 Arbeitsstätten vermindern sich die erheblichen absoluten Unterschiede, es lassen sich aber im Prinzip nach wie vor die gleichen Grundstrukturen erkennen (Schaubild 2). Zwar stehen einige Stadtteile nunmehr – teilweise auch durch eine gewisse Willkür in der Größenklassenabgrenzung bedingt – nicht mehr so stark hervor. Hierzu gehören vor allem die an die City angrenzenden Stadtteile Rotherbaum und St. Georg, die sich durch einen sehr hohen Arbeitsplatzbesatz auszeichnen. Andererseits werden der Hafen (Waltershof, Steinwerder, Kleiner Grasbrook) und die sich nach Osten anschließenden Industriegebiete (Veddel, Rothenburgsort, Billbrook) weitaus stärker hervorgehoben, da sich bei nicht allzu großer Zahl von Arbeitsstätten eine hohe Telexbesatzziffer ergibt.

Sonst zeigt sich auch bei dieser Art der Darstellung die starke Konzentration in der City und den angrenzenden Gebieten sowie die nach außen hin abneh-

mende Intensität fernorientierter Aktivitäten. Aber auch hier lassen sich in etwa die gleichen Unregelmäßigkeiten erkennen, wie sie bei der Betrachtung der absoluten Zahlen sichtbar wurden. So ist der Einfluß des Flughafens für den Stadtteil Fuhlsbüttel ebenso unverkennbar, wie in allerdings schwächerem Ausmaß das ausgeprägte Handels- und Dienstleistungszentrum entlang der Wandsbeker Chaussee, ergänzt durch einige kleinere Industriegebiete, für den großflächigen Stadtteil Wandsbek.

Insgesamt wird man sagen können, daß auch vom Ansatzpunkt „Fernschreiber“ her gesehen sich auf die geschilderte Weise interessante Einblicke in die Stadtstruktur gewinnen lassen. Man muß sich dabei aber stets der Tatsache bewußt bleiben, daß die benutzten Kennziffern einige Mängel in der Aussagefähigkeit aufweisen, die vor allem bei kleinräumlicher Aufgliederung gewisse Verzerrungen mit sich bringen können.

Hans-Eckhard Stegen

Anhangtabelle

Arbeitsstätten, Beschäftigte und Fernschreibanschlüsse in Hamburg 1970 nach Stadtteilen

Ortsteils-Nr.	Stadtteile Bezirke	Arbeits- stätten ¹⁾	Beschäftigte ¹⁾	Fernschreibanschlüsse ²⁾					
				insgesamt		je 1000 Arbeitsstätten		je 10 000 Beschäftigte	
				Anzahl	Rangziffer	Anzahl	Rangziffer	Anzahl	Rangziffer
				1	2	3	4	5	6
101-103	Hamburg-Altstadt	5 396	125 848	1 559	1	289	2	124	3
104-107	Neustadt	3 730	73 286	564	2	151	9	77	11,5
108-112	St. Pauli	2 784	21 473	74	15,5	27	50,5	34	46
113-114	St. Georg	2 083	33 911	261	3	125	10	77	11,5
115-116	Klosterter	1 066	15 764	194	5	182	8	123	4
117-119	Hammbrook	769	22 520	277	4	308	1	105	5,5
120-121	Borgfelde	401	4 962	41	26,5	102	14	83	8
122-124	Hamm-Nord	914	4 302	13	53,5	14	78	30	57
125-126	Hamm-Mitte	375	3 957	26	37	69	18,5	66	16,5
127-128	Hamm-Süd	325	5 596	74	15,5	228	5	132	2
129-130	Horn	1 104	6 463	12	56	11	85,5	19	77
131	Billstedt	1 155	6 829	20	45	17	68	29	60
132	Billbrook	268	13 766	68	17	254	3	49	29
133-134	Rothenburgsort	627	11 651	117	9	187	7	100	7
135	Veddel	336	8 156	36	29,5	107	12	44	33
136	Kl. Grasbrook	139	5 960	15	50,5	108	11	25	67,5
137	Steinwerder	131	22 220	33	33	252	4	15	84,5
138	Waltershof	70	2 282	15	50,5	214	6	66	16,5
139	Finkenwerder	438	10 439	5	71	11	85,5	5	95
140	Insel Neuwerk	6	21	—	—	—	—	—	—
	Hamburg-Mitte	22 117	399 406	3 364	—	152	—	84	—
201-206	Altona-Altstadt	2 009	21 563	138	7	69	18,5	64	19
207-209	Altona-Nord	909	12 323	38	28	42	33	31	54
210-213	Ottensen	1 850	21 171	63	19,5	34	42	30	57
214-216	Bahrenfeld	1 177	22 178	80	14	68	20,5	36	43
217	Groß-Flottbek	684	3 166	17	48	25	54	54	24
218	Othmarschen	450	5 719	21	42,5	47	25	37	41
219	Lurup	711	4 742	6	68	8	88,5	13	88,5
220	Osdorf	583	4 053	9	62,5	15	75	22	72,5
221	Nienstedten	327	1 756	6	68	18	64	34	46
222-223	Blankenese	892	4 658	11	58	12	83	24	69,5
224	Iserbrook	295	1 175	2	82,5	7	91	17	80,5
225	Sülldorf	200	754	1	92	5	93	13	88,5
226	Rissen	471	2 844	12	56	26	52	42	36,5
	Altona	10 558	106 102	404	—	38	—	38	—
301-310	Eimsbüttel	3 306	18 931	63	19,5	19	60	33	49,5
311-312	Rotherbaum	2 172	26 582	179	6	82	15	67	15
313-314	Harvestehude	1 659	15 152	112	10	68	20,5	74	13
315-316	Hoheluft-West	792	6 492	14	52	18	64	22	72,5
317	Lokstedt	963	14 447	35	31	36	39	24	69,5
318	Niendorf	1 053	5 691	13	53,5	12	83	23	71
319	Schnelsen	651	3 886	10	59,5	15	75	26	65
320	Eidelstedt	761	7 128	21	42,5	28	47	29	60
321	Stellingen	909	11 703	41	26,5	45	28,5	35	44
	Eimsbüttel	12 266	110 012	488	—	40	—	44	—
401-402	Hoheluft-Ost	725	3 871	20	45	28	47	52	26
403-405	Eppendorf	1 580	15 189	59	21,5	37	37,5	39	38
406	Groß Borstel	485	3 926	24	39,5	50	24	61	20
407	Alsterdorf	523	6 136	20	45	38	36	33	49,5
408-413	Winterhude	3 003	28 924	128	8	43	32	44	33
414-415	Uhlenhorst	1 451	10 341	67	18	46	26,5	65	18
416-417	Hohenfelde	813	7 350	59	21,5	73	17	80	9,5
418-423	Barmbek-Süd	1 852	21 077	81	13	44	30,5	38	39
424-425	Dulsberg	553	2 351	7	66	13	80,5	30	57
426-429	Barmbek-Nord	1 643	16 311	31	34	19	60	19	77
430	Ohlsdorf	602	6 767	10	59,5	17	68	15	84,5
431	Fuhlsbüttel	682	9 701	54	23	79	16	56	21,5
432	Langenhorn	1 239	11 427	24	39,5	19	60	21	74
	Hamburg-Nord	15 151	143 371	584	—	39	—	41	—
501-504	Eilbek	1 307	9 433	52	24	40	34	55	23
505-509	Wandsbek	1 782	28 498	106	11	60	23	37	41
510-511	Marienthal	634	6 903	29	35,5	46	26,5	42	36,5
512	Jenfeld	528	4 344	19	47	36	40	44	33
513	Tonndorf	642	6 333	29	35,5	45	28,5	46	31
514	Farmsen-Berne	720	4 356	3	76	4	94,5	7	92,5
515	Bramfeld	1 547	15 137	24	39,5	16	71,5	16	82,5
516	Steilshoop	128	536	2	82,5	16	71,5	37	41
517	Wellingsbüttel	426	1 500	12	56	28	47	80	9,5
518	Sasel	647	2 839	16	49	25	54	56	21,5
519	Poppenbüttel	573	3 325	9	62,5	16	71,5	27	62,5

¹⁾ Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung am 27. 5. 1970. — ²⁾ Quelle: Amtliches Verzeichnis der Telexteilnehmer, Ausgabe 1970.

Arbeitsstätten, Beschäftigte und Fernschreibanschlüsse in Hamburg 1970 nach Stadtteilen

Ortsteils-Nr.	Stadtteile Bezirke	Arbeitsstätten ¹⁾		Beschäftigte ¹⁾		Fernschreibanschlüsse ²⁾			
		Anzahl	Anzahl	Insgesamt		je 1000 Arbeitsstätten		je 10 000 Beschäftigte	
				Anzahl	Rangziffer	Anzahl	Rangziffer	Anzahl	Rangziffer
		1	2	3	4	5	6	7	8
520	Hummelsbüttel ..	261	1 759	9	62,5	35	41	51	28
521	Lemsahl-								
	Mellingstedt ...	137	477	5	71	37	37,5	105	5,5
522	Duvenstedt	185	938	4	73,5	22	56,5	43	35
523	Wohldorf-Ohlstedt	176	977	3	76	17	68	31	54
524	Bergstedt	237	967	5	71	21	58	52	26
525	Volksdorf	613	3 440	9	62,5	15	75	26	65
526	Rahlstedt	2 299	11 275	36	29,5	16	71,5	32	52
	Wandsbek	12 842	103 037	372	—	29	—	36	—
601	Lohbrügge	774	5 697	8	65	10	87	14	86,5
602-603	Bergedorf	1 278	16 953	34	32	27	50,5	20	75
604	Curslack	71	350	1	92	14	78	29	60
605	Altengamme	76	317	—	—	—	—	—	—
606	Neuengamme ...	122	824	1	92	8	88,5	12	90
607	Kirchwerder	304	1 436	2	82,5	7	91	14	86,5
608	Ochsenwerder ...	79	389	—	—	—	—	—	—
609	Reitbrook	10	26	—	—	—	—	—	—
610	Allermöhe	41	289	—	—	—	—	—	—
611	Billwerder	71	595	2	82,5	28	47	34	46
612	Moorfleet	66	611	2	82,5	30	44	33	49,5
613	Tatenberg	12	46	—	—	—	—	—	—
614	Spadenland	19	92	2	82,5	105	13	217	1
	Bergedorf	2 923	27 625	52	—	18	—	19	—
701-702	Harburg	1 742	28 296	49	25	28	47	17	80,5
703	Neuland	45	615	2	82,5	44	30,5	33	49,5
704	Gut Moor	9	24	—	—	—	—	—	—
705	Wilstorf	421	4 118	3	76	7	91	7	92,5
706	Rönneburg	55	1 347	1	92	18	64	7	92,5
707	Langenbek	57	193	1	92	18	64	52	26
708	Sinstorf	81	635	2	82,5	25	54	31	54
709	Marmstorf	148	796	2	82,5	14	78	25	67,5
710	Eißendorf	456	2 248	6	68	13	80,5	27	62,5
711	Heimfeld	608	13 303	24	39,5	39	35	18	79
712-714	Wilhelmsburg ...	1 493	21 205	99	12	66	22	47	30
715	Altenwerder	84	514	1	92	12	83	19	77
716	Moorburg	62	286	2	82,5	32	43	70	14
717	Hausbruch	226	1 393	1	92	4	94,5	7	92,5
	Neugraben-								
718	Fischbek	518	3 229	1	92	2	96	3	96
719	Francof	27	104	—	—	—	—	—	—
720	Neuenfelde	181	2 479	4	73,5	22	56,5	16	82,5
721	Cranz	55	383	1	92	18	64	26	65
	Harburg	6 268	81 168	199	—	32	—	25	—
	Hamburg insgesamt	82 125	970 721	5 463	—	67	—	56	—

¹⁾ Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung am 27. 5. 1970. — ²⁾ Quelle: Amtliches Verzeichnis der Telexteilnehmer, Ausgabe 1970.

Preisindizes für Bauwerke in Hamburg 1962 bis 1973

Der Preisindex für Wohngebäude – der wichtigste vom Statistischen Landesamt berechnete Preisindex für Bauwerke – hatte auf der Basis 1962 = 100 im Jahresdurchschnitt 1973 einen Stand von 199; d. h., die Preise für die Bauleistung am Gebäude für den Neubau eines Wohngebäudes sind in diesem Zeitraum auf etwa das Doppelte gestiegen. Die jährlichen Steigerungsraten dieses Preisindex waren in der betrachteten Zeit recht unterschiedlich: Von 1963 bis 1967 hatten sie eine fallende, von 1967 bis 1970 eine stark steigende und seitdem wieder abnehmende Tendenz. Die geringste prozentuale Steigerung war im Rezessionsjahr 1967 mit 0,5 % und die größte Steigerung im Jahre 1970 mit 16,6 % zu verzeichnen. In den sechs Jahren von 1962 bis 1967 stieg der Preisindex für Wohngebäude um 20 Punkte und in den folgenden sechs Jahren um etwa 87 Punkte.

Die vier Bauleistungsgruppen – Erd- und Grundbaurbeiten, Rohbaurbeiten, Ausbauarbeiten und Haustechnische Anlagen –, aus denen sich der Gesamtindex für Wohngebäude zusammensetzt, haben einen sehr unterschiedlichen Gewichtsanteil am Gesamtindex und damit auch einen unterschiedlichen Einfluß auf dessen Verlauf. Vor allem in den letzten Jahren lagen die Teilindizes für Erd- und Grundbaurbeiten und für Haustechnische Anlagen, deren Durchschnittswerte für 1973 „nur“ 160,0 bzw. 184,2 betragen, deutlich unter dem Gesamtindex, während der Teilindex für Ausbauarbeiten – Stand 1973: 210,5 – stets über diesem lag. Die Rohbaurbeiten, die mit einem Wägungsanteil von 450,65 ‰ das größte Gewicht unter den Bauleistungsgruppen haben, wichen mit ihrem Teilindex nur selten weiter vom Gesamtindex ab.

Bei den ebenfalls vom Statistischen Landesamt berechneten Baupreisindizes für die Gebäudearten Einfamiliengebäude, Mehrfamiliengebäude, Gemischt genutzte Gebäude, Bürogebäude und Gewerbliche Betriebsgebäude gibt es keine wesentlichen Abweichungen zum Baupreisindex für Wohngebäude. Die dennoch vorhandenen Differenzierungen sind auf die unterschiedlichen Wägungsanteile der vier Bauleistungsgruppen innerhalb der einzelnen Gebäudearten zurückzuführen.

Aus den Ergebnissen der vierteljährlichen Verdiensterhebung geht – im Vergleich mit dem Baupreisindex für Wohngebäude – hervor, daß die Bruttostundenverdienste der Arbeiter im Hoch- und Tiefbau tendenziell gleichartige Veränderungsraten aufzuweisen haben. Der wesentliche Einfluß der Bauarbeiterlöhne auf den Baupreisindex wird vor allem auch dadurch deutlich, daß meist in den Quartalen, die auf einen neuen Lohntarifabschluß im Baugewerbe folgten, auch der Baupreisindex auffallend stark angestiegen ist.

Vorbemerkungen

Das Statistische Landesamt berechnet für Hamburg eigene Preisindizes für Bauwerke auf der Basis 1962. Die Gründe für einen eigenen Hamburger Baupreisindex, seine geschichtliche Entwicklung sowie seine methodischen Grundlagen sind bereits früher in dieser Zeitschrift dargestellt worden¹⁾, so daß es sich erübrigt, an dieser Stelle erneut darauf einzugehen.

Die Preisindizes für Bauwerke in Hamburg auf der Basis 1962 werden regelmäßig vierteljährlich in den Statistischen Berichten, Reihe M „Preise“, unter der Nummer 4 vom Statistischen Landesamt veröffentlicht.

In diesem Beitrag ist zusammenfassend für die Jahre 1962 bis 1973 Verlauf und Entwicklung der Preisindi-

zes für Bauwerke in Hamburg dargestellt, wobei im ersten Abschnitt der Index für Wohngebäude – der meist als der Bauindex angesehen wird – behandelt ist. Der zweite Abschnitt gilt der Darstellung der Baupreisindizes der verschiedenen Gebäudearten – soweit sie in Hamburg berechnet werden –, und im dritten Abschnitt folgt eine vergleichende Betrachtung über die Entwicklung des Preisindex für Wohngebäude und der Bauarbeiterlöhne.

Die Werte für alle besprochenen Indizes, und zwar als Jahresdurchschnittswerte und für alle Erhebungsquartale von 1962 bis 1973 sowie die prozentualen Veränderungen zum jeweiligen Vorjahr bzw. Vorquartal, sind in der Anhangtabelle aufgeführt. Um eventuellen Mißverständnissen vorzubeugen, sei darauf hingewiesen, daß es sich bei den folgenden Ausführungen über die Preisindizes für Bauwerke stets nur um Preise für Bauleistungen am Gebäude handelt; nicht enthalten sind demnach die Preise für

¹⁾ „Zur Neuberechnung des Hamburger Preisindex für Wohngebäude auf der Basis 1962.“ In: „Hamburg in Zahlen“, März-Heft 1970.

Außenanlagen, Baunebenleistungen, Besondere Betriebseinrichtungen, Geräte und Wirtschaftsausstattungen sowie Entwässerungs- und Versorgungsanlagen, die zu einem in Hamburg nicht berechneten Gesamtbaupreisindex für Wohngebäude gehören²⁾.

1. Baupreisindex für Wohngebäude

Bauleistungen insgesamt

Der Baupreisindex für Wohngebäude auf der Basis 1962 = 100 hatte in Hamburg im Jahresdurchschnitt 1973 einen Stand von 199,0; d. h. die Preise für Bauleistungen am Gebäude für den Neubau eines Wohngebäudes sind in den elf Jahren von 1962 bis 1973 auf etwa das Doppelte angestiegen. (Im Mai 1973 war der – vierteljährlich berechnete – Stand genau 200,0.)

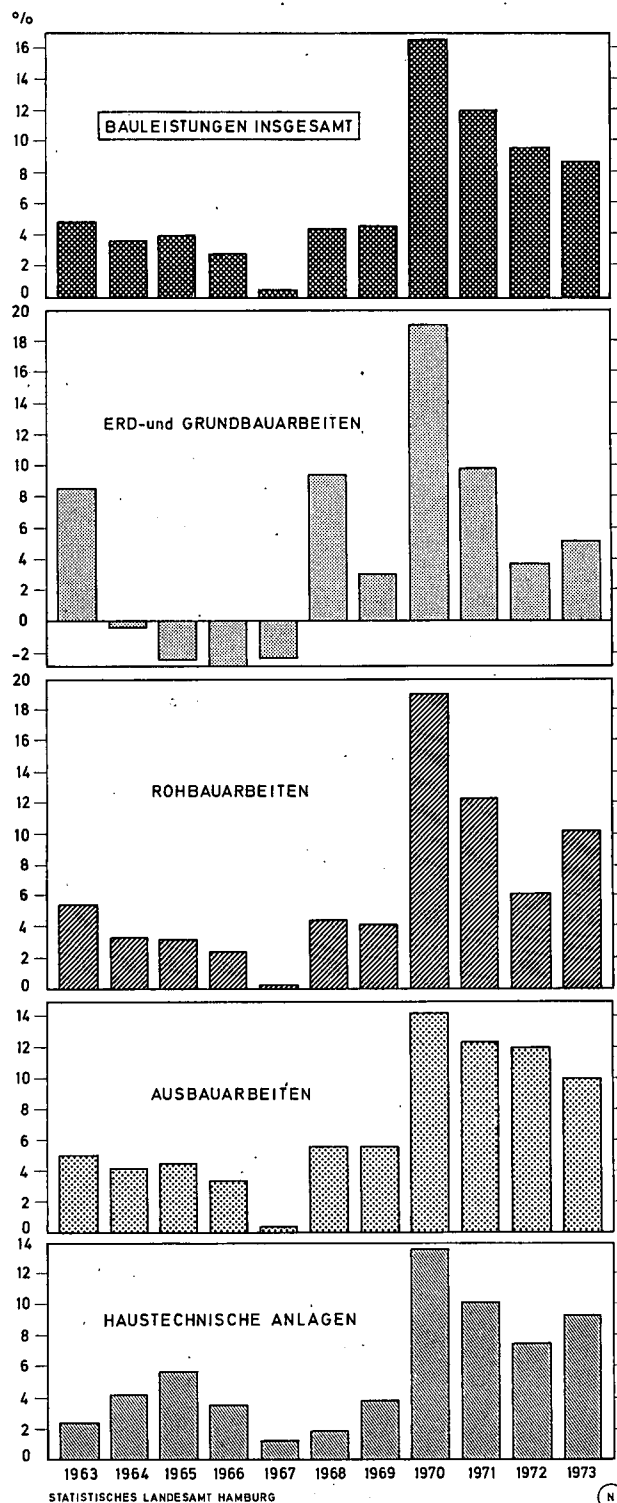
Der Anstieg des Baupreisindex für Wohngebäude von 100 im Jahre 1962 auf 199 im Jahre 1973 erfolgte nicht gleichmäßig; es sind ganz im Gegenteil in den einzelnen Jahren recht unterschiedliche Veränderungsrate festzustellen. Tendenziell ging die prozentuale Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr von 1963 bis 1967 zurück; von 1967 bis 1970 hatte sie steigende und von 1970 bis 1973 wiederum fallende Tendenz. Wie aus dem Schaubild 1 hervorgeht, lagen die Veränderungsrate bis 1969 noch jeweils unter 5% – mit einem Minimum von 0,5% im Rezessionsjahr 1967. Selbst die Einführung der Mehrwertsteuer im Jahre 1968 hat damit keinen durchschlagenden Einfluß auf den Index gehabt. Von 1969 auf 1970 stieg der Baupreisindex für Wohngebäude sprunghaft um 16,6% an; es ist dieses die höchste im betrachteten Zeitraum festgestellte Veränderungsrate. In den folgenden Jahren lag die prozentuale Erhöhung erheblich niedriger; in den beiden letzten Jahren – 1972 und 1973 – sogar unter 10%. Es muß allerdings angenommen werden, daß infolge der anhaltenden und z. T. sogar verstärkten Inflationstendenz im laufenden Jahr wieder „zweistellige“ Steigerungsraten des Baupreisindex für Wohngebäude auftreten werden.

Die Erhebung der Daten für die Baupreisindizes erfolgt in vierteljährlichen Abständen jeweils für die Monate Februar, Mai, August und November eines jeden Jahres. Wird der Verlauf des Baupreisindex für Wohngebäude (Bauleistungen insgesamt) für die Zeit von Februar 1962 bis November 1973 in diesen quartalsweisen Abständen dargestellt, wie es in Schaubild 2 geschehen ist, so werden naturgemäß derartig große Unterschiede in den Veränderungsrate, wie sie für die Jahresdurchschnitte ermittelt werden, nicht so deutlich erkennbar. Der Kurvenverlauf zeigt dagegen den stetig steigenden Trend des Baupreisindex für Wohngebäude; und zwar bis etwa Ende 1967 – d. h. in sechs Jahren – einen relativ geringeren Anstieg um 20 Punkte und in den darauf folgenden sechs Jahren – bis Ende 1973 – einen erheblich steileren Verlauf mit einer Erhöhung um fast 87 Punkte. Auf die besonders starken Steigerungen in

einzelnen Quartalen, die aus dem Schaubild 2 deutlich hervorgehen, wird im Abschnitt 3 noch näher eingegangen werden.

Schaubild 1

Baupreisindex für Wohngebäude – insgesamt und nach Bauleistungsgruppen – in Hamburg (1962 = 100). Prozentuale Veränderung gegenüber Vorjahr.



Bauleistungsgruppen

Der Baupreisindex für Wohngebäude (Bauleistungen insgesamt) setzt sich aus den folgenden vier Bauleistungsgruppen zusammen:

²⁾ Vgl. Siegfried Guckes und Friedrich Seidelbach: „Neuberechnung der Baupreisindizes auf Basis 1962.“ In: „Wirtschaft und Statistik“, Heft 9/1966, S. 556 f.

Art	Wägungsanteil
Erd- und Grundbauarbeiten	19,87 ‰
Rohbauarbeiten	450,65 ‰
Ausbauarbeiten	364,78 ‰
Haustechnische Anlagen	164,70 ‰

Aus dem Wägungsanteil kann man ersehen, welches Gewicht die einzelnen Bauleistungsgruppen innerhalb des Gesamtindex haben und wie stark damit die einzelnen Bauleistungsgruppen den Verlauf des Baupreisindex für Wohngebäude beeinflussen.

Erd- und Grundbauarbeiten

Die Erd- und Grundbauarbeiten sind die Bauleistungsgruppe mit dem geringsten Gewicht; der Anteil an den Gesamtbauleistungen beträgt nur 19,87 ‰, und damit wird der Gesamtindex von den Preisbewegungen innerhalb dieser Gruppe nur relativ geringfügig beeinflusst. Wie aus dem Schaubild 1 ersichtlich ist, gab es im Jahresvergleich allein bei dieser Bauleistungsgruppe negative Veränderungsrate, d. h. also: Preissenkungen, und zwar in den Jahren 1964, 1965, 1966 und 1967 (jeweils im Vergleich zum Vorjahr). Sie führten dazu, daß der Index im Jahresdurchschnitt 1967 mit 99,6 sogar unter dem des Ausgangsjahres 1962 = 100 lag. Auf der anderen Seite waren die positiven Veränderungsrate in anderen Jahren bei den Erd- und Grundbauarbeiten erheblich höher als bei den Bauleistungen insgesamt – 1963, 1968 und 1970 – bzw. bei den anderen Bauleistungsgruppen – 1963 und 1968.

Insgesamt gesehen waren sowohl die jährlichen Veränderungsrate (Schaubild 1) als auch der Indexverlauf in vierteljährlicher Darstellung (Schaubild 2) erheblich „unruhiger“ als bei den Bauleistungen insgesamt und den anderen Bauleistungsgruppen. Besonders hervorstechend ist, daß die Indexwerte bei den Erd- und Grundbauarbeiten seit Ende 1964 stets – und z. T. erheblich – unter den übrigen Indexwerten lagen (Schaubild 2) und Ende 1973 „nur“ einen Wert von 162,4 erreichten, während der Gesamtindex für Wohngebäude zum gleichen Zeitpunkt auf 203,6 stand.

Rohbauarbeiten

Zu den Rohbauarbeiten, die im Gesamtindex für Wohngebäude ein Gewicht von 450,65 ‰ haben und damit den Gesamtindex sehr wesentlich beeinflussen, zählen Maurerarbeiten, Betonarbeiten, Natur- und Betonwerksteinarbeiten, Zimmererarbeiten, Dachdeckungsarbeiten sowie Klempnerarbeiten.

Die jährlichen Steigerungsrate des Index der Rohbauarbeiten stimmen im wesentlichen mit denen des Gesamtindex überein (Schaubild 1), doch fällt der extrem hohe Wert von 19,1 ‰ für 1970 – der bei keiner anderen Bauleistungsgruppe erreicht wird – und der relativ geringe Wert für 1972 mit 6,2 ‰ auf.

Auch bei den im Schaubild 2 dargestellten Indexverläufen in den vierteljährlichen Erhebungsperioden deckt sich die Kurve der Rohbauleistungen

mit der des Index der Wohngebäude (Bauleistungen insgesamt) am besten. Allerdings war der Index der Rohbauarbeiten in den letzten beiden Jahren durchschnittlich etwas geringer als der Gesamtindex und erreichte selbst auf seinem höchsten Stand im August 1973 mit 199,7 nicht ganz den doppelten Wert des Ausgangsjahres 1962.

Ausbauarbeiten

Putzarbeiten, Fliesen- und Plattenarbeiten, Tischlerarbeiten, Parkettarbeiten, Metallbauarbeiten, Glaserarbeiten, Ofen- und Herdarbeiten, Anstrich- und Tapezierarbeiten sowie Bodenbelagarbeiten sind die wesentlichen Ausbauarbeiten, die in den Index für Wohngebäude mit einem Anteil von 364,70 ‰ eingehen und damit von den vier Bauleistungsgruppen das zweithöchste Gewicht haben.

Wesentliche Besonderheiten ergeben sich bei den jährlichen Veränderungsrate im Vergleich zu den bisher betrachteten Indexreihen kaum (Schaubild 1). Es fällt allerdings der mit + 14,8 ‰ relativ geringere Anstieg im Jahre 1970 ins Auge; dafür waren die Veränderungsrate in den letzten drei Jahren etwas höher als beim Gesamtindex, so daß letztlich der Jahresdurchschnitt 1973 mit 210,5 erheblich über dem Gesamtindex und über den Indizes der anderen Bauleistungsgruppen lag.

Die durchweg über den anderen Indexwerten liegenden Werte des Index für Ausbauarbeiten wird auch aus dem Schaubild 2 besonders deutlich. Dieser Abstand hat sich seit 1971 tendenziell ständig vergrößert und hatte im November 1973 mit 13,9 Punkten zum Gesamtindex seinen bisher höchsten Wert (Indexstand 217,5).

Haustechnische Anlagen

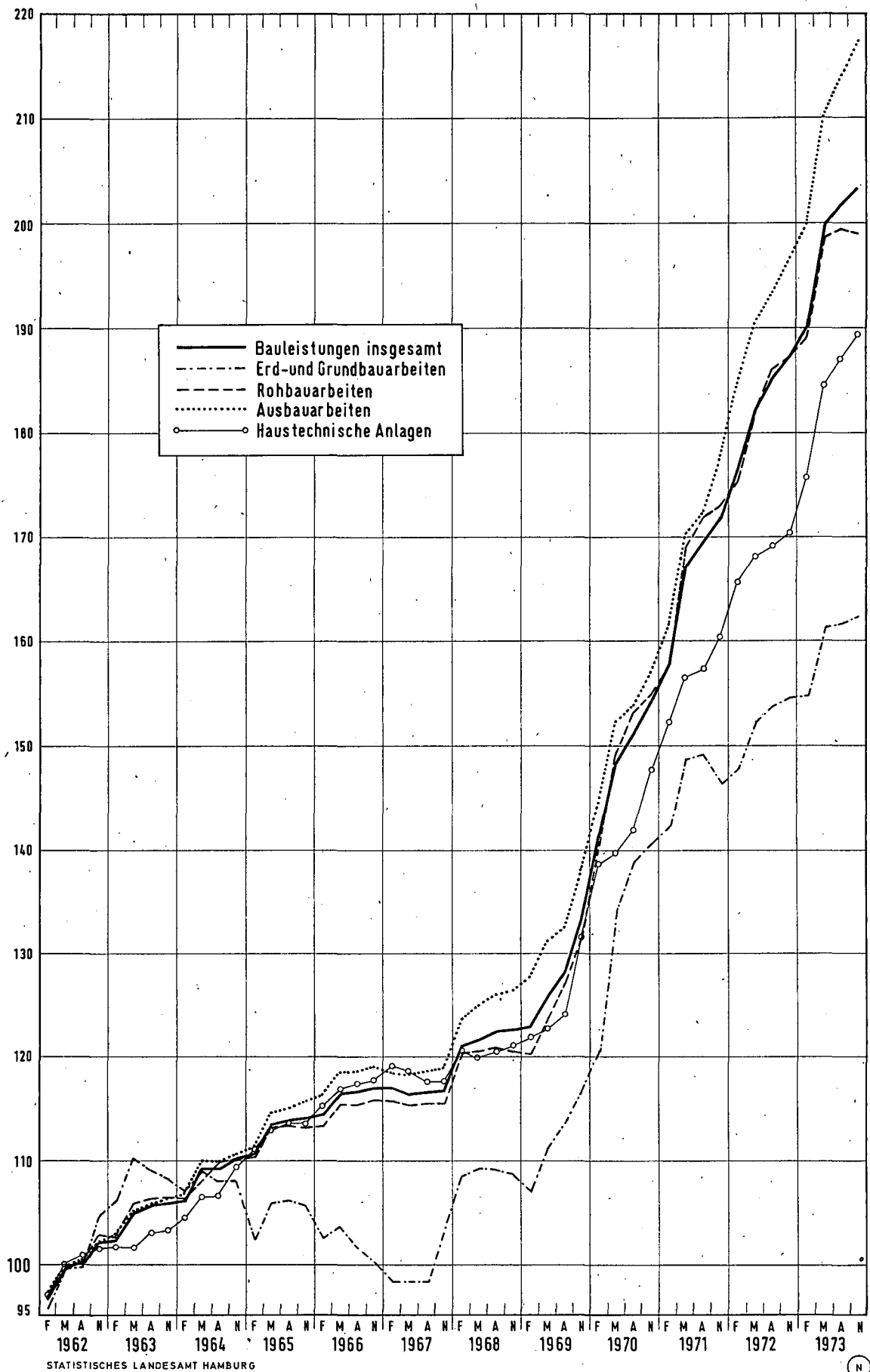
Die Bauleistungsgruppe der Haustechnischen Anlagen, die mit einem Gewicht von 164,70 ‰ in den Gesamtindex für Wohngebäude eingeht, enthält die Arbeiten für Zentralheizungsanlagen, Gas-Wasser-Installation, elektrische Leitungen und Blitzschutzanlagen.

Beim Jahresvergleich der Veränderungsrate fällt der relativ geringe Anstieg in den Jahren 1963 und 1970 und die relativ große Steigerung im Jahre 1967 – verglichen mit den anderen Bauleistungsgruppen und mit dem Gesamtindex für Wohngebäude (Bauleistungen insgesamt) – auf (Schaubild 1). Bei einem Jahresdurchschnittswert 1973 von 184,2 lag der Index für Haustechnische Anlagen um 14,8 Punkte unter dem Gesamtindex.

Wie aus dem Schaubild 2 hervorgeht, in dem der Verlauf für alle Erhebungsquartale seit 1962 dargestellt ist, lag der Index für Haustechnische Anlagen in einigen Vierteljahre – vor allem 1966 und 1967 – über dem Index für Wohngebäude insgesamt. Danach hatte er stets einen geringeren Wert und seit Anfang 1971 hat sich der Abstand zwischen den beiden Kurven tendenziell ständig vergrößert. Das bedeutet, daß die Preissteigerungen in dieser Bauleistungsgruppe

Schaubild 2

Baupreisindex für Wohngebäude – insgesamt und nach Bauleistungsgruppen – in Hamburg 1962 bis 1973
(1962 = 100)



in den letzten Jahren erheblich hinter denen für die Bauleistungen insgesamt zurückgeblieben sind.

2. Baupreisindizes nach Gebäudearten

Auf Wunsch verschiedener Konsumenten berechnet und veröffentlicht das Statistische Landesamt Hamburg neben dem allgemeinen Baupreisindex für Wohngebäude auch noch Baupreisindizes für folgende spezielle Gebäudearten:

Einfamiliengebäude,
Mehrfamiliengebäude,
Gemischt genutzte Gebäude,
Bürogebäude,
Gewerbliche Betriebsgebäude.

Die Indexwerte für diese Bauwerksarten — als Jahresdurchschnitte und für die Erhebungsquartale von 1962 bis 1973 — sind in der Anhangtabelle wiedergegeben, die auch die jeweiligen prozentualen Veränderungsrate zum Vorjahr bzw. Vorquartal enthält. Hieraus wird deutlich, daß sehr wesentliche Abweichungen der Indizes im Vergleich der Bauwerksarten untereinander nicht auftreten und auch die jährlichen Veränderungsrate tendenziell den im Schaubild 1 dargestellten Werten entsprechen.

Die dennoch vorhandenen Unterschiede, die deutlich werden, wenn man die durchschnittlichen Baupreisindizes für 1973 bei den Bauwerksarten miteinander vergleicht, lassen sich dadurch erklären, daß die Bauleistungsgruppen jeweils mit unterschiedlichem Gewicht in die einzelnen Indizes eingehen, wie die folgende Übersicht zeigt:

Wägungsschemata für die Baupreisindizes 1962 = 100
nach Bauwerksarten. Wägungsanteile in Promille

Bauwerksarten	Bauleistungsgruppen			
	Erd- und Grundbaurbeiten	Rohbauarbeiten	Ausbauarbeiten	Haustechnische Anlagen
Wohngebäude	19,87	450,65	364,78	164,70
Einfamiliengebäude	17,78	444,22	365,19	172,81
Mehrfamiliengebäude	21,95	457,09	364,36	156,60
Gemischt genutzte Gebäude	35,71	497,18	280,79	186,32
Bürogebäude	21,06	493,26	350,40	135,28
Gewerbliche Betriebsgebäude	33,21	738,16	112,10	116,53

Dort, wo die relativ „teuren“ Bauleistungen ein großes und die relativ „billigen“ Bauleistungen ein verhältnismäßig kleines Gewicht haben, wird sich naturgemäß ein höherer Baupreisindex ergeben, als im umgekehrten Falle. Als Beispiel seien genannt die Einfamilienhäuser mit einem hohen Anteil an „teuren“ Ausbaurbeiten und geringerem Anteil an „billigen“ Erd- und Grundbaurbeiten mit einem höheren Indexstand (1973 = 200,0) auf der einen Seite und andererseits die Gewerblichen Betriebsgebäude, bei denen die Ausbaurbeiten einen verhältnismäßig geringen und die Erd- und Grundbaurbeiten einen relativ hohen Anteil haben mit einem niedrigeren Indexstand (1973 = 192,2).

Die hier nur grob angedeuteten Zusammenhänge zwischen den Anteilen der Bauleistungsgruppen innerhalb der Indizes der einzelnen Bauwerksarten und deren unterschiedlichen Verläufen gelten natürlich entsprechend auch für die einzelnen Bauleistungen mit ihren von Bauwerksart zu Bauwerksart differierenden Gewichten und unterschiedlichen Preisen im Laufe der Zeit. Hierauf kann allerdings an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden; es sei daher auf die entsprechenden Veröffentlichungen verwiesen³⁾.

³⁾ Die vom Statistischen Landesamt Hamburg vierteljährlich herausgegebenen Statistischen Berichte über Preisindizes für Bauwerke (Reihe M I 4) enthalten auch Indexzahlen für einzelne Bauarbeiten. Das Statistische Bundesamt bringt entsprechende Veröffentlichungen in der Fachserie M, Reihe 5, I. Die Wägungsschemata sind im Heft vom Februar 1969 abgedruckt.

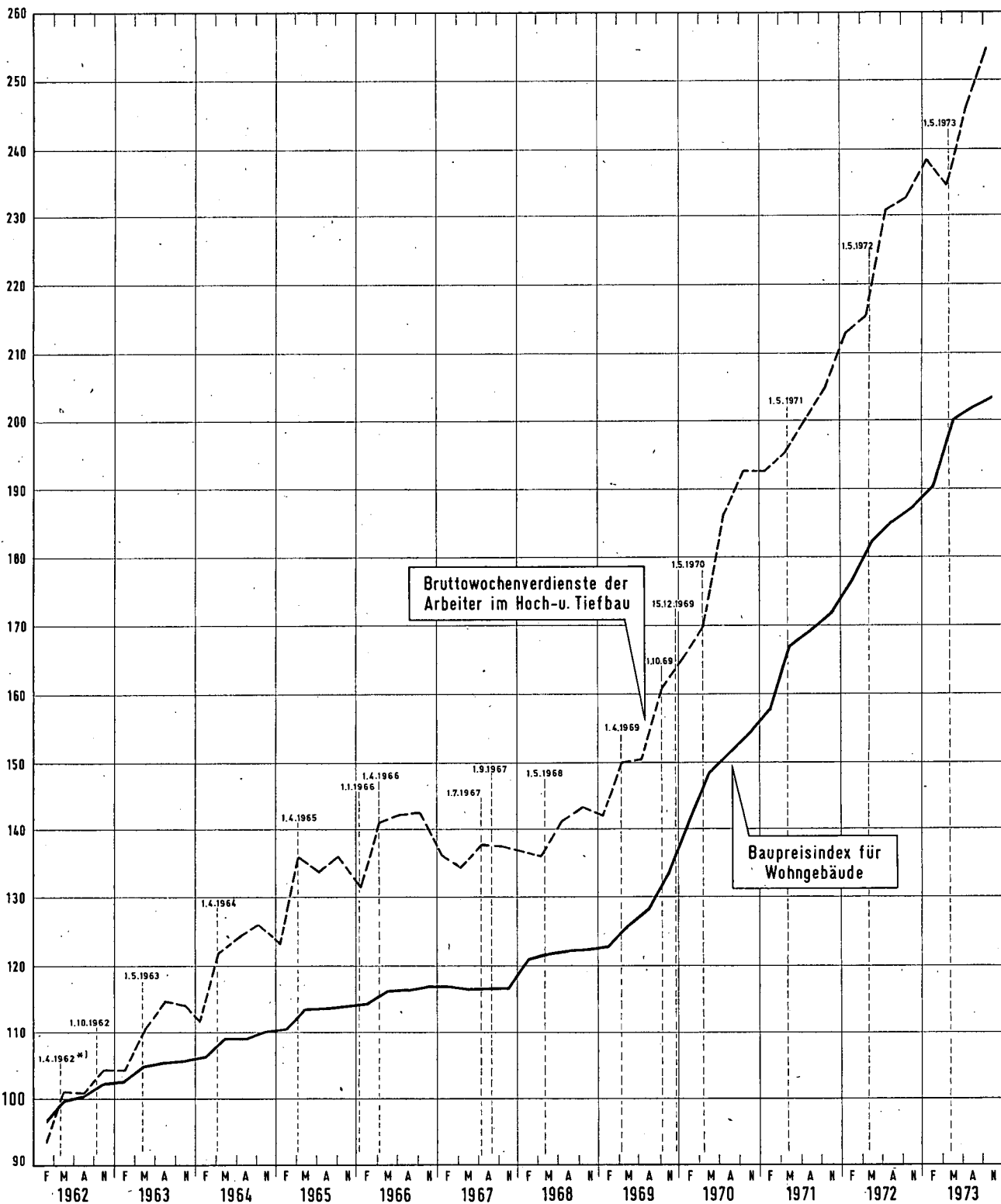
3. Baupreisindex und Bauarbeiterlöhne

Die dem Baupreisindex zugrunde liegenden Preise für Bauleistungen werden von Angebot und Nachfrage bestimmt. In einem Ballungsgebiet wie Hamburg war die Nachfrage nach Bauleistungen sowohl im Wohnungsbau als auch im gewerblichen Bau im betrachteten Zeitraum im allgemeinen groß; gewisse Ausnahmen waren nur für die Rezessionsjahre 1966/1967 und für das vergangene Jahr infolge der Nachfrage-dämpfung durch die Stabilitätsmaßnahmen zu verzeichnen. Das Angebot war infolgedessen weitgehend in der Lage, die Baupreise durchzusetzen, die von der jeweiligen Kostensituation erforderlich waren. Die Kosten ihrerseits werden in der weitgehend arbeitsintensiven Bauwirtschaft von den Bauarbeiterlöhnen bestimmt, obwohl natürlich auch Materialkosten und Rationalisierungseffekte eine Rolle spielen. Da aus der laufenden Verdiensterhebung über die Bruttostundenverdienste der Arbeiter im Hoch- und Tiefbau (Bauindustrie und Bauhandwerk) statistisches Material über den wichtigsten der die Baupreise bestimmenden Faktoren vorliegt, bietet sich ein Vergleich der Entwicklung von Baupreisindex und Bauarbeiterlöhnen an.

In der folgenden Übersicht werden die jährlichen Veränderungsrate des Baupreisindex für Wohngebäude und der Bruttostundenverdienst der männlichen Ar-

Schaubild 3

Baupreisindex für Wohngebäude und Bruttowochenverdienste der Arbeiter im Hoch- und Tiefbau in Hamburg 1962 bis 1973
(1962 = 100)



* Inkrafttreten der Lohnstarife im Baugewerbe

beiter im Hoch- und Tiefbau in Hamburg einander gegenübergestellt:

Jahre	Prozentuale Veränderung gegen Vorjahr	
	Baupreisindex für Wohngebäude	Bruttostundenverdienst im Hoch- und Tiefbau
1963	+ 4,9	+11,2
1964	+ 3,7	+10,1
1965	+ 4,0	+ 9,2
1966	+ 2,8	+ 5,0
1967	+ 0,5	- 2,6
1968	+ 4,4	+ 2,6
1969	+ 4,6	+ 8,8
1970	+16,6	+18,7
1971	+12,0	+10,7
1972	+ 9,7	+12,2
1973	+ 8,8	+ 9,0

Wenn auch die einzelnen Werte eine unterschiedliche Höhe aufweisen, so sind doch die den beiden Zeitreihen zugrundeliegenden Tendenzen einheitlich: Von 1963 bis 1967 eine abnehmende Tendenz, von 1967 bis 1970 dagegen – und zwar von 1969 auf 1970 mit einem großen Sprung – zunehmende Veränderungs-raten und daran anschließend wieder eine zurückgehende prozentuale Erhöhung. Beachtlich ist, daß die Bruttostundenverdienste der Bauarbeiter im Durchschnitt des Jahres 1967 (DM 6,09) unter denjenigen des Jahres 1966 (DM 6,25) lagen; das dürfte vor allem auf den Abbau von „teuren“ Überstunden und Akkordvergütungen infolge der Konjunkturabschwächung in dieser Zeit zurückgehen.

Über alle betrachteten Jahre hinweg hatten die relativen Veränderungen bei den Bauarbeiterlöhnen einerseits größere Schwankungen zu verzeichnen und hatten andererseits – bis auf wenige Jahre – jeweils einen höheren Wert als die Veränderungs-raten beim Baupreisindex für Wohngebäude. Das führte auch dazu, daß auf der Basis 1962 = 100 im Jahresdurchschnitt 1973 die Bruttostundenverdienste der Bauarbeiter einen Stand von 245,4 und der Baupreisindex für Wohngebäude von 199,0 hatte. Hieraus ergibt sich, daß nicht alle Lohnänderungen voll auf die Baupreise

durchgeschlagen sind und der Baupreisindex insgesamt einen „gemäßigeren“ Verlauf im Berichtszeitraum genommen hat, als es den Veränderungen in der Höhe bei den Bauarbeiterlöhnen entsprochen hätte.

Diese eben genannten Zusammenhänge und Unterschiede werden besonders aus dem Schaubild 3 deutlich, in dem auf der Basis 1962 = 100 die beiden Größen für alle vierteljährlichen Erhebungszeitpunkte⁴⁾ grafisch dargestellt sind. Außerdem sind in dem Schaubild die Zeitpunkte eingezeichnet, zu denen jeweils neue Lohn-tarife für das Baugewerbe in Hamburg in Kraft getreten sind. Diese Zeitpunkte markieren gleichzeitig fast immer auch einen besonders großen Anstieg des Preisindex für Wohngebäude im jeweils folgenden Quartal. Hieraus wird der Einfluß der Bauarbeiterlöhne auf den Baupreisindex ganz besonders deutlich.

Die Ursachen dafür, daß die Kurven der Bruttostundenverdienste der Bauarbeiter und des Preisindex für Wohngebäude trotz dieser engen Zusammenhänge im Laufe der Zeit mehr und mehr auseinanderlaufen, dürften darin liegen, daß einmal durch die zunehmende Mechanisierung und Rationalisierung im Bauwesen das Gewicht des Faktors Arbeit relativ geringer geworden ist und damit der Einfluß der Löhne auf die Baupreise ebenfalls zurückging. Zum ändern dürften auch andere Baukosten – wie z. B. die Materialpreise – nicht so stark gestiegen sein wie die Baulöhne; dadurch wurde ein relativ dämpfender Effekt auf den Baupreisindex ausgeübt. Zum dritten ist wahrscheinlich auch durch die zunehmende Konkurrenzsituation in der Bauwirtschaft in den letzten Jahren ein gewisser Druck auf die Baupreise ausgegangen, so daß diese – trotz der immer weiter steigenden Bauarbeiterlöhne – nicht „in den Himmel wachsen“ konnten.

Detlef Schmidt

⁴⁾ Die laufende Verdiensterhebung fand bis 1963 in den Monaten Februar, Mai, August und November und ab 1964 in den Monaten Januar, April, Juli und Oktober statt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1974	Februar 1974	März 1974	März 1973
		1965	1973				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	762,3	762,3	758,4	763,5	767,5
Lufttemperatur	°C	8,6	9,5	4,4	4,7	6,0	6,2
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	79	88	80	72	79
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	4	3	4	3
Bewölkung	" ⁴⁾	7	5	7	6	5	5
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	701	67	31	20	19
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 660	18	76	141	132
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	79	24	11	5	6
Tage mit Niederschlägen	"	256	240	19	13	7	19
Bevölkerung							
Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	s 244,5	245,2
" Altona	"	264,3	s 251,0	253,6
" Eimsbüttel	"	264,6	s 250,0	252,0
" Hamburg-Nord	"	401,3	s 330,0	337,7
" Wandsbek	"	357,5	s 380,0	377,2
" Bergedorf	"	82,6	s 92,5	94,0
" Harburg	"	199,0	s 200,0	202,7
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	s 1 748,0	1 762,4
dav. männlich	"	861,9	s 812,1	816,4
weiblich	"	995,0	s 935,9	946,0
dar. Ausländer ⁷⁾	"	59,8	...	129,6	130,3	s 130,9	120,3
Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁸⁾	Anzahl	1 510	930 p	482	584	960 p	1 077
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	7,2
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 139 p	1 123	1 052	1 190 p	1 205
dar. unehelich	"	143	105 p	104	107	115 p	107
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	8,0
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	14,4	8,0
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	9,3 p	9,4	10,3	9,7 p	8,8
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 156 p	2 132	2 119	1 910 p	2 120
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	27 p	24	22	16 p	30
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	13,6	14,2
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	13,6	14,2
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁹⁾	"	17,2	23,5 p	21,3 p	19,3 p	13,4 p	25,2 p
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	+ 123	- 1 017 p	- 1 009	- 1 067	- 720 p	- 915
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 0,8	6,1
				Oktober 1973	November 1973	Dezember 1973	Dezember 1972
Wanderungen							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	...	8 344	6 263	4 976	5 773
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	6 553	...	7 267	6 082	5 233	6 624
Fortgezogene Personen	"	— 379	...	+ 1 077	+ 181	— 257	— 851
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	— 37	...	+ 927	+ 366	— 9	— 329
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	— 342	...	+ 150	— 185	— 248	— 522
dav. männlich	"	— 342	...	+ 150	— 185	— 248	— 522
weiblich	"	— 342	...	+ 150	— 185	— 248	— 522
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	...	16 529	16 018	12 906	14 025
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	"	1 542	...	2 029	1 732	1 505	1 602
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	835	...	1 291	1 173	1 005	1 075
Niedersachsen	"	1 091	...	1 337	1 016	875	918
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	272	...	445	365	354	353
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	...	2 084	1 443	1 108	1 187
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	1 535	...	2 894	2 072	1 488	2 066
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	"	2 351	...	2 582	2 226	2 063	2 566
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 620	...	2 002	1 777	1 580	1 996
Niedersachsen	"	1 268	...	1 890	1 621	1 294	1 665
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	525	...	1 033	936	751	981
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	...	1 922	1 477	1 044	1 490
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	767	...	873	758	832	903

errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. — ⁷⁾ Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. — ⁸⁾ nach dem Ereignisort. — ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Lüneburg. — ¹²⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1974	Februar 1974	März 1974	März 1973
		1965	1973				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	17 067	16 740	16 714	16 714	16 617	16 703
Patienten ²⁾	"	13 593	13 110	14 582	14 574	13 621	13 604
Pflegetage	"	415 910	406 670	421 178	399 724	439 173	442 738
Bettenausnutzung	%	83,9	83,3	83,9	87,8	87,5	86,3
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 017	3 030	3 076	3 076	3 061	3 026
Patienten ²⁾	"	3 134	2 893	2 911	2 957	2 940	2 898
Pflegetage	"	86 329	82 499	84 044	77 204	85 178	86 242
Bettenausnutzung	%		92,8	91,2	92,8	92,7	95,2
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	522 383	842 743	589 000	551 410	752 467	709 992
dar. in Hallenschwimmbädern	"	286 227	467 560	552 077	516 207	714 198	665 123
in Freibädern	"	156 845	339 706	—	—	—	—
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	347 847	527 563	623 528	563 385	582 087	547 754
Ausgeliehene Noten	"	4 079	7 021	8 411	7 741	6 966	8 004
2. Wissenschaftliche Bücherelen							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	23 403	37 938	45 833	38 846	41 056	40 338
Besucher der Lesesäle	"	7 069	9 448	11 507	10 772	10 287	9 850
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Besucher der Bibliothek und der Archive	"	2 131	3 446	3 925	3 718	3 901	3 851
Commerzbibliothek	"						
Ausgeliehene Bände	"	2 709	2 555	1 609	2 624	3 025	2 442
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 286	1 500	770	1 471	1 479	1 489
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	43 961	68 258	78 493	60 191	85 349	71 440
dav. Hamburger Kunsthalle	"	8 351	12 302	16 610	9 099	10 786	11 246
Altonaer Museum	"	5 531	12 530	13 720	11 716	15 900	15 403
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"	4 455	6 177	7 527	6 748	8 274	6 582
Helms-Museum	"	5 799	13 421	6 669	10 154	14 848	11 739
dar. Freilichtmuseum am Klebeberg	"		12 094	4 996	8 306	12 944	10 367
Museum für Hamburgische Geschichte	"	9 247	11 447	12 692	10 093	19 328	13 506
Museum für Kunst und Gewerbe	"	7 983	6 383	4 633	5 651	5 677	5 043
Planetarium	"	2 595	5 998	14 737	5 555	8 633	7 921
Bischofsturm	"			1 905	1 175	2 003	
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ³⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	681,5	680,4	681,7
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	399,1	396,6	400,6
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	46,3	45,4	46,8
Rentner	"	175,5	236,1	238,4	234,3
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	28,7	26,9	33,5
dav. männlich	"	17,9	19,6	18,2	22,9
weiblich	"	8,8	9,1	8,7	10,6
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	3 410	5 542	11 909	12 347	11 443	5 767
dav. männlich	"	2 318	2 959	7 140	7 220	6 660	3 158
weiblich	"	1 092	2 583	4 769	5 127	4 783	2 609
dar. nach ausgewählten Berufsbereichen	"						
Fertigungsberufe	"	1 155		4 248	4 285	4 049	1 313
Technische Berufe	"	108		643	644	683	348
Dienstleistungsberufe	"	2 965		6 527	6 602	6 079	3 708
2. Offene Stellen	"	25 827	18 838	13 439	13 890	14 053	17 594
3. Arbeitssuchende ⁴⁾	"	8 299	12 519	19 387	20 299	19 689	13 027
4. Vermittlungen ⁵⁾	"	16 368	11 269	13 292	10 721	10 959	10 719
dar. Kurzfristige Vermittlung bis zu 7 Tagen	"	10 527	5 765	8 565	5 482	5 163	6 108
5. Kurzarbeiter	"	3	284	3 677	2 149	1 910	—

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr und des Strafvollzugsamts. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁵⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1974	Februar 1974	März 1974	März 1973
		1965	1973				
Landwirtschaft							
Milcherzeugung der landw. Betriebe							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 444	1 409	1 748	1 722	1 725
dav. an Molkereien geliefert	%	86,0	92,2	92,5	91,3	92,3	91,2
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	10,4	11,1	11,8	13,6	12,2
Milchherstellung der Molkereien							
Vollmilch,	t	10 011					
pasteurisiert, lose	"	3 528	1 549	1 366	1 215	1 334	1 727
pasteurisiert, abgepackt	"		7 595	7 394	6 741	6 992	8 084
ultra-hocherhitzt	"	6 482	1 046	828	1 094	1 145	928
Teilentrahmte Milch,	"						
pasteurisiert, abgepackt	"	—	136	156	143	142	117
ultra-hocherhitzt	"	—	316	964	817	978	164
Entrahmte Milch	"			42	44	56	
Buttermilcherzeugnisse	"	382	620	330	307	357	455
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"	—		147	142	152	
Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	8,5	7,1	7,0	5,7
Kälber	"	2,6	1,1	1,0	1,1	1,1	1,0
Schweine	"	47,0	29,7	29,8	26,9	28,0	30,0
Schafe	"	2,7	0,7	0,5	0,7	0,6	0,5
Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,2	7,5	6,5	6,2	5,3
Kälber	"	2,5	1,0	1,0	1,1	1,1	1,0
Schweine *)	"	49,6	30,3	30,2	27,3	28,3	30,5
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen *)	t	6 229	4 744	5 098	4 453	4 361	4 402
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	1 678	2 054	1 779	1 684	1 416
Kälber	"	187	80	71	97	91	83
Schweine	"	4 318	2 960	2 956	2 555	2 565	2 880
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
Industrie *)							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 367	1 346	1 350	1 346	1 386
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) dar. Arbeiter *)	1 000	219	194	190	192	190	196
Geleistete Arbeiterstunden *)	"	24 859	18 319	116	117	116	121
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	199	193	181	192	190
Gehälter (Bruttosumme)	"	75	170	171	170	174	160
Kohleverbrauch	1 000 t SKE *)	14	4	5	4	4	4
Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 661	1 652	1 499	1 242	2 934
Erdgasverbrauch (Ho = 8 400 kcal/cbm *)	1 000 cbm		63 213	40 876	35 389	42 275	73 933
Heizölverbrauch	1 000 t	69	58	68	61	63	69
Stromverbrauch	Mio kWh	112	187	210	194	225	196
Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	16	13	14	14	13	16
Umsatz *)	Mio DM	1 304	1 917	2 104	1 979	2 310	1 923
dar. Auslandsumsatz *)	"	155	315	372	334	387	377
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- und Energie-wirtschaft)	1962 = 100	109,1	126,9	117,8	129,5 p	125,7	128,3
Verarbeitende Industrie	"	109,0	125,6	114,4	127,5 p	123,9	126,6
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	141,8	130,3	143,8 p	137,1	137,6
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	131,7	114,6	137,5 p	131,1	133,3
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	109,9	98,8	107,8 p	109,3	136,2
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	105,8	100,4	105,7 p	106,5	103,2
Bauindustrie	"	103,7	128,4	112,8	123,3 p	118,4	131,9
Umsatz *) nach Industriegruppen insgesamt							
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	215	333	429	402	494	293
Chemische Industrie	"	101	168	207	181	196	173
Elektroindustrie	"	143	239	238	258	301	260
Maschinenbau	"	83	150	134	149	155	154
Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	13	12	13	13
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	596	729	636	681	634
Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	58	70	66	63	62
Vj.-Durchschnitt *)							
		1965	1972	3. Vj. 1972	4. Vj. 1972	1. Vj. 1973	1. Vj. 1972
Handwerk (Meßziffern) **)							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	82,5	82,6	82,0	...	82,6
Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	185,7	181,0	232,3	...	154,6
dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	183,9	180,4	239,0	...	144,9

gewerbliche und Hausschlachtungen. — *) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. — *) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten monatliche Industrieberichterstattung; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — *) einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — einschließlich Lehrlingsstunden. — *) eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — *) bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm, ab Januar 1974 Ho = 8 400 kcal/cbm. einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — *) bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den ersten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — **) ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1974	Februar 1974	März 1974	März 1973
		1965	1973				
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe ¹⁾							
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	43 660	39 251	38 013	37 991	44 336
dar. Inhaber	"	1 365	1 238	1 215	1 195	1 160	1 224
Angestellte	"	4 684	6 218	6 114	6 095	6 152	6 173
Arbeiter ²⁾	"	43 102	36 204	31 922	30 723	30 679	36 939
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 711	5 106	4 858	5 029	6 215
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 738	1 528	1 496	1 468	2 025
gewerbl. und industr. Bauten	"	1 673	2 034	1 758	1 701	1 786	2 213
öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	1 939	1 820	1 661	1 775	1 977
* Löhne (Bruttosumme) ³⁾	Mio DM	46,3	80,6	70,6	66,2	105	78,6
* Gehälter (Bruttosumme) ³⁾	"	5,9	15,6	14,7	14,3	15	13,9
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	229,6	126,2	151,8	232	191,9
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	66,4	34,7	50,9	79	85,3
gewerbl. und industr. Bau	"	31,0	81,8	54,2	58,5	93	56,7
öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	81,4	37,3	42,4	61	49,9
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
* Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	164	133	53	107	112
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	89	89	21	26	62	52
* Umbauter Raum	1 000 cbm	440	416	497	318	344	265
* Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	85,8	91,5	34,2	82,7	54,9
* Wohnfläche	1 000 qm	95	87	107	32	77	60
Nichtwohnbauten							
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	65	54	47	46	57
* Umbauter Raum	1 000 cbm	359	493	508	213	213	522
* Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	71,5	99,9	76,3	35,5	94,0
* Nutzfläche	1 000 qm	73	89	87	48	44	76
Wohnungen							
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 199	1 366	474	970	749
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	155	142	45	43	87
* Umbauter Raum	1 000 cbm	386	378	663	252	104	164
* Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	75,6	126,4	18,3	23,1	30,9
Nichtwohnbauten							
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	63	32	32	35	31
* Umbauter Raum	1 000 cbm	340	481	270	216	160	476
* Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	73,6	68,1	26,4	38,4	85,9
Wohnungen							
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 066	1 884	233	286	492
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	171	67	36	84	88
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	88	21	18	30	63
* Umbauter Raum	1 000 cbm	458	189	228	74	229	235
* Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	80,7	42,0	16,6	38,7	39,1
* Wohnfläche	1 000 qm	96	91	52	17	50	52
Nichtwohnbauten							
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	69	31	23	27	28
* Umbauter Raum	1 000 cbm	338	638	188	170	133	150
* Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	77,9	43,5	24,2	11,0	31,0
* Nutzfläche	1 000 qm	69	101	45	30	20	24
Wohnungen							
* Wohnungen insges. ⁴⁾ (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 244	685	197	606	685
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	968	565	342	107	418	308
5. Bauüberhang							
(am Ende des Berichtszeitraumes ⁵⁾)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	13 500	15 400	15 400	15 100	16 400
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	4 500	3 000	3 200	3 900	3 500
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ⁶⁾							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	188	188	188	189	187
Wohnungen	"	636	738	738	738	739	725
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 755	2 758	2 759	2 761	2 710

¹⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ²⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — ³⁾ ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ⁴⁾ ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — ⁵⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ⁶⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1974	Februar 1974	März 1974	März 1973
		1965	1973				
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1962 = 100	119	211	110	116	...	125
dar. Warenhäuser	"	130	307	132	132	...	125
Facheinzelhandel	"	120	170	114	107	...	124
Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels ¹⁾							
Groß- und Außenhandel	1970 = 100	157
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	168
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	143
* Die Ausfuhr des Landes Hamburg ^{2) 3)}							
	Mio DM	212	420	512	493	...	316
dav. Waren der	"						
Ernährungswirtschaft	"	17	55	78	82	...	31
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	365	434	411	...	285
dav. Rohstoffe	"	2	3	3	4	...	3
Halbwaren	"	50	83	138	124	...	70
Fertigwaren	"	143	279	293	283	...	212
dav. Vorerzeugnisse	"	9	29	53	53	...	22
Enderzeugnisse	"	134	250	240	230	...	190
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-							
ländern	"						
Europa	"	152	311	361	358	...	236
dar. EG-Länder	"	92	199	230	198	...	150
EFTA-Länder	"	40	57	65	68	...	48
Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	111	...	123	114,9	...	122,2
dav. Beherbergungsgewerbe	"	125	...	116	111,2	...	124,2
Gaststättengewerbe	"	108	...	125	116,0	...	121,6
Fremdenverkehr ⁴⁾							
Fremdenmeldungen	1 000	120	117	...	88	...	102
dar. von Auslandsgästen	"	42	40	...	23	...	30
Fremdenübernachtungen	"	232	225	...	163	...	201
dar. von Auslandsgästen	"	90	74	...	45	...	59
Verkehr							
Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See							
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 638	1 528 p	1 385 p	1 313 p	1 405 s	1 514
Abgegangene Schiffe	"	1 739	1 588 p	1 500 p	1 400 p	1 430 s	1 577
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	4 153 p	4 324 r	4 182 p	4 830 p	3 986
dav. Empfang	"	2 229	3 093 p	3 016 r	2 873 p	3 294 p	2 980
dav. Massengut	"	1 634	2 447 p	2 384 r	2 291 p	2 672 p	2 306
dar. Mineralöle	"	968	1 410 p	1 488 r	1 134 p	1 581 p	1 262
Sack- und Stückgut	"	595	646 p	632 r	582 p	622 p	674
Versand	"	713	1 060 p	1 308 r	1 309 p	1 536 p	1 006
dav. Massengut	"	292	470 p	588 r	596 p	777 p	373
Sack- und Stückgut	"	421	590 p	720 r	713 p	759 p	633
Binnenschifffahrt							
Güterempfang	1 000 t	340	382	352	362 r	372 s	459
Güterversand	"	309	400	481	474 r	480 s	486
Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) ⁵⁾							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	4 088	5 105 p	4 903 p	4 488 p	5 158 p	5 449
Fluggäste	"	141,5	258,9 p	223 648 p	213 628 p	266 601 p	263 300
Fracht	1 000 t	1 164,4	1 999,6 p	2 072,1 p	2 128,7 p	2 063 p	2 393
Luftpost	"	413,7	722,7 p	700,3 p	657,1 p	787 p	839
Personenbeförderung im Stadtverkehr ⁶⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Schnell- und Vorortbahnen	1 000	23 537	27 546	28 956	26 960	...	30 061
Straßenbahn	"	9 436	3 587	3 422	3 216	...	4 587
Kraftomnibusse	"	12 289	18 621	20 443	19 034	...	18 798
Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ^{7) 10)} (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	488,7	487,7	488,4	491,3	488,7
dar. Personenkraftwagen ^{8) 9) 10)}	"	310,8	438,5	437,5	438,1	440,5	437,5
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 419	3 446	4 221	...	7 876
dar. Personenkraftwagen ⁸⁾	"	4 632	4 907	3 050	3 761	...	7 226
Lastkraftwagen	"	362	379	281	307	...	449
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁹⁾	Anzahl	859	986	770	746	762	942
Getötete Personen	"	26	24	37	25	19	21
Verletzte Personen	"	1 106	1 308	967	999	978	1 202

Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — ¹⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ²⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — ³⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — ⁴⁾ ohne Transit. — ⁵⁾ Ab Januar 1958 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ⁶⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁷⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁸⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ¹⁰⁾ Bereinigtes Ergebnis ab August 1972.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1974	Februar 1974	März 1974	März 1973
		1965	1973				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mio DM		38 431,4	39 691,1	39 867,0	40 229,4	38 244,6
* Kredite an Nichtbanken	"		10 470,1	10 508,7	10 621,6	10 859,7	10 586,2
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"		10 357,1	10 356,7	10 489,6	10 720,0	10 417,6
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		5 851,0	5 999,9	5 983,0	5 958,9	5 706,5
* Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ²⁾	"		5 393,1	5 485,0	5 482,2	5 460,4	5 254,6
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		22 110,3	23 182,5	23 262,4	23 410,8	21 951,9
* Langfristige Kredite ³⁾ (von 4 Jahren und darüber)	"		20 084,9	21 014,3	21 111,0	21 222,3	19 941,9
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		809,6	694,7	689,2	681,0	793,6
dar. Durchlaufende Kredite	"		27 194,1	29 385,5	29 385,3	29 214,7	26 420,3
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"		17 617,9	19 345,5	19 378,5	19 247,1	16 814,1
* dav. Sicht- und Termingelder	"		12 981,1	14 045,7	14 193,9	14 022,7	12 087,1
dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"	4 069,9	9 576,2	10 040,0	9 967,6	9 606,2	9 606,2
* Spareinlagen	"	2 792,9	6 283,6	6 552,2	6 557,2	6 536,1	6 300,9
* dar. bei Sparkassen	"	244,3	531,5	724,4	526,5	538,5	529,4
* Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	203,9	542,7	744,5	561,7	579,5	580,6
* Lastschriften auf Sparkonten	"	12,9	46,6	12,2	2,0	1,8	1,0
* Zinsgutschriften	"						
2. Konkurse und Vergleichsverfahren	Anzahl	17	18	23	21	19	28
3. Wechselproteste	Anzahl	1 044	635	594	577	630	626
Betrag	1 000 DM	1 314	2 988	3 113	2 657	3 057	2 703
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ³⁾	Anzahl	20 563	24 650	22 372	22 720	23 548	22 008
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	"	3 058	3 449	3 595	3 690	3 544	3 767
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 196	1 533	1 495	1 598	1 697	1 433
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	353	492	530	514	583	556
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"						
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg ⁴⁾	Anzahl	162	157	160	160	161	157
Aktiengesellschaften	Mio DM	3 975	5 913	6 306	6 310	6 316	5 859
Grundkapital	Anzahl	3 877	6 086	6 336	6 359	6 413	5 941
Gesellschaften m.b.H. Stammkapital	Mio DM	2 962	5 351	5 590	5 593	5 625	5 132
Steuern							
1.* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM		814 395	893 497	735 821	1 112 500	898 971
* dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	478 819	504 854	340 494	763 140	602 697
dav. Lohnsteuer	"	89 007	300 925	335 259	281 401	292 165	241 670
Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	100 573	44 882	24 553	248 480	237 210
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	24 266	116 950	32 960	24 294	15 301
Körperschaftsteuer	"	36 706	53 055	7 764	1 580	198 201	108 516
Steuern vom Umsatz	"		335 576	388 643	395 327	349 360	296 274
dav. Umsatzsteuer	"	82 827	206 263	230 286	208 375	177 235	171 898
Einfuhrumsatzsteuer	"		129 313	158 357	186 952	172 126	124 375
2.* Bundessteuern	1 000 DM	523 065	865 424	323 455	797 821	803 574	750 888
* dar. Zölle	"	45 076	56 426	57 396	57 775	55 473	60 263
* Verbrauchsteuern	"	358 150	782 783	239 485	712 206	709 427	660 579
dar. Mineralölsteuer	"	261 342	665 657	175 872	690 690	597 010	549 008
3.* Landessteuern	1 000 DM	35 517	42 954	30 380	79 744	33 047	33 257
* dar. Vermögensteuer	"	11 355	16 971	4 375	47 285	6 047	4 594
* Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	12 314	14 330	10 858	10 668	13 402
* Biersteuer	"	2 430	3 136	2 755	2 460	2 544	2 527
4.* Gemeindesteuern	1 000 DM	46 355	94 475				
* dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	70 343	9 353	163 647	30 714	25 345
* Grundsteuer A	"	73	90				
* Grundsteuer B	"	5 134	9 402				
5.* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	601 215	1 308 304	796 968	1 208 797	1 369 371	1 211 321

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ³⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten.

⁴⁾ ohne RM-Gesellschaften.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1974	Februar 1974	März 1974	März 1973
		1965	1973				
Steuern							
Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1 000 DM	157 752	269 532
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ¹⁾)	"	122 235	176 408
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	.	37 385
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	.	12 785	—	8 933	—	—
Außerdem:							
Einnahmen aus Gemeindesteuern ²⁾)	"	46 355	68 905
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer ³⁾)	"	.	47 805
Einnahmen des Landes insgesamt	"	.	386 242
			Vj.-Durchschnitt 1973	2. Vj. 1973	3. Vj. 1973	4. Vj. 1973	4. Vj. 1972
Öffentliche Finanzen							
Kassenmäßige Gesamtausgaben	Mio DM		1 762,5	1 650,4	1 779,7	1 999,7	1 971,7
dar. Personalausgaben	"	.	795,7	750,1	737,7	882,4	729,9
Bauinvestitionen	"	.	185,1	136,1	203,9	278,5	222,8
dar. für Schulen	"	.	54,8	43,8	65,1	76,8	51,6
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	.	23,1	13,1	26,1	39,2	22,9
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	.	8,5	6,6	10,0	12,9	7,1
Straßen	"	.	20,2	13,5	24,1	34,9	32,7
Wasserstraßen und Häfen	"	.	21,1	17,0	23,7	28,1	29,0
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	.	155,0	204,4	116,5	130,8	120,8
Zuführung zu Rücklagen	"	.	8,6	0,0	20,0	14,2	14,9
Kassenmäßige Gesamteinnahmen	"	.	1 802,7	1 664,2	1 815,3	2 001,5	1 661,0
dar. Steuern	"	.	1 158,7	1 035,5	1 275,1	1 210,2	1 135,6
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	.	57,7	63,7	56,7	64,9	51,3
Gebühren, Beiträge usw.	"	.	192,2	178,8	199,1	188,2	144,0
Entnahme aus Rücklagen	"	.	12,5	0,6	29,7	1,9	36,5
Schuldenaufnahme	"	.	207,8	226,4	58,5	325,2	73,8
Schuldenstand am Ende des Quartals	"	.	4 933,7 p	4 819,8	4 837,1	5 144,3	4 680,1 p
dar. am Kreditmarkt	"	.	3 578,3 p	3 469,6	3 491,5	3 773,7	3 316,1 p
bei Gebietskörperschaften	"	.	694,2 p	687,0	683,9	711,7	688,1 p
			Monatsdurchschnitt	August 1973	November 1973	Februar 1974	Februar 1973
Preisindizes für Baugewerbe							
			1965	1973			
Leistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	199,0	202,0	203,6	207,9	190,2
dav. Einfamiliengebäude	"	113,3	200,0	203,3	204,9	209,8	190,9
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	198,0	200,8	202,3	206,0	189,6
Mischgenutzte Gebäude	"	112,8	197,6	200,5	202,1	206,2	189,2
Lagergebäude	"	112,2	194,2	196,3	197,6	201,3	186,9
Industrielle Betriebsgebäude	"	112,4	192,2	194,9	195,0	197,4	185,8
				April 1973	Juli 1973	Oktober 1973	Oktober 1972
Löhne und Gehälter ⁴⁾)							
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste							
männliche Arbeiter	DM	232	394	427	441	448	405
weibliche Arbeiter	"	140	245	265	278	280	251
Bruttostundenverdienste							
männliche Arbeiter	"	5,10	8,90	9,63	10,02	10,15	9,12
weibliche Arbeiter	"	3,32	5,97	6,39	6,73	6,77	6,06
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	Std.	45,5	44,2	44,4	44,0	44,1	44,5
weibliche Arbeiter	"	42,2	41,0	41,5	41,2	41,3	41,4
Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	DM	1 098	1 905	2 109	2 171	2 209	2 010
weiblich	"	747	1 381	1 515	1 570	1 611	1 434
Technische Angestellte							
männlich	"	1 182	2 033	2 232	2 308	2 328	2 091
weiblich	"	748	1 374	1 490	1 542	1 570	1 411
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 043	1 775	1 951	1 993	2 036	1 814
weiblich	"	668	1 254	1 339	1 376	1 411	1 238
In Industrie und Handel ⁵⁾) zusammen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 058	1 808	1 989	2 036	2 078	1 864
weiblich	"	688	1 286	1 375	1 416	1 451	1 280
Technische Angestellte							
männlich	"	1 176	2 024	2 175	2 252	2 276	2 044
weiblich	"	838	1 504	1 683	1 699	1 746	1 538

nach Zerlegung. — ¹⁾) nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. — ²⁾) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ³⁾) Effektivverdienste; 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ⁴⁾) Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1974	Februar 1974	März 1974	März 1973
		1965	1973				
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 114	11 168	11 760	11 152	11 513	10 892
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	4	7	2	6	9	8
Körperverletzung	"		420	460	451	452	369
Raub, räuberische Erpressung	"	41	110	97	106	95	131
Diebstahl	"	5 235	7 132	7 511	6 918	7 151	6 921
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 506	3 790	3 364	3 503	3 262
Betrug und Untreue	"	722	1 200	1 042	997	1 291	1 083
Außerdem:							
Verkehrsvergehen ¹⁾	"	862	1 447	1 580	1 571	1 964	1 858
Verkehrsordnungswidrigkeiten ²⁾	"	8 929	9 671	10 328	12 900	11 774	12 023
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	423	532	516	395	512	562
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ³⁾	"	31 317	29 591	29 789	30 522	33 858	39 960
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	4 960	13 970	13 910
dav. Feueralarme	"	288	475	724
dar. bekämpfte Großbrände	"	9	14	23
falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	107	103
Rettungswageneinsätze	"		12 616	12 460
dar. für Krankenbeförderungen	"	4 494	2 835	2 838
Straßen- und Verkehrsunfälle	"		1 801	1 703
Hilfeleistungen aller Art	"		879	726
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"		110	150

¹⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — ²⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen und ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofortige Anzeige nach sich ziehen. — ³⁾ vor dem 1. 1. 1969 gebührenpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschließlich Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die zuvor unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt wurden.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1973.

Großstädte	Bevölkerung							Erwerbstätigkeit		Industrie *)			
	Wohnbevölkerung *)	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zugezogene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose *)	Offene Stellen *)	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz *)	Umsatz je 1 000 Einwohner
	1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM
Berlin	3. Vj. 2 050 *) 2. Vj. 2 053 *)	4 588 4 474	9 085 9 037	- 4 497 - 4 563	24 839 20 985	23 052 *) 20 268 *)	- 2 710 - 3 846	6 976 8 091	21 258 20 438	236 781 237 631	116 116	5 632 5 587	2 747 2 721
Hamburg	3. Vj. 1 755 2. Vj. 1 757	3 499 3 435	5 937 6 491	- 2 438 - 3 056	19 703 17 303	20 002 19 321	- 2 737 - 5 074	4 590 4 437	21 083 22 210	193 203 193 684	110 110	5 562 5 698	3 169 3 243
München	3. Vj. 1 338 p 2. Vj. 1 336 r	2 557 2 467 r	3 037 3 137 r	- 480 - 670	28 535 24 430	26 078 28 614 r	+ 1 977 - 4 854 r	4 887 *) 3 634 *)	21 966 *) 22 064 *)	194 740 192 300	146 p 144 r	5 139 4 952	3 841 p 3 707 r
Bonn	3. Vj. 833 2. Vj. 834	2 009 2 046	2 303 2 327	- 294 - 281	15 570 12 240	16 049 14 490	- 773 - 2 531	3 582 3 241	8 820 9 896	133 043 133 770	160 160	3 044 3 029	3 654 3 991
Düsseldorf	3. Vj. 679 2. Vj. 681	1 370 1 485	2 094 2 219	- 724 - 734	6 026 5 316	6 997 7 031	- 1 695 - 2 449	4 289 4 053	7 025 5 757	61 785 61 713	91 91	1 264 1 122	1 862 1 648
Düsseldorf	3. Vj. 638 2. Vj. 641	1 309 1 267	1 904 1 918	- 595 - 651	9 829 8 976	11 438 9 990	- 2 204 - 1 665	2 138 2 205	7 708 8 482	113 341 p 114 489 p	178 p 179 p	2 505 p 2 489 p	3 926 p 3 883 p
Frankfurt/M.	3. Vj. 673 2. Vj. 675	1 386 1 427	1 896 1 923	- 510 - 496	16 198 13 836	17 009 15 660	- 1 321 - 2 320	2 874 2 477	19 794 19 992	126 734 125 995	188 187	2 896 2 862	4 303 4 240
Hortmund	3. Vj. 637 2. Vj. 638	1 427 1 505	1 984 2 058	- 537 - 553	5 232 4 630	5 583 5 205	- 888 - 1 128	3 364 3 549	6 678 6 792	77 471 77 020	122 121	1 433 1 389	2 250 2 177
Stuttgart	3. Vj. 626 2. Vj. 627	1 380 1 416	1 490 1 515	- 110 - 99	17 499 14 938	18 624 15 204	- 1 235 - 367	947 732	14 566 16 183	148 327 147 536	237 235	4 471 4 429	7 142 7 064
Freien	3. Vj. 587 2. Vj. 587	1 362 1 339	1 761 1 900	- 399 - 561	8 187 6 626	8 163 7 674	- 375 - 1 609	2 998 2 865	7 731 7 844	84 356 85 611	144 146	2 543 2 647	4 332 4 509
Hannover	3. Vj. 511 2. Vj. 513	1 029 1 137	1 556 1 660	- 527 - 523	9 111 8 646	9 954 9 915	- 1 370 - 1 792	3 413 3 385	9 465 11 518	106 241 106 955	208 208	2 204 2 463	4 313 4 801

Großstädte	Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr *)			Straßenverkehrsunfälle		Steuern	
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz *)	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer *)	Lohn- und Einkommensteuer
	1 000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1 000 cbm	1 000	Anzahl	1 000	Anzahl	Anzahl	1 000 DM	1 000 DM
Berlin	3. Vj. 15 865 2. Vj. 15 769	467 439	228 214	718 583	5 141 4 179	595 443	5 346 4 327	789 339	274 301	134 147	763 827	3 447 3 793	4 411 4 829	107 599 142 288	59 788 38 713
Hamburg	3. Vj. 17 032 2. Vj. 18 571	820 665	467 378	638 591	4 676 3 177	389 289	2 716 2 156	520 1 321	429 405	244 231	797 760	2 885 3 237	3 991 4 350	174 003 154 030	144 686 130 727
München	3. Vj. 22 878 2. Vj. 21 790	703 628	525 p 470 r	384 339	2 967 3 096	615 370	3 588 4 262	837 1 179	604 533	451 p 399 r	1 184 1 118	2 246 2 095	3 134 2 991	155 349 129 783	115 964 93 157
Bonn	3. Vj. 8 223 2. Vj. 8 453	304 259	365 311	182 196	1 974 2 007	126 93	1 284 935	172 148	204 190	245 228	360 348	1 260 1 344	1 656 1 885	96 557 84 728	48 581 54 686
Düsseldorf	3. Vj. 8 242 2. Vj. 8 231	312 297	489 463	66 92	732 970	142 99	967 792	387 237	150 159	235 248	305 324	862 944	1 075 1 257	108 166 70 575	44 379 49 956
Frankfurt/M.	3. Vj. 11 893 2. Vj. 12 076	427 410	634 607	193 126	1 087 877	20 23	322 191	365 66	332 327	493 484	621 615	1 153 1 337	1 494 1 792	183 831 173 785	48 764 54 787
Hortmund	3. Vj. 5 870 2. Vj. 6 002	262 179	411 281	179 204	886 1 192	270 121	1 191 938	178 552	35 40	55 63	70 81	847 926	1 127 1 262	40 507 37 096	27 341 23 779
Stuttgart	3. Vj. 12 588 2. Vj. 12 618	413 351	660 560	120 158	913 1 530	192 142	1 388 661	197 440	118 129	188 206	275 302	849 870	1 224 1 267	67 127 63 084	50 611 54 296
Freien	3. Vj. . 2. Vj.	218 207	1 120 1 298	289 165	1 228 807	583 279	88 88	150 150	162 168	998 1 016	1 212 1 255	85 790 57 839	37 056 34 775
Hannover	3. Vj. 6 232 2. Vj. 6 434	241 220	472 429	79 75	1 135 709	143 56	724 823	138 252	91 104	178 203	165 192	822 929	1 021 1 200	74 543 56 218	31 792 34 582

jeweils Quartalsende. - *) Betriebe mit i. a. 10 und-mehr Beschäftigten. - *) ohne Mehrwertsteuer. - *) ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. - *) einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. - *) In den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. - *) einschließlich Landkreis München.

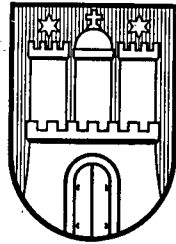
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIE

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1973	Januar 1974	Februar 1974	Februar 1973
		1965	1973				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	...	62 101	.	.	.
Eheschließungen	auf 1 000	8,9	5,2
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	10,7
Gestorbene	1 Jahr	11,5	12,4
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	...	8 321	8 267	8 252	8 339
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	...	839	919	882	926
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	...	57 366	57 949	57 248	50 973
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	...	13 641	13 470	13 790	10 789
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962 = 100	118,2	178,2	185,1	165,2	179,8	177,6
Verarbeitende Industrie	"	119,1	181,8	188,6	166,0	183,1	181,1
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	211,8	199,9	198,0	214,0	206,7
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	175,5	199,2	163,6	179,6	176,9
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	167,6	171,2	138,4	166,1	175,9
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	"	115,2	152,8	156,6	140,7	147,4	141,8
Bauindustrie	"	118,9	148,1	116,1	...	123,0	115,5
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 642,6	1 438
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Mio Std.	233,3	154
Geleistete Arbeitsstunden							
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698	4 366,4
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	54 841 p	32 302	29 170	27 803	51 568
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	...	284 590	20 748	23 529	20 882
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	124	219
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	108	106	...	98
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	...	12 905	11 032
dav. Empfang	"	6 950	...	9 882	8 756
Versand	"	1 885	...	3 023	2 276
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	188 344	80 003	117 525	138 079	210 779
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	26 364	29 443 p	21 994 p	21 198	20 725 p	26 257
Getötete Personen	"	1 313	1 358 p	1 000 p	957	832 p	1 148
Verletzte Personen	"	36 124	40 642 p	29 596 p	27 828	27 290 p	36 365
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	5 105	7 916	6 458	4 596	4 033
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	2 204	5 865	1 155	547	620
Körperschaftsteuer	"	681	907	2 577	396	147	123
Steuern vom Umsatz ¹⁰⁾	"	2 018	4 152	4 604	4 917	4 972	4 895
PREISE							
Index der Erzeugerpreise Industrieller Produkte ¹⁾	1962 = 100	104,0	123,8	128,3	131,8	134,8	120,7
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	"	106,9	124,8	143,6	155,0	158,5	117,5
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	"	104,8	133,9	140,3	146,3	149,2	130,4
Preisindex für Wohngebäude ²⁾	"	114,6	187,1	189,8	193,9	193,9	180,3
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁾	1970 = 100	109,0	118,2	121,9	122,9	123,8	115,6
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	117,7	120,1	121,5	121,8	115,4
Wohnungsmieten	"	118,5	119,4	122,2	123,5	124,1	117,0
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	...	8,37	8,61	8,89	7,97
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	...	43,2	43,7	43,7	43,8

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatzsteuer. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — ⁹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschließlich Investitionsteuer.

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1974

Juni-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Zahl der Ehescheidungen geringfügig erhöht

Genau 5 555 Ehen wurden 1973 in Hamburg rechtskräftig geschieden. Dies waren zwar lediglich 12 mehr als im Jahr zuvor, wegen der beträchtlich zurückgegangenen Eheschließungen erreichten die Ehescheidungen aber der Anzahl nach fast die Hälfte der im Jahr 1973 geschlossenen 11 162 Ehen. Allerdings darf daraus selbstverständlich nicht gefolgert werden, daß jede zweite Ehe durch Scheidung gelöst wird.

Die auf 1 000 Einwohner bezogene Scheidungsziffer ist nach vorläufigen Berechnungen auf rund 3,2 angewachsen. Diese Scheidungshäufigkeit wurde bisher nur in den ersten Nachkriegsjahren übertroffen, als viele der im Zweiten Weltkrieg zerrütteten Ehen geschieden wurden.

Ein Vergleich mit Bundesergebnissen ist zur Zeit erst für 1972 möglich; in jenem Jahr belief sich die Ehescheidungsziffer in Hamburg auf 3,1 und war damit mehr als doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt, der 1,4 ausmachte.

Erheblich gestiegene Industrieumsätze im ersten Quartal 1974

Der Umsatz der hamburgischen Industrie erreichte in den ersten drei Monaten dieses Jahres ein Volumen von 6,4 Mrd DM und lag damit um 21 % höher als im ersten Quartal des Vorjahres. Wenn auch die reale Zuwachsrate infolge der zum Teil erheblichen Preissteigerungen merklich niedriger sein dürfte, kann die Gesamtentwicklung im genannten Zeitraum dennoch als recht positiv bezeichnet werden.

Innerhalb der Industriehauptgruppen wurden jedoch unterschiedliche Tendenzen sichtbar. Die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie erzielte mit 41 % die größte Umsatzsteigerung – wesentlich beeinflusst durch die besonders starken Preiserhöhungen in der Mineralölverarbeitung und NE-Metallindustrie. Dagegen nahmen sich die Zuwachsraten in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie (+ 16 %) sowie in der Investitionsgüterindustrie (+ 9 %) vergleichsweise bescheiden aus. Die Verbrauchsgüterindustrie hatte schließlich als einzige Hauptgruppe bereits einen effektiven Umsatzrückgang von knapp 3 % zu verbuchen, der weitgehend durch rückläufige Umsätze in dem wichtigen Bereich der Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie hervorgerufen wurde.

Starker Beschäftigtenrückgang im Bauhauptgewerbe

Im Bauhauptgewerbe waren im Durchschnitt der ersten drei Monate dieses Jahres rund 38 000 Personen beschäftigt,

knapp 6 000 weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Trotz relativ günstiger Winterwitterung wurde die im Dezember 1973 noch verzeichnete Zahl von 40 000 Beschäftigten im Januar 1974 erstmalig unterschritten, im März dieses Jahres lag die Beschäftigtenzahl bereits unter 38 000. Überdurchschnittlich stark sind die Facharbeiter (einschließlich Poliere und Meister) sowie die Fachwerker und Werker betroffen, deren Zahl gegenüber dem ersten Quartal des Jahres 1973 um 16 % bzw. 18 % zurückging. Nach vorläufigen Ergebnissen blieb im April 1974 die sonst zu beobachtende saisonbedingte Belebung aus, die Beschäftigung verringerte sich weiter.

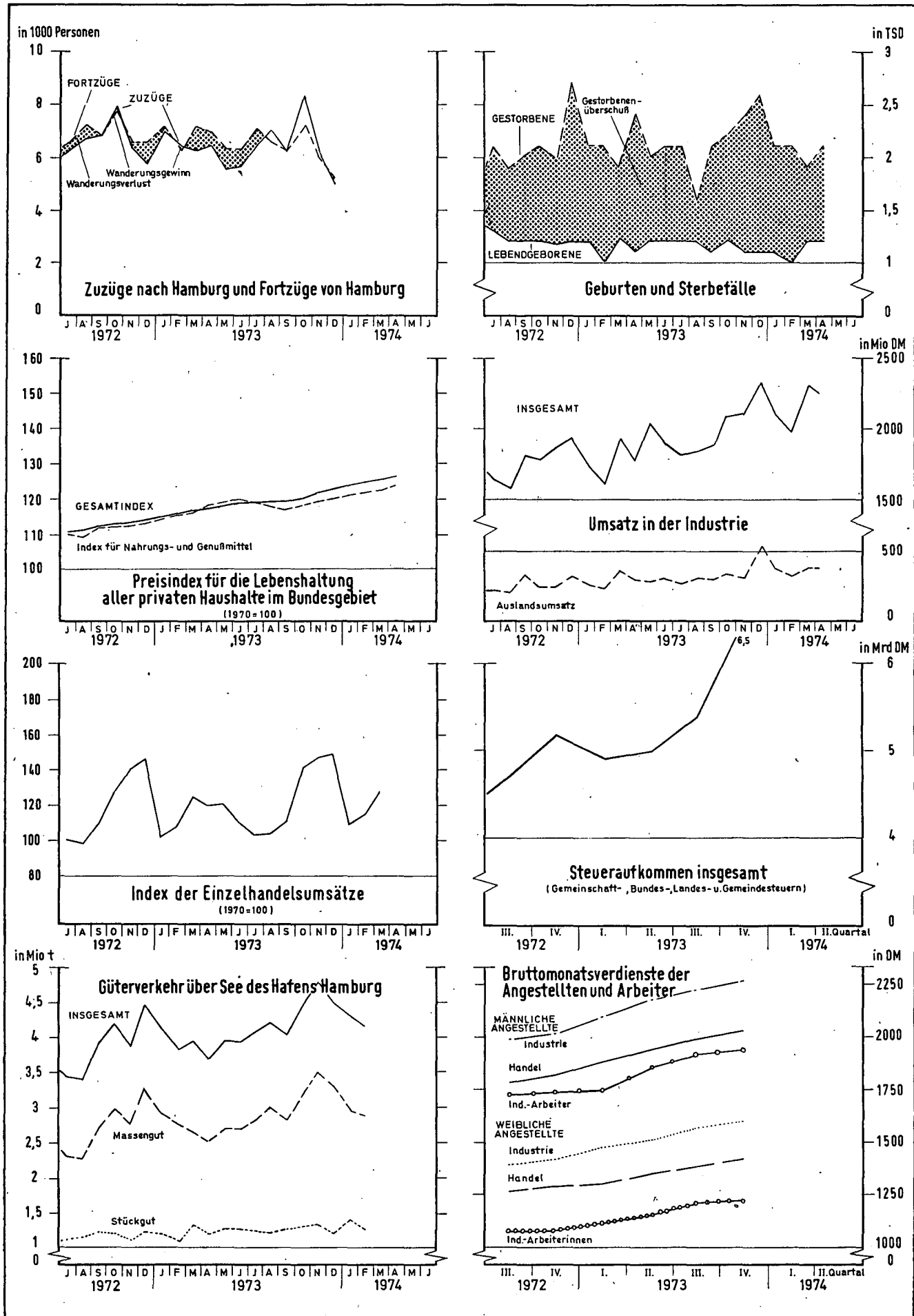
Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden nahm in der Berichtszeit um knapp 14 % ab; dabei waren die Rückgänge im Wohnungsbau (– 18 %) und im gewerblichen und industriellen Bau (– 19 %) besonders auffällig. Lediglich im Straßenbau konnte eine Zuwachsrate von rund 5 % erzielt werden.

Hoher Anteil des Hamburger Hafens am Außenhandelsverkehr mit Südafrika

Seit Jahren wird ein sehr hoher Teil des deutschen Außenhandels mit der Republik Südafrika über den Hamburger Hafen abgewickelt. So kamen 1973 Importgüter im Wert von fast 420 Mio DM (29 % der Bundeseinfuhr) aus Südafrika in die Bundesrepublik; der Wert der exportierten Waren betrug 890 Mio DM (38 % der Bundesausfuhr). Mit diesem günstigen Ergebnis erreichte Hamburgs Anteil am Außenhandel der Bundesrepublik mit der Republik Südafrika rund 34 %. Gegenüber dem Vorjahr konnte der über den Hafen abgewickelte Warenverkehr mit Südafrika um 220 Mio DM oder fast 20 % gesteigert werden.

Erfreulicherweise besteht die über Hamburg laufende Ausfuhr in die Republik Südafrika weit überwiegend aus hochwertigen Fertigwaren. Das Schwergewicht lag bei Kraftfahrzeugen (280 Mio DM), Maschinen (250 Mio DM) und elektrotechnischen Erzeugnissen (115 Mio DM), auf die zusammen gut 72 % der deutschen Ausfuhr über Hamburg entfielen. Breit gefächert ist auch die Warenpalette auf der Einfuhrseite. Hier wurden vorwiegend Kupfer (186 Mio DM), Obst und Südfrüchte (70 Mio DM), Kupfererze (55 Mio DM), Gemüse- und Obstkonserven (33 Mio DM) sowie Ölfrüchte und Ölkuchen (20 Mio DM) umgeschlagen.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Zur Frage des Schuldverhaltens einzelner Verkehrsteilnehmergruppen bei Straßenverkehrsunfällen in Hamburg 1969 bis 1972

Um Einblick in das Schuldverhalten von Verkehrsteilnehmergruppen zu gewinnen, kann man die Zahl der Verursacher von Straßenverkehrsunfällen in Beziehung setzen zu den ohne eigenes Verschulden an Personenschadensunfällen Beteiligten derselben Gruppe. Das Ergebnis dieser Berechnung ist eine Kennziffer, die sich als *Schuldquote* charakterisieren läßt.

Differenziert man nach der Art der Verkehrsbeteiligung, so ergibt sich, daß alle Gruppen von Kraftfahrern ungleich niedrigere Schuldquoten aufweisen als Fußgänger und Radfahrer. So entfielen auf 100 Nichtschuldige bei den Motorradfahrern nur 67 Hauptverursacher, bei den Pkw-Fahrern 78 und 84 bei den Fahrern von Lkw und Zugmaschinen. Sehr viel ungünstiger sieht die Bilanz dagegen bei den Radfahrern (130) und vor allem bei den Fußgängern (207) aus. Zwar sind bei ihnen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in erheblichem Ausmaß beteiligt, also Altersgruppen, die bei den Kraftfahrern wegen des gesetzlich vorgeschriebenen Mindestalters zum Erwerb einer Fahrerlaubnis so gut wie keine Rolle spielen. Aber auch bei Beschränkung auf die erwachsenen Fußgänger zwischen 18 und 65 Jahren liegt deren Schuldquote nahezu doppelt so hoch wie die der Kraftfahrer. Besonders bedenklich ist dabei die Tatsache, daß die Schuldquote der Fußgänger gegenüber früher stark gestiegen ist.

Der stärkste Einfluß auf die Höhe der Schuldquoten geht bei den Kraftfahrern sicherlich von der Verkehrserfahrung aus. Dabei wird erwartungsgemäß deutlich, daß mit zunehmender Fahrpraxis – gemessen an der Dauer des Führerscheinbesitzes – die Schuldquoten stark sinken. So liegt die Schuldquote der Pkw-Fahrer, die ihren Führerschein erst maximal ein Jahr besitzen, mit 140 fast doppelt so hoch wie der Durchschnitt. Das Minimum von 57 Hauptverursachern auf 100 Nichtschuldige wird jedoch erst von den Fahrern erreicht, die im Mittel bereits dreizehneinhalb Jahre einen Führerschein besaßen. Danach steigen die Schuldquoten vor allem unter dem Einfluß des zunehmenden Lebensalters wieder an. Für die Fahrer von Lkw, Zugmaschinen und Omnibussen gelten ähnliche Tendenzen, während sich für die Motorrad- und Mopedfahrer kein Einfluß der Fahrpraxis nachweisen läßt.

Weitere Aufschlüsse lassen sich durch die Einbeziehung des Lebensalters gewinnen. Dabei zeigen sich zwei Problemgruppen: Sowohl die jugendlichen Pkw-Fahrer unter 21 Jahren (127) als auch die über 65jährigen (141) weisen erheblich höhere Schuldquoten auf als die mittleren Altersjahrgänge. Allerdings sind die teilweise erheblichen Abweichungen durch Unterschiede in der Verkehrserfahrung der einzelnen Altersgruppen überlagert. Zwischen Pkw-Fahrern gleicher Fahrpraxis sind die Differenzen in den Schuldquoten bei unterschiedlichem Lebensalter zwar wesentlich geringer, die ungünstigere Schuldbilanz der Jugendlichen und der älteren Kraftfahrer ist aber nach wie vor erkennbar.

Gliedert man letztlich auch nach dem Geschlecht, so ergibt sich, daß die weiblichen Kraftfahrer (93) generell wesentlich höhere Schuldquoten aufweisen als ihre männlichen Kollegen (75). Die aufgezeigten Unterschiede dürften jedoch auch hier wesentlich durch geringere Verkehrserfahrung bedingt sein. Zwar läßt sich das an Hand des hier verwendeten Zahlenmaterials nicht exakt nachweisen, es ist aber zu vermuten, daß die Dauer des Führerscheinbesitzes bei den Frauen kein hinlänglich genauer Gradmesser der Fahrpraxis ist, da die vorhandene Fahrerlaubnis oft nur gelegentlich ausgenutzt wird.

1. Vorbemerkungen

Es gibt in der alltäglichen Diskussion über Verkehrsfragen kaum ein Thema, das leichter in Emotionen und Vorurteile abgeleitet, als wenn es darum geht, die Fahrkünste der einen oder anderen Gruppe von Verkehrsteilnehmern zu begutachten und sich über deren Schuld am Zustandekommen von Verkehrsunfällen auszulassen. Nun ist es jedoch auch außerordentlich schwer, Zahlenmaterial zu gewinnen, das der angeschnittenen Problematik vollauf gerecht wird.

Die übliche Darstellungsweise der Straßenverkehrsunfallstatistik, bei der die Unfallbeteiligten nach Alter, Geschlecht und Art der Teilnahme am Straßenverkehr dargestellt werden, hilft hier nicht weiter. Zu den Unfallbeteiligten rechnen nämlich neben den Verursachern von Straßenverkehrsunfällen auch diejenigen, die schuldlos in einen Unfall verwickelt wurden. Will man sich jedoch näher mit dem Schuldverhalten von Verkehrsteilnehmergruppen befassen, so wird man die Unfallbeteiligten auflgliedern müssen in Verursacher und Nichtschuldige. Allerdings sei bereits einschränkend an dieser Stelle angemerkt, daß dieser Unterteilung nur die vorläufigen Feststellungen der Polizei am Unfallort zugrunde liegen und daß die endgültige Klärung der Schuldfrage erst durch die Gerichte erfolgt. In Einzelfällen wird sicherlich die vorläufige Schuldfeststellung der Polizei korrigiert werden; es ist jedoch nicht anzunehmen, daß die Abweichungen so stark und vor allem zusätzlich so einseitig verteilt auftreten, daß die folgenden Ausführungen davon berührt werden.

Um zur Objektivierung der Diskussion über die Schuldfrage bei Verkehrsunfällen beizutragen, legt das Statistische Landesamt hiermit die Ergebnisse einer Sonderuntersuchung vor und setzt damit die Berichterstattung über dieses Thema fort, das erstmals 1970 in dieser Zeitschrift aufgegriffen wurde¹⁾. Dabei wird sich auch herausstellen, ob sich gegenüber den damaligen Ergebnissen merkliche Änderungen ergeben haben. Vor allem aber sollen gewisse Lücken der früheren Untersuchung geschlossen werden. Im einzelnen wird dabei der Frage nachgegangen, ob die landläufigen Vorstellungen, daß — um nur einige Gruppen von Verkehrsteilnehmern herauszugreifen — die Motorrad- und Mopedfahrer oder die Jugendlichen oder die Frauen oder die Anfänger diejenigen sind, die wirklich in überhöhtem Maße zur traurigen Bilanz der Straßenverkehrsunfallstatistik beitragen.

Zum Begriff der Schuldquote

Das hier verwendete Zahlenmaterial umfaßt alle an Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden²⁾ Beteiligten in den Jahren 1969 bis 1972, wobei die Merkmale Alter, Geschlecht, Art der Verkehrsbeteiligung und Fahrpraxis (ausgedrückt als Dauer des

¹⁾ Vgl. Hamburg in Zahlen, Juni-Heft 1970, S. 208 ff

²⁾ Die Sachschadensunfälle werden aus verschiedenen Gründen in der amtlichen Straßenverkehrsunfallstatistik nur lückenhaft erfaßt. Aus methodischen Gründen ist es daher besser, sich auf die Darstellung der vollständig einbezogenen Personenschadensunfälle zu beschränken (hier sind lediglich einige wenige Sonderfälle wie Straßenbahnen, Handwagen, -karren u. ä. unberücksichtigt geblieben).

Führerscheinbesitzes) in diese Untersuchung einbezogen wurden. Mit Hilfe der Kombination dieser Merkmale war es möglich, beliebig fein zu untergliedernde Verkehrsteilnehmergruppen zu bilden und zu prüfen, wie sich bei ihnen die Zahl der Unfallbeteiligten aus Verursachern und Nichtschuldigen zusammensetzt. Traf mehrere Verkehrsteilnehmer am Zustandekommen eines Unfalls ein Verschulden, so war anhand des Unfallhergangs zu entscheiden, welcher der Beteiligten als Hauptverursacher anzusehen war und wem nur ein Mitverschulden zugerechnet werden mußte.

Um nun das unterschiedliche Ausmaß festzustellen, in dem die einzelnen Verkehrsteilnehmergruppen für das Zustandekommen von Personenschadensunfällen verantwortlich waren, wurde eine Kennziffer gebildet, die die Zahl der hauptsächlich Verursacher auf jeweils 100 nichtschuldige Unfallbeteiligte angibt. Diese Kennziffer, die sich als „Schuldquote“ charakterisieren läßt, wird für die Gesamtheit aller Verkehrsteilnehmer ziemlich nahe bei hundert liegen. Der Erwartungswert von hundert würde sich genau einstellen, wenn es sich jeweils nur um Unfälle mit zwei Beteiligten handelte und auch jeweils bei mindestens einem der Beteiligten ein individuelles Verschulden vorläge.

Allerdings wird man sich darüber im klaren sein müssen, daß sich mit Hilfe der Schuldquote eine wichtige Frage nicht beantworten läßt, nämlich ob gewisse Gruppen von Verkehrsteilnehmern häufiger als andere an Straßenverkehrsunfällen beteiligt sind. Um korrekte Aussagen zu dieser Frage zu ermöglichen, müßte als Bezugsgröße die durchschnittliche Jahresfahrleistung der jeweiligen Verkehrsteilnehmergruppe herangezogen werden, da selbstverständlich Fahrer mit einer großen Fahrleistung ein höheres absolutes Unfallrisiko tragen als andere, die ihr Fahrzeug nur wenig benutzen. Zahlenmaterial über die jährliche Fahrleistung deutscher Führerscheininhaber steht jedoch in neuerer Zeit nicht zur Verfügung. Halten wir also fest: Die Schuldquote gibt keine Auskunft darüber, ob bestimmte Verkehrsteilnehmer — in Bezug auf die Intensität ihrer Teilnahme am Straßenverkehr — häufiger als andere in Unfälle verwickelt werden. Mit ihrer Hilfe läßt sich lediglich erkennen, ob diese Verkehrsteilnehmer, wenn sie an Unfällen beteiligt sind, häufiger als andere die Hauptschuld am Zustandekommen hatten.

2. Der Einfluß der Art der Verkehrsbeteiligung

Die Aufgliederung des Zahlenmaterials nach der Art der Verkehrsbeteiligung bietet den besten Einstieg in die Problematik des hier behandelten Themas. Bevor wir jedoch auf Einzelergebnisse zu sprechen kommen, sei darauf hingewiesen, daß aus methodischen Gründen im Regelfall das gesamte Zahlenmaterial der vier Jahre von 1969 bis 1972 zusammengefaßt werden müßte. Nur so könnte gewährleistet werden, daß die bei der Berechnung von Schuldquoten für die einzelnen feingegliederten Verkehrsteilnehmergruppen auftretenden Unterschiede auch im statistischen Sinne als gesichert betrachtet werden können. Trotzdem waren bei den Randgruppierungen die

Tabelle 1

Unfallbeteiligte und Hauptverursacher bei Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden in Hamburg 1969 bis 1972 nach der Art der Verkehrsbeteiligung

Art der Verkehrsbeteiligung	Unfallbeteiligte						Auf 100 Nichtschuldige entfielen ... Hauptverursacher
	insgesamt		davon				
			Hauptverursacher		Nichtschuldige		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
1	2	3	4				
Fahrer von Pkw	68 080	66,7	29 831	60,5	38 249	72,4	78
sonstigen Kraftwagen	9 522	9,3	4 361	8,9	5 161	9,8	84
Motorrädern, -rollern ...	2 156	2,1	864	1,8	1 292	2,4	67
Mopeds, Mofas	1 494	1,5	761	1,5	733	1,4	104
Kraftfahrzeugen zusammen ..	81 252	79,6	35 817	72,7	45 435	86,0	79
Radfahrer ..	5 646	5,5	3 186	6,5	2 460	4,6	130
Fußgänger ..	15 224	14,9	10 269	20,8	4 955	9,4	207
Insgesamt ..	102 122	100	49 272	100	52 850	100	93

Grundzahlen häufig allzu schwach besetzt. In solchem Falle wurden die errechneten Schuldquoten in Klammern gesetzt oder ganz fortgelassen, um den Leser zur Vorsicht zu mahnen. ³⁾

Im Untersuchungszeitraum wurden rund 102 000 Verkehrsteilnehmer in Personenschadensunfälle verwickelt. Mehr als 81 000, d. h. knapp 80 %, waren davon Kraftfahrer. Innerhalb dieser Gruppe stellten die Pkw-Fahrer mit 68 000 den mit Abstand größten Anteil, während die Motorradfahrer (2 100) und die Moped- und Mofafahrer (1 500) zahlenmäßig nur schwach vertreten waren. Auf die Fußgänger entfiel mit 15 200 ein Siebentel aller Unfallbeteiligten.

Im Vergleich zu unserer früheren Untersuchung, die den Zeitraum 1964 bis 1968 umfaßte, wird die Struktur der Unfallbeteiligten heute noch stärker von den Pkw-Fahrern bestimmt. Während auf diese Gruppe damals „nur“ 61 % entfielen, waren es in der jetzigen Untersuchung bereits 67 %. Bemerkenswerterweise ist die Zahl der unfallbeteiligten Radfahrer und Fußgänger leicht zurückgegangen ⁴⁾, was vor allem deswegen erfreulich ist, weil gerade diese Verkehrsteilnehmergruppen erfahrungsgemäß bei Unfällen besonders stark in Mitleidenschaft gezogen werden. Nach den vorläufigen Feststellungen der Polizei wurden von den insgesamt 102 000 Unfallbeteiligten rund 49 300 (48,2 %) als Hauptverursacher des jeweiligen Unfalls bezeichnet. Daraus läßt sich errechnen, daß auf 100 nichtschuldige Verkehrsteilnehmer 93 Hauptverursacher entfielen, was gegenüber früheren Feststellungen (95) keine wesentliche Änderung bedeutet. Noch ein Wort der Erklärung zu der Tatsache, daß die durchschnittliche Schuldquote etwas unter hundert liegt. Grundsätzlich verschoben die Alleinunfälle den Erwartungswert über hundert hinaus, da

³⁾ Schuldquoten, die auf der Basis von weniger als 100 Unfallbeteiligten errechnet wurden, sind ausgepunktet; lagen zwischen 100 und 250 Beteiligte zugrunde, so wurden die Werte in Klammern gesetzt.

⁴⁾ Der Anteil der Fußgänger ging dabei von 16,3 % auf 14,9 %, der der Radfahrer von 6,1 % auf 5,5 % zurück.

hier jeder Unfallbeteiligte gleichzeitig Hauptverursacher ist. Umgekehrt wirken Unfälle mit drei und mehr Beteiligten, bei denen einem Hauptverursacher mehrere Nichtschuldige gegenüberstehen. Im Untersuchungszeitraum hat sich als Folge der in Hamburg sehr hohen Verkehrsdichte gezeigt, daß die Unfälle mit mehr als zwei Unfallbeteiligten die Zahl der Alleinunfälle deutlich übertroffen hat, so daß sich eine allgemeine Schuldquote von nur 93 ergibt. ⁵⁾ ⁶⁾

Niedrigste Schuldquote bei den Motorradfahrern

Gliedert man nun die Unfallbeteiligten in Hauptverursacher und Nichtschuldige, so zeigen sich bei den einzelnen Verkehrsteilnehmerarten deutliche Unterschiede. Ganz allgemein läßt Tabelle 1 erkennen, daß der Anteil der Kraftfahrer an den Hauptverursachern deutlich geringer ist als bei den Nichtschuldigen. Umgekehrt werden für Radfahrer und Fußgänger wesentlich höhere Anteilssätze bei den Hauptverursachern nachgewiesen.

Rein rechnerisch bedeutet das, daß die Schuldquoten bei den Fahrern von Kraftfahrzeugen erheblich unter denen der Fußgänger und Radfahrer liegen. Für die Kraftfahrer insgesamt errechnet sich ein Durchschnitt von 79 Hauptverursachern auf 100 Nichtschuldige. Noch etwas niedriger liegt die Schuldquote für die mit Abstand größte Gruppe der Kraftfahrer, für die Pkw-Fahrer, mit 78. Weitaus am günstigsten schneiden aber die Fahrer von Motorrädern und Motorrollern ab, bei denen das Verhältnis von Hauptverursachern zu Nichtschuldigen auf 67 zu 100 steht. Diese Tatsache, die sich im übrigen auch schon bei der ersten Untersuchung ergeben hatte, entspricht nicht der allgemeinen Vorstellung, nach der schlechthin allen Zweiradfahrern undiszipliniertes Verkehrsverhalten zur Last gelegt wird. Zu dem günstigen Ergebnis dieser Gruppe trägt sicherlich bei, daß Motorradfahrer im Gegensatz zu den Radfahrern durch eine normale Führerscheinprüfung auf den allgemeinen Straßenverkehr vorbereitet werden und daß seit geraumer Zeit unter den Motorradfahrern viele Fahrer mit großer Verkehrspraxis sind, die neben einem Pkw auch ein Motorrad für Freizeit und Hobby benutzen.

Etwas ungünstiger stellt sich das Schuldverhalten bei den Fahrern von sonstigen Kraftwagen dar. Hierbei handelt es sich um die Fahrer von Lkw, von Omnibussen, Zugmaschinen und Sonderkraftfahrzeugen aller Art. Ihre Schuldquote liegt mit 84 etwas über dem Durchschnitt aller Kraftfahrer, was sicherlich zumindest teilweise darauf zurückzuführen ist, daß insbesondere die großen Lastzüge im Stadtverkehr schwierig zu handhaben sind.

Innerhalb der Gruppe der Kraftfahrer schneiden die Mopedfahrer (einschließlich Mofas) mit Abstand am schlechtesten ab. Ihre Schuldquote von 104 liegt um

⁵⁾ Im Zeitraum von 1969 bis 1972 betrug der Anteil der Unfälle mit 2 Beteiligten 77 %. Auf Alleinunfälle entfielen 10 %, auf Unfälle mit 3 und mehr Beteiligten 13 %.

⁶⁾ Die Schuldquote wird im übrigen auch dann unter den Normwert von 100 gezogen, wenn keinen der Unfallbeteiligten ein individuelles Verschulden trifft, z. B. wenn der Unfall allein durch schlechte Straßenverhältnisse oder ungünstige Witterungsverhältnisse verursacht wurde.

nicht weniger als 25 Punkte, d. h. um rund ein Drittel, über dem Durchschnitt aller Kraftfahrer. Hier läßt sich statistisch erhärten, daß die Fahrer von Mopeds wesentlich häufiger Unfälle verursachen, als ihrer Beteiligung am Straßenverkehr entspricht.

Schuldquote der Fußgänger zweieinhalbmal so hoch wie die der Kraftfahrer

Im Gegensatz zu den Kraftfahrern übersteigt die Zahl der Hauptverursacher bei den nicht motorisierten Kraftverkehrsteilnehmern — den Radfahrern und den Fußgängern — die Zahl der Nichtschuldigen ganz erheblich. Bei den Radfahrern entfallen auf 100 Nichtschuldige nicht weniger als 130 Hauptverursacher. Ihre Schuldquote liegt damit bereits erheblich über dem allgemeinen Durchschnitt (93). Die ungünstigste Schuldbilanz wird jedoch für die Fußgänger ausgewiesen. Von den 15 200 unfallbeteiligten Fußgängern wurden nicht weniger als 10 300 von der Polizei als Hauptverursacher festgestellt (67,5 %). Daraus errechnet sich eine Schuldquote von 207. Nun ist es sicherlich bekannt, daß die Fußgänger die Unfälle, an denen sie beteiligt sind, häufig auch selbst verursachen. Es dürfte aber doch überraschen, daß ihre Schuldquote fast dreimal so hoch liegt wie die der Pkw-Fahrer, um nur die stärkste Verkehrsteilnehmergruppe zum Vergleich einmal herauszugreifen. Wir werden uns daher noch einen Augenblick mit den Gründen befassen müssen, die zu dieser hohen Schuldquote beigetragen haben:

— Zunächst einmal ist daran zu denken, daß zu den Fußgängern ja auch alle Kinder rechnen, deren extrem hohe Schuldquoten den allgemeinen Durchschnitt für Fußgänger nach oben ziehen. Eine Altersanalyse der Fußgängerunfälle zeigt, daß die Schuldquote bei den im Straßenverkehr häufig unberechenbaren Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren eine Höhe von 358 erreicht und damit mehr als doppelt so hoch liegt wie die der Erwachsenen (144). Ähnliche Verhältnisse gelten im übrigen auch für die Radfahrer⁷⁾. Kraftfahrer dagegen dürfen im wesentlichen aufgrund unserer Verkehrsgesetzgebung erst ab 18 Jahren mit einem Fahrzeug am Straßenverkehr teilnehmen.

— Eine zweite Problemgruppe stellen die alten Leute über 65 Jahre. Auch bei ihnen liegt die Schuldquote als Radfahrer extrem hoch (154). Als Fußgänger sind die Unterschiede nicht ganz so erheblich. Die für die „Alten“ errechnete Schuldquote von 159 liegt nur geringfügig über der der 18- bis 65jährigen (144) und noch erheblich unter dem allgemeinen Durchschnitt (207).

— Man darf es sich jedoch nicht so einfach machen, die hohe Schuldquote der Fußgänger allein auf die Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren sowie auf die alten Leute zurückzuführen. Selbst wenn man sich auf die Erwachsenen zwischen 18 und 65 Jahren beschränkt, liegt die Schuldquote der Fußgänger immer noch bei rund 144. Man wird daher zusätzlich noch nach anderen Gründen für das nicht verkehrsgerechte

Verhalten der Fußgänger suchen müssen. In diesem Zusammenhang darf vor allem nicht unterschätzt werden, daß die Kraftfahrer durch Führerscheinprüfung auf die Praxis des Straßenverkehrs vorbereitet werden. Hierbei wird neben der technischen Beherrschung des Fahrzeugs auch ein starkes Gewicht auf die Kenntnisse der Verkehrsregeln gelegt. Fußgänger (und auch Radfahrer) haben dagegen in vielen Fällen niemals eine Art Verkehrsunterricht gehabt. Ihre Kenntnisse der Regeln, nach denen sich der Straßenverkehr abspielt, sind häufig lückenhaft. Ihr Verständnis der Zusammenhänge, beispielsweise zwischen Fahrgeschwindigkeit und Bremsweg, sind zumeist erschreckend unvollkommen. Generell wird man sagen können, daß Fußgänger und Radfahrer die Gefahren des heutigen Straßenverkehrs in der Mehrzahl unterschätzen und häufig nicht die richtige Einstellung zur alltäglichen Verkehrspraxis finden. Auch wenn dies in erhöhtem Maß für Kinder und alte Leute zutrifft, so wird man auch der Mehrzahl der erwachsenen Fußgänger bescheinigen müssen, daß ihr Verkehrsverhalten von einer gehörigen Portion Leichtsinn und Gleichgültigkeit geprägt ist.

Schuldquoten für Fußgänger und Radfahrer stark gestiegen

Besonders bedenklich erscheint dabei die Tatsache, daß die Schuldquote der Fußgänger und auch der Radfahrer im Vergleich zu früher stark gestiegen ist. Während im Durchschnitt der Jahre 1964 bis 1968 für die Radfahrer eine Schuldquote von 109 errechnet wurde, ist diese mittlerweile auf 130 angestiegen. Noch ungünstiger sieht die Bilanz bei den Fußgängern aus. Hier entfielen damals auf 100 nichtschuldige Unfallbeteiligte 178 Hauptverursacher. Diese Quote ist für den Berichtszeitraum dieser Untersuchung auf 207, also um knapp 30 Punkte, gestiegen. Diese Tatsache überrascht um so mehr, wenn man berücksichtigt, welche Anstrengungen in der Zwischenzeit durch Aufklärungsaktionen in den Massenmedien wie Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen usw. unternommen wurden, um hier Abhilfe zu schaffen.

Auf der Basis dieser Zahlen wird man sich überlegen müssen, ob derartigen Aufklärungsaktionen allein überhaupt viel Erfolg beschieden sein kann. Wenn schon in der früheren Untersuchung geäußert wurde, daß der heutige Straßenverkehr weitgehend auf die Belange des Fahrverkehrs abgestellt und damit fußgängerfeindlich ist, so haben sich diese Vermutungen nur bestätigt. Das ist zwar äußerst bedauerlich, aber es hat keinen Sinn, die Augen vor der Realität zu schließen. Der Schaffung von gesicherten Fußgängerüberwegen, der Einrichtung von Einkaufsstraßen und ähnlichen Sicherungsmaßnahmen zugunsten der Fußgänger können zweifellos nur Teilerfolge beschieden sein. Die „Umwegempfindlichkeit“ der Fußgänger führt eben immer wieder dazu, daß die Straßen auch bei fließendem Verkehr auf dem kürzesten Wege überschritten werden, ohne Rücksicht auf die erheblichen Gefahren, die dieses Verhalten in sich birgt. Bei der Dichte und häufig auch der Unübersichtlichkeit des heutigen Straßenverkehrs ist es dabei kein Wunder, daß immer wieder Unfälle passieren, an denen dann den Fußgänger

⁷⁾ Die Schuldquote der Radfahrer betrug im Zeitraum von 1969 bis 1972 bei den unter 18jährigen 187, bei den Personen zwischen 18 und 65 „nur“ 73 und bei den älteren Leuten wiederum 154.

die hauptsächlich Schuld trifft. Sicher wird man sich bemühen, auch in Zukunft verstärkt Verkehrserziehung für Fußgänger zu betreiben, wobei insbesondere der Verkehrsunterricht in den Schulen gewisse Aussichten auf Erfolg hat. Ob damit allein jedoch wirksam Abhilfe geschaffen werden kann, muß bezweifelt werden. Man wird wahrscheinlich noch mehr als in der Vergangenheit an die „stärkeren“ Verkehrsteilnehmer appellieren müssen, ihr Fahrverhalten auf die Unberechenbarkeit und den Leichtsinn der Fußgänger einzustellen.

Erfreulicherweise ist dagegen die Schuldquote der Kraftfahrer gesunken, und zwar von 83 bei der früheren Untersuchung auf nunmehr 79. Die Zahlen für die Pkw-Fahrer lauten ganz ähnlich. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß gerade die Fahrer der sonstigen Kraftwagen (Lkw, Sattelzüge und Omnibusse) in ihrem Schuldverhalten weitaus günstiger zu beurteilen sind als damals. Ihre Schuldquote ist von 91 auf 84 um 7 Punkte zurückgegangen, wohingegen sich der Durchschnitt aller Kraftfahrer nur um 4 Punkte verbesserte. Ungünstig war dagegen die Entwicklung bei den Mopedfahrern, deren Schuldquote um mehr als 20 Punkte höher lag als im Durchschnitt der Jahre 1964 bis 1968. Hierüber sollte man sich Gedanken machen und sich überlegen, ob der Kreis dieser Verkehrsteilnehmer vor Erteilung eines Führerscheines nicht eine schärfere theoretische Prüfung absolvieren müßte.

Schwankungen im Zeitablauf

Ein Vergleich der durchschnittlichen Schuldquoten zwischen den beiden Untersuchungsperioden hat deutlich erkennen lassen, daß die Schuldquoten der Kraftfahrer ständig gesunken, die der Fußgänger und Radfahrer dagegen gestiegen sind. In Tabelle 2 werden zusätzlich die einzelnen Schuldquoten der letzten vier Jahre aufgeführt. Wegen der teilweise recht geringen Besetzungszahlen kommt es dabei im Zeitablauf zu Schwankungen, die zu einem erheblichen Teil auf Zufallseinflüsse zurückzuführen sind. Immerhin läßt sich erkennen, daß für die Fahrer von Pkw und sonstigen Kraftwagen die Schuldquoten in

Tabelle 2

Schuldquoten der an Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden Beteiligten in Hamburg 1969 bis 1972 nach Art der Verkehrsbeteiligung

Art der Verkehrsbeteiligung	Auf 100 Nichtschuldige entfielen ... Hauptverursacher			
	1969	1970	1971	1972
	1	2	3	4
Fahrer von Pkw	77	77	79	78
sonstigen Kraftwagen ..	82	82	90	84
Motorrädern, -rollern	65	70	74	59
Mopeds, Mofas	84	105	120	103
Kraftfahrzeuge zusammen	78	78	81	79
Radfahrer	124	134	133	126
Fußgänger	224	198	192	219
Insgesamt	94	92	94	93

den einzelnen Jahren sehr dicht beieinander liegen, so daß die Vermutung nahe liegt, daß sie sich etwa auf dem für den Durchschnitt der vier Jahre angegebenen Niveau einpendeln werden. Bei den Fahrern von Zweiradkraftfahrzeugen sind dagegen aus den schon genannten Gründen die Schwankungen erheblich größer. Es sieht jedoch so aus, als ob die Schuldquoten für die Fahrer von Mopeds und Mofas ihren ungünstigsten Stand noch nicht erreicht haben. Die Schuldquoten für Radfahrer und für Fußgänger lassen im Zeitablauf keine Regelmäßigkeiten erkennen. Hier wurden sowohl für das Anfangsjahr des Untersuchungszeitraums als auch für das Endjahr Höchstwerte festgestellt, die nahe beieinander liegen, während für die beiden dazwischenliegenden Jahre sich weitaus niedrigere Schuldquoten errechnen. Trotz der hier zu beobachtenden Unregelmäßigkeiten wird man aufgrund der langfristigen Tendenzen befürchten müssen, daß die Radfahrer ebenso wie die Fußgänger in Zukunft noch höhere Schuldquoten aufweisen werden.

3. Der Einfluß der Fahrpraxis

In den folgenden Abschnitten soll nunmehr geprüft werden, inwieweit einige personenbezogene Merkmale wie Geschlecht, Lebensalter des Fahrzeugführers und vor allem die Fahrpraxis Einfluß haben auf die Höhe und die Veränderung der Schuldquoten im Zeitablauf. Dabei ist wohl unumstritten — und dies wurde in der vorangegangenen Untersuchung auch deutlich —, daß die unterschiedliche Fahrpraxis der einzelnen Verkehrsteilnehmer wohl den bedeutsamsten Faktor darstellt. Hier wird daher zwangsläufig auch das Schwergewicht dieser Untersuchung liegen. Dabei wird man im Auge behalten müssen, daß auch die Unterschiede, die sich aufgrund einer isolierten Betrachtung des Lebensalters aber auch des Geschlechts zeigen, in nicht unerheblichem Umfang durch überlagernde Fahrpraxiseinflüsse bedingt sein können.

Zum besseren Verständnis des Lesers sei an dieser Stelle angemerkt, daß sich in der amtlichen Verkehrsunfallstatistik der angestrebte Aufschluß über die Fahrpraxis nur dadurch verwirklichen läßt, daß für die unfallbeteiligten Kraftfahrer das Erstaussstellungsjahr ihrer Fahrerlaubnis festgehalten wird. Damit läßt sich feststellen, wie lange der Fahrer bereits im Besitz eines Führerscheines ist, und das so ermittelte „Führerscheinalter“ wird als Gradmesser der Fahrpraxis benutzt. Hierin liegt jedoch ein gewisser Mangel, denn im Prinzip wächst die Verkehrserfahrung nicht mit der Dauer eines Besitzes einer Fahrerlaubnis, sondern mit der Intensität ihrer Nutzung. Weit aus besser wäre also als Bezugsgrundlage die jährliche Fahrleistung. Offensichtlich verfügt jemand, der einen Führerschein erst seit relativ kurzer Zeit besitzt, aber in der Zwischenzeit viel gefahren ist, über einen höheren Grad der Verkehrserfahrung als ein anderer, der seit langem Inhaber einer Fahrerlaubnis ist, diese aber nur ganz gelegentlich ausnutzt. Trotz dieser Einschränkung haben die bisherigen Auswertungen gezeigt, daß das Führerscheinalter hinreichend genau den Grad der Fahrpraxis umschreibt, so daß man den vorliegenden Ergebnissen einen relativ hohen Verlässlichkeitsgrad zubilligen kann.

Bevor wir uns mit den in Tabelle 3 niedergelegten Ergebnissen im einzelnen befassen, muß hinsichtlich des verwendeten Zahlenmaterials noch auf zwei Besonderheiten hingewiesen werden:

— Die nun folgenden Teile der Untersuchung beschränken sich auf die Führer von Kraftfahrzeugen, die bei der Differenzierung nach Geschlecht und Lebensalter eine völlig andere Struktur aufweisen als die Fußgänger und Radfahrer, bei denen die Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren eine unverhältnismäßig große Rolle spielen. Hinzu kommt, daß das Merkmal Fahrpraxis ohnehin nur auf Kraftfahrer zutrifft.

— Dem aufmerksamen Leser wird auffallen, daß in den Schlußsummen der eigentlichen Tabelleninhalte für gleiche Verkehrsteilnehmergruppen geringfügig differierende Schuldquoten auftauchen. Erst durch Addition der jeweils angefügten Zeile „ohne Angaben“ ergeben sich wieder gleichartige Ergebnisse. Das hat seinen tieferen Grund darin, daß bei den einzelnen Merkmalen für jeweils unterschiedlich viele Unfallbeteiligte keine exakten Angaben vorliegen. Dabei ist einmal an Verkehrsunfallflüchtige zu denken, zum anderen aber auch an die Personen, die bewußtlos und ohne Papiere ins Krankenhaus eingeliefert werden. Hinsichtlich des Ausstellungsjahres des Führerscheins kommt noch das Fahren ohne gültige Fahrerlaubnis hinzu, sowie der Fall, daß der Fahrer seine Fahrerlaubnis nicht bei sich hatte und später ein Nachtrag auf der Unfallmeldung vergessen wurde. Dadurch ist der Anteil der Fälle, für die keine genauen Angaben vorliegen, von Tabelle zu Tabelle unterschiedlich groß, und dies führt zu den erwähnten Abweichungen.

Tabelle 3

Schuldquoten der an Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligten Kraftfahrer in Hamburg 1969 bis 1972 nach der Dauer des Führerscheinbesitzes und der Art der Verkehrsbeteiligung

Durchschnittliche Dauer des Führerscheinbesitzes in Jahren	Alle Personenschadensunfälle					darunter: Unfälle mit 2 Beteiligten
	Fahrer von					Veränderung (Sp. 4 zu Sp. 5)
	Zweirad-kraftfahr-zeugen	Pkw, Kombis	son- stigen Kraft- wagen	Kraft- fahrzeugen insgesamt		
	1	2	3	4	5	6
0,5	76	140	121	127	109	— 18
1,5	54	121	118	112	99	— 13
2,5	72	93	89	92	85	— 7
3,5	(58)	81	87	81	76	— 5
4,5	75	76	75	74	— 1
5,5	70	78	71	70	— 1
8,5	59	63	76	64	64	0
13,5	(45)	57	70	58	61	+ 3
21	62	64	62	70	+ 8
31	74	(76)	75	82	+ 7
41	102	.	100	106	+ 6
zusammen	62	75	80	75	74	— 1
ohne Angaben .	124	106	108	109	157	+ 48
Insgesamt	80	78	84	79	81	+ 2

Schuldquoten, die aufgrund von weniger als 100 Unfallbeteiligten errechnet wurden, sind ausgepunktet. Zwischen 100 und 250 Unfallbeteiligten wurde die Schuldquote in Klammern gesetzt.

Anfänger mit besonders hohen Schuldquoten

Die in Tabelle 3 niedergelegten Ergebnisse sind auf den ersten Blick kaum überraschend. Etwas vereinfachend ausgedrückt zeigt sich, daß mit zunehmender Fahrpraxis die Schuldquoten sinken, daß also die erfahreneren Kraftfahrer weit weniger häufig als Verursacher in Erscheinung treten.

Wie wir gesehen haben, sind die Pkw-Fahrer die mit Abstand wichtigste Verkehrsteilnehmergruppe. So soll auch an ihrem Beispiel demonstriert werden, in welchem Ausmaß die Schuldquoten mit zunehmender Verkehrserfahrung absinken. Es zeigt sich, daß Anfänger in den beiden ersten Jahren ganz beträchtlich höhere Schuldquoten aufweisen. So liegt die Schuldquote derjenigen Pkw-Fahrer, die ihren Führerschein maximal ein Jahr besitzen, mit 140 fast doppelt so hoch wie der für alle Pkw-Fahrer berechnete Mittelwert. Gegenüber der leistungsmäßig besten Gruppe erreicht er nahezu die dreifache Höhe. Bereits im zweiten Jahr sinkt die Schuldquote um rund 20 Punkte auf 121, liegt damit aber immer noch weitaus höher als der Durchschnitt. Noch einmal verbessert sich das Schuldverhalten sprunghaft im dritten Fahrpraxisjahr. Nach einem Rückgang der Schuldquote um fast 30 Punkte wurde ein Wert von 93 erreicht. Von da ab sinkt die Schuldquote zwar kontinuierlich, aber nur noch langsam weiter und erreicht das Minimum mit 57 Hauptverursachern auf 100 Nichtschuldige bei den Fahrern, die im Mittel bereits 13½ Jahre im Besitz einer Fahrerlaubnis waren und damit über langjährige Verkehrserfahrungen verfügen. In den darauf folgenden Jahren steigen die Schuldquoten — zunächst langsam, dann aber auch in erheblichen Sprüngen — wieder an. Dies dürfte seine Erklärung darin finden, daß es sich bei den Personen mit einer Fahrpraxis von 30 oder 40 Jahren gleichzeitig auch um ältere Menschen handelt, so daß hier vermutlich altersmäßige Verschlechterungen zu beobachten sind.

Die eben für die Pkw-Fahrer dargestellten Tendenzen lassen sich — wenn auch mit gewissen Modifikationen — ebenso für die Fahrer von Omnibussen, Lkw, Zugmaschinen und Sonderkraftfahrzeugen erkennen. Allerdings liegt das Niveau der Schuldquoten bei dieser Gruppe von Fahrern durchschnittlich etwas höher. Auch wird man berücksichtigen müssen, daß aufgrund der sehr viel kleineren Zahl Zufallseinflüsse weniger gut ausgeschaltet sind. Ein Unterschied ist jedoch auffallend: Bei den Anfängern bis zu einer durchschnittlichen Fahrpraxis von 2 bis 3 Jahren schneiden die Fahrer der sonstigen Kraftwagen deutlich besser ab als die Pkw-Fahrer. Dies ist insofern überraschend, als die in dieser Gruppe zusammengefaßten Fahrzeuge im allgemeinen schwerer im Straßenverkehr zu bewegen sind als normale Pkw. Es ist daher zu vermuten, daß im Regelfall die Ausbildung dieser Fahrer wesentlich gründlicher ist. Möglicherweise spielt dabei auch eine Rolle, daß das gesetzlich vorgeschriebene Mindestalter zum Erwerb einer Fahrerlaubnis für die genannten Fahrzeuge mit 21 Jahren doch um einige Jahre höher liegt.

Ähnlich wie bei der vorigen Untersuchung erweist sich auch hier, daß der Einfluß der Fahrpraxis bei

den Fahrern von Zweiradkraftfahrzeugen verhältnismäßig gering sein dürfte. Zwar ergeben sich gewisse Schwankungen, die jedoch weitgehend auf Zufallseinflüsse zurückzuführen sein dürften, denn es wird kein eindeutiges Gefälle erkennbar. Man wird daraus den Schluß ziehen dürfen, daß die Beherrschung von Motorrädern, Kleinkrafträdern und Mopeds im Straßenverkehr keine längere Fahrpraxis voraussetzt.

Gewisse Unterschiede bei Unfällen mit nur zwei Beteiligten

Da zu vermuten ist, daß die Alleinunfälle — aber auch die Unfälle mit mehr als zwei Beteiligten — eine völlig andere Struktur hinsichtlich der hier zu untersuchenden Merkmale aufweisen, wurden zusätzlich die Schuldquoten für die Unfälle berechnet, in die nur jeweils zwei Unfallbeteiligte verwickelt waren. Bei der früheren Untersuchung war die Frage offen geblieben, inwieweit möglicherweise gerade die Alleinunfälle zu Verzerrungen geführt haben könnten. Die Herauslösung des Prototyps aller Unfälle, nämlich der Unfälle mit nur zwei Beteiligten, zeigte jedoch im Prinzip eine so große Übereinstimmung mit dem bisherigen Ergebnis, daß auf eine gesonderte Einzeldarstellung verzichtet werden konnte. In Spalte 5 der Tabelle 3 sind zum Vergleich lediglich die Schuldquoten für die Kraftfahrer insgesamt aufgeführt. Auch bei diesem Unfalltyp zeigt sich das starke Absinken der Schuldquoten mit zunehmender Fahrpraxis, bis auch hier in völliger Übereinstimmung das Minimum der Schuldquoten bei einer Fahrpraxis von 13½ Jahren erreicht wird. Allerdings ergibt sich bei genauerem Hinsehen doch ein wesentlicher Unterschied: Für die ersten Jahre der Fahrpraxis liegen die Schuldquoten bei den Unfällen mit nur zwei Beteiligten deutlich unter denen, die sich für die Gesamtzahl der Personenschadensunfälle errechnen lassen. Daraus ergibt sich im Umkehrschluß, daß die Anfänger bei den Alleinunfällen, aber auch bei den im allgemeinen meist schweren Unfällen mit mehr als zwei Beteiligten besonders stark vertreten sind. Bei einer durchschnittlichen

Tabelle 4

Schuldquoten der an Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligten Kraftfahrer in Hamburg 1965 bis 1968 und 1969 bis 1972 nach der Dauer des Führerscheinbesitzes			
Durchschnittliche Dauer des Führerscheinbesitzes in Jahren	1965 bis 1968	1969 bis 1972	Veränderung absolut
	1	2	
0,5	130	127	— 3
1,5	111	112	+ 1
2,5	93	92	— 1
3,5	88	81	— 7
4,5	72	75	+ 3
5,5	71	71	0
8,5	63	64	+ 1
13,5	59	58	— 1
21	65	62	— 3
31	84	75	— 9
41	108	100	— 8
zusammen	77	75	— 2
ohne Angaben ..	132	109	— 23
Insgesamt	82	79	— 3

Fahrpraxis zwischen 5 und 10 Jahren ergeben sich etwa gleiche Schuldquoten, während von da an bei den Fahrern mit längerer Verkehrserfahrung die Schuldquoten bei Unfällen mit nur zwei Beteiligten über den allgemeinen Schuldquoten liegen. Dies deutet umgekehrt darauf hin, daß die „alten Hasen“ relativ wenig Alleinunfälle, aber auch nur wenig Unfälle mit mehr als zwei Beteiligten verursachen.

In Tabelle 4 werden die Ergebnisse dieser Untersuchung mit dem früher errechneten Zahlenmaterial gegenübergestellt. Bei beiden Verteilungen besteht eine große Übereinstimmung hinsichtlich des gleichmäßig starken Abfalls von den hohen Schuldquoten der Anfänger bis hin zu den niedrigen Werten bei den Fahrern mit einem hohen Grad an Verkehrserfahrung. Auch das Minimum der Schuldquoten liegt nach wie vor bei durchschnittlich 13½ Jahren. Die zwischen beiden Auswertungen zu beobachtenden Unterschiede sind nur geringfügig. Wenn man berücksichtigt, daß sich die Schuldquote insgesamt um 3 Punkte verbessert hat, sind Veränderungen als Einfluß der Fahrpraxis kaum nachweisbar. Lediglich die ganz erfahrenen Verkehrspraktiker schneiden gegenüber früher deutlich besser ab, jedoch sind in diesen Gruppen die zugrundeliegenden absoluten Zahlen vergleichsweise gering.

4. Einfluß des Lebensalters

Wenn wir uns im folgenden Abschnitt mit dem Einfluß des Lebensalters auseinandersetzen, so steht im Hintergrund die Frage, ob sich die weit verbreitete Meinung bestätigen läßt, nach der die Jugendlichen die besonders unfallträchtigen Fahrer sind, oder ob sich dies als Vorurteil erweist. Erwartungsgemäß zeigen sich beträchtliche Unterschiede, wenn man die Schuldquoten nach dem Lebensalter differenziert.

Tabelle 5

Schuldquoten der an Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligten Kraftfahrer in Hamburg 1969 bis 1972 nach dem Lebensalter und der Art der Verkehrsbeteiligung

Lebensalter in Jahren	Alle Personenschadensunfälle					darunter: Unfälle mit 2 Beteiligten
	Fahrer von					Veränderung (Sp. 4 zu Sp. 5)
	Zweiradkraftfahrzeugen	Pkw, Kombi	sonstigen Kraftwagen	Kraftfahrzeugen insgesamt		
	1	2	3	4	5	6
unter 18	80	—	—	86	68	— 18
18 bis unter 21	77	127	168	119	103	— 16
21 " " 25	80	87	100	88	80	— 8
25 " " 35	74	69	83	71	69	— 2
35 " " 45	(75)	66	73	67	70	+ 3
45 " " 55	—	68	67	68	74	+ 6
55 " " 65	—	83	86	83	90	+ 7
65 und älter ..	—	141	(122)	135	150	+ 15
zusammen ...	77	77	83	77	77	0
ohne Angaben	—	106	100	108	264	+156
Insgesamt	80	78	84	79	81	+ 2

Schuldquoten, die aufgrund von weniger als 100 Unfallbeteiligten errechnet wurden, sind ausgepunktet. Zwischen 100 und 250 Unfallbeteiligten wurden die Schuldquoten in Klammern gesetzt.

Bestwerte für die Altersjahrgänge zwischen 25 und 55 Jahren

Betrachtet man zunächst einmal in Tabelle 5 nur die Pkw-Fahrer, die stets besondere Aufmerksamkeit verdienen, so ist zunächst auffällig, daß die Jugendlichen unter 21 Jahren in der Tat Schuldquoten aufweisen, die weit über dem allgemeinen Durchschnitt liegen. Läßt man einmal die sehr schwach besetzte Gruppe der unter 18jährigen aus dem Spiel — Jugendliche dieses Alters dürfen einen Pkw nur mit Sondergenehmigung fahren —, so entfallen bei den Jugendlichen zwischen 18 und 21 Jahren auf 100 Nichtschuldige nicht weniger als 127 Hauptverursacher. Die sich daraus ergebende Schuldquote ist um rund zwei Drittel höher als der Durchschnitt aller Pkw-Fahrer. Ein Vergleich durch die Altersjahrgänge hindurch zeigt bei den älteren Fahrern ein Absinken der Schuldquote bis hin zu den 35- bis 45jährigen. Von dieser Altersgrenze an steigen die Schuldquoten zunächst langsam wieder an. Bei den alten Pkw-Fahrern über 65 Jahren ergibt sich mit 141 dann jedoch eine so extrem hohe Schuldquote, daß damit die bisherigen Höchstwerte der Jugendlichen deutlich übertroffen werden. Es verdient noch hervorgehoben zu werden, daß die Werte für die mittleren Altersjahrgänge zwischen 25 und 55 Jahren kaum Unterschiede aufweisen. Mit den äußerst niedrigen Schuldquoten zwischen 66 und 69 verdienen sich diese Altersgruppen hinsichtlich ihres Schuldverhaltens Bestnoten.

Sehr ähnliche Abstufungen zwischen den Altersjahrgängen zeigen sich auch bei den Fahrern von Omnibussen, Lkw, Zugmaschinen und ähnlichen Fahrzeugen. Eine gewisse Modifizierung besteht insofern, als die Schuldquoten vor allem für die jüngeren Kraftfahrer doch deutlich höher liegen, als bei der zuvor besprochenen Gruppe von Pkw-Fahrern.

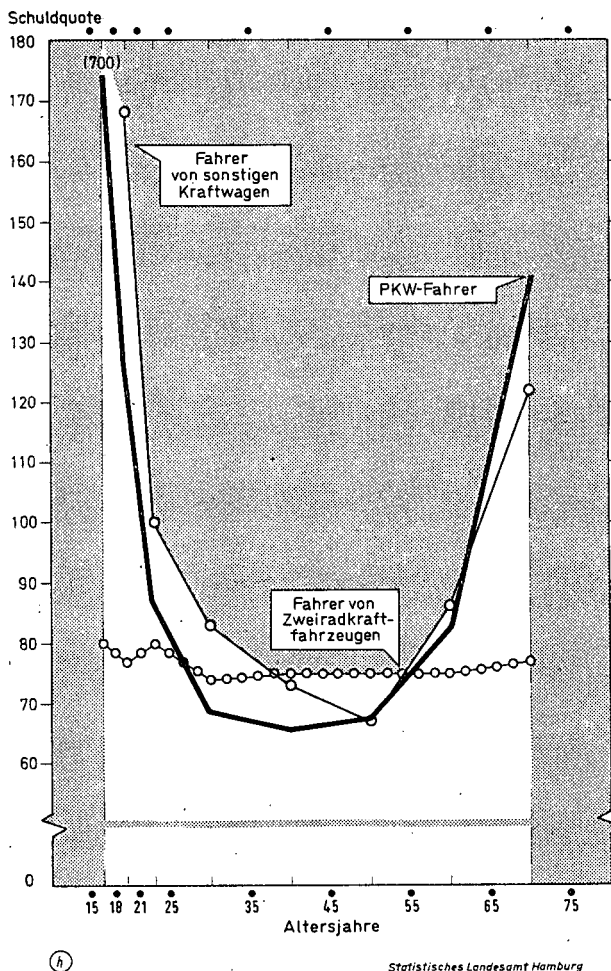
Überraschenderweise läßt sich dagegen bei den Fahrern von Zweiradkraftfahrzeugen so gut wie kein Einfluß des Lebensalters nachweisen. Die für die verschiedenen Altersstufen berechneten Schuldquoten pendeln ohne eigentliche Zielrichtung sehr geringfügig zwischen 74 und 80. Entgegen der weit verbreiteten Meinung ergeben sich hier hinsichtlich der Jugendlichen keine ungünstigen Werte; im Gegenteil, die unter 25jährigen Motorrad- und Mopedfahrer haben weitaus geringere Schuldquoten als ihre Altersgenossen, die andere Kraftfahrzeuge benutzen.

Die eben geschilderten Zusammenhänge zwischen Lebensalter und Höhe der Schuldquoten lassen sich auch gut aus dem beigefügten Schaubild 1 ablesen. Für die beiden Gruppen der Kraftwagenfahrer zeigt sich deutlich ein ausgeprägtes U-förmiges Verteilungsbild, während sich für die Fahrer von Zweiradkraftfahrzeugen fast eine gerade Linie ergibt, die darauf hindeutet, daß so gut wie kein Einfluß des Lebensalters nachweisbar ist.

Betrachtet man abschließend die Unfälle mit nur zwei Beteiligten, so ergeben sich im Vergleich zu allen Unfällen bei den Jugendlichen weitaus geringere

Schaubild 1

Schuldquoten der an Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligten Kraftfahrzeugführer in Hamburg nach dem Lebensalter und der Art der Verkehrsbeteiligung (Zusammengefaßte Angaben 1969 bis 1972)



gere Schuldquoten. Umgekehrt verhält es sich bei den älteren Kraftfahrern. Ähnlich wie im Abschnitt über die Fahrpraxis wird man auch hier folgern müssen, daß gerade die Jugendlichen bei den Alleinunfällen, aber auch bei Unfällen mit mehr als zwei Beteiligten besonders stark vertreten sind.

Zieht man ein erstes, vorläufiges Fazit, so scheint sich das gegen die Jugendlichen gerichtete Vorurteil zu bestätigen, zumal aus einer allerdings weit zurückliegenden Untersuchung bekannt ist, daß die unter 25jährigen auch überproportional zu ihrer Fahrleistung an Unfällen beteiligt sind⁹⁾. Trotzdem wird man sich die Frage überlegen müssen, ob die höheren Schuldquoten tatsächlich auf Eigenschaften wie Überschätzung der eigenen Fahrleistung, erhöhte Risikobereitschaft, mangelndes Verantwortungsbewußtsein zurückzuführen sind, also auf Eigenschaften, die man gemeinhin Jugendlichen häufiger zurechnet als älteren Personen, oder aber ob nicht vielmehr der Einfluß des Lebensalters überlagert wird von den Einflüssen mangelnder Fahrpraxis. Es besteht jedenfalls kein Zweifel darüber,

⁹⁾ Nach einer Sonderuntersuchung aus dem Jahre 1961 lag damals das Unfallrisiko der unter 25jährigen — gemessen an ihrer Fahrleistung — mehr als doppelt so hoch wie im Durchschnitt aller Kraftfahrer.

daß gerade die Jugendlichen fast ausschließlich Anfänger im Straßenverkehr sind. Auf diese Überlegung werden wir etwas später noch ausführlicher zurückkommen müssen, denn in dieser Untersuchung ist erstmals eine kombinierte Darstellung von Lebensalter und Fahrpraxis versucht worden.

Wesentlich eindeutiger lassen sich dagegen die hohen Schuldquoten der älteren Kraftfahrer auf altersbedingte Ausfallerscheinungen zurückführen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung lassen nämlich erkennen, daß in diesen Altersgruppen Anfänger nur noch in Ausnahmefällen auftauchen. Offenbar läßt sich zumindest bei einem Teil der älteren Kraftfahrer der physische Abbau nicht mehr durch die im Laufe der Jahre erworbene Verkehrserfahrung kompensieren. Die in letzter Zeit verstärkt geforderten Maßnahmen wie Sehtests im Alter, erneute Führerscheinprüfung für ältere Kraftfahrer finden in dem hier vorgelegten Zahlenmaterial durchaus eine quantitative Rechtfertigung. Es steht zu vermuten, daß diese Bestrebungen nicht unwesentlich zur Verkehrssicherheit beitragen, auch wenn derartige Schritte bei den Betroffenen sicherlich nicht auf allzuviel Gegenliebe stoßen dürften. Allerdings sollte man den Einfluß, der von den Altersgruppen mit den extrem hohen Schuldquoten auf das Unfallgeschehen in unserer Stadt ausgeht, auch nicht überschätzen. Sowohl die Jugendlichen als auch die alten Kraftfahrer sind zahlenmäßig weitaus geringer vertreten als die mittleren Altersjahrgänge. Immerhin entfallen auf die unfallbeteiligten jugendlichen Kraftfahrer unter 25 Jahren noch 21 % und auf die älteren Kraftfahrer über 55 11 % aller Unfallbeteiligten ⁹⁾.

Tabelle 6

Schuldquoten der an Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligten Kraftfahrer in Hamburg 1964 bis 1968 und 1969 bis 1972 nach dem Lebensalter

Lebensalter in Jahren	1964 bis 1968	1969 bis 1972	Veränderung absolut
	1	2	3
unter 18	82	86	+ 4
18 bis unter 21	112	119	+ 7
21 " " 25	93	88	- 5
25 " " 35	73	71	- 2
35 " " 45	67	67	0
45 " " 55	72	68	- 4
55 " " 65	93	83	- 10
65 und älter ..	149	135	- 14
zusammen ...	80	77	- 3
ohne Angaben	180	108	- 72
Insgesamt ...	83	79	- 4

Schuldquoten der Jugendlichen gegenüber früher gestiegen

Vergleicht man die Ergebnisse der beiden bisher erarbeiteten Untersuchungen (Tabelle 6), so ergibt sich, daß die Schuldquoten der jugendlichen Kraftfahrer unter 21 gegenüber früher gestiegen sind. Bei allen anderen Altersgruppen waren sie dagegen zum Teil erheblich rückläufig. Dieser Tatbestand

⁹⁾ Der Anteil der Jugendlichen unter 18 Jahren betrug dabei 1,1 %, der zwischen 18 und 21 Jahren 6,7 % und der zwischen 21 und 25 Jahren 13,3 %. Bei den älteren Kraftfahrern entfielen 2,7 % auf die über 65jährigen und 8,0 % auf die Altersjahrgänge zwischen 55 und 65 Jahren.

konnte insofern nicht erwartet werden, als wir beim Zeitvergleich der Ergebnisse hinsichtlich der Fahrpraxis festgestellt hatten, daß die Anfänger der ersten beiden Praxisjahre gegenüber früher nicht ungünstiger abgeschnitten, sondern sich im Gegenteil um einige Punkte verbessert hatten. Es wäre also zu vermuten gewesen, daß wegen des engen Zusammenhangs zwischen Lebensalter und Fahrpraxis auch die Schuldquoten der Jugendlichen gesunken wären statt umgekehrt zu steigen. Eine genauere Analyse nach der Art der Verkehrsbeteiligung zeigt aber, daß der Anstieg fast ausschließlich auf die Fahrer von Zweiradkraftfahrzeugen und von schweren Lkw und Omnibussen zurückzuführen war und daß bei den jugendlichen Pkw-Fahrern — ein allerdings ganz geringfügiges — Absinken der Schuldquoten zu beobachten war. ¹⁰⁾ Eine eindeutige Aussage anhand der Globalzahlen ist daher nicht möglich, da die einzelnen Altersgruppen im Hinblick auf die Art ihrer Verkehrsbeteiligung zu unterschiedlich zusammengesetzt sind.

Unterschiede in der Altersstruktur der Schuldquoten weitgehend durch Fahrpraxis bestimmt

Nachdem nun schon verschiedentlich angedeutet wurde, daß die starken Unterschiede in der Altersstruktur der Schuldquoten in beträchtlichem Umfang durch unterschiedliche Verkehrserfahrungen bedingt sein können, ist es an der Zeit, diesen Zusammenhängen quantitativ nachzugehen. Tabelle 7 gibt daher in einer kombinierten Darstellung Auskunft über den Einfluß von Lebensalter und Fahrpraxis. Aus technischen Gründen sind dabei die Größenklassen nach der Dauer des Führerscheinbesitzes geringfügig anders abgegrenzt worden als in den vorher besprochenen Tabellen, ohne daß dies Einfluß auf die Aussagefähigkeit der Ergebnisse hätte. Angemerkt sei noch, daß eine verhältnismäßig große Zahl von Unfallbeteiligten (ca. 13 %) in dieser Tabelle nicht aufgliedert werden konnten, da bei ihnen entweder das Lebensalter und/oder das Ausstellungsjahr des Führerscheins nicht ermittelt werden konnte. Da hier von zwei relativ weit gefächerten Merkmalen ausgegangen wird, macht sich negativ bemerkbar, daß das insgesamt zur Verfügung stehende Zahlenmaterial zu gering ist, um für alle Kombinationsgruppen gesicherte Aussagen zu ermöglichen. Das ist natürlich um so bedauerlicher, als hiervon gerade die relativ schwach vertretenen Randgruppen der Jugendlichen und der älteren Kraftfahrer betroffen werden. Es sei auch noch darauf hingewiesen, daß das Material wesentlich aussagefähiger wäre, wenn hier statt der Kraftfahrer insgesamt nur die Pkw-Fahrer hätten dargestellt werden können. Gerade bei den Jugendlichen sind in der Gesamtzahl der Kraftfahrer nämlich zwei annähernd gleichgewichtig starke Gruppen zusammengefaßt. Dabei weisen die Fahrer von Zweiradkraftfahrzeugen gegenüber den Pkw-Fahrern ein wesentlich geringeres Schuldquotenniveau auf. Bei nahezu allen anderen Altersjahrgängen spielen dagegen die Fahrer von Motorrädern und Mopeds so gut wie keine Rolle. Leider müssen diese Unschärfen

¹⁰⁾ Nimmt man allein die Pkw-Fahrer, so sank die Schuldquote der Jugendlichen zwischen 18 und 21 Jahren zwischen den beiden Untersuchungen um einen Punkt (von 128 auf 127).

Tabelle 7

**Schuldquoten der an Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligten Kraftfahrer in Hamburg
1969 bis 1972 nach dem Lebensalter und der durchschnittlichen Dauer des Führerscheinesbesitzes**

Durchschnittliche Dauer des Führerscheinesbesitzes in Jahren	Lebensalter										insgesamt
	unter 18	18 bis unter 21	21 bis unter 25	25 bis unter 35	35 bis unter 45	45 bis unter 55	55 bis unter 65	65 und älter	zusammen	ohne Angabe	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
0,5	74	145	136	134	122	(128)	.	.	127	.	127
1,5	53	109	131	110	118	121	(135)	.	112	.	112
2,5	97	91	85	103	103	(78)	.	92	.	92
3,5	(122)	79	79	77	83	(88)	.	81	.	81
4,5	68	76	77	86	(93)	.	75	.	75
7,5	65	62	66	70	90	170	66	.	66
15	51	54	59	78	130	59	.	58
25	55	56	92	(123)	68	.	68
35	61	70	146	81	.	81
40	80	155	116	.	112
zu- sammen	64	113	84	68	66	67	83	138	75	(45)	75
ohne Angabe	(146)	171	130	109	82	70	68	(97)	105	111	107
Insgesamt	76	119	88	71	67	67	82	135	77	107	78

Schuldquoten, die aufgrund von weniger als 100 Unfallbeteiligten errechnet wurden, sind ausgepunktet. Zwischen 100 und 250 Unfallbeteiligten wurden die Schuldquoten in Klammern gesetzt.

in Kauf genommen werden, da bei einer Einschränkung des Zahlenmaterials allein auf die Pkw-Fahrer bei den Randverteilungen in noch stärkerem Ausmaß die Gefahr zu kleiner Zahlen in Erscheinung getreten wäre. Es ist aber vorgesehen, daß die Daten in der Gliederung der Tabelle 7 auch für die Pkw-Fahrer allein berechnet werden. Zu einem späteren Zeitpunkt wird es dann möglich sein, durch Zusammenfassung der Ergebnisse für einen längeren Zeitraum die hier vorgelegte Untersuchung in diesem wichtigen Punkt zu ergänzen und damit wesentlich verbesserte Aussagen zu ermöglichen.

Tabelle 7 läßt jedoch auch in dieser Form einige wesentliche Aufschlüsse erkennen:

— Erstens zeigt sich, daß in allen Altersklassen einheitlich mit wachsender Fahrpraxis die Schuldquoten sinken. Die geringsten Schuldquoten ergeben sich im Prinzip immer bei der in den jeweiligen Altersjahrgängen größtmöglichen Fahrpraxis. Lediglich bei den älteren Kraftfahrern steigen die Schuldquoten am Schluß wieder leicht an. Hier dürften sich insofern Alterseinflüsse bemerkbar machen, als vermutlich Fahrer mit ungewöhnlich langer Fahrpraxis auch innerhalb ihrer Altersklasse, die ja immerhin 10 Jahre umfaßt, jeweils älter sind als weniger verkehrserfahrene Kollegen.

— Die wichtigste Erkenntnis liegt aber darin, daß zwischen den Verkehrsteilnehmern mit gleicher Fahrpraxis die Schuldquoten in der Differenzierung nach dem Lebensalter nur noch wesentlich geringere Unterschiede aufweisen. Das bedeutet, daß in der Tat der größte Teil der starken Abstufungen, wie sie in der Betrachtung allein des Lebensalters (Tabelle 5) sichtbar wurden, darauf zurückzuführen ist, daß die

mit hohen Schuldquoten belasteten Anfänger einen unterschiedlich starken Anteil in der jeweiligen Altersgruppe ausmachen.

— Allerdings — und diese Tatsache darf doch nicht übersehen werden — bleiben altersmäßige Unterschiede nach wie vor erkennbar, auch wenn sie nur in stark abgeschwächter Form auftreten und mit gewissen Unregelmäßigkeiten behaftet sind. Die leistungsfähigsten Altersgruppen liegen unzweideutig zwischen 25 und 45 Jahren. Für fast alle Fahrpraxisgrößenklassen liegt das Schuldquotenminimum bei diesen Altersjahrgängen. Bemerkenswerterweise läßt sich deutlich erkennen, daß die jüngeren ebenso wie die älteren Kraftfahrer gerade bei den Anfängern erheblich höhere Schuldquoten aufweisen. Bei den Fahrern unter 25 Jahren ist das bis zu einer Fahrpraxis von durchschnittlich zweieinhalb Jahren auffallend. Dabei wird man davon ausgehen müssen, daß bei ihnen die Schuldquoten in den einzelnen Fahrpraxisgrößenklassen noch wesentlich höher ausfallen würden, wenn man von den Pkw-Fahrern allein ausgeht. Die Zusammensetzung der jugendlichen Kraftfahrer zeigt einen erheblichen Anteil an Fahrern von Motorrädern und Kleinkrafträdern, deren Schuldbilanz wesentlich günstiger aussieht.

Aber auch für die Kraftfahrer mit einem Lebensalter von über 45 Jahren liegen die Schuldquoten erkennbar höher. Bei den Fahrern zwischen 45 und 55 Jahren gilt das zwar nur für Fahrer mit einer relativ geringen Fahrpraxis (bis zu viereinhalb Jahren), für die über 55jährigen sind dagegen stets wesentlich höhere Schuldquoten nachweisbar, gleichgültig auf eine wie lange Verkehrsroutine sie zurückgreifen können. Weitere Einzelheiten mögen der Tabelle direkt entnommen werden.

5. Schuldquoten für männliche und weibliche Kraftfahrer

Wenden wir uns zum Abschluß dieser Untersuchung der Frage zu, ob sich im Schuldverhalten der männlichen und weiblichen Kraftfahrer Unterschiede erkennen und worauf sich diese zurückführen lassen. Um Fehlinterpretationen der folgenden Zahlen zu vermeiden, sei jedoch der Hinweis wiederholt, daß diese Fragestellung nicht identisch ist mit dem ebenso beliebten wie umstrittenen Diskussionsthema, ob Frauen bessere Autofahrer sind oder nicht. Hierzu wäre eine exakte Kenntnis der jährlichen Fahrleistung erforderlich, um so eine Bezugsgrundlage für die quantitative Beteiligung der Frauen am Straßenverkehr zu gewinnen.

Generell wesentlich höhere Schuldquoten der Frauen

Aus Tabelle 8 läßt sich entnehmen, daß von den knapp 76 600 unfallbeteiligten Kraftfahrern ¹¹⁾ der Jahre 1969 bis 1972 knapp 9 600 Frauen waren, was einem durchschnittlichen Anteil von 12,5 % entspricht. Damit ist die Unfallbeteiligung der Frauen gegenüber dem Untersuchungszeitraum der ersten Arbeit (1964 bis 1968) beträchtlich angestiegen. Damals entfiel auf die weiblichen Kraftfahrer nur ein Anteil von 8,7 %. Aus der Aufgliederung nach einzelnen Jahren wird zusätzlich deutlich, daß die Quote der unfallbeteiligten Frauen kontinuierlich angestiegen ist und zwar von 11,1 % (1969) auf immerhin 13,8 % im Jahre 1972. Nun wissen wir aber aus der Statistik der Führerscheinerteilungen, daß Frauen bereits seit geraumer Zeit in immer stärkerem Ausmaß mit Erfolg Führerscheinprüfungen absolvieren und damit die Berechtigung erwerben, am motorisierten Straßenverkehr teilzunehmen. Betrachtet man allein die Gruppe der Pkw-Fahrer, so stellen seit Mitte der sechziger Jahre die Frauen bereits ein größeres Kontingent bei den Ersterteilungen als die Männer ¹²⁾. Man wird also vermuten können, daß die relativ starke Erhöhung der Unfallbeteiligung der Frauen heute auch ihrer stärkeren Beteiligung am motorisierten Fahrverkehr entspricht.

¹¹⁾ Ohne die Unfallbeteiligten, die nicht nach dem Geschlecht aufgliedert werden konnten (z. B. bei Unfallflucht).

¹²⁾ Vgl. Erteilung und Entziehung von Führerscheinen in Hamburg 1960 bis 1972 in Hamburg in Zahlen, Februar-Heft 1974.

Allerdings zeigt Tabelle 8 auch, daß in allen Jahren der Anteil der Frauen bei den Hauptverursachern eines Unfalls stets deutlich höher lag als ihrer Unfallbeteiligung. Für den gesamten Untersuchungszeitraum galt, daß auf weibliche Kraftfahrer ein Anteil von 13,8 % der Hauptverursacher von Unfällen entfiel, gegenüber 12,5 % bei Zugrundelegung der Unfallbeteiligung. Auf der Basis dieser Zahlen verwundert es nicht, daß die Schuldbilanz der weiblichen Kraftfahrer wesentlich ungünstiger aussieht als die ihrer männlichen Kollegen. Während im Gesamtdurchschnitt auf 100 Nichtschuldige bei den Männern „nur“ 75 Hauptverursacher entfielen, waren es bei den Frauen 93.

Die Schuldquote der Frauen liegt damit um ziemlich genau ein Viertel höher als die der Männer. Damit haben sich gegenüber der ersten Untersuchung keinerlei Veränderungen ergeben. Die beträchtlichen Unterschiede lassen sich in nahezu gleichem Umfang in sämtlichen Jahren seit 1964 nachweisen. Allerdings sieht es so aus, als wenn die Schuldquote der Frauen in dieser Untersuchungsperiode doch eine sinkende Tendenz aufweist, während die der Männer um den Mittelwert von 75 herum pendelt. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob sich diese Tendenzen in der Zukunft bestätigen werden, oder ob es sich hier um Zufallseinflüsse handelt, die aufgrund der relativ geringen Besetzungszahlen bei den weiblichen Kraftfahrern immer eine gewisse Rolle spielen werden.

Eine Differenzierung der Schuldquoten für männliche und weibliche Kraftfahrer nach dem Lebensalter zeigt keine wesentlichen Unterschiede in den altersmäßigen Abstufungen, wenn man einmal davon absieht, daß das Schuldquotenniveau bei den Frauen im Mittel knapp 20 Punkte höher liegt (Tabelle 9). Hier werden im Prinzip genau dieselben Grundzüge der Verteilung sichtbar, wie wir sie weiter oben bereits für die Gesamtheit der Kraftfahrer besprochen haben. Angemerkt sei noch, daß die für die weiblichen Kraftfahrer insgesamt geltenden Schuldquoten nahezu identisch sind mit denen für Pkw-Fahrerinnen. Das ist jedoch insofern nicht weiter verwunderlich, als innerhalb der Gruppe der weiblichen Kraftfahrer nicht weniger als 97 % einen Pkw benutzen. Bei den Männern sind jedoch die Unterschiede zwischen den

Tabelle 8

Unfallbeteiligte und -verursachende Kraftfahrer bei Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden in Hamburg 1964 bis 1968 und 1969 bis 1972 nach dem Geschlecht

Jahr	Unfallbeteiligte Kraftfahrer				darunter: Hauptverursacher				Auf 100 Nichtschuldige entfielen . . . Hauptverursacher	
	insgesamt	davon			insgesamt	davon			Männer	Frauen
		Männer	Frauen			Männer	Frauen			
		Anzahl	Anzahl	% von Spalte 1		Anzahl	Anzahl	% von Spalte 5		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1969	17 431	15 490	1 941	11,1	7 503	6 555	948	12,6	73	95
1970	19 882	17 576	2 306	11,6	8 628	7 515	1 113	12,9	75	93
1971	19 316	16 750	2 566	13,3	8 531	7 289	1 242	14,6	77	94
1972	19 983	17 218	2 765	13,8	8 751	7 441	1 310	15,0	76	90
1969-1972	76 612	67 034	9 578	12,5	33 413	28 800	4 613	13,8	75	93
dagegen: 1964-1968	83 126	75 864	7 262	8,7	36 975	33 376	3 599	9,8	75	93

Tabelle 9

Schuldquoten der an Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligten Kraftfahrer in Hamburg 1969 bis 1972 nach dem Lebensalter und Geschlecht

Lebensalter	Kraftfahrzeuge			darunter: Pkw u. Kombi		
	insgesamt	davon		insgesamt	davon	
		Männer	Frauen		Männer	Frauen
	1	2	3	4	5	6
unter 18	86	86				
18 bis unter 21	119	117	140	127	124	143
21 " " 25	88	85	114	87	83	113
25 " " 35	71	69	84	69	67	83
35 " " 45	67	64	88	66	63	87
45 " " 55	68	66	80	68	65	80
55 " " 65	83	80	107	83	80	108
65 und älter ..	135	134	(145)	141	140	(151)
zusammen ...	77	75	93	77	74	93
ohne Angaben	108			106		
Insgesamt	79			78		

Schuldquoten, die aufgrund von weniger als 100 Unfallbeteiligten errechnet wurden, sind ausgepunktet. Zwischen 100 und 250 Unfallbeteiligten wurde die Schuldquote in Klammern gesetzt.

Kraftfahrern insgesamt und den Fahrern von Pkw und Kombis etwas größer, da der Anteil der zuletzt genannten Gruppe „nur“ 82 % beträgt. Insgesamt läßt sich jedoch festhalten, daß keine altersspezifischen Unterschiede in den Schuldquoten männlicher und weiblicher Kraftfahrer nachweisbar sind.

Höhere Schuldquoten der Frauen zumindest teilweise durch geringere Verkehrserfahrung bedingt

Nun wird man sich auch hier mit der Frage auseinandersetzen müssen, ob nicht die unterschiedlich hohen Schuldquoten zwischen männlichen und weiblichen Kraftfahrern darauf zurückzuführen sind, daß unter den Frauen in wesentlich höherem Umfang Anfänger vertreten sind, so daß die vermeintlich ge-

Tabelle 10

Schuldquoten der an Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligten Kraftfahrer in Hamburg 1969 bis 1972 nach der Dauer des Führerscheinesbesitzes und dem Geschlecht

Durchschnittliche Dauer des Führerscheinesbesitzes in Jahren	Kraftfahrzeuge			darunter: Pkw u. Kombi		
	insgesamt	davon		insgesamt	davon	
		Männer	Frauen		Männer	Frauen
	1	2	3	4	5	6
0,5	127	124	151	140	137	152
1,5	112	108	135	121	117	137
2,5	92	89	108	93	90	108
3,5	81	80	86	81	80	86
4,5	75	73	90	75	72	89
5,5	71	70	76	70	69	76
8,5	64	62	80	63	60	80
13,5	58	57	71	57	55	71
21	62	62	70	62	62	69
31	75	71		74	71	
41	100	100		102	102	
zusammen	75	73	92	75	72	92
ohne Angaben ..	109			106		
Insgesamt	79			78		

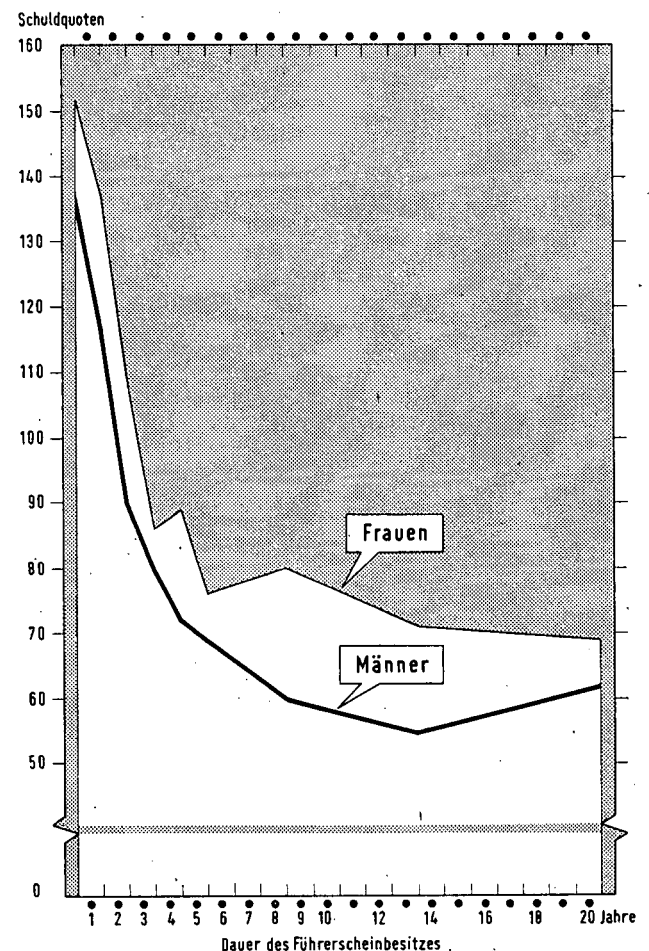
Schuldquoten, die aufgrund von weniger als 100 Unfallbeteiligten errechnet wurden, sind ausgepunktet.

schlechtsspezifischen Unterschiede vielmehr Ausdruck unterschiedlicher Verkehrserfahrung sind. Diese Vermutung wird zunächst einmal unterstützt durch die Tatsache, daß bei den Frauen die Anfängerquote wesentlich höher liegt als bei den Männern. Rechnet man einmal zur Abgrenzung alle Kraftfahrer mit einer durchschnittlichen Fahrpraxis bis zu maximal zweieinhalb Jahren zu den Neulingen im Straßenverkehr, so entfielen bei den Frauen auf diese Gruppe immerhin 30,2 %, während es bei den Männern nur 23,6 % waren. Um diesen Zusammenhängen etwas genauer nachgehen zu können, sind in Tabelle 10 die Schuldquoten für Männer und Frauen nach der Dauer des Führerscheinesbesitzes aufgegliedert. Dabei zeigt sich auch hier, daß nur geringe Unterschiede zwischen den jeweiligen Verteilungen für die Kraftfahrer insgesamt und für die Pkw-Fahrer bestehen. Wir können uns daher auf die Darstellung für die homogenere Gruppe der Fahrer von Personenkraftwagen beschränken.

Aus Tabelle 10 läßt sich ablesen, daß die Schuldquoten der Frauen in allen Fahrpraxisgrößenklassen deutlich über denen der männlichen Kraftfahrer liegen. Das aber bedeutet zunächst einmal, daß unfallbeteiligte Frauen unabhängig von der Dauer des Führerscheinesbesitzes häufiger Schuld an Personen-

Schaubild 2

Schuldquoten der an Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden beteiligten Pkw-Fahrer in Hamburg nach der Dauer des Führerscheinesbesitzes und dem Geschlecht (Zusammengefaßte Angaben 1969 bis 1972)



Statistisches Landesamt Hamburg



schadensunfällen tragen als Männer. Ihre höhere Schuldquote läßt sich offenbar nicht ausschließlich auf die höheren Anfängerquoten zurückführen.

Trotzdem wird man vermutlich nicht ohne weiteres behaupten können, daß damit bewiesen sei, daß die erheblichen Unterschiede im Schuldverhalten geschlechtsspezifisch sind. Man wird sich nämlich ernsthaft fragen müssen, ob nicht die Dauer des Führerscheinbesitzes als Gradmesser der Fahrpraxis zwar bei den Männern hinlänglich gute Ergebnisse bringt, bei den weiblichen Kraftfahrern dagegen als Maßstab versagt.

Bekanntlich wird von einer Vielzahl von weiblichen Führerscheininhabern die vorhandene Fahrerlaubnis nur gelegentlich ausgenutzt. Es kommt wahrscheinlich häufig vor, daß Frauen mit „langjährigen“ Führerscheinen so gut wie keine, vor allem aber keine regelmäßige Fahrpraxis besitzen, weil der Haushalt nur über einen Pkw verfügt, der in aller Regel vom Ehemann gefahren wird. Umgekehrt ist dieser Fall dagegen kaum denkbar. Bei den männlichen Kraftfahrern wird fast immer die Fahrpraxis proportional zur Dauer des Führerscheinbesitzes ansteigen. So ist

es denn auch kein Wunder, daß aus anderen statistischen Erhebungen hervorgeht, daß die durchschnittliche Fahrleistung der Männer wesentlich höher liegt als die der Frauen¹³⁾. Man wird also generell unterstellen können, daß bei gleicher Dauer des Führerscheinbesitzes Männer über wesentlich größere Verkehrspraxis verfügen. Leider gibt es kein aktuelles Zahlenmaterial, um abschätzen zu können, um wieviel höher heute die Fahrerfahrung der Männer ist.

Sch a u b i l d 2 zeigt zum Abschluß grafisch die Unterschiede in den Schuldquoten männlicher und weiblicher Pkw-Fahrer in der Abstufung nach Fahrpraxisgrößenklassen¹⁴⁾. Sieht man von zufallsbedingten Unregelmäßigkeiten ab, so ergeben sich keine allzu großen Differenzen; sondern zwei weitgehend ähnliche Kurvenverläufe auf unterschiedlichem Niveau.

Hans-Eckhard Stegen

¹³⁾ So ergab die schon erwähnte Sonderuntersuchung anhand des Zahlenmaterials der Volkszählung 1961, daß die Fahrleistung der Männer zweieinhalb mal so hoch war wie die der Frauen. Auch wenn diese Unterschiede mittlerweile geringer geworden sind, werden sie auch heute noch beträchtlich sein.

¹⁴⁾ Wegen zu geringer Besetzungszahlen wurden jedoch nur die Werte für Pkw-Fahrer bis zu einer durchschnittlichen Fahrpraxis von 21 Jahren berücksichtigt.

Die Entwicklung des Gastgewerbes in Hamburg 1970 bis 1973

Die Ergebnisse der Gastgewerbestatistik mit dem Basisjahr 1970 zeigen ein stetiges Wachstum der Umsätze dieses Gewerbes insgesamt, das in erster Linie von der Entwicklung bei den Gast- und Speisewirtschaften und bei den Hotels getragen wird. Im jahreszeitlichen Ablauf ist für das hamburgische Gastgewerbe typisch, daß in der Hauptreisezeit die Umsätze nicht nur im Gaststättengewerbe stark absinken, sondern auch im Beherbergungsgewerbe zurückgehen. Die Entwicklung der Beschäftigung weist einen Rückgang der Vollbeschäftigtenzahl auf, während die Anzahl der Teilbeschäftigten zugenommen hat.

Mit dem folgenden Beitrag wird ein Überblick über die Entwicklung des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (Gastgewerbe) in Hamburg in den Jahren 1970—1973 gegeben. Als Kriterium zur Beurteilung des Wirtschaftsablaufs dienen die beiden Erhebungsmerkmale der monatlichen Statistik, nämlich Umsatz und Beschäftigte. Einige methodische Erläuterungen befinden sich am Schluß dieses Beitrages.

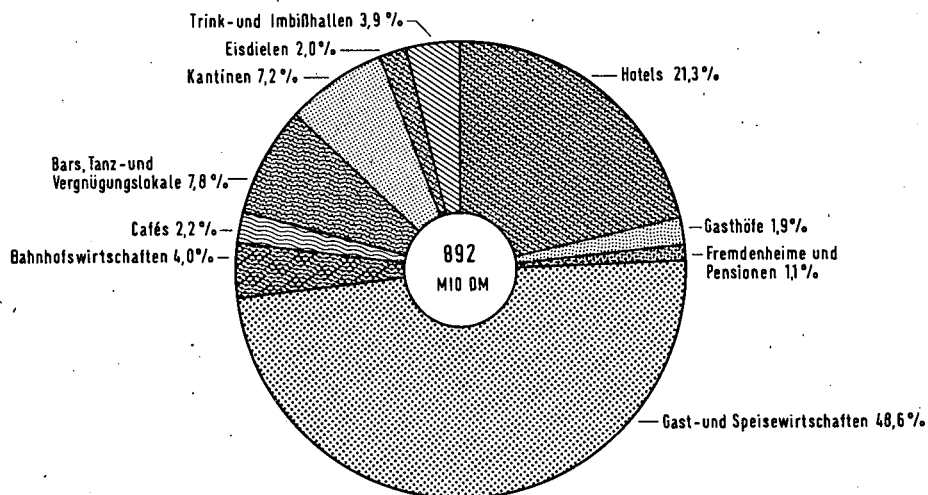
Stetiges Umsatzwachstum im Gastgewerbe

Bevor die Entwicklung im Gastgewerbe verfolgt werden soll, ist es nützlich, sich ein Bild über die Struktur dieses Dienstleistungsbereiches zu machen. Hierzu dienen die Angaben für das Jahr 1973 der Spalten 4 und 5 der T a b e l l e 1. In Spalte 4 sind für die verschiedenen Betriebsarten die Jahresumsätze zur

Beurteilung ihres absoluten wirtschaftlichen Gewichts aufgeführt, während ihre relativen Anteile am Gastgewerbe insgesamt an den Prozentzahlen der Spalte 5 abzulesen und im S c h a u b i l d 1 dargestellt sind. Auf den ersten Blick wird ersichtlich, daß mehr als drei Viertel des gesamten Umsatzes im Gaststättengewerbe erzielt wird, und hier zu zwei Dritteln allein von den Gast- und Speisewirtschaften. Die übrigen Anteile verteilen sich mit nur 2 % bis fast 8 % ziemlich gleichmäßig auf die sechs anderen Betriebsarten des Gastgewerbes. Hier ist anzumerken, daß es sich bei diesen um recht homogene Wirtschaftsklassen handelt im Vergleich zu den Gast- und Speisewirtschaften, deren vielseitige Ausprägungen sich in den verschiedensten Erscheinungsformen manifestieren. So werden hier einfachste Bierkneipen ebenso erfaßt wie gutbürgerliche Lokale und Luxusrestaurants für höchste Ansprüche und mit internationalem Ruf.

Schaubild 1

Die Umsatzstruktur des Gastgewerbes in Hamburg 1973



Statistisches Landesamt Hamburg

Das Beherbergungsgewerbe ist vom Umsatz her gesehen nahezu den Hotels gleichzusetzen, da diese fast 90 % des Umsatzes dieses Gewerbebezweiges erwirtschaften. Die Leistungen der Gasthöfe sowie der Fremdenheime und Pensionen fallen nicht ins Gewicht. Die Hotels und Gast- und Speisewirtschaften, die zusammen 70 % des Gastgewerbeumsatzes er-

Bei der Betrachtung der Entwicklung, die am Umsatz gemessen werden soll, kann man drei Kategorien unterscheiden: Starkes Umsatzwachstum, etwas geringere Umsatzzunahme und schließlich Stagnation oder sogar Rückgang. Zu den Branchen mit starker Umsatzzunahme gehören in erster Linie die beiden bedeutendsten, nämlich die Hotels sowie die Gast- und Speisewirtschaften, aber auch die Eisdieleen und die Trink- und Imbißhallen. Bei den Eisdieleen hat sich der Umsatz für 1973 gegenüber 1970 als Basisjahr sogar fast um die Hälfte erhöht. Ein geringeres Wachstum weisen die Gasthöfe, Bahnhofswirtschaften und Kantinen auf. Zu den Branchen mit ungünstiger wirtschaftlicher Entwicklung sind die Fremdenheime und Pensionen, Cafés sowie Bars, Tanz- und Vergnügungslokale zu zählen. Für das Gastgewerbe insgesamt ist die Bilanz jedoch positiv, da der Umsatz sich im Zeitraum von drei Jahren immerhin um ein Viertel auf fast 900 Mio DM erhöht hat.

Tabelle 1

Die Entwicklung des Umsatzes im Gastgewerbe 1970 bis 1973 sowie seine Struktur 1973 nach Wirtschaftsklassen (Monatsdurchschnitt 1970 = 100)

Wirtschaftsgliederung	1971		1972		1973	
	Meßzahlen			Umsatz in Mio DM	%	
	1	2	3			4
Beherbergungsgewerbe	104,5	114,8	133,6	216,6	24,3	
davon						
Hotels	105,1	116,9	138,1	190,3	21,3	
Gasthöfe	104,9	108,9	111,7	16,6	1,9	
Fremdenheime und Pensionen	94,9	93,1	102,3	9,7	1,1	
Gaststättengewerbe ..	104,4	111,5	123,2	675,2	75,7	
davon						
Gast- und Speisewirtschaften	103,3	111,4	126,9	433,3	48,6	
Bahnhofswirtschaften	101,7	104,6	110,1	35,8	4,0	
Cafés	99,0	103,2	98,9	19,7	2,2	
Bars, Tanz- und Vergnügungslokale	108,3	103,9	103,6	69,9	7,8	
Kantinen	106,0	124,7	128,8	63,9	7,2	
Eisdieleen	107,6	119,8	149,5	17,9	2,0	
Trink- und Imbißhallen	111,3	119,5	137,0	34,7	3,9	
Gastgewerbe insgesamt	104,4	112,3	125,5	891,8	100	

Die Hälfte der Umsätze im Beherbergungsgewerbe aus Verpflegung

Um einen Überblick über den gesamten Umfang der durch Verpflegung erzielten Umsätze zu erlangen, sind auch die diesbezüglichen Leistungen des Beherbergungsgewerbes zu berücksichtigen neben denen des gesamten Gaststättengewerbes. Diesem Zweck dient die Aufteilung des Umsatzes des Beherbergungsgewerbes in Übernachtungs- und Verpflegungsumsatz in der Tabelle 2. Die Prozentangaben der Spalten 3 und 5 ergänzen sich nicht zu 100 Prozent, da in einzelnen Betrieben besondere Leistungen angeboten und berechnet werden (z. B. Einnahmen aus Garagenvermietung und aus Verpachtung von Räumen für Einzelhandelsgeschäfte und Kantinen u.a.m.). Bei den Hotels ist festzustellen, daß beide Umsatzarten etwa gleich groß sind. Die Übernachtungsumsätze müßten definitionsgemäß überwiegen; einige Betriebe wurden jedoch den Hotels zugeordnet, obwohl der Verpflegungsumsatz überwog, da bei diesen der Charakter des Hotels eine Zuordnung zu den

zielen, bestimmen also überwiegend die Entwicklung im Gastgewerbe insgesamt und damit auch die entsprechenden Meßzahlen. Positive oder negative Trends in den übrigen Branchen haben nur geringe Auswirkungen auf das Gesamtergebnis, zumal sie sich zum Teil gegenseitig aufheben.

Gasthöfen (Schwerpunkt in der Verpflegung) nicht zuließ. Hierzu rechnen einige bekannte große Häuser mit erheblichen Einnahmen aus dem Gaststätten- und insbesondere aus dem Saalgeschäft. Bei den Gasthöfen ist das Verhältnis beider Umsatzarten zueinander beinahe umgekehrt im Vergleich zu den Fremdenheimen und Pensionen. Per Saldo ist für das Beherbergungsgewerbe insgesamt der Verpflegungsumsatz etwas größer als der Übernachtungsumsatz.

Tabelle 2
Die Struktur des Umsatzes im Beherbergungsgewerbe 1973

Wirtschaftsklasse	Umsatz insgesamt	darunter			
		Übernachtungsumsatz		Verpflegungsumsatz	
	In Mio DM	In % v. Sp. 1	In Mio DM	In % v. Sp. 1	
Hotels	190	82	43	96	50
Gasthöfe	17	2	13	14	84
Fremdenheime und Pensionen	10	8	85	1	14
Beherbergungsgewerbe insgesamt ...	217	92	43	111	51

Zur Hauptreisezeit Umsatztieft im Gaststättengewerbe

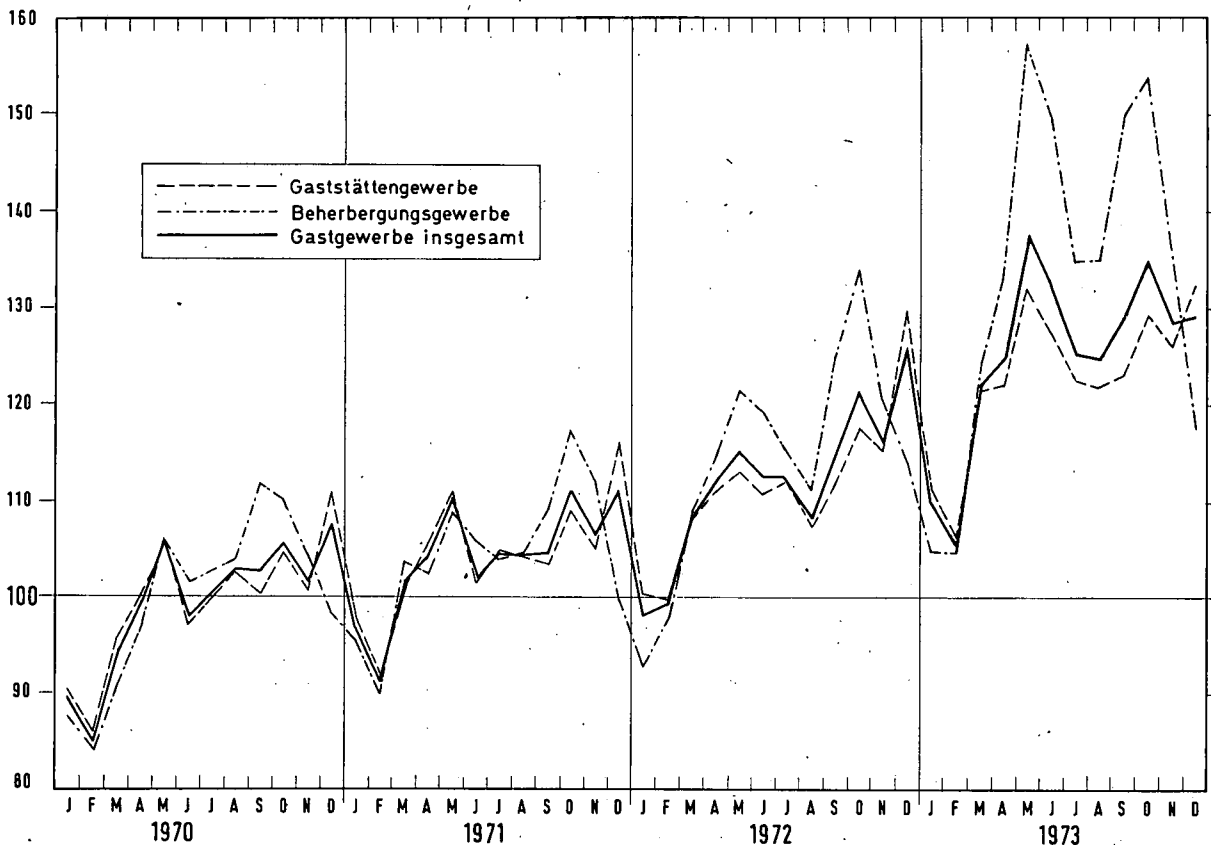
Im Schaubild 2 sind die Umsatzmeßzahlen für die einzelnen Monate der vier Jahre 1970 bis 1973 eingetragen. Aus der Darstellung der Entwicklung

des Beherbergungsgewerbes und des Gastgewerbes insgesamt sind die saisonalen Einflüsse der beiden Teilbereiche und der Gesamtheit zu erkennen. Ferner ist ersichtlich, daß das Beherbergungsgewerbe wegen seines geringeren umsatzmäßigen Gewichts nur wenig Einfluß auf das gesamte Gastgewerbe hat. Wegen der besonders günstigen Entwicklung dieses Teilbereiches im letzten Jahr wird dies bei der Betrachtung des Schaubilds sehr deutlich; die Kurve für das Sommerhalbjahr liegt weit über dem Durchschnitt des gesamten Gastgewerbes, der wiederum nur geringen Abstand zum Gaststättengewerbe aufweist.

Die saisonalen Abläufe sind erwartungsgemäß in allen vier Jahren gleichförmig. Sie sind gekennzeichnet durch ein Absinken der Umsätze im Januar und Februar in beiden Sparten des Gastgewerbes, dem ein ziemlich gleichförmiger Anstieg folgt, der regelmäßig im Mai als erstem Höhepunkt im Jahr seinen Abschluß findet. Daran schließt sich in den Sommermonaten Juni, Juli und August ein starker Rückgang an. Da sich hier die Zahlen für das Gaststättengewerbe tiefer nach unten bewegen, trennen sich nun die Entwicklungslinien beider Bereiche zueinander. Aus dem Sommertief erfolgt für beide ein steiler Anstieg, der zumeist im Oktober kulminiert. Für das Beherbergungsgewerbe ist damit der Höhepunkt überschritten; zum Jahresende hin sinken die Umsätze rapide ab. Für das Gaststättengewerbe dagegen kommt im Dezember mit den Weihnachtsfeier-

Schaubild 2

Meßzahlen für die jahreszeitliche Entwicklung der Umsätze im Gastgewerbe 1970 bis 1973
(Monatsdurchschnitt 1970 = 100)



Statistisches Landesamt Hamburg

(N)

tagen und Silvester erst das eigentliche Jahresgeschäft mit den regelmäßig höchsten Umsätzen des ganzen Jahres.

Die hier geschilderten Abläufe lassen zumindest einen wichtigen Schluß zu: Hamburgs Beherbergungsgewerbe profitiert nicht ausreichend vom Touristenverkehr; denn der Rückgang des Geschäftsreiseverkehrs in den Sommermonaten wird nicht ausgeglichen vom Touristenreiseverkehr; in der Hauptreisezeit Juni bis August, in der die meisten Privatreisenden unterwegs sind, weist die Geschäftsentwicklung in den Beherbergungsbetrieben ein Tief auf. Die günstige Situation im Frühjahr und Herbst läßt dagegen auf regen Geschäftsreiseverkehr schließen. Das Absinken der Gaststättenumsätze in den Sommermonaten ist auch auf die Urlaubsreisen eines großen Teils der Hamburger Bevölkerung zurückzuführen.

Beschäftigungsrückgang im Gastgewerbe

Ein Blick auf die Beschäftigungsstruktur in der Spalte 7 der Tabelle 3 zeigt ein ähnliches Bild wie die Verteilung der Umsatzanteile. Fast drei Viertel der Vollbeschäftigten sind im Gaststättengewerbe tätig; und hiervon wiederum der weitaus größte Teil in den Gast- und Speisewirtschaften. Im Beherbergungsgewerbe dominieren die Hotels. Außer diesen beiden Betriebsarten sind allenfalls noch die Bars, Tanz- und Vergnügungslokale sowie die Kantinen erwähnenswert.

Bei näherer Betrachtung der Meßzahlen im Zeitablauf ist zwischen der Entwicklung der Zahlen für die Vollbeschäftigten und die Teilbeschäftigten ein deutlicher Unterschied festzustellen, der Anlaß für eine getrennte Prüfung ist; denn in einzelnen Branchen

war die Entwicklung durchaus gegenläufig. Allerdings läßt sich bei einem Zeitraum von nur drei Jahren keine anhaltende Entwicklung ermitteln; allenfalls wird sich in den Zahlen ein Teil eines konjunkturellen Zyklus widerspiegeln. Eine eindeutige Zunahme der Vollbeschäftigtenzahl ist nur bei den Hotels und bei den Trink- und Imbißhallen festzustellen. Eine uneinheitliche Entwicklung verzeichnen die Gast- und Speisewirtschaften, die Cafés und die Eisdielen. Die Betriebe aller übrigen Betriebsarten weisen eine zum Teil starke Abnahme der Vollbeschäftigtenzahl auf, wobei die Beherbergungsbetriebe (Gasthöfe sowie Fremdenheime und Pensionen) am deutlichsten abfallen.

Ein erster Vergleich der Meßzahlen für Voll- und Teilbeschäftigte läßt wegen ihrer z. T. deutlich gegensätzlichen Entwicklung eine gewisse Substitution vermuten, dergestalt, daß zu Lasten der Voll- mehr Teilbeschäftigte eingestellt werden. Auf diese Weise kann der Personalbedarf flexibler den saisonalen und konjunkturellen Gegebenheiten angepaßt werden. Der geschilderte Vorgang wird besonders deutlich bei den Gast- und Speisewirtschaften, Bahnhofswirtschaften, Kantinen und Eisdielen. Die einzige Branche, in der beide Arten von Beschäftigung zugenommen haben, ist die der Hotels. Hier hat nach einem Rückgang in den Jahren 1971 und 1972 die Zunahme der Zahl der Vollbeschäftigten allerdings erst 1973 eingesetzt, was auf die Eröffnung eines neuen Großhotels zurückzuführen ist. In den übrigen Bereichen hat die Zahl der Teilbeschäftigten ebenso wie die der Vollbeschäftigten gegenüber dem Basisjahr 1970 abgenommen. Eine Ausnahme bilden die Trink- und Imbißhallen. Hier sind deutlich mehr Vollbeschäftigte tätig als 1970, während die Zahl der Teilbeschäftigten etwas abgenommen hat.

Tabelle 3

Die Entwicklung der Beschäftigung im Gastgewerbe 1970 bis 1973 sowie ihre Struktur 1973 nach Wirtschaftsklassen (Monatsdurchschnitt 1970 = 100)

Wirtschaftsgliederung	1971		1972		1973		in %
	Meßzahlen						
	Vollbeschäftigte	Teilbeschäftigte	Vollbeschäftigte	Teilbeschäftigte	Vollbeschäftigte	Teilbeschäftigte	Beschäftigte insgesamt
	1	2	3	4	5	6	7
Beherbergungsgewerbe ..	98,2	103,6	96,9	108,8	100,8	109,4	28
davon							
Hotels	98,3	105,6	98,8	120,6	103,9	127,4	25
Gasthöfe	94,8	104,3	82,2	115,1	78,6	99,3	2
Fremdenheime und Pensionen	90,4	89,9	82,3	71,7	73,8	67,3	1
Gaststättengewerbe	96,6	94,6	92,6	96,7	93,4	102,9	72
davon							
Gast- und Speisewirtschaften	95,7	97,3	92,6	105,3	96,4	111,2	46
Bahnhofswirtschaften ..	88,4	100,5	84,5	101,3	81,3	120,7	3
Cafés	85,8	74,9	87,5	76,8	76,9	74,8	3
Bars, Tanz- und Vergnügungslokale	99,3	95,9	91,5	65,7	83,5	57,5	8
Kantinen	101,6	103,2	95,2	111,3	90,5	127,9	7
Eisdielen	101,9	86,5	94,3	110,4	99,7	159,1	2
Trink- und Imbißhallen ..	106,2	76,4	109,5	82,4	122,9	95,6	3
Gastgewerbe insgesamt ..	96,7	95,7	93,9	98,5	95,5	103,9	100

Methodische Bemerkungen

Im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe wird seit 1962 als Bundesstatistik eine gesetzlich angeordnete ¹⁾ monatliche Repräsentativstatistik durchgeführt, die der Beobachtung der kurzfristigen saisonalen und konjunkturellen Entwicklung dieses Dienstleistungsbereiches dient.

Als Grundlage für die Auswahl des Berichtsfirmenkreises dienten ursprünglich die Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1960, einer Totalerhebung, die durch Erfassung aller Firmen einen genauen Überblick über die Struktur des Gastgewerbes lieferte. Aus der Gesamtzahl der erfaßten Unternehmen mit Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit im Gastgewerbe wurde eine jeweils nach Wirtschaftsklassen und Umsatzgrößenklassen geschichtete Zufallsstichprobe gezogen. Die von diesen Stichprobenfirmen monatlich gemeldeten Ergebnisse wurden hochgerechnet und gaben ein für die Beobachtung der kurzfristigen Wirtschaftsentwicklung hinreichend genaues Bild der Gesamtheit.

Um der Fluktuation im Zeitablauf in diesem Wirtschaftszweig Rechnung zu tragen, wurden Betriebsneugründungen und -stillegungen ebenso wie Wechsel des wirtschaftlichen Schwerpunktes laufend be-

¹⁾ Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handwerk sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (HwGaStatG) vom 12. August 1960 (BGBl. I S. 689)

rücksichtigt. Allerdings verschlechterte sich trotz allem — wie bei jeder Fortschreibung — die Repräsentation der Stichprobe bei zunehmendem zeitlichen Abstand zum Ausgangsjahr. Daher ist es immer erforderlich, den Berichtsfirmenkreis von Zeit zu Zeit aufgrund aktuellen Ausgangsmaterials neu aufzustellen. Hierzu bot sich die Gelegenheit nach der letzten Handels- und Gaststättenzählung im Jahre 1968 ²⁾, die wiederum statistische Unterlagen über das gesamte Gastgewerbe lieferte. Als Basisjahr, mit dem die neue Berichterstattung beginnt, wurde das Jahr 1970 gewählt. Da der jetzige Berichtskreis gegenüber dem früheren erweitert wurde, ist es nunmehr möglich, die Entwicklung aller Betriebsarten im Gastgewerbe zu verfolgen, also auch der Kantinen, Eisdielen sowie der Trink- und Imbißhallen. Ebenfalls neu ist die Möglichkeit, die Entwicklung der Beschäftigung, getrennt nach Voll- und Teilbeschäftigten, darzustellen. Wegen der aufgrund der Handels- und Gaststättenzählung 1968 neugeschaffenen Zuordnungen der Unternehmen, der erweiterten Repräsentation mit mehr Wirtschaftsklassen und verbesserter Berechnungsmethoden lassen sich die auf neuer Basis ermittelten Meßzahlen nicht ohne weiteres mit denen der Basis 1962 verknüpfen.

Erich Walter

²⁾ Siehe „Das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe in Hamburg“ in Hamburg in Zahlen, Jahrgang 1973, Februar-Heft; ferner „Die Unternehmen des Handels- und Gastgewerbes in Hamburg — Allgemeiner Überblick und Strukturvergleich 1960 bis 1968“ — in Hamburg in Zahlen, Jahrgang 1972, Februar-Heft; „Methoden und Verfahren der Handels- und Gaststättenzählung 1968“ in Hamburg in Zahlen, Jahrgang 1970, April-Heft.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1974	März 1974	April 1974	April 1973
		1965	1973				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	762,3	758,4	763,5	763,4	759,1
Lufttemperatur	°C	8,6	9,5	4,7	6,0	9,5	5,9
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	79	80	72	64	81
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	4	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	7	5	6	5	4	5
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	991	701	31	20	22	56
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 660	76	141	226	152
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	79	11	5	3	3
Tage mit Niederschlägen	"	256	240	13	7	8	27
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	s 244,5	.	244 958
" Altona	"	264,3	s 251,0	.	253 257
" Eimsbüttel	"	264,6	s 250,0	.	251 612
" Hamburg-Nord	"	401,3	s 330,0	.	336 988
" Wandsbek	"	357,5	s 380,0	.	377 417
" Bergedorf	"	82,6	s 92,5	.	93 960
" Harburg	"	199,0	s 200,0	.	202 386
* Hamburg insgesamt	"	1 856,9	s 1 748,0	.	1 760 578
dav. männlich	"	861,9	s 812,1	.	815 721
weiblich	"	995,0	s 935,9	.	944 857
dar. Ausländer ⁷⁾	"	59,8	...	130,3	130,9	.	117 934
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
* Eheschließungen ⁸⁾	Anzahl	1 510	930 p	584	960 p	.	955
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	6,6
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 139 p	1 052	1 190 p	.	1 062
dar. unehelich	"	143	105 p	107	115 p	.	96
* Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	7,3
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	14,4	7,3
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	9,3 p	10,3	9,7 p	.	9,0
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 156 p	2 119	1 910 p	.	2 116
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	27 p	22	16 p	.	14
* Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	13,6	14,6
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	13,6	14,6
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁹⁾	"	17,2	23,5 p	19,3 p	13,4 p	.	13,1
* Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	+ 123	- 1 017 p	- 1 067	- 720 p	.	- 1 054
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 0,8	- 7,3
3. Wanderungen							
* Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	...	6 263	4 976	.	6 888
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	6 553	...	6 082	5 233	.	7 106
* Fortgezogene Personen	"	- 379	...	+ 181	- 257	.	- 218
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	- 37	...	+ 366	- 9	.	91
* Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	- 342	...	- 185	- 248	.	127
dav. männlich	"	-	...	-	-	.	-
weiblich	"	-	...	-	-	.	-
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	...	16 018	12 906	.	16 208
Nach Gebieten	"	14 729	...	16 018	12 906	.	16 208
a) Zugezogene aus	"	14 729	...	16 018	12 906	.	16 208
Schleswig-Holstein	"	1 542	...	1 732	1 505	.	1 891
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	835	...	1 173	1 005	.	1 212
Niedersachsen	"	1 091	...	1 016	875	.	1 092
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	272	...	365	354	.	451
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	...	1 443	1 108	.	1 480
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	1 535	...	2 072	1 488	.	2 425
b) Fortgezogene nach	"	14 729	...	16 018	12 906	.	16 208
Schleswig-Holstein	"	2 351	...	2 226	2 063	.	2 890
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 620	...	1 777	1 580	.	2 207
Niedersachsen	"	1 288	...	1 621	1 294	.	1 677
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	525	...	936	751	.	921
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	...	1 477	1 044	.	1 850
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	767	...	758	832	.	689

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. — ⁷⁾ Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. — ⁸⁾ nach dem Ereignisort. — ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹²⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1974	März 1974	April 1974	April 1973
		1965	1973				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	17 067	16 740	16 714	16 617	16 614	16 703
Patienten ²⁾	"	13 593	13 110	14 574	13 621	13 866	13 604
Pflegetage	"	415 910	406 670	399 724	439 173	400 310	442 738
Bettenausnutzung	%	83,9	83,3	87,8	87,5	82,7	88,3
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 017	3 030	3 076	3 061	3 061	3 026
Patienten ²⁾	"	3 134	2 893	2 957	2 940	2 925	2 898
Pflegetage	"	86 329	82 499	77 204	85 178	81 134	86 242
Bettenausnutzung	%		92,8	92,8	92,7	91,5	95,2
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	522 383	842 743	551 410	752 467	524 111	555 459
dar. in Hallenschwimmbädern	"	286 227	467 560	516 207	714 198	490 990	520 215
in Freibädern	"	158 845	339 706	—	—	—	—
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	347 847	527 563	563 385	582 087	564 296	514 383
Ausgeliehene Noten	"	4 079	7 021	7 741	6 966	8 048	9 289
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	23 403	37 938	38 846	41 056	44 393	39 275
Besucher der Lesesäle	"	7 069	9 448	10 772	10 267	11 053	7 927
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Besucher der Bibliothek und der Archive	"	2 131	3 446	3 718	3 901	4 004	3 405
Commerzbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	2 709	2 555	2 624	3 025	2 541	2 341
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 286	1 500	1 471	1 479	1 437	1 517
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	43 961	68 258	60 191	85 349	59 859	75 400
dav. Hamburger Kunsthalle	"	8 351	12 302	9 099	10 786	7 700	12 782
Altonaer Museum in Hamburg, Nord- deutsches Landesmuseum	"	5 531	12 530	11 716	15 900	8 440	12 772
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"	4 455	6 177	6 748	8 274	6 391	8 000
Helms-Museum	"	5 799	13 421	10 154	14 848	17 915	16 259
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg	"		12 094	8 306	12 944	16 731	15 302
Museum für Hamburgische Geschichte	"	9 247	11 447	10 093	19 328	9 411	14 786
Museum für Kunst und Gewerbe	"	7 983	6 383	5 651	5 577	4 024	5 289
Planetarium	"	2 595	5 998	5 555	8 633	3 722	5 512
Bischofsturm	"			1 175	2 003	2 256	
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ³⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	681,5	680,5	681,6
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	399,1	395,7	400,2
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	46,3	46,1	46,7
Rentner	"	175,5	236,1	238,7	234,7
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	28,7	32,4	29,4
dav. männlich	"	17,9	19,6	22,1	20,2
weiblich	"	8,8	9,1	10,3	9,2
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	3 410	5 542	12 347	11 443	11 353	5 406
dav. männlich	"	2 318	2 959	7 220	6 660	6 452	2 943
weiblich	"	1 092	2 583	5 127	4 783	4 901	2 463
dar. nach ausgewählten Berufsbereichen							
Fertigungsberufe	"	1 155	.	4 285	4 049	3 730	1 207
Technische Berufe	"	108	.	644	683	903	346
Dienstleistungsberufe	"	2 965	.	6 602	6 079	6 144	3 512
2. Offene Stellen	"	25 827	18 838	13 890	14 053	14 587	18 335
3. Arbeitssuchende ⁴⁾	"	8 299	12 519	20 299	19 689	18 529	11 732
4. Vermittlungen ⁵⁾	"	16 368	11 269	10 721	10 959	11 872	10 072
dar. Kurzfristige Vermittlung bis zu 7 Tagen	"	10 527	5 765	5 482	5 163	6 912	5 043
5. Kurzarbeiter	"	3	284	2 149	1 910	1 281	75

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr und des Strafvollzugsamts. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungs-
krankenkasse. — ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁵⁾ durch das Arbeits-
amt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1974	März 1974	April 1974	April 1973
		1965	1973				
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
* Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 444	1 748	1 722	1 815	1 882
* dav. an Molkereien geliefert	%	86,0	92,2	91,3	92,3	95,3	94,8
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	10,4	11,8	13,6	14,8	13,3
2. Milchherstellung der Molkereien							
Vollmilch,	t	10 011					
pasteurisiert, lose	"	3 528	1 549	1 215	1 334	1 311	1 511
pasteurisiert, abgepackt	"		7 595	6 741	6 992	7 217	7 930
ultra-hocherhitzt	"	6 482	1 046	1 094	1 145	1 266	1 021
Teilenträhmte Milch,	"						
pasteurisiert, abgepackt	"	—	136	143	142	171	151
ultra-hocherhitzt	"	—	316	817	978	1 130	196
Enträhmte Milch	"			44	56	38	
Buttermilcherzeugnisse	"	382	620	307	357	534	553
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"	—		142	152	207	
3. Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	7,1	7,0	8,4	6,1
Kälber	"	2,6	1,1	1,1	1,1	1,4	1,3
Schweine	"	47,0	29,7	26,9	28,0	31,9	31,3
Schafe	"	2,7	0,7	0,7	0,6	1,1	1,1
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,2	6,5	6,2	6,8	5,0
* Kälber	"	2,5	1,0	1,1	1,1	1,4	1,3
* Schweine ¹⁾	"	49,6	30,3	27,3	28,3	31,8	31,5
* Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ²⁾	t	6 229	4 744	4 453	4 361	4 920	4 483
* dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	1 678	1 779	1 684	1 844	1 375
* Kälber	"	187	80	97	91	98	97
* Schweine	"	4 318	2 960	2 555	2 565	2 944	2 982
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie ³⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 367	1 350	1 346	1 342	1 375
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	194	192	190	180	195
* dar. Arbeiter ⁴⁾	"	152	119	117	116	115	120
* geleistete Arbeiterstunden ⁵⁾	"	24 859	18 319	17 743	18 151	17 859	18 344
* Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	199	181	192	216	186
* Gehälter (Bruttosumme)	"	75	170	170	174	191	161
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁶⁾	14	4	4	4	3	3
* Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 661	1 499	1 242	1 206	2 704
* Erdgasverbrauch (Ho = 8 400 kcal/cbm) ⁷⁾	1 000 cbm		63 213	35 389	42 275	36 351	53 351
* Heizölverbrauch	1 000 t	69	58	61	63	53	55
* Stromverbrauch	Mio kWh	112	187	194	225	234	171
* Stromerzeugung (gesamte Industrielle Erzeugung)	"	16	13	14	13	12	12
* Umsatz ⁸⁾	Mio DM	1 304	1 917	1 979	2 310	2 250	1 766
* dar. Auslandsumsatz ⁹⁾	"	155	315	334	387	381	288
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	126,9	129,5 p	125,7	131,4 p	129,4
Verarbeitende Industrie	"	109,0	125,6	127,5 p	123,9	130,7 p	127,7
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	141,8	143,8 p	137,1	146,0 p	131,3
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	131,7	137,5 p	131,1	138,0 p	143,6
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	109,9	107,8 p	109,3	112,4 p	117,5
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	105,8	105,7 p	106,5	111,9 p	112,2
Bauindustrie	"	103,7	128,4	123,3 p	118,4	124,2 p	142,2
Umsatz ⁸⁾ nach Industriegruppen insgesamt							
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	215	333	402	494	495	298
Chemische Industrie	"	101	168	181	196	199	156
Elektroindustrie	"	143	239	258	301	258	213
Maschinenbau	"	83	150	149	155	135	153
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	12	13	14	13
* Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	596	636	681	610	577
* Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	58	66	63	50	58
Vj.-Durchschnitt ¹⁰⁾				4. Vj. 1972	1. Vj. 1973	2. Vj. 1973	2. Vj. 1972
		1965	1972				
3. Handwerk (Meßziffern) ¹¹⁾							
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	82,5	82,0
* Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	185,7	232,3
* dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	183,9	239,0

¹⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ²⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innerelen. — ³⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ⁴⁾ einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — ⁵⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. — ⁶⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁷⁾ bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm, ab Januar 1974 Ho = 8 400 kcal/cbm. ⁸⁾ einschließlich Verbrauchssteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁹⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ¹⁰⁾ ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1974	März 1974	April 1974	April 1973
		1965	1973				
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe ¹⁾							
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	43 660	38 013	37 991	...	44 658
dar. Inhaber	"	1 365	1 238	1 195	1 160	...	1 226
Angestellte	"	4 684	6 218	6 095	6 152	...	6 160
Arbeiter ²⁾	"	43 102	36 204	30 723	30 679	...	37 272
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 711	4 858	5 029	...	5 943
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 738	1 496	1 468	...	1 912
gewerbl. und Industr. Bauten	"	1 673	2 034	1 701	1 786	...	2 177
öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	1 939	1 661	1 775	...	1 854
* Löhne (Bruttosumme ³⁾)	Mio DM	46,3	80,6	66,2	105	...	78,9
* Gehälter (Bruttosumme ³⁾)	"	5,9	15,6	14,3	15	...	13,6
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	229,6	151,8	232	...	186,9
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	66,4	50,9	79	...	53,9
gewerbl. und Industr. Bau	"	31,0	81,8	58,5	93	...	68,6
öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	81,4	42,4	61	...	64,4
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
* Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	164	53	107	85	156
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	...	89	26	62	65	68
* Umbauter Raum	1 000 cbm	440	416	318	344	158	399
* Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	85,8	34,2	82,7	41,8	79,5
* Wohnfläche	1 000 qm	95	87	32	77	35	88
Nichtwohnbauten							
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	65	47	46	63	62
* Umbauter Raum	1 000 cbm	359	493	213	213	318	298
* Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	71,5	76,3	35,5	54,5	40,5
* Nutzfläche	1 000 qm	73	89	48	44	65	59
Wohnungen							
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 199	474	970	487	1 081
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	281	155	45	43	149	109
* Umbauter Raum	1 000 cbm	388	378	252	104	412	173
* Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	75,6	18,3	23,1	112,2	37,2
Nichtwohnbauten							
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	63	32	35	69	64
* Umbauter Raum	1 000 cbm	340	481	216	160	352	180
* Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	73,6	26,4	38,4	48,6	35,2
Wohnungen							
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 066	233	286	1 185	426
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	171	36	84	107	70
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	88	18	30	63	20
* Umbauter Raum	1 000 cbm	458	189	74	229	253	278
* Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	80,7	16,6	38,7	49,5	53,6
* Wohnfläche	1 000 qm	96	91	17	50	65	59
Nichtwohnbauten							
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	69	23	27	38	33
* Umbauter Raum	1 000 cbm	338	638	170	133	243	544
* Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	77,9	24,2	11,0	28,7	37,2
* Nutzfläche	1 000 qm	69	101	30	20	47	59
Wohnungen							
* Wohnungen insges. ⁴⁾ (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 244	197	606	712	833
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	968	565	107	418	376	366
5. Bauüberhang							
(am Ende des Berichtszeitraumes ⁵⁾)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	13 500	15 400	15 100	15 600	15 900
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	4 500	3 200	3 900	3 200	4 100
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ⁶⁾ ⁷⁾							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	188	188	189	189	187
Wohnungen	"	636	738	738	739	740	726
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 755	2 759	2 761	2 764	2 712

¹⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ²⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — ³⁾ ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ⁴⁾ ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — ⁵⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ⁶⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1974	März 1974	April 1974	April 1973
		1965	1973				
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
* Einzelhandel	1962 = 100	119	211	116	128,0	...	120,0
dar. Warenhäuser	"	130	307	132	125,5	...	125,5
Facheinzelhandel	"	120	170	107	120,7	...	120,2
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels ¹⁾							
Groß- und Außenhandel	1970 = 100	136,2
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	135,0
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	137,8
3.* Die Ausfuhr des Landes Hamburg ²⁾							
Mio DM		212	420	493	650	..	443
dav. Waren der							
* Ernährungswirtschaft	"	17	55	82	80	..	31
* Gewerblichen Wirtschaft	"	195	365	411	570	..	412
dav. Rohstoffe	"	2	3	4	4	..	4
Halbwaren	"	50	83	124	163	..	74
Fertigwaren	"	143	279	283	403	..	334
dav. Vorerzeugnisse	"	9	29	53	63	..	23
Enderzeugnisse	"	134	250	230	340	..	311
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
* Europa	"	152	311	358	447	..	366
dar. EG-Länder	"	92	199	198	293	..	263
EFTA-Länder	"	40	57	68	78	..	52
4. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
* Gastgewerbe	1970 = 100	111	..	114,9	124,8
dav. Beherbergungsgewerbe	"	125	..	111,2	133,6
Gaststättengewerbe	"	108	..	116,0	122,2
5. Fremdenverkehr ⁴⁾							
* Fremdenmeldungen	1 000	120	117	88	105	...	123
* dar. von Auslandsgästen	"	42	40	23	28	...	45
* Fremdenübernachtungen	"	232	225	163	198	...	228
* dar. von Auslandsgästen	"	90	74	45	52	...	81
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 528 p	1 311	1 589	1 560 s	1 430
Angekommene Schiffe	"	1 739	1 588 p	1 396	1 627	1 600 s	1 466
Abgegangene Schiffe	"	2 942	1 588 p	1 396	4 830	4 459 p	3 734
Güterverkehr über See	1 000 t	2 229	4 153 p	4 150	3 294 p	2 967 p	2 893
dav. Empfang	"	1 634	2 447 p	2 278	2 672 p	2 313 p	2 215
dav. Massengut	"	968	1 410 p	1 155	1 581 p	1 320 p	1 329
dar. Mineralöle	"	595	646 p	571	622 p	654 p	668
Sack- und Stückgut	"	713	1 060 p	1 301	1 536 p	1 492 p	851
Versand	"	292	470 p	606	777 p	691 p	323
dav. Massengut	"	421	590 p	695	759 p	801 p	528
Sack- und Stückgut	"
2. Binnenschifffahrt							
* Gütereingang	1 000 t	340	382	362	382	380 s	370
* Gütersend	"	309	400	475	528	530 s	485
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) ⁵⁾							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	4 088	5 105 p	4 488 p	5 158 p	5 374 p	5 840
Fluggäste	"	141,5	258,9 p	213 628 p	266 601 p	275 123 p	278 800
Fracht	1 000 t	1 164,4	1 999,6 p	2 128,7 p	2 063 p	2 237,0 p	2 293,0
Luftpost	"	413,7	722,7 p	657,1 p	787 p	686,8 p	677,2
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ⁶⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen	1 000	23 537	27 546	26 060	27 674 p	..	27 942
Schnell- und Vorortbahnen	"	9 436	3 587	3 216	3 095 p	..	4 115
Straßenbahn	"	12 289	18 621	19 034	19 744 p	..	17 626
Kraftomnibusse	"
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ⁷⁾ ¹⁰⁾ (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	488,7	488,4	491,3	495,1	490,0
dar. Personenkraftwagen ⁸⁾ ¹⁰⁾	"	310,8	438,5	438,1	440,5	443,6	440,2
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 419	4 221	5 559 p	..	7 538
dar. Personenkraftwagen ⁸⁾	"	4 632	4 907	3 761	5 034 p	..	6 848
Lastkraftwagen ⁹⁾	"	362	379	307	357 p	..	453
6. Straßenverkehrsunfälle							
* Unfälle mit Personenschaden ¹⁾	Anzahl	859	986	746	762	846	1 049
* Getötete Personen	"	26	24	25	19	18	35
* Verletzte Personen	"	1 106	1 308	999	978	1 137	1 378

¹⁾ Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. - ²⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. - ³⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. - ⁴⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. - ⁵⁾ ohne Transit. - ⁶⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. - ⁷⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. - ⁸⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. - ⁹⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. - ¹⁰⁾ Bereinigtes Ergebnis ab August 1972.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1974	März 1974	April 1974	April 1973
		1965	1973				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
Kredite an Nichtbanken	Mio DM	.	38 431,4	39 867,0	40 229,4	40 429,0	38 257,3
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	.	10 470,1	10 621,6	10 859,7	10 783,6	10 252,6
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	10 357,1	10 489,6	10 720,0	10 625,3	10 108,3
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ²⁾	"	.	5 851,0	5 983,0	5 958,9	6 066,0	5 866,1
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	5 393,1	5 482,2	5 460,4	5 523,1	5 403,6
Langfristige Kredite ²⁾ (von 4 Jahren und darüber)	"	.	22 110,3	23 262,4	23 410,8	23 579,4	22 138,6
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	20 084,9	21 111,0	21 222,3	21 356,2	20 068,3
dar. Durchlaufende Kredite	"	.	809,6	689,2	681,0	727,2	841,5
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	.	27 194,1	29 385,3	29 214,7	29 617,1	26 569,8
dav. Sicht- und Termingelder	"	.	17 617,9	19 378,5	19 247,1	19 671,0	16 965,3
dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"	.	12 981,1	14 193,9	14 022,7	14 456,8	12 257,6
Spareinlagen	"	4 069,9	9 576,2	10 006,8	9 967,6	9 946,1	9 604,5
dar. bei Sparkassen	"	2 792,9	6 283,6	6 557,2	6 536,1	6 530,8	6 295,1
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	244,3	531,5	526,5	538,5	512,8	453,9
Lastschriften auf Sparkonten	"	203,9	542,7	561,7	579,5	537,1	458,1
Zinsgutschriften	"	12,9	46,6	2,0	1,8	2,8	2,4
2. Konkurse und Vergleichsverfahren							
	Anzahl	17	18	21	19	29	18
3. Wechselproteste							
	Anzahl	1 044	635	577	630	639	646
Betrag	1 000 DM	1 314	2 988	2 657	3 057	3 212	2 526
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ³⁾							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	24 650	22 720	23 548	22 560	21 943
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 058	3 449	3 690	3 544	3 562	3 172
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 196	1 533	1 598	1 697	1 367	1 612
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	353	492	514	583	624	420
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg ⁴⁾							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	157	160	161	159	157
Grundkapital	Mio DM	3 975	5 913	6 310	6 316	6 320	5 861
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	6 086	6 359	6 413	6 419	5 983
Stammkapital	Mio DM	2 962	5 351	5 593	5 625	5 821	5 192
Steuern							
1.* Gemeinschaftssteuern							
	1 000 DM	.	814 395	735 821	1 112 500	709 267	632 683
dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	478 819	340 494	763 140	373 044	300 063
dav. Lohnsteuer	"	89 007	300 925	281 401	292 165	317 471	271 677
Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	100 573	24 553	248 480	43 275	16 813
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	24 266	32 960	24 294	14 833	16 838
Körperschaftsteuer	"	36 706	53 055	1 580	198 201	— 2 535	— 5 265
Steuern vom Umsatz	"	82 827	335 576	395 327	349 360	336 222	332 620
dav. Umsatzsteuer	"	.	206 263	208 375	177 235	145 443	198 806
Einfuhrumsatzsteuer	"	.	129 313	186 952	172 126	190 780	133 814
2.* Bundessteuern							
	1 000 DM	523 065	865 424	797 821	803 574	708 712	735 727
dar. Zölle	"	45 076	56 426	57 775	55 473	63 606	56 984
Verbrauchssteuern	"	358 150	782 783	712 206	709 427	621 451	657 736
dar. Mineralölsteuer	"	261 342	665 657	590 690	597 010	509 772	532 344
3.* Landessteuern							
	1 000 DM	35 517	42 954	79 744	33 047	29 343	27 387
dar. Vermögensteuer	"	11 355	16 971	47 285	6 047	3 313	2 226
Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	12 314	10 858	10 668	12 535	13 523
Biersteuer	"	2 430	3 136	2 460	2 544	2 780	3 156
4.* Gemeindesteuern							
	1 000 DM	46 355	94 475	.	.	62 715	50 189
dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	70 343	163 647	30 714	13 732	13 813
Grundsteuer A	"	73	90	.	.	9	8
Grundsteuer B	"	5 134	9 402	.	.	1 461	976
5.* Einnahmen des Bundes							
	1 000 DM	601 215	1 308 304	1 208 797	1 369 371	1 082 945	1 081 777

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.
¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postcheckkämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ³⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — ⁴⁾ ohne RM-Gesellschaften.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1974	März 1974	April 1974	April 1973
		1965	1973				
Noch: Steuern							
6.* Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1 000 DM	157 752	269 532	.	.	86 174	94 269
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ¹⁾ 2)	"	122 235	176 408	.	.	34 189	57 270
dar. Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	.	37 385	.	.	22 643	9 612
dar. Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	.	12 785	8 933	-	-	-
Außerdem:							
Einnahmen aus Gemeindesteuern ³⁾	"	46 355	68 905	.	.	52 715	50 189
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer ¹⁾	"	.	47 805	.	.	21 963	18 986
Einnahmen des Landes insgesamt	"	.	386 242	.	.	160 852	163 444
		Vj.-Durchschnitt 1973		3. Vj. 1973	4. Vj. 1973	1. Vj. 1974	1. Vj. 1973
Öffentliche Finanzen	Mio DM		1 762,5	1 779,7	1 999,7	1 937,4	1 620,0
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben			795,7	737,7	882,4	917,6	812,6
dar. Personalausgaben	"		185,1	203,9	278,5	125,9	121,9
Bauinvestitionen	"		54,8	65,1	76,8	39,8	33,6
dar. für Schulen	"						
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"		23,1	26,1	39,2	23,9	13,9
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"		8,5	10,0	12,9	5,1	4,4
Straßen	"		20,2	24,1	34,9	11,5	8,4
Wasserstraßen und Häfen	"		21,1	23,7	28,1	11,7	15,6
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"		155,0	116,5	130,8	190,1	168,2
Zuführung an Rücklagen	"		8,6	20,0	14,2	0,0	0,0
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen			1 802,7	1 815,3	2 001,5	1 909,0	1 729,6
dar. Steuern	"		1 158,7	1 275,1	1 210,2	1 323,1	1 114,1
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"		57,7	56,7	64,9	41,4	45,3
Gebühren, Beiträge usw.	"		192,2	199,1	188,2	233,9	202,6
Entnahme aus Rücklagen	"		12,5	29,7	1,9	37,2	17,9
Schuldenaufnahme	"		207,8	58,5	325,2	140,8	221,1
3. Schuldenstand am Ende des Quartals			4 933,7	4 837,1	5 144,3	5 172,4	4 735,5
dar. am Kreditmarkt	"		3 578,3	3 491,5	3 773,7	3 813,0	3 386,3
bei Gebietskörperschaften	"		694,2	683,9	711,7	702,3	678,1
		Monatsdurchschnitt		August 1973	November 1973	Februar 1974	Februar 1973
		1965	1973				
Preisindizes für Baugewerbe							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	199,0	202,0	203,6	207,9	190,2
dav. Einfamiliengebäude	"	113,3	200,0	203,3	204,9	209,8	190,9
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	198,0	200,8	202,3	206,0	189,6
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	197,6	200,5	202,1	206,2	189,2
Bürogebäude	"	112,2	194,2	196,3	197,6	201,3	186,9
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	192,2	194,9	195,0	197,4	185,8
				April 1973	Juli 1973	Oktober 1973	Oktober 1972
Löhne und Gehälter ⁴⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste							
• männliche Arbeiter	DM	232	394	427	441	448	405
• weibliche Arbeiter	"	140	245	265	278	280	251
Bruttostundenverdienste							
• männliche Arbeiter	"	5,10	8,90	9,63	10,02	10,15	9,12
• weibliche Arbeiter	"	3,32	5,97	6,39	6,73	6,77	6,06
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
• männliche Arbeiter	Std.	45,5	44,2	44,4	44,0	44,1	44,5
• weibliche Arbeiter	"	42,2	41,0	41,5	41,2	41,3	41,4
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	DM	1 098	1 905	2 109	2 171	2 209	2 010
• weiblich	"	747	1 381	1 515	1 570	1 611	1 434
Technische Angestellte							
• männlich	"	1 182	2 033	2 232	2 306	2 328	2 091
• weiblich	"	748	1 374	1 490	1 542	1 570	1 411
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	"	1 043	1 775	1 951	1 993	2 036	1 814
• weiblich	"	668	1 254	1 339	1 376	1 411	1 238
In Industrie und Handel ⁵⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	"	1 058	1 808	1 989	2 036	2 078	1 864
• weiblich	"	688	1 286	1 375	1 416	1 451	1 280
Technische Angestellte							
• männlich	"	1 176	2 024	2 175	2 252	2 276	2 044
• weiblich	"	838	1 504	1 683	1 699	1 746	1 538

¹⁾ nach Zerlegung. — ²⁾ nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. — ³⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ⁴⁾ Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ⁵⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1974	März 1974	April 1974	April 1973
		1965	1973				
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 114	11 168	11 152	11 513	11 508	9 047
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	4	7	6	9	8	7
Körperverletzung	"		420	451	452	412	361
Raub, räuberische Erpressung	"	41	110	106	85	90	80
Diebstahl	"	5 235	7 132	6 918	7 151	7 297	5 712
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 506	3 364	3 503	3 840	2 602
Betrug und Untreue	"	722	1 200	997	1 291	1 344	984
Außerdem:							
Verkehrsvergehen ¹⁾	"	862	1 447	1 571	1 964	1 706	1 377
Verkehrsordnungswidrigkeiten ²⁾	"	8 929	9 671	12 900	11 774	10 983	9 318
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	423	532	395	512	443	415
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ³⁾	"	31 317	29 591	30 522	33 858	33 546	34 398
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	4 960	13 970	13 013
dar. Feueralarme	"	288	475	462
dar. bekämpfte Großbrände	"	9	14	15
falsche Alarmlaufmeldungen	"	67	107	128
Rettungswageneinsätze	"		12 616	11 805
dar. für Krankenbeförderungen	"	4 494	2 835	2 660
Straßen- und Verkehrsunfälle	"		1 801	1 761
Hilfeleistungen aller Art	"		879	746
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"		110	108

¹⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — ²⁾ vor dem 1. 1. 1969 Obertretungsanzeigen und ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — ³⁾ vor dem 1. 1. 1969 gebührenpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschließlich Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die zuvor unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt wurden.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1973

Großstädte	Bevölkerung							Erwerbstätigkeit		Industrie ²⁾			
	Wohnbevölkerung ¹⁾	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zugezogene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose ¹⁾	Offene Stellen ¹⁾	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz ³⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner
	1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM
Berlin	4. Vj. 2 048 3. Vj. 2 050 ⁴⁾	4 112 4 588	10 077 9 085	- 5 965 - 4 497	23 428 24 839	19 538 23 052 ⁵⁾	- 2 075 - 2 710	16 259 6 976	11 520 21 258	231 151 236 781	113 116	5 968 5 632	2 914 2 747
Hamburg	4. Vj. 1 752 3. Vj. 1 755	3 343 3 499	7 330 5 937	- 3 987 - 2 438	19 583 19 703	18 582 20 002	- 2 986 - 2 737	9 097 4 590	11 920 21 083	191 596 192 861 r	109 110	6 524 5 537 r	3 724 3 155
München	4. Vj. 1 339 ⁶⁾ 3. Vj. 1 338 r	2 367 p 2 557	3 238 3 037	- 871 - 480	23 466 p 28 535	21 782 p 26 078	+ 813 + 1 977	8 050 p 4 887 ⁷⁾	8 570 21 966 ⁷⁾	193 098 194 740	144 146	5 454 p 5 139	4 073 p 3 841
Köln	4. Vj. 832 3. Vj. 833	1 916 2 009	2 696 2 303	- 780 - 294	14 368 15 570	14 701 16 049	- 1 113 - 773	6 756 3 582	6 198 8 820	131 320 133 043	158 160	3 502 3 044	4 209 3 654
Essen	4. Vj. 677 3. Vj. 679	1 318 1 370	2 335 2 094	- 1 017 - 724	5 590 6 026	6 593 6 997	- 2 020 - 1 695	6 302 4 289	3 754 7 025	61 125 61 785	90 91	1 323 1 264	1 954 1 862
Düsseldorf	4. Vj. 636 3. Vj. 638	1 173 1 309	2 006 1 904	- 833 - 595	9 896 9 829	11 760 11 438	- 2 697 - 2 204	4 299 2 138	3 731 7 708 p	112 391 p 113 341 p	177 p 178 p	2 678 p 2 505 p	4 210 p 3 926 p
Frankfurt/M.	4. Vj. 673 3. Vj. 675	1 260 1 386	2 064 1 896	- 804 - 510	14 339 16 198	14 333 17 009	- 798 - 1 321	4 792 2 874	9 203 19 794	125 907 126 734	187 188	3 227 2 896	4 795 4 303
Dortmund	4. Vj. 637 3. Vj. 638	1 336 1 427	2 136 1 964	- 800 - 537	5 403 5 232	4 951 5 583	- 348 - 888	5 507 3 364	3 527 6 678	76 163 77 471	120 122	1 542 1 433	2 421 2 250
Stuttgart	4. Vj. 624 3. Vj. 627	1 175 p 1 380	1 585 p 1 490	- 410 r - 110	14 852 p 17 499	15 926 18 624	- 1 484 - 1 235	1 303 947	8 588 14 566	146 994 148 327	236 237	4 636 4 471	7 429 p 7 142
Bremen	4. Vj. 584 3. Vj. 587	1 264 1 362	1 966 1 761	- 702 - 399	6 865 8 187	8 500 8 163	- 2 337 - 375	4 619 2 998	3 980 7 731	85 625 84 356	147 144	3 048 2 543	5 219 4 332
Hannover	4. Vj. 510 3. Vj. 516 r	975 1 029	1 768 1 566	- 793 - 527	9 716 10 372 r	9 645 10 045 r	- 722 - 200	5 469 3 413	4 683 9 465	106 514 106 241	209 206 r	2 631 2 204	5 158 4 271 r

Großstädte	Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ⁴⁾			Straßenverkehrsunfälle		Steuern	
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ³⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ⁵⁾	Lohn- und Einkommensteuer
	1 000	Mio DM	1 000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1 000 cbm	1 000	Anzahl	1 000	Anzahl	Anzahl	1 000 DM	1 000 DM
Berlin	4. Vj. 15 494 3. Vj. 15 865	598 467	292 228	455 718	3 417 5 141	827 595	6 593 5 346	3 668 789	245 274	120 134	649 763	3 390 3 447	4 202 4 411	64 669 107 599	75 431 59 788
Hamburg	4. Vj. 15 385 3. Vj. 17 032	793 820	453 467	366 638	3 779 4 676	1 099 389	8 556 2 716	4 788 520	299 429	171 244	599 797	2 886 2 885	3 864 3 991	137 593 174 003	163 036 144 686
München	4. Vj. 19 234 3. Vj. 22 878	801 703	598 525 p	202 384	1 560 2 967	488 615	4 809 3 588	1 182 837	471 604	352 451 p	988 1 184	1 899 2 246	2 610 3 134	110 427 155 349	130 705 115 964
Köln	4. Vj. 7 740 3. Vj. 8 223	385 304	463 365	220 182	1 736 1 974	524 126	5 042 1 284	1 485 172	154 204	185 245	292 360	1 140 1 260	1 495 1 656	139 721 96 557	62 060 48 581
Essen	4. Vj. . 3. Vj.	230 177	1 652 1 445	400 131	2 517 731	801 349	37 31	55 48	80 70	741 817	1 005 1 090	40 354 58 392	84 091 32 914
Düsseldorf	4. Vj. 8 639 p 3. Vj. 8 242	352 p 312	553 p 489	71 66	644 732	419 142	3 671 967	1 251 387	153 150	241 235	311 305	886 862	1 101 1 075	71 710 p 108 166	69 016 p 44 379
Frankfurt/M.	4. Vj. 11 147 3. Vj. 11 893	473 427	703 634	233 193	1 786 1 087	341 20	3 777 322	1 763 365	280 332	416 493	538 621	1 055 1 153	1 411 1 494	173 089 183 831	103 793 48 764
Dortmund	4. Vj. 5 930 3. Vj. 5 870	260 262	408 411	245 179	1 819 896	293 270	1 704 1 191	539 176	37 35	58 55	71 70	804 847	1 053 1 127	37 984 40 507	69 854 27 341
Stuttgart	4. Vj. 10 865 3. Vj. 12 588	508 413	814 p 660	128 120	761 913	346 192	1 847 1 388	607 197	119 118	191 p 188	273 275	819 849	1 135 1 224	99 817 67 127	54 976 50 611
Bremen	4. Vj. . 3. Vj.	142 218	698 1 120	444 289	2 084 1 228	969 583	73 88	125 150	144 162	946 998	1 171 1 212	88 888 85 790	44 040 37 056
Hannover	4. Vj. 5 563 3. Vj. 6 232	226 241	443 467 r	34 79	363 1 135	249 143	1 592 724	1 132 138	91 91	178 176 r	156 165	892 822	1 175 1 021	36 348 74 543	73 590 31 792

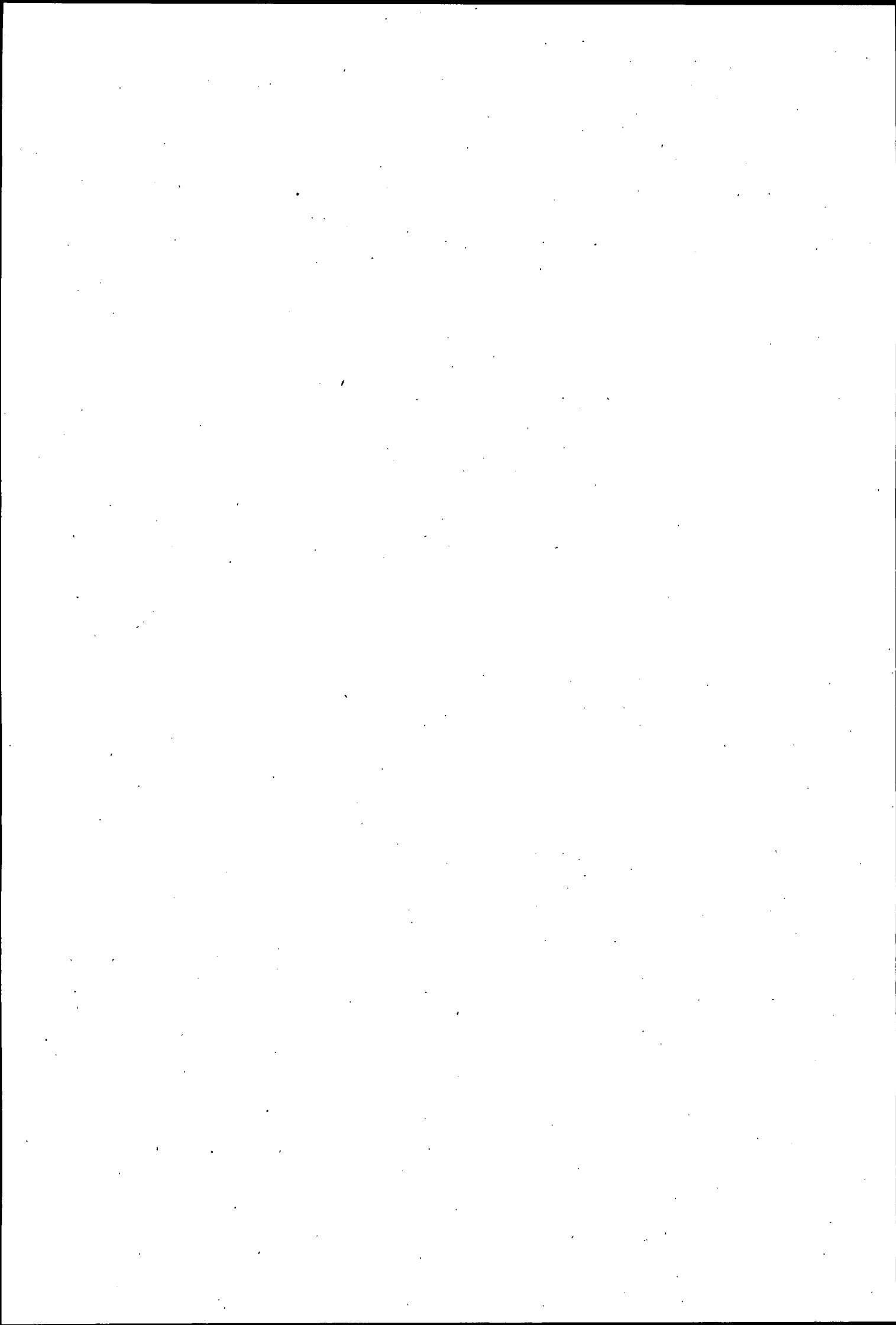
¹⁾ jeweils Quartalsende. - ²⁾ Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. - ³⁾ ohne Mehrwertsteuer. - ⁴⁾ ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. - ⁵⁾ einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. - ⁶⁾ In den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. - ⁷⁾ einschließlich Landkreis München.

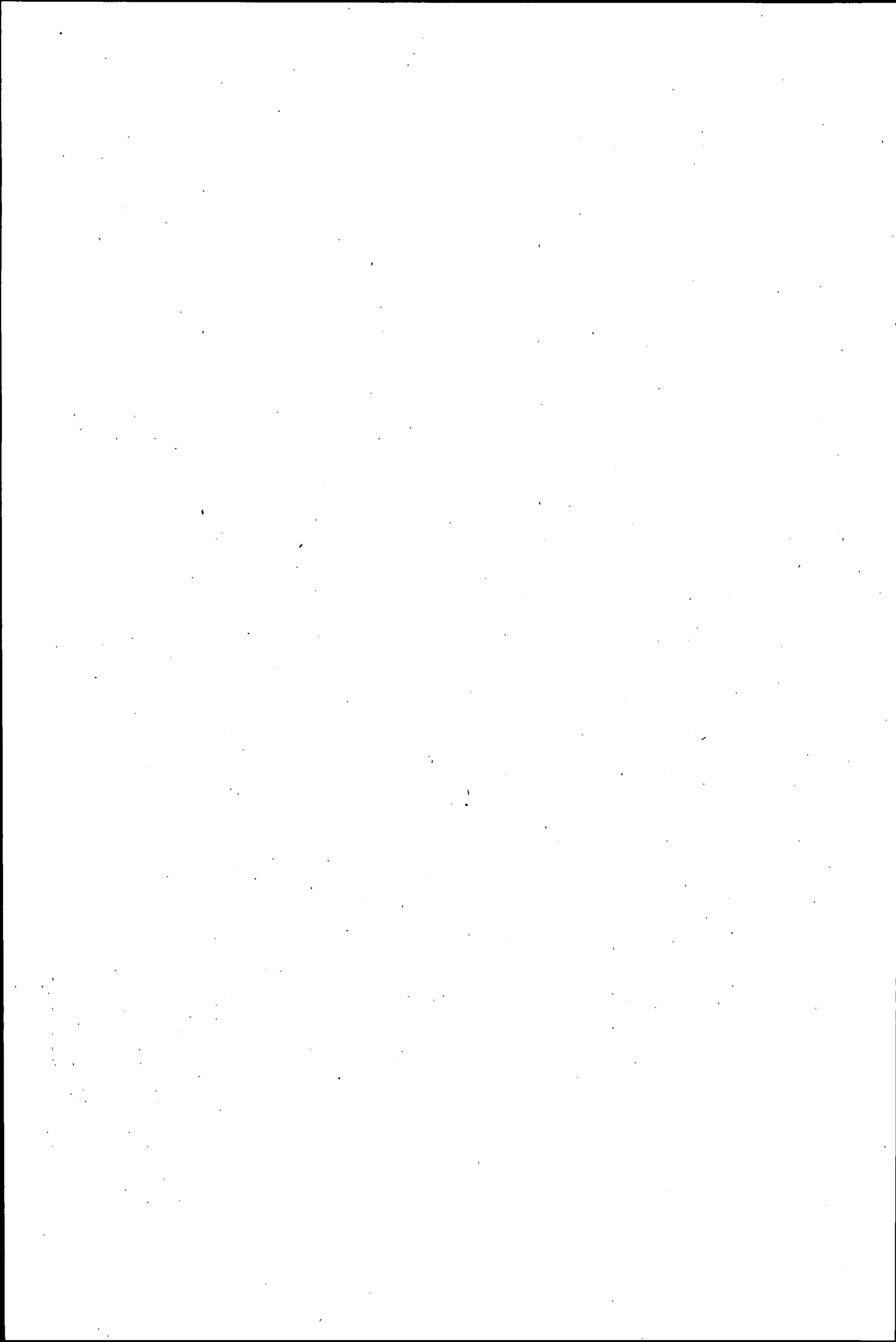
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBEIT

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1974	Februar 1974	März 1974	März 1973
		1965	1973				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	61 880
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	6,6
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	10,6
Gestorbene	1 Jahr	11,5	11,6
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	...	8 267	8 252	8 232	8 348
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	...	919	882	910	973
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	...	57 949	57 248	63 904	56 902
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	...	13 470	13 790	15 944	12 262
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962 = 100	118,2	178,2	165,2	179,8	181,3	178,0
Verarbeitende Industrie	"	119,1	181,8	166,0	183,1	184,5	181,7
Grundst.- u. ProduktionsgüterInd.	"	124,8	211,8	198,0	214,0	217,4	210,1
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	175,5	163,6	179,6	178,2	177,7
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	167,6	138,4	166,1	171,1	172,6
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	"	115,2	152,8	140,7	147,4	147,2	141,0
Bauindustrie	"	118,9	148,1	...	123,0	134,6	262,1
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 642,8	1 504
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)							
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	190,0
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698	5 364,2
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	54 841 p	29 170	27 803	36 967	65 900
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 328	...	20 748	23 529	...	25 939
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	124	219
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	132,8	124,9
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	11 899
dav. Empfang	"	6 950	9 282
Versand	"	1 885	2 617
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	188 344	117 525	138 079	203 889	280 956
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	26 364	29 443 p	21 198	20 725 p	24 419 p	28 095
Getötete Personen	"	1 313	1 358 p	957	832 p	1 041 p	1 248
Verletzte Personen	"	36 124	40 642 p	27 828	27 290 p	32 897 p	38 230
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	5 105	6 458	4 596	4 109	3 775
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	2 204	1 155	547	5 294	5 017
Körperschaftsteuer	"	681	907	398	147	2 081	2 019
Steuern vom Umsatz ¹⁰⁾	"	2 018	4 152	4 917	4 972	3 825	3 633
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾	1962 = 100	104,0	123,8	131,8	134,8	136,9	121,4
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	"	106,3	124,8	155,0	158,5	159,4	117,8
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	"	104,8	133,9	146,3	149,2	152,0	131,3
Preisindex für Wohngebäude ²⁾	"	114,6	187,1	...	193,9
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁾	1970 = 100	109,0	118,2	122,9	123,8	124,3	116,3
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	117,7	121,5	121,8	122,2	116,0
Wohnungsmieten	"	118,5	119,4	123,5	124,1	124,7	117,7
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	...	8,37	8,61	8,89	7,97
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	...	43,2	43,7	43,7	43,8

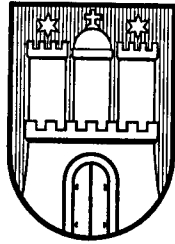
Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - ²⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. - ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. - ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. - ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. - ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. - ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. - ⁸⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). - ⁹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. - ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschließlich Investitionsteuer.





HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1974

Juli-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

57 Mio DM Ausbildungsförderung

Über 20 300 Schüler und Studenten der Hamburger Schulen und Hochschulen erhielten 1973 Förderungsmittel nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz. Gut drei Viertel der Geförderten waren Studenten der Universität, der Hochschule für Wirtschaft und Politik, der künstlerischen Hochschulen und der Fachhochschulen, knapp 1500 besuchten die Oberstufe der Hamburger Gymnasien; der Rest waren im wesentlichen Fachschüler und Schüler in Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges. Nach dem letzten Stand des Berichtsjahres erreichte der monatliche Durchschnittsbetrag der Förderung nicht ganz 300 DM pro Kopf. Insgesamt zahlten die für die Ausbildungsförderung zuständigen Hamburger Dienststellen mehr als 57,4 Mio DM Bundes- und Landesmittel aus, davon annähernd 3,8 Mio DM als verzinsliche oder unverzinsliche Darlehen. Für die Zukunft werden sich die Aufwendungen für Ausbildungsförderung spürbar erhöhen, da im August bzw. Oktober dieses Jahres die Bedarfssätze sowie die Einkommensfreibeträge, nach denen sich der Förderungsbetrag mit bemißt, heraufgesetzt werden und zudem der Kreis der Förderungsberechtigten erweitert wird.

Rapider Rückgang bei den Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen

Die deutliche Reaktion der Autokäufer auf die gestiegenen Kosten für Anschaffung, Betrieb und Unterhaltung von Kraftfahrzeugen spiegelt sich in den Zahlen der Neuzulassungen wider: 13 200 fabrikneue Kraftfahrzeuge wurden in Hamburg während des ersten Quartals 1974 in den Verkehr gebracht – nahezu ein Drittel weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Bei den Mittelklassewagen von 1500 ccm bis unter 2000 ccm war die Abnahme mit über 46% besonders ausgeprägt. Im ganzen verminderte sich die Zahl der Neuzulassungen von Personen- und Kombinationskraftwagen um 35%, die der zugelassenen Lkw um 26%.

Damit hat sich die bei den Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen seit einiger Zeit zu beobachtende rückläufige Entwicklung verstärkt fortgesetzt. 1972 lag die Zahl der neu in den Verkehr gebrachten Fahrzeuge um 5% unter der des Vorjahres, 1973 belief sich der Rückgang auf beinahe 9%. Insgesamt wurden 1973 in Hamburg 65 000 Kraftfahrzeuge neu zugelassen.

Starker Umsatzzuwachs im Groß- und Außenhandel

Das Jahr 1973 brachte für den hamburgischen Groß- und Außenhandel einen Umsatzrekord von nominell 54,3 Mrd DM; das bedeutet gegenüber 1972 einen Zuwachs von 29%. Diese sprunghafte Entwicklung wurde allerdings in starkem Maße durch das lebhaft anziehende Weltmarktpreise – vor allem auf dem Rohstoffsektor – beeinflußt, so daß das reale Umsatzplus erheblich niedriger liegt.

Zu der Umsatzausweitung haben hauptsächlich die Unternehmen des Im- und Exporthandels beigetragen, die mit insgesamt 31,9 Mrd DM einen um 37% höheren Umsatz erzielten als im Vorjahr. Die Verkaufserlöse des Binnengroßhandels stiegen um 14%. Besonders große Zuwachsraten erreichte der Handel mit Getreide, Futter- und Düngemitteln sowie mit technischen Chemikalien, Rohdrogen und Kautschuk (jeweils + 66%); dabei schnitt der Außenhandel deutlich besser ab als der Binnenhandel.

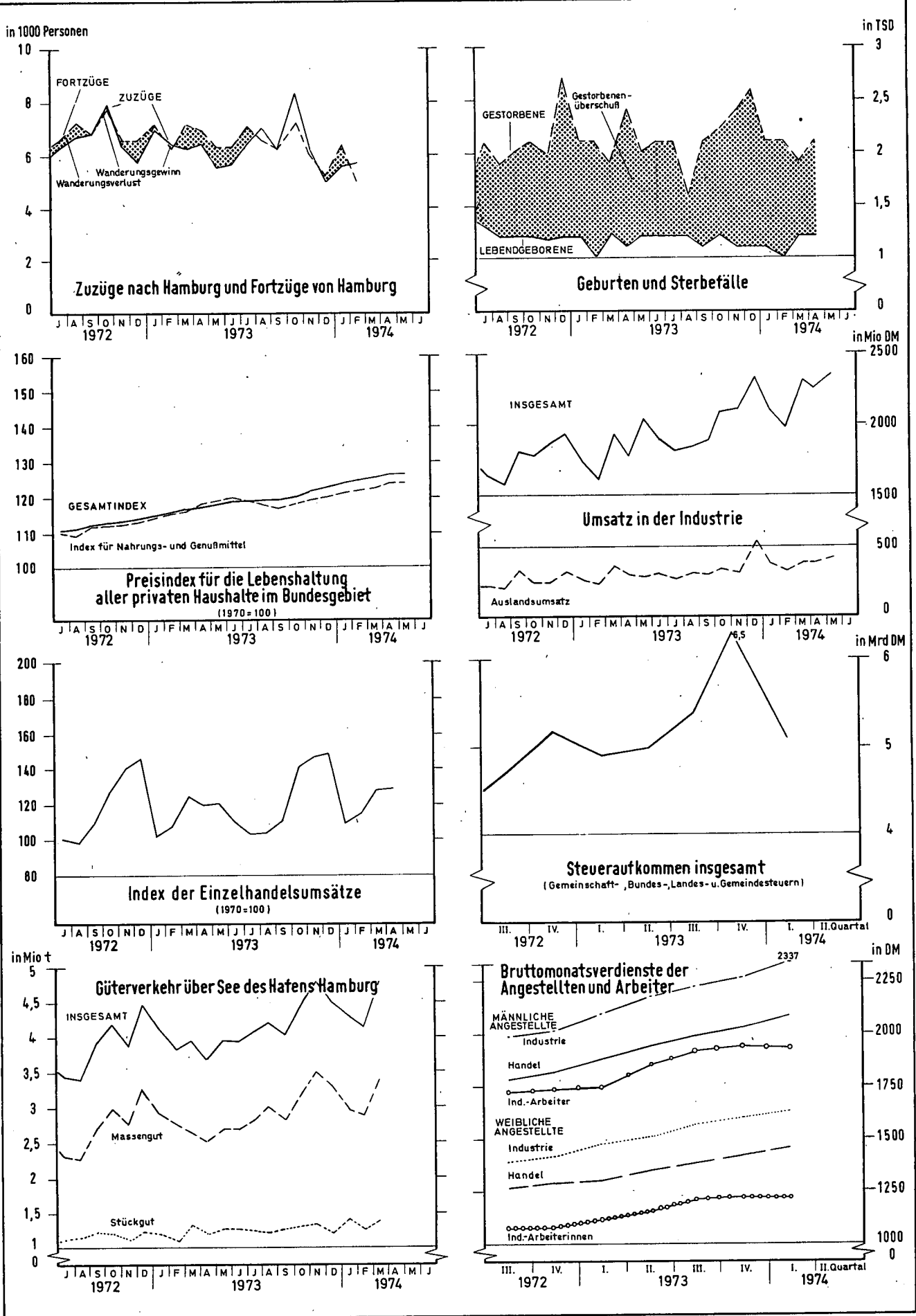
Kinobesuch nur noch leicht rückläufig

Gemessen an den Besucherzahlen der Lichtspieltheater hat die Filmfreudigkeit 1973 geringfügig weiter nachgelassen. Mit 5,52 Mio Besuchern haben die Hamburger Kinos aber lediglich 2% weniger Zuschauer für ihre Filmvorführungen interessieren können als im vorangegangenen Jahr. Im Durchschnitt war damit jeder Hamburger innerhalb des letzten Jahres dreimal im Kino.

Ende 1973 bestanden in unserer Stadt 53 Filmtheater, zwei weniger als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Plätze hat sich im Berichtszeitraum um fast ein Zehntel auf zuletzt 23 100 verringert.

Ein Vergleich dieser Angaben, die von der Filmförderungsanstalt und vom Wirtschaftsverband der Filmtheater zur Verfügung gestellt wurden, mit entsprechenden Zahlen früherer Jahre belegt den beträchtlichen Schrumpfungsprozeß der Filmbranche. Den höchsten Kinobestand und das höchste Platzangebot gab es in Hamburg 1959 mit 179 Kinos und 95 100 Plätzen; in jenem Jahr war allerdings die Besucherzahl schon auf 29,44 Mio zurückgegangen. Die meisten Filmbesucher wurden 1956 gezählt (37,52 Mio), damals ging innerhalb des Jahres jeder Hamburger durchschnittlich mehr als zwanzigmal ins Kino.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Repräsentative Wahlstatistik zur Bürgerschaftswahl 1974 in Hamburg

Zum ersten Mal in der Geschichte der hamburgischen Kommunalwahlen wurde bei der Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 3. März 1974 eine repräsentative Wahlstatistik durchgeführt, wie sie bereits seit 1953 bei Bundestagswahlen zu einem festen Bestandteil geworden ist.

Von den rund 1 313 900 Wahlberechtigten stellten die Frauen mit knapp 56 % das stärkste Potential dar. Ihr Übergewicht trat besonders ab der Altersschwelle 50 und darüber auf.

Ein Viertel der Anzahl der Nichtwähler entfiel auf die Altersgruppe der 25- bis unter 35jährigen.

Im Vergleich zur Bundestagswahl 1972 haben sich relativ mehr Frauen als Männer für die F.D.P. entschieden. In der Gruppe der 45 bis 60 Jahre alten Wähler hat die CDU die SPD überflügelt, die vor allem Stimmen unter den jüngeren Wählern einbüßte. Bei einem Gesamt-Stimmenanteil von 2,2 % für die DKP stimmte jeder zehnte männliche Wähler bis unter 25 Jahren für diese Partei.

Bisher konnten bei der Bürgerschaftswahl lediglich die Wahlbeteiligung nach Altersgruppen und Geschlecht sowie die Inanspruchnahme der Briefwahlmöglichkeit festgestellt werden; mangels einer rechtlichen Grundlage war eine Auswertung über das Wahlverhalten von Männern und Frauen nach Altersgruppen nicht möglich. Erst durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Wahl zur hamburgischen Bürgerschaft und des Gesetzes über die Wahl der Bezirksabgeordneten zu den Bezirksversammlungen vom 14. 9. 1970 (HGVBl. I S. 245) ist die Voraussetzung geschaffen worden, indem in die beiden entsprechenden Wahlgesetze als § 44 (Bürgerschaftswahl) bzw. § 46 (Bezirksversammlungswahl) ein neuer Abschnitt „Wahlstatistik“ aufgenommen wurde. Danach ist das Ergebnis der Wahl statistisch zu bearbeiten und kann der Landeswahlleiter bestimmen, daß in von ihm bestimmten Wahlbezirken auch Statistiken über Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten und Wähler unter Berücksichtigung der Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge zu erstellen sind. Dabei muß sichergestellt sein, daß durch die Trennung der Wahl nach Altersgruppen und Geschlechtern die Stimmabgabe der Wähler nicht erkennbar wird.

In Anlehnung an den Auswahlatz bei den Bundestagswahlen von rund 4 % wurden für die Bürgerschaftswahl 1974 mittels einer Stichprobe 61 Wahlbezirke mit 51 800 Wahlberechtigten ausgewählt. Bei einer Gesamtzahl von 1530 Wahlbezirken mit 1 313 900 Wahlberechtigten wurde die Stichprobe so angelegt, daß die Wahlbezirke entsprechend ihrer Anzahl der Wahlberechtigten nach acht Größenklassen geordnet wurden und aus jeder Größenklasse proportional die Stichprobe nach dem Zufallsprinzip gezogen wurde.

In den für die repräsentative Wahlstatistik ausgewählten Wahlräumen wurde am Eingang und im

Wahlraum selbst durch Plakataushang auf die Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht hingewiesen. Die Wähler erhielten besonders durch Aufdruck der Geburtsjahresgruppe für Männer und Frauen gekennzeichnete Stimmzettel. Wie bei der letzten Bundestagswahl im Jahre 1972 gab es eine Beschränkung auf fünf Altersgruppen, um insbesondere in kleineren Wahlbezirken das Wahlgeheimnis nicht zu gefährden.

Für die Beurteilung der aus der repräsentativen Wahlstatistik gewonnenen Ergebnisse ist zu beachten, daß es sich um Werte einer Stichprobe von etwa 4 % handelt, die mit einem durch den zugehörigen Zufallsfehler bestimmten Schwankungsbereich behaftet sind. Die für die Auswertung der Repräsentativstatistik zur Bundestagswahl 1972 vorangestellten Einschränkungen gelten gleichermaßen für diese Ergebnisse (vgl. Repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl in Hamburg am 19. November 1972, in: Hamburg in Zahlen, Heft 5/73, S. 155).

Eine Vorstellung von der Zuverlässigkeit der Stichprobe vermittelt die Gegenüberstellung von Gesamt- und Repräsentativergebnissen in **T a b e l l e 1**.

Obgleich die Bürgerschaftswahl 1974 im Vergleich zu anderen Wahlen durch ungewöhnliche Ergebnisse und Gewichtverschiebungen den Rahmen üblicher Vorstellungen geprengt hat und die Güte der Stichprobe nur anhand eines vor der Wahl bekannt gewesenen, wenig aussagefähigen Kriteriums (Zahl der Wahlberechtigten) beurteilt werden konnte, läßt sich eine noch relativ zufriedenstellende Übereinstimmung zwischen dem Gesamt- und Repräsentativergebnis feststellen. Die stärksten Abweichungen treten bei der CDU mit 1,1 und bei der SPD mit 1,0 Punkten auf, deren Veränderungsraten gegenüber der Bürgerschaftswahl 1970 immerhin +7,7 bzw. -10,6 Punkte betragen haben. Bei einem Vergleich des Repräsen-

Tabelle 1

Das Gesamt- und Repräsentativergebnis bei der Bürgerschaftswahl 1974

Art der Ergebnisse	Wahlberechtigte	Abgegebene Stimmen (ohne Briefwahl)		Un-gültige Stimmen in % von Sp. 2	Gültige Stimmen	davon									
		Anzahl	in % von Sp. 1			SPD	CDU	F.D.P.	NPD	DKP	EFP	FSU	AUD	KPD/ML	D.P.
						6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Gesamtergebnis in % von Sp. 5 ..	1 313 889	987 228	75,1	1,1	976 219	446 556	388 907	105 792	7 560	21 731	801	756	483	2 789	844
						45,7	39,8	10,8	0,8	2,2	0,1	0,1	0,1	0,3	0,1
Repräsentativergebnis in % von Sp. 5 ..	51 827	38 972	75,2	1,1	38 536	17 222	15 754	4 184	288	830	41	39	17	125	36
						44,7	40,9	10,9	0,7	2,2	0,1	0,1	0,0	0,3	0,1

tativergebnisses mit dem Gesamtergebnis einschließlich Briefwahl fallen die Unterschiede wesentlich geringer aus:

	Gesamtergebnis einschl. Briefwahl	Repräsentativergebnis	Abweichung (absolut)
Stimmenanteil der SPD	44,9	44,7	0,2
Stimmenanteil der CDU	40,6	40,9	0,3

135 000 weibliche Wahlberechtigte mehr als männliche im Alter von 50 und mehr Jahren

Während bei den Wahlen 1970 und 1972 die Auszählung der Wahlberechtigten nach zehn Altersgruppen vorgenommen wurde, beruhte sie diesmal auf zwölf Gruppen, die dadurch zustande kamen, daß die 50- bis unter 60jährigen und die 60- bis unter 70jährigen auch in Fünfergruppen unterteilt wurden.

Tabelle 2

Anteil von Männern und Frauen an der Zahl der Wahlberechtigten nach den Repräsentativstatistiken der Bürgerschaftswahlen 1974 und 1970 sowie der Bundestagswahl 1972

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Von 100 Wahlberechtigten waren					
	Männer			Frauen		
	1974	1970	1972	1974	1970	1972
	1	2	3	4	5	6
18 bis 21	49,7	50,3	51,0	50,3	49,7	49,0
21 bis 25	51,7	50,3	48,8	48,3	49,7	51,2
25 bis 30	49,9	50,6	49,8	50,1	49,4	50,2
30 bis 35	50,8	49,8	50,9	49,2	50,2	49,1
35 bis 40	49,7	48,3	50,7	50,3	51,7	49,3
40 bis 45	47,2	47,0	48,8	52,8	53,0	51,2
45 bis 50	43,3	41,2	44,2	56,7	58,8	55,8
50 bis 55	40,7			59,3		
55 bis 60	40,5			59,5		
50 bis 60	40,6	41,6	41,1	59,4	58,4	58,9
60 bis 65	42,7			57,3		
65 bis 70	41,8			58,2		
60 bis 70	42,3	41,9	41,4	57,7	58,1	58,6
70 und älter .	34,1	33,7	33,8	65,9	66,3	66,2
Insgesamt ...	44,2	44,0	44,6	55,8	56,0	55,4

Legt man die in Tabelle 2 ausgewiesene Geschlechterproportion von 44,2 zu 55,8 auf sämtliche Wahlberechtigten um, so ergeben sich absolute Anteile von rund 580 900 Männern und rund 733 000 Frauen. Anders ausgedrückt, auf 100 männliche Wahlberechtigte entfielen bei der Bürgerschaftswahl 1974 126 Frauen. Dagegen waren es 1970 127 und 1972 nur 124 Frauen. Immerhin gab es 1974 insgesamt rund 152 000 wahlberechtigte Frauen mehr als Männer (1970 dagegen rund 166 000).

Bei einem Vergleich der verschiedenen Altersgruppen stellt sich als höchster Anteil unter den Männern der von 51,7 für die 21- bis unter 25jährigen heraus, während er bei den Frauen nach wie vor in der Gruppe „70 und älter“ zu finden ist. Von allen zwölf Altersgruppen hatten die Frauen in zehn das Übergewicht. Die stärkste Verschiebung gegenüber der Bürgerschaftswahl 1970 weist die Altersgruppe 45 bis 50 (vom 4. 3. 1924 bis 3. 3. 1929 Geborene) auf. Hier hat sich der Anteil bei den Männern um 2,1% vergrößert, bei den Frauen entsprechend verringert.

Inwieweit die einzelnen Altersgruppen infolge der ungleichmäßigen Altersstruktur der Bevölkerung ein unterschiedliches Gewicht hatten, machen die Tabellen 3a und 3b deutlich. In Tabelle 3a sind die bei den repräsentativen Wahlstatistiken erfaßten Wahlberechtigten nach Alter und Geschlecht angegeben, die anhand der Gesamtzahl der Wahlberechtigten hochgerechneten Werte gehen aus Tabelle 3b hervor.

Unter den zwölf Altersgruppen von 1974 haben die bis unter 45jährigen Männer jeweils höhere Anteile vorzuweisen als die Frauen, wobei insbesondere die Altersgruppe 30-35 herausragt. Ab der Altersschwelle 45 tritt eine Umkehrung ein, sie steigert sich wie bei der Bundestagswahl 1972 bei den 70jährigen und älteren Frauen zu einem um 6,3 Prozentpunkte höheren Anteil als bei den Männern. 1970 hatte dieser Unterschied nur 5,8 Prozentpunkte betragen. Bezieht man die 50- bis 60jährigen noch mit ein, so erhöht sich 1974 der Anteil bei den Männern auf 41,6% und bei den Frauen sogar auf 51,5%. Bei der Bürgerschaftswahl 1970 fielen diese Anteile etwas geringer aus (41,4% bzw. 50,2%). Um eine Vorstellung über die absoluten Größenordnungen zu erhalten, ist Ta-

Tabelle 3a

**Die bei den Repräsentativstatistiken der Bürgerschaftswahlen 1974 und 1970 sowie bei der Bundestagswahl 1972
erfaßten Wahlberechtigten nach Alter und Geschlecht**

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Zahl der Wahlberechtigten								
	Männer			Frauen			zusammen		
	1974	1970	1972	1974	1970	1972	1974	1970	1972
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
	a) absolut								
18 bis 21	1 022	1 152	1 070	1 033	1 137	1 027	2 055	2 289	2 097
21 bis 25	1 459	1 694	1 690	1 365	1 676	1 775	2 824	3 370	3 465
25 bis 30	1 966	2 894	2 641	1 970	2 827	2 666	3 936	5 721	5 307
30 bis 35	2 664	2 922	3 460	2 583	2 940	3 331	5 247	5 862	6 791
35 bis 40	2 566	2 018	2 765	2 598	2 163	2 685	5 164	4 181	5 450
40 bis 45	1 800	2 117	2 104	2 014	2 383	2 211	3 814	4 500	4 315
45 bis 50	1 878	1 941	1 832	2 457	2 774	2 314	4 335	4 715	4 146
50 bis 55	1 774			2 581			4 355		
55 bis 60	1 270			1 867			3 137		
50 bis 60	(3 044)	3 530	3 269	(4 448)	4 961	4 683	(7 492)	8 491	7 952
60 bis 65	1 980			2 652			4 632		
65 bis 70	1 833			2 552			4 385		
60 bis 70	(3 813)	4 180	3 922	(5 204)	5 799	5 562	(9 017)	9 979	9 484
70 u. älter	2 710	2 677	2 791	5 233	5 267	5 470	7 943	7 944	8 261
Insgesamt	22 922	25 125	25 544	28 905	31 927	31 724	51 827	57 052	57 268
	b) in %								
18 bis 21	4,5	4,6	4,2	3,6	3,6	3,2	4,0	4,0	3,7
21 bis 25	6,4	6,8	6,6	4,7	5,2	5,6	5,4	5,9	6,0
25 bis 30	8,6	11,5	10,3	6,8	8,8	8,4	7,6	10,0	9,3
30 bis 35	11,6	11,6	13,6	8,9	9,2	10,5	10,1	10,3	11,9
35 bis 40	11,2	8,0	10,8	9,0	6,8	8,5	10,0	7,3	9,5
40 bis 45	7,9	8,4	8,2	7,0	7,5	7,0	7,4	7,9	7,5
45 bis 50	8,2	7,7	7,2	8,5	8,7	7,3	8,4	8,3	7,2
50 bis 55	7,7			8,9			8,4		
55 bis 60	5,5			6,5			6,0		
50 bis 60	(13,2)	14,1	12,8	(15,4)	15,5	14,8	(14,4)	14,9	13,9
60 bis 65	8,6			9,2			8,9		
65 bis 70	8,0			8,8			8,5		
60 bis 70	(16,6)	16,6	15,4	(18,0)	18,2	17,5	(17,4)	17,5	16,6
70 u. älter	11,8	10,7	10,9	18,1	16,5	17,2	15,3	13,9	14,4
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Tabelle 3b

**Die Wahlberechtigten bei den Bürgerschaftswahlen 1974 und 1970 sowie bei der Bundestagswahl 1972
nach Alter und Geschlecht**
(hochgerechnet nach den Anteilssätzen der Repräsentativstatistiken)
— gerundet auf 100 Personen —

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Zahl der Wahlberechtigten								
	Männer			Frauen			zusammen		
	1974	1970	1972	1974	1970	1972	1974	1970	1972
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
18 bis 21	26 100	27 800	25 100	26 400	27 500	24 200	52 500	55 300	49 300
21 bis 25	37 100	41 000	39 700	34 600	40 600	41 800	71 700	81 600	81 500
25 bis 30	49 800	69 900	62 300	50 000	68 300	62 800	99 800	138 200	125 100
30 bis 35	67 300	70 900	81 500	65 300	71 500	78 500	132 600	142 400	160 000
35 bis 40	65 100	48 700	65 100	66 000	52 200	63 300	131 100	100 900	128 400
40 bis 45	45 900	45 000	49 500	51 300	64 200	52 000	97 200	109 200	101 500
45 bis 50	47 600	47 300	43 100	62 300	67 400	54 500	109 900	114 700	97 600
50 bis 55	44 800			65 200			110 000		
55 bis 60	32 200			47 400			79 600		
50 bis 60	(77 000)	85 700	77 000	(112 600)	120 300	110 300	(189 600)	206 000	187 300
60 bis 65	50 100			67 200			117 300		
65 bis 70	46 400			64 600			111 000		
60 bis 70	(96 500)	101 400	92 400	(131 800)	140 500	130 900	(228 300)	241 900	223 300
70 u. älter	68 500	64 700	65 800	132 700	127 400	128 800	201 200	192 100	194 600
Insgesamt	580 900	608 200	601 500	733 000	774 100	747 100	1 313 900	1 382 300	1 348 600

belle 3b heranzuziehen. 242 000 Männern im Alter von 50 Jahren und darüber standen bei der Bürger-schaftswahl 1974 377 100 Frauen gegenüber, so daß auf 100 männliche Wahlberechtigte dieses Alters-bereichs 156 Frauen kamen. 1970 belief sich dieses Verhältnis auf 100 : 154. Bei einem Vergleich der einzelnen Altersgruppen zwischen beiden Bürger-schaftswahlen fällt insbesondere der Rückgang um 38 400 (= 28 %) bei der Gesamtzahl der Wahlberechtigten in der Altersgruppe 25–30 (4. 3. 1944 bis 3. 3. 1949 Geborene) auf. Dieser aus den Kriegsfolgen erklär-bare Verlust wird zu einem beträchtlichen Teil durch die Zunahme von 30 200 (= 30 %) in der Gruppe der 35- bis unter 40jährigen ausgeglichen, also derjeni-gen, die in der Vorkriegszeit (vom 4. 3. 1934 bis 3. 3. 1939) geboren wurden. Die Verminderung um 16 400 Wahlberechtigte (8 %) im Alter von 50 bis unter 60 findet ihre Erklärung aus den Folgen des ersten Welt-krieges, nämlich aus dem in die Zeit von 1914 bis 1923 hineinreichenden Geburtenrückgang.

Die 21- bis unter 25jährigen Wahlberechtigten haben nach wie vor die niedrigste Wahlbeteiligung vorzuweisen

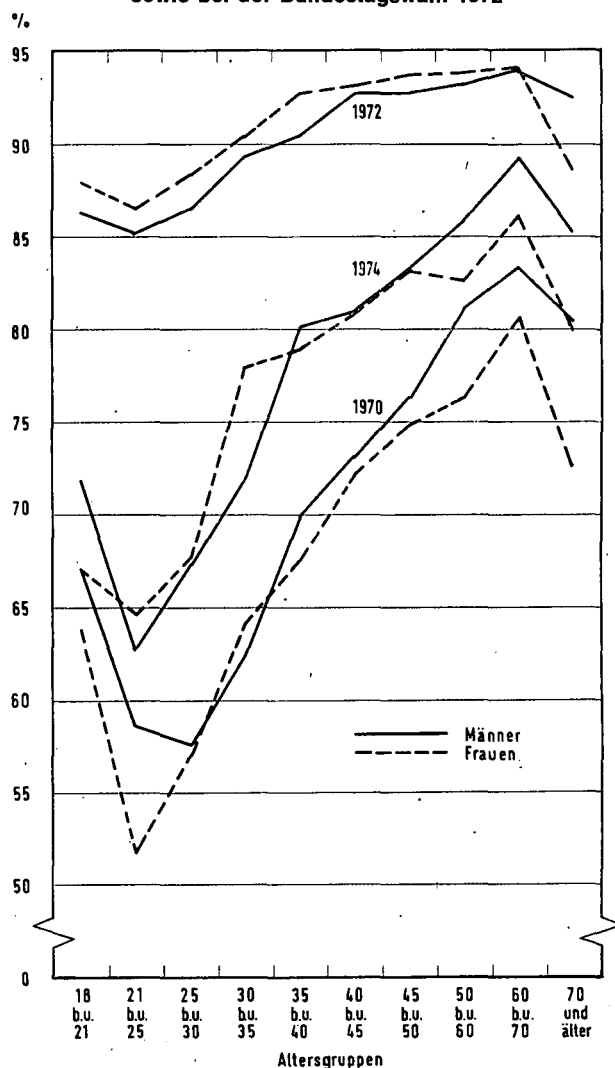
Die Wahlbeteiligung betrug 1974 insgesamt 79,8 % bei den Männern und 79,6 % bei den Frauen (s. Ta-belle 4).

Bei einer zwischen den beiden Geschlechtern fast gleich hohen Gesamtbeteiligung sind jedoch in den einzelnen Altersgruppen erhebliche Unterschiede festzustellen. Am krassesten ist die Abweichung bei den 30- bis unter 35jährigen Wahlberechtigten, un-ter denen die Frauen mit einer um sechs Prozent-punkte höheren Wahlbeteiligung die Männer über-treffen. Außer in den drei Altersgruppen der 21- bis unter 35jährigen liegen aber sonst die Männer in Führung, am weitesten unter den 70jährigen und äl-teren (+ 5,3 Punkte) und in der ersten Altersgruppe (18 bis 21) mit 4,8 Punkten, in ähnlicher Weise wie 1970.

Das Schaubild 1 stellt die unterschiedliche Wahlbeteiligung zwischen den Männern und Frauen

Schaubild 1

Die Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht bei den Bürger-schaftswahlen 1974 und 1970 sowie bei der Bundestagswahl 1972



Statistisches Landesamt Hamburg

und den drei Wahlen noch deutlicher heraus. Der Trendverlauf innerhalb der Altersgruppen läßt vor al-

Tabelle 4

Die Wahlbeteiligung 1974, 1970 und 1972 nach Alter und Geschlecht — ohne Briefwähler —

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Von 100 Wahlberechtigten wählten in den Wahlräumen der repräsentativen Wahlbezirke								
	Männer			Frauen			zusammen		
	1974	1970	1972	1974	1970	1972	1974	1970	1972
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
18 bis 21	71,9	67,2	86,6	67,1	63,9	88,0	69,5	65,6	87,3
21 bis 25	62,9	58,6	85,3	64,8	51,9	86,6	63,8	55,3	86,0
25 bis 30	67,4	57,6	86,6	67,8	57,1	88,4	67,6	57,3	87,5
30 bis 35	72,0	62,5	89,4	78,0	64,2	90,5	75,0	63,3	89,9
35 bis 40	80,2	70,0	90,5	79,0	67,6	92,8	79,6	68,8	91,6
40 bis 45	81,0	73,2	92,8	80,9	72,2	93,2	81,0	72,7	93,0
45 bis 50	83,3	76,4	92,8	83,2	74,9	93,8	83,2	75,5	93,4
50 bis 55	85,2			82,0			83,3		
55 bis 60	86,8			83,8			85,0		
50 bis 60	85,9	81,2	93,3	82,7	76,4	93,9	84,0	78,4	93,7
60 bis 65	88,9			85,7			87,1		
65 bis 70	89,7			86,8			88,0		
60 bis 70	89,3	83,4	94,1	86,2	80,7	94,2	87,5	81,8	94,2
70 u. älter	85,4	80,5	92,6	80,1	72,7	88,8	81,9	75,3	90,1
Insgesamt.	79,8	72,4	91,0	79,6	70,9	91,5	79,7	71,6	91,3

lem eine gute Übereinstimmung zwischen den beiden Bürgerschaftswahlen erkennen.

Versucht man, Vorstellungen über die absoluten Größenordnungen der Nichtwähler zu gewinnen, so sind zunächst die Differenzen der Nichtwähler, d. h. der Wahlberechtigten ohne Stimm- oder Wahrscheinvermerk zu ermitteln und hochzurechnen. (Die Präzisierung des Begriffs „Nichtwähler“ ist notwendig, weil unterstellt wird, daß alle Personen ohne Stimm- oder Wahrscheinvermerk nicht gewählt haben – es könnte ja sein, daß in den 61 repräsentativen Wahlbezirken Personen mit einem Wahrscheinvermerk nicht gewählt haben. Die damit möglicherweise verbundenen Differenzen sind jedoch im Rahmen der Repräsentativstatistik auf die Gesamtaussage ohne Bedeutung.)

Faßt man die so gewonnenen Zahlen nach den fünf Altersgruppen zusammen, wie sie für die Stimmentauszählung gebildet wurden, so ergibt sich (vgl. Tabelle 5), daß rund 64 000 Nichtwähler in der Altersgruppe 25–35 anzutreffen sind. Das sind rund 25 % von der Gesamtzahl der Nichtwähler, die rund 257 500 beträgt. Die Altersgruppe der 60jährigen und älteren folgt mit rund 61 400 (= 24 %) erst an zweiter Stelle, von denen mehr als $\frac{2}{3}$ (rund 41 900) auf Frauen entfallen. Unter der größten Gruppe der Nichtwähler der 25- bis unter 35jährigen befinden sich rund 34 200 Männer (rund 53 %) und rund 29 800 Frauen (rund 47 %).

Tabelle 5

Die Nichtwähler bei der Bürgerschaftswahl 1974 nach Alter und Geschlecht

(hochgerechnet nach den Anteilsätzen der Repräsentativstatistik) – gerundet auf 100 Personen –

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Zahl der Nichtwähler					
	Männer		Frauen		zusammen	
	absolut	% ¹⁾	absolut	% ¹⁾	absolut	% ²⁾
	1	2	3	4	5	6
18 – 25 ..	20 200	49,9	20 300	50,1	40 500	15,7
25 – 35 ..	34 200	53,4	29 800	46,6	64 000	24,9
35 – 45 ..	21 300	47,9	23 200	52,1	44 500	17,3
45 – 60 ..	18 100	38,4	29 000	61,6	47 100	18,3
60 u. älter	19 500	31,8	41 900	68,2	61 400	23,8
Insgesamt	113 300	44,0	144 200	56,0	257 500	100

¹⁾ % bezogen auf die Gesamtzahl der männlichen und weiblichen Nichtwähler in der jeweiligen Altersgruppe. – ²⁾ % bezogen auf die Nichtwähler insgesamt.

Diesmal wählten mehr Frauen mit Wahrschein

Da bei der diesjährigen Bürgerschaftswahl rund 4300 Wahlscheine mehr ausgegeben wurden als 1970, erhöhte sich der Anteil der Wahrscheinempfänger von 4,7 auf 5,7 %, bei den Frauen sogar etwas mehr als bei den Männern. Bei der Bürgerschaftswahl 1970 waren die Anteile zwischen Männern und Frauen noch gleich, 1974 lag der Frauen-Anteil um 0,3 Prozentpunkte höher als der von den Männern; dagegen zeichnete sich die Bundestagswahl 1972 durch ein umgekehrtes Bild aus. Recht unterschiedlich hoch ist die Neigung zur Stimmabgabe mittels Wahrschein nach wie vor in den einzelnen Altersgruppen (Tabelle 6).

Tabelle 6

Die Wahrscheinempfänger und Urnenwähler der repräsentativen Wahlbezirke bei den Bürgerschaftswahlen 1974 und 1970 sowie bei der Bundestagswahl 1972 nach Alter und Geschlecht

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Von 100 Wahlberechtigten waren					
	Wahrscheinempfänger			Urnenwähler		
	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen
	1	2	3	4	5	6
1974						
18 bis 21	4,7	4,1	4,4	68,5	64,4	66,4
21 bis 25	6,7	5,1	5,9	58,7	61,5	60,1
25 bis 30	5,3	4,5	4,9	63,8	64,8	64,3
30 bis 35	4,6	4,2	4,4	68,7	74,7	71,7
35 bis 40	4,2	4,2	4,2	76,8	75,7	76,2
40 bis 45	3,1	3,6	3,3	78,5	78,1	78,3
45 bis 50	6,1	4,6	5,3	78,2	79,3	78,8
50 bis 55	6,4	6,0	6,2	79,8	77,1	78,2
55 bis 60	6,1	5,5	5,7	81,6	79,2	80,2
60 bis 65	6,3	5,8	6,0	80,5	78,0	79,0
65 bis 70	5,3	5,9	5,6	84,2	80,7	82,2
70 und älter ..	5,8	5,9	5,9	84,5	81,7	82,9
Insgesamt ...	5,6	5,9	5,7	84,3	81,2	82,5
	7,3	9,8	9,0	79,1	72,2	74,6
1970						
18 bis 21	4,3	4,7	4,5	64,3	60,9	62,6
21 bis 25	4,0	3,3	3,6	56,3	50,2	53,3
25 bis 30	4,3	4,2	4,3	55,1	54,7	54,9
30 bis 35	3,7	3,6	3,6	60,2	61,9	61,0
35 bis 40	3,8	3,9	3,8	67,4	65,0	66,2
40 bis 45	3,9	4,7	4,3	70,4	68,8	69,5
45 bis 50	5,2	5,3	5,2	72,5	70,9	71,6
50 bis 60	5,6	4,3	4,8	76,6	73,1	74,6
60 bis 70	4,9	4,8	4,9	79,3	76,8	77,9
70 und älter ..	6,5	6,2	6,3	75,3	68,2	70,6
Insgesamt ...	4,7	4,7	4,7	69,0	67,6	68,2
1972						
18 bis 21	4,8	4,2	4,5	82,4	84,3	83,4
21 bis 25	8,2	6,3	7,2	78,3	81,1	79,8
25 bis 30	7,9	6,1	7,0	79,8	83,0	81,4
30 bis 35	6,5	5,9	6,2	83,6	85,2	84,4
35 bis 40	5,9	4,8	5,4	85,2	88,3	86,7
40 bis 45	5,7	4,0	4,8	87,5	89,4	88,5
45 bis 50	6,3	5,3	5,7	87,0	88,9	88,0
50 bis 60	6,8	5,4	5,9	87,0	88,9	88,1
60 bis 70	5,6	5,9	5,8	88,8	88,7	88,7
70 und älter ..	9,0	9,3	9,2	84,3	80,5	81,8
Insgesamt ...	6,7	6,1	6,4	84,9	85,9	85,5

Bei den Männern reicht die Spannweite von 3,1 (40 bis unter 45 Jahren) bis 7,3 (70 und älter), für die Frauen fällt sie mit 3,6 : 9,8 noch größer aus. Die relativ höheren Anteile der 21- bis unter 25jährigen und insbesondere der über 70jährigen werden ihre Ursache in studien- und berufsbedingter Aufwärtsentwicklung bei den jüngeren, in Krankheit und Gebrechlichkeit bei den älteren Wählern haben.

Von 100 weiblichen Wahrscheinempfängern wählten 1974 im Alter von 60 und mehr Jahren knapp die Hälfte (48,8) mittels Wahrschein (1970 = 40,5), bei den Männern waren es 32,8 (1974) bzw. 32,0 (1970).

Ähnliche Unterschiede lassen sich bei den Urnenwählern feststellen. Unter den zwölf Altersgruppen nehmen die 65- bis unter 70jährigen Männer die erste Position ein (84,5), die mit 81,7 von den gleichaltri-

gen Frauen nicht unwesentlich unterschritten wird. Bei den jüngeren Urnenwählern fallen insbesondere die 21- bis unter 25jährigen mit 58,7 (Männer) bzw. 61,5 (Frauen) ab. Erst mit der Altersschwelle „35 und älter“ wird eine überdurchschnittliche Wahlbeteiligung unter den Urnenwählern erkennbar. Bei der Bürgerschaftswahl 1970 lagen sogar noch die 35- bis unter 40jährigen unter dem Gesamtdurchschnitt von 68,2.

Die nicht in der Bürgerschaft vertretenen Parteien werden von den Männern stärker begünstigt

Wie eingangs erwähnt, ließ erstmals die Bürgerschaftswahl 1974 eine Auszählung der Stimmen nach Geschlecht und fünf Altersgruppen zu, so daß keine Ergebnisse von der Bürgerschaftswahl 1970 gegenübergestellt werden können und nur auf Vergleichswerte der letzten Bundestagswahl zurückgegriffen werden kann:

Von den rund 1 056 400 Wählern stellten die Frauen mit 55,5 % das stärkste Potential dar. Sie gaben ihr Votum für die einzelnen Parteien allerdings recht unterschiedlich ab, wie es sich der Tabelle 7 entnehmen läßt.

An die allgemeine Verteilung der gültigen Stimmen im Verhältnis von 44,5 : 55,5 kommt die F.D.P. fast heran. Für sie wurden 44,4 % der gültigen Stimmen von Männern und 55,6 % von Frauen abgegeben; da-

Tabelle 7

Die Wähler der einzelnen Parteien in den repräsentativen Wahlbezirken bei der Bürgerschaftswahl 1974 und der Bundestagswahl 1972 (Zweitstimmen) nach dem Geschlecht

Parteien	Von 100 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen			
	1974		1972	
	auf			
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	1	2	3	4
SPD	44,0	56,0	44,3	55,7
CDU	43,5	56,5	42,5	57,5
F.D.P.	44,4	55,6	49,0	51,0
NPD	64,2	35,8	60,0	40,0
DKP	63,1	36,9	65,3	34,7
EFP	(51,2)	(48,8)	(44,7)	(55,3)
FSU	(66,7)	(33,3)	(63,6)	(36,4)
AUD	(52,9)	(47,1)	—	—
KPD/ML ..	60,0	40,0	—	—
D.P.	(72,2)	(27,8)	—	—
Insgesamt .	44,5	55,5	44,4	55,6

Zahlen in () beruhen auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe.

mit ist gegenüber 1972 eine Zunahme der Frauenstimmen um 4,6 Prozentpunkte zu verzeichnen. Wenn dieser Stimmenzuwachs nicht eingetreten wäre und die Frauen sich wie die Männer verhalten hätten, hätte die F.D.P. bei der Bürgerschaftswahl 1974 statt eines Gesamtanteils von 10,9 % nur einen von 9,9 % erzielt.

Tabelle 8

Die Wähler der einzelnen Parteien in den repräsentativen Wahlbezirken bei der Bürgerschaftswahl 1974 und der Bundestagswahl 1972 (Zweitstimmen) nach Geschlecht und Altersgruppen

— Altersgruppe je Geschlecht = 100 gesetzt —

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Männer						Frauen					
	Von 100 abgegebenen gültigen Stimmen (ohne Briefwahl) entfielen auf											
	SPD	CDU	F.D.P.	NPD	DKP	sonst. Parteien ¹⁾	SPD	CDU	F.D.P.	NPD	DKP	sonst. Parteien ¹⁾
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Bürgerschaftswahl 1974												
18 bis 25	44,0	26,6	16,8	(0,6)	10,0	(2,0)	45,8	26,6	20,2	(0,3)	5,7	(1,4)
25 bis 35	44,0	35,8	15,2	(0,5)	3,6	(0,9)	43,0	39,0	14,8	(0,3)	2,5	(0,4)
35 bis 45	44,8	39,3	12,1	(0,8)	2,2	(0,8)	44,6	41,3	12,3	(0,5)	(0,8)	(0,5)
45 bis 60	41,3	44,7	9,9	1,4	1,8	(0,9)	41,7	45,2	10,7	(0,7)	1,2	(0,6)
60 und älter	46,0	43,1	6,5	1,4	2,2	(0,8)	48,4	43,2	7,0	(0,5)	0,7	(0,2)
Insgesamt	44,2	39,9	10,8	1,1	3,0	1,0	45,1	41,6	10,9	0,5	1,4	(0,5)
Bundestagswahl 1972												
18 bis 25	65,8	16,4	16,1	(0,2)	(1,5)	—	66,0	18,3	14,8	—	(0,7)	(0,2)
25 bis 35	56,7	25,8	16,8	(0,2)	(0,5)	—	56,2	28,0	15,3	(0,3)	(0,1)	(0,1)
35 bis 45	57,5	27,8	13,6	(0,4)	(0,5)	(0,2)	57,1	30,7	11,5	(0,1)	(0,4)	(0,2)
45 bis 60	52,8	35,8	9,9	(0,2)	(0,7)	(0,6)	51,3	38,3	9,6	(0,3)	(0,3)	(0,2)
60 und älter	52,2	36,9	6,9	(0,6)	1,1	(0,3)	56,3	37,6	5,5	(0,2)	(0,3)	(0,1)
Insgesamt	55,8	30,7	12,1	(0,4)	0,8	(0,2)	56,1	33,2	10,0	0,2	0,3	(0,2)
Veränderung 1974 gegenüber 1972 (in Prozentpunkten)												
18 bis 25	—21,8	+10,2	+ 0,7	+ 0,4	+ 8,5	+ 2,0	—20,2	+ 8,3	+ 5,4	+ 0,3	+ 5,0	+ 1,2
25 bis 35	—12,7	+10,0	— 1,6	+ 0,3	+ 3,1	+ 0,9	—13,2	+11,0	— 0,5	0,0	+ 2,4	+ 0,3
35 bis 45	—12,7	+11,5	— 1,5	+ 0,4	+ 1,7	+ 0,6	—12,5	+10,6	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3
45 bis 60	—11,5	+ 8,9	0,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,3	— 9,6	+ 6,9	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,4
60 und älter	— 6,2	+ 4,2	— 0,4	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,5	— 7,9	+ 5,6	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,1
Insgesamt	—11,6	+ 9,2	— 1,3	+ 0,7	+ 2,3	+ 0,8	—11,0	+ 8,4	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,3

¹⁾ 1972 = EFP, FSU; 1974 = EFP, FSU, AUD, KPD/ML, D.P.
Zahlen in () beruhen auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe.

Bei der SPD, die mit einer Abweichung von 0,5 als nächste an die Gesamtrelation am besten heranreicht, hat sich der Frauen-Anteil mit 0,3 Prozentpunkten etwas erhöht; die CDU dagegen weist eine Verminderung um einen Punkt auf. D. h., für sie haben sich verhältnismäßig mehr Männer entschieden, als dies bei der Bundestagswahl 1972 der Fall war. Ein noch stärkerer Gewinn an Männerstimmen läßt sich für die NPD ablesen. Bei ihr beläuft sich der Anstieg auf 4,2 Prozentpunkte. Diese wie auch alle anderen nicht in der Bürgerschaft vertretenen Parteien zeichnen sich überhaupt dadurch aus, daß sie in der Gunst der Männer höher stehen als bei den Frauen.

Die SPD verlor vor allem unter den jüngeren Wählern

Weitaus interessantere Aussagen vermittelt die Tabelle 8. Die Aufgliederung der Stimmen nach dem Alter macht sehr unterschiedliche Präferenzen deutlich.

Für die SPD lassen sich unter den fünf nachgewiesenen Altersgruppen noch die gleichmäßigsten Anteile feststellen, wobei sich die Männer weniger stark vom Gesamtdurchschnitt abheben, als die Frauen. Unter den 60jährigen und älteren Wählern konnte die SPD die höchsten Stimmenanteile erzielen, in der Gruppe davor (45 bis 60) schnitt sie am schlechtesten ab. Dafür bekam die CDU hier die meisten Stimmen, und zwar 45,2% bei den Frauen und 44,7% bei den Männern. Damit hat sie in dieser Altersgruppe die SPD überflügelt, während sie sonst niedrigere Stimmenanteile erhielt. Am deutlichsten ist ihr Abstand zur SPD unter den 18- bis unter 25jährigen, obwohl die SPD gerade hier die stärksten Verluste gegenüber der Bundestagswahl 1972 hinnehmen mußte. Mit -21,8 bei den Männern und -20,2 Prozentpunkten bei den Frauen hat die SPD jeden fünften Jungwähler verloren (vgl. Schaubild 2).

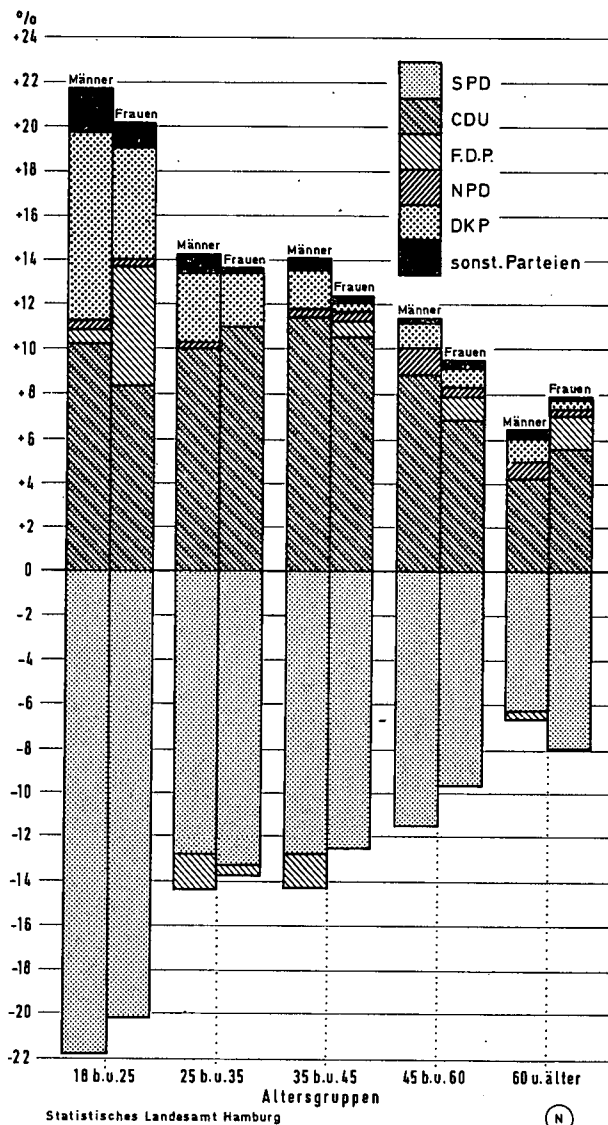
Die F.D.P. besitzt unter den älteren Wählern die wenigsten Anhänger. Mit 6,5% bei den Männern und 7,0% bei den Frauen in der Altersgruppe 60 und älter ist der Unterschied gegenüber den jüngsten Wählern mit 16,8% bzw. 20,2% beträchtlich. Dieses Gefälle wird besonders bei einem Vergleich mit der SPD deutlich. Auf 100 männliche SPD-Wähler im Alter von 18 bis unter 25 Jahren entfielen 1974 38 F.D.P.-Wähler, dagegen waren es in der Altersgruppe der 60jährigen und älteren Wähler nur 14.

Als ungewöhnlich ist das Abschneiden der DKP unter den 18- bis 25jährigen anzusehen. In dieser Altersgruppe konnte sie bei den Männern einen Stimmenanteil von 10,0% und bei den Frauen einen von 5,7% auf sich vereinigen. Demzufolge fällt die Zuwachsrate der Männer von 8,5 Punkten gegenüber

Schaubild 2

Veränderungsraten der Stimmenanteile zwischen der Bürgerschaftswahl 1974 und der Bundestagswahl 1972 nach Alter und Geschlecht

— in Prozentpunkten —



1972 besonders hoch aus. Sie verpaßt die der 45- bis unter 60jährigen männlichen CDU-Wähler, die mit 8,9 an diese am nächsten herankommt, nur um 0,4 Prozentpunkte.

Tabelle 9 gibt die absoluten Zahlen wieder. Faßt man die Wähler der einzelnen Parteien nach zwei Altersgruppen zusammen, und zwar von 18 bis unter 45 sowie 45 und älter, und setzt den Gesamt-Stimmenanteil der jeweiligen Parteien = 100, so ergeben sich folgende Relationen:

Altersgruppen von ... bis ... unter Jahren	Wähler insgesamt	davon						
		SPD	CDU	F.D.P.	NPD	DKP	KPD/ML	Sonstige
Männer								
18-45	46,6	46,8	41,4	60,9	28,6	64,5	68,0	41,5
45 und älter	53,4	53,2	58,6	39,1	71,4	35,5	32,0	58,5
Frauen								
18-45	38,1	37,3	34,6	51,5	33,0	63,1	64,0	39,2
45 und älter	61,9	62,7	65,4	48,5	67,0	36,9	36,0	60,8

Tabelle 9

**Die Wähler in den repräsentativen Wahlbezirken bei der Bürgerschaftswahl 1974
nach der Stimmabgabe für die Parteien**
— absolute Zahlen —

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Abgegebene gültige Stimmen (ohne Briefwahl)										
	insgesamt	davon entfielen auf									
		SPD	CDU	F.D.P.	NPD	DKP	EFP	FSU	AUD	KPD/ML	D.P.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
	Männer										
18 bis 25	1 548	681	412	260	10	154	4	1	2	23	1
25 bis 35	3 041	1 338	1 088	463	15	109	5	1	2	18	2
35 bis 45	3 394	1 520	1 335	410	28	75	3	4	2	10	7
45 bis 60	3 849	1 588	1 722	380	55	70	5	10	—	10	9
60 und älter	5 311	2 443	2 291	346	77	116	4	10	3	14	7
Insgesamt	17 143	7 570	6 848	1 859	185	524	21	26	9	75	26
	Frauen										
18 bis 25	1 469	672	391	297	5	84	3	—	—	17	—
25 bis 35	3 166	1 360	1 233	468	11	80	4	—	—	9	1
35 bis 45	3 523	1 571	1 454	433	18	29	5	2	1	6	4
45 bis 60	5 374	2 242	2 431	577	37	57	7	3	6	12	2
60 und älter	7 861	3 807	3 397	550	32	56	1	8	1	6	3
Insgesamt	21 393	9 652	8 906	2 325	103	306	20	13	8	50	10

Die Übersicht macht deutlich, daß sowohl bei den Männern als auch den Frauen die SPD-Wähler der Gesamtproportion am besten entsprechen. Die größten Abweichungen finden sich unter den Männern (gegenüber den 18- bis unter 45jährigen Wählern insgesamt) bei der KPD/ML (+21,4 Prozentpunkte), bei der NPD (-18,0), bei der DKP (+17,9) sowie bei der F.D.P. (+14,3). Bei den gleichaltrigen Frauen treten z. T. noch größere Unterschiede auf: KPD/ML (+25,9), DKP (+25,0), F.D.P. (+13,4) und NPD (-5,1). Die CDU zeichnet sich durch um 5,2 bzw. 3,5 Prozentpunkte höhere Anteile bei den 45jährigen und älteren Wählern aus.

Um den Grad der Abhängigkeit der die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik beeinflussenden Faktoren — Geschlechter, Altersgruppen, Parteien — zu ermitteln, wurde mit diesen drei Faktoren eine Varianzanalyse durchgeführt. Als Ergebnis der Prüfung der Mittelwertdifferenzen stellte sich heraus, daß die drei Wechselwirkungen Geschlechter × Alter (GA), Geschlechter × Parteien (GP) und Alter × Parteien (AP) bei einem Sicherheitsgrad von 95 % statistisch gesichert sind. Gegenüber dem Rest = Wechselwirkung Geschlechter × Alter × Parteien (GAP) ergaben sich folgende F-Werte:

$$\frac{GA}{GAP} = 2,91$$

$$\frac{GP}{GAP} = 3,10$$

$$\frac{AP}{GAP} = 11,60$$

Bei einem Vergleich mit den aus Tabellenwerken ablesbaren Signifikanzschranken der F-Verteilung für den einseitigen Test wird deutlich, daß die Wechselwirkung AP am stärksten und die anderen beiden Wechselwirkungen GP und GA am schwächsten entwickelt sind. Versucht man den Grad der Abhängig-

keit zwischen den F-Werten zu relativieren, so ergibt sich zwischen den drei Wechselwirkungen

$$GA : GP : AP \text{ ein Verhältnis von } 1,0 : 1,1 : 5,5.$$

D. h., der Einfluß des Alters auf die Stimmabgabe ist danach fünfmal so hoch wie der des Geschlechts auf das Wahlverhalten.

Jeder zehnte F.D.P.-Wähler im Alter von 18 bis unter 25 Jahren stimmte bei der Bezirksversammlungswahl für die SPD

Über die Nachwirkungen des Stimmensplittings von der Bundestagswahl 1972 ist bereits im letzten Wahlaufsatz berichtet worden (vgl. Die Bürgerschaftswahl und die Wahl der Bezirksabgeordneten am 3. März 1974 in Hamburg, in: Hamburg in Zahlen, Heft 5/74, S. 129). Jetzt ist der Versuch unternommen worden, die unterschiedliche Abgabe der Stimmen für die beiden Wahlen im Hinblick auf Alter und Geschlecht der Wähler sichtbar zu machen. Zu diesem Zweck wurden die in den 61 repräsentativen Wahlbezirken der Bürgerschaftswahl abgegebenen Stimmen für die Bezirksversammlungswahl ausgezählt und ins Verhältnis zu den Stimmen der Bürgerschaftswahl gesetzt. Das Ergebnis findet sich in T a b e l l e 10.

Aus der Übersicht tritt deutlich die Absicht hervor, daß — wie bei der letzten Bundestagswahl — insbesondere ein Teil der Jungwähler der SPD mit seiner Stimme für die Bezirksversammlungswahl die F.D.P. unterstützt hat und umgekehrt, jüngere Menschen, die bei der Bürgerschaftswahl für die F.D.P. gestimmt haben, bei der Bezirksversammlungswahl ihre Stimme dem Kandidaten der SPD gaben. Im letzten Falle waren es von 100 18- bis unter 25jährigen Männern 12,7 und unter den gleichaltrigen Frauen 9,8.

Im Vergleich zu SPD und F.D.P. waren die Anhänger der CDU weit weniger bereit, ihre Stimme bei der

Tabelle 10

Die abgegebenen Stimmen für die Bezirksversammlungswahl im Verhältnis zu den Stimmen für die Bürgerschaftswahl in den repräsentativen Wahlbezirken der Bürgerschaftswahl nach Geschlecht und Altersgruppen am 3. März 1974

Parteien	Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Männer						Frauen						Männer und Frauen zusammen					
		Von 100 abgegebenen gültigen Stimmen für die Bürgerschaftswahl (ohne Briefwahl) der gemäß Vorspalte bezeichneten Partei entfielen Stimmen für die Bezirksversammlungswahl auf																	
		SPD	CDU	F.D.P.	NPD	DKP	Sonstige ¹⁾	SPD	CDU	F.D.P.	NPD	DKP	Sonstige ¹⁾	SPD	CDU	F.D.P.	NPD	DKP	Sonstige ¹⁾
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18		
SPD	18 bis 25	90,0	(0,4)	8,2	(0,1)	(1,3)	—	92,7	(0,4)	5,5	(0,1)	(1,2)	(0,1)	91,2	(0,4)	6,9	(0,1)	(1,3)	(0,1)
	25 bis 35	93,6	(0,8)	4,8	(0,1)	(0,7)	—	94,0	(0,7)	5,1	(0,1)	(0,1)	(0,1)	93,7	(0,8)	5,0	(0,1)	(0,4)	(0,0)
	35 bis 45	95,0	(1,2)	(3,0)	—	(0,7)	(0,1)	96,4	(0,5)	(2,7)	—	(0,3)	(0,1)	95,8	(0,8)	2,8	—	(0,5)	(0,1)
	45 bis 60	97,3	(0,5)	(1,8)	—	(0,3)	(0,1)	95,3	(0,8)	2,4	—	(0,1)	—	97,0	(0,7)	2,1	—	(0,2)	(0,0)
	60 und älter	98,9	(0,1)	(0,8)	—	(0,2)	—	98,3	(0,3)	(1,2)	(0,1)	(0,1)	—	98,6	(0,3)	1,0	(0,0)	(0,1)	—
	Insgesamt	96,1	(0,6)	2,8	(0,0)	(0,5)	(0,0)	96,7	0,5	2,6	(0,0)	(0,2)	(0,0)	96,3	0,6	2,7	(0,0)	(0,3)	(0,0)
CDU	18 bis 25	(1,0)	96,1	(1,9)	(0,5)	(0,5)	—	(0,7)	94,5	4,1	(0,3)	—	(0,3)	(0,9)	95,4	(3,0)	(0,4)	(0,2)	(0,1)
	25 bis 35	(0,7)	97,1	2,0	(0,2)	—	—	(0,8)	97,4	(1,8)	(0,1)	—	—	(0,7)	97,3	(1,9)	(0,1)	—	—
	35 bis 45	(0,4)	98,4	(1,0)	(0,1)	(0,1)	—	(0,6)	97,7	(1,4)	(0,1)	(0,1)	(0,1)	(0,5)	98,1	(1,2)	(0,1)	(0,1)	(0,0)
	45 bis 60	(0,2)	98,5	(1,0)	(0,3)	—	—	(0,2)	98,8	(0,9)	(0,1)	—	—	(0,2)	98,6	(1,0)	(0,2)	—	—
	60 und älter	(0,3)	98,8	(0,7)	(0,2)	—	—	(0,3)	99,1	(0,5)	0,1	—	(0,0)	(0,3)	99,1	(0,5)	(0,1)	—	(0,0)
	Insgesamt	0,4	98,3	1,1	(0,2)	(0,0)	—	(0,4)	98,4	1,1	(0,1)	(0,0)	(0,0)	0,4	98,3	1,1	(0,2)	(0,0)	(0,0)
F.D.P.	18 bis 25	(12,7)	(2,3)	84,2	—	(0,4)	(0,4)	(9,8)	(0,7)	88,5	—	(1,0)	—	11,1	(1,4)	86,6	—	(0,7)	(0,2)
	25 bis 35	(6,3)	(4,3)	88,2	—	(0,6)	(0,6)	(2,8)	(2,4)	93,3	—	(0,9)	(0,6)	(4,5)	(3,3)	90,8	—	(0,8)	(0,6)
	35 bis 45	(5,9)	(2,2)	91,5	(0,2)	(0,2)	—	(4,4)	(2,8)	92,4	(0,2)	—	(0,2)	(5,1)	(2,5)	92,0	(0,2)	(0,1)	(0,1)
	45 bis 60	(4,5)	(3,9)	91,3	—	(0,3)	—	(3,5)	(2,1)	94,2	(0,2)	—	—	(3,9)	(2,8)	93,1	(0,1)	(0,1)	—
	60 und älter	(2,0)	(1,7)	95,7	(0,3)	(0,3)	—	(1,8)	(0,9)	97,3	—	—	—	(1,9)	(1,2)	96,7	(0,1)	(0,1)	—
	Insgesamt	5,9	3,0	90,4	(0,1)	(0,4)	(0,2)	(3,9)	(1,8)	93,7	(0,1)	(0,3)	(0,2)	4,8	2,3	92,3	(0,1)	(0,3)	(0,2)
NPD	18 bis 25	—	(10,0)	(10,0)	(60,0)	(20,0)	—	—	—	(100,0)	—	—	—	(6,7)	(6,7)	(73,3)	(13,3)	—	—
	25 bis 35	—	(6,7)	—	(86,6)	(6,7)	—	(9,1)	(27,3)	(63,6)	—	—	(3,8)	15,4	—	(77,0)	(3,8)	—	—
	35 bis 45	—	(3,6)	(7,1)	(82,1)	(3,6)	(3,6)	—	(5,6)	(11,1)	(83,3)	—	—	(4,3)	(8,7)	(82,6)	(2,2)	(2,2)	—
	45 bis 60	(1,8)	(7,3)	(3,6)	(85,5)	(1,8)	—	—	(16,2)	(81,1)	(2,7)	—	(1,1)	(10,9)	(2,2)	83,6	(2,2)	—	—
	60 und älter	—	(3,9)	(2,6)	93,5	—	—	—	—	(3,1)	(96,9)	—	—	—	(2,8)	(2,8)	94,4	—	—
	Insgesamt	(0,5)	(5,4)	(3,8)	87,1	(2,7)	(0,5)	(1,0)	(9,7)	(2,9)	85,4	(1,0)	—	(0,7)	(6,9)	(3,5)	86,5	(2,1)	(0,3)
DKP	18 bis 25	(12,3)	(1,3)	(3,9)	—	82,5	—	(17,9)	(1,2)	(4,8)	—	74,9	(1,2)	(14,3)	(1,3)	(4,2)	—	79,8	(0,4)
	25 bis 35	(15,6)	(0,9)	(5,5)	—	78,0	—	(3,8)	—	(10,0)	—	84,9	(1,3)	(10,6)	(0,5)	(7,4)	—	81,0	(0,5)
	35 bis 45	(13,3)	—	(2,7)	—	82,7	(1,3)	(6,9)	(3,4)	—	(3,4)	(86,3)	—	(11,5)	(1,0)	(1,9)	(1,0)	83,6	(1,0)
	45 bis 60	(8,6)	(1,4)	(1,4)	—	85,7	(2,9)	(8,8)	(1,8)	(3,5)	—	(85,9)	—	(8,7)	(1,6)	(2,4)	—	85,7	(1,6)
	60 und älter	(6,0)	—	(2,6)	—	90,5	(0,9)	(1,8)	—	—	—	96,4	(1,8)	(4,7)	—	(1,7)	—	92,4	(1,2)
	Insgesamt	11,3	(0,8)	(3,4)	—	83,7	(0,8)	(8,5)	(1,0)	(4,6)	(0,3)	84,6	(1,0)	10,2	(0,8)	(3,9)	(0,1)	84,2	(0,8)
Sonstige Parteien (EFP, FSU, AUD, KPD/ML, D.P.)	18 bis 25	(19,4)	(3,2)	(6,5)	—	(29,0)	(41,9)	(10,0)	(5,0)	(5,0)	—	(10,0)	(70,0)	(15,7)	(3,9)	(5,9)	—	(21,6)	(52,9)
	25 bis 35	(10,7)	(3,6)	(7,1)	—	(17,9)	(60,7)	(28,6)	(7,1)	(7,1)	(14,3)	(35,8)	(16,7)	(4,8)	(7,1)	(2,4)	(16,7)	(52,3)	—
	35 bis 45	(7,7)	(3,8)	(15,4)	(3,8)	(23,1)	(46,2)	(5,6)	(5,6)	(16,7)	(5,6)	(16,7)	(49,8)	(6,8)	(4,5)	(15,9)	(4,5)	(20,5)	(47,8)
	45 bis 60	(8,8)	(14,7)	(8,8)	(2,9)	(11,8)	(53,0)	(13,3)	(6,7)	(3,3)	(3,3)	(10,0)	(63,4)	(10,9)	(6,3)	(3,1)	(10,9)	(57,9)	—
	60 und älter	(5,3)	(5,3)	(5,3)	(5,3)	(23,7)	(55,1)	(5,3)	—	(5,3)	—	(10,5)	(78,9)	(5,3)	(3,5)	(5,3)	(3,5)	(19,3)	(63,1)
	Insgesamt	(10,2)	(6,4)	(8,3)	(2,5)	(21,0)	51,6	(11,9)	(5,0)	(6,9)	(3,0)	(11,9)	61,3	(10,9)	(5,8)	(7,8)	(2,7)	(17,4)	55,4
darunter: KPD/ML	18 bis 25	(21,7)	(4,3)	(4,3)	—	(39,1)	(8,7)	(11,8)	(5,9)	(5,9)	—	(11,8)	(17,6)	(17,5)	(5,0)	(5,0)	—	(27,5)	(12,5)
	25 bis 35	(11,1)	—	(11,1)	—	(27,8)	(5,6)	(44,4)	—	—	(11,1)	(22,2)	—	(22,2)	—	(7,4)	(3,7)	(25,9)	(3,7)
	35 bis 45	(10,0)	(10,0)	(30,0)	—	(40,0)	—	—	(16,7)	(16,7)	—	(50,0)	—	(6,3)	(12,5)	(25,0)	—	(43,8)	—
	45 bis 60	(30,0)	(10,0)	—	—	(30,0)	(10,0)	(25,0)	—	—	(8,3)	(25,0)	(16,7)	(27,3)	(4,5)	—	(4,5)	(27,3)	(13,6)
	60 und älter	(14,3)	—	(7,1)	—	(64,3)	—	(16,7)	—	—	—	(33,3)	—	(15,0)	—	(5,0)	—	(55,0)	—
	Insgesamt	(17,3)	(4,0)	(9,3)	—	(40,0)	(5,3)	(20,0)	(4,0)	(4,0)	(4,0)	(24,0)	(10,0)	(18,4)	(4,0)	(7,2)	(1,6)	(33,6)	(7,2)

¹⁾ Sonstige Parteien = EFP, FSU und AUD

Zahlen in () beruhen auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe.

Bezirksversammlungswahl Kandidaten anderer Parteien zukommen zu lassen. Mit mehr als 98 % bei den Männern und Frauen blieben sie der eigenen Partei treu.

Als ungewöhnlich sind manche Stimmenkombinationen bei den Splitterparteien anzusehen. Stark auffällig sind im Gegensatz zu den Frauen die Anteile von 10 % bzw. 20 % der 18- bis unter 25jährigen männlichen NPD-Wähler, die bei der Bezirksversammlungswahl für die CDU, F.D.P. bzw. DKP gestimmt haben. Unter sämtlichen Männern sind es immerhin 5,4 %, unter den Frauen sogar 9,7 %, die bei der Bürgerschaftswahl für die NPD votiert haben, bei der Bezirksversammlungswahl der CDU den Vorzug gaben. Mit 27,3 % ragen dabei die Frauen im Alter von 25 bis unter 35 Jahren besonders heraus.

In diesem Zusammenhang sei vermerkt, daß sich die NPD nicht an der Bezirksversammlungswahl in Ber-

gedorf beteiligt hat. Von den Bürgerschaftswählern der DKP entschied sich bei der Bezirksversammlungswahl jeder zehnte für die SPD, vor allem die Altersgruppe 18 bis 25 mit 17,9 bei den Frauen und mit 12,3 % unter den Männern, für die der Anteil bei den nächst älteren (25 bis unter 35 Jahre) 15,6 % und unter den 35- bis unter 45jährigen 13,3 % beträgt. Auch hier bedarf es insofern eines Hinweises, als die DKP nicht an der Bezirksversammlungswahl in Eimsbüttel teilgenommen hat. Der KPD/ML, die nur für die Bürgerschaftswahl kandidiert, also keine Bewerber für die Bezirksversammlungswahlen aufgestellt hatte, stehen unter allen Männern und Frauen zusammen als höchste Splitting-Anteile 33,6 % bei der DKP und 18,4 % bei der SPD gegenüber, wobei in der Altersgruppe der 45- bis unter 60jährigen für beide Parteien die Anteile mit 27,3 %, darunter bei den Männern mit 30,0 %, gleich lauten.

Eine besondere Beachtung verdienen auch bei der KPD/ML die 64,3 % unter den 60jährigen und älteren

Tabelle 11

**Die Anteile der ungültigen Stimmen in den repräsentativen Wahlbezirken bei der Bürgerschaftswahl 1974
nach Geschlecht und Altersgruppen**

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Männer				Frauen				Zusammen			
	Abgegebene Stimmen insgesamt	davon			Abgegebene Stimmen insgesamt	davon			Abgegebene Stimmen insgesamt	davon		
		gültige Stimmen	ungültige Stimmen			gültige Stimmen	ungültige Stimmen			gültige Stimmen	ungültige Stimmen	
			absolut	in % v. Sp. 1			absolut	in % v. Sp. 5			absolut	in % v. Sp. 9
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
18 bis 25	1 564	1 548	16	1,0	1 483	1 469	14	0,9	3 047	3 017	30	1,0
25 bis 35	3 055	3 041	14	0,5	3 186	3 166	20	0,6	6 241	6 207	34	0,5
35 bis 45	3 412	3 394	18	0,5	3 550	3 523	27	0,8	6 962	6 917	45	0,6
45 bis 60	3 881	3 849	32	0,8	5 418	5 374	44	0,8	9 299	9 223	76	0,8
60 und älter	5 383	5 311	72	1,3	8 040	7 861	179	2,2	13 423	13 172	251	1,9
Insgesamt	17 295	17 143	152	0,9	21 677	21 393	284	1,3	38 972	38 536	436	1,1

Tabelle 12

**Ungültig abgegebene Stimmen nach ihren Ungültigkeits-
gründen in den repräsentativen Wahlbezirken
bei der Bürgerschaftswahl 1974
nach Geschlecht und Altersgruppen**

Alters- gruppen von ... bis unter ... Jahren	Leere Stimm- zettel	Andere Un- gültig- keits- gründe	davon				Un- gültige Stimm- zettel insge- samt (Sp. 1 + 2)
			mehr- rere Kreuze	Ver- merke	durch- gestri- chen	son- stige Ur- sachen	
1	2	3	4	5	6	7	
Männer							
18 bis 25	5	11	3	3	5	—	16
25 bis 35	8	6	1	1	3	1	14
35 bis 45	12	6	1	—	5	—	18
45 bis 60	20	12	5	—	7	—	32
60 u. älter	51	21	6	—	14	1	72
Insgesamt	96	56	16	4	34	2	152
Frauen							
18 bis 25	11	3	1	—	2	—	14
25 bis 35	13	7	5	—	2	—	20
35 bis 45	12	15	7	—	6	2	27
45 bis 60	34	10	4	—	6	—	44
60 u. älter	149	30	13	—	13	4	179
Insgesamt	219	65	30	—	29	6	284
Männer und Frauen zusammen							
18 bis 25	16	14	4	3	7	—	30
25 bis 35	21	13	6	1	5	1	34
35 bis 45	24	21	8	—	11	2	45
45 bis 60	54	22	9	—	13	—	76
60 u. älter	200	51	19	—	27	5	251
Insgesamt	315	121	46	4	63	8	436

Männern und die 50 % unter den 35- bis unter 45-jährigen Frauen, die ihre Stimme bei der Bezirksversammlungswahl der DKP gaben.

Auf die älteren Frauen entfielen die meisten ungültigen Stimmen

Bei der letzten Bürgerschaftswahl wurden insgesamt 11 608 Stimmen, darunter 436 in den repräsentativen Wahlbezirken, für ungültig erklärt; das waren 1,1 % aller abgegebenen Stimmen (s. T a b e l l e 11).

Der Gesamtanteil der ungültigen Stimmen mit 1,3 % bei den Frauen ist um 0,4 Prozentpunkte höher als bei den Männern. Vor allem ältere Frauen wählten besonders häufig ungültig, bei den über 60jährigen mehr als dreimal so hoch wie bei den 25- bis unter 35jährigen. Aber auch die Männer im Alter von 60 und mehr Jahren lassen mit ihrem Anteil von 1,3 % erkennen, daß ihnen die richtige Ausfüllung des Stimmzettels zweifellos mehr Schwierigkeiten bereitet als den jüngeren Wählern.

In T a b e l l e 12 sind die nicht für gültig befundenen Stimmen nach ihren Ungültigkeitsgründen ausgezählt worden. Mit 315 (= 72 %) nehmen die leeren Stimmzettel den Hauptanteil ein, darunter allein 200 unter den über 60jährigen. Von diesen 200 leeren Stimmzetteln entfallen wiederum drei Viertel allein auf die Frauen. Mit weitem Abstand folgen als zweithöchste Gruppe die durchgestrichenen Stimmzettel, die auch hier mit zunehmendem Alter eine Steigerung erfahren. Die Anzahl der Fälle, wo mehrfach angekreuzt worden ist, beträgt 46. Das sind nur etwas mehr als 10 % aller ungültig abgegebenen Stimmen.

Günter Müller

Grundeigentumswechsel und Baulandpreise in Hamburg 1961 bis 1973

Von 1961 bis 1973 wechselten in Hamburg etwa 38 300 bebaute Grundstücke mit einer Fläche von rund 7100 ha und fast 27 400 unbebaute Grundstücke mit einer Fläche von 7400 ha den Eigentümer. Diese Flächen zusammen entsprachen etwa einem Fünftel der Katasterfläche des hamburgischen Staatsgebietes. Unter den Arten des Grundeigentumswechsels spielt der Verkauf die größte Rolle, während die Zwangsversteigerung und der „Sonstige Grundeigentumswechsel“ – z. B. Erbauseinandersetzung, Leibrentenvertrag oder Schenkung – von geringer Bedeutung waren. In den 13 Jahren von 1961 bis 1973 betrug der Verkaufsumsatz bei den bebauten Grundstücken fast 5 Mrd. DM und bei den unbebauten Grundstücken etwas mehr als 2 Mrd. DM.

Die Kaufpreise bebauter Grundstücke werden von verschiedenen Faktoren beeinflusst, die sowohl die Bausubstanz als auch den Grund und Boden betreffen; aus diesem Grunde erscheint es wenig sinnvoll, durchschnittliche Quadratmeterpreise zu berechnen und zu analysieren.

Während die mit Einzelhäusern bebauten Grundstücke nach der Zahl der Fälle und nach der Fläche die höchsten Anteile aufzuweisen hatten, lagen beim Kaufpreis die Grundstücke mit Mehrfamilienhäusern an erster Stelle. Bei den Geschäfts- und Betriebsgebäuden hat die Bausubstanz eine besondere Bedeutung, und bei Grundstücken mit landwirtschaftlichen Gebäuden steht einer relativ großen Fläche nur ein verhältnismäßig geringer Kaufpreis gegenüber. Auch bei den mit Behelfsgebäuden bebauten Grundstücken ist die Bausubstanz weniger bedeutsam.

Die durchschnittlichen Verkaufspreise von Grundstücken mit Einfamiliengebäuden sind von 1961 bis 1973, mit Ausnahme des Rezessionsjahres 1967, ständig angestiegen und zwar insgesamt um etwa 150 %.

Beim Grundeigentumswechsel unbebauter Grundstücke hatte das Bauland mit rund 90 % der Zahl der Fälle, der umgesetzten Fläche und des DM-Umsatzes den überwiegenden Anteil. Mehr als die Hälfte aller von 1961 bis 1973 verkauften Baulandgrundstücke mit einem Flächenanteil von etwa 40 % entfiel auf baureifes Land; das Rohbauland umfaßte fast 15 % der Verkaufsfälle und beinahe 30 % der Fläche, während das Sonstige Bauland, zu dem Industrieland, Land für Verkehrszwecke sowie Freiflächen zusammengefaßt sind, nach der Zahl der Fälle und nach der Fläche rund 30 % ausmachte.

Die durchschnittlichen Quadratmeterpreise für baureifes Land sind von 1961 bis 1973 etwa auf das Sechsfache und für Rohbauland knapp auf das Vierfache angestiegen, die Relation zwischen den beiden Baulandarten betrug im Durchschnitt des betrachteten Zeitraumes etwa 4 : 1; in den letzten Jahren ist allerdings deutlich zu erkennen, daß die Preise für baureifes Land sich erheblich stärker erhöht haben, als die für Rohbauland.

Dieses für das gesamte Stadtgebiet Hamburgs gültige Ergebnis wird auf Grund der Analyse des räumlichen Bodenpreisgefüges im wesentlichen durch den überproportionalen Anstieg der Quadratmeterpreise des baureifen Landes in den Innenstadtbereichen und bevorzugten Wohngebieten hervorgerufen. Während sich der Kaufpreis in DM/qm dieser Baulandart für Hamburg insgesamt von 1961/64 bis 1969/72 um 223,3 % erhöht hat, beträgt die prozentuale Zunahme in diesen Gebieten dagegen 316,8 %. Hierin kommt die räumliche Diskrepanz zwischen Bodenangebot und -nachfrage zum Ausdruck. Da im Rahmen der Stadtentwicklungsplanung die Grundstücke häufig nicht austauschbar sind, kann diese Entwicklung zur Folge haben, daß unter dem Gesichtspunkt des Flächenbedarfs für Verkehrsanlagen, Wohngebiete, Gewerbeflächen sowie für die sozialen Infrastruktureinrichtungen der freierwerbende Boden zu wirtschaftlich tragbaren Preisen nicht dort angeboten, wo er für den gesellschaftlichen Bedarf vordringlich benötigt wird.

1. Grundeigentumswechsel bebauter Grundstücke

1.1 Gesamtüberblick

In den 13 Jahren von 1961 bis 1973 haben in Hamburg fast 38 300 bebaute Grundstücke mit einer Gesamtfläche von rund 7 000 ha ihren Eigentümer gewechselt. Wie sich diese Gesamtzahlen auf die einzelnen Arten des Grundeigentumswechsels aufgeteilt haben, zeigt die folgende Übersicht:

	Zahl der Fälle	Fläche in ha	Umsatz in Mio DM
Verkauf	24 388	3 521,7	4 963,1
Zwangsversteigerung	311	36,5	55,2
Sonstiger Grundeigentumswechsel ¹⁾	13 596	3 516,2	159,9
Insgesamt	38 295	7 074,4	5 178,2

¹⁾ Tausch, Erbaueinsetzung, Schenkung, Abtretung, Auseinandersetzung, Leibrentenvertrag, Umsatz hier: Teil-Wertausgleich in Bargeld und Hypotheken.

Um die genannten Größenordnungen zu veranschaulichen, sollen sie zu anderen Zahlen in Relation gesetzt werden. Nach Angaben der Hamburger Feuerkasse gab es Ende 1973 in Hamburg etwa 172 600 bebaute Grundstücke. Wenn es sich hierbei auch um eine Bestandszahl zu einem Stichtag handelt und deshalb ein Vergleich mit einer aus 13 Jahren addierten Summe nicht unproblematisch ist, so zeigt doch die Zahl von etwa 38 300 bebauten Grundstücken, die in dieser Zeit ihren Eigentümer gewechselt haben und die einen Anteil von rund 22 % an der Bestandszahl darstellt, die Bedeutung des Grundeigentumswechsels bebauter Grundstücke auf. Die Katasterfläche Hamburgs beträgt 74 732,2 ha; wird hiermit die in der Übersicht aufgeführte Fläche von 7 074,4 ha verglichen, so ergibt sich ein Anteil von 9,5 %. Das bedeutet also, daß in den Jahren von 1961 bis 1973 fast ein Zehntel des Hamburger Staatsgebietes allein in Form bebauter Grundstücke umgesetzt worden ist.

Der in der Übersicht ausgewiesene Gesamtumsatz entspricht nicht den tatsächlichen Werten der genannten Grundstücke, da beim „Sonstigen Grundeigentumswechsel“ nur der Teilwertausgleich in Bargeld bzw. Hypotheken erfaßt werden kann. Hier sollen daher nur die Umsätze der verkauften bebauten Grundstücke in Höhe von fast 5 Mrd DM betrachtet werden; diese Summe entspricht etwa dem Umsatz¹⁾ der Industriegruppen Mineralölverarbeitung und Nicht-Eisenmetallindustrie in Hamburg im Jahre 1973 zusammen.

Um eventuellen fehlerhaften Interpretationen dieser Zahlen vorzubeugen, sei darauf hingewiesen, daß in der Grundeigentumswechselstatistik ein und dasselbe Grundstück bei mehrfachem Wechsel des Eigentümers auch mehrfach in den Gesamtzahlen enthalten ist; je länger der betrachtete Zeitraum ist, um so häufiger werden naturgemäß derartige Doppelzählungen vorkommen.

¹⁾ Umsatz ohne Handelsware und ohne Umsatzsteuer, aber einschließlich Verbrauchsteuern.

In den folgenden Teilen dieses Abschnittes sollen nur noch die Verkäufe bebauter Grundstücke betrachtet werden, weil sie das echte Marktgeschehen darstellen und nicht durch Sonderfaktoren beeinflusst sind, wie es sowohl bei den Zwangsversteigerungen als auch beim „Sonstigen Grundeigentumswechsel“ – der eine recht heterogene Zusammenfassung der verschiedenen Arten enthält – der Fall ist.

1.2 Art der Bebauung

Beim Verkauf eines bebauten Grundstücks spielen sowohl der Grund und Boden (Größe, Lage, Beschaffenheit usw.) als auch die Art der Bebauung eine Rolle. Im Einzelfall kann der Preis mehr von dem einen oder mehr von dem anderen Faktor beeinflusst werden; d. h. die Bebauung kann wertvoller sein als der Grund und Boden (z. B. bei umfangreicher Bausubstanz auf verhältnismäßig kleinem Areal) oder umgekehrt (z. B. einem kleinen baufälligen Gebäude auf großem Grundstück).

Die Grundeigentumswechselstatistik unterscheidet sieben verschiedene Arten der Bebauung, die mit den entsprechenden Daten – Zahl der Fälle, Fläche und Kaufpreis – für den betrachteten Zeitraum in der Tabelle 1 dargestellt sind.

Tabelle 1

Verkäufe von bebauten Grundstücken nach Art der Bebauung in Hamburg 1961 bis 1973

Art der Bebauung	Zahl der Fälle		Fläche in 1 000 qm		Kaufpreis in 1 000 DM	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
	1	2	3	4	5	6
Mehrfamiliengebäude	6 543	26,8	6 802	19,3	1 524 631	30,7
Einfamiliengebäude	12 728	52,2	11 618	33,0	1 454 321	29,3
Geschäfts- und Betriebsgebäude	874	3,6	2 503	7,1	969 409	19,6
Gemischtgenutzte Gebäude	1 056	4,3	2 283	6,5	372 454	7,5
Landwirtschaftliche Gebäude	173	0,7	5 952	16,9	54 817	1,1
Behelfsgebäude	1 073	4,4	1 878	5,3	115 357	2,3
Sonstige Bebauung	1 941	8,0	4 181	11,9	472 106	9,5
Bebaute Grundstücke insgesamt	24 388	100	35 217	100	4 963 095	100

Die in den Spalten 2, 4 und 6 aufgeführten Anteilsätze sind innerhalb und zwischen den einzelnen Bebauungsarten recht unterschiedlich. Während die mit Einfamilienhäusern bebauten Grundstücke sowohl nach der Zahl der Fälle als auch nach der Fläche den höchsten Anteil aufzuweisen haben – bei der Zahl

Tabelle 2

Verkäufe bebauter Grundstücke nach ausgewählten Arten der Bebauung in Hamburg 1961 bis 1973

Jahre	Bebaute Grundstücke insgesamt			darunter bebaut mit								
	Zahl der Fälle	Fläche in 1 000 qm	Kaufpreis in 1 000 DM	Mehrfamiliengebäuden			Einfamiliengebäuden			Geschäfts- und Betriebsgebäuden		
				Zahl der Fälle	Fläche in 1 000 qm	Kaufpreis in 1 000 DM	Zahl der Fälle	Fläche in 1 000 qm	Kaufpreis in 1 000 DM	Zahl der Fälle	Fläche in 1 000 qm	Kaufpreis in 1 000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
1961	1 939	2 633	223 042	590	610	87 859	768	770	55 456	60	154	24 993
1962	1 780	3 294	215 199	597	686	91 209	880	869	62 163	67	161	28 567
1963	1 788	4 152	289 247	606	619	99 983	870	851	74 875	58	230	40 814
1964	1 975	3 426	336 869	706	615	123 428	907	906	84 847	68	353	71 097
1965	2 141	4 571	376 893	637	575	122 599	1 042	1 569	102 905	54	175	64 911
1966	1 776	2 362	321 670	493	619	114 426	946	853	103 137	61	185	52 660
1967	1 795	1 924	309 494	431	425	108 543	1 038	804	103 665	61	185	57 326
1968	1 881	1 861	342 501	430	432	101 252	1 165	935	127 417	92	174	78 341
1969	2 287	2 551	462 506	362	285	88 008	1 483	1 205	178 569	88	231	103 971
1970	1 878	1 915	469 018	380	402	123 280	1 133	857	147 914	58	119	107 862
1971	1 822	2 553	486 868	494	532	164 204	924	755	145 321	57	124	78 108
1972	1 998	2 369	639 462	530	725	144 055	932	734	152 333	76	290	119 150
1973	1 328	1 606	490 326	287	277	105 785	640	510	115 719	74	122	141 609
1961—1973.	24 388	35 217	4 963 095	6 543	6 802	1 524 631	12 728	11 618	1 454 321	874	2 503	969 409

der Fälle sogar mehr als die Hälfte aller Verkäufe —, lagen beim Kaufpreis die Grundstücke mit Mehrfamilienhäusern an erster Stelle. Hieraus geht deutlich hervor, daß der Bausubstanz ein höherer Wert zugemessen ist als bei den Einfamilienhaus-Grundstücken. Entsprechendes gilt auch für die Grundstücke mit Geschäfts- und Betriebsgebäuden, bei denen der Anteil beim Kaufpreis (Spalte 6) weit über den Anteilen bei der Zahl der Fälle (Spalte 2) und bei der Fläche (Spalte 4) liegt. Anders sieht es bei den Grundstücken mit landwirtschaftlichen Gebäuden aus; hier steht einer verhältnismäßig großen Fläche (Spalte 4) ein nur geringer Kaufpreis (Spalte 6) gegenüber, was einerseits auf eine relativ unbedeutende Bausubstanz und andererseits auf niedrige qm-Preise für den Grund und Boden hinweist. Bei den Grundstücken mit Behelfsgebäuden deutet das Verhältnis der Anteile bei der Fläche (Spalte 4) und beim Kaufpreis (Spalte 6) ebenfalls auf eine für den Preis weniger bedeutsame Bausubstanz hin.

Aus den Daten der Tabelle 1 und den dazu angeführten Überlegungen geht deutlich hervor, daß es wenig sinnvoll erscheint, für die Verkäufe bebauter Grundstücke durchschnittlich erzielte qm-Preise zu errechnen. Das gilt sowohl wegen der differenzierten Arten der Bebauung für bebaute Grundstücke insgesamt als auch für Grundstücke mit der gleichen Bauart; denn auch hier kann die Bausubstanz von so unterschiedlichem Wert sein — z. B. bei Mehrfamilienhäusern einmal ein Altbau mit 3 Wohnungen und zum andern ein modernes Hochhaus mit 80 Wohnungen —, so daß Preise, die sich nur auf den Grund und Boden beziehen, keinerlei Aussagekraft haben können. Für die Betrachtung einer Zeitreihe muß daher auch mehr Augenmerk auf die Zahl der Fälle und die Fläche gelegt werden als auf den Kaufpreis.

In der Tabelle 2 sind für die einzelnen Jahre von 1961 bis 1973 die Verkäufe bebauter Grundstücke insgesamt und für die drei wichtigsten Bauarten dargestellt. In den meisten der betrachteten Jahre sind zwischen knapp 1 800 und etwa 2 000 bebaute Grundstücke verkauft worden; nur in den Jahren 1965 und 1969 lag die Zahl mit 2 141 bzw.

2 287 erheblich höher, und im letzten Jahr wurde mit nur 1 328 Fällen die geringste Zahl ermittelt.

Die jährlich umgesetzte Fläche bei den Verkäufen bebauter Grundstücke schwankt zwischen 457,1 ha (1965), was etwa der Katasterfläche des Stadtteils Groß Borstel entspricht, und 160,6 ha (1973), beinahe so viel wie die Katasterfläche des Stadtteils Eilbek. Wie aus der Tabelle 2 abzulesen ist, war die durchschnittliche Größe der verkauften bebauten Grundstücke recht unterschiedlich; sie lag aber — mit Ausnahme im Jahre 1968 — immer über 1 000 qm. Obwohl, wie bereits erwähnt, die Kaufpreise bebauter Grundstücke von so vielfältigen Faktoren beeinflusst werden, daß sie nur eine geringe Aussagekraft haben, soll hier der niedrigste und der höchste Durchschnittspreis je Fall genannt werden: Es waren 115 029 DM im Jahre 1961 und 369 221 DM im Jahre 1973. Wenn es sich hierbei auch um das erste und das letzte Jahr des Betrachtungszeitraumes handelt, kann daraus allein noch nicht auf irgendwelche regelmäßige Preissteigerungen für bebaute Grundstücke geschlossen werden, doch ist eine Preissteigerungstendenz aus dem vorliegenden Material durchaus abzuleiten.

In fast allen der betrachteten Jahre lag die Zahl der Verkaufsfälle für Grundstücke mit Mehrfamiliengebäuden zwischen knapp 400 und gut 600; nur im letzten Jahre war ein rapider Rückgang auf nur 287 Fälle zu verzeichnen; in diesem Jahr war auch die umgesetzte Fläche mit 27,7 ha am geringsten, während mit 72,5 ha im Jahr davor der höchste Flächenumsatz ermittelt wurde. Die durchschnittlichen Kaufpreise je Fall lagen bis 1965 unter 200 000 DM und bis 1969 unter 300 000 DM; sie zeigten im gesamten Zeitraum fast von Jahr zu Jahr eine steigende Tendenz, ohne daß hieraus allein schon Rückschlüsse auf Bodenpreissteigerungen gezogen werden könnten.

Nach den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 war in Hamburg die Zahl der Wohngebäude mit einer Wohnung und die Zahl der Wohngebäude mit mehreren Wohnungen annähernd gleich groß. Beim Verkauf bebauter Grundstücke war dage-

gen die Zahl der Fälle bei den Einfamiliengebäuden in allen betrachteten Jahren erheblich höher als bei den Mehrfamiliengebäuden und lag in der Summe der Jahre 1961 bis 1973 fast doppelt so hoch. Mit geringen Schwankungen stiegen die Verkaufsfälle von Einfamiliengebäuden bis 1969 auf 1 483 Fälle an und gingen dann wieder auf 640 Fälle im Jahre 1973 zurück; auch hier war – wie bei den Grundstücken mit Mehrfamiliengebäuden – im letzten Jahr die niedrigste Zahl zu verzeichnen. Auffallend ist, daß die durchschnittliche Grundstücksgröße bei den Verkäufen von Einfamiliengebäuden, die von 1961 bis 1964 etwa 1 000 qm betrug und 1965 mit rund 1 500 qm erheblich darüber lag, seitdem immer unter diesem Wert geblieben ist. Das deutet darauf hin, daß in den letzten Jahren vermehrt Reihenhäuser, zu denen im allgemeinen nur kleinere Grundstücksflächen gehören, ihren Eigentümer durch Verkauf gewechselt haben.

Da die Bausubstanz bei Einfamiliengebäuden homogener als bei anderen Gebäudearten ist, kann hier die Zeitreihe über die Durchschnittspreise je Verkaufsfall die Wertsteigerungen tendenziell besser wiedergeben, als es bei andersartiger Bebauung der Fall ist:

Durchschnittliche Verkaufspreise je Einfamiliengebäude in DM 1961 bis 1973

Jahr	DM
1961	72 208
1962	70 640
1963	86 063
1964	93 547
1965	98 757
1966	109 024
1967	99 870
1968	109 371
1969	120 411
1970	130 551
1971	157 274
1972	163 447
1973	180 811

Von 1961 bis 1965 sind die durchschnittlichen Verkaufspreise für Einfamiliengebäude um rund ein Drittel angestiegen und lagen 1966 erstmalig über 100 000 DM. Nach einem Rückgang im Jahre 1967 um fast 10 %, der auf die Rezession zurückzuführen sein dürfte, stiegen seitdem die Preise bis 1973 weiter an und erreichten im letzten Jahr etwa den zweieinhalbfachen Betrag des Jahres 1961; das entspricht also einer Steigerung von 150 % in 13 Jahren.

1.3 Art der Finanzierung

Die Grundeigentumswechselstatistik gibt auch Auskunft darüber, wie die durch Kauf erworbenen bebauten Grundstücke finanziert worden sind, wobei die Erwerber in „natürliche“ und „juristische“ Personen unterteilt sind.

Von den natürlichen Personen wurde im Durchschnitt der Jahre 1961 bis 1973 der Kaufpreis zu 85,7 % in bar bezahlt – insgesamt ein Betrag von 2,8 Mrd DM –, 10,1 % waren übernommene Hypotheken-

schulden und 4,2 % Restkaufgeld und sonstige Verpflichtungen. In den Jahren 1964, 1965 und 1971 lag der Anteil der Barzahlung mit über 90 % erheblich über dem Durchschnitt, was auf eine hohe Liquidität in dieser Zeit schließen läßt. Deutlich unter dem Durchschnitt liegende Barzahlungsanteile wurden für die Jahre 1961 und 1962 sowie für die Rezessionsjahre 1966 und 1967 festgestellt.

Ein ähnliches Bild ergibt sich – wenn auch bei den Barzahlungen auf einem etwas höheren Niveau – bei den juristischen Personen. Im Durchschnitt des gesamten betrachteten Zeitraumes wurden von ihnen die erworbenen bebauten Grundstücke zu 91,5 % in bar bezahlt, was einer Gesamtsumme von 1,5 Mrd DM entsprach; 4,8 % des Kaufpreises waren übernommene Hypothekenschulden und 3,7 % Restkaufgeld und sonstige Verpflichtungen. Hier fallen besonders die geringeren Anteile für die Barzahlung in den Jahren 1966 bis 1968 ins Auge; aber auch 1972 lag dieser Anteil erheblich unter dem Durchschnitt. Im Jahre 1964 zahlten die juristischen Personen sogar zu 98,4 % den Kaufpreis in bar, wobei es sich insgesamt um eine Summe von 137,4 Mio DM handelte.

2. Grundeigentumswechsel unbebauter Grundstücke (Bauland)

2.1 Gesamtüberblick

Die Überschrift für diesen Abschnitt 2 ist insofern nicht ganz exakt, als zu den unbebauten Grundstücken, wie sie in der Grundeigentumswechselstatistik erfaßt werden, nicht nur das Bauland gehört. Zu den unbebauten Grundstücken rechnen daneben auch die Trümmergrundstücke und die land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke. Da aber das Bauland – sowohl nach der Zahl der Fälle als auch nach Fläche und Umsatz, vor allem in den letzten Jahren – den weitaus überwiegenden Anteil am Grundeigentumswechsel unbebauter Grundstücke hatte und außerdem auch das Bauland hinsichtlich seiner Preisgestaltung die bedeutsamste Kategorie unter den unbebauten Grundstücken darstellt, soll in den auf diesen Gesamtüberblick folgenden Ausführungen ausschließlich das Bauland behandelt werden; und zwar dann auch nur wieder die Verkäufe, da die anderen Arten des Grundeigentumswechsels von untergeordneter Bedeutung sind.

Um zunächst einmal einen Überblick über den Grundeigentumswechsel unbebauter Grundstücke in den Jahren 1961 bis 1973 insgesamt zu geben, sind die wichtigsten Daten hierfür in der folgenden Übersicht zusammengefaßt:

	Zahl der Fälle	Fläche in ha	Umsatz in Mio DM
Verkauf	22 183	5 737,4	2 057,4
darunter Bauland absolut	20 120	5 066,8	1 827,2
%	90,7	88,3	88,8
Zwangsversteigerung	63	13,4	4,0
Sonstiger Grundeigentumswechsel ¹⁾	5 114	1 491,5	40,4
Insgesamt	27 360	7 442,3	2 101,8

¹⁾ Tausch, Erbauseinandersetzung, Schenkung, Abtretung, Auseinandersetzung, Leibrentenvertrag, Umsatz hier: Teil-Wertausgleich in Bargeld und Hypotheken.

Tabelle 3

Verkäufe von Bauland nach Baulandarten in Hamburg 1961 bis 1973

Jahre	Bauland insgesamt		davon								
			Baureifes Land			Rohbauland			Sonstiges Bauland (Industrieland, Land für Verkehrszwecke, Freifläche)		
	absolut	1961=100	absolut	% von Sp. 1	1961=100	absolut	% von Sp. 1	1961=100	absolut	% von Sp. 1	1961=100
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Zahl der Fälle											
1961	1 995	100	1 073	53,8	100	390	19,5	100	532	26,7	100
1962	1 827	91,6	822	45,0	76,6	310	17,0	79,5	695	38,0	130,6
1963	1 823	91,4	802	44,0	74,7	223	12,2	57,2	798	43,8	150,0
1964	1 897	95,1	974	51,4	90,8	272	14,3	69,7	651	34,3	122,4
1965	2 128	106,7	1 054	49,5	98,2	200	9,4	51,3	874	41,1	164,3
1966	1 594	79,9	806	50,6	75,1	214	13,4	54,9	574	36,0	107,9
1967	1 287	64,5	742	57,7	69,2	197	15,3	50,5	348	27,0	65,4
1968	1 457	73,0	872	59,8	81,3	189	13,0	48,5	396	27,2	74,4
1969	1 541	77,2	962	62,4	89,7	165	10,7	42,3	414	26,9	77,8
1970	1 334	66,9	768	57,6	71,6	238	17,8	61,0	328	24,6	92,1
1971	1 209	60,6	794	65,7	74,0	159	13,1	40,8	256	21,2	48,1
1972	1 188	59,5	692	58,2	64,5	201	16,9	51,5	295	24,8	55,5
1973	840	42,1	365	43,5	34,0	223	26,5	57,2	252	30,0	47,4
1961-1973	20 120	—	10 726	53,3	—	2 981	14,8	—	6 413	31,9	—
Fläche in 1000 qm											
1961	6 886,0	100	1 937,3	28,1	100	3 946,2	57,3	100	1 002,5	14,6	100
1962	4 178,6	60,7	1 906,1	45,6	98,4	1 489,2	35,6	37,7	783,3	18,8	78,1
1963	5 105,5	74,1	1 719,7	33,7	88,8	897,3	17,6	22,7	2 488,5	48,7	248,2
1964	4 042,6	58,7	1 867,5	46,2	96,4	965,1	23,9	24,5	1 210,0	29,9	120,7
1965	5 623,4	81,7	2 079,4	37,0	107,3	1 544,8	27,5	39,1	1 999,2	35,5	199,4
1966	3 525,0	51,2	1 443,2	40,9	74,5	683,8	19,4	17,3	1 398,0	39,7	139,5
1967	3 452,7	50,1	2 000,6	58,0	103,3	919,1	26,6	23,3	533,0	15,4	53,2
1968	3 023,2	43,9	1 281,7	42,4	66,2	614,7	20,3	15,6	1 126,8	37,3	112,4
1969	3 170,5	46,0	2 027,6	64,0	104,7	669,6	21,1	17,0	473,3	14,9	47,2
1970	2 898,9	42,1	1 221,1	42,1	63,0	597,6	20,6	15,1	1 080,2	37,3	107,8
1971	2 723,7	39,6	1 242,6	45,6	64,1	816,5	30,0	20,7	664,6	24,4	66,3
1972	3 572,0	51,9	1 061,7	29,7	51,6	651,4	18,2	16,5	1 858,9	52,0	185,4
1973	2 466,2	35,8	663,1	26,9	34,2	751,6	30,5	19,0	1 051,6	42,6	104,9
1961-1973	50 668,3	—	20 451,6	40,4	—	14 546,9	28,7	—	15 669,9	30,9	—
Kaufpreis in 1000 DM											
1961	98 624,0	100	53 167,2	53,9	100	32 737,5	33,2	100	12 719,3	12,9	100
1962	79 955,3	81,1	56 997,8	71,3	107,2	14 211,3	17,8	43,4	8 746,2	10,9	68,8
1963	86 192,3	87,4	53 989,0	62,6	101,5	7 852,3	9,1	24,0	24 351,0	28,3	191,4
1964	112 207,6	113,8	73 625,9	65,7	138,5	13 714,4	12,2	41,9	24 867,3	22,1	195,5
1965	144 241,3	146,3	97 207,3	67,4	182,8	26 180,9	18,1	80,0	20 853,1	14,5	163,9
1966	111 254,4	112,8	78 711,2	70,7	148,0	13 663,3	12,3	41,7	18 879,9	17,0	148,4
1967	138 709,7	140,6	104 293,7	75,2	196,2	18 075,7	13,0	55,2	16 340,3	11,8	128,5
1968	131 006,8	132,8	100 713,3	76,9	189,4	11 252,1	8,6	34,4	19 041,4	14,5	149,7
1969	195 484,3	198,2	162 909,2	83,3	306,4	14 434,6	7,4	44,1	18 140,5	9,3	142,6
1970	157 689,7	159,9	116 193,5	73,7	218,5	15 227,7	9,7	46,5	26 268,5	16,6	206,5
1971	176 309,6	178,8	132 835,8	75,3	249,8	22 767,7	12,9	69,2	20 706,1	11,8	162,8
1972	226 119,1	229,3	162 532,9	71,9	305,7	21 875,0	9,7	66,8	41 711,0	18,4	327,9
1973	169 385,7	171,7	109 756,4	64,8	206,4	23 328,3	13,8	71,3	36 301,0	21,4	285,4
1961-1973	1 827 179,8	—	1 302 933,2	71,3	—	235 320,8	12,9	—	288 925,6	15,8	—

Im Vergleich mit dem Grundeigentumswechsel bebauter Grundstücke ist festzustellen, daß sowohl die Zahl der Fälle als auch der Umsatz bei den unbebauten Grundstücken erheblich geringer war, während die umgesetzten Flächen ungefähr die gleichen Größenordnungen haben. Da die Gesamtzahl unbebauter Grundstücke in Hamburg nicht bekannt ist, können die in der Statistik erfaßten Grundeigentumswechsel ihrer Zahl nach auch nicht in eine Beziehung zu einer Bestandszahl gebracht werden. Die von 1961 bis 1973 umgesetzte Fläche lag — wie bei den bebauten Grundstücken — etwa bei einem Zehntel der Katasterfläche Hamburgs, und der Umsatz in der gleichen

Zeit entsprach etwa dem der Chemischen Industrie²⁾ in Hamburg im Jahre 1973, wobei für den in der Übersicht ausgewiesenen Umsatz die gleichen Einschränkungen gelten, wie sie bereits bei den bebauten Grundstücken erwähnt werden.

2.2 Baulandarten

Beim Bauland wird in der Grundeigentumswechselstatistik unterschieden nach Baureifes Land, Rohbau-

²⁾ Siehe Anmerkung 1.

land, Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen. Der Verkauf von Bauland nach Baulandarten – wobei die drei letztgenannten Arten zum „sonstigen Bauland“ zusammengefaßt sind – für die Zeit von 1961 bis 1973 ist in der Tabelle 3 dargestellt.

Die Zahl der Fälle hat beim Verkauf von Bauland eine geringere Aussagekraft als beim Verkauf von bebauten Grundstücken, da beim Bauland, vor allem auch soweit es sich um Rohbauland handelt, häufig größere Areale umgesetzt werden, die erst später – z. B. wenn das Rohbauland erschlossen ist und als baureifes Land weitergegeben wird – parzelliert werden. Die unterschiedliche Fläche je Verkaufsfall wird auch dadurch deutlich, daß im betrachteten Zeitraum 53,3 % aller Fälle mit 40,4 % der Fläche auf baureifes Land und dagegen 14,8 % der Fälle mit 28,7 % der Fläche auf Rohbauland entfallen. Beim sonstigen Bauland, in dem recht unterschiedliche Arten zusammengefaßt sind, stimmt der Anteil nach der Zahl der Fälle (31,9 %) mit dem Flächenanteil (30,9 %) für den gesamten Zeitraum von 1961 bis 1973 in etwa überein.

Der flächenmäßige Umsatz von Bauland war im Jahre 1961 besonders groß, in keinem der folgenden Jahre ist er auch nur annähernd wieder erreicht worden; der Grund liegt allein bei der besonders großen Fläche Rohbauland, die in diesem Jahr umgesetzt wurde. In den Jahren bis 1967 waren die verkauften Flächen an Bauland im allgemeinen deutlich höher als in den folgenden Jahren, doch ist auffallend, daß 1972 etwa die gleiche Baulandfläche umgesetzt wurde wie 1966. Wenn auch sicher in der Baulandstatistik im Laufe der Zeit manche Bodenfläche mehrfach erfaßt wird, weil sie mehrfach ihren Eigentümer gewechselt hat, so ist es doch überraschend, welche unbebauten Flächen in einer Großstadt wie Hamburg als Bauland Jahr für Jahr zum Verkauf kommen. Beim baureifen Land jedoch, das einen recht unterschiedlichen – zwischen etwa einem Viertel und zwei Dritteln schwankenden – Anteil an der insgesamt verkauften Baulandfläche hat, gehen die umgesetzten Flächen in den letzten Jahren seit 1969 deutlich zurück; 1973 wurde nur noch etwas mehr als ein Drittel der Fläche von 1969 ermittelt. Es zeigt sich also doch, daß baureifes Land in Hamburg knapper wird.

Mit Ausnahme des ersten und des letzten Jahres des betrachteten Zeitraumes war die Fläche des verkauften Rohbaulandes immer geringer als die des baureifen Landes. Es sind, beim Rohbauland hinsichtlich der umgesetzten Flächen keine eindeutigen Tendenzen zu erkennen; sie bewegten sich – von 1962 und 1965 abgesehen – mit Schwankungen zwischen 15 % und 25 % des 1961 erzielten Flächenumsatzes.

Die verkauften Flächen des sonstigen Baulandes waren sowohl in ihrem Anteil am gesamten Bauland als auch in der zeitlichen Entwicklung sehr uneinheitlich, wie aus den Spalten 10 und 11 der Tabelle 3 deutlich hervorgeht; wegen der Zusammenfassung unterschiedlicher Teilmassen zu dieser Kategorie sind die Daten über das sonstige Bauland ohnehin wenig aussagefähig.

Da auf die Preise für baureifes Land und Rohbauland noch näher eingegangen wird, soll hier nur darauf hingewiesen werden, daß ein Vergleich der in den einzelnen Jahren umgesetzten Flächen mit den jeweils erzielten Kaufpreisen deutlich die Preissteigerungen für Bauland erkennen läßt. Als Beispiel sei auf das baureife Land hingewiesen, bei dem 1972 etwa die Hälfte der Fläche von 1961 verkauft und dafür rund der dreifache Preis erzielt wurde.

2.3 Art des Baugebietes

Die Grundeigentumswechselstatistik wird für die Baulandverkäufe auch nach funktionalen Raumeinheiten aufbereitet, d. h. es wird festgehalten, in welchen nach Art des Baugebietes untergliederten Ortsteilen die jeweiligen Baulandumsätze stattgefunden haben. Diese Gliederung wurde im Jahre 1961 von der Baubehörde Hamburg festgelegt und ist seitdem unverändert geblieben, so daß eine Betrachtung über einen längeren Zeitraum möglich ist.

Welche Stadtteile bzw. Ortsamtsgebiete den einzelnen Arten von Baugebieten – unterschieden werden 1) Geschäftsgebiet, 2) Geschäfts- und Wohngebiet gemischt, 3) Wohngebiet, 4) Industrie- und Hafengebiet und 5) Dorfgebiet – zugeordnet worden sind, geht aus der Übersicht 1 hervor. Hinzugefügt sind die Anteile der einzelnen funktionalen Raumeinheiten am gesamten Hamburger Staatsgebiet sowie die Anteile an den verkauften Baulandflächen in den Jahren 1961 bis 1973. Die Wohngebiete haben mit fast 40 % den größten Anteil an der Katasterfläche;

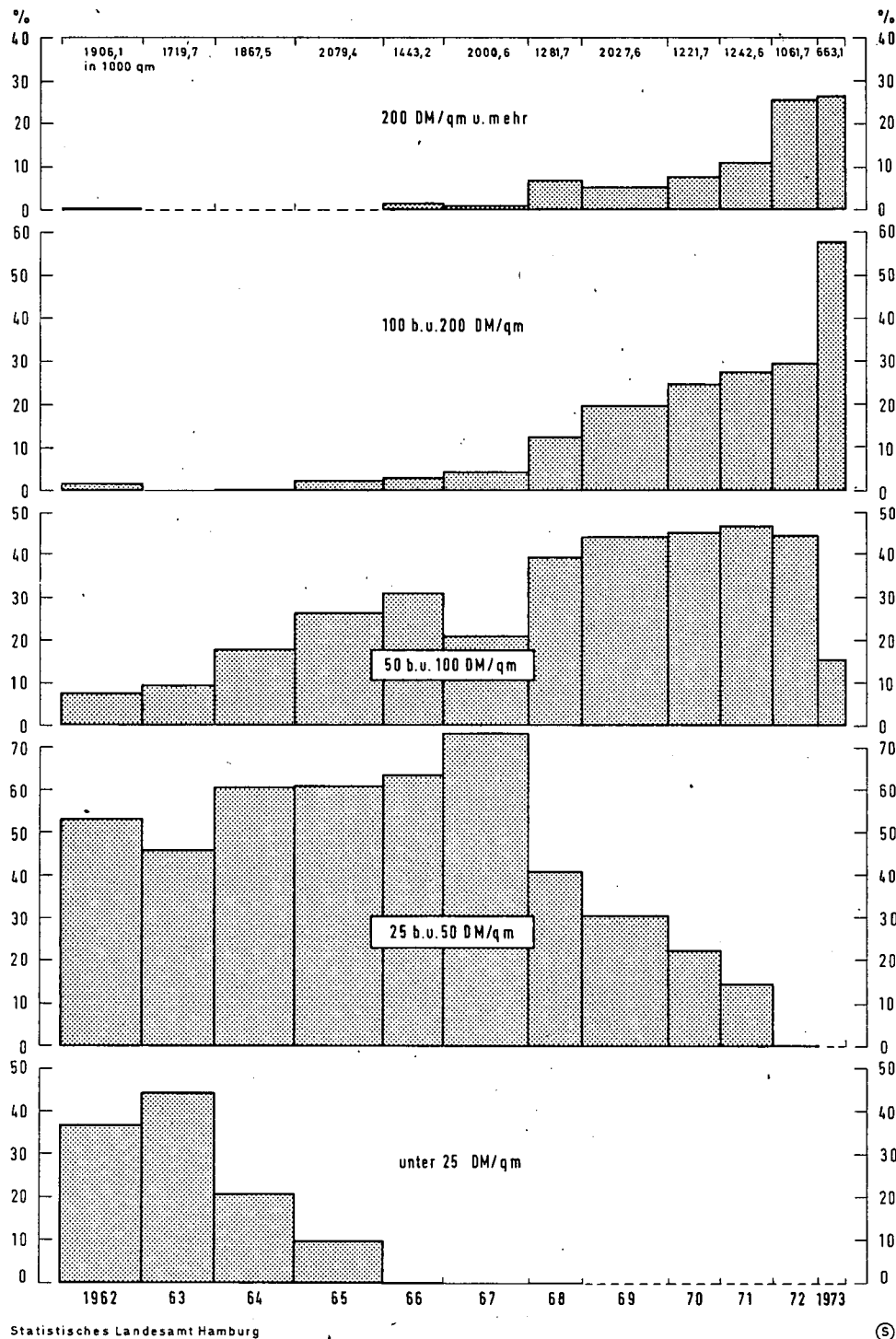
Übersicht 1

Art des Baugebietes	Stadtteile bzw. Ortsamtsgebiete (OG)	%-Anteil an der Katasterfläche Hamburgs	%-Anteil an der verkauften Baulandfläche von 1961–1973
1. Geschäftsgebiet	Hamburg-Altstadt, Neustadt, St. Pauli, St. Georg	1,2	0,2
2. Geschäfts- und Wohngebiet gemischt	Borgfelde, T.v. Rothenburgsort (OT 134), Finkenwerder, Altona-Altstadt, Altona-Nord, Ottensen, Gr. Flottbek, Eimsbüttel, Rotherbaum, Harvestehude, Hoheluft-West, Eidelstedt, Hoheluft-Ost, Eppendorf, Winterhude, Uhlenhorst, Hohenfelde, Barmbek-Süd, Barmbek-Nord, Eilbek, Wandsbek, Bramfeld, Lohbrügge, Bergedorf, Harburg, Heimfeld, T.v. Wilhelmsburg (OT 712)	19,7	17,1
3. Wohngebiet (in offener und geschlossener Bauweise)	Hamm-Nord, Hamm-Mitte, Horn, Billstedt, Othmarschen, Lurup, Osdorf, Nienstedten, Blankenese, Iserbrook, Sülldorf, Rissen, Lokstedt, Niendorf, Schnelsen, Stellingen, Gr. Borstel, Alsterdorf, Dulsberg, Ohlsdorf, Fuhlsbüttel, Langenhorn, Marienthal, Jenfeld, Tonndorf, Farmsen-Berne, Steilshoop, Wellingsbüttel, Sasel, Poppenbüttel, Hummelsbüttel, Wohldorf-Ohlstedt, Bergstedt, Volksdorf, Rahlstedt, Wilstorf, Rönneburg, Langenbek, Sinstorf, Elbendorf, T.v. Wilhelmsburg (OT 713)	39,3	53,2
4. Industrie- und Hafengebiet	Klosterort, Hammerbrook, Hamm-Süd, Billbrook, T.v. Rothenburgsort (OT 133), Veddel, Kl. Grasbrook, Steinwerder, Waltersdorf, Bahrenfeld	6,6	8,4
5. Dorfgebiet	Lemsahl-Möllingstedt, Duwenstedt, OG. Vier- und Marschlande, Neuland, Gul Moor, Marmstorf, OG. Süderelbe, T.v. Wilhelmsburg (OT 714)		

T.v. = Teil von, OT = Ortsteil, OG. = Ortsamtsgebiet

Schaubild 1

Baulandpreise für baureifes Land ¹⁾ nach Preisstufen in Hamburg 1962 bis 1973
 – Anteile der Flächen an den Preisstufen in % –



¹⁾ ohne Grundstücke mit einem Kaufpreis von weniger als 200 DM.

auf sie entfiel auch mit etwa 53 % der weitaus überwiegende Anteil aller verkauften Baulandflächen; das ist, da das meiste Bauland zum Wohnungsbau benutzt werden dürfte, auch zu erwarten gewesen. Wegen der doch noch relativ bedeutenden landwirtschaftlichen Flächen in Hamburg sind immerhin ein Drittel des hamburgischen Gebietes als Dorfgebiet kategorisiert worden, wobei betont werden muß, daß diese Einteilung aus dem Jahre 1961 stammt und in-

zwischen viele bauliche Änderungen eingetreten sind, die vielleicht jetzt eine andere Zuordnung erfordern würden, wie auch die auf das Dorfgebiet entfallenden etwas mehr als ein Fünftel aller verkauften Baulandflächen zeigen. Hieraus wird deutlich, daß in diesen Gebieten landwirtschaftliche Flächen zugunsten von bebauten Flächen zurückgedrängt worden sind. Auch auf die Gebiete, die als „Geschäfts- und Wohngebiet gemischt“ kategorisiert sind, entfielen

mit knapp 20% etwa gleich große Anteile von der Katasterfläche und der verkauften Baulandfläche. Relativ größer, als es der Gebietsfläche entspricht, waren die Baulandumsätze im Industrie- und Hafengebiet; hier dürfte vor allem das Industrieland, das vielfach größere Areale umfaßt, bei den Baulandverkäufen die größte Rolle gespielt haben. Die kleinsten Anteile sind sowohl bei der Katasterfläche als auch bei den Baulandumsätzen im Geschäftsgebiet ermittelt worden, was bei der ohnehin schon engen Bebauung und den relativ geringen verfügbaren Baulandflächen auch nicht überrascht.

2.4 Baulandpreise

Da das sonstige Bauland wegen seiner unterschiedlichen Zusammensetzung aus Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen hinsichtlich der Preisgestaltung zu verschiedenartigen Faktoren unterliegt, so daß eindeutige Tendenzen nicht zu erkennen sind, sollen hier nur das baureife Land und das Rohbauland betrachtet werden.

Die Entwicklung der durchschnittlichen Kaufpreise in DM je qm für baureifes Land und für Rohbauland und die Relationen beider Preise zueinander im betrachteten Zeitraum zeigt die Tabelle 4.

Tabelle 4

Baulandpreise in Hamburg 1961 bis 1973

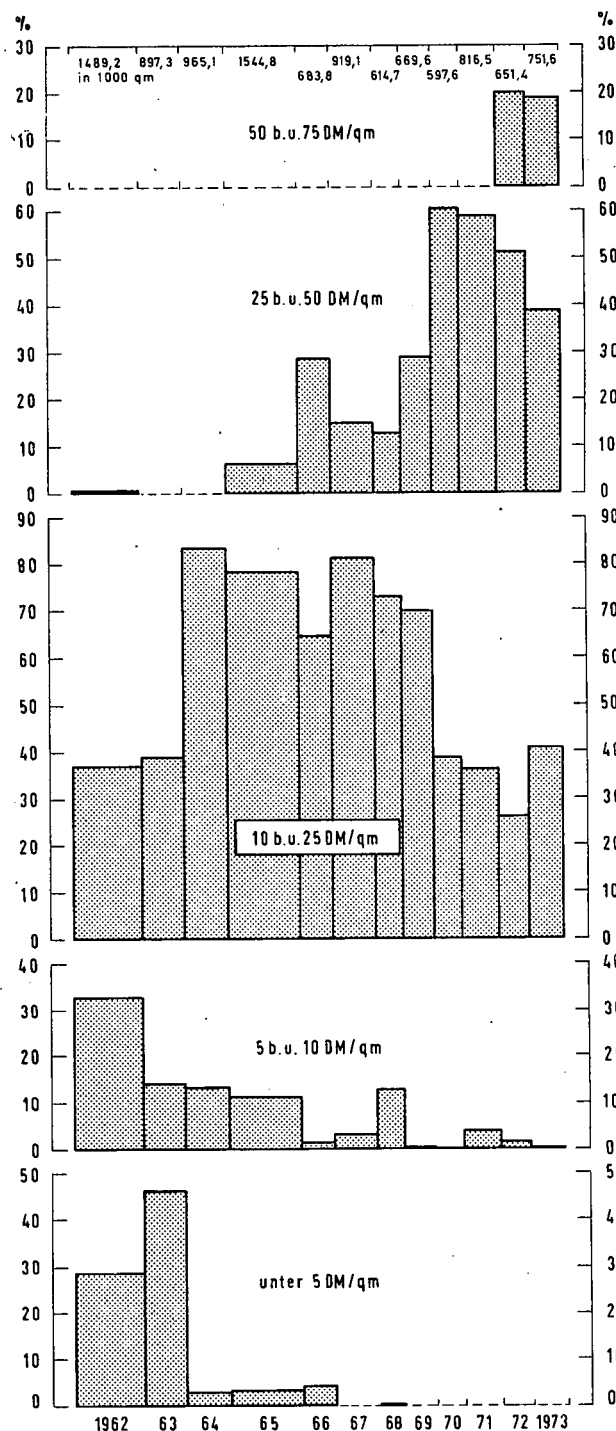
Jahre	Durchschnittliche Baulandpreise in DM/qm		
	Baureifes Land	Rohbauland	
		absolut	% von Sp. 1
	1	2	3
1961	27,44	8,30	30,2
1962	29,90	9,54	31,9
1963	31,39	8,75	27,9
1964	39,43	14,21	36,0
1965	46,75	16,95	36,3
1966	54,54	19,98	36,6
1967	52,13	19,67	37,7
1968	78,58	18,31	23,3
1969	80,35	21,56	26,8
1970	95,15	25,48	26,8
1971	106,90	27,89	26,1
1972	153,09	33,58	21,9
1973	165,52	31,04	18,8
1961-1973 ..	63,71	16,18	25,4

Von 1961 bis 1973 sind die Preise für baureifes Land etwa auf das Sechsfache und für Rohbauland knapp auf das Vierfache angestiegen. Bis auf das Rezessionsjahr 1967, in dem gegenüber dem Vorjahr eine geringere Preisminderung zu beobachten ist, sind die Preise für baureifes Land von Jahr zu Jahr nur gestiegen; in den fünf Jahren von 1961 bis 1966 verdoppelte sich der Durchschnittspreis je qm, und in den folgenden fünf Jahren bis 1971 stieg er nochmals etwa um 100%. Beim Rohbauland war die Entwicklung etwas uneinheitlicher, und es waren mehrfach – wenn auch meist nur geringe – Preisrückgänge festzustellen; so von 1962 auf 1963, in den Rezessionsjahren 1966 auf 1967 und auf 1968 sowie – überraschenderweise – auch von 1972 auf 1973. Demzufolge war auch die Relation zwischen den Quadratmeterpreisen für baureifes Land und für Rohbauland,

Schaubild 2

Baulandpreise für Rohbauland¹⁾ nach Preisstufen in Hamburg 1962 bis 1973

– Anteile der Flächen an den Preisstufen in % –



Statistisches Landesamt Hamburg

¹⁾ ohne Grundstücke mit einem Kaufpreis von weniger als 200 DM.

die im Durchschnitt der Jahre 1961 bis 1973 etwa 4 : 1 betrug, in den einzelnen Jahren recht unterschiedlich, wie die Spalte 3 der Tabelle 4 ausweist; der höchste prozentuale Anteil des Preises für Rohbauland an dem für baureifes Land lag 1967 mit 37,7% fast genau doppelt so hoch wie der niedrigste Anteil mit 18,8% im Jahre 1973. Insgesamt gesehen zeigt sich deutlich, daß die Quadratmeterpreise für baureifes Land die Tendenz haben, „davonzugaloppie-

ren“ und die Preise für Rohbauland dem nicht zu folgen vermögen.

Neben den durchschnittlichen Quadratmeterpreisen ist auch eine Betrachtung der Streuung dieser Preise aufschlußreich. Damit das Bild nicht unnötig durch extrem niedrige oder hohe Preise, die auf irgendwelche Sonderfaktoren zurückgehen, verfälscht werden, sind die Baulandpreise in Preisstufen zusammengefaßt worden. Die Schaubilder 1 und 2 zeigen für baureifes Land bzw. für Rohbauland die prozentualen Anteile der umgesetzten Flächen, die auf die einzelnen Preisstufen in den Jahren 1962 bis 1973 entfielen.³⁾

Aus den Schaubildern wird deutlich, daß einerseits in allen Jahren eine breite Streuung der Quadratmeterpreise festzustellen ist und andererseits im Laufe der Zeit die jeweils höheren Preisstufen immer größere prozentuale Anteile auf sich vereinigen. So spielt beim baureifen Land die Preisstufe von 0 bis unter 25 DM/qm ab 1966 und die nächsthöhere Preisstufe ab 1972 praktisch keine Rolle mehr. In der Preisstufe von 100 bis unter 200 DM/qm sind namhafte Umsätze über 10 % erst ab 1968 festzustellen und ab 200 DM/qm ab 1971.

Beim Rohbauland liegt zwar das Niveau entsprechend tiefer, doch sind hier ähnliche Tendenzen festzustellen: Ab 1967 so gut wie keine Umsätze zu einem Preis von 0 bis unter 5 DM/qm, in der nächsthöheren Preisstufe größere Umsätze (über 10 %), später als 1965 nur noch im Jahre 1968 und bei den beiden höchsten Preisstufen ab 1966 bzw. 1972 größere Anteile, dann aber auch gleich mit relativ hohen Prozentwerten. Durch alle Jahre gut besetzt ist beim baureifen Land nur die Preisstufe von 50 bis unter 100 DM/qm und beim Rohbauland die Preisstufe 10 bis unter 25 DM/qm.

Detlef Schmidt

3. Analyse des räumlichen Baulandpreisgefüges in Hamburg 1961 bis 1972

3.1 Einleitung

Im Rahmen der Stadtentwicklungsplanung sind solchen Stadtbereichen eine besondere Bedeutung beizumessen, in denen ein Struktur- oder Funktionswandel dazu geführt hat, daß sie ihre Aufgaben nicht mehr oder nur unzureichend erfüllen können. Zum Zwecke einer der Gesamtentwicklung der Stadt Rechnung tragenden Regelung für diese Gebiete sind durch die planende Verwaltung Maßnahmen vorzusehen, die die Voraussetzung dafür schaffen, die vorhandenen Flächen einer nach Struktur und Funktion erforderlichen Nutzung zuzuführen. Diese Aufgaben der Stadtentwicklungsplanung lassen sich zum Teil nur mit erheblichen finanziellen Aufwendungen der öffentlichen Hand bewältigen, um insbesondere den Grund und Boden im notwendigen Umfang zur Dekung des Wohnungsbedarfs, zur Erweiterung der Hafen- und Industriegebiete sowie für die infrastrukturellen Einrichtungen bereitstellen zu können. Mit entsprechend hohen Kosten ist die Lösung dieser kom-

³⁾ Für 1961 liegt eine derartige Aufgliederung nicht vor.

munalen Aufgaben immer dann verbunden, wenn dadurch in gewissen Stadtbereichen die Eigentümer der wenigen bebaubaren Grundstücke eine monopolartige Stellung erhalten und aufgrund steigender Bodenpreise unverdiente Gewinne erzielen. In diesem Zusammenhang führt der Staatssekretär ABRESS vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau aus: „... den privaten Eigentümern an Boden (sind) seit 1950 über 30 Milliarden DM an Wertzuwächsen zugeflossen ... und dies fast ausschließlich, weil die Gemeinschaft gehandelt und Aufwendungen erbracht hat, den privaten Bodeneigentümern aber der Gewinn zufließt“⁴⁾. Um zukünftig zu vermeiden, daß Planungsgewinne allein den Grundeigentümern zufallen, während die Investitionskosten der Allgemeinheit aufgebürdet werden, will die Novelle zum Bundesbaugesetz diese Situation mit der Abschöpfung von planungsbedingten Bodenprofitten (Planungswertausgleich) verändern.

Die im Zusammenhang mit der Novellierung des Bundesbaugesetzes verstärkte ausgelösten Diskussionen über die zu beobachtenden Preissteigerungen auf dem Baubodenmarkt und deren Ursachen haben diese Frage in zunehmenden Maße in den Blickpunkt des privaten und öffentlichen Interesses gerückt. Dabei sind „die schärfsten Angriffe je nach Wahl gegen die Hausbesitzer einerseits und gegen die Mieter andererseits (festzustellen) und schließlich ganz allgemein gegen die Bauern, die in den Randgebieten aus ihrem Ackerland Bauerwartungs- und Bauland machen, und einer bezeichnet den anderen als Spekulant“⁵⁾. Um die auf diesem Gebiet vorhandene Situation richtig beurteilen zu können, bilden statistische Informationen über die Entwicklung der Baulandpreise in regionaler Differenzierung die hierzu notwendige Grundlage. Deshalb besteht das Ziel dieses Abschnitts darin, das räumliche Bodenpreisgefüge und dessen Veränderung in Hamburg seit der Aufhebung der Preisbindung (29. Oktober 1960) bis 1972 darzustellen.

3.2 Entwicklung der regionalen Baulandpreise

Die zur Beobachtung der regionalen Baulandpreise notwendigen Informationen sind aus der Baulandpreisstatistik zu gewinnen, durch die die Veräußerungsfälle nach sachlichen Gesichtspunkten untergliedert werden in:

- baureifes Land
- Rohbauland
- sonstiges Bauland⁶⁾

mit den 103 Hamburger Stadtteilen (ohne Neuwerk) als regionale Bezugseinheit. Wegen der in den einzelnen Stadtteilen vorhandenen unterschiedlichen Bebauungsdichte schwankt die Zahl der durch die Baulandpreisstatistik erfaßten Fälle zum Teil in recht erheblichem Umfang. Während in den Innenstadtbereichen die Anzahl der Veräußerungsfälle in einem

⁴⁾ Abreß, H.: Zur Lage, in: Stadtbauwelt, Heft 41, 1974, S. 9.

⁵⁾ Grünau, E.: Hundert Jahre städtische Grundstückspreise 1870–1972, in: Deutsche Wohnungswirtschaft, Heft 3, 1973, S. 52–59.

⁶⁾ Zur Definition vgl.: Matti, W.: Hamburger Grundeigentumswechsel und Baulandpreise 1903 bis 1937 und 1955 bis 1962, in: Hamburg in Zahlen, Sonderheft 1, 1963, S. 6.

Jahr nur sehr gering ist, nimmt dieser Wert mit wachsender Entfernung vom Stadtzentrum zu. Damit nicht Zufallsergebnisse aufgrund niedriger Fallzahlen ermittelt werden, erfolgt eine Zusammenfassung der Angaben in drei 4-Jahreszeiträumen, und zwar

- 1961 bis 1964
- 1965 bis 1968
- 1969 bis 1972,

die die Grundlage für den regionalen Vergleich der Baulandpreise in ihrer zeitlichen Veränderung bilden. Da die Verkaufspreise für unterschiedlich große Flächen ausgewiesen werden, besteht die Notwendigkeit, diese heterogenen Einzelwerte vergleichbar zu machen, d. h. flächenneutrale Werte zu gewinnen. Anstelle absoluter Zahlen sind also relative Maßzahlen zu setzen, die einen Vergleich der 103 Stadtteile untereinander erlauben. In diesem Fall wird deshalb für die weitere Untersuchung als Maßzahl „Baulandpreis pro qm“ verwendet. Es ergeben sich somit insgesamt 309 Einzelangaben (3 Zeiträume und 103 Stadtteile), die wegen des Umfangs nicht stadtteilsweise nacheinander analysiert werden können. Sie sollen daher übersichtlich in einem Schaubild grafisch zusammengefaßt werden. Für diesen Zweck ist es notwendig, ein Koordinatensystem einzuführen, dessen x-Achse die Baulandpreise 1961 bis 64 und dessen y-Achse die der Jahre 1965 bis 68 repräsentiert. Die Stadtteile stellen dann Punkte in der x, y-Ebene dar, mit den entsprechenden Quadratmeterpreisen als Koordinaten. Mit Hilfe der sogenannten „Methode der kleinsten Quadrate“⁷⁾ ist es möglich, die beobachtete Punktverteilung durch eine zusammenfassende Funktion zum Ausdruck zu bringen. Die zahlreichen Einzelangaben sind jetzt in einer auf Durchschnittswerten basierenden Gleichung enthalten, mit dem entscheidenden Vorteil, daß aus ihr die Preisentwicklung für unterschiedlich hohe DM/qm-Beträge abzulesen ist.

Das auf den Baulandpreisen in den Hamburger Stadtteilen aufbauende Ergebnis dieses Verfahrens ist für die Zeiträume 1961 bis 1964 und 1965 bis 1968 dem Schaubild 3 zu entnehmen. Als Gleichungen ergeben sich

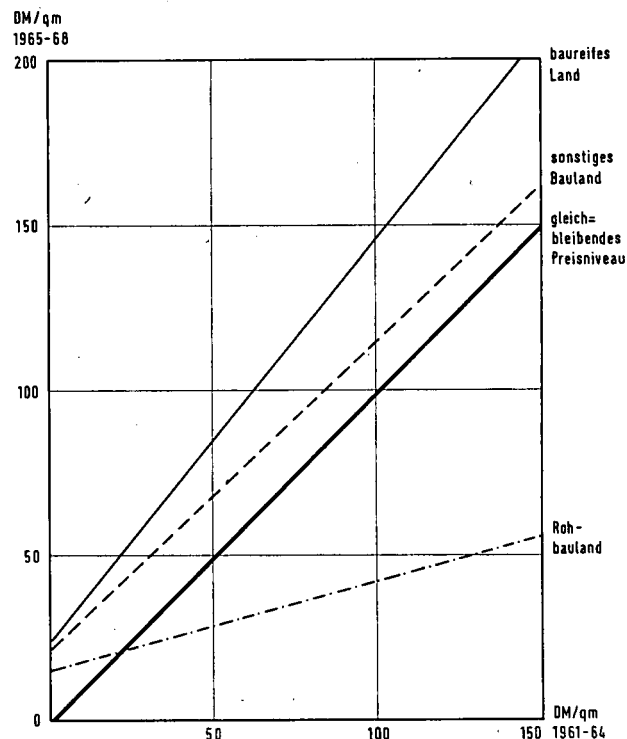
- baureifes Land: $y_{65-68} = 1,218 \times x_{61-64} + 24,393$
- Rohbauland: $y_{65-68} = 0,267 \times x_{61-64} + 15,502$
- sonstiges Bauland: $y_{65-68} = 0,930 \times x_{61-64} + 21,866$

Sowohl aus dem Schaubild 3 als auch aus den Gleichungen wird der vergleichsweise geringe Quadratmeterpreis für Rohbauland ersichtlich. Obgleich ab 21,15 DM/qm die Gerade für diese Baulandart unterhalb der Kurve des gleichbleibenden Preisniveaus verläuft, darf nicht auf eine rückläufige Preisentwicklung geschlossen werden, weil die Preise für Rohbauland bis auf wenige Ausnahmen niedriger als der Schwellenwert von 21,15 DM/qm sind. Dagegen gilt für das baureife Land und das sonstige Bauland, daß beide Geraden der Preisentwicklung über der des gleichbleibenden Preisniveaus liegen. Aus dem Schaubild 3 ist deshalb die Steigerung des Quadratmeterpreises dieser Baulandarten unmittelbar abzulesen. Ergänzend werden die entsprechenden Gleichungen der Preisentwicklung für die Zeit-

⁷⁾ vgl. hierzu z. B. Pflanzagl, J.: Allgemeine Methodenlehre der Statistik. 2. Berlin 1966. S. 256. Sammlung Göschen. Bd. 747/747a.

Schaubild 3

Entwicklung des Baulandpreisniveaus für die Zeiträume 1961-64 und 1965-68



Statistisches Landesamt Hamburg

Ⓢ

räume 1965 bis 1968 und 1969 bis 1972 bestimmt und das Ergebnis in Schaubild 4 dargestellt. In diesem Fall sind als Geradengleichung festzustellen:

- baureifes Land: $y_{69-72} = 1,283 \times x_{65-68} + 30,401$
- Rohbauland: $y_{69-72} = 0,332 \times x_{65-68} + 20,173$
- sonstiges Bauland: $y_{69-72} = 0,880 \times x_{65-68} + 32,437$

Wie beim Schaubild 3 ist bei der Interpretation des Schaubildes 4 ebenfalls zu beachten, daß beim Rohbauland nicht auf eine rückläufige Preisentwicklung geschlossen werden kann. Die Quadratmeterpreise dieser Baulandart liegen im Zeitraum 1965 bis 1968 in den einzelnen Stadtteilen sämtlich unter 30,20 DM/qm, dem Schnittpunkt der Preisentwicklungskurve (Rohbauland) mit der Geraden des gleichbleibenden Preisniveaus.

Um die Auswirkung der Preisentwicklung für die drei Baulandarten beurteilen zu können, wird der auf den Stadtteilsangaben basierende jeweilige Mittelwert des Zeitraumes 1961 bis 1964 in die entsprechende Geradengleichung eingesetzt und der Quadratmeterpreis für die Jahre 1965 bis 1968 bestimmt. Aufgrund dieser Ergebnisse erfolgt dann mit Hilfe der Gleichungen des Schaubildes 4 die Berechnung der einzelnen Baulandpreise für die Zeit von 1969 bis 1972. Dabei ergibt sich:

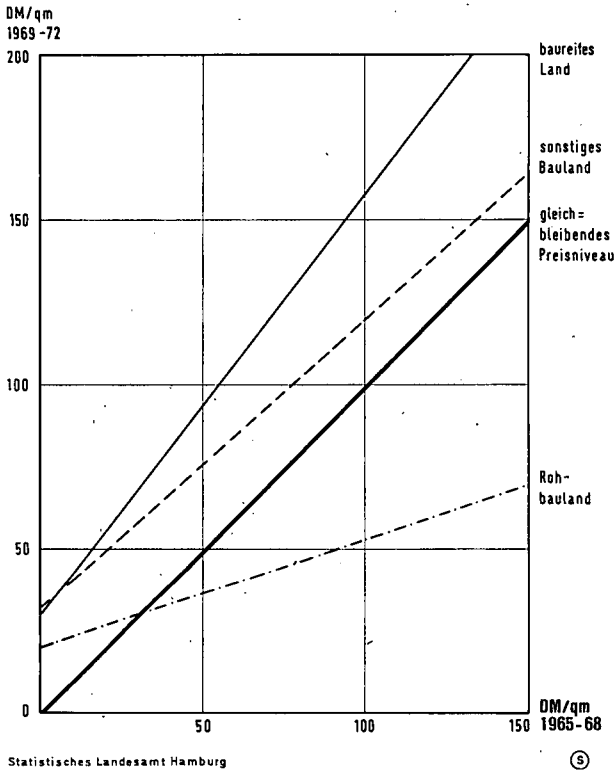
Tabelle 5

Entwicklung der durchschnittlichen Baulandpreise

Baulandart	Baulandpreis in DM/qm			Preissteigerung in %	
	1961-64	1965-68	1969-72	1961-64 auf 1965-68	1965-68 auf 1969-72
	1	2	3	4	5
baureifes Land	40,39	73,59	124,82	82,2	69,6
Rohbauland ..	10,36	18,27	26,23	76,4	43,6
sonstiges Bauland	39,63	58,72	84,10	48,2	43,2

Schaubild 4

Entwicklung des Baulandpreisniveaus für die Zeiträume 1965-68 und 1969-72



Aus Tabelle 5 ist abzulesen, daß die prozentuale Zunahme der drei Verkaufspreise 1965/68 auf 1969/72 niedriger ist als die von 1961/64 auf 1965/68. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob dieser Sachverhalt generell zutrifft oder nur für die speziell ausgewählten Quadratmeterpreise gilt. Ohne näher auf die mathematische Begründung einzugehen, ergibt sich die Antwort, wenn für jede Baulandart die Gleichung:

$$\frac{Y_{65-68}}{X_{61-64}} = \frac{Y_{69-72}}{X_{65-68}}$$

gelöst wird. Diese Aufgabe ist gleichbedeutend mit der Bestimmung von Nullstellen einer quadratischen Gleichung, wobei für die zu untersuchende Fragestellung nur positive reelle Nullstellen von Interesse sind. Als Ergebnis der Berechnung erhält man:

- baureifes Land: $X_{61-64} = 73,57 \text{ DM/qm}$
- Rohbauland: $X_{61-64} = 13,91 \text{ DM/qm}$
- sonstiges Bauland: keine reellen Nullstellen vorhanden.

Zusammenfassend kann deshalb festgestellt werden: Nur bei baureifem Land und Rohbauland mit sehr hohem Preisniveau^{*)} (mehr als 73,57 DM/qm bzw. 13,91 DM/qm) ist die größte prozentuale Zunahme des Quadratmeterpreises von 1965/68 auf 1969/72 zu verzeichnen. In den übrigen Fällen einschließlich des sonstigen Baulandes gilt die umgekehrte zeitliche Reihenfolge.

^{*)} Hierzu gehören beim baureifem Land 7 Stadtteile; beim Rohbauland 16.

3.3 Veränderung des regionalen Preisniveaus für baureifes Land

In den bisherigen Ausführungen wurde die Entwicklung der regionalen Baulandpreise dargestellt, differenziert nach baureifem Land, Rohbauland und sonstigem Bauland. Dabei war jedoch nicht zu entnehmen, wie sich für Hamburg die Flächen- und Kaufpreise auf die einzelnen Baulandarten verteilen. Um das Gewicht einer bestimmten Baulandart beurteilen zu können, werden deshalb in Tabelle 6 die jeweiligen Flächen- und Kaufpreisanteile angegeben.

Tabelle 6
Flächen- und Kaufpreisanteile der einzelnen Baulandarten

Zeitraum	Vom gesamten Bauland in Hamburg entfällt auf					
	baureifes Land		Rohbauland		sonstiges Bauland	
	Fläche in %	Kaufpreis in %	Fläche in %	Kaufpreis in %	Fläche in %	Kaufpreis in %
	1	2	3	4	5	6
1961 bis 1964 ..	36,8	63,1	36,1	18,2	27,1	18,7
1965 bis 1968 ..	43,5	72,5	24,1	13,2	32,4	14,3
1969 bis 1972 ..	44,9	76,0	22,1	9,8	33,0	14,2

Aus Tabelle 6 wird unmittelbar die besondere Bedeutung des baureifen Landes ersichtlich. Es ist die einzige Baulandart, die für aufeinanderfolgende Zeitabschnitte sowohl nach der Fläche als auch nach dem Kaufpreis stets eine Zunahme der Anteile verzeichnen konnte. Darüber hinaus entfällt auf das baureife Land der mit Abstand größte Prozentwert beim Kaufpreis. Aus diesen Gründen wird sich in der weiteren Untersuchung auf die Preisentwicklung des baureifen Landes beschränkt.

Zur Darstellung des Preisgefüges für baureifes Land wird für drei Zeiträume jeweils der Mittelwert der Quadratmeterpreise berechnet und die Hamburger Stadtteile danach eingeteilt, ob sie ein

- gleichbleibend hohes Preisniveau, d. h. der Quadratmeterpreis liegt in allen drei Zeiträumen über dem Durchschnitt,
- wechselndes Preisniveau, d. h. der Quadratmeterpreis liegt für die drei Zeiträume nicht stets über oder unter dem Durchschnitt,
- gleichbleibend niedriges Preisniveau, d. h. der Quadratmeterpreis liegt in allen drei Zeiträumen unter dem Durchschnitt,

besitzen. Das Ergebnis dieser Typisierung ist im Schaubild 5 ausgewiesen.

Bei der Interpretation des räumlichen Bodenpreisgefüges ist zu beachten, daß in den Stadtteilen mit gleichbleibend niedrigem Preisniveau nicht eine stagnierende oder abnehmende Steigerungsrate für baureifes Land zu verzeichnen ist. Dieses liegt daran, weil der durchschnittliche Quadratmeterpreis von Jahr zu Jahr zugenommen hat. Während er sich noch im Zeitraum 1961 bis 1964 auf 40,39 DM/qm belief, betrug er 1965/68 schon 77,15 DM/qm und erhöhte sich

Tabelle 7

Fläche und Kaufpreis des baureifen Landes in den Stadtteilen mit unterschiedlichem Preisniveau

Stadtteile mit ... Preisniveau	1961 bis 1964			1965 bis 1968			1969 bis 1972		
	Fläche	Kaufpreis		Fläche	Kaufpreis		Fläche	Kaufpreis	
		in 1 000 qm	in 1 000 DM		DM/qm	in 1 000 qm		in 1 000 DM	DM/qm
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
gleichbleibend hohem	343	19 412	56,59	347	54 006	144,40	397	93 642	235,87
wechselndem	717	27 617	38,52	605	45 115	74,57	690	104 485	151,43
gleichbleibend niedrigem	6 370	190 751	29,95	5 826	281 804	48,37	4 466	376 345	84,27
Hamburg insgesamt	7 430	237 780	32,00	6 805	380 925	55,98	5 553	574 472	103,45

von 1969 bis 1972 mit 29,5% (Flächenanteil) und 31,3% (Kaufpreisanteil) wieder einnehmen.

Während in den einzelnen Beobachtungszeiträumen der Flächenanteil für die Stadtteile mit gleichbleibend niedrigem Preisniveau nur relativ geringfügig geschwankt hat (zwischen 80% und 86%), nahm dagegen der Kaufpreisanteil für diese Gebiete von 80,2% (1961 bis 1964) über 74,0% (1965 bis 1968) auf 65,5% (1969 bis 1972) ab. Diese Entwicklung ist im Zusammenhang mit dem überproportionalen Anstieg der Kaufsumme in den Stadtteilen mit gleichbleibend hohem Preisniveau zu sehen.

3.3.2 Stadtteile mit unterschiedlicher Preissteigerungsrate

Die 103 Hamburger Stadtteile werden danach beurteilt, ob sie in den Beobachtungszeiträumen eine über- oder unterdurchschnittliche Preissteigerungsrate aufweisen. Dabei erfolgt die Einstufung auf der Grundlage der Geradengleichungen der Schaubilder 3 und 4 für das baureife Land, weil deren Koeffizienten auf der durchschnittlichen Preisentwicklung basieren. So wird z. B. für einen Stadtteil der beobachtete Quadratmeterpreis von 1961 bis 1964 in die entsprechende Gleichung des Schaubildes 3 eingesetzt und der dazugehörige y-Wert (Quadratmeterpreis 1965–68 gemessen am Hamburger Durchschnitt) bestimmt. Ist dieser y-Wert niedriger als der tatsächliche Preis (1965 bis 1968), so wird von einer überdurchschnittlichen Preissteigerungsrate gesprochen, im anderen Fall von einer unterdurchschnittlichen.

Bei der Darstellung des Bodenpreisgefüges sind die Stadtteile hinsichtlich des Preisniveaus in drei Gruppen eingestuft worden (vgl. Schaubild 5), wobei für jede eine unterschiedliche Entwicklung zum Ausdruck kam (vgl. Tabelle 7). Deshalb ist es wenig zweckmäßig, die Preissteigerungsrate unabhängig vom Ausgangspreisniveau zu beurteilen. Aus diesem Grund werden die Stadtteile zunächst nach dem Quadratmeterpreis und dann nach der Preissteigerungsrate typisiert. Es ergeben sich somit folgende Zusammenhänge:

– Preisniveau 1961 bis 1964 und Preissteigerungsrate von 1961/65 auf 1965/68

– Preisniveau 1965 bis 1968 und Preissteigerungsrate von 1965/68 auf 1969/72

mit der Unterscheidung, ob Preisniveau sowie Preissteigerungsrate über- oder unterdurchschnittlich sind. Bei diesem Verfahren werden insgesamt vier Merkmale berücksichtigt (zwei für das Preisniveau und zwei für die Preissteigerungsrate) mit jeweils zwei Ausprägungen (über- oder unterdurchschnittlich). Nach der Kombinatorik können dann theoretisch 16 verschiedene Möglichkeiten der Merkmalsausprägung vorkommen. Praktisch reduziert sich diese Anzahl jedoch auf 12, weil z. B. bei einem unterdurchschnittlichen Preisniveau 1961 bis 1964 und einer unterdurchschnittlichen Preissteigerungsrate von 1961/64 auf 1965/68 nicht plötzlich ein überdurchschnittliches Preisniveau für den Zeitraum 1965 bis 1968 festgestellt werden kann.

Zusammenfassend ergeben sich deshalb 12 verschiedene Gruppen, in die die Stadtteile nach ihrem Ausgangspreisniveau und ihrer Preisentwicklung einzuordnen sind. Von diesen Gruppen besitzen jeweils vier ein

– gleichbleibend hohes Preisniveau: Gruppe 1.1. bis 1.4. (überdurchschnittlicher Quadratmeterpreis 1961/64 und 1965/68)

– wechselndes Preisniveau: Gruppe 2.1. bis 2.4. (Quadratmeterpreis liegt 1961/64 und 1965/68 nicht stets über oder unter dem Durchschnitt)

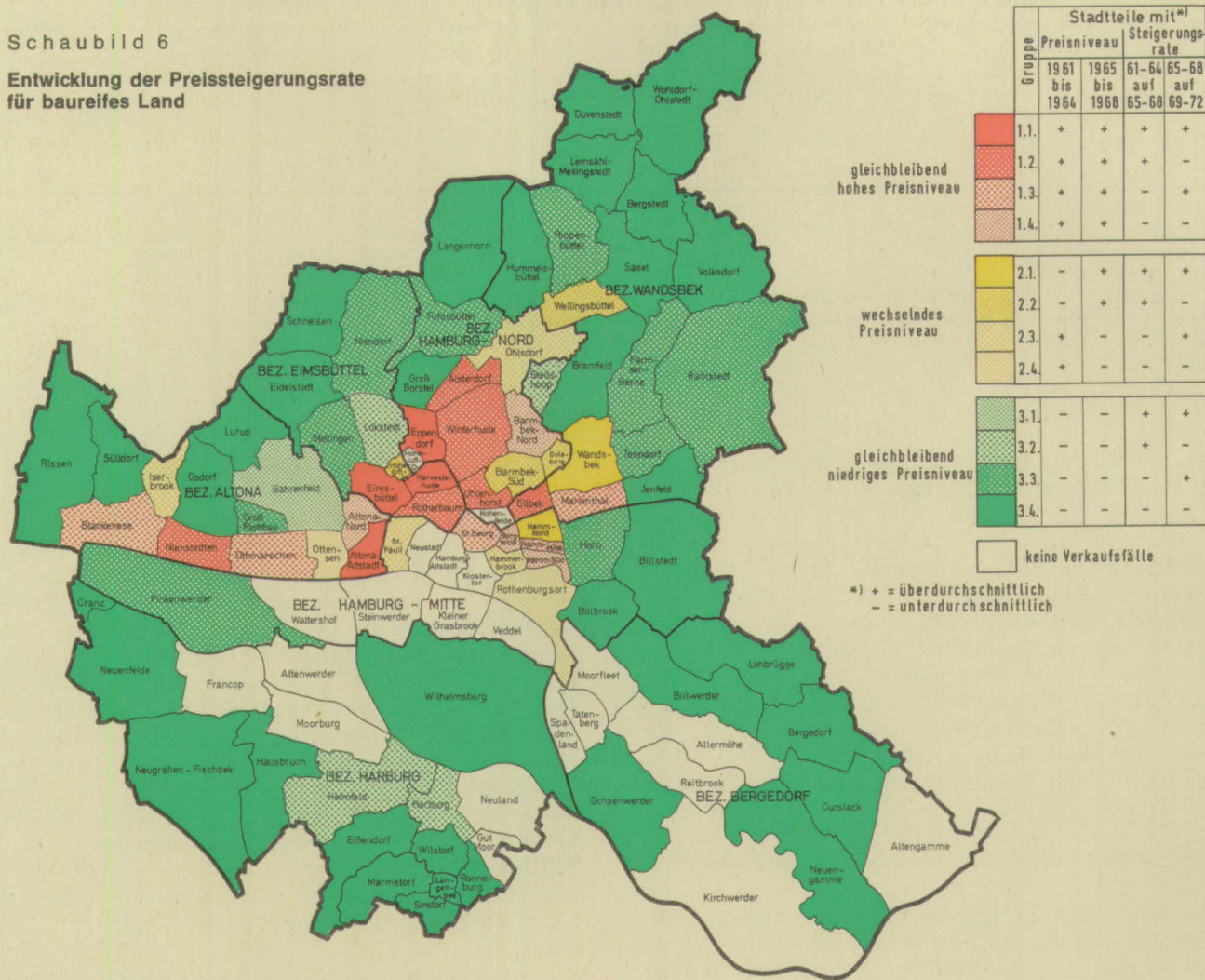
– gleichbleibend niedriges Preisniveau: Gruppe 3.1. bis 3.4. (unterdurchschnittlicher Quadratmeterpreis 1961/64 und 1965/68).

Das Ergebnis dieser Typisierung ist im Schaubild 6 dargestellt.

Dem Schaubild 6 ist zu entnehmen, daß der Markt für baureifes Land in zahlreiche Teilmärkte mit unterschiedlichem Preisniveau und verschiedenen hoher Preissteigerungsrate zerfällt. Von entscheidender Bedeutung sind dabei diejenigen Erscheinungen des Grundstücksmarktes, die von den übrigen Gütermärkten zum Teil erheblich abweichen. Im Gegensatz zu den anderen Wirtschaftsgütern kann einerseits der

Schaubild 6

Entwicklung der Preissteigerungsrate für baureifes Land



Statistisches Landesamt Hamburg

(N)

Grundstücksmarktteilnehmer nicht aus einer laufenden Produktion verkaufen, sondern nur aus einem bestimmten, nicht beliebig vermehrbaren Vorrat. Andererseits ist jeder Bürger in der einen oder anderen Form auf die Benutzung des Wirtschaftsgutes Boden angewiesen, da er die Voraussetzung für Wohnen, Arbeiten und Erholung bildet. Aus diesem Grund wird eine besondere Stellung des Verkäufers mit entsprechendem Marktverhalten hervorgerufen. „Bei einem verknappten Angebot bzw. einer verstärkten Nachfrage ergibt sich hierbei zwangsläufig eine starke Stellung des Verkäufers, die dieser dann in aller Regel – dem marktwirtschaftlichen Prinzip der Erzielung eines größtmöglichen Gewinns entsprechend – zu einer Preiserhöhung ausnutzt.“⁹⁾

Zur vollständigen Interpretation des Schaubildes 6 gehört es daher, die Ursachen für den Umfang von Angebot und Nachfrage an baureifem Land in den einzelnen Stadtteilen zu bestimmen. Im Rahmen dieses Beitrags ist es jedoch nicht möglich, die vielfältigen Einflüßfaktoren zu ermitteln und ihre Ge-

wichtung untereinander anzugeben. Erschwerend kommt hinzu, daß die Stadtteile nicht ohne weiteres als in sich geschlossene Teilmärkte anzusehen sind, da jeder Baublock, jede Straße, unter Umständen sogar jedes Grundstück einen eigenen Markt mit eigenem Preis darstellen kann.

Die unterschiedlichen Ergebnisse in den 103 Hamburger Stadtteilen rechtfertigen es jedoch, auf die Existenz und in gewissem Umfang auf die Lage der verschiedenen regionalen Teilmärkte zu schließen. So umfassen die Gruppen 1.1. und 1.4. mit gleichbleibend hohem Preisniveau Teile der citynahen Wohngebiete, wobei jedoch für die erste stets eine überdurchschnittliche Preissteigerungsrate festzustellen ist (Stadtteile: Altona-Altstadt, Eimsbüttel, Harvestehude, Eppendorf), während dagegen die zweite stets eine unterdurchschnittliche Zunahme des Quadratmeterpreises aufweist (Stadtteile: Borgfelde, Hamm-Süd, Altona-Nord, Barmbek-Nord).

Auffallend ist die Verlagerung der überdurchschnittlichen Preissteigerungsrate in den Gebieten mit gleichbleibend niedrigem Preisniveau von den mehr

⁹⁾ Tiemann, M.: Die Baulandpreise und ihre Entwicklung, in: Der Städte-tag, Heft 11, 1970, S. 562.

Tabelle 8

Veränderung der Preissteigerungsrate des baureifen Landes

Gruppe	1961 bis 1964		1965 bis 1968		1969 bis 1972		Kaufpreis in DM/qm				
	Fläche in 1 000 qm	Kaufpreis in 1 000 DM	Fläche in 1 000 qm	Kaufpreis in 1 000 DM	Fläche in 1 000 qm	Kaufpreis in 1 000 DM	1961-64	1965-68	1969-72	Steigerungsrate ¹⁾	
										65-68	69-72
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1.1.	21	1 042	37	5 622	57	22 592	49,69	149,58	396,59	301	798
1.2.	167	8 721	188	35 641	164	35 903	52,17	189,86	219,07	364	420
1.3.	159	9 879	150	12 956	177	35 226	62,19	86,45	198,77	139	320
1.4.	39	2 575	26	2 599	33	4 160	66,06	100,46	125,88	152	191
2.1.	146	4 782	73	5 756	150	29 855	32,80	78,87	199,43	240	608
2.2.	78	2 924	150	13 376	74	8 965	37,59	89,37	120,91	238	322
2.3.	38	1 935	45	2 865	209	30 352	51,33	63,60	145,35	124	283
2.4.	36	2 999	142	10 613	31	3 001	82,05	74,52	95,85	91	117
3.1.	171	5 047	48	3 095	21	2 907	29,52	64,78	135,74	219	460
3.2.	273	9 302	281	20 451	299	31 509	34,05	72,80	105,41	214	310
3.3.	1 846	54 349	1 441	68 496	1 302	140 067	29,44	47,54	107,60	161	365
3.4.	4 456	134 225	4 224	199 455	3 036	229 935	30,11	47,21	75,73	157	252
Hamburg	7 430	237 780	6 805	380 925	5 553	574 472	32,00	55,98	103,45	175	323

¹⁾ 1961-64 = 100

zur Innenstadt gelegenen Stadtteilen auf die stadtrandnahen. Von 1961/64 auf 1965/68 gehörten hierzu Bahrenfeld, Lokstedt, Steilshoop sowie der Stadtkern von Harburg und das an ihn angrenzende Heimfeld. Dagegen sind von 1965/68 auf 1969/72 zu ihnen folgende Stadtteile zu rechnen: Finkenwerder, Groß-Flottbek, Bahrenfeld, Stellingen, Niendorf, Fuhlsbüttel, Poppenbüttel, Farmsen-Berne, Rahlstedt, Tonnendorf und Horn.

Die Veränderung der Preissteigerungsrate für die zu 12 Gruppen zusammengefaßten Stadtteile ist in Tabelle 8 ausgewiesen. Auf der Basis des Quadratmeterpreises von 1961 bis 1964 schwankt nach Spalte 11 in Tabelle 8 die Steigerungsrate zwischen 798 % (Gruppe 1.1.) und 117 % (Gruppe 2.4.). Auffallend dabei ist die Entwicklung in der aus den Stadtteilen Ottensen und Rothenburgsort gebildeten Gruppe 2.4. Während von allen 12 Gruppen im Zeitraum 1961 bis 1964 mit 82,05 DM/qm für sie noch das höchste Preisniveau zu beobachten gewesen ist, nimmt diese Gruppe durch den einzigen feststellbaren Preisrückgang in den Jahren 1965 bis 1968 nur die 7. Position ein, die sich bis 1969/72 auf den 11. Platz verschlechtert.

3.4 Schlußbemerkung

Die Analyse des räumlichen Bodenpreisgefüges in Hamburg ergibt, daß die größte Preissteigerungsrate in denjenigen Gebieten festzustellen ist, in denen die

Bodennachfrage auf eine geringe Baulandreserve trifft. Da es sich hierbei vorwiegend um citynahe Bereiche handelt, besteht die Gefahr, den bisher durch Wohnungen, Cafés, Gaststätten und individuelle Läden genutzten Grund und Boden umzuwidmen. Nicht nur eine Verödung dieser Gebiete wäre die Folge, sondern auch ein städtebaulich unerwünschter Prozeß der Verlagerung von Wohngebieten an den Stadtrand.

Mit den erheblich über das allgemeine Verbraucherpreisniveau und über die Preise der meisten übrigen Güter gestiegenen Baulandpreisen stehen aus städtebaulicher Sicht die benötigten Flächen am richtigen Ort zur richtigen Zeit und zu wirtschaftlich tragbaren Bedingungen oft nicht zur Verfügung. Diese Auswirkungen der Bodenpreisentwicklung

- „- erschweren die richtige Zuordnung der wesentlichen Stadtfunktionen, wie Wohnen, Arbeiten und Freizeit,
- verursachen für die Gemeinden einen fast unüberwindbaren Aufgabenstau und
- belasten in vielen Bereichen die Erfüllung der Bund, Länder und Kommunen gemeinsam gestellten Aufgaben zur Realisierung des sozialen Fortschritts¹⁰⁾.

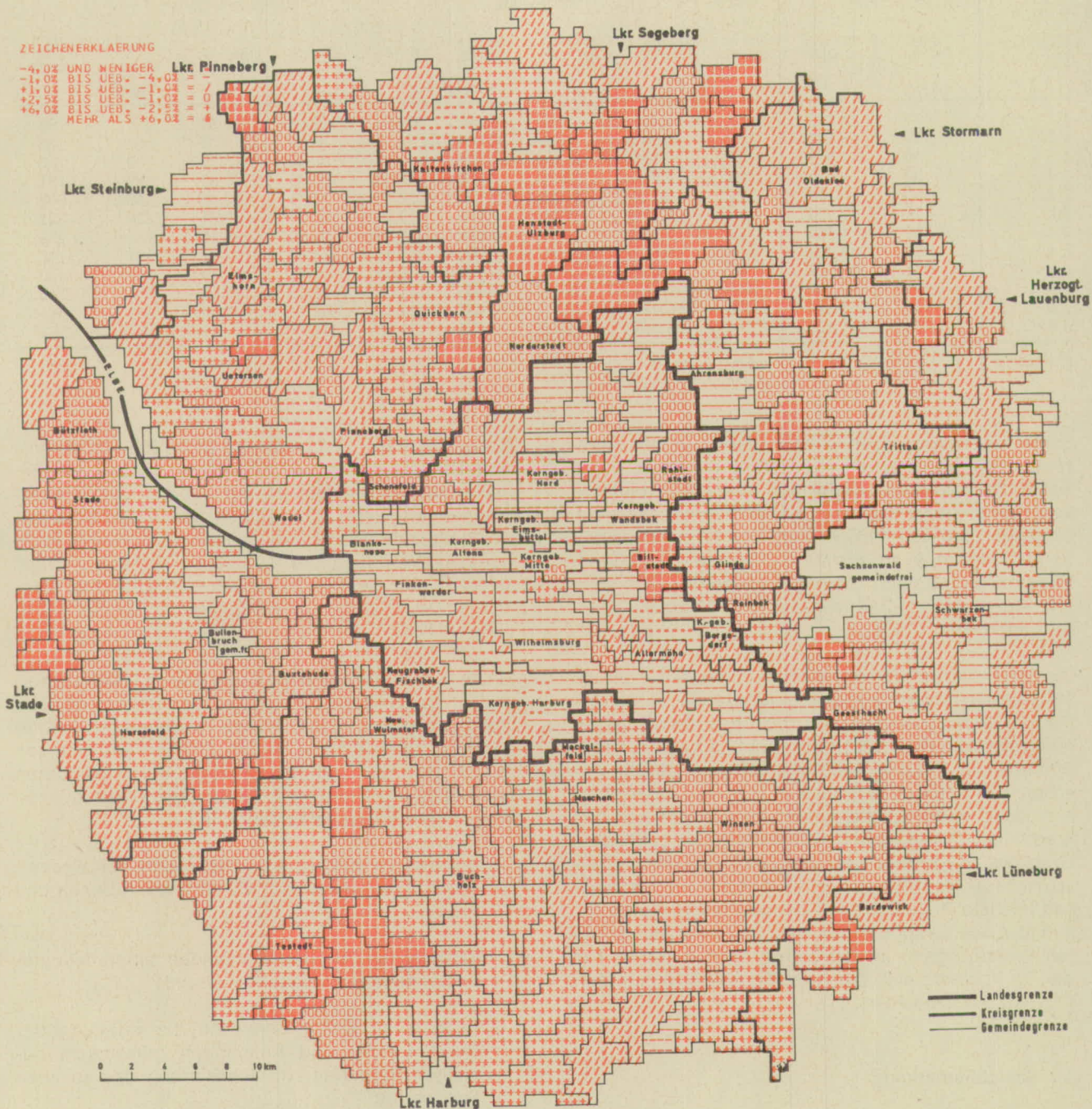
Hans-Ewald Schnurr

¹⁰⁾ Bodenrechtsreform im sozialen Rechtsstaat, Hamburg 1973, GEWOS-Schriftenreihe, Neue Folge 9, S. 39.

COMPUTERKARTE REGIONALDATEI
 BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG IN DER REGION LAMBURG 30.6.72 BIS 30.6.73 IN 3

ZEICHENERKLÄRUNG

-4,0% UND MENIGER -4,0% = 0
 -1,0% BIS UEB. -1,0% = 1
 +1,0% BIS UEB. -1,0% = 2
 +2,0% BIS UEB. -1,0% = 3
 +3,0% BIS UEB. -2,0% = 4
 +4,0% BIS UEB. -2,0% = 5
 MEHR ALS +6,0% = 6



Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1974	April 1974	Mai 1974	Mai 1973
		1965	1973				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	762,3	763,5	763,4	761,4	762,8
Lufttemperatur	°C	8,6	9,5	6,0	9,5	12,0	12,9
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	79	72	64	70	71
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	4	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	7	5	5	4	5	5
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	701	20	22	44	61
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 660	141	226	195	195
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	79	5	3	5	1
Tage mit Niederschlägen	"	256	240	7	8	17	23
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	...	s 244,5	244,6
" Altona	"	264,3	...	s 251,0	252,9
" Eimsbüttel	"	264,6	...	s 250,0	251,3
" Hamburg-Nord	"	401,3	...	s 330,0	336,2
" Wandsbek	"	357,5	...	s 380,0	377,9
" Bergedorf	"	82,6	...	s 92,5	93,8
" Harburg	"	199,0	...	s 200,0	202,1
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	...	s 1 748,0	1 758,9
dav. männlich	"	861,9	...	s 812,1	815,1
weiblich	"	995,0	...	s 935,9	943,8
dar: Ausländer ⁷⁾	"	59,8	...	s 130,9	121,5
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁸⁾	Anzahl	1 510	930 p	960 p	815 p	1 255 p	967
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	6,5
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 139 p	1 190 p	1 100 p	1 260 p	1 165
dar. unehelich	"	143	105 p	115 p	100 p	178 p	98
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	7,8
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	9,3 p	9,7 p	9,0 p	14,1 p	8,4
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 156 p	1 910 p	2 020 p	2 460 p	2 238
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	27 p	16 p	23 p	30 p	31
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	13,6	15,0
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁹⁾	"	17,2	23,5 p	13,4 p	19,7 p	23,8 p	26,4
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	+ 123	- 1 017 p	- 720 p	- 920 p	- 1 200 p	- 1 073
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 0,8	7,2
				Dezember 1973	Januar 1974	Februar 1974	Februar 1973
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	...	4 976	5 653	5 745	6 356
über die Landesgrenzen Hamburgs	"
Fortgezogene Personen	"	6 553	...	5 233	6 438	4 992	6 206
über die Landesgrenzen Hamburgs	"
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	-	...	- 257	- 785	+ 753	+ 150
dav. männlich	"	-	...	-	-	+	+
weiblich	"	-	...	-	-	+	+
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	...	12 906	15 408	13 756	13 406
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	"	1 542	...	1 505	1 807	1 864	1 608
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	835	...	1 005	1 231	1 244	1 045
Niedersachsen	"	1 091	...	875	953	1 029	1 060
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	272	...	354	347	421	380
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	...	1 108	1 320	1 260	1 300
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	1 535	...	1 488	1 573	1 592	2 388
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	"	2 351	...	2 063	2 694	1 906	2 483
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 620	...	1 580	2 184	1 457	1 914
Niedersachsen	"	1 268	...	1 294	1 564	1 178	1 472
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	525	...	751	838	678	793
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	...	1 044	1 468	1 141	1 724
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	767	...	832	712	767	527

1) berechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. - 2) reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. - 3) Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - 4) Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - 5) an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. - 6) Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. - 7) Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. - 8) nach dem Ereignisort. - 9) unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 10) Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. - 11) Landkreise Harburg und Lüneburg. - 12) Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1974	April 1974	Mai 1974	Mai 1973
		1965	1973				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	17 067	16 740	16 617	16 614	16 616	16 823
Patienten ²⁾	"	13 593	13 110	13 621	13 866	12 320	13 604
Pflegetage	"	415 910	406 670	439 173	400 310	426 727	427 174
Bettenausnutzung	%	83,9	83,3	87,5	82,7	85,4	84,9
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 017	3 030	3 061	3 061	3 061	3 026
Patienten ²⁾	"	3 134	2 893	2 940	2 925	2 903	2 898
Pflegetage	"	86 329	82 499	85 178	81 134	84 158	84 493
Bettenausnutzung	%		92,8	92,7	91,5	91,8	93,3
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	522 383	842 743	752 467	524 111	750 412	992 708
dar. in Hallenschwimmbädern	"	286 227	467 560	714 198	490 990	424 037	475 372
in Freibädern	"	158 845	339 706	—	—	291 387	461 219
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	347 847	527 563	582 087	564 296	577 851	492 054
Ausgeliehene Noten	"	4 079	7 021	6 966	8 048	7 862	6 624
2. Wissenschaftliche Bücherelen							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	23 403	37 938	41 056	44 393	43 448	43 552
Besucher der Lesesäle	"	7 069	9 448	10 287	11 053	12 169	10 736
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung —							
Besucher der Bibliothek und der Archive	"	2 131	3 446	3 901	4 004	4 032	3 664
Commerzbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	2 709	2 555	3 025	2 541	2 769	2 582
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 286	1 500	1 479	1 437	1 573	1 559
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	43 961	68 258	85 349	59 859	64 921	55 605
dav. Hamburger Kunsthalle	"	8 351	12 302	10 786	7 700	11 688	9 990
Altonaer Museum in Hamburg, Nord-							
deutsches Landesmuseum	"	5 531	12 530	15 900	8 440	9 036	7 341
Hamburgisches Museum für							
Völkerkunde	"	4 455	6 177	8 274	6 391	6 596	5 780
Helms-Museum	"	5 799	13 421	14 848	17 915	20 653	16 842
dar. Freilichtmuseum am Klebeberg	"		12 094	12 944	16 731	19 219	15 417
Museum für Hamburgische Geschichte	"	9 247	11 447	19 328	9 411	9 708	6 909
Museum für Kunst und Gewerbe	"	7 983	6 383	5 577	4 024	2 568	4 938
Planetarium	"	2 595	5 998	8 633	3 722	3 192	3 805
Bischofsturm	"			2 003	2 256	1 480	
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ³⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	681,5	682,5	681,5	...	681,3
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	399,1	397,8	396,5	...	399,8
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	46,3	46,2	46,2	...	46,6
Rentner	"	175,5	236,1	238,5	238,8	...	234,9
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	28,7	32,6	30,2	...	27,9
dav. männlich	"	17,9	19,6	22,1	20,5	...	18,9
weiblich	"	8,8	9,1	10,5	9,7	...	9,0
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	3 410	5 542	11 443	11 353	9 843	5 012
dav. männlich	"	2 318	2 959	6 660	6 452	5 715	2 696
weiblich	"	1 092	2 583	4 783	4 901	4 128	2 316
dar. nach ausgewählten Berufsbereichen							
Fertigungsberufe	"	1 155	..	4 049	3 730	3 308	1 131
Technische Berufe	"	108	..	683	803	775	266
Dienstleistungsberufe	"	2 965	..	6 079	6 144	5 204	3 307
2. Offene Stellen	"	25 827	18 838	14 053	14 587	15 334	20 355
3. Arbeitssuchende ⁴⁾	"	8 299	12 519	19 689	18 529	17 092	11 482
4. Vermittlungen ⁵⁾	"	16 368	11 269	10 959	11 872	11 191	11 413
dar. Kurzfristige Vermittlung							
bis zu 7 Tagen	"	10 527	5 765	5 163	6 912	6 256	5 917
5. Kurzarbeiter	"	3	284	1 810	1 281	947	—

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr und des Strafvollzugsamts. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungs-
krankenkasse. — ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁵⁾ durch das Arbeits-
amt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1974	April 1974	Mai 1974	Mai 1973
		1965	1973				
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 444	1 722	1 815	1 890	1 894
dav. an Molkereien geliefert	%	86,0	92,2	92,3	95,3	97,1	96,6
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	10,4	13,6	14,8	14,9	13,4
2. Milchherstellung der Molkereien							
Vollmilch,	t	10 011					
pasteurisiert, lose	"	3 528	1 549	1 334	1 311	1 448	1 753
pasteurisiert, abgepackt	"		7 595	6 892	7 217	7 324	8 292
ultra-hocherhitzt	"	6 482	1 046	1 145	1 266	1 585	943
Teilentrahmte Milch,	"						
pasteurisiert, abgepackt	"	—	136	142	171	153	183
ultra-hocherhitzt	"	—	316	978	1 130	1 100	218
Entrahmte Milch	"						
Buttermilcherzeugnisse	"	382	620	56	38	43	745
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"	—		357	534	553	
				152	207	199	
3. Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	7,0	8,4	7,5	6,0
Kälber	"	2,6	1,1	1,1	1,4	1,3	1,0
Schweine	"	47,0	29,7	28,0	31,9	29,0	29,3
Schafe	"	2,7	0,7	0,6	1,1	0,7	0,7
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,2	6,2	6,8	7,3	4,7
Kälber	"	2,5	1,0	1,1	1,4	1,2	1,0
Schweine *)	"	49,6	30,3	28,3	31,8	28,7	29,6
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen *)	t	6 229	4 744	4 361	4 920	4 777	4 197
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	1 678	1 684	1 844	1 970	1 273
Kälber	"	187	80	91	98	99	72
Schweine	"	4 318	2 960	2 565	2 944	2 688	2 829
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie *)							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 367	1 346	1 342	1 333	1 366
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	194	190	190	189	194
dar. Arbeiter *)	"	152	119	116	115	115	119
Geleistete Arbeiterstunden *)	"	24 859	18 319	18 151	17 859	18 108	19 017
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	199	192	216	221	201
Gehälter (Bruttosumme)	"	75	170	174	191	189	166
Kohleverbrauch	1 000 t SKE *)	14	4	4	3	7	4
Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 661	1 242	1 206	1 144	2 680
Erdgasverbrauch (Ho = 8 400 kcal/cbm) *)	1 000 cbm		63 213	42 275	36 351	36 883	63 589
Heizölverbrauch	1 000 t	69	58	63	63	48	55
Stromverbrauch	Mio kWh	112	187	225	234	254	183
Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	16	13	13	12	11	11
Umsatz *)	Mio DM	1 304	1 917	2 310	2 250	2 346	2 024
dar. Auslandsumsatz *)	"	155	315	387	381	420	285
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- und Energie-wirtschaft)	1962 = 100	109,1	126,9	125,7	131,4 p	128,5	130,6
Verarbeitende Industrie	"	109,0	125,6	123,9	130,7 p	128,0	130,0
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	141,8	137,1	146,0 p	143,8	150,5
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	131,7	131,1	138,0 p	132,9	137,0
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	109,9	109,3	112,4 p	106,9	111,8
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	105,8	106,5	111,9 p	111,9	105,1
Bauindustrie	"	103,7	128,4	118,4	124,2 p	121,8	147,1
Umsatz *) nach Industriegruppen insgesamt							
dar. Mineralölverarbeitung	"	215	333	494	495	511	303
Chemische Industrie	"	101	168	196	199	205	175
Elektroindustrie	"	143	239	301	258	270	231
Maschinenbau	"	83	150	155	135	151	141
Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	13	14	14	13
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	596	681	610	605	501
Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	58	63	60	43	51
Vj.-Durchschnitt *)				4. Vj. 1972	1. Vj. 1973	2. Vj. 1973	2. Vj. 1972
		1965	1972				
Handwerk (Meßziffern) **)							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	82,5	82,0
Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	185,7	232,3
dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	183,9	239,0

*) gewerbliche und Hausschlachtungen. — *) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren. — *) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten monatliche Industrieberichterstattung; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — *) einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — *) einschließlich Lehrlingsstunden. — *) eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — *) bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm, ab Januar 1974 Ho = 8 400 kcal/cbm. — *) einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — *) bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — **) ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1974	April 1974	Mai 1974	Mai 1973
		1965	1973				
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe ¹⁾							
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	43 660	37 991	37 590	...	44 815
dar. Inhaber	"	1 365	1 238	1 160	1 225	...	1 243
Angestellte	"	4 684	6 218	6 152	6 120	...	6 211
Arbeiter ²⁾	"	43 102	36 204	30 679	30 245	...	37 361
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 711	5 029	5 007	...	6 574
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 738	1 468	1 501	...	2 041
gewerbl. und industr. Bauten	"	1 673	2 034	1 786	1 633	...	2 301
öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	1 939	1 775	1 873	...	2 232
• Löhne (Bruttosumme) ³⁾	Mio DM	46,3	80,6	105	70,3	...	93,7
• Gehälter (Bruttosumme) ³⁾	"	5,9	15,6	15	14,7	...	14,6
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	229,6	232	149,4	...	232,1
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	66,4	79	39,7	...	53,6
gewerbl. und industr. Bau	"	31,0	81,8	93	50,5	...	91,6
öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	81,4	61	59,2	...	86,9
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	164	107	85	117	165
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	...	89	62	65	65	94
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	416	344	158	251	366
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	85,8	82,7	41,6	61,5	78,6
• Wohnfläche	1 000 qm	95	87	77	35	59	76
Nichtwohnbauten							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	65	46	63	27	81
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	...	493	213	318	116	838
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	71,5	35,5	54,5	24,3	98,2
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	89	44	65	26	139
• Nutzfläche	1 000 qm	73	89	44	65	26	139
• Wohnungen	Anzahl	1 388	1 199	970	487	740	1 002
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 199	970	487	740	1 002
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
• Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	155	43	149	100	137
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	...	378	104	412	321	308
• Umbauter Raum	1 000 cbm	386	75,6	23,1	112,2	72,6	63,4
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	75,6	23,1	112,2	72,6	63,4
Nichtwohnbauten							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	63	35	59	47	60
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	...	481	160	352	966	822
• Umbauter Raum	1 000 cbm	340	73,6	38,4	48,6	132,7	124,2
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	73,6	38,4	48,6	132,7	124,2
• Wohnungen	Anzahl	1 140	1 066	286	1 185	964	928
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 066	286	1 185	964	928
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
• Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	171	84	107	71	130
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	...	88	30	63	40	61
• Umbauter Raum	1 000 cbm	197	189	229	253	149	263
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	458	80,7	38,7	49,5	26,5	48,3
• Wohnfläche	1 000 qm	53,0	91	60	55	32	56
Nichtwohnbauten							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	69	27	38	19	34
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	...	638	133	243	351	566
• Umbauter Raum	1 000 cbm	338	77,9	11,0	28,7	19,1	59,8
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	77,9	11,0	28,7	19,1	59,8
• Nutzfläche	1 000 qm	69	101	20	47	39	90
• Wohnungen	Anzahl	1 438	1 244	606	712	391	728
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	968	565	418	376	50	309
5. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes) ³⁾							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	13 500	15 100	15 600	16 100	16 100
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	4 500	3 900	3 200	3 000	4 200
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ⁴⁾							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	188	189	189	189	187
Wohnungen	"	636	738	739	740	740	727
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 755	2 761	2 764	2 766	2 715

¹⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ²⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — ³⁾ ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ⁴⁾ ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — ⁵⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ⁶⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1974	April 1974	Mai 1974	Mai 1973
		1965	1973				
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1970 = 100	..	120,2	128,0	129,3	...	120,6
dar. Warenhäuser	"	..	132,3	125,5	132,2	...	124,6
Facheinzelhandel	"	..	118,7	120,7	109,5	...	122,8
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1970 = 100	..	154,9	154,1
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	161,4
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	144,4
3. Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) 2)							
Mio DM		212	420	650	603	...	491
dav. Waren der Ernährungswirtschaft	"	17	55	80	73	...	35
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	365	570	530	...	456
dav. Rohstoffe	"	2	3	4	5	...	4
Halbwaren	"	50	83	163	153	...	87
Fertigwaren	"	143	279	403	372	...	365
dav. Vorerzeugnisse	"	9	29	63	63	...	28
Enderzeugnisse	"	134	250	340	309	...	337
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	"	152	311	447	408	...	375
dar. EG-Länder	"	92	199	293	243	...	275
EFTA-Länder	"	40	57	78	70	...	62
4. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	..	125,5	127,3	137,5	...	137,9
dav. Beherbergungsgewerbe	"	..	133,6	122,7	136,9	...	157,8
Gaststättengewerbe	"	..	123,2	128,6	137,6	...	132,0
5. Fremdenverkehr *)							
Fremdenmeldungen	1 000	120	117	105	122	...	141
dar. von Auslandsgästen	"	42	40	28	36	...	52
Fremdenübernachtungen	"	232	225	198	234	...	260
dar. von Auslandsgästen	"	90	74	52	68	...	93
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See							
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 638	1 512	1 589	1 506	1 510	1 565
Abgegangene Schiffe	"	1 739	1 571	1 627	1 606	1 560	1 617
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	4 154	4 800	4 459	4 796	3 956
dav. Empfang	"	2 229	3 096	3 285	2 967	3 500	3 010
dav. Massengut	"	1 634	2 446	2 642	2 313	2 882	2 314
dar. Mineralöle	"	968	1 416	1 584	1 320	1 580	1 456
Sack- und Stückgut	"	595	650	643	654	618	696
Versand	"	713	1 058	1 515	1 492	1 296	946
dav. Massengut	"	292	472	753	691	509	377
Sack- und Stückgut	"	421	586	762	801	787	569
2. Binnenschifffahrt							
Güterempfang	1 000 t	340	382	382	409	400	505
Güterversand	"	309	400	528	470	460	553
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) *)							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	4 088	5 165	5 158	5 374	5 989	6 598
Fluggäste	"	141,5	258 767	266 601	275 123	311 260	339 282
Fracht	1 000 t	1 164,4	2 013,6	2 063	2 237,0	2 337,6	2 305,9
Luftpost	"	413,7	722,7	787	686,8	738,5	762,9
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr *) (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Schnell- und Vorortbahnen	1 000	23 537	27 546	27 674	28 790	...	29 000
Straßenbahn	"	9 436	3 587	3 095	3 242	...	4 385
Kraftomnibusse	"	12 289	18 621	19 744	19 600	...	18 655
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung *) 10) (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	488,7	491,3	495,1	498,8	492,7
dar. Personenkraftwagen *) 11)	"	310,8	438,5	440,5	443,6	446,9	442,4
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen *) Lastkraftwagen	Anzahl	5 071	5 419	5 559	6 171	...	7 200
	"	4 632	4 907	5 034	5 491	...	6 527
	"	362	379	357	467	...	442
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden *)	Anzahl	859	986	762	846	938	1 132
Getötete Personen	"	28	24	19	18	16	13
Verletzte Personen	"	1 106	1 308	978	1 137	1 201	1 509

*) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. - *) Quelle: Statistisches Bundesamt. - *) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. - *) ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. - *) ohne Transit. - *) Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. - *) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. - *) einschließlich Kombinationskraftwagen. - *) teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. - 10) Bereinigtes Ergebnis ab August 1972.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1974	April 1974	Mai 1974	Mai 1973
		1965	1973				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ¹⁾							
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
Kredite an Nichtbanken	Mio DM	.	38 431,4	40 229,4	40 429,0	41 298,5	38 316,3
dav. Kurzfristige Kredite	"	.	10 470,1	10 859,7	10 783,6	11 248,0	10 169,9
(bis zu 1 Jahr einschl.)	"
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	10 357,1	10 720,0	10 625,3	11 062,8	10 052,9
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ²⁾	"	.	5 851,0	5 958,9	6 066,0	6 244,9	5 920,2
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	5 393,1	5 460,4	5 523,1	5 663,3	5 470,5
Langfristige Kredite ³⁾ (von 4 Jahren und darüber)	"	.	22 110,3	23 410,8	23 579,4	23 805,6	22 226,2
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	20 084,9	21 222,3	21 356,2	21 514,3	20 198,2
dar. Durchlaufende Kredite	"	.	809,6	681,0	727,2	729,1	832,3
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	.	27 194,1	29 214,7	29 617,1	29 968,5	27 266,1
dav. Sicht- und Termingelder	"	.	17 617,9	19 247,1	19 671,0	19 986,2	17 678,8
dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"	.	12 981,1	14 022,7	14 456,8	14 678,1	12 721,6
Spareinlagen	"	4 069,9	9 576,2	9 967,6	9 946,1	9 982,3	9 587,3
dar. bei Sparkassen	"	2 792,9	6 283,6	6 536,1	6 530,8	6 563,4	6 280,3
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	244,3	531,5	538,5	512,8	550,0	496,1
Lastschriften auf Sparkonten	"	203,9	542,7	579,5	537,1	516,7	515,5
Zinsgutschriften	"	12,9	46,6	1,8	2,8	2,9	2,2
2. Konkurse und Vergleichsverfahren	Anzahl	17	18	19	29	28	16
3. Wechselproteste	Anzahl	1 044	635	630	639	704	666
Betrag	1 000 DM	1 314	2 988	3 057	3 212	3 698	2 859
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ⁴⁾							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	24 650	23 548	22 560	21 388	25 826
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 058	3 449	3 544	3 562	3 897	3 911
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 196	1 533	1 697	1 367	1 608	1 594
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	353	492	583	524	552	582
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg ⁴⁾							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	157	161	159	159	157
Grundkapital	Mio DM	3 975	5 913	6 316	6 320	6 333	5 864
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	6 086	6 413	6 419	6 471	6 022
Stammkapital	Mio DM	2 962	5 351	5 625	5 821	5 825	5 252
Steuern							
1.* Gemeinschaftssteuern							
1 000 DM			814 395	1 112 500	709 267	832 979	588 461
dav. Steuern vom Einkommen	"		478 819	763 140	373 044	516 689	283 198
dav. Lohnsteuer	"	200 385	300 925	292 165	317 471	321 150	258 555
Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	100 573	248 480	43 275	14 041	18 841
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	24 266	24 294	14 833	153 351	3 300
Körperschaftsteuer	"	36 706	53 055	198 201	2 535	28 147	2 502
Steuern vom Umsatz	"		335 576	349 360	336 222	316 290	305 263
dav. Umsatzsteuer	"	82 827	206 263	177 235	145 443	131 393	188 562
Einfuhrumsatzsteuer	"		129 313	172 126	190 780	184 896	116 701
2.* Bundessteuern							
1 000 DM		523 065	865 424	803 574	708 712	838 371	761 079
dar. Zölle	"	45 076	56 426	55 473	63 606	62 298	57 037
Verbrauchssteuern	"	358 150	782 783	709 427	621 451	744 523	683 157
dar. Mineralölsteuer	"	261 342	665 657	597 010	509 772	637 942	573 158
3.* Landessteuern							
1 000 DM		35 517	42 954	33 047	29 343	74 756	69 484
dar. Vermögensteuer	"	11 355	16 971	6 047	3 313	49 642	46 375
Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	12 314	10 668	12 535	12 973	12 455
Biersteuer	"	2 430	3 136	2 544	2 780	3 423	3 104
4.* Gemeindesteuern							
1 000 DM		46 355	94 475	.	52 715	215 730	184 029
dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	70 343	30 714	13 732	190 573	160 402
Grundsteuer A	"	7 93	90	.	9	103	146
Grundsteuer B	"	5 134	9 402	.	1 461	20 460	19 579
5.* Einnahmen des Bundes							
1 000 DM		601 215	1 308 304	1 369 371	1 082 945	1 312 367	1 120 091

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ³⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — ⁴⁾ ohne RM-Gesellschaften.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1974	April 1974	Mai 1974	Mai 1973	
		1965	1973					
Noch: Steuern								
6.* Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1 000 DM	157 752	269 532	...	86 174	363 909	310 165	
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ¹⁾)	"	122 235	176 408	...	34 189	220 378	114 197	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	.	37 385	...	22 643	29 972	88 088	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	.	12 785	—	—	38 803	38 396	
Außerdem:								
Einnahmen aus Gemeindesteuern ¹⁾)	"	46 355	68 905	...	52 715	138 124	107 238	
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer ¹⁾)	"	.	47 805	...	21 963	44 084	38 835	
Einnahmen des Landes insgesamt	"	.	386 242	...	160 852	546 118	456 238	
			Vj.-Durchschnitt 1973	3. Vj. 1973	4. Vj. 1973	1. Vj. 1974	1. Vj. 1973	
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben	Mio DM	.	1 762,5	1 779,7	1 999,7	1 937,4	1 620,0	
dar. Personalausgaben	"	.	795,7	737,7	882,4	917,6	812,6	
Bauinvestitionen	"	.	185,1	203,9	278,5	125,9	121,9	
dar. für Schulen	"	.	54,8	65,1	76,8	39,8	33,6	
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	.	23,1	26,1	39,2	23,9	13,9	
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	.	8,5	10,0	12,9	5,1	4,4	
Straßen	"	.	20,2	24,1	34,9	11,5	8,4	
Wasserstraßen und Häfen	"	.	21,1	23,7	28,1	11,7	15,6	
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	.	155,0	116,5	130,8	190,1	168,2	
Zuführung an Rücklagen	"	.	8,6	20,0	14,2	0,0	0,0	
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen	"	.	1 802,7	1 815,3	2 001,5	1 909,0	1 729,6	
dar. Steuern	"	.	1 158,7	1 275,1	1 210,2	1 323,1	1 114,1	
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	.	57,7	56,7	64,9	41,4	45,3	
Gebühren, Beiträge usw.	"	.	192,2	199,1	188,2	233,9	202,6	
Entnahme aus Rücklagen	"	.	12,5	29,7	1,9	37,2	17,9	
Schuldenaufnahme	"	.	207,8	58,5	325,2	140,8	221,1	
3. Schuldenstand am Ende des Quartals	"	.	4 933,7	4 837,1	5 144,3	5 172,4	4 735,5	
dar. am Kreditmarkt	"	.	3 578,3	3 491,5	3 773,7	3 813,0	3 386,3	
bei Gebietskörperschaften	"	.	694,2	683,9	711,7	702,3	678,1	
			Monatsdurchschnitt		November 1973	Februar 1974	Mai 1974	Mai 1973
			1965	1973				
Preisindizes für Baugewerbe								
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)								
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	199,0	203,6	207,9	221,4	200,0	
dav. Einfamiliengebäude	"	113,3	200,0	204,9	209,8	223,4	200,8	
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	198,0	202,3	206,0	219,4	199,2	
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	197,6	202,1	206,2	219,2	198,6	
Bürogebäude	"	112,2	194,2	197,6	201,3	213,7	195,8	
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	192,2	195,0	197,4	206,9	193,2	
				Juli 1973	Oktober 1973	Januar 1974	Januar 1973	
Löhne und Gehälter ⁴⁾								
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau								
Bruttowochenverdienste	DM							
männliche Arbeiter	"	232	394	441	448	445	412	
weibliche Arbeiter	"	140	245	278	280	281	257	
Bruttostundenverdienste	"							
männliche Arbeiter	"	5,10	8,90	10,02	10,15	10,21	9,41	
weibliche Arbeiter	"	3,32	5,97	6,73	6,77	6,82	6,20	
Bezahlte Wochenarbeitszeit	"							
männliche Arbeiter	Std.	45,5	44,2	44,0	44,1	43,6	43,8	
weibliche Arbeiter	"	42,2	41,0	41,2	41,3	41,2	41,5	
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste								
In Industrie und Hoch- und Tiefbau								
Kaufmännische Angestellte	DM							
männlich	"	1 098	1 905	2 171	2 209	2 293	2 077	
weiblich	"	747	1 381	1 570	1 611	1 638	1 488	
Technische Angestellte	"							
männlich	"	1 182	2 033	2 308	2 328	2 371	2 158	
weiblich	"	748	1 374	1 542	1 570	1 585	1 456	
In Handel, Kredit und Versicherungen								
Kaufmännische Angestellte	"							
männlich	"	1 043	1 775	1 993	2 036	2 096	1 883	
weiblich	"	668	1 254	1 376	1 411	1 448	1 288	
In Industrie und Handel ⁵⁾ zusammen								
Kaufmännische Angestellte	"							
männlich	"	1 058	1 808	2 038	2 078	2 145	1 932	
weiblich	"	688	1 286	1 416	1 451	1 486	1 329	
Technische Angestellte	"							
männlich	"	1 176	2 024	2 252	2 276	2 317	2 106	
weiblich	"	838	1 504	1 699	1 746	1 768	1 614	

¹⁾ nach Zerlegung. — ²⁾ nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. — ³⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ⁴⁾ Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ⁵⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1974	April 1974	Mai 1974	Mai 1973
		1965	1973				
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 114	11 168	11 513	11 506	11 862	11 363
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	4	7	9	8	10	3
Körperverletzung	"		420	452	412	478	450
Raub, räuberische Erpressung	"	41	110	95	90	129	87
Diebstahl	"	5 235	7 132	7 151	7 297	7 586	7 263
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 506	3 503	3 840	3 960	2 602
Betrug und Untreue	"	722	1 200	1 291	1 344	1 271	1 253
Außerdem:							
Verkehrsvergehen ¹⁾	"	862	1 447	1 964	1 706	1 771	1 489
Verkehrsordnungswidrigkeiten ²⁾	"	8 929	9 671	11 774	10 983	10 207	8 326
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	423	532	512	443	430	520
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ³⁾	"	31 317	29 591	33 858	33 546	34 993	34 447
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	4 960	13 970	14 523
dav. Feueralarme	"	288	475	475
dar. bekämpfte Großbrände	"	9	14	19
falsche Alarmer und Unfugmeldungen	"	67	107	114
Rettungswageneinsätze	"		12 616	13 184
dar. für Krankenbeförderungen	"	4 494	2 835	2 880
Straßen- und Verkehrsunfälle	"		1 801	1 981
Hilfeleistungen aller Art	"		879	864
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"		110	103

¹⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — ²⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen und ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — ³⁾ vor dem 1. 1. 1969 gebührenpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschließlich Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die zuvor unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt wurden.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1973

Großstädte	Bevölkerung							Erwerbstätigkeit-		Industrie *)			
	Wohnbevölkerung (, 6unz)	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zugezogene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose ¹⁾	Offene Stellen ¹⁾	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz ²⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner
	1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM
Berlin	4. Vj. 2 048 3. Vj. 2 050 ⁴⁾	4 112 4 588	10 077 9 085	- 5 965 - 4 497	23 428 24 839	19 538 23 052 ⁴⁾	- 2 075 - 2 710	16 259 6 976 ⁵⁾	11 520 21 258	231 151 236 781	113 116	5 968 5 632	2 914 2 747
Hamburg	4. Vj. 1 752 3. Vj. 1 755	3 343 3 499	7 330 5 937	- 3 987 - 2 438	19 583 19 703	18 582 20 002	- 2 986 - 2 737	9 097 4 590	11 920 21 083	191 596 192 861 ^r	109 110	6 524 5 537 ^r	3 724 3 155
München	4. Vj. 1 339 ⁴⁾ 3. Vj. 1 338 ^r	2 367 ^p 2 557	3 238 3 037	- 871 - 480	23 466 ^p 28 535	21 782 ^p 26 078	+ 813 + 1 977	8 050 ^p 4 887 ²⁾	8 570 21 966 ²⁾	193 098 194 740	144 146	5 454 ^p 5 139	4 073 ^p 3 841
Köln	4. Vj. 832 3. Vj. 833	1 916 2 009	2 696 2 303	- 780 - 294	14 368 15 570	14 701 16 049	- 1 113 - 773	6 756 3 582	6 198 8 820	131 320 133 043	158 160	3 502 3 044	4 209 3 654
Düsseldorf	4. Vj. 677 3. Vj. 679	1 318 1 370	2 335 2 094	- 1 017 - 724	5 590 6 026	6 593 6 997	- 2 020 - 1 695	6 302 4 289	3 754 7 025	61 125 61 785	90 91	1 323 1 264	1 954 1 862
Essen	4. Vj. 636 3. Vj. 638	1 173 1 309	2 006 1 904	- 833 - 595	9 896 9 829	11 760 11 438	- 2 697 - 2 204	4 299 2 138	3 731 7 708 ^p	112 391 ^p 113 341 ^p	177 ^p 178 ^p	2 678 ^p 2 505 ^p	4 210 ^p 3 926 ^p
Frankfurt/M.	4. Vj. 673 3. Vj. 675	1 260 1 386	2 064 1 896	- 804 - 510	14 339 16 198	14 333 17 009	- 798 - 1 321	4 792 2 874	9 203 19 794	125 907 126 734	187 188	3 227 2 896	4 795 4 303
Hannover	4. Vj. 637 3. Vj. 638	1 336 1 427	2 136 1 964	- 800 - 537	5 403 5 232	4 951 5 583	- 348 - 888	5 507 3 364	3 527 6 678	76 163 77 471	120 122	1 542 1 433	2 421 2 250
Stuttgart	4. Vj. 624 3. Vj. 627	1 175 ^p 1 380	1 585 ^p 1 490	- 410 ^r - 110	14 852 ^p 17 499	15 926 18 624	- 1 484 - 1 235	1 303 947	8 588 14 566	146 994 148 327	236 237	4 636 4 471	7 429 ^p 7 142
Bremen	4. Vj. 584 3. Vj. 587	1 264 1 362	1 966 1 761	- 702 - 399	6 865 8 187	8 500 8 163	- 2 337 - 375	4 619 2 998	3 980 7 731	85 625 84 356	147 144	3 048 2 543	5 219 4 332
Dresden	4. Vj. 510 3. Vj. 516 ^r	975 1 029	1 768 1 556	- 793 - 527	9 716 10 372 ^r	9 645 10 045 ^r	- 722 - 200	5 469 3 413	4 683 9 465	106 514 106 241	209 206 ^r	2 631 2 204	5 158 4 271 ^r

Großstädte	Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ⁴⁾			Straßenverkehrsunfälle		Steuern	
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ²⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ³⁾	Lohn- und Einkommensteuer
	1 000	Mio DM	1 000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1 000 cbm	1 000	Anzahl	1 000	Anzahl	Anzahl	1 000 DM	1 000 DM
Berlin	4. Vj. 15 494 3. Vj. 15 865	598 467	292 228	455 718	3 417 5 141	827 595	6 593 5 346	3 668 789	245 274	120 134	649 763	3 390 3 447	4 202 4 411	64 669 107 599	75 431 59 788
Hamburg	4. Vj. 15 385 3. Vj. 17 032	793 820	453 467	366 638	3 779 4 676	1 099 389	8 556 2 716	4 788 520	299 429	171 244	599 797	2 886 2 885	3 864 3 991	137 593 174 003	163 036 144 686
München	4. Vj. 19 234 3. Vj. 22 878	801 703	598 525 ^p	202 384	1 560 2 967	488 615	4 809 3 588	1 182 837	471 604	352 451 ^p	988 1 184	1 899 2 248	2 610 3 134	110 427 155 349	130 705 115 964
Köln	4. Vj. 7 740 3. Vj. 8 223	385 304	463 365	220 182	1 736 1 974	524 126	5 042 1 284	1 485 172	154 204	185 245	292 360	1 140 1 260	1 495 1 656	139 721 96 557	62 060 48 581
Düsseldorf	4. Vj. 8 639 ^p 3. Vj. 8 242	352 ^p 312	553 ^p 489	71 66	644 732	419 142	3 671 967	1 251 387	153 150	241 235	311 305	886 862	1 101 1 075	71 710 ^p 108 166	69 016 ^p 44 379
Frankfurt/M.	4. Vj. 11 147 3. Vj. 11 893	473 427	703 634	233 193	1 786 1 087	341 20	3 777 322	1 763 365	280 332	416 493	538 621	1 055 1 153	1 411 1 494	173 089 183 831	103 793 88 764
Hannover	4. Vj. 5 930 3. Vj. 5 870	260 262	408 411	245 179	1 819 896	293 270	1 704 1 191	539 178	37 35	58 55	71 70	804 847	1 053 1 127	37 984 40 507	69 854 27 341
Stuttgart	4. Vj. 10 865 3. Vj. 12 588	508 413	814 ^p 660	128 120	761 913	346 192	1 847 1 388	607 197	119 118	191 ^p 188	273 275	819 849	1 135 1 224	99 817 67 127	54 976 50 611
Bremen	4. Vj. . 3. Vj.	142 218	698 1 120	444 289	2 084 1 228	969 583	73 88	125 150	144 162	946 998	1 171 1 212	88 888 85 790	44 040 37 056
Dresden	4. Vj. 5 563 3. Vj. 6 232	226 241	443 467 ^r	34 79	363 1 135	249 143	1 592 724	1 132 138	91 91	178 176 ^r	156 165	892 822	1 175 1 021	36 348 74 543	73 590 31 792

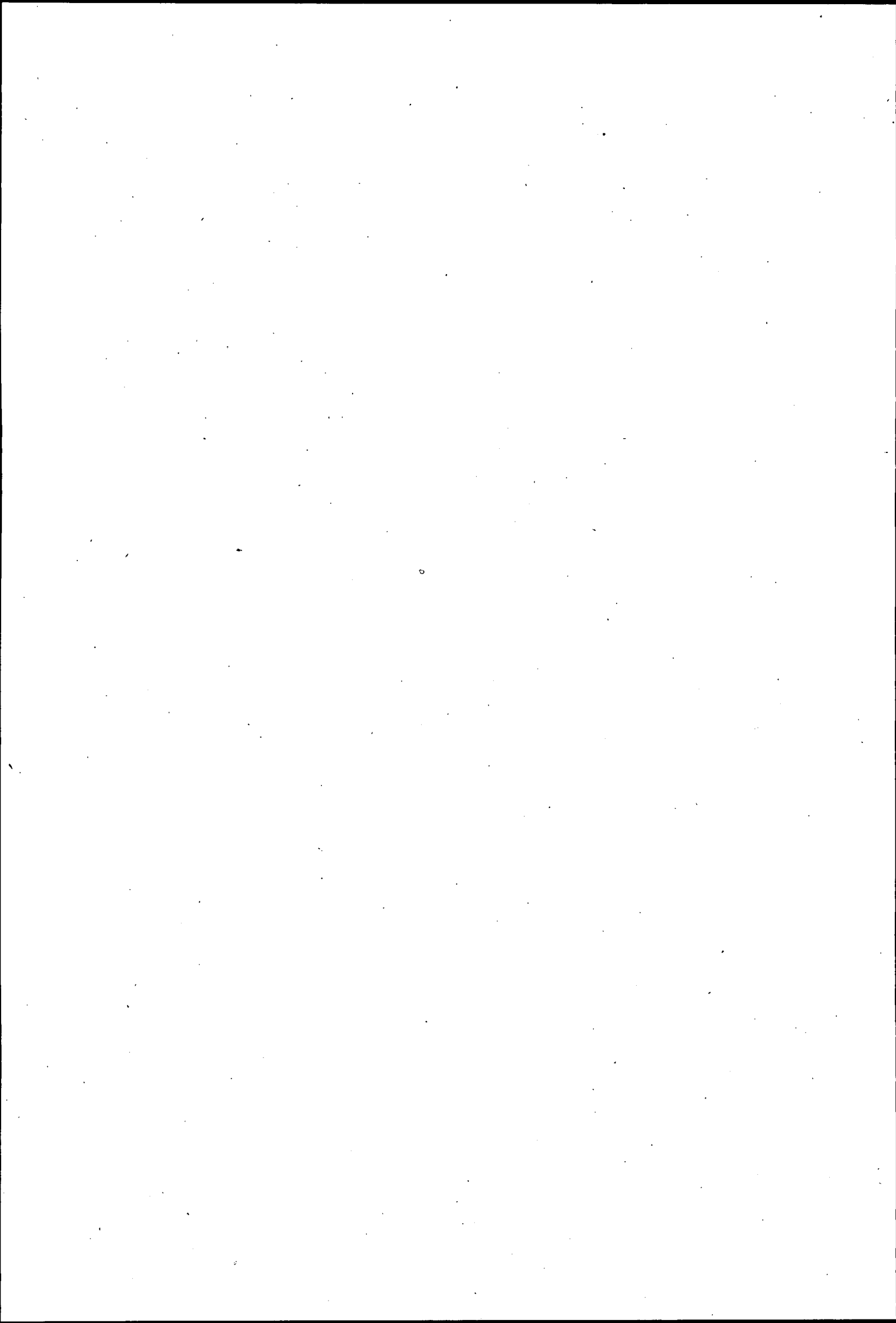
Jeweils Quartalsende. - ²⁾ Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. - ³⁾ ohne Mehrwertsteuer. - ⁴⁾ ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. - ⁵⁾ einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. - ⁶⁾ In den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. - ⁷⁾ einschließlich Landkreise München.

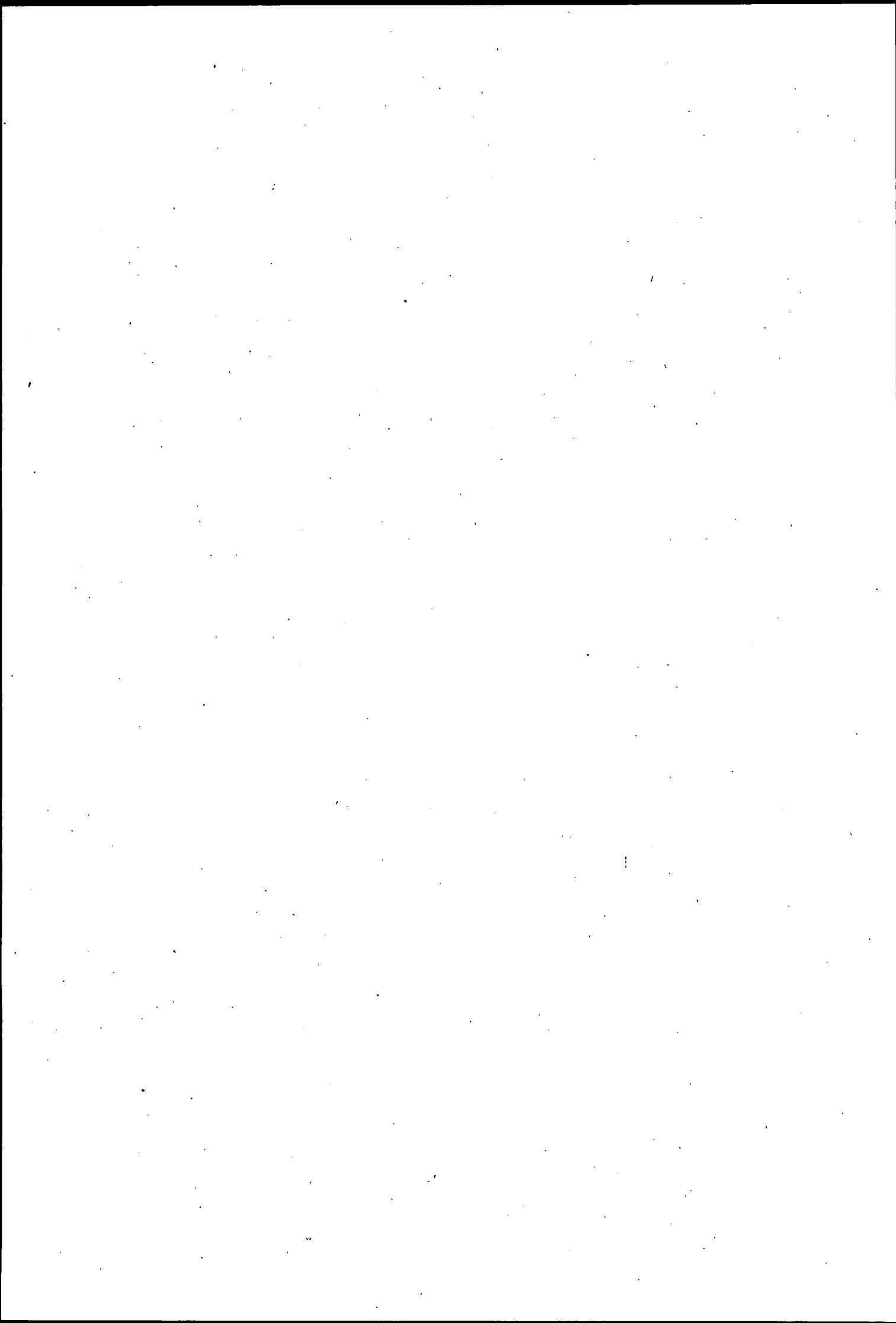
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIE

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1974	März 1974	April 1974	April 1973
		1965	1973				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	...	1 749,5			1 760,5
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	...	4,4 p	6,5 p		6,6
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	...	7,8 p	8,0 p		7,3
Gestorbene	1 Jahr	11,5	...	15,8 p	12,9 p		14,6
INDUSTRIE¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	...	8 252	8 232	8 210	8 348
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	...	882	910	903	916
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	...	57 248	63 904	62 917	52 818
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	...	13 790	15 944	15 108	11 095
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsstg.)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962 = 100	118,2	178,2	179,8	181,3	187,9	188,5
Verarbeitende Industrie	"	119,1	181,8	183,1	184,5	192,6	192,4
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	211,8	214,0	217,4	227,4	219,8
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	175,5	179,6	178,2	186,2	188,4
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	167,6	166,1	171,1	174,9	183,2
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	115,2	152,8	147,4	147,2	157,7	155,0
Bauindustrie	"	118,9	148,1	123,0	134,6	158,2	166,2
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 642,8	...				1 535
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Mio Std.	233,3	...				203,2
Geleistete Arbeitsstunden							
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698	...				5 431
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	54 841 p	27 803	36 961	36 506	59 029
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	...	23 529	25 288	25 419	24 016
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	124	219	218
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	...	127,0	131,5	146,7	145,8	122,4
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	...				11 154
dav. Empfang	"	6 950	...				8 958
Versand	"	1 885	...				2 196
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	188 344	138 079	203 889	213 580	259 631
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	26 364	29 443 p	20 725 p	24 419 p	27 123 p	28 766
Getötete Personen	"	1 313	1 358 p	832 p	1 041 p	1 052 p	1 284
Verletzte Personen	"	36 124	40 642 p	27 290 p	32 897 p	36 919 p	41 072
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	5 105	4 596	4 109	4 679	4 123
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	2 204	547	5 294	518	467
Körperschaftsteuer	"	681	907	147	2 081	51	74
Steuern vom Umsatz ¹⁰⁾	"	2 018	4 152	4 972	3 825	4 046	3 893
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾	1962 = 100	104,0	123,8	134,8	136,9	138,3	122,2
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	"	106,3	124,8	158,5	159,4	157,2	119,9
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	"	104,8	133,9	149,2	152,0	154,5	132,3
Preisindex für Wohngebäude ²⁾	"	114,6	167,1	193,9			
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁾	1970 = 100	89,3	118,2	123,8	124,3	125,2	117,1
Nahrungs- und Genussmittel	"	94,2	117,7	121,8	122,2	123,3	117,5
Wohnungsmieten	"	71,9	119,4	124,1	124,7	125,2	118,1
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	...	8,37	8,61	8,89	7,97
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	...	43,2	43,7	43,7	43,8

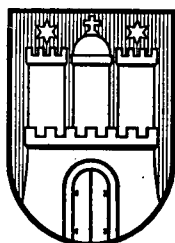
Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - ²⁾ einschließlich Lehrlingsstunden. - ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. - ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. - ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. - ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. - ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. - ⁸⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). - ⁹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. - ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschließlich Investitionsteuer.





HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1974

August-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Erhebliche Bevölkerungszunahme in einzelnen Stadtteilen

Wenn auch die Einwohnerzahl Hamburgs im ganzen gesehen seit einiger Zeit rückläufig ist – im Jahr 1973 verringerte sie sich um 0,8% –, so vollzieht sich diese Bevölkerungsabnahme doch nicht in allen Teilen der Stadt gleichmäßig. Vielmehr gibt es neben Gebieten mit überdurchschnittlich starkem Rückgang der Wohnbevölkerung ebenso Gebiete mit beachtlich steigenden Einwohnerzahlen. Zuzüge löst insbesondere die Fertigstellung größerer Neubauvorhaben aus. Im Stadtteil Steilshoop etwa wohnten Ende 1973 über 44% oder fast 4200 Personen mehr als zu Beginn des Jahres. Da überwiegend junge Ehepaare die Wohnungen in Neubaugebieten beziehen, finden sich dort auch relativ hohe Geburtenzahlen. Steilshoop erreichte mit 165 Geburten und nur 68 Gestorbenen den höchsten Geburtenüberschuß aller Hamburger Stadtteile. Weitere Beispiele für Gebiete mit wachsender Bevölkerung bilden die Stadtteile Schnelsen und Billstedt, in denen für das vergangene Jahr eine Zunahme der Einwohnerzahl um jeweils 8% zu beobachten war.

Andererseits setzt sich der Rückzug der Wohnbevölkerung aus der ohnehin nur noch wenig bewohnten City fort. In Hamburg-Altstadt ging die Zahl der gemeldeten Personen innerhalb des letzten Jahres um 10%, in der Neustadt um 3% zurück.

Auch dies verzeichnet die Statistik: Auf der Insel Neuwerk vergrößerte sich die Bevölkerung um einen Einwohner. Bei zwei Zuzügen und einem Fortzug wuchs die Zahl der Männer auf 21, die der Frauen sank auf 17. Der für die Registrierung der Geburten und Sterbefälle von Neuwerk zuständige Standesbeamte in Cuxhaven brauchte im abgelaufenen Jahr nicht tätig zu werden.

Weniger Fußgänger im Straßenverkehr verunglückt

Von Januar bis Juni dieses Jahres sind in Hamburg 18% weniger Fußgänger im Straßenverkehr zu Schaden gekommen als in den ersten sechs Monaten des Jahres 1973. Vor allem haben sich weniger Unfälle von älteren Personen ereignet.

Noch immer aber waren es über 1400 Fußgänger, die im Verkehr verunglückt sind. Besonders zurückgegangen ist die Zahl der Schwerverletzten. Die Anzahl der getöteten Fußgänger hat sich allerdings nur geringfügig vermindert; von den insgesamt 130 Personen, die in Hamburg während der ersten sechs Monate dieses Jahres im Verkehr den Tod fanden, waren 81 Fußgänger.

5 500 Personen zu Freiheitsstrafen verurteilt

Wegen Verbrechen oder Vergehen haben die hamburgischen Gerichte 1973 über 22 200 Personen verurteilt; das waren drei Viertel der insgesamt 29 400 Angeschuldigten, gegen

die im letzten Jahr Strafverfahren nach Eröffnung der Hauptverhandlung rechtskräftig abgeschlossen worden sind. 970 Angeklagte wurden freigesprochen, 6160 Verfahren wurden eingestellt. Von den Verurteilten erhielten 5500 Personen Freiheitsstrafen, einschließlich Strafarrrest und Jugendstrafen. Lediglich in zwei Fällen lautete das Urteil „lebenslanglich“. Mit Geldstrafen belegten die Gerichte 16 400 Verurteilte. Der überwiegende Teil aller Schuldsprüche entfiel wiederum auf Verurteilungen wegen Verkehrsdelikten (9800) und wegen Diebstahls (5300).

Im Vergleich zu 1972 zeigt die Strafverfolgungsstatistik des vergangenen Jahres eine Reihe bemerkenswerter Änderungen. Bei einem Anstieg der Verurteilungen um insgesamt 13% hat sich die Zahl der verurteilten Ausländer um über 40% erhöht. Die Anzahl der verhängten Jugendstrafen stieg um 13%, obwohl im ganzen etwas weniger Jugendliche als im Jahr 1972 schuldig gesprochen worden sind. Demgegenüber war die Zunahme bei den übrigen Freiheitsstrafen mit kaum 3% erheblich geringer als die Erhöhung der Verurteilungszahl insgesamt. 54% aller Freiheitsstrafen (1972: 61%) wurden zur Bewährung ausgesetzt. Hinsichtlich der verschiedenen strafbaren Handlungen haben sich die Verurteilungshäufigkeiten recht unterschiedlich entwickelt: Beispielsweise nahmen die Verurteilungen wegen Vergehen im Straßenverkehr sowie wegen Betrugs- und Untreue jeweils um rund ein Fünftel zu; wegen Körperverletzung wurden 15% mehr Personen verurteilt als 1972. Dagegen ist die Zahl der Verurteilungen wegen Diebstahls und wegen Rauschgiftdelikten zurückgegangen.

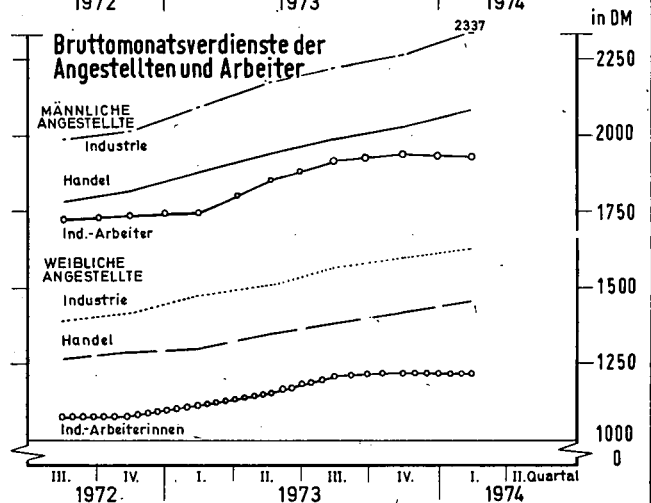
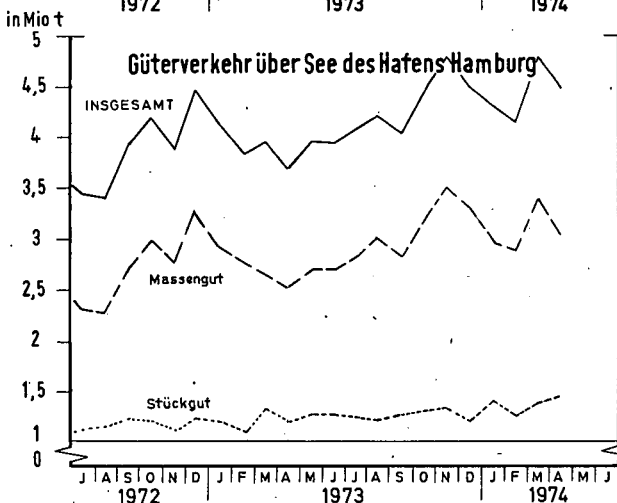
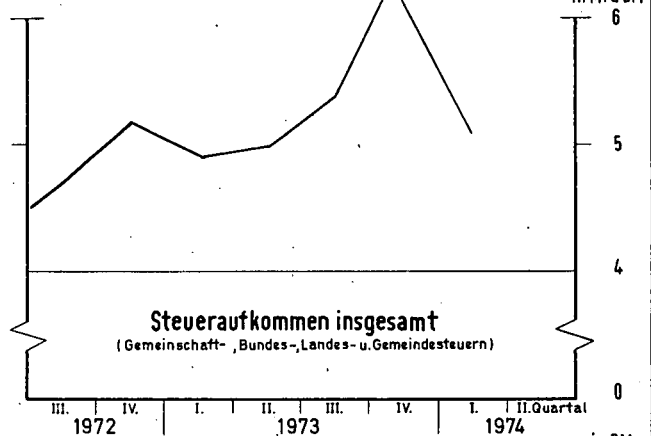
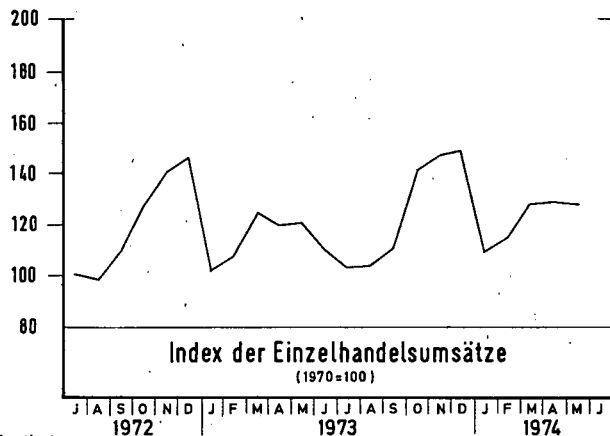
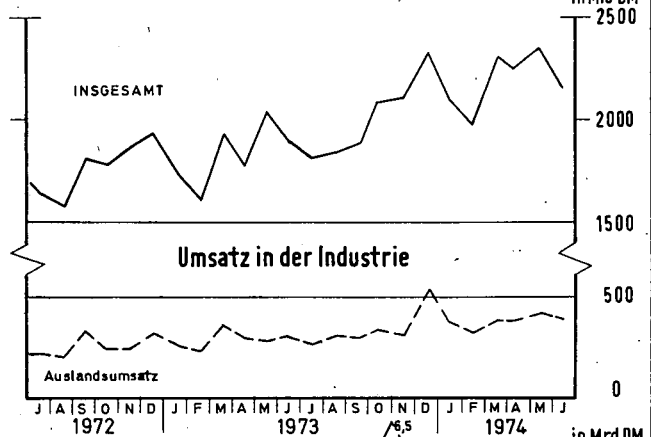
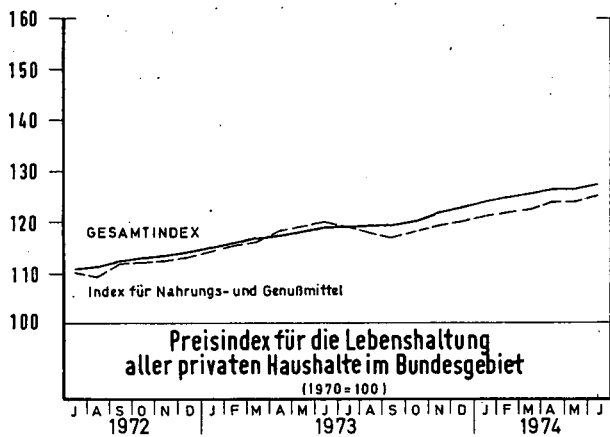
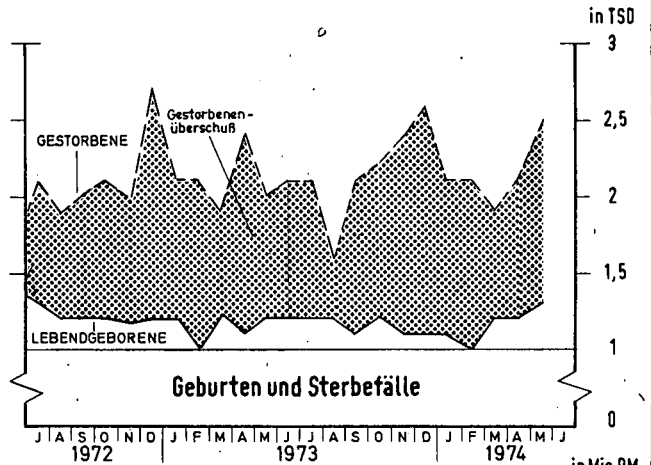
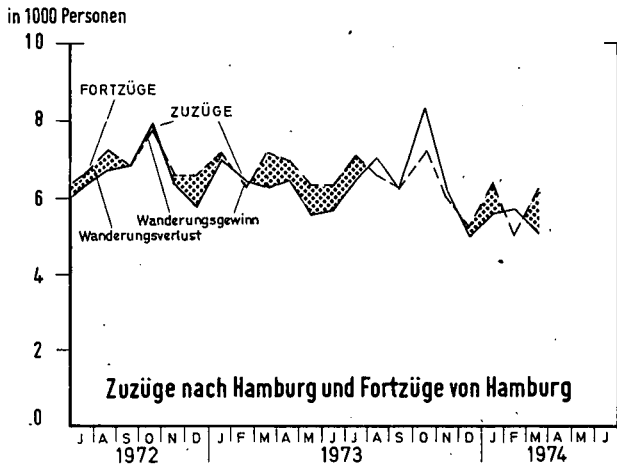
Hohe Zuwachsraten im Außenhandel hamburgischer Im- und Exporteure

1973 erreichte der Außenhandel hamburgischer Im- und Exporteure einen Gesamtwert von mehr als 37 Mrd DM und übertraf damit das Ergebnis des Vorjahres um gut ein Fünftel. Eingeführt wurden Waren im Wert von rund 26 Mrd DM, 18% mehr als im Jahr zuvor; der Export erhöhte sich sogar um 26% auf 11 Mrd DM.

Außergewöhnlich stark angestiegen ist die Ausfuhr von Maschinen, elektrotechnischen Erzeugnissen, Mineralölprodukten und Kupfer. Auf der Einfuhrseite waren – großenteils bedingt durch Preissteigerungen auf den Beschaffungsmärkten – die höchsten wertmäßigen Zunahmen bei Erdöl und Erdölprodukten, Getreide, Kaffee und Fleisch, aber auch bei elektrotechnischen Erzeugnissen zu verzeichnen.

Die Gliederung des Außenhandels nach Erdteilen und Ländern zeigt, daß über die Hälfte der Im- und Exportgüter auf den Europahandel entfielen; hier waren die Niederlande, Frankreich, Italien, Großbritannien und Belgien die bedeutendsten Handelspartner. Der Warenaustausch mit Asien belief sich dem Anteil nach auf 19%; mit Amerika wickelten die Hamburger Im- und Exporteure 17% ihres Außenhandels ab, mit Afrika 12%.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Ausländische Schüler in den Hamburger Schulen 1968 bis 1973

Ein starker Zustrom von Ausländern – insbesondere von ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familienangehörigen – führte zu einem erheblichen Anstieg der Zahl ausländischer Schüler in den Hamburger Schulen. Zu Beginn des Schuljahres 1973/74 gab es in den allgemeinbildenden Schulen mehr als viermal so viele ausländische Kinder wie fünf Jahre zuvor. Trotz überdurchschnittlicher Steigerungen in den weiterführenden Schulen erreichten die ausländischen Schüler in den Realschulen und Gymnasien erst einen relativ geringen Anteil. Die Entwicklung der letzten Jahre läßt aber künftig eine zunehmende Ausländerbeteiligung auch bei diesen Schulgattungen erwarten. An den berufsbildenden Schulen erhöhte sich die Zahl der Ausländer von 1969 bis 1973 auf mehr als das Doppelte.

Insgesamt zählte die Hamburger Schulstatistik im vergangenen Jahr rd. 9 000 ausländische Kinder aus über 80 Staaten; annähernd jeder dritte ausländische Schüler besaß die türkische, jeder zehnte die griechische Staatsangehörigkeit.

Einleitung

In den letzten Jahren hat die Zahl der in Hamburg lebenden Ausländer beträchtlich zugenommen. Hatte 1968 erst etwa jeder 30. Einwohner unserer Stadt nicht die deutsche Staatsangehörigkeit, so war es nach Angaben des Einwohner-Zentralamtes Ende 1973 schon jeder 14. Der Kreis der in Hamburg wohnenden Ausländer umfaßt nicht nur die große Gruppe der ausländischen Arbeitnehmer, sondern auch die ausländischen Angestellten der internationalen Konzerne, die Konsulatsbediensteten sowie die ausländischen Studenten und selbständigen Erwerbstätigen mit ihren Familien. Aber vor allem der Zuzug ausländischer Arbeitnehmer aus den nördlichen Anrainerstaaten des Mittelmeeres hat zu der Erhöhung der Ausländerzahlen in Hamburg beigetragen.

Die durch die Ausländerbeschäftigung hervorgerufenen menschlichen und sozialen Probleme sind im Laufe der Zeit umfangreicher und vielschichtiger geworden. In früheren Jahren, als zumeist nur junge Männer ohne Familienangehörige ihre Heimatländer für eine als relativ kurz befristet angenommene Zeitdauer verließen, konnten sich die Beratungs- und Betreuungsmaßnahmen in den Gastländern hauptsächlich auf Fragen im Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz und der Wohnungsversorgung konzentrieren. Mit der Ausdehnung der Aufenthaltsdauer und dem Zustrom von Familienangehörigen der ausländischen Arbeitnehmer ergaben sich jedoch zusätzliche Aufgaben, etwa der Kinderbetreuung, der schulischen Bildung, der beruflichen Aus- und Fortbildung, der Freizeitgestaltung oder der Teilnahme am politischen Leben. Die in diesen Bereichen zu bewältigende Problematik bildet bereits für sozial angepaßte Menschen gleicher Sprache ein Feld ständiger Spannungen. Für die aus einer anderen kulturellen Umwelt stammenden Ausländer, deren Situation häufig darüber hinaus durch fehlende Sprachkenntnisse erschwert wird, ist daher hier die Gefahr des Scheiterns

und des Erleidens eines unerwünschten Randgruppenschicksals besonders groß. Nicht allein um dem möglichen sozialen Konflikt vorzubeugen, der aus einer gesellschaftlichen Frontstellung von Deutschen und wesentlichen Teilen der Ausländer erwachsen kann, sondern mehr noch aus humanitären Gründen sollten die Bemühungen zur Integration der ausländischen Bevölkerung nachhaltig weitergeführt werden. Einer der geeignetsten Wege zur Förderung eines gemeinsamen Zusammenlebens ist die Vermittlung ausreichender Kenntnisse der deutschen Sprache und einer guten Schulbildung an alle Ausländer. Über die zahlenmäßige Beteiligung der Ausländer am Unterricht in den Hamburger Schulen werden im folgenden die aus der laufenden Schulstatistik verfügbaren Angaben für die Jahre 1968 bis 1973 dargestellt.

Allgemeinbildende Schulen

Ausländeranteil in sechs Jahren vervierfacht

Im Zuge intensiver Bildungswerbungen ist die Entwicklung der Schülerzahlen in Hamburg seit längerem durch bemerkenswerte Zunahmen bei den Realschülern und Gymnasiasten gekennzeichnet. In den Volksschulen ist dagegen seit 1970 ein Rückgang eingetreten. Die Schülerzahl aller allgemeinbildenden Schulen stieg in den letzten sechs Jahren um gut ein Fünftel und erreichte im September des vergangenen Jahres, d. h. zu Beginn des Schuljahres 1973/74, rd. 248 500. Auf mehr als das Vierfache des Bestandes von 1968 erhöhte sich aber die Zahl der ausländischen Schülerinnen und Schüler. Insgesamt gab es 1973 knapp 7 500¹⁾ ausländische Jungen und Mädchen in den Hamburger allgemeinbildenden Schulen, und

¹⁾ In der genannten Zahl sind die 450 ausländischen Schüler der Internationalen Schule nicht enthalten. Diese von einem privaten Verein getragene Einrichtung, in der nach angelsächsischen Lehrplänen in englischer Sprache Unterricht erteilt wird und deren Abschluß zum Studium in englisch sprechenden Ländern berechtigt, ist nicht unmittelbar Teil des regulären Hamburger Schulsystems und blieb somit im vorliegenden Beitrag unberücksichtigt.

Tabelle 1

Deutsche und ausländische Schüler in den Hamburger allgemeinbildenden Schulen ¹⁾ nach Schulgattungen 1968 bis 1973

Jahre	Jungen/ Mädchen	Deutsche und ausländische Schüler Insgesamt	darunter ausländische Schüler	
			absolut	in % von Sp. 1
			1	2
Alle Schulgattungen				
1968	J + M	203 894	1 846	0,9
	dar. M	99 046	829	0,8
1969	J + M	213 275	2 644	1,2
	dar. M	103 802	1 185	1,1
1970	J + M	222 292	3 665	1,6
	dar. M	108 284	1 693	1,6
1971	J + M	232 453	4 963	2,1
	dar. M	113 162	2 346	2,1
1972	J + M	241 294	6 192	2,6
	dar. M	117 703	2 957	2,5
1973	J + M	248 483	7 491	3,0
	dar. M	124 976	3 528	2,8
Volks- und Sonderschulen				
1968	J + M	156 153	1 661	1,1
	dar. M	76 224	747	1,0
1969	J + M	158 753	2 252	1,4
	dar. M	77 622	1 022	1,3
1970	J + M	160 269	3 100	1,9
	dar. M	78 345	1 449	1,8
1971	J + M	157 376	4 137	2,6
	dar. M	76 439	1 970	2,6
1972	J + M	156 286	5 082	3,3
	dar. M	75 766	2 427	3,2
1973	J + M	153 690	6 114	4,0
	dar. M	77 710	2 865	3,7
Realschulen ²⁾				
1968	J + M	14 729	41	0,3
	dar. M	7 735	21	0,3
1969	J + M	16 797	94	0,6
	dar. M	8 775	45	0,5
1970	J + M	18 729	139	0,7
	dar. M	9 655	60	0,6
1971	J + M	20 307	166	0,8
	dar. M	10 521	70	0,7
1972	J + M	22 718	215	0,9
	dar. M	11 796	107	0,9
1973	J + M	26 104	320	1,2
	dar. M	13 515	159	1,2
Gymnasien und Gesamtschulen				
1968	J + M	33 012	144	0,4
	dar. M	15 087	61	0,4
1969	J + M	37 725	298	0,8
	dar. M	17 405	118	0,7
1970	J + M	43 294	426	1,0
	dar. M	20 284	184	0,9
1971	J + M	54 770	660	1,2
	dar. M	26 202	306	1,2
1972	J + M	62 290	895	1,4
	dar. M	30 141	423	1,4
1973	J + M	68 689	1 057	1,5
	dar. M	33 751	504	1,5

¹⁾ Staatliche und nichtstaatliche Schulen ohne Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges und ohne Internationale Schule. — ²⁾ einschl. Realschulklassen an Sonderschulen.

zwar besuchten 6110 Ausländer die Volks- und Sonderschulen, 320 die Realschulen und 1060 die Gymnasien und Gesamtschulen. Im Vergleich zum Schuljahr 1968/69, in dem die ausländischen Schüler erstmals für alle allgemeinbildenden Schulen gesondert erfaßt worden sind, bedeuten diese Werte eine Zunahme um über das Zweieinhalbfache bei den Volks- und Sonderschulen, um beinahe das Siebenfache bei den Realschulen und um mehr als das Sechsfache bei den Gymnasien/Gesamtschulen. Wie angesichts derartiger Zuwächse der absoluten Zahlen nicht anders zu erwarten, erhöhten sich auch die Anteile der Ausländer an allen Schülern (vergl. dazu im einzelnen die Tabellen 1 und 2). Aber trotz rapider Steigerungen — in den Realschulen und Gymnasien/Gesamtschulen hat sich die Ausländerquote in sechs Jahren vervierfacht — konnten die Ausländer an den weiterführenden Schulen noch nicht die Anteile erzielen, die ungefähr der Stärke ihrer Altersjahrgänge entsprechen würden. Der Anteil der Ausländer an den Bevölkerungsjahrgängen, die für einen Besuch von Realschulen und Gymnasien in Betracht kommen, ist nicht wesentlich anders als an den Jungen und Mädchen im vollschulpflichtigen Alter von 6 bis 15 Jahren. Die Ausländerquote liegt gleichbleibend bei etwa 4,5%. Diesen Anteil erreichten die Ausländer 1973 auch unter den Volks- und Sonderschülern²⁾ nur näherungsweise; in den Realschulen belief sich die Ausländerquote auf 1,2%, in den Gymnasien/Gesamtschulen auf 1,5%.

Aus einer unterschiedlichen Besetzung der Altersjahrgänge kann demnach die schwache Repräsentanz der Ausländer in den weiterführenden Schulen nicht erklärt werden. Sicherlich sind sprachliche Hindernisse mit ausschlaggebend. Ein weiterer Hinweis auf mögliche Ursachen für die unterdurchschnittliche Ausländerbeteiligung in den Realschulen und Gymnasien ergibt sich aus der Tatsache, daß etwa sieben von zehn in Hamburg lebenden ausländischen Erwerbstätigen ihrer sozialen Stellung nach Arbeiter sind — eine Relation, die doppelt so hoch ist wie bei den Erwerbstätigen insgesamt. Nach den bisherigen Erfahrungen sind Arbeitereltern in den Wünschen zur Ausbildung ihrer Kinder zumeist noch immer unsicherer und weniger entschieden als andere soziale Gruppen; sie treffen Ausbildungsentscheidungen oft unter kurzfristigen und rein ökonomischen Gesichtspunkten. Auch emotionale Gründe („Für die Kinder reicht, was für die Eltern reichte“) sind zum Teil noch maßgeblich. Für manche Ausländer kommt hinzu, daß in ihren Heimatländern die generelle Schulpflicht der Kinder schon früher endet als in Hamburg, so daß die Wahl längerer Ausbildungszeiten besonders abwegig erscheint.

Fast jeder dritte ausländische Schüler ein Türke

Der Nationalität nach bildeten die Türken, die nahezu ein Drittel aller ausländischen Schüler stellten, die mit Abstand größte Ausländergruppe in den Hamburger

²⁾ Volks- und Sonderschüler sind in diesem Artikel zur Vereinfachung der Darstellung zusammengefaßt worden. Eine hier nicht wiedergegebene Zusatzauszählung zeigt, daß im Schuljahr 1973/74 an den Hamburger Sonderschulen für Lernbehinderte 99 Ausländer (1,6% aller Schüler dieses Schultyps) und an den übrigen Sonderschulen nur 57 ausländische Schüler (1,4%) unterrichtet wurden. Das mitunter behauptete „Abschieben“ zahlreicher ausländischer Kinder in die Sonderschulen findet in Hamburg offensichtlich nicht statt.

Tabelle 2

Deutsche und ausländische Schüler in den Hamburger allgemeinbildenden Schulen ¹⁾
nach Schulgattungen 1968 bis 1973
 — 1968 = 100 —

Jahre	Deutsche und ausländische Schüler				Ausländische Schüler			
	Alle Schulgattungen	davon			Alle Schulgattungen	davon		
		Volks- und Sonderschulen	Realschulen ²⁾	Gymnasien und Gesamtschulen		Volks- und Sonderschulen	Realschulen ²⁾	Gymnasien und Gesamtschulen
1	2	3	4	5	6	7	8	
1968	100	100	100	100	100	100	100	100
1969	104,6	101,7	114,0	114,3	143,2	135,6	229,3	206,9
1970	109,0	102,6	127,2	131,1	198,5	186,6	339,0	295,8
1971	114,0	100,8	137,9	165,9	268,9	249,1	404,9	458,3
1972	118,3	100,1	154,2	188,7	335,4	306,0	524,4	621,5
1973	121,9	98,4	177,2	208,1	405,8	368,1	780,5	734,0

¹⁾ Staatliche und nichtstaatliche Schulen ohne Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges und ohne Internationale Schule. — ²⁾ einschl. Realschul-klassen an Sonderschulen.

allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 1973/74. Ihnen folgten die Griechen, alsdann die Italiener, Jugoslawen und Spanier. Diese Rangfolge, die im wesentlichen seit 1968 unverändert geblieben ist (lediglich die Spanier waren früher relativ stärker vertreten), entsprach nicht genau der größenordnungs-

mäßigen Reihenfolge der Staatsangehörigkeiten für die Ausländer insgesamt, sie deckte sich jedoch genau mit der Rangliste der einzelnen Nationalitäten bei den schulpflichtigen Kindern. Unter allen Ausländern waren nach den Türken die Jugoslawen die zweitgrößte Gruppe in Hamburg, vor den Griechen, den Portu-

Tabelle 3

Ausländische Schüler in den Hamburger allgemeinbildenden Schulen ¹⁾
nach Schulgattungen und ausgewählten Staatsangehörigkeiten 1968 bis 1973

Jahre	Ausländische Schüler insgesamt	darunter													
		Griechen		Iraner		Italiener		Jugoslawen		Portugiesen		Spanier		Türken	
		abs.	in % von Sp. 1	abs.	in % von Sp. 1	abs.	in % von Sp. 1	abs.	in % von Sp. 1	abs.	in % von Sp. 1	abs.	in % von Sp. 1	abs.	in % von Sp. 1
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
Alle Schulgattungen															
1968	1 846	204	11,1			166	9,0					214	11,6	357	19,3
1969	2 644	297	11,2			255	9,6					267	10,1	547	20,7
1970	3 665	448	12,2	209	5,7	358	9,8	210	5,7	193	5,3	355	9,7	831	22,7
1971	4 963	558	11,2	264	5,3	438	8,8	330	6,6	283	5,7	397	8,0	1 302	26,2
1972	6 192	655	10,6	293	4,7	567	9,2	467	7,5	378	6,1	435	7,0	1 753	28,3
1973	7 491	765	10,2	292	3,9	626	8,4	597	8,0	465	6,2	530	7,1	2 325	31,0
Volks- und Sonderschulen															
1968	1 661	191	11,5			159	9,6	63	3,8	73	4,4	204	12,3	333	20,0
1969	2 252	275	12,2			240	10,7	100	4,4	165	7,3	244	10,8	510	22,5
1970	3 100	421	13,6	113	3,6	337	10,9	198	6,4	181	5,8	327	10,5	781	25,2
1971	4 137	530	12,8	155	3,7	401	9,7	315	7,6	266	6,4	357	8,6	1 207	29,2
1972	5 082	606	11,9	138	2,7	517	10,2	442	8,7	351	6,9	374	7,4	1 625	32,0
1973	6 114	695	11,4	138	2,3	548	9,0	540	8,8	435	7,1	456	7,5	2 124	34,7
Realschulen ²⁾															
1968	41	7	17,1			2	4,9					4	9,8	12	29,3
1969	94	12	12,8			5	5,3					9	9,6	16	17,0
1970	139	12	8,6	12	8,6	6	4,3	5	3,6	5	3,6	13	9,4	24	17,3
1971	166	11	6,6	15	9,0	9	5,4	5	3,0	7	4,2	10	6,0	34	20,5
1972	215	15	7,0	27	12,6	9	4,2	8	3,7	10	4,7	14	6,5	56	26,0
1973	320	22	6,9	27	8,4	20	6,3	19	5,9	10	3,1	24	7,5	99	30,9
Gymnasien und Gesamtschulen															
1968	144	6	4,2			5	3,5					6	4,2	12	8,3
1969	298	10	3,4			10	3,4					14	4,7	21	7,0
1970	426	15	3,5	84	19,7	15	3,5	7	1,6	7	1,6	15	3,5	26	6,1
1971	660	17	2,6	94	14,2	28	4,2	10	1,5	10	1,5	30	4,5	61	9,2
1972	895	34	3,8	128	14,3	41	4,6	17	1,9	17	1,9	47	5,3	72	8,0
1973	1 057	48	4,5	127	12,0	58	5,5	38	3,6	20	1,9	50	4,7	102	9,2

¹⁾ Staatliche und nichtstaatliche Schulen ohne Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges und ohne Internationale Schule. — ²⁾ einschl. Realschul-klassen an Sonderschulen.

giesen, den Italienern und den Spaniern. Während aber von den in Hamburg lebenden Italienern etwa jeder achte und von den Griechen ungefähr jeder neunte ein schulpflichtiges Kind war, standen von den Jugoslawen und den Portugiesen nur rund 4 % bzw. 7 % im schulpflichtigen Alter. Die hohen Anteile von Kindern im Alter von 6 bis 15 Jahren korrespondieren mit der Aufenthaltsdauer der Griechen und Italiener in Deutschland; fast die Hälfte der Angehörigen dieser beiden Nationen lebten seit mehr als sechs Jahren in Deutschland. Bei den Jugoslawen war dies nur bei einem Siebentel und bei den Portugiesen bei einem Viertel der Fall.

Die für die Summe der allgemeinbildenden Schulen aufgeführte Reihenfolge der Staatsangehörigkeiten galt auch für die Volks- und Sonderschulen (vergl. dazu Tabelle 3, in der die sieben häufigsten Nationalitäten detailliert nachgewiesen werden. Im Schuljahr 1973/74 hatten fast drei Viertel aller ausländischen Schüler eine dieser sieben Staatsangehörigkeiten). In den Realschulen standen ebenfalls die Türken an erster Stelle, die zweitgrößte Gruppe bildeten aber die Schülerinnen und Schüler aus dem Iran, die in den Gymnasien/Gesamtschulen sogar anteilmäßig an die Spitze gerückt sind; der Bevölkerungszahl nach nahmen die Iraner erst die zehnte Position unter den ausländischen Nationen in Hamburg ein. Die Schüler aus den sechs Gastarbeiterländern machten im vergangenen Schuljahr in den Volks- und Sonderschulen gut 78 % aller auswärtigen Kinder aus, in den Realschulen belief sich ihr Anteil noch auf über 60 % und in den Gymnasien/Gesamtschulen auf weniger als 30 %. In den Gymnasien waren statt dessen – neben dem schon erwähnten beträchtlichen Anteil iranischer Kinder – verhältnismäßig hohe Quoten für Schüler aus den angelsächsischen Ländern, aus Österreich, den Niederlanden und Schweden zu beobachten. Die Veränderungen gegenüber den vorangegangenen Jahren deuten aber darauf hin, daß auch in den weiterführenden Schulen mit vermehrten Zugängen von Schülern aus den Anwerbeländern für ausländische Arbeitnehmer gerechnet werden kann.

10 % der Gastarbeiterkinder in weiterführenden Schulen

Die Schüler verteilen sich nach wie vor recht unterschiedlich auf die einzelnen Schulgattungen. 62 % aller Schüler besuchten im letzten Schuljahr Volks- und Sonderschulen, von den ausländischen Schülern 82 %. Über ein Zehntel aller Schüler gingen auf Realschulen, von den Ausländern nicht einmal ein Zwanzigstel. Gymnasien und Gesamtschulen wurden von 28 % aller Schüler besucht, der entsprechende Anteil unter den Ausländern war gerade halb so hoch. Beträchtliche Unterschiede bestanden zudem zwischen den einzelnen Nationalitäten. Mehr als jeder zweite in Hamburg zur Schule gehende Iraner war Gymnasiast oder Realschüler. Dieser sogar die entsprechende Quote bei den deutschen Kindern weit übertreffende Anteil belegt, daß die Mitglieder der iranischen Kolonie einer anderen sozialen Schicht mit weiterreichenden Bildungsvorstellungen angehören als beispielsweise große Teile der aus den süd- und südosteuropäischen Ländern kommenden Eltern. Für die Kinder aus den Anwerbeländern für ausländische Ar-

beitnehmer lag der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die Volks- und Sonderschulen besuchten, durchweg in der Nähe von 90 %; die Spanier schnitten mit 86 % Volksschülern und 9 % Gymnasiasten und Gesamtschülern noch am besten ab. Die anteilmäßig wenigsten Kinder schickten die Portugiesen auf weiterführende Schulen (vergl. dazu Tabelle 4).

Tabelle 4

Verteilung der deutschen und ausländischen Schüler auf die Gattungen der allgemeinbildenden Schulen ¹⁾ in Hamburg 1973 – in % –

Gruppe der Schüler	Jungen/Mädchen	Schüler in allen Schulgattungen	davon in			
			Volks- und Sonderschulen	Realschulen ²⁾	Gymnasien und Gesamtschulen	
		1	2	3	4	
Deutsche und ausländische Schüler insgesamt	J	100	61,5	10,2	28,3	
	M	100	62,2	10,8	27,0	
	J+M	100	61,9	10,5	27,6	
darunter ausländische Schüler zusammen	J	100	82,0	4,1	14,0	
	M	100	81,2	4,5	14,3	
	J+M	100	81,6	4,3	14,1	
darunter Griechen	J	100	91,5	2,6	5,9	
	M	100	90,1	3,2	6,7	
	J+M	100	90,8	2,9	6,3	
Iraner	J	100	43,7	11,3	45,0	
	M	100	51,1	7,1	41,8	
	J+M	100	47,3	9,2	43,5	
Italiener	J	100	87,0	3,4	9,6	
	M	100	88,1	3,0	8,9	
	J+M	100	87,5	3,2	9,3	
Jugoslawen	J	100	90,1	2,6	7,3	
	M	100	90,8	3,7	5,4	
	J+M	100	90,5	3,2	6,4	
Portugiesen	J	100	95,5	0,8	3,7	
	M	100	91,4	3,6	5,0	
	J+M	100	93,5	2,2	4,3	
Spanier	J	100	83,6	6,2	10,2	
	M	100	88,7	2,7	8,6	
	J+M	100	86,0	4,5	9,4	
Türken	J	100	92,2	3,8	4,0	
	M	100	90,3	4,8	4,9	
	J+M	100	91,4	4,3	4,4	

¹⁾ Staatliche und nichtstaatliche Schulen ohne Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges und ohne Internationale Schule. – ²⁾ einschl. Realschulklassen an Sonderschulen.

Höchster Ausländeranteil in den Volks- und Realschulen Wilhelmsburgs

Leider liefert die Schulstatistik noch keine Angaben zu Übergangsquoten von Ausländern oder Informationen über die Anteile von ausländischen Schülern in den einzelnen Klassenstufen und an den Absolventen der verschiedenen Schulgattungen. Verfügbar ist aber ein Nachweis der Ergebnisse nach den Schulaufsichtsbezirken bei den Volks- und Realschulen und nach Bezirken bei den Gymnasien. Die in Hamburg lebenden ausländischen Kinder sind nach dem hamburgischen Schulgesetz in Hamburg schulpflichtig und haben grundsätzlich die Schulen ihres Wohnbezirks zu besuchen. Daher ergeben sich naturgemäß die höchsten Anteile von ausländischen Schülern auch in den Gebieten, in denen die Wohnbevölkerung eine

hohe Quote von Ausländern aufweist. Bei den Volksschulen fanden sich im Schuljahr 1973/74 die bedeutendsten Ausländeranteile mit 9,6 % im Schulaufsichtsbezirk 72 (Wilhelmsburg) und mit 8,8 % im Schulaufsichtsbezirk 11, der den Bezirk Hamburg-Mitte ohne dessen östliche Stadtteile umfaßt. In Wilhelmsburg gab es zugleich die relativ meisten Ausländer unter den Realschülern (3,4 %). Die geringste Ausländerquote sowohl unter den Realschülern (0,5 %) als auch unter den Volksschülern (1,5 %) war im Schulaufsichtsbezirk 53 (Bramfeld/Farmsen) zu verzeichnen. Die wenigsten ausländischen Gymnasiasten mit 0,5 % wurden im Bezirk Harburg gezählt; mit 2,3 % hatte der Bezirk Eimsbüttel den höchsten ausländischen Anteil unter den Gymnasiasten.

gangenen Jahr nur 17 Ausländer (= 0,8 % aller Fachoberschüler) an dieser Schulgattung Unterricht erhielten.

Von den ausländischen Schülern in den berufsbildenden Schulen entfielen 1973 nur wenig mehr als 50 % auf Angehörige der Gastarbeiternationen, unter ihnen in erster Linie Türken, Griechen, Jugoslawen und Portugiesen. In den Berufsschulen waren die Anteile der Schüler aus den Hauptanwerbeländern für ausländische Arbeitnehmer etwas höher, in den Berufs-

Berufsbildende Schulen

Im Bereich der beruflichen Schulen verlief die Entwicklung der Ausländerbeteiligung ähnlich wie bei den allgemeinbildenden Schulen. Im ganzen hat sich die Zahl der Schüler in allen berufsbildenden Schulen (ohne Berufsaufbauschulen und ohne Schulen des Gesundheitswesens) von 1969³⁾ bis 1973 um rund ein Zehntel auf 51 300 verringert, die der ausländischen Schüler sich von 708 auf 1 497 mehr als verdoppelt. Der Anteil der Ausländer stieg im letzten Jahr auf 2,9 % und belief sich damit auf annähernd die gleiche Quote wie bei den allgemeinbildenden Schulen.

Teils durch die zahlenmäßig schwächeren Geburtsjahrgänge, die im hier untersuchten Zeitraum berufsschulpflichtig wurden, teils durch die zunehmende Bevorzugung weiterführender allgemeinbildender Schulen sank die Zahl der Berufsschüler 1973 auf vier Fünftel des Schülerbestandes vier Jahre zuvor; demgegenüber konnte für die ausländischen Berufsschüler ein Anstieg um über 130 % festgestellt werden. In den Berufsfachschulen war der Rückgang der Gesamtschülerzahl etwas weniger ausgeprägt und die Zunahme der Ausländer mit gut 50 % bei weitem nicht so kräftig wie bei den Berufsschulen. Seit dem Jahr 1970, in dem mehrere Fachschulen in den Fachhochschulbereich übergeleitet worden sind, haben auch in den dem Status nach Fach- und Technikerschulen gebliebenen Einrichtungen die Schülerzahlen insgesamt deutlich zugenommen; der geringe Bestand der ausländischen Schüler in diesen einen qualifizierenden Abschluß vermittelnden Schulgattungen entwickelte sich ähnlich wie die Gesamtzahl der Fachschüler.

Anders als bei den allgemeinbildenden Schulen, in denen sich für die ausländischen Mädchen in aller Regel die gleichen Quoten wie für alle Ausländer ergaben, erreichten die ausländischen Mädchen in den berufsbildenden Schulen stets niedrigere Anteile als die ausländischen Schüler zusammen. Weitere Einzelheiten – auch hinsichtlich der Ausländerquoten in den verschiedenen Gattungen der beruflichen Schulen – sind aus den Tabellen 5 und 6 ersichtlich. Auf einen gesonderten Nachweis der Fachoberschulen ist in den Zusammenstellungen verzichtet worden, da im ver-

Tabelle 5

Deutsche und ausländische Schüler in den Hamburger berufsbildenden Schulen ¹⁾ nach ausgewählten Schulgattungen 1969 bis 1973

Jahre	Jungen/ Mädchen	Deutsche und ausländische Schüler insgesamt	darunter ausländische Schüler	
			absolut	in % von Sp. 1
1				
2				
3				
Alle Schulgattungen				
1969	J + M	57 227	708	1,2
	dar. M.	25 264	271	1,1
1970	J + M	52 223	763	1,5
	dar. M.	22 620	240	1,1
1971	J + M	52 623	1 101	2,1
	dar. M.	22 380	322	1,4
1972	J + M	52 544	1 142	2,2
	dar. M.	22 364	335	1,5
1973	J + M	51 296	1 497	2,9
	dar. M.	21 870	496	2,3
Berufsschulen				
1969	J + M	44 671	513	1,1
	dar. M.	18 641	189	1,0
1970	J + M	40 917	579	1,4
	dar. M.	16 987	173	1,0
1971	J + M	38 627	891	2,3
	dar. M.	16 263	258	1,6
1972	J + M	37 179	839	2,3
	dar. M.	15 317	249	1,6
1973	J + M	35 890	1 198	3,3
	dar. M.	14 634	375	2,6
Berufsfachschulen				
1969	J + M	8 429	127	1,5
	dar. M.	4 941	55	1,1
1970	J + M	8 099	137	1,7
	dar. M.	4 648	56	1,2
1971	J + M	7 896	141	1,8
	dar. M.	4 567	50	1,1
1972	J + M	8 186	187	2,3
	dar. M.	4 783	69	1,4
1973	J + M	7 020	191	2,7
	dar. M.	4 318	85	2,0
Fach- und Technikerschulen				
1969	J + M	4 127	68	1,6
	dar. M.	1 682	27	1,6
1970	J + M	3 207	47	1,5
	dar. M.	985	11	1,1
1971	J + M	4 249	65	1,5
	dar. M.	1 088	14	1,3
1972	J + M	4 978	85	1,7
	dar. M.	1 667	15	0,9
1973	J + M	4 949	72	1,5
	dar. M.	1 825	22	1,2

³⁾ In den berufsbildenden Schulen werden die Ausländer erst ab 1969 bei allen Schulgattungen gesondert erfaßt.

¹⁾ Staatliche und nichtstaatliche Schulen ohne Berufsaufbauschulen und Schulen des Gesundheitswesens.

Tabelle 6

Deutsche und ausländische Schüler in den Hamburger berufsbildenden Schulen ¹⁾
nach ausgewählten Schulgattungen 1969 bis 1973
 - 1969 = 100 -

Jahre	Deutsche und ausländische Schüler				Ausländische Schüler			
	Alle Schulgattungen	darunter			Alle Schulgattungen	darunter		
		Berufsschulen	Berufsfachschulen	Fach- und Technikerschulen		Berufsschulen	Berufsfachschulen	Fach- und Technikerschulen
1	2	3	4	5	6	7	8	
1969	100	100	100	100	100	100	100	100
1970	91,3	91,6	96,1	77,7	107,8	112,9	107,9	69,1
1971	92,0	86,5	93,7	103,0	155,5	173,7	111,0	95,6
1972	91,8	83,2	97,1	120,6	161,3	163,5	147,2	125,0
1973	89,6	80,3	83,3	119,9	211,4	233,5	150,4	105,9

¹⁾ Staatliche und nichtstaatliche Schulen ohne Berufsaufbauschulen und Schulen des Gesundheitswesens.

fachschulen erheblich niedriger als in der Summe der beruflichen Schulen (vergl. Tabelle 7). Im übrigen kamen 1973 verhältnismäßig zahlreiche ausländische Berufsfachschüler aus Nigeria, Ghana, Indonesien, Österreich und Großbritannien. In den Fachschulen wurden für die meisten fremden Nationalitäten jeweils höchstens drei Schüler gezählt, mehr als drei Schüler stammten aus Österreich (12), der Türkei (5) und Chile (4).

Hinsichtlich der Verteilung auf die einzelnen Schulgattungen zeigte sich eine vergleichsweise hohe Frequentierung der Berufsschulen durch die Ausländer: Acht Zehntel aller ausländischen Schüler in berufsbildenden Schulen gingen in Berufsschulen, von der Gesamtzahl der Schüler in berufsbildenden Schulen demgegenüber lediglich sieben Zehntel. Eine Aus-

nahme machten auch in dieser Beziehung die Iraner, die nur zu einem reichlichen Drittel Berufsschulen, aber zu mehr als 57 % Berufsfachschulen besuchten.

Schlußbemerkungen

Es muß davon ausgegangen werden, daß noch nicht alle ausländischen Eltern die Vorteile einer ordentlichen Schulbildung erkennen und ihre Kinder zum Schulbesuch anmelden. Nach einer Auszählung der Hamburger Einwohnerdatei standen im September des vergangenen Jahres über 10000 ausländische Kinder im vollschulpflichtigen Alter von 6 bis 15 Jahren, während an allen allgemeinbildenden Schulen einschließlich der nicht mehr vollschulpflichtigen Jahrgänge kaum 7500 ausländische Schüler gezählt wur-

Tabelle 7

Ausländische Schüler in den Hamburger berufsbildenden Schulen ¹⁾
nach ausgewählten Schulgattungen und Staatsangehörigkeiten 1969 bis 1973

Jahre	Ausländische Schüler insgesamt	darunter													
		Griechen		Iraner		Italiener		Jugoslawen		Portugiesen		Spanier		Türken	
		abs.	In % von Sp. 1	abs.	In % von Sp. 1	abs.	In % von Sp. 1	abs.	In % von Sp. 1	abs.	In % von Sp. 1	abs.	In % von Sp. 1	abs.	In % von Sp. 1
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
Alle Schulgattungen															
1969	708	66	9,3	34	5,4	42	5,9	41	5,8	27	3,8	43	6,1	52	7,3
1970	763	84	11,0	44	5,8	54	7,1	44	5,8	30	3,9	35	4,6	109	14,3
1971	1 101	111	10,1	49	4,5	78	7,1	67	6,1	48	4,4	51	4,6	229	20,8
1972	1 142	86	7,5	40	3,5	50	4,4	48	4,2	31	2,7	44	3,9	194	17,0
1973	1 497	130	8,7	42	2,8	56	3,7	81	5,4	75	5,0	56	3,7	359	24,0
Berufsschulen															
1969	513	58	11,3	16	3,1	38	7,4	39	7,6	25	4,9	40	7,8	40	7,8
1970	579	74	12,8	18	3,1	51	8,8	42	7,3	28	4,8	32	5,5	92	15,9
1971	891	95	10,7	19	2,1	67	7,5	62	7,0	47	5,3	48	5,4	213	23,9
1972	839	73	8,7	15	1,8	43	5,1	40	4,8	28	3,3	36	4,3	165	19,7
1973	1 198	119	9,9	15	1,2	47	3,9	72	6,0	69	5,8	47	3,9	330	27,5
Berufsfachschulen															
1969	127	6	4,7	16	12,6	3	2,4	2	1,6	2	1,6	2	1,6	8	6,3
1970	137	10	7,3	21	15,3	1	0,7	2	1,5	2	1,5	2	1,5	12	8,8
1971	141	16	11,3	25	17,7	8	5,7	4	2,8	1	0,7	2	1,4	10	7,1
1972	187	13	7,0	21	11,2	5	2,7	4	2,1	2	1,1	7	3,7	14	7,5
1973	191	8	4,2	24	12,6	5	2,6	6	3,1	3	1,6	7	3,7	13	6,8

¹⁾ Staatliche und nichtstaatliche Schulen ohne Berufsaufbauschulen und Schulen des Gesundheitswesens.

den. Auch wenn man berücksichtigt, daß einerseits die an Hand der Einwohnerdatei errechnete Ausländerzahl ein wenig überhöht sein mag, andererseits einige schulpflichtige Ausländer noch in den vorschulischen Einrichtungen betreut oder in der Internationalen Schule unterrichtet werden, verbleibt für die ausländischen Kinder dennoch ein nicht unerhebliches Defizit des Schulbesuchs.

In den Vorklassen und Schulkindergärten konnten allerdings verhältnismäßig viele Ausländer Aufnahme finden. Insgesamt 254 ausländische Kinder – dies waren 6,3 % aller Kinder in der Vorschulstufe – gab es 1973 in den vorschulischen Einrichtungen, darunter über vier Fünftel aus Gastarbeiterländern.

1973 hatte bereits jedes sechste in Hamburg geborene Kind eine ausländische Staatsangehörigkeit. Da die Fluktuation der ausländischen Bevölkerung sich merklich verringert, ist mithin zu erwarten, daß in einigen Jahren auch etwa jeder sechste Hamburger Schulanfänger Ausländer sein wird. Die Gesamtzahl der ausländischen Kinder im schulpflichtigen Alter und in den Jahrgängen, die für den Besuch weiterführender allgemeinbildender und berufsbildender Schulen in Betracht kommen, nimmt in den nächsten Jahren um mindestens die Hälfte zu. Dabei wird sich die Zahl der Kinder ausländischer Arbeitnehmer besonders erhöhen.

Ziel der Bildungspolitik ist eine best- und höchstmögliche Ausbildung für prinzipiell jeden im Interesse des

Einzelnen und der Gesellschaft. In unserer Zeit sind schulische Ausbildung, Beruf und Sozialchancen sehr eng miteinander verknüpft, und alle Verantwortlichen sollten es sich daher angelegen sein lassen, auch den ausländischen Kindern ohne Einschränkungen zur Teilhabe am Bildungssystem zu verhelfen, ihre Begabungen zu fördern und sie nicht als von vornherein aussichtslose Konkurrenten im Bildungswettbewerb anzusehen. Dies ist mit Rücksicht auf die unsichere Lebenssituation vieler ausländischer Familien, die nicht wissen, wie lange sie in Hamburg bleiben können oder wollen, keine einfache Aufgabe; denn die Kinder müssen so ausgebildet werden, daß ihnen sowohl für einen längeren Aufenthalt in Deutschland als auch für ein späteres Leben in ihrem Heimatland ausreichende Grundlagen vermittelt werden. Die hamburgische Schulpolitik trägt diesem Erfordernis Rechnung durch die grundsätzliche Aufnahme der ausländischen Kinder in die ihrem Alter entsprechende Pflichtschule sowie durch die Einrichtung von Kursen in den jeweiligen Muttersprachen und durch ein Unterrichtsangebot in Geschichte, Heimatkunde, Geographie und Religion der Herkunftsländer. Außerdem erhalten ausländische Schüler, die wegen sprachlicher Schwierigkeiten dem normalen Unterricht in den Hamburger Schulen nicht zu folgen imstande sind, Förderunterricht in Deutsch. Daß eine derart ausgedehnte schulische Inanspruchnahme die Ausländerkinder stark belastet, ist nicht von der Hand zu weisen, doch dürfte dies besser sein, als den Kindern die für ihre Zukunft entscheidenden Ausbildungsvoraussetzungen vorzuenthalten.

Dieter Buch

Bei Straßenverkehrsunfällen verunglückte Kinder in Hamburg

Kinder sind erfahrungsgemäß im Straßenverkehr besonders gefährdet. Gegenüber der Gesamtzahl der verunglückten Personen, die zwischen 1960 und 1972 um 10 % anstieg, nahm die Zahl der im Straßenverkehr getöteten und verletzten Kinder im gleichen Zeitraum weit überproportional zu (+ 52 %). Während bis zum Jahre 1971 – wenn auch mit gewissen Schwankungen – nicht unbedeutende Steigerungsraten zu verzeichnen waren, ist seither die Zahl der verunglückten Kinder rückläufig. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob diese Entwicklung von Dauer sein wird.

Differenziert man die Gesamtzahl der verunglückten Kinder nach der Art der Verkehrsbeteiligung, so wurde der mit Abstand geringste Anstieg bei den als Fußgänger verunglückten Kindern festgestellt. Bei den radfahrenden Kindern lag die Zuwachsrate dagegen bei 75 %. Noch stärker war die Steigerungsrate bei den in Kraftfahrzeugen als Mitfahrer verunglückten Kindern (167 %).

Nach den Ergebnissen einer Sonderuntersuchung für die Jahre 1969 bis 1972 zeigten sich bei den als Fußgänger zu Schaden gekommenen Kindern weitaus schwerere Unfallfolgen als bei den Radfahrern und Mitfahrern. Von 100 verunglückten Fußgängern wurden über 46 % getötet und schwerverletzt. Hingegen erwiesen sich die entsprechenden Zahlen der als Radfahrer (31 %) und Mitfahrer (17 %) verunglückten Kinder als weitaus geringer.

Bei einer Gliederung nach dem Geschlecht ergibt sich für Jungen ein erheblich größeres Unfallrisiko als für Mädchen. So waren fast zwei Drittel (61 %) der verunglückten Kinder männlichen Geschlechts. Besonders häufig verunglückten die Jungen mit dem Fahrrad (77 %). Die Geschlechterproportion bei den mitfahrenden Kindern, die also nicht aktiv am Verkehr teilnehmen, war in etwa ausgeglichen.

Betrachtet man die einzelnen Altersjahre, so steigt zunächst die Gesamtzahl der verunglückten Kinder mit fortschreitendem Lebensalter an und erreicht bei den 6jährigen ihren Höchststand. Bei den schulpflichtigen Kindern sinken die Verunglücktenzahlen dann wieder, was sicherlich durch die in diesem Alter verstärkt einsetzende Verkehrserziehung mit bedingt ist. Nimmt man die als Fußgänger verunglückten Kinder allein, so zeigen sich überdurchschnittliche Unfallquoten bei den 4- bis 9jährigen, während als risikoreichstes Alter der verunglückten Radfahrer sich das 12. bis 14. Lebensjahr herausstellte.

Aus der zeitlichen Verteilung der Kinderunfälle nach Monaten ist eine besonders hohe Unfallgefährdung für Kinder im Frühjahr und im Herbst zu erkennen. Unfallreichster Wochentag war der Freitag, hingegen ereigneten sich an Sonn- und Feiertagen die wenigsten Unfälle. Die tageszeitliche Verteilung weist drei Schwerpunkte auf: den morgendlichen Schulweg zwischen 7.00 Uhr und 8.00 Uhr, den Schulschluß zwischen 11.00 Uhr und 13.00 Uhr und vor allem die Zeit zwischen 15.00 Uhr und 18.00 Uhr, in der die Kinder in aller Regel ohne Aufsicht spielen.

Eine Auswertung der Unfallursachen läßt erkennen, daß Kinder die Fußgängerunfälle, in die sie verwickelt waren, in überwiegender Anzahl selbst verursacht haben (76 %). Als häufigste Unfallursache wurde dabei das plötzliche Hervortreten hinter Sichthindernissen sowie das Überschreiten der Fahrbahn ohne Berücksichtigung des Fahrzeugverkehrs festgestellt. Von den als Radfahrer verunglückten Kindern hatten zwei Drittel den Unfall selbst verursacht. Dabei überwog das fehlerhafte Verhalten beim Einbiegen, beim Ein- und Ausfahren in bzw. aus Grundstücken und beim Wenden. Aber auch die Nichtbeachtung der Vorfahrt hat häufig zu Radfahrernunfällen geführt.

1. Vorbemerkungen

Wenige Fragen haben die Öffentlichkeit so bewegt wie das Problem der Straßenverkehrsunfälle. Die Bundesregierung hat im Jahre 1974 wiederum erhebliche Mittel für Verkehrserziehung bereitgestellt, um vor allem die Zahl der getöteten und verletzten Kinder zu vermindern. Im Durchschnitt der letzten vier Jahre wurden trotz aufwendiger Sicherheitsvorkehrungen wie der Einrichtung von Fußgängerüberwegen, Erlaß von Geschwindigkeitsbegrenzungen sowie Aufklärungskampagnen, jährlich etwa 350 Personen im Hamburger Straßenverkehr getötet; weitere 16 600 Personen trugen schwere oder leichte Verletzungen davon. Unter den Verkehrstoten ist jeder Zehnte ein Kind unter 15 Jahren. Ebenso alarmierend ist auch, daß 2 500 Kinder jährlich im Straßenverkehr schwer oder leicht verletzt wurden: Gemessen an der Gesamtzahl der verletzten Personen erreichen sie einen Anteil von über 15 %. Neben den älteren Menschen, die den Anforderungen des Straßenverkehrs oft nicht mehr gewachsen sind, zählen die Kinder zu den Personengruppen, die im Straßenverkehr des besonderen Schutzes bedürfen.

Besonders nachdenklich stimmt die Feststellung, daß trotz der Fülle von Sicherheitsmaßnahmen der mit Verkehrsregelung und Unfallverhütung befaßten Stellen – zumindest in langfristiger Betrachtung – ein Anstieg der jährlichen Unfallzahlen zu verzeichnen ist. Daraus kann jedoch ohne weiteres nicht auf ein Versagen der Bemühungen geschlossen werden. Denn man muß berücksichtigen, daß die Verkehrsdichte, besonders in den letzten 10 Jahren, beträchtlich zugenommen hat und daß ohne die zur Unfallverhütung getroffenen Maßnahmen die Unglücksziffer bei Erwachsenen und Kindern wohl noch wesentlich höher ausgefallen wäre. Vor allem muß man sich darüber im klaren sein, daß der Unfallverhütung a priori gewisse Grenzen gesetzt sind, ist doch eine Vielzahl von Verkehrsunfällen – wie in anderen Lebensbereichen auch – auf menschliches Versagen zurückzuführen, wobei ein auf die Dauer fehlerfreies Verhalten aller Verkehrsteilnehmer nahezu ausgeschlossen werden dürfte.

In diesem Beitrag sollen die wichtigsten Ergebnisse des Unfallgeschehens bei Kindern für die letzten Jahre dargestellt werden. Nach einem allgemeinen Überblick wird auch auf strukturelle Entwicklungen der als Fußgänger, Radfahrer und Mitfahrer verunglückten Kinder eingegangen. Bislang wurden in der Straßenverkehrsunfallstatistik bundeseinheitlich die verunglückten Personen nach Altersgruppen nachgewiesen. Im Fall der Kinder kamen hierbei nur zwei Altersgruppen in Betracht: nichtschulpflichtige Kinder bis unter 6 Jahren und Kinder im Alter von 6 Jahren bis unter 15 Jahren. Die Unterlagen in dieser Gliederung reichten für tiefergehende Untersuchungen jedoch nicht aus. Seit 1968 wurden deshalb zusätzliche Angaben erhoben, wodurch man neben einer differenzierteren Altersgliederung auch über Art, zeitliche Schwerpunkte sowie über wesentliche Ursachen der Straßenverkehrsunfälle einen Überblick erhält.

2. Entwicklung seit 1960

Während 1973 die Gesamtzahl der bei Verkehrsunfällen, verunglückten Personen sich gegenüber 1960 kaum veränderte, nahm die Zahl der getöteten und verletzten Kinder um 41 % zu.

Bei diesem Zeitvergleich muß man jedoch berücksichtigen, daß im Jahr 1973 die Gesamtzahl der Verunglückten gegenüber dem Vorjahr durch die Einführung des 0,8-Promille-Gesetzes und durch die im letzten Quartal verhängten Sonntagsfahrverbote extrem niedrig lag. Es ist daher sinnvoll, die Entwicklung zunächst nur für den Zeitraum bis 1972 zu betrachten, in dem sich für die Zahl der verunglückten Personen insgesamt eine Zuwachsrate von 10 % ergab. Im Vergleich dazu ist die Anzahl der verunglückten Kinder um 52 % weit überproportional angestiegen. Als Erklärung hierfür wird einmal auf die in der letzten Dekade laufend gestiegene Verkehrsdichte verwiesen. Auf der anderen Seite ist aber auch – trotz der insgesamt rückläufigen Bevölkerungsentwicklung – die Zahl der Kinder unter 15 Jahren nicht unbeträchtlich gestiegen (+ 8 %).

Betrachtet man die einzelnen Jahre getrennt, so treten deutlich die Jahre 1964 und 1965 hervor, in denen erfreulicherweise verhältnismäßig wenige Kinder verunglückten. Dieser vorübergehende Rückgang dürfte auf eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit zurückzuführen sein. So haben sicherlich die Einführung von Zebrastreifen am 1. 6. 1964 sowie das am 1. 1. 1965 in Kraft getretene Zweite Gesetz zur Sicherheit des Straßenverkehrs, das die Strafandrohung für eine Reihe von schweren Verkehrsdelikten erheblich verschärfte, eine nicht unwesentliche Rolle gespielt. Ab 1966 setzte sich jedoch der tendenzielle Anstieg – von geringfügigen Schwankungen abgesehen – weiter fort. 1971 wurde ein vorläufiger Höchststand von 2 690 Fällen erreicht. Dieser Wiederanstieg der Unfallziffern zeigt, daß die vom Gesetzgeber erhoffte nachhaltige Wirkung ausgeblieben ist. Zum Teil mag diese Entwicklung darauf zurückzuführen sein, daß Gesetzesmaßnahmen zunächst eine Art Schockwirkung auszulösen vermögen, mit zunehmendem Zeitabstand jedoch ihre Wirksamkeit verlieren. Überdies ist jedoch zu bedenken, daß statistisch nachgewiesene Veränderungen nur den Saldo einer Fülle positiver und negativer Einflußfaktoren zu repräsentieren vermögen, deren Wirkungen sich im einzelnen nicht quantifizieren lassen.

Seit 1971 war die Zahl der verunglückten Kinder rückläufig. Abgesehen von den bereits erwähnten Gesetzesmaßnahmen dürfte sich vermutlich auch die in den letzten Jahren verstärkt einsetzende Verkehrserziehung in Schule und Elternhaus positiv auf das allgemeine Verkehrsverhalten der Kinder ausgewirkt haben. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob diese Entwicklung von Dauer sein wird.

Differenziert man nach der Art der Verkehrsbeteiligung, so zeigen sich für die als Fußgänger verunglückten Kinder kaum Unterschiede im Vergleich zur Gesamtentwicklung. Die Zahl der mit dem Fahrrad

Tabelle 1

**Bei Straßenverkehrsunfällen verunglückte Kinder
unter 15 Jahren in Hamburg
1960 bis 1973 nach der Art der Verkehrsbeteiligung**

Jahr	Fußgänger		Radfahrer		Mitfahrer		Zusammen	
	Anzahl	auf 10 000 Einwohner ¹⁾	Anzahl	auf 10 000 Einwohner ¹⁾	Anzahl	auf 10 000 Einwohner ¹⁾	Anzahl	auf 10 000 Einwohner ¹⁾
		1		2		3		4
1960	1 144	39	347	12	232	8	1 723	58
1961	1 134	38	344	12	295	10	1 773	60
1962	1 195	40	324	11	334	11	1 853	62
1963	1 127	37	258	8	352	12	1 737	57
1964	1 067	35	249	8	377	12	1 693	55
1965	1 090	35	251	8	344	11	1 685	54
1966	1 172	37	319	10	427	13	1 918	60
1967	1 322	41	330	10	475	15	2 127	66
1968	1 460	44	407	12	468	14	2 335	71
1969	1 477	45	399	12	507	15	2 383	72
1970	1 454	44	477	15	704	21	2 635	80
1971	1 466	45	610	19	615	19	2 691	82
1972	1 398	44	606	19	620	19	2 624	82
1973	1 208	38	605	19	608	19	2 421	75

¹⁾ unter 15 Jahren

verunglückten Kinder hat dagegen im gesamten Berichtszeitraum kontinuierlich zugenommen (zwischen 1960 und 1973 um nicht weniger als 74 %), obwohl die Gesamtzahl der verunglückten Radfahrer im gleichen Zeitraum gesunken ist. Diese diametral entgegengesetzte Entwicklung ist wohl nur dadurch zu erklären, daß in den letzten Jahren Kinder in immer größerem Umfang Fahrräder für den Schulweg oder in der Freizeit benutzen. Am höchsten erwies sich jedoch die Zuwachsrate bei den Kindern, die als Mitfahrer eines Kraftfahrzeugs verunglückten: Sie hat sich im Betrachtungszeitraum weit mehr als verdoppelt (+ 167 %).

Nun wird man bei all diesen Betrachtungen nicht aus dem Auge verlieren dürfen, daß auch die Zahl der Kinder unter 15 Jahren, die als „Verursachungs-masse“ für die Kinderunfälle in Frage kommen, im Zeitablauf gestiegen ist. Insofern wäre eine Kennziffer, die den Umfang der effektiven Beteiligung der einzelnen Altersgruppen am Straßenverkehr berücksichtigen würde, besser als der Vergleich anhand der absoluten Zahlen. Derartige Angaben lassen sich für die Beteiligung am Verkehr als Fußgänger, Radfahrer und Mitfahrer jedoch nicht gewinnen. Einen Anhaltspunkt bietet uns aber die Relation zwischen der Zahl der Verunglückten und der Einwohner unter 15 Jahren, die die von der unterschiedlichen Bevölkerungszahl ausgehenden Einflüsse ausschaltet: Während 1960 von 10 000 in Hamburg lebenden Kindern 58 verunglückten, waren es im Jahre 1972 bereits 82. Allerdings sieht die Unfallbilanz im folgenden Jahr wieder etwas günstiger aus (75 je 10 000 Kinder).

3. Das Unfallgeschehen im einzelnen

Nach diesem allgemeinen Überblick soll in den folgenden Abschnitten auf die Altersstruktur der als Fußgänger, Radfahrer und Mitfahrer verunglückten Kinder eingegangen werden. Sodann wird die zeitliche Verteilung der Unfälle nach Monaten, Wochentagen und

Tagesstunden untersucht sowie einige typische Unfallursachen dargestellt werden. Durch Zusammenfassung des Zahlenmaterials der Jahre 1969 bis 1972 dürften Zufallseinflüsse weitgehend ausgeschaltet sein.

Kinder als Fußgänger besonders gefährdet

Geht man zunächst von der Gesamtzahl der verunglückten Kinder aus, so fanden im Berichtszeitraum über 150 Jungen und Mädchen (1,5 %) bei Verkehrsunfällen den Tod. In 3 600 Fällen (35 %) erlitten die verunglückten Kinder so schwere Verletzungen, daß ein stationärer Krankenhausaufenthalt erforderlich war.

Differenziert man nach der Art der Verkehrsbeteiligung, so zeigen sich bei den als Fußgänger verunglückten Kindern weitaus schwerere Unfallfolgen als bei den Radfahrern und Mitfahrern. Dabei ist zu beachten, daß unter dem Begriff „Kinder als Fußgänger“ auch spielende Kinder, Kinder auf Rollschuhen, Rollern oder im Kinderwagen zu verstehen sind. Von 1969 bis 1972 verunglückten allein 5 800 Jungen und Mädchen – das sind über die Hälfte der Gesamtzahl der verunglückten Kinder – als Fußgänger. Hiervon wurden 46 % getötet oder schwerverletzt. Dagegen lag der entsprechende Anteil der Kinder, die mit dem Fahrrad verunglückten, mit 31 % weit unter dem allgemeinen Durchschnitt. Die als Mitfahrer verunglückten Kinder, deren absolute Zahl nur geringfügig größer war als die der Radfahrer (2 450), kamen bei den meisten Verkehrsunfällen im allgemeinen mit leichteren Verletzungen davon. Dies gilt jedoch, wie wir noch sehen werden, nicht für Kleinstkinder, die häufig auch als Mitfahrer schwer verletzt wurden oder sogar ums Leben kamen.

Tabelle 2

**Bei Straßenverkehrsunfällen verunglückte Kinder
unter 15 Jahren in Hamburg 1969 bis 1972
nach Art der Verkehrsbeteiligung und nach den
Unfallfolgen**

Art der Verkehrsbeteiligung	Verunglückte insgesamt	davon wurden					
		getötet		schwer verletzt		leicht verletzt	
		Anzahl	in % v. Sp. 1	Anzahl	in % v. Sp. 1	Anzahl	in % v. Sp. 1
1	2	3	4	5	6	7	
Fußgänger	5 795	127	2,2	2 555	44,1	3 113	53,7
Radfahrer	2 092	17	0,8	640	30,6	1 435	68,6
Mitfahrer von Fahrzeugen	2 446	8	0,3	410	16,8	2 028	82,9
Insgesamt	10 333	152	1,5	3 605	34,9	6 576	63,6

Unfallrisiko für Jungen größer als für Mädchen

Interessant ist die Feststellung, daß Jungen häufiger verunglücken als Mädchen. Von allen Verunglückten bis unter 15 Jahren waren fast zwei Drittel Jungen (61 %). Diese Verteilung weicht somit erheblich von der Geschlechterproportion der in diesem Alter in

Tabelle 3

Bei Straßenverkehrsunfällen verunglückte Kinder unter 15 Jahren in Hamburg 1969 bis 1972 nach Alter und Geschlecht

Kinder als	Geschlecht	Verunglückte Kinder im Alter von ... bis ... Jahren		
		unter 6	6 bis unter 15	insgesamt
		1	2	3
Fußgänger	männlich	1 032	2 495	3 527
	weiblich	622	1 646	2 268
	zusammen	1 654	4 141	5 795
Radfahrer	männlich	40	1 564	1 604
	weiblich	16	472	488
	zusammen	56	2 036	2 092
Mitfahrer	männlich	558	652	1 210
	weiblich	589	647	1 236
	zusammen	1 147	1 299	2 446
Insgesamt	männlich	1 630	4 711	6 341
	weiblich	1 227	2 765	3 992
	zusammen	2 857	7 476	10 333

Hamburg lebenden Kinder ab (51 : 49). Auffallend hierbei ist, daß bei der Unterscheidung nach der Art der Verkehrsteilnahme und nach Altersgruppen (schulpflichtige – nichtschulpflichtige Kinder) sich teilweise noch größere geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen. Von 100 mit dem Fahrrad verunglückten Kindern waren 77 Knaben, überwiegend im Alter zwischen 6 Jahren und 14 Jahren. Nicht ganz so kraß sind die Unterschiede bei den als Fußgänger verunglückten Kindern (61 : 39). Bei den Mitfahrern, also bei Kindern, die selbst nicht aktiv am Verkehr teilnehmen, wurde ein beinahe völlig ausgeglichenes Verhältnis registriert, das der Geschlechterverteilung der im gleichen Alter stehenden Bevölkerung nahe kam. Die

stark unterschiedliche Unfallhäufigkeit, insbesondere radfahrender Jungen und Mädchen, dürfte in aller Regel auf Wesensverschiedenheiten zurückzuführen sein. Es ist anzunehmen, daß Jungen weitaus häufiger als Radfahrer am Verkehr teilnehmen. Hinzu kommt aber, daß sie sich im allgemeinen mit größerer Unbekümmertheit und wohl auch mit einem gewissen Leichtsinn im Verkehr bewegen, während Mädchen sich im allgemeinen wesentlich zurückhaltender und vorsichtiger verhalten.

Hoher Anteil nicht-schulpflichtiger Kinder

Wie der Altersgliederung in der Tabelle 4 zu entnehmen ist, steigt die Gesamtzahl der verunglückten Kinder mit fortschreitendem Lebensalter an. So wird der Höchststand bei den 6jährigen erreicht; von hier an nehmen die Zahlen jedoch kontinuierlich wieder ab. Man kann unterstellen, daß die Kinder im schulpflichtigen Alter sich der Gefahren des Straßenverkehrs häufig schon bewußt sind und sich entsprechend vorsichtiger verhalten. Von den getöteten Kindern entfielen mehr als die Hälfte (54 %) auf die Altersgruppe der 4- bis 7jährigen; darunter allein 17 % auf die sechs Jahre alten Kinder, die in der überwiegenden Anzahl sich im ersten Schuljahr befinden. Aber auch bei den 5jährigen (14 %) und 7jährigen (12 %) mußten besorgniserregende Ergebnisse registriert werden. In etwa die gleichen Tendenzen zeigen sich auch, wenn man die Zahl der verunglückten Kinder auf die Bevölkerung im jeweiligen Alter bezieht und dadurch Einflüsse eliminiert, die von unterschiedlich starken Altersjahren ausgehen.

Unterteilt man die Zahl der verunglückten Kinder nach Art ihrer Verkehrsbeteiligung, so zeigt sich, daß 73 %

Tabelle 4

Bei Straßenverkehrsunfällen verunglückte Kinder unter 15 Jahren in Hamburg 1969 bis 1972 nach dem Alter und nach der Art der Verkehrsbeteiligung

Alter in Jahren	Verunglückte				davon								
	insgesamt		davon		Fußgänger			Radfahrer			Mitfahrer		
	Anzahl	auf 10 000 Gleichaltriger	Ge-tötete	Ver-letzte	zusam-men	davon		zusam-men	davon		zusam-men	davon	
						Ge-tötete	Ver-letzte		Ge-tötete	Ver-letzte		Ge-tötete	Ver-letzte
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
unter 1	12	2	—	12	6	—	6	1	—	1	5	—	5
1 bis unter 2	189	23	4	185	22	1	21	1	—	1	166	3	163
2 " " 3	287	32	1	286	77	—	77	1	—	1	209	1	208
3 " " 4	543	57	6	537	289	6	283	—	—	—	254	—	254
4 " " 5	820	84	15	805	533	14	519	8	—	8	279	1	278
5 " " 6	1 006	101	21	987	727	19	708	45	1	44	234	1	233
0 bis unter 6	2 857	53	41	2 812	1 654	40	1 616	56	1	55	1 147	6	1 141
6 bis unter 7	1 220	124	25	1 195	897	24	873	103	1	102	220	—	220
7 " " 8	1 192	124	18	1 174	875	17	858	144	1	143	173	—	173
8 " " 9	1 040	111	10	1 028	663	8	655	191	2	189	186	—	186
9 " " 10	857	96	19	838	512	14	498	195	4	191	150	1	149
10 " " 11	701	81	9	692	352	8	344	220	1	219	129	—	129
11 " " 12	736	89	10	726	311	7	304	295	2	293	130	1	129
12 " " 13	649	82	9	640	216	5	211	329	4	325	104	—	104
13 " " 14	579	77	3	576	180	3	177	296	—	296	103	—	103
14 " " 15	502	69	2	500	135	1	134	263	1	262	104	—	104
6 bis unter 15	7 476	97	105	7 369	4 141	87	4 052	2 036	16	2 020	1 299	2	1 297
Insgesamt	10 333	79	146	10 181	5 795	121	5 668	2 092	17	2 075	2 446	8	2 438

der als Fußgänger verunglückten Kinder vier bis neun Jahre alt sind. In dieser Phase lernen die Kinder, sich selbst im Verkehr zu bewegen, ohne jedoch über ausreichende Kenntnisse und Erfahrungen der Gefährlichkeit des täglichen Verkehrs zu verfügen. Zwar ist erkennbar, daß nach Beginn der Schulpflicht die Zahl der Verunglückten ständig zurückgeht. Man wird jedoch aus dem zuvor Gesagten den Schluß ziehen müssen, daß Verkehrserziehung verstärkt bereits im vorschulischen Alter einsetzen muß, sei es im Kindergarten oder im Elternhaus.

Untersucht man die entsprechenden Zahlen der Radfahrnfälle, so setzt die Gefahr, mit dem Fahrrad zu verunglücken, bereits bei den fünf Jahre alten Kindern ein und verstärkt sich mit zunehmendem Alter. Das größte Risiko beginnt erst bei den Altersjahrgängen, bei denen die Gefährdung der Kinder als Fußgänger bereits wieder sinkt. So lag der Anteil der 8- bis 10jährigen Schüler an den verunglückten Radfahrern zwischen 9 % bis 11 %. Am risikoreichsten erwies sich aber das 12. bis 14. Lebensjahr, in dem sogar Anteile von 13 % bis 16 % erreicht wurden. Es ist anzunehmen, daß die mit zunehmendem Alter höhere Unfallbeteiligung auf eine stärkere Nutzung der Fahrräder zurückzuführen ist. Aber Unerfahrenheit, mangelnde Kenntnis der Verkehrsvorschriften und die in diesen Altersjahren oft zu beobachtende Risikobereitschaft dürften ebenfalls zur hohen Zahl der Radfahrnfälle dieser Altersjahre beigetragen haben. Wie noch zu zeigen sein wird, wurde in der Mehrzahl der Fälle den unfallbeteiligten Radfahrern auch die überwiegende Schuld bei der polizeilichen Unfallaufnahme zugesprochen.

Bei den mitfahrenden Kindern wurden überdurchschnittlich hohe Unfallquoten vor allem bei den unter 6jährigen festgestellt. Gemessen an der Gesamtzahl der als Mitfahrer verunglückten Kinder (2 450) entfiel auf diese Altersjahre ein Anteil von 47 %. Das deutet darauf hin, daß gerade bei Kleinkindern die Sicherheitsmaßnahmen im Wageninnern häufig unzureichend sind. Die Kinder finden dadurch wenig Halt und sind somit in stärkerem Maße bei einer Kollision gefährdet.

Besondere Gefährdung im Frühjahr und im Herbst

Während wir in den bisherigen Abschnitten das Schwergewicht der Untersuchung darauf gelegt hatten, wie die Gruppe der verunglückten Kinder nach Alter und Geschlecht zusammengesetzt war, soll im folgenden analysiert werden, ob unter zeitlichen Aspekten besondere Gefährdungspunkte zu erkennen sind. Verkehrsunfälle verteilen sich nämlich nicht gleichmäßig auf das ganze Jahr, ihre Häufigkeit ist vielmehr starken saisonalen und täglichen Schwankungen unterworfen. Die Gründe liegen vor allem in der unterschiedlichen Verkehrsdichte, die im wesentlichen von der Arbeits- und Freizeit sowie von der allgemeinen Ferienordnung mitbestimmt wird. Aber auch klimatische Bedingungen (Witterungseinflüsse) können in bestimmten Jahreszeiten das Unfallgeschehen auf der Straße direkt beeinflussen. Um diese Zusammenhänge zu verdeutlichen, sind in den Tabellen 5 und 6 die Unfallhäufigkeiten der Fußgänger und Rad-

fahrer in den letzten vier Jahren nach Monaten und Wochentagen sowie Tagesstunden (Schaubild 2) dargestellt.

Tabelle 5

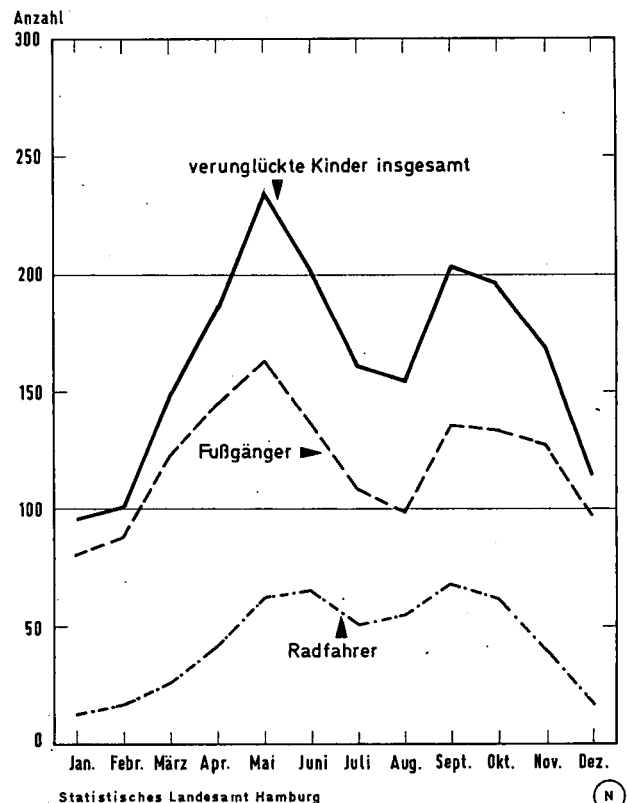
Bei Straßenverkehrsunfällen verunglückte Kinder unter 15 Jahren in Hamburg 1969 bis 1972 nach Monaten

Monat	Verunglückte Fußgänger				Verunglückte Radfahrer			
	insgesamt	%	davon im Alter von		insgesamt	%	davon im Alter von	
			bis unter 6 Jahren	6 bis unter 15 Jahren			bis unter 6 Jahren	6 bis unter 15 Jahren
			Anzahl	Anzahl			Anzahl	Anzahl
1	2	3	4	5	6	7	8	
Januar	324	5,6	49	275	50	2,4	—	50
Februar	350	6,0	62	288	68	3,2	—	68
März	492	8,5	108	384	102	4,9	4	98
April	579	10,0	148	431	167	8,0	6	161
Mai	692	11,9	224	468	253	12,1	10	243
Juni	548	9,5	172	376	265	12,7	7	258
Juli	435	7,5	153	282	207	10,0	8	199
August	394	6,8	161	233	225	10,7	5	220
September	542	9,4	189	353	276	13,2	10	266
Oktober	536	9,2	185	351	246	11,7	4	242
November	511	8,8	108	403	161	7,7	2	159
Dezember	392	6,8	95	297	72	3,4	—	72
Insgesamt	5795	100	1654	4141	2092	100	56	2036

Tabelle 5 zeigt die Unfallhäufigkeit nach Monaten. Im Durchschnitt der letzten vier Jahre verunglückten monatlich rd. 120 Kinder als Fußgänger und

Schaubild 1

Bei Straßenverkehrsunfällen verunglückte Kinder in Hamburg (Jahresdurchschnitt 1969/72) nach Monaten



45 als Radfahrer. Hierbei ereigneten sich die wenigsten Unfälle in den Wintermonaten. Ganz abgesehen davon, daß das Fahrrad im Winter fast völlig aus dem Verkehrsbild verschwindet, liegt der Grund in der allgemein niedrigeren Verkehrsdichte: In dieser Jahreszeit sind einerseits viele Kraftfahrzeuge abgemeldet, andererseits ziehen selbst passionierte Kraftfahrer bei Schnee und Glatteis öffentliche Verkehrsmittel dem eigenen Kraftfahrzeug vor. Überdies mag auch das unter erschwerten Umständen vorsichtigere Fahren zu einem Absinken der Unfallzahlen beigetragen haben.

Mit beginnendem Frühjahr steigt in aller Regel die Verkehrsdichte wieder an und in ihrer Folge auch die Zahl der Unfälle. Während die radfahrenden Kinder vorwiegend in den Monaten günstigerer Witterung (Mai bis Oktober) verunglückten, nahm dagegen die Zahl der als Fußgänger verunglückten Kinder während der hauptsächlichlichen Urlaubszeit zwischen Juli und August vorübergehend ab. Das findet seine Erklärung ganz wesentlich in der Tatsache, daß in dieser Zeit ein großer Teil der Kinder die Ferien außerhalb der Stadt verbringt. Daß sich dieser Umstand nicht auch in der Unfallbilanz der radfahrenden Kinder positiv bemerkbar macht, liegt daran, daß bei den in der Stadt verbliebenen Kindern die Intensität der Benutzung von Fahrrädern für alle möglichen Freizeit-zwecke steigt.

In den Herbstmonaten September bis Oktober stiegen die Unfälle jedoch wieder rapide an. Hier dürften auch die um diese Jahreszeit charakteristischen Witterungseinflüsse eine Rolle gespielt haben (Nässe, Nebel und früh einsetzende Dunkelheit), die ein erschwertes Fahren bedingen und somit die Unfallgefahr allgemein, aber auch besonders für die nicht so stark auf den Verkehr konzentrierten Kinder erheblich verstärken.

Unfallschwerpunkt Freitag

Auch die Betrachtung der Kinderunfälle nach einzelnen Wochentagen zeigt deutliche Schwerpunkte. Die meisten Opfer forderte der Verkehr an Freitagen. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der in dem Beobach-

Tabelle 6

Bei Straßenverkehrsunfällen verunglückte Kinder unter 15 Jahren in Hamburg 1969 bis 1972 nach Wochentagen

Wochentage	Verunglückte Fußgänger und Radfahrer				
	Insgesamt	davon im Alter von ... Jahren			
		bis unter 6		6 bis unter 15	
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%
1	2	3	4	5	
Montag	1 330	295	17,3	1 035	16,8
Dienstag	1 231	245	14,3	986	16,0
Mittwoch	1 293	258	15,1	1 035	16,8
Donnerstag	1 300	261	15,3	1 039	16,8
Freitag	1 450	281	16,4	1 169	18,9
Sonnabend	838	254	14,8	584	9,4
Sonntag ¹⁾	445	116	6,8	329	5,3
Insgesamt	7 887	1 710	100	6 177	100

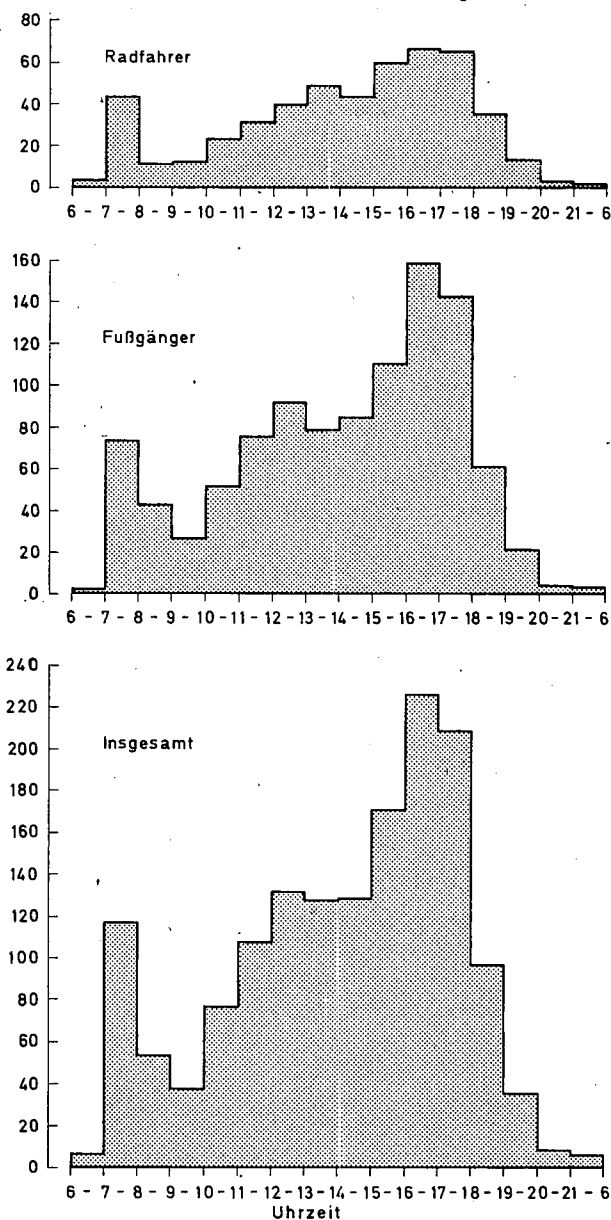
¹⁾ einschl. Feiertage

tungszeitraum verunglückten Fußgänger und Radfahrer (7 900) verunglückten über 18 % an diesem Tag. Aber auch der Montag erwies sich mit 17 % als verhältnismäßig unfallträchtig. In den folgenden vier Tagen war die Unfallhäufigkeit zwar etwas geringer, sie nahm jedoch, je weiter man sich dem Wochenende (Freitag) näherte, kontinuierlich zu.

An Sonn- und Feiertagen ereigneten sich mit knapp 6 % mit Abstand die wenigsten Unfälle. Dies war jedoch zu erwarten, da hier die tägliche Gefährdung durch den Schulweg einerseits entfällt und zum anderen viele Eltern mit ihren Kindern am Wochenende zu Ausflügen oder sogar Kurzurlauben die Stadt verlassen. Damit gilt für die Kinderunfälle in etwa das gleiche wie für sämtliche Personenschadensunfälle.

Schaubild 2

Bei Straßenverkehrsunfällen verunglückte Kinder von 6 bis unter 15 Jahren – Fußgänger und Radfahrer – in Hamburg (Jahresdurchschnitt 1969/72) nach Tageszeiten



Noch immer gefährlicher Schulweg

Der letzte Untersuchungsaspekt ist der tageszeitliche Ablauf, der ganz besondere Charakteristika erkennen läßt. In Schaubild 2 sind die Zahlen der bei Straßenverkehrsunfällen als Fußgänger und Radfahrer verunglückten Kinder im Alter von sechs Jahren bis unter fünfzehn Jahren dargestellt. Die Konzentration auf die schulpflichtigen Kinder erfolgte deshalb, damit nicht die hierbei deutlich werdenden Besonderheiten durch die abweichende zeitliche Verteilung anderer Gruppen überlagert werden.

Es lassen sich drei Tagesspitzen feststellen. Der erste Schwerpunkt ist in der Zeit zwischen sieben und acht Uhr morgens festzustellen, also wenn die meisten Kinder sich auf dem Schulweg befinden. Gemessen an der Gesamtzahl der Kinderunfälle verunglückten in dieser einen Stunde allein 7 %. Die zweite und noch stärkere Unfallspitze liegt in der Mittagszeit zwischen elf Uhr und dreizehn Uhr, wenn sich Kinder in aller Regel wieder auf dem Heimweg befinden. Dabei wurde zwischen elf Uhr und zwölf Uhr die Unfallhäufigkeit der morgendlichen Spitze in etwa erreicht, in den folgenden Stunden sogar übertroffen. Für die ungleich höhere Zahl der Verunglückten auf dem Nachhauseweg mögen neben den durch den anlaufenden Mittagsverkehr bedingten Gefahren gewisse Ermüdungserscheinungen der Kinder eine Rolle spielen, während auf dem Hinweg zur Schule für die Beachtung des Verkehrs noch eine höhere Konzentrationsfähigkeit angenommen werden dürfte.

Das absolute Tagesmaximum liegt erst in der Zeit des Nachmittagsverkehrs zwischen 15.00 Uhr und 18.00 Uhr, wobei zwischen 16.00 Uhr und 17.00 Uhr der Höhepunkt erreicht wird: In Relation zur tagesdurchschnittlichen Gesamtzahl der verunglückten Kinder kamen allein in dieser Tagesstunde über 15 % zu Schaden. In dieser kritischen Nachmittagszeit pflegen die Kinder in der Regel ohne Aufsicht im Freien und oft auf der Straße zu spielen.

Betrachtet man den Kurvenverlauf für Fußgänger und Radfahrer getrennt, so zeigen sich nur geringfügige Abweichungen. Jedoch ist die Mittags- und Abendspitze bei den als Fußgänger verunglückten Kindern jeweils viel stärker ausgeprägt als bei den Radfahrern.

4. Ursachen von Kinderunfällen

Einen weiteren Einblick in die Struktur der Kinderunfälle vermittelt eine Darstellung der Unfallursachen (Tabellen 7 und 8). Es werden nur die Ursachen jener Fälle herangezogen, bei denen Kinder als aktive Verkehrsteilnehmer verunglückten. Unfälle, bei denen mitfahrende Kinder getötet oder verletzt wurden, kommen somit nicht in Betracht.

Da zu einem Unfall mehrere Ursachen beigetragen haben können, braucht die Gesamtzahl der von der Polizei vorläufig festgestellten Ursachen nicht mit denen der Unfälle identisch zu sein. Im Jahre 1972 wurden bei den Fußgängern im Alter bis unter 15 Jahren insgesamt rd. 1600 Ursachen registriert, das entspricht etwas mehr als einer Ursache je Unfall.

Drei Viertel verunglückten aus eigenem Verschulden

Zu rd. 76 % aller Ursachen, die zu einem Fußgängerunfall von Kindern führten, lag die Schuld bei den verunglückten Kindern selbst. Bei den Radfahrern belief sich dieser Anteil auf 66 %.

Je nachdem, ob es sich um Unfälle handelt, bei denen Kinder als Fußgänger oder Radfahrer verunglückten, erweist sich das Gesamtbild der Ursachenverteilung recht verschieden. Unter den bei Fußgängern festgestellten Ursachen überwiegt mit 33 % das plötzliche Hervortreten hinter Sichthindernissen. An zweiter Stelle rangiert das fahrlässige Überschreiten der Fahrbahnen außerhalb von Fußgängerüberwegen (32 %), während die Unfälle auf Fußgängerüberwegen mit Ampeln relativ gering waren (5 %). Aber auch eine für Kinder typische Unfallursache, nämlich das Spielen auf oder neben der Fahrbahn, hatte mit nur 5 % zu relativ wenigen Unfällen geführt. Hier dürften sich die laufenden Aufklärungsarbeiten, besonders in den Schulen, positiv ausgewirkt haben. Auffallend ist auch der recht geringe Anteil der Unfälle auf Zebrastreifen.

Unter den hauptsächlichen Unfallursachen, die den Fahrzeugführern angelastet werden, dominiert vor allem das falsche Verhalten an Fußgängerüberwegen

Tabelle 7

Ursachen von Straßenverkehrsunfällen, bei denen Fußgänger verunglückten, in Hamburg 1972

Art der Ursachen	Ursachen von Unfällen, bei denen Fußgänger verunglückten im Alter von			
	unter 15 Jahren		15 und mehr Jahren	
	Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4
Ursachen insgesamt	1 601	100	2 987	100
Ursachen beim Fahrzeugführer darunter:	382	23,9	1 527	51,1
Mangelnde Verkehrstüchtigkeit	29	1,8	522	17,5
Zu schnelles Fahren	94	5,9	242	8,1
Fehlerhaftes Verhalten an Fußgängerüberwegen und anderen Stellen	217	13,5	617	20,7
Ursachen beim Fußgänger ..	1 214	75,8	1 433	48,0
darunter:				
Falsches Verhalten von Fußgängern an Fußgängerüberwegen mit Verkehrsampeln bzw. polizeilicher Verkehrsregelung	73	4,6	241	8,1
Plötzliches Hervortreten hinter Sichthindernissen außerhalb des Bereichs von Fußgängerüberwegen ..	527	32,9	230	7,7
Fahrlässiges Überschreiten der Fahrbahnen und sonstiges falsches Verhalten außerhalb des Bereichs von Fußgängerüberwegen	518	32,4	899	30,1
Spielen auf oder neben der Fahrbahn	73	4,6	2	0,1
Allgemeine Ursachen (Witterung, Straßenverhältnisse usw.)	5	0,3	27	0,9

(14 %). Zu schnelles Fahren hat in 6 %, mangelnde Verkehrstüchtigkeit in 2 % der Ursachen zu einem Fußgängerunfall beigetragen.

Stellt man die Unfallursachen von Kindern (bis unter 15 Jahren) und die von Jugendlichen und Erwachsenen (von 15 und mehr Jahren) gegenüber, so lassen sich in der Verteilung der Ursachengruppen Aufschlüsse über spezielle Verhaltensweisen der Kinder gewinnen. Zunächst ist festzustellen, daß der Anteil der Ursachen, die den Kindern als Fußgängern zur Last gelegt werden, mit 76 % weit höher rangiert als der entsprechende Anteil bei Jugendlichen und Erwachsenen (48 %). Wie der Vergleich weiterhin zeigt, schneiden die Kinder bei der Unfallursache plötzliches Hervortreten hinter Sichthindernissen mit 33 % gegenüber den Erwachsenen (8 %) ungleich schlechter ab. Während bei der Ursache fahrlässiges Überschreiten der Fahrbahnen beide Personengruppen gleich hohe Anteile erreichten, weisen beim falschen Verhalten an Fußgängerüberwegen die Erwachsenen gegen-

über den Kindern dagegen eine weitaus höhere Quote auf. Ebenso fielen die Ursachen, die bei Fußgängerüberwegen Kraftfahrzeugführern zugerechnet wurden, bei Jugendlichen und Erwachsenen relativ stärker ins Gewicht.

Fahrfehler bei radfahrenden Kindern besonders häufig

Unter den Ursachen, bei denen Kinder als Radfahrer verunglückten und den Unfall selbst verschuldeten, überwiegt mit 30 % das fehlerhafte Verhalten beim Einbiegen, Ein- und Ausfahren und beim Wenden. Aber auch die Nichtbeachtung der Vorfahrt (23 %) sowie Fehler bei Überholvorgängen und im Begegnungsverkehr (11 %) stehen stark im Vordergrund.

Unter den Ursachen, die bei Kinderunfällen dagegen Fahrzeugführern zur Last gelegt werden, dominierte ebenfalls das fehlerhafte Verhalten beim Einbiegen, Ein- und Ausfahren und beim Wenden (35 %). Aber auch zu schnelles Fahren und die Verletzung der Vorfahrtsregelungen hatten zu je 18 % zu Radfahrunfällen geführt.

Tabelle 8

Ursachen von Straßenverkehrsunfällen, bei denen Radfahrer unter 15 Jahren verunglückten, in Hamburg 1972

Art der Ursachen	Ursachen von Unfällen, bei denen Radfahrer unter 15 Jahren verunglückten, festgestellt			
	bei verunglückten Radfahrern selbst		bei sonst. Beteiligten	
	Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4
Verletzung der Vorfahrtsregelung	110	22,5	46	18,0
Fehlerhaftes Verhalten beim Einordnen	36	7,4	4	1,6
Fehlerhaftes Verhalten beim Einbiegen, Ein- und Ausfahren, Wenden	144	29,5	88	34,5
Fehlerhaftes Verhalten beim Überholen, Überholtwerden, Vorbeifahren, Begegnen	53	10,9	19	7,5
Zu schnelles Fahren	30	6,2	47	18,4
Fehlerhaftes Verhalten beim Halten, Parken und sonstige Ursachen	90	18,4	21	8,2
Übrige Ursachen	25	5,1	30	11,8
Insgesamt	488	100,0	255	100,0

Wenn auch die Untersuchung gezeigt hat, daß die Ursachen der Kinderunfälle in überwiegender Mehrheit nicht den manchmal zu Unrecht gescholtenen Fahrzeugführern, sondern den Kindern selbst zuzurechnen sind, so bringt dieses durch die Unfallstatistik gewonnene Ergebnis keine Lösung des Problems. Eine durchschlagende Besserung der Unfallsituation durch technische Sicherungsmaßnahmen allein dürfte wohl kaum zu erreichen sein. Auch die stereotypen Ermahnungen wie „Paß auf“ oder „Sei vorsichtig, wenn du über die Straße gehst“ können kaum zu einer wesentlichen Reduzierung der Kinderunfälle beitragen. Nach der Überzeugung der Verkehrsexperten sollten die Erwachsenen den Kindern als Fußgänger und Radfahrer im Straßenverkehr ein vorbildliches Beispiel geben, damit sich ihr demonstrativ richtiges Verhalten auf die Gewohnheiten der Kinder überträgt. Aber auch die Kraftfahrer sollten als die Stärkeren im Straßenverkehr und von den Unfallfolgen gegenüber Fußgängern und Radfahrern weit weniger Betroffenen Rücksicht üben, mögliches Fehlverhalten von Kindern einkalkulieren und dadurch Verkehrsunfälle mit Kindern zu reduzieren helfen.

Johannes Marx

Die Entwicklung des Einzelhandels in Hamburg 1970 bis 1973

Die wirtschaftliche Entwicklung im Einzelhandel in den letzten drei Jahren ist gekennzeichnet durch stetigen, aber relativ geringen Umsatzzuwachs. Über zwei Drittel des Umsatzes entfällt auf Warenhäuser und Versandhandel und auf den Facheinzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln sowie Textilwaren und Schuhen. Die Entwicklung in den einzelnen Zweigen war recht unterschiedlich. So erreichten die „Elektro- und optischen Erzeugnisse, Uhren“, „Nahrungs- und Genußmittel“ und „Waren verschiedener Art“ die höchsten Steigerungsraten gegenüber 1970, während im Bereich der „Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen“ sogar ein Rückgang zu verzeichnen ist. Im zweiten Halbjahr 1973 wurde anhand der Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr eine deutlich geringere Kauflust festgestellt; der Sommerschlußverkauf brachte im Gegensatz zu früher in der Wirtschaftsgruppe „Textilwaren und Schuhe“ keine wesentliche Umsatzsteigerung mehr. Die Zahl der Vollbeschäftigten ist seit 1970 jeweils am Jahresbeginn zurückgegangen, die der Teilbeschäftigten hat jährlich zugenommen.

Kennzahlen über die Höhe des Einzelhandelsumsatzes gehören zu den wichtigsten Indikatoren des Wirtschaftsablaufes, da sich in diesem Bereich das Käuferverhalten, das geprägt ist von bestimmten Erwartungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung, sofort und unmittelbar niederschlägt und ablesen läßt. Mit dem folgenden Beitrag wird ein Überblick über die Entwicklung des Einzelhandels in Hamburg in den letzten Jahren gegeben. Als Kriterium zur Beurteilung des Wirtschaftsablaufs dienen die beiden Erhebungsmerkmale der monatlichen Statistik, nämlich Umsatz und Beschäftigte.

Jährlich sehr unterschiedliche Zuwachsraten im Umsatz

In den letzten zehn Jahren hat der Umsatz im gesamten Einzelhandel in Hamburg nominal jährlich zugenommen; doch zeigen die Zuwachsraten durchaus,

daß das jährliche Wachstum sehr unterschiedlich war. So weist das Jahr 1967 die niedrigste Steigerungsrates von nur rund 3 % aus; dagegen stieg der Umsatz im Jahr 1970 mit der höchsten Rate von etwa 14 % an, fällt allerdings von da ab in den folgenden drei Jahren auf jährliche Wachstumsraten von rund 6 % zurück. Ein Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt zeigt einen tendenziell gleichartigen Entwicklungsverlauf. Allerdings liegen bis 1965 die jeweils höheren Zuwachsraten beim Bund, während von da ab bis 1970 der Hamburger Einzelhandel die Höchstwerte stellt und der Umsatz im Bundesgebiet mit niedrigeren Raten zunimmt. Errechnet man für beide Gebiete für die Jahre 1963 bis 1973 die durchschnittlichen Wachstumsraten, so ergibt sich zwischen beiden kaum eine Abweichung.

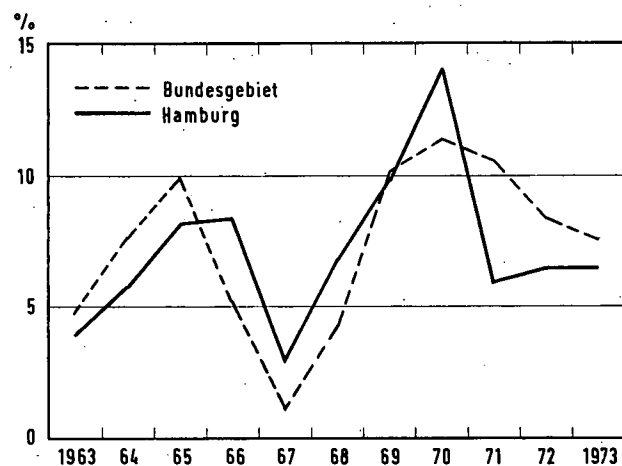
Differenzierte Umsatzstruktur im Einzelhandel

Bevor die Entwicklung in den verschiedenen Branchen des Einzelhandels näher beleuchtet werden soll, ist es nützlich, sich ein Bild über die Struktur dieses Dienstleistungsbereichs zu machen. Hierzu dienen die Umsatzangaben für das Jahr 1973 (siehe Tabelle 1, Spalten 4 und 5). In Spalte 4 sind für die 10 Wirtschaftsgruppen des Einzelhandels und für die wichtigsten ausgewählten Wirtschaftsklassen die Jahresumsätze zur Beurteilung ihres absoluten wirtschaftlichen Gewichts aufgeführt, während ihre Anteile am Einzelhandel insgesamt an den Prozentzahlen der Spalte 5 abzulesen sind.

Auf den ersten Blick erkennt man, daß mehr als die Hälfte des gesamten Einzelhandelsumsatzes auf die zwei Wirtschaftsgruppen „Waren verschiedener Art“ und „Nahrungs- und Genußmittel“ entfallen. Beide erreichen jeweils mehr als drei Mrd DM Jahresumsatz. Bei der zuerst genannten Gruppe fällt auf, daß nahezu der gesamte Umsatz von der Wirtschaftsklasse „Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nicht-Nahrungs- und Genußmittel“ erzielt wird. Dabei ist

Schaubild 1

Veränderung des Einzelhandelsumsatzes
in jeweiligen Preisen für das Bundesgebiet und Hamburg
von 1963 bis 1973 gegenüber den Vorjahren in %



Statistisches Landesamt Hamburg

©

darauf hinzuweisen, daß hier im wesentlichen die Filialen der großen Warenhausunternehmen sowie ein großes Unternehmen des Versandhandels erfaßt werden, die für den hohen Umsatz sorgen. Innerhalb der zweiten oben genannten Wirtschaftsgruppe spielen die „Lebensmittel aller Art“ die größte Rolle. In dieser Klasse befinden sich die Supermärkte, also Geschäfte mit einem sehr breiten Sortiment, das überwiegend

aus Lebensmitteln aller Art besteht, das aber auch zu einem unterschiedlich großen Teil Non-Food-Waren enthält. Die Unternehmen, die ganz spezielle Nahrungs- und Genußmittel-Sortimente führen, spielen wirtschaftlich im gesamten Einzelhandel nur eine untergeordnete Rolle.

Tabelle 1

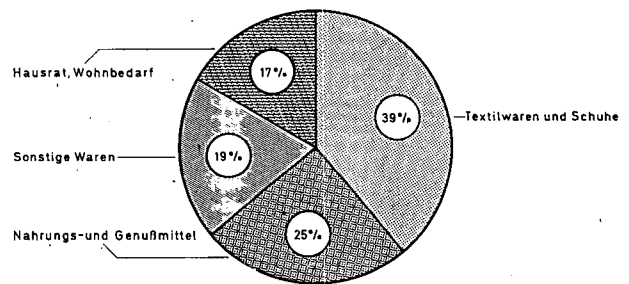
Die Entwicklung des Umsatzes im Einzelhandel 1970 bis 1973 sowie seine Struktur im Jahre 1973 nach Wirtschaftsgruppen und ausgewählten Wirtschaftsklassen
— Monatsdurchschnitt 1970 = 100 —

Wirtschaftsgliederung	1971		1972	1973		
	Meßzahlen			Umsatz in Mio DM	%	
	1	2	3		4	5
Einzelhandel insgesamt	106,0	112,9	120,2	11 337	100,9	
davon						
Waren verschiedener Art	107,7	120,2	129,2	3 328	29,4	
darunter						
Waren versch. Art, Hauptrichtung Nicht-Nahrungsmittel	108,6	120,8	128,0	3 219	28,4	
Nahrungs- u. Genußmittel	103,4	108,6	119,8	3 178	28,0	
darunter						
Lebensmittel aller Art	104,7	111,0	125,6	2 308	20,4	
Gemüse und Obst	96,4	93,0	92,3	92	0,8	
Tabakwaren	101,3	108,0	114,3	416	3,7	
Textilwaren und Schuhe	109,0	119,3	120,9	1 424	12,6	
darunter						
Textilwaren aller Art	108,9	118,1	131,6	169	1,5	
Oberbekleidung	110,3	123,8	122,9	429	3,8	
Herrenoberbekleidung	114,3	125,0	124,0	144	1,3	
Damenoberbekleidung	112,2	123,3	118,6	208	1,8	
Schuhe und Schuhwaren	107,1	112,0	114,7	202	1,8	
Metallwaren, Hausrat u. Wohnbedarf	107,4	112,0	113,6	507	4,5	
darunter						
Möbel	106,6	109,0	107,7	310	2,7	
Elektro- u. optische Erzeugnisse, Uhren	109,7	121,1	133,7	660	5,8	
darunter						
Rundfunk-, Fernseh- u. Phonogeräte	113,8	132,7	152,1	325	2,9	
Papierwaren u. Druckerzeugnisse	110,4	117,0	128,6	196	1,7	
Pharmazeut., kosmet. u. ä. Erzeugnisse	106,2	108,4	112,7	505	4,5	
darunter						
Apotheken	106,4	112,8	120,7	284	2,5	
Drogerien	106,8	102,6	88,6	134	1,2	
Kohle und Mineralöl-erzeugnisse	91,2	84,6	108,7	354	3,1	
darunter						
Brennstoffe	93,0	85,9	113,2	308	2,7	
Fahrzeuge, Maschinen u. Büroeinrichtungen	105,1	103,8	99,3	1 010	8,9	
darunter						
Kraftwagen und Krafträder	107,0	105,7	99,4	830	7,3	
Sonstige Waren	114,4	121,7	123,2	175	1,5	
darunter						
Blumen und Pflanzen	110,2	119,1	113,0	54	0,5	

Die beiden in der Reihenfolge ihrer relativen Anteile als nächstes zu nennenden Gruppen sind die „Textilwaren und Schuhe“ (12,6 %) und „Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen“ (8,9 %). Bei der ersten Gruppe verteilen sich die einzelnen Umsätze auf mehrere Branchen, während sich bei der zweiten der Umsatz überwiegend auf den Kraftfahrzeughandel konzentriert. Die restlichen sechs Wirtschaftsgruppen weisen geringere Anteile von 5,8 % (Elektro- und optische Erzeugnisse, Uhren) bis hinunter zu 1,5 % (sonstige Waren) aus. Bei dieser letzten Gruppe spielt der Blumen- und Pflanzenhandel eine nicht unbedeutende Rolle. Der Umsatzanteil ist zwar gering, doch die Beschäftigtenzahl beträgt hier immerhin rd. 2400. Und wegen der hohen Rohertragsquote von etwa 45 %¹⁾ ist die wirtschaftliche Leistung höher als der Umsatz zunächst vermuten läßt.

Schaubild 2

Die Umsatzstruktur der Warenhäuser im Jahre 1973



Im Schaubild 2 ist dargestellt, wie weit das breite Sortiment speziell der Warenhäuser von den einzelnen Warengruppen bestimmt wird, die jeweils einen großen Teil des Umsatzes der Wirtschaftsklasse „Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nicht-Nahrungsmittel“ stellen. Wie zu erkennen ist, stehen diese Betriebe auf vier starken Säulen. Das hat zur Folge, daß – wie wir noch sehen werden – die Warenhäuser beim konjunkturellen Abschwung nicht in dem starken Ausmaß in Mitleidenschaft gezogen werden wie der Facheinzelhandel, wo einige Branchen durch ihre Spezialisierung eher konjunkturanfällig sind.

Sehr unterschiedliche Branchenentwicklung

Die Entwicklung der Umsätze in den verschiedenen Branchen wird durch die Meßzahlen der Spalten 1–3 der Tabelle 1 wiedergegeben. So unterschiedlich sich auch die Zweige entwickelt haben, ausschlaggebend für den Einzelhandel insgesamt sind in erster Linie die Gruppen „Waren verschiedener Art“, „Nahrungs- und Genußmittel“ und „Textilwaren und Schuhe“, da sie zusammen 70 % des Gesamtumsatzes auf sich vereinigen. Trotzdem bleibt eine Betrachtung der

¹⁾ Diese Zahl wurde aufgrund der Handels- und Gaststättenzählung 1968 ermittelt.

Meßzahlen einzelner „kleinerer“ Branchen interessant, da sie zum Teil ein sehr unterschiedliches Wachstum aufweisen.

In drei Gruppen hat sich von 1970 bis 1973 der Umsatz um mehr als ein Viertel erhöht, nämlich bei den „Waren verschiedener Art“, bei den „Papierwaren und Druckerzeugnissen“ sowie bei den „Elektro- und optischen Erzeugnissen, Uhren“. Hier lag die Steigerung sogar bei gut einem Drittel, was im wesentlichen wohl vom Einzelhandel mit Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten getragen wurde, dessen Umsatz sich im gleichen Zeitraum um mehr als die Hälfte erhöhte. Dagegen weist die Gruppe der Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen nach einem Zuwachs im Jahr 1971 eine stetige Abnahme auf, die durch den Umsatzrückgang im Einzelhandel mit Kraftwagen und -rädern verursacht wurde. Die übrigen sechs Wirtschaftsgruppen haben 1973 einen Umsatz, der gegenüber 1970 ein Plus zwischen 8,7 % und 23,2 % erreicht.

Innerhalb der einzelnen Gruppen sind für die Wirtschaftsklassen teilweise gegenläufige Bewegungen festzustellen. So erreichte der Einzelhandel mit Lebensmitteln aller Art eine Meßzahl von 126, während der Gemüse- und Obsthandel auf 92 absank. Ähnlich ist es bei den pharmazeutischen, kosmetischen u. ä. Erzeugnissen, wo die Meßzahl der Apotheken auf 121 anstieg, während die der Drogerien auf 89 abfiel. In beiden Fällen scheint sich ein Strukturwandel zu vollziehen dergestalt, daß zahlreiche Betriebe mit breitem Sortiment ihren Umsatz kräftig ausdehnen zu Lasten traditioneller Fachgeschäfte. So sind z. B. früher den Drogerien vorbehaltene Artikel in der Wirtschaftsklasse „Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nicht-Nahrungsmittel“ (bei den Warenhäusern) und in zunehmendem Maße auch bei den „Lebensmitteln aller Art“ (bei den Supermärkten) zu finden.

Besonders auffällig ist die Entwicklung beim Einzelhandel mit Kohle und Mineralölerzeugnissen, der zunächst für 1971 und 1972 deutliche Umsatzeinbußen hinnehmen mußte. Diese wurden aber durch außergewöhnliche Zuwachsraten in den einzelnen Monaten des Jahres 1973, besonders aber durch die gestiegenen Ölpreise und den erhöhten Mengenabsatz im letzten Quartal weit mehr als ausgeglichen. Bemerkenswert ist schließlich noch, daß im Bereich der Textilwaren und Schuhe nach anfänglichen Steigerungen für 1973 eine gewisse Stagnation eingetreten ist, die sich auf mehrere Wirtschaftsklassen dieses Bereiches erstreckt.

Rückgang der Kaufkraft im zweiten Halbjahr 1973

Eine besondere Berücksichtigung und nähere Betrachtung ist bei der Entwicklung der beiden letzten Jahre angebracht. Angesichts der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kommt dem Einzelhandel wegen seiner unmittelbaren Konsumnähe besondere Bedeutung zu; spiegelt sich hier doch das Käuferverhalten am deutlichsten wider. Würde in Tabelle 1 jeweils nur eine, für das ganze Jahr 1973 als Durchschnitt ermittelte Meßzahl dem Vorjahr gegenübergestellt, so ist in Tabelle 2 zu sehen, wie

dieser Durchschnitt im Jahresablauf zustande gekommen ist; denn die Jahresmeßzahl sagt noch nichts aus über einen sich etwa im Laufe eines Jahres bildenden Umschwung des Käuferverhaltens. Ermittelt man nämlich für das Jahr 1973 die Veränderungen für das erste und zweite Halbjahr gegenüber den jeweiligen Vorjahreszeiträumen, so ergibt sich ein deutlicher Rückgang der Kaufkraft im Laufe der zweiten Jahreshälfte. Wuchsen von Januar bis Juni die Umsätze noch um 9 %, so wurde für den Zeitraum August bis Dezember eine Veränderung von nur noch 4,3 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum festgestellt.

Tabelle 2

Die Veränderungen des Umsatzes im Einzelhandel in den beiden Halbjahren des Jahres 1973 gegenüber den gleichen Vorjahreszeiträumen nach Wirtschaftsgruppen in %

Wirtschaftsgliederung	Veränderungen 1973 gegenüber 1972 in %	
	Januar–Juni	Juli–Dezember
Einzelhandel insgesamt	9,0	4,3
davon		
Waren verschiedener Art ..	9,0	6,3
Nahrungs- und Genußmittel	12,7	8,4
Textilwaren und Schuhe ..	3,8	- 1,1
Metallwaren, Hausrat- und Wohnbedarf	7,0	- 2,8
Elektro- und optische Erzeugnisse, Uhren	18,0	6,0
Papierwaren und Druckerzeugnisse	12,8	8,5
Pharmazeut., kosmet. u. ä. Erzeugnisse	5,2	3,0
Kohle und Mineralölerzeugnisse	15,3	44,0
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	5,1	- 13,3
Sonstige Waren	5,2	- 2,1

Eine Ausnahme bildet die Wirtschaftsgruppe „Kohle und Mineralölerzeugnisse“ mit Werten von 15 % für das erste und von sogar 44 % für das zweite Halbjahr. Hier spielen jedoch die Ereignisse auf dem Mineralölmarkt im letzten Quartal des vergangenen Jahres eine besondere Rolle, die sich in sehr hohen Ergebnissen der Brennstoffbranche niederschlugen. Alle anderen Wirtschaftsgruppen verzeichnen einen deutlichen Abfall im zweiten Halbjahr. Hervorzuheben ist, daß nur bei fünf Gruppen überhaupt noch ein positives – wenn auch geringes – Wachstum zu verzeichnen ist. In allein vier Gruppen wurden dagegen im zweiten Halbjahr die Umsätze des gleichen Vorjahreszeitraumes sogar unterschritten. Dies gilt für die Bereiche „Textilwaren und Schuhe; „Metallwaren, Hausrat und Wohnbedarf“, „Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen“ und „sonstige Waren“.

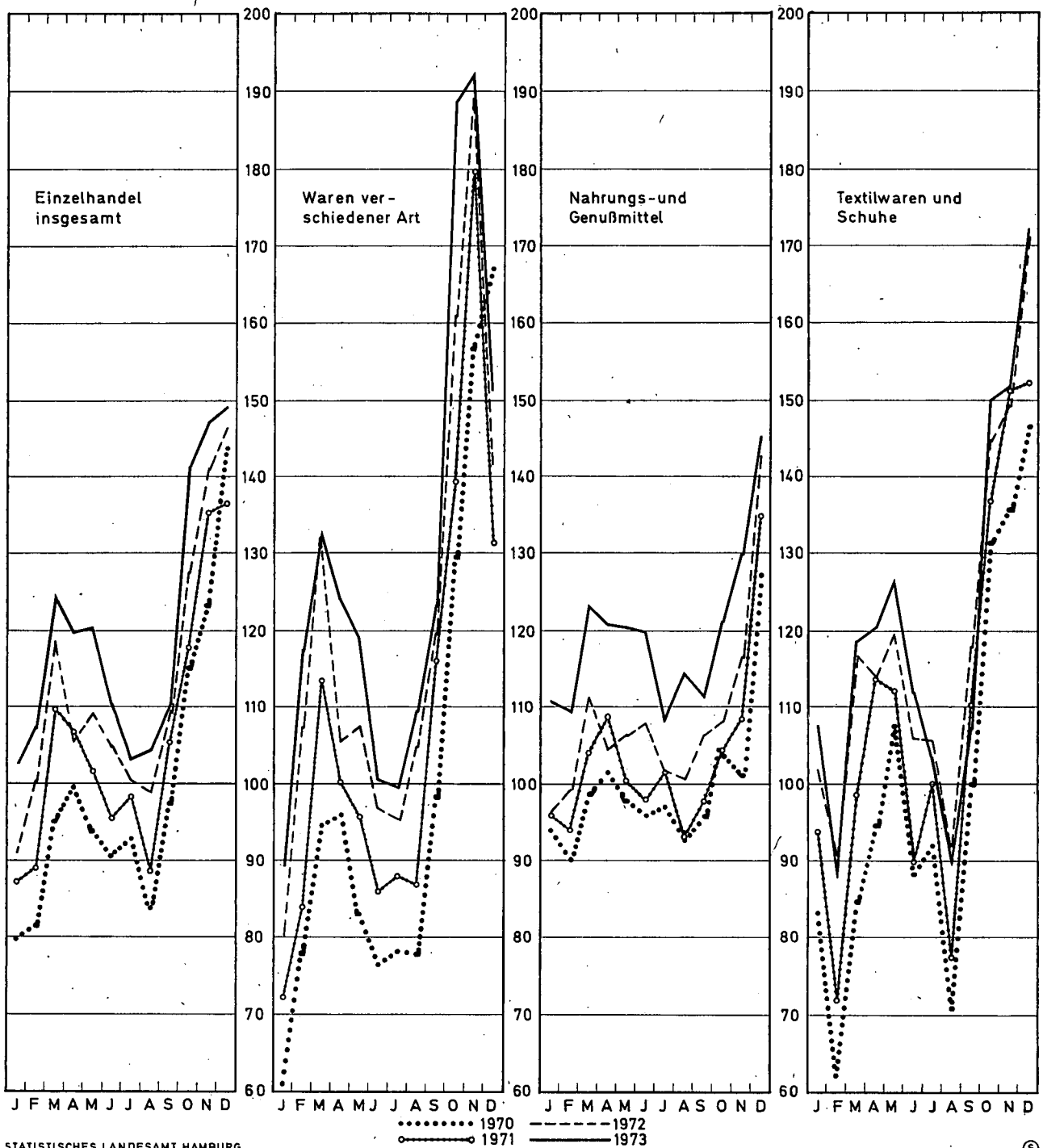
Die meisten Umsätze im Herbst

Im jahreszeitlichen Verlauf der Umsatzhöhe ist bei der Verschiedenartigkeit der Waren im Einzelhandel ein unterschiedlich hoher Absatz zu verzeichnen. Maßgebend für die Saisonschwankungen sind u. a. Wetterbedingungen, Urlaubszeiten, Feiertage, Schlußverkäufe, die alle das Käuferverhalten beeinflussen. Dennoch bietet sich im Vergleich mehrerer Jahre ein ziemlich gleichbleibendes Bild.

Schaubild 3

Die jahreszeitliche Entwicklung des Umsatzes im Einzelhandel insgesamt und in ausgewählten Wirtschaftsgruppen
1970 bis 1973

— Monatsdurchschnitt 1970 = 100 —



Im Schaubild 3 ist die jahreszeitliche Entwicklung der Umsätze des Einzelhandels insgesamt und der wichtigsten Wirtschaftszweige aufgeführt und für die Monate mehrerer Jahre gegenübergestellt. Für alle Zweige ist typisch, daß im Jahresablauf vier Teilabschnitte erkennbar werden. So stehen den Zeiträumen mit niedrigen Umsätzen am Jahresanfang (Januar, Februar) und in den Sommermonaten (Juni bis August) die Monate mit den Umsatzspitzen im Frühling (März bis Mai) und im Herbst (Oktober bis Dezember) gegenüber. Die drei wichtigsten Warengruppen weisen mehr oder weniger starke Abweichungen von dieser

Grundtendenz auf. Am nächsten kommt ihr noch das Bild bei den „Waren verschiedener Art“. Dies ist vor allem bedingt durch das breite Sortiment in dieser Wirtschaftsgruppe, in der sich Sondereinflüsse auf spezielle Branchen naturgemäß nicht in dem Maße auswirken oder durchschlagen wie im Facheinzelhandel. Andererseits sind hier die Spitzen und Tiefpunkte viel stärker ausgeprägt, was besondere Anforderungen an den richtigen Einsatz von Arbeitskräften stellen dürfte. Für den Bereich der Nahrungs- und Genußmittel ist ein im Jahresvergleich wesentlich uneinheitlicher Verlauf zu verzeichnen, der sich jedoch

mit seinen Höchst- und Tiefpunkten in engeren Grenzen hält als die beiden anderen Wirtschaftsgruppen. Bei den „Textilwaren und Schuhen“ ist festzuhalten, daß der erste Höhepunkt im Jahr im Gegensatz zu den genannten Gruppen erst überwiegend in dem Monat Mai liegt. Offensichtlich entschließt man sich erst in der wärmeren Jahreszeit und vor Urlaubsbeginn zu größeren Einkäufen.

Im übrigen wirken sich in diesem Zweig die Schlußverkäufe normalerweise durch ihre deutlich höheren Umsätze im jeweiligen Monat aus. So verschiebt der alljährliche Winterschlußverkauf den sonst ersten Tiefpunkt im Jahr von Januar auf den Februar, während der Sommerschlußverkauf üblicherweise die Juliergebnisse beeinflusst. Der Sommerschlußverkauf scheint jedoch im Laufe der Jahre, nicht zuletzt durch vorgezogene Niedrigpreisangebote, aber auch durch spezielle Schlußverkaufsware minderer Qualität, an Bedeutung sehr eingebüßt zu haben. Ist für die Jahre 1970 und 1971 für den Juli noch ein deutliches „Zwischenhoch“ zu verzeichnen, so wird im Jahre 1972 ein Abgleiten vom Juni direkt in das Augusttief durch den Sommerschlußverkauf im Juli verzögert; im Jahre 1973 gar ist vom Sommerschlußverkauf im Juli nichts mehr zu bemerken, wozu neben den genannten auch eine Reihe anderer – nicht quantifizierbarer – Faktoren beigetragen haben mögen, wie z., B. veränderte Urlaubsgeohnheiten oder ungünstiges Wetter.

Weniger Vollbeschäftigte

In Tabelle 3 wird Analog der Tabelle 1 die Entwicklung der Zahl der Vollbeschäftigten sowie der Beschäftigtenanteil für die einzelnen Wirtschaftsgruppen und -klassen dargestellt. Die Anteile der einzelnen Bereiche an den Vollbeschäftigten (siehe Spalte 4) stehen etwa im gleichen Verhältnis zueinander wie die Umsatzanteile, so daß die ersten drei Gruppen (Waren verschiedener Art, Nahrungs- und Genußmittel, Textilwaren und Schuhe) über zwei Drittel aller Vollbeschäftigten verfügen.

Für den Einzelhandel insgesamt ist eine stetige Abnahme der Vollbeschäftigtenzahl zu verzeichnen. Besonders stark ist der Rückgang bei den Betrieben des Nahrungs- und Genußmittelhandels. Hier mag der Trend zu den Selbstbedienungsläden eine Rolle spielen, aber auch die Schließung vieler Lebensmitteläden von älteren Inhabern. Mit zwei Ausnahmen sank bei allen Wirtschaftsgruppen die Meßzahl gegenüber den Vorjahren ab. Nur beim Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ist gegenüber 1970 eine leichte Steigerung und ein bis 1973 nahezu gleichbleibendes Niveau festzustellen; im Einzelhandel mit Elektro- und optischen Erzeugnissen, Uhren ist die bis 1972 abnehmende Tendenz in einen geringen Zuwachs umgeschlagen. Hierzu hat die nicht unerhebliche Zunahme der Vollbeschäftigtenzahl im Rundfunk-, Fernseh- und Phonogerätehandel beigetragen. Einen ganz ungewöhnlich starken Rückgang der Beschäftigtenzahl verzeichnet der Einzelhandel mit Kohle und Mineralöl-erzeugnissen mit einer Meßzahl von nur 47 für 1973. Hier mag neben dem allgemeinen Trend zur Rationalisierung durch Einsparung von Arbeitskräften auch die Tatsache eine Rolle spielen, daß in der (nicht ausgewiesenen) Wirtschaftsklasse „Kraftstoffe und

Schmiermittel für Kraftfahrzeuge“ zahlreiche Tankstellen mit Absatz in eigenem Namen ihren Betrieb aufgegeben haben oder ihn als Agenturtankstelle weiterführen, indem sie als Handelsvermittler auf Provisionsbasis Umsätze für Rechnung der großen Mineralölgesellschaften tätigen.

Tabelle 3

Die Entwicklung der Vollbeschäftigtenzahl im Einzelhandel 1970 bis 1973 und ihre Zusammensetzung im Jahr 1973 nach Wirtschaftsgruppen und ausgewählten Wirtschaftsklassen sowie die Entwicklung der Teilbeschäftigtenzahl insgesamt – Monatsdurchschnitt 1970 = 100 –

Wirtschaftsgliederung	1971		1972		1973	
	Meßzahlen				Anteil in %	
	1	2	3	4	1	2
Einzelhandel insgesamt	96,2	93,3	90,9	100,0		
davon						
Waren verschiedener Art . .	102,4	103,3	102,6	27,0		
darunter						
Waren versch. Art, Haupt-						
richtung Nicht-Nahrungs-						
mittel	103,1	103,8	102,5	26,6		
Nahrungs- u. Genußmittel .	93,1	89,0	87,4	23,6		
darunter						
Lebensmittel, aller Art . .	94,5	91,0	91,1	16,4		
Gemüse und Obst	89,3	80,3	72,6	1,1		
Tabakwaren	91,1	86,5	82,4	2,6		
Textilwaren und Schuhe . .	93,6	91,7	90,6	14,6		
darunter						
Textilwaren aller Art	90,2	90,4	94,2	1,9		
Oberbekleidung	103,3	103,3	108,4	3,1		
Herrenoberbekleidung . .	97,5	108,3	111,7	1,4		
Damenoberbekleidung . .	94,4	91,1	90,0	2,6		
Schuhe und Schuhwaren	92,6	88,9	83,1	2,7		
Metallwaren, Hausrat u.						
Wohnbedarf	95,6	89,7	84,7	4,8		
darunter						
Möbel	95,6	88,2	85,1	2,8		
Elektro- u. optische						
Erzeugnisse, Uhren	97,4	95,7	99,0	6,6		
darunter						
Rundfunk-, Fernseh- u.						
Phonogeräte	102,2	103,2	112,6	2,9		
Papierwaren u. Druck-						
erzeugnisse	98,1	92,6	90,7	2,2		
Parmazeut., kosmet.						
u. ä. Erzeugnisse	91,9	85,2	80,4	5,3		
darunter						
Apotheken	94,0	89,6	87,0	2,3		
Drogerien	92,8	84,3	75,6	1,9		
Kohle und Mineralöl-						
erzeugnisse	70,5	63,3	46,5	1,6		
darunter						
Brennstoffe	81,7	70,4	59,4	1,3		
Fahrzeuge, Maschinen u.						
Büroeinrichtungen	99,6	96,6	89,7	11,5		
darunter						
Kraftwagen u. Krafträder .	100,4	97,6	90,0	9,0		
Sonstige Waren	102,9	99,1	92,3	2,8		
darunter						
Blumen und Pflanzen . . .	106,0	109,2	96,6	1,3		
außerdem						
Teilbeschäftigte insgesamt .	108,6	112,7	115,3			

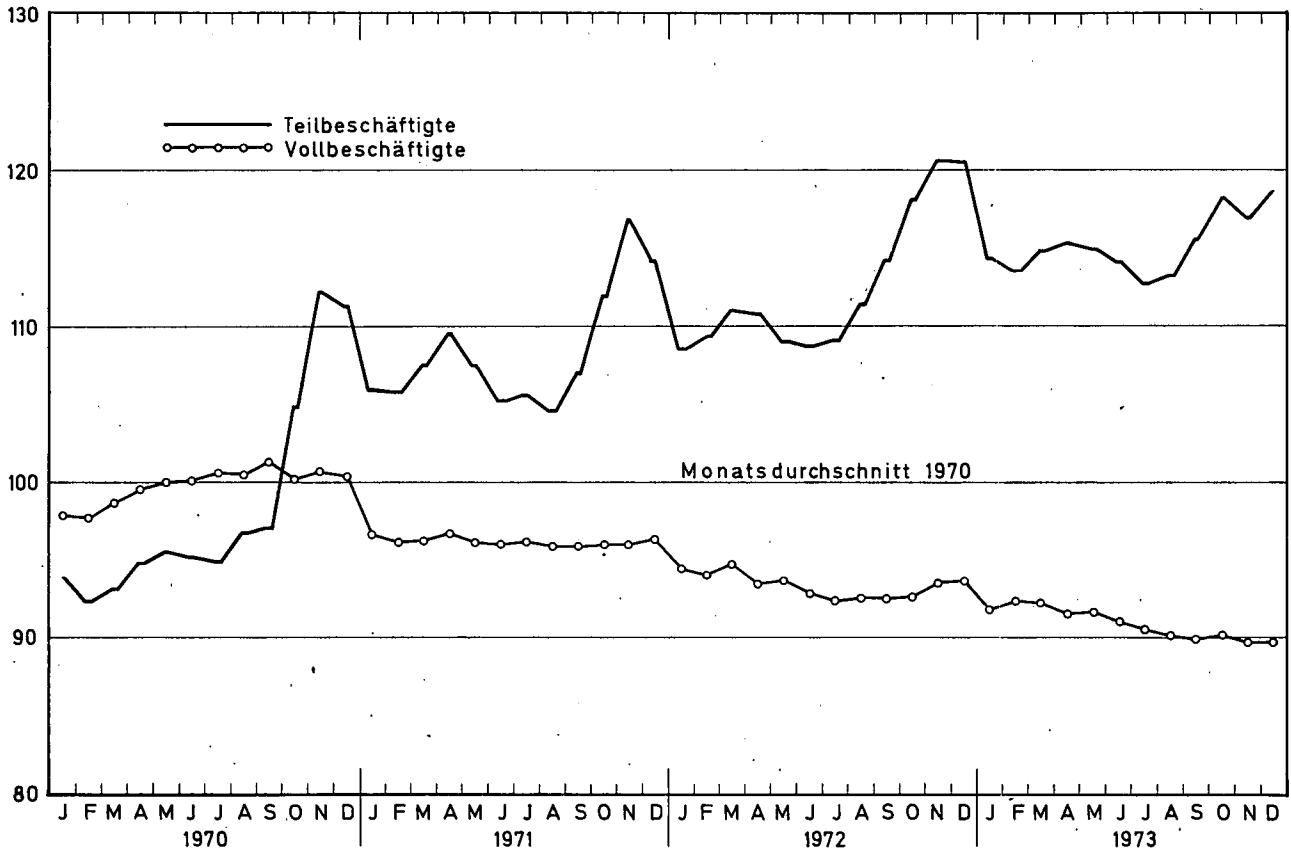
Mehr Teilbeschäftigte

Die Tabelle 3 weist in der letzten Zeile die Meßzahlen für die Teilbeschäftigung aus. Aufschlußreich ist, daß im Durchschnitt einer Abnahme der Vollbeschäftigtenzahl eine deutliche Zunahme der Teilbeschäftigtenzahl gegenübersteht. Hierin kann ein Substitutionseffekt gesehen werden, der dadurch zustan-

Schaubild 4

Die Beschäftigungsentwicklung im Einzelhandel 1970 bis 1973 nach Voll- und Teilbeschäftigten

— Monatsdurchschnitt 1970 = 100 —



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

⑤

dekommt, daß in einer Zeit zunehmender wirtschaftlicher Unsicherheit die Unternehmer eher Teilbeschäftigte einstellen, weil deren Zahl nicht nur den saisonalen, sondern auch den konjunkturellen Schwankungen leichter angepaßt werden kann, wodurch die Unternehmen auch mittelfristig eine erhöhte Flexibilität erlangen.

Bei der genannten Entwicklung spielt sicher auch eine Rolle, daß wegen des allgemeinen Mangels an Arbeitskräften und der schwierigen Kostensituation der schon im Verhältnis zu anderen Wirtschaftsbereichen überdurchschnittlich hohe Anteil weiblicher Beschäftigter (rund 60 %) zugenommen hat und zunehmen wird, da wegen des Gastarbeiterstops wohl nur hier noch ein Reservoir besteht. Hausfrauen können jedoch wegen ihrer Bindung an Haushalt und Familie oft nicht die volle Wochenarbeitszeit im Betrieb sein, sondern nur „schichtweise“ eingesetzt werden. Dadurch kann die Zahl der – auch auf längere Dauer eingestellten – Teilbeschäftigten stärker ansteigen, als die der Vollbeschäftigten abnimmt, da eine über die volle Arbeitszeit vorhandene Kraft nicht durch eine Teilbeschäftigte allein ersetzt werden kann. Andererseits können Teilbeschäftigte gerade und nur dann zeitlich gezielt eingesetzt werden, wenn auch die Kunden da sind, wodurch gegenüber einer vollen Arbeitskraft eine kostenmäßige Entlastung eintritt. Infolge dieser Entwicklung beträgt der Anteil der Teilbeschäftigten im Einzelhandel fast ein Viertel von allen Beschäftigten.

Rückgang der Vollbeschäftigtenzahl jeweils am Jahresanfang

Im Gegensatz zum Umsatz bietet der jahreszeitliche Ablauf der Beschäftigtenzahlen ein ganz anderes Bild. Es wird geprägt von der völlig unterschiedlichen Entwicklung der beiden Beschäftigtenarten (siehe Schaubild 4). Betrachtet man zunächst im Schaubild die Darstellung für die Vollbeschäftigtenzahlen, so verläuft hier die Kurve ohne nennenswerte jahreszeitliche Ausschläge; denn die Vollbeschäftigten stellen ja das erfahrene und eingearbeitete Stammpersonal dar, das unabhängig von Saisoneinflüssen dauernd benötigt wird. Ist im Verlauf des Jahres 1970 noch ein gemäßigter Anstieg zu erkennen, so ist in den folgenden Jahren ein Rückgang zu verzeichnen. Schaubild 4 zeigt, daß jeweils zum Jahresbeginn die Zahl der Vollbeschäftigten kräftig abgebaut wird, während sich dann über die einzelnen Jahre hin ein etwa gleichbleibender Stand ergibt. Für dieses stufenförmige Bild mag ausschlaggebend sein, daß viele Arbeitsverträge jeweils zum Jahresende hin auslaufen.

Prüft man im einzelnen die Ergebnisse der Statistik für die drei wichtigsten Wirtschaftsgruppen, so ist nur bei den „Waren verschiedener Art“ jeweils im letzten Quartal eine spürbare Zunahme zu verzeichnen. Hier dominieren die Betriebsformen Warenhäuser und Versandhandelsunternehmen, die durch ihr breites Sortiment erheblich vom Weihnachtsgeschäft profitieren.

Dagegen ist weder bei den Nahrungs- und Genußmitteln noch bei den Textilwaren und Schuhen ein ausgeprägter Aufschwung zum Weihnachtsgeschäft zu beobachten. Allen drei aufgeführten Wirtschaftsgruppen ist gemeinsam, daß hier jeweils im Anschluß an das Weihnachtsgeschäft zum Jahresbeginn an Vollbeschäftigten kräftig eingespart wird. Während bei den „Waren verschiedener Art“ ihre Anzahl allmählich wieder aufgebaut wird, wird sie beim Einzelhandel mit Textilwaren und Schuhen nicht mehr ganz erreicht, und bei den Nahrungs- und Genußmitteln geht es vom niedrigen Stand am Jahresanfang immer weiter bergab.

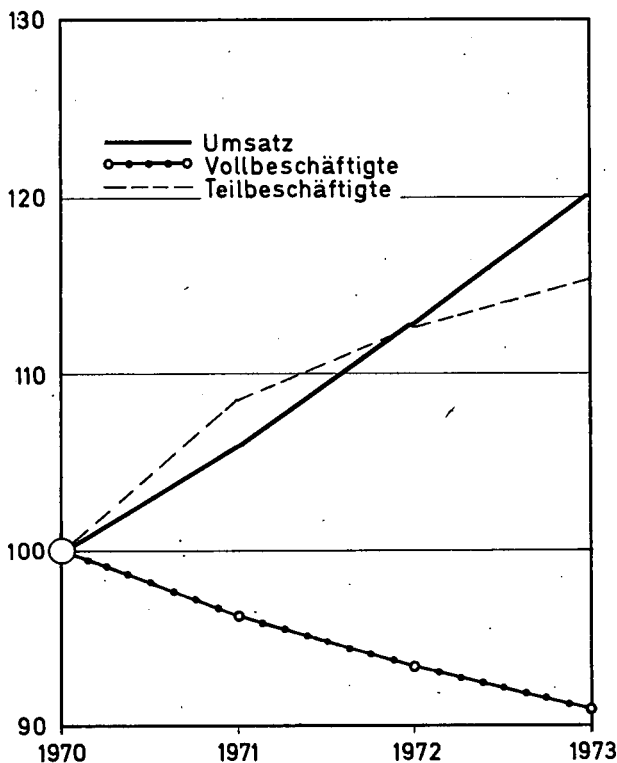
Teilbeschäftigung vom Saisonverlauf abhängig

Ein völlig anderes Bild bietet dagegen die Darstellung der Teilbeschäftigtenzahlen, die typische Saisonbewegungen mit einer leichten Zunahme zu Ostern und einem ausgeprägten Höhepunkt im vierten Quartal wegen des Weihnachtsgeschäftes aufweisen. Die Ähnlichkeit mit dem Umsatzverlauf mag ein Zeichen dafür sein, daß die Unternehmen die kurzfristige Anpassung an den saisonal unterschiedlich großen Geschäftsanfall über die Teilzeitbeschäftigung vollziehen.

Schaubild 5

Die Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel 1970 bis 1973

— Monatsdurchschnitt 1970 = 100 —



Statistisches Landesamt Hamburg

Ⓢ

Im Schaubild 5 wird die bisher geschilderte Entwicklung von 1970 bis 1973 für den Gesamtumsatz und für die Zahl der Voll- und Teilbeschäftigten grafisch dargestellt. Während die Linie für den nominalen Umsatz wegen der mehr oder weniger großen permanenten Preissteigerung wohl auch weiterhin nach oben gerichtet sein wird, dürfte es interessant sein, wie lan-

ge noch einem Rückgang der Vollbeschäftigten- eine Zunahme der Teilbeschäftigtenzahl gegenübersteht.

Methodische Bemerkungen

Im Einzelhandel wird seit 1962 als Bundesstatistik eine gesetzlich angeordnete²⁾ monatliche repräsentative Statistik durchgeführt, die der Beobachtung der kurzfristigen saisonalen und konjunkturellen Entwicklung dieses Dienstleistungsbereiches dient. Als Grundlage für die Auswahl des Berichtsfirmenkreises dienten ursprünglich die Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1960, einer Totalerhebung, die durch Erfassung aller Firmen einen genauen Überblick über die Struktur des Einzelhandels lieferte. Aus der Gesamtzahl der erfaßten Unternehmen mit Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit im Einzelhandel wurde eine jeweils nach Wirtschaftsklassen und Umsatzgrößenklassen geschichtete Zufallsstichprobe gezogen. Die von diesen Stichprobenfirmen monatlich gemeldeten Ergebnisse wurden hochgerechnet und gaben ein für die Beobachtung der kurzfristigen Wirtschaftsentwicklung hinreichend genaues Bild der Gesamtheit. Um der Fluktuation im Zeitablauf in diesem Wirtschaftszweig Rechnung zu tragen, wurden Betriebsgründungen und -stillegungen ebenso wie Wechsel des wirtschaftlichen Schwerpunktes laufend berücksichtigt. Allerdings verschlechterte sich trotz allem — wie bei jeder Fortschreibung — die Repräsentation der Stichprobe bei zunehmendem zeitlichen Abstand zum Ausgangsjahr. Daher ist es immer erforderlich, den Berichtsfirmenkreis von Zeit zu Zeit aufgrund aktuellen Ausgangsmaterials neu aufzustellen. Hierzu bot sich die Gelegenheit nach der letzten Handels- und Gaststättenzählung im Jahre 1968³⁾, die wiederum statistische Unterlagen über den gesamten Einzelhandel lieferte. Für die monatliche Statistik sind sowohl die Unternehmen als Ganzes als auch ihre einzelnen Betriebe auskunftspflichtig. Auf diese Weise ist es möglich, bei großen Unternehmen mit Zweigniederlassungen in mehr als einem Bundesland nur den tatsächlich in dem betreffenden Land erzielten Umsatz zu berücksichtigen. Als Basisjahr, mit dem die neue Berichterstattung beginnt, wurde das Jahr 1970 gewählt. Da der jetzige Berichtskreis gegenüber dem früheren erweitert wurde, ist es nunmehr möglich, nicht nur die Entwicklung der Umsätze durch Meßzahlen oder Veränderungsdaten zu verfolgen, sondern auch absolute Werte zu bringen. Ebenfalls neu ist die Möglichkeit, die Entwicklung der Beschäftigung getrennt nach Voll- und Teilbeschäftigten darzustellen. Ferner kann für wesentlich mehr Wirtschaftsklassen als bisher die Entwicklung beschrieben werden. Wegen der aufgrund der Handels- und Gaststättenzählung 1968 neuen Zuordnungen der Unternehmen, der erweiterten Repräsentation mit mehr Wirtschaftsklassen und verbesserter Berechnungsmethoden lassen sich die auf neuer Basis ermittelten Meßzahlen nicht ohne weiteres mit denen der Basis 1962 verknüpfen.

Erich Walter

²⁾ Gesetz über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten (HFVStatG) vom 12. Januar 1960 (BGBl. I, Seite 6).

³⁾ Siehe „Der Einzelhandel in Hamburg — Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1968 —“ in Hamburg in Zahlen, Jahrgang 1972, September-Heft; ferner „Die Unternehmen des Handels- und Gastgewerbes in Hamburg — Allgemeiner Überblick und Strukturvergleich 1960 bis 1968 —“ in Hamburg in Zahlen, Jahrgang 1972, Februar-Heft; „Methoden und Verfahren der Handels- und Gaststättenzählung 1968“ in Hamburg in Zahlen, Jahrgang 1970, April-Heft.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1974	Mai 1974	Juni 1974	Juni 1973
		1965	1973				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	762,3	763,4	761,4	760,2	765,0
Lufttemperatur	°C	8,6	9,5	9,5	12,0	15,2	17,3
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	79	64	70	71	68
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	7	5	4	5	5	4
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	701	22	44	81	32
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 660	226	195	230	286
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	79	3	5	1	1
Tage mit Niederschlägen	"	256	240	8	17	18	11
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	245,0	244,4
" Altona	"	264,3	252,9	252,9
" Eimsbüttel	"	264,6	251,3	250,9
" Hamburg-Nord	"	401,3	335,7	335,5
" Wandsbek	"	357,5	378,0	378,2
" Bergedorf	"	82,6	93,7	93,7
" Harburg	"	199,0	201,8	201,7
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 758,4	1 757,3
dav. männlich	"	861,9	815,0	814,5
weiblich	"	995,0	943,4	942,8
dar. Ausländer ⁷⁾	"	59,8	122,7	131,3	131,7	131,5	122,1
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁸⁾	Anzahl	1 510	930	815 p	1 255 p	815 p	1 180
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	6,3	8,2
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 139	1 100 p	1 260 p	1 070 p	1 229
dar. unehelich	"	143	105	100 p	178 p	110 p	92
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	7,8	8,5
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	14,4	7,8	8,5
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	9,3	9,0 p	14,1 p	9,7 p	13,2
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 156	2 020 p	2 460 p	1 520 p	2 117
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	27	23 p	30 p	10 p	28
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	13,6	14,7	14,7
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	13,6	14,7	14,7
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁹⁾	"	17,2	23,6	19,7 p	23,8 p	10,7 p	23,5
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	+ 123	- 1 017	- 920 p	- 1 200 p	- 450 p	- 888
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 0,8	- 6,9	- 6,1
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	6 337	5 653	5 745	5 183	6 213
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	6 553	6 536	6 438	4 992	6 291	7 215
Fortgezogene Personen	"	- 379	- 199	- 785	+ 753	- 1 108	- 1 002
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	- 37	+ 83	- 296	+ 507	- 501	- 217
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	- 342	- 282	- 489	+ 246	- 607	- 785
dav. männlich	"
weiblich	"
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 455	15 408	13 756	13 305	15 300
Nach Gebieten	"
a) Zugezogene aus	"
Schleswig-Holstein	"	1 542	1 669	1 807	1 864	1 740	1 687
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	835	1 110	1 231	1 244	1 140	1 126
Niedersachsen	"	1 091	1 000	953	1 029	1 001	970
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	272	379	347	421	406	354
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 466	1 320	1 260	1 213	1 408
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	1 535	2 202	1 573	1 592	1 229	2 148
b) Fortgezogene nach	"
Schleswig-Holstein	"	2 351	2 534	2 694	1 906	2 424	2 988
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 620	1 810	2 184	1 457	1 886	2 251
Niedersachsen	"	1 268	1 616	1 564	1 178	1 310	1 665
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	525	906	838	676	785	923
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 618	1 468	1 141	1 315	1 828
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	767	768	712	767	1 242	734

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. - ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. - ⁷⁾ Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. - ⁸⁾ nach dem Ereignisort. - ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. - ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹²⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1974	Mai 1974	Juni 1974	Juni 1973
		1965	1973				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	17 067	16 740	16 614	16 616	16 607	16 823
Patienten ²⁾	"	13 593	13 110	13 866	12 320	12 763	13 604
Pflegetage	"	415 910	406 670	400 310	426 727	393 110	427 174
Bettenausnutzung	%	83,9	83,3	82,7	85,4	81,5	84,9
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 017	3 030	3 061	3 061	3 061	3 026
Patienten ²⁾	"	3 134	2 893	2 925	2 903	2 889	2 904
Pflegetage	"	86 329	82 499	81 134	84 158	80 876	80 806
Bettenausnutzung	%		92,8	91,5	91,8	91,5	92,2
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	522 383	842 743	524 111	750 412	1 077 235	1 612 326
dar. in Hallenschwimmbädern	"	286 227	467 560	490 990	424 037	341 614	374 195
in Freibädern	"	158 845	339 706	—	291 387	706 671	1 205 192
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	347 847	527 563	564 296	577 851	529 995	486 329
Ausgeliehene Noten	"	4 079	7 021	8 048	7 862	4 848	7 138
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	23 403	37 938	44 393	43 448	44 965	33 282
Besucher der Lesesäle	"	7 069	9 448	11 053	12 169	9 942	9 224
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung —	"						
Besucher der Bibliothek und der Archive	"	2 131	3 446	4 004	4 032	2 864	3 285
Commerzbibliothek	"						
Ausgeliehene Bände	"	2 709	2 555	2 541	2 769	2 017	2 324
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 286	1 500	1 437	1 573	1 094	1 405
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	43 961	68 258	59 859	64 921	77 701	56 933
dav. Hamburger Kunsthalle	"	8 351	12 302	7 700	11 688	9 740	9 398
Altonaer Museum in Hamburg, Nord-	"						
deutsches Landesmuseum	"	5 531	12 530	8 440	9 036	10 841	7 724
Hamburgisches Museum für	"						
Völkerkunde	"	4 455	6 177	6 391	6 596	7 149	4 839
Helms-Museum	"	5 799	13 421	17 915	20 653	29 248	17 720
dar. Freilichtmuseum am Klekeberg	"		12 094	16 731	19 219	27 446	16 911
Museum für Hamburgische Geschichte	"	9 247	11 447	9 411	9 708	10 769	8 529
Museum für Kunst und Gewerbe	"	7 983	6 383	4 024	2 568	3 640	3 941
Planetarium	"	2 595	5 998	3 722	3 192	4 688	4 782
Bischofstum	"			2 256	1 480	1 626	—
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ¹⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	681,5	681,5	680,6
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	399,1	396,5	398,8
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	46,3	46,2	46,4
Rentner	"	175,5	236,1	238,8	235,4
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	28,7	30,2	28,5
dav. männlich	"	17,9	19,6	20,5	19,4
weiblich	"	8,8	9,1	9,7	9,1
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	3 410	5 542	11 353	9 843	9 107	4 437
dav. männlich	"	2 318	2 959	6 452	5 715	5 215	2 329
weiblich	"	1 092	2 583	4 901	4 128	3 892	2 108
dar. nach ausgewählten Berufsbereichen	"						
Fertigungsberufe	"	1 155	..	3 730	3 308	2 778	946
Technische Berufe	"	108	..	803	775	728	324
Dienstleistungsberufe	"	2 965	..	6 144	5 204	5 201	3 036
2. Offene Stellen	"	25 827	18 838	14 687	15 334	16 376	22 210
3. Arbeitssuchende ¹⁾	"	8 299	12 519	18 529	17 092	16 475	11 127
4. Vermittlungen ¹⁾	"	16 368	11 269	11 872	11 191	9 761	10 855
dar. Kurzfristige Vermittlung bis zu 7 Tagen	"	10 527	5 765	6 912	6 256	5 358	5 935
5. Kurzarbeiter	"	3	284	1 281	947	157	—

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr und des Strafvollzugsamts. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁵⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1974	Mai 1974	Juni 1974	Juni 1973
		1965	1973				
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
* Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 444	1 815	1 890	1 675	1 663
* dav. an Molkereien geliefert	%	86,0	92,2	95,3	97,1	96,8	96,2
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	10,4	14,8	14,9	13,6	12,1
2. Milcherstellung der Molkereien							
Vollmilch,	t	10 011					
pasteurisiert, lose	"	3 528	1 549	1 311	1 448	1 234	1 766
pasteurisiert, abgepackt	"		7 595	7 217	7 324	6 595	8 409
ultra-hocherhitzt	"	6 482	1 046	1 266	1 585	1 228	1 072
Teilenträhmte Milch,	"						
pasteurisiert, abgepackt	"	—	136	171	153	143	184
ultra-hocherhitzt	"	—	316	1 130	1 100	997	248
Enträhmte Milch	"	382	620	38	43	51	1 188
Buttermilcherzeugnisse	"			534	553	624	
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"			207	199	203	
3. Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	8,4	7,5	6,7	5,1
Kälber	"	2,6	1,1	1,4	1,3	1,0	1,3
Schweine	"	47,0	29,7	31,9	29,0	25,4	28,2
Schafe	"	2,7	0,7	1,1	0,7	0,6	0,6
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,2	6,8	7,3	5,9	4,0
Kälber	"	2,5	1,0	1,4	1,2	1,0	1,3
Schweine ¹⁾	"	49,6	30,3	31,8	28,7	25,6	28,3
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ²⁾	t	6 229	4 744	4 920	4 777	4 096	3 925
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	1 678	1 844	1 970	1 604	1 112
Kälber	"	187	80	98	99	71	80
Schweine	"	4 318	2 960	2 944	2 688	2 402	2 712
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie ³⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 367	1 342	1 333	1 331	1 365
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	194	190	189	188	193
dar. Arbeiter ⁴⁾	"	152	119	115	115	115	119
Geleistete Arbeiterstunden ⁵⁾	24 859	18 319	17 859	18 108	16 057	17 964	17 964
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	199	216	221	209	204
Gehälter (Bruttosumme)	"	75	170	191	189	190	182
Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁶⁾	14	4	3	7	5	4
Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 661	1 206	1 144	1 244	2 095
Erdgasverbrauch (Ho = 8 400 kcal/cbm) ⁷⁾	1 000 cbm		63 213	36 351	36 883	32 860	55 440
Heizölverbrauch	1 000 t	69	58	53	48	43	46
Stromverbrauch	Mio kWh	112	187	234	254	253	178
Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	16	13	12	11	10	11
Umsatz ⁸⁾	Mio DM	1 304	1 917	2 250	2 346	2 161	1 884
dar. Auslandsumsatz ⁹⁾	"	155	315	381	420	391	303
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	126,9	131,4 p	128,5	134,2	132,4
Verarbeitende Industrie	"	109,0	125,6	130,7 p	128,0	134,4	133,3
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	141,8	146,0 p	143,8	142,9	154,7
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	131,7	138,0 p	132,9	156,5	142,1
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	109,9	112,4 p	106,9	106,3	110,9
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	105,8	111,9 p	111,9	113,6	107,1
Bauindustrie	"	103,7	128,4	124,2 p	121,8	116,3	144,4
Umsatz ⁸⁾ nach Industriegruppen insgesamt							
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	215	333	495	511	461	318
Chemische Industrie	"	101	168	199	205	185	172
Elektroindustrie	"	143	239	258	270	270	234
Maschinenbau	"	83	150	135	151	157	169
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	14	14	13	13
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	596	610	605	629	409
Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	58	60	43	36	46
Vj.-Durchschnitt ¹⁰⁾							
		1965	1972	4. Vj. 1972	1. Vj. 1973	2. Vj. 1973	2. Vj. 1972
3. Handwerk (Meßziffern) ¹⁰⁾							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	82,5	82,0
Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	185,7	232,3
dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	183,9	239,0

¹⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ²⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren. — ³⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ⁴⁾ einschließlich der gewerblich Auszubildenden. — ⁵⁾ einschließlich der gewerblich Auszubildenden. — ⁶⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁷⁾ bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm, ab Januar 1947 Ho = 8 400 kcal/cbm. — ⁸⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁹⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ¹⁰⁾ ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1974	Mai 1974	Juni 1974	Juni 1973
		1965	1973				
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe ¹⁾							
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	43 660	37 590	36 971	...	44 714
dar. Inhaber	"	1 365	1 238	1 225	1 174	...	1 301
Angestellte	"	4 684	6 218	6 120	6 081	...	6 235
Arbeiter ²⁾	"	43 102	36 204	30 245	29 718	...	37 178
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 711	5 007	5 057	...	6 141
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 738	1 501	1 495	...	1 941
gewerbl. und Industr. Bauten	"	1 673	2 034	1 633	1 495	...	1 995
öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	1 939	1 873	1 846	...	2 205
• Löhne (Bruttosumme) ³⁾	Mio DM	46,3	80,6	70,3	76,7	...	88,2
• Gehälter (Bruttosumme) ³⁾	"	5,9	15,6	14,7	16,5	...	16,8
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	229,6	149,4	315,4	...	239,5
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	66,4	39,7	50,6	...	67,0
gewerbl. und Industr. Bau	"	31,0	81,8	50,5	55,5	...	83,2
öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	81,4	59,2	209,3	...	89,3
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	164	85	117	55	270
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	...	89	65	65	35	201
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	416	158	251	132	410
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	85,8	41,6	61,5	28,9	78,4
• Wohnfläche	1 000 qm	95	87	35	59	30	84
Nichtwohnbauten							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	65	63	27	31	92
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	493	318	116	241	468
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	71,5	54,5	24,3	40,3	84,4
• Nutzfläche	1 000 qm	73	89	65	26	37	103
Wohnungen							
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 199	487	740	394	1 094
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	155	149	100	94	243
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	378	412	321	222	369
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	75,6	112,2	72,6	43,9	78,5
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	63	59	47	41	88
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	481	352	966	457	460
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	73,6	48,6	132,7	44,5	75,1
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 066	1 185	964	562	930
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	171	107	71	68	89
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	88	63	40	42	52
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	189	253	149	219	213
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	80,7	49,5	28,5	39,0	40,9
Wohnfläche	1 000 qm	96	91	65	32	42	45
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	69	38	19	30	44
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	638	243	351	209	211
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	77,9	28,7	19,1	33,5	30,8
Nutzfläche	1 000 qm	69	101	47	39	40	41
Wohnungen							
Wohnungen insges. ⁴⁾ (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 244	712	391	654	595
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	968	565	376	50	317	238
5. Bauüberhang							
(am Ende des Berichtszeitraumes) ⁴⁾							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	13 500	15 600	16 100	16 100	16 500
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	4 500	3 200	3 000	2 800	4 400
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ⁴⁾							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	188	189	189	189	187
Wohnungen	"	636	738	740	740	741	727
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 755	2 764	2 766	2 768	2 717

¹⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ²⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — ³⁾ ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ⁴⁾ ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — ⁵⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ⁶⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatdurchschnitt		April 1974	Mai 1974	Juni 1974	Juni 1973
		1965	1973				
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1970 = 100	.	120,2	129,3	127,0	...	110,4
dar. Warenhäuser	.	.	132,3	132,2	128,5	...	122,5
Facheinzelhandel	.	.	118,7	109,5	125,2	...	115,8
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1970 = 100	.	155	147
dav. Unternehmen des Außenhandels	.	.	160	154
Unternehmen des Binnengroßhandels	.	.	148	139
3.* Die Ausfuhr des Landes Hamburg *)							
Mio DM	.	212	420	603	698	...	361
dav. Waren der Ernährungswirtschaft	.	17	55	73	105	...	35
Gewerblichen Wirtschaft	.	195	365	530	593	...	326
dav. Rohstoffe	.	2	3	5	6	...	2
Halbwaren	.	60	83	153	171	...	83
Fertigwaren	.	143	279	372	416	...	241
dav. Vorerzeugnisse	.	9	29	63	80	...	23
Enderzeugnisse	.	134	250	309	336	...	218
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern
Europa	.	152	311	408	521	...	272
dar. EG-Länder	.	92	199	243	323	...	179
EFTA-Länder	.	40	57	70	96	...	50
4. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	.	125,5	137,5	142,2	...	132,8
dav. Beherbergungsgewerbe	.	.	133,6	136,9	147,3	...	149,8
Gaststättengewerbe	.	.	123,2	137,6	140,6	...	127,7
5. Fremdenverkehr *)							
Fremdenmeldungen	1 000	120	117	122	137	...	141
dar. von Auslandsgästen	.	42	40	36	43	...	49
Fremdenübernachtungen	.	232	225	234	245	...	272
dar. von Auslandsgästen	.	90	74	68	77	...	91
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 512	1 506	1 509 p	1 600 s	1 506
Angekommene Schiffe	.	1 739	1 571	1 606	1 580 p	1 680 s	1 576
Abgegangene Schiffe	.	2 942	4 154	4 497 r	4 796 p	4 170 p	3 952
Güterverkehr über See	1 000 t	2 229	3 096	2 964 r	3 500 p	2 984 p	2 919
dav. Massengut	.	1 634	2 446	2 331 r	2 882 p	2 370 p	2 265
dav. Mineralöle	.	968	1 416	1 349 r	1 580 p	1 258 p	1 421
Sack- und Stückgut	.	595	650	633 r	618 p	614 p	654
Versand	.	713	1 058	1 533 r	1 296 p	1 186 p	1 033
dav. Massengut	.	292	472	705 r	509 p	547 p	434
Sack- und Stückgut	.	421	586	828 r	787 p	639 p	599
2. Binnenschifffahrt							
Güterempfang	1 000 t	340	382	409	448 r	460 s	447
Güterversand	.	309	400	470	498 r	500 s	482
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) *)							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	4 088	5 165	5 374 p	5 989 p	6 040 p	5 883
Fluggäste	.	141,5	258 767	275 123 p	311 260 p	319 231 p	272 158
Fracht	1 000 t	1 164,4	2 013,6	2 237,0 p	2 337,6 p	1 939,0 p	1 656,9
Luftpost	.	413,7	722,7	686,8 p	738,5 p	666,6 p	650,5
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr *) (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen
Schnell- und Vorortbahnen	1 000	23 537	27 546	28 790 p	29 257 p	...	25 570
Straßenbahn	.	9 436	3 587	3 242 p	3 380 p	...	2 816
Kraftomnibusse	.	12 289	18 621	19 600 p	20 343 p	...	17 857
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung *) 1*) (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	488,7	495,1	498,8	501,1	494,4
dar. Personenkraftwagen *) 2)	.	310,8	438,5	443,6	446,9	448,9	443,7
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 419	6 171	5 928	...	5 945
dar. Personenkraftwagen *)	.	4 632	4 907	5 491	5 390	...	5 483
Lastkraftwagen	.	362	379	467	362	...	320
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden *)	Anzahl	859	986	846	938	871	1 056
Getötete Personen	.	26	24	18	16	14	28
Verletzte Personen	.	1 106	1 308	1 137	1 201	1 169	1 389

*) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. - *) Quelle: Statistisches Bundesamt. - *) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. - *) ohne Helme, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. - *) ohne Transit. - *) Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. - *) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn, und Bundespost. - *) einschließlich Kombinationskraftwagen. - *) teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1974	Mai 1974	Juni 1974	Juni 1973
		1965	1973				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mio DM		38 431,4	40 429,0	41 298,5	41 975,4	38 794,2
* Kredite an Nichtbanken	"		10 470,1	10 783,6	11 248,0	11 704,2	10 450,7
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"		10 357,1	10 625,3	11 062,8	11 474,2	10 358,7
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		5 851,0	6 066,0	6 244,9	6 233,6	5 926,4
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ²⁾	"		5 393,1	5 523,1	5 663,3	5 634,6	5 480,4
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		22 110,3	23 579,4	23 805,6	24 037,6	22 417,1
Langfristige Kredite ²⁾ (von 4 Jahren und darüber)	"		20 084,9	21 356,2	21 514,3	21 664,2	20 382,8
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		809,6	727,2	729,1	729,6	816,2
dar. Durchlaufende Kredite	"		27 194,1	29 617,1	29 968,5	29 869,6	27 260,3
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"		17 617,9	19 671,0	19 986,2	19 886,1	17 716,0
dav. Sicht- und Termingelder	"		12 981,1	14 456,8	14 678,1	14 662,1	12 762,5
dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"	4 069,9	9 576,2	9 946,1	9 982,3	9 983,5	9 544,3
Spareinlagen	"	2 792,9	6 283,6	6 530,8	6 563,4	6 582,6	6 265,8
dar. bei Sparkassen	"	244,3	531,5	512,8	550,0	470,9	505,7
* Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	203,9	542,7	537,1	516,7	472,6	551,3
* Lastschriften auf Sparkonten	"	12,9	46,6	2,8	2,9	2,9	2,6
* Zinsgutschriften	"						
2. Konkurse und Vergleichsverfahren	Anzahl	17	18	29	28	21	15
3. Wechselproteste	Anzahl	1 044	635	639	704	671	628
Betrag	1 000 DM	1 314	2 988	3 212	3 698	2 938	2 077
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ³⁾	Anzahl	20 563	24 650	22 560	21 388	17 687	24 981
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 058	3 449	3 562	3 897	3 037	3 283
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 196	1 533	1 367	1 608	1 402	1 276
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	353	492	524	552	428	444
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg ⁴⁾	Anzahl	162	157	159	159	160	156
Aktiengesellschaften	Mio DM	3 975	5 913	6 320	6 333	6 334	5 873
Grundkapital	Anzahl	3 877	6 086	6 419	6 471	6 520	6 070
Gesellschaften m.b.H. Stammkapital	Mio DM	2 962	5 351	5 821	5 825	5 845	5 341
Steuern							
1.* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM		814 395	709 267	832 979	1 338 980	1 029 623
* dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	478 819	373 044	516 689	876 559	659 782
dav. Lohnsteuer	"	89 007	300 925	317 471	321 150	340 607	295 945
Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	100 573	43 275	14 041	217 558	224 801
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	24 266	14 833	153 351	174 528	31 507
Körperschaftsteuer	"	36 706	53 055	— 2 535	28 147	143 866	107 530
Steuern vom Umsatz	"	335 576	336 222	336 222	316 290	462 420	369 841
dav. Umsatzsteuer	"	82 827	206 263	145 443	131 393	251 111	223 819
Einfuhrumsatzsteuer	"		129 313	190 780	184 896	211 309	146 022
2.* Bundessteuern	1 000 DM	523 065	865 424	708 712	838 371	912 957	840 176
* dar. Zölle	"	45 076	56 426	63 606	62 298	59 951	55 152
* Verbrauchsteuern	"	358 150	782 783	621 451	744 523	815 945	756 638
dar. Mineralölsteuer	"	261 342	665 657	609 772	637 942	704 878	644 273
3.* Landessteuern	1 000 DM	35 517	42 954	29 343	74 756	20 553	21 802
* dar. Vermögensteuer	"	11 355	16 971	3 313	49 642	3 479	— 175
* Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	12 314	12 535	12 973	8 482	11 852
* Biersteuer	"	2 430	3 136	2 780	3 423	3 533	3 586
4.* Gemeindesteuern	1 000 DM	46 355	94 475	52 715	215 730	29 276	22 111
* dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	70 343	13 732	190 573	22 667	16 888
* Grundsteuer A	"	73	90	9	103	14	183
* Grundsteuer B	"	5 134	9 402	1 461	20 460	5 568	4 175
5.* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	601 215	1 308 304	1 082 945	1 312 367	1 604 608	1 374 025

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ³⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — ⁴⁾ ohne RM-Gesellschaften.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1974	Mai 1974	Juni 1974	Juni 1973
		1965	1973				
Noch: Steuern							
5.* Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1 000 DM	157 752	269 532	86 174	363 909	492 393	321 862
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{1) 2)}	"	122 235	176 408	34 189	220 378	387 508	293 439
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	.	37 385	22 643	29 972	84 332	6 622
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	.	12 785	—	38 803	—	—
Außerdem:							
Einnahmen aus Gemeindesteuern ³⁾	"	46 355	68 905	52 715	138 124	29 276	22 111
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer ¹⁾	"	.	47 805	21 963	44 084	78 143	72 906
Einnahmen des Landes insgesamt	"	.	386 242	160 852	546 118	599 812	416 879
			Vj.-Durchschnitt 1973	3. Vj. 1973	4. Vj. 1973	1. Vj. 1974	1. Vj. 1973
Öffentliche Finanzen							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben	Mio DM	.	1 762,5	1 779,7	1 999,7	1 937,4	1 620,0
dar. Personalausgaben	"	.	795,7	737,7	882,4	917,6	812,6
Bauinvestitionen	"	.	185,1	203,9	278,5	125,9	121,9
dar. für Schulen	"	.	54,8	65,1	76,8	39,8	33,6
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	.	23,1	26,1	39,2	23,9	13,9
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	.	8,5	10,0	12,9	5,1	4,4
Straßen	"	.	20,2	24,1	34,9	11,5	8,4
Wasserstraßen und Häfen	"	.	21,1	23,7	28,1	11,7	15,6
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	.	155,0	116,5	130,8	190,1	168,2
Zuführung an Rücklagen	"	.	8,6	20,0	14,2	0,0	0,0
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen	"	.	1 802,7	1 815,3	2 001,5	1 909,0	1 729,6
dar. Steuern	"	.	1 158,7	1 275,1	1 210,2	1 323,1	1 114,1
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	.	57,7	56,7	64,9	41,4	45,3
Gebühren, Beiträge usw.	"	.	192,2	199,1	188,2	233,9	202,6
Entnahme aus Rücklagen	"	.	12,5	29,7	1,9	37,2	17,9
Schuldenaufnahme	"	.	207,8	58,5	325,2	140,8	221,1
3. Schuldenstand am Ende des Quartals	"	.	4 933,7	4 837,1	5 144,3	5 172,4	4 735,5
dar. am Kreditmarkt	"	.	3 578,3	3 491,5	3 773,7	3 813,0	3 386,3
bei Gebietskörperschaften	"	.	694,2	683,9	711,7	702,3	678,1
			Monatsdurchschnitt	November 1973	Februar 1974	Mai 1974	Mai 1973
			1965				
Preisindizes für Baugewerbe							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	199,0	203,6	207,9	221,4	200,0
dav. Einfamiliengebäude	"	113,3	200,0	204,9	209,8	223,4	200,8
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	198,0	202,3	206,0	219,4	199,2
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	197,6	202,1	206,2	219,2	198,6
Bürogebäude	"	112,2	194,2	197,6	201,3	213,7	195,8
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	192,2	195,0	197,4	206,9	193,2
				Juli 1973	Oktober 1973	Januar 1974	Januar 1973
Löhne und Gehälter ⁴⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM						
männliche Arbeiter	"	232	394	441	448	445	412
weibliche Arbeiter	"	140	245	278	280	281	257
Bruttostundenverdienste	"						
männliche Arbeiter	"	5,10	8,90	10,02	10,15	10,21	9,41
weibliche Arbeiter	"	3,32	5,97	6,73	6,77	6,82	6,20
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.						
männliche Arbeiter	"	45,5	44,2	44,0	44,1	43,6	43,8
weibliche Arbeiter	"	42,2	41,0	41,2	41,3	41,2	41,5
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte	DM						
männlich	"	1 098	1 905	2 171	2 209	2 293	2 077
weiblich	"	747	1 381	1 570	1 611	1 638	1 488
Technische Angestellte	"						
männlich	"	1 182	2 033	2 308	2 328	2 371	2 158
weiblich	"	748	1 374	1 542	1 570	1 585	1 456
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte	"						
männlich	"	1 043	1 775	1 993	2 036	2 096	1 883
weiblich	"	668	1 254	1 376	1 411	1 448	1 288
In Industrie und Handel ⁵⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte	"						
männlich	"	1 058	1 808	2 038	2 078	2 145	1 932
weiblich	"	688	1 286	1 416	1 451	1 486	1 329
Technische Angestellte	"						
männlich	"	1 176	2 024	2 252	2 276	2 317	2 106
weiblich	"	838	1 504	1 699	1 746	1 768	1 614

¹⁾ nach Zerlegung. — ²⁾ nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. — ³⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ⁴⁾ Effektiverdienste; ab 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ⁵⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1974	Mai 1974	Juni 1974	Juni 1973
		1965	1973				
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 114	11 168	11 506	11 862	10 328	12 701
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	4	7	8	10	5	4
Körperverletzung	"	41	420	412	478	429	487
Raub, räuberische Erpressung	"	5 235	7 132	7 297	7 586	6 611	8 395
Diebstahl	"	1 822	3 506	3 840	3 960	3 501	4 297
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	722	1 200	1 344	1 271	1 100	1 241
Betrug und Untreue	"						
Außerdem:							
Verkehrsvergehen ¹⁾	"	862	1 447	1 706	1 771	1 381	1 327
Verkehrsordnungswidrigkeiten ²⁾	"	8 929	9 671	10 983	10 207	8 331	7 670
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	423	532	443	430	346	526
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ³⁾	"	31 317	29 591	33 546	34 993	25 651	28 064
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	4 960	13 970	13 593
dav. Feueralarme	"	288	475	437
dar. bekämpfte Großbrände	"	9	14	17
falsche Alarmer und Unfugmeldungen	"	67	107	92
Rettungswageneinsätze	"		12 616	12 285
dar. für Krankentransporte	"	4 494	2 835	2 514
Straßen- und Verkehrsunfälle	"		1 801	1 963
Hilfeleistungen aller Art	"		879	871
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"		110	98

¹⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. -- ²⁾ vor dem 1. 1. 1969 Obertretungsanzeigen und ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. -- ³⁾ vor dem 1. 1. 1969 gebührenpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschließlich Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die zuvor unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt wurden.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1973

Großstädte	Bevölkerung							Erwerbstätigkeit		Industrie ¹⁾			
	Wohnbevölkerung (Bunz)	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zuzugene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose ¹⁾	Offene Stellen ¹⁾	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz ²⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner
	1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM
Berlin	4. Vj. 2 048 3. Vj. 2 050 ^{a)}	4 112 4 588	10 077 9 085	- 5 965 - 4 497	23 428 24 839	19 538 23 052 ^{a)}	- 2 075 - 2 710	16 259 6 976	11 520 21 258	231 151 236 781	113 116	5 968 5 632	2 914 2 747
Hamburg	4. Vj. 1 752 3. Vj. 1 755	3 343 3 499	7 330 5 937	- 3 987 - 2 438	19 583 19 703	18 582 20 002	- 2 986 - 2 737	9 097 4 590	11 920 21 083	191 596 192 861 r	109 110	6 524 5 537 r	3 724 3 155
München	4. Vj. 1 339 ^{a)} 3. Vj. 1 338 r	2 367 p 2 557	3 238 3 037	- 871 - 480	23 466 p 26 535	21 782 p 26 078	+ 813 + 1 977	8 050 p 4 887 ^{a)}	8 570 21 968 ^{a)}	193 098 194 740	144 146	5 454 p 5 139	4 073 p 3 841
Köln	4. Vj. 832 3. Vj. 833	1 916 2 009	2 696 2 303	- 780 - 294	14 368 15 570	14 701 16 049	- 1 113 - 773	6 756 3 582	6 198 8 820	131 320 133 043	158 160	3 502 3 044	4 209 3 654
Essen	4. Vj. 677 3. Vj. 679	1 318 1 370	2 335 2 094	- 1 017 - 724	5 590 6 026	6 593 6 997	- 2 020 - 1 695	6 302 4 289	3 754 7 025	61 125 61 785	90 91	1 323 1 264	1 954 1 862
Düsseldorf	4. Vj. 636 3. Vj. 638	1 173 1 309	2 006 1 904	- 833 - 595	9 896 9 829	11 760 11 438	- 2 697 - 2 204	4 299 2 138	3 731 7 708 p	112 391 p 113 341 p	177 p 178 p	2 678 p 2 505 p	4 210 p 3 926 p
Frankfurt/M.	4. Vj. 673 3. Vj. 675	1 260 1 386	2 064 1 896	- 804 - 510	14 339 16 198	14 333 17 009	- 798 - 1 321	4 792 2 874	9 203 19 794	125 907 126 734	187 188	3 227 2 896	4 795 4 303
Dortmund	4. Vj. 637 3. Vj. 638	1 336 1 427	2 136 1 964	- 800 - 537	5 403 5 232	4 951 5 583	- 348 - 888	5 507 3 364	3 527 6 678	76 163 77 471	120 122	1 542 1 433	2 421 2 250
Stuttgart	4. Vj. 624 3. Vj. 627	1 175 p 1 380	1 585 p 1 490	- 410 r - 110	14 852 p 17 499	15 926 18 624	- 1 484 - 1 235	1 303 947	8 588 14 568	146 994 148 327	236 237	4 636 4 471	7 429 p 7 142
Bremen	4. Vj. 584 3. Vj. 587	1 264 1 362	1 968 1 761	- 702 - 399	6 865 8 187	8 500 8 163	- 2 337 - 375	4 619 2 998	3 980 7 731	85 625 84 356	147 144	3 048 2 543	5 219 4 332
Hannover	4. Vj. 610 3. Vj. 516 r	975 1 029	1 768 1 556	- 793 - 527	9 716 10 372 r	9 645 10 045 r	- 722 - 200	5 469 3 413	4 683 9 465	106 514 106 241	209 206 r	2 631 2 204	5 158 4 271 r

Großstädte	Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ⁴⁾			Straßenverkehrs-unfälle		Steuern	
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ³⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ⁵⁾	Lohn- und Einkommensteuer
	1 000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1000 cbm	1 000	Anzahl	1 000	Anzahl	Anzahl	1 000 DM	1 000 DM
Berlin	4. Vj. 15 494 3. Vj. 15 865	598 467	292 228	455 718	3 417 5 141	827 595	6 593 5 348	3 668 789	245 274	120 134	649 763	3 390 3 447	4 202 4 411	64 669 107 599	75 431 59 788
Hamburg	4. Vj. 15 385 3. Vj. 17 032	793 820	453 467	366 638	3 779 4 676	1 099 389	8 556 2 716	4 788 520	299 429	171 244	599 797	2 886 2 885	3 864 3 991	137 593 174 003	163 036 144 686
München	4. Vj. 19 234 3. Vj. 22 878	801 703	598 525 p	202 384	1 560 2 967	488 615	4 809 3 588	1 182 837	471 604	352 451 p	988 1 184	1 899 2 246	2 610 3 134	110 427 155 349	130 705 115 964
Köln	4. Vj. 7 740 3. Vj. 8 223	385 304	463 365	220 182	1 736 1 974	524 126	5 042 1 284	1 485 172	154 204	185 245	292 360	1 140 1 260	1 495 1 656	139 721 96 557	62 060 48 581
Essen	4. Vj. . 3. Vj.	230 177	1 652 1 445	400 131	2 517 731	801 349	37 31	65 46	80 70	741 817	1 005 1 090	40 354 58 392	84 091 32 914
Düsseldorf	4. Vj. 8 639 p 3. Vj. 8 242	352 p 312	553 p 489	71 68	644 732	419 142	3 671 967	1 251 387	153 150	241 235	311 305	886 862	1 101 1 075	71 710 p 108 166	69 016 p 44 379
Frankfurt/M.	4. Vj. 11 147 3. Vj. 11 893	473 427	703 634	233 193	1 786 1 087	341 20	3 777 322	1 763 365	280 332	416 493	538 621	1 055 1 153	1 411 1 494	173 089 183 831	103 793 48 764
Dortmund	4. Vj. 5 930 3. Vj. 5 870	260 262	408 411	245 179	1 819 896	293 270	1 704 1 191	539 178	37 35	68 55	71 70	804 847	1 053 1 127	37 984 40 507	69 854 27 341
Stuttgart	4. Vj. 10 865 3. Vj. 12 588	508 413	814 p 660	128 120	761 913	346 192	1 847 1 388	607 197	119 118	191 p 188	273 275	819 849	1 135 1 224	99 817 67 127	54 976 50 811
Bremen	4. Vj. . 3. Vj.	142 218	698 1 120	444 289	2 084 1 228	969 583	73 88	125 150	144 162	946 998	1 171 1 212	88 888 85 790	44 040 37 056
Hannover	4. Vj. 5 563 3. Vj. 6 232	226 241	443 467 r	34 79	363 1 135	249 143	1 592 724	1 132 138	91 91	178 176 r	156 165	892 822	1 175 1 021	36 348 74 543	73 590 31 792

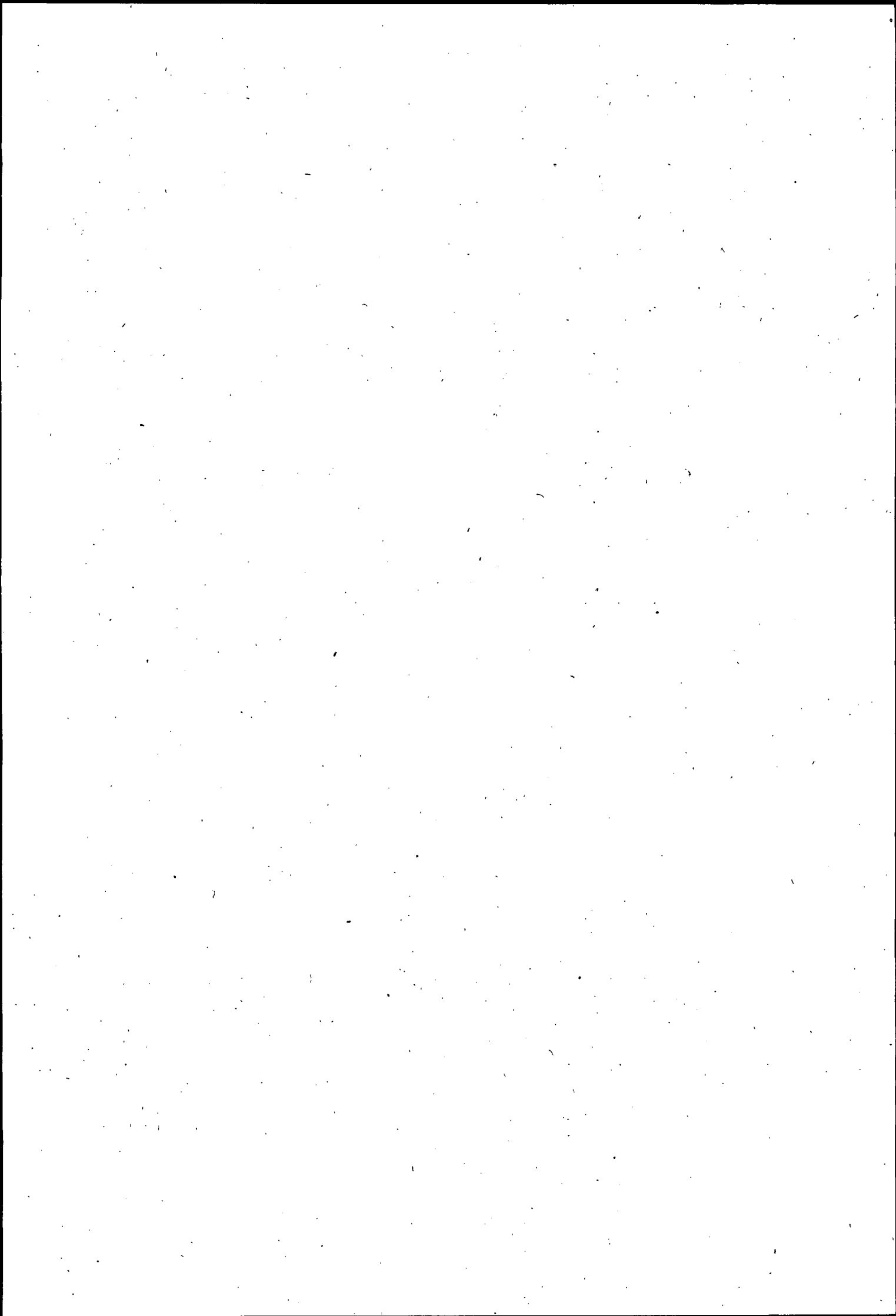
¹⁾ jeweils Quartalsende. - ²⁾ Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. - ³⁾ ohne Mehrwertsteuer. - ⁴⁾ ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. - ⁵⁾ einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. - ⁶⁾ in den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. - ⁷⁾ einschließlich Landkreis München.

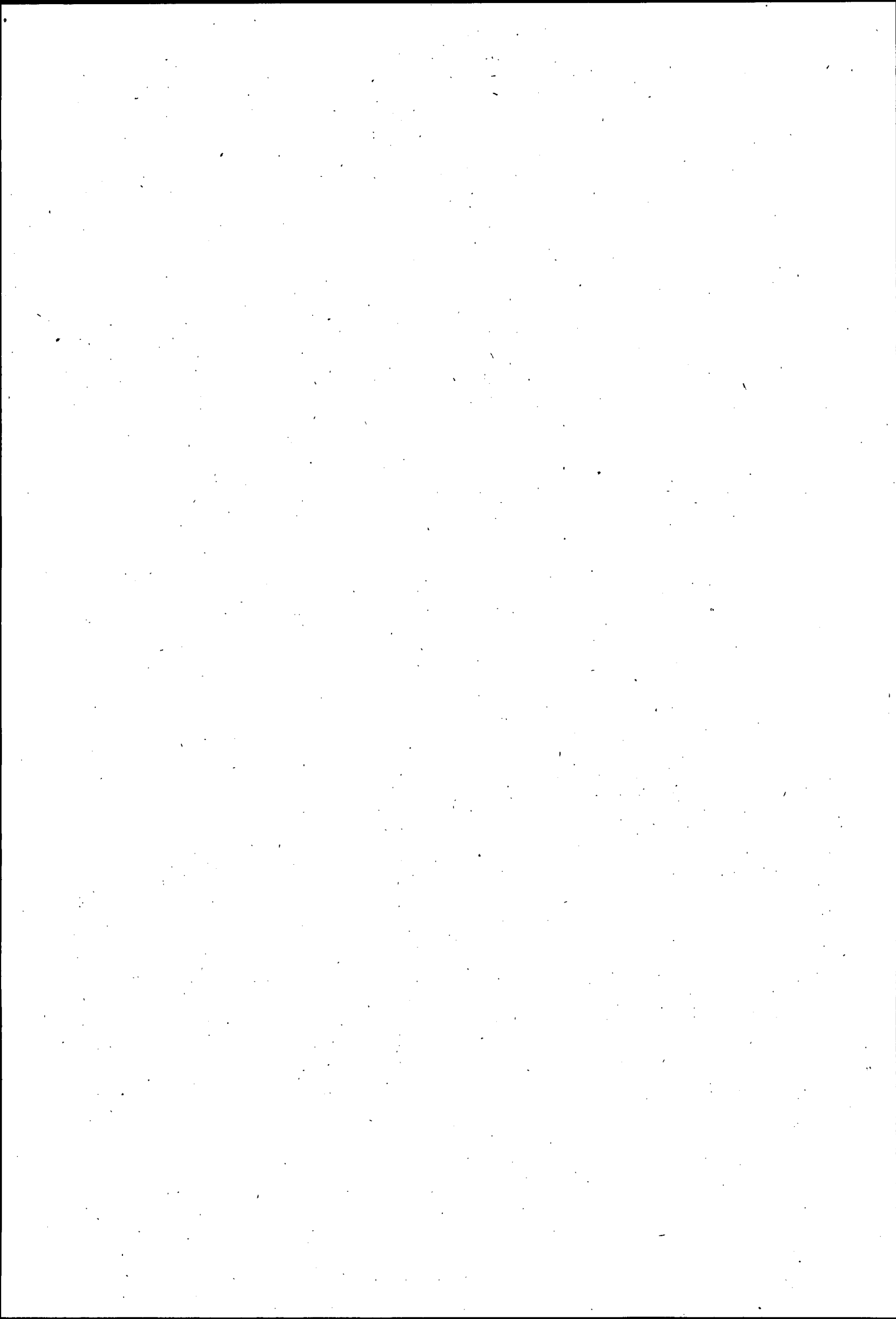
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1974	April 1974	Mai 1974	Mai 1973
		1965	1973				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	...				
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	...	6,5 p	...		7,4
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	...	8,0 p	...		10,5
Gestorbene	1 Jahr	11,5	...	12,9 p	...		11,3
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 368	8 232	8 210	...	8 352
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	11 144	910	903	...	969
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	666 933	63 904	62 917	...	57 308
der. Auslandsumsatz	-	4 903	143 233	15 944	15 108	...	12 369
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsstg.)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962 = 100	118,2	178,7 r	181,3	187,9	184,7	184,2
Verarbeitende Industrie	"	119,1	182,3 r	184,5	192,6	189,0	188,7
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	212,2 r	217,4	227,4	223,9	219,7
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	176,7 r	178,2	186,2	183,9	183,7
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	167,1 r	171,1	174,9	168,0	173,9
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	"	115,2	152,8 r	147,2	157,7	155,1	153,8
Bauindustrie	"	118,9	149,6 r	134,6	158,2	158,9	174,7
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 642,8	...	1 359	1 549
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Mio Std.	233,3	...	168,3	232,5
Geleistete Arbeitsstunden							
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698	...	4 965,3	5 931,8
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	54 841 p	36 961	36 506	42 044	68 245
Baufertigstellungen für Wohnungen	-	49 326	59 519	25 288	25 419	27 653	32 936
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"		128,3	146,7	148,7	149,1	134,5
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	12 198
dav. Empfang	"	6 950	9 753
Versand	"	1 885	2 445
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	188 344	203 889	213 580	210 632	241 966
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	26 364	29 443 p	24 486	27 123 p	29 624 p	35 118
Getötete Personen	"	1 313	1 358 p	1 065	1 052 p	1 192 p	1 576
Verletzte Personen	"	36 124	40 642 p	33 109	36 919 p	35 599 p	48 677
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	5 105	4 109	4 679	5 284	4 216
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	2 204	5 294	518	282	349
Körperschaftsteuer	"	681	907	2 081	51	31	118
Steuern vom Umsatz ⁷⁾	"	2 018	4 152	3 825	4 046	4 179	3 874
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾	1962 = 100	104,0	123,8	136,9	138,3	140,0	122,8
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100		112,6	144,8	146,0	143,9	111,8
Index der Verkaufspreise für Austuhrgüter	"		112,3	128,3	129,8	130,5	111,7
Preisindex für Wohngebäude ²⁾	"	114,6	187,1			125,8	117,7
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁾	1970 = 100	89,3	118,2	124,3	125,2	124,0	118,3
Nahrungs- und Genußmittel	"	94,2	117,7	122,2	123,3	125,6	118,7
Wohnungsmieten	"	71,9	119,4	124,7	125,2	202,2	188,5
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	...	8,61	8,89	8,93	8,02
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	...	43,7	43,7	43,7	43,9

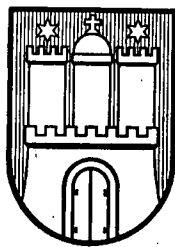
Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung), ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — ⁹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit höherem Einkommen. — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschließlich Investitionssteuer.





HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1974

September-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Innerhalb eines Jahrzehnts 70 % mehr praktische Ärzte

Die ärztliche Versorgung der Hamburger Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren beständig weiter verbessert. Im Durchschnitt betreute 1973 ein Arzt 357 Einwohner; zehn Jahre zuvor entfielen auf einen Arzt noch 523 Einwohner.

Der Anteil der Ärzte, die eine selbständige Tätigkeit in eigener Praxis wählen, geht allmählich zurück. Heute üben bereits 55 % der insgesamt über 4 900 Ärzte, die Ende des vergangenen Jahres in Hamburg tätig waren, ihren Beruf als Angestellte oder Beamte in Krankenhäusern, im öffentlichen Gesundheitsdienst, bei den Trägern der Sozialversicherung oder bei anderen Arbeitgebern aus. 45 % der Ärzte praktizieren frei; vor fünf Jahren betrug dieser Anteil 49 %, vor zehn Jahren noch 54 %.

Ende 1973 gab es in unserer Stadt 2 790 praktische Ärzte (darunter 720 Ärztinnen) und 2 120 Fachärzte (darunter 350 Frauen). Außerdem sorgten 1 380 Zahnärzte und -ärztinnen für die Behandlung von Zahnkrankheiten. Die Zahl der Zahnärzte hat sich damit im letzten Jahrzehnt um mehr als ein Fünftel verringert. Demgegenüber waren im vergangenen Jahr 70 % mehr praktische Ärzte und 17 % mehr Fachärzte als 1963 in Hamburg tätig.

Jeder dritte Realschüler lernt Französisch

Französisch gewinnt im Fremdsprachenunterricht der Hamburger Schulen deutlich an Attraktivität. In einem Jahr – von 1972 bis 1973 – stieg die Zahl der Gymnasiasten und Gesamtschüler, die Französisch lernen, um fast ein Fünftel. Dagegen erhöhte sich die Gesamtzahl der Schüler an diesen Schulen um weniger als 8 %. Fast 20 000 der im ganzen rund 64 000 Schüler an Gymnasien und Gesamtschulen nahmen im letzten Schuljahr am Französischunterricht teil; dies waren genau 30 %.

Von den 26 400 Schülern der Hamburger Realschulen erhielten im vergangenen Schuljahr 8 600 oder nahezu jeder dritte Unterricht in Französisch. Gegenüber 1972 bedeutet dies gleichfalls eine beträchtliche Steigerung der Zahl und eine leichte Steigerung des Anteils der Französisch lernenden Realschüler.

34 600 Studenten an den Hamburger Hochschulen

Im Sommersemester 1974 waren an den sieben Hamburger Hochschulen insgesamt 34 600 Studenten eingeschrieben

(ohne Beurlaubte und Gasthörer). Nach ersten vorläufigen Auszählungen studierten an der Universität 25 300 Studenten, von denen jeder dritte die Absicht hatte, Lehrer zu werden. An der Fachhochschule Hamburg waren 6 300 Studenten immatrikuliert. Die Hochschule für Wirtschaft und Politik, die Hochschule der Bundeswehr, die beiden künstlerischen Hochschulen und die Evangelische Fachhochschule für Sozialpädagogik hatten zusammen 3 000 Studenten.

Wieder mehr Kircheng Austritte

In Hamburg ist erneut ein Ansteigen der Kircheng Austritte zu verzeichnen. Nach dem Höhepunkt des Jahres 1970, als über 26 600 Hamburger die evangelische und die katholische Kirche verließen, hatten sich die Austritte aus den beiden Konfessionsgemeinschaften bis 1972 auf knapp 16 800 vermindert. Diese Zahl ist im letzten Jahr jedoch wieder um 14 % angestiegen. Nahezu 17 400 Angehörige der evangelischen Kirche und etwas mehr als 1 800 Katholiken erklärten 1973 ihren Austritt aus den Kirchengemeinschaften.

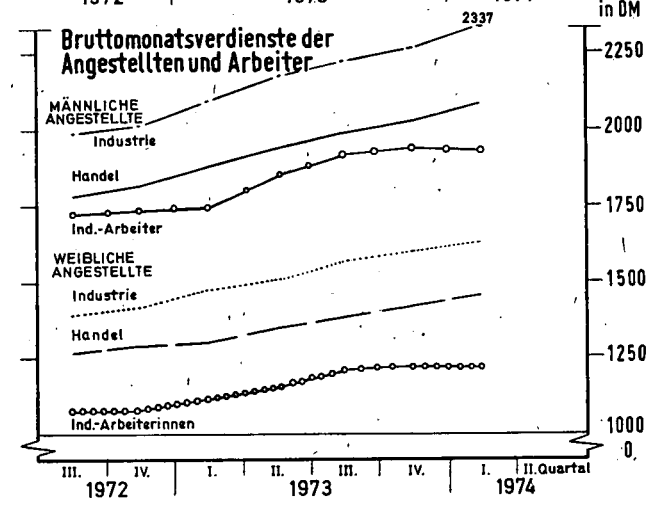
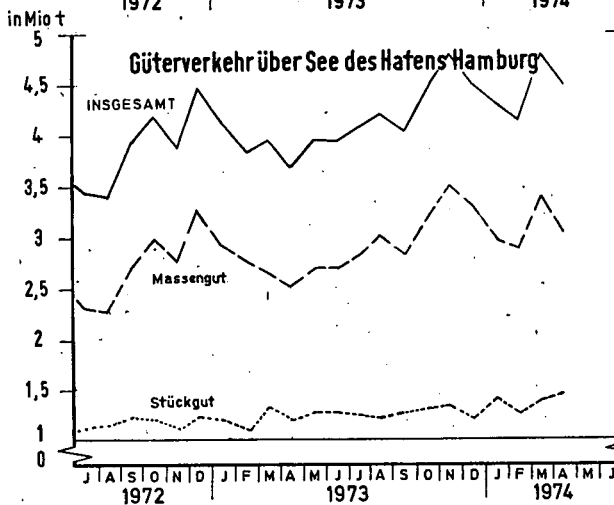
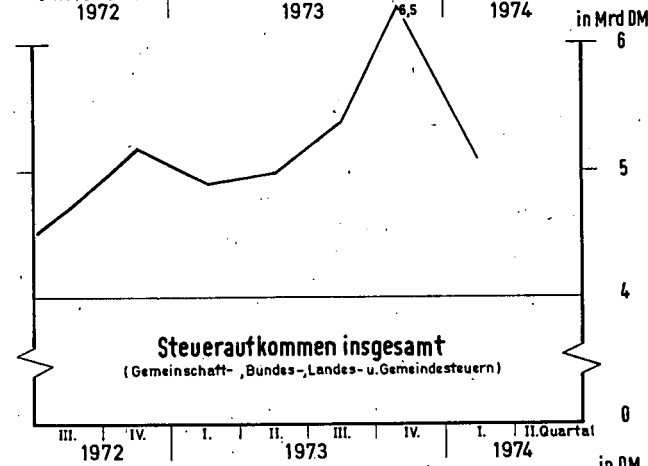
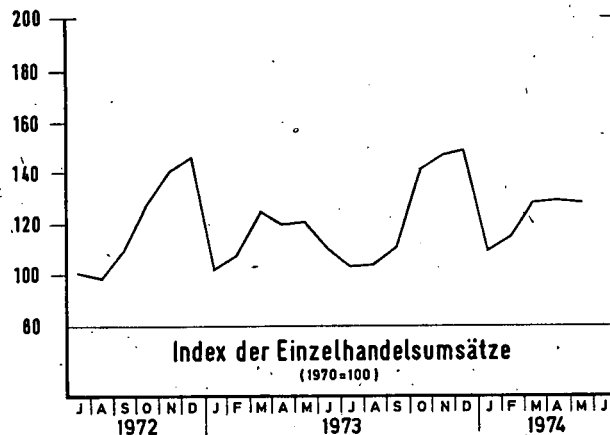
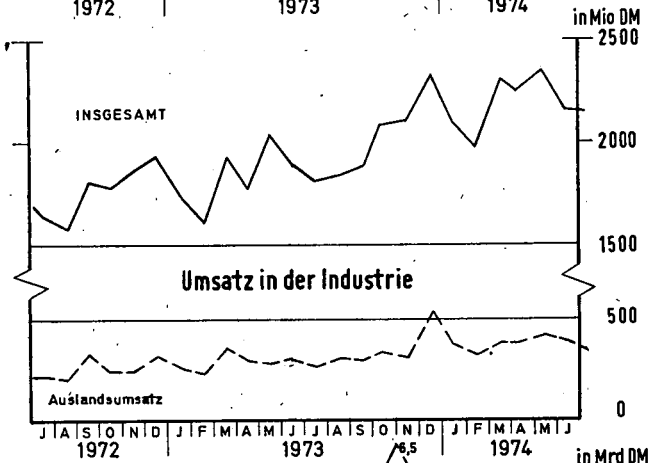
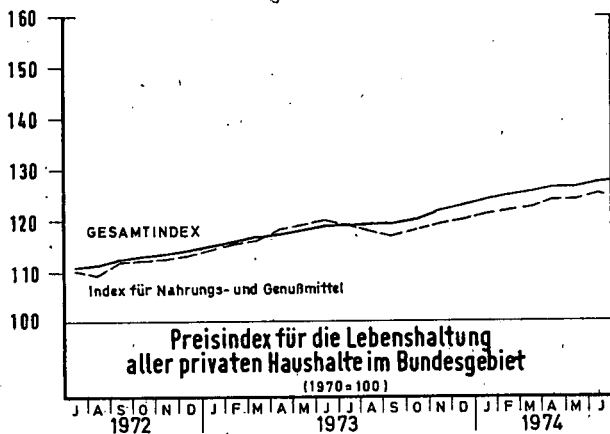
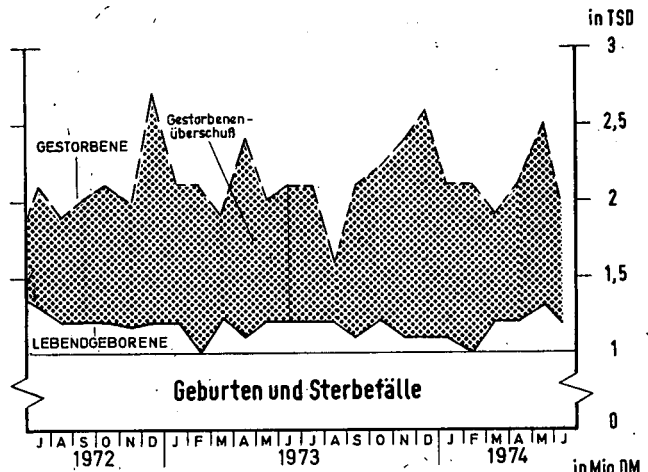
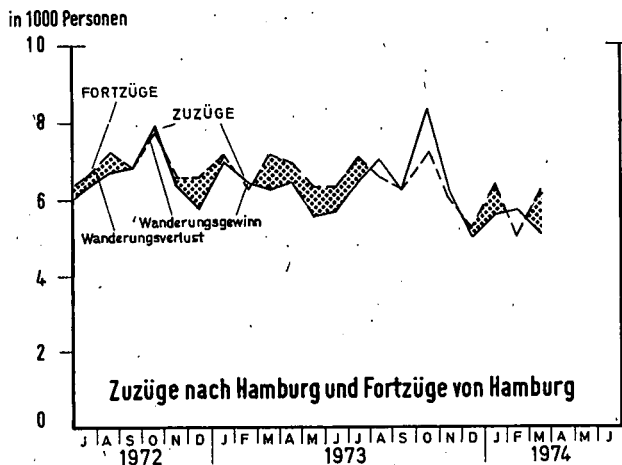
Damit haben sich rund 1,4 % der in Hamburg lebenden evangelischen Christen und 1,3 % der Katholiken im vergangenen Jahr von der Kirche gelöst. In beiden Konfessionen waren es mit einem Anteil von annähernd zwei Dritteln überwiegend Männer, die ihren Austritt aus der Kirche erklärten.

Exportumsatz in der hamburgischen Industrie beträchtlich erhöht

Der Auslandsumsatz der Hamburger Industriebetriebe erreichte im ersten Halbjahr 1974 ein Volumen von 2,3 Mrd DM und lag um mehr als 31 % über dem Vergleichswert des Vorjahres. Da der Inlandsumsatz nicht in gleichem Umfang expandierte, erhöhte sich der Exportanteil von knapp 16 % auf 17,4 %.

Diese Entwicklung, die in ähnlichen Größenordnungen auch für das Bundesgebiet im ganzen zu verzeichnen ist, läßt sich auf die Steigerung der Auslandsnachfrage in beinahe allen bedeutenden Industriezweigen Hamburgs zurückführen. Über dem Gesamtdurchschnitt lagen vor allem die Zuwachsraten in der NE-Metallindustrie, der chemischen und der kunststoffverarbeitenden Industrie. Die ausgesprochen hohen Raten bei Ölmühlen- und Mineralölprodukten – beide Industriezweige erhöhten ihren Exportumsatz um mehr als das Doppelte – dürften allerdings überwiegend auf Preissteigerungen beruhen.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Veränderungen des Hamburger Bevölkerungsbestandes seit 1970 unter besonderer Berücksichtigung der Ausländer

Vorbemerkungen

Die Faktoren, die den Bevölkerungsbestand quantitativ verändern, sind die natürliche Bevölkerungsbewegung, die sich in den Geburten und den Todesfällen darstellt, und die Wanderungsbewegung mit ihren grenzüberschreitenden Zu- und Fortzügen. Geburten, Sterbefälle und Wanderungen beeinflussen außerdem ganz wesentlich die Altersstruktur. Daneben ergeben sich Änderungen in der Familienstandsgliederung durch Eheschließungen und Ehelösungen.

Da sich die jährliche Geburtenzahl im Bundesgebiet seit ihrem Nachkriegshöchststand im Jahre 1964 von 1 065 000 auf 635 000 im Jahre 1973 vermindert hat — auf 1000 Einwohner gerechnet ist das ein Rückgang von 18,2 auf 10,3 Geburten —, wäre trotz verringerter Sterblichkeit ohne Zuzug über die Auslandsgrenzen eine allgemeine Abnahme der Bevölkerung unausbleiblich gewesen. Von den elf Ländern des Bundesgebietes hatten aber 1973 noch sieben einen Bevölkerungszugang zu verzeichnen; dieser ist durchweg den positiven Wanderungsbilanzen zu verdanken. Diese ergeben sich durch Bevölkerungsgewinne aus Binnenwanderungen zwischen den Bundesländern und den Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes — in der Hauptsache Ausländerzuzüge —, wobei anzumerken ist, daß von den sieben Ländern mit Bevölkerungszugang Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz ihren Wanderungsgewinn ausschließlich der Außenwanderung zu verdanken haben; ihre Binnenwanderungsbilanz war negativ. Im übrigen übertrafen — mit Ausnahme von Schleswig-Holstein, das fast 57 % seines Wanderungsüberschusses aus der Binnenwanderung erhielt — die Zuzüge aus der Außenwanderung anteilmäßig erheblich die Gewinne aus der Binnenwanderung; die Anteile lagen zwischen 71 % (Niedersachsen) und 92 % (Baden-Württemberg).

Die drei Stadtstaaten und das Saarland haben einen absoluten Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen, der ohne die positiven Wanderungssalden der Ausländer noch stärker ausgefallen wäre.

In den nachfolgenden Ausführungen soll die Bevölkerungsentwicklung in Hamburg von 1970 bis — soweit möglich — einschließlich 1973 analysiert werden. Ausgangspunkt für die Abhandlung ist der Bevölkerungsbestand per 1. 1. 1970. Nach der amtlichen Fortschreibung seit der Volkszählung 1961 zählte Hamburg zu diesem Zeitpunkt 1 817 122 Einwohner, die sich bis zum Stichtag der Volkszählung — 27. 5. 1970 — auf 1 811 633 verminderten. Die unvermeidbare Differenz zwischen Fortschreibung und dem Volkszählungsergebnis in Höhe von 1 793 823 betrug mit 17 810 weniger als 1 %.

Die Bevölkerungsentwicklung in den Jahren 1970 bis 1973 zeigt Tabelle 1; eine Addition dieser vier Jahre ergibt einen Verlust (Gestorbenenüberschuß + Wanderungsveränderungen) von 47 771 oder durchschnitt-

lich fast 1000 Einwohnern pro Monat. Daß dieser Durchschnitt in den letzten beiden Jahren noch beachtlich übertroffen wurde, weisen die Spalten 3 und

Tabelle 1

Veränderungskomponenten der Bevölkerung in Hamburg 1970 bis 1973

Art der Angaben	1970	1971	1972	1973	Veränderung 1973 gegenüber 1970	
					absolut	in %
					1	2
Natürliche Bevölkerungsbewegung						
Lebendgeborene	18 390	17 637	15 223	13 666	- 4 724	- 25,7
Gestorbene	26 561	25 900	25 786	25 873	+ 688	+ 2,6
Gestorbenenüberschuß	8 171	8 263	10 563	12 207		
Eheschließungen	13 991	12 972	12 222	11 162	- 2 829	- 20,2
Wanderungsbewegung						
Zuzüge	83 366	81 548	77 601	76 046	- 7 320	- 8,8
davon						
Deutsche	53 335	51 463	50 978	47 825	- 5 510	- 10,3
Ausländer	30 031	30 085	26 623	28 221	- 1 810	- 6,0
insgesamt	80 947	85 304	82 445	78 432	- 2 515	- 3,1
Fortzüge						
davon						
Deutsche	65 568	66 636	65 923	64 189	- 1 379	- 2,1
Ausländer	15 379	18 668	16 522	14 243	- 1 136	- 7,4
Wanderungsgewinn (+), -verlust (-)	+ 2 419	- 3 756	- 4 844	- 2 386		
Bevölkerungsverlust	5 752	12 019	15 407	14 593	+ 8 841	+ 153,7
Wanderungsbewegung zwischen Hamburg und dem Umland ¹⁾						
Zuzüge	15 474	15 769	17 317	19 801	+ 4 327	+ 28,0
davon						
Deutsche	13 668	13 548	14 770	17 168	+ 3 500	+ 25,6
Ausländer	1 806	2 221	2 547	2 633	+ 827	+ 45,8
Fortzüge	28 265	32 227	33 480	36 028	+ 7 763	+ 27,5
davon						
Deutsche	26 761	29 641	31 031	33 482	+ 6 721	+ 25,1
Ausländer	1 504	2 586	2 449	2 546	+ 1 042	+ 69,3
Wanderungsverlust	12 791	16 458	16 163	16 227	+ 3 436	+ 26,9

¹⁾ Krs. Hgzt. Lauenburg, Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Harburg und Stade.

4 aus; der Bevölkerungsverlust war 1973 über eineinhalbmal so groß wie 1970, er lag jedoch deutlich unter der Abnahme des Jahres 1972.

Die natürliche Bevölkerungsbewegung

Die an sich schon niedrige Zahl an Lebendgeborenen von 18 390 im Jahre 1970 — auf 1000 Einwohner waren dies 10,1 (im Bundesgebiet 13,2) — verringerte sich bis 1973 noch um rund ein Viertel auf 13 666 bzw. 7,8 Lebendgeborene auf 1000 Einwohner (Bund: 10,3).

Geburten

Der Rückgang der Geburtenzahl würde noch wesentlich stärker ausgeprägt sein, wäre nicht der bemerkenswerte Beitrag der Ausländer auch auf diesem Gebiet gegeben. 1972 hatte im Bundesgebiet bereits jedes achte neugeborene Kind eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Von den 1970 in Hamburg geborenen Kindern waren 91,5% Deutsche und 8,5% Ausländer; bis 1973 sank der Anteil der deutschen Kinder auf 82,7%, der der ausländischen stieg auf 17,3%, d. h., daß 1973 in Hamburg schon jedes sechste ein ausländisches Baby war (1970 noch rund jedes zwölfte).

Tabelle 2

Die Geburtenentwicklung der Deutschen im Vergleich zu den Ausländern 1970 bis 1973 in Hamburg

Jahre	Geborene insgesamt	davon				Auf 1000 der jeweiligen Bevölkerungsgruppe entfielen	
		Deutsche		Ausländer		Deutsche	Ausländer
		absolut	in %	absolut	in %		
1	2	3	4	5	6	7	
1970	18 390	16 833	91,5	1 557	8,5	9,7	26,7
1971	17 637	15 662	88,8	1 975	11,2	9,1	25,6
1972	15 223	13 063	85,8	2 160	14,2	7,8	22,9
1973	13 666	11 300	82,7	2 366	17,3	6,9	21,4

Zu- bzw. Abnahme 1973 gegenüber 1970

absolut ..	- 4 724	- 5 533		+ 809
in %	- 25,7	- 32,9		+52,0

Ein Blick auf die Veränderungen bei den Geborenenzahlen zeigt bei den Deutschen einen Rückgang um fast ein Drittel, bei den Ausländern eine Erhöhung um mehr als die Hälfte. Rechnet man die Anzahl der Geburten um auf die jeweilige Bevölkerungsgruppe, so entfallen 1973 auf je 1000 Deutsche 6,9, auf je 1000 Ausländer aber 21,4 Kinder.

Diese hohe Geburtenrate ist begründet in der Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung, die unten (Tabelle 4) differenzierter dargestellt ist; hier genüge der Hinweis, daß der Zugang von 1970 bis 1973 bei den 16- bis unter 30jährigen Ausländern reichlich ein Drittel, bei den 30- bis unter 45jährigen über 40% betrug. Der (relativ) größeren Anzahl jüngerer Ausländer entspricht auch eine größere Anzahl der verheirateten Personen (s. Tabelle 8) und der Kinder.

Wenn trotzdem auch die Ausländer-Geburtenrate gegenüber 1970 (um mehr als 5 pro Tausend ausländischer Einwohner) zurückging, so kann diese Entwicklung nicht der Altersstruktur zugeschrieben werden; vielmehr kann man vermuten, daß sich hier eine langsame Anpassung an die deutsche Bevölkerung vollzieht.

Tabelle 3

Die Eheschließungen der Deutschen und Ausländer 1970 bis 1973

Jahre	Eheschließungen insgesamt	davon waren				Von 100 Eheschließungen waren			
		beide Deutsche	Ausländer(Innen)			beide Deutsche	Ausländer(Innen)		
			beide	Mann	Frau		beide	Mann	Frau
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
1970	13 991	12 920	196	488	387	92,3	1,4	3,5	2,8
1971	12 972	11 820	279	478	395	91,1	2,2	3,7	3,0
1972	12 222	11 044	272	513	393	90,4	2,2	4,2	3,2
1973	11 162	10 004	274	516	368	89,6	2,5	4,6	3,3

Eheschließungen

Ähnlich wie die Geburtenrate liegt auch die Eheschließungsrate bei den Ausländern höher als bei den Deutschen: 1973 entfielen 7,2 Eheschließungen auf 1000 der ausländischen Bevölkerung (1970 noch 9,9!). Die absoluten Zahlen von 1970 bis 1973 finden sich in Tabelle 3.

Die „reinen“ Ausländerehen liegen zahlenmäßig niedriger als die „gemischten“; bei 2,5 auf 100 Eheschließungen waren im Jahre 1973 beide Ehepartner Ausländer. Im übrigen heirateten mehr ausländische Männer eine deutsche Frau als deutsche Männer eine Ausländerin, was u. a. auch an der Geschlechterproportion liegt. Bei den „gemischten“ Ehen war bei 4,6 Eheschließungen auf 100 der Mann Ausländer, bei 3,3 die Frau Ausländerin.

Entsprechend dem Anwachsen des Ausländeranteils sind in Hamburg auch diese Prozentsätze seit 1970 gestiegen (um 1,1 bzw. 0,5 Punkte).

Sterbefälle

Die Anzahl der Gestorbenen lag 1973 um 688 niedriger als 1970; daß der Gestorbenenüberschuß aber im selben Zeitraum noch um die Hälfte angestiegen ist, hat seinen Grund in dem eben schon erwähnten starken Rückgang der Geburten.

Auch hier sei auf die bei den Ausländern ganz anders gelagerten Verhältnisse hingewiesen: 1973 betrug die Sterberate bei der deutschen Bevölkerung 15,6, bei den Ausländern dagegen 2,6/1000, also nur ein Sechstel. Die Begründung dafür liegt in der wesentlich günstigeren Altersstruktur der Ausländer; es sind hauptsächlich die für den Produktionsprozeß wichtigen jüngeren und mittleren Jahrgänge, die aus den Anwerbeländern zugezogen sind und zur Zeit maßgeblich die natürliche Bevölkerungsbewegung bestimmen (wenig Todesfälle, größerer Kinderreichtum). Zudem ziehen die Ausländer im Alter größtenteils in die Heimat zurück.

Die Tabelle 4 läßt erkennen, daß die Konzentration der Ausländer in den Altersklassen zwischen 18 und 45 Jahren am stärksten ist. Anfang der 70er Jahre fielen – auf 1000 der jeweiligen Bevölkerungsgruppe berechnet – in die Klasse der 18- bis über 21jährigen bei den Deutschen rund 31, bei den Ausländern rund 51 Personen; in der Altersgruppe der 21- bis unter 30jährigen sind die Ausländer mit rund 290 auf 1000 der Gesamtzahl schon mehr als eineinhalbfach so stark vertreten wie die gleichaltrigen Deutschen, bei den 30 bis unter 45jährigen erreicht die Rate der deutschen Hamburger mit ca. 210 auf 1000 in den Altersgruppen

Tabelle 4

Gliederung der Deutschen und Ausländer in Hamburg 1970 bis 1972 nach Altersgruppen

Altersgruppen (von ... bis unter ... Jahren)	Auf 1000 der jeweiligen Bevölkerungsgruppe entfielen						Differenz Deutsche/Ausländer		
	Deutsche			Ausländer			1970	1971	1972
	1970	1971	1972	1970	1971	1972			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
unter 6	73,9	69,1	62,5	96,5	100,5	103,8	+ 22,6	+ 31,4	+ 41,3
6 - 15	109,2	113,0	116,8	83,3	87,8	91,0	- 25,9	- 25,2	- 25,8
15 - 18	29,6	30,6	31,9	24,9	25,6	26,6	- 4,7	- 5,0	- 5,3
18 - 21	31,8	31,0	31,2	52,7	52,5	50,6	+ 20,9	+ 21,5	+ 19,4
21 - 30	119,3	113,7	110,8	285,0	290,6	288,0	+ 165,7	+ 176,9	+ 177,2
30 - 45	205,2	210,0	212,3	330,5	322,8	323,0	+ 125,3	+ 112,8	+ 110,7
45 - 60	181,3	179,1	176,9	86,0	82,3	80,5	- 95,3	- 96,8	- 96,4
60 - 65	73,7	72,8	72,2	14,1	13,2	12,7	- 59,6	- 59,6	- 59,5
65 und älter	176,0	180,7	185,3	27,0	24,7	23,2	- 149,0	- 156,0	- 162,1

der Erwerbstätigen ihren höchsten Stand, liegt damit aber noch um mehr als ein Drittel unter der der Ausländer gleichen Alters. In den Altersklassen ab 45 zeigt sich eine umgekehrte Besetzung; Ausländer dieses Alters ziehen in weit geringerer Anzahl zu. Hier ist die Rate der Deutschen mehr als doppelt (45 bis unter 60 Jahre) bzw. gut fünfmal (60 bis unter 65 Jahre) so hoch wie die der Ausländer.

Im Vergleich zu den Ausländern ganz besonders stark besetzt ist die Altersklasse 65 und älter. Aus dieser Klasse kommen rund 18 % der deutschen Bevölkerung Hamburgs, aber nur rund 2 % der Ausländer in der Hansestadt.

Die Wanderungsbewegung

Der im ganzen wichtigste Faktor für die Bestandsveränderung der Hamburger Bevölkerung sind die Wanderungen. Hierbei war der „Umschlag“ der Bevölke-

rung in den Jahren von 1970 bis 1973 fast viermal so hoch wie die natürliche Bevölkerungsbewegung – anders ausgedrückt: Das Gesamtvolumen der Wanderung – ca. 646 000 Fälle – beträgt knapp das Vierfache der (rund 169 000) biologischen Veränderungsfälle. Rechnet man zum Wanderungsvolumen noch die „Umzüge innerhalb Hamburgs“, die Hamburgs Bevölkerungsstand im ganzen nicht verändern (rund 667 000 in den vier Jahren), so haben von 1970 bis 1973 mehr als zwei Drittel der Hamburger Bevölkerung den Wohnsitz bzw. die Wohnung gewechselt – entweder über die Landesgrenzen hinweg oder innerhalb der Hansestadt, ggf. sogar nur innerhalb des Stadtteils.

Hinsichtlich der Wanderungen sind ebenfalls die Ausländer von erheblicher Bedeutung.

Die Zuwanderung der Ausländer verringerte das seit 1962 ständig bestehende Wanderungsdefizit der Deutschen und ließ die Gesamtwanderungsbilanz 1970 sogar einmal positiv werden. Im Gegensatz zu

Tabelle 5

Die Zu- und Fortzüge der Deutschen über die Landesgrenzen nach Altersgruppen und Familienstand

Altersgruppen (von ... bis unter ... Jahren)	1973								dagegen 1970								
	Familienstand								Familienstand								
	ledig		verheiratet		geschieden/ verwitwet		ohne Angabe zusammen		ledig		verheiratet		geschieden/ verwitwet		ohne Angabe zusammen		
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16		
Zuzüge																	
0 - 15 ..	6 463	24,3	2	0,0	—	—	—	6 465	13,5	7 233	24,4	—	—	—	—	7 233	13,6
15 - 30 ..	16 108	60,6	6 228	40,1	971	16,9	23 307	48,7	18 709	63,0	8 243	44,2	803	16,1	27 755	52,0	
30 - 45 ..	3 371	12,7	6 439	41,4	2 238	39,1	12 048	25,2	3 033	10,2	7 128	38,2	1 480	29,7	11 641	21,8	
45 - 60 ..	368	1,4	1 766	11,4	931	16,3	3 065	6,4	415	1,4	2 045	11,0	941	18,9	3 401	6,4	
60 und älter	263	1,0	1 095	7,1	1 582	27,7	2 940	6,2	313	1,0	1 223	6,6	1 766	35,3	3 302	6,2	
Ins- gesamt ..	26 573		15 530		5 722		47 825		29 703		18 639		4 990		53 332		
%	55,5		32,5		12,0		100		55,7		34,9		9,4		100		
Fortzüge																	
0 - 15 ..	11 016	37,3	—	—	—	—	11 016	17,1	10 887	35,5	2	0,0	—	—	10 889	16,6	
15 - 30 ..	14 356	48,6	8 670	31,1	983	14,5	24 009	37,4	15 497	50,5	11 119	38,6	848	14,0	27 464	41,9	
30 - 45 ..	3 299	11,1	12 462	44,7	2 085	30,9	17 846	27,8	3 353	10,9	10 899	37,8	1 585	26,2	15 837	24,1	
45 - 60 ..	445	1,5	3 926	14,1	1 075	15,9	5 446	8,5	469	1,5	4 155	14,4	1 122	18,6	5 746	8,8	
60 und älter	432	1,5	2 829	10,1	2 611	38,7	5 872	9,2	482	1,6	2 639	9,2	2 492	41,2	5 613	8,6	
Ins- gesamt ..	29 548		27 887		6 754		64 189		30 688		28 814		6 047		65 549		
%	46,0		43,4		10,6		100		46,8		44,0		9,2		100		

den Flächenländern reicht diese in Hamburg aber nicht aus für ein Bevölkerungswachstum; es verlassen mehr Deutsche die Hansestadt als zuwandern.

Wie die Wanderungsbewegung sich – zusammengefaßt – von 1970 bis 1973 darstellt, zeigt folgende Übersicht über die Zu- und Fortzüge nach/von Hamburg von 1970 bis 1973:

	absolut	in %
Gesamt z u züge	318 561	100
davon Deutsche aus dem Umland	59 154	18,6
Ausländer aus dem Umland	9 207	2,9
Deutsche/Fernwanderung	144 447	45,3
Ausländer/Fernwanderung	105 753	33,2
Gesamt f o r t züge	327 128	100
davon Deutsche ins Umland	120 915	37,0
Ausländer ins Umland	9 085	2,8
Deutsche/Fernwanderung	141 401	43,2
Ausländer/Fernwanderung	55 727	17,0

Wie ersichtlich, waren 37 % der gesamten Fortzüge von Deutschen in das Hamburger Umland gegangen; ihre Zuzüge von dort betragen mit 18,6 % der Zuzüge insgesamt nur ca. die Hälfte.

Wie der Übersicht weiter zu entnehmen ist, bestand der negative Wanderungssaldo der deutschen Bevölkerung ausschließlich gegenüber dem Hamburger Umland, während in der Fernwanderung leichte Gewinne entstanden.

Bei den Ausländern ist die Wanderungsbewegung gegenüber dem Umland nahezu ausgeglichen, aus der Fernwanderung dagegen ergaben sich beachtliche Gewinne.

Die Tabelle 5 gibt Auskunft über die Altersstruktur der deutschen Wanderer. Es sind in besonderem Maße Ledige zwischen 15 und 30 Jahren, junge Ehepaare und solche mittleren Alters, die mit ihren Kindern (s. dazu die Zahl der fortziehenden Ledigen un-

15 Jahren) Hamburg verlassen, um außerhalb der Mauern Hamburgs möglicherweise familiengerechtere und preiswertere Wohnungen zu beziehen oder um – das dürfte besonders für die Fernwanderer gelten – einen Arbeitsplatzwechsel vorzunehmen.

Im Gegensatz zu den Deutschen war für die Ausländer in Hamburg der Wanderungssaldo bis zum Ende des Berichtszeitraumes positiv, hinsichtlich seiner Entstehung hat er sich aber in den letzten Jahren geändert.

Seit 1971 gehen zwar auch hier – wie bei den Deutschen – die Zuzüge absolut zurück, jedoch gilt gleiches auch von den Fortzügen der Ausländer. Offenbar wird hier eine verminderte Rotation ausländischer Arbeitnehmer deutlich. Das trifft – s. Tabelle 6 – wohl in erster Linie für die Verheirateten unter ihnen zu. Sowohl in den Jahren 1970 als auch 1973 sind absolut und auch gemessen an dem jeweiligen prozentualen Anteil weniger verheiratete Ausländer weggezogen als zugezogen.

Bei den Ledigen sind die absoluten Zahlen der Fortzüge ebenfalls wesentlich niedriger; im prozentualen Anteil am Gesamtvolumen liegen sie aber bei den Fortzügen höher als im Prozentsatz der Zuzüge. Insgesamt wandern mehr ledige als verheiratete Ausländer über die Auslandsgrenzen.

Allgemein hat das Wanderungsvolumen (Zu- und Fortzüge) der Deutschen und Ausländer, berechnet je 1000 der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, von 1970 bis 1973 abgenommen:

	Bevölkerung insgesamt	davon	
		Deutsche	Ausländer
1970	91,6	70,1	471,6
1971	93,6	69,5	592,4
1972	90,6	70,0	457,4
1973	88,2	68,2	384,7

Tabelle 6

Die Zu- und Fortzüge der Ausländer über die Auslandsgrenzen nach Altersgruppen und Familienstand

Altersgruppen (von ... bis unter ... Jahren)	1973				dagegen 1970			
	Familienstand							
	ledig	verheiratet	geschieden/ verwitwet	zusammen	ledig	verheiratet	verwitwet geschieden/	zusammen
	1	2	3	4	5	6	7	8
Zuzüge								
0 – 15	2 986	2	—	2 988	2 228	1	—	2 229
15 – 30	6 615	4 164	98	10 877	7 997	4 809	83	12 889
30 – 45	803	3 761	154	4 718	968	5 899	185	7 052
45 – 60	82	631	116	829	74	762	118	954
60 und älter .	20	125	149	294	30	142	146	318
insgesamt ..	10 506	8 683	517	19 706	11 297	11 613	532	23 442
%	53,3	44,1	2,6	100	48,2	49,5	2,3	100
Fortzüge								
0 – 15	1 635	—	—	1 635	830	1	—	831
15 – 30	1 882	899	25	2 806	3 246	1 201	49	4 496
30 – 45	287	1 592	62	1 941	829	2 432	114	3 375
45 – 60	24	340	44	408	73	481	74	628
60 und älter .	11	50	54	115	28	132	124	284
insgesamt ..	3 839	2 881	185	6 905	5 006	4 247	361	9 614
%	55,6	41,7	2,7	100	52,1	44,2	3,7	100

Tabelle 7

Die Ausländer in Hamburg nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 1970 bis 1973¹⁾

Jahre 20. 9.	Ausländer insgesamt	darunter																			
		Türkei		Jugoslawien		Griechenland		Portugal		Italien		Spanien		Österreich		Großbritannien		Iran		USA	
		absolut	i. % von Sp. 1	absolut	i. % von Sp. 1	absolut	i. % von Sp. 1	absolut	i. % von Sp. 1	absolut	i. % von Sp. 1	absolut	i. % von Sp. 1	absolut	i. % von Sp. 1	absolut	i. % von Sp. 1	absolut	i. % von Sp. 1	absolut	i. % von Sp. 1
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	
1970	82 617	14 508	17,6	11 658	14,1	6 703	8,1	4 391	5,3	6 447	7,8	4 368	5,3	3 702	4,5	2 864	3,5	2 291	2,8	1 778	2,2
1971	96 418	19 855	20,6	13 898	14,4	7 683	8,0	5 432	5,6	6 665	6,9	4 821	5,0	4 115	4,3	3 154	3,3	2 368	2,5	2 135	2,2
1972	106 223	23 347	22,0	15 564	14,7	8 195	7,7	6 128	5,8	6 607	6,2	5 182	4,9	4 315	4,1	3 297	3,1	2 582	2,4	2 452	2,3
1973	116 346	27 758	23,9	17 222	14,8	8 292	7,1	7 570	6,5	6 762	5,8	5 544	4,8	4 482	3,9	3 701	3,2	2 642	2,3	2 476	2,1
Steigerung 1973 gegenüber 1970 absolut .	+33 729	+13 250		+ 5 564		+ 1 589		+ 3 179		+ 315		+ 1 176		+ 780		+ 837		+ 351		+ 698	
in % ...	+ 40,8	+ 91,3		+ 47,7		+ 23,7		+ 72,4		+ 4,9		+ 26,9		+ 21,1		+ 29,2		+ 15,3		+ 39,3	

¹⁾ Quelle: Einwohnerkartei; Stand jeweils am 20. 9.

Die Wanderungshäufigkeit hat ihren Höchstwert im Jahre 1971; hier entfielen auf 1000 Ausländer 592 Zu- und Fortzüge. Damit war deren Mobilität in diesem Jahr ca. achteinhalbmals so stark wie die der Deutschen mit ihren knapp 70 Zu- und Fortzügen auf 1000. 1973 ist die Mobilität der Ausländer immerhin noch gut fünfeinhalbmals höher als die der deutschen Hamburger.

Die Zahl der Ausländer ist von 1970 bis 1973 um insgesamt 33 729 auf 116 346 – d. h. um 40,8% – angestiegen¹⁾. Diese Zuwachsrate bildet den Durchschnitt für alle Ausländer. Hinsichtlich der jeweiligen durchschnittlichen Veränderungen nach Nationalitäten bestehen aber erhebliche Unterschiede; so beträgt der

¹⁾ Auf 116 346 Personen beläuft sich die Zahl der Ende 1973 in Hamburg gemeldeten Ausländer nach der Einwohnerkartei. Die für den Ausweis der Gesamtbevölkerung maßgebliche amtliche Fortschreibung weist per 31. 12. 1973 eine um rund 8600 niedrigere Ausländerzahl als die Einwohnerkartei aus; das Einwohnerzentralamt – Ausländerpolizei –, das den Bestand aufgrund der bei ihm geführten Ausländerakten fortschreibt, liegt mit seiner Zahlenangabe noch um gut 10 000 höher als die Einwohnerkartei. Hier ist der Hinweis wichtig, daß trotz der verschiedenen hohen Zahlen die Strukturen nach Alter und Familienstand einander sehr weitgehend entsprechen.

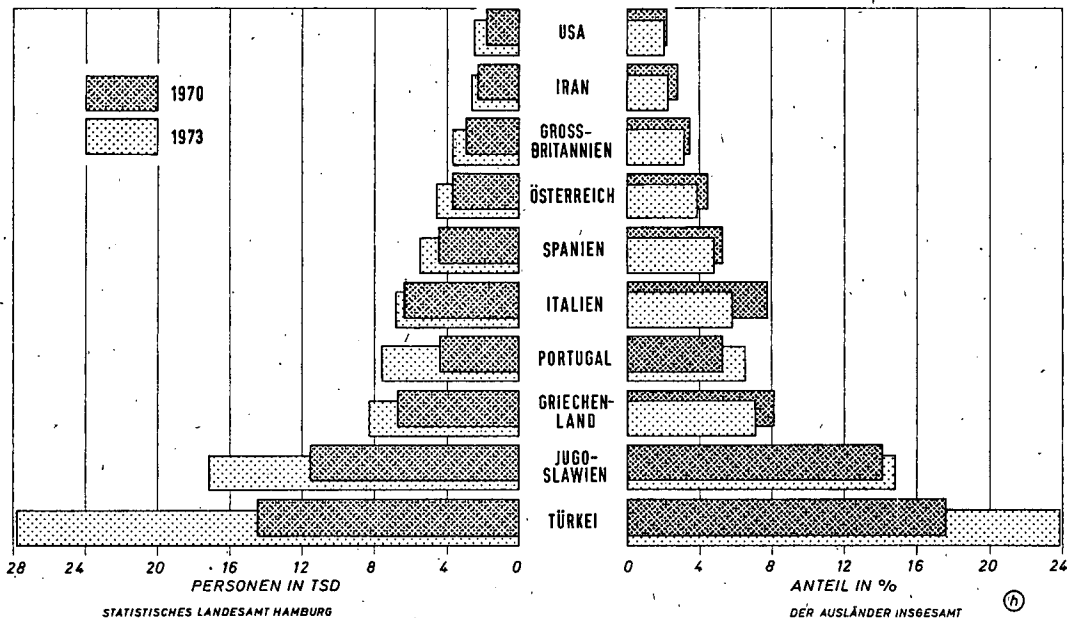
Anstieg bei den Türken mit 91,3% mehr als das Doppelte des Gesamtdurchschnitts, auch die Zuwanderer aus Portugal liegen – wenn auch bei wesentlich niedrigeren absoluten Zahlen – mit 72,4% um fast 32 Punkte über dem durchschnittlichen Zuwachs; bei den Jugoslawen sind es immerhin noch 7 Punkte mehr als der Durchschnitt.

Alle anderen in der Tabelle aufgeführten Ausländer aus den Anwerbe- sowie vier weiteren Ländern liegen mit ihren jeweiligen Zuwächsen unter dem Durchschnitt; am geringsten ist die Steigerung bei den Italienern mit nur knapp 5% gegenüber 1970.

Das Schaubild 1 verdeutlicht diese Verhältnisse. In seiner linken Hälfte sind die Werte für 1970 und 1973 in Tausend dargestellt. Von besonderem Gewicht ist die große Anzahl der Türken – sie stellen 1973 fast jeden vierten Ausländer in Hamburg –; Jugoslawen ist fast jeder siebente Ausländer; es folgen Griechen und Portugiesen. Der Anteil in Prozenten

Schaubild 1

Die Ausländer in Hamburg nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 1970 bis 1973



der Ausländer insgesamt (rechte Seite des Schaubildes) zeigt, daß parallel zu den überall gewachsenen absoluten Zahlen bei den Türken, Jugoslawen und Portugiesen auch ihr prozentualer Anteil seit 1970 gewachsen ist; bei allen anderen sind trotz des absoluten Anwachsens Rückgänge im prozentualen Anteil eingetreten.

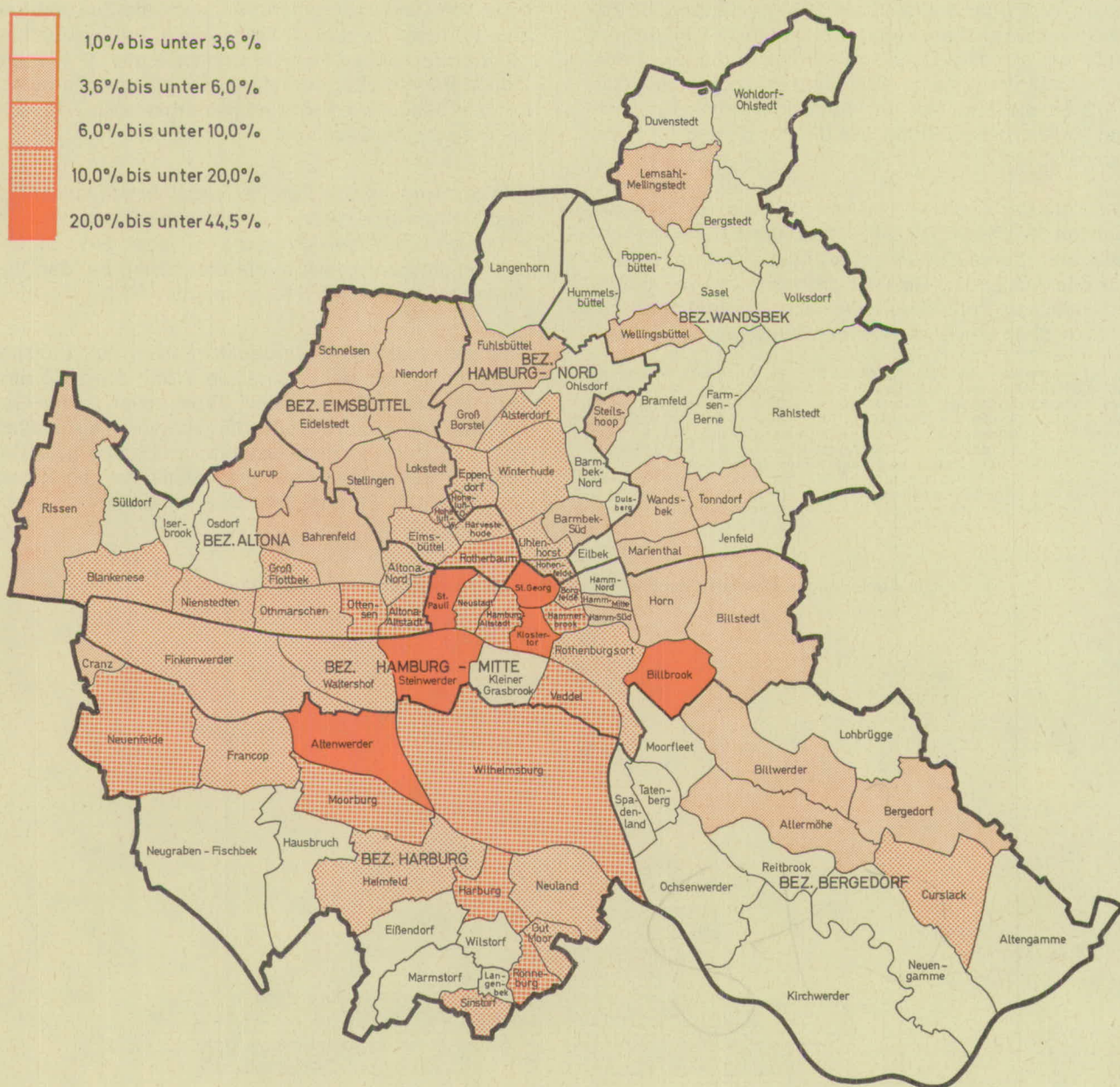
Innerhalb Hamburgs gibt es naturgemäß Stadtteile, die mit ihrem — anhand der Einwohnerkartei errechneten — Ausländeranteil erheblich von dem Durchschnitt 6,3 abweichen. Die höchsten Anteilswerte finden sich in dem mit ausländischen Arbeitnehmern am stärksten besetzten Bereich des Bezirksamts Hamburg-Mitte, in dem jeder zehnte Einwohner Ausländer ist.

Hamburg hat einen Ausländeranteil von 6,3 %; größere Abweichungen in bestimmten Bezirken

Steinwerder, Wohnsitz hauptsächlich von Werftarbeitern, weist bei nur einigen hundert Einwohnern einen Ausländeranteil von 44,5 % auf. Billbrook mit rund 4000 Bewohnern besitzt mit 41,3 % auch einen noch außerordentlich hohen Ausländeranteil; Türken und Jugoslawen stellen hier das größte Kontingent. In beiden Stadtteilen sind die hohen Prozentsätze auf größere Gastarbeiterunterkünfte zurückzuführen.

Schaubild 2

Anteil der Ausländer an der Hamburger Wohnbevölkerung



Weiter hebt sich im Bezirk Hamburg-Mitte Klostertor mit 35,3 % heraus; hier ist neben zahlenmäßig erwähnenswerten Unterkünften auch auf eine größere Anzahl von Altbauten hinzuweisen, die von Gastarbeitern bewohnt werden. Es folgen St. Georg mit 25,6 %, St. Pauli mit 20,6 % und Hammerbrook mit 18,8 %.

Beginnend mit Neustadt (14 %) liegen auch noch Hamburg-Altstadt, Veddel, Rothenburgsort, Waltershof, Borgfelde und Finkenwerder (6,4 %) über dem Durchschnitt der Hansestadt.

Nach dem herausragenden Bezirk Hamburg-Mitte lassen sich im Hinblick auf den Ausländeranteil an ihrer Bevölkerung noch zwei Gruppen von Bezirksämtern zusammenfassen — die ungefähr auf einer Höhe liegenden Altona, Eimsbüttel und Harburg (7 bis 8 %) einerseits und die mit niedrigen Anteilen von jeweils etwa 4 % versehenen Hamburg-Nord, Wandsbek und Bergedorf andererseits.

Für Altona-Altstadt wird eine Ausländerquote von 14,1 % ausgewiesen (Altona-Nord 8,4 %) und für Ottensen ein solcher von 12,5 %. Hier sind Türken und Jugoslawen wieder am stärksten vertreten; ihr Anteil wird nach Westen immer geringer. Othmarschen hat einen Ausländeranteil von 8,8 %, Nienstedten von 7,5 %, Groß-Flottbek von 7 % und Blankenese schließlich von 6,5 %. Es fällt auf, daß die einwohnerreichen (z. T. Neubau-)Stadtteile Lurup und Osdorf nur relativ geringe Ausländeranteile von 3,7 % bzw. 3,4 % haben.

Eine Erklärung dafür dürfte einerseits darin liegen, daß offensichtlich Gastarbeiter keine „Randlage“ schätzen — s. auch Bezirk Bergedorf — und andererseits sozialer Wohnungsbau, wie er vor allem in Osdorf (Osdorfer Born) gegeben ist, bisher den Gastarbeitern kaum zur Verfügung gestanden hat.

Eimsbüttels Ausländeranteil ist außer durch Gastarbeiter auch durch Studenten mitbestimmt; das gilt vor allen Dingen im Hinblick auf das universitätsnahe Rothenbaum mit seinen 17,3 % und Harvestehude mit 9,8 % Ausländeranteil. Im Stadtteil Eimsbüttel selbst stellen die Ausländer — hier vornehmlich wieder die Gastarbeiter — 9,1 % der Bevölkerung; ihre Wohnstätten sind weithin alte Häuser, deren baulicher Zustand in der Regel den Einheimischen nicht mehr genügt. Weniger hoch als das zum Bezirk Nord gehörende Hoheluft-Ost liegt Hoheluft-West mit 6,5 % Ausländeranteil.

In dem industriereichen Bezirk Harburg hat das seinen ehemals landwirtschaftlichen Charakter immer mehr verlierende Altenwerder mit 20,5 % den in diesem Bezirk höchsten Ausländeranteil an der Bevölkerung. Es folgen Neuenfelde (Werftanlagen!) mit 18 %, Moorburg mit 13,6 % und der Stadtteil Harburg mit 13 %. Über dem Durchschnitt liegen auch noch Wilhelmsburg (11,9 %), Rönneburg (10,8 %), Gut Moor (9,3 %), Neuland (7 %) — die beiden letzteren mit nur geringen absoluten Zahlen —, Francop (8,8 %) sowie das dem Stadtteil Harburg benachbarte Heimfeld (7,3 %) und Sinstorf (6,8 %).

Die Bezirke Hamburg-Nord, Wandsbek und Bergedorf brauchen wegen ihrer wenig herausragenden Anteile nur kurz gekennzeichnet zu werden. In Hamburg-Nord liegen Hohenfelde, das die Hochschule für bildende Künste und einen Bereich der Fachhochschule in seinen Mauern hat, mit 8,8 %, das benachbarte Uhlenhorst (8 %), Hoheluft-Ost (8,1 %), Eppendorf (7,3 %) sowie Alsterdorf (6,7 %) und Winterhude mit 6,6 % Ausländeranteil über dem Durchschnitt.

Der Bezirk Wandsbek weist keinen einzigen Stadtteil auf, der den Hamburger Durchschnitt erreicht oder gar überschreitet; Wandsbek selbst verfügt mit 5 %

Tabelle 8

Ausländer in Hamburg nach ausgewählten Merkmalen ¹⁾

Art der Angaben	1970		1971		1972		1973		Veränderung 1973 gegenüber 1970	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Ausländer insgesamt	82 617	100	96 418	100	106 223	100	116 346	100	+ 33 729	+ 40,8
davon										
männlich	52 738	63,8	61 434	63,7	66 166	62,3	71 775	61,7	+ 19 037	+ 36,1
weiblich	29 879	36,2	34 984	36,3	40 057	37,7	44 571	38,3	+ 14 692	+ 49,2
darunter										
ledig	36 612	44,3	42 234	43,8	46 374	43,7	50 308	43,2	+ 13 696	+ 37,4
verheiratet	42 249	51,1	50 068	51,9	55 428	52,2	61 265	52,7	+ 19 016	+ 45,0
davon										
unter 16 Jahre ..	13 859	16,8	16 732	17,4	19 540	18,4	22 001	18,9	+ 8 142	+ 58,7
16 Jahre										
bis unter 30 Jahre	29 680	35,9	34 836	36,1	37 670	35,5	40 900	35,2	+ 11 220	+ 37,8
30 Jahre										
bis unter 45 Jahre	28 147	34,1	32 909	34,1	36 212	34,1	39 685	34,1	+ 11 538	+ 41,0
45 Jahre										
bis unter 60 Jahre	7 282	8,8	8 162	8,5	8 818	8,3	9 588	8,2	+ 2 306	+ 31,7
60 Jahre und älter	3 649	4,4	3 779	3,9	3 983	3,7	4 172	3,6	+ 523	+ 14,3
darunter										
Erwerbstätige ...	56 807	68,8	65 073	67,5	69 500	65,4	75 388	64,8	+ 18 581	+ 32,7

¹⁾ Quelle: Einwohnerkartei; Stand jeweils am 20. 9.

Anteil der Ausländer an seiner Bevölkerung über den höchsten Anteil des nach ihm benannten Bezirkes.

Im Bezirk Bergedorf erreicht lediglich in Curslack, wo sich Unterkünfte für Belegschaftsmitglieder eines größeren Industriebetriebes befinden, der Ausländeranteil 6,7 %.

**Anzahl der ausländischen Kinder erheblich gewachsen:
Mittlere Jahrgänge stark besetzt**

Was im Zusammenhang mit Tabelle 2 hinsichtlich der Geburten der Ausländer angemerkt wurde – ein Anwachsen von über 50 % – gilt für die Kinder bis unter 16 Jahren schlechthin (s. Tabelle 8):

Der Zugang an Kindern gegenüber 1970 um fast 59 % liegt noch um rund 18 Punkte über dem Zuwachs der Ausländer insgesamt. Der Geburtenzuwachs dürfte dabei die kleinere Komponente darstellen, bedeutsamer ist der Zuwachs, der durch die Familienzusammenführung eintritt.

Das absolute und relative Anwachsen der Anzahl verheirateter Ausländer ist nur zum geringsten Teil den in Hamburg geschlossenen Ehen zu verdanken (s. Tabelle 3); vielmehr ist der Anstieg zum weitaus größeren Teil auf die Zuwanderung von Ehepaaren bzw. das Nachholen des bislang im Ausland verbliebenen Ehepartners zurückzuführen. Die Zahl der ledigen Ausländer ist absolut zwar auch gestiegen, prozentual aber um gut einen Punkt zurückgegangen. Der Hauptteil der ausländischen Bevölkerung entfällt auf die Altersklassen von 16 bis 45 Jahren. Sie stellen in der Periode 1970 bis 1973 durchweg 70 % des jeweiligen Gesamtbestandes (zum rohen Vergleich: die Alters-

klassen 15 bis unter 45 Jahren der gesamten Hamburger Bevölkerung erreichen 1972 nur knapp 40 %).

Diese Altersklassen der Ausländer und die ihrer Kinder unter 16 Jahren (durchschnittlicher Anteil = rund 18 %) bilden danach mit fast 88 % das Hauptkontingent. Die restlichen 12 % der ausländischen Bevölkerung umfassen die Personen, die 45 Jahre und älter sind; bei der Gesamtbevölkerung Hamburgs ist diese Altersgruppe aber fast 42 % stark. Hier liegt die Erklärung für die schon erwähnte, um ein Vielfaches höhere Sterberate der deutschen Hamburger gegenüber der des ausländischen Bevölkerungsteiles.

Ein Blick auf die ausländischen Erwerbstätigen zeigt, daß entsprechend dem allgemeinen Zugang auch ihre Zahl seit 1970 gewachsen ist (um fast 33 %), ihre Quote ging aber gegenüber 1970 um 4 Punkte auf 64,8 % zurück. Dieser Rückgang ist plausibel: Der größere Zugang an nicht mitarbeitenden Familienangehörigen (Kinder, Frauen) mindert die Quote der Erwerbstätigen.

Wie im vorstehenden Beitrag dargelegt, hat sich der Bevölkerungsbestand Hamburgs infolge hoher Gestorbenenüberschüsse und der trotz starken Zuzugs von Ausländern negativen Wanderungsbilanz im gesamten Berichtszeitraum laufend vermindert.

Am 31. 12. 1973 hatte Hamburg 1 751 621 Einwohner. Für die ersten Monate des Jahres 1974 ist ein weiterer Bevölkerungsrückgang erkennbar. Eine Prognose (s. „Hamburg in Zahlen“ 4/74 S. 91) läßt bis in die 80er Jahre hinein ein weiteres Abnehmen der Bevölkerungszahl erwarten.

Hans Georg Wollenhaupt

Häufigkeit von Namen und Geburtsdaten in Hamburg

In ähnlicher Weise wie 1965 wurde auch 1973 in Verbindung mit einer anderen Aktion die Einwohnerkartei auf Kriterien hin untersucht, wie sie üblicherweise nicht Gegenstand statistischer Auswertungen sind. Seit der ersten Veröffentlichung (vgl. Beitrag in: Hamburg in Zahlen, August-Heft 1967, S. 193) wurde die Nachfrage nach neueren Ergebnissen immer größer, so daß eine Wiederholung der Auszählung gerechtfertigt schien, zumal die fortschreitende Automation von personenbezogenen Verwaltungsvorgängen in ihren Grundüberlegungen entsprechende Aussagen über die Verteilung der Einwohner nach Familiennamen und dgl. mit berücksichtigen muß. Während sich die damaligen Ermittlungen auf die Feststellung der Häufigkeit der Anfangsbuchstaben und Länge der

Familiennamen beschränkten, wurden jetzt auch die Vornamen und Geburtsdaten mit einbezogen.

Familiennamen

Am Anfang dieser Auswertungen steht wieder die Tabelle mit dem zahlenmäßigen Nachweis des Vorkommens der Familiennamen nach ihrem Anfangsbuchstaben.

Wie bereits vor sieben Jahren kommt das S von allen Buchstaben am häufigsten als Anfangsbuchstabe der Hamburger Familiennamen vor (12 %), gefolgt von K (9 %), B (8,4 %) und M (6,6 %). Hinsichtlich der

Tabelle 1

Häufigkeit der Anfangsbuchstaben der Familiennamen in Hamburg

Lfd. Nr.	Anfangsbuchstabe des Familiennamens	Vorkommen der				Durchschnittliche Besetzung der Familiennamen mit dem betreffenden Anfangsbuchstaben Sp. 3 x 1000 Sp. 1
		Familiennamen mit dem betreffenden Anfangsbuchstaben		Einwohner mit dem betreffenden Anfangsbuchstaben des Familiennamens		
		absolut	%	absolut (in 1000)	%	
		1	2	3	4	5
1	A	4 790	3,30	39,0	2,20	8,1
2	B	12 208	8,40	175,4	9,90	14,4
3	C	4 275	2,94	25,7	1,45	6,0
4	D	7 356	5,06	62,4	3,52	8,5
5	E	2 930	2,02	39,0	2,20	13,3
6	F	4 486	3,10	59,4	3,35	13,2
7	G	8 577	5,90	90,2	5,09	10,5
8	H	8 264	5,69	144,6	8,16	17,5
9	I	1 055	0,72	6,7	0,38	6,4
10	J	2 824	1,94	40,2	2,27	14,2
11	K	13 014	8,95	166,6	9,40	12,8
12	L	6 447	4,44	83,5	4,71	13,0
13	M	9 630	6,63	121,7	6,87	12,6
14	N	3 221	2,22	36,1	2,04	11,2
15	O	2 549	1,75	23,2	1,31	9,1
16	P	7 836	5,39	81,7	4,61	10,4
17	Q	312	0,21	2,8	0,16	9,0
18	R	7 008	4,82	96,6	5,45	13,8
19	S	17 507	12,05	249,0	14,05	14,2
20	T	5 491	3,78	51,4	2,90	9,4
21	U	958	0,66	8,7	0,49	9,1
22	V	5 286	3,64	34,9	1,97	6,6
23	W	6 240	4,29	108,4	6,12	17,4
24	X, Y	474	0,33	2,1	0,12	4,4
25	Z	2 580	1,77	22,7	1,28	8,8
Zusammen		145 318	100	1 772,0 ¹⁾	100	12,2

¹⁾ Einwohnerzahl am 20. 9. 1972

Namensträger nimmt das S sogar mit 14% den ersten Platz als Anfangsbuchstabe des Familiennamens ein. In der durchschnittlichen Personenzahl je Namensgruppe mit dem betreffenden Anfangsbuchstaben (Tabellenspalte 5) wird es jedoch durch das H, W und B auf den vierten Rang verdrängt. Mit 14,2 ist der Durchschnitt beim S genauso hoch wie beim J, während es beim H 17,5 Einwohner sind, die im Durchschnitt auf einen Familiennamen mit dem Anfangsbuchstaben H entfallen. Obwohl sich gegenüber 1965 die Einwohnerzahl um 85 000 vermindert hat, hat die Zahl der vorkommenden Familiennamen eine Zunahme von 14 700 erfahren. Diese Erhöhung ist vor allem auf den Anstieg der Zahl der Ausländer um rund 40 000 zurückzuführen, die zweifellos den Anteil der bisher nicht in Hamburg existierenden Familiennamen erheblich vermehrt haben, was insbesondere durch die Verdoppelung der Anzahl der Familiennamen mit den Anfangsbuchstaben X, Y von 241 am Anfang des Jahres 1965 auf 474 im September 1972 deutlich wird. Unter den rund 145 000 Familiennamen hält der Name SCHMIDT wieder den ersten Platz.

Rund 14 400 Einwohner Hamburgs tragen diesen Namen. Die MÜLLER folgen jetzt mit rund 13 000 als Zweitplacierte, 1965 lagen sie noch an dritter Stelle. In der weiteren Rangordnung schließen sich an die Namen MEYER, SCHULZ, SCHROEDER, MOELLER,

PETERS und am Ende der 30 am häufigsten vorkommenden Familiennamen der Name WITT. Werden alle Personen namens MEYER (12 800) und MEIER (3 600) zu einer Summe vereinigt, so übernehmen sie wenigstens der Akustik nach die Führung (16 400). Dagegen würde sich bei einer Zusammenfassung der Familiennamen SCHULZ (8 600) und SCHULTZ (2 600) nichts an ihrem vierten Platz ändern. Der Anteil der Einwohner Hamburgs, denen die 30 am häufigsten Familiennamen zukommen, beträgt immerhin 8,7% des Gesamtbestandes.

Als erster Name, der auch als Vorname fungiert, folgt mit rund 1 800 der Familienname OTTO an 57. Stelle. Namen wie AB, AAB, BARRIERE, BARTTLINGCK und viele andere verdienen auch deshalb erwähnt zu werden, weil sie nur für einzelne Personen anzutreffen sind.

Vornamen

Wie eingangs erwähnt, wurde auch eine Auszählung der Hamburger Bevölkerung nach ihren Vor-(Ruf-)Namen vorgenommen. Insgesamt wurden rund 25 000 verschiedene männliche und rund 21 000 weibliche Vornamen festgestellt. Dabei handelt es sich um deutsche und ausländische Vornamen, zudem wurden

Tabelle 2

Die 30 am häufigsten vorkommenden Familiennamen in Hamburg

Lfd. Nr.	Familiennamen	Einwohner mit dem betreffenden Familiennamen				
		September 1972		Dagegen Januar 1965		
		absolut (in 1000)	in %	absolut (in 1000)	in %	Rangziffer
		1	2	3	4	5
1	Schmidt ..	14,4	0,81	14,9	0,80	1
2	Müller	13,0	0,73	13,4	0,72	3
3	Meyer	12,8	0,72	13,6	0,73	2
4	Schulz	8,6	0,49	8,9	0,48	4
5	Schröder ..	8,5	0,48	8,7	0,47	5
6	Möller	6,5	0,37	7,0	0,38	6
7	Peters	5,8	0,33	6,0	0,32	7
8	Krüger	5,1	0,29	5,2	0,28	8
9	Fischer	4,7	0,27	4,8	0,26	9
10	Lange	4,7	0,27	4,6	0,25	11
11	Hoffmann ..	4,6	0,26	4,6	0,25	10
12	Petersen ..	4,5	0,25	4,6	0,25	12
13	Koch	4,1	0,23	4,3	0,23	13
14	Neumann ..	4,1	0,23	4,1	0,22	15
15	Becker	4,0	0,23	4,1	0,22	14
16	Schneider ..	3,8	0,21	3,9	0,21	17
17	Hansen ...	3,7	0,21	3,9	0,21	16
18	Krause	3,7	0,21	3,7	0,20	18
19	Meier	3,6	0,20	3,7	0,20	19
20	Voß	3,4	0,19	3,5	0,19	20
21	Kruse	3,2	0,18	3,3	0,18	21
22	Richter	3,2	0,18	3,3	0,18	22
23	Schwarz ..	3,1	0,17	3,1	0,17	25
24	Wagner	3,1	0,17	3,0	0,16	28
25	Schulze ...	3,1	0,17	3,3	0,18	23
26	Brandt	3,0	0,17	3,2	0,17	24
27	Weber	3,0	0,17	3,0	0,16	29
28	Kröger	2,9	0,16	3,0	0,16	26
29	Martens ...	2,9	0,16	3,0	0,16	27
30	Witt	2,7	0,15	2,8	0,15	31
Zusammen		153,8	8,68	158,5	8,54	
Einwohner insgesamt		1 772,0	100	1 857,0	100	

Tabelle 3

Häufigkeit der Anfangsbuchstaben der Vor-(Ruf-)Namen in Hamburg

Lfd. Nr.	Anfangsbuchstabe des Vor-(Ruf-)Namens	Vorkommen der			
		männlichen		weiblichen	
		Vor-(Ruf-)Namen mit dem betreffenden Anfangsbuchstaben			
		absolut	%	absolut	%
		1	2	3	4
1	A	2 095	8,34	2 228	10,67
2	B	1 045	4,16	850	4,07
3	C	1 108	4,41	997	4,77
4	D	949	3,78	694	3,32
5	E	1 109	4,41	1 462	7,00
6	F	1 033	4,11	615	2,94
7	G	1 159	4,61	1 026	4,91
8	H	2 483	9,88	1 265	6,06
9	I	446	1,78	947	4,53
10	J	1 746	6,95	716	3,43
11	K	1 471	5,86	902	4,32
12	L	655	2,61	865	4,14
13	M	1 885	7,50	2 291	10,97
14	N	665	2,65	677	3,24
15	O	498	1,98	233	1,12
16	P	776	3,09	414	1,98
17	Q	18	0,07	9	0,04
18	R	1 211	4,82	890	4,26
19	S	1 774	7,06	1 741	8,34
20	T	991	3,94	599	2,87
21	U	301	1,20	277	1,33
22	V	420	1,67	352	1,69
23	W	724	2,88	377	1,81
24	X, Y	308	1,23	218	1,04
25	Z	253	1,01	240	1,15
Zusammen		25 123	100	20 885	100

die verschiedenen Schreibweisen des gleichen Namens einzeln gezählt.

Nach Anfangsbuchstaben geordnet, nimmt unter den Männern das H mit knapp 10 % und unter den Frauen das M mit 11 % die erste Position ein. Bei beiden folgt das A mit 8,34 % bzw. 10,67 % auf dem zweiten Rang. Erwartungsgemäß liegt das Q mit immerhin noch 18 bzw. 9 vorkommenden Vornamen an letzter Stelle. Das J ragt insofern heraus, als für diesen Buchstaben bei 716 weiblichen Vornamen 1 746 männliche Vornamen, also weit mehr als doppelt so viele, ermittelt wurden. Auch beim O, H und W liegen die Verhältnisse ähnlich. Beim I dagegen ist es umgekehrt. Hier stehen 947 weiblichen nur 446 männliche Vornamen gegenüber. Von den 30 am häufigsten vorkommenden Vor-(Ruf-)Namen in Hamburg führt PETER unter den männlichen und GERTRUD unter den weiblichen jeweils die Reihe an.

Rund 21 400 Hamburger heißen PETER. 20 300 mit dem Vornamen HANS schließen sich an. WALTER mit 18 700, WERNER mit 17 100, WOLFGANG mit 15 400 und MICHAEL mit 15 100 folgen auf den Rängen 3 bis 6. Bei den Männern beläuft sich der Anteil, den die 30 am häufigsten vorkommenden Vornamen an der Gesamtzahl der männlichen Einwohner einnehmen, auf über 46 %.

Bei den weiblichen Vornamen setzt sich nach GERTRUD mit rund 21 000 die Reihe mit ANNA (19 100), URSULA (18 200), MARTHA (15 400), HELGA (15 300),

ERNA (15 100) usw. fort. Rund 353 000 Hamburgerinnen (37 %) sind es, die sich mit den 30 am häufigsten vorkommenden Vornamen herausheben.¹⁾

Nimmt man die Träger der jeweils 30 häufigsten männlichen und weiblichen Vor-(Ruf-)Namen zusammen, so kommt man auf eine Bevölkerungszahl von rund 730 000 und damit auf einen Anteil von über 41 %, d. h. jeder zweite unter fünf Hamburgern hat einen der 60 am häufigsten vorkommenden Vornamen.

Im Zusammenhang mit Überlegungen über Speicherkonzepte in der ADV kann die Frage auftauchen, welche Anzahl von Stellen für die Speicherung von Vornamen es zu berücksichtigen gilt. Beschränkt man diese Frage auf die 60 am häufigsten anzutreffenden Vornamen in Hamburg, so kommt man auf eine durchschnittliche Anzahl von 5,97, also von 6 Stellen je Vor-(Ruf-)Namen für rund 730 000 Hamburger Einwohner (41 % des Gesamtbestandes).

Tabelle 4

Die 30 am häufigsten vorkommenden männlichen und weiblichen Vor-(Ruf-)Namen in Hamburg

Lfd. Nr.	Männlicher Vor-(Ruf-)Name	Einwohner in %	Weiblicher Vor-(Ruf-)Name	Einwohner in %
	1	2	3	4
1	Peter	2,61	Gertrud	2,21
2	Hans	2,48	Anna	2,01
3	Walter	2,28	Ursula	1,91
4	Werner	2,09	Martha	1,62
5	Wolfgang	2,88	Helga	1,61
6	Michael	1,84	Erna	1,59
7	Wilhelm	1,79	Elisabeth	1,48
8	Jürgen	1,71	Frieda	1,42
9	Heinz	1,70	Ingrid	1,34
10	Horst	1,66	Karin	1,31
11	Gerhard	1,57	Hildegard	1,29
12	Thomas	1,57	Renate	1,27
13	Karl	1,52	Ilse	1,23
14	Heinrich	1,46	Gisela	1,22
15	Klaus	1,44	Erika	1,17
16	Herbert	1,40	Maria	1,13
17	Hermann	1,38	Gerda	1,08
18	Kurt	1,37	Ingeborg	1,05
19	Otto	1,34	Irmgard	1,04
20	Günter	1,32	Monika	1,01
21	Uwe	1,27	Elfriede	1,00
22	Dieter	1,26	Sabine	0,99
23	Andreas	1,22	Helene	0,92
24	Manfred	1,21	Emma	0,92
25	Paul	1,21	Christa	0,89
26	Helmut	1,18	Margarete	0,89
27	Ernst	1,17	Marie	0,88
28	Rolf	1,06	Else	0,87
29	Karl-Heinz	1,06	Käthe	0,84
30	Friedrich	1,01	Brigitte	0,84
Zusammen		46,05		37,04
Einwohner insgesamt		100		100

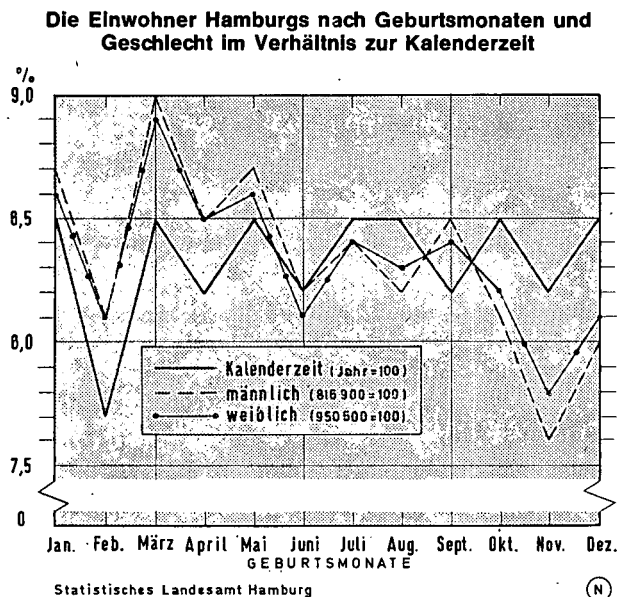
Geburtsdatum

Die Auszählung der Hamburger Bevölkerung nach Geburtsmonat und Geschlecht läßt überdurchschnittliche Besetzungszahlen vor allem für den Monat März erkennen. Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen ist der Anteil der in diesem Monat geborenen Einwohner mit 9 % bzw. 8,9 % am stärksten ausge-

¹⁾ Im einzelnen dazu: „Die Vornamen der Hamburger“, S. 284.

prägt. Als nächsthöhere Anteile folgen zwar die der Monate Mai und Januar, aber auch der April überflügelt mit seinen 30 Kalendertagen Monate wie Juli, August, Oktober und Dezember. Die Kalenderunregelmäßigkeiten sind im Schaubild 1 zur Erleichterung der Vergleichsmöglichkeiten ausgeschaltet.

Schaubild 1



Im Verhältnis zur Kalenderzeit, die die unterschiedliche Anzahl von Tagen in den zwölf Monaten, darunter die Schaltjahr-Eigenschaft des Monats Februar, berücksichtigt, ist das Übergewicht eindeutig in den ersten fünf Monaten und im September festzustellen, während insbesondere für den Monat November der Kurvenverlauf sich entgegengesetzt verhält. Die zwischen den Monaten bestehenden Abweichungen liegen in der unterschiedlichen jahreszeitlichen Verteilung der Geburten begründet, die allgemein von dem Ablauf der vier Jahreszeiten beeinflusst wird. In den Frühjahrsmonaten werden seit eh und je relativ mehr Kinder geboren als im Herbst und Winter.²⁾ So weisen auch innerhalb der geburtenstärksten Jahrgänge 1940 und 1941 bei den Männern die Monate September und Mai (1941), die Monate März, Januar, Februar und April (1940), also die in dieser Reihenfolge genannten Monate die überhaupt höchsten sechs monatlichen Geburtszahlen auf. Erst an siebenter Stelle tritt die höchste weibliche Geburtszahl auf, und zwar auch wie bei den Männern für September 1941.

Unter den weiteren 14 Rängen, von denen zwölf von Männern eingenommen werden, erscheint auf dem zehnten Platz der Monat Oktober des Jahres 1919

²⁾ Eine grundlegende Bestätigung dieses jahreszeitlichen Verteilungsbildes findet sich in der Untersuchung des Österreichischen Statistischen Zentralamtes „Kosmische Einflüsse und Lebensrhythmus in europäischer Sicht“ in der Sonderbeilage zum Oktoberheft 1961 der „Statistischen Nachrichten“, wonach anhand der monatlichen absoluten Zahlen für den Zeitraum 1948–1959 von 23 europäischen Staaten in der überwiegenden Zahl der Fälle als Maximum der Geburten der Monat März und als Minimum der Geburten der Monat November herausgestellt worden sind. Dieser Auswertung ist eine spezielle Untersuchung der monatlichen Geburten in Österreich für den Zeitraum 1851/1864 und 1948/1959 vorausgegangen, nach der die größte Geburtenfrequenz in beiden Zeitabschnitten im Monat Februar bzw. März liegt. Näheres hierzu in „Kosmische Einflüsse und Lebensrhythmus“ im Augustheft 1961 der gleichen Zeitschrift.

Tabelle 5

Die Bevölkerung in Hamburg nach Geburtsmonat und Geschlecht

Lfd. Nr.	Geburtsmonat	Männlich		Weiblich	
		absolut (in 1000)	in %	absolut (in 1000)	in %
		1	2	3	4
1	Januar	70,7	8,6	81,6	8,6
2	Februar	66,4	8,1	77,2	8,1
3	März	73,5	9,0	84,6	8,9
4	April	69,4	8,5	80,5	8,5
5	Mai	71,1	8,7	81,8	8,6
6	Juni	66,6	8,1	77,2	8,1
7	Juli	68,7	8,4	79,9	8,4
8	August	67,3	8,2	79,0	8,3
9	September ..	69,1	8,4	80,2	8,4
10	Oktober	65,9	8,0	77,5	8,1
11	November ...	62,5	7,6	73,7	7,7
12	Dezember ...	65,7	8,0	77,3	8,1
13	ohne Angabe	3,1	0,4	1,5	0,2
Insgesamt		820,0	100	952,0	100

als zweithöchste und an 21. Stelle der Monat September des gleichen Jahres als dritthöchste weibliche Geburtszahl.

Die für September 1941 als höchste monatliche Geburtszahlen ermittelten Werte belaufen sich bei den Männern auf 1 885 und 1 684 bei den Frauen und ergeben damit eine Sexualproportion von 112:100. Untersucht man dieses Verhältnis bei den ersten 20 höchsten monatlichen Geburtszahlen, so ergibt sich bei einer Gesamtration von 115:100 für alle 20 Monatswerte zusammen als niedrigste eine von 110:100 für den März 1940 und als höchste eine von 125:100 für den Monat April 1941. Vergleichshalber sei die Sexualproportion von 102:100 bei den im Jahre 1973 Geborenen erwähnt. Das Übergewicht der Männer unter den ersten 20 höchsten monatlichen Geburtszahlen in den Jahren 1938–1944 mag sich aus besonderen Selektionen bei Bevölkerungsverschiebungen durch Wanderungen über die Landesgrenze ergeben haben.

In ähnlicher Weise wie bei den Geburtsmonaten läßt die Auszählung der Einwohner Hamburgs nach einzelnen Geburtstagen und dem Geschlecht höchste Geburtszahlen eines Tages unter den ersten 32 nur solche für Männer erkennen. An erster Stelle steht der 1. 1. 1940 mit 107, an zweiter der 1. 1. 1936 mit 104, an dritter der 1. 1. 1938 mit 96 sowie auf dem 4. bis 7. Platz ebenfalls jeweils der 1. Januar 1939, 1942, 1943 und 1937. Erst danach folgen Tage wie der 20. 9. 1941, 25. 4. 1941, 26. 9. 1941, 25. 9. 1941. Die geburtenreichsten Tage unter den Frauen treten erst mit jeweils 73 am 20. 9. 1941, 27. 9. 1941, 5. 3. 1920 und 2. 10. 1919 an 33., 35., 37. bzw. 38. Stelle in Erscheinung. Die starke Konzentration höchster täglicher Geburtszahlen auf den 1. Januar (Plätze 1 bis 7) muß man wahrscheinlich in Zusammenhang mit dem Jahreswechsel sehen, weil wegen einer vielleicht weit verbreiteten – wenn auch rational nicht erklärbaren – Präferenz möglicherweise Geburten vom Ende des alten auf den Beginn des neuen Jahres umdatiert („verschoben“) wurden.

Werden für die 175 höchsten täglichen Geburtszahlen nach dem Geschlecht die betreffenden Wochentage festgestellt, so wird folgende Verteilung sichtbar:

Wochentag	Anzahl	%
Sonntag	29	16,6
Montag	16	9,1
Dienstag	13	7,4
Mittwoch	22	12,6
Donnerstag	32	18,3
Freitag	39	22,3
Sonnabend	24	13,7
	175	100,0

Bei einer erwarteten Durchschnittshäufigkeit von 25 Fällen an jedem Wochentag bzw. 14,3% tritt deutlich der Freitag als letzter Tag der Fünftagewoche hervor. Mit 39 Fällen liegt er dreimal so hoch wie der Dienstag.

Wird die Betrachtung einzelner Jahre außer acht gelassen und die Ermittlung höchster Geburtszahlen nur auf Monate und Tage abgestellt, so wird folgende Rangordnung sichtbar:

Rangziffer	Männlich	Weiblich
1	1. 1.	1. 3.
2	1. 3.	27. 9.
3	15. 3.	1. 1.
4	6. 3.	21. 9.
...
363	27. 12.	27. 8.
364	19. 11.	27. 12.
365	29. 11.	21. 10.
366	29. 2.	29. 2.

Auch bei dieser Darstellung erscheint der 1. Januar unter den ersten drei sowohl bei den Männern als auch den Frauen mit als geburtenreichster Tag, nur bei den Frauen wird er durch den 1. März überflügelt. Wahrscheinlich ist auch der 1. 3. mit dem bei Schaltjahren davor liegenden 29. Februar in Verbindung zu bringen; denn der 29. 2. als geburtenschwächster Tag verhält sich gegenüber dem 1. März wie 1:5,1 bei den Männern und 1:4,8 bei den Frauen, obwohl bei einem vierjährigen Schaltjahrzyklus das Verhältnis eigentlich 1:4 lauten müßte. D. h. es sind mehr Personen am 1. 3. geboren, als rechnerisch zu erwarten gewesen wären. Möglicherweise sind tatsächliche Geburtstermine vom 29. 2. auf den 1. 3. — wie beim 31. 12. — „verschoben“ worden.

Schließlich verdient noch die Auswertung nach den 31 möglichen Geburtstagen erwähnt zu werden, bei der die Jahre und Monate weggelassen wurden. Bei dieser Auszählung hätte man mit Ausnahme der drei letzten Tage, die in den zwölf Monaten nicht in gleicher Häufigkeit vorkommen, eine ziemlich gleich-

Tabelle 6

Die Bevölkerung in Hamburg nach Geburtstag und Geschlecht

Geburstag	Männlich		Weiblich	
	absolut (in 1000)	in %	absolut (in 1000)	in %
	1	2	3	4
1	28,9	3,53	32,3	3,38
2	27,0	3,29	31,8	3,34
3	26,9	3,28	31,0	3,26
4	27,0	3,29	31,3	3,29
5	27,4	3,34	31,4	3,30
6	26,9	3,28	31,6	3,32
7	26,9	3,28	31,1	3,27
8	26,7	3,26	31,0	3,26
9	26,6	3,24	30,7	3,22
10	27,7	3,38	31,8	3,34
11	26,5	3,23	31,2	3,28
12	27,0	3,29	31,2	3,28
13	26,8	3,27	31,1	3,27
14	26,7	3,26	31,3	3,29
15	27,9	3,40	31,8	3,34
16	26,8	3,27	31,1	3,27
17	26,7	3,26	31,1	3,27
18	26,6	3,24	31,2	3,28
19	26,3	3,21	30,7	3,22
20	27,4	3,34	31,6	3,32
21	26,6	3,24	30,8	3,23
22	26,4	3,22	31,0	3,26
23	26,5	3,23	31,0	3,26
24	26,9	3,28	31,5	3,31
25	26,8	3,27	31,7	3,33
26	26,3	3,21	31,3	3,29
27	26,5	3,23	30,8	3,23
28	26,3	3,21	30,9	3,24
29	24,7	3,01	28,8	3,02
30	24,1	2,94	28,5	2,99
31	15,1	1,84	17,9	1,88
ohne Angabe	3,1	0,38	1,5	0,16
Ins-gesamt	820,0	100	952,0	100

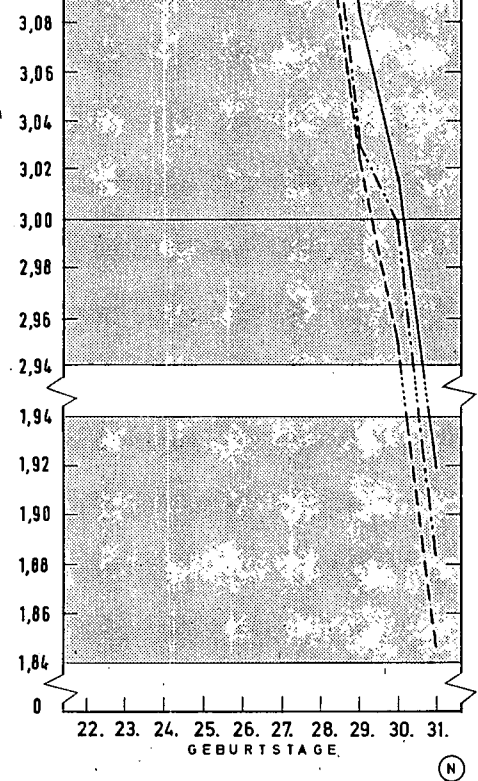
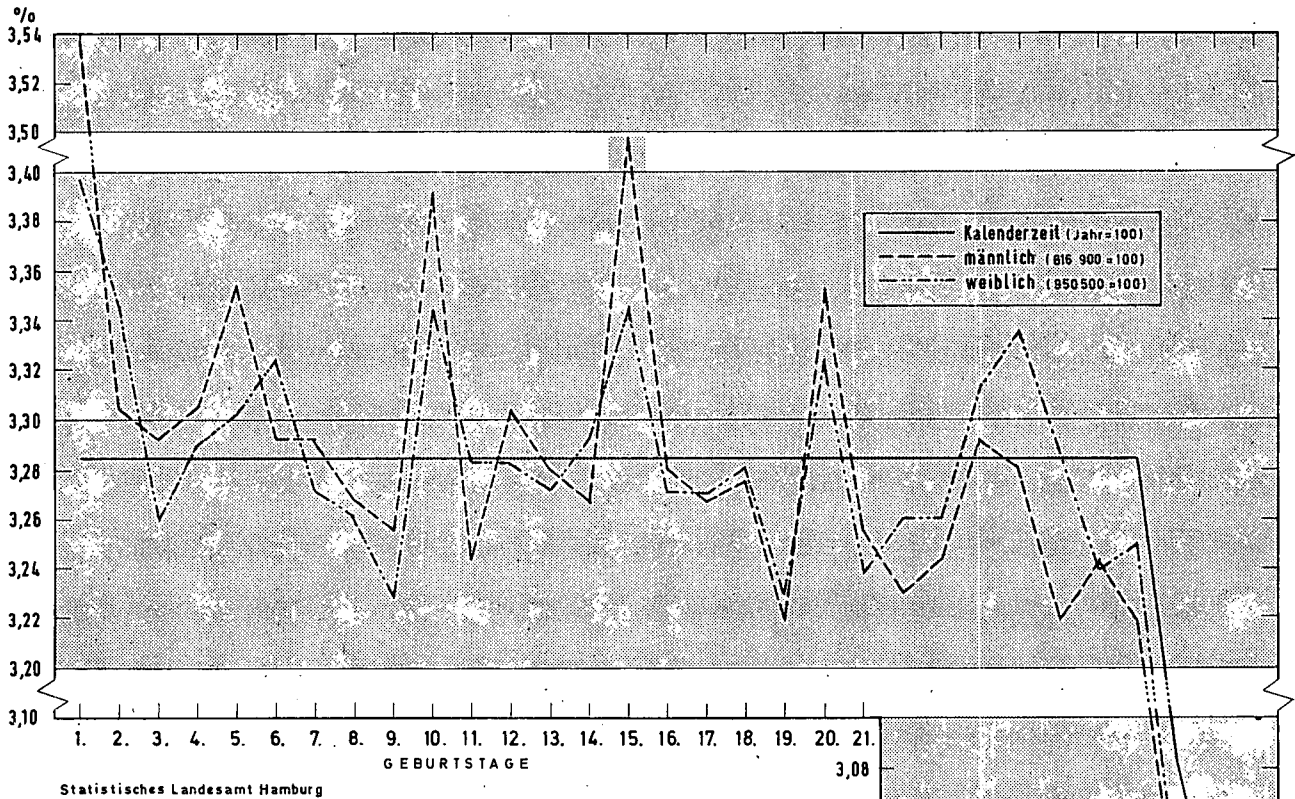
mäßige Besetzung erwarten dürfen. Der Blick auf die Tabelle 6 läßt jedoch erkennen, daß sich besondere Höhepunkte für den 1., 5., 10., 15., 20. und 25., also in durch Fünferintervalle charakterisierten Abständen herausheben. Innerhalb der 28 vollständig vertretenen Tage reicht die Spannweite bei den Männern von 3,21% (19., 26. und 28.) bis zu 3,53% (1.) und bei den Frauen von 3,22% (9. und 19.) bis 3,38% (1.).

Deutlicher bringt diesen wellenartigen Verlauf das Schaubild 2 heraus.

Unter Zugrundelegung der Kalenderzeit, die bei dem hier angewandten Berechnungsverfahren das unterschiedliche Vorkommen der 31 Tage ausgleicht (die Tage 1–28 haben jeweils einen Anteil von 3,285%, der 29. = 3,085%, der 30. = 3,016% und der 31. = 1,919%), wird bei beiden Geschlechtern ein u. E. nur schwer erklärbares Phänomen sichtbar. Abgesehen von den bereits speziell für den 1. Januar und 1. März und damit unter Umständen für den 1. Tag eines jeden Monats als möglich herausgestellten Ursachen, bleibt es mit Ausnahme des 30. für die anderen, auf 0 oder 5 endenden Tage unverständlich, warum bei einer auf einer unveränderlichen Zeitein-

Schaubild 2

Die Einwohner Hamburgs nach Geburtstagen und Geschlecht im Verhältnis zur Kalenderzeit



heit, nämlich dem Tag, beruhenden Auszählung diese Ausschläge erkennbar werden. Vielleicht läßt sich eine Erklärung darin finden, daß bei der Angabe des Geburtsdatums im Rahmen einer An- oder Ummeldung häufiger Abweichungen auftreten, indem bei nicht genauer Kenntnis des Geburtstages auf Angaben ausgewichen wird, die auf 0 oder 5 gerundet sind. Um diese Vermutung zu prüfen, wurde die tagesweise Auszählung für einen der geburtenstärksten Jahrgänge, nämlich für 1940, und parallel dazu für den Jahrgang 1971 wiederholt. Beim Jahrgang 1940 konnte man davon ausgehen, daß dieser insbesondere von An-/Ummeldungen beeinflusst worden ist. Der Jahrgang 1971 als der jüngste vollständige Jahrgang vor dem Stichtag der Auswertung (20. 9. 1972) dagegen konnte diesen Einflüssen noch nicht so ausgesetzt gewesen sein. Auch mußte man annehmen, daß für die in diesem Jahre Geborenen sich noch leichter das genaue Geburtsdatum finden ließ, wenn derartige Ummeldevorgänge zu registrieren waren. Bei einem Großteil der Geburten des Jahres 1971 konnte auch von vornherein eine größere Zuverlässigkeit insofern unterstellt werden, als die Eintragungen in die Einwohnerkartei von Mitteilungen der Standesämter herrühren.

Die Auszählung der beiden Jahrgänge führte zu dem Ergebnis, daß von den 31 möglichen Geburtstagen jeweils folgende sechs Tage die höchsten Anteile aufweisen:

Geschlecht	Jahrgang	Geburtstage nach der Rangfolge des Anteils an der Jahressumme					
		1	2	3	4	5	6
Männlich	1940	1.	15.	5.	2.	20.	25.
	1971	27.	24.	5.	16.	23.	8.
Weiblich	1940	2.	6.	1.	15.	20.	13.
	1971	15.	22.	9.	23.	2.	14.

Aus der Gegenüberstellung wird ersichtlich, daß insbesondere bei den Männern die Tage, die auf 5 oder 0 enden, 1940 häufiger vorkommen als 1971. Beachtenswert ist auch, daß beim Jahrgang 1971 selbst der 1. weder unter den männlichen noch unter den weiblichen Personen als geburtenreichster Tag erscheint. Dafür zeigt sich bei diesem Jahrgang eine gewisse Häufung um den 14.–16. und um den 22.–24. für alle zwölf Monate zusammengekommen. Für die jeweils sechs geburtenreichsten Tage ist eine zufällige Verteilung auszuschließen³⁾, was insbesondere für die

auf 5 oder 0 endenden Geburtstage des Jahrgangs 1940 gilt.

Günter Müller

³⁾ Der Chi-Quadrat-Anpassungstest ergab folgende Prüfgrößen:

Jahrgang	Geschlecht	Prüfgröße
1940	männlich	73,4
	weiblich	15,3
1971	männlich	14,2
	weiblich	12,9

Gegenüber dem Tabellenwert von 11,1 ($S = 0,95$; $FG = 5$) ist in allen vier Fällen die Nullhypothese zu verwerfen.

Die Vornamen der Hamburger

Würde Ernst Wasserzieher, der Begründer des bekannten Namensbuches „Hans und Grete“, den Titel seines Buches nach den gegenwärtig in Hamburg verbreitetsten Vornamen wählen, müßte er es „Peter und Gertrud“ nennen. Denn Hans folgt nach Peter erst an zweiter Stelle in der Rangliste der männlichen Vornamen, und Grete erscheint in der Vollform Margaret(h)e nach Gertrud, Anna, Ursula, Martha, Helga, Erna und Elisabeth erst als achthäufigster weiblicher Name in Hamburg, vor Frieda und Ingrid. Bei den Männernamen finden sich die höchsten Frequenzen – nach Peter und Hans – für Walter, Günt(h)er, Werner, Carl/Karl, Wolfgang, Michael, Claus/Klaus und Wilhelm. Zahlenangaben zur Verbreitung dieser Namen und die weitere Reihenfolge sind jeweils für die sechzig häufigsten Rufnamen der Hamburger und Hamburgerinnen aus den Tabellen 1 und 2 ersichtlich.

Jemand, dem der Gebrauch deutscher Namen am Herzen liegt, wird insbesondere die von den Hamburger Männern getragenen Vornamen mit Wohlgefallen betrachten können. Nur etwa ein Viertel der aufgeführten Namen ist fremdsprachlicher Herkunft, und auch dieser Teil stellt – wie beispielsweise Peter, Hans, Paul – weitgehend eingedeutschte Lehnnamen dar, denen man ihre Provenienz nicht mehr anmerkt. Die übrigen zumeist schon von der Klangfarbe her auffallenden griechischen und hebräischen Namen, wie Michael, Thomas, Andreas, Joachim oder Georg, bilden in der Gesamtübersicht eine Minderheit. Dagegen haben die Frauennamen in erheblich höherem Umfang fremdsprachliche Wurzeln. Rund die Hälfte der sechzig häufigsten Namen der Hamburgerinnen stammen aus dem Hebräischen (etwa Anna, Elisabeth, Maria, Susanne), aus dem Lateinischen (zum Beispiel Renate, Monika, Sabine), aus dem Griechischen (so Helene, Christa, Käthe, Angelika) und aus dem Französischen (beispielsweise Charlotte, Luise).

Aber auch für Namen gilt: Was gestern modern war, ist heute überholt. Vergleicht man die Liste der in der Gesamtbevölkerung verbreitetsten Vornamen¹⁾ mit den Namen, die die Hamburger Eltern ihren 1973 geborenen Kindern gegeben haben, so zeigt sich eine

fast vollständige Abkehr von den Namensfavoriten der Vergangenheit. Die Zusammenstellung der häufigsten Jungennamen des Jahres 1973 (vgl. Tabelle 3) enthält nur noch ganz vereinzelt die früher häufig verwendeten männlichen Vornamen. Zu den wenigen Ausnahmen, die sowohl in der Namensliste für die männliche Gesamtbevölkerung als auch in der Übersicht der im Jahre 1973 vergebenen Namen einen vorderen Platz haben, gehören Michael, Andreas und Thomas.

Es ist zu vermuten, daß zur Repräsentanz dieser Vornamen in der Reihe der Gesamthäufigkeiten vor allem jüngere Besitzer der Namen beitragen. Der vormals so beliebte Peter steht heute bestenfalls an 46. Stelle. Die im letzten Jahr geborenen Jungen heißen statt dessen Mark/Marko/Markus (mitunter auch jeweils mit c geschrieben), Stefan oder Stephan, Sven oder Swen, Christian oder Kristian, Jan und – wie schon gesagt – Michael, Andreas oder André. Damit ist die Namenspalette um einiges internationaler geworden; die wenigen deutschstämmigen Namen (etwa Frank, Dirk, Ralf, Olaf, Holger) machen kaum noch ein Sechstel der häufigsten Vornamen aus. Neu ist das Aufkommen bisher wenig gebräuchlicher nordischer Namen wie Sven, T(h)orsten, Ni(e)ls, Björn, eventuell auch Lars.

Angehörige einer nicht mehr ganz jungen Generation nehmen mit gewissem Erstaunen auch die Verwendung einiger nach ihrem Geschmack ein wenig betagt wirkender Namen zur Kenntnis, wie beispielsweise Tobias, Florian, Christoph, Sebastian oder Felix.

Die Nostalgiewelle hat die Mädchennamen noch nicht so offensichtlich erfaßt wie die männlichen Vornamen. Die Hamburgerinnen heißen jetzt Nicole, Tanja, Stefanie oder Stephanie und – nicht minder klangvoll – Melanie, Sandra, Bianca, Claudia, Katrin, Nina und Alexandra (vgl. Tabelle 4). An dieser Stelle mag der erläuternde Hinweis erlaubt sein, daß die hier wiedergegebenen Namen ausnahmslos die deutscher Kinder sind.

Auch die Eltern der 1973 geborenen Mädchen haben sich von den vormals beliebten Namen gelöst. Von den

¹⁾ Siehe dazu auch Seite 280 dieses Heftes.

30 häufigsten Namen aller Hamburgerinnen erscheint lediglich Sabine unter den 1973 bevorzugt vergebenen Vornamen. Aus der zweiten Hälfte der Namensübersicht für die weibliche Gesamtbevölkerung befinden sich Petra, Susanne, Birgit, Marion und Andrea auch unter den 60 häufigsten Namen der im vergangenen Jahr geborenen Mädchen.

Die sprachliche Herkunft der von den Eltern heute gewählten Mädchennamen ist noch vielfältiger als die der modernen Jungennamen. Neben Vornamen aus dem Russischen (Tanja, Katja, Sonja) gibt es mit Jasmin und Esther zwei persische Namen, man findet die italienische Bianca und die englische Jennifer. Nordische Namen (Svenja, Karen) sind allerdings weniger zahlreich als bei den Jungen. Französischen Einfluß lassen Nicole, Yvonne und Nadine spüren. Unter den fremdsprachlichen Namen überwiegen aber nach wie vor die hebräischen, griechischen und lateinischen Namensstämme. Mit Daniela, Michaela, Susanne, Bettina, Rebecca (hebräisch), Stephanie, Melanie, Sandra und Alexandra, Katrin, Christine, Petra, Corinna (griechisch) und Claudia, Julia, Martina, Cornelia, Verena (lateinisch) sollen lediglich die wichtigsten genannt werden. Deutscher Herkunft ist ungefähr ein Zehntel der Namen, darunter hauptsächlich Brigitte (mit Nebenformen); als einziger friesischer Name ist Wiebke vertreten.

Hieß es früher in einigen Gegenden: „Die Visitenkarte ersetzt den Taufschein“, kann man heute – ebenso überspitzt – sagen, die Visitenkarte verrät, wenn nicht genau das Jahr, so doch etwa das Jahrfünft oder zumindest Jahrzehnt der Geburt. Daß Lieblingsnamen dies nicht auf die Dauer bleiben, illustriert ein Vergleich der 1973 in Hamburg vergebenen Vornamen mit denjenigen, die Hamburger Eltern für ihre im Jahr 1968 geborenen Kinder gewählt haben. Leider wurden bei der damaligen Auszählung nur sehr wenige Namen festgehalten. Die sechs meistgebrauchten Jungennamen waren seinerzeit Stefan/Stephan, Thomas, Michael, Frank, Andreas und Oliver; von diesen haben Thomas, Frank und Oliver in den vergangenen fünf Jahren schon erheblich in der Gunst der Eltern eingebüßt. Bei den Mädchennamen waren Claudia, Anja, Stefanie/Stephanie, Andrea, Susanne und Sabine die Favoriten von 1968; mit Ausnahme von Stefanie haben auch alle diese Namen einen großen Teil ihrer Beliebtheit im Laufe der letzten Jahre verloren.

Die jetzt für 1973 vorgelegte Auswertung beruht auf den Namensangaben in 2830 Geburtenzählblättern für Jungen und 2716 für Mädchen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Die Gesamtzahl der im zweiten Halbjahr 1973 geborenen deutschen Kinder ist geringfügig höher; bei den nicht in die Namensauswertung einbezogenen Zählblättern hatten die Eltern indessen von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Geburt ihres Kindes zunächst ohne Nennung von Vornamen zu melden.

Nur am Rande des Themas seien folgende Daten erwähnt, die den Umfang des Geburtenrückgangs in Hamburg veranschaulichen: 1968 sind die Namen von den standesamtlichen Geburtenzählblättern des ersten Vierteljahres ausgewertet worden. Für 1973

wurden die Zählblätter des zweiten Halbjahres herangezogen, ohne daß die Quartalszahl des Jahres 1968 insgesamt nennenswert übertroffen wurde. Die Anzahl der im letzten Jahr von Juli bis Dezember geborenen deutschen Kinder lag sogar unter der Geburtenzahl der ersten drei Monate des Jahres 1968.

Von den insgesamt auf 4000 geschätzten möglichen Vornamen unseres Sprachgebrauchs vergaben die Hamburger Väter und Mütter rund 400 Jungennamen und 380 Mädchennamen an ihre 1973 geborenen Kinder. Dabei ist jedoch anzumerken, daß die Kinder größtenteils mehr als einen Vornamen erhielten. Im Rahmen dieser Untersuchung wurde jeweils nur der an erster Stelle des Statistikbeleges genannte Name gezählt. Doppelnamen sind dabei vollständig erfaßt worden, ihre Anzahl und ihre Verbreitung waren aber verhältnismäßig gering. 69 Jungen und 43 Mädchen bekamen im zweiten Halbjahr 1973 Doppelnamen, die Jungen hauptsächlich in Zusammensetzungen mit Sven, Jan oder Kai als erstem Bestandteil. Für eine Aufnahme in die Gruppe der häufigsten Namen des Jahres 1973 sind diese wenigen Doppelnamen nicht in genügend großer Zahl gewählt worden, während sich unter den 60 häufigsten männlichen Namen für die Gesamtbevölkerung mit Karl-Heinz und Hans-Jürgen immerhin zwei Doppelnamen befinden. Typisch für die Reihe der verbreitetsten männlichen Namen ist im übrigen ein hoher und offensichtlich steigender Anteil einsilbiger Namen. Für Frauen und Mädchen wurden einsilbige Vornamen – von dem Einzelfall Ruth unter den früheren Namen abgesehen – dagegen nicht vergeben. Der Anteil an Kurz- und Koseformen hat sich im Vergleich der Namensauszählungen für die Gesamtbevölkerung und für die 1973 geborenen Kinder nicht merklich verändert. Er erreichte unter den häufigsten männlichen und weiblichen Vornamen jeweils etwa ein Zehntel; beliebte Kurzformen von Jungennamen sind 1973 zum Beispiel Jan, Sascha, Mirko, Tim und von Mädchennamen hauptsächlich Tanja, Sandra und Katja.

Aus welchen Motiven sich Eltern für bestimmte Vornamen entscheiden, läßt sich natürlich nicht mit Sicherheit belegen. Vom Namenskult und Namenszauber („nomen est omen“) der Vorzeit sollten die letzten Reste mittlerweile aufgegeben sein. Auch von den zehn denkbaren Hilfen zur Namensfindung, die Gottschald in seiner Namenskunde zitiert²⁾, sind heute gewiß nur noch wenige Momente ausschlaggebend. Die „Hilfen“ werden gekennzeichnet als: 1. Hilfe der Tradition, 2. ethische, 3. religiöse, 4. dynastische, 5. politische, 6. literarische, 7. euphonische Hilfen, ferner die Hilfen: 8. der Nachbarschaft, 9. der Originalität und 10. der Unauffälligkeit.

Motive der Tradition werden in einigen Fällen durchaus noch maßgeblich sein, etwa wenn ein seit langem in der Familie gebrauchter Vorname nicht verloren gehen soll. Nicht allzuoft aber wird dieser Name auch als Rufname verwendet werden, sondern das Kind wird diesen eher als zweiten oder dritten Vornamen zusätzlich erhalten.

Ethische Hilfen können heute als Motiv für die Namenswahl ausgeschlossen werden; niemand nennt sein Kind mehr Leberecht oder Fürchtgott.

2) Max Gottschald: „Deutsche Namenskunde“, 4. Auflage, Berlin 1971, Seite 18.

Tabelle 1

Die 60 häufigsten männlichen Vornamen in Hamburg ¹⁾

Lfd. Nr.	Vorname	Häufigkeit
1	Peter	21 422
2	Hans	20 282
3	Walter	18 726
4	Günter/Günther	18 717
5	Werner	17 066
6	Carl/Karl	16 355
7	Wolfgang	15 393
8	Michael	15 066
9	Claus/Klaus	14 919
10	Wilhelm	14 679
11	Jürgen	13 971
12	Heinz	13 882
13	Horst	13 580
14	Gerhard	12 937
15	Thomas	12 936
16	Heinrich	11 952
17	Herbert	11 529
18	Hermann	11 324
19	Kurt	11 236
20	Otto	10 983
21	Uwe	10 350
22	Dieter	10 273
23	Andreas	9 985
24	Willi/Willy	9 976
25	Manfred	9 874
26	Paul	9 855
27	Helmut	9 742
28	Ernst	9 591
29	Rolf	8 707
30	Karl-Heinz	8 672
31	Friedrich	8 321
32	Rudolf	7 955
33	Erich	7 891
34	Bernd	7 787
35	Alfred	7 725
36	Frank	6 872
37	Fritz	6 323
38	Thorsten/Torsten	6 207
39	Holger	6 140
40	Joachim	6 136
41	Franz	5 935
42	Harald	5 568
43	Georg	5 564
44	Jens	5 432
45	Johannes	5 313
46	Rainer	5 248
47	Jörg	5 228
48	Martin	5 040
49	Christian	4 897
50	Richard	4 844
51	Stefan	4 638
52	Gerd	4 454
53	Erwin	4 373
54	Hans-Jürgen	4 322
55	Max	4 282
56	Bernhard	4 183
57	Gustav	4 121
58	Norbert	3 954
59	Albert	3 937
60	Adolf	3 906

¹⁾ nach einer Auszählung der Einwohnerkartei, Stand 20. 9. 1972.

Tabelle 2

Die 60 häufigsten weiblichen Vornamen in Hamburg ¹⁾

Lfd. Nr.	Vorname	Häufigkeit
1	Gertrud	21 028
2	Anna	19 094
3	Ursula	18 163
4	Martha	15 384
5	Helga	15 323
6	Erna	15 107
7	Elisabeth	14 127
8	Margarete/Margarethe	13 884
9	Frieda	13 493
10	Ingrid	12 777
11	Karin	12 488
12	Hildegard	12 306
13	Renate	12 051
14	Ilse	11 691
15	Gisela	11 614
16	Erika	11 121
17	Herta/Hertha	10 816
18	Maria	10 752
19	Gerda	10 345
20	Ingeborg	9 953
21	Irmgard	9 900
22	Monika	9 637
23	Elfriede	9 453
24	Sabine	9 426
25	Helene	8 802
26	Emma	8 784
27	Christa	8 493
28	Marie	8 391
29	Else	8 340
30	Käthe	8 022
31	Brigitte	7 974
32	Edith	7 959
33	Susanne	7 827
34	Charlotte	7 578
35	Petra	7 346
36	Birgit	7 078
37	Elke	7 044
38	Inge	6 933
39	Johanna	6 891
40	Hannelore	6 479
41	Marianne	6 406
42	Ruth	6 257
43	Angelika	6 168
44	Hedwig	6 140
45	Jutta	5 970
46	Elsa	5 937
47	Anneliese	5 804
48	Waltraud/Waltraut	5 728
49	Gabriele	5 654
50	Marion	5 650
51	Christel	5 524
52	Barbara	5 499
53	Andrea	5 452
54	Lieselotte	5 293
55	Heike	5 184
56	Irma	5 124
57	Ute	5 003
58	Margot	4 875
59	Ella	4 864
60	Luise	4 791

¹⁾ nach einer Auszählung der Einwohnerkartei, Stand 20. 9. 1972.

Tabelle 3

**Die 60 häufigsten männlichen Vornamen
der 1973 geborenen Hamburger Kinder¹⁾**

Lfd. Nr.	Vorname	Häufigkeit
1	Stefan/Stephan	111
2	Michael	110
3	Sven/Swen	96
4	Andreas	95
5	Christian/Kristian	95
6	Marcus/Markus	95
7	Marco/Marko	90
8	Jan	77
9	André	69
10	Marc/Mark	68
11	Oliver	66
12	Mathias/Matthias	65
13	Thomas	64
14	Alexander	57
15	Frank	55
16	Thorsten/Torsten	54
17	Dirk	53
18	Martin	52
19	Lars	48
20	Sascha	37
21	Heiko	36
22	Kai/Kay	34
23	Jens	33
24	Niels/Nils	33
25	Carsten/Karsten	32
26	Tobias	32
27	Maik/Mike	32
28	Patrick	31
29	Björn	25
30	Arne	23
31	Jörg	23
32	Ralf/Ralph	23
33	Florian	22
34	Christoph	21
35	Philip/Philipp/ Phillipe/Phillip	21
36	Daniel	20
37	Olaf	20
38	Marcel	19
39	René	19
40	Sebastian	18
41	Holger	17
42	Malte	17
43	Henning	15
44	Mario	15
45	Volker	15
46	Axel	14
47	Felix	14
48	Mirco/Mirko	14
49	Peter	14
50	Ole	13
51	Torben/Thorben	12
52	Ingo	12
53	Jörn	12
54	Tim	12
55	Claus/Klaus	10
56	Joachim	10
57	Manuel	10
58	Timo	9
59	Dennis	8
60	Sören	8

¹⁾ ermittelt an Hand der standesamtlichen Geburtenzählblätter des zweiten Halbjahres 1973.

Tabelle 4

**Die 60 häufigsten weiblichen Vornamen
der 1973 geborenen Hamburger Kinder¹⁾**

Lfd. Nr.	Vorname	Häufigkeit
1	Nicole	193
2	Tanja	144
3	Stefanie/Stephanie	102
4	Melanie	80
5	Sandra	75
6	Bianca	68
7	Claudia	64
8	Katrin	50
9	Nina	50
10	Alexandra	49
11	Christina/Kristina	46
12	Maike/Meike	46
13	Daniela	45
14	Michaela	45
15	Katja	42
16	Yvonne	41
17	Britta	40
18	Sabine	39
19	Sonja	37
20	Julia	36
21	Martina	36
22	Christine	33
23	Susanne	32
24	Manuela	31
25	Petra	28
26	Anja	27
27	Andrea	25
28	Cornelia	24
29	Jessica	23
30	Silke	23
31	Svenja	23
32	Wiebke	23
33	Jasmin	22
34	Maren	22
35	Corinna	21
36	Kerstin	21
37	Bettina	17
38	Angela	14
39	Birgit	14
40	Inga	14
41	Marion	14
42	Annika	13
43	Carmen	13
44	Kirsten	13
45	Kristin	13
46	Miriam	13
47	Sylvia	13
48	Tina	13
49	Ulrike	13
50	Verena	13
51	Anke	12
52	Birte	12
53	Christiane	12
54	Jennifer	12
55	Nadine	12
56	Rebecca	12
57	Karen	11
58	Nicola	11
59	Esther	10
60	Natalie	10

¹⁾ ermittelt an Hand der standesamtlichen Geburtenzählblätter des zweiten Halbjahres 1973.

Religiös begründete Namenseinflüsse finden sich aller Wahrscheinlichkeit nach nur noch in wenigen Einzelfällen; ein 1973 geborener Junge bekam beispielsweise den Namen Christoph-Jeremias. Zwar sind Michael, Florian und Sebastian Heiligennamen, und Carmen stammt aus dem spanischen Katholizismus, dennoch aber dürften die Hamburger Eltern bei ihrer Entscheidung für diese Namen kaum an deren kirchlichen Hintergrund gedacht haben.

Die dynastischen und politischen Hilfen sind gleichfalls nicht mehr ausschlaggebend und waren es — wenn man von den Positionen der Namen Wilhelm, Friedrich oder Adolf in der Gesamtübersicht ausgeht — für die Hamburger auch früher nur zum Teil. Die 1973 geborenen Jungen erhielten in keinem Fall die Namen Willy oder Gustav. Namen wie Karl oder Rosa, die im Hinblick auf die gerade bei manchen jüngeren Leuten bestehende Neigung zu linken Ideologien unter Umständen zu erwarten waren, kamen 1973 so gut wie nicht vor.

Der Einfluß von — im weitesten Sinne — literarischen Hilfen sollte dagegen nicht unterschätzt werden. Die plötzliche Beliebtheit von Nicole hat vermutlich mit ihre Ursache in einer Fernsehserie mit einer Titelheldin gleichen Namens. Überhaupt scheinen die Größen des Showgeschäfts und ihre Darbietungen zu einem beachtlichen Teil auf die Wahl insbesondere von Mädchennamen auszuwirken, wie die Häufigkeit etwa von Katja, Nina, Manuela, Bianca oder Julia zeigt. 1968 war im übrigen noch Uwe ein in Hamburg nicht selten vergebener Vorname, bei den 1973 ermittelten Namen fand er sich nur noch zweimal. Unter den für Anfang 1968, als „Doktor Schiwago“ viele Hamburger Filmbesucher begeisterte, ausgeählten Mädchennamen kam zweimal der Name Lara vor.

Alle derartigen „Hilfen“ werden aber allenfalls bei der Sammlung von Anregungen eine Rolle spielen, doch nicht letztlich den Ausschlag zur Wahl eines Namens geben. Entscheidend für die Eltern sind in aller Regel Gründe des Wohlklangs. Die Mütter und Väter wählen einen bestimmten Namen für ihr Kind, weil sie diesen für schön halten und kaum aus irgendeinem anderen Motiv.

Mehr oder minder stark wirken bei vielen Eltern dabei wahrscheinlich auch Nachbarschaftseinflüsse, verbunden mit einem gewissen Nachahmungstrieb, sowie der Wunsch nach einem nicht allzusehr aus dem Rahmen fallenden Namen mit. In die entgegengesetzte Richtung zielt das in seinen Resultaten ebenfalls erkennbare Bestreben nach Originalität, so wenn etwa einige im letzten Jahr geborene Kinder Seraphine oder Vasco, Dorina oder Jendrik heißen.

Die ursprüngliche Bedeutung eines Namens wird ebenfalls nur sehr wenige Eltern veranlaßt haben, ihrem Kind einen bestimmten Vornamen zu geben. Denn sicher ist nicht jeder Thomas ein Zwilling und jede Melanie schwarzhaarig; welcher Oliver wird je-

mals in seinem Leben Ölbäume pflanzen und welcher Michael wirklich „wie Gott“ sein? Einige der neugeborenen Marks und Martins mögen wohl kriegerisch werden, aber gewiß wird nicht jede Alexandra die Männer immer nur abwehren.

Während bei den germanischen Namen Männer- und Frauennamen früher streng geschieden waren, erfolgt seit einiger Zeit eine Umwandlung männlicher Namen in weibliche; bei den älteren Namen entstanden so Wilhelmine, Friederike oder Ulrike, bei den gegenwärtig häufig gebrauchten Namen bilden dafür etwa Stefanie, Martina, Michaela oder Daniela entsprechende Beispiele. Die — allerdings seltenen — Vornamen Eike und Kim gibt es für Jungen und Mädchen gleichermaßen.

Tabelle 5

Verbreitung der 60 häufigsten Vornamen in Hamburg

Anzahl der häufigsten Vornamen (vgl. Tabellen 1 bis 4)	Die in Spalte 1 genannte Anzahl der Vornamen entfällt auf ... % der jeweiligen Einwohnergruppe			
	männlich		weiblich	
	alle	1973 geborene	alle	1973 geborene
	Einwohner			
1	2	3	4	5
10	21	32	17	32
20	36	51	29	48
30	48	62	38	58
40	57	70	46	65
50	63	75	52	70
60	68	79	57	74

Durch diese Entwicklung verengt sich der Bestand an vorkommenden unterschiedlichen Männer- und Frauennamen. Gleichzeitig ist zu beobachten, daß sich für beide Geschlechter der Namensgebrauch auf relativ wenige, allgemein verwendete Vornamen konzentriert. Von den 1973 geborenen Hamburger Jungen und Mädchen erhielten beinahe ein Drittel die zehn häufigsten Namen, für rund die Hälfte der Kinder sahen die Eltern lediglich 20 Namen vor. Unter allen Hamburgern brauchten sich hingegen die Männer nur zu einem guten Fünftel die zehn häufigsten Namen und zu einem reichlichen Drittel die zwanzig häufigsten Namen zu teilen. Bei den Frauen war die Streuung noch größer: Die zehn verbreitetsten Vornamen entfielen lediglich auf 17 %, die 20 meistgebrauchten Namen auf 29 % aller Frauen. Die 60 häufigsten Namen erhielten insgesamt 68 % der Männer und 57 % der Frauen. Von den 1973 geborenen Jungen bekamen 79 % und von den Mädchen 74 % die 60 jeweils meistgebrauchten Vornamen (vgl. dazu im einzelnen T a b e l l e 5).

Es bleibt abzuwarten, ob sich die Konzentration auf verhältnismäßig wenige aktiv gebrauchte Namen fortsetzt oder ob diese Entwicklung eines Tages wieder umschlägt und sich damit als ebenso unbeständig erweist wie die Vorliebe für einzelne Modenamen.

Dieter Buch

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1974	Juni 1974	Juli 1974	Juli 1973
		1965	1973				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	762,3	761,4	760,2	759,6	759,8
Lufttemperatur	°C	8,6	9,5	12,0	15,2	15,5	18,6
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	79	70	71	78	73
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	7	5	5	5	6	5
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	701	44	81	149	94
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 660	195	230	184	203
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	79	5	1	1	—
Tage mit Niederschlägen	"	256	240	17	18	28	18
Sommertage	"	—	—	—	—	1	10
				Februar 1974	März 1974	April 1974	April 1973
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	245,0	244,1	243,8	...	245,0
" Altona	"	264,3	252,9	251,6	251,5	...	253,2
" Eimsbüttel	"	264,6	251,3	250,5	250,2	...	251,6
" Hamburg-Nord	"	401,3	335,7	330,8	330,0	...	337,0
" Wandsbek	"	357,5	378,0	379,6	379,5	...	377,4
" Bergedorf	"	82,6	93,7	93,0	93,0	...	94,0
" Harburg	"	199,0	201,8	199,9	199,7	...	202,4
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 758,4	1 749,5	1 747,7	...	1 760,6
dav. männlich	"	861,9	815,0	812,3	811,5	...	815,7
weiblich	"	995,0	943,4	937,2	936,2	...	944,9
dar. Ausländer ⁷⁾	"	59,8	122,7	130,3	130,9	131,3	117,9
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁸⁾	Anzahl	1 510	930	584	963	812	955
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	6,3	4,4	6,5	...	6,6
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 139	1 052	1 188	1 099	1 062
dar. unehelich	"	143	105	107	115	100	96
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	—	14,4	7,8	8,0	...	7,3
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	—	7,8	7,8	8,0	...	7,3
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	9,3	10,3	9,7	9,0	9,0
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 156	2 119	1 907	2 027	2 116
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	27	22	16	23	14
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	—	13,6	14,7	15,8	12,9	14,6
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	—	13,6	14,7	15,8	12,9	14,6
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁹⁾	"	—	17,2	23,6	20,2	20,2	13,1
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	+ 123	— 1 017	— 1 067	— 719	— 92,8	— 1 054
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 0,8	— 6,9	— 8,0	— 4,8	...	— 7,3
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	6 337	5 745	5 183	...	6 383
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	6 553	6 536	4 992	6 291	...	6 869
Fortgezogene Personen	"	— 379	— 199	+ 753	— 1 108	...	— 486
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	— 37	+ 83	+ 507	— 501	...	— 56
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	— 342	— 282	+ 246	— 607	...	— 430
dav. männlich	"	—	—	—	—	...	—
weiblich	"	—	—	—	—	...	—
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 455	13 756	13 305	...	14 039
Nach Gebieten	"	—	—	—	—	...	—
a) Zugezogene aus	"	—	—	—	—	...	—
Schleswig-Holstein	"	1 542	1 669	1 864	1 740	...	1 754
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	835	1 110	1 244	1 140	...	1 163
Niedersachsen	"	1 091	1 000	1 029	1 001	...	1 117
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	272	379	421	406	...	424
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 466	1 260	1 213	...	1 574
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	1 535	2 202	1 592	1 229	...	1 938
b) Fortgezogene nach	"	—	—	—	—	...	—
Schleswig-Holstein	"	2 351	2 534	1 906	2 424	...	2 673
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 620	1 810	1 457	1 888	...	2 014
Niedersachsen	"	1 268	1 616	1 178	1 310	...	1 663
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	525	906	678	785	...	848
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 618	1 141	1 315	...	1 833
Ausland und Sonstige ¹¹⁾	"	767	768	767	1 242	...	700

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. — ⁷⁾ Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. — ⁸⁾ nach dem Ereignisort. — ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹¹⁾ Landkreise Harburg und unbekannt. Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1974	Juni 1974	Juli 1974	Juli 1973
		1965	1973				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	17 067	16 740	16 616	16 607	16 614	16 778
Patienten ³⁾	"	13 593	13 110	12 320	12 761	12 601	12 504
Pflegelotze	"	415 910	406 670	426 727	393 110	388 545	394 336
Bettenausnutzung	%	83,9	83,3	85,4	81,5	78,7	79,9
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 017	3 030	3 061	3 061	3 061	3 026
Patienten ³⁾	"	3 134	2 893	2 903	2 889	2 852	2 888
Pflegelotze	"	86 329	82 499	84 158	80 876	80 757	83 596
Bettenausnutzung	%		92,8	91,8	91,5	89,6	92,3
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	522 383	842 743	750 412	1 077 235	794 937	1 394 910
dar. in Hallenschwimmbädern	"	286 227	467 560	424 037	341 614	439 536	376 375
in Freibädern	"	158 845	339 706	291 387	708 671	327 780	990 596
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	347 847	527 563	577 851	529 995	497 576	470 512
Ausgeliehene Noten	"	4 079	7 021	7 862	4 848	3 043	6 202
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	23 403	37 938	43 448	44 965	39 877	33 490
Besucher der Lesesäle	"	7 069	9 448	12 169	9 942	10 123	7 829
HWVA – Institut für Wirtschaftsforschung –							
Besucher der Bibliothek und der Archive	"	2 131	3 446	4 032	2 864	3 505	3 000
Commerzbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	2 709	2 555	2 769	2 017	2 832	2 175
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 286	1 500	1 573	1 094	1 553	1 249
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	43 961	68 258	64 921	77 701	93 569	72 920
dav. Hamburger Kunsthalle	"	8 351	12 302	11 688	9 740	10 168	10 472
Altonaer Museum in Hamburg, Nord-	"	5 531	12 530	9 036	10 841	20 620	11 999
deutsches Landesmuseum							
Hamburgisches Museum für	"	4 455	6 177	6 596	7 149	7 092	5 146
Völkerkunde	"	5 799	13 421	20 653	29 248	20 264	20 663
Helms-Museum	"		12 094	19 219	27 446	19 126	19 383
dar. Freilichtmuseum am Klebeberg	"	9 247	11.447	9 708	10 769	20 233	14 617
Museum für Hamburgische Geschichte	"	7 983	6 383	2 568	3 640	6 825	3 613
Museum für Kunst und Gewerbe	"	2 595	5 998	3 192	4 688	6 471	6 410
Planetarium	"			1 480	1 62F	1 876	
Bischofshurm	"						
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ¹⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	681,5	679,9
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	399,1	398,0
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	46,9	46,4
Rentner	"	175,5	236,1	235,5
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	28,7	24,8
dav. männlich	"	17,9	19,6	17,1
weiblich	"	8,8	9,1	7,7
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	3 410	5 542	9 843	9 107	9 162	4 792
dav. männlich	"	2 318	2 959	5 715	5 215	5 100	2 468
weiblich	"	1 092	2 583	4 128	3 892	4 062	2 324
dar. nach ausgewählten Berufsbereichen							
Fertigungsberufe	"	1 155		3 308	2 778	2 227	879
Technische Berufe	"	108		775	729	868	301
Dienstleistungsberufe	"	2 965		5 204	5 201	5 665	3 446
2. Offene Stellen							
	"	25 827	18 838	15 334	16 376	14 876	21 877
3. Arbeitsuchende ¹⁾							
	"	8 299	12 519	17 092	16 475	16 475	10 894
4. Vermittlungen ¹⁾							
dar. Kurzfristige Vermittlung bis zu 7 Tagen	"	16 368	11 269	11 191	9 761	13 582	12 859
	"	10 527	5 765	6 256	5 358	7 178	6 960
5. Kurzarbeiter							
	"	3	284	947	157	336	75

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr und des Strafvollzugsamts. – ²⁾ Bestand am Monatsende. – ³⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungs-
krankenkasse. – ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. – ⁵⁾ durch das Arbeits-
amt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1974	Juni 1974	Juli 1974	Juli 1973
		1965	1973				
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
* Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 444	1 890	1 675	1 433	1 427
* dav. an Molkereien geliefert	%	86,0	92,2	97,1	96,8	96,6	95,9
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	10,4	14,9	13,6	11,3	10,1
2. Milcherstellung der Molkereien							
Vollmilch,	t	10 011					
pasteurisiert, lose	"	3 528	1 549	1 448	1 234	1 077	1 561
pasteurisiert, abgepackt	"	6 482	7 595	7 324	6 595	5 976	7 953
ultra-hocherhitzt	"		1 046	1 585	1 228	1 584	1 393
Teilentrahmte Milch,	"						
pasteurisiert, abgepackt	"	—	138	153	143	119	186
ultra-hocherhitzt	"	—	316	1 100	997	1 655	409
Entrahmte Milch	"	382		43	51	50	
Buttermilcherzeugnisse	"		620	553	624	455	1 070
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"	—		199	203	157	
3. Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	7,5	6,7	8,8	5,1
Kälber	"	2,6	1,1	1,3	1,0	1,5	1,0
Schweine	"	47,0	29,7	29,0	25,4	29,7	29,6
Schafe	"	2,7	0,7	0,7	0,6	0,7	0,6
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,2	7,3	5,9	6,7	4,7
* Kälber	"	2,5	1,0	1,2	1,0	1,4	0,9
* Schweine *)	"	49,6	30,3	28,7	25,6	28,8	29,8
* Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen *)	t	6 229	4 744	4 777	4 096	4 541	4 188
* dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	1 678	1 970	1 604	1 787	1 270
* Kälber	"	187	80	99	71	114	69
* Schweine	"	4 318	2 960	2 688	2 402	2 625	2 834
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie *)							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 367	1 333	1 331	1 083	1 115
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) dar. Arbeiter *)	1 000	219	194	189	188	188	194
* Geleistete Arbeiterstunden *)	"	152	119	115	115	115	119
* Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	24 859	18 319	18 108	16 057	14 934	16 326
* Gehälter (Bruttosumme)	"	119	199	221	209	233	205
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE *)	75	170	189	190	200	167
* Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	14	4	7	5	5	4
* Erdgasverbrauch (Ho = 8 400 kcal/cbm) *)	1 000 cbm	6 418	2 661	1 144	1 244	1 213	1 913
* Heizölverbrauch	1 000 t	63 213	36 883	36 883	32 860	31 633	54 558
* Stromverbrauch	1 000 t	69	58	48	43	42	44
* Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	Mio kWh	112	187	254	253	272	178
* Umsatz *)	Mio DM	16	13	11	10	8	10
* dar. Auslandsumsatz *)	"	1 304	1 917	2 346	2 161	2 155	1 807
	"	155	315	420	391	350	269
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	126,9	128,5	134,2	109,3	115,7
Verarbeitende Industrie	"	109,0	125,6	128,0	134,4	108,9	114,9
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	141,8	143,8	142,9	118,9	133,9
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	131,7	132,9	156,5	112,8	111,0
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	109,9	106,9	106,3	82,8	87,3
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	105,8	111,9	113,6	102,7	105,5
Bauindustrie	"	103,7	128,4	121,8	116,3	99,2	116,9
Umsatz *) nach Industriegruppen insgesamt							
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	1 304	1 917	2 346	2 161	2 155	1 807
* Chemische Industrie	"	215	333	511	461	489	338
* Elektroindustrie	"	101	168	205	185	187	161
* Maschinenbau	"	143	239	270	270	237	200
	"	83	150	151	157	129	133
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	14	13	13	14
* Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	596	605	629	636	465
* Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	58	43	36	37	46
		Vj.-Durchschnitt *)					
		1965	1972	1. Vj. 1973	2. Vj. 1973	3. Vj. 1973	3. Vj. 1972
3. Handwerk (Meßziffern) **)							
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	82,5	95,9	94,7	94,1	97,1
* Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	185,7	106,3	118,6	122,0	118,3

*) gewerbliche und Hausschlachtungen. — *) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren. — *) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — *) einschließlich der gewerblich Auszubildenden. — *) einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — *) eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — *) bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm, ab Januar 1974 Ho = 8 400 kcal/cbm. — *) einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — *) bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — **) ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1974	Juni 1974	Juli 1974	Juli 1973
		1965	1973				
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe ¹⁾							
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	43 660	36 971	37 213	...	44 497
dar. Inhaber	"	1 365	1 238	1 174	1 198	...	1 267
Angestellte	"	4 684	6 218	6 081	6 085	...	6 249
Arbeiter ²⁾	"	43 102	36 204	29 716	29 930	...	36 981
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 711	5 057	5 080	...	5 390
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 738	1 495	1 355	...	1 491
gewerbl. und Industr. Bauten	"	1 673	2 034	1 648	1 979	...	2 040
öffentliche und Verkehrsbaute	"	2 939	1 939	1 916	1 746	...	1 859
* Löhne (Bruttosumme) ³⁾	Mio DM	46,3	80,6	76,7	72,7	...	83,6
* Gehälter (Bruttosumme) ³⁾	"	5,9	15,6	16,5	16,5	...	16,5
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	229,6	315,4	182,5	...	361,9
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	68,4	50,6	47,7	...	101,2
gewerbl. und Industr. Bau	"	31,0	81,8	55,5	59,9	...	85,7
öffentlichen und Verkehrsba	"	53,0	81,4	209,3	74,9	...	175,0
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
* Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	164	117	55	49	243
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	89	89	65	35	25	161
* Umbauter Raum	1 000 cbm	440	416	251	132	202	660
* Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	85,8	61,5	28,9	43,7	144,6
* Wohnfläche	1 000 qm	95	87	59	30	43	128
Nichtwohnbauten							
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	65	27	31	28	76
* Umbauter Raum	1 000 cbm	359	493	116	241	362	882
* Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	71,5	24,3	40,3	32,1	128,2
* Nutzfläche	1 000 qm	73	89	26	37	44	186
Wohnungen							
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 199	740	394	558	1 955
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	155	100	94	70	162
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	378	321	222	205	473
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	75,6	72,6	43,9	45,9	100,1
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	63	47	41	38	57
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	481	966	457	196	642
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	73,6	132,7	44,5	61,7	76,4
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 066	964	562	809	1 351
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	171	71	68	61	111
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	88	40	42	25	62
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	189	149	219	213	274
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	80,7	26,5	39,0	44,3	65,0
Wohnfläche	1 000 qm	96	91	32	42	43	57
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	69	19	30	23	38
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	638	351	209	160	160
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	77,9	19,1	33,5	14,8	24,0
Nutzfläche	1 000 qm	69	101	39	40	27	37
Wohnungen							
Wohnungen Insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 244	391	654	677	822
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	968	565	50	317	254	188
5. Bauüberhang							
(am Ende des Berichtszeitraumes) ⁴⁾							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	13 500	16 100	16 100	19 500	17 000
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	4 500	3 000	2 800	2 600	5 000
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ⁵⁾							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	188	189	189	189	187
Wohnungen	"	636	738	740	741	741	728
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 755	2 766	2 768	2 769	2 720

¹⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ²⁾ einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — ³⁾ ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ⁴⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ⁵⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1974	Juni 1974	Juli 1974	Juli 1973
		1965	1973				
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1970 = 100	.	120,2	127,0	108,1	109,6	103,5
dar. Warenhäuser	"	.	132,3	128,5	117,7	137,3	127,8
Facheinzelhandel	"	.	118,7	125,2	109,8	109,5	106,4
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels ¹⁾							
Groß- und Außenhandel	1970 = 100	.	155	210,2	147,6
dar. Unternehmen des Außenhandels	"	.	160	217,5	150,9
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	.	148	200,5	143,1
3.* Die Ausfuhr des Landes Hamburg ²⁾							
Mio DM		212	420	698	451	.	460
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	55	105	48	.	62
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	365	593	403	.	398
dav. Rohstoffe	"	2	3	6	4	.	3
Halbwaren	"	50	83	171	125	.	85
Fertigwaren	"	143	279	416	274	.	310
dav. Vorerzeugnisse	"	9	29	80	46	.	28
Enderzeugnisse	"	134	250	336	228	.	262
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	"	152	311	521	338	.	333
dar. EG-Länder	"	92	199	323	206	.	172
EFTA-Länder	"	40	57	96	76	.	55
4. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	.	125,5	142,2	133,1	125,2	125,4
dav. Beherbergungsgewerbe	"	.	133,6	147,3	138,5	118,8	134,9
Gaststättengewerbe	"	.	123,2	140,6	131,5	127,1	122,6
5. Fremdenverkehr ⁴⁾							
Fremdenmeldungen	1 000	120	117	137	130	...	144
dar. von Auslandsgästen	"	42	40	43	42	...	57
Fremdenübernachtungen	"	232	225	245	233	...	259
dar. von Auslandsgästen	"	90	74	77	77	...	98
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See	Anzahl						
Angekommene Schiffe		1 638	1 512	1 543	1 521 p	1 560 s	1 619
Abgegangene Schiffe		1 739	1 571	1 625	1 609	1 570 s	1 675
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	4 154	4 796 p	4 170 p	4 592 p	4 079
dav. Empfang		2 229	3 096	3 500 p	2 984 p	3 233 p	3 054
dav. Massengut		1 634	2 446	2 882 p	2 370 p	2 576 p	2 398
dar. Mineralöle		968	1 418	1 580 p	1 258 p	1 326 p	1 443
Sack- und Stückgut		595	650	618 p	614 p	657 p	656
Versand		713	1 058	1 296 p	1 186 p	1 359 p	1 025
dav. Massengut		292	472	509 p	547 p	676 p	439
Sack- und Stückgut		421	586	787 p	639 p	683 p	586
2. Binnenschifffahrt							
Güterempfang	1 000 t	340	382	448	419	417 p	444
Güterversand	"	309	400	498	503	466 p	317
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) ⁵⁾							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	4 088	5 165	5 993	6 040 p	6 436 p	5 370
Fluggäste		141,5	258 767	311 150	319 231 p	314 464 p	256 269
Fracht	1 000 t	1 164,4	2 013,6	2 337,7	1 939,0 p	2 076,1 p	1 541,2
Luftpost	"	413,7	722,7	739,7	666,6 p	717,1 p	559,4
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ⁶⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen	1 000	23 537	27 546	29 257	24 375	...	25 058
Schnell- und Vorortbahnen	"	9 436	3 587	3 380	2 472	...	2 498
Straßenbahn	"	12 289	18 621	20 343	17 785	...	17 518
Kraftomnibusse	"					...	
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ⁷⁾ ⁸⁾ (Im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	488,7	498,8	501,1	501,7	495,1
dar. Personenkraftwagen ⁹⁾		310,8	438,5	446,9	448,9	449,5	444,3
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 419	5 928	4 886	...	5 165
dar. Personenkraftwagen ⁹⁾	"	4 632	4 907	5 390	4 366	...	4 689
Lastkraftwagen	"	362	379	362	378	...	323
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ¹⁾	Anzahl	859	986	938	871	703	905
Getötete Personen	"	26	24	16	14	11	16
Verletzte Personen	"	1 106	1 308	1 201	1 169	958	1 260

¹⁾ Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — ²⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ³⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — ⁴⁾ ohne Helme, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartierverbundes erbracht wurde. — ⁵⁾ ohne Transit. — ⁶⁾ Ab Januar 1988 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ⁷⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁸⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁹⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1974	Juni 1974	Juli 1974	Juli 1973
		1965	1973				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mio DM		38 431,4	41 298,5	41 975,4	42 140,5	38 657,6
• Kredite an Nichtbanken			10 470,1	11 248,0	11 704,2	11 597,2	10 291,9
• dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"		10 357,1	11 062,8	11 474,2	11 360,2	10 213,5
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		5 851,0	6 244,9	6 233,6	6 290,5	5 945,9
• Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ²⁾	"		5 393,1	5 683,3	5 634,6	5 609,5	5 493,1
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		22 110,3	23 805,6	24 037,6	24 252,8	22 419,8
• Langfristige Kredite ³⁾ (von 4 Jahren und darüber)	"		20 084,9	21 514,3	21 664,2	21 801,1	20 404,3
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		809,6	729,1	729,6	675,3	803,7
• dar. Durchlaufende Kredite	"		27 194,1	29 968,5	29 869,6	29 595,5	27 546,3
• Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"		17 617,9	19 986,2	19 888,1	19 599,0	18 057,7
• dav. Sicht- und Termingelder	"						
• dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"		12 981,1	14 678,1	14 662,1	14 288,9	13 168,3
• Spareinlagen	"	4 069,9	9 576,2	9 982,3	9 983,5	9 996,5	9 488,6
• dar. bei Sparkassen	"	2 792,9	6 283,6	6 563,4	6 582,6	6 591,4	6 231,0
• Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	244,3	531,5	550,0	470,9	696,5	559,4
• Lastschriften auf Sparkonten	"	203,9	542,7	516,7	472,6	689,6	619,0
• Zinsgutschriften	"	12,9	46,6	2,9	2,9	6,1	3,9
2. Konkurse und Vergleichsverfahren							
	Anzahl	17	18	28	21	13	11
3. Wechselproteste							
	Anzahl	1 044	635	704	671	679	711
Betrag	1 000 DM	1 314	2 988	3 698	2 938	3 077	3 504
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ⁴⁾							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	24 650	21 388	17 687	22 038	24 503
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 058	3 449	3 897	3 037	3 899	3 470
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 196	1 533	1 608	1 402	1 056	1 730
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	353	492	552	428	437	555
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg ⁵⁾							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	157	159	160	158	158
Grundkapital	Mio DM	3 975	5 913	6 333	6 334	6 338	5 916
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	6 086	6 471	6 520	6 569	6 116
Stammkapital	Mio DM	2 962	5 351	5 825	5 845	5 859	5 370
Steuern							
1.* Gemeinschaftssteuern							
	1 000 DM		814 395	832 979	1 338 980	699 626	711 672
• dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	478 819	516 689	876 559	389 769	384 640
• dav. Lohnsteuer	"	89 007	300 925	321 150	340 607	330 491	327 249
• Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	100 573	14 041	217 558	24 667	24 635
• Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	24 266	153 351	174 528	25 904	14 917
• Körperschaftsteuer	"	36 706	53 055	28 147	143 868	8 707	17 839
• Steuern vom Umsatz	"	3 877	335 576	316 290	482 420	309 857	327 032
• dav. Umsatzsteuer	"	82 827	206 263	131 393	251 111	146 109	203 117
• Einfuhrumsatzsteuer	"		129 313	184 896	211 309	163 747	123 915
2.* Bundessteuern							
	1 000 DM	523 065	865 424	838 371	912 957	803 611	838 999
• dar. Zölle	"	45 078	56 426	62 298	59 951	62 014	50 930
• Verbrauchsteuern	"	358 150	782 783	744 523	815 945	723 140	766 702
• dar. Mineralölsteuer	"	261 342	665 657	637 942	704 878	617 830	660 236
3.* Landessteuern							
	1 000 DM	35 517	42 954	74 756	20 553	30 104	28 748
• dar. Vermögensteuer	"	11 355	18 971	49 642	3 479	3 660	3 279
• Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	12 314	12 973	8 482	13 727	12 130
• Biersteuer	"	2 430	3 136	3 423	3 533	3 008	3 659
4.* Gemeindesteuern							
	1 000 DM	46 355	94 475	215 730	29 276	79 370	75 538
• dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	70 343	190 573	22 667	21 580	15 607
• Grundsteuer A	"	73	90	103	14	25	29
• Grundsteuer B	"	5 134	9 402	20 460	5 568	14 569	18 943
5.* Einnahmen des Bundes							
	1 000 DM	601 215	1 308 304	1 312 367	1 604 608	1 170 120	1 219 276

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute, infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ³⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — ⁴⁾ ohne RM-Gesellschaften.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1974	Juni 1974	Juli 1974	Juli 1973
		1965	1973				
Noch: Steuern							
6.* Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1 000 DM	157 752	269 532	363 909	492 393	227 895	132 988
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{1) 2)}	"	122 235	176 408	220 378	387 508	168 905	83 157
dar. Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	.	37 385	29 972	84 332	28 887	21 083
dar. Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	.	12 785	38 803	—	—	—
Außerdem:							
Einnahmen aus Gemeindesteuern ³⁾	"	46 355	68 905	138 124	29 276	79 370	75 538
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer ¹⁾	"	.	47 805	44 084	78 143	49 722	26 559
Einnahmen des Landes insgesamt	"	.	386 242	546 118	599 812	356 988	235 085
			Vj.-Durchschnitt 1973	4. Vj. 1973	1. Vj. 1974	2. Vj. 1974	2. Vj. 1973
Öffentliche Finanzen							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben	Mio DM	.	1 762,5	1 999,7	1 937,4	2 140,0	1 650,4
dar. Personalausgaben	"	.	795,7	882,4	917,6	894,9	750,1
Bauinvestitionen	"	.	185,1	278,5	125,9	186,6	136,1
dar. für Schulen	"	.	54,8	76,8	39,8	61,8	43,8
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	.	23,1	39,2	23,9	29,3	13,1
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	.	8,5	12,9	5,1	9,8	6,6
Straßen	"	.	20,2	34,9	11,5	17,1	13,5
Wasserstraßen und Häfen	"	.	21,1	28,1	11,7	17,0	17,0
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	.	155,0	130,8	190,1	393,0	204,4
Zuführung an Rücklagen	"	.	8,6	14,2	0,0	0,1	0,0
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen	"	.	1 802,7	2 001,5	1 909,0	2 025,5	1 664,2
dar. Steuern	"	.	1 158,7	1 210,2	1 323,1	1 305,8	1 035,5
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	.	57,7	64,9	41,4	62,2	63,7
Gebühren, Beiträge usw.	"	.	192,2	188,2	233,9	228,6	178,8
Entnahme aus Rücklagen	"	.	12,5	1,9	37,2	1,2	0,6
Schuldenaufnahme	"	.	207,8	325,2	140,8	263,9	226,4
3. Schuldenstand am Ende des Quartals	"	.	4 884,2 r	5 144,3	5 172,4	5 079,3	4 819,8
dar. am Kreditmarkt (Neuschulden) bei Gebietskörperschaften	"	.	3 530,3 r	3 773,7	3 813,0	3 732,0	3 469,6
			690,2 r	711,7	702,3	698,1	687,0
			Monatsdurchschnitt	November 1973	Februar 1974	Mai 1974	Mai 1973
Preisindizes für Baugewerbe							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	199,0	203,6	207,9	221,4	200,0
dav. Einfamiliengebäude	"	113,3	200,0	204,9	209,8	223,4	200,8
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	198,0	202,3	206,0	219,4	199,2
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	197,6	202,1	206,2	219,2	198,6
Bürogebäude	"	112,2	194,2	197,6	201,3	213,7	195,8
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	192,2	195,0	197,4	206,9	193,2
				Juli 1973	Oktober 1973	Januar 1974	Januar 1973
Löhne und Gehälter ⁴⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste							
männliche Arbeiter	DM	232	394	441	448	445	412
weibliche Arbeiter	"	140	245	278	280	281	257
Bruttostundenverdienste							
männliche Arbeiter	"	5,10	8,90	10,02	10,15	10,21	9,41
weibliche Arbeiter	"	3,32	5,97	6,73	6,77	6,82	6,20
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	Std.	45,5	44,2	44,0	44,1	43,6	43,8
weibliche Arbeiter	"	42,2	41,0	41,2	41,3	41,2	41,5
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	DM	1 098	1 905	2 171	2 209	2 293	2 077
weiblich	"	747	1 381	1 570	1 611	1 638	1 488
Technische Angestellte							
männlich	"	1 182	2 033	2 308	2 328	2 371	2 158
weiblich	"	748	1 374	1 542	1 570	1 585	1 458
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 043	1 775	1 993	2 036	2 096	1 883
weiblich	"	688	1 254	1 376	1 411	1 448	1 288
In Industrie und Handel ⁵⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 058	1 808	2 038	2 078	2 145	1 932
weiblich	"	688	1 288	1 418	1 451	1 488	1 329
Technische Angestellte							
männlich	"	1 178	2 024	2 252	2 276	2 317	2 108
weiblich	"	838	1 504	1 699	1 746	1 768	1 614

¹⁾ nach Zerlegung. — ²⁾ nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. — ³⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ⁴⁾ Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ⁵⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1974	Juni 1974	Juli 1974	Juli 1973
		1965	1973				
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 114	11 168	11 862	10 328	13 128	13 346
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	4	7	10	5	3	9
Körperverletzung	"		420	478	429	533	536
Raub, räuberische Erpressung	"	41	110	129	106	110	126
Diebstahl	"	5 235	7 132	7 586	6 611	8 489	8 634
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 506	3 960	3 501	4 533	4 347
Betrug und Untreue	"	722	1 200	1 271	1 100	1 610	1 627
Außerdem:							
Verkehrsvergehen ¹⁾	"	862	1 447	1 771	1 381	1 593	1 196
Verkehrsordnungswidrigkeiten ²⁾	"	8 929	9 671	10 207	8 331	9 108	7 502
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	423	532	430	346	384	412
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ³⁾	"	31 317	29 591	34 993	25 651	26 800	23 319
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	4 960	13 970	14 640	14 152
dav. Feueralarme	"	288	475	478	453
dar. bekämpfte Großbrände	"	9	14	16	17
falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	107	122	87
Rettungswageneinsätze	"		12 616	13 366	12 606
dar. für Krankentransporte	"	4 494	2 835	2 805	2 978
Straßen- und Verkehrsunfälle	"		1 801	1 904	1 855
Hilfeleistungen aller Art	"		879	796	1 093
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"		110	152	205

¹⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen; — ²⁾ vor dem 1. 1. 1969 Obertretungsanzeigen und ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen; — ³⁾ vor dem 1. 1. 1969 gebührenpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschließlich Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die zuvor unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt wurden.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1973

Großstädte	Bevölkerung							Erwerbstätigkeit		Industrie ²⁾			
	Wohnbevölkerung (1. Juni)	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zugezogene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose ¹⁾	Offene Stellen ¹⁾	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz ³⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner
	1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM
Berlin	4. Vj. 2 048 3. Vj. 2 050 ⁴⁾	4 112 4 588	10 077 9 085	- 5 965 - 4 497	23 428 24 839	19 538 23 052 ⁴⁾	- 2 075 - 2 710	16 259 6 976	11 520 21 258	231 151 236 781	113 116	5 968 5 632	2 914 2 747
Hamburg	4. Vj. 1 752 3. Vj. 1 755	3 343 3 499	7 330 5 937	- 3 987 - 2 438	19 583 19 703	18 582 20 002	- 2 986 - 2 737	9 097 4 590	11 920 21 083	191 596 192 861 r	109 110	6 524 5 537 r	3 724 3 155
München	4. Vj. 1 339 ⁵⁾ 3. Vj. 1 338 r	2 367 p 2 557	3 238 3 037	- 871 - 480	23 466 p 28 535	21 782 p 26 078	+ 813 + 1 977	8 050 p 4 887 ⁷⁾	8 570 21 966 ⁷⁾	193 098 194 740	144 146	5 454 p 5 139	4 073 p 3 841
Köln	4. Vj. 832 3. Vj. 833	1 916 2 009	2 696 2 303	- 780 - 294	14 368 15 570	14 701 16 049	- 1 113 - 773	6 756 3 582	6 198 8 820	131 320 133 043	158 160	3 502 3 044	4 209 3 654
Essen	4. Vj. 677 3. Vj. 679	1 318 1 370	2 335 2 094	- 1 017 - 724	5 590 6 026	6 593 6 997	- 2 020 - 1 695	6 302 4 289	3 754 7 025	61 125 61 785	90 91	1 323 1 264	1 954 1 862
Düsseldorf	4. Vj. 638 3. Vj. 638	1 173 1 309	2 006 1 904	- 833 - 595	9 896 9 829	11 760 11 438	- 2 697 - 2 204	4 299 2 138	3 731 7 708 p	112 391 p 113 341 p	177 p 178 p	2 678 p 2 505 p	4 210 p 3 926 p
Frankfurt/M.	4. Vj. 673 3. Vj. 675	1 260 1 386	2 064 1 896	- 804 - 510	14 339 16 198	14 333 17 009	- 798 - 1 321	4 792 2 874	9 203 19 794	125 907 126 734	187 188	3 227 2 896	4 795 4 303
Dortmund	4. Vj. 637 3. Vj. 638	1 336 1 427	2 136 1 964	- 800 - 537	5 403 5 232	4 951 5 583	- 348 - 888	5 507 3 364	3 527 6 678	76 163 77 471	120 122	1 542 1 493	2 421 2 250
Stuttgart	4. Vj. 624 3. Vj. 627	1 175 p 1 380	1 585 p 1 490	- 410 r - 110	14 852 p 17 499	15 926 18 624	- 1 484 - 1 235	1 303 947	8 588 14 568	146 994 148 327	236 237	4 636 4 471	7 429 p 7 142
Bremen	4. Vj. 584 3. Vj. 587	1 264 1 362	1 966 1 761	- 702 - 399	6 865 8 187	8 500 8 163	- 2 337 - 375	4 619 2 998	3 980 7 731	85 625 84 358	147 144	3 048 2 543	5 219 4 332
Hannover	4. Vj. 510 3. Vj. 516 r	975 1 029	1 768 1 556	- 793 - 527	9 716 10 372 r	9 645 10 045 r	- 722 - 200	5 469 3 413	4 683 9 465	106 514 106 241	209 206 r	2 631 2 204	5 158 4 271 r

Großstädte	Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ⁴⁾			Straßenverkehrs-unfälle		Steuern	
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ³⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenübernachtungen	Fremdenübernachtungen je 1 000 Einwohner	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ⁵⁾	Lohn- und Einkommensteuer
	1 000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1 000 cbm	1 000	Anzahl	1 000	Anzahl	Anzahl	1 000 DM	1 000 DM
Berlin	4. Vj. 15 494 3. Vj. 15 865	598 467	292 228	455 718	3 417 5 141	827 595	6 593 5 346	3 668 789	245 274	120 134	649 763	3 390 3 447	4 202 4 411	64 669 107 599	75 431 59 788
Hamburg	4. Vj. 15 385 3. Vj. 17 032	793 820	453 467	366 638	3 779 4 676	1 099 389	8 556 2 716	4 788 520	299 429	171 244	599 797	2 886 2 885	3 864 3 991	137 593 174 003	163 036 144 686
München	4. Vj. 19 234 3. Vj. 22 878	801 703	598 525 p	202 384	1 560 2 967	488 615	4 809 3 588	1 182 837	471 604	352 451 p	888 1 184	1 899 2 246	2 610 3 134	110 427 155 349	130 705 115 964
Köln	4. Vj. 7 740 3. Vj. 8 223	385 304	463 365	220 182	1 736 1 974	524 126	5 042 1 284	1 485 172	154 204	185 245	292 360	1 140 1 260	1 495 1 656	139 721 96 557	62 060 48 581
Essen	4. Vj. . 3. Vj.	230 177	1 652 1 445	400 131	2 517 731	801 349	37 31	65 46	80 70	741 817	1 005 1 090	40 954 58 392	84 091 32 914
Düsseldorf	4. Vj. 8 639 p 3. Vj. 8 242	352 p 312	553 p 489	71 66	644 732	419 142	3 671 967	1 251 387	153 150	241 235	311 305	886 862	1 101 1 075	71 710 p 108 166	69 018 p 44 379
Frankfurt/M.	4. Vj. 11 147 3. Vj. 11 893	473 427	703 634	233 193	1 786 1 087	341 20	3 777 322	1 763 365	280 332	416 493	538 621	1 055 1 153	1 411 1 494	173 089 183 831	103 793 48 764
Dortmund	4. Vj. 5 930 3. Vj. 5 870	260 262	408 411	245 179	1 819 896	293 270	1 704 1 191	639 178	37 35	58 55	71 70	804 847	1 053 1 127	37 984 40 507	69 854 27 341
Stuttgart	4. Vj. 10 865 3. Vj. 12 588	508 413	814 p 660	128 120	761 913	346 192	1 847 1 388	607 197	119 118	191 p 188	273 275	819 849	1 135 1 224	99 817 67 127	54 976 50 611
Bremen	4. Vj. . 3. Vj.	142 218	698 1 120	444 289	2 084 1 228	969 583	73 88	125 150	144 182	946 998	1 171 1 212	88 888 85 790	44 040 37 056
Hannover	4. Vj. 5 563 3. Vj. 6 232	226 241	443 467 r	34 79	363 1 135	249 143	1 592 724	1 132 138	91 91	178 176 r	156 165	892 822	1 175 1 021	36 348 74 543	73 590 31 792

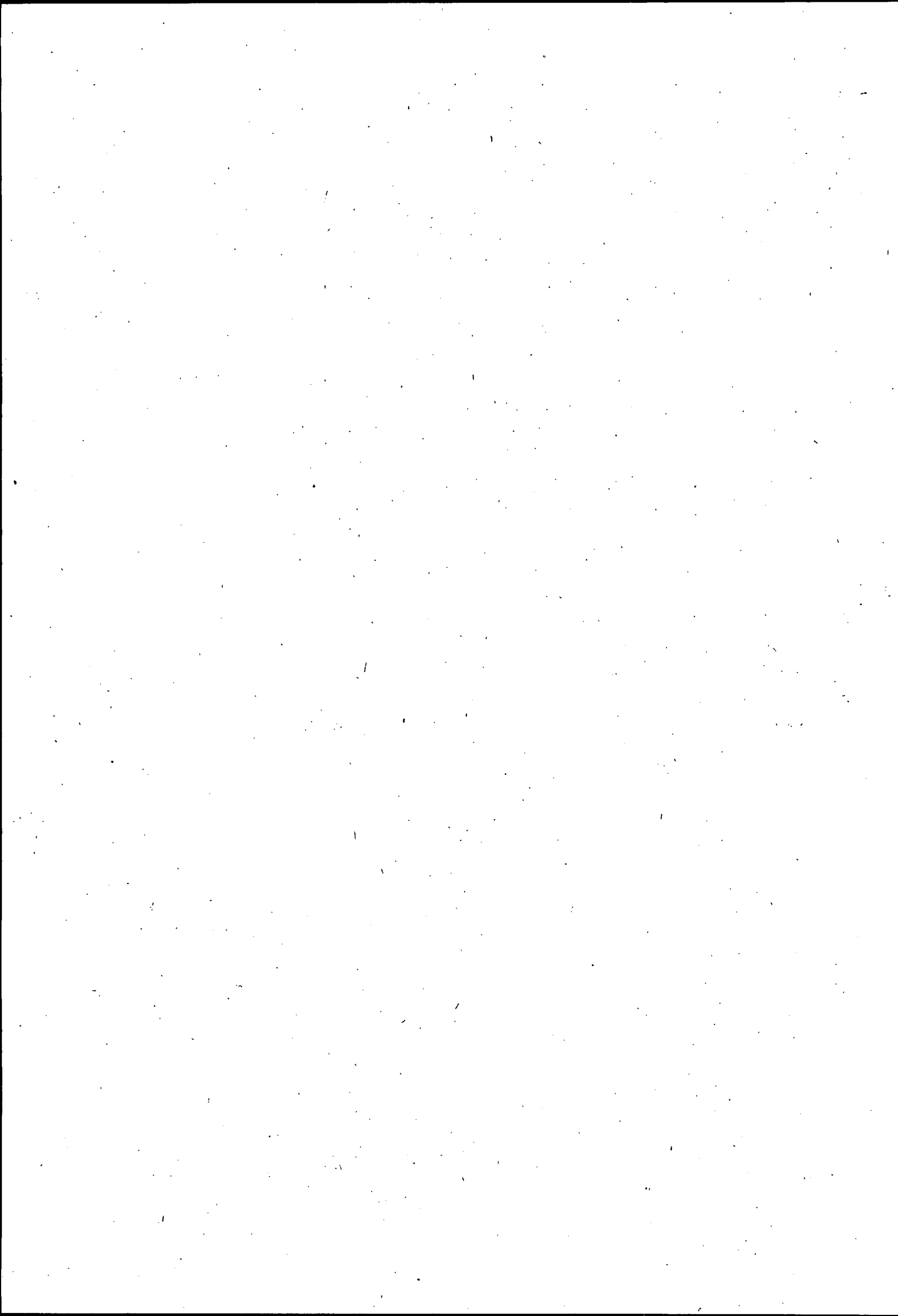
¹⁾ jeweils Quartalsende. - ²⁾ Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. - ³⁾ ohne Mehrwertsteuer. - ⁴⁾ ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. - ⁵⁾ einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. - ⁶⁾ In den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. - ⁷⁾ einschließlich Landkreis München.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

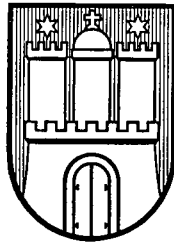
Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1974	Mai 1974	Juni 1974	Juni 1973
		1965	1973				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	61 967,2
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	8,3
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	10,7
Gestorbene	1 Jahr	11,5	11,2
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 368	8 210	8 190	8 162	8 353
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	1 144	903	923	812	904
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	666 933	62 917	65 791	60 454	54 921
dar. Auslandsumsatz	-	4 903	143 233	15 108	15 947	14 798	11 596
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)	1962 = 100	118,2	178,7 r	187,9	184,7	195,0	187,9
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	"	119,1	182,3 r	192,6	189,0	200,7	193,5
Verarbeitende Industrie	"	124,8	212,2 r	227,4	223,9	231,0	223,9
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	117,8	176,7 r	186,2	183,9	201,3	191,8
Investitionsgüterindustrie	"	115,6	167,1 r	174,9	168,0	175,9	173,2
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,2	152,8 r	157,7	155,1	165,8	158,5
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	118,9	149,8 r	158,2	158,9	174,4	180,9
Bauindustrie	"	-	-	-	-	-	-
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 642,6	...	1 369	1 367	1 360	1 553
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Mio Std.	233,3	...	185,0	192,9	172,4	219,3
Geleistete Arbeiterstunden	-	-	-	-	-	-	-
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	54 841 p	36 506	42 044	35 907	61 274
Baufertigstellungen für Wohnungen	-	49 326	59 519	25 419	27 653	32 854	43 545
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	140,2	139,5	124,9	128,0
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	.	127,0	148,7	149,1	...	124,6
VERKEHR							
Seeschifffahrt	-	-	-	-	-	-	-
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	...	14 075	12 180
dav. Empfang	"	6 950	...	10 409	9 682
Versand	"	1 885	...	3 666	2 498
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	188 344	213 580	210 632	164 192	219 513
Straßenverkehrsunfälle	-	-	-	-	-	-	-
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	26 364	29 443 p	27 123 p	29 624 p	28 762 p	33 651
Getötete Personen	"	1 313	1 358 p	1 052 p	1 192 p	1 199 p	1 540
Verletzte Personen	"	36 124	40 642 p	38 919 p	35 599 p	39 699 p	46 944
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	5 105	4 679	5 284	5 604	4 634
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	2 204	518	282	5 017	4 974
Körperschaftsteuer	"	681	907	51	31	2 044	2 188
Steuern vom Umsatz ⁷⁾	"	2 018	4 152	4 046	4 179	4 487	4 144
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾	1962 = 100	104,0	123,8	138,3	140,0	140,2	123,4
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	.	112,6	146,0	143,9	143,0	112,0
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	"	.	112,3	129,8	130,5	131,7	111,9
Preisindex für Wohngebäude ²⁾	"	114,6	187,1	...	202,2
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁾	1970 = 100	89,3	118,2	125,2	125,8	126,3	118,3
Nahrungs- und Genussmittel	"	94,2	117,7	123,3	124,0	124,3	119,0
Wohnungsmieten	"	71,9	119,4	125,2	125,8	126,1	119,7
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	...	8,61	8,89	8,93	8,02
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	...	43,7	43,7	43,7	43,9

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — ⁹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschließlich Investitionssteuer.



HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1974

Oktober-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Mehr Insolvenzen, höhere Forderungen der Gläubiger

Von Januar bis September 1974 registrierten die Hamburger Amtsgerichte 190 Konkurse und 3 Vergleichsverfahren. Von den finanziellen Zusammenbrüchen insgesamt entfielen 82 Verfahren auf private Haushalte (überwiegend Nachlaßkonkurse) und 111 auf Unternehmen.

Während sich die Zahl der eröffneten Konkurse gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres nur unwesentlich erhöhte (+4%), stieg die Zahl der mangels Masse abgelehnten Konkurse – das sind Fälle, in denen die Vermögenslage der zahlungsunfähig gewordenen Schuldner so schlecht war, daß nicht einmal die Gerichts- und Konkursverwalterkosten hätten gedeckt werden können – ganz beträchtlich von 62 auf 110 Fälle an. Die voraussichtliche Summe aller bisher bekannten und geltend gemachten Forderungen stellte sich auf mehr als 186 Mio DM, das ist das Dreieinhalbfache der gesamten Konkursforderungen des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes.

Geringer Umsatzzuwachs im Einzelhandel ...

Der Hamburger Einzelhandel verzeichnete im ersten Halbjahr 1974 nur um 4% höhere Umsätze als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Das Umsatzwachstum war damit etwa um die Hälfte geringer als vor einem Jahr. Das mit Abstand beste Ergebnis erzielte der Versandhandel, während beim Facheinzelhandel und vor allem bei den Warenhäusern nur eine unterdurchschnittliche Zuwachsrate verzeichnet wurde.

Innerhalb des Facheinzelhandels war die Entwicklung sehr unterschiedlich. Der Brennstoffhandel weitete seine Umsätze um 25% aus, wobei die Preisentwicklung auf dem Mineralölmarkt eine erhebliche Rolle gespielt haben dürfte. Wesentlich über dem Durchschnitt lag auch der Handel mit Elektro- und optischen Erzeugnissen (+13%) und mit Papier- und Druckwaren (+11%). Auf der anderen Seite wurden konjunkturelle Umsatzeinbußen besonders beim Handel mit Kraftfahrzeugen und Maschinen (-18%) sowie mit Hausrat und Wohnbedarf (-5%) sichtbar.

... und im Gastgewerbe

Die Betriebe des hamburgischen Gastgewerbes (von der kleinen Eisdielen bis zum Großhotel) hatten im 1. Halbjahr 1974 um knapp 7% höhere Umsätze als im gleichen Zeitraum 1973. Im Vorjahr hatte der Zuwachs – allerdings unter dem Einfluß der IGA – noch mehr als 13% betragen. Das Umsatzwachstum dieses Bereichs hat sich damit wesentlich verlangsamt. Während allerdings im Beherbergungsgewerbe der Gesamtumsatz stagnierte (Umsatz aus Übernachtung +4%, aus Verpflegung -4%), erzielte das Gaststättengewerbe – vor allem durch eine stärkere Zuwachsrate bei den Gastwirtschaften – ein Umsatzplus von 9%.

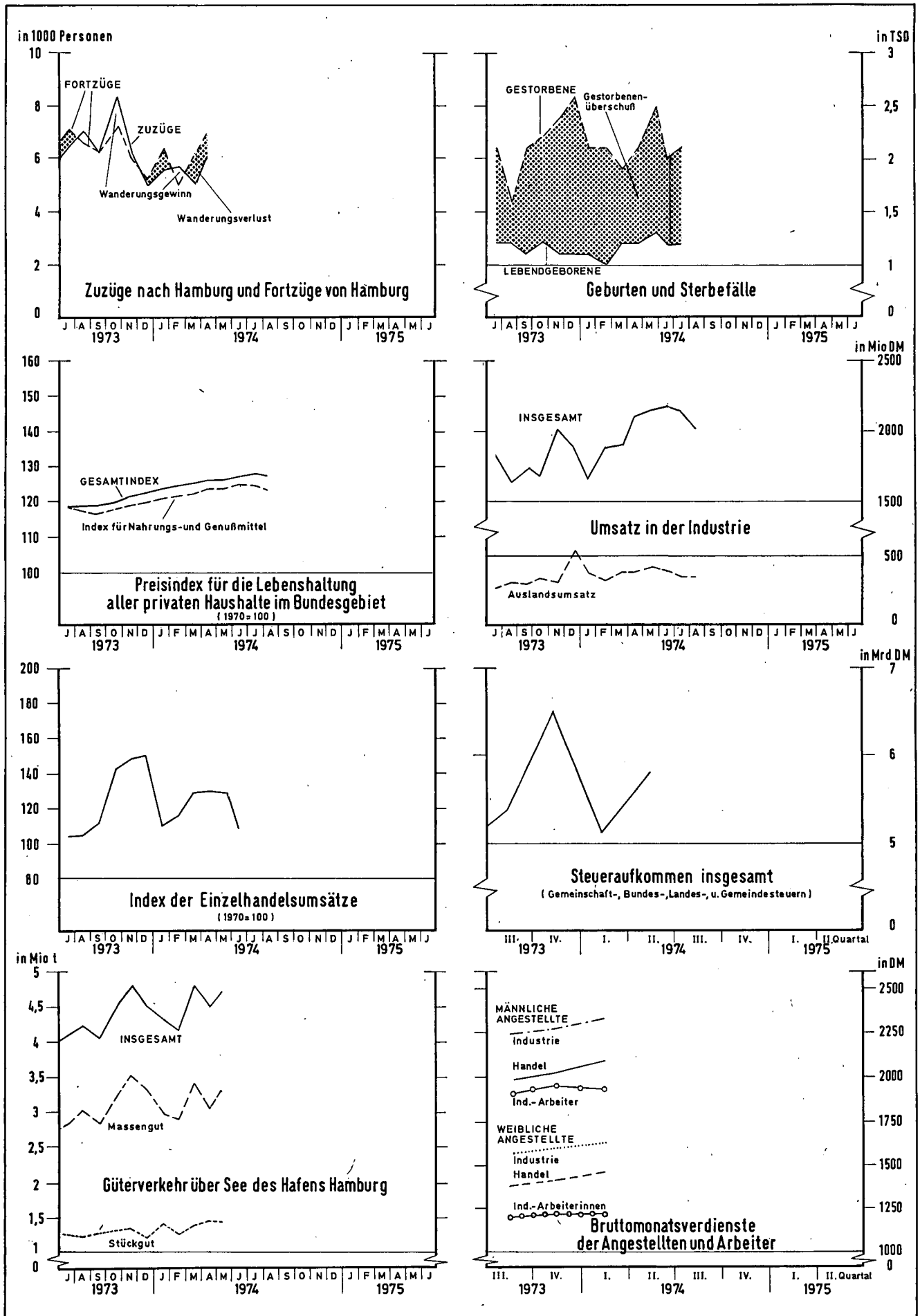
Luftverkehr wieder im Aufwärtstrend

Nach den Einbußen, die der Verkehr des Flughafens Hamburg im vergangenen Jahr durch den „Dienst nach Vorschrift“ der Fluglotsen hinnehmen mußte, konnten in den ersten acht Monaten dieses Jahres zum Teil erhebliche Ausweitungen erzielt werden. So nahm die Zahl der Starts und Landungen um 3% zu. Das Fluggastaufkommen stieg sogar um 6% auf mehr als 2,3 Mio Passagiere, und das obwohl der Berlin-Verkehr infolge des erleichterten Zuganges auf dem Landwege weiterhin stark rückläufig ist. Bei der Luftfracht wurden rund 20 000 t Güter umgeschlagen, das entspricht einem Anstieg um fast 9%. Das Luftpostaufkommen blieb gegenüber dem Vorjahr mit 6000 t nahezu unverändert.

40% der Hamburger seit 10 Jahren nicht mehr umgezogen

Trotz einer beachtlichen Mobilität der Bevölkerung sind fast 40% aller Hamburger seit mehr als 10 Jahren unter ihrer heutigen Wohnanschrift gemeldet. Das ergaben Auszählungen der Einwohnerkartei. Betrachtet man einzelne Gebiete der Stadt, so sind naturgemäß die geringsten Anteile der seßhaften Einwohnerschaft in den Stadtteilen mit reger Neubautätigkeit zu finden (z. B. Steilshoop: 9%, Osdorf: 21%). Die höchsten Anteile entfallen dagegen auf die ländlichen Gebiete von Bergedorf, wo fast zwei Drittel der Einwohner zuletzt vor mehr als 10 Jahren umgezogen sind (Moorfleet: 63%, Allermöhe: 61%).

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



Die Bedeutung von Fruchtbarkeit und Mobilität für die Bestandserhaltung der Bevölkerung Hamburgs

— Folgerungen aus Modellrechnungen und aus einer Analyse der demographischen Entwicklung seit 1870 —

1. Bevölkerungsentwicklung in Hamburg seit 1870
2. Das Modell der stationären Sterbetafelbevölkerung als Maßstab für den demographischen Reproduktionsprozeß
3. Das Bestandserhaltungsniveau der Fruchtbarkeit
4. Veränderungen des Altersaufbaus als Indikator für das Zusammenwirken von Fruchtbarkeit und Mobilität
5. Die gegenwärtig zur Bestandserhaltung erforderliche Kinderzahl in Hamburger Ehen
6. Ist eine Großstadt ohne Wanderungsgewinne eine sterbende Stadt?

Vorbemerkungen und Zusammenfassung

Bevölkerungsfragen sind zur Zeit ein viel diskutiertes Thema. Das Jahr 1974 ist von der UNO zum „Weltbevölkerungsjahr“ erklärt worden. Kürzlich hat die Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest getagt. Die Mehrzahl der Entwicklungsländer sieht sich der Gefahr einer sprunghaften Vermehrung ihrer Einwohner gegenüber, während die Bevölkerungszahl in den Industrienationen stagniert und in einigen Ländern, wie z. B. in der Bundesrepublik, sich schon eine Phase der Schrumpfung anbaut. Vor diesem Hintergrund ist es von Interesse, die demographische Entwicklung der Großstadt Hamburg in den vergangenen 100 Jahren zu analysieren.

Darüber hinaus besteht ein praktischer Anlaß für eine solche Untersuchung: Bei den Überlegungen zur Vorbereitung von Bevölkerungsvorausschätzungen ist deutlich geworden, welche Problematik langfristig in der möglichen Entwicklung der Geburtenhäufigkeit und der Wanderungsströme für die Zukunft der Hansestadt liegen kann. Für derartige Vorausschätzungen werden hier Erkenntnisse aus der Vergangenheit als Hintergrundinformation auf ihre zukünftige Relevanz hin geprüft.

Die Untersuchung geht von folgenden Überlegungen aus: Der Sterblichkeit als Moment der Bevölkerungsabnahme steht die Geburtenhäufigkeit als Moment der Bevölkerungsvermehrung gegenüber. Der Wanderungssaldo kann je nach dem Überwiegen der Zuzüge oder der Fortzüge eine Zu- oder Abnahme der Einwohnerzahl einer Stadt bewirken. Eine Population, in der diese Faktoren im Gleichgewicht sind, stagniert — ihr Bestand bleibt im Laufe der Zeit unverändert; mit anderen Worten: ihr quantitatives Wachstum ist gleich Null. Dafür wird heute oft das Schlagwort „Nullwachstum“ verwendet — gewöhnlich unter der Einschränkung einer ausgeglichenen Wanderungsbilanz. Bei einer Analyse der langfristigen Entwicklung

einer tatsächlichen Bevölkerung, die sich in den seltensten Fällen in einer Phase des „Nullwachstums“ befinden wird, läßt sich die Fülle des statistischen Materials leichter kommentieren, wenn die beobachtete Entwicklung an dem jeweiligen hypothetischen Gleichgewicht gemessen wird. Man nimmt dazu zweckmäßig die Höhe der Sterblichkeit in einer bestimmten Dekade als gegeben hin und untersucht, im einfachsten Fall unter Ausschluß von Wanderungseinflüssen, wie hoch die Fruchtbarkeit hätte sein müssen, damit sich beide Komponenten ausgleichen. Mit Hilfe dieses „Bestandserhaltungsniveaus“ der Fruchtbarkeit kann beurteilt werden, ob die tatsächliche Geburtenhäufigkeit langfristig zur Erhaltung der Einwohnerzahl ausgereicht hätte.

Die Fragestellung läßt sich auch so verallgemeinern: Unter welchen Bedingungen ist die demographische Entwicklung einer Stadt unter Einschluß von Wanderungen bei gegebener Sterblichkeit und variabler Fruchtbarkeit im Gleichgewicht?

Die Einwohnerzahl Hamburgs ist seit 1871 von 340 000 Personen um das fünffache auf rund 1 800 000 Einwohner gestiegen. Der gewichtigste Faktor für dieses Wachstum waren Wanderungsgewinne von etwa 600 000 Personen; die Gebietserweiterung von 1937 hat eine Erhöhung der Einwohnerzahl um 480 000 Personen mit sich gebracht; an letzter Stelle stehen Geborenenüberschüsse in Höhe von 390 000 Personen. Insgesamt sind in den 100 Jahren ab 1871 ca. 1 990 000 Kinder in Hamburg geboren worden und 1 600 000 Menschen gestorben.

Im ganzen gesehen bewegte sich die Geburtenhäufigkeit in Hamburg im Zeitablauf parallel zu der Entwicklung im Deutschen Reich bzw. im Bundesgebiet, allerdings auf einer sehr viel niedrigeren Stufe^{o)}. Schon seit 1910 lag die Fruchtbarkeit in der Hansestadt stän-

^{o)} Geburtenentwicklung und langfristige Tendenzen der allgemeinen Fruchtbarkeit in Hamburg. In: Hamburg in Zahlen. 1973/7.

dig unter dem Bestandserhaltungsniveau, obwohl dieses Niveau selbst durch eine Verdoppelung der Lebenserwartung in den vergangenen 100 Jahren um 40 % gesunken ist – d. h., es wären heute 40 % weniger Geburten für eine Erhaltung des Bevölkerungsbestandes erforderlich als 1871.

Trotz niedriger Fruchtbarkeit wurden noch bis nach dem zweiten Weltkrieg Geborenenüberschüsse in Hamburg registriert, weil u. a. der Altersaufbau ständig durch Wanderungsgewinne in den mittleren Altersjahren verjüngt worden ist. Praktisch wurde durch Wanderungseinflüsse verdeckt, daß die Hamburger Bevölkerung aus sich heraus schon ab 1910 nicht mehr in der Lage gewesen ist, sich selbst zu reproduzieren.

Seit einigen Jahren wird die demographische Entwicklung der Hansestadt durch Sterbeüberschüsse, Wanderungsverluste und eine extrem niedrige Fruchtbarkeit geprägt. Trotz der gegenwärtigen Fortzugsüberschüsse bewirken Wanderungsgewinne – vorwiegend von Ausländern – in der Altersgruppe von etwa 15 bis unter 30 Jahren noch eine Verjüngung der Bevölkerung. Ohne diesen Effekt wäre die Einwohnerzahl im übrigen noch schneller gesunken als bisher.

Zur Zeit erreicht die Geburtenhäufigkeit in Hamburg nur 54 % des Bestandserhaltungsniveaus; der Durchschnittswert seit 1910 liegt bei 80 %. Man kann vermuten, daß sich die Fruchtbarkeit in Zukunft langfristig in einer Bandbreite von 80 % bis 60 % des zur Erhaltung des Bevölkerungsstandes erforderlichen Niveaus bewegt. Zum Ausgleich der niedrigen Geborenenzahlen wären ständig jährliche Wanderungsgewinne von 3000 bis 10000 Personen erforderlich. Die Chancen für derartige Wanderungsgewinne hängen langfristig bei einer begrenzten Aufnahmefähigkeit für Ausländer von der Höhe der Geburtenhäufigkeit im Bundesgebiet ab; diese müßte wenigstens das Bestandserhaltungsniveau erreichen. Die Fruchtbarkeit im Bundesgebiet lag aber im Jahr 1972 um 20 % und im Nachbarland Schleswig-Holstein um 17 % unter diesem Niveau.

Wenn es keine Zuzüge nach Hamburg gäbe und die niedrige Fruchtbarkeit andauert, würde die Bevölkerung der Hansestadt in 50 Jahren auf 60 % des gegenwärtigen Bestandes schrumpfen. Dies Ergebnis unterstreicht, wie notwendig Wanderungsgewinne für eine Großstadt sind.

Ein „Nullwachstum“ stellt sich erst ein, wenn aus 100 Ehen (erste Eheschließung) 222 Kinder hervorgehen und mindestens 50 % der Familien drei und mehr Kinder haben. Tatsächlich hatten z. B. von den nichtledigen Hamburgerinnen der Geburtsjahrgänge 1925 bis 1930 nur 19 % drei und mehr Kinder.

1. Bevölkerungsentwicklung im Hamburg seit 1870

Beim Zensus des Jahres 1871 wurden auf dem Staatsgebiet der Freien und Hansestadt 338 974 Personen gezählt. Seitdem ist die Bevölkerungszahl Hamburgs fast ununterbrochen angewachsen. Sie erreichte zum

Volkszählungstichtag 1970 1 793 823 Personen – das bedeutet eine Vermehrung um mehr als das Fünffache in 100 Jahren. Die jüngste Entwicklung macht aber deutlich, daß die Einwohnerzahl in Zukunft sinken wird. Der höchste Stand ist 1964 mit rund 1 860 000 Personen registriert worden, gegenwärtig wohnen etwa 1 740 000 Menschen in Hamburg, und nach der letzten Bevölkerungsvorausschätzung¹⁾ werden es 1985 nur noch ungefähr 1 610 000 Einwohner sein.

Um die wahrscheinliche künftige Bevölkerungsentwicklung besser beurteilen zu können, ist es hilfreich, die Quellen und Bedingungen des Bevölkerungswachstums der vergangenen 100 Jahre näher zu betrachten. Zur ersten Orientierung zeigt Tabelle 1, daß der Hauptteil der Zunahme auf Wanderungsgewinne mit schätzungsweise 600 000 Personen (41 %) entfällt. An zweiter Stelle steht ein Zugang von 480 000 Personen (33 %) durch Eingemeindungen im Zuge der Gebietsreform von 1937. Die Geborenenüberschüsse (27 %) nehmen unter den Wachstumsfaktoren den letzten Platz ein.

Tabelle 1
Bevölkerungsentwicklung in Hamburg 1870 bis 1970
(jeweiliges Staatsgebiet)

Art der Angaben	Personen
Bevölkerung 1870	330 000
Lebendgeborene in 100 Jahren ...	1 990 000
Gestorbene in 100 Jahren ...	1 600 000
+ Geborenenüberschuß in 100 Jahren ...	390 000
+ Wanderungsgewinn in 100 Jahren ...	600 000
+ Gebietserweiterung 1937	480 000
Bevölkerung 1970	1 800 000

Die zeitliche Entwicklung wird überschaubarer, wenn man die wichtigsten bevölkerungsstatistischen Daten der vergangenen 100 Jahre nach Dekaden zusammenfaßt (Tabellen 2 und 3). Obwohl diese Einteilung etwas schematisch ist und insbesondere die Zahlen der Dekade 1931/40 wegen der Gebietsreform von 1937 (Abgang von 37 455 und Zugang von 515 296 Personen) nur bedingt aussagekräftig sind, werden die einzelnen Perioden durch ihr gleiches zeitliches Gewicht besser vergleichbar. Als Zeitbezug für Ereignisse innerhalb einer Dekade wurden in der Regel nur die Anfangs- oder Endjahre des Jahrzehnts angegeben.

Beim Betrachten der Tabellen überrascht, welche hohen Wachstumsraten Hamburg vor dem ersten Weltkrieg aufzuweisen hatte. Die Bevölkerung nahm jährlich bis 1910 im Mittel um 11 % durch Geborenenüberschüsse und um 16 % durch Wanderungsgewinne zu. Seit dem ersten Weltkrieg gingen die Wachstumsraten stark zurück. Vor der Gebietsreform traten zum erstenmal größere Wanderungsverluste auf. Der Fortzugsüberschuß nach 1941 und ein Großteil der Zuzüge von 1951 bis 1960 sind eine Folge des zweiten Weltkrieges. In den Jahren 1961 bis 1970 geht die Ein-

¹⁾ Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in Hamburg bis zum Jahr 1985. In: Hamburg in Zahlen. 1974/4, S. 87 ff.

Tabelle 2

Bevölkerungsentwicklung in Hamburg seit 1871
 (jeweiliges Staatsgebiet)

Dekade	Durchschnittliche Bevölkerung	Lebendgeborene	Gestorbene	Geborenen-(+) Gestorbenen-(-) Überschub	Wanderungssaldo (geschätzt)	Änderung des Bevölkerungsstandes durch Gebietsveränderungen (geschätzt)
	1	2	3	4	5	6
1871/80	390 700	147 900	105 000	+ 42 900	+ 78 000	
1881/90	525 900	186 200	130 400	+ 55 900	+ 107 500	
1891/00	688 900	230 600	140 000	+ 90 500	+ 58 800	
1901/10	881 200	226 600	135 500	+ 91 100	+ 147 900	
1911/20	1 066 000	180 000	146 000	+ 34 000	+ 41 500	
1921/30	1 164 500	167 700	137 300	+ 30 400	+ 126 300	
1931/40 ^{*)}	1 403 000	213 900	168 200	+ 45 700	- 50 200	+ 477 800
1941/50	1 435 000	194 700	181 200	+ 13 500	- 166 800	
1951/60	1 724 400	198 200	205 900	- 7 700	+ 285 100	
1961/70	1 837 300	250 800	253 600	- 2 900	- 33 000	
1971/80	1 716 800	138 100	262 000	- 123 900	- 24 700	

*) 1937 Gebietsreform

wohnerzahl durch Gestorbenenüberschüsse und Wanderungsverluste zurück. Diese Tendenz wird sich in der gegenwärtigen Dekade 1971/80 noch verstärken.

Die Wanderungsgewinne in der Wachstumsphase Hamburgs wurden vor allem aus Bevölkerungsüberschüssen ländlicher Gebiete gespeist. Dort stand einer begrenzten Zahl von Arbeitsplätzen eine Bevölkerungszunahme als Folge einer weit über dem Bestandserhaltungsniveau liegenden Fruchtbarkeit gegenüber. Junge Menschen, die auf dem Lande keine wirtschaftliche Grundlage fanden, auf der sich eine Familie gründen ließ, wanderten ab in die Arbeit versprechende Großstadt. Heute hat sich das Bild gründlich gewandelt. In nächster Zukunft wird die demographische Entwicklung in Deutschland durch eine

Tabelle 3

Bevölkerungsentwicklung in Hamburg seit 1871
 bezogen auf 1000 der jeweiligen durchschnittlichen Bevölkerung und ein Jahr
 (jeweiliges Staatsgebiet)

Dekade	Lebendgeborene	Gestorbene	Geborenen-(+) Gestorbenen-(-) Überschub	Wanderungssaldo
	auf 1000 der durchschnittlichen Bevölkerung pro Jahr			
	1	2	3	4
1871/80	37,9	26,9	+ 11,0	+ 20,0
1881/90	35,4	24,8	+ 10,6	+ 20,4
1891/00	33,5	20,3	+ 13,1	+ 8,5
1901/10	25,7	15,4	+ 10,3	+ 16,8
1911/20	16,9	13,7	+ 3,2	+ 3,9
1921/30	14,4	11,5	+ 2,6	+ 10,8
1931/40 ^{*)}	15,2	12,0	+ 3,3	- 3,6
1941/50	13,6	12,6	+ 0,9	- 11,6
1951/60	11,5	11,9	- 0,4	+ 16,5
1961/70	13,6	13,8	- 0,2	- 1,8
1971/80	8,0	15,3	- 7,3	- 1,4

*) 1937 Gebietsreform

sehr niedrige Geburtenhäufigkeit geprägt sein, die voraussichtlich auch in weniger verstärkten Gebieten nicht mehr die Bestandserhaltung garantiert. Bei stagnierender oder schrumpfender Bevölkerung und einer stabilen Erwerbsgrundlage auch auf dem Lande (man denke an regionale Förderungsprogramme, z. B. Ansiedlung von Industrieunternehmen in strukturschwachen Gebieten), ist per Saldo kaum noch ein Anreiz für eine Abwanderung gegeben. Die leichte Erreichbarkeit der Arbeitsplätze in der Stadt mit dem Auto oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln haben im Gegenteil zu Fortzügen weit hinaus in das Umland der Kernstädte geführt. Langfristig gesehen könnten damit innerhalb der Bundesrepublik die demographischen Voraussetzungen für Wanderungsgewinne der Großstädte entfallen. In letzter Zeit sind zwar an die Stelle der traditionellen deutschen Überschubgebiete die sogenannten Anwerbeländer für ausländische Arbeitnehmer getreten, es ist aber abzusehen, daß dieser „Ersatz“ keine Dauerlösung sein kann. Unter diesem Blickwinkel sollen nachfolgend die demographischen Bedingungen der Entwicklung einer Großstadtbevölkerung am Beispiel Hamburgs analysiert werden.

2. Das Modell der stationären Sterbetafelbevölkerung als Maßstab für den demographischen Reproduktionsprozeß

Eine Untersuchung über die Auswirkungen von Fruchtbarkeit, Sterblichkeit und Mobilität auf Geborenenüberschub, Altersaufbau und Bestand der Hamburger Bevölkerung seit 1870 ist methodisch mit Schwierigkeiten verbunden, weil sich bei allen Veränderlichkeiten sowohl das Niveau als auch die altersspezifische Verteilung im Laufe der letzten 100 Jahre grundlegend geändert haben. Versuche, die tatsächliche Entwicklung mit Hilfe eines Fortschreibungsmodells zu simulieren, führen nicht zum Erfolg; denn es gibt bei einer langfristigen Betrachtung keine Parameter mehr, die sich näherungsweise als konstant behandeln lassen, so wie es bei kurzfristigen Bevölkerungsvorausschätzungen üblich ist. Als Ersatz wurde für eine überschlägige Beurteilung der Zusammenhänge das Modell der stationären Sterbetafelbevölkerung²⁾ herangezogen; dadurch ließen sich die zeitlichen Veränderungen der Mortalität für die Analyse weitgehend neutralisieren, so daß praktisch nur noch zwei verursachende Faktoren betrachtet werden mußten.

Die physischen Grenzen der Lebensdauer sind abhängig von kulturellen und ökonomischen Einflüssen, insbesondere vom hygienischen und medizinischen Standard eines Landes und lassen sich kurzfristig nicht ändern.

Während man hier ständig einen gleichgerichteten Prozeß erwarten kann, sind Geburtenhäufigkeit und Mobilität naturgemäß stärkeren Schwankungen unterworfen. Die Verhaltensweisen, von denen die Fruchtbarkeit abhängt, variieren erheblich innerhalb einer Bevölkerung. Leichte Verschiebungen in den sozio-

²⁾ Eine knappe Darstellung der gebräuchlichen Bevölkerungsmodelle findet sich in: Flaskämper, P.: Bevölkerungsstatistik. Hamburg 1962. (Grundriß der sozialwissenschaftlichen Statistik. T. 2, Bd. 1.) S. 155 ff.

ökonomischen Bedingungen und in den Einstellungen können sich als kurzfristige Schwankungen in der Geburtenhäufigkeit niederschlagen; sie sind nur schwer vorauszusagen. Neben dieser kurzfristigen Reagibilität lassen sich allerdings Abhängigkeiten von langfristigen kulturellen und wirtschaftlichen Veränderungen für die Vergangenheit nachweisen; dennoch ist hier eine Vorhersage problematisch.

Schon im 18. Jahrhundert ist der Versuch unternommen worden, die altersspezifische Sterblichkeit auf wahrscheinlichkeitstheoretische Modelle – die sogenannten Sterbetafeln – abzubilden und für die Berechnung von Leibrenten und die Einrichtung von Lebensversicherungskassen nutzbar zu machen. Für Hamburg wurden in unregelmäßiger Folge seit 1872 Sterbetafeln erstellt. Sie enthalten, gesondert für Männer und Frauen, unter anderem eine Auflistung von altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten aus dem Durchschnitt mehrerer Beobachtungsjahre, ferner eine Absterbeordnung, die darstellt, wieviele Mädchen von ursprünglich 100 000 Lebendgeborenen unter Anwendung der Sterbewahrscheinlichkeiten ein bestimmtes Alter im Mittel erleben würden; die gleichen Überlegungen werden auch für Knaben angestellt. Diesem Ansatz liegt die hypothetische Annahme zugrunde, daß die Sterbewahrscheinlichkeiten sich im Laufe der Zeit nicht ändern. Die Zahl der Überlebenden nimmt mit jedem weiteren Jahr um die wahrscheinliche Zahl der Sterbefälle ab, bis schließlich nach etwa 100 Jahren alle Menschen des Bestandes von Anfangs 100 000 Mädchen (Knaben) gestorben sind.

Die Zahl der Überlebenden, die den 100 Jahren zugeordnet sind, läßt sich näherungsweise auch als die Bevölkerung in einzelnen Altersjahren an einem bestimmten Stichtag interpretieren – die Jahresangaben entsprechen dann dem Alter. Man erhält damit den Altersaufbau der stationären Sterbetafelbevölkerung, in der einerseits von Jahr zu Jahr 100 000 Mädchen, und entsprechend der Proportion der Geschlechter bei der Geburt, 106 000 Knaben geboren werden³⁾; andererseits sterben parallel dazu jährlich 100 000 Frauen und 106 000 Männer (unter Einschluß der Säuglings- und Kindermortalität). Wenn von Wanderungen abgesehen wird, würden Bevölkerungszahl und Altersaufbau – unter den geschilderten Bedingungen einer unveränderten Sterblichkeit und einer Übereinstimmung der Zahl der Geborenen mit der Anzahl der Sterbefälle – ständig unverändert bleiben.

Die ersten Hamburger Tafeln waren als Folge des medizinischen Fortschritts sehr bald veraltet. Ein Blick auf die Besetzung ausgewählter Altersjahre für Frauen aus der stationären Bevölkerung der Tafeln von 1872, 1876, 1881 und von 1970/72 in Hamburg macht die großen Veränderungen deutlich (Tabelle 4). Die mittlere Lebenserwartung eines Mädchens bei der Geburt ist nach diesen Unterlagen seit 1876 von 39 auf 74 Jahre gestiegen.

Da die Hypothese einer langfristigen Konstanz der Mortalität nicht mit der Realität übereinstimmte, wurden wiederholt neue Tafeln errechnet. Die ent-

³⁾ Die Besetzungszahlen der einzelnen Altersjahre aus der Sterbetafel für Männer werden dazu einheitlich mit dem Faktor 1,06 multipliziert.

Tabelle 4

Stationäre Sterbetafelbevölkerung für Frauen nach ausgewählten Altersjahren in Hamburg bei 100 000 lebendgeborenen Mädchen pro Jahr

Alter	Beobachtungsjahre der Sterbetafeln	
	1872, 1876 und 1881	1970/72
	Anzahl der Frauen	
Frauen insgesamt	3 941 000	7 407 000
darunter		
1 bis unter 2	76 171	98 074
5 " " 6	67 579	97 786
10 " " 11	64 997	97 589
30 " " 31	58 074	96 493
50 " " 51	46 467	92 064
70 " " 71	24 235	71 810

sprechenden stationären Bevölkerungen sind ein Ausdruck für die Sterblichkeit in der Beobachtungsperiode; mit ihrer Hilfe läßt sich z. B. beurteilen, ob die Fruchtbarkeit in dem betrachteten Zeitabschnitt unter Gültigkeit der Modellannahmen zur Bestandserhaltung der Bevölkerung ausgereicht hätte; darüber hinaus können aus einer Gegenüberstellung der stationären und der tatsächlichen Altersgliederung Rückschlüsse auf das Zusammenwirken der drei oben genannten Determinanten gezogen werden. Diese Vergleiche werden nachfolgend nur für die weibliche Bevölkerung angestellt, da nur hier ein direkter Zusammenhang mit der Fruchtbarkeit gegeben ist.

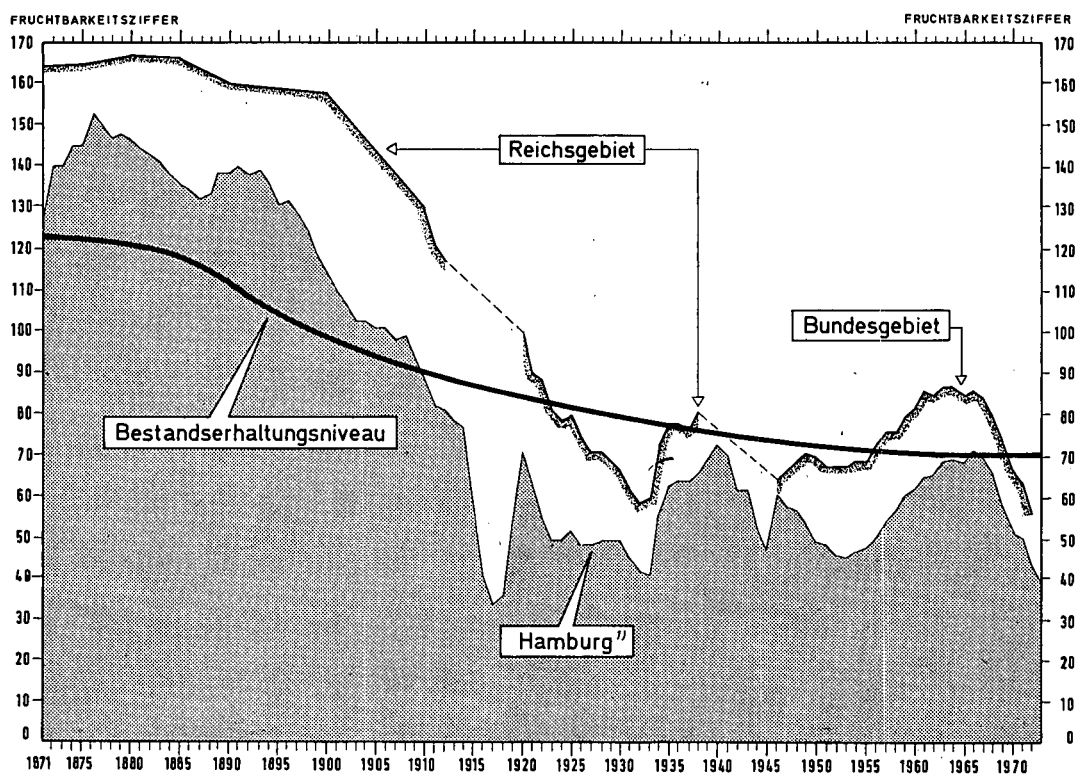
3. Das Bestandserhaltungsniveau der Fruchtbarkeit

Als wichtigstes Ergebnis der Untersuchung kann die Erkenntnis gelten, daß die allgemeine Fruchtbarkeit in Hamburg bereits ab 1910 ständig unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus lag. Dieser Tatbestand überrascht, da bis 1967, abgesehen von Kriegseinwirkungen, fast ununterbrochen Geborenenüberschüsse registriert wurden. Im Schaubild 1 ist die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer der jeweiligen stationären Bevölkerungen als Bestandserhaltungsniveau der tatsächlichen allgemeinen Fruchtbarkeitsziffer gegenübergestellt worden. Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer ist gleich der Anzahl der in einem Jahr von 1 000 Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis unter 45 Jahre) im Durchschnitt lebendgeborenen Kinder. Das Verhältnis aus tatsächlicher und „stationärer“ allgemeiner Fruchtbarkeitsziffer ist ein Schätzwert für den Nettoerproduktionsindex. Dieser Index mißt, ob eine stationäre Bevölkerung unter Zugrundelegung von tatsächlich beobachteten altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern sich selbst reproduzieren könnte. Bei einem Wert von 1 würde die Fruchtbarkeit langfristig bei unveränderter Sterblichkeit gerade zur Erhaltung des Bevölkerungsstandes ausreichen. Der Quotient aus der tatsächlichen und der „stationären“ allgemeinen Fruchtbarkeitsziffer wird in Hamburg im allgemeinen etwas über dem Nettoerproduktionsindex liegen, da tendenziell die Altersjahre mit der höchsten Geburtenhäufigkeit durch Wanderungseinflüsse überproportional besetzt sind. Aus dem vorliegenden statistischen Material lassen sich altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern und damit Nettoerproduktionsindizes für Hamburg erst seit 1950 berechnen.

Schaubild 1

Allgemeine Fruchtbarkeitsziffern sowie Bestandserhaltungsniveau²⁾ für Hamburg und die Bundesrepublik ab 1871

(Lebendgeborene auf 1000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren)



¹⁾ Im jeweiligen Gebietsumfang; vor 1950 bis auf die Ziffern der Volkszählungsjahre geschätzt.

²⁾ Aufgrund von stationären Sterbetafelbevölkerungen, vergleiche Fußnote 4.

Statistisches Landesamt Hamburg



Eine Auswertung der Sterbetafeln⁴⁾ von Hamburg auf der einen und vom Deutschen Reich und der Bundesrepublik auf der anderen Seite erbrachte ab 1871 in beiden Reihen praktisch das gleiche Ergebnis hinsichtlich der zur Bestandserhaltung notwendigen allgemeinen Fruchtbarkeitsziffer. Diese lag bis 1890 in Hamburg etwa um 3 Punkte über dem Niveau des Reiches, in der folgenden Zeit dagegen um 1 bis 2 Punkte darunter und hat sich gegenwärtig dem Bundesdurchschnitt angeglichen. Die Bestandserhaltung der Bevölkerung war für Hamburg wie für das Deutsche Reich bzw. die Bundesrepublik während der gesamten Beobachtungsperiode bei annähernd gleichen Fruchtbarkeitswerten sichergestellt; dadurch wird ein unmittelbarer Vergleich der Entwicklung in Hamburg mit der im Reich besonders einfach. (Die im Schaubild etwas dicker eingezeichnete Kurve des Bestandserhaltungsniveaus deckt beide Reihen ab.) Das beachtliche Absinken der für eine Reproduktion der Bevölkerung notwendigen Fruchtbarkeit um 40 % seit 1871 ist allein auf den Rückgang der Sterblichkeit von Frauen bis zum 45. Lebensjahr zurückzuführen.

Während die Geburtenhäufigkeit in Deutschland trotz größerer Schwankungen im langfristigen Durchschnitt ab 1911 in etwa zur Erhaltung des Einwohnerbestan-

des ausreichte, war sie in Hamburg dazu im Mittel um 26 %, und wenn man für die ganze Zeit die gegenwärtige Sterblichkeit ansetzen würde, um 19 % zu niedrig. Der letzte Prozentsatz entspricht einem Nettoproduktionsindex von höchstens 0,80. Man kann daraus schließen, daß die Fruchtbarkeit in Hamburg zukünftig – bei allgemeiner Tendenz zu weniger Kindern pro Ehe und einer bequemer zu praktizierenden Empfängnisverhütung als in der Vergangenheit – auch unter günstigen Umständen nicht über einen Wert von 80 % des Bestandserhaltungsniveaus steigen wird.

In diesem Zusammenhang muß betont werden, daß von einer weiteren Herabsetzung der Mortalität kein nennenswerter Effekt auf dieses Niveau zu erwarten ist, denn schon heute erleben nach der Hamburger Sterbetafel von 1970/72 etwa 97 % aller lebendgeborenen Mädchen das 25. Lebensjahr; im Durchschnitt aller Altersjahre der fruchtbaren Periode ergibt sich ein Prozentsatz von 96,4 %. Selbst wenn also hypothetisch keine Frau vor Ablauf des 45. Lebensjahres sterben würde, hätte das höchstens eine Verringerung der zur Bestandserhaltung erforderlichen Geburtenhäufigkeit um 3,6 % zur Folge. Größere Einwirkungen auf den demographischen Prozeß könnten diesbezüglich nur noch durch eine Erhöhung der durchschnittlichen Lebenserwartung der über 45 Jahre alten Personen verursacht werden. Das hätte natürlich keinen Einfluß mehr auf den Regenerationsprozeß, würde allerdings, bei im übrigen gleichblei-

⁴⁾ Folgende Tafeln wurden verwendet — Hamburg: 1872; 1876; 1881; 1872, 76, 81, 86, 91; 1891/1900; 1901; 1905/07; (1933: Sterbetafel Deutscher Gemeinden mit über 100 000 Einwohnern); 1949/50; 1960/62; Reichsgebiet bzw. Bundesrepublik: 1871/80; 1881/90; 1891/1900; 1901/10; 1924/26; 1932/34; 1949/51; 1960/62.

benden Bedingungen, die Bevölkerungszahl durch ein Anwachsen der Zahl älterer Menschen steigen lassen.

4. Veränderungen des Altersaufbaus als Indikator für das Zusammenwirken von Fruchtbarkeit und Mobilität

In Tabelle 5 a wird der tatsächliche Altersaufbau der weiblichen Bevölkerung nachgewiesen, in Tabelle 5 b die hypothetische Altersgliederung nach der Sterbetafel. Aus den Spalten 5 bis 7 läßt sich ablesen, wie einerseits die Herabsetzung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit und andererseits die erhöhte Lebenserwartung der Erwachsenen typische Wandlungen im Aufbau der stationären Bevölkerungsmodelle gebracht haben.

Am wenigsten hat sich der Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter geändert, er ist von 44 % in der Dekade 1871/80 auf gegenwärtig 39 % gesunken. Der Prozentsatz der bis unter 15 Jahre alten Mädchen ging von 26 % auf 20 % zurück. Erheblich gestiegen ist die relative Besetzung in der Gruppe der älteren Frauen – von 30 % auf 41 %.

Die Verschiebung der Anteile kann man sich folgendermaßen erklären:

Die Menschen leben heute doppelt so lange wie vor 100 Jahren, deshalb ist der Bevölkerungsbestand in dem stationären Modell für die gegenwärtige Sterblichkeit doppelt so hoch wie zum Beginn des Untersuchungszeitraumes (vergleiche Tabelle 4). Je höher das Alter, um so stärker wirkte sich die erhöhte Lebenserwartung in der Besetzung der Altersklasse aus. Der Bestand der mittleren Gruppe stieg ungefähr im gleichen Verhältnis wie die Gesamtbevölkerung, darum ein fast unveränderter Anteil. Die Anzahl der Mädchen nahm in geringerem Maße zu – ihr Pro-

zentsatz ist folglich gesunken; die Zahl der älteren Frauen ist dagegen stärker gestiegen – ihr Anteil hat zugenommen.

Diese oben genannten Prozentsätze sind Erwartungswerte, die sich unter den Bedingungen des stationären Modells langfristig eingestellt hätten. Sie sollen hier dazu dienen, den tatsächlichen Altersaufbau zu überprüfen, insbesondere um die Einflüsse der Wanderungen auf die Zahl der Geburten abschätzen zu können. Dazu wurden in Tabelle 5 c die prozentualen Abweichungen der tatsächlichen Altersgliederung von den Erwartungswerten dargestellt. In den ersten Dekaden war die weibliche Bevölkerung überproportional besetzt in der Gruppe der Mädchen und jüngeren Frauen. Im Zeitabschnitt 1921 bis 1950 waren, gemessen am stationären Modell, nur noch die Frauen im gebärfähigen Alter stärker vertreten, die Mädchen und die älteren Frauen dagegen unterrepräsentiert, letztere allerdings in allmählich sich abschwächendem Ausmaß. Ab 1961 ist die weibliche Bevölkerung überaltert.

Zur Erklärung dieser Entwicklung können die Spalten 12 bis 14 herangezogen werden. Die relative Besetzung in der Gruppe der Mädchen (Spalte 9) hängt ganz eindeutig von der relativen Höhe der Fruchtbarkeit ab (Spalte 12), wird aber auch von dem Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter beeinflusst. Der bis 1960 sehr hohe Prozentsatz jüngerer Frauen kann nur dadurch erklärt werden, daß die Wanderungsgewinne vorwiegend auf diese Altersgruppe entfielen; von der hohen Kinderzahl bis 1920 kann man hier keinen nennenswerten Effekt erwarten. Zwar treten alle Jahrgänge 15 Jahre nach der Geburt in das gebärfähige Alter ein, und eine ursprünglich überdurchschnittlich hohe Besetzung würde sich bei gleichgebliebener Bevölkerungszahl dann auch in der folgenden Altersgruppe bemerkbar machen; wenn man aber bedenkt, daß die Einwohnerzahl Hamburgs in den ersten fünf-

Tabelle 5

Vergleich zwischen der tatsächlichen weiblichen Bevölkerung und der stationären Modellbevölkerung in Hamburg seit 1871

Periode	a) tatsächliche Bevölkerung				b) hypothetische stationäre Bevölkerung nach der jeweiligen Absterbeordnung				c) Abweichung der tatsächlichen Bevölkerung in % $\left(\frac{a-b}{b} \cdot 100\right)$				d) auf 1000 der tatsächlichen Durchschnittsbevölkerung entfielen pro Jahr	
	von 1000 Frauen standen im Alter			allgemeine Fruchtbarkeitsziffer	von 1000 Frauen standen im Alter			allgemeine Fruchtbarkeitsziffer (Bestandserhaltungsniveau)	Frauen im Alter			allgemeine Fruchtbarkeitsziffer	Geborenen (+) Gestorbenen (-) Überschub	Wanderungssaldo
	unter 15	15 bis unter 45	45 und älter		unter 15	15 bis unter 45	45 und älter		unter 15	15 bis unter 45	45 und älter			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1871/80	292	505	203	144	262	438	302	121	+ 11	+ 15	- 33	+ 19	+11,0	+20,0
1881/90	305	504	191	138	255	435	312	117	+ 20	+ 16	- 39	+ 18	+10,6	+20,4
1891/100	303	501	196	130	247	432	321	104	+ 23	+ 16	- 39	+ 25	+13,6	+ 8,5
1901/10	288	506	206	100	235	429	336	94	+ 23	+ 18	- 39	+ 6	+10,3	+16,8
1911/20	245	527	228	61	230	424	346	88	+ 7	+ 24	- 34	- 31	+ 3,2	+ 3,9
1921/30	186	543	271	52	224	419	357	83	- 17	+ 30	- 24	- 37	+ 2,6	+10,8
1931/40	175	476	349	58	219	414	367	78	- 20	+ 15	- 5	- 26	+ 3,3	- 3,6
1941/50	177	444	379	57	210	403	388	75	- 16	+ 10	- 2	- 24	+ 0,9	-11,6
1951/60	162	402	437	52	200	392	409	73	- 19	+ 3	+ 7	- 29	- 0,4	+16,5
1961/70	156	380	464	66	199	391	411	71	- 22	- 3	+ 13	- 7	- 0,2	- 1,8
1971/80	151	380	468	40	198	390	412	71	- 24	- 3	+ 14	- 44	- 7,3	- 1,4

zig Jahren ab 1871 um etwa das Dreifache zunahm, ist ein Effekt aus dem Nachrücken stark besetzter Geburtsjahrgänge mit Sicherheit in dem allgemeinen absoluten Wachstum sämtlicher Altersgruppen untergegangen.

Die durch Wanderungsgewinne in den mittleren Altersjahren hervorgerufene Verjüngung der Bevölkerung läßt sich nach dem zweiten Weltkrieg direkt nachweisen. Von 1953 bis 1973 wurde in Hamburg ein Zuzugsüberschuß von 81 000 Frauen registriert, davon entfielen auf die Gruppe der 15- bis unter 25-jährigen 65 000 Frauen – rund 80% des gesamten weiblichen Wanderungsgewinns. Unterstrichen wird diese Tendenz noch, wenn man die zeitliche Entwicklung der Salden betrachtet. Von 1953 bis 1963 waren fast ständig Wanderungsgewinne zu verzeichnen, der Zuzugsüberschuß ab 1953 erreichte 1963 mit 111 000 Frauen sein Maximum, davon 45 000 im Alter von 15 bis unter 25 Jahren. Die Gewinne setzten sich in dieser Gruppe auch in den folgenden Jahren bis zur Gegenwart fort, obwohl nun bei fast allen anderen Altersjahren ständig Verluste auftraten (das erklärt auch die Abnahme des kumulierten Gesamtsaldos bis 1973).

Demnach kann für die gesamte Zeitspanne ab 1871 ständig eine Tendenz zur Verjüngung der Bevölkerung durch Wanderungseinflüsse angenommen werden. Wohl die wichtigste Folge dieses Vorganges für den Reproduktionsprozeß war eine Erhöhung der Geborenenzahl infolge des günstigen Altersaufbaus. Dadurch wurde die Auswirkung der seit 1910 unter dem Bestandserhaltungsniveau liegenden Fruchtbarkeit zum Teil kompensiert. In Verbindung mit der relativ schwachen Besetzung der höheren Altersgruppen ergaben sich in Hamburg daraus noch bis zur Dekade 1941/50 Geborenenüberschüsse. Erst als die Klasse der älteren Frauen danach sehr hohe Besetzungszahlen erreichte und damit erheblich mehr Sterbefälle auftraten, führte dies zusammen mit der niedrigen Fruchtbarkeit zu Gestorbenenüberschüssen.

Wenn man die gegenwärtige Dekade 1971/80 für die in der Zukunft liegenden Jahre aus der letzten Bevölkerungsvorausschätzung ergänzt, wird deutlich, daß sich die Tendenz zu einer Überalterung der weiblichen Bevölkerung noch verstärkt. Dies könnte zusammen mit voraussichtlichen Wanderungsverlusten und mit einer äußerst niedrigen Fruchtbarkeit (1973 rund 46% unter Bestandserhaltungsniveau) zu einem kräftigen Anstieg der Gestorbenenüberschüsse führen.

Die Veränderungen des Altersaufbaus der tatsächlichen weiblichen Bevölkerung und der jeweiligen stationären Sterbetafelbevölkerung lassen sich in einem Dreieckskoordinatensystem anschaulich machen (Schaubild 2). Zu jedem Punkt in diesem Liniennetz gehören drei Koordinaten, deren Summe stets gleich 100 ist und deren Wert in Richtung der Anstriche auf den drei begrenzenden Skalen abgelesen werden kann. Jede beobachtete Altersgliederung nach drei Gruppen ist im Diagramm durch einen Punkt gekennzeichnet. Dessen Koordinaten ergeben sich aus den Prozentanteilen der drei Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung. Eine Verschiebung der Anteile schlägt sich in einer Bewegung des Punktes im Schaubild nieder.

Die Veränderungen im Altersaufbau der in den Sterbetafeln enthaltenen stationären Modellbevölkerungen ergeben für Hamburg seit 1871 einen fast geraden Linienzug im Dreiecksdiagramm (St) in Richtung auf eine ständige Zunahme des Anteils der über 45 Jahre alten Frauen zu Lasten der unter 15 Jahre alten Mädchen sowie der 15- bis unter 45jährigen. Die Proportion dieser Anteilsverschiebungen wurde in Schaubild 3 anschaulich gemacht. Der starke Pfeil St gibt die Grundrichtung der Wandlung des Altersaufbaus aus Schaubild 2 wieder, die drei gebrochenen Pfeile stellen die zugehörige Änderung des Anteils der drei Gruppen dar.

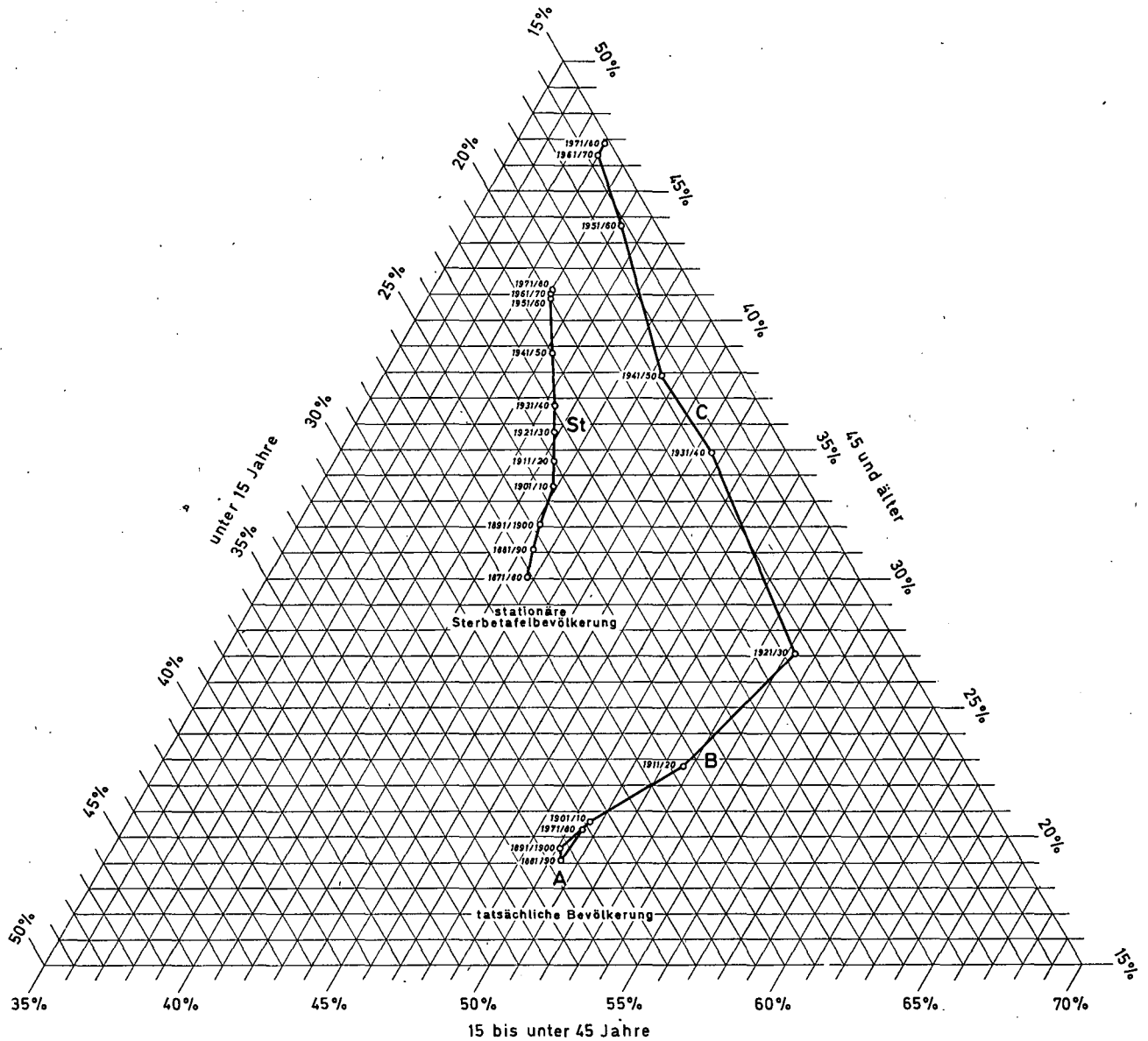
Die tatsächliche Altersgliederung hat eine andere Entwicklung genommen. Es lassen sich in der Vergangenheit deutlich drei Phasen unterscheiden: Die Häufung der Punkte für die Dekaden von 1871 bis 1910 bei A zeigt, daß in diesem Zeitabschnitt trotz stark wachsender Bevölkerung das Zahlenverhältnis zwischen den drei Altersklassen nahezu konstant geblieben ist. Nach 1910 setzt eine stärkere Verschiebung in den Relationen ein, die bis 1930 (B) einerseits durch einen Rückgang des Anteils der Kinder und andererseits durch eine Zunahme bei der mittleren und älteren Gruppe gekennzeichnet ist (siehe B in Schaubild 3). In der Abnahme des Gewichtes der Kindergruppe spiegelt sich der rapide Rückgang der Fruchtbarkeit wider, der um 1925, wenn man von Kriegsausfällen absieht, die Talsohle erreicht. Nach 1930 (C in Schaubild 2) knickt die Entwicklung ab und geht ebenfalls wieder fast linear weiter in Richtung auf eine noch stärkere Zunahme des Anteils der älteren Frauen, die jetzt aber vorwiegend aus einem Abbau des Gewichtes der mittleren Gruppe gespeist wird (siehe C in Schaubild 3). Offenbar schlägt nach 1930 die Erhöhung der Lebenserwartung nach einer zeitlichen Verzögerung von etwa 30 Jahren voll durch. Gegenwärtig ist dieser Prozeß zu einem Stillstand gekommen, nachdem sich die Tendenz zu einer Überalterung der Bevölkerung als Folge von niedrigen Geburtenhäufigkeiten und einem Ausbleiben von Wanderungsgewinnen gefestigt hat.

Interessant ist, daß die Gebietsreform von 1937 und die durch den zweiten Weltkrieg induzierten Wanderungen offenbar keinen Strukturbruch in der allmählichen Umwandlung des Altersaufbaues der weiblichen Bevölkerung Hamburgs hervorgerufen haben. Aus der regelmäßigen Veränderung der stationären Bevölkerungsmodelle (St) kann außerdem geschlossen werden, daß die Sterblichkeitsverhältnisse von 1911 bis 1940 richtig geschätzt wurden. Als Ausgangsmaterial standen für diese Periode die Hamburger Sterbetafeln von 1905/07 und von 1949/50 sowie die Sterbetafel Deutscher Gemeinden mit über 100 000 Einwohnern von 1933 zur Verfügung.

Im Schaubild 4 ist zum Vergleich die Entwicklung in Hamburg gemeinsam mit der im Deutschen Reich bzw. im Bundesgebiet dargestellt worden. Die Veränderungen des Altersaufbaus der stationären Modellbevölkerungen sind in beiden Fällen – bis auf eine zeitliche Verzögerung beim Reich – fast deckungsgleich verlaufen. Dieses Ergebnis war zu erwarten; überraschend ist dagegen die Parallelität der beiden Kurven für den tatsächlichen Altersaufbau. Man findet beim Reich auf anderem Niveau ganz eindeutig

Schaubild 2

Veränderungen des Altersaufbaus der weiblichen Bevölkerung von Hamburg seit 1871
(tatsächliche und stationäre Bevölkerung)

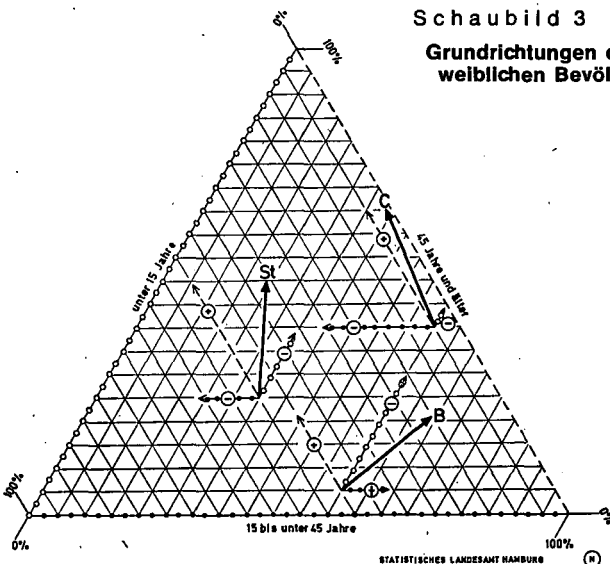


STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

©

Schaubild 3

Grundrichtungen der Veränderung des Altersaufbaus der weiblichen Bevölkerung von Hamburg aus Schaubild 2



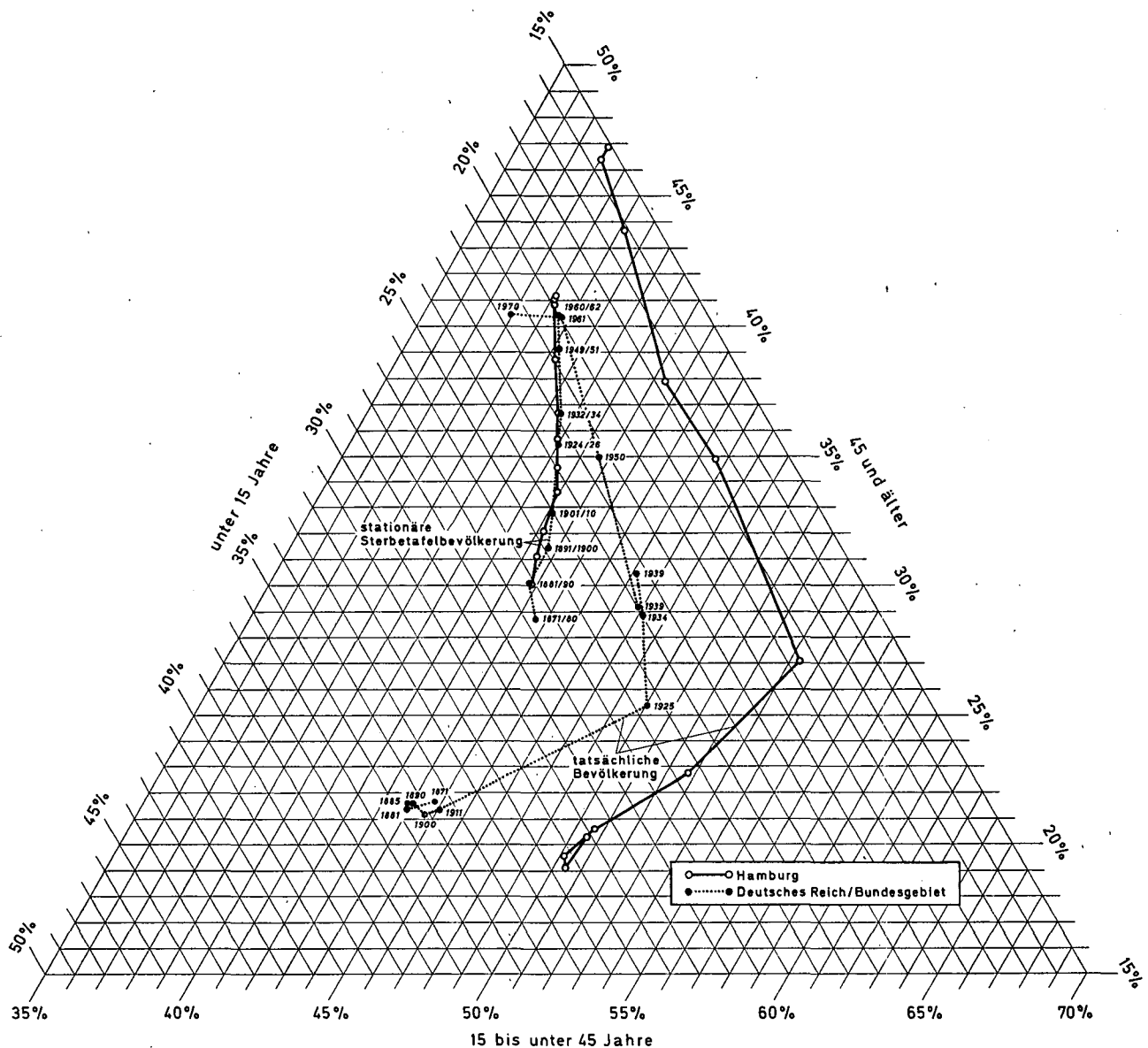
STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

©

die für Hamburg abgeteilten drei Phasen wieder. Bis 1910 ist hier die Altersgliederung, gemessen an der stationären Bevölkerung, durch einen größeren Anteil der jungen Menschen gekennzeichnet und durch eine entsprechend geringe Besetzung bei den älteren Frauen. Die Ursache dafür ist die weit über dem Bestandserhaltungsniveau liegende Fruchtbarkeit im Reichsgebiet. Nach einer Übergangszeit, die wie in Hamburg durch das Absinken der Geburtenhäufigkeit ausgelöst wurde, hat sich der Altersaufbau im Bundesgebiet bis 1970 weitgehend den Erwartungswerten angeglichen. Die Differenz zwischen der Entwicklungsreihe von Hamburg und der vom Reich ist bei annähernd gleicher Sterblichkeit durch die geringere Fruchtbarkeit und durch Wanderungsgewinne in den mittleren Altersjahren in Hamburg verursacht worden.

Schaubild 4

Veränderungen des Altersaufbaus der weiblichen Bevölkerung von Hamburg und vom Deutschen Reich (bzw. von der Bundesrepublik) seit 1871 (tatsächliche und stationäre Bevölkerung)



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

9

5. Die gegenwärtig zur Bestandserhaltung erforderliche Kinderzahl in Hamburger Ehen

Nach einer Berechnung des Statistischen Bundesamtes⁵⁾ waren unter den Verhältnissen der Jahre 1960 bis 1964 etwa 218 Kinder je 100 Ehen erforderlich, um langfristig in der Bundesrepublik die Bestandser-

haltung der Bevölkerung zu gewährleisten. (Genau genommen handelt es sich um Kinder aus erster und weiterer Ehe einschließlich der legitimierten Kinder, bezogen auf erste Eheschließungen.) Eine Übertragung des Modellansatzes auf neuere Daten aus Hamburg hat für die Hansestadt eine Erhöhung dieser Zahl auf 222 Kinder erbracht⁶⁾.

⁵⁾ Bedeutung des Geburtenrückgangs für die Bestandserhaltung der Bevölkerung und die Zahl der Kinder in den Ehen. In: Wirtschaft und Statistik. 1971/1, S. 14.

⁶⁾ Dieses Ergebnis wurde folgendermaßen berechnet: Eine Generation von 100 lebendgeborenen Mädchen muß zu ihrer Reproduktion wieder 100 Mädchen hervorbringen. Unter Berücksichtigung der Sexualproportion impliziert das zusätzlich 106 Knabengeburten. Von diesen 206 Kindern werden nach Beobachtungen der letzten Jahre in Hamburg 12 als nichtehelich geboren, darunter 3 Kinder, die durch eine nachfolgende Heirat der Eltern später den Status der Ehelichkeit erhalten; somit ergeben sich insgesamt $206 - 12 + 3 = 197$ eheliche Kinder. Der Anteil der nicht mehr ledigen Frauen im Alter von 40 bis unter 45 Jahren (= Anzahl der ersten Eheschließungen der

lebenden Frauen dieses Alters) betrug 1970/73 in Hamburg 90,9%. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß noch einige ledige Frauen in höherem Alter heiraten und in geringem Ausmaß Frauen, die nicht mehr ledig waren, vor diesem Alter gestorben sind, gehen 88,7% der Frauen einer Generation eine Ehe ein, so daß auf 100 Ehen $197 : 0,887 = 222$ Kinder kommen müßten.

Nebenbei sei erwähnt, daß bei einer generationsspezifischen Argumentation in Hamburg auch die Wanderungseinflüsse eine Rolle spielen, d. h. die Angehörigen eines Jahrgangs auf dem Gebiet der Freien und Hansestadt sind durch Zu- und Fortzüge dem Austausch unterworfen, womit durchaus strukturelle Veränderungen, etwa eine Ansammlung älterer lediger Frauen, verbunden sein könnten. Die vorgelegten Zahlen gelten unter Einschluß derartiger Effekte.

Der Unterschied zu den Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes ist einmal auf den im Bund etwas höheren Prozentsatz erster Eheschließungen (91,6%; Hamburg 90,9%) zurückzuführen und zum anderen auf eine größere Zahl von Legitimierungen bei einer etwa gleichen Anzahl nichtehelicher Kinder. Beide Abweichungen hängen wahrscheinlich miteinander zusammen; als Ursache kann eine höhere Eheschließungsquote bei ledigen Müttern im Bundesdurchschnitt in den Jahren 1960/64 vermutet werden.

Aus der 10%-Erhebung der Volkszählung von 1970 liegen zum Vergleich die tatsächlichen Kinderzahlen der nicht ledigen deutschen Frauen Hamburgs im Alter von 40 bis unter 45 Jahren vor; sie haben die Fruchtbarkeitsperiode praktisch durchlaufen (nur knapp 2% aller Mütter der im Jahre 1972 in Hamburg lebendgeborenen Kinder waren überhaupt älter als 40 Jahre). Wenn man berücksichtigt, daß einige Frauen, die bereits eine Ehe geschlossen hatten, vor diesem Alter sterben und ein kleiner Prozentsatz erst später eine Ehe einget, erhöht sich die zur Bestandserhaltung erforderliche Kinderzahl von 222 auf etwa 226 Kinder je 100 Frauen der oben genannten Klasse — die tatsächliche Zahl beträgt nach den Ergebnissen der Volkszählung jedoch nur 163 Kinder — 72% des Bestandserhaltungsniveaus.

Dagegen haben 100 Frauen dieser Altersgruppe in den benachbarten Bundesländern wesentlich mehr Kinder: in Schleswig-Holstein 208 und in Niedersachsen 218. Dennoch ist ersichtlich, daß selbst hier die zur Bestandserhaltung benötigte Zahl von schätzungsweise 220 bis 225 Kindern nicht erreicht wurde; ein gleiches gilt bei 204 Kindern für die gesamte Bundesrepublik.

Tabelle 6 stellt die prozentuale Aufgliederung dieser Frauen nach der Anzahl ihrer Kinder dar. In Hamburg ist die hohe Kinderlosigkeit von 19% bemerkenswert. Weiter hatten jeweils 31% der Frauen ein Kind bzw. zwei Kinder und nur 19% drei und mehr Kinder.

Anhand von Modellüberlegungen läßt sich zeigen, wie diese Verteilung etwa aussehen müßte, damit sich die erforderliche Kinderzahl von 226 ergibt. Wenn man den tatsächlichen Anteil kinderloser Frauen von 19% beibehält und annimmt, daß 10% der Ehen mit einem Kind bzw. mit zwei Kindern aus physiologischen Gründen keine weiteren Nachkommen haben werden, müßten 66% der Frauen drei und mehr Kinder gebären (Tabelle 7, Modell 1). Sofern dagegen für kinderlose Ehepaare die physiologisch bedingte Untergrenze von etwa 10% angesetzt wird (Sterilität), wären mindestens 50 von 100 Frauen mit drei und mehr Kindern notwendig (Modell 2) oder aber 55%, falls keine Familie mehr als drei Kinder hat (Modell 3).

Mindestens die Hälfte der nicht mehr ledigen Frauen im Alter von 40 bis unter 45 Jahren müßten also drei und mehr Kinder haben. Tatsächlich traf das bei der Volkszählung 1970 in Hamburg aber nur für ein Fünftel von ihnen zu. Es handelt sich dabei um Frauen der Jahrgänge 1925 bis 1930. Da der starke Geburtenrückgang der letzten Zeit vorwiegend auf die geringe Kinderzahl der nach 1943 Geborenen zurückzuführen

Tabelle 6

Nichtledige¹⁾ deutsche Frauen im Alter von 40 bis unter, 45 Jahren nach der Zahl der lebendgeborenen ehelichen Kinder in Prozent für Hamburg, die benachbarten Bundesländer und für die Bundesrepublik
— Volkszählung 1970, 10%-Erhebung —

Land	Von 100 Frauen ¹⁾ haben					Gesamtzahl der Kinder
	0	1	2	3	4 und mehr	
	Kinder ²⁾					
	1	2	3	4	5	6
Hamburg	18,5	31,2	31,1	12,1	7,1	163,4
Bremen	14,0	30,9	32,4	13,9	8,8	181,3
Schleswig-Holstein	12,5	23,8	32,6	17,5	13,6	208,2
Niedersachsen ..	10,4	23,8	33,0	17,5	15,3	218,3
Bundesrepublik	13,2	26,0	30,6	16,4	13,7	204,2

¹⁾ verheiratete, verwitwete und geschiedene Frauen. — ²⁾ Kinder aus ersten und weiteren Ehen.

ist, wird bei ihnen einmal der Anteil der Ehen mit drei und mehr Kindern noch geringer sein.

Aus den angestellten Überlegungen läßt sich die zur Bestandserhaltung erforderliche Höhe der durchschnittlichen Kinderwünsche je Ehe ableiten. (Die vorstehend wegen der Beschaffenheit der statistischen Daten eingeführte Beschränkung auf Frauen im Alter von 40 bis unter 45 Jahren ist für die folgenden Ausführungen wieder aufgehoben.) Wenn man wie im Modell 2 als Arbeitshypothese annimmt, daß 10% der

Tabelle 7

Modelle über die zur Bestandserhaltung erforderliche Zahl ehelicher Kinder von 100 nichtledigen¹⁾ Frauen im Alter von 40 bis unter 45 Jahren in Hamburg

Modell	Von 100 Frauen ¹⁾ müßten					Gesamtzahl der Kinder ²⁾
	0	1	2	3	4	
	Kinder ³⁾ haben					
	1	2	3	4	5	6
Modell 1	19	8	7	60	6	226
Modell 2	10	9	32	43	6	226
Modell 3	10	9	26	55	—	226

¹⁾ verheiratete, verwitwete und geschiedene Frauen. — ²⁾ aufgrund von Beobachtungen aus den Jahren 1960 bis 1973 und nach der Heiratshäufigkeit der Geburtsjahrgänge 1925 bis 1930. — ³⁾ Kinder aus ersten und weiteren Ehen.

Ehen kein Kind bzw. 10% der Ein- und Zweikinder-ehen keine weiteren Kinder bekommen können⁷⁾, würden sich für 27% der Ehepaare Beschränkungen in der möglichen Kinderzahl ergeben: 10% ohne Kind, 9% mit einem und 8% mit zwei Kindern; auf die verbleibenden 73% würden dann noch im Durchschnitt 2,7 Kinder je Ehe (erste Eheschließung) entfallen müssen, damit die Gesamtzahl von 222 Kindern erreicht wird. Da die Beschränkungen durch physio-

⁷⁾ Die Annahmen werden durch Beobachtungen an Ehen in Preußen, die 1899 und früher geschlossen wurden, in etwa bestätigt (vergl.: Kinderzahlen der Ehejahrgänge 1899 und früher und 1900 bis 1960. In: Wirtschaft und Statistik, 1962, S. 593.). Von diesen Ehen hatten nach mehr als 19 1/2-jähriger Dauer 9% keine Kinder, 9% ein Kind, 12% zwei und 71% drei und mehr Kinder. Gegenwärtig wird der Anteil der Ehen, die wegen natürlicher Unfruchtbarkeit kinderlos bleiben, allgemein mit 10% angesetzt (vergl.: Die Frauen nach der Kinderzahl (Ergebnisse der Volkszählung am 27. Mai 1970). In: Wirtschaft und Statistik, 1974/6, S. 406 f.).

logische Sterilität nicht vorhersehbar sind, bedeutet dies, daß sich alle Ehepaare im Durchschnitt mindestens 2,7 Kinder wünschen müßten; und wenn man ein Minimum an zusätzlicher Beschränkung der Kinderzahl durch unvorhergesehene soziale und psychische Schwierigkeiten bei einem Teil der Ehen berücksichtigt, läßt sich vermuten, daß in Hamburg eher drei Kinder je Ehe (erste Eheschließung) angestrebt werden müßten, damit die Geburtenhäufigkeit die Höhe des Bestandserhaltungsniveaus erreicht.

Diese Aussage setzt allerdings voraus, daß die ursprünglich gewünschte Kinderzahl von einem Teil der Ehepaare nicht später durch zusätzliche Kinder überschritten wird. Wie weit gerade dieser Effekt in der Vergangenheit wirksam gewesen sein muß, läßt sich aus Angaben des Statistischen Bundesamtes über tatsächliche und gewünschte Kinderzahlen seit 1950 ersehen⁹⁾. Danach schwankten die durchschnittlichen Kinderwünsche von 1950 bis 1970 zwischen 2,2 und 2,4. Die tatsächliche Kinderzahl der Ehejahrgänge 1951/60 betrug zum Zeitpunkt der Volkszählung 1970 etwa 2,1. Wenn man die oben angestellten Überlegungen heranzieht, kann eine Wunschzahl von ca. 2,3 nicht zu diesem Ergebnis geführt haben. Die zwangsläufige Beschränkung der Kinderzahl eines Teiles der Ehen muß durch zusätzliche ursprünglich nicht gewünschte Kinder anderer Ehen ausgeglichen worden sein.

Falls in Zukunft die Geburt nicht gewünschter Kinder durch eine breitere Anwendung moderner Empfängnisverhütungsmittel oder durch eine Liberalisierung des Abteibungsgesetzes fast ganz unterbleibt, würde die Bestandserhaltung im Mittel tatsächlich den Wunsch nach etwa 3 Kindern je Ehe voraussetzen.

6. Ist eine Großstadt ohne Wanderungsgewinne eine sterbende Stadt?

Diese Frage läßt sich aus dem bisher vorgelegten Material nicht mit einem klaren Ja beantworten, weil die räumliche Abgrenzung des Begriffes Großstadt problematisch ist. Das Untersuchungsgebiet beschränkte sich auf den hamburgischen Staat in den jeweiligen Gebietsgrenzen und ist im Sinne der heute in der Bundesrepublik üblichen Einteilung der Stadtregionen in vier Zonen identisch mit der Kernstadt⁹⁾. Zum Zeitpunkt der Volkszählung 1970 wohnten in der Kernstadt 79 % der gesamten Bevölkerung der Hamburger Region (1939 noch 91 %). Da zwischen der Kernstadt und den übrigen Zonen größere Abweichungen in der demographischen Struktur der Bevölkerung bestehen, kann eine Übertragung der Ergebnisse vor einer genauen Prüfung nicht gewagt werden.

Schon seit 1910 lag die Fruchtbarkeit in der Kernstadt unterhalb des Substanzerhaltungsniveaus, aber Hamburg blieb infolge von Wanderungsgewinnen besonders in den mittleren Altersjahren trotzdem bis 1964 eine wachsende Stadt und hatte fast bis zu dieser Zeit auch Geborenenüberschüsse aufzuweisen.

Die Beantwortung der gestellten Frage ist aber selbst für die Hamburger Kernstadt nicht einfach. Zwar wird

die Fruchtbarkeit auch in Zukunft mit sehr großer Sicherheit langfristig nicht die zur Bestandserhaltung erforderliche Höhe erreichen – als äußerste Obergrenze ist nach der Entwicklung seit 1911 eine Quote von 80 % des Bestandserhaltungsniveaus anzusehen –, die Einwohnerzahl würde also ohne eine Kompensation durch Zuzüge sicherlich schrumpfen. Es wäre allerdings denkbar, daß dieser Ausgleich auch bei einem Gesamtwanderungssaldo von Null durch Wanderungsgewinne in den fruchtbarsten Altersjahren und durch Abwanderung der Älteren hervorgerufen werden könnte.

Um diese Zusammenhänge zu durchleuchten, wurde die Bevölkerungsentwicklung Hamburgs bei alternativer Höhe von Fruchtbarkeit und Wanderungssaldo für die nächsten 50 Jahre unter Verwendung des Rechenmodells und der Eingabedaten der 4. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung¹⁰⁾ simuliert. Die Basisbevölkerung datiert vom 1. 1. 1972. Die Sterbeziffern aus dem Durchschnitt der Jahre 1970/71 wurden während der 50 Jahre als konstant angenommen, weil nach den Ausführungen in Abschnitt 3 für den Reproduktionsprozeß kaum noch Auswirkungen aus einer Verringerung der Sterblichkeit möglich sind. Die Fruchtbarkeitsziffern der 4. koordinierten Vorausschätzung (Variante F1 – ungefähr identisch mit der Fruchtbarkeit von 1972) entsprechen in Hamburg genau einem Netto-reproduktionsindex von 0,6. Durch proportionale Veränderung der altersspezifischen Ziffern konnte leicht jeder beliebige andere Netto-reproduktionsindex erzeugt werden. Da die relative Verteilung der Fruchtbarkeit auf die Altersjahre der Frauen in Hamburg in den letzten 20 Jahren praktisch konstant geblieben ist und sich nur das Niveau aller altersspezifischen Ziffern geändert hatte, war dieser Ansatz gerechtfertigt. Die Altersgliederung der Wanderungssalden wurde aus der Altersgliederung der Zu- und Fortzüge von 1970/71 bei Konstanz des Wanderungsvolumens durch Gewichtung der Ströme mit geeigneten Proportionalitätsfaktoren bestimmt. Die in den beiden Beobachtungsjahren typische Verteilung der Salden auf die Altersjahre bleibt dadurch erhalten; je nach Höhe des Gesamtsaldos treten in den Altersgruppen von 15 bis unter 45 Jahren Gewinne auf, in den übrigen Altersgruppen leichte Verluste. Die Parameter wurden während eines Durchlaufs nicht geändert.

Tabelle 8
Modellrechnungen über die Bevölkerungsentwicklung in Hamburg für einen Zeitraum von 50 Jahren unter hypothetischen Annahmen

Nettoproduktionsindex	Bevölkerung im Jahre 2022 bei Ausschluß von Wanderungen	Zur Bestandserhaltung der Basisbevölkerung von 1 780 000 Personen notwendiger jährlicher Wanderungssaldo
1	2	3
1,00	1 610 000	— 3 000
0,90	1 460 000	0
0,80	1 310 000	+ 3 000
0,70	1 180 000	+ 6 100
0,60	1 050 000	+ 9 300
0,50	940 000	+ 12 600
0,40	830 000	+ 16 000

⁹⁾ Die Frauen nach der Kinderzahl ... a.a.O., S. 407.

⁹⁾ Bevölkerung in Stadtregionen. In: Wirtschaft und Statistik, 1974/5, S. 324 ff.

¹⁰⁾ Vergleiche: Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung ... a.a.O. S. 87 ff.

Tabelle 8 stellt den Extrakt dieser Rechnungen dar. In der dritten Spalte ist der für eine Erhaltung des Bestandes der Basisbevölkerung erforderliche jährliche Wanderungssaldo bei alternativer Höhe des Nettoerproduktionsindexes aufgeführt; je geringer die Fruchtbarkeit, um so höher müßte der kompensatorische Wanderungssaldo ausfallen. Bei einem Index von 1,0 (Bestandserhaltungsniveau) würde die Einwohnerzahl sogar noch mit einem Wanderungsverlust von 3 000 Personen pro Jahr gehalten werden können — die Auswirkungen der Verjüngung des Altersaufbaus durch die Wanderung, so wie sie gegenwärtig typisch ist, reicht bei hoher Fruchtbarkeit offenbar aus, um einen Verlust in dieser Größenordnung auszugleichen. Die Bedingungen der letzten Jahre waren durch den starken Zustrom von Ausländern in den jüngeren Altersjahren¹⁾ für einen derartigen altersmäßigen Umverteilungseffekt äußerst günstig. Falls sich die Attraktivität Hamburgs für junge Menschen abschwächen sollte, müßten die Salden in Spalte 3 entsprechend höher sein.

Spalte 2 gibt den Bevölkerungsstand wieder, der sich unter Ausschluß von Wanderungsvorgängen bei unterschiedlicher Höhe der Fruchtbarkeit einstellt. Selbst mit einem Nettoerproduktionsindex von 1,0 würde die Bevölkerung unter allmählichem Abbau der Überalterung von 1,78 auf 1,61 Mio Einwohner sinken. Bei Andauern der gegenwärtigen Fruchtbarkeit wäre ohne Wanderungen ein Rückgang um 40 % auf eine Million Einwohner im Jahr 2022 zu erwarten.

Wenn man die in Abschnitt 3 abgeleitete Obergrenze von 0,8 für den Nettoerproduktionsindex heranzieht und annimmt, daß die Fruchtbarkeit langfristig nicht unter einen Wert von 0,6 sinkt, sind trotz der ange-

Tabelle 9

Nettoerproduktionsindex für Hamburg, Schleswig-Holstein und die Bundesrepublik seit 1960

Jahr	Land		
	Bundesrepublik Deutschland ¹⁾	Schleswig-Holstein ¹⁾	Hamburg ²⁾
1960	1,11	1,13	0,85
1961	1,14	1,14	0,89
1962	1,13	1,15	0,89
1963	1,17	1,20	0,93
1964	1,18	1,24	0,93
1965	1,17	1,23	0,91
1966	1,18	1,26	0,94
1967	1,16	1,25	0,92
1968	1,11	1,21	0,87
1969	1,03	1,11	0,77
1970	0,94	1,00	0,68
1971	0,90	0,95	0,68
1972	0,80	0,83	0,59
1973			p 0,54

¹⁾ Unter Verwendung der Sterbetafel von 1960/62 für die Bundesrepublik. — ²⁾ Unter Verwendung der Sterbetafel von 1960/62 für Hamburg.

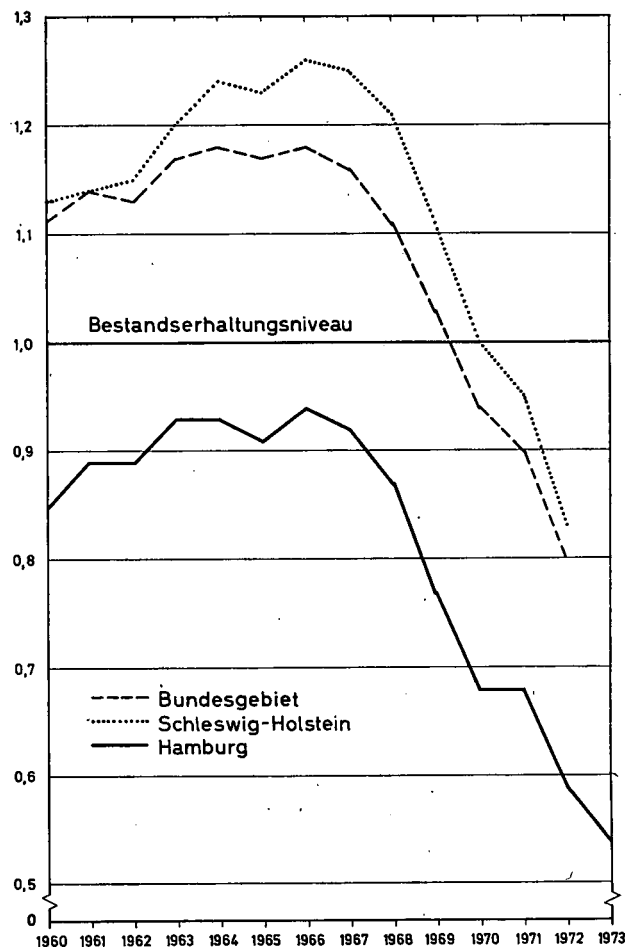
setzten Verjüngungseffekte durch die Mobilität zukünftig pro Jahr Zuzugsüberschüsse von 3 000 bis 10 000 Personen erforderlich, damit die Einwohnerzahl der Hamburger Kernstadt nicht weiter zurückgeht.

¹⁾ Der Altersaufbau der Wanderer und ihr Einfluß auf die Struktur der Hamburger Bevölkerung. In: Hamburg in Zahlen. 1972/11, S. 389 ff.

Als Fazit dieser Berechnungen kann man festhalten, daß es für Hamburg so etwas wie einen Prozeß der „Gesundshrimpung“ aller Voraussicht nach nicht geben kann; wie weit der Bevölkerungsstand auch absinken würde, es bestünde kaum die Chance, daß sich die Kernstadt in ihrer Einwohnerzahl einmal selbst durch eine genügend hohe Fruchtbarkeit tragen könnte. Hamburg wird immer auf Wanderungsgewinne angewiesen sein — es sei denn, man ver-

Schaubild 5

Nettoerproduktionsindex in Hamburg, Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet ab 1960



Statistisches Landesamt Hamburg

steht unter Gesundshrimpung eine Bevölkerungsabnahme, die einhergeht mit einem Abbau aller Defizienzen der Stadtstruktur in städtebaulicher, kultureller wie auch wirtschaftlicher Hinsicht, so daß dann nachfolgend durch eine erhöhte Attraktivität wieder Zuzugsüberschüsse besonders von jüngeren Menschen induziert werden.

Permanente Wanderungsgewinne sind in Hamburg nur dann zu erwarten, wenn die Geburtenhäufigkeit im Bundesdurchschnitt langfristig wenigstens die Höhe des Bestandserhaltungsniveaus erreicht, da die Aufnahmefähigkeit für einen weiteren Zustrom von Ausländern einmal erschöpft sein wird. Wie Tabelle 9 zeigt, lag die Fruchtbarkeit im Bundesgebiet 1972 um 20 % und in Schleswig-Holstein um 17 % unter diesem Niveau. Von der weiteren Entwicklung dieser Reihen wird letztlich auch die Zukunft Hamburgs entscheidend mit geprägt werden.

Joachim Müller

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1974	Juli 1974	August 1974	August 1973
		1965	1973				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	762,3	760,2	759,6	762,9	764,9
Lufttemperatur	°C	8,6	9,5	15,2	15,5	17,8	18,3
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	79	71	78	72	65
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	7	5	5	6	4,7	4
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	701	81	149	65,4	40
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 660	230	184	209	265
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	79	1	1	0	1
Tage mit Niederschlägen	"	258	240	18	28	14	12
Sommertage	"			—	1	6	11
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	245,0	243,8	243,2	...	244,6
" Altona	"	264,3	252,9	251,5	251,5	...	252,9
" Eimsbüttel	"	264,6	251,3	250,2	250,1	...	251,3
" Hamburg-Nord	"	401,3	335,7	330,0	329,5	...	336,2
" Wandsbek	"	357,5	378,0	379,5	379,5	...	377,9
" Bergedorf	"	82,6	93,7	93,0	93,0	...	93,8
" Harburg	"	199,0	201,8	199,7	199,6	...	202,1
• Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 758,4	1 747,7	1 745,9	...	1 758,8
dav. männlich	"	861,9	815,0	811,5	810,7	...	815,0
weiblich	"	995,0	943,4	936,2	935,2	...	943,8
dar. Ausländer ⁷⁾	"	59,8	122,7	130,9	131,3	...	121,5
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
• Eheschließungen ⁸⁾	Anzahl	1 510	930	963	812	1 252	967
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	6,3	6,5	6,5
• Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 139	1 188	1 099	1 257	1 165
dar. unehelich	"	143	105	115	100	128	98
• Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	7,8	8,0	7,8
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"
• Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	9,3	9,7	9,0	10,4	8,4
• Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 156	1 907	2 027	2 459	2 238
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	27	16	23	28	31
• Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	13,6	14,7	12,9	15,0
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"
• dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁹⁾	"	17,2	23,8	14,3	20,2	24,1	26,4
• Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	+ 123	- 1 017	- 719	- 82,8	- 1 202	- 1 073
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 0,8	- 6,9	- 4,8	7,2
3. Wanderungen							
• Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	6 337	5 183	6 117	...	5 363
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	6 553	6 538	6 291	6 983	...	6 186
Fortgezogene Personen	"	— 379	— 199	— 1 108	— 866	...	— 823
über die Landesgrenzen Hamburgs	"	— 37	+ 83	— 501	— 473	...	— 279
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	— 342	— 282	— 607	— 393	...	— 544
dav. männlich	"						
weiblich	"						
• Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 455	13 305	16 155	...	13 578
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	"	1 542	1 669	1 740	1 865	...	1 443
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	835	1 110	1 140	1 241	...	1 009
Niedersachsen	"	1 091	1 000	1 001	1 191	...	860
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	272	379	408	501	...	329
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 466	1 213	1 595	...	1 293
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	1 535	2 202	1 229	1 466	...	1 767
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	"	2 351	2 534	2 424	2 513	...	2 315
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 620	1 810	1 886	1 902	...	1 742
Niedersachsen	"	1 268	1 618	1 310	1 512	...	1 652
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	525	906	785	764	...	915
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 618	1 315	1 538	...	1 597
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	767	768	1 242	1 420	...	622

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. — ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. — ⁷⁾ Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. — ⁸⁾ nach dem Ereignisort. — ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade. — ¹²⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1974	Juli 1974	August 1974	August 1973
		1965	1973				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾	Anzahl	17 067	16 740	16 607	16 614	16 595	16 760
Betten ²⁾	"	13 593	13 110	12 761	12 601	12 624	12 480
Patienten ²⁾	"	415 910	406 670	393 110	388 545	391 752	384 189
Pflegetage	%	83,9	83,3	81,5	78,7	79,9	78,1
b) Krankenhäuser für Psychiatrie	Anzahl	3 017	3 030	3 061	3 061	3 061	3 026
Betten ²⁾	"	3 134	2 893	2 889	2 852	2 854	2 873
Patienten ²⁾	"	86 329	82 499	80 876	80 757	81 786	83 769
Pflegetage	%		92,8	91,5	89,6	91,7	93,2
Bettenausnutzung							
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	522 383	842 743	1 077 235	794 937	1 454 148	1 588 495
dar. in Hallenschwimmbädern	"	286 227	467 560	341 614	439 536	426 686	383 802
in Freibädern	"	158 845	339 706	706 671	327 780	995 416	1 173 190
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	347 847	527 563	529 995	497 576	615 955	514 962
Ausgeliehene Noten	"	4 079	7 021	4 848	3 043	7 435	7 454
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek	"						
Ausgeliehene Bände	"	23 403	37 938	44 965	39 877	33 355	34 308
Besucher der Lesesäle	"	7 069	9 448	9 942	10 123	8 109	7 699
HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Besucher der Bibliothek und der Archive	"	2 131	3 446	2 864	3 505	3 445	3 702
Commerzbibliothek	"						
Ausgeliehene Bände	"	2 709	2 555	2 017	2 832	2 357	2 886
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 286	1 500	1 094	1 553	1 525	1 729
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	43 961	68 258	77 701	93 569	74 017	63 134
dav. Hamburger Kunsthalle	"	8 351	12 302	9 740	10 188	9 227	11 859
Altonaer Museum in Hamburg, Nord- deutsches Landesmuseum	"	5 531	12 530	10 841	20 620	13 465	9 201
Hamburgisches Museum für Völkerkunde	"	4 455	6 177	7 149	7 092	4 644	3 811
Helms-Museum	"	5 799	13 421	29 248	20 264	24 438	18 370
dar. Freilichtmuseum am Klebeberg	"		12 094	27 446	19 126	23 288	17 501
Museum für Hamburgische Geschichte	"	9 247	11 447	10 769	20 233	10 106	11 759
Museum für Kunst und Gewerbe	"	7 983	6 383	3 640	6 825	6 372	3 607
Planetarium	"	2 595	5 998	4 688	6 471	3 679	4 527
Bischofsturm	"			1 62f	1 876	2 086	
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ³⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	681,5	681,1
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	399,1	398,4
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	46,3	46,2
Rentner	"	175,5	236,1	236,5
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	28,7	24,0
dav. männlich	"	17,9	19,6	16,6
weiblich	"	8,8	9,1	7,4
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	3 410	5 542	9 107	9 162	10 266	4 705
dav. männlich	"	2 318	2 959	5 215	5 100	5 819	2 473
weiblich	"	1 092	2 583	3 892	4 062	4 447	2 232
dar. nach ausgewählten Berufsbereichen	"						
Fertigungsberufe	"	1 155	.	2 778	2 227	2 857	972
Technische Berufe	"	108	.	728	868	951	302
Dienstleistungsberufe	"	2 965	.	5 201	5 685	6 028	3 257
2. Offene Stellen	"	25 827	18 838	16 376	14 876	14 274	21 395
3. Arbeitssuchende ⁴⁾	"	8 299	12 519	16 475	16 475	17 847	10 855
4. Vermittlungen ⁵⁾	"	16 368	11 269	9 761	13 582	10 246	11 390
dar. Kurzfristige Vermittlung bis zu 7 Tagen	"	10 527	5 765	5 358	7 178	5 073	5 620
5. Kurzarbeiter	"	3	284	157	336	379	—

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr und des Strafvollzugsamts. – ²⁾ Bestand am Monatsende. – ³⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungs-
krankenkasse. – ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. – ⁵⁾ durch das Arbeits-
amt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1974	Juli 1974	August 1974	August 1973
		1965	1973				
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
* Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 444	1 675	1 433	1 227	1 238
* dav. an Molkereien geliefert	%	86,0	92,2	98,8	96,6	94,6	93,8
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	10,4	13,6	11,3	9,7	8,7
2. Milchherstellung der Molkereien							
Vollmilch,	t	10 011					
pasteurisiert, lose	"	3 528	1 549	1 234	1 077	1 404	1 585
pasteurisiert, abgepackt	"	6 482	7 595	6 595	5 976	6 988	8 025
ultra-hocherhitzt	"		1 046	1 228	1 584	1 161	1 028
Teilenträhmte Milch,	"						
pasteurisiert, abgepackt	"	—	136	143	119	143	156
ultra-hocherhitzt	"	—	316	997	1 655	1 195	375
Enträhmte Milch	"	382	620	51	50	48	—
Buttermilcherzeugnisse	"	—		624	455	703	940
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"	—		203	157	220	
3. Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	6,7	8,8	8,7	7,5
Kälber	"	2,6	1,1	1,0	1,5	1,1	1,1
Schweine	"	47,0	29,7	25,4	29,7	26,4	28,4
Schafe	"	2,7	0,7	0,6	0,7	0,7	0,6
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,2	5,9	6,7	9,0	6,5
* Kälber	"	2,5	1,0	1,0	1,4	1,0	1,0
* Schweine ¹⁾	"	49,6	30,3	25,6	28,8	26,7	28,6
* Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen ²⁾	t	6 229	4 744	4 096	4 541	4 938	4 603
* dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	1 678	1 604	1 787	2 346	1 752
* Kälber	"	187	80	71	114	88	91
* Schweine	"	4 318	2 960	2 402	2 625	2 528	2 738
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie ³⁾							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 367	1 331	1 083	1 324	1 362
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	194	188	188	187	194
* dar. Arbeiter ⁴⁾	"	152	119	115	115	114	119
* Geleistete Arbeiterstunden ⁵⁾	Mio DM	24 859	18 319	16 057	14 934	16 309	17 253
* Löhne (Bruttosumme)	"	119	199	209	233	219	203
* Gehälter (Bruttosumme)	"	75	170	190	200	189	163
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁶⁾	14	4	5	5	4	5
* Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 661	1 244	1 213	1 320	2 145
* Erdgasverbrauch (Ho = 8 400 kcal/cbm) ⁷⁾	1 000 cbm		63 213	32 860	31 633	32 925	50 722
* Heizölverbrauch	1 000 t	69	58	43	42	40	44
* Stromverbrauch	Mio kWh	112	187	253	272	283	183
* Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	16	13	10	8	11	11
* Umsatz ⁸⁾	Mio DM	1 304	1 917	2 161	2 155	2 021	1 840
* dar. Auslandsumsatz ⁹⁾	"	155	315	391	350	341	305
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- und Energie-wirtschaft)	1962 = 100	109,1	126,9	134,2	109,3	109,6 p	112,0
Verarbeitende Industrie	"	109,0	125,6	134,4	108,9	108,9 p	110,3
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	141,8	142,9	118,9	125,2 p	132,3
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	131,7	158,5	112,8	102,7 p	98,3
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	109,9	106,3	82,8	95,3 p	95,1
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	105,8	113,6	102,7	99,7 p	100,0
Bauindustrie	"	103,7	128,4	116,3	99,2	106,0 p	121,1
Umsatz ⁸⁾ nach Industriegruppen insgesamt							
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	1 304	1 917	2 161	2 155	2 021	1 840
Chemische Industrie	"	215	333	461	489	468	352
Elektroindustrie	"	101	168	185	187	183	158
Maschinenbau	"	143	239	270	237	210	213
Maschinenbau	"	83	150	157	129	129	128
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	13	13	14	14
* Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	596	629	536	528	549
* Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	58	38	37	35	48
Vj.-Durchschnitt ¹⁰⁾							
		1965	1972	1. Vj. 1973	2. Vj. 1973	3. Vj. 1973	3. Vj. 1972
3. Handwerk (Meßziffern) ¹⁰⁾							
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	82,5	95,9	94,7	94,1	97,1
* Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	185,7	106,3	118,6	122,0	118,3

¹⁾ gewerbliche und Hausschlachtungen. — ²⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren. — ³⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industriebetrieblicherstellung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ⁴⁾ einschließlich der gewerblich Auszubildenden. — ⁵⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ⁶⁾ eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — ⁷⁾ bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm, ab Januar 1947 Ho = 8 400 kcal/cbm. — ⁸⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — ⁹⁾ bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — ¹⁰⁾ ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1974	Juli 1974	August 1974	August 1973
		1965	1973				
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe ¹⁾							
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	43 660	37 213	37 556	...	44 102
dar. Inhaber	"	1 385	1 238	1 198	1 160	...	1 215
Angestellte	"	4 684	6 218	6 085	5 960	...	6 310
Arbeiter ²⁾	"	43 102	36 204	29 930	30 436	...	36 577
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 711	5 080	4 095	...	5 809
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 738	1 355	984	...	1 707
gewerbli. und Industr. Bauten	"	1 673	2 034	1 879	1 412	...	2 006
öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	1 939	1 746	1 699	...	2 096
• Löhne (Bruttosumme) ³⁾	Mio DM	48,3	80,6	72,7	87 614	...	86 173
• Gehälter (Bruttosumme) ³⁾	"	5,9	15,6	16,5	16 400	...	15 478
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	128,2	229,6	182,5	235 310	...	209 556
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	66,4	47,7	47 097	...	68 019
gewerbli. und Industr. Bau	"	31,0	81,8	59,9	102 559	...	81 051
öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	81,4	74,9	85 654	...	60 486
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	164	55	49	191	238
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	89	89	35	25	120	120
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	416	132	202	466	525
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	85,8	28,9	43,7	112,9	113,0
• Wohnfläche	1 000 qm	95	87	30	43	89	112
Nichtwohnbauten							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	65	31	28	77	62
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	493	241	362	631	418
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	71,5	40,3	32,1	119,1	64,1
• Nutzfläche	1 000 qm	73	89	37	44	116	86
Wohnungen							
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 199	394	558	1 279	1 643
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
• Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	155	94	70	80	200
• Umbauter Raum	1 000 cbm	386	378	222	205	123	505
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	75,6	43,9	45,9	24,5	103,7
Nichtwohnbauten							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	63	41	38	30	47
• Umbauter Raum	1 000 cbm	340	481	457	196	371	255
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	73,6	44,5	61,7	72,0	61,4
Wohnungen							
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 066	562	809	358	1 438
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
• Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	171	68	61	101	100
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	88	42	25	35	56
• Umbauter Raum	1 000 cbm	458	189	219	213	363	195
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	80,7	39,0	44,3	68,4	37,2
• Wohnfläche	1 000 qm	96	91	42	43	78	39
Nichtwohnbauten							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	69	30	23	45	31
• Umbauter Raum	1 000 cbm	338	638	209	160	666	113
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	77,9	33,5	14,8	74,0	22,4
• Nutzfläche	1 000 qm	69	101	40	27	90	31
Wohnungen							
• Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 244	654	677	1 094	503
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	968	565	317	254	460	218
5. Bauüberhang							
(am Ende des Berichtszeitraumes) ⁴⁾							
• Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	13 500	16 100	19 500	15 500	17 900
• Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	4 500	2 800	2 600	3 500	5 200
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ^{1) 2)}							
• Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	188	189	189	189	187
Wohnungen	"	636	738	741	741	742	728
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 755	2 768	2 769	2 773	2 721

¹⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ²⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. — ³⁾ ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ⁴⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ⁵⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1974	Juli 1974	August 1974	August 1973
		1965	1973				
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
• Einzelhandel	1970 = 100	.	120,2	108,1	109,6	...	104,6
dar. Warenhäuser	"	.	132,3	117,7	137,3	...	115,5
Facheinzelhandel	"	.	118,7	109,8	109,5	...	104,4
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels ¹⁾							
• Groß- und Außenhandel	1970 = 100	.	155	183,7	198,6	...	151,3
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	.	160	197,5	223,5	...	157,2
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	.	148	165,4	165,7	...	143,5
3.* Die Ausfuhr des Landes Hamburg ²⁾							
• Mio DM		212	420	451	574	.	380
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	55	48	121	.	65
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	365	403	453	.	315
dav. Rohstoffe	"	2	3	4	5	.	3
Halbwaren	"	50	83	125	139	.	88
Fertigwaren	"	143	279	274	309	.	224
dav. Vorerzeugnisse	"	9	29	46	62	.	27
Enderzeugnisse	"	134	250	228	247	.	197
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-							
ländern							
Europa	"	152	311	338	433	.	290
dar. EG-Länder	"	92	199	208	269	.	177
EFTA-Länder	"	40	57	76	82	.	51
4. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
• Gastgewerbe	1970 = 100	.	125,5	133,1	125,2	...	125,0
dav. Beherbergungsgewerbe	"	.	133,6	138,5	118,8	...	135,0
Gaststättengewerbe	"	.	123,2	131,5	127,1	...	122,1
5. Fremdenverkehr ³⁾							
• Fremdenmeldungen		120	117	130	143 698	...	143 639
dar. von Auslandsgästen		42	40	42	56 951	...	52 867
• Fremdenübernachtungen		232	225	233	258 952	...	266 480
dar. von Auslandsgästen		90	74	77	98 077	...	95 692
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
• Schiffsverkehr über See							
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 638	1 512	1 521 p	1 560 s	1 730 p	1 742
Abgegangene Schiffe	"	1 739	1 571	1 609 p	1 570 s	1 605 p	1 774
• Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	4 154	4 170 p	4 592 p	4 222 p	4 208
dav. Empfang	"	2 229	3 098	2 984 p	3 233 p	3 130 p	3 108
dav. Massengut	"	1 634	2 446	2 370 p	2 576 p	2 505 p	2 471
dar. Mineralöle	"	968	1 416	1 258 p	1 326 p	1 333 p	1 410
Sack- und Stückgut	"	595	650	614 p	657 p	625 p	635
Versand	"	713	1 058	1 188 p	1 359 p	1 092 p	1 100
dav. Massengut	"	292	472	547 p	676 p	...	528
Sack- und Stückgut	"	421	586	639 p	683 p	584 p	572
2. Binnenschifffahrt							
• Gütereingang	1 000 t	340	382	419	417	440 p	416
• Güterversand	"	309	400	503	466	417 p	348
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) ⁴⁾							
• Flugzeugbewegungen	Anzahl	4 088	5 165	6 040 p	6 436 p	6 499 p	5 586
• Fluggäste	"	141,5	258 767	319 231 p	314 464 p	324 159 p	283 333
• Fracht	1 000 t	1 164,4	2 013,6	1 939,0 p	2 076,1 p	1 939,6 p	1 897,1
• Luftpost	"	413,7	722,7	666,6 p	717,1 p	714,4 p	705,8
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr ⁵⁾ (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
• Beförderte Personen							
Schnell- und Vorortbahnen	1 000	23 537	27 546	24 375	24 228	...	26 038
Straßenbahn	"	9 436	3 587	2 472	2 344	...	2 918
Kraftomnibusse	"	12 289	18 621	17 785	18 001	...	18 031
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung ⁶⁾ (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	488,7	501,1	501,7	501,6	495,2
dar. Personenkraftwagen ⁷⁾	"	310,8	438,5	448,9	449,5	449,3	444,1
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 419	4 886	4 405	...	3 543
dar. Personenkraftwagen ⁸⁾	"	4 632	4 907	4 366	3 924	...	3 103
Lastkraftwagen	"	362	379	378	328	...	347
6. Straßenverkehrsunfälle							
• Unfälle mit Personenschaden ⁹⁾	Anzahl	859	986	871	703	908	911
Getötete Personen	"	26	24	14	11	20	24
Verletzte Personen	"	1 106	1 308	1 169	858	1 147	1 239

¹⁾ Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — ²⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt. — ³⁾ Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — ⁴⁾ ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — ⁵⁾ ohne Transit. — ⁶⁾ Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — ⁷⁾ Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — ⁸⁾ einschließlich Kombinationskraftwagen. — ⁹⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1974	Juli 1974	August 1974	August 1973
		1965	1973				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mio DM	.	38 431,4	41 975,4	42 140,5	42 539,5	38 946,9
• Kredite an Nichtbanken	"	.	10 470,1	11 704,2	11 597,2	11 853,8	10 298,8
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	.	10 357,1	11 474,2	11 360,2	11 618,0	10 214,8
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	5 851,0	6 233,6	6 290,5	6 301,1	5 966,6
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ²⁾	"	.	5 393,1	5 634,8	5 609,5	5 542,6	5 507,0
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	22 110,3	24 037,6	24 252,8	24 384,6	22 681,5
Langfristige Kredite ³⁾ (von 4 Jahren und darüber)	"	.	20 084,9	21 684,2	21 801,1	21 906,5	20 654,7
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	809,6	729,6	675,3	663,1	941,6
dar. Durchlaufende Kredite	"	.	27 194,1	29 869,8	29 595,5	29 501,4	27 632,4
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	.	17 617,9	19 886,1	19 599,0	19 480,3	18 184,8
dav. Sicht- und Termingelder	"
dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"	.	4 069,9	12 981,1	14 662,1	14 288,9	13 199,0
Spareinlagen	"	4 069,9	9 576,2	9 983,5	9 996,5	10 021,1	9 447,6
dar. bei Sparkassen	"	2 792,9	6 283,6	6 562,6	6 591,4	6 612,5	6 213,2
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	244,3	531,5	470,9	696,5	520,2	503,2
Lastschriften auf Sparkonten	"	203,9	542,7	472,6	689,6	498,0	546,9
Zinsgutschriften	"	12,9	46,6	2,9	6,1	2,4	2,7
2. Konkurse und Vergleichsverfahren	Anzahl	17	18	21	13	22	14
3. Wechselproteste	Anzahl	1 044	635	671	679	583	633
Betrag	1 000 DM	1 314	2 988	2 938	3 077	2 919	3 538
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ³⁾	Anzahl	20 563	24 650	17 687	22 038	19 616	24 497
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 058	3 449	3 037	3 899	3 517	3 467
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	1 196	1 533	1 402	1 056	1 755	1 752
	"	353	492	428	437	555	508
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg ⁴⁾	Anzahl	162	157	160	158	158	158
Aktiengesellschaften	Mio DM	3 975	5 913	6 334	6 338	6 431	5 917
Grundkapital	Anzahl	3 877	6 086	6 520	6 569	6 634	6 163
Gesellschaften m.b.H. Stammkapital	Mio DM	2 962	5 351	5 845	5 859	5 895	5 398
Steuern							
1.* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	.	814 395	1 338 980	699 626	636 468	672 940
• dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	478 819	876 559	389 769	366 355	391 681
dav. Lohnsteuer	"	89 007	300 925	340 607	330 491	351 002	285 952
Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	100 573	217 558	24 667	15 417	51 819
• Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	24 266	174 528	25 904	24 045	48 094
• Körperschaftsteuer	"	36 706	53 055	143 866	8 707	24 108	5 816
• Steuern vom Umsatz	"	.	335 576	462 420	309 857	270 113	281 259
dav. Umsatzsteuer	"	82 827	206 263	251 111	146 109	83 976	172 461
Einfuhrumsatzsteuer	"	.	129 313	211 309	163 747	186 137	108 798
2.* Bundessteuern	1 000 DM	523 065	865 424	912 957	803 611	1 006 599	915 277
• dar. Zölle	"	45 076	56 426	59 951	62 014	61 595	54 012
• Verbrauchsteuern	"	358 150	782 783	815 945	723 140	922 072	837 189
dar. Mineralölsteuer	"	261 342	665 657	704 878	617 830	720 848	722 654
3.* Landessteuern	1 000 DM	35 517	42 954	20 553	30 104	81 739	70 836
• dar. Vermögensteuer	"	11 355	16 971	3 479	3 660	49 243	46 374
• Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	12 314	8 482	13 727	19 438	10 972
• Biersteuer	"	2 430	3 136	3 533	3 008	3 127	3 459
4.* Gemeindesteuern	1 000 DM	46 355	94 475	29 276	79 370	211 030	217 352
• dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	70 343	22 667	21 580	182 473	195 151
• Grundsteuer A	"	73	90	14	25	115	114
• Grundsteuer B	"	5 134	9 402	5 568	14 569	24 305	18 142
5.* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	601 215	1 308 304	1 604 608	1 170 120	1 378 422	1 306 728

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute, infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ³⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — ⁴⁾ ohne RM-Gesellschaften.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1974	Juli 1974	August 1974	August 1973
		1965	1973				
Noch: Steuern							
6.* Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1 000 DM	157 752	269 532	492 393	227 895	181 593	455 741
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ¹⁾ ²⁾	"	122 235	176 408	387 508	168 905	40 060	172 223
dar. Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	"	37 385	84 332	28 887	16 560	176 282
dar. Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	"	12 785	—	—	43 233	36 400
Außerdem:							
Einnahmen aus Gemeindesteuern ³⁾	"	46 355	68 905	29 276	79 370	124 564	144 551
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer ¹⁾	"	"	47 805	78 143	49 722	19 895	47 298
Einnahmen des Landes insgesamt	"	"	386 242	599 812	356 988	326 052	647 591
			Vj.-Durchschnitt 1973	4. Vj. 1973	1. Vj. 1974	2. Vj. 1974	2. Vj. 1973
Öffentliche Finanzen							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben	Mio DM		1 762,5	1 999,7	1 937,4	2 140,0	1 650,4
dar. Personalausgaben	"		795,7	882,4	917,6	894,9	750,1
Bauinvestitionen	"		185,1	278,5	125,9	186,6	136,1
dar. für Schulen	"		54,8	76,8	39,8	61,8	43,8
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"		23,1	39,2	23,9	29,3	13,1
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"		8,5	12,9	5,1	9,8	6,6
Straßen	"		20,2	34,9	11,5	17,1	13,5
Wasserstraßen und Häfen	"		21,1	28,1	11,7	17,0	17,0
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"		155,0	130,8	190,1	393,0	204,4
Zuführung an Rücklagen	"		8,6	14,2	0,0	0,1	0,0
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen	"		1 802,7	2 001,5	1 909,0	2 025,5	1 664,2
dar. Steuern	"		1 158,7	1 210,2	1 323,1	1 305,8	1 035,5
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"		57,7	64,9	41,4	62,2	63,7
Gebühren, Beiträge usw.	"		192,2	188,2	233,9	228,6	178,8
Entnahme aus Rücklagen	"		12,5	1,9	37,2	1,2	0,6
Schuldenaufnahme	"		207,8	325,2	140,8	263,9	226,4
3. Schuldenstand am Ende des Quartals	"		4 884,2 r	5 144,3	5 172,4	5 079,3	4 819,8
dar. am Kreditmarkt (Neuschulden) bei Gebietskörperschaften	"		3 530,3 r	3 773,7	3 813,0	3 732,0	3 469,6
			690,2 r	711,7	702,3	698,1	687,0
			Monatsdurchschnitt	Februar 1974	Mai 1974	August 1974	August 1973
		1965	1973				
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	199,0	207,9	221,4	223,5	202,0
dav. Einfamiliengebäude	"	113,3	200,0	209,8	223,4	225,7	203,3
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	198,0	206,0	219,4	221,3	200,8
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	197,6	206,2	219,2	221,9	200,5
Bürogebäude	"	112,2	194,2	201,3	213,7	215,4	196,3
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	192,2	197,4	206,9	211,4	194,9
				Juli 1973	Oktober 1973	Januar 1974	Januar 1973
Löhne und Gehälter ⁴⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM	232	394	441	448	445	412
männliche Arbeiter	"	140	245	278	280	281	257
weibliche Arbeiter	"						
Bruttostundenverdienste	"	5,10	8,90	10,02	10,15	10,21	9,41
männliche Arbeiter	"	3,32	5,97	6,73	6,77	6,82	6,20
weibliche Arbeiter	"						
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,5	44,2	44,0	44,1	43,6	43,8
männliche Arbeiter	"	42,2	41,0	41,2	41,3	41,2	41,5
weibliche Arbeiter	"						
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte	DM	1 098	1 905	2 171	2 209	2 293	2 077
männlich	"	747	1 381	1 570	1 611	1 638	1 488
weiblich	"						
Technische Angestellte	"	1 182	2 033	2 306	2 328	2 371	2 158
männlich	"	748	1 374	1 542	1 570	1 585	1 458
weiblich	"						
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 043	1 775	1 993	2 036	2 096	1 883
männlich	"	668	1 254	1 378	1 411	1 448	1 288
weiblich	"						
In Industrie und Handel ⁵⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 058	1 808	2 036	2 078	2 145	1 932
männlich	"	688	1 286	1 416	1 451	1 486	1 329
weiblich	"						
Technische Angestellte	"	1 176	2 024	2 252	2 276	2 317	2 106
männlich	"	838	1 504	1 699	1 746	1 768	1 614
weiblich	"						

¹⁾ nach Zerlegung. — ²⁾ nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. — ³⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ⁴⁾ Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ⁵⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1974	Juli 1974	August 1974	August 1973
		1965	1973				
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 114	11 168	10 328	13 128	10 632	10 953
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	4	7	5	3	9	4
Körperverletzung	"	41	420	429	533	402	432
Raub, räuberische Erpressung	"	41	110	106	110	97	113
Diebstahl	"	5 235	7 132	6 611	8 489	6 667	6 772
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 506	3 501	4 533	3 530	3 330
Betrug und Untreue	"	722	1 200	1 100	1 610	1 504	1 555
Außerdem:							
Verkehrsvergehen ¹⁾	"	862	1 447	1 381	1 593	1 662	1 291
Verkehrsordnungswidrigkeiten ²⁾	"	8 929	9 671	8 331	9 108	10 076	8 520
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	423	532	346	384	499	495
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ³⁾	"	31 317	29 591	25 651	26 800	27 115	23 049
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	4 960	13 970	13 803	13 618
dav. Feueralarme	"	288	475	409	474
dar. bekämpfte Großbrände	"	9	14	6	19
falsche Alarmer und Unfugmeldungen	"	67	107	77	105
Rettungswageneinsätze	"	4 494	12 616	12 421	12 213
dar. für Krankenbeförderungen	"		2 835	2 376	2 692
Straßen- und Verkehrsunfälle	"		1 801	1 839	1 882
Hilfeleistungen aller Art	"		879	973	931
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"		110	132	112

¹⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — ²⁾ vor dem 1. 1. 1969 Obärtretungsanzeigen und ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — ³⁾ vor dem 1. 1. 1969 gebührenpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschließlich Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die zuvor unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt wurden.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1973

Großstädte	Bevölkerung							Erwerbstätigkeit		Industrie *)				
	Wohnbevölkerung *)	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zuzugene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose *)	Offene Stellen *)	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz *)	Umsatz je 1 000 Einwohner	
	1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM	
Berlin	4. Vj.	2 048	4 112	10 077	- 5 965	23 428	19 538	- 2 075	16 259	11 520	231 151	113	5 968	2 914
	3. Vj.	2 050 *)	4 588	9 085	- 4 497	24 839	23 052 *)	- 2 710	6 976	21 258	236 781	116	5 632	2 747
Hamburg	4. Vj.	1 752	3 343	7 330	- 3 987	19 583	18 582	- 2 986	9 097	11 920	191 596	109	6 524	3 724
	3. Vj.	1 755	3 499	5 937	- 2 438	19 703	20 002	- 2 737	4 590	21 083	192 861 r	110	5 537 r	3 155
München	4. Vj.	1 339 *)	2 367 p	3 238	- 871	23 466 p	21 782 p	+ 813	8 050 p	8 570	193 098	144	5 454 p	4 073 p
	3. Vj.	1 338 r	2 557	3 037	- 480	28 535	26 078	+ 1 977	4 887 *)	21 966 *)	194 740	146	5 139	3 841
Köln	4. Vj.	832	1 916	2 696	- 780	14 368	14 701	- 1 113	6 756	6 198	131 320	158	3 502	4 209
	3. Vj.	833	2 009	2 303	- 294	15 570	16 049	- 773	3 582	8 820	133 043	160	3 044	3 654
Essen	4. Vj.	677	1 318	2 335	- 1 017	5 590	6 593	- 2 020	6 302	3 754	61 125	90	1 323	1 954
	3. Vj.	679	1 370	2 094	- 724	6 026	6 997	- 1 695	4 289	7 025	61 785	91	1 264	1 882
Düsseldorf	4. Vj.	636	1 173	2 006	- 833	9 896	11 760	- 2 697	4 299	3 731	112 391 p	177 p	2 678 p	4 210 p
	3. Vj.	638	1 309	1 904	- 595	9 829	11 438	- 2 204	2 138	7 708 p	113 341 p	178 p	2 505 p	3 926 p
Frankfurt/M.	4. Vj.	673	1 260	2 064	- 804	14 339	14 333	- 798	4 792	9 203	125 907	187	3 227	4 785
	3. Vj.	675	1 386	1 896	- 510	16 198	17 009	- 1 321	2 874	19 794	126 734	188	2 896	4 303
Dortmund	4. Vj.	637	1 336	2 136	- 800	5 403	4 951	- 348	5 507	3 527	78 163	120	1 542	2 421
	3. Vj.	638	1 427	1 964	- 537	5 232	5 583	- 888	3 364	6 678	77 471	122	1 433	2 250
Stuttgart	4. Vj.	624	1 175 p	1 585 p	- 410 r	14 852 p	15 926	- 1 484	1 303	8 588	146 994	236	4 636	7 429 p
	3. Vj.	627	1 380	1 490	- 110	17 499	18 624	- 1 235	947	14 568	148 327	237	4 471	7 142
Bremen	4. Vj.	584	1 264	1 866	- 702	6 865	8 500	- 2 337	4 619	3 980	85 625	147	3 048	5 219
	3. Vj.	587	1 362	1 761	- 399	8 187	8 163	- 375	2 998	7 731	84 356	144	2 543	4 332
Hannover	4. Vj.	510	975	1 768	- 793	9 716	9 645	- 722	5 469	4 683	106 514	209	2 631	5 158
	3. Vj.	516 r	1 029	1 556	- 527	10 372 r	10 045 r	- 200	3 413	9 485	106 241	206 r	2 204	4 271 r

Großstädte	Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr *)			Straßenverkehrs-unfälle		Steuern		
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz *)	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer *)	Lohn- und Einkommensteuer	
	1 000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1000 cbm	1 000	Anzahl	1 000	Anzahl	Anzahl	1 000 DM	1 000 DM	
Berlin	4. Vj.	15 494	598	292	455	3 417	827	6 593	3 668	245	120	649	3 390	4 202	64 669	75 431
	3. Vj.	15 865	467	228	718	5 141	595	5 346	789	274	134	763	3 447	4 411	107 599	59 788
Hamburg	4. Vj.	15 385	793	453	366	3 779	1 099	8 556	4 788	299	171	599	2 886	3 864	137 593	163 036
	3. Vj.	17 032	820	467	638	4 676	389	2 716	520	429	244	797	2 885	3 991	174 003	144 686
München	4. Vj.	19 234	801	598	202	1 560	488	4 809	1 182	471	352	988	1 899	2 610	110 427	130 705
	3. Vj.	22 878	703	525 p	384	2 967	615	3 588	837	604	451 p	1 184	2 246	3 134	155 349	115 964
Köln	4. Vj.	7 740	385	463	220	1 736	624	5 042	1 485	154	185	292	1 140	1 495	139 721	62 060
	3. Vj.	8 223	304	365	182	1 974	126	1 284	172	204	245	360	1 260	1 658	96 557	48 581
Essen	4. Vj.	.	.	.	230	1 652	400	2 517	801	37	65	80	741	1 005	40 354	84 091
	3. Vj.	.	.	.	177	1 445	131	731	349	31	46	70	817	1 090	58 392	32 914
Düsseldorf	4. Vj.	8 639 p	352 p	553 p	71	644	419	3 671	1 251	153	241	311	886	1 101	71 710 p	69 016 p
	3. Vj.	8 242	312	489	66	732	142	967	387	150	235	305	862	1 075	108 166	44 379
Frankfurt/M.	4. Vj.	11 147	473	703	233	1 786	341	3 777	1 763	280	416	638	1 055	1 411	173 089	103 793
	3. Vj.	11 893	427	634	193	1 087	20	322	365	332	493	621	1 153	1 494	183 831	48 764
Dortmund	4. Vj.	5 930	260	408	245	1 819	293	1 704	539	37	68	71	804	1 053	37 984	69 854
	3. Vj.	5 870	262	411	179	896	270	1 191	178	35	55	70	847	1 127	40 507	27 341
Stuttgart	4. Vj.	10 865	508	814 p	128	761	346	1 847	607	119	191 p	273	819	1 135	99 817	54 976
	3. Vj.	12 588	413	660	120	913	192	1 388	197	118	188	275	849	1 224	67 127	50 611
Bremen	4. Vj.	.	.	.	142	698	444	2 084	969	73	125	144	946	1 171	88 888	44 040
	3. Vj.	.	.	.	218	1 120	289	1 228	583	88	150	162	998	1 212	85 790	37 056
Hannover	4. Vj.	5 563	226	443	34	363	249	1 592	1 132	91	178	156	892	1 175	36 348	73 590
	3. Vj.	6 232	241	467 r	79	1 135	143	724	138	91	176 r	165	822	1 021	74 543	31 792

*) jeweils Quartalsende. - *) Betriebe mit 1. a. 10 und mehr Beschäftigten. - *) ohne Mehrwertsteuer. - *) ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. - *) einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. - *) In den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. - *) einschließlich Landkreis München.

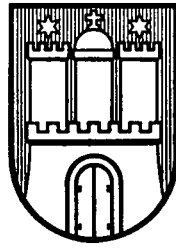
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1974	Juni 1974	Juli 1974	Juli 1973
		1965	1973				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	61 973,4 p
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	6,4 p	6,3
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	10,3 p	8,1
Gestorbene	1 Jahr	11,5	11,8 p	14,8
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 368	8 190	8 162	8 161	8 379
Geleistete Arbeiterstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	11 144	923	812	850	865
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	666 933	65 791	60 454	63 203	52 111
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	143 233	15 947	14 798	15 235	10 874
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962 = 100	118,2	178,7 r	184,7	195,0	160,6	158,5
Verarbeitende Industrie	"	119,1	182,3 r	189,0	200,7	163,9	161,4
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	212,2 r	223,9	231,0	209,6	204,1
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	176,7 r	183,9	201,3	149,2	146,4
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	167,1 r	168,0	175,9	136,6	137,4
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	115,2	152,8 r	155,1	165,8	142,7	143,7
Bauindustrie	"	118,9	149,6 r	158,9	174,4	138,1	153,5
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 642,6	...	1 387	1 360	...	1 558
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Mio Std.	233,3	...	192,9	172,4	...	210,0
Geleistete Arbeitsstunden							
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698	6 708,1
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	54 841 p	42 044	35 907	40 894	65 887
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	69 519	27 653	32 854	47 270	47 481
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	139,5	124,9	141,1	125,3
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	.	127,0	149,1	135,1	145,1	124,5
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	12 115
dav. Empfang	"	6 950	9 740
Versand	"	1 885	2 375
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	188 344	210 632	164 192	171 973	187 291
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	26 364	29 443 p	29 624 p	28 762 p	28 498 p	32 016
Getötete Personen	"	1 313	1 358 p	1 192 p	1 199 p	1 163 p	1 569
Verletzte Personen	"	36 124	40 642 p	35 599 p	39 699 p	39 157 p	45 721
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	5 105	5 284	5 604	5 876	5 406
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	2 204	282	5 017	573	643
Körperschaftsteuer	"	681	907	31	2 044	177	296
Steuern vom Umsatz ¹⁰⁾	"	2 018	4 152	4 179	4 487	4 075	4 069
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾	1970 = 100	104,0	123,8	140,0	140,2	130,8	114,8
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	.	112,6	143,9	143,0	143,7	110,5
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	"	.	112,3	130,5	131,7	133,2	112,1
Preisindex für Wohngebäude ²⁾	"	114,6	187,1	202,2	.	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁾	1970 = 100	89,3	118,2	125,8	126,3	126,7	118,7
Nahrungs- und Genussmittel	"	94,2	117,7	124,0	124,3	123,9	118,6
Wohnungsmieten	"	71,9	119,4	125,6	126,1	126,5	119,5
LÖHNE IN DER INDUSTRIE							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	...	8,61	8,89	8,93	8,02
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	...	43,7	43,7	43,7	43,9

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung), ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — ⁹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschließlich Investitionssteuer.

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1974

November-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Kurzinformationen

Über 2,8 Mio Einwohner in der Region Hamburg

Im Raum Hamburg, d. h. in Hamburg selbst sowie in den vier schleswig-holsteinischen und den beiden niedersächsischen Umlandkreisen, ist die Bevölkerung bis Ende 1972 auf 2,829 Mio angewachsen. Während sich die Zahl der in Hamburg lebenden Einwohner im Verlauf des vergangenen Jahres um 14 600 (= 0,8%) weiter verringerte, ergab sich für das Umland ein Bevölkerungsgewinn von nahezu 24 000 Personen oder 2,3%; damit hatte der Raum Hamburg 1973 insgesamt einen Bevölkerungszuwachs von 9 400 Einwohnern. Die relativ höchste Bevölkerungszunahme verzeichnete mit 4,1% der Landkreis Harburg, die niedrigste mit 1,2% der Kreis Pinneberg.

Mehr als 40 von 100 der aus Hamburg fortziehenden Personen wählen ihren neuen Wohnsitz in einem der sechs Hamburger Randkreise, und der Bevölkerungsgewinn des Umlandes rekrutiert sich zu fast zwei Dritteln aus den Zugüberschüssen aus der Hansestadt. Im Kreis Pinneberg gehen sogar 85% des Wanderungssaldos auf Zugüberschüsse aus Hamburg zurück; nicht ganz so hoch ist der entsprechende Anteil in den Kreisen Stormarn (79%) und Harburg (71%).

Eine Gegenüberstellung der Geburten und Sterbefälle zeigte 1973 auch für das Hamburger Umland erstmals ein leichtes Geburtendefizit; die Zahl der Gestorbenen lag um 760 über der der Geborenen. Lediglich im Kreis Segeberg gab es mehr Geburten als Sterbefälle.

Viele Hamburger arbeiten am Wochenende

Für die meisten Erwerbstätigen ist das arbeitsfreie Wochenende am Sonnabend und Sonntag mittlerweile zur Selbstverständlichkeit geworden, doch ist der Anteil derjenigen Beschäftigten, die auch am Wochenende ihrer Arbeit nachgehen müssen, höher als allgemein angenommen. Im Bundesdurchschnitt leisten 23% aller abhängig Erwerbstätigen Wochenendarbeit. In Hamburg ist der Anteil der Arbeitnehmer ohne zweitägige Freizeit am Wochenende ähnlich hoch: 15% beenden ihre Arbeitswoche erst am Sonnabend, für weitere 7% ist sogar der Sonntag ein Arbeitstag.

Unter den am Sonnabend arbeitenden Hamburger Erwerbstätigen überwiegen – infolge ihres beträchtlichen Anteils an den Beschäftigten der Handels- und Dienstleistungsunternehmen – die Frauen. Sonntagsarbeit haben demgegenüber in höherem Umfang die männlichen Erwerbstätigen zu leisten. Hier sind es in besonderem Maße die Beamten, die beispielsweise im Verkehrswesen, bei Polizei und Feuerwehr ihren Dienst für den Bürger auch am Sonntag ausüben. Jeder fünfte männliche Beamte in Hamburg muß am Sonntag arbeiten.

Sehr unterschiedliche Preissteigerungen bei den einzelnen Bauleistungen

Der Hamburger Preisindex für die reinen Baukosten der Wohngebäude war im August 1974 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um 10,6% gestiegen. Bei den einzelnen Bauleistungen zeigten sich jedoch außerordentlich unterschiedliche Preiserhöhungen: Um mehr als 20% stiegen die Preise für Klempnerarbeiten, Gas- und Installationsarbeiten, Bodenbelagarbeiten und Abdichtungsarbeiten. Andererseits erhöhten sich die Preise der Beton- und Stahlbetonarbeiten nur um 4,3%; für Zimmererarbeiten, Fliesen- und Plattenarbeiten sowie Maurerarbeiten stiegen die Preise um rund 7%.

Lebhafte Entwicklung des Exports über den Hamburger Hafen

Von Januar bis August 1974 exportierten die deutschen Bundesländer Waren im Werte von 15,4 Mrd. DM über den Hamburger Hafen, rund 43% mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Die günstige Entwicklung wurde – außer durch gestiegene Exporte aus Hamburg selbst – vor allem durch die erheblich angewachsenen Ausfuhren aus Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg hervorgerufen. 56% der über den Hafen gehenden deutschen Exporte entfielen auf Waren aus diesen drei Ländern. An der Spitze der über den Hamburger Hafen exportierenden Bundesländer steht in diesem Jahr Nordrhein-Westfalen.

Umschlag von Erzen stark angestiegen

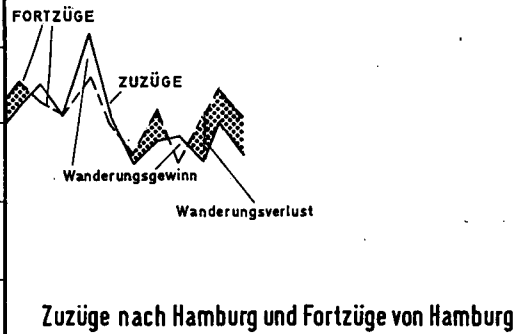
Eine erhebliche Zunahme ist für den Erzumschlag des Hamburger Hafens von Januar bis Juli 1974 zu verzeichnen. Insgesamt wurden fast 1,3 Mio t Erze umgeschlagen; dies bedeutet einen Anstieg um 73% gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1973.

Zu der Steigerung trugen in erster Linie vermehrte Anlandungen von Eisenerz bei, die im ganzen knapp 900 000 t erreichten und sich damit im Vergleich zur entsprechenden Vorjahresperiode nahezu verdoppelt haben. Wichtigste Herkunftsländer waren Brasilien, Schweden und Norwegen.

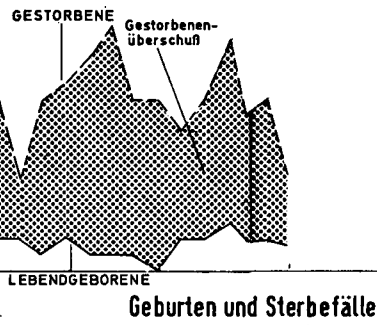
Der Umschlag von Kupfererzen erhöhte sich um knapp 30% auf 335 000 t. Nach wie vor waren Australisch-Neuguinea und Chile die bedeutendsten Lieferländer von Kupfererzen.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerung- und Wirtschaftsentwicklung

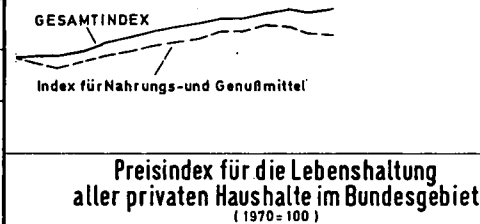
in 1000 Personen



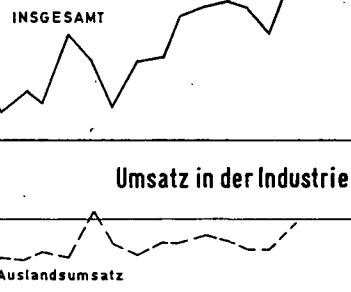
in TSD



in Mio DM



in Mio DM



in Mio t



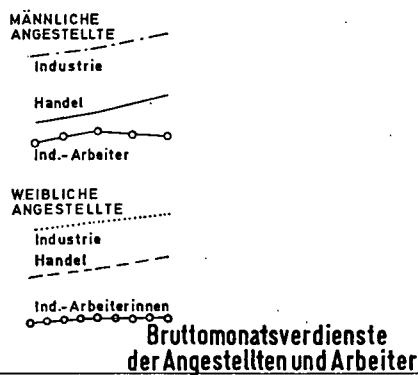
in Mrd DM



in Mio t



in DM



Die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl der Bezirksabgeordneten am 3. März 1974

Methodische Vorbemerkungen

Im Juli-Heft dieser Zeitschrift sind die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zur Bürgerschaftswahl behandelt worden. Die folgenden Ausführungen befassen sich mit den wichtigsten Aussagen der Repräsentativstatistik bei den Bezirksversammlungen.

Um in allen Bereichen für die einzelnen Auszählungsmerkmale gesicherte Ergebnisse zu erhalten, mußte der Auswahlsatz für jeden Bezirk gesondert ermittelt werden. Dabei wurde die Auswahl so angelegt, daß auch für den kleinsten Bezirk (Bergedorf) die Stimmenanteile nach Alter und Geschlecht für alle drei in den Bezirksparlamenten vertretenen Parteien ausgewertet werden konnten. Entsprechend den sehr unterschiedlichen Wahlberechtigtenzahlen (Grundgesamtheiten) und unter Berücksichtigung der verschiedenen hohen Stimmenanteile der F.D.P. als der kleinsten Partei in den Bezirksversammlungen ergaben sich folgende unterschiedliche Auswahlsätze¹⁾:

Tabelle 1

Bezirk	Grundgesamtheit	Stichprobe		Auswahlsatz in %	
		Wahlberechtigte	Wahlbezirke	Wahlberechtigte	Wahlbezirke
		1	2	3	4
Hamburg-Mitte	181 367	30 921	37	17,0	17,1
Altona	188 623	21 703	25	11,5	11,4
Eimsbüttel	187 161	20 739	24	11,1	11,4
Hamburg-Nord	261 127	25 968	31	9,9	10,2
Wandsbek	283 543	24 415	26	8,6	8,1
Bergedorf	68 549	24 145	29	35,2	35,4
Harburg	143 519	29 888	36	20,8	20,7
Insgesamt	1 313 889	177 779	208	13,5	13,6

In der gleichen Weise wie bei der Stichprobe für die Bürgerschaftswahl wurden die Wahlbezirke entspre-

Tabelle 2

Das Gesamt- und Repräsentativergebnis bei den Bezirksversammlungenwahlen 1974
— ohne Briefwahl —

Bezirk	Art des Ergebnisses ¹⁾	Wahlbeteiligung in %	Ungültige Stimmen in %	Von den gültigen Stimmen entfielen folgende Stimmenanteile (in %) auf							
				SPD	CDU	F.D.P.	NPD	DKP	EFP	FSU	AUD
				3	4	5	6	7	8	9	10
Hamburg-Mitte	G	72,6	1,9	51,8	33,7	10,4	0,9	2,9	0,1	0,1	0,1
	R	73,5	2,2	52,0	33,3	10,5	1,0	2,9	0,1	0,1	0,1
Altona	G	73,9	1,6	43,1	41,2	12,0	0,9	2,5	0,1	0,1	0,1
	R	74,0	1,4	37,2	46,5	13,0	0,7	2,3	0,1	0,1	0,1
Eimsbüttel ²⁾	G	73,6	2,4	43,8	41,5	13,3	1,0	—	0,2	0,1	0,1
	R	74,7	2,6	44,6	40,7	13,4	0,9	—	0,2	0,1	0,1
Hamburg-Nord	G	75,3	1,8	44,4	39,7	12,1	0,9	2,6	0,1	0,1	0,1
	R	75,9	1,8	47,1	36,9	11,8	0,8	3,1	0,1	0,1	0,1
Wandsbek	G	76,7	1,4	41,0	42,8	13,1	0,8	2,0	0,1	0,1	0,1
	R	77,0	1,3	40,6	43,3	13,6	0,8	2,3	0,1	0,2	0,1
Bergedorf ³⁾	G	79,1	1,7	44,4	42,3	10,9	—	2,2	0,1	0,1	—
	R	78,8	1,8	42,2	44,4	10,9	—	2,3	0,1	0,1	—
Harburg	G	77,0	1,6	50,4	35,8	10,5	0,8	2,2	0,1	0,1	0,1
	R	77,3	1,7	51,7	34,7	10,3	0,8	2,2	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	G	75,1	1,8	45,0	39,8	12,0	0,8	2,1	0,1	0,1	0,1
	R	75,9	1,8	45,6	39,3	11,8	0,7	2,3	0,1	0,1	0,1

¹⁾ G = Gesamtergebnis, R = Repräsentativergebnis. — ²⁾ Im Bezirk Eimsbüttel kein Wahlvorschlag der DKP zugelassen. — ³⁾ Im Bezirk Bergedorf haben die NPD und AUD keinen Wahlvorschlag eingereicht.

chend ihrer Wahlberechtigtenzahl nach acht Größenklassen geordnet, und in dieser Schichtung wurden die für die statistische Auswertung heranzuziehenden Wahlbezirke nach dem Zufallsprinzip bestimmt. Inwieweit von der Zahl der Wahlberechtigten her gesehen die Repräsentation der einzelnen Bezirke gelungen ist, wird aus dem Vergleich der Spalten 4 und 5 der Tabelle 1 deutlich; die Abweichungen betragen bei drei Bezirken nur 0,1 Prozentpunkte und erreichen mit 0,5 Punkten für Wandsbek ihren höchsten Wert.

Demgegenüber lassen die statistischen Ergebnisse der Stimmenverteilung im Vergleich mit dem Gesamtergebnis der Bezirksversammlungenwahlen nicht in allen Fällen die gleich gute Übereinstimmung erkennen. Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, treten insbesondere für die SPD und CDU zum Teil erhebliche Unterschiede zutage. Im Bezirk Altona belaufen sich die Differenzen auf 5,9 Prozentpunkte (SPD) bzw. 5,3 Prozentpunkte (CDU). Auch im Bezirk Hamburg-Nord fallen sie mit 2,7 bzw. mit 2,8 und in Bergedorf mit 2,2 bzw. 2,1 Punkten noch beträchtlich aus. Lediglich in drei Bezirken liegen die Abweichungen im Rahmen eines tolerierbaren Fehlerbereiches von ± 0,6 (Hamburg-Mitte), ± 0,8 (Eimsbüttel) und ± 0,7 (Wandsbek).

Um den Ursachen für diese Differenzen auf die Spur zu kommen, wurden nachträglich die repräsentativen Wahlbezirksergebnisse daraufhin untersucht, ob eine zusätzliche Schichtung eine Verbesserung bewirkt hätte.

¹⁾ Der Stichprobenumfang n wurde nach der Formel

$$n = \frac{t^2 \cdot N \cdot Q}{e^2 \cdot Q + (N-1) \cdot P \cdot e^2}$$

berechnet.

Es bedeuten: t = 2 (Sicherheitsgrad 95,5%), N = Grundgesamtheit, Q = 1-P, P = Stimmenanteil der F.D.P., e_r = relativer Fehler von P (5%).

Es ergab sich, daß eine optimale Repräsentation dann gesichert zu sein scheint, wenn für die Auswahl der Stichprobenbezirke nicht allein von der Anzahl der Wahlberechtigten als Schichtungsmerkmal ausgegangen wird, sondern für die Abgrenzung der Schichten die Differenzen der Stimmenanteile von SPD und/oder CDU zwischen den Wahlbezirken und dem Gesamtergebnis des Bezirks von der letzten Wahl zugrunde gelegt werden. Das wird bei künftigen Wahlstatistiken geschehen.

Altersstruktur der Wahlberechtigten in den Bezirken sehr verschieden

Bei der Betrachtung der Anzahl der Wahlberechtigten nach Bezirken und den fünf Altersgruppen, die auch der Auswertung des Wahlverhaltens zugrunde liegen, werden zunächst unterschiedliche Altersstrukturen deutlich (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3

Die bei der Repräsentativstatistik der Bezirksversammlungswahlen 1974 erfaßten Wahlberechtigten nach Alter und Geschlecht

Bezirk	Anzahl der Wahlberechtigten (= 100)	Von der Anzahl der Wahlberechtigten (Sp. 1) entfallende Anteile (in %) auf die Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren				
		18-25	25-35	35-45	45-60	60 u. älter
	1	2	3	4	5	6
Männer						
Hamburg-Mitte	13 729	11,6	19,5	18,1	21,1	29,7
Altona	9 438	10,7	19,3	18,8	21,8	29,4
Eimsbüttel	9 096	9,9	21,5	19,2	20,7	28,7
Hamburg-Nord	11 014	9,9	18,9	15,6	21,3	34,3
Wandsbek	11 015	10,7	25,1	21,8	20,1	22,3
Bergedorf	11 103	11,2	22,8	21,8	19,5	24,7
Harburg	13 981	12,1	19,7	19,8	22,7	25,7
Insgesamt ..	79 376	11,0	20,9	19,3	21,1	27,7
Frauen						
Hamburg-Mitte	17 192	8,9	14,2	14,6	24,2	38,1
Altona	12 265	8,4	15,5	15,4	23,7	37,0
Eimsbüttel	11 643	7,9	16,9	15,4	22,4	37,4
Hamburg-Nord	14 954	7,8	13,1	13,3	23,6	42,2
Wandsbek	13 400	9,7	21,7	18,4	21,5	28,7
Bergedorf	13 042	9,2	19,9	17,9	21,6	31,4
Harburg	15 907	9,5	16,3	17,4	24,4	32,4
Insgesamt ..	98 403	8,8	16,6	16,0	23,2	35,4
Männer und Frauen zusammen						
Hamburg-Mitte	30 921	10,1	16,5	16,2	22,8	34,4
Altona	21 703	9,4	17,2	16,9	22,9	33,6
Eimsbüttel	20 739	8,7	18,9	17,1	21,7	33,6
Hamburg-Nord	25 968	8,7	15,5	14,3	22,6	38,9
Wandsbek	24 415	10,1	23,3	19,9	20,9	25,8
Bergedorf	24 145	10,1	21,2	19,7	20,7	28,3
Harburg	29 888	10,7	17,9	18,5	23,6	29,3
Insgesamt ..	177 779	9,8	18,5	17,5	22,2	32,0

Der Anteil der 18- bis unter 25jährigen Männer (Tabellenspalte 2) ist am stärksten in Harburg ausgeprägt. Hier beläuft er sich auf 12,1 % und liegt gegenüber dem Gesamtdurchschnitt von 11,0 um 1,1 Punkte

höher. Für die gleichaltrigen Frauen findet sich der höchste Anteil in Wandsbek mit 9,7 % bei einem Gesamtdurchschnitt von 8,8 %. Bei den Männern und Frauen führt auch der Bezirk Harburg die Spitze an.

In der Altersgruppe 25-35 sticht sowohl unter den Männern (25,1 %) als auch den Frauen (21,7 %) Wandsbek hervor, dem auch bei den 35- bis unter 45-jährigen vor Bergedorf der erste Platz zukommt. Unter den 60jährigen und älteren Wahlberechtigten hebt sich insbesondere Hamburg-Nord mit 34,3 % bei den Männern und mit 42,2 % bei den Frauen ab.

Ein Vergleich zur Altersstruktur der Bezirke mit der Altersgliederung von Hamburg insgesamt zeigt hinsichtlich der Übereinstimmung folgende Rangordnung: Eimsbüttel, Altona, Harburg, Hamburg-Mitte, Bergedorf, Hamburg-Nord, Wandsbek. D. h., die Altersstruktur von Eimsbüttel stimmt am meisten mit der von Hamburg insgesamt überein, während die von Wandsbek am stärksten abweicht.

In welchem Verhältnis altersmäßige und regionale Komponenten einen Einfluß auf die Stimmabgabe haben und wie die Abhängigkeit zwischen den beiden Faktoren das Wahlverhalten beeinflusst, läßt sich mit Hilfe einer Varianzanalyse ermitteln. Die Varianzanalyse scheidet die Faktoren (Variabilitätsursachen) in wesentliche und unwesentliche, indem sie eine beobachtete Gesamtvarianz in Anteile zerlegt, denen Ursachenkomplexe zugeordnet werden. Mit Hilfe der Teilvarianzen (F-Werte) läßt sich erkennen, welche Einflußgrößen oder Wechselbeziehungen entscheidend sind. Die Ergebnisse dieser Analyse gehen aus Tabelle 4 hervor.

Tabelle 4

Ergebnisse der Varianzanalyse mit den drei Faktoren (B)ezirke, (A)ltersgruppen und (S)timmenanteile der Parteien bei den Bezirksversammlungswahlen 1974

Lfd. Nr.	Variabilitätsursache	Summe der Quadrate	Freiheitsgrade	Durchschnittsquadrate	F-Werte	Signifikanzschranken ¹⁾
		1	2	3	4	5
1	B	2 498 143	6	416 357	12,13	2,22
2	A	21 016 883	4	5 254 221	153,10	2,50
3	S	63 994 238	3 ¹⁾	21 331 413	621,54	2,73
4	B/A	2 586 332	24	107 764	3,14	1,67
5	B/S	4 482 174	18	249 010	7,26	1,75
6	A/S	18 472 103	12	1 539 342	44,85	1,89
7	Rest	2 471 022	72	34 320		
		115 520 895	139			

¹⁾ Da die 5 Splitterparteien (NPD, DKP, EFP, FSU, AUD) mit ihren unbedeutenden Stimmenanteilen nicht in allen 7 Bezirken vollständig vertreten sind, wurden sie zu einer Partei „Sonstige“ zusammengefaßt, so daß nur 4 Parteien in die Berechnung einbezogen wurden. — ²⁾ Obere Signifikanzschranken der F-Verteilung für den einseitigen Test bei einer gewählten Irrtumswahrscheinlichkeit von 0,05 (S = 95 %).

Zunächst ist festzustellen, daß alle drei Haupteffekte (B, A, S) und Wechselwirkungen (B/A, B/S, A/S) von der Wechselwirkung „Rest“ signifikant verschieden sind. Von den drei Haupteffekten haben — wie nicht anders zu erwarten war — die Stimmenanteile der Parteien (S) den höchsten, die Bezirke (B) den geringsten F-Wert. Unter den drei Wechselwirkungen hebt sich die Wechselwirkung Alter/Stimmenanteile (A/S) mit

einem Wert von 44,85 deutlich von den anderen zwei ab. Es zeigt sich also auch hier – wie bei der Bürger-schaftswahl²⁾ –, daß die Einwirkung des Alters auf die Stimmabgabe um ein Vielfaches höher ist als der regionale Einfluß.

Selbst beim Vergleich der beiden Wechselwirkungen Bezirke/Stimmenanteile der Parteien und Geschlechter/Stimmenanteile der Parteien (G/S) läßt sich für die letztere Beziehung G/S ein höherer F-Wert feststellen, wenn man eine weitere Varianzanalyse mit den drei Faktoren Bezirke, Geschlechter und Stimmenanteile der Parteien durchführt und dabei das Alter unberücksichtigt bleibt. Daraus wird deutlich, daß das Wahlverhalten stärker von den persönlichen Merkmalen Alter und Geschlecht abhängt als von besonderen regionalen Faktoren, die in den einzelnen Bezirken wirksam sein mögen.

Wie sich das unterschiedliche Gewicht von Männern und Frauen nach den fünf Altersgruppen in den einzelnen Bezirken widerspiegelt, bringt T a b e l l e 5 zum Ausdruck.

Tabelle 5

Anteile der männlichen und weiblichen Wahlberechtigten nach den fünf Altersgruppen der Repräsentativstatistik der Bezirksversammlungen 1974

Bezirk	Von 100 Wahlberechtigten in der Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren waren Männer bzw. Frauen					
	18–25	25–35	35–45	45–60	60 u. älter	insges.
	1	2	3	4	5	6
Männer						
Hamburg-Mitte	51,1	52,2	49,9	41,0	38,4	44,4
Altona	49,6	48,9	48,4	41,5	37,9	43,5
Eimsbüttel	49,4	49,8	49,4	41,9	37,5	43,9
Hamburg-Nord	48,2	51,6	46,3	39,9	37,5	42,4
Wandsbek	47,7	48,8	49,4	43,5	38,9	45,1
Bergedorf	51,0	49,4	50,9	43,4	40,1	46,0
Harburg	52,8	51,4	50,1	45,0	41,1	46,8
Insgesamt	50,2	50,3	49,3	42,3	38,7	44,6
Frauen						
Hamburg-Mitte	48,9	47,8	50,1	59,0	61,6	55,6
Altona	50,4	51,1	51,6	58,5	62,1	56,5
Eimsbüttel	50,6	50,2	50,6	58,1	62,5	56,1
Hamburg-Nord	51,8	48,4	53,7	60,1	62,5	57,6
Wandsbek	52,3	51,2	50,6	56,5	61,1	54,9
Bergedorf	49,0	50,6	49,1	56,6	59,9	54,0
Harburg	47,2	48,6	49,9	55,0	58,9	53,2
Insgesamt	49,8	49,7	50,7	57,7	61,3	55,4

Allgemein ist festzustellen, daß der Anteil der männlichen Wahlberechtigten mit zunehmendem Alter zurückgeht. Eine Ausnahme bildet die Altersgruppe der 25- bis unter 35jährigen, die in vier Bezirken (Hamburg-Mitte, Eimsbüttel, Hamburg-Nord und Wandsbek) höher ausfällt als die Gruppe 18–25, in der Harburg mit 52,8 % den überhaupt höchsten männlichen Anteil aufweist. Mit 47,7 % fällt hier Wandsbek der niedrigste Wert zu.

Eimsbüttel und Hamburg-Nord bilden mit jeweils 37,5 % bei den ältesten männlichen Wahlberechtigten das Schlußlicht, um mit dem entsprechenden Anteil

von 62,5 % unter den gleichaltrigen Frauen nach der anderen Seite hin abzusteigen und damit ein Verhältnis von 1 : 1²/₃ hervorzubringen. In drei Bezirken (Altona, Eimsbüttel und Wandsbek) beträgt der Anteil der Frauen in allen fünf Altersgruppen mehr als 50 %. Wandsbek zeichnet sich außerdem durch die niedrigste Streuung aus, die Spannweite geht hier von 50,6 % (35–45 Jahre) bis 61,1 % (60 und älter). Dagegen ist die Altersstruktur am unausgeglichensten in Hamburg-Nord, wo die Streuung zwischen 48,4 % (25–35 Jahre) und 62,5 % (60 und älter) liegt.

Auch die Wahlbeteiligung weist große Unterschiede auf

Neben der Altersstruktur der männlichen und weiblichen Wahlberechtigten spielt auch der Umfang der Wahlbeteiligung bei dem Zustandekommen der Wahlergebnisse eine große Rolle. Ähnlich wie bei der Bürger-schaftswahl sind bei einer zwischen den beiden Geschlechtern nahezu gleich hohen Gesamtbeteiligung in den einzelnen Altersgruppen jedoch erhebliche Unterschiede festzustellen. Hier sind es wieder die jüngeren Wahlberechtigten, insbesondere im Alter von 21 bis unter 25 Jahren, die am häufigsten der Wahl fernblieben. Demgegenüber zeichnet sich die Altersgruppe der über 60jährigen, darunter vor allem der 65- bis unter 70jährigen, durch die höchsten Wahlbeteiligungsquoten aus (s. T a b e l l e 6).

Auch zwischen den Bezirken sind die Unterschiede beträchtlich. So erstreckt sich innerhalb der Altersgruppe 25–35 die Spannweite bei den Männern von 64,0 (Hamburg-Mitte) bis 77,4 (Bergedorf) und bei den Frauen von 68,5 (Hamburg-Nord) bis 79,5 (Bergedorf). Demgegenüber fällt die Streuung unter den 60jährigen und älteren Wahlberechtigten bedeutend geringer aus. Bei den Männern reicht sie von 85,6 (Hamburg-Mitte)

Tabelle 6

Die Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht bei den Bezirksversammlungen 1974

– ohne Briefwahl –

Bezirk	Von 100 Wahlberechtigten ohne Wahlscheinvermerk in der Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren wählten in den Wahlräumen der repräsentativen Wahlbezirke					
	18–25	25–35	35–45	45–60	60 u. älter	insges.
	1	2	3	4	5	6
Männer						
Hamburg-Mitte	62,5	64,0	74,2	82,6	85,6	75,9
Altona	67,7	68,3	77,0	87,9	88,3	79,9
Eimsbüttel	66,9	71,0	78,6	84,1	85,7	79,0
Hamburg-Nord	68,6	68,2	78,7	84,3	88,1	80,1
Wandsbek	69,2	74,1	83,3	88,0	90,3	81,9
Bergedorf	73,5	77,4	84,3	88,9	88,0	83,3
Harburg	68,5	69,7	80,3	87,1	87,6	80,2
Insgesamt	68,0	70,5	79,7	86,0	87,5	79,9
Frauen						
Hamburg-Mitte	61,6	69,2	76,6	81,6	82,3	77,5
Altona	63,7	70,3	78,1	84,4	83,6	79,1
Eimsbüttel	62,8	74,4	81,0	83,2	81,3	79,0
Hamburg-Nord	65,2	68,5	80,0	83,8	85,2	80,4
Wandsbek	68,0	76,1	83,2	86,0	84,1	81,0
Bergedorf	70,5	79,5	84,6	87,3	82,6	82,2
Harburg	64,2	75,1	81,4	84,5	84,0	80,3
Insgesamt	65,1	73,7	80,8	84,2	83,4	79,9

2) S. hierzu „Hamburg in Zahlen“, Juli-Heft 1974, S. 202.

bis 90,3 (Wandsbek) und bei den Frauen von 81,3 (Eimsbüttel) bis 85,2 (Hamburg-Nord).

Eine zwischen den Bezirken und Hamburg insgesamt durchgeführte Korrelationsrechnung auf der Grundlage der zwölf Altersgruppen hatte zum Ergebnis, daß die Struktur der Nichtwähler von Hamburg-Mitte am meisten der hamburgischen Gesamtverteilung entspricht und Wandsbek – wie bei der altersmäßigen Zusammensetzung der Wahlberechtigten – die größte Abweichung aufweist. Dagegen rutschte Eimsbüttel von dem ersten Platz in bezug auf die Übereinstimmung bei der Altersstruktur der Wahlberechtigten auf den fünften Rang bei den Nichtwählern, was sicherlich auf andere als durch das Alter bedingte Einflüsse zurückzuführen ist. Wahrscheinlich hängt dies auch damit zusammen, daß Eimsbüttel unter allen sieben Bezirken die meisten Studenten hat.

Die Wahlscheinempfänger sind insbesondere unter den 70jährigen anzutreffen

Bei der Untersuchung der Wähler mit Wahrschein im Zusammenhang mit der Repräsentativstatistik der Bürgerschaftswahl wurde bereits auf die recht unterschiedlich hohe Neigung zur Stimmabgabe mittels Wahrschein in den einzelnen Altersgruppen hingewiesen³⁾. Inwieweit derartige Abweichungen bei den Bezirksversammlungswahlen zutage getreten sind, soll hier nur an der großen Gruppe der Wahlscheinempfänger im Alter von 70 Jahren und darüber verdeutlicht werden. Dabei soll anhand der Tabelle 7 gleichzeitig ermittelt werden, ob die Altersstruktur Erklärungen für die verschiedenen Anteile der Wahlscheinempfänger zuläßt.

³⁾ Vgl. hierzu „Hamburg in Zahlen“, Juli-Heft 1974, S. 199.

Tabelle 7

Die Wahlscheinempfänger im Vergleich mit den Wahlberechtigten in der Altersgruppe 70 und älter der repräsentativen Wahlbezirke bei den Bezirksversammlungswahlen 1974

Bezirke	Wahlscheinempfänger			Wahlberechtigte		
	insgesamt	darunter: im Alter von 70 Jahren u. darüber		insgesamt	darunter: im Alter von 70 Jahren u. darüber	
		absolut	in %		absolut	in %
	1	2	3	4	5	6
Männer						
Hamburg-Mitte	596	95	15,9	13 729	1 629	11,9
Altona	631	107	17,0	9 438	1 189	12,6
Eimsbüttel	485	91	18,8	9 096	1 081	11,9
Hamburg-Nord	593	104	17,5	11 014	1 706	15,5
Wandsbek	615	79	12,8	11 015	1 025	9,3
Bergedorf	526	87	16,5	11 103	1 172	10,6
Harburg	523	72	13,8	13 981	1 468	10,5
Insgesamt	3 969	635	15,9	79 376	9 270	11,7
Frauen						
Hamburg-Mitte	756	236	31,2	17 192	3 081	17,9
Altona	873	258	29,6	12 265	2 229	18,2
Eimsbüttel	642	190	29,6	11 643	2 178	18,7
Hamburg-Nord	828	214	25,8	14 954	3 107	20,8
Wandsbek	711	182	25,6	13 400	1 877	14,0
Bergedorf	630	188	29,8	13 042	1 927	14,8
Harburg	574	138	24,1	15 907	2 326	14,6
Insgesamt	5 014	1 406	28,0	98 403	16 725	17,0

Der höchste Anteil von Wahlscheinempfängern im Alter von 70 Jahren und darüber wird unter den Frauen im Bezirk Hamburg-Mitte mit 31,2 % sichtbar, während Harburg mit 24,1 % den niedrigsten Anteil aufweist. Unter den Männern erstreckt sich die Skala von 18,8 % (Eimsbüttel) bis 12,8 % (Wandsbek). Eine Prüfung der Zusammenhänge zwischen den Anteilen erbrachte bei den Männern einen Korrelationskoeffizienten in Höhe von 0,67 und bei den Frauen nur einen von 0,28. Während also den Männern eine, wenn auch nur geringe, Abhängigkeit zwischen beiden Größen zuerkannt werden kann, muß für die Frauen ein signifikanter Einfluß zwischen den verschiedenen Anteilen der 70jährigen und älteren Wahlscheinempfänger und denen der Wahlberechtigten auf der Grundlage der Bezirksergebnisse verneint werden.

Zwischen den fünf Altersgruppen schwanken die Stimmenanteile der CDU am stärksten

Die interessantesten Aussagen der repräsentativen Wahlstatistik, nämlich über die Stimmabgabe, vermittelt die Tabelle 8. Jedoch ist wegen des unterschiedlichen Grades der Repräsentation in den einzelnen Bezirken, wie er sich aus der Gegenüberstellung der Gesamtergebnisse mit den Repräsentativergebnissen gemäß Tabelle 2 ergibt, der Vergleich zwischen den Bezirken, insbesondere gegenüber Altona, nicht oder nur beschränkt möglich. Deshalb wird das Schwergewicht der Untersuchungen mehr auf die Verhältnisse innerhalb der Bezirke gelegt.

Bei der SPD fällt zunächst auf, daß ihr Stimmenanteil im Gegensatz zu den anderen fünf Bezirken in Eimsbüttel und Wandsbek unter den 18- bis unter 25jährigen Männern und Frauen höher ist als bei den über 60jährigen. Für Eimsbüttel kann das damit zusammenhängen, daß dort kein Wahlvorschlag der DKP zugelassen war und Wahlberechtigte, die in den anderen Bezirken ihre Stimme der DKP gegeben haben, auf die SPD „ausgewichen“ sind. In Altona und Bergedorf findet sich ein ähnliches Verhältnis zwischen den Stimmenanteilen beider Altersgruppen bei den Frauen.

Eimsbüttel ist es auch, das sowohl unter den Männern wie bei den Frauen mit der höchsten Differenz zwischen dem Stimmenanteil der 45- bis unter 60jährigen und dem der 18- bis unter 25jährigen in Höhe von 10,4 bzw. 11,8 Prozentpunkten herausragt. In Wandsbek tritt außerdem eine ähnliche Abweichung von fast 10 Prozentpunkten unter den Frauen dieser zwei Altersgruppen auf. Die ausgewogenste Struktur läßt sich für Bergedorf feststellen, wo als niedrigste Stimmenanteile 38,8 % bzw. 40,8 % und als höchster Anteil 43,2 % sowohl für die Männer als auch für die Frauen zu verzeichnen sind. Beim Vergleich der Stimmenanteile zwischen beiden Geschlechtern ist auffällig, daß in Wandsbek und Bergedorf die Stimmenanteile der Frauen in allen fünf Altersgruppen höher oder zumindest nicht niedriger sind als die der Männer. Dagegen tritt dieses Übergewicht der Frauen unter allen fünf Altersgruppen nur bei den 18- bis unter 25jährigen in Eimsbüttel auf, deren Anteile allerdings auch in den restlichen sechs Bezirken höher sind als bei den gleichaltrigen Männern.

Bei der CDU fallen die Unterschiede zwischen den Altersgruppen bedeutend stärker aus. Differenzen von

Tabelle 8

**Die Wähler der einzelnen Parteien in den repräsentativen Wahlbezirken bei den Bezirksversammlungswahlen 1974
nach Geschlecht und Altersgruppen**
— Altersgruppe je Geschlecht = 100 gesetzt —

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Männer								Frauen							
	Von 100 abgegebenen gültigen Stimmen (ohne Briefwahl) entfielen auf															
	SPD	CDU	F.D.P.	NPD	DKP	EFP	FSU	AUD	SPD	CDU	F.D.P.	NPD	DKP	EFP	FSU	AUD
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Hamburg-Mitte																
18 bis 25	50,0	19,0	17,6	(0,9)	11,8	(0,1)	(0,1)	(0,5)	54,8	20,6	18,0	(1,0)	(5,2)	—	(0,2)	(0,2)
25 bis 35	48,8	30,0	15,3	(0,7)	4,7	(0,1)	(0,1)	(0,3)	49,5	31,6	15,1	(0,4)	3,1	(0,1)	(0,1)	(0,1)
35 bis 45	53,4	30,7	11,3	(1,9)	(2,5)	(0,1)	(0,1)	(0,0)	52,7	32,5	12,8	(0,6)	(1,3)	—	—	(0,1)
45 bis 60	49,6	35,3	9,8	(2,0)	2,9	(0,1)	(0,1)	(0,2)	48,3	38,7	10,7	(0,8)	(1,5)	(0,0)	(0,0)	(0,0)
60 u. älter	54,1	34,0	6,8	(1,5)	3,3	(0,1)	(0,1)	(0,1)	55,3	36,5	6,2	(0,5)	1,3	(0,1)	(0,1)	—
Insgesamt	51,7	31,6	10,7	1,5	4,1	(0,1)	(0,1)	(0,2)	52,3	34,7	10,3	0,6	1,9	(0,1)	(0,1)	(0,0)
Altona																
18 bis 25	35,5	29,5	20,8	(0,6)	12,5	(0,1)	(0,5)	(0,5)	40,1	27,9	21,5	(0,2)	9,7	(0,3)	(0,2)	(0,1)
25 bis 35	36,5	40,3	19,2	(0,4)	(3,0)	(0,2)	(0,1)	(0,3)	35,7	42,4	18,2	(0,4)	(2,8)	(0,1)	(0,1)	(0,3)
35 bis 45	37,0	46,2	13,8	(0,9)	(1,7)	—	(0,2)	(0,2)	38,2	45,3	14,8	(0,4)	(1,1)	(0,1)	(0,1)	—
45 bis 60	36,6	48,1	11,7	(1,7)	(1,6)	(0,2)	(0,1)	(0,0)	33,2	52,2	12,7	(0,6)	(1,2)	—	(0,0)	(0,1)
60 u. älter	39,2	49,5	8,0	(1,4)	(1,8)	—	(0,1)	(0,0)	39,2	50,7	9,0	(0,4)	(0,7)	—	(0,0)	(0,0)
Insgesamt	37,4	45,2	13,0	1,1	2,9	(0,1)	(0,1)	(0,2)	37,1	47,4	13,0	(0,4)	1,8	(0,1)	(0,1)	(0,1)
Eimsbüttel ¹⁾																
18 bis 25	51,2	25,0	21,4	(0,6)	—	(0,7)	(0,6)	(0,5)	52,3	23,4	22,8	(0,9)	—	(0,4)	(0,2)	—
25 bis 35	43,4	38,2	17,3	(0,6)	—	(0,3)	—	(0,2)	42,3	38,0	19,3	(0,2)	—	(0,1)	—	(0,1)
35 bis 45	44,4	38,7	15,2	(1,0)	—	(0,3)	(0,1)	(0,3)	42,7	41,2	15,4	(0,5)	—	(0,1)	(0,1)	—
45 bis 60	40,8	44,5	12,4	(1,9)	—	(0,1)	(0,1)	(0,2)	40,5	44,7	13,8	(0,8)	—	(0,0)	(0,1)	(0,1)
60 u. älter	47,6	42,3	7,7	(1,9)	—	(0,0)	(0,4)	(0,1)	46,9	43,8	8,6	(0,5)	—	(0,1)	(0,1)	—
Insgesamt	44,9	39,9	13,2	1,4	—	(0,2)	(0,2)	(0,2)	44,2	41,4	13,6	(0,6)	—	(0,1)	(0,1)	(0,0)
Hamburg-Nord																
18 bis 25	46,2	19,9	18,4	(0,9)	14,2	(0,4)	—	—	48,7	20,8	20,0	(0,6)	9,5	(0,3)	—	(0,1)
25 bis 35	42,8	31,2	17,5	(0,7)	7,3	(0,2)	(0,2)	(0,1)	43,9	33,3	17,9	(0,3)	4,6	—	—	—
35 bis 45	49,8	34,8	11,7	(0,8)	(2,8)	(0,1)	(0,0)	—	48,5	36,9	12,5	(0,5)	(1,4)	—	(0,1)	(0,1)
45 bis 60	45,2	38,5	11,9	(1,7)	(2,1)	(0,2)	(0,3)	(0,1)	45,2	40,9	11,9	(0,8)	(1,0)	(0,0)	(0,1)	(0,1)
60 u. älter	48,4	38,8	8,2	(1,1)	3,0	(0,1)	(0,3)	(0,1)	49,0	40,9	8,3	(0,4)	1,1	(0,0)	(0,2)	(0,1)
Insgesamt	46,8	35,2	12,0	1,1	4,4	(0,2)	(0,2)	(0,1)	47,4	38,1	11,7	0,5	2,1	(0,0)	(0,1)	(0,1)
Wandsbek																
18 bis 25	42,4	27,2	17,1	(0,7)	11,6	(0,5)	(0,4)	(0,1)	46,2	25,9	19,6	(0,2)	7,9	(0,2)	—	—
25 bis 35	39,3	38,9	17,4	(0,6)	3,4	(0,1)	(0,2)	(0,1)	41,2	38,8	18,0	(0,3)	(1,5)	(0,1)	(0,1)	—
35 bis 45	39,0	42,5	15,2	(1,2)	(1,6)	(0,1)	(0,2)	(0,2)	39,3	44,8	14,1	(0,5)	(1,0)	(0,1)	(0,1)	(0,1)
45 bis 60	36,3	46,9	12,8	(1,9)	(1,8)	(0,1)	(0,1)	(0,1)	36,3	48,3	13,7	(0,5)	(0,7)	(0,2)	(0,3)	—
60 u. älter	41,9	44,9	8,7	(1,6)	(2,3)	(0,0)	(0,6)	(0,0)	45,9	44,4	8,0	(0,6)	(0,8)	(0,0)	(0,3)	(0,0)
Insgesamt	39,5	41,8	13,8	1,3	3,1	(0,1)	(0,3)	(0,1)	41,5	42,7	13,5	(0,5)	1,5	(0,1)	(0,2)	(0,0)
Bergedorf ²⁾																
18 bis 25	38,8	34,5	16,8	—	9,2	(0,5)	(0,2)	—	42,9	33,6	16,9	—	6,6	—	—	—
25 bis 35	42,7	40,5	13,3	—	3,3	(0,2)	—	—	43,2	41,5	13,1	—	(2,1)	(0,1)	—	—
35 bis 45	43,2	43,1	11,2	—	(2,2)	(0,2)	(0,1)	—	43,2	44,0	11,5	—	(1,1)	—	(0,2)	—
45 bis 60	40,2	46,4	10,8	—	(2,2)	(0,2)	(0,2)	—	40,8	47,3	10,5	—	(1,2)	(0,1)	(0,1)	—
60 u. älter	42,0	48,6	7,1	—	(2,1)	(0,1)	(0,1)	—	42,9	48,9	7,1	—	(0,9)	(0,1)	(0,1)	—
Insgesamt	41,7	43,8	11,1	—	3,1	(0,2)	(0,1)	—	42,5	44,9	10,7	—	1,7	(0,1)	(0,1)	—
Harburg																
18 bis 25	49,4	23,8	16,5	(1,2)	8,8	(0,1)	—	(0,2)	50,2	24,8	19,9	(0,3)	(4,6)	(0,1)	—	(0,1)
25 bis 35	50,2	33,6	12,8	(0,6)	(2,5)	(0,1)	(0,1)	(0,1)	48,6	35,6	14,0	(0,3)	(1,2)	(0,1)	—	(0,2)
35 bis 45	51,5	33,5	11,7	(1,0)	(2,0)	(0,1)	—	(0,2)	54,7	32,9	10,8	(0,4)	(1,0)	(0,1)	(0,0)	(0,1)
45 bis 60	49,2	36,4	9,7	(1,5)	2,6	(0,2)	(0,2)	(0,2)	48,8	38,6	10,3	(0,7)	(1,3)	(0,1)	(0,1)	(0,1)
60 u. älter	54,3	35,3	5,9	(1,5)	2,8	(0,0)	(0,1)	(0,1)	55,2	37,1	6,0	(0,5)	(1,2)	(0,0)	—	—
Insgesamt	51,2	33,7	10,3	1,2	3,2	(0,1)	(0,1)	(0,2)	52,1	35,5	10,3	0,5	1,4	(0,1)	(0,0)	(0,1)
Freie und Hansestadt Hamburg																
18 bis 25	45,1	25,4	18,0	(0,7)	10,0	(0,3)	(0,2)	(0,3)	48,0	25,3	19,6	(0,5)	6,3	(0,1)	(0,1)	(0,1)
25 bis 35	43,7	36,1	15,8	0,5	3,5	(0,2)	(0,1)	(0,1)	43,8	37,4	16,3	(0,2)	2,1	(0,1)	(0,0)	(0,1)
35 bis 45	45,8	38,2	12,7	1,0	1,9	(0,1)	(0,1)	(0,2)	46,2	39,3	12,9	0,4	1,0	(0,1)	(0,1)	(0,0)
45 bis 60	43,4	41,6	11,1	1,5	2,0	(0,1)	(0,2)	(0,1)	42,6	43,7	11,8	0,6	1,0	(0,1)	(0,1)	(0,1)
60 u. älter	47,6	41,0	7,4	1,3	2,3	(0,1)	(0,2)	(0,1)	48,6	42,4	7,5	0,4	0,9	(0,1)	(0,1)	(0,0)
Insgesamt	45,4	38,2	11,9	1,1	3,1	0,1	0,1	0,1	45,9	40,2	11,7	0,5	1,5	0,1	0,1	(0,0)

¹⁾ Im Bezirk Eimsbüttel kein Wahlvorschlag der DKP zugelassen. — ²⁾ Im Bezirk Bergedorf haben die NPD und AUD keinen Wahlvorschlag eingebracht. — Zahlen in () beruhen auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe.

20% und mehr gibt es bei den Männern in Altona (18–25 gegenüber 60 und älter) und bei den Frauen sogar in vier Bezirken, und zwar in Altona, Eimsbüttel, Hamburg-Nord und Wandsbek jeweils zwischen den Altersgruppen der 18- bis unter 25jährigen und der 45- bis unter 60jährigen. Im Hinblick auf alle fünf Altersgruppen heben sich besonders die relativ niedrigen Stimmenanteile der Jungwähler heraus, die selbst im Verhältnis zu der nächstfolgenden Altersgruppe 25–35 mit Ausnahme von Bergedorf Differenzen von knapp oder mehr als 10 Prozentpunkten erkennen lassen. Allgemein wird die CDU von den älteren Jahrgängen bevorzugt, was besonders für Altona, Wandsbek und Bergedorf gilt.

Eine entgegengesetzte Entwicklung hat die F. D. P. zu verzeichnen. Hier wird ein Zusammenhang in der Weise sichtbar, daß mit zunehmendem Alter die Stimmenanteile zurückgehen. Am ausgeprägtesten stellt sich dies für Eimsbüttel dar, wo die Abnahme zwischen der ersten und fünften Altersgruppe bei den Männern 13,7 und bei den Frauen 14,2 Prozentpunkte beträgt. Von den drei in den Bezirksversammlungen vertretenen Parteien hat die F.D.P. unter den über 60 Jahre alten Wählern mit Abstand die wenigsten Anhänger vorzuweisen.

Von den übrigen Parteien verdienen besonders die Stimmenanteile der DKP bei den 18- bis unter 25jährigen Männern erwähnt zu werden.

Um die mit Hilfe der Varianzanalyse zwischen dem Alter und dem Wahlverhalten herausgefundene starke Abhängigkeit in bezug auf die Parteientscheidungen der Wähler in den Bezirken zu differenzieren, wurden weitere Korrelationsrechnungen zwischen den Altersgruppen der Wahlberechtigten und den Stimmenanteilen der Parteien angestellt. Dabei sind z. T. Korrelationskoeffizienten mit einem sehr hohen Signifikanzniveau herausgekommen (vgl. Tabelle 9).

Tabelle 9

Korrelationskoeffizienten zwischen den Altersgruppen der Wahlberechtigten und den Stimmenanteilen der SPD, CDU und F.D.P. nach den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik bei den Bezirksversammlungswahlen 1974

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Männer			Frauen		
	SPD	CDU	F.D.P.	SPD	CDU	F.D.P.
	1	2	3	4	5	6
18 bis 25	0,49	0,73	0,74	0,73	0,85	0,73
25 bis 35	0,96	0,97	0,81	0,99	0,97	0,97
35 bis 45	0,93	0,96	0,91	0,96	0,94	0,87
45 bis 60	0,97	0,85	0,86	0,89	0,89	0,95
60 und älter ...	0,97	0,99	0,95	0,96	1,00	0,95

Die Spannweite der ermittelten Korrelationskoeffizienten geht von 0,49 (18- bis unter 25jährige Wähler der SPD) bis zum höchstmöglichen Wert von 1,00 (Wählerinnen im Alter von 60 und mehr der CDU). D. h., bei den Jungwählern besteht gegenüber den Stimmenanteilen der SPD in allen sieben Bezirken die geringste Abhängigkeit, die im Vergleich zu den anderen vier Altersgruppen überhaupt bei allen drei Parteien am wenigsten ausgeprägt ist. Andererseits lassen die Koeffizienten von 1,00 und 0,99 bei der Altersgruppe 60 und älter für die CDU die größtmögliche Übereinstimmung zwischen dem Alter und der Stimmabgabe und damit keine anderen als altersmäßig bedingten Einflüsse erkennen. Dieselbe Feststellung trifft für die 25- bis 35jährigen Wählerinnen der SPD zu.

Von den fünf Altersgruppen zeigt die letzte Gruppe mit Koeffizienten von 0,95 und mehr für alle drei nachgewiesenen Parteien den relativ höchsten Zusammenhang zwischen dem Alter und der Wählerentscheidung nach den sieben Bezirken.

Günter Müller

Der Außenhandel in der hamburgischen Statistik

Der folgende Beitrag soll einen Überblick geben über das Material, das vom Statistischen Landesamt zum Bereich der außenwirtschaftlichen Beziehungen Hamburgs zur Verfügung gestellt wird. Wie die Erfahrung gezeigt hat, hat der Benutzer gerade hier oft Schwierigkeiten, aus dem breiten Angebot vieler sich äußerlich ähnelnder Statistiken das für sein Problem sachgerechte Material herauszufinden und sinnvoll zu verwenden. Um diese Verständnisschwierigkeiten abzubauen, werden zunächst die entsprechenden Statistiken dargestellt. Anschließend wird die Vergleichbarkeit der einzelnen Erhebungen untereinander geprüft.

1. Einleitung

Für Hamburg als stark auslandsbezogene Wirtschaftsmetropole sind die außenwirtschaftlichen Beziehungen mit allen Teilen der Welt traditionsgemäß von überragender

Bedeutung. Dies gilt sowohl für den industriellen als auch für den Dienstleistungsbereich. Will man diesen großen Komplex erfassen und untersuchen, so steht man vor einer Fülle von Material aus den verschiedensten Quellen. Im folgenden wird dargestellt, welchen Beitrag die amtliche Statistik zur Lösung dieses zwar abgegrenzten, aber immer noch sehr umfassenden Problemkreises „wirtschaftliche Beziehungen Hamburgs mit dem Ausland“ leisten kann. So vielschichtig wie das Thema ist auch das Angebot an Statistiken. Dabei kann jede einzelne Statistik nur zu ganz bestimmten Teilaspekten Informationen liefern. Es hängt daher sehr von dem Zweck der jeweiligen Untersuchung ab, aus welcher Statistik am ehesten sachgerechte und problembezogene Zahlen gewonnen werden können. Die Vielfalt der zur Verfügung stehenden Quellen, vor allem aber die großen methodischen Probleme, die insbesondere bei Vergleichen zwischen Daten aus verschiedenen Statistiken auftreten

ten, bereiten erfahrungsgemäß dem Benutzer erhebliche Schwierigkeiten, sich des jeweils angemessenen Zahlenmaterials zu bedienen. Zudem werden in vielen Fällen ähnliche Bezeichnungen verwendet, die dem Laien die Übersichtlichkeit zusätzlich erschweren.

Läßt man einmal die personenbezogenen Angaben aus dem Luftreiseverkehr sowie aus der Fremdenverkehrsstatistik ebenso außer acht wie Finanz- und Kapitaltransaktionen, so handelt es sich im wesentlichen um Statistiken über Warenbewegungen, und zwar sowohl Handelstransaktionen als auch reine Transportvorgänge. Unter der Beschränkung auf Warentransaktionen läßt sich die Ausgangsfrage für die weiteren Ausführungen folgendermaßen formulieren: Wie lassen sich in der amtlichen Statistik die wirtschaftlichen Beziehungen Hamburgs mit dem Ausland darstellen und messen?

Mit Hilfe des vorliegenden Materials können Aussagen getroffen werden über folgende drei Tatbestände:

- Bedeutung der außenwirtschaftlichen Beziehungen für Hamburg insgesamt
- Bedeutung des Hamburger Hafens als Umschlagplatz für den Außenhandel
- Abhängigkeitsgrad bestimmter Wirtschaftsbereiche vom Ausland.

Bei den zuerst genannten beiden Punkten steht die funktionale Betrachtung der außenwirtschaftlichen Beziehungen Hamburgs im Vordergrund. Hier werden die einzelnen Handels- und Verkehrsverflechtungen mit dem Ausland betrachtet, losgelöst von den wirtschaftlichen Institutionen, die dahinterstehen. Wir finden hier also einerseits Außenhandelsstatistiken, denen der Handel von Waren zugrunde liegt, während andererseits die Verkehrsstatistiken Umschlag und Transport der Waren darstellen.

Eine ganz andere Betrachtungsweise liegt der Bestimmung des Abhängigkeitsgrades bestimmter Wirtschaftsbereiche vom Ausland zugrunde. Hier setzt die Statistik bei den in Hamburg ansässigen Institutionen des Wirtschaftslebens an. Es handelt sich dabei um das wirtschaftliche Unternehmen (bzw. um den Betrieb). Die Ergebnisse werden demgemäß auch nach unternehmensbezogenen Erhebungsmerkmalen gegliedert, wobei dann u. a. auch Angaben über die Beziehungen mit dem Ausland anfallen. Aus verschiedenen Gründen ist es wünschenswert, eine Verknüpfung herzustellen zwischen den funktional und institutional aufgebauten Statistiken, um näheres zu erfahren über die Unternehmen, die als Initiator der Außenhandels- und Verkehrsaktionen fungieren. Der zentrale Ansatzpunkt hierfür wäre der Hamburger Hafen, über den der weitaus größte Teil der außenwirtschaftlich relevanten Warentransaktionen geht.

Im einzelnen liegen folgende Statistiken vor, die Material zu dem überaus komplizierten Bereich der außenwirtschaftlichen Beziehungen liefern:

Außenhandelsstatistiken

Außenhandelsverkehr über den Hamburger Hafen, Außenhandel hamburgischer Im- und Exporteure,

Ein- und Ausfuhr des Landes Hamburg, Durchfuhrstatistik

Verkehrsstatistiken

Güterverkehr über See,
Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen,
Güterverkehr auf den Eisenbahnen,
Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen,
Güterverkehr mit Luftfahrzeugen

Unternehmensstatistiken

Handels- und Gaststättenzählung 1968,
Groß- und Außenhandelsstatistik,
Industrieberichterstattung

Die Erhebungsmethoden der einzelnen Statistiken sind recht unterschiedlich. Dies ist bedingt durch die Verschiedenartigkeit der Vorgänge, an denen die statistische Erfassung anknüpft. Ist es bei den Außenhandelsstatistiken der Übergang der Ware über die Grenze des Erhebungsgebietes, so wird bei den Verkehrsstatistiken die Ortsveränderung von Gütern erfaßt. Die entsprechenden Unterlagen für die Erfassung liefern einerseits die gleichzeitig mit den Zollpapieren anfallenden speziellen statistischen Erhebungsbogen und die Frachtbriefe bzw. Ladungsverzeichnisse (Manifeste) andererseits. Davon abweichend wird bei den Unternehmensstatistiken verfahren. Im Gegensatz zu den vorher erwähnten Sekundärstatistiken, bei denen die Unterlagen von anderen öffentlichen oder halböffentlichen Erfassungsstellen geliefert werden, sind bei den Unternehmens- als Primärstatistiken die Wirtschaftsunternehmen direkt nach ihren außenwirtschaftlich relevanten Aktivitäten zu befragen.

Im folgenden werden jeweils nur die Grundprinzipien dargestellt, die zum Verständnis und Gebrauch der Zahlen notwendig sind. Unberücksichtigt müssen dagegen die zahlreichen speziellen methodischen Einzelheiten bleiben.

2. Die Außenhandelsstatistiken

Ihr eigentlicher Erhebungsgegenstand ist der Warenverkehr mit dem Ausland, während z. B. bei den Unternehmensstatistiken außenhandelsrelevante Informationen nur als Nebenprodukt anfallen. Maßgeblich ist, daß die Ware die Grenze des Erhebungsgebietes überschreitet. In Hamburg geschieht das in erster Linie im Hafen. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß auch der — allerdings relativ unbedeutende — Außenhandel über den Flughafen Fuhlsbüttel enthalten ist.

Der größte Teil der eingehenden Waren ist zum Verbleib bestimmt; ein Teil wird aber auch nach Lagerung, Bearbeitung oder Verarbeitung wieder ausgeführt. Beim kleineren Teil der eingehenden Waren ist im Zeitpunkt der statistischen Erfassung die Bestimmung überhaupt noch unklar. Andere Waren passieren das Erhebungsgebiet nur auf ihrem Weg von Ausland zu Ausland (Durchfuhr)¹⁾. Die Summe der Eingän-

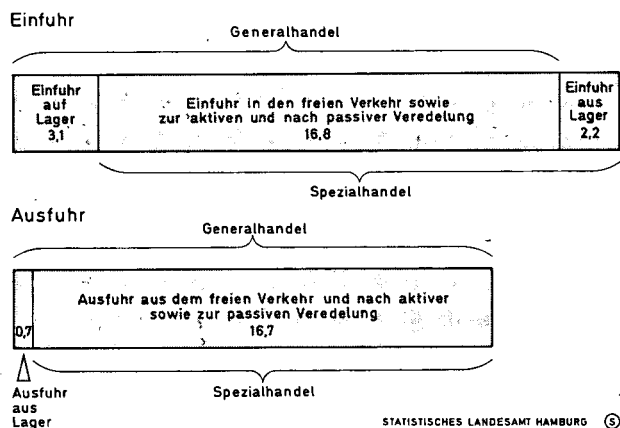
¹⁾ Waren, die die Grenzen des Erhebungsgebietes zwar überschreiten, aber anschließend direkt wieder in das Erhebungsgebiet verbracht werden (sogenannter Zwischenauslandsverkehr), werden in den Außenhandelsstatistiken nicht erfaßt (z. B. Waren, die aus dem Ruhrgebiet über Rotterdam nach Hamburg gelangen).

ge und Ausgänge von Waren solch unterschiedlicher Bestimmung gibt in erster Linie nur eine Vorstellung über das Transportaufkommen. Eine bestimmte Aussage aus dem Material wird erst ermöglicht, wenn man aus der Gesamtmasse der Warenströme auf der Eingangs- und Ausgangsseite zumindest die Durchfuhr eliminiert. Auf diese Weise ergeben sich Einfuhr- und Ausfuhrdaten in der Abgrenzung des Generalhandels. Die Einfuhr enthält dann allerdings immer noch die Waren, deren Bestimmung nicht endgültig geklärt ist und die deshalb statistisch zunächst als „Lagerverkehr“ angeschrieben werden. Setzt man von den Ergebnissen des Generalhandels die Einfuhr auf Lager und die Ausfuhr aus Lager ab und rechnet die Einfuhr aus Lager in den freien Verkehr und in den Veredelungsverkehr hinzu, so erhält man die Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse in der Abgrenzung des Spezialhandels (vgl. Schaubild 1). Sie umfassen im wesentlichen die Waren, die zum Verbrauch oder zur weiteren Bearbeitung in das Erhebungsgebiet eingehen, und die Waren, die im Erhebungsgebiet gewonnen, erzeugt oder weiterverarbeitet werden und in das Ausland ausgehen. Die Statistik des Spezialhandels gibt demnach Aufschlüsse über die produktions- und verbrauchswirtschaftliche Bedeutung der Warenverkehre.

Schaubild 1

Der Außenhandelsverkehr über den Hamburger Hafen nach General- und Spezialhandel aufgegliedert nach Ein- und Ausfuhrarten im Jahre 1973

— Mrd DM —



Im Rahmen der Außenhandelsstatistik wird unter Veredelung nur die Transitveredelung verstanden, also das vorübergehende Verbringen einer Ware aus einem anderen Land in das Erhebungsgebiet zur Veredelung und Wiederausfuhr (aktive Veredelung) oder das vorübergehende Verbringen einer Ware in das Ausland zur Veredelung und Wiedereinführung (passive Veredelung). Ausgelöst werden solche Veredelungsverkehre durch die verschiedenartigsten wirtschaftlichen Ursachen, z. B. um freie Inlands- und freie Auslandskapazitäten auszunutzen, um eigene Engpässe technischer oder personeller Art zu überwinden oder Spezialkenntnisse und -einrichtungen nutzbar zu machen. Die passive Veredelung ist stets eine Lohnveredelung. Die größere volkswirtschaftliche Bedeutung kommt im allgemeinen der aktiven Veredelung und dabei naturgemäß der Eigenveredelung zu.

In der Außenhandelsstatistik werden Wert- und Mengenangaben ermittelt. Der Wert der Ware wird frei Grenze (Grenzübergangswert) nachgewiesen, und zwar unabhängig davon, zu welchen Lieferbedingungen der Warenaustausch abgewickelt wird. Das bedeutet, daß im für Hamburg so wichtigen Seeverkehr bei der Einfuhr die Angaben cif und bei der Ausfuhr fob²⁾ deutscher Seehafen zu erfolgen haben. Eine der wichtigsten statistischen Funktionen des Wertes ist es, eine Addition der Ergebnisse des heterogenen Warensortiments zu ermöglichen und Außenhandelsbilanzen aufstellen zu können. Im Gegensatz zum Wert ist eine Addition der verschiedenartigen Waren nach ihrer Menge nur unter verkehrswirtschaftlichen Gesichtspunkten sinnvoll. Es wird jedoch für alle Warenarten das Gewicht ermittelt, um einen Vergleich zum System der Verkehrsstatistiken zu erleichtern und um die für die Beobachtung der langfristigen Entwicklung des Warenaustausches mit anderen Ländern wichtigen Volumen-Berechnungen durchführen zu können. In der Außenhandelsstatistik wird — im Gegensatz zur später erläuterten Verkehrsstatistik — das Nettogewicht ermittelt, d. h. das Eigengewicht der Ware ohne alle Umschließungen.

Die Waren werden in der Hamburger Außenhandelsstatistik in 852 Positionen (Warenarten) unterteilt, um auch für weitergehende Analysen tiefgegliedertes Zahlenmaterial zur Verfügung stellen zu können. Neben den Waren sind die Länder das wichtigste Erhebungsmerkmal. In Hamburg wird sowohl für den Generalhandel als auch den Spezialhandel bei der Einfuhr nach Herstellungsländern und bei der Ausfuhr nach Verbrauchsländern untergliedert. Als Herstellungsland gilt das Land, in dem die Ware in der Beschaffenheit erzeugt oder hergestellt ist, in der sie eintrifft. Entsprechend gilt als Verbrauchsland das Land, in dem die Ware ge- oder verbraucht bzw. be- oder verarbeitet werden soll.

Wurden bisher die wichtigsten Begriffe erläutert, so soll im folgenden dargestellt werden, wie mit Hilfe dieses methodischen Rüstzeuges die vier nachfolgenden Teilstatistiken im Bereich des Außenhandels abzugrenzen sind.

Der Außenhandelsverkehr über den Hamburger Hafen

Hier wird als Spezialhandel dargestellt, in welchem Umfang und mit welchen Ländern der reine Warenverkehr der Bundesrepublik mit dem Ausland über den Hamburger Hafen abgewickelt wird. Der Sitz der Ein- und Ausfuhrer spielt dabei keine Rolle. Es wird lediglich der Umfang und die Richtung der Warenströme in Gewicht und Wert gemessen. Hier steht — eher unter verkehrsmäßigen Gesichtspunkten — die Bedeutung besonders des Hamburger Hafens hinsichtlich des Außenhandels des gesamten Bundesgebietes im Vordergrund. So betrug im Jahre 1973 der Außenhandel der Bundesrepublik 324 Mrd DM, wovon mit 33 Mrd DM mehr als 10 % über den Hamburger Hafen abgewickelt wurden.

²⁾ cif = Abk. für cost, insurance, freight; fob = Abk. für free on board.

Der Außenhandel der hamburgischen Im- und Exporteure

Im Gegensatz zum Außenhandelsverkehr werden hier die Warenströme nur einer ganz bestimmten Gruppe von Wirtschaftssubjekten erfaßt, und zwar nur von den Im- und Exporteuren, die ihren Unternehmenssitz in Hamburg haben. Es spielt dabei keine Rolle, ob es Händler oder Hersteller sind.³⁾ Von diesen werden alle Ein- und Ausfuhren im Generalhandel dargestellt, ohne Rücksicht darauf, ob die Ware über den Hamburger Hafen oder über andere Grenzstellen des Bundesgebietes hinein- oder herausgegangen sind.⁴⁾ Damit werden hier überwiegend Handelsaspekte berücksichtigt. Das Wesentliche liegt also in der Darstellung des Außenhandels aller Firmen mit Unternehmenssitz in Hamburg und ihres Anteils an der Ein- und Ausfuhr der gesamten Bundesrepublik.

Im Jahre 1973 waren hamburgische Im- und Exporteure am Außenhandel der gesamten Bundesrepublik von 327 Mrd DM mit mehr als 11 % beteiligt. Ihr Anteil an der Einfuhr betrug fast 18 %, ihr Anteil an der Ausfuhr etwas über 6 %. Sie führten 1973 Waren im Werte von 26 Mrd DM ein und im Werte von 11 Mrd DM aus. Rund 40 % der Ein- und der Ausfuhr gingen dabei über den Hamburger Hafen. Der größte Teil der Waren ging über andere Grenzstellen des Bundesgebietes, also über andere Seehäfen oder über die „grüne“ Grenze.

Die Einfuhr des Landes Hamburg

Die Statistik der Einfuhr des Landes Hamburg wird im Gegensatz zur Ausfuhr im Generalhandel dargestellt; d. h., es werden auch die auf Lager eingeführten Waren erfaßt, deren spätere Verwendung im Zeitpunkt der Einfuhr noch ungewiß ist. Die Ergebnisse geben einen Überblick über alle Waren, die in das Bundesland Hamburg eingeführt wurden. Der Sitz des Einführers spielt dabei keine Rolle. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß diese Waren hier verbleiben, sei es zum Verbrauch oder zur Be- und Verarbeitung. Ein Teil der auf Lager gehenden Waren, aber auch der direkt in den freien Verkehr gelangenden Waren, verläßt Hamburg wieder. Die Einfuhrergebnisse machen deshalb in diesen Fällen eigentlich nur die verkehrsmäßigen Verflechtungen zwischen dem Ausland und dem Zielland in der Bundesrepublik sichtbar. So ist die unter Zielland Hamburg nachgewiesene Einfuhr im Vergleich zu anderen Bundesländern beträchtlich überhöht, weil der Seehafen bei Massengütern und typischen Lagerwaren als „Zwischenstation“ der Auslandsgüter eine wichtige Rolle spielt. Der Verbleib dieser über Hamburg eingeführten Waren nach Verlassen des Hamburger Hafens ist Gegenstand der Untersuchungen über den „Hinterlandverkehr“⁵⁾, der aber im Rahmen dieser Untersuchung nicht weiter zu behandeln ist. Im Jahre 1973 betrug Hamburgs Ein-

fuhr rund 15 Mrd DM; das sind gut 10 % der Einfuhr in das gesamte Bundesgebiet.

Die Ausfuhr des Landes Hamburg

Die Statistik der Ausfuhr des Landes Hamburg wird im Spezialhandel dargestellt. Hamburg gilt dabei als Herstellungsland (Ursprungsland), in dem die Waren gewonnen oder hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. Dabei ist es unerheblich, ob sich der Unternehmenssitz des Ausführers in oder außerhalb Hamburgs befindet und ob die Waren über den Hamburger Hafen ausgeführt wurden oder nicht. Hier wird also wertmäßig Hamburgs außenwirtschaftliche Bedeutung auf der Output-Seite erfaßt. 1973 betrug das wertmäßige Volumen der Ausfuhr aus Hamburg 5 Mrd DM; das sind knapp 3 % der Ausfuhr im Spezialhandel der Bundesrepublik von 178 Mrd DM. Rund die Hälfte der Hamburger Ausfuhr ging in Länder der Europäischen Gemeinschaft.

Die Durchfuhrstatistiken

Neben der bisher behandelten Ein- und Ausfuhr wird in der Außenhandelsstatistik auch die Durchfuhr erfaßt. Die Darstellung der Durchfuhr über Hamburg erstreckt sich im See-Eingang auf solche Waren, die über See in Hamburg aus dem Ausland eingeht und entweder auf dem Land- oder Flußwege durch das Bundesgebiet oder seewärts nach dem Ausland (See-Umschlag) weiterbefördert werden. Im See-Ausgang enthält die Durchfuhr die auf dem Land- und Flußwege oder über See (See-Umschlag) aus dem Ausland angekommenen Waren, die von Hamburg seewärts wieder in das Ausland ausgehen. Als Durchfuhr kann jedoch nur die Ware abgefertigt werden, die im Erhebungsgebiet keinen längeren Aufenthalt erfährt als er durch Beförderung und Umladung bedingt ist. Im Regelfall müssen daher Waren, die zwischenzeitlich auf Lager genommen werden, als Einfuhren und anschließend als Ausfuhren behandelt werden. Der statistische Begriff der Durchfuhr weicht daher doch erheblich von dem ab, was unter alleiniger Berücksichtigung wirtschaftlicher Argumente als Transit anzusprechen ist⁶⁾. In den Ergebnissen der Hamburger Durchfuhrstatistiken wird auch der Durchgang von Waren aus dem Ausland durch das Erhebungsgebiet in die DDR und in umgekehrter Richtung erfaßt.

Die Mengenangaben beziehen sich auf das Rohgewicht der Ware. Als Versendungsland wird das Land bezeichnet, aus dem die Ware in das Erhebungsgebiet gebracht worden ist. Als Empfangsland gilt das Land, in das die Ware aus dem Erhebungsgebiet verbracht werden soll. Im Jahre 1973 passierten als Durchfuhr im See-Eingang fast 4 Mio t und im See-Ausgang gut 3 Mio t Güter den Hamburger Hafen. Die mit Abstand größte Bedeutung als Durchfuhrpartner Hamburgs haben dabei die DDR, die Tschechoslowakei, Österreich und Skandinavien.

³⁾ Durch die zollrechtliche Handhabung werden zwischengelagerte Güter als Einfuhr auf offene Zolllager abgefertigt, auch wenn sie schon für den Weltversand aus der Bundesrepublik vorgesehen sind. Hiervon sind vor allem die CSSR und die DDR mit ihrem Import von Getreide, Futtermitteln und Ölfrüchten betroffen. Diese Einfuhren auf offene Zolllager sind in der Durchfuhrstatistik nicht enthalten, obwohl sie unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten als Transit anzusehen sind.

³⁾ Bis einschließlich 1967 konnten die Ergebnisse aufgegliedert werden nach Händlern und Herstellern. Wegen der Problematik der Unterscheidungskriterien für diesen Zweck und wegen des Aufwandes bei der Statusfortschreibung mußte diese Aufgliederung eingestellt werden.

⁴⁾ Es spielt dabei keine Rolle, ob die Waren Hamburg überhaupt berührt haben. So kommt es durchaus vor, daß ein Hamburger Außenhändler Waren aus Süddeutschland über Bremen ausführt oder in umgekehrter Richtung einführt.

⁵⁾ Siehe „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1972, Hefte Februar, März, Mai, Juni und Oktober: „Hinterlandverkehr des Hamburger Hafens 1966 bis 1970.“

Tabelle 1

**Der Güterverkehr insgesamt und im grenzüberschreitenden Verkehr nach Verkehrszweigen
im Verkehrsbezirk Hamburg 1973**

Richtung	Güterverkehr in Mio t							
	über See ¹⁾		auf Eisenbahnen ^{1) 2)}		mit Lastkraftfahrzeugen ^{1) 2)}		auf Binnenwasserstraßen ²⁾	
	insgesamt	darunter im grenzüberschreitenden Verkehr ⁴⁾	insgesamt	darunter im grenzüberschreitenden Verkehr ⁴⁾	insgesamt	darunter im grenzüberschreitenden Verkehr ⁴⁾	insgesamt	darunter im grenzüberschreitenden Verkehr ⁴⁾
	1	2	3	4	5	6	7	8
Empfang	37,2	36,6	7,9	2,0	6,2	1,4	4,6	0,6
Versand	12,7	11,0	11,3	4,5	8,0	0,7	4,8	0,9
Insgesamt	49,9	47,6	19,2	6,5	14,2	2,1	9,4	1,5

¹⁾ Vorläufige Angaben. — ²⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Fachserie H, Verkehr, Reihe 9, 1.—4. Vierteljahr 1973. — ³⁾ Quelle: Statistisches Landesamt. — ⁴⁾ Einschließlich des Verkehrs mit der DDR.

3. Verkehrsstatistiken

Spielen bei den Außenhandelsstatistiken der Sitz des Außenhändlers teilweise eine Rolle, so bleibt bei den Verkehrsstatistiken der Initiator der Warenbewegung völlig unberücksichtigt. Der Ansatz zur statistischen Erfassung ist hier der Güterumschlag, also ein reiner Transportvorgang. Bei den Güterverkehrsstatistiken liegen die Erfassungsmöglichkeiten ebenso günstig wie bei den Außenhandelsstatistiken, da auch hier für jeden einzelnen Beförderungsfall bestimmte Dokumente (Frachtbriefe, Ladungsverzeichnisse) ausgefertigt werden müssen, die die notwendigen Erhebungsmerkmale enthalten. Im Gegensatz zum Außenhandel werden hier nur Mengen, und zwar Bruttomengen, nicht jedoch Werte erfaßt. Als Herkunfts- und Bestimmungsländer werden die Verkehrsbezirke angeschrieben, in denen die Güter ein- oder ausgeladen werden. Es gelangen also lediglich die unmittelbaren Verkehrsverbindungen (ohne Umladung) zur Darstellung.

Allerdings ist für die Betrachtung in diesem Aufsatz nur der Teil der Transportvorgänge relevant, der mit dem Ausland abgewickelt wird. Von den eingangs aufgeführten fünf Verkehrszweigen ist der Güterverkehr über See vom Gewicht her der weitaus bedeutendste, zumal er fast ausschließlich auslandsbezogen ist. Mit großem Abstand, aber verhältnismäßig dicht aufeinander, folgen der Güterverkehr mit Eisenbahnen, Lastkraftfahrzeugen und Binnenschiffen (siehe Tabelle 1). Der Güterverkehr mit Luftfahrzeugen wird hier wegen des geringen Verkehrsaufkommens (für 1973 23 000 t, davon 6000 t im grenzüberschreitenden Verkehr) nicht berücksichtigt.

Der Güterverkehr über See

Die Ergebnisse dieser Statistik beziehen sich im Empfang auf alle gelöschten Gütermengen, die auf dem Seewege angekommen sind, und im Versand auf die gesamten seewärtigen Verladungen. Im Gegensatz zur Außenhandelsstatistik, bei der nur die Länder als Ganzes (z. B. Frankreich oder USA) die regionale Gliederungseinheit für die Ergebnisse bilden, ist es in der Seeverkehrsstatistik wegen der Erfassung der einzelnen Ein- und Ausladehäfen möglich, die Ergebnisse für den Verkehr mit diesen Ländern feiner zu unter-

gliedern. Die Häfen werden zu Verkehrsbezirken zusammengefaßt, die unter verkehrsmäßigen Aspekten zusammengehörige Küstenstrecken umfassen. Auf diese Weise werden z. B. in Frankreich die Häfen am Mittelmeer getrennt von der Atlantik- oder Kanalküste dargestellt oder in den USA die Regionen an der Atlantik- und der Pazifikküste unterschieden. Dies ist aus verkehrswirtschaftlicher Sicht von großer Bedeutung (z. B. für die Kosten des Transports). Über die Seeverkehrsstatistik erhält man jedoch keine Information darüber, ob die Waren in den Seehäfen verbleiben oder durch einen anschließenden Transportvorgang in ein anderes Land weitergeleitet werden. Das endgültige Bestimmungsland oder Herkunftsland bleibt also unbekannt.

Die Statistik des Güterverkehrs auf den Eisenbahnen

Nach dem Güterverkehr über See steht der mit dem Ausland abgewickelte Gütertransport mit Eisenbahnen für Hamburg vom Gewicht her gesehen an zweiter Stelle. Zur Eisenbahnstatistik sind die Deutsche Bundesbahn und die nichtbundeseigenen Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs auskunftspflichtig. Die Meldungen der einzelnen Eisenbahngesellschaften werden zentral vom Statistischen Bundesamt zusammengestellt und so veröffentlicht, daß die Ergebnisse des Verkehrsgebietes Hamburg ablesbar sind⁷⁾. Hamburgs Verkehr auf Eisenbahnen erreichte im Jahre 1973 einen Umfang von 19,2 Mio t. Davon entfällt ein Anteil von 6,5 Mio t auf den grenzüberschreitenden Verkehr. Die wichtigsten über die Grenze transportierten Güter waren Eisenerz, Futtermittel, Früchte und Gemüse sowie Getreide. Die bedeutendsten Partnerländer waren die DDR, die Tschechoslowakei, Österreich, die Schweiz und Italien.

Die Statistik des Güterfernverkehrs mit Kraftfahrzeugen

Das Zahlenmaterial dieser Erhebung umfaßt sowohl den Fernverkehr mit Lastkraftfahrzeugen, die im Gebiet der Bundesrepublik ihren Standort haben, als auch den grenzüberschreitenden Verkehr ausländi-

⁷⁾ Siehe: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Fachserie H, Verkehr, Reihe 4: „Eisenbahnverkehr.“

scher Kraftfahrzeuge⁸⁾. Dabei wird der Verkehr mit Lastkraftfahrzeugen der Bundesrepublik repräsentativ erhoben, und zwar wird beim gewerblichen Güterfernverkehr jeder dritte Frachtbrief, beim Werkfernverkehr⁹⁾ jeder neunte Beförderungsfall ausgewertet. Der grenzüberschreitende Verkehr ausländischer Kfz wird dagegen total einbezogen¹⁰⁾.

Die Güterbewegungen im Fernverkehr mit Lastkraftfahrzeugen der genannten Verkehrsarten werden zu Übersichten zusammengefaßt, die einen Vergleich insbesondere mit den Ergebnissen des Eisenbahn- und Binnenschiffsverkehrs ermöglichen. Die Veröffentlichung wird von der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr in Zusammenarbeit mit dem Kraftfahrt-Bundesamt erstellt und weist auch die für Hamburg relevanten Ergebnisse aus¹¹⁾. So wurden für Hamburg im Jahre 1973 rund 14,2 Mio t Güter auf Kraftfahrzeugen befördert, wovon 2,1 Mio t auf den grenzüberschreitenden Verkehr entfielen. Ein großer Teil der beförderten Güter waren Früchte und Gemüse sowie Fleisch, Eier und Milch. Die wichtigsten Partnerländer waren hierbei Dänemark, Holland, Belgien und Frankreich.

Die Statistik des Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen

Der Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen – ein Teilstück der Binnenschiffahrtsstatistik – ist für Hamburg ebenfalls von großer Bedeutung. Die Abgrenzung der Binnenschiffahrt (ohne Hafenverkehr) gegenüber dem Seeverkehr erfolgt mit Hilfe von Seegrenzen. So gelten nicht mehr als Binnenschiffsverkehr die Warenbewegungen, die z. B. über die Seegrenze der Elbe bei Cuxhaven hinausgehen.

Im Gegensatz zum Güterverkehr auf Eisenbahnen und Lastkraftfahrzeugen wird die Binnenschiffahrtsstatistik in Hamburg selbst aufbereitet und veröffentlicht. Von den Transporten auf Binnenschiffen in Höhe von 9,4 Mio t entfielen im Jahre 1973 1,5 Mio t auf den Verkehr mit dem Ausland, fast ausschließlich Transitverkehre mit der DDR und der CSSR.

4. Unternehmensstatistiken

Bei den Unternehmensstatistiken ist der Ansatzpunkt für die Erhebung von Zahlenmaterial nicht – wie bisher geschildert – ein Handels- oder Transportvorgang (funktionaler Aspekt), sondern eine wirtschaftliche Institution, das Unternehmen. Im Rahmen von verschiedenen Statistiken werden die Unternehmen nach zahlreichen Merkmalen, darunter auch nach außenhandelsrelevanten Tatbeständen, befragt.

Neben diesem methodischen läßt sich auch ein rein erhebungstechnischer Unterschied zwischen den bis-

⁸⁾ Eine nicht unbeträchtliche Lücke entsteht für Hamburg dadurch, daß der Verkehr mit Fahrzeugen der DDR nicht einbezogen ist.

⁹⁾ Im Werkfernverkehr wird jedoch grundsätzlich nur die Beförderung von Gütern mit Lastkraftfahrzeugen von mehr als 1 t Nutzlast erfaßt. Transporte mit kleineren Lkw bleiben unberücksichtigt.

¹⁰⁾ Der Vollständigkeit halber sei angemerkt, daß auch der grenzüberschreitende Lkw-Verkehr der Deutschen Bundesbahn total erhoben wird.

¹¹⁾ Siehe Bundesanstalt für den Güterfernverkehr (Hrsg.) und Kraftfahrt-Bundesamt: „Der Fernverkehr mit Lastkraftfahrzeugen im Jahre ...“

herigen und den folgenden Statistiken feststellen. Wurden bisher Sekundärstatistiken erläutert, in denen die amtliche Statistik die zu ermittelnden Angaben nicht direkt von einzelnen Wirtschaftssubjekten einholen muß, sondern von anderen Sammelstellen zur Verfügung gestellt bekommt, so wenden wir uns jetzt Primärstatistiken zu, bei denen die erhebende Stelle direkt das einzelne Unternehmen anspricht, um zu den Informationen zu gelangen.

Auf die enormen grundsätzlichen Unterschiede beider Erhebungsarten kann hier nicht eingegangen werden. Man sollte jedoch wissen, daß die im folgenden erörterten Statistiken eine Fülle von Material bieten, wobei die uns in diesem Zusammenhang interessierenden außenwirtschaftlich relevanten Tatbestände nur ein Bruchstück sind.

Handels- und Gaststättenzählung sowie Großhandelsstatistik

Die Handels- und Gaststättenzählungen (kurz HGZ) sind in unregelmäßigen Zeitabständen (zuletzt 1968) durchgeführte Großzählungen, bei denen die Firmen mehrerer Wirtschaftsbereiche total erfaßt und unter anderem nach Umsatz und Wareneingang befragt werden, darunter auch der institutionelle Großhandel, d. h., alle Unternehmen, die schwerpunktmäßig dieses Gewerbe betreiben. Großhandel im Sinne der amtlichen Statistik liegt vor, wenn Handelsware ohne wesentliche Bearbeitung in eigenem Namen an Unternehmen abgesetzt wird, die sie weiterverkaufen. Dabei ist es im Prinzip unerheblich, ob die Waren aus dem Ausland bezogen oder in das Ausland verkauft werden. Unter den Großhandelsunternehmen gibt es eine ganze Reihe von Firmen, deren Aktivität überwiegend auslandsbezogen ist. Die Unterscheidung dieser Fir-

Tabelle 2

Die Unternehmen des Großhandels in Hamburg, ihr Umsatz und Wareneingang sowie ihre Ausfuhr und Einfuhr nach Arten des Großhandels

Arten des Großhandels	Unternehmen	Umsatz		Wareneingang	
		insgesamt	darunter Ausfuhr und Transithandels-geschäfte	insgesamt	darunter Einfuhren und Transithandels-käufe
		30. 9. 1968			
Anzahl	Mrd DM				
	1	2	3	4	5
Großhandel insgesamt	6 966	28,8	6,0	25,5	10,5
davon Unternehmen des Binnengroßhandels	4 021	6,6	0,2	5,5	0,3
Unternehmen des Außenhandels	2 945	22,2	5,8	20,0	10,2
davon Einfuhrhändler ...	1 755	14,2	0,7	12,9	6,7
Ausfuhrhändler ...	325	1,0	0,8	0,9	–
Ein- und Ausfuhrhändler ...	865	7,0	4,3	6,2	3,5

men von den Binnengroßhändlern erfolgt nach dem Anteil des Auslandsabsatzes am Umsatz und/oder des Warenbezuges aus dem Ausland am gesamten Wareneingang (jeweils mindestens 50 %). Wenn es sich danach um einen Außenhändler handelt, wird je nach dem Verhältnis dieser beiden Anteile zueinander von Einfuhr- und/oder Ausfuhrhändler gesprochen.

Die HGZ 1968 ergab für den Großhandel in Hamburg, daß zwar weniger als die Hälfte der Unternehmen sich überwiegend mit dem Außenhandel befassen, daß sie andererseits aber drei Viertel des gesamten Großhandelsumsatzes und sogar vier Fünftel des Wareneinganges bestreiten (Tabelle 2). Daran kann man ermessen, wie stark dieser Wirtschaftsbereich in Hamburg außenwirtschaftlich orientiert ist. Daneben darf nicht übersehen werden, daß auch einige Binnengroßhändler Aus- und Einfuhren „nebenbei“ tätigen.

Um die Umsatzentwicklung des Großhandels in Hamburg als dem bedeutendsten Platz dieses Wirtschaftsbereiches in der Bundesrepublik im Laufe der Jahre darzustellen, werden aufgrund der HGZ-Ergebnisse für eine repräsentative Stichprobe eine Reihe Firmen ausgewählt, die monatlich ihren Umsatz und ihre Beschäftigtenzahl melden. Die Ergebnisse dieser laufenden Umsatzstatistik werden untergliedert nach wirtschaftssystematischen Gesichtspunkten und innerhalb dieser nach Binnengroß- und Außenhändlern.

Bei einer Interpretation der Monatszahlen ist zu beachten, daß die Umsatz-Meßzahlen eine exakte Aussage über die Entwicklung des Außenhandels nicht zulassen. So sind in den Ergebnissen für die Außenhändler die Umsätze der Einfuhrhändler mit berücksichtigt, die jedoch oft nur auf der Wareneingangsseite auslandsverbunden sind, auf der Umsatzseite dagegen meist als Anbieter auf dem Binnenmarkt auftreten. Auf der anderen Seite liegen keine aktuellen Angaben über die Entwicklung des Wareneingangs aus dem Ausland vor. Die ermittelten Meßzahlen sagen also lediglich etwas aus über die Umsatzentwicklung von Unternehmen, die aufgrund der Zusammensetzung ihres Umsatzes bzw. Wareneingangs im Jahre 1967 einer der erwähnten Kategorien zugeordnet wurden. Daß die außenwirtschaftliche Tätigkeit der Repräsentativunternehmen nach Jahren noch die gleiche ist wie damals und daß der Umfang der außenwirtschaftlichen Tätigkeit der Binnengroßhändler sich inzwischen nicht nennenswert geändert hat, wird zwar vermutet, ist aber ebenfalls nicht bekannt. Mit Hilfe der Ergebnisse der laufenden repräsentativen Großhandelsstatistik kann also nur mittelbar etwas über die Entwicklung des Außenhandels ausgesagt werden.

Industrieberichterstattung

Ganz anders jedoch sieht es bei der Industriestatistik aus. Im Rahmen der Industrieberichterstattung wird monatlich von allen Industriebetrieben mit 10 und mehr Beschäftigten neben anderen Erhebungsmerkmalen auch der Auslandsumsatz von Waren aus eigener Herstellung erfragt. Die Betriebsergebnisse werden nach Industriezweigen untergliedert. Als Auslandsumsatz gelten alle direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger im Ausland sowie Lieferungen an Firmen im Inland, die diese Waren ohne wei-

tere Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen. Dabei können die Firmen zwar exakt Auskunft geben über ihre direkten Auslandsgeschäfte; der über Exporthändler abgewickelte Teil der Ausfuhren dürfte dagegen weit weniger genau angegeben sein, da der weitere Weg der Waren nicht mehr im Beobachtungsbereich der Industrieunternehmen liegt. Die Ergebnisse werden wirtschaftssystematisch nach dem Schwerpunkt des Betriebes untergliedert und lassen das Ausmaß der außenwirtschaftlichen Abhängigkeit auf der Absatzseite erkennen, nicht jedoch Menge und Verbleib der Waren im Ausland.

An der Spitze der hamburgischen Industriegruppen mit hohem Auslandsumsatz stehen der Maschinenbau, der Schiffbau, die elektrotechnische sowie die NE-Metallindustrie. Vom gesamten Industrieumsatz im Jahre 1973 (23 Mrd DM) entfielen mit 3,8 Mrd DM etwa 17% auf den Auslandsumsatz, wovon wiederum 60% von den genannten vier Industriegruppen erzielt wurden. An dieser Stelle sei nur am Rande darauf hingewiesen, daß Hamburgs Industriebetriebe als Bezieher von Rohstoffen (rohes Erdöl, NE-Metalle, Holz, Getreide, Ölsaaten, Tabak, Kaffee, Tee) wesentlich enger mit dem Weltmarkt verbunden sind als auf der Anbieterseite. Hierüber liefert jedoch die laufende Industrieberichterstattung keine Zahlen.

Hafenbezogene Unternehmenserhebungen

Wie eingangs erwähnt, ist es ohne Hilfskonstruktionen nicht möglich, eine Verbindung zwischen den Unternehmensstatistiken einerseits und den Außenhandels- und Verkehrsstatistiken andererseits herzustellen. Nun ist der Gedanke natürlich verlockend, einmal im einzelnen zu untersuchen, welche Bedeutung der Hamburger Hafen für die einzelnen Wirtschaftszweige hat. Dies kann dadurch geschehen, daß man durch Sondererhebungen zu erfassen sucht, in welchem Ausmaß Umsätze oder Warenbezüge über den Hafen laufen.

Für den **G r o ß h a n d e l** wurde im Rahmen der HGZ 1968 die Zusatzerhebung „Hafen Hamburg“ durchgeführt, in der nach dem Anteil der Lieferungen in oder über den Hafen Hamburg am gesamten Umsatz und nach dem Anteil der Bezüge über den Hafen Hamburg am gesamten Wareneingang gefragt wurde. In den ermittelten Zahlen, die von allen Großhändlern geliefert werden sollten, also auch von Binnengroßhändlern, sind natürlich auch in unbekanntem Umfang Angaben enthalten, die nicht direkt etwas mit dem Außenhandel zu tun haben. So stammt z. B. eine Ware, die im Freihafen lagert und weiterverkauft wird, zwar aus dem Hafen, ist aber vom Zweitkäufer nicht mehr selbst importiert. Aus dem gewonnenen Material ließ sich nur die Hafenverbundenheit der Unternehmen auf der Absatz- und Bezugsseite feststellen, nicht jedoch, in welchem Umfang diese Aktivitäten direkt Außenhandel darstellten. Eine Präzisierung der Fragestellung wäre sicher wünschenswert gewesen, hätte aber für die Unternehmen einen erheblichen Mehraufwand bedeutet.

Die Ergebnisse zeigen, daß 45% aller Großhandelsfirmen in Hamburg hafenverbundene Aktivitäten aufweisen. 23% des gesamten Großhandelsumsatzes so-

wie 28% des gesamten Wareneinganges berühren den Hafen. Die Abhängigkeit der einzelnen hafenverbundenen Unternehmen kann natürlich je nach Branche wesentlich höher oder niedriger sein. Mehr als jeweils drei Viertel des gesamten Umsatzes und des gesamten Wareneinganges im Großhandel wurden von hafenverbundenen Unternehmen getätigt. Sind auf der Liefersseite die Branchen des Großhandels mit Fertigwaren stärker vertreten, so dominieren auf der Einfuhrseite z. B. besonders die Gemüse- und Obstlieferungen sowie Rohprodukte, wie Kaffee, Tee oder Rohkakao.

Bei den Unternehmen der Industrie wurde im Rahmen der Jahreserhebung 1963 ebenfalls nach dem hafenbezogenen Umsatz und Wareneingang gefragt. Beide Angaben waren zusätzlich zu untergliedern nach Waren, die nur das Hafengebiet berührten einerseits und nach solchen, die per Schiff über den Hamburger Hafen geleitet wurden. Die Untergliederung war deshalb nötig, weil im Hafengebiet eine ganze Reihe großer Industrieunternehmen ansässig ist. Zulieferungen an diese Firmen mußten daher von den direkten Exporten über den Hafen ebenso isoliert werden wie die Bezüge von diesen Unternehmen von den Importen aus dem Ausland. Vom Gesamtumsatz aller Industrieunternehmen in Hamburg mit 10 und mehr Beschäftigten gingen 1963 etwa 4% als Lieferungen über den Hafen Hamburg und rund 3% als Lieferungen in das Hafengebiet. Dieser Anteil von insgesamt 7% des Umsatzes, den man als „hafenverbundenen Umsatz“ bezeichnen könnte, scheint überraschend gering zu sein. Bei der Bewertung dieser Relation darf aber nicht vergessen werden, daß hierbei die Ergebnisse von Unternehmen zugrunde liegen, in denen auch Umsätze enthalten sind, die nicht in Hamburg, sondern von Zweigniederlassungen in anderen Bundesländern getätigt worden sind. Dieser Unternehmensumsatz betrug 1963 fast 30 Mrd DM, während die Industriebetriebe (örtliche Einheiten) in Hamburg – nach der monatlichen Industrierichterstattung, die allerdings einen etwas anders abgegrenzten Berichtskreis umfaßt – im gleichen Jahr einen Umsatz von knapp 14 Mrd DM hatten. Wenn man annimmt, daß es vorwiegend die Betriebe (örtliche Einheiten) in Hamburg waren, deren Umsatz teilweise über bzw. in den Hafen Hamburg gingen, kann man den „hafenverbundenen Umsatz“ der hamburgischen Industriebetriebe 1963 auf etwa 15% ihres Gesamtumsatzes schätzen. Entsprechend den Anteilen der Unternehmensumsätze entfielen knapp 9% auf Lieferungen über den Hafen und etwas mehr als 6% auf Lieferungen in das Hafengebiet.¹²⁾ Das eben aufgezeigte Verhältnis zwischen Umsatz nach Betrieben und – etwa doppelt so hohem – Umsatz nach Unternehmen in Hamburg trifft natürlich in dieser Größenordnung nur für die gesamte Industrie zu. Für einzelne Industriegruppen und -zweige gibt es erhebliche Abweichungen.

Man kann die Ergebnisse der Befragungen nach der Hafengebundenheit kombinieren mit der nach dem Auslandsumsatz. Während 9% der Industrieumsätze über den Hamburger Hafen gingen, zeigte sich andererseits für 1963, daß 12% des Gesamtumsatzes Ex-

porte darstellten. Durch Differenzbildung (3%) hat man etwa eine Vorstellung von der Größenordnung, in der Auslandsumsätze in der Industrie getätigt werden, die nicht über den Hafen gehen.

Auf der Eingangsseite ließen sich dagegen – anders als im Großhandel – die Warenbezüge über den Hamburger Hafen nicht mit dem gesamten Wareneingang hamburgischer Industrieunternehmen in Beziehung setzen, da dieser nicht laufend erfragt wird. Es wurde jedoch eine Hilfskonstruktion gefunden, um Annäherungswerte zu gewinnen. Für die Gesamtheit der örtlichen Einheiten hamburgischer Industrieunternehmen war es aus Erfahrungswerten möglich, annähernd den Materialverbrauch im Jahre 1963 zu schätzen (rund 7 Mrd DM). Unter der Annahme, daß die Bezüge der Industrieunternehmen mit Sitz in Hamburg über den Hafen und aus dem Hafengebiet für deren Betriebe in Hamburg bestimmt und Lagerbestandsveränderungen von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen unbedeutend waren, ergibt sich, daß 1963 etwa 38% des Materialverbrauchs dieser Betriebe „hafenverbunden“ waren. Davon entfielen etwas mehr als 31% auf Bezüge über den Hafen und knapp 7% auf Bezüge aus dem Hafengebiet.

5. Vergleich der einzelnen Statistiken

Bei einer Kombination einzelner Statistiken muß man berücksichtigen, daß sie gänzlich verschiedenen Fragestellungen unterliegen und auf verschiedenen Methoden beruhen. Im folgenden soll dargestellt werden, ob es möglich ist, irgendwelche sachlichen Verbindungen zwischen einzelnen Statistiken herzustellen, sei es, daß die Ergebnisse direkt verglichen werden oder daß die Ergebnisse sich so ergänzen, daß man also zusätzliche Informationen erhält. Allerdings können einige Statistiken untereinander überhaupt nicht in Verbindung gebracht werden, obwohl sie rein äußerlich sich sehr ähnlich sehen. Dies gilt z. B. ganz offensichtlich für die Ausfuhr des Landes Hamburg und die Angaben über die Ausfuhr hamburgischer Exporteure. Im folgenden sollen vor allem die Vergleichsmöglichkeiten zwischen Außenhandelsstatistik und Seeverkehrsstatistik einerseits und den Unternehmensstatistiken andererseits erörtert werden.

Vergleich Außenhandels- und Verkehrsstatistik

Am interessantesten ist die Gegenüberstellung des Güterverkehrs über See mit der Statistik des Außenhandelsverkehrs, da beide statistischen Systeme sich im wesentlichen mit den gleichen wirtschaftlichen Vorgängen – Umschlag im Hamburger Hafen – befassen. Zwar besteht eine Reihe vergleichshemmender Methodikprobleme, die sich jedoch teilweise ausräumen lassen. Der Vergleich zwischen diesen Statistiken erfolgt sowohl für Kontrollzwecke als auch, um Lücken zu füllen oder Anhaltspunkte für grobe Schätzungen dadurch zu erhalten, daß man versucht, Angaben aus dem einen System in das andere zu transponieren. Die für die Umrechnung erforderlichen zahlreichen Informationen aus verschiedenen Quellen sind dem Konsumenten der statistischen Veröffentlichungen im allgemeinen nicht zugänglich. An dieser Stelle sollen die

¹²⁾ Siehe „Hamburg In Zahlen“, Jg. 1966, November-Heft: „Lieferungen und Bezüge der Industrieunternehmen mit Sitz in Hamburg über den Hamburger Hafen 1963.“

einzelnen Faktoren erläutert werden, die man braucht, um die unterschiedlichen Angaben umzurechnen und gleichnamig zu machen. Auf ein notwendigerweise kompliziertes Rechenbeispiel soll hier verzichtet werden. Die nachstehende Übersicht verdeutlicht den zugrunde liegenden Sachverhalt:

Verkehrsstatistik	Außenhandelsstatistik
✗ Küstenverkehr ✗ Zwischenauslandsverkehr	Spezialhandel + Lagerverkehr (Saldo) = Generalhandel + Durchfuhr (einschl. Durchgang in die DDR) + Verpackungsgewicht
Unterschiede Erfassungszeitpunkt Abschneidegrenze	
↓	↓
500 kg	2 000 DM (ab 1974)

Im Güterverkehr über See werden Güterströme erfaßt, die in der Außenhandelsstatistik nicht enthalten sind, obwohl sie den Hafen berühren. Im wesentlichen handelt es sich dabei um den Seeverkehr zwischen deutschen Gebieten im Küstenverkehr sowie um den Seeverkehr im Zwischenauslandsverkehr. Beim sogenannten „Küstenverkehr“ liegt ein Transport deutscher Waren zwischen deutschen Gebietsteilen über See ohne Umladung in ausländischen Häfen (z. B. Bremen – Hamburg) vor. Der Küstenverkehr wird in der Hamburger Statistik des Güterverkehrs zur See gesondert ausgewiesen, so daß sein Umfang mengenmäßig bekannt ist. Im sogenannten „Zwischenauslandsverkehr“ werden deutsche Waren zwischen deutschen Gebietsteilen über See mit Umladung in ausländischen Häfen transportiert. Der so definierte Auslandsverkehr wird in der Seeverkehrsstatistik nicht gesondert nachgewiesen, da nach der Konstruktion dieser Statistik das Ein- bzw. Ausladeland aufgezeichnet wird. Erfahrungsgemäß spielt sich fast der gesamte Zwischenauslandsverkehr Hamburgs über Rotterdam ab, und zwar in der Form, daß die Güter mit Binnenschiffen aus dem Rhein-Ruhr-Gebiet nach Rotterdam gebracht und dort auf ein Seeschiff umgeladen und nach Hamburg transportiert werden (bzw. weniger ausgeprägt auch in umgekehrter Richtung). Statt des deutschen Verkehrsbezirks erscheint in der Seeverkehrsstatistik dann der niederländische. Der Umfang des Zwischenauslandsverkehrs kann also nicht exakt ermittelt werden. Mit Hilfe niederländischer Statistiken und durch eine vergleichende Betrachtung des Empfangs bzw. des Versands der norddeutschen Küstenverkehrsbezirke kann der Zwischenauslandsverkehr aber geschätzt werden.

Bei dem hier angestrebten Vergleich müssen die Einfuhr- und Ausfuhrzahlen aus der Spezialhandelsdarstellung durch Berücksichtigung des Saldos aus dem Lagerverkehr in eine Generalhandelsdarstellung transformiert werden. Anschließend ist die Durchfuhr

(einschließlich Durchgang in bzw. aus der DDR) hinzuzufügen.

Das nächste Problem resultiert daraus, daß die Güter von den Verkehrsstatistiken mit ihrem Brutto-, von der Außenhandelsstatistik jedoch mit ihrem Nettogewicht erfaßt werden. Um bessere Vergleichsmöglichkeiten zu erhalten, erscheint es zweckmäßig, die Bruttogewichte zugrunde zu legen. Die Angaben der Außenhandelsstatistik müssen daher von Netto- in Bruttotonnen umgerechnet werden. Für diese Umrechnung wurden in Hamburg vor Jahren Tarierungsfazstzahlen errechnet. Man rechnete global in der Einfuhr mit 0,75% Tara, in der Ausfuhr mit 3,5%, da hier der Anteil der „verpackten“ Güter erheblich höher ist als bei der Einfuhr, wo die Massengüter überwiegen. Inwieweit diese Globalwerte heute noch Gültigkeit besitzen, läßt sich ohne umfangreiche Sonderauswertung kaum zutreffend angeben.

Nach all diesen Umrechnungen verbleiben noch Unterschiede, die sich auf folgende Faktoren zurückführen lassen: Zunächst sei an dieser Stelle auf die Tatsache hingewiesen, daß bei Statistiken, die aufgrund verschiedener Erhebungspapiere erstellt werden, das Problem zeitlicher Überschneidungen eine Rolle spielt. Je nach dem Eingang der statistischen Unterlagen kann der gleiche Transport unter Umständen in beiden Statistiken in verschiedenen Berichtsperioden liegen, ein „Fehler“, der nicht zu vermeiden ist. Ein weiteres Problem liegt in den unterschiedlichen Abschneidegrenzen beider Erhebungen, die aus Rationalisierungsgründen eingeführt werden mußten. So bleiben bei der Seeverkehrsstatistik alle Sendungen mit einem Gewicht unter 500 kg unberücksichtigt, während man beim Außenhandel (seit 1974) auf alle Posten unter 2 000 DM verzichtet.

Schließlich sei auf den unterschiedlichen Nachweis der Warenpositionen hingewiesen. Zwar hat dies keinen Einfluß auf Globalvergleiche, um so mehr jedoch, wenn es sich darum handelt, einzelne Güterpositionen vergleichend zu betrachten. Während Hamburg in der Außenhandelsstatistik 852 verschiedene Warenpositionen aufweist, beschränken sich die Verkehrsstatistiken auf 411 Gütergattungen. In den Durchfuhrtabellen, die wir ja ebenfalls zum System der Außenhandelsstatistiken rechnen, erfolgt dagegen der Nachweis der Waren in der noch gröberen Gliederung nach 216 Positionen.

Wie wir gesehen haben, lassen sich die methodischen Unterschiede der Außenhandelsstatistiken und der Statistik des Güterverkehrs zur See weitgehend durch Umrechnungen und Schätzungen beseitigen. Ohne daß die Berechnungen hier wiederholt werden sollen, sei nur erwähnt, daß vor einiger Zeit die theoretischen Überlegungen zahlenmäßig überprüft wurden.

Es ergab sich damals, daß nach allen notwendigen Umrechnungen die verbleibenden Differenzen zwischen den beiden Statistiken im Eingang 0,5%, im Ausgang 1% zugunsten der Außenhandelsstatistik betragen. Diese Differenzen sind durch die Schätzungen des Zwischenauslandsverkehrs, die verhältnismäßig groben Tarierungsrichtzahlen und durch mögliche zeitliche Überschneidungen zu erklären.

Vergleich Unternehmens- und Außenhandelsstatistiken

Sehr viel problematischer noch ist der Versuch, die Angaben über Auslandsumsätze aus Hamburger Wirtschaftsbereichen in Verbindung zu bringen z. B. zur Statistik der hamburgischen Im- und Exporteure. So kann aus verschiedenen Gründen der Auslandsumsatz der hamburgischen Industrie nicht gleichgesetzt werden mit der Ausfuhr der hamburgischen Exporteure, die wesentlich umfassender ist. Zu den Exporteuren rechnen außer den Industriefirmen unter anderem auch zahlreiche Händler mit großen Umsätzen, die nicht auf Vorleistungen der hamburgischen Industrie beruhen.¹³⁾ Ferner wickeln viele Firmen mit Sitz in Hamburg ihre Auslands-geschäfte dergestalt ab, daß die Waren Hamburg gar nicht berühren. Sie werden trotzdem natürlich im Ergebnis der Hamburger Exporteure erfaßt, nicht jedoch in der Industrieberichterstattung. Die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs der hamburgischen Exporteure liefert zwar Angaben über Menge, Wert, Art und Richtung der Warenströme; sie erlaubt es jedoch nicht, die dahinterstehenden Firmen nach unternehmensbezogenen Kriterien zu untergliedern. So ist es nur sehr schwer möglich, Anhaltspunkte aus der Exporteurstatistik hinsichtlich der Warengliederung zu übertragen auf die wirtschaftssystematisch gegliederte Unternehmensstatistik. Häufig sind nämlich im Halb- bzw. Fertigwarenbereich bestimmte Produktgruppen in der Exportstatistik in einer Warenposition zusammengefaßt, obwohl sie von einer Vielzahl von Firmen unterschiedlicher Branchen produziert wurden, eine Folge der nach dem Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit arbeitenden Unternehmensstatistiken.

Ganz ähnliche Vergleichshemmnisse treten auf, wenn man zu den Stichjahren der Handelszensus Vergleiche zwischen dem Auslandsumsatz Hamburger Großhändler und der Exporteurstatistik anstellen würde. Eine Addition der bisher behandelten Wirtschaftsbereiche verbietet sich schon insofern, als in der Industrieberichterstattung z. B. ein Teil der von Großhändlern exportierten Ware als Auslandsumsatz mit angegeben wird, so daß hier also zusätzlich Doppelzählungen auftreten würden.

Ebenso problematisch ist eine Gegenüberstellung des industriellen Auslandsumsatzes etwa mit der Ausfuhr des Landes Hamburg. Auf den ersten Blick liegt dies vielleicht nahe, da bei der Ausfuhr im wesentlichen die in Hamburg be- oder verarbeiteten Waren erfaßt werden. Es sind jedoch auch noch andere Waren inbegriffen, die nicht unbedingt aus der Pro-

duktion hamburgischer Betriebe stammen. Den in Hamburg gewonnenen oder hergestellten stehen statistisch die Waren gleich, die in anderen Gebieten produziert, aber anschließend hier so verwendet wurden, daß sie der hiesigen Wirtschaft zuzurechnen sind. Hierunter können die verschiedensten Güter fallen, z. B. gebrauchte Schiffe oder Kraftfahrzeuge ebenso wie Kunstgegenstände oder Sammlerstücke, außerdem grundsätzlich alle die Waren, deren Herstellungsland nicht bekannt ist. So problematisch eine Gegenüberstellung der globalen Wertansätze beider Statistiken auch sein mag, so kann die Ausfuhrstatistik in einem Punkt doch eine nützliche Ergänzung der Industrieberichterstattung bilden; sie kann nämlich angeben, wohin die Erzeugnisse des Produzierenden Gewerbes in Hamburg im wesentlichen hingehen, eine Information, die aus der Industrieerhebung nicht zu erhalten ist.

Der Vollständigkeit halber soll weiterhin erwähnt werden, daß der Umsatz des institutionellen Außenhandels, wie er aufgrund des Auslandsanteils am Umsatz bzw. Wareneingang in dem Handelszensus und in der Großhandelsberichterstattung dargestellt wird, natürlich überhaupt keine Vergleichsmöglichkeiten zur Im- oder Exporteurstatistik bietet. Dem Schwerpunktsprinzip entsprechend entfallen nämlich beim institutionellen Außenhandel auch erhebliche Teile des Umsatzes bzw. Wareneingangs auf den Binnenhandel.

Zum Abschluß soll noch auf den Vergleich zwischen den hafenbezogenen Unternehmenserhebungen und der Statistik hamburgischer Im- und Exporteure eingegangen werden. So gibt der Teil der Im- und Exporteurstatistik, der sich mit den über den Hamburger Hafen dirigierten Warenströmen befaßt, Auskunft darüber, aus welchen Ländern die Warenbezüge stammten bzw. wohin Exporte bestimmt waren. Mit etwa den gleichen wirtschaftlichen Vorgängen befassen sich von der institutionellen Seite her die hafenbezogenen Unternehmenserhebungen. Zwar taucht auch hier die Schwierigkeit auf, daß die Warenpositionen des Außenhandels kein unmittelbares Äquivalent in der wirtschaftssystematischen Gliederung der Unternehmenserhebungen findet. Da aber immerhin die Unternehmen nach dem Schwerpunkt der von ihnen hergestellten bzw. gehandelten Waren zugeordnet werden, sind zumindest in solchen Branchen gewisse Vergleiche möglich, in denen die Umsatz- bzw. Wareneingangsstruktur nicht allzu komplex ist. In diesen Fällen können mit der gebotenen Vorsicht zumindest gute Anhaltspunkte über die regionale Verflechtung mit dem Ausland gewonnen werden.

Erich Walter

¹³⁾ Im Kreis der zur Industrieberichterstattung meldenden Unternehmen sind außerdem die Betriebe mit bis zu neun Beschäftigten nicht enthalten, auch wenn sie Auslandsumsätze tätigen.

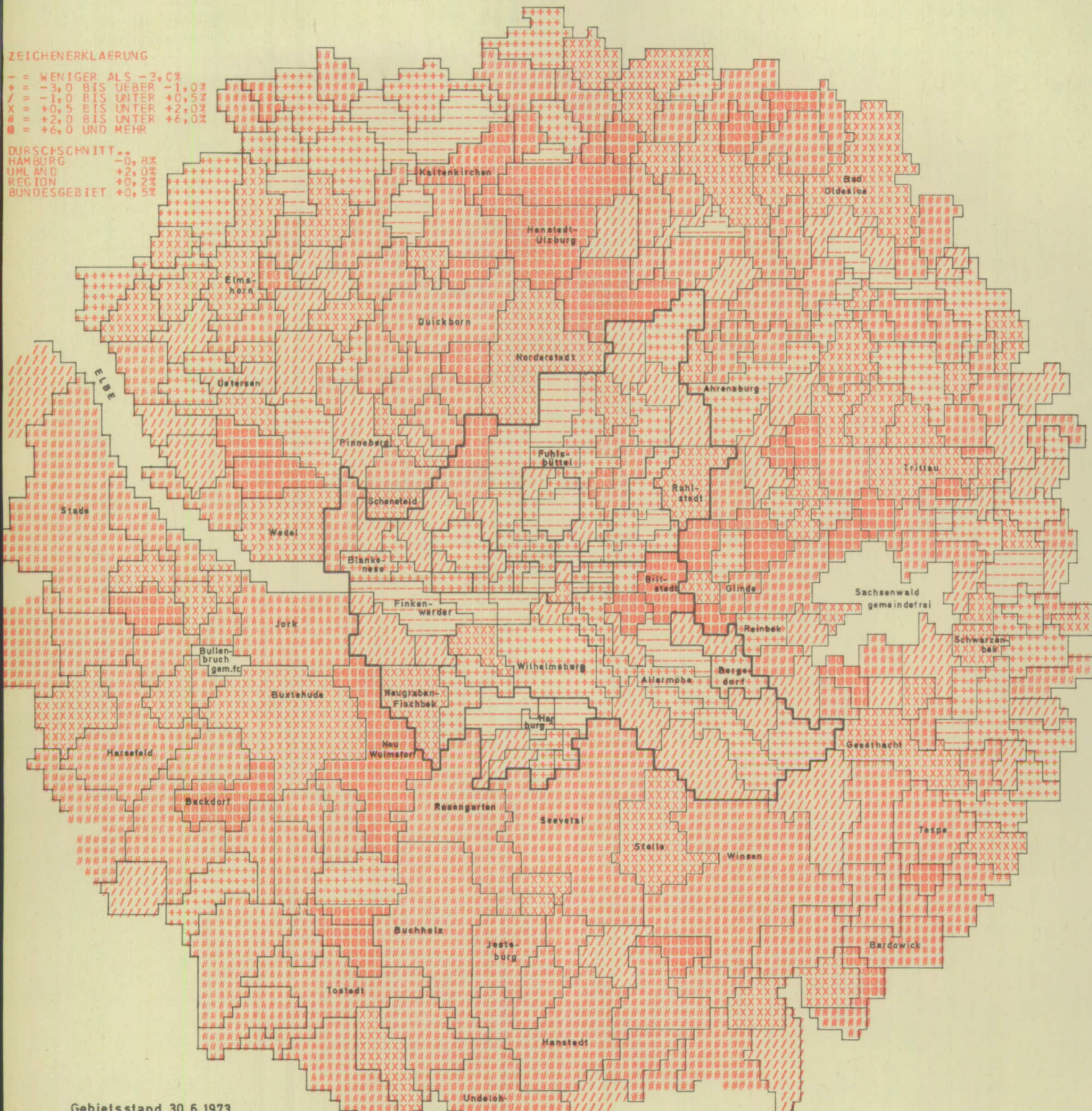
COMPUTERKARTE REGIONALDATEI

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG IN DER REGION HAMBURG/UMLAND 31.12.1972 BIS 31.12.1973 IN %

ZEICHENERKLÄRUNG

- = WENIGER ALS -2,0%
 + = -3,0 BIS ÜBER -1,0%
 / = +0,0 BIS UNTER +2,0%
 # = +2,0 BIS UNTER +4,0%
 ■ = +4,0 BIS ÜBER +6,0%

DURSCHNITT
 HAMBURG -0,8%
 UMLAND +2,0%
 REGION +0,2%
 BUNDESGBIET +0,5%



Gebietsstand 30.6.1973

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1974	August 1974	September 1974	September 1973
		1965	1973				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte *)							
Luftdruck	mm *)	759,7	762,3	759,6	762,9	758,4	761,8
Lufttemperatur	°C	8,6	9,5	15,5	17,8	14,2	14,9
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	79	78	72	75	78
Windstärke	Meßzahl *)	3	3	3	3	3,4	3
Bewölkung	" *)	7	5	6	4,7	5,2	5
Summenwerte *)							
Niederschlagshöhe	mm	981	701	149	65,4	54	57
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 660	184	209	129,5	143
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	79	1	0	1	4
Tage mit Niederschlägen	"	256	240	28	14	19	18
Sommertage	"			1	6		3
				April 1974	Mai 1974	Juni 1974	Juni 1973
Bevölkerung							
1. Bevölkerungszustand (Monatsende *)							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	245,0	243,2	242,7	242,4	244,4
" Altona	"	264,3	252,9	251,5	250,6	250,3	252,9
" Eimsbüttel	"	264,6	251,3	250,1	250,0	249,7	250,9
" Hamburg-Nord	"	401,3	335,7	329,5	328,7	328,3	335,5
" Wandsbek	"	357,5	378,0	379,5	379,6	380,0	378,2
" Bergedorf	"	82,6	93,7	93,0	92,8	92,8	93,7
" Harburg	"	199,0	201,8	199,6	199,2	196,9	201,7
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 758,4	1 745,9	1 743,6	1 742,4	1 757,3
dav. männlich	"	861,9	815,0	810,7	809,6	809,1	814,5
weiblich	"	995,0	943,4	935,2	934,0	933,3	942,8
dar. Ausländer *)	"	59,8	122,7	131,3	131,7	131,5	122,1
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen *)	Anzahl	1 510	930	812	1 252	815	1 180
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	6,3				8,2
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 139	1 099	1 257	1 212	1 229
dar. unehelich	"	143	105	100	128	110	92
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	7,8				8,5
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"						
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	9,3	9,0	10,4	9,08	7,49
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 156	2 027	2 459	1 957	2 117
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	27	23	28	13	28
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	13,6	14,7				14,7
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"						
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene *)	"	17,2	23,6	20,2	24,1		23,5
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	+ 123	- 1 017	- 92,8	- 1 202	- 745	- 888
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 0,8	- 6,9				- 6,1
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen über die Landesgrenzen Hamburgs	Anzahl	6 174	6 337	6 117	5 181	5 192	5 557
Fortgezogene Personen über die Landesgrenzen Hamburgs	"	6 553	6 536	6 983	6 235	5 676	6 266
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	- 379	- 199	- 866	- 1 054	- 484	- 709
dav. männlich	"	- 37	+ 83	- 473	- 596	- 164	- 206
weiblich	"	- 342	- 282	- 393	- 458	- 320	- 503
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 455	16 155	14 488	12 560	12 474
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	"	1 542	1 669	1 865	1 640	1 536	1 476
dar. angrenzende Kreise **)	"	835	1 110	1 241	1 160	1 048	1 026
Niedersachsen	"	1 091	1 000	1 191	989	910	819
dar. angrenzende Kreise **)	"	272	379	501	458	332	337
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 466	1 595	1 206	1 204	1 337
Ausland und Sonstige **)	"	1 535	2 202	1 466	1 346	1 542	1 925
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	"	2 351	2 534	2 513	2 361	1 998	2 425
dar. angrenzende Kreise **)	"	1 620	1 810	1 902	1 853	1 564	1 735
Niedersachsen	"	1 268	1 616	1 512	1 234	1 298	1 590
dar. angrenzende Kreise **)	"	525	906	764	672	705	946
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 618	1 538	1 257	1 095	1 506
Ausland und Sonstige **)	"	767	768	1 420	1 383	1 285	745

*) errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. - *) reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. - *) Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - *) Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - *) an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. - *) Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. - *) Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. - *) nach dem Ereignisort. - *) unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - **) Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. - **) Landkreise Harburg und Stade. - **) Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1974	August 1974	September 1974	September 1973
		1965	1973				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	17 067	16 740	16 614	16 595	16 593	16 778
Patienten ³⁾	"	13 593	13 110	12 601	12 624	13 458	12 504
Pflegelage	"	415 910	406 670	388 545	391 752	386 553	394 336
Bettenausnutzung	%	83,9	83,3	78,7	79,9	81,2	79,2
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 017	3 030	3 061	3 061	3 061	3 026
Patienten ³⁾	"	3 134	2 893	2 852	2 854	2 855	2 888
Pflegelage	"	86 329	82 499	80 757	81 786	79 496	83 596
Bettenausnutzung	%		92,8	89,6	91,7	92,2	92,3
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	522 383	842 743	794 937	1 454 148	625 723	673 565
dar. in Hallenschwimmbädern	"	286 227	467 560	439 536	426 686	427 205	415 670
In Freibädern	"	158 845	339 706	327 780	995 416	170 346	226 270
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	347 847	527 563	497 576	615 955	604 763	525 292
Ausgeliehene Noten	"	4 079	7 021	3 043	7 435	7 945	5 211
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	23 403	37 938	39 877	33 355	36 270	34 971
Besucher der Lesesäle	"	7 069	9 448	10 123	8 109	8 816	7 669
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung —							
Besucher der Bibliothek und der Archive	"	2 131	3 446	3 505	3 445	3 580	3 297
Commerzbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	2 709	2 555	2 832	2 357	2 400	2 850
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 286	1 500	1 553	1 525	1 240	1 516
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	43 961	68 258	93 569	74 017	119 059	63 948
dav. Hamburger Kunsthalle	"	8 351	12 302	10 188	9 227	55 545	11 660
Altonaer Museum in Hamburg, Nord-							
deutsches Landesmuseum	"	5 531	12 530	20 620	13 465	11 963	8 940
Hamburgisches Museum für							
Völkerkunde	"	4 455	6 177	7 092	4 644	5 953	5 173
Helms-Museum	"	5 799	13 421	20 264	24 438	23 661	20 141
dar. Freilichtmuseum am Kiekeberg	"		12 094	19 126	23 288	22 335	19 252
Museum für Hamburgische Geschichte	"	9 247	11 447	20 233	10 106	9 852	8 754
Museum für Kunst und Gewerbe	"	7 983	6 383	6 825	6 372	5 306	4 695
Planetarium	"	2 595	5 998	6 471	3 679	4 864	4 595
Bischofsturm	"			1 876	2 086	1 915	
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ⁴⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	681,5	681,8
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	399,1	398,9
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	46,3	46,1
Rentner	"	175,5	236,1	236,8
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	28,7	25,6
dav. männlich	"	17,9	19,6	17,5
weiblich	"	8,8	9,1	8,1
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	3 410	5 542	9 162	10 266	11 205	4 590
dav. männlich	"	2 318	2 959	5 100	5 819	6 553	2 323
weiblich	"	1 092	2 583	4 062	4 447	4 652	2 267
dar. nach ausgewählten Berufsbereichen							
Fertigungsberufe	"	1 155	.	2 227	2 857	3 593	954
Technische Berufe	"	108	.	868	951	920	170
Dienstleistungsberufe	"	2 965	.	5 685	6 028	6 189	3 174
2. Offene Stellen							
	"	25 827	18 838	14 876	14 274	12 359	21 083
3. Arbeitsuchende ⁵⁾							
	"	8 299	12 519	16 475	17 847	19 066	11 321
4. Vermittlungen ⁶⁾							
dar. Kurzfristige Vermittlung bis zu 7 Tagen	"	16 368	11 269	13 582	10 246	9 162	10 581
	"	10 527	5 765	7 178	5 073	3 876	4 919
5. Kurzarbeiter							
	"	3	284	336	379	1 504	931

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr und des Strafvollzugsamts. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungs-
krankenkasse. — ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁵⁾ durch das Arbeits-
amt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1974	August 1974	September 1974	September 1973
		1965	1973				
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
* Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 444	1 433	1 227	998	1 053
* dav. an Molkereien geliefert	%	86,0	92,2	96,6	94,6	89,8	88,7
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	10,4	11,3	9,7	8,1	7,7
2. Milcherstellung der Molkereien							
Vollmilch,	t	10 011					
pasteurisiert, lose	"	3 528	1 549	1 077	1 404	1 052	1 430
pasteurisiert, abgepackt	"		7 595	5 976	6 988	6 574	7 382
ultra-hocherhitzt	"	6 482	1 046	1 584	1 161	1 370	1 116
Teilentrahmte Milch,	"						
pasteurisiert, abgepackt	"	—	136	119	143	137	151
ultra-hocherhitzt	"	—	316	1 655	1 195	1 470	383
Entrahmte Milch	"	382	620	50	48	93	541
Buttermilcherzeugnisse	"			455	703	428	
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"			157	220	155	
3. Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	8,8	8,7	11,0	9,4
Kälber	"	2,6	1,1	1,5	1,1	1,0	0,9
Schweine	"	47,0	29,7	29,7	26,4	30,2	26,5
Schafe	"	2,7	0,7	0,7	0,7	0,8	0,7
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,2	6,7	9,0	10,0	8,1
Kälber	"	2,5	1,0	1,4	1,0	0,9	0,9
Schweine *)	"	49,6	30,3	28,8	26,7	30,5	26,9
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen *)	t	6 229	4 744	4 541	4 938	5 719	5 033
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	1 678	1 787	2 346	2 555	2 217
Kälber	"	187	80	114	88	78	77
Schweine	"	4 318	2 960	2 625	2 528	3 067	2 710
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie *)							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 367	1 083	1 324	1 318	1 361
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	194	188	187	186	193
dar. Arbeiter *)	"	152	119	115	114	113	118
Geleistete Arbeiterstunden *)	Mio DM	24 859	18 319	14 934	16 309	16 881	17 599
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	199	233	219	209	189
Gehälter (Bruttosumme)	"	75	170	200	189	180	164
Kohleverbrauch	1 000 t SKE *)	14	4	5	4	5	3
Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 661	1 213	1 320	1 250	2 157
Erdgasverbrauch (Ho = 8 400 kcal/cbm *)	1 000 cbm		63 213	31 633	32 925	34 958	41 955
Heizölverbrauch	1 000 t	69	58	42	40	44	48
Stromverbrauch	Mio kWh	112	187	272	283	278	180
Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	16	13	8	11	10	12
Umsatz *)	Mio DM	1 304	1 917	2 155	2 021	2 379	1 890
dar. Auslandsumsatz *)	"	155	315	350	341	482	296
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	126,9	109,3	109,6 p	118,7 p	129,3
Verarbeitende Industrie	"	109,0	125,6	108,9	108,9 p	117,3 p	128,2
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	141,8	118,9	125,2 p	126,1 p	148,7
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	131,7	112,8	102,7 p	125,7 p	129,3
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	109,9	82,8	95,3 p	103,3 p	115,4
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	105,8	102,7	99,7 p	103,7 p	106,7
Bauindustrie	"	103,7	128,4	99,2	108,0 p	118,8 p	140,6
Umsatz *) nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 304	1 917	2 155	2 021	2 379	1 890
dar. Mineralölverarbeitung	"	215	333	489	468	485	325
Chemische Industrie	"	101	168	187	183	197	178
Elektroindustrie	"	143	239	237	210	319	268
Maschinenbau	"	83	150	129	129	156	157
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserrförderung	Mio cbm	11	13	13	14	13	13
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	596	536	528	585	548
Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	58	37	35	40	44
Vj.-Durchschnitt *)							
		1965	1972	1. Vj. 1973	2. Vj. 1973	3. Vj. 1973	3. Vj. 1972
3. Handwerk (Meßziffern) **)							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	82,5	95,9	94,7	94,1	97,1
Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	185,7	106,3	118,6	122,0	118,3

*) gewerbliche und Hausschlachtungen. — *) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. — *) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrielerichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — *) einschließlich der gewerblich Auszubildenden. — *) einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — *) eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — *) bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm, ab Januar 1947 Ho = 8 400 kcal/cbm. — *) einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — *) bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — **) ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1974	August 1974	September 1974	September 1973
		1965	1973				
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe ¹⁾							
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	43 660	37 556	37 179	36 270	43 619
dar. Inhaber	"	1 365	1 238	1 160	1 174	1 177	1 233
Angestellte	"	4 684	6 218	5 960	5 975	5 915	6 276
Arbeiter ²⁾	"	43 102	36 204	30 436	30 030	29 178	36 110
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 711	4 095	4 783	4 809	5 886
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 738	984	1 227	1 282	1 709
gewerbl. und industr. Bauten	"	1 673	2 034	1 412	1 597	1 554	2 053
öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	1 939	1 699	1 959	1 973	2 124
• Löhne (Bruttosumme) ³⁾	Mio DM	46,3	80,6	87 614	73,8	71,8	83,9
• Gehälter (Bruttosumme) ³⁾	"	5,9	15,6	16 400	16,2	15,7	15,0
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	229,6	235 310	195,7	235,3	242,7
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	66,4	47 097	57,3	60,2	59,3
gewerbl. und industr. Bau	"	31,0	81,8	102 559	62,6	72,0	86,8
öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	81,4	85 654	75,8	103,3	96,6
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	164	49	191	124	157
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	89	89	25	120	84	77
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	416	202	466	223	391
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	85,8	43,7	112,9	50,6	80,0
• Wohnfläche	1 000 qm	95	87	43	99	47	83
Nichtwohnbauten							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	65	28	77	53	61
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	493	362	631	606	320
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	71,5	32,1	119,1	148,5	27,7
• Nutzfläche	1 000 qm	73	89	44	116	120	48
Wohnungen							
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 199	558	1 279	644	1 078
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	155	70	80	113	179
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	378	205	123	172	410
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	75,6	45,9	24,5	58,4	85,2
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	63	38	30	61	66
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	481	196	371	503	341
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	73,6	61,7	72,0	132,9	39,1
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 066	809	358	543	1 101
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	171	61	101	186	178
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	88	25	35	81	89
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	189	213	363	583	430
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	80,7	44,3	68,4	119,7	84,9
Wohnfläche	1 000 qm	96	91	43	78	122	88
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	69	23	45	59	56
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	638	160	666	1 091	247
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	77,9	14,8	74,0	237,3	37,0
Nutzfläche	1 000 qm	69	101	27	80	206	62
Wohnungen							
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 244	677	1 094	1 714	1 391
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	968	565	254	460	738	654
5. Bauüberhang							
(am Ende des Berichtszeitraumes) ⁴⁾							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	13 500	19 500	15 500	14 300	17 700
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	4 500	2 600	3 500	3 600	5 200
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ⁵⁾							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	188	189	189	189	188
Wohnungen	"	636	738	741	742	744	730
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 755	2 769	2 773	2 779	2 725

¹⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ²⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. — ³⁾ ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ⁴⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ⁵⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1974	August 1974	September 1974	September 1973
		1965	1973				
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
Einzelhandel	1970 = 100	.	120,2	109,6	114,8	...	110,3
dar. Warenhäuser	"	.	132,3	137,3	123,4	...	112,2
Facheinzelhandel	"	.	118,7	109,5	112,2	...	107,3
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1970 = 100	.	155	198,6	190,5	...	151,3
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	.	160	223,5	202,8	...	153,9
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	.	148	165,7	173,8	...	147,9
3.* Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)							
	Mio DM	212	420	574	520	.	411
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	55	121	86	.	70
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	365	453	434	.	341
dav. Rohstoffe	"	2	3	5	5	.	3
Halbwaren	"	50	83	139	128	.	65
Fertigwaren	"	143	279	309	301	.	273
dav. Vorerzeugnisse	"	9	29	62	68	.	33
Enderzeugnisse	"	134	250	247	233	.	240
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	"	152	311	433	360	.	275
dar. EG-Länder	"	92	199	269	218	.	154
EFTA-Länder	"	40	57	82	77	.	57
4. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
Gastgewerbe	1970 = 100	.	125,5	125,2	129,6	...	129,3
dav. Beherbergungsgewerbe	"	.	133,6	118,8	126,8	...	149,9
Gaststättengewerbe	"	.	123,2	127,1	130,4	...	123,2
5. Fremdenverkehr *)							
Fremdenmeldungen		120	117	143 698	134 200	...	141 428
dar. von Auslandsgästen		42	40	56 951	48 221	...	49 891
Fremdenübernachtungen		232	225	258 952	243 237	...	271 445
dar. von Auslandsgästen		90	74	98 077	83 456	...	92 979
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See							
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 638	1 512	1 664	1 628 p	1 400 s	1 564
Abgegangene Schiffe	"	1 739	1 571	1 759	1 676 p	1 420 s	1 596
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	4 154	4 564	.	3 857 p	4 089
dav. Empfang	"	2 229	3 096	3 251	.	2 612 p	3 038
dav. Massengut	"	1 634	2 446	2 603	.	2 040 p	2 389
dar. Mineralöle	"	968	1 416	1 322	.	1 180 p	1 192
Sack- und Stückgut	"	595	650	648	.	572 p	649
Versand	"	713	1 058	1 313	.	1 245 p	1 051
dav. Massengut	"	292	472	650	.	610 p	442
Sack- und Stückgut	"	421	586	663	.	635 p	609
2. Binnenschifffahrt							
Güterempfang	1 000 t	340	382	417	440 p	477 p	380
Güterversand	"	309	400	466	417 p	365 p	262
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) *)							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	4 088	5 165	6 436 p	6 499 p	5 837 p	4 937
Fluggäste	"	141,5	258 767	314 464 p	324 159 p	351 106 p	290 873
Fracht	1 000 t	1 164,4	2 013,6	2 076,1 p	1 939,6 p	1 974,2 p	1 803,4
Luftpost	"	413,7	722,7	717,1 p	714,4 p	734,4 p	688,0
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr *) (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Schnell- und Vorortbahnen	1 000	23 537	27 546	24 228	27 124	...	24 546
Straßenbahn	"	9 436	3 587	2 344	2 717	2 759	2 815
Kraftomnibusse	"	12 289	18 621	18 001	19 031	...	17 635
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung *) *) (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	488,7	501,7	501,6	503,1	495,1
dar. Personenkraftwagen *) *)	"	310,8	438,5	449,5	449,3	450,8	443,8
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 419	4 405	3 363	...	4 288
dar. Personenkraftwagen *)	"	4 632	4 907	3 924	2 941	...	3 729
Lastkraftwagen	"	362	379	328	303	...	494
6. Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden *)	Anzahl	859	986	703	908	952	1 069
Getötete Personen	"	26	24	11	20	20 p	21
Verletzte Personen	"	1 106	1 308	958	1 147	1 208 p	1 431

*) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. - *) Quelle: Statistisches Bundesamt. - *) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. - *) ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. - *) ohne Transit. - *) Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. - *) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. - *) einschließlich Kombinationskraftwagen. - *) teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1974	August 1974	September 1974	September 1973
		1965	1973				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mio DM		38 431,4	42 140,5	42 539,5	42 916,7	39 303,2
• Kredite an Nichtbanken							
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)			10 470,1	11 597,2	11 853,8	11 977,1	10 548,9
dar. an Unternehmen und Privatpersonen			10 357,1	11 360,2	11 618,0	11 705,1	10 469,8
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ²⁾			5 851,0	6 290,5	6 301,1	6 285,8	5 915,1
dar. an Unternehmen und Privatpersonen			5 393,1	5 609,5	5 542,6	5 511,5	5 454,6
Langfristige Kredite ²⁾ (von 4 Jahren und darüber)			22 110,3	24 252,8	24 384,6	24 653,8	22 839,2
dar. an Unternehmen und Privatpersonen			20 084,9	21 801,1	21 906,5	22 135,1	20 808,8
dar. Durchlaufende Kredite			809,6	675,3	663,1	660,5	938,3
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken			27 194,1	29 595,5	29 501,4	29 285,6	27 908,8
dav. Sicht- und Termingelder			17 617,9	19 599,0	19 480,3	19 234,0	18 531,4
dar. von Unternehmen und Privatpersonen			12 981,1	14 288,9	14 172,2	14 009,8	13 600,1
Spareinlagen		4 069,9	9 578,2	9 996,5	10 021,1	10 051,6	9 377,4
dar. bei Sparkassen		2 792,9	6 283,6	6 591,4	6 612,5	6 634,5	6 187,3
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)		244,3	531,5	696,5	520,2	487,5	428,5
Lastschriften auf Sparkonten		203,9	542,7	689,6	498,0	459,9	477,9
Zinsgutschriften		12,9	46,6	6,1	2,4	2,9	2,9
2. Konkurse und Vergleichsverfahren	Anzahl	17	18	13	22	17	13
3. Wechselproteste	Anzahl	1 044	635	679	583	625	592
Betrag	1 000 DM	1 314	2 988	3 077	2 919	3 063	2 475
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ³⁾	Anzahl	20 563	24 650	22 038	19 616	19 658	24 102
Anträge auf Erlass eines Zahlungsbefehls							
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung		3 058	3 449	3 899	3 517	3 487	3 306
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung		1 196	1 533	1 056	1 755	1 751	1 451
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen		353	492	437	555	429	478
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg ⁴⁾	Anzahl	162	157	158	158	160	158
Aktiengesellschaften	Mio DM	3 975	5 913	6 338	6 431	6 480	5 943
Grundkapital	Anzahl	3 877	6 086	6 569	6 634	6 679	6 174
Gesellschaften m.b.H. Stammkapital	Mio DM	2 962	5 351	5 859	5 895	5 953	5 517
Steuern							
1.* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM		814 395	699 626	636 468	1 075 864	1 009 438
• dav. Steuern vom Einkommen		200 385	478 819	389 769	366 355	733 874	666 373
dav. Lohnsteuer		89 007	300 925	330 491	351 002	340 585	275 874
Veranlagte Einkommensteuer		64 393	100 573	24 667	15 417	235 274	230 050
• Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag		10 279	24 266	25 904	24 045	5 959	1 661
• Körperschaftsteuer		36 706	53 055	8 707	— 24 108	152 056	158 789
• Steuern vom Umsatz			335 576	309 857	270 113	341 990	343 065
dav. Umsatzsteuer		82 827	206 263	146 109	83 876	155 873	192 490
Einfuhrumsatzsteuer			129 313	163 747	186 137	186 117	150 576
2.* Bundessteuern	1 000 DM	523 065	865 424	803 611	1 006 599	967 552	889 591
• dar. Zölle		45 076	56 426	62 014	61 595	58 660	54 437
• Verbrauchsteuern		358 150	782 783	723 140	922 072	876 478	802 732
dar. Mineralölsteuer		261 342	665 657	617 830	720 848	693 414	683 292
3.* Landessteuern	1 000 DM	35 517	42 954	30 104	81 739	24 592	21 150
• dar. Vermögensteuer		11 355	16 971	3 660	49 243	2 797	1 084
• Kraftfahrzeugsteuer		7 992	12 314	13 727	19 438	10 851	8 972
• Biersteuer		2 430	3 136	3 008	3 127	3 477	3 619
4.* Gemeindesteuern	1 000 DM	46 355	94 475	79 370	211 030	22 068	— 4 777
• dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital		34 784	70 343	21 580	182 473	17 387	— 8 489
• Grundsteuer A		73	90	25	115	3	13
• Grundsteuer B		5 134	9 402	14 569	24 305	3 301	2 495
5.* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	601 215	1 308 304	1 170 120	1 378 422	1 510 332	1 412 088

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag, einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ³⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — ⁴⁾ ohne RM-Gesellschaften.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1974	August 1974	September 1974	September 1973
		1965	1973				
Noch: Steuern							
3. * Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1 000 DM	157 752	269 532	227 895	181 593	414 233	326 413
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{1) 2)}	"	122 235	176 408	168 905	40 060	326 627	297 772
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	"	37 385	28 887	16 560	63 015	7 491
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	"	12 785	—	43 233	—	—
Außerdem:							
Einnahmen aus Gemeindesteuern ³⁾	"	46 355	68 905	79 370	124 564	22 068	— 4 777
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer ⁴⁾	"	"	47 805	49 722	19 895	80 620	70 829
Einnahmen des Landes insgesamt	"	"	386 242	356 988	326 052	516 922	392 465
			Vj.-Durchschnitt 1973	4. Vj. 1973	1. Vj. 1974	2. Vj. 1974	2. Vj. 1973
Öffentliche Finanzen							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben	Mio DM		1 762,5	1 999,7	1 937,4	2 140,0	1 650,4
dar. Personalausgaben	"	"	795,7	882,4	917,6	894,9	750,1
Bauinvestitionen	"	"	185,1	278,5	125,9	186,6	136,1
dar. für Schulen	"	"	54,8	76,8	39,8	61,8	43,8
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	"	23,1	39,2	23,9	29,3	13,1
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	"	8,5	12,9	5,1	9,8	6,6
Straßen	"	"	20,2	34,9	11,5	17,1	13,5
Wasserstraßen und Häfen	"	"	21,1	28,1	11,7	17,0	17,0
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	"	155,0	130,8	190,1	393,0	204,4
Zuführung an Rücklagen	"	"	8,6	14,2	0,0	0,1	0,0
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen	"	"	1 802,7	2 001,5	1 909,0	2 025,5	1 664,2
dar. Steuern	"	"	1 158,7	1 210,2	1 323,1	1 305,8	1 035,5
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	"	57,7	64,9	41,4	62,2	63,7
Gebühren, Beiträge usw.	"	"	192,2	188,2	233,9	228,6	178,8
Entnahme aus Rücklagen	"	"	12,5	1,9	37,2	1,2	0,6
Schuldenaufnahme	"	"	207,6	325,2	140,8	263,9	226,4
3. Schuldenstand am Ende des Quartals	"	"	4 884,2 r	5 144,3	5 172,4	5 079,3	4 819,8
dar. am Kreditmarkt (Neuschulden) bei Gebietskörperschaften	"	"	3 530,3 r	3 773,7	3 813,0	3 732,0	3 469,6
	"	"	690,2 r	711,7	702,3	698,1	687,0
			Monatsdurchschnitt	Februar 1974	Mai 1974	August 1974	August 1973
			1965	1973			
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	199,0	207,9	221,4	223,5	202,0
dav. Einfamiliengebäude	"	113,3	200,0	209,8	223,4	225,7	203,3
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	198,0	206,0	219,4	221,3	200,8
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	197,6	206,2	219,2	221,9	200,5
Bürogebäude	"	112,2	194,2	201,3	213,7	215,4	196,3
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	192,2	197,4	206,9	211,4	194,9
				Juli 1973	Oktober 1973	Januar 1974	Januar 1973
Löhne und Gehälter ⁴⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Bruttowochenverdienste	DM						
männliche Arbeiter	"	232	394	441	448	445	412
weibliche Arbeiter	"	140	245	278	280	281	257
Bruttostundenverdienste	"						
männliche Arbeiter	"	5,10	8,90	10,02	10,15	10,21	9,41
weibliche Arbeiter	"	3,32	5,97	6,73	6,77	6,82	6,20
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.						
männliche Arbeiter	"	45,5	44,2	44,0	44,1	43,8	43,8
weibliche Arbeiter	"	42,2	41,0	41,2	41,3	41,2	41,5
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte	DM						
männlich	"	1 098	1 905	2 171	2 209	2 293	2 077
weiblich	"	747	1 381	1 570	1 611	1 638	1 488
Technische Angestellte	"						
männlich	"	1 182	2 033	2 308	2 328	2 371	2 158
weiblich	"	748	1 374	1 542	1 570	1 585	1 456
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte	"						
männlich	"	1 043	1 775	1 993	2 038	2 096	1 883
weiblich	"	668	1 254	1 376	1 411	1 448	1 288
In Industrie und Handel ⁵⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte	"						
männlich	"	1 058	1 808	2 038	2 078	2 145	1 932
weiblich	"	688	1 286	1 416	1 451	1 486	1 329
Technische Angestellte	"						
männlich	"	1 176	2 024	2 252	2 276	2 317	2 106
weiblich	"	838	1 504	1 699	1 746	1 768	1 614

¹⁾ nach Zerlegung. — ²⁾ nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. — ³⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ⁴⁾ Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ⁵⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1974	August 1974	September 1974	September 1973
		1965	1973				
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 114	11 168	13 128	10 632	11 327	9 368
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	4	7	3	9	6	5
Körperverletzung	"	41	420	533	402	439	334
Raub, räuberische Erpressung	"	5 235	7 132	8 489	6 667	7 391	6 051
Diebstahl	"	1 822	3 506	4 533	3 530	4 082	3 222
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	722	1 200	1 610	1 504	1 255	904
Betrug und Untreue	"	862	1 447	1 593	1 662	1 703	1 505
Außerdem:	"	8 929	9 671	9 108	10 076	9 582	8 713
Verkehrsvergehen ¹⁾	"	423	532	384	499	406	638
Andere Ordnungswidrigkeiten ²⁾	"	31 317	29 591	26 800	27 115	29 496	23 054
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ³⁾	"						
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	4 960	13 970	13 186	13 405
dav. Feueralarme	"	288	475	301	445
dar. bekämpfte Großbrände	"	9	14	8	15
falsche Alarmlösungen	"	67	107	89	108
Rettungswageneinsätze	"	4 494	12 616	11 942	12 164
dar. für Krankentransporte	"		2 835	2 689	2 617
Straßen- und Verkehrsunfälle	"		1 801	1 599	1 947
Hilfeeinsätze aller Art	"		879	943	796
Außerdem:	"						
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"		110	74	80

¹⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — ²⁾ vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen und ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — ³⁾ vor dem 1. 1. 1969 gebührenpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschließlich Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die zuvor unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt wurden.

ANGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1973

Großstädte	Bevölkerung							Erwerbstätigkeit		Industrie *)			
	Wohnbevölkerung 1)	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zuzugene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose 1)	Offene Stellen 1)	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz 2)	Umsatz je 1 000 Einwohner
	1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM
Berlin	4. Vj. 2 048 3. Vj. 2 050 *)	4 112 4 588	10 077 9 085	- 5 965 - 4 497	23 428 24 839	19 538 23 052 *)	- 2 075 - 2 710	16 259 6 976	11 520 21 258	231 151 236 781	113 116	5 968 5 632	2 914 2 747
Hamburg	4. Vj. 1 752 3. Vj. 1 755	3 343 3 499	7 330 5 937	- 3 987 - 2 438	19 583 19 703	18 582 20 002	- 2 986 - 2 737	9 097 4 590	11 920 21 083	191 596 192 861 r	109 110	6 524 5 537 r	3 724 3 155
München	4. Vj. 1 339 *) 3. Vj. 1 338 r	2 367 p 2 557	3 238 3 037	- 871 - 480	23 466 p 26 535	21 782 p 26 078	+ 813 + 1 977	8 050 p 4 887 *)	8 570 21 966 *)	193 098 194 740	144 146	5 454 p 5 139	4 073 p 3 841
Köln	4. Vj. 832 3. Vj. 833	1 916 2 009	2 696 2 303	- 780 - 294	14 368 15 570	14 701 16 049	- 1 113 - 773	6 756 3 582	6 198 8 820	131 320 133 043	158 160	3 502 3 044	4 209 3 654
Essen	4. Vj. 677 3. Vj. 679	1 318 1 370	2 335 2 094	- 1 017 - 724	5 590 6 026	6 593 6 997	- 2 020 - 1 695	6 302 4 289	3 754 7 025	61 125 61 785	90 91	1 323 1 264	1 954 1 862
Düsseldorf	4. Vj. 636 3. Vj. 638	1 173 1 309	2 006 1 904	- 833 - 595	9 896 9 829	11 760 11 438	- 2 697 - 2 204	4 299 2 138	3 731 7 708 p	112 391 p 113 341 p	177 p 178 p	2 678 p 2 505 p	4 210 p 3 926 p
Frankfurt/M.	4. Vj. 673 3. Vj. 675	1 260 1 386	2 064 1 896	- 804 - 510	14 339 16 198	14 333 17 009	- 798 - 1 321	4 792 2 874	9 203 19 794	125 907 126 734	187 188	3 227 2 896	4 795 4 303
Dortmund	4. Vj. 637 3. Vj. 638	1 336 1 427	2 136 1 964	- 800 - 537	5 403 5 232	4 951 5 583	- 348 - 888	5 507 3 364	3 527 6 678	76 163 77 471	120 122	1 542 1 433	2 421 2 250
Stuttgart	4. Vj. 624 3. Vj. 627	1 175 p 1 380	1 585 p 1 490	- 410 r - 110	14 852 p 17 499	15 926 18 624	- 1 484 - 1 235	1 303 947	8 588 14 566	146 994 148 327	236 237	4 636 4 471	7 429 p 7 142
Bremen	4. Vj. 584 3. Vj. 587	1 264 1 362	1 966 1 761	- 702 - 399	6 865 8 187	8 500 8 163	- 2 337 - 375	4 619 2 998	3 980 7 731	85 625 84 356	147 144	3 048 2 543	5 219 4 332
Hannover	4. Vj. 510 3. Vj. 516 r	975 1 029	1 768 1 556	- 793 - 527	9 716 10 372 r	9 645 10 045 r	- 722 - 200	5 469 3 413	4 683 9 465	106 514 106 241	209 206 r	2 631 2 204	5 158 4 271 r

Großstädte	Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr *)			Straßenverkehrs-unfälle		Steuern	
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz 2)	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer 3)	Lohn- und Einkommensteuer
	1 000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1 000 cbm	1 000	Anzahl	1 000	Anzahl	Anzahl	1 000 DM	1 000 DM
Berlin	4. Vj. 15 494 3. Vj. 15 865	598 467	292 228	455 718	3 417 5 141	827 595	6 593 5 346	3 668 789	245 274	120 134	649 763	3 390 3 447	4 202 4 411	64 669 107 599	75 431 59 788
Hamburg	4. Vj. 15 385 3. Vj. 17 032	793 820	453 467	366 638	3 779 4 876	1 099 389	8 556 2 716	4 788 520	299 429	171 244	599 797	2 886 2 885	3 864 3 991	137 593 174 003	163 036 144 688
München	4. Vj. 19 234 3. Vj. 22 878	801 703	598 525 p	202 384	1 560 2 967	488 615	4 809 3 588	1 182 837	471 604	352 451 p	988 1 184	1 899 2 246	2 610 3 134	110 427 155 349	130 705 115 964
Köln	4. Vj. 7 740 3. Vj. 8 223	385 304	463 365	220 182	1 736 1 974	524 126	5 042 1 284	1 485 172	154 204	185 245	292 360	1 140 1 260	1 495 1 656	139 721 96 557	62 060 48 581
Essen	4. Vj. . 3. Vj.	230 177	1 652 1 445	400 131	2 517 731	801 349	37 31	55 46	80 70	741 817	1 005 1 090	40 354 58 392	84 091 32 914
Düsseldorf	4. Vj. 8 639 p 3. Vj. 8 242	352 p 312	553 p 489	71 66	644 732	419 142	3 671 967	1 251 387	153 150	241 235	311 305	888 862	1 101 1 075	71 710 p 108 166	69 016 p 44 379
Frankfurt/M.	4. Vj. 11 147 3. Vj. 11 893	473 427	703 634	233 193	1 786 1 087	341 20	3 777 322	1 763 365	280 332	416 493	538 621	1 055 1 153	1 411 1 494	173 089 183 831	103 793 48 764
Dortmund	4. Vj. 5 930 3. Vj. 5 870	260 262	408 411	245 179	1 819 896	293 270	1 704 1 191	539 178	37 35	58 55	71 70	804 847	1 053 1 127	37 984 40 507	69 854 27 341
Stuttgart	4. Vj. 10 865 3. Vj. 12 588	508 413	814 p 660	128 120	761 913	346 192	1 847 1 388	607 197	119 118	191 p 188	273 275	819 849	1 135 1 224	99 817 67 127	54 976 50 611
Bremen	4. Vj. . 3. Vj.	142 218	698 1 120	444 289	2 084 1 228	969 583	73 88	125 150	144 162	946 998	1 171 1 212	88 888 85 790	44 040 37 056
Hannover	4. Vj. 5 563 3. Vj. 6 232	226 241	443 467 r	34 79	363 1 135	249 143	1 592 724	1 132 138	91 91	178 176 r	156 165	892 822	1 175 1 021	36 348 74 543	73 590 31 792

*) Jeweils Quartalsende. - *) Betriebe mit l. a. 10 und mehr Beschäftigten. - *) ohne Mehrwertsteuer. - *) ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. - *) einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. - *) In den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. - *) einschließlich Landkreis München.

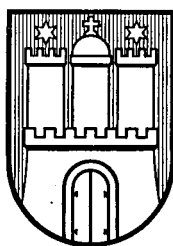
AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1974	Juli 1974	August 1974	August 1973
		1965	1973				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	61 973,4 p
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	6,4 p
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	10,3 p
Gestorbene	1 Jahr	11,5	11,8 p
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 368	8 162	8 161	8 148	8 426
Geleistete Arbeitsstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	11 144	812	850	807	903
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	666 933	60 454	63 203	58 100	53 548
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	143 233	14 798	15 235	13 657	10 946
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962 = 100	118,2	178,7 r	195,0	160,6	153,6	158,0
Verarbeitende Industrie	"	119,1	182,3 r	200,7	163,9	155,9	160,8
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	212,2 r	231,0	209,6	201,0	205,3
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	176,7 r	201,3	149,2	138,7	140,7
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	167,1 r	175,9	136,6	127,5	143,4
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	"	115,2	152,8 r	165,8	142,7	145,5	144,0
Bauindustrie	"	118,9	149,6 r	174,4	138,1	138,0	150,8
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 642,6	...	1 360	1 359	1 352	1 551
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)							
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	...	172,4	180,3	168,2	212,0
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698	6 352,1	6 130,8	6 589,6
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 698	54 841 p	35 907	40 894	38 084	62 152
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	59 519	32 854	47 270	35 174	40 010
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	124,9	141,1	127,6	119,9
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	...	127,0	135,1	145,1	103,4	111,2
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	...	13 751	12 095
dav. Empfang	"	6 950	...	10 593	9 270
Versand	"	1 885	...	3 158	2 825
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	188 344	164 192	171 973	120 020	132 401
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	"	26 364	29 443 p	28 762 p	28 498 p	28 941 p	30 152
Getötete Personen	"	1 313	1 358 p	1 199 p	1 163 p	1 264 p	1 384
Verletzte Personen	"	36 124	40 642 p	39 699 p	39 157 p	40 102 p	41 400
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	5 105	5 604	5 876	6 320	5 021
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	2 204	5 017	573	423	573
Körperschaftsteuer	"	681	907	2 044	177	183	326
Steuern vom Umsatz ¹⁰⁾	"	2 018	4 152	4 487	4 075	4 083	3 810
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾	1970 = 100	104,0	123,8	140,2	130,8	131,3	115,1
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	...	112,8	143,0	143,7	145,6	110,7
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	"	...	112,3	131,7	133,2	134,2	112,6
Preisindex für Wohngebäude ²⁾	"	114,6	187,1	203,6	189,9
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁾	1970 = 100	89,3	118,2	126,3	126,7	126,8	118,7
Nahrungs- und Genußmittel	"	94,2	117,7	124,3	123,9	123,2	117,7
Wohnungsmieten	"	71,9	119,4	126,1	126,5	126,8	120,1
LÖHNE IN DER INDUSTRIE ¹¹⁾							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	...	8,89	8,93	9,03	8,37
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	...	43,7	43,7	42,3	43,2

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — ⁹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschließlich Investitionssteuer. — ¹¹⁾ ab Januar 1973 neuer Berichterstattungsreis.

HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1974

Dezember-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg im Jahre 1974

1. Gesamtüberblick

Positive Entwicklung des realen Sozialprodukts in Hamburg

2. Bevölkerung

Bevölkerungsrückgang hält an – Nach 8 Jahren erstmals geringe Geburtenzunahme – Geringerer Wanderungsverlust an deutscher Bevölkerung – Rückgang des Wanderungsgewinns an Ausländern – Weitere Abnahme von Eheschließungen und Zunahme von Ehescheidungen

3. Arbeitsmarkt und Lebenshaltung

Arbeitslosenquote erheblich unter dem Bundesdurchschnitt – Mehr Arbeitslose als offene Stellen – Kurzarbeit angestiegen – Mehr Streiktage – Weiter kräftiger Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung

4. Bildung und Kultur

Schülerzahlen in den weiterführenden Schulen erneut angestiegen – Nahezu 35 000 Studenten – Beträchtliche Zunahme bei den Besucherzahlen der Museen

5. Industrie

Produktionseinschränkung in fast allen Industriezweigen – Erneuter Beschäftigtenabbau durch Betriebsabwanderungen – Hohes export- und kostenbedingtes Umsatzwachstum

6. Bauwirtschaft und Wohnungsbau

Personalabbau und Betriebsstillegungen im Bauhauptgewerbe – Rückgang der Bauleistungen in den ersten drei Quartalen besonders im privaten Hochbau – Baufertigstellungen bei Wohnungen im Zeitraum Oktober 1973 bis September 1974 kaum geringer – Baugenehmigungen stark zurückgegangen – Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand rückläufig – Zahl der Wohngeldempfänger um fast 20 % gestiegen

7. Handel und Verkehr

40 % Umsatzsteigerung im Außenhandel – Geringes Umsatzwachstum im Einzelhandel – Differenzierte Entwicklung im Fremdenverkehr – Erneuter Umschlagrekord im Hamburger Hafen – Weiterhin starker Anstieg im Containerverkehr – Steigendes Transportaufkommen im Binnenschiffsverkehr – Höheres Transportvolumen in der Hafenschiffahrt – Wieder positive Entwicklung im Luftverkehr – Zunahme im öffentlichen Personennahverkehr – Erstmals Rückgang des Kraftfahrzeugbestandes – Erfreuliche Abnahme der Straßenverkehrsunfälle

8. Staatsfinanzen

Starkes Anwachsen der staatlichen Konsumausgaben bei gleichzeitiger Finanzierungsenge – Steuerquellen nicht mehr so ergiebig – Stand der Staatsverschuldung höher als zwei Drittel des Haushaltsvolumens

9. Geld- und Kreditwesen

Schwach steigende Tendenz bei den Spareinlagen – Mehr Konkurse

10. Gebietsreform und Bevölkerungsentwicklung in der Region Hamburg

Zahl der Umlandgemeinden erheblich verringert

Soweit nach dem Stand der Unterlagen (in der Regel Ende September bzw. Oktober 1974) zu übersehen ist, zeigt die wirtschaftliche und demographische Entwicklung in diesem Jahr einige Züge, die von der bisherigen in Hamburg bzw. von der diesjährigen Bundesentwicklung grundsätzlich abweichen. Es erscheint sinnvoll, diese Erscheinungen mit Aufmerksamkeit zu registrieren. Dabei sollten jedoch in jedem Fall zwei Aspekte beachtet werden:

- a) es handelt sich fast immer um teilweise geschätzte Zahlen, die durch das später vollständig vorliegende Ergebnis wahrscheinlich mehr oder weniger korrigiert werden,
- b) sich andeutende Umschwünge bestimmter Entwicklungen sollten nicht schon jetzt als endgültig hingenommen werden, sondern als Grundlagen von Entscheidungen erst herangezogen werden, wenn sich die Zahlen durch endgültige Ergebnisse erhärtet haben und im weiteren Verlauf bestätigt werden.

In der gegenwärtigen Situation und vor dem Hintergrund der eben genannten Aspekte sind Schätzungen für eine Region mit der Wirtschaftsstruktur und -verflechtung Hamburgs besonders schwierig und risikoreich; die geschätzten Werte können im übrigen nur dann einigermaßen zutreffend sein, wenn die wirtschaftliche Entwicklung bis zum Jahresende von unerwarteten Einflüssen verschont bleibt.

1. Gesamtüberblick

Positive Entwicklung des realen Sozialprodukts in Hamburg

Nach einer Zuwachsrate des realen Sozialprodukts von 6 % im Jahre 1973 ist in Hamburg für 1974 voraussichtlich mit einer Steigerung um etwa 1–2 % zu rechnen. Damit würde Hamburg, wie schon früher beobachtet, auch in der jetzigen Abschwungphase wiederum ein günstigeres Ergebnis erzielen, als dies im Bundesgebiet der Fall ist, wo das erste Halbjahr 1974 einen Anstieg um 1,4 % erbracht hat, der im 2. Halbjahr sicher nicht zu erwarten ist (Bundesgebiet 1973 5,3 %). In jeweiligen Preisen wird sich das Hamburger Bruttoinlandsprodukt etwa in der Größenordnung des Vorjahres (13,5 %, Bundesgebiet 11,6 %) erhöhen, während die Zuwachsrate im Bundesgebiet auf etwa 8 bis 9 % zu schätzen sein dürfte.

Der in Hamburg voraussichtlich zu erwartende stärkere Preiseinfluß auf die nominale Zuwachsrate des Sozialprodukts ist darauf zurückzuführen, daß die Wirtschaftsbereiche mit starker Preisentwicklung gegenüber dem Bundesdurchschnitt überproportional vertreten sind. Die im Vergleich zum Bundesgebiet günstigere Entwicklung spiegelt sich auch in den Arbeitsmarktzahlen wider und rührt daher, daß von der gegenwärtigen Konjunkturlaute besonders betroffene Wirtschaftszweige in Hamburg weniger vertreten sind.

Obwohl z. Z. nur die Ergebnisse der ersten zwei Quartale vorliegen, kann davon ausgegangen werden, daß die Zunahme der Bruttostundenverdienste der Indu-

striearbeiter und der Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel mit rd. 10 % etwa der Vorjahreshöhe entsprechen wird. Die Verteuerung der Lebenshaltungskosten im Jahre 1974 lag bis September mit 6,9 % nur geringfügig unter der Steigerung im gleichen Zeitraum des Vorjahres (+ 7,1 %). Allerdings blieb die Preissteigerung für Nahrungs- und Genussmittel hinter der von 1973 zurück (Schaubild 5).

Die mengenmäßige Produktion der Industrie nahm im Zeitraum Januar–September 1974 gegenüber dem gleichen Vorjahrszeitraum um fast 2 % ab. Erhebliche Produktionszunahmen ergaben sich in der Kaffee- und Teeverarbeitung und im Schiffbau mit rd. 27 und 22 %. Der Straßenfahrzeugbau und die Gummi- und Asbestverarbeitende Industrie weisen mit rd. – 13,5 % die stärksten Produktionseinschränkungen auf. Im Durchschnitt stieg im Zeitraum Januar–September die Produktivität je geleistete Arbeitsstunde um rd. 3 % (Tabelle 6, Schaubild 6).

Der Umsatz der Hamburger Industrie erreichte, im wesentlichen preisbedingt, im Zeitraum Januar–September eine Zunahme um rd. 20 %; der Auslandsumsatz allein erhöhte sich um 32 % (Tabelle 7).

Die Entwicklung im Baugewerbe verlief ausgesprochen ungünstig. Die geleisteten Arbeitsstunden nahmen im Zeitraum Januar–September um 17,5 % ab, am stärksten im Wohnungsbau (– 24,2 %). Das günstigere Bild bei den Baufertigstellungen ergibt sich durch den hier notwendig gewählten abweichenden Berichtszeitraum. Im Zeitraum Oktober 1973 bis September 1974 gingen gegenüber dem davorliegenden Zeitraum die Baugenehmigungen für Wohnungen um über 30 % zurück. Um rd. 14 % rückläufig waren in diesem Zeitraum die Auftragsvergaben im Tiefbau. Der Anstieg des Preisindex für Gebäude (jeweils August) beschleunigte sich von + 9 % (1972/73) auf + 10,6 % (1973/74).

Erhebliche Umsatzsteigerungen, wohl nicht ohne erheblichen Preiseinfluß, verbuchten mit + 30 % der Außenhandel und der Binnengroßhandel mit + 23 %, während der Einzelhandel kaum über eine Zunahme um mehr als 6 % hinauskommen dürfte.

Im Fremdenverkehr ist nach dem IGA-Jahr 1973 wieder ein Rückgang festzustellen.

Aus dem Bereich des Verkehrs lauten die Zahlen, sicherlich beeinflußt durch den Exportboom, überwiegend günstig: So wird der Hafenumschlag mit 52,8 Mio t einen neuen Rekord erreichen. Mit + 17 % entwickelte sich der Containerverkehr weiterhin positiv. Im Binnenschiffsverkehr wird voraussichtlich die 10 Mio-t-Grenze überschritten werden. Auch der Luftverkehr zeigt eine Wiederbelebung. Die öffentlichen Personennahverkehrsmittel erreichten eine weitere Zunahme auf insgesamt 613 Mio beförderter Personen. Der Kraftfahrzeugbestand war erstmalig rückläufig, die Straßenverkehrsunfälle nahmen deutlich ab.

Auch auf dem Finanzsektor wirkte sich die abflachende Konjunktur spürbar aus und führte im Zeitraum Januar–September bei den haushaltswirksamen

Steuereinnahmen zu einer Halbierung der vorjährigen Zuwachsrate auf nunmehr + 7,5 %. Bei den Spareinlagen ist nach dem Rückgang in den ersten vier Monaten des Jahres seit Mai wieder eine schwach steigende Tendenz festzustellen. Der Einlagenbestand Ende September übertraf den von Ende 1973 geringfügig. Die Zahl der Insolvenzen nahm bis Ende Oktober um fast ein Viertel zu.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation, die die finanzielle Dispositionsfreiheit des einzelnen mehr oder minder betroffen hat, ist auf das demographische Geschehen nicht ohne Einfluß geblieben und hat insbesondere in bezug auf die Wanderungen zu einer unerwarteten Entwicklung geführt.

Zwar wurde mit einem Rückgang der Bevölkerung um voraussichtlich 18 000 Personen im Zeitraum eines Jahres eine neue Höchstzahl erreicht; erfreulich ist aber, daß sich der Wanderungsverlust der deutschen Bevölkerung auf 8 000 Personen halbiert hat. Auch die natürliche Bevölkerungsbewegung verlief günstiger durch eine geringe Zunahme der Geburten und einen Rückgang der Gestorbenenanzahlen ergab sich eine Verminderung des Gestorbenenüberschusses um 1 000 auf 11 000 Personen.

Der Bevölkerungsrückgang wurde im wesentlichen durch den Abbau des Wanderungsgewinns an Ausländern von 14 000 Personen 1973 auf rd. 1 000 Personen im Jahre 1974 hervorgerufen, offenbar bedingt durch die konjunkturelle Lage, wie sie bereits im Rezessionsjahr 1967 zu einem Wanderungsverlust von 2 600 Ausländern geführt hatte. Zur geringeren Wanderungsneigung der deutschen Bevölkerung mag der sich aus der Arbeitsmarktlage und Steigerung der Lebenshaltungskosten ergebende Zwang zu vorsichtigeren Dispositionen beigetragen haben.

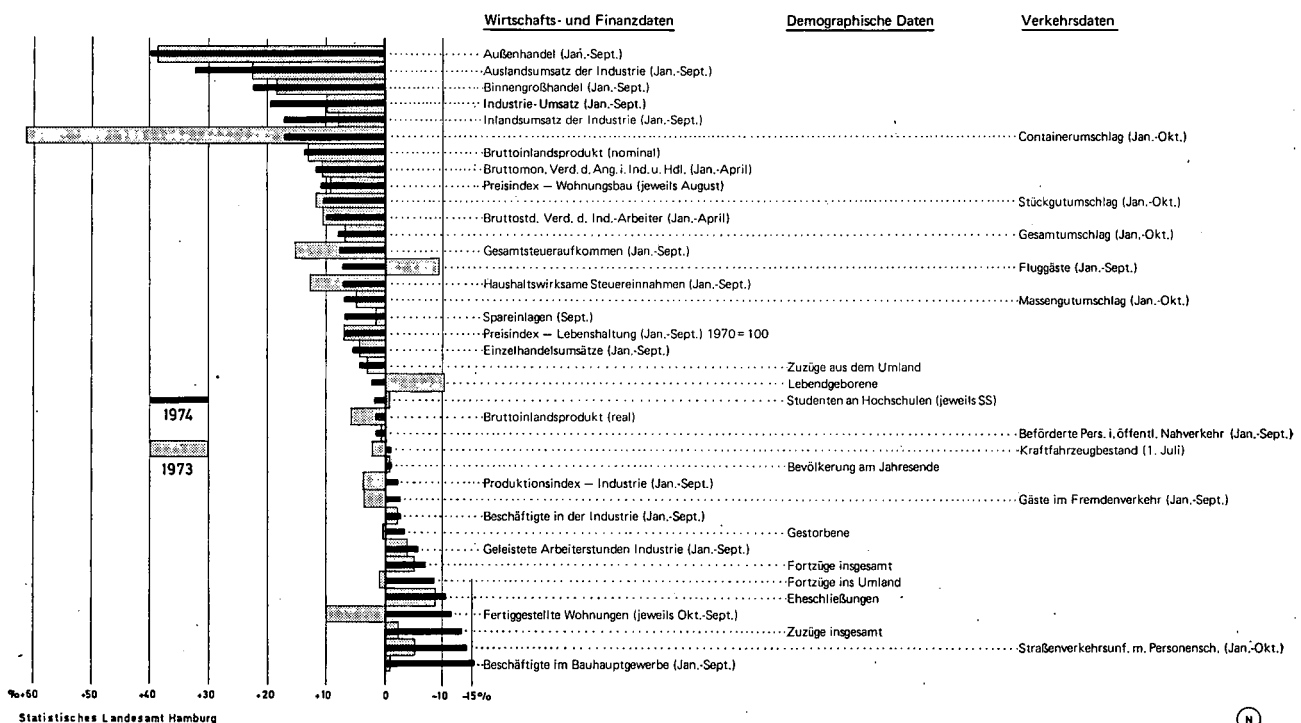
Obwohl die Zahl der Arbeitslosen am 31. 10. 1974 mit mehr als 15 000 fast dreimal so hoch war wie zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres, lag die Arbeitslosenquote Ende September in Hamburg mit 2,1% deutlich unter der des Bundesgebietes (3,0%). Erstmals seit Dezember 1967 übertraf die Zahl der Arbeitslosen im Oktober wieder die der offenen Stellen. Die Zahl der Kurzarbeiter erreichte bereits im Oktober den Stand, der im vorigen Winter erst im Zeitraum Februar/März erreicht worden war.

Die Bevölkerungsentwicklung in der Region Hamburg (d. h. Hamburg sowie die Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Hztm. Lauenburg, Harburg und Stade) war in den letzten Jahren durch Abnahmen im Zentralbereich und starke Zunahmen im Umland gekennzeichnet. Insgesamt dürfte die Einwohnerzahl in der Region Ende des Jahres aber mehr als 2,83 Mio Einwohner betragen. Den größten absoluten und relativen Wanderungsgewinn der Umlandkreise erreichte dabei in den letzten Jahren der Landkreis Harburg.

An den Wanderungsgewinnen aller Umlandkreise waren Zuzüge aus Hamburg zu über zwei Dritteln beteiligt, in den Kreisen Pinneberg und Stormarn sogar zu mehr als 75%. Zweifellos wird die angesichts der wirtschaftlichen Situation festzustellende Abnahme der Wanderungsmobilität Volumen und vielleicht auch Struktur der regionalen Wanderungsbewegung beeinflussen. Wie weit dies geschieht bzw. geschehen ist, läßt sich erst nach Vorliegen der Jahresergebnisse feststellen. Ob diese Änderungen nur vorübergehenden Charakter haben oder der Wanderungsverlust Hamburgs an das Umland damit endgültig seinen Höhepunkt überschritten hat, wird die künftige Entwicklung zeigen.

Schaubild 1

Ausgewählte Veränderungsdaten 1974 und 1973



2. Bevölkerung

Bevölkerungsrückgang hält an

Am Jahresende wird sich die Bevölkerungszahl Hamburgs auf etwa 1 733 000 Einwohner vermindert haben.

Der Bevölkerungsverlust von 18 000 Personen liegt zwar über dem Verlust der Vorjahre, jedoch hat sich 1974 in fast allen Faktoren eine Wende vollzogen.

Tabelle 1

Wanderungen nach der Nationalität 1971 bis 1974

Art der Wanderungen	1971	1972	1973	1974
	1	2	3	4
Zuzüge				
Deutsche	51 463	50 978	47 825	47 000
Ausländer ...	30 085	26 623	28 221	19 000
Fortzüge				
Deutsche	66 636	65 923	64 189	55 000
Ausländer ...	18 668	16 522	14 243	18 000
Wanderungs-saldo (±)				
Deutsche	-15 173	-14 945	-16 364	- 8 000
Ausländer ...	+11 417	+10 101	+13 978	+ 1 000

Nach 8 Jahren erstmals geringe Geburtenzunahme

Nach dem Höchststand der Geburten um und über 27 000 in den Jahren 1963 bis 1966 und dem kontinuierlichen Abfall auf 13 700 im Jahre 1973 ist 1974 – nach den bisherigen Unterlagen – mit einem gerin-

Tabelle 2

Veränderungskomponenten der Bevölkerung in Hamburg 1971 bis 1974

Art der Angaben	1971	1972	1973	1974	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	1	2	3	4	absolut	in %
					5	6
Natürliche Bevölkerungsbewegung						
Lebendgeborene .	17 637	15 223	13 666	14 000	+	334 + 2,44
Gestorbene	25 900	25 786	25 873	25 000	-	873 - 3,37
Gestorbenen-überschuß	8 263	10 563	12 207	11 000		
Eheschließungen .	12 972	12 222	11 162	10 000	-	1 162 -10,41
Wanderungsbewegung insgesamt						
Zuzüge	81 548	77 601	76 046	66 000	-10 046	-13,21
Fortzüge	85 304	82 445	78 432	73 000	- 5 432	- 6,92
Wanderungsgewinn (+)						
-verlust (-)	-3 756	-4 844	-2 386	-7 000		
Bevölkerungsverlust	12 019	15 407	14 593	18 000		
Wanderungsbewegung zwischen Hamburg und dem Umland¹⁾						
Zuzüge	15 769	17 317	17 865	19 400	+ 1 535	+ 8,59
Fortzüge	32 227	33 480	33 766	30 900	- 2 866	- 8,49
Wanderungsverlust	16 458	16 163	15 901	11 500		

1) Kreise Hztg. Lauenburg, Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Harburg, Stade.

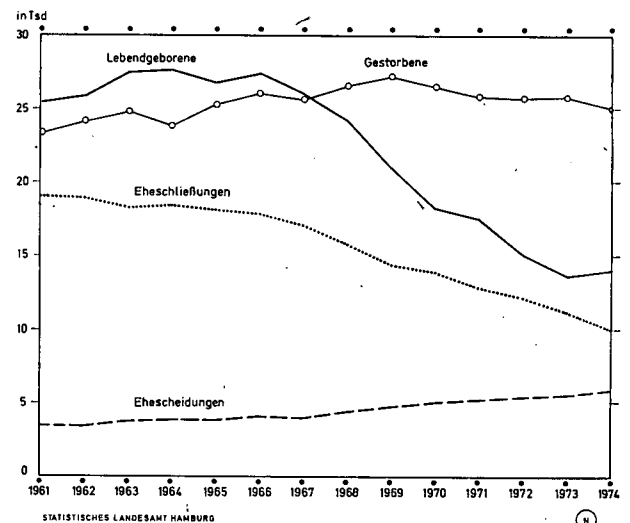
gen Wiederanstieg auf rd. 14 000 Geburten zu rechnen. Der Ausländeranteil an den Geburten wird dabei mit dem gleichen Anteil (17 %) wie 1973 erwartet.

Bei der Zahl der Gestorbenen erwartet man zum erstenmal seit rd. 10 Jahren, in denen die Zahl zwi-

schen 26 000 und 27 000 Personen lag, etwa 25 000 Personen. Das bedeutet für 1974 eine Verminderung des Gestorbenenüberschusses um gut 1 000 Personen.

Schaubild 2

Lebendgeborene und Gestorbene sowie Eheschließungen und -scheidungen 1961 bis 1974



Geringerer Wanderungsverlust an deutscher Bevölkerung

Der Wanderungsverlust an deutscher Bevölkerung, der seit 1965 stets mehr als 12 000 und 1973 mehr als 16 000 Personen betrug, ist durch eine Verminderung der Fortzüge auf rd. 8 000 zurückgegangen. Auf die möglichen Gründe wurde bereits im Gesamtüberblick eingegangen.

Die Schätzung der Wanderungen zwischen Hamburg und dem Umland ist schwieriger, es hat aber den Anschein, als ob der seit 1960 kontinuierlich zunehmende Wanderungsverlust, der 1973 16 000 Personen erreichte, erstmals rückläufig sein und mit rd. 12 000 etwa um ein Viertel geringer ausfallen wird. Außer den genannten Gründen dürften hier die steigenden Grundstücks- und Baukosten eine Rolle spielen.

Rückgang des Wanderungsgewinns bei Ausländern

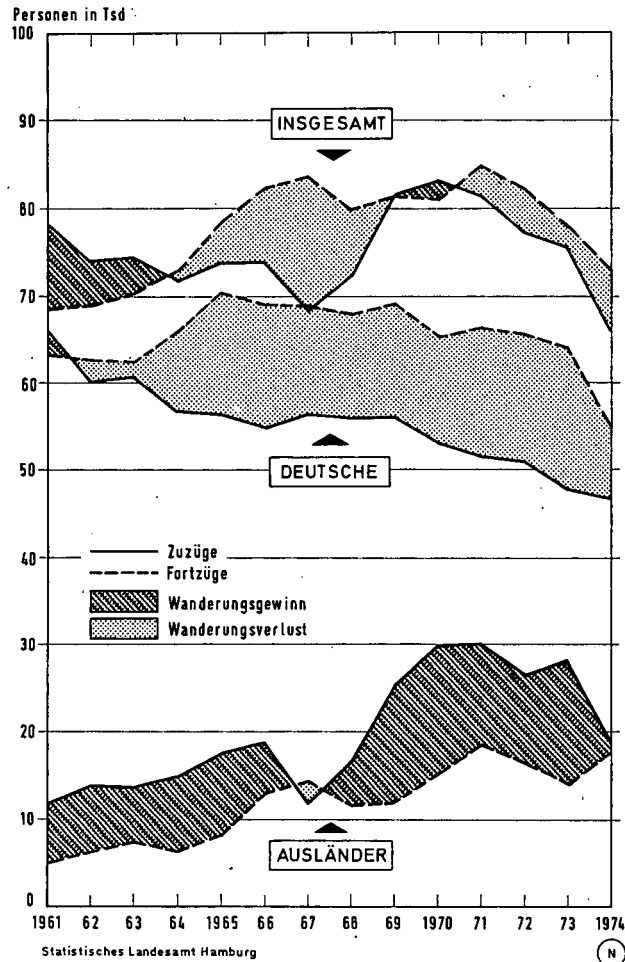
Ähnlich wie bei der Rezession 1967 ist angesichts der konjunkturellen Entwicklung ein verminderter Zuzug von Ausländern festzustellen, und zwar ein Rückgang von 28 000 auf rd. 19 000 Personen. Die Fortzüge sind dagegen (nach einem Höchststand 1971) vor allem 1974 deutlich angestiegen, so daß allenfalls mit einem knappen Wanderungsgewinn von rd. 1 000 Personen zu rechnen sein wird.

Während in den Vorjahren der Ausländerzustrom erheblich höher war als die Fortzüge – Wanderungsgewinn 1973 rd. 14 000 –, ist seit März dieses Jahres ein deutlicher Umschwung zu erkennen. Seither ziehen sogar geringfügig mehr Ausländer wieder in ihre Heimatländer, als im gleichen Zeitraum nach Hamburg kommen. Hier wirkt sich außer der veränderten Lage auf dem Arbeitsmarkt auch der Anwerbestop für Gastarbeiter aus Nicht-EG-Staaten aus.

Der Anteil der Gastarbeiter, die aus dem Bundesgebiet nach Hamburg ziehen, hat sich – der absoluten Zahl nach – im ersten Halbjahr nicht verändert. Wie im Vorjahr werden 1974 rd. 7 000 Ausländer aus der Binnenwanderung nach Hamburg gekommen sein, womit der relative Anteil am Zustrom aller Ausländer auf ein Drittel gestiegen ist.

Schaubild 3

Die Wanderungen nach Deutschen und Ausländern 1961 bis 1974



turabschwung gekennzeichnet. Als Gradmesser ist hier in erster Linie die Zahl der Arbeitslosen zu nennen, die in diesem Jahr saisonal zwischen 9 000 und 11 000 Personen schwankte und damit doppelt so hoch wie im Vorjahr war: Ende Oktober hatte Hamburg rd. 15 000 Arbeitslose (1973: 5 600). Bezogen auf die Gesamtheit aller Erwerbstätigen, lag die Arbeitslosenquote bei 2,1 (Vorjahr 0,8), womit sie deutlich unter dem Bundesdurchschnitt blieb (3,0).

Tabelle 3

Hamburger Arbeitsmarktdaten 1971 bis 1974

Stand am ...	Arbeitslose	Arbeits-suchende	Offene Stellen	Kurz-arbeiter
	1	2	3	4
1971 30. September	2 891	8 879	25 762	125
1972 30. September	3 977	10 788	19 421	23
1973 30. September	4 590	11 321	21 083	931
1974 30. September	11 205	19 066	12 359	1 504
31. Oktober	15 023	22 202	10 578	3 304

Ähnlich günstig sieht die Aufgliederung nach deutschen und ausländischen Arbeitslosen aus: In Hamburg erreicht der Anteil der ausländischen Arbeitslosen 10 %, im Bundesdurchschnitt dagegen über 11 %.

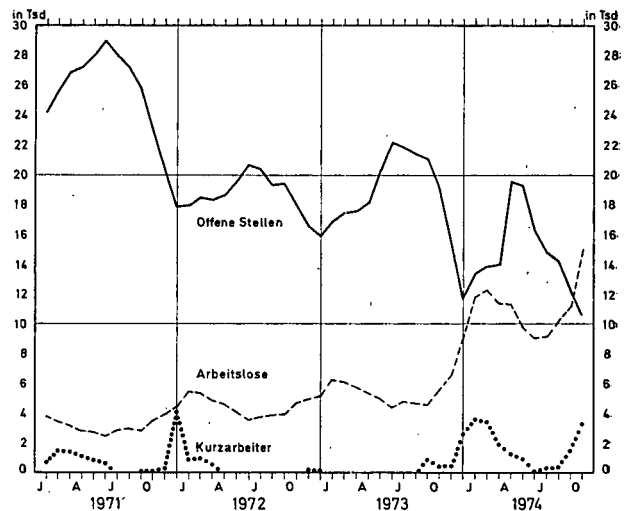
Mehr Arbeitslose als offene Stellen

Ende Oktober waren dem Arbeitsamt Hamburg rd. 10 600 offene Stellen zur Vermittlung aufgegeben, zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres waren es noch 19 100. Während also in Hamburg zu diesem Zeitpunkt auf eine offene Stelle 1,4 Arbeitslose kamen, war sie im Bundesgebiet mit 2,7 fast doppelt so hoch.

Daneben ist die Zahl der Arbeitssuchenden auf rd. 22 200 Personen angestiegen. Darin sind die Arbeitslosen enthalten. Zum erstenmal seit der Rezession 1967/68 waren damit mehr Arbeitssuchende als offene Stellen beim Arbeitsamt gemeldet.

Schaubild 4

Offene Stellen, Arbeitslose und Kurzarbeiter 1971 bis 1974
Stand jeweils am Monatsende



Weitere Abnahme von Eheschließungen und Zunahme der Ehescheidungen

Die Zahl der Eheschließungen ist weiterhin rückläufig und wird mit rd. 10 000 Eheschließungen vermutlich den Tiefstand der Kriegsjahre 1944/45 unterschreiten. Dies hat z. T. in der Veränderung des Altersaufbaus seinen Grund, da die geburtenschwachen Jahrgänge der ersten Nachkriegsjahre inzwischen in die Altersgruppe mit der höchsten Heiratshäufigkeit hineinwachsen.

Dagegen wird die Zahl der Ehescheidungen um rd. 8 % auf ca. 5 900 steigen.

3. Arbeitsmarkt und Lebenshaltung

Arbeitslosenquote erheblich unter dem Bundesdurchschnitt

Der Arbeitsmarkt ist seit dem Herbst des letzten Jahres auch in Hamburg von einem deutlichen Konjunk-

Tabelle 4

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet 1971 bis 1974

Art der Haushalte	Januar bis September						
	1971	1972	1973	1973	1974	1973	1974
	1	2	3	4	5	6	7
	1970 = 100			Veränderung gegenüber Vorjahr in %			
Mittlere 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte	105,1	110,7	118,2	117,3	125,4	+6,8	+6,9
Alle privaten Haushalte	105,3	111,1	118,8	117,9	126,3	+6,9	+7,1

Kurzarbeit angestiegen

Anders als im Vorjahr waren während des ganzen Jahres im unterschiedlichen Ausmaß Kurzarbeiter registriert. Der Jahreshöchststand wurde bisher im Januar mit über 3 600 Kurzarbeitern erreicht (Vorjahresmonat: 25) und hielt sich bis zum April auf über 1 200. Auch in den Sommermonaten waren im Monatsschnitt über 300 Beschäftigte von Kurzarbeit betroffen. Ihre Zahl hat sich Ende Oktober auf 3 300 erhöht.

Mehr Streiktage

Durch Streik sind bis Ende Oktober über 17 000 Arbeitstage ausgefallen; im Vorjahr waren keine, im Jahre 1972 rd. 8 000 Streiktage verzeichnet worden. Die Schwerpunkte der Streiks im Jahre 1974 lagen im Öffentlichen Dienst (Müllabfuhr, Sozialversicherung u. a.), bei der Post und beim Verarbeitenden Gewerbe.

Weiterer kräftiger Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung

Der Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet verzeichnete auch von 1973 auf 1974 im Durchschnitt der Monate Januar bis September einen kräftigen Anstieg; die Zuwachsrate war für die ausgewiesenen Indizes noch um 0,2 Punkte höher als in den ersten neun Monaten des Vorjahres. Die Steigerung betrug für den ersten dargestellten Haushaltstyp (4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen) 6,9 %, für den zweiten (alle privaten Haushalte) 7,1 %.

Die Indexentwicklung der Hauptgruppen zeigt ein z. T. recht unterschiedliches Bild. In beiden Haushaltstypen wurde für 1974 die geringste Zunahme (4,9 % bzw. 4,8 %) bei den Nahrungs- und Genußmitteln festgestellt. Unter der durchschnittlichen Steigerung blieben gleichfalls die Teilindizes für Wohnungsmiete (5,8 % bzw. 5,1 %), für persönliche Ausstattung sowie sonstige Waren und Dienstleistungen (jeweils 6,0 %) und für übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung (6,5 % bzw. 7,0 %). Die Verteuerung der Ausgaben für Körper- und Gesundheitspflege wirkte sich auf den ersten Haushaltstyp in einer durchschnittlichen (+ 6,9 %), auf den zweiten Typ (+ 8,0 %) in einer über dem Durchschnitt liegenden Veränderung aus. In den übrigen Hauptgruppen wurde für beide Haushaltstypen eine überdurchschnittliche Erhöhung ermittelt, und zwar für Kleidung und

Schuhe 7,4 % bzw. 7,5 %, für Bildung und Unterhaltung 8,3 % bzw. 8,1 % und für Verkehr, Post- und Fernsprechgebühren 9,9 % bzw. 10,1 %. Die vollkommen aus dem Rahmen fallende Indexsteigerung für die Hauptgruppe Elektrizität, Gas und Brennstoffe (17,3 % bzw. 22,4 %) wurde durch die in Zusammenhang mit der Ölkrise stehenden Preissteigerungen verursacht.

Tabelle 5

Preisindex für die Lebenshaltung 1973 und 1974 nach Hauptgruppen
Januar bis September

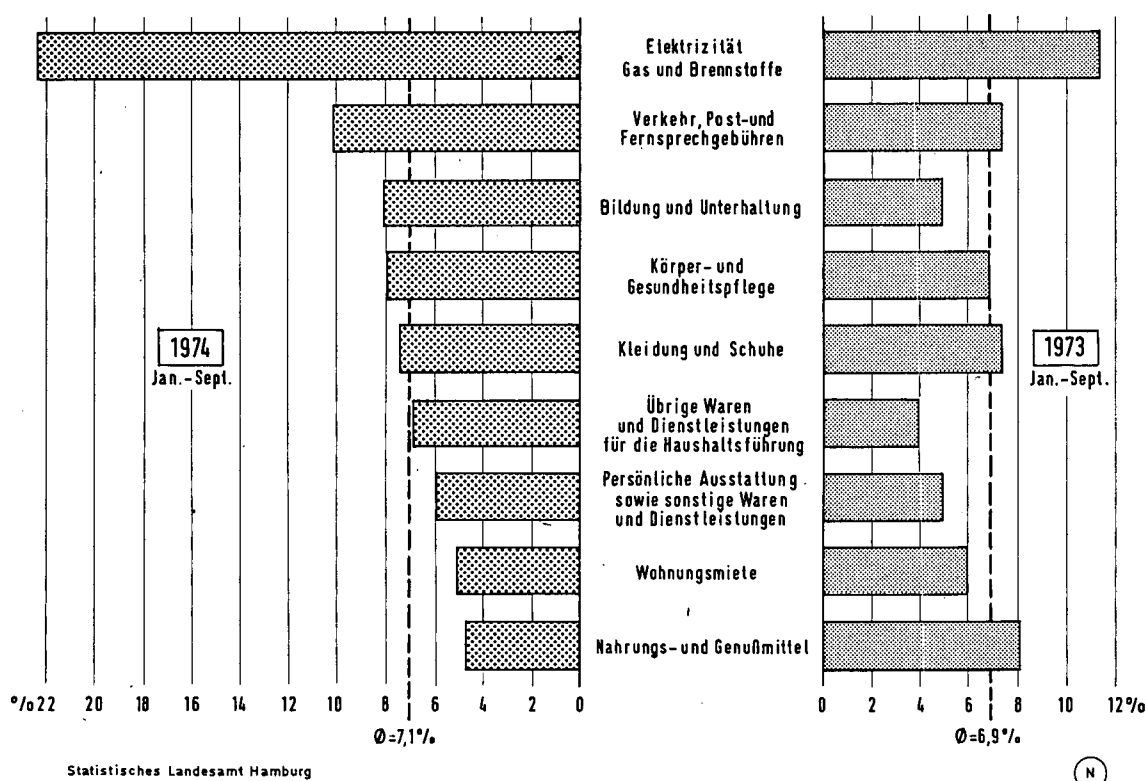
Hauptgruppen	4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte			Alle privaten Haushalte		
	1973	1974	Veränder. 1974 gegenüber Vorjahr in %	1973	1974	Veränder. 1974 gegenüber Vorjahr in %
	1970 = 100			1970 = 100		
	1	2	3	4	5	6
Nahrungs- u. Genußmittel .	117,2	123,0	+ 4,9	117,6	123,2	+ 4,8
Kleidung und Schuhe	119,8	128,7	+ 7,4	119,6	128,6	+ 7,5
Wohnungsmiete	118,6	125,5	+ 5,8	118,5	124,5	+ 5,1
Elektr., Gas und Brennstoffe .	115,9	136,0	+17,3	121,5	148,7	+22,4
übrige Waren und Dienstleist. f. d. Haushaltsführung	112,1	119,4	+ 6,5	113,7	121,7	+ 7,0
Verkehr, Post- und Fernsprechgebühren ...	119,7	131,5	+ 9,9	121,6	133,9	+10,1
Körper- und Gesundheitspflege	116,7	124,8	+ 6,9	120,7	130,4	+ 8,0
Bildung und Unterhaltung.	113,6	123,0	+ 8,3	113,0	122,2	+ 8,1
pers. Ausstattung sowie sonst. Waren u. Dienstleistungen ..	121,0	128,3	+ 6,0	116,7	123,7	+ 6,0

4. Bildung und Kultur**Schülerzahlen in den weiterführenden Schulen erneut angestiegen**

An den allgemeinbildenden Schulen verlief die Entwicklung der Schülerzahlen auch für das Schuljahr

Schaubild 5

Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung 1973 und 1974 gegenüber dem Vorjahr nach Hauptgruppen in %
Januar bis September



1974/75 ähnlich wie in den vorangegangenen Jahren. Der anhaltend starke Übergang auf Realschulen und Gymnasien und der damit verbundene längere Verbleib der Schüler im Schulsystem ließen die Schülerzahl im ganzen noch um gut 1 % steigen, obwohl zu Beginn des Schuljahres lediglich für etwa 22 000 Kinder in den ersten Klassen der Volksschulen der „Ernst des Lebens“ einsetzte. Im Schuljahr zuvor wurden noch 23 000 Kinder neu eingeschult.

Die staatlichen allgemeinbildenden Schulen Hamburgs haben im Schuljahr 1974/75 über 241 100 Schüler; diese Zahl schließt die 10 300 Jungen und Mädchen in den Sonderschulen ein, nicht aber die Schüler in den Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges. Fast 135 500 Schüler besuchen gegenwärtig Volksschulen, rund 26 900 gehen auf Realschulen, über 54 600 sind Gymnasiasten und mehr als 13 800 erhalten Unterricht in den neun Hamburger Gesamtschulen (bei den Gesamtschülern sind die Kinder in der Grundstufe dieser Schulen mitgezählt).

In den Volksschulen werden zur Zeit 2 % weniger Schüler unterrichtet als im letzten Schuljahr. Demgegenüber hat der Schulbesuch in den Realschulen um annähernd 10 % und in den Gymnasien um über 3 % zugenommen. Diese nach den ersten Ergebnissen der diesjährigen Schulstatistik ermittelten Steigerungen sind allerdings nicht mehr so hoch wie die entsprechenden Zahlen des vorangegangenen Schuljahres.

Die vorschulische Erziehung konnte spürbar weiter ausgebaut werden, so daß jetzt an den Volksschulen

und Gesamtschulen 61 Vorschulklassen für Fünfjährige mit über 1 500 Kindern bestehen. Unverändert geblieben ist mit 18 die Zahl der Vorklassen an Sonderschulen, in denen 210 lernbehinderte Kinder betreut werden. Außerdem gibt es über 200 Kinder in Sonderschulkindergärten. In den Schulkindergärten als vorschulischen Einrichtungen für zumeist bereits schulpflichtige, aber noch nicht schulreife Jungen und Mädchen wurden 2 500 Kinder gezählt.

Nahezu 35 000 Studenten

Zum Hochschulbereich in Hamburg gehören die Universität, die Hochschule für Wirtschaft und Politik, die Fachhochschule, die beiden künstlerischen Hochschulen für bildende Künste und für Musik und darstellende Kunst sowie die Hochschule der Bundeswehr und die Evangelische Fachhochschule für Sozialpädagogik. An diesen Hochschulen zusammen waren im Sommersemester 1974 etwas mehr als 34 300 Studenten immatrikuliert (ohne Beurlaubte und Gasthörer). Damit hat sich die Zahl der Studenten in Hamburg im Vergleich zum Sommersemester des Vorjahres nur noch um rund 2 % oder 800 Personen erhöht. Von der Gesamtzunahme entfallen 284 Studenten auf die Bundeswehrhochschule, die erst im Oktober vorigen Jahres ihren Lehrbetrieb aufnahm und daher in den Vergleichswerten für das Sommersemester 1973 noch nicht enthalten ist.

Die Universität hatte 25 250 Studenten, knapp 400 mehr als vor einem Jahr. Leicht vermindert hat sich aber die Zahl der Studienanfänger; beinahe jeder

zwölfte Student der Universität stand im ersten Hochschulsemester. Beliebtester Studiengang blieb das Lehramt an Gymnasien, das 3 920 Studenten, 6 % mehr gegenüber dem Sommersemester 1973, als Studienziel angegeben haben. Für das Volks- und Realschullehramt hatten sich mit 3 100 fast 9 % weniger Studenten als im Sommersemester des Vorjahres eingeschrieben. Bei den Fächern Medizin (insgesamt 1 800 Studenten) und Zahnmedizin (440) sind die Belegungen ebenfalls zurückgegangen. Die Zahlen der an der Universität studierenden Juristen (2 530), Betriebswirte (2 410) und Volkswirte (870) waren etwa ebenso groß wie vor einem Jahr. Um 6 % zugenommen hat hingegen die Anzahl der – seit kurzem in einem eigenen Fachbereich organisierten – Psychologen, und zwar ermittelte die Statistik 1 020 Studenten für dieses Fach.

An den übrigen Hamburger Hochschulen stiegen die Studentenzahlen jeweils um 1 bis 2 %. Die Hochschule für Wirtschaft und Politik hatte in diesem Sommersemester 880, die Kunsthochschule 930 und die Musikhochschule 590 Studenten; die insgesamt etwa 240 auch an der Universität immatrikulierten Studenten des Volks- und Realschullehramtes, die ihr Wahlfach an einer der künstlerischen Hochschulen studieren, sind dabei nicht mitgerechnet. In den dreizehn Fachbereichen der staatlichen Fachhochschule wurden 6 290 Studenten ausgebildet; auffallend waren hier eine beachtliche zahlenmäßige Zunahme der Studenten des Fachbereichs Elektrotechnik sowie ein starker Rückgang der Belegungen in den Fachbereichen Schiffsbetriebstechnik und Seefahrt.

An der einzigen nichtstaatlichen Hamburger Hochschule, der Evangelischen Fachhochschule für Sozialpädagogik, gab es im vergangenen Sommersemester genau 100 Studenten.

Ein nach wie vor hohes Maß an Weiterbildungsbemühungen ist aus den Kursus- und Teilnehmerzahlen ersichtlich, wie sie die *Hamburger Volkshochschule* berichtet. In den drei Trimestern des Arbeitsjahres 1973/74 hatte die Volkshochschule über 80 000 Anmeldungen für ihr in mehr als 2 500 Kursen angebotenes vielfältiges Veranstaltungsprogramm entgegennehmen können. Allein 32 500 Hörer meldeten sich für Kurse des Gebiets „Fremdsprachen“ an.

Beträchtliche Zunahme bei den Besucherzahlen der Museen

Die Hamburger Kulturszene stand in diesem Jahr unter dem Zeichen von zwei großen internationalen Kunstausstellungen, die die Besucherzahlen der Kunsthalle von Januar bis September um beinahe 40 % emporschnellen ließen. Dies waren die Ausstellung „Ossian und die Kunst um 1800“, die einen Eindruck von der künstlerischen Auseinandersetzung mit den ossianischen Gesängen vermittelte, und insbesondere die Ausstellung anlässlich des 200. Geburtstages von Caspar David Friedrich. Die Besucherzahlen der bis zum 4. November geöffneten Friedrich-Ausstellung, zu der der Ansturm alle Erwartungen übertraf, sind allerdings in diesem mit dem September abschließenden Jahresrückblick nur zum Teil berücksichtigt.

Aber auch die fünf staatlichen Hamburger Museen und das Planetarium konnten bis September fast ausnahmslos mehr Besucher für ihre Schausammlungen interessieren als in den drei Quartalen von Januar bis September des Vorjahres. Veränderte Ausstellungskonzeptionen, die die Sammlungen für die Betrachter attraktiver machten, und verlängerte Öffnungszeiten mögen dazu beigetragen haben, zusätzliche Besucher für die Museen zu gewinnen. Insgesamt besuchten bis September dieses Jahres 697 000 Personen die Kunsthalle, die fünf staatlichen Museen und das Planetarium, etwa 16 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Einem neuen Höchststand der Buchausleihungen steuern die Hamburger Öffentlichen Bücherhallen für das Jahr 1974 zu, das zugleich das 75. Jahr ihres Bestehens ist. Von Januar bis September hatten die Bücherreihen bereits 5,16 Mio Bände ausgeliehen; in der entsprechenden Zeit des Jahres 1973 waren es erst 4,63 Mio Bücher. Durchschnittlich hat damit jeder Hamburger in den ersten drei Quartalen dieses Jahres drei Bände aus den Öffentlichen Bücherhallen entliehen. Im ganzen halten die Öffentlichen Bücherhallen etwa 1,5 Mio Bände aus allen Wissensgebieten zur Information und Unterhaltung für die Leser bereit.

Eine Steigerung um 8 % gab es in diesem Jahr im Vergleich zu den Monaten Januar bis September 1973 bei der Staats- und Universitätsbibliothek, die 368 000 Bände auslieh.

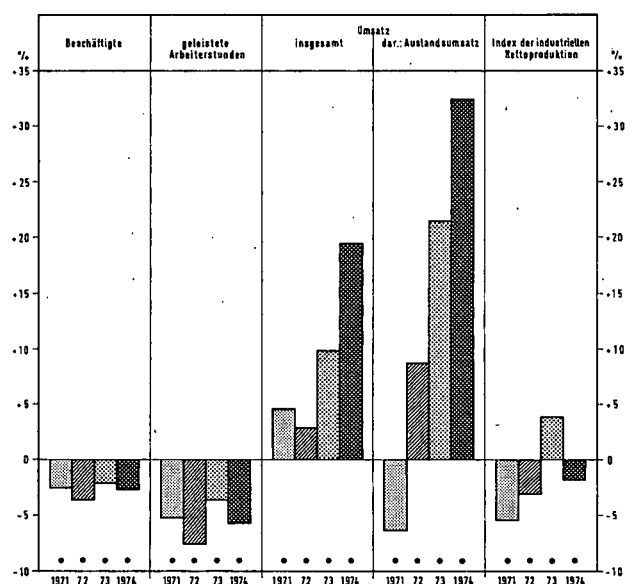
5. Industrie

Die Hamburger Industrie hat aufgrund ihrer breitgefächerten Struktur auf Konjunkturschwankungen stets schwächer und in der Regel auch später reagiert als die im übrigen Bundesgebiet. Auch in diesem Jahr

Schaubild 6

Die Industrie in den Monaten Januar bis September 1971 bis 1974

Zu- (+) bzw. Abnahme (–) gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %



Statistisches Landesamt Hamburg

©

lassen die Daten aus der kurzfristigen Wirtschaftsbeobachtung auf eine ähnliche Entwicklung schließen. Früher als sonst weisen allerdings die von Monat zu Monat leicht, aber kontinuierlich sinkenden Produktionsraten auf eine Abschwächung vor allem der inländischen Nachfrage hin. Bei anhaltend hohen Wachstumsraten auf der Absatzseite – und hier in erster Linie bei den Exportgeschäften – muß die Gesamtentwicklung der Hamburger Industrie jedoch noch als befriedigend bezeichnet werden.

Produktionseinschränkung in fast allen Industriezweigen

Das Produktionsvolumen in der verarbeitenden Industrie lag Ende September – gemessen am Index der industriellen Nettoproduktion (1962 = 100) – bei gut 121 Punkten, also um nicht ganz 2 % unter dem Vorjahresniveau.

Den stärksten Rückgang haben mit fast 7 % die Verbrauchsgüterhersteller zu verzeichnen. In dieser Hauptgruppe mußten vor allem die Textil- und Bekleidungsindustrie bis zur Jahresmitte beträchtliche Produktionseinbußen hinnehmen. Die jüngsten Monatszahlen weisen allerdings – saisonbedingt und vermutlich auch hervorgerufen durch eine gewisse Beruhigung der Preisentwicklung – wieder steigende Raten aus.

Auch die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, die 1973 noch den höchsten Produktionszuwachs unter allen Hauptgruppen hatte, mußte ihre Fertigung um über 4 % einschränken. Der Grund für diesen Umschwung ist namentlich die deutlich schwächer werdende Auftragseingangstendenz seit Jahresmitte in der Industrie der Steine und Erden, der NE-Metall- und Holzverarbeitung als Zulieferindustrien für das

Baugewerbe sowie der Gummi- und asbestverarbeitenden Industrie. Selbst wenn diese Zweige in Hamburg z. T. nur geringeres Gewicht haben, so zeigen die hohen Abnahmen doch spürbare Auswirkungen der schwachen Hochbautätigkeit und der rückläufigen Nachfrage der Kfz-Hersteller im Inland.

Verhältnismäßig gut konnte sich vergleichsweise noch der Investitionsgütersektor behaupten, obgleich die Wachstumsrate auf nur noch + 0,6 % gesunken ist. Hinter diesem Wert verbirgt sich jedoch wie üblich eine sehr unterschiedliche Entwicklung in den beteiligten Industriezweigen. Hauptträger der noch mäßigen Produktionsausdehnung ist allein und erstmals nach langer Zeit wieder der Schiffbau mit einer überdurchschnittlich hohen Expansion von nahezu 22 %. Nach einem guten ersten Halbjahr wächst dagegen der Output in der Elektrotechnischen Industrie kaum mehr (+ 0,6 %), nachdem das Jahr 1973 noch eine Steigerung von 13 % gebracht hatte. Entscheidenden Einfluß hat hier bei schwachen Inlandsbestellungen vermutlich das Nachlassen der bis August noch günstigen Exportaufträge für Investitionsgüter. Ausgesprochen drastische Kürzungen der Produktion sind schließlich im Straßenfahrzeugbau (– 13,6 %) und im Maschinenbau (– 8 %) vorgenommen worden. Die Abnahme im Maschinenbau hat ihre Ursache sowohl in der schwächer werdenden Investitionsneigung als auch in wesentlichen Veränderungen der regionalen Wirtschaftsstruktur im Raum Hamburg.

Bemerkenswert ist der über 1%ige Anstieg in der Nahrungs- und Genussmittelherstellung, der vor allem auf eine Erhöhung der letztjährigen Kaffee- und Teeverarbeitung um 27 % zurückzuführen ist. In den übrigen Zweigen dieser Hauptgruppe waren bis zur Jahresmitte leicht sinkende Produktionsraten erkennbar, die sich danach jedoch nicht fortgesetzt haben.

Tabelle 6

Daten zur Entwicklung der Industrie ¹⁾ in Hamburg 1971 bis 1974

Art der Angaben	Einheit	1971	1972	1973	Januar – September			
					1973	1974	Veränderung gegenüber Vorjahr	
							absolut	in %
1	2	3	4	5	6	7		
Beschäftigte	Anzahl	205 233	198 121	193 848	194 340	188 930	– 5 410	– 2,8
Geleistete Arbeiterstunden	MD							
Bruttosumme der Löhne und Gehälter ..	in 1 000	245 253	227 646	219 832	163 937	154 457	– 9 480	– 5,8
Index der industriellen Nettoproduktion	in Mio	3 803,1	4 035,5	4 429,7	3 213,5	3 525,9	+ 312,4	+ 9,7
Verarbeitende Industrie	DM							
davon: Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	123,7	121,9	125,6	123,8	121,5	.	– 1,9
Investitionsgüterindustrie	"	134,1	135,6	141,8	141,0	135,0	.	– 4,3
Verbrauchsgüterindustrie	"	133,1	126,7	131,7	127,1	127,8	.	+ 0,6
Nahrungs- u. Genussmittelindustrie	"	110,3	107,0	109,9	110,1	102,5	.	– 6,9
Mineralölverarbeitende Industrie	"	107,1	106,2	105,8	104,7	106,1	.	+ 1,3
Maschinenbau	"	128,8	131,2	142,1	140,3	137,0	.	– 2,4
Schiffbau	"	134,0	128,9	131,9	125,9	116,0	.	– 7,9
Elektrotechnische Industrie	"	97,9	87,9	82,6	79,9	97,4	.	+ 21,9
Chemische Industrie	"	155,3	144,5	162,2	156,3	157,2	.	+ 0,6
Gummi- u. asbestverarbeitende Industrie ..	"	151,6	151,2	157,3	157,1	153,0	.	– 2,6
Straßenfahrzeugbau	"	131,1	133,7	125,5	124,9	108,2	.	– 13,4
Kaffee- u. Teeverarbeitung	"	218,7	222,6	205,5	206,6	178,5	.	– 13,6
	"	136,6	128,8	127,3	113,7	144,7	.	+ 27,3

¹⁾ Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten ohne Bauindustrie und Energieversorgung.

Erneuter Beschäftigtenabbau durch Betriebsabwanderung

Wie nach den rückläufigen Produktionszahlen zu erwarten ist, hat die Gesamtbeschäftigung in der verarbeitenden Industrie abgenommen. In den vergangenen 9 Monaten waren durchschnittlich etwa 189 000 Personen in Hamburger Betrieben tätig, gegenüber 194 000 im Jahr 1973. Damit hält der Beschäftigtenabbau wie in den Vorjahren weiter an. Die Schwerpunkte der Personaleinsparung lagen im Maschinenbau, in der Elektrotechnischen Industrie und in der Kunststoffverarbeitung. Einziger Industriezweig mit nennenswertem Beschäftigtenzuwachs ist der Schiffbau, der bei augenblicklich guter Auftragslage fast 11 % mehr Arbeitskräfte benötigte als im Vorjahr.

Der erneute Rückgang um fast 3 % ist nicht allein auf Produktionseinschränkungen zurückzuführen, sondern vielmehr überwiegend auf Abwanderung von hiesigen Betrieben in die Randkreise. Von den insgesamt 40 Betrieben mit über 5 200 Beschäftigten, die bis Ende September aus dem Hamburger Wirtschaftsgeschehen ausgeschieden sind, haben allein 14 Arbeitsstätten mit mehr als 3 400 tätigen Personen neue Standorte im Umland bzw. im übrigen Bundesgebiet bezogen. Darunter befinden sich vor allem zwei Großbetriebe aus dem Maschinenbausektor. Besonders in diesem Bereich wird deutlich, daß die augenblicklichen Produktionseinbußen in Hamburg zum größten Teil auf unternehmerischen Standortentscheidungen beruhen und nicht konjunkturbedingt sind. Immerhin steht den Abwanderungen ein Zugang durch Neugründungen bzw. Zuzug aus anderen Bundesländern von 14 Betriebsstätten mit zusammen jedoch nur 900 neuen Arbeitsplätzen gegenüber.

Entsprechend dem Personalabbau ist auch ein verstärkter Rückgang in der Zahl der geleisteten Arbeiterstunden zu verzeichnen. Während die Stundenzahl 1973 um 4 % sank, liegt die Veränderungsrate in diesem Jahr bereits bei - 6 %. Rein rechnerisch ergibt sich also trotz rückläufiger Produktion und erneuter Betriebsabwanderung eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität von 4 %.

Hohes export- und kostenbedingtes Umsatzwachstum

Der Gesamtumsatz der etwa 1 100 mittleren und großen Industriebetriebe in Hamburg erreichte bis Ende September eine Höhe von rd. 19,7 Mrd DM. Damit hat die diesjährige Expansionsrate (+ 19,5 %) die des Vorjahres um mehr als das Doppelte übertroffen. Die mit Abstand höchste Umsatzsteigerung wurde dabei im Auslandsgeschäft erzielt, und zwar mit einer Rate von + 32,5 %, so daß vor allem die exportintensiven Branchen wie die NE-Metallindustrie, der Stahlbau, der Maschinenbau sowie die Stahlproduktion gute Ergebnisse erzielen konnten.

Aber auch der Inlandsumsatz lag mit etwa 16 Mrd DM um 17 % über dem Wert von 1973. Bei den insgesamt festgestellten Kapazitätseinschränkungen muß demnach davon ausgegangen werden, daß in größerem Umfang Lagerbestände abgebaut worden sind. Interessant ist, daß die Exportquoten insbesondere in der Chemischen Industrie und in der Mineralölverarbeitung kurzfristig überdurchschnittlich gestiegen sind. Da diese Erscheinung auch im gesamten Bundesgebiet festzustellen ist, deuten alle Anzeichen darauf hin, daß die Industrie in der Bundesrepublik vor allem in den ersten Monaten des Jahres für eine bessere Belieferung des Weltmarktes mit erdölabhängigen Produkten sorgen konnte, als dies in anderen Ländern der Fall war.

Ein nicht unerheblicher Teil des nominellen Umsatzanstiegs ist auf die kräftige Anhebung der Rohstoffpreise infolge der Erdölverknappung, aber auch durch die abermals erhöhten Lohnkosten zurückzuführen. Diese Entwicklung ist in allen Zweigen der verarbeitenden Industrie, besonders aber bei der Betrachtung der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie zu berücksichtigen. Die Absatzsteigerung um mehr als 38 % in diesem Bereich beruht in erster Linie auf einer weitgehend preisbedingten Ausdehnung der Umsätze der Mineralölverarbeitung um über 150 %. Überproportional hoch fiel außerdem das Umsatzwachstum der Hamburger Stahlproduktion aus, während die übrigen Gruppen der Grundstoffverarbeitung real nur geringfügige Umsatzgewinne bzw. sogar Verluste verzeichnen, wie z. B. die Industrie der Steine

Tabelle 7

Umsätze der Industrie ¹⁾ in Hamburg 1971 bis 1974 Hauptbeteiligte Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten — in Mio DM

Art der Angaben	1971	1972	1973	Januar bis September			
				1973	1974	Veränderung gegenüber Vorjahr	
						absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7
Gesamtumsatz ²⁾	19 875,0	20 557,8	23 006,4	16 482,1	19 696,0	+ 3 213,9	+ 19,5
davon: Inlandsumsatz	17 188,9	17 597,8	19 228,2	13 872,8	16 238,0	+ 2 365,2	+ 17,0
Auslandsumsatz ...	2 686,1	2 960,0	3 778,2	2 609,3	3 458,0	+ 848,7	+ 32,5
davon:							
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	6 619,0	6 817,4	8 124,8	5 835,6	8 062,1	+ 2 226,5	+ 38,2
Investitionsgüterindustrie	6 680,7	6 987,1	7 518,4	5 285,5	5 651,5	+ 366,0	+ 6,9
Verbrauchsgüterindustrie	1 217,7	1 245,8	1 303,0	973,0	1 017,3	+ 44,3	+ 4,6
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	5 357,6	5 507,5	6 060,2	4 388,0	4 965,1	+ 577,1	+ 13,2

¹⁾ ohne Bauindustrie und Energieversorgung. — ²⁾ ohne Mehrwertsteuer.

und Erden oder die Holzverarbeitende Industrie aufgrund der angespannten Situation auf dem Baumarkt. In den drei anderen Hauptgruppen liegt die Umsatzentwicklung jeweils unter dem Gesamtdurchschnitt. Lediglich die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, deren Absatzwert um gut 13% höher liegt als vor einem Jahr, dürfte noch gewisse reale Umsatzfortschritte gemacht haben. Auch hier haben vermutlich vor allem in der Ölmühlenindustrie die Preissteigerungen ein starkes Gewicht. Die nur geringfügig erhöhten Umsätze der Investitionsgüterindustrie sind u. a. durch den ablieferungsbedingten Umsatzverlust im Schiffbau zu erklären, während in den übrigen Industriezweigen jeweils nur mäßige Aufwärtsbewegungen registriert wurden.

Alles in allem ist zu erwarten, daß sich die reale Umsatzentwicklung bis zum Jahreswechsel nicht mehr nennenswert verbessern wird, zumal auch gewisse Anzeichen für einen abflauenden Exportboom erkennbar sind. Zusammen mit der bereits abgeschwächten Inlandsnachfrage dürfte dies weitere Produktionsdrosselung zur Folge haben. Es bleibt abzuwarten, ob dies in den von der Automobilindustrie bzw. der Bauwirtschaft abhängigen Industriezweigen die Beschäftigungslage kurzfristig noch weiter verschlechtern wird.

6. Bauwirtschaft und Wohnungsbau

Personalabbau und Betriebsstillegungen im Bauhauptgewerbe

Wie im gesamten Bundesgebiet, so sind auch in Hamburg die stabilitätspolitischen Maßnahmen sowie die dennoch unvermindert ansteigenden Baupreise nicht ohne Folgen auf die Nachfrage nach Bauleistungen und damit auf die Auftragslage im Bauhauptgewerbe

geblieben. Schon zur Jahreswende 1973/74 war zu erkennen, daß die Kapazitäten der Betriebe nicht mehr voll ausgelastet werden konnten. Diese Tendenz hat sich im Laufe des Jahres durch stark rückläufige Auftragsgänge vor allem aus der Privatwirtschaft und dem privaten Wohnungsbau erheblich verstärkt und schließlich zu Kapazitätseinschränkungen in größerem Umfang geführt.

Allein in den Monaten Januar bis September 1974 mußten etwa 6 800 Arbeitskräfte entlassen werden. Das sind im Vergleich zu 1973 rd. 15% Beschäftigte weniger, so daß heute in Hamburg nur noch knapp über 37 500 Personen im Bauhauptgewerbe tätig sind. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden sank entsprechend um über 17%, zumal auch übertarifliche Arbeitsleistungen kaum noch benötigt wurden. Dank ausreichender Auftragsbestände im Tiefbau bis etwa zur Jahresmitte und nur geringfügig unter dem Vorjahresniveau liegenden Baufertigstellungen im Hochbau sind abnehmende Umsatzraten erst seit Juli zu verzeichnen. Insgesamt gingen die Umsätze um rd. 7% zurück. Im öffentlichen Hochbau kam es allerdings – bedingt durch die Endabrechnung über den Bau der Köhlbrandbrücke sowie die Fertigstellung einiger Schul- und Institutsbauten – zu einer Umsatzsteigerung von über 21%.

Ein erheblicher Teil des Personalabbaus geht zu Lasten von Betriebsstillegungen. Ungefähr 10%, d. h. über 100 Betriebe des Bauhauptgewerbes, haben innerhalb der vergangenen 12 Monate ihre Tätigkeit eingestellt, darunter etwa ein Drittel mit 20 und mehr Beschäftigten. Die Angaben über die Gründe für die Geschäftsaufgabe lassen vermuten, daß konjunkturelle Einflüsse und die ausgesprochen pessimistische Beurteilung der langfristigen Entwicklung auf dem Baumarkt durch die Betriebsinhaber ausschlaggebend waren. Dies zeigt sich deutlich bei einer Reihe

Tabelle 8

Die Entwicklung des Bauhauptgewerbes in Hamburg 1971 bis 1974
alle Betriebe

Art der Angabe	1971	1972	1973	Januar bis September			
				1973 ¹⁾	1974 ²⁾	Veränderung gegenüber Vorjahr	
						absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7
Beschäftigte (MD)	46 068	44 534	43 660	44 362	37 559	- 6 803	- 15,3
Geleistete Arbeitsstunden (in 1 000)	76 974	74 370	68 527	53 142	43 824	- 9 318	- 17,5
davon für							
Wohnbauten	22 666	23 046	20 857	16 267	12 336	- 3 931	- 24,2
gewerbliche und industrielle Bauten	22 428	25 274	24 405	19 013	15 066	- 3 947	- 20,8
öffentliche und Verkehrs- bauten	31 880	26 050	23 265	17 862	16 422	- 1 440	- 8,1
davon im							
Hochbau	6 417	5 400	4 281	3 239	3 416	+ 177	+ 5,5
Straßenbau	6 713	5 700	5 163	3 956	3 879	- 77	- 1,9
Tiefbau	18 750	14 950	13 821	10 667	9 127	- 1 540	- 14,4
Produktionsindex 1962=100	126,9	131,9	128,4	132,4	115,9	- 16,5	- 12,5
davon							
Hochbau	110,0	114,2	111,5	115,1	98,5	- 16,6	- 14,4
Tiefbau	161,0	167,6	163,5	168,6	151,2	- 17,4	- 10,3

¹⁾ berichtigte Zahlen. – ²⁾ vorläufige Zahlen.

von Kleinstbetrieben, die erst kurze Zeit bestanden und durch ausbleibende Auftragseingänge besonders hart betroffen waren. Auch die Zahl der vorübergehend ruhenden und der in das Ausbaugewerbe abgewanderten Betriebe hat gegenüber den letzten Jahren unverhältnismäßig stark zugenommen. Doch macht sich die Bauflaute auch im Reparatur- und Ausbausektor bereits bemerkbar. Als Anzeichen dafür können der leichte Rückgang der Beschäftigtenzahlen sowie reale Umsatzverluste im Ausbauhandwerk gewertet werden.

Rückgang der Bauleistungen in den ersten drei Quartalen besonders im privaten Hochbau

Die Abnahme der Gesamtleistung gegenüber 1973 – gemessen am Index der Bauproduktion (1962 = 100) – beträgt 12,5 % und ist vor allem auf ausgesprochen hohe negative Veränderungsraten in den Monaten Juli bis September zurückzuführen. Insgesamt ist die Hochbautätigkeit weit stärker eingeschränkt worden (– 14,4 %), als dies im Indexvergleich zum Tiefbau (– 10,3 %) zum Ausdruck kommt. Die Zahlen über die geleisteten Arbeitsstunden nach Bauarten lassen vielmehr erkennen, daß die Beschäftigung im privaten Hochbausektor erheblich abgenommen hat, während im Tiefbau und hier vor allem

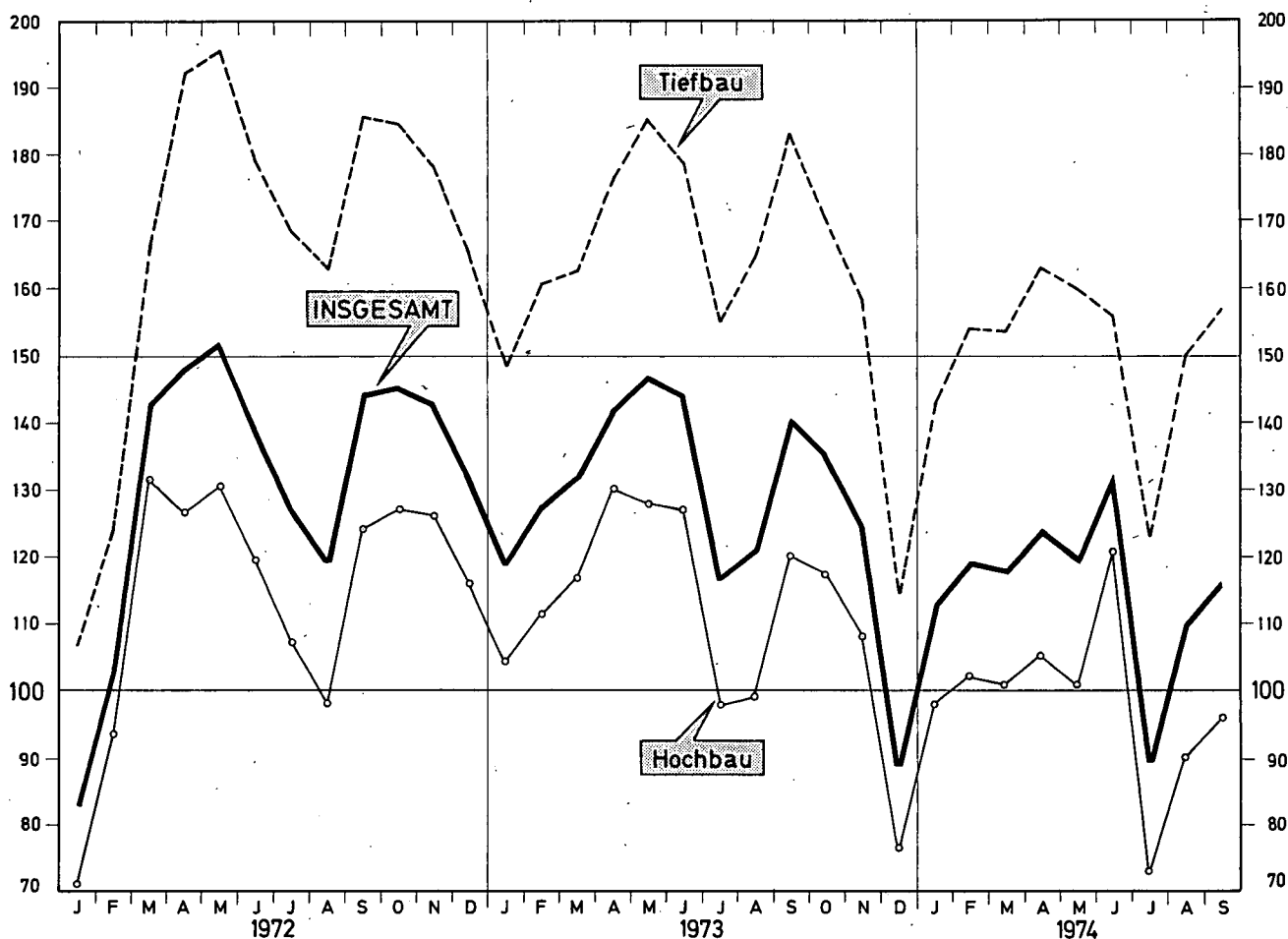
im Straßenbau vergleichsweise geringere Einbußen registriert wurden.

Im Bereich gewerblicher und industrieller Bauten ging die Zahl der Arbeitsstunden um fast 21 % zurück, bei den Wohnbauten sogar um mehr als 24 %. Als Gründe hierfür sind insbesondere die geringere Investitionsneigung der Privatwirtschaft und die Erschwerung der Wohnbaufinanzierung durch die Hochzinspolitik der Bundesbank zu nennen. Die kürzlich gelockerte Kreditbremse und die Ankündigung von staatlichen Stützungsmaßnahmen haben sich hier noch nicht ausgewirkt, so daß der Rückgang der Auftragseingänge unvermindert anhält. Insgesamt fielen die Auftragseingangswerte im Hochbau gegenüber 1973 um mehr als 33 %.

Eine Umkehrung der Vorjahresverhältnisse zeichnet sich bei der Nachfrage nach Hochbauten durch öffentliche Auftraggeber ab. Nachdem die Zahl der Arbeitsstunden in dieser Sparte 1973 noch um 25 % niedriger war als 1972, hat sie sich bis Ende September bereits wieder um 5,5 % erhöht. Ein wesentlicher Teil dieser Verbesserung ist allerdings den bereits erwähnten Abschlußarbeiten an Brücken- und Schulneubauten zuzurechnen und betrifft auch nur einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Betrieben. Die Auftragsvergaben zeigen hier jedoch einen, wenn auch mäßigen Aufwärtstrend.

Schaubild 7

Nettoproduktion des Baugewerbes arbeitstäglich 1972 bis 1974
1962 = 100



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

(N)

Zur Einschätzung der kurzfristigen Entwicklungsaussichten läßt sich lediglich für den Straßenbau und den sonstigen Tiefbau eine positive Tendenz anhand der Auftragseingangsdaten darstellen. Bei den beteiligten Betrieben stieg der Wert der Auftragseingänge allein von August auf September um beinahe 35 %. Angesichts der bevorstehenden Winterperiode muß dies jedoch nicht bedeuten, daß in naher Zukunft bereits mit einer wesentlich besseren Auslastung der Kapazitäten zu rechnen ist. Die weitere Entwicklung in den übrigen Bausparten wird grundsätzlich davon abhängen, ob es im Zuge der jetzt anlaufenden staatlichen Stützungsmaßnahmen gelingt, die private Nachfrage nach Bauleistungen, vor allem für Wohnbauprojekte, wieder zu beleben.

Baufertigstellungen bei Wohnungen im Zeitraum von Oktober 1973 bis September 1974 geringer, Baugenehmigungen stark zurückgegangen

Mit 15 286 Wohnungen lagen die Baufertigstellungen im Zeitraum Oktober 1973 bis September 1974 nur geringfügig unter der – relativ hohen – Zahl in den davorliegenden 12 Monaten. Dieses günstige Bild wird noch dadurch unterstrichen, daß zwischen den genannten Vergleichszeiträumen die insgesamt fertiggestellte Wohnfläche in Wohngebäuden sogar um 2,6 % zugenommen hat. Auch die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung hat mit 73,3 qm den bisher höchsten Stand erreicht. Aus der Abnahme der Zahl der fertiggestellten Wohngebäude um 11,2 % läßt sich erkennen, daß das Gewicht der größeren Wohngebäude weiterhin zugenommen hat.

Trotz eines geringen Rückganges war der Anteil der Wohnungen, die öffentlich gefördert wurden, mit 47 % nach wie vor beachtlich hoch.

Dieses im großen und ganzen positive Ergebnis der Wohnbautätigkeit im betrachteten Zeitraum überrascht um so mehr, als die Baupreise auch weiterhin eine steigende Tendenz zeigten. Von August 1973 bis August 1974 stieg der Preisindex für Wohngebäude auf der Basis 1962 = 100 um etwas mehr als 10 %; die in den vorhergehenden Jahren zu beobachtende geringe Abschwächung der Preissteigerungen bei den Bauleistungen hat sich damit nicht weiter fortgesetzt.

Die folgende Zusammenstellung der von Oktober 1973 bis September 1974 als fertiggestellt gemeldeten größeren Bauvorhaben zeigt, daß diese über verschiedene Stadtteile verstreut sind:

Steilshoop (versch. Straßen)	587 Wohnungen
Bramfeld (Barmwisch)	449 „
Wilhelmsburg (Neuenfelder Straße)	276 „
Altona-Altstadt	
(Augustenburger Straße)	235 „
Bramfeld (Mützendorpsteed)	217 „
Schnelsen (Spanische Furt)	216 „
Lurup (Schreinerweg)	206 „

Da die Baugenehmigungen von Oktober 1973 bis September 1974 im Vergleich zu den davorliegenden 12 Monaten – gemessen an der Zahl der Wohnungen – um 31 % und – gemessen an der Zahl der

Wohngebäude – sogar um 43,2 % zurückgegangen sind, muß in den kommenden Monaten auch mit erheblich geringeren Baufertigstellungsergebnissen im Wohnungssektor gerechnet werden. Die wichtigsten Gründe für diese Entwicklung sind allgemein bekannt, so daß hier nur einige angedeutet werden sollen: Auf der Angebotseite hohe und steigende Kosten (Löhne, Materialien, Zinsen) und auf der Nachfrageseite wachsende wirtschaftliche Unsicherheit (Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Konkurse).

Beim Nichtwohnbau sind sowohl bei den Fertigstellungen als auch bei den Genehmigungen positivere Entwicklungen festzustellen, als es beim Wohnungsbau der Fall ist. Wenn auch im Vergleich der hier betrachteten Zeiträume die Zahl der fertiggestellten Nichtwohngebäude nur geringfügig von 747 auf 779 (+ 4,3 %) zugenommen hat, so sind doch in den letzten 12 Monaten erheblich größere Nichtwohngebäude erstellt worden, was aus der Zunahme des umbauten Raumes um 45,5 % und der Nutzfläche um 37,3 % hervorgeht.

Zu den 10 größten fertiggestellten Objekten – gemessen an den veranschlagten reinen Baukosten – gehörten von Oktober 1973 bis September 1974 folgende Nichtwohnbauten:

Verwaltungs- und Bürogebäude in Winterhude, Hamburg-Mitte und Rotherbaum;

Tabelle 9

Baugenehmigungen und Baufertigstellungen in Hamburg 1972/73 und 1973/74

Art der Angaben	Oktober 1972 bis September 1973	Oktober 1973 bis September 1974	Veränderung gegenüber Vorjahr	
			absolut	in %
	1	2	3	4
Baugenehmigungen				
Wohngebäude	2 252	1 280	- 972	- 43,2
Nichtwohngebäude	785	606	- 179	- 22,8
Umbauter Raum der Nichtwohngebäude in 1 000 cbm	5 906	4 574	- 1 332	- 22,6
Nutzfläche der Nichtwohngebäude in 1 000 qm	1 104	799	- 305	- 27,6
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden	15 501	10 691	- 4 810	- 31,0
Baufertigstellungen				
Wohngebäude	2 116	1 880	- 236	- 11,2
Wohnfläche der Wohngebäude in 1 000 qm ¹⁾	1 059	1 087	+ 28	+ 2,6
Durchschnittl. Wohnfläche je Wohnung in qm ¹⁾	71,7	73,3	+ 2,2	+ 3,1
Nichtwohngebäude	747	779	+ 32	+ 4,3
Umbauter Raum der Nichtwohngebäude in 1 000 cbm	5 494	7 995	+ 2 501	+ 45,5
Nutzfläche der Nichtwohngebäude in 1 000 qm	940	1 291	+ 351	+ 37,3
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden	15 344	15 286	- 58	- 0,4
darunter öffentlich gefördert:				
absolut	7 470	7 186	- 284	- 3,8
in %	48,7	47,0	- 1,7	

¹⁾ ohne Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.

Fabrik- und Lagergebäude in Altenwerder und Billstedt;

Institutsgebäude in Rotherbaum;
Laden- und Geschäftshäuser in Altona-Altstadt und Bergedorf;

Krankenhausbauten in Volksdorf.

Schon diese Aufstellung der Großobjekte macht die Vielfalt und die regionale Streuung des Nichtwohnbaus deutlich.

Die Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude sind im Berichtszeitraum gegenüber den davorliegenden 12 Monaten erheblich weniger zurückgegangen als im Wohnungsbau. Nach der Zahl der Nichtwohngebäude und nach dem umbauten Raum betrug der Rückgang jeweils knapp - 23 %, während die Baugenehmigungen, an der Nutzfläche der Nichtwohngebäude gemessen, um annähernd 28 % zurückfielen.

Das insgesamt etwas günstigere Bild beim Nichtwohnbau mag auch damit zusammenhängen, daß der Baupreisindex (1962 = 100) für Bürogebäude und Gewerbliche Betriebsgebäude eine geringere Steigerungsrate und einen tieferen Stand aufzuweisen hatte als der für Wohngebäude.

Tabelle 10

Preisindex für Gebäude in Hamburg im August 1973 und 1974
1962 = 100

Art der Gebäude Bauleistungsgruppen	August 1973	August 1974	Veränd. gegenüber Vorjahr in %
	1	2	
Wohngebäude	202,0	223,5	+10,6
davon			
Erd- und Grundbauarbeiten	161,6	175,4	+ 8,5
Rohbauarbeiten	199,7	214,2	+ 7,3
Ausbauarbeiten	213,9	242,1	+13,2
Haustechnische Anlagen	187,0	213,7	+14,3
Bürogebäude	196,3	215,4	+ 9,7
Gewerbliche Betriebsgebäude	194,9	211,4	+ 8,5

Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand rückläufig

In den 12 Monaten von Oktober 1973 bis September 1974 betrug der Wert der öffentlichen Tiefbauvergaben - im Einzelbetrag von mindestens 25 000 DM - rund 400 Mio DM. Er lag damit um etwa 63 Mio DM oder 13,6 % unter dem entsprechenden - allerdings besonders hohen - Vorjahresbetrag. Der größte Anteil entfiel, trotz überproportionaler Abnahme (- 30,4 %), wiederum auf die Gruppe der „Sonstigen Tiefbauten“, zu denen in Hamburg vor allem die im Zusammenhang mit dem Bau der City-S-Bahn vergebenen Tiefbauten gehören. Zugenommen haben im Vergleich zur Vorjahresperiode die Tiefbauvergaben für Straßenbauten (+ 16,8 %), die damit im Berichtszeitraum 1973/74 den zweiten Platz einnahmen, und diejenigen für Straßenbrückenbauten (+ 76,5 %), deren absoluter Wert mit 23,3 Mio DM allerdings nur knapp 6 % aller Tiefbauaufträge ausmachte.

Die überproportionale Abnahme der größeren Tiefbauvergaben im Einzelwert von je 1 Mio DM und mehr um 27,2 % zeigt, daß der Rückgang der Gesamtsumme aller Tiefbauaufträge auf diese „Großvergaben“ zurückzuführen ist, während die Aufträge bis zu 1 Mio DM absolut um rund 10 Mio DM zugenommen haben.

Die absolut größten Tiefbauvergaben in der Zeit von Oktober 1973 bis September 1974 waren:

28,7 Mio DM für das Baulos „Reeperbahn“ und 23,6 Mio DM für das Baulos „Königstraße“ der City-S-Bahn,

22,3 Mio DM für den Sammler Ost, Abschnitt Süd in Wilhelmsburg

sowie 16,2 Mio DM für die Eisenbahnbrücke über die Süderelbe.

Diese 4 Großaufträge machten allein rund 22,5 % aller Tiefbauvergaben im betrachteten Zeitraum aus.

Tabelle 11

Auftragsvergaben im Tiefbau in Hamburg 1972/73 und 1973/74
Einzelaufträge von 25 000 DM und mehr
in Mio DM

Art der Tiefbaumaßnahmen ¹⁾	Oktober 1972 bis September 1973	Oktober 1973 bis September 1974	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	1	2	3	4
Straßenbauten	100,3	117,2	+16,9	+16,8
Straßenbrückenbauten	13,2	23,3	+10,1	+76,5
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	16,6	14,8	- 1,8	-10,8
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	133,6	106,9	-26,7	-20,0
Sonstige Tiefbauten	203,3	141,4	-61,9	-30,4
Tiefbaumaßnahmen insgesamt ²⁾	467,0	403,6	-63,4	-13,6
darunter Einzelaufträge von 1 Mio DM und mehr	272,8	198,7	-74,1	-27,2

¹⁾ einschl. des vom Bauherrn gestellten Materials. - ²⁾ ohne die von der OFD Hamburg verwalteten Auftragsvergaben für Bundesbauten.

Zahl der Wohngeldempfänger um fast 20 % gestiegen

Nachdem die Zahl der Wohngeldempfänger von Ende September 1972 bis Ende September 1973 nur um knapp 2 % angestiegen war, erhöhte sie sich im darauffolgenden Jahr um etwa 20 % und belief sich am 30. 9. 1974 auf 74 174. Das bedeutet, daß im Durchschnitt in fast jeder 10. Wohnung eine Familie Wohngeld bekommt. Hiervon war der weitaus überwiegende Anteil Mietzuschußempfänger, nur 834 Familien erhielten Lastenzuschuß. Nach einer geringfügigen Abnahme des durchschnittlichen monatlichen Wohngeldanspruches je Empfänger im vorhergehenden Berichtszeitraum ergab sich von 1973 auf 1974 eine Steigerung um rund 17 % auf 68,57 DM. Im Monat September 1974 wurden insgesamt 5,086 Mio DM an Wohngeld ausgezahlt; das waren - bedingt sowohl durch die erhebliche Zunahme der Zahl der Wohngeldempfänger als auch durch die Erhöhung des Wohngeldanspruches je Empfänger - beinahe 40 %

mehr als im entsprechenden Vorjahresmonat. Von dieser Gesamtsumme entfielen auf Mietzuschüsse 5,022 Mio DM und auf Lastenzuschüsse 64 000 DM.

Tabelle 12

Wohngeld in Hamburg im September 1973 und 1974

Art der Angaben	Stand am		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	30. Sept. 1973	30. Sept. 1974	absolut	in %
	1	2	3	4
Mietzuschußempfänger				
Anzahl	61 417	73 340	11 923	+19,4
Monatl. Wohngeldanspruch in 1 000 DM	3 596	5 022	1 426	+39,7
Monatl. Wohngeldanspruch je Empfänger in DM	58,55	68,48	9,93	+17,0
Lastenzuschußempfänger				
Anzahl	625	834	209	+33,4
Monatl. Wohngeldanspruch in 1 000 DM	42	64	22	+52,4
Monatl. Wohngeldanspruch je Empfänger in DM	67,03	76,74	9,71	+14,5
Wohngeldempfänger insges.				
Anzahl	62 042	74 174	12 132	+19,6
Monatl. Wohngeldanspruch in 1 000 DM	3 638	5 086	1 448	+39,8
Monatl. Wohngeldanspruch je Empfänger in DM	58,64	68,57	9,93	+16,9

7. Handel und Verkehr

40 % Umsatzsteigerung im Außenhandel

Der hohe Umsatzzuwachs des letzten Jahres hielt im Hamburger Groß- und Außenhandel auch in den ersten neun Monaten dieses Jahres unvermindert an (+ 32,6 %). Dabei war der Anstieg beim Außenhandel fast doppelt so hoch (+ 39,7 %) wie beim Binnengroßhandel (+ 22,6 %). Beide Sparten liegen weit über dem Bundesdurchschnitt, der eine Steigerung von „nur“ rd. 15 % verzeichnet. Allerdings muß hier darauf hingewiesen werden, daß insbesondere bei den Einfuhren – aber auch bei den Ausfuhren – ganz erhebliche Preissteigerungen mit zu der Umsatzausweitung beigetragen haben.

Mit der überaus günstigen Entwicklung sind sowohl im Außen- als auch im Binnengroßhandel besonders der Großhandel mit Technischen Chemikalien und Kautschuk, mit Mineralölerzeugnissen sowie mit Erzen, Eisen, NE-Metallen und Halbzeug beteiligt. Speziell zum guten Abschneiden des Außenhandels hat zusätzlich der Großhandel mit Getreide, Futter- und Düngemitteln beigetragen.

Obwohl in den beiden letzten Monaten leichte Abschwächungstendenzen sichtbar wurden, dürfte der Hamburger Großhandel im Jahr 1974 einen Umsatz von mehr als 80 Mrd DM erreichen.

Geringes Umsatzwachstum im Einzelhandel

Im Einzelhandel erreichten die nominellen Umsätze für die Zeit vom Januar bis September zwar neue Höchstwerte, die Steigerungsrate gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1973 betrug jedoch nur 5,8 % und wich damit kaum von der Entwicklung im

Bundesgebiet ab. Berücksichtigt man die inzwischen eingetretenen Preissteigerungen, so dürfte im Bundesgebiet ebenso wie in Hamburg der reale Umsatz in vielen Branchen stagnieren, in einigen waren sicherlich auch reale Umsatzeinbußen zu verzeichnen.

Tabelle 13

Umsätze im Groß- und Außenhandel sowie im Einzelhandel in Hamburg 1973 und 1974
in Mio DM

Wirtschaftsgliederungen	Januar bis September			
	1973	1974	Veränderung gegenüber Vorjahr	
			absolut	in %
	1	2	3	4
Groß- und Außenhandel	38 495	51 046	+ 12 551	+32,6
davon				
Außenhandel	22 525	31 460	+ 8 935	+39,7
Binnengroßhandel	15 970	19 586	+ 3 616	+22,6
Einzelhandel	7 895	8 353	+ 458	+ 5,8
davon				
Waren verschiedener Art (einschl. Warenhäuser und Versandhandel)	2 184	2 477	+ 293	+13,4
Facheinzelhandel	5 711	5 876	+ 165	+ 2,8

Verhältnismäßig gut schnitten die Betriebe mit breitem Sortiment ab, da sich bei ihnen der Nachfragerückgang in bestimmten Sparten teilweise durch steigende Nachfrage nach anderen Gütern auffangen ließ. So wurde beim Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ein Umsatzplus von über 13 % – insbesondere getragen vom Versandhandel – gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum erzielt, während es im Facheinzelhandel insgesamt nur knapp 3 % waren. Der Facheinzelhandel, auf den rund zwei Drittel der gesamten Umsätze entfallen, schnitt damit wesentlich schlechter ab als im Vergleichszeitraum des Vorjahres, als er noch 4,1 % Zuwachs erreichte. Zwischen den einzelnen Branchen ist eine sehr differenzierte Entwicklung festzustellen.

So wurde bei Kohle und Mineralölerzeugnissen eine Umsatzsteigerung von fast 24 % registriert, die jedoch weitgehend preisbedingt sein dürfte. Recht gut schnitt auch der Einzelhandel mit Elektro- und optischen Erzeugnissen sowie Uhren ab (+ 11 %). Dagegen verzeichnete der Einzelhandel mit Hausrat und Wohnbedarf ein Minus von knapp 4 %, und bei den Fahrzeugen und Maschinen ergab sich ein weitgehend konjunkturbedingter Umsatzrückgang von fast 13 %. Auch die Warenhäuser erlitten starke Wachstumseinbußen. Betrug ihre Umsatzsteigerung von Januar bis September 1973 noch 5,7 %, so sank sie im gleichen Zeitraum 1974 auf nur noch 4,1 % ab.

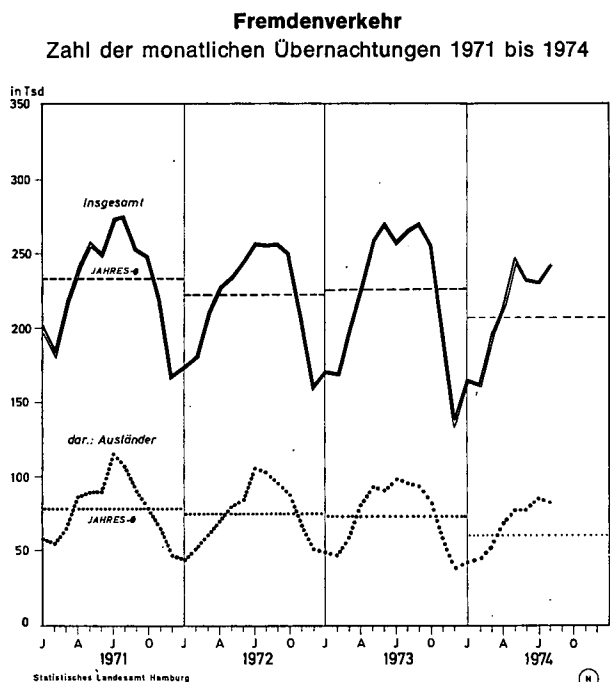
Legt man das Ergebnis der ersten neun Monate 1974 zugrunde, so läßt sich der Gesamtumsatz des Einzelhandels in diesem Jahr auf knapp 12 Mrd DM schätzen.

Differenzierte Entwicklung im Fremdenverkehr

Das Hamburger Beherbergungsgewerbe, das über rund 400 Betriebe mit 16 300 Betten verfügt, verzeich-

net in der Zeit von Januar bis August 1974 gegenüber dem IGA-Jahr einen Rückgang der Gästezahl von $-3,8\%$. Diese Entwicklung ist jedoch nicht verwunderlich, wenn man an den Besucherzustrom im letzten Jahr anlässlich der IGA denkt. Daher sollte man bei einer näheren Betrachtung die einzelnen Quartale und auch das „normale“ Jahr 1972 mit einbeziehen. So konnte bei einem Vergleich 1974 zu 1973 im ersten Quartal immerhin ein Plus ($2,3\%$), im zweiten Quartal (im April 1973 Beginn der IGA) dagegen ein Minus ($4,2\%$) verzeichnet werden. Setzt man

Schaubild 8



hier jedoch das zweite Quartal des Jahres 1972 gegenüber, so stieg die Zahl der Gäste im zweiten Quartal 1974 um $4,6\%$. In den beiden Sommermonaten Juli und August jedoch hielt sowohl gegenüber 1973 (-9%) als auch 1972 ($-7,6\%$) der starke Rückgang des Reiseverkehrs weiterhin an. Aus die-

ser Betrachtung lassen sich zwei Schlüsse ziehen: Einmal ist eine deutliche Zunahme des Geschäftsreiserverkehrs (außerhalb der Sommermonate) festzustellen; zum anderen ist der Touristenverkehr (in den Sommermonaten) weiterhin rückläufig. Diese gegenläufigen Entwicklungen führen zwar zu einem Rückgang gegenüber 1973, stellen jedoch im Vergleich zu 1972 ein zumindest bis August 1974 fast unverändertes Ergebnis dar.

Bemerkenswert ist allerdings der gegenüber dem Vorjahr festzustellende Rückgang der Zahl der Auslandsgäste mit fast -13% . Hieran sind an erster Stelle Dänen und Schweden beteiligt.

Da die Übernachtungszahl wie auch im Vorjahr stärker zurückging ($-6,2\%$) als die der Gäste, hält der schon früher beobachtete Trend zu einer kürzeren Aufenthaltsdauer weiterhin an und schmälert damit die wirtschaftliche Basis des Beherbergungsgewerbes.

Unter Berücksichtigung der bisher vorliegenden Ergebnisse läßt sich für das ganze Jahr 1974 die Gesamtzahl der Gäste auf etwa 1,36 Mio schätzen. Davon dürften rd. 410 000 Ausländer gewesen sein. Die Zahl aller Übernachtungen wird sich voraussichtlich auf 2,5 Mio, die der Ausländer auf 0,75 Mio belaufen.

Die ungünstige Entwicklung im Fremdenverkehr blieb nicht ohne Wirkung auf die Umsätze des Gastgewerbes; insbesondere ging der Umsatz des Beherbergungsgewerbes in den ersten neun Monaten d. J. um $-1,8\%$ zurück, während das Gaststättengewerbe noch ein um $8,1\%$ besseres Ergebnis erzielen konnte als im gleichen Vorjahreszeitraum. Für das ganze Jahr 1974 wird das Gastgewerbe insgesamt voraussichtlich einen Umsatz von etwa 940 Mio DM erreichen; das entspricht einer Steigerung von $5,7\%$.

Erneuter Umschlagrekord im Hamburger Hafen

Von Januar bis Oktober sind im Hamburger Hafen 43,9 Mio t Seegüter umgeschlagen worden. Damit

Tabelle 14

Güterverkehr über See in Hamburg 1971 bis 1974
Mengen in 1 000 t

Art der Angaben	1971	1972	1973	Januar bis Oktober		Veränderung gegenüber Vorjahr	
				1973	1974	absolut	in %
				1	2	3	4
Gesamtumschlag	45 303	46 254	49 849	40 554	43 858	+ 3 304	+ 8,1
davon							
Stückgut	12 995	13 382	14 840	12 171	13 423	+ 1 252	+ 10,3
Massengut	32 308	32 872	35 009	28 383	30 435	+ 2 052	+ 7,2
Empfang	35 090	35 581	37 154	30 272	30 580	+ 308	+ 1,0
davon							
Stückgut	7 097	7 482	7 802	6 419	6 254	- 165	- 2,6
Massengut	27 993	28 099	29 352	23 853	24 326	+ 473	+ 2,0
Versand	10 213	10 673	12 695	10 282	13 278	+ 2 996	+ 29,1
davon							
Stückgut	5 898	5 900	7 038	5 752	7 169	+ 1 417	+ 24,6
Massengut	4 315	4 773	5 657	4 530	6 109	+ 1 579	+ 34,7

konnte das sehr günstige Vorjahresergebnis noch um 3,3 Mio t oder 8 % übertroffen werden. Zu diesem neuen Höchststand hat fast ausschließlich der Güterversand (13,3 Mio t) beigetragen, der im Gefolge des Exportbooms eine beachtliche Steigerungsrate von 29 % erzielte. Dagegen trug der Empfang, der zwar ein Volumen von 30,6 Mio t erreichte und der traditionellen Stellung Hamburgs als Importplatz entsprechend 72 % des gesamten Güterumschlags auf sich vereinigte, mit nur 1 % wenig zur Umschlagsteigerung bei.

Differenziert man das Umschlagsvolumen grob nach der Art der Güter, so konnte Hamburg seine Position als Stückguthafen noch weiter verbessern. Das Aufkommen am Stück- und Sackgut wuchs insgesamt um gut 10 % auf 13,4 Mio t. Hierbei wurden überdurchschnittliche Umschlagsgewinne bei Eisen und Stahl, elektrotechnischen Erzeugnissen sowie bei Chemikalien und Zucker realisiert. Dagegen entwickelte sich der Umschlag von Obst- und Gemüseerzeugnissen sowie von NE-Metallen und Metallhalbzeug gegenüber dem Vorjahr stark rückläufig. Insgesamt gesehen lag beim Stückgut die Umschlagssteigerung ausschließlich beim Versand (+ 25 %). Dagegen ist beim Empfang ein leichter Rückgang von 165 000 t bzw. 3 % verzeichnet worden.

Während beim Massengut, das bis Ende Oktober ein Volumen von 30,4 Mio t erreichte, der Empfang gegenüber dem Vorjahr sich kaum veränderte (+ 2 %), ist im Versand eine ungewöhnlich hohe Steigerungsrate von 35 % erzielt worden. Der Grund hierfür ist vor allem in den überdurchschnittlich hohen Getreide- und Koksverladungen zu sehen. Hinzu kommt, daß sich der Umschlag von Kaliüngemitteln mehr als verdoppelt hat (+ 159 %), was darauf zurückzuführen ist, daß die deutsche Kaliindustrie ihre Exporte in diesem Jahr fast ausschließlich über den Hamburger Hafen leitete.

Im Gegensatz zum Vorjahr gingen von der Durchfuhr, auf die fast ein Fünftel des gesamten Güterumschlags entfällt, diesmal wieder kräftige Impulse aus. So belief sich bis September dieses Jahres der Güterumschlag im Transit auf 7 Mio t und erreichte damit eine Steigerungsrate von 8 %. Bei dieser Berechnung wurden jedoch die zumeist für die DDR und CSSR kurzfristig zwischengelagerten Getreide-, Ölfrucht- und Futtermittelmengen hinzugerechnet, obgleich sie formal als „Einfuhr auf offene Zollager“ zu behandeln sind. Besonders hervorzuheben ist die starke Ausweitung des Transitverkehrs mit Ungarn (+ 94 %). Diese Entwicklung ist vor allem auf starke Importzunahmen von Kraftstoffen und Schmierölen sowie von Phosphaten, Ölkuchen, Fellen und Häuten zurückzuführen. Aber auch die Ausfuhr von Eisen- und Stahlwaren hat den Transit mit Ungarn stark belebt. An zweiter Stelle rangierte die Zunahme des Österreich-Transits (+ 22 %). Auch Dänemark (+ 13 %) und Norwegen (+ 5 %) verzeichneten einen spürbaren Anstieg; für die übrigen skandinavischen Länder blieb der Transit jedoch nahezu unverändert.

Während die Durchfuhr mit der CSSR leicht rückläufig war, hat sich der Verkehr mit der DDR, die mit 2,2 Mio t mit Abstand an der Spitze der Transitländer

steht, nach einem starken Rückgang im letzten Jahr wieder positiv entwickelt (+ 4 %). Hierzu haben hauptsächlich Importe von Zucker, aber auch die Einfuhren von Futtermitteln, insbesondere von Ölkuchen und Fischmehl, beigetragen. Dagegen gingen die Getreidetransporte zur DDR, die sich mengenmäßig auf 0,9 Mio t beliefen, auch in diesem Jahr wieder stark zurück (- 12 %).

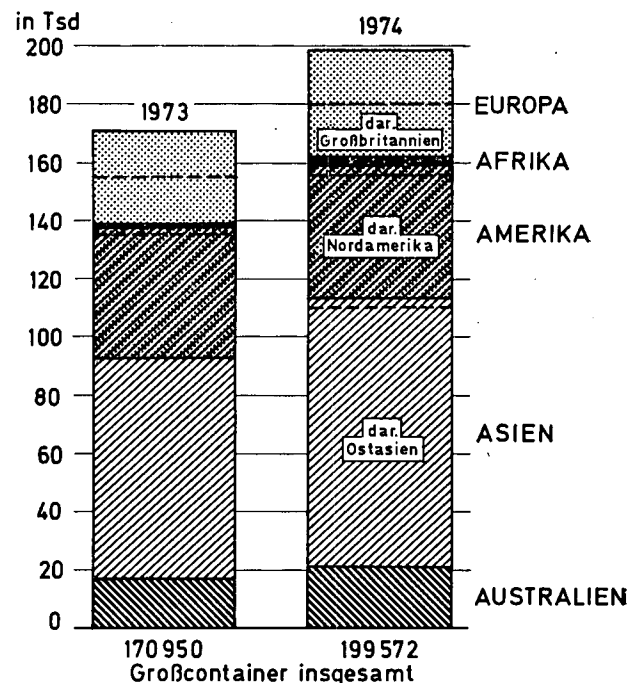
Falls sich keine gravierenden Veränderungen ergeben, kann für das gesamte Jahr 1974 mit einem Umschlagsvolumen von rd. 52,8 Mio t gerechnet werden. Davon dürften rd. 36,6 Mio t auf Massengüter und 16,2 Mio t auf Stückgut entfallen.

Weiterhin starker Anstieg im Containerverkehr

Besonders erfreulich war auch in diesem Jahr wieder die Entwicklung im Containerverkehr. Bis Ende Oktober wurden insgesamt rd. 199 600 Großcontainer (20 Fuß und mehr) umgeschlagen, was einer Steigerungsrate von 17 % entspricht. Ebenso stark erwies sich die Zunahme des Bruttogewichts der umgeschlagenen Behälter, das sich auf knapp 2,4 Mio t belief. Die Wachstumsraten waren vor allem wieder auf die starke Ausweitung des Containerverkehrs mit dem Fernen Osten zurückzuführen (+ 18%). Noch stärker hat sich der Australienverkehr mit einer Zuwachsrate von 21 % entwickelt. Zwar lag der Behälterumschlag mit Afrika absolut gesehen mit 3 600 Einheiten noch sehr niedrig; gegenüber dem Vorjahr hat er sich jedoch nahezu verdreifacht. Dagegen blieb der Containerverkehr mit Nordamerika, dem Ursprungsland des Behälterverkehrs, mit rd. 42 200 Einheiten fast unverändert. Innerhalb Europas sind vor allem Großbritannien sowie die skandinavischen Län-

Schaubild 9

In Hamburg umgeschlagene Großcontainer nach Verkehrsbereichen Januar bis Oktober 1973 und 1974



Statistisches Landesamt Hamburg



der zu nennen, bei denen der Containerumschlag mit zusammen 26 400 Einheiten um 15 % zugenommen hat.

Da keine Anzeichen auf eine Verschlechterung in den letzten Monaten hindeuten, wird man für das gesamte Jahr 1974 mit einem Umschlag von 240 000 Großcontainern rechnen können. Das Bruttogewicht der umgeschlagenen Behälter wird voraussichtlich ein Umschlagsvolumen von 2,9 Mio t ergeben.

Steigendes Transportaufkommen im Binnenschiffsverkehr

In den ersten neun Monaten dieses Jahres beförderte die Binnenschifffahrt insgesamt 7,9 Mio t, womit gegenüber dem Vorjahr eine Zuwachsrate von 11 % (+ 808 000 t) zu verzeichnen war. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß aufgrund des milden Winters der Schiffsverkehr nicht behindert wurde. Außerdem haben die gegenüber 1973 erhöhten Wasserstände während der Sommermonate den Oberelbeverkehr begünstigt. Während im Unterelbeverkehr eine Steigerungsrate des Ladungsaufkommens von 3 % registriert wurde, belief sich die Transportzunahme im Verkehr auf der Oberelbe auf knapp 12 %. Überdurchschnittlich angestiegen sind hierbei die Transportleistungen im Verkehr mit Westberlin, die sich auf 1,2 Mio t beliefen und eine Zunahme von 31 % erreichten. Stark zugenommen hat auch der Verkehr mit der DDR (+ 17 %), insbesondere aber das Ladungsaufkommen mit der CSSR (+ 23 %), das eine Gesamthöhe von 695 000 t erzielte.

Falls nicht infolge extremer Wetterbedingungen ein Tendenzumschwung in den letzten Monaten eintritt, wird sich bis Ende 1974 die Transportleistung der Binnenschifffahrt noch um rd. 2,3 Mio t erhöhen, so daß zum Jahresende mit einem Gesamttransportaufkommen von rd. 10,2 Mio t gerechnet werden kann.

Höheres Transportvolumen in der Hafenschifffahrt

Von Januar bis September 1974 wurden im Hamburger Hafen 4,2 Mio t Güter aller Art mit Schuten befördert. Gegenüber dem Vorjahr ist somit das Transportaufkommen dieses Verkehrszweiges um 4 % gestiegen. Während die Beförderung von Stück- und Sackgut um knapp 4 % hinter dem Vorjahresergebnis zurückblieb, wurde bei den Massengütern (2,9 Mio t) eine Zunahme um fast 8 % registriert. In diesem Bereich fielen vor allem wieder erhebliche Transportsteigerungen bei Getreide und Erzen von jeweils 18 % auf. Stark rückläufig entwickelte sich dagegen die Beförderung von Mineralölen (- 18 %) sowie von Kohle und Koks (- 17 %).

Da in der Regel zum Jahresende die Beschäftigungslage im Hafen günstig ist, wird die Hafenschifffahrt voraussichtlich auf ein Jahresergebnis von etwa 5,8 Mio t kommen.

Wieder positive Entwicklung im Luftverkehr

Nach den Einbußen des Flugverkehrs im Jahre 1973 durch den „Dienst nach Vorschrift“ der Fluglotsen

nahmen die Verkehrsleistungen des Hamburger Flughafens in den ersten neun Monaten zum Teil wieder erheblich zu. So wurde bei den Starts und Landungen im gewerblichen Luftverkehr eine Steigerung um gut 4 % registriert. Im Passagierverkehr belief sich bei einem Fluggastaufkommen von 2,6 Mio (ohne Transit) die Zuwachsrate auf 8 %. Die gleiche Zuwachsrate wurde auch im Linienverkehr verzeichnet, obwohl im Flugverkehr mit Berlin infolge der Reiseerleichterungen auf dem Landwege weiterhin starke Einbußen hingenommen werden mußten (- 16 %). Beim Pauschalreiseverkehr waren die Starts und Landungen leicht rückläufig, dagegen nahmen die Passagierzahlen um 24 % zu, ein Indiz für die Tendenz zu immer größeren Flugzeugen gerade in dieser Verkehrsart. Während das Luftpostaufkommen gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert blieb (+ 0,6 %), ist im Luftfrachtgeschäft, das bis September einen Umschlag von 18 800 t (ohne Transit) verbuchen konnte, eine Zunahme von 5 % verzeichnet worden. Ohne Berücksichtigung des Transits wird das Jahresergebnis rd. 3,3 Mio Personen betragen. Bei der Luftfracht kann mit insgesamt 25 300 t gerechnet werden. Das Luftpostaufkommen wird voraussichtlich bei 8 700 t liegen.

Zunahme im öffentlichen Personenverkehr

In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden im öffentlichen Nahverkehr insgesamt annähernd 453 Mio Fahrgäste befördert. Das entspricht gegenüber dem Vorjahreszeitraum einer leichten Zunahme der Zahl der Beförderungsfälle um 7,2 Mio bzw. 1,6 %. In der Gliederung nach Betriebszweigen schneidet der Kraftomnibusverkehr - wie auch in den Jahren zuvor - in der Zuwachsrate am günstigsten ab. Bei ihm wurde eine Steigerung von 7 % registriert, wodurch die Beförderungsleistung dieses Betriebszweiges um 11,9 Mio angestiegen ist. Hingegen entwickelte sich die Zahl der beförderten Personen bei der Straßenbahn mit - 18 % (- 6 Mio) auch in diesem Jahr wieder rückläufig, was auf Verkehrsverlagerungen zum Kraftomnibus infolge von weiteren Linienstilllegungen bei der Straßenbahn zurückzuführen ist. Damit hat die Straßenbahn in Hamburg, deren Anteil am gesamten Beförderungsaufkommen nur noch knapp 6 % beträgt, weiter stark an Bedeutung verloren. Während das Beförderungsergebnis der Schifffahrt um 5 % höher lag als im Vorjahr, blieb die Transportleistung der Schnell- und Vorortbahnen nahezu unverändert (+ 0,3 %).

Unter der Voraussetzung, daß sich bis zum Ende des Jahres keine wesentlichen Strukturwandlungen ergeben, ist mit einer Gesamtzahl der beförderten Personen von gut 613 Mio zu rechnen. Davon werden etwa 55 % auf die Schnell- und Vorortbahnen entfallen.

Erstmals Rückgang des Kraftfahrzeugbestandes

Bei der jährlichen Bestandsstatistik am 1. Juli 1974 wurden in Hamburg insgesamt 530 800 Kraftfahrzeuge gezählt; darunter waren allein 481 700 Personen- und Kombinationskraftwagen. Auf je 1 000 Einwohner entfielen damit im Durchschnitt 302 Kraftfahrzeuge.

Tabelle 15

Mit Hamburger Verkehrsmitteln beförderte Personen 1971 bis 1974
Betriebszweigsbeförderungsfälle in 1 000

Verkehrsmittel	1971	1972	1973	Januar bis September			
				1973	1974	Veränderung gegenüber Vorjahr	
						absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7
Schnell- und Vorortbahnen ¹⁾	333 460	331 449	330 613	243 423	244 268	+ 845	+ 0,3
Kraftomnibusse	198 497	207 246	223 453	161 285	173 136	+ 11 851	+ 7,3
Straßenbahnen	56 355	51 691	43 038	32 645	26 648	- 5 997	- 18,4
Schifffahrt ²⁾	13 138	12 070	11 837	8 453 s	8 909 s	+ 456	+ 5,4
Insgesamt	601 450	602 456	608 941	455 806	452 961	+ 7 155	+ 1,6

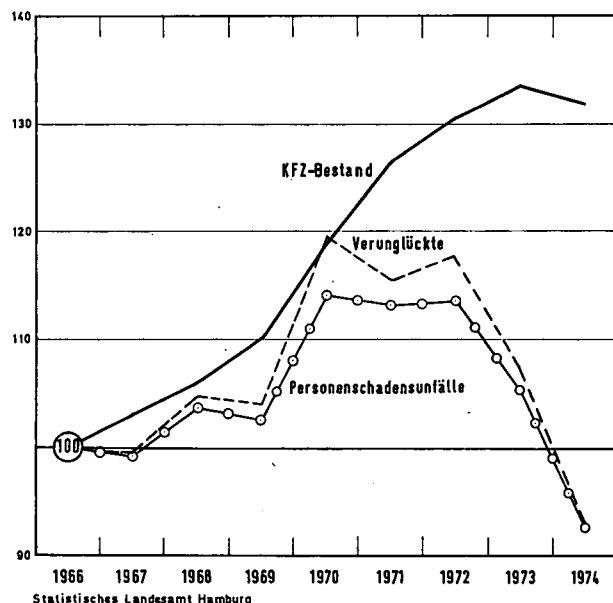
¹⁾ S- und U-Bahnen, nichtbundeseigene Eisenbahnen. — ²⁾ Hafen- und Alsterschifffahrt.

Nachdem sich in den vergangenen Jahren das Wachstum des Kraftfahrzeugbestandes bereits kontinuierlich verlangsamt hatte, ist 1974 erstmals nach dem Krieg ein — wenn auch geringer — Rückgang der Bestandszahlen um gut 1 % zu verzeichnen. Aus der Zulassungsstatistik läßt sich erkennen, daß vor allem die Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge im Vergleich zum Vorjahr wesentlich nachgelassen hat (— 24 %).

Dabei hat die allgemeine wirtschaftliche Lage sicherlich ebenso eine Rolle gespielt wie die seit der Energiekrise im letzten Jahr stark gestiegene finanzielle Belastung der Autobesitzer, die eine gewisse Unsicherheit in den Kaufabsichten potentieller Autokäufer zur Folge hatte. Hinzu kommt, daß die im Zuge der Stabilitätspolitik relativ hohen Kreditkosten

Schaubild 10

Kraftfahrzeugbestand, Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden und Verunglückte 1966 bis 1974
1966 = 100



die Anschaffung eines neuen Autos bei breiten Schichten der Bevölkerung zum Teil empfindlich erschwert haben.

Sicher wird der anhaltende Bevölkerungsrückgang Hamburgs in den letzten Jahren bereits zu einer

Dämpfung der Zuwachsraten des Kraftfahrzeugbestandes beigetragen haben. Da jedoch ein großer Teil der aus Hamburg abgewanderten Personen seinen Wohnsitz in den Randgemeinden genommen hat, darf — bei einer verringerten Bestandsdichte in Hamburg — nicht auf eine verminderte Verkehrsdichte geschlossen werden, da viele Umlandbewohner als Pendler, hauptsächlich in der Zeit des Berufsverkehrs, weiterhin am Hamburger Stadtverkehr teilnehmen.

Erfreuliche Abnahme der Straßenverkehrsunfälle

Die bundesweite Tendenz zu sinkenden Unfallzahlen im Straßenverkehr hat sich auch in Hamburg bestätigt. Gegenüber dem Vorjahr ging bis Ende Oktober 1974 die Zahl der Personenschadensunfälle (8 560) um 14 % zurück, die Zahl der Verunglückten verringerte sich sogar um 16 %. Damit hat sich der seit 1973 sichtbar werdende Tendenzumschwung in der Unfallbilanz verstärkt fortgesetzt. Dies gilt auch für die Sachschadensunfälle (ohne Bagatellunfälle), deren Anzahl gegenüber dem Vorjahr um 11 % abnahm.

Die Ursachen hierfür sind noch weitgehend ungeklärt. Es hat jedoch den Anschein, daß die Einführung des 0,8 ‰-Gesetzes und die damit verbundenen Überwachungsmaßnahmen (Alkoholkontrollen) im Straßenverkehr einen nicht unbeträchtlichen Einfluß auf diese Entwicklung gehabt haben. So ging die Zahl der Personenschadensunfälle, die auf Alkoholeinwirkung zurückzuführen waren, um etwa 24 % zurück. Hinzu kommt, daß sich die intensiven Bemühungen und Aufklärungskampagnen zur Unfallbekämpfung positiv auf das Unfallgeschehen ausgewirkt haben. Darüber hinaus sei noch angemerkt, daß die im Gefolge der Energiekrise aufgetretenen Kostensteigerungen beim Betrieb eines Kraftfahrzeuges sowie allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Bundesautobahnen eine Reduzierung der Fahrleistung bewirkten und in gewisser Hinsicht zu einem gelasseneren und weniger aggressiven Fahrverhalten geführt haben.

Eine Schätzung der Ergebnisse für die letzten Monate ist wegen der Abhängigkeit der Unfallzahlen von den Witterungsverhältnissen sehr schwierig. Unter der Voraussetzung, daß der Winter nicht allzu plötzlich einsetzt, dürfte sich die Zahl der Personenschadensunfälle bis Ende 1974 auf rd. 10 400 belaufen. Die Zahl der verunglückten Personen wird hierbei auf knapp 13 600 geschätzt.

8. Staatsfinanzen

Starkes Anwachsen der staatlichen Konsumausgaben bei gleichzeitiger Finanzierungsenge

Hamburgs Staatsfinanzen steuern offensichtlich einem Engpaß zu: Der Haushaltsvollzug ist bereits leicht defizitär geworden; hohe Verschuldung am Kreditmarkt und nicht mehr so ergiebige Steuerquellen charakterisieren die Einnahmeseite, überproportionale Konsumausgaben und faktisch stagnierende Investitionen die Ausgabenseite.

In den ersten drei Quartalen 1974 beliefen sich die öffentlichen Gesamtausgaben auf 5,90 Mrd DM; sie übertrafen damit das Ergebnis der entsprechenden Vorjahresperiode, in der der Ausgabenanstieg „nur“ 9,4 % betragen hatte, um 855 Mio DM bzw. 16,9 %. Demgegenüber erhöhten sich die staatlichen Gesamteinnahmen in den ersten neun Monaten 1974 lediglich um 676 Mio DM oder 12,9 % auf 5,88 Mrd DM. Per saldo ergibt sich also für diesen Zeitraum ein Einnahmedefizit von rd. 20 Mio DM. Ein Blick auf die Ausgabenstruktur zeigt, daß der beträchtliche Ausgabenzuwachs fast ganz den „unrentierlichen“ Konsumausgaben zugute gekommen ist: Während die Zuweisungen, Zuschüsse sowie der Sachaufwand für laufende Zwecke erheblich über dem Durchschnitt zunahmen und auch die Personalausgaben nicht weit hinter dem Durchschnitt zurückblieben, ist bei den Ausgaben der Kapitalrechnung, speziell den direkten und indirekten Investitionen, kaum mehr ein Anstieg zu konstatieren. Bei Beurteilung dieser Zahlen ist jedoch zu bedenken, daß sich wichtige öffentliche Investitionen größtenteils außerhalb des Staatshaushalts abspielen, so der Wohnungsbau, der Bau des Elbe-Mittellandkanals, des Flughafens Hamburg-Kaltenkirchen, der Ausbau der Unterelbe, der Bau von Bädern u.a.m.

Unter Berücksichtigung des Entwurfs eines 2. Nachtragshaushaltsplans sollen die Ausgaben für das gesamte Jahr 1974 ein Endvolumen von 8,17 Mrd DM und die Einnahmen ein solches von 8,07 Mrd DM erreichen, was bedeuten würde, daß sich das Wachstumstempo von Ausgaben und Einnahmen im 4. Quartal gegenüber dem mittleren der drei ersten Quar-

Tabelle 16

Öffentliche Ausgaben Hamburgs nach ausgewählten Arten 1973 und 1974

Ausgabearten	Januar bis September		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	1973	1974		
	in Mio DM		in %	
	1	2	3	4
Öffentliche Ausgaben insges.	5 050	5 905	+855	+16,9
darunter				
Personalausgaben	2 300	2 647	+347	+15,1
Investitionen ¹⁾	873	903	+ 30	+ 3,4
Laufende Zuweisungen u. Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)	664	891	+227	+34,2
Laufender Sachaufwand ..	654	806	+152	+23,2

¹⁾ Sachinvestitionen, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, Darlehen und Erwerb von Beteiligungen.
Quelle: Vierteljahresstatistik über die Ausgaben und Einnahmen der Länder, SFK 3.

tale 1974 noch beschleunigen und sich am Schluß ein Haushaltsdefizit in Höhe von rd. 100 Mio DM herausstellen müßte.

Steuerquellen nicht mehr so ergiebig

Die abflachende Konjunktur beginnt sich nun auch auf die Steuererträge auszuwirken. Ähnlich hohe Zuwachsraten wie 1973 wird es in diesem Jahr nicht mehr geben. In den ersten neun Monaten des Jahres 1974 betrug das kassenmäßige Bruttoaufkommen an Steuern in Hamburg 16,5 Mrd DM (ohne Stabilitätzuschlag und Investitionssteuer); das sind rd. 1,2 Mrd DM oder 8,0 % mehr als im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahrs. Die entsprechenden Zunahmen 1973 lagen dagegen noch bei 2,0 Mrd DM bzw. 15,1 %. Falls es bei einem Aufkommensplus von 8,0 % bleibt, werden die Steuereingänge bis Jahresende 1974 den Betrag von 23,6 Mrd DM erreicht haben.

Vom totalen Steueraufkommen vereinnahmt Hamburg nach dessen Verteilung nur einen verhältnismäßig kleinen Teil für eigene Zwecke. Diese haushaltswirksamen Steuereinnahmen summierten sich in den ersten drei Vierteljahren 1974 auf rd. 3,4 Mrd DM, 239 Mio DM oder 7,5 % mehr als zur gleichen Zeit im Vorjahr. Bei unveränderter Zunahme würde, ausgehend von den effektiven haushaltsrelevanten Steuereinnahmen 1973, der 4,729 Mrd DM betragende Haushaltsansatz 1974 unter Berücksichtigung des Entwurfs eines 2. Nachtrags um etwa 130 Mio DM unterschritten werden, so daß Hamburg für das volle Jahr 1974 nicht mehr als 4,602 Mrd DM zur Verfügung stehen. In Anbetracht einer ca. 11%igen Preiskomponente beim Staatsverbrauch des ersten Halbjahrs 1974 muß das als ein nicht sehr befriedigendes Ergebnis bezeichnet werden.

Zum Teil weicht die Aufkommensentwicklung der einzelnen Steuerarten stark von der durchschnittlichen ab. So erweist sich, daß die Nichtveranlagten Steuern vom Ertrag mit einem Plus von bis jetzt 116,2 %, gefolgt von der Einfuhrumsatzsteuer mit 41,2 % an der Spitze liegen, während die Umsatzsteuer mit -15,2 %, die Veranlagte Einkommensteuer mit -2,5 % sowie die Mineralölsteuer mit -1,4 % am schlechtesten abschnitten. Unter den Gemeinschaftssteuern rangierten, abgesehen von den bereits erwähnten beiden Spitzenreitern, die Körperschaftsteuer mit +31,5 % und die Lohnsteuer mit +15,2 % vornan. Insgesamt betrachtet sind die Gemeinschaftssteuern in den ersten neun Monaten 1974 um 14,2 %, also überdurchschnittlich gewachsen. Wegen des Rückgangs der Mineralölsteuer als größter Verbrauchssteuer haben die reinen Bundessteuern kaum noch zugenommen. Nicht zufriedenstellend ist das bisherige Resultat der Landessteuern, das trotz des um 11,8 % gestiegenen Ertrags an Vermögensteuer zusammengerechnet nur 4,9 % mehr erbrachte. Die Kommunalsteuern wiederum haben sich mit +9,0 % leicht überproportional entwickelt.

Ein Vergleich zum Bundesgebiet kann nur ohne gemeindliches Steueraufkommen erfolgen, weil darüber Zahlenmaterial neuesten Datums nicht greifbar ist. Bei Bund und Ländern wurden von Januar bis September 1974 kumuliert 154,8 Mrd DM Steuereingänge

registriert, was einer Zuwachsrate von 6,1% entspricht (Hamburg + 7,9%). Dabei beanspruchten die Gemeinschaftlichen Steuern (ohne Gewerbesteuerumlage) mit + 7,7% (Hamburg + 14,2%) das größte Wachstumstempo für sich; die reinen Bundessteuern nahmen hingegen um 0,9% ab (Hamburg + 1,8%), und die ausschließlich den Ländern reservierten Steuern stiegen um 2,4% an (Hamburg + 4,9%). Wie zu ersehen, führt die ausgeglichene Struktur der Wirtschaft in Hamburg unbeschadet konjunkturebedingter Ausfälle immer noch zu besseren Steuereinnahmen als im übrigen Bundesgebiet.

Tabelle 17

Steueraufkommen in Hamburg 1973 und 1974

Steuerarten	Januar bis September			
	1973	1974	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mio DM		in %	
	1	2	3	4
Gemeinschaftliche Steuern ¹⁾	7 037	8 035	+ 998	+ 14,2
davon				
Lohnsteuer	2 525	2 910	+ 385	+ 15,2
Veranlagte				
Einkommensteuer	890	868	- 22	- 2,5
Nichtveranlagte				
Steuern vom Ertrag	265	573	+ 308	+ 116,2
Körperschaftsteuer	391	514	+ 123	+ 31,5
Steuern vom Umsatz	2 966	3 170	+ 204	+ 6,9
Bundessteuern	7 033	7 163	+ 130	+ 1,8
darunter				
Zölle	503	539	+ 36	+ 7,2
Mineralölsteuer	5 324	5 248	- 76	- 1,4
Tabaksteuer	636	755	+ 119	+ 18,7
Kaffeesteuer	236	243	+ 7	+ 3,0
Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer	79	105	+ 26	+ 32,9
Landessteuern	385	404	+ 19	+ 4,9
darunter				
Vermögenssteuer	152	170	+ 18	+ 11,8
Erbschaftsteuer	16	17	+ 1	+ 6,3
Kraftfahrzeugsteuer	109	114	+ 5	+ 4,6
Gemeindesteuern ²⁾	818	892	+ 74	+ 9,0
darunter				
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital ²⁾	595	652	+ 57	+ 9,6
Gewerbsteuer nach der Lohnsumme	129	139	+ 10	+ 7,8
Gemeinschaft-, Bundes-, Landes- und Gemeinde-steuern insgesamt	15 274	16 494	+ 1 220	+ 8,0
darunter				
Haushaltswirksame Steuereinnahmen	3 167	3 406	+ 239	+ 7,5

¹⁾ ohne Gewerbesteuerumlage. - ²⁾ einschl. Gewerbesteuerumlage. - Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

Stand der Staatsverschuldung höher als zwei Drittel des Haushaltsvolumens

Der Nachholbedarf an öffentlichen Infrastrukturinvestitionen und die damit verbundenen Folgekosten belasten die Finanzen der öffentlichen Hand ganz außerordentlich. Ohne erhebliche Fremdfinanzierungsmittel kommt Hamburgs Staatshaushalt daher nicht mehr aus. Im Gegenteil; zur Erfüllung dieser existentiellen Aufgaben müssen immer höhere Verpflichtungen eingegangen werden, weil die Einnahmen aus Abgaben in zunehmendem Maße vom Betriebshaushalt absorbiert werden.

Auskunft über die laufende Verschuldung gibt die Vierteljahresstatistik über die Ausgaben und Einnahmen der Länder. Danach betrug die Schuldenaufnahme der Hansestadt in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1974 659 Mio DM. Ein Jahr früher wurden 153 Mio DM bzw. 23,2% weniger Kredite aufgenommen. Kredite sind aber nur vorläufige Einnahmen, d. h. sie müssen dem Gläubiger zurückgezahlt werden. So wurden denn auch gleichzeitig bestehende Schulden in größerem Umfang getilgt. Per saldo stieg jedoch der fortgeschriebene Bestand fundierter Schulden in den den ersten neun Monaten 1974 um 302 Mio DM oder 5,9% an und erreichte am 30. 9. 1974 mit 5,45 Mrd DM eine neue Rekordmarke. Umgerechnet entfallen jetzt auf den Kopf der Bevölkerung 3 132 DM Schulden, während ein Jahr zuvor dieser Betrag 2 752 DM ausmachte. Bringt man lediglich die Neuschulden aus Kreditmarktmitteln einschl. der öffentlichen Sondermittel in Ansatz, die in erster Linie über den Schuldendienst den Etat belasten, dann ergeben sich gegenwärtig 2 395 DM je Einwohner Hamburgs, 373 DM mehr als zum korrespondierenden Vorjahrestermin.

Schon jetzt ist abzuschätzen, daß bis Jahresende 1974 mit einer weiteren substantiellen Erhöhung der staatlichen Verschuldung auf etwa 5,7 Mrd DM gerechnet werden muß, da lt. Planung der Behörde für Vermögen und öffentliche Unternehmen - Abt. Vermögen und Schulden - im vierten Quartal 1974 noch 303 Mio DM an Verpflichtungen eingegangen sowie 50 Mio DM getilgt werden sollen. Das würde im Endeffekt ein Anwachsen des Schuldenstatus, bezogen auf das gesamte Jahr 1974, um 10,8% bedeuten. 1973 war eine Zuwachsquote von 9,9% zu verzeichnen. Bei einem Stand von 5,7 Mrd DM würde das Kreditvolumen vergleichsweise gut zwei Drittel des Haushaltsvolumens von 1974 ausmachen.

Tabelle 18

Stand der fundierten Schulden ¹⁾ 1973 und 1974

Schuldenarten	30. 9.			
	1973	1974	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mio DM		in %	
	1	2	3	4
Fundierte Schulden insges.	4 837	5 447	+ 610	+ 12,6
davon				
Altschulden	606	588	- 18	- 3,0
Neuschulden	4 231	4 859	+ 628	+ 14,8
davon				
aus Kreditmarktmitteln ²⁾	3 547	4 164	+ 617	+ 17,4
bei Gebietskörperschaften	684	695	+ 11	+ 1,6

¹⁾ ohne Anleihestücke im eigenen Bestand. - ²⁾ einschl. öffentlicher Sondermittel.

9. Geld- und Kreditwesen

Schwach steigende Tendenz bei den Spareinlagen

Erfolge der Stabilitätspolitik haben dazu geführt, daß es durch die Geldentwertung zu keiner Flucht in die Sachwerte und somit auch nicht zu einer drastischen Rückentwicklung beim Kontensparen gekommen ist, wie man das anfänglich vielleicht vielerseits befürchtet hatte. Gegenwärtig wird sogar wegen wachsender Unsicherheit über die weitere Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung der eine oder andere Notgroschen mehr zurückgelegt.

Nachdem die Spareinlagen bei den Hamburger Kreditinstituten Ende 1973 die 10-Milliardengrenze überschritten hatten, ließ die Spartätigkeit in den ersten Monaten 1974 nach. Wie aus den Statistikmeldungen der Landeszentralbank hervorgeht, übertrafen zwischen Januar und April 1974 die monatlichen Abhebungen von Sparkonten die Einzahlungen. Seitdem macht sich aber wieder ein leichtes Anziehen bemerkbar; die Berichtsmonate Mai bis September 1974 schlossen alle mit einem Einzahlungsüberschuß (einschl. Zinsgutschriften) ab, der im Durchschnitt 23 Mio DM betrug. Vom 31. Dezember 1973 bis 30. September 1974 stieg der Spareinlagenbestand jedoch nur um 4 Mio DM an. Allerdings hatten sich für dieselbe Zeitspanne ein Jahr früher noch eine Abnahme um 306 Mio DM errechnet.

Ende September waren auf den Sparkonten rd. 10,1 Mrd DM gutgeschrieben, immerhin 675 Mio DM oder 7,2% mehr als zwölf Monate zuvor. Diese in Anbetracht der Umstände kräftige Aufwärtsentwicklung hat sich indessen ganz auf das letzte Vierteljahr 1973 konzentriert. 1,49 Mrd DM, das sind 14,9% des Gesamtbestandes an Spareinlagen, waren von den Sparern prämiengünstig angelegt. Im Vergleichsmonat des Vorjahres belief sich dieser Anteil auf 13,4%.

Wenn man vorstehende Ergebnisse zur Kenntnis nimmt, muß man sich darüber im klaren sein, daß das Kontensparen nur einen Ausschnitt der umfassenden Geldvermögensbildung darstellt. Laut vorläufiger Resultate bedienten sich die privaten Haushalte 1973, gemessen an der Sparsumme, zu 31,4% des Kontensparens, zu 31,2% der Termingelder, zu 26,4% des Wertpapiersparens sowie zu 11,0% der Sparbriefe und -obligationen. Liquiditätsüberlegungen und höhere Verzinsung dürften für den beinahe ebenso großen Anteil der Termingelder ausschlaggebend gewesen sein.

Im gesamten Bundesgebiet erreichte der Spareinlagenbestand bei den Kreditinstituten am 30. September 1974 mit 289,3 Mrd DM ein um 27,9 Mrd DM oder 10,7% höheres Niveau als am Ende des Ver-

Schaubild 11

Die Entwicklung des Spareinlagenbestandes bei Kreditinstituten in Hamburg und im Bundesgebiet 1970 bis 1974
Stand Ende Januar 1970 = 100

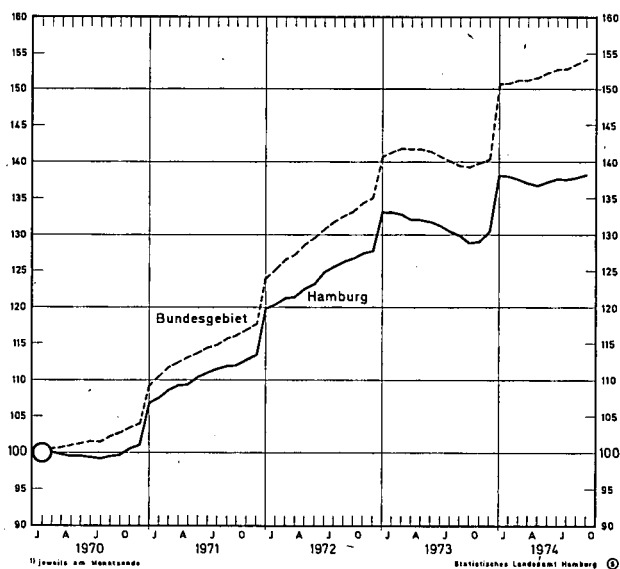
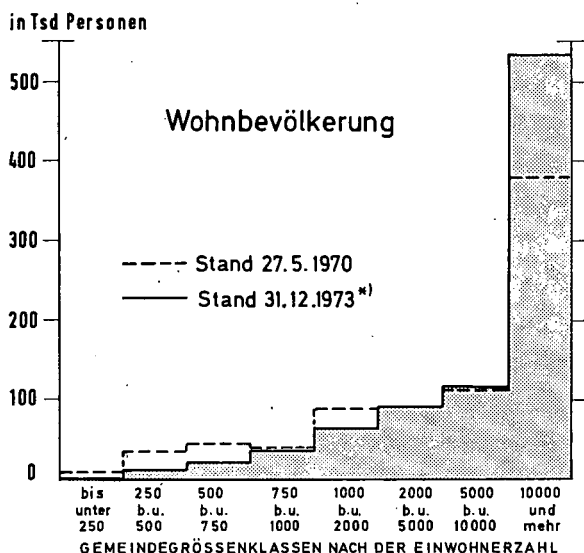
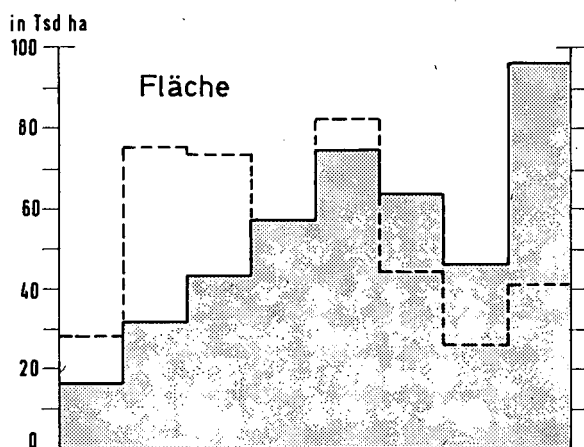
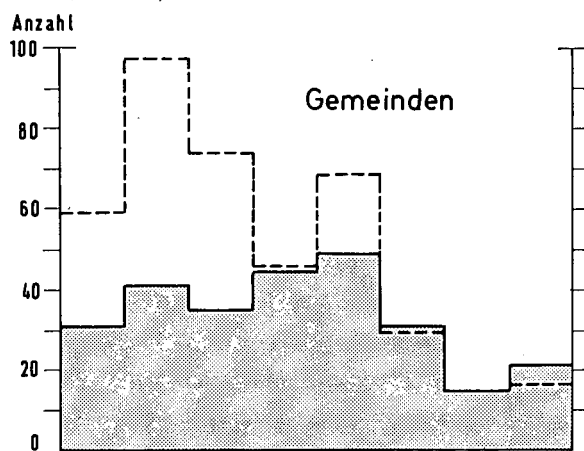


Schaubild 12

Zahl der Gemeinden, Flächen und Wohnbevölkerung im Umland von Hamburg bis 40 km Entfernung nach Einwohner-Größenklassen am 27. 5. 1970 und 31. 12. 1973 *)



*) Gebietsstand 8. 4. 1974

Statistisches Landesamt Hamburg



gleichsmonats im Vorjahr. Zieht man den Dezemberbestand 1973 als Bezugsgröße heran, dann macht der Zuwachs nicht mehr als 6,64 Mrd DM bzw. 2,3% aus.

Mehr Konkurse

Ungünstige Auftragslage, schleppende Nachfrage, hohe Rohstoffkosten, teure Zwischenfinanzierungs-

Tabelle 19

**Gemeinden, Fläche und Wohnbevölkerung im Umland von Hamburg bis 40 km nach Größenklassen
am 27. 5. 1970 und 31. 12. 1973¹⁾**

Gemeinde- größen- klassen nach der Einwohner- zahl	Gemeinden					Fläche					Wohnbevölkerung				
	27. 5. 70		31. 12. 73		Ver- ände- rung absolut	27. 5. 70		31. 12. 73		Ver- änderung absolut	27. 5. 70		31. 12. 73		Ver- änderung absolut
	Anzahl	%	Anzahl	%		ha	%	ha	%		Anzahl	%	Anzahl	%	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
bis unter 250	59	14,6	31	11,6	- 28	28 874	6,7	16 728	3,9	- 12 146	10 156	1,3	5 005	0,6	- 5 151
250 bis unter 500	97	23,9	41	15,3	- 56	75 512	17,6	31 768	7,4	- 43 744	36 123	4,5	15 146	1,7	- 20 977
500 bis unter 750	74	18,3	35	13,0	- 39	73 872	17,2	43 433	10,1	- 30 439	45 984	5,7	21 673	2,4	- 24 311
750 bis unter 1 000	46	11,3	44	16,4	- 2	56 764	13,2	57 048	13,3	+ 284	40 522	5,0	38 104	4,3	- 2 418
1 000 bis unter 2 000	68	16,8	49	18,3	- 19	82 483	19,2	74 879	17,4	- 7 604	89 949	11,1	67 418	7,5	- 22 531
2 000 bis unter 5 000	30	7,4	31	11,6	+ 1	44 620	10,4	63 526	14,8	+ 18 906	94 929	11,7	94 126	10,5	- 803
5 000 bis unter 10 000	15	3,7	15	5,6	-	26 467	6,1	45 842	10,7	+ 19 375	113 265	14,0	116 968	13,1	+ 3 703
10 000 und mehr	16	4,0	22	8,2	+ 6	41 100	9,6	96 468	22,4	+ 55 368	378 750	46,7	534 853	59,9	+ 156 103
Insgesamt	405	100	268	100	-137	429 692	100	429 692	100	0	809 678	100	893 293	100	+ 83 615

¹⁾ Gebietsstand 8. 4. 1974.

kredite und andere wirtschaftliche Schwierigkeiten haben 1974 auch in Hamburg dazu beigetragen, daß eine beträchtlich größere Anzahl von Unternehmen illiquide geworden ist als sonst. Von Januar bis Oktober 1974 haben die gewerblichen Insolvenzen im Vergleich zum Vorjahr um 26 % auf 120 stärker zugenommen als diejenigen anderer Gemeinschuldner (+ 18 % auf 86). Insgesamt wurden in Hamburg 206 eröffnete oder mangels Masse abgelehnte Konkurse einschl. einiger weniger Vergleichsverfahren erfaßt (+ 23 %). Der Zuwachs geht ganz überwiegend auf das Konto der vom Gericht mangels Masse abgewiesenen Konkursanträge. Von den insolventen Erwerbsunternehmen gehörten 42 zum Handel (Vorjahr 29), 36 zum Produzierenden Gewerbe (30), darunter allein 12 zum Baugewerbe (8), 32 zum Dienstleistungsgewerbe einschl. der freien Berufe (20) sowie 10 zu den übrigen Wirtschaftszweigen (16). Die durchschnittliche Summe der geschätzten Forderungen hat sich im Berichtszeitraum mit rd. 995 000 DM je Konkursfall mehr als verdoppelt (Vorjahr rd. 465 000 DM).

9. Gebietsreform und Bevölkerungsentwicklung in der Region Hamburg

Zahl der Umlandgemeinden erheblich verringert

Das vergangene Jahr war, ebenso wie schon das Jahr 1972, durch umfangreiche Gebietsreformen im Hamburger Umland gekennzeichnet. Nachdem 1972 die Gemeinden der beiden niedersächsischen Randkreise Harburg und Stade sowie – daran angrenzend – der Kreis Land Hadeln und die Stadt Cuxhaven betroffen waren, traten im Jahre 1974 die Grenzänderungen in den übrigen an die beiden Randkreise angrenzenden niedersächsischen Gebieten (Lüneburg, Soltau, Rotenburg/W. und Bremervörde) in Kraft. Gleichzeitig hat die Stadt Lüneburg (70,3 qkm, 65 000 Einwohner) ihre Kreisfreiheit aufgegeben und ist als selbständige Stadt Teil des Landkreises Lüneburg geworden.

Auch im schleswig-holsteinischen Umland von Hamburg wurden 1974 Gemeindereformen wirksam. Betroffen waren vor allem Gemeinden im Osten der Hansestadt zwischen Ahrensburg und Reinbek. So vergrößerte sich die ehemalige Gemeinde Barsbüttel z. B. flächenmäßig um mehr als das Dreifache, einwohnermäßig um fast die Hälfte auf 7 000 Einwohner. Die Stadt Reinbek wuchs durch Eingemeindung flächenmäßig sogar um das Vierfache und verfügt mit einem Zuwachs von 7 700 Personen heute über 23 100 Einwohner.

Seit 1970 hat sich damit die Zahl der Gemeinden im Umland von Hamburg bis 40 km um ein Drittel verringert. Der stärkste Rückgang erfolgte dabei im unmittelbaren Nahbereich. Das Bestreben, die Entwicklung in den Teilgebieten der Nahzone, den dynamischsten Bereichen des Stadtumlandes, weitgehend einheitlich zu steuern, wird hier deutlich: Zwischen Landesgrenze und 20-km-Kreis um die Innenstadt befinden sich heute nur noch 23 Gemeinden gegenüber 67 am 1. Januar 1970.

Abnahmen in der Zahl der Gemeinden sowie der Flächen- und Bevölkerungsanteile erfolgten in der Größenklasse bis 2 000 Einwohner, darunter mit jeweils fast 60 % wiederum am stärksten in der Gruppe der Gemeinden mit 250–500 Einwohner.

Den größten Zuwachs verzeichnen die Städte und Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern. Ihre Zahl erhöhte sich im Umland um 6 auf 22. Ihre Fläche vergrößerte sich um weit mehr als das Doppelte und umfaßt heute fast ein Viertel des Hamburger Umlandes. Auf dieser Fläche wohnen inzwischen 60 % der Umlandwohnbevölkerung gegenüber nur etwas mehr als 45 % im Jahre 1970. Dieser Konzentrationsprozeß zeigt zunächst eine Pseudoverstädterung, da er überwiegend durch anderen Gemeindegewinn und nicht durch tatsächliche Entwicklung erfolgte. Die Gebietsreform kann und soll jedoch weiterhin zu einer geordneten zentralörtlichen Gebietsgliederung im Hamburger Umland führen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1974	September 1974	Oktober 1974	Oktober 1973
		1965	1973				
Meteorologische Beobachtungen							
Mittelwerte ¹⁾							
Luftdruck	mm ²⁾	759,7	762,3	762,9	758,4	755,6	763,8
Lufttemperatur	°C	8,6	9,5	17,8	14,2	7,7	8,7
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	79	72	75	83	83
Windstärke	Meßzahl ³⁾	3	3	3	3,4	3	3
Bewölkung	" ⁴⁾	7	5	4,7	5,2	6,4	6
Summenwerte ⁵⁾							
Niederschlagshöhe	mm	981	701	65,4	54	85	68
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 660	209	129,5	51	97
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	79	0	1	8	11
Tage mit Niederschlägen	"	256	240	14	19	29	17
Sommertage	"			6			17
				Mai 1974	Juni 1974	Juli 1974	Juli 1973
Bevölkerung							
1. Bevölkerungsstand (Monatsende) ⁶⁾							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	245,0	242,7	242,4	241,6	244,3
" Altona	"	264,3	252,9	250,6	250,3	249,7	252,4
" Eimsbüttel	"	264,6	251,3	250,0	249,7	249,4	250,7
" Hamburg-Nord	"	401,3	335,7	328,7	328,3	327,3	334,8
" Wandsbek	"	357,5	378,0	379,6	380,0	380,3	378,4
" Bergedorf	"	82,6	93,7	92,8	92,8	92,8	93,6
" Harburg	"	199,0	201,8	199,2	198,9	198,5	201,4
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 758,4	1 743,6	1 742,4	1 739,6	1 755,6
dav. männlich	"	861,9	815,0	809,6	809,1	807,6	813,7
weiblich	"	995,0	943,4	934,0	933,3	932,0	941,9
dar. Ausländer ⁷⁾	"	59,8	122,7	131,7	131,5	131,8	123,1
2. Natürliche Bevölkerungsbewegung							
Eheschließungen ⁸⁾	Anzahl	1 510	930	1 252	815	824	947
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	6,3				6,3
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 139	1 257	1 212	1 200	1 204
dar. unehelich	"	143	105	128	110	119	109
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	14,4	7,8				8,1
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	9,3	10,4	9,08	9,91	9,1
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 156	2 459	1 957	2 083	2 077
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	27	28	13	31	32
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene) je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	13,6	14,7				13,9
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene ⁹⁾	"	17,2	23,6	20,2	24,1		26,3
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-) je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 123	- 1 017	- 1 202	- 745	- 883	- 873
	"	+ 0,8	- 6,9				- 5,9
3. Wanderungen							
Zugezogene Personen über die Landesgrenzen Hamburgs	Anzahl	6 174	6 337	5 181	5 192	4 669	6 417
Fortgezogene Personen über die Landesgrenzen Hamburgs	"	6 553	6 536	6 235	5 676	6 596	7 154
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-) dav. männlich	"	- 379	- 199	- 1 054	- 484	- 1 927	- 737
weiblich	"	- 37	+ 83	- 596	- 164	- 1 121	- 308
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	- 342	- 282	- 458	- 320	- 806	- 429
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 455	14 488	12 560	11 892	15 795
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus							
Schleswig-Holstein	"	1 542	1 669	1 640	1 536	1 294	1 687
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	835	1 110	1 160	1 048	907	1 167
Niedersachsen	"	1 091	1 000	989	910	828	884
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	272	379	458	332	336	353
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 466	1 206	1 204	1 178	1 568
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	1 535	2 202	1 346	1 542	1 369	2 278
b) Fortgezogene nach							
Schleswig-Holstein	"	2 351	2 534	2 361	1 998	2 460	2 945
dar. angrenzende Kreise ¹⁰⁾	"	1 620	1 810	1 853	1 564	1 905	2 092
Niedersachsen	"	1 268	1 616	1 234	1 298	1 554	1 659
dar. angrenzende Kreise ¹¹⁾	"	525	906	672	705	816	960
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 618	1 257	1 095	1 282	1 606
Ausland und Sonstige ¹²⁾	"	767	768	1 383	1 285	1 300	944

¹⁾ errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. - ²⁾ reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. - ³⁾ Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala. - ⁴⁾ Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - ⁵⁾ an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. - ⁶⁾ Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970. - ⁷⁾ Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. - ⁸⁾ nach dem Ereignisort. - ⁹⁾ unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - ¹⁰⁾ Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. - ¹¹⁾ Landkreise Harburg und Stade. - ¹²⁾ Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1974	September 1974	Oktober 1974	Oktober 1973
		1965	1973				
Krankenhäuser und Badeanstalten							
1. Krankenhäuser in Hamburg							
a) Akutkrankenhäuser ¹⁾							
Betten ²⁾	Anzahl	17 067	16 740	16 595	16 593	16 544	16 663
Patienten ²⁾	"	13 593	13 110	12 624	13 458	13 862	14 262
Pflegetage	"	415 910	408 670	391 752	386 553	422 110	430 960
Bettenausnutzung	%	83,9	83,3	79,9	81,2	85,2	87,2
b) Krankenhäuser für Psychiatrie							
Betten ²⁾	Anzahl	3 017	3 030	3 061	3 061	3 061	3 026
Patienten ²⁾	"	3 134	2 893	2 854	2 855	2 864	2 892
Pflegetage	"	86 329	82 499	81 786	79 496	83 667	84 439
Bettenausnutzung	%		92,8	91,7	92,2	93,5	93,2
2. Öffentliche Badeanstalten							
Besucher insgesamt	Anzahl	522 383	842 743	1 454 148	625 723	590 415	562 549
dar. in Hallenschwimmbädern	"	286 227	467 560	426 686	427 205	556 988	527 172
in Freibädern	"	158 845	339 706	995 416	170 346	—	—
Kultur							
1. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücher)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	347 847	527 563	615 955	604 763	670 059	610 860
Ausgeliehene Noten	"	4 079	7 021	7 435	7 945	9 096	8 099
2. Wissenschaftliche Büchereien							
Staats- und Universitätsbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	23 403	37 938	33 355	36 270	45 083	40 258
Besucher der Lesesäle	"	7 069	9 448	8 109	8 816	11 659	10 411
HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung —							
Besucher der Bibliothek und der Archive	"	2 131	3 446	3 445	3 580	4 438	3 790
Commerzbibliothek							
Ausgeliehene Bände	"	2 709	2 555	2 357	2 400	3 265	2 790
Lesesaalbesucher und Entleiher	"	1 286	1 500	1 525	1 240	1 635	1 641
3. Staatliche Museen und Schausammlungen							
Besucher insgesamt	"	43 961	68 258	74 017	119 059	232 127	72 408
dav. Hamburger Kunsthalle	"	8 351	12 302	9 227	55 545	140 947	8 890
Altonaer Museum in Hamburg, Nord-							
deutsches Landesmuseum	"	5 531	12 530	13 465	11 963	19 327	13 665
Hamburgisches Museum für							
Völkerkunde	"	4 455	6 177	4 644	5 953	9 593	7 311
Helms-Museum	"	5 799	13 421	24 438	23 661	15 472	14 637
dar. Freilichtmuseum am Klebeberg	"		12 094	23 288	22 335	13 724	13 319
Museum für Hamburgische Geschichte	"	9 247	11 447	10 106	9 852	28 235	15 558
Museum für Kunst und Gewerbe	"	7 963	6 383	6 372	5 306	10 021	5 867
Planetarium	"	2 595	5 998	3 679	4 864	6 448	6 480
Bischofsturm	"			2 086	1 915	2 084	
Öffentliche Sozialleistungen							
Soziale Krankenversicherung ³⁾							
Mitglieder	1 000	677,8	681,5	685,8	681,0
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	399,1	399,1	397,6
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	46,3	45,8	46,0
Rentner	"	175,5	236,1	240,9	237,4
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	28,7	23,0	28,6
dav. männlich	"	17,9	19,6	15,6	19,4
weiblich	"	8,8	9,1	7,4	9,2
Arbeitsmarkt							
1. Arbeitslose							
Arbeitslose insgesamt	Anzahl	3 410	5 542	10 266	11 205	15 023	5 596
dav. männlich	"	2 318	2 959	5 819	6 553	9 133	2 793
weiblich	"	1 092	2 583	4 447	4 652	5 890	2 803
dar. nach ausgewählten Berufsbereichen							
Fertigungsberufe	"	1 155		2 857	3 593	5 078	1 183
Technische Berufe	"	108		951	920	1 113	398
Dienstleistungsberufe	"	2 965		6 028	6 189	8 265	3 787
2. Offene Stellen	"	25 827	18 838	14 274	12 359	10 578	19 151
3. Arbeitssuchende ⁴⁾	"	8 299	12 519	17 847	19 066	22 202	12 486
4. Vermittlungen ⁵⁾	"	16 368	11 269	10 246	9 162	8 165	10 847
dar. Kurzfristige Vermittlung bis zu 7 Tagen	"	10 527	5 765	5 073	3 876	3 524	4 927
5. Kurzarbeiter	"	3	284	379	1 504	3 304	403

¹⁾ ohne Krankenhäuser der Bundeswehr und des Strafvollzugsamts. — ²⁾ Bestand am Monatsende. — ³⁾ nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse. — ⁴⁾ Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — ⁵⁾ durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1974	September 1974	Oktober 1974	Oktober 1973
		1965	1973				
Landwirtschaft							
1. Milcherzeugung der landw. Betriebe							
* Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 444	1 227	998	1 112	1 180
* dav. an Molkereien geliefert	%	86,0	92,2	94,6	89,8	86,5	85,3
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	10,4	9,7	8,1	8,8	8,3
2. Milchherstellung der Molkereien							
Vollmilch,	t	10 011					
pasteurisiert, lose	"	3 528	1 549	1 404	1 052	1 152	1 440
pasteurisiert, abgepackt	"		7 595	6 988	6 574	6 615	7 619
ultra-hocherhitzt	"	6 482	1 046	1 161	1 370	1 407	1 049
Teilentrahmte Milch,	"						
pasteurisiert, abgepackt	"	—	136	143	137	133	154
ultra-hocherhitzt	"	—	316	1 195	1 470	1 913	379
Entrahmte Milch	"			48	93	96	
Buttermilcherzeugnisse	"	382	620	703	428	314	430
Sauermilch mit unterschiedlichem Fettgehalt	"	—		220	155	122	
3. Zufuhr an Lebendvieh (Inlandtiere)							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	8,7	11,0	11,4	13,4
Kälber	"	2,6	1,1	1,1	1,0	0,9	0,9
Schweine	"	47,0	29,7	26,4	30,2	28,1	32,6
Schafe	"	2,7	0,7	0,7	0,8	0,6	0,9
4. Schlachtungen von Inlandtieren							
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,2	9,0	10,0	10,0	10,8
* Kälber	"	2,5	1,0	1,0	0,9	0,9	0,8
* Schweine *)	"	49,6	30,3	26,7	30,5	29,1	32,9
* Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen *)	t	6 229	4 744	4 938	5 719	5 653	6 267
* dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	1 678	2 346	2 555	2 650	2 676
* Kälber	"	187	80	88	76	73	72
* Schweine	"	4 318	2 960	2 528	3 067	2 913	3 285
Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung							
1. Industrie *)							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 367	1 324	1 318	1 316	1 354
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	194	187	186	185	193
* dar. Arbeiter *)	"	152	119	114	113	112	118
* Geleistete Arbeiterstunden *)	24 859	18 319	16 309	16 881	18 342	19 813	19 813
* Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	199	219	209	215	205
* Gehälter (Bruttosumme)	"	75	170	189	180	180	164
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE *)	14	4	4	5	5	3
* Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 661	1 320	1 250	1 484	2 646
* Erdgasverbrauch (Ho = 8 400 kcal/cbm *)	1 000 cbm		63 213	32 925	34 958	38 862	71 659
* Heizölverbrauch	1 000 t	69	58	40	44	54	61
* Stromverbrauch	Mio kWh	112	187	283	278	303	207
* Stromerzeugung (gesamte Industrielle Erzeugung)	"	16	13	11	10	15	14
* Umsatz *)	Mio DM	1 304	1 917	2 021	2 379	2 617	2 080
* dar. Auslandsumsatz *)	"	155	315	341	482	598	326
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	126,9	109,6 p	118,7 p	125,1 p	129,8
Verarbeitende Industrie	"	109,0	125,6	108,9 p	117,3 p	122,5 p	127,6
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	141,8	125,2 p	126,1 p	135,4 p	148,3
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	131,7	102,7 p	125,7 p	125,7 p	126,5
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	109,9	95,3 p	103,3 p	100,5 p	108,7
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	105,8	99,7 p	103,7 p	111,8 p	110,2
Bauindustrie	"	103,7	128,4	108,0 p	118,8 p	112,3 p	135,3
Umsatz *) nach Industriegruppen insgesamt							
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	1 304	1 917	2 021	2 379	2 617	2 080
Chemische Industrie	"	215	333	468	485	553	403
Elektroindustrie	"	101	168	183	197	205	184
Maschinenbau	"	143	239	210	319	301	284
Maschinenbau	"	83	150	129	156	158	160
2. Öffentliche Energieversorgung							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	14	13	13	14
* Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	596	528	585	779	675
* Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	58	35	40	56	54
Vj.-Durchschnitt *)				1. Vj. 1974	2. Vj. 1974	3. Vj. 1974	3. Vj. 1973
		1965	1973				
3. Handwerk (Meßziffern **)							
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100		94,1	90,1	88,4	87,6	94,1
* Umsatz	Vj.-Ø 1970 = 100		123,3	100,0	120,6	118,1	122,0

*) gewerbliche und Hausschlachtungen. — *) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. — *) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — *) einschließlich der gewerblich Auszubildenden. — *) einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — *) eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — *) bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm, ab Januar 1974 Ho = 8 400 kcal/cbm. — *) einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — *) bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — *) ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1974	September 1974	Oktober 1974	Oktober 1973
		1965	1973				
Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
1. Bauhauptgewerbe ¹⁾							
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	43 660	37 179	36 270	...	42 955
dar. Inhaber	"	1 365	1 238	1 174	1 177	...	1 201
Angestellte	"	4 684	6 218	5 975	5 915	...	6 181
Arbeiter ²⁾	"	43 102	36 204	30 030	29 178	...	35 573
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	5 711	4 783	4 809	...	6 471
• dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 738	1 227	1 282	...	2 007
• gewerbl. und Industr. Bauten	"	1 673	2 034	1 597	1 554	...	2 205
• öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	1 939	1 959	1 973	...	2 259
• Löhne (Bruttosumme) ³⁾	Mio DM	48,3	80,6	73,8	71,8	...	92,1
• Gehälter (Bruttosumme) ³⁾	"	5,9	15,6	16,2	15,7	...	14,5
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	229,6	195,7	235,3	...	233,6
• dav. im Wohnungsbau	"	42,2	66,4	57,3	60,2	...	70,4
• gewerbl. und Industr. Bau	"	31,0	81,8	62,6	72,0	...	84,6
• öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	81,4	75,8	103,3	...	78,6
2. Baugenehmigungen							
Wohnbauten							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	164	191	124	135	135
• dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"		89	120	84	84	71
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	416	466	223	349	291
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	85,8	112,9	50,6	67,4	57,3
• Wohnfläche	1 000 qm	95	87	99	47	76	58
Nichtwohnbauten							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	65	77	53	67	64
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	493	631	606	584	676
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	71,5	119,1	148,5	121,8	90,7
• Nutzfläche	1 000 qm	73	89	116	120	98	86
Wohnungen							
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 199	1 279	644	1 011	749
3. Baubeginne							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	155	80	113	124	198
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	378	123	172	398	517
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	75,8	24,5	58,4	77,5	91,5
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	63	30	61	59	80
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	481	371	503	372	790
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	73,6	72,0	132,9	107,1	103,6
Wohnungen							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 066	358	543	1 184	1 397
4. Baufertigstellungen							
Wohnbauten							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	171	101	186	117	176
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	88	35	81	53	81
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	189	363	583	533	446
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	80,7	68,4	119,7	71,9	89,3
Wohnfläche	1 000 qm	96	91	78	122	76	98
Nichtwohnbauten							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	69	45	59	45	68
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	638	666	1 091	360	461
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	77,9	74,0	237,3	51,0	75,5
Nutzfläche	1 000 qm	69	101	90	206	78	95
Wohnungen							
Wohnungen insges. (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 244	1 094	1 714	1 023	1 385
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	968	565	460	738	339	504
5. Bauüberhang							
(am Ende des Berichtszeitraumes) ⁴⁾							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	13 500	15 500	14 300	14 500	17 700
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	4 500	3 500	3 600	3 400	4 500
6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen ⁵⁾							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	188	189	189	189	188
Wohnungen	"	636	738	742	744	745	731
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 755	2 773	2 779	2 782	2 730

¹⁾ nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — ²⁾ einschließlich Umschüler und Auszubildende. — ³⁾ ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen. — ⁴⁾ An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — ⁵⁾ Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1974	September 1974	Oktober 1974	Oktober 1973
		1965	1973				
Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr							
1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels							
• Einzelhandel	1970 = 100	.	120,2	114,8	119,8	...	141,3
dar. Warenhäuser	"	.	132,3	123,4	119,9	...	139,0
Facheinzelhandel	"	.	118,7	112,2	113,7	...	125,4
2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)							
Groß- und Außenhandel	1970 = 100	.	155	190,5	176,7	...	174,9
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	.	160	202,8	186,4	...	172,9
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	.	148	173,8	163,5	...	177,4
3.* Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)							
	Mio DM	212	420	520	512	.	488
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	55	86	79	.	109
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	365	434	433	.	379
dav. Rohstoffe	"	2	3	5	5	.	3
Halbwaren	"	50	83	128	123	.	111
Fertigwaren	"	143	279	301	305	.	265
dav. Vorerzeugnisse	"	9	29	68	64	.	38
Enderzeugnisse	"	134	250	233	241	.	227
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-							
ländern							
Europa	"	152	311	360	357	.	359
dar. EG-Länder	"	92	199	218	224	.	218
EFTA-Länder	"	40	57	77	77	.	74
4. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes							
• Gastgewerbe	1970 = 100	.	125,5	129,6	139,5	...	135,3
dav. Beherbergungsgewerbe	"	.	133,6	126,8	154,9	...	154,2
Gaststättengewerbe	"	.	123,2	130,4	135,0	...	129,7
5. Fremdenverkehr *)							
• Fremdenmeldungen		120	117	134 200	149 705	...	126 109
dar. von Auslandsgästen		42	40	48 221	48 466	...	40 643
• Fremdenübernachtungen		232	225	243 237	267 559	...	256 820
dar. von Auslandsgästen		90	74	83 456	87 875	...	82 874
Verkehr							
1. Seeschifffahrt							
Schiffsverkehr über See							
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 638	1 512	1 628 p	1 400 s	1 550 s	1 592
Abgegangene Schiffe	"	1 739	1 571	1 676 p	1 420 s	1 560 s	1 712
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	4 154	.	3 857 p	4 366 p	4 507
dav. Empfang	"	2 229	3 096	.	2 612 p	3 033 p	3 204
dav. Massengut	"	1 634	2 446	.	2 040 p	2 383 p	2 561
dar. Mineralöle	"	968	1 416	.	1 180 p	1 367 p	1 451
Sack- und Stückgut	"	595	650	.	572 p	650 p	643
Versand	"	713	1 058	.	1 245 p	1 333 p	1 303
dav. Massengut	"	292	472	.	610 p	632 p	645
Sack- und Stückgut	"	421	586	.	635 p	701 p	658
2. Binnenschifffahrt							
• Gütereingang	1 000 t	340	382	440 p	477 p	430 s	386
• Güterversand	"	309	400	417 p	365 p	350 s	346
3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) *)							
Flugzeugbewegungen	Anzahl	4 088	5 165	6 499 p	5 837 p	5 509 p	4 468
Fluggäste	"	141,5	258 767	324 159 p	351 106 p	326 483 p	265 554
Fracht	1 000 t	1 164,4	2 013,6	1 939,6 p	1 974,2 p	2 374,5 p	2 046,0
Luftpost	"	413,7	722,7	714,4 p	734,4 p	783,7 p	783,2
4. Personenbeförderung im Stadtverkehr *) (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Schnell- und Vorortbahnen	1 000	23 537	27 546	27 124	26 775	...	29 497 r
Straßenbahn	"	9 438	3 587	2 717	2 759	...	3 571
Kraftomnibusse	"	12 289	18 621	19 031	19 285	...	20 572 r
5. Kraftfahrzeuge							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung *) **) (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	488,7	501,6	503,1	503,9	493,6
dar. Personenkraftwagen *) *)	"	310,8	438,5	449,3	450,8	451,8	442,7
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 419	3 363	4 015	...	5 033
dar. Personenkraftwagen *)	"	4 632	4 907	2 941	3 459	...	4 546
Lastkraftwagen	"	362	379	303	441	...	390
6. Straßenverkehrsunfälle							
• Unfälle mit Personenschaden *)	Anzahl	859	986	908	952	1 061	1 044
Getötete Personen	"	26	24	20	20 p	23	19
Verletzte Personen	"	1 108	1 308	1 147	1 208 p	1 370	1 358

*) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — *) Quelle: Statistisches Bundesamt. — *) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat. — *) ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — *) ohne Transit. — *) Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr, soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — *) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — *) einschließlich Kombinationskraftwagen. — *) teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1974	September 1974	Oktober 1974	Oktober 1973
		1965	1973				
Geld und Kredit							
1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)							
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
• Kredite an Nichtbanken	Mio DM		38 431,4	42 539,5	42 916,7	42 931,4	38 766,7
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"		10 470,1	11 853,8	11 977,1	11 609,7	10 217,3
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		10 357,1	11 618,0	11 705,1	11 383,3	10 143,2
• Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) ²⁾	"		5 851,0	6 301,1	6 285,8	6 417,0	5 930,8
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		5 393,1	5 542,6	5 511,5	5 627,7	5 453,2
• Langfristige Kredite ²⁾ (von 4 Jahren und darüber)	"		22 110,3	24 384,6	24 653,8	24 904,7	22 618,6
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		20 084,9	21 906,5	22 135,1	22 292,8	20 595,5
dar. Durchlaufende Kredite	"		809,6	663,1	660,5	640,2	705,1
• Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"		27 194,1	29 501,4	29 285,6	29 494,7	28 522,6
dav. Sicht- und Termingelder	"		17 617,9	19 480,3	19 234,0	19 364,9	19 129,2
dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"		12 981,1	14 172,2	14 009,8	14 176,7	14 138,1
Spareinlagen	"	4 069,9	9 576,2	10 021,1	10 051,6	10 129,8	9 393,4
dar. bei Sparkassen	"	2 792,9	6 283,6	6 612,5	6 634,5	6 673,9	6 185,6
• Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	244,3	531,5	520,2	487,5	564,9	528,5
• Lastschriften auf Sparkonten	"	203,9	542,7	498,0	459,9	490,0	517,0
• Zinsgutschriften	"	12,9	46,6	2,4	2,9	3,3	4,5
2. Konkurse und Vergleichsverfahren	Anzahl	17	18	22	17	13	28
3. Wechselproteste	Anzahl	1 044	635	583	625	674	729 r
Betrag	1 000 DM	1 314	2 988	2 919	3 063	4 082	3 610 r
4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen ³⁾	Anzahl	20 563	24 650	19 616	19 658	20 735	30 184
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	"	3 058	3 449	3 517	3 487	3 598	3 792
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 196	1 533	1 755	1 751	1 763	1 785
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	353	492	555	429	567	503
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"						
5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg ⁴⁾	Anzahl	162	157	158	160	157	158
Aktiengesellschaften	Mio DM	3 975	5 913	6 431	6 480	6 569	5 949
Grundkapital	Anzahl	3 877	6 086	6 634	6 679	6 711	6 219
Gesellschaften m.b.H.	Mio DM	2 962	5 351	5 895	5 953	5 963	5 555
Stammkapital							
Steuern							
1.* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM		814 395	636 468	1 075 864	814 137	685 906
• dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	478 819	366 355	733 874	507 890	355 530
dav. Lohnsteuer	"	89 007	300 925	351 002	340 585	337 964	293 268
Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	100 573	15 417	235 274	26 072	39 543
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	24 266	24 045	5 959	116 316	20 060
Körperschaftsteuer	"	36 706	53 055	24 108	152 056	27 537	2 658
Steuern vom Umsatz	"		335 576	270 113	341 990	306 247	330 376
dav. Umsatzsteuer	"	82 827	206 263	83 976	155 873	130 299	202 904
Einfuhrumsatzsteuer	"		129 313	186 137	186 117	175 948	127 472
2.* Bundessteuern	1 000 DM	523 065	865 424	1 006 599	967 552	928 299	871 751
• dar. Zölle	"	45 076	56 426	61 595	58 660	63 005	56 779
• Verbrauchsteuern	"	358 150	782 783	922 072	876 478	844 611	794 472
dar. Mineralölsteuer	"	261 342	665 657	720 848	693 414	689 740	687 397
3.* Landessteuern	1 000 DM	35 517	42 954	81 739	24 592	31 403	28 563
• dar. Vermögensteuer	"	11 355	16 971	49 243	2 797	3 834	2 967
• Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	12 314	19 438	10 851	13 323	12 419
• Biersteuer	"	2 430	3 136	3 127	3 477	3 096	2 941
4.* Gemeindesteuern	1 000 DM	46 355	94 475	211 030	22 068	59 023	58 575
• dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	70 343	182 473	17 387	16 112	18 989
Grundsteuer A	"	73	90	115	3	10	— 11
Grundsteuer B	"	5 134	9 402	24 305	3 301	1 698	1 226
5.* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	601 215	1 308 304	1 378 422	1 510 332	1 350 903	1 242 512

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

¹⁾ ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — ²⁾ einschließlich durchlaufender Kredite. — ³⁾ Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — ⁴⁾ ohne RM-Gesellschaften.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1974	September 1974	Oktober 1974	Oktober 1973
		1965	1973				
Noch: Steuern							
6.* Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1 000 DM	157 752	269 532	181 593	414 233	177 487	193 268
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen ¹⁾ ²⁾	"	122 235	176 408	40 060	326 627	114 248	154 468
dar. Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	"	37 385	16 560	63 015	31 836	10 236
dar. Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	"	12 785	43 233	"	"	"
Außerdem:							
dar. Einnahmen aus Gemeindesteuern ³⁾	"	46 355	68 905	124 564	22 068	59 023	58 575
dar. Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer ⁴⁾	"	"	47 805	19 895	80 620	19 356	46 594
Einnahmen des Landes insgesamt	"	"	386 242	326 052	516 922	255 866	298 437
			Vj.-Durchschnitt 1973	1. Vj. 1974	2. Vj. 1974	3. Vj. 1974	3. Vj. 1973
Öffentliche Finanzen							
1. Kassenmäßige Gesamtausgaben	Mio DM		1 762,5	1 937,4	1 902,6 r	2 064,6	1 779,7
dar. Personalausgaben	"	"	795,7	917,6	894,9	834,4	737,7
Bauinvestitionen	"	"	185,1	125,9	186,6	208,9	203,9
dar. für Schulen	"	"	54,8	39,8	61,8	53,8	65,1
Hochschulen einschließlich Universitätsklinik	"	"	23,1	23,9	29,3	29,2	26,1
Krankenhäuser und sonstige Einrichtungen des Gesundheitsdienstes	"	"	8,5	5,1	9,8	7,9	10,0
Straßen	"	"	20,2	11,5	17,1	26,9	24,1
Wasserstraßen und Häfen	"	"	21,1	11,7	17,0	30,2	23,7
Ausgaben für Zinsen und Tilgung	"	"	155,0	190,1	155,6 r	183,7	116,5
Zuführung an Rücklagen	"	"	8,6	0,0	0,1	"	20,0
2. Kassenmäßige Gesamteinnahmen	"	"	1 802,7	1 909,0	2 025,5	1 950,1	1 815,3
dar. Steuern	"	"	1 158,7	1 323,1	1 305,8	1 200,0	1 275,1
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	"	"	57,7	41,4	62,2	37,7	56,7
Gebühren, Beiträge usw.	"	"	192,2	233,9	228,6	267,7	199,1
Entnahme aus Rücklagen	"	"	12,5	37,2	1,2	18,5	29,7
Schuldenaufnahme	"	"	207,8	140,8	263,9	254,0	58,5
3. Schuldenstand am Ende des Quartals	"	"	4 884,2 r	5 172,4	5 353,2 r	5 446,7	48 371
dar. am Kreditmarkt (Neuschulden) bei Gebietskörperschaften	"	"	3 530,3 r	3 813,0	4 005,8 r	4 107,6	3 491,5
	"	"	690,2 r	702,3	698,1	695,0	683,9
			Monatsdurchschnitt	Februar 1974	Mai 1974	August 1974	August 1973
			1965	1973			
Preisindizes für Bauwerke							
Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	199,0	207,9	221,4	223,5	202,0
dav. Einfamiliengebäude	"	113,3	200,0	209,8	224,4	225,7	203,3
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	198,0	206,0	219,4	221,3	200,8
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	197,6	206,2	219,2	221,9	200,5
Bürogebäude	"	112,2	194,2	201,3	213,7	215,4	196,3
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	192,2	197,4	206,9	211,4	194,9
Löhne und Gehälter ⁴⁾							
1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau				Jul 1973	Oktober 1973	Januar 1974	Januar 1973
Bruttowochenverdienste	DM	232	394	441	448	445	412
männliche Arbeiter	"	140	245	278	280	281	257
weibliche Arbeiter	"	"	"	"	"	"	"
Bruttostundenverdienste	"	5,10	8,90	10,02	10,15	10,21	9,41
männliche Arbeiter	"	3,32	5,97	6,73	6,77	6,82	6,20
weibliche Arbeiter	"	"	"	"	"	"	"
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,5	44,2	44,0	44,1	43,6	43,8
männliche Arbeiter	"	42,2	41,0	41,2	41,3	41,2	41,5
weibliche Arbeiter	"	"	"	"	"	"	"
2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste							
In Industrie und Hoch- und Tiefbau							
Kaufmännische Angestellte	DM	1 098	1 905	2 171	2 209	2 293	2 077
männlich	"	747	1 381	1 570	1 611	1 638	1 488
weiblich	"	"	"	"	"	"	"
Technische Angestellte	"	1 182	2 033	2 306	2 328	2 371	2 158
männlich	"	748	1 374	1 542	1 570	1 585	1 456
weiblich	"	"	"	"	"	"	"
In Handel, Kredit und Versicherungen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 043	1 775	1 993	2 036	2 096	1 883
männlich	"	668	1 254	1 376	1 411	1 448	1 288
weiblich	"	"	"	"	"	"	"
In Industrie und Handel ⁵⁾ zusammen							
Kaufmännische Angestellte	"	1 058	1 808	2 036	2 078	2 145	1 932
männlich	"	688	1 286	1 416	1 451	1 486	1 329
weiblich	"	"	"	"	"	"	"
Technische Angestellte	"	1 176	2 024	2 252	2 276	2 317	2 108
männlich	"	838	1 504	1 699	1 746	1 768	1 614
weiblich	"	"	"	"	"	"	"

¹⁾ nach Zerlegung. — ²⁾ nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. — ³⁾ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. — ⁴⁾ Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — ⁵⁾ Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1974	September 1974	Oktober 1974	Oktober 1973
		1965	1973				
Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
1. Feststellungen der Polizei							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 114	11 168	10 632	11 327	12 290	12 980
dar. Mord und Totschlag, einschl. Versuche	"	4	7	9	6	3	7
Körperverletzung	"	41	110	97	118	104	111
Raub, räuberische Erpressung	"	5 235	7 132	6 667	7 391	7 933	8 353
Diebstahl	"	1 822	3 506	3 530	4 082	3 988	4 282
dar. Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	722	1 200	1 504	1 255	1 405	1 467
Betrug und Untreue	"	862	1 447	1 662	1 703	1 791	1 499
Außerdem:	"	8 929	9 671	10 076	9 582	9 733	11 315
Verkehrsvergehen ¹⁾	"	423	532	499	406	395	699
Verkehrsordnungswidrigkeiten ²⁾	"	31 317	29 591	27 115	29 496	34 010	30 834
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	288	475	387	430
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld ³⁾	"	9	14	14	13
2. Feuerwehr							
Alarmierungen insgesamt	Anzahl	4 960	13 970	14 708	14 065
dar. Feueralarme	"	67	107	104	109
dar. bekämpfte Großbrände	"	12 616	12 616	13 242	12 817
falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	4 494	2 835	2 597	3 015
Rettungswageneinsätze	"	1 801	1 801	2 006	1 770
dar. für Krankentransporte	"	879	879	1 079	818
Straßen- und Verkehrsunfälle	"	110	110	110	89
Hilfeleistungen aller Art	"
Außerdem:	"
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren	"

¹⁾ vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — ²⁾ vor dem 1. 1. 1969 Obarrretungsanzeigen und ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — ³⁾ vor dem 1. 1. 1969 gebührenpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschließlich Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die zuvor unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt wurden.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1. Vj. 1974 UND 4. Vj. 1973

Großstädte	Bevölkerung							Erwerbstätigkeit		Industrie ¹⁾				
	Wohnbevölkerung ¹⁾	Lebendgeborene	Gestorbene	Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	Zuzugene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose ¹⁾	Offene Stellen ¹⁾	Beschäftigte	Beschäftigte je 1 000 Einwohner	Umsatz ²⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	
	1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM	
Berlin	1. Vj.	2 040 ⁴⁾	4 458	10 237	- 5 779	16 425	18 817 ⁴⁾	- 8 171	18 828	12 430	229 174	112	5 836	2 861
	4. Vj.	2 048 ⁴⁾	4 112	10 077	- 5 965	23 428	19 538 ⁴⁾	- 2 075	16 259	11 520	231 151	113	5 868	2 914
Hamburg	1. Vj.	1 748	3 363	6 158	- 2 795	16 581	17 721	- 3 935	11 443	14 053	190 426	109	6 390	3 656
	4. Vj.	1 752	3 343	7 330	- 3 987	19 583	18 582	- 2 886	9 097	11 920	191 596	109	6 524	3 724
München	1. Vj.	1 333 r	2 480	3 305	- 825 r	18 426	20 331	- 2 730 r	11 866 ⁷⁾	10 223 ⁷⁾	190 800	143 r	5 254	3 941 r
	4. Vj.	1 337 p	2 367 p	3 238	- 871	23 466 p	21 782 p	+ 813	8 050 ⁷⁾	8 570 ⁷⁾	193 098	144	5 454 p	4 079 r
Köln	1. Vj.	830	1 726	2 655	- 929	11 369	12 390	- 1 950	8 694	5 497	129 959	157	3 587	1 671
	4. Vj.	832	1 916	2 696	- 780	14 368	14 701	- 1 113	6 756	6 198	131 320	158	3 302	1 209
Essen	1. Vj.	675	1 356	2 371	- 1 015	5 002	6 610	- 2 623	7 869	3 559	60 628	90	1 227	1 818
	4. Vj.	677	1 318	2 335	- 1 017	5 590	6 593	- 2 020	6 302	3 754	61 125	90	1 323	1 954
Düsseldorf	1. Vj.	626	1 231	2 077	- 846	8 100	10 170	- 2 916	5 461	4 601	110 426 p	176 p	2 752 p	4 396 p
	4. Vj.	636	1 173	2 006	- 833	9 896	11 760	- 2 697	4 299	3 731	112 391 p	177 p	2 678 p	4 210 p
Frankfurt/M.	1. Vj.	669	1 264	2 126	- 862	11 455	14 226	- 3 633	7 727	10 108	124 023	185	3 285	4 910
	4. Vj.	673	1 260	2 064	- 804	14 339	14 333	- 798	4 792	9 203	125 907	187	3 227	4 795
Dortmund	1. Vj.	636	1 095	2 034	- 939	5 895	6 040	- 1 084	6 652	4 126	76 398	120	1 450	2 280
	4. Vj.	637	1 336	2 136	- 800	5 403	4 951	- 348	5 507	3 527	76 163	120	1 542	2 421
Stuttgart	1. Vj.	622	1 473	1 542	- 69	13 501	16 344	- 2 913	2 356	8 171	142 960	230	4 546	7 309
	4. Vj.	624	1 175 p	1 585 p	- 410	14 852 p	15 926	- 1 484	1 303	8 588	146 994	236	4 636	7 429
Bremen	1. Vj.	583	1 207	1 930	- 723	7 000	7 190	- 913	5 715	4 573	85 152	146	2 623	4 499
	4. Vj.	584	1 264	1 966	- 702	6 865	8 500	- 2 337	4 619	3 980	85 625	147	3 048	5 219
Hannover	1. Vj.	575	1 092	1 861	- 769	7 853	8 134	- 1 050	4 744	5 540	101 445	176	2 234	3 885
	4. Vj.	514 r	975	1 768	- 793	8 686 r	9 587 r	- 1 694 r	5 469	4 683	106 514	207 r	2 631	5 119 r

Großstädte	Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr ¹⁾			Straßenverkehrsunfälle		Steuern		
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ²⁾	Umsatz je 1 000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1 000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ³⁾	Lohn- und Einkommensteuer	
	1 000	Mio DM	1 000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1 000 cbm	1 000	Anzahl	1 000	Anzahl	Anzahl	1 000 DM	1 000 DM	
Berlin	1. Vj.	12 926	533	261	474	3 749	367	2 977	127	195	96	529	2 823	3 597	165 429	65 145
	4. Vj.	15 494	698	292	455	3 417	827	6 593	3 668	245	120	649	3 390	4 202	64 669	75 431
Hamburg	1. Vj.	13 309	462	264	293	2 810	187	1 488	491	282	161	528	2 278	3 025	235 067	139 116
	4. Vj.	13 668 r	723 r	413 r	366	3 779	1 099	8 558	4 788	299	171	699	2 886	3 864	137 593	163 036
München	1. Vj.	12 612	509	382 r	221	1 727	352	4 249	1 124	400	300 r	830	1 573	2 138	135 876	98 768
	4. Vj.	19 234	801	599	202	1 560	488	4 809	1 182	471	352	988	1 899	2 610	110 427	130 705
Köln	1. Vj.	6 575	238	287	100	1 127	44	671	229	155	187	343	985	1 316	57 232	70 331
	4. Vj.	7 740	358 r	430 r	220	1 736	524	5 042	1 485	154	185	292	1 140	1 495	139 721	62 060
Essen	1. Vj.	5 755	228	338	50	359	118	566	207	33	49	70	710	918	68 431	5 604
	4. Vj.	.	.	.	230	1 652	400	2 517	801	37	65	80	741	1 005	40 354	84 091
Düsseldorf	1. Vj.	6 726 p	299 p	478 p	47	436	71	599	215	150	240	300	696	866	134 622	51 923
	4. Vj.	8 639 p	352 p	553 p	71	644	419	3 671	1 251	153	241	311	886	1 101	71 710 p	69 016 p
Frankfurt/M.	1. Vj.	9 502	336	502	137	857	20	122	134	259	387	518	985	1 244	197 008	16 429
	4. Vj.	11 147	473	703	233	1 786	341	3 777	1 763	280	416	538	1 055	1 411	173 089	103 793
Dortmund	1. Vj.	5 263	162	255	182	878	293	1 154	394 r	39	61	72	747	994	40 016	4 655
	4. Vj.	5 930	260	408	245	1 819	293	1 704	639	37	68	71	804	1 053	37 984	69 854
Stuttgart	1. Vj.	8 510	288	463	95	710	119	729	184	110	177	255	640 r	865	102 195	12 116
	4. Vj.	10 865	508	814 p	128	761	346	1 847	607	119	191 p	273	818	1 135	99 817	54 976
Bremen	1. Vj.	5 786	211	362	173	852	145	600	276	66	113	131	760	910	81 769	35 406
	4. Vj.	.	.	.	142	698	444	2 084	969	73	125	144	846	1 171	88 888	44 040
Hannover	1. Vj.	4 758	175	304	48	438	51	587	65	100	174	177	714	910	91 997	8 625
	4. Vj.	5 563	226	440 r	34	363	249	1 692	1 132	91	177 r	156	892	1 175	36 348	73 590

¹⁾ jeweils Quartalsende. - ²⁾ Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. - ³⁾ ohne Mehrwertsteuer. - ⁴⁾ ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. - ⁵⁾ einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. - ⁶⁾ in den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. - ⁷⁾ einschließlich Landkreis München.

AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1974	August 1974	September 1974	September 1973
		1965	1973				
BEVÖLKERUNG							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	61 973,4 p	62,088,6
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	6,4 p	6,5
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	10,3 p	9,9
Gestorbene	1 Jahr	11,5	11,8 p	10,6
INDUSTRIE ¹⁾							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 368	8 161	8 148	8 126	8 426
Geldestete Arbeitsstunden ²⁾	Mio Std.	1 055	11 144	850	807	866	918
Umsatz ³⁾ ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	666 933	63 203	58 100	65 217 p	57 573
dar. Auslandsumsatz	.	4 903	143 233	15 235	13 657	15 733 p	12 532
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962 = 100	118,2	178,7	160,6	153,6	176,7 p	186,7
Verarbeitende Industrie	.	119,1	182,3	163,9	155,9	180,4 p	191,5
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	.	124,8	212,2	209,6	201,0	212,2 p	221,0
Investitionsgüterindustrie	.	117,8	176,7	149,2	138,7	174,2 p	188,4
Verbrauchsgüterindustrie	.	115,6	167,1	136,6	127,5	159,2 p	175,6
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	.	115,2	152,8	142,7	145,5	157,1 p	156,0
Bauindustrie	.	118,9	149,6	138,1	138,0	157,6 p	173,2
BAUWIRTSCHAFT							
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	1 000	1 642,6	...	1 359	1 352	...	1 538
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Mio Std.	233,3	...	180,3	168,2	...	213
Geldestete Arbeitsstunden							
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698	...	6 352,1	6 130,8	...	7 345
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	54 909 r	40 894	38 084	34 909	50 651
Baufertigstellungen für Wohnungen	.	49 326	69 519	47 270	35 174	37 427	49 994
HANDEL							
Index der Einzelhandelsumsätze	1970 = 100	141,1	127,6	...	120,9
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	.	.	127,0	145,1	103,4	...	124,2
VERKEHR							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag ⁵⁾	1 000 t	8 835	...	13 448	.	.	12 226
dav. Empfang	.	6 950	...	10 110	.	.	9 660
Versand	.	1 885	...	3 338	.	.	2 566
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	188 344	171 973	120 020	148 368	153 132
Strassenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden ⁶⁾	.	26 364	29 443 p	28 498 p	28 941 p	30 073 p	31 582
Getötete Personen	.	1 313	1 358 p	1 163 p	1 264 p	1 268 p	1 409
Verletzte Personen	.	36 124	40 642 p	39 157 p	40 102 p	40 665 p	43 300
STEUERN							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	5 105	5 876	6 320	6 285	5 167
Veranlagte Einkommensteuer	.	1 233	2 204	573	423	5 557	5 519
Körperschaftsteuer	.	681	907	177	183	2 379	2 349
Steuern vom Umsatz ¹⁰⁾	.	2 018	4 152	4 075	4 083	3 980	3 782
PREISE							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ¹⁾	1970 = 100	104,0	123,8	130,8	131,3	131,7	115,3
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	1970 = 100	.	112,6	143,7	145,6	146,3	110,5
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	.	.	112,3	133,2	134,2	134,8	113,0
Preisindex für Wohngebäude ²⁾	.	114,6	187,1	.	203,6	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁾	1970 = 100	89,3	118,2	126,7	126,8	.	119,4
Nahrungs- und Genußmittel	.	94,2	117,7	123,9	123,2	123,1	117,4
Wohnungsmieten	.	71,9	119,4	126,5	126,8	127,2	120,6
LÖHNE IN DER INDUSTRIE ¹¹⁾							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	...	8,89	8,93	9,03	8,37
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	...	43,7	43,7	42,3	43,2

Quelle: Statistisches Bundesamt.
¹⁾ Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — ²⁾ einschließlich die der gewerblich Auszubildenden. — ³⁾ einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — ⁴⁾ hochgerechnete Totalergebnisse. — ⁵⁾ Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — ⁶⁾ teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — ⁷⁾ ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — ⁸⁾ Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — ⁹⁾ 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. — ¹⁰⁾ ab Juli 1973 einschließlich Investitionssteuer. — ¹¹⁾ ab Januar 1973 neuer Berichterstattungskreis.

